

Digitized by the Internet Archive
in 2022 with funding from
Kahle/Austin Foundation

H A N D B U C H
Handbuch
KATHOLISCHEN ^{des} KIRCHENRECHTS
katholischen Kirchenrechts

Auf Grund des neuen Kodex
vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

PRÄLAT DR. MARTIN LEITNER

o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und Grundzüge
des bayerischen Staats- und Verwaltungsrechts,
Defensor vinculi des Bistöflichen
Ordinariates Passau

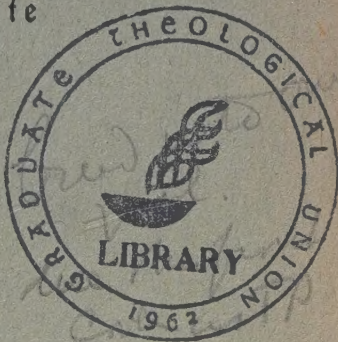
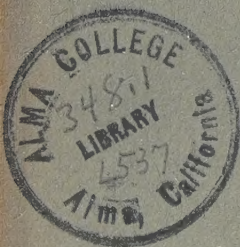
Part. 4-5-6
★

4-5

Vierte Lieferung
Sakramente

★

Zweite Auflage



1924

Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet Komm.-Ges.
Verlagsabteilung Regensburg

24102

Handbuch
C. Pustet

KBU

2210

.A5215

1921

v.4-5

Inhaltsverzeichnis

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

3. Buch. Das kirchliche Sachenrecht.

	Seite
§ 1. Überblick	1
§ 2. Die ordentliche und übertragene Gewalt	2
Sacramente	
§ 3. Von den Sacramenten im allgemeinen	16
Von der Taufe.	
§ 4. Rechtliche Bedeutung der Taufe	30
§ 5. Spender der Taufe	36
§ 6. Empfänger der Taufe	38
§ 7. Äußere Umstände der Taufspendung	46
§ 8. Die Taufpaten	55
§ 9. Wirkungen und Folgen der Taufe	60
§ 10. Die heilige Firmung	64
Die heiligste Eucharistie	72
§ 11. Das Meßopfer	72
§ 12. Die Eucharistie als Kommunion	103
§ 13. Das Bußsacrament	116
§ 14. Die Ablässe	148
§ 15. Die Letzte Ölung	163
§ 16. Die Weihe	170
Die Ehe. Die Ehe der Ungetauften	170
§ 17. Begriff der naturrechtlichen Ehe	171
§ 18. Die Ehe ein Vertrag	172
§ 19. Zweck der Ehe	173
§ 19a. Notwendigkeit und Erlaubtheit der Ehe	174
§ 20. Das göttlich-positive Recht über die Ehe	175
§ 21. Die Heiligkeit der Ehe	176
§ 22. Staat und Kirche hinsichtlich der Ehe	176
Die Ehe der Getauften.	
§ 23. Die Ehe als Sacrament	178
§ 24. Einteilung der Ehe	180
§ 25. Die bürgerliche oder Civilehe	182
§ 26. Gewalt der Kirche über die Ehe	184
Die Ehehindernisse.	
§ 27. Begriff und Einteilung	185
§ 28. Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches	187
§ 29. Das Hindernis des fehlenden Alters	188
§ 30. Das Hindernis des Irrtums in der Sache	189
§ 31. Das Hindernis des Irrtums in der Person	191
§ 32. Der Irrtum über den Sklavenstand einer Person	192
§ 33. Die freiwillig entzogene Konsens	193
§ 34. Das Hindernis der Bedingung	194
§ 35. Das Hindernis der Gewalt und Furcht	196
§ 36. Das Hindernis des Raubes (der Entführung)	198
§ 37. Das Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens	199

	Standeshindernisse.	
38.	Das Hindernis des Ehebandes	205
39.	Das Hindernis des Ordensstandes	210
40.	Das Hindernis der Weihe	214
	Verwandtschaftshindernisse	216
41.	Die Blutsverwandtschaft	216
42.	Die Schwägerschaft	219
43.	Das Hindernis des öffentlichen Anstandes	223
44.	Geistliche Verwandtschaft	225
45.	Die gesetzliche Verwandtschaft	226
46.	Das Hindernis des Verbrechens	227
47.	Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit	231
48.	Das Hindernis des geheimen Eheabschlusses	233
	Die Eheabschließungsform vor dem 19. Mai 1918	243
	Die verbotenden Ehehindernisse	245
49.	Das verbotende Hindernis des Keuschheitsgelübdes	246
50.	Das verbotende Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft	249
51.	Das verbotende Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit	250
52.	Der Eheabschluß mit moralisch Behinderten	259
	Die tatsächliche Eheeingehung	261
53.	Tätigkeit des Pfarrers in Aufdeckung von Ehehindernissen	262
54.	Die Eheverkündigungen	263
55.	Die kirchlichen Ehedispenzen. Grundsätzliches	269
	Das Dispensgesuch	274
56.	Das Dispensgesuch bei öffentlichen Hindernissen	275
57.	Dispensreskript und dessen Ausführung	283
58.	Das Dispensgesuch und Dispensreskript für den Gewissensbereich	291
59.	Gültigmachung der Ehe	294
60.	Heilung der Ehe in der Wurzel	297
61.	Die Dispensgewalt der Bischöfe und Ordinarien	300
62.	Vollmachten der Pfarrer und anderer Priester	310
	Positive Vorbereitung des Eheabschlusses	313
63.	Die Verlobung	313
64.	Das Brauteramen	315
65.	Die Trauungszeugnisse	316
66.	Der Eheabschluß	317
67.	Wirkungen des gültigen Eheabschlusses	322
	Anklage und Trennung der Ehe	327
68.	Anklage gegen eine Ehe	327
	Die Trennung gültiger Ehen	
69.	Die Trennung des Ehebandes bei gültigen Ehen	342
70.	Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft	351
71.	Staatliche Gesetzgebung über Anklage und Trennung der „Ehe“	356
	Einige Winke für das Verhalten des Seelsorgers gegenüber der Zivilehe	357
72.	Die zweite Ehe	359
73.	Die Sakramentalien	361

7+5

Inhaltsverzeichnis

zur fünften Lieferung.

Das Gesetzbuch des Kirchenrechts. Codex Iuris Canonici.

I. Die heiligen Orte.

	Seite
§ 1. Die hl. Orte im allgemeinen	369
§ 2. Errichtung und Rechte der Kirchen	375
§ 3. Das Kirchenvermögen und dessen Verwaltung	392
§ 4. Die Oratorien	397
§ 5. Der Altar	403
§ 6. Das kirchliche Begräbnis	408

II. Der Gottesdienst.

§ 7. Allgemeine Grundsätze	450
§ 8. Teilnahme der Katholiken an dem Gottesdienste Andersgläubiger	460
§ 9. Aufbewahrung und Verehrung der Eucharistie	463
§ 10. Die Heiligen-, Bilder- und Reliquienverehrung	470
§ 11. Die Prozessionen	480
§ 12. Die innere Kircheneinrichtung (die hl. Geräte)	486
§ 13. Das Gelübde	497
§ 14. Der Eid	507

III. Das kirchliche Lehramt.

§ 15. Das kirchliche Lehramt im allgemeinen	516
§ 16. Die Verkündigung des Wortes Gottes	523
A. Grundsätzliches	523
B. Der katholische Unterricht	524
C. Die Predigt	528
§ 17. Die heiligen Missionen	539
§ 18. Von den Seminarien	543
§ 19. Die Schule im Lichte des kirchlichen Gesetzbuches	574
§ 20. Das Buch in seiner Beziehung zum Lehramt der Kirche	588
A. Allgemeines	589
B. Die vorausgehende Prüfung der Bücher	589
C. Das kirchliche Bücherverbot	598
D. Die Strafen für Übertretung des Bücherverbotes	610
§ 21. Das Glaubensbekenntnis	614



Handbuch des katholischen Kirchenrechts

Auf Grund des neuen Kodex
vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

PRÄLAT DR. MARTIN LEITNER

o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und Grundzüge
des bayerischen Staats- und Verwaltungsrechts,
Defensor vinculi des Bischöflichen
Ordinariates Passau

★

**Vierte Lieferung
Sacramente**

★

Zweite Auflage



1924



Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet Komm.-Ges.
Verlagsabteilung Regensburg

Imprimatur.

Ratisbonae, die 12. Martii 1924

Dr. Scheglmann

Vic. Gen.

Abkürzungen:

AAS. = Acta Apostolicae Sedis.

A.-L. = Acta Conc. Plen. Americae Latinae.

ASS. = Acta S. Sedis.

CBB. = Congr. Benedictino-Bavarica.

D.-B. = Denzinger-Bannwart: Enchiridion (12. A.).

Epitome = Vermeersch-Creusen S. J.

f. s. = ferendae sententiae.

„Handbuch“ I^a = Leitner M.: Handbuch Bief. 1—3. (2. Aufl.)

l. s. = latae sententiae.

QNS. = Vinzer Quartalschrift.

ME. = Monitore Ecclesiastico.

PMs. = Passauer Monatschrift.

Regulae = Instructio SCSacr. d. 7. Maii 1923.

VBbl. = Verordnungsblatt einer Diözese.

BBB. = Bürgerliches Gesetzbuch des Deutschen Reichs.

ABGB. = Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch Österreich.

Druck von Josef Köfel & Friedrich Puskei, Kommandit-Gesellschaft
Zweig Niederlassung Regensburg

Printed in Germany

3. Buch. Das kirchliche Sachenrecht.

§ 1. Überblick.

Man hat die Gewalt der Kirche nach Mt 28, 19—20 in den drei Ämtern: Lehr-, Priester- und Hirtenamt, zur Darstellung gebracht. Häufiger findet man die Kirchengewalt eingeteilt in eine Weihe- und Leitungsgewalt (*potestas ordinis und iurisdictionis*) nach Thomas von Aquin in seiner *Summa theol.* 2. 2 q. 39 a. 3, welcher die eine *potestas sacramentalis*, die andere *iurisdictionalis* nennt. Die Weihegewalt ist nach den englischen Lehrern jene, „welche durch eine Weihe (*consecratio*) übertragen wird und die in einem Geweihten dem Wesen nach bleibt, solange er lebt, wenn er auch in Häresie oder Schisma fällt. Die Leitungs- oder Regierungsgewalt dagegen wird durch Übertragung erteilt, weshalb sie nicht unverändert im Bevollmächtigten bleibt, so auch nicht in den Häretikern und Schismatikern.“ — Trotz dieser Drei- bzw. Zweiteilung bleibt die Einheit der kirchlichen Gewalt dadurch gewahrt, daß die *ordentlichen* Träger dem Klerikalstande angehören müssen.

Das neue Gesetzbuch der Kirche betont nicht die Dreiteilung der Ämter; das Lehramt ist unter das kirchliche *Sachenrecht* (Cann. 1322—1408) aufgenommen, sondern hält sich an die Zweiteilung. „Nach göttlicher Einsetzung besteht die Hierarchie auf Grund der Weihe aus Bischöfen, Priestern und (Religions-)Dienern; auf Grund der Jurisdiction (der Regierungsgewalt) aus dem obersten Hirtenamt (Pontifikat, Papsttum) und dem diesem untergeordneten Episkopat; dazu kamen noch andere Stufen kirchlicher Einsetzung“ Can. 108 § 3; vgl. noch Can. 109; 118; 196; 210 u. a. Die Hierarchie der Weihe bezeugen bereits Papst Clemens I. (90—99) in seinem Briefe an die Korinther (D-B.: *Enchiridion*¹² n. 42), Ignatius von Antiochien († 107, ad Smyrn. 8), Papst Kornelius I. in seinem Briefe an Fabian 251 (D-B. n. 45). — Das Prinzip der Einheit wird betont in Can. 118: „Nur die Kleriker können die Weihe- und Regierungsgewalt . . . erlangen“.

Die Dreiteilung der Kirchengewalt, nach dem dreifachen Amte, hat besonders der bekannte Kirchenrechtslehrer Ferd. Walter in seinem „Lehrbuch des Kirchenrechts“ (1822; 14. Aufl. bes. von H. Gerlach 1871) vertreten; später faßte er die potestas ministerii, magisterii, iurisdictionis in die eine potestas ordinis zusammen; vgl. Zankow Stef.: „Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (Zürich 1918) § 26 S. 104 A. 4. Dieser Dreiteilung schlossen sich auch manche von den „orthodoxen“ Kirchenrechtslehrern an, so von den Griechen Johannes Papalouka Entario, von den Serben Milasch, von den Russen Pawlow, Ssumorow, E. Joh. Smolensky, während Sasoferiski N. in seinem Werke „Über die heilige und regierende Gewalt und die Formen der Verfassung der orthodoxen Kirche“ (russisch; Moskau 1891) die Zweiteilung des Aquinaten zugrunde legt. Stef. Zankow bekämpft in seiner „Verfassung“ S. 106 die Zweiteilung der Kirchengewalt als eine Auseinanderreißung derselben auf Grund der Tradition: „In den symbolischen Büchern und in den Literaturen der orthodoxen Kirche bis auf die neueste Zeit ist keine Spur von einem Unterschiede zwischen hierarchia ordinis und hierarchia iurisdictionis zu finden. Der Grund dafür liegt in der festen und stetigen Anschauung und Praxis der Kirche, daß ein Kleriker nicht ordiniert werden dürfe, ohne zuvor (durch das Zeugnis der Kirche) für ein Kirchenamt bestimmt worden zu sein, also ohne die potestas ordinis mit der potestas iurisdictionis innerlich eng verbunden zu haben“ (S. 106 f.). Zwingende Gründe hat Zankow hier nicht gebracht; im Gegenteil fühlt er selbst, daß bei kirchlicher Amtsentsetzung, bei Verzicht, bei Suspension, bei Abfall der Gemeinde von dem Jurisdiktionsinhaber usw. die Weihewalt bleibt, die Regierungsgewalt ganz oder teilweise verloren geht (vgl. Zankow II, § 64, § 82). Gerade wegen der inneren Notwendigkeit werden eben die neueren Kirchenrechtslehrer der orthodoxen Kirche zur reinlichen Scheidung der Gewalten gedrängt; wie Ssumorow N.: „Lehrbuch des Kirchenrechts“ (russisch) 3. Aufl. Moskau 1908 S. 192 und Sasoferiski N. a. a. O. S. 17–47. Freilich leugnen wir nicht, daß die beiden Gewalten sich gegenseitig ergänzen und durchdringen; daß die Weihewalt nicht geordnet ausgeübt werden kann ohne das Steuerruder der Jurisdiktion; daß aber auch die kirchliche Regierungsgewalt in ordentlicher Weise nur von Geweihten gehandhabt wird. Bevor wir darum dem „Sachenrecht“ unsere Aufmerksamkeit zuwenden, müssen wir die kirchliche Jurisdiktion im allgemeinen kennenlernen.

§ 2. Die ordentliche und übertragene Gewalt.

I. Träger. Sowohl die Weihewalt als die Regierungsgewalt kann nur von Klerikern erlangt werden Can. 118. Die hieher gehörigen Rechte der Laien sind zusammengestellt im „Handbuch“ I² S. 88 f.

II. Forum. Die Kirchengewalt (Weihewalt Can. 948; Leitungsgewalt Can. 196) kann sowohl im äußeren als auch im inneren Forum betätigt werden; letzteres Forum

ist ein im Bußsakrament oder außerhalb desselben geltendes Can. 196.

a) Forum bedeutet zunächst den Marktplatz; dann das dort gehaltene Gericht und die Gerichtsbarkeit; im weiteren Sinne aber die Machtbefugnis. — Man unterscheidet *forum ecclesiasticum* und *forum saeculare* (Can. 2341) als kirchliche und staatliche Machtbefugnis, wozu noch ein *forum mixtum* kommt Cann. 1553 § 2; 1933 § 3, welches jene Angelegenheiten umfaßt, in denen die Kirchen- und zugleich die Staatsgewalt zuständig sind, z. B. in Klagen auf Schadloshaltung bei Verlobungsbruch Can. 1017 § 3. — b) Man unterscheidet in der Kirche ein *forum externum* und *internum seu conscientiae* Can. 196. Das äußere Forum (äußerer Rechtsbereich, *forum fori*) hat zum Zweck unmittelbar das Wohl der Gesellschaft, während das innere Forum (innerer Rechtsbereich, Gewissensbereich, *forum poli*) auf das Wohl des einzelnen abzielt. Wird die Gewalt im Bußsakramente ausgeübt, so nennt man sie *potestas fori interni sacramentalis*, sonst *potestas fori interni extra sacramentalis* Can. 196.

Eine durch ein Keuschheitsgelübde gebundene Person möchte sich verheiraten. Hat diese Person in einem Orden oder in einer Kongregation das Gelübde abgelegt, so ist es ein öffentliches (*votum publicum*) Can. 1308 § 1. Die Kirche als Gesellschaft ist dabei interessiert. Die Dispense gehört zum äußeren Forum; die Religiosenkongregation ist hierin zuständig Can. 251 § 3. — Hat die Person es für sich abgelegt und wurde es der Öffentlichkeit nicht bekannt, so ist eine Dispense im Interesse des Gewissens dieser Person; der Fall gehört in das innere Forum. Hat die Person durch den Pfarrer das Bittgesuch an den Ordinarius eingereicht, so dispensiert dieser kraft eigener Vollmacht oder erhält die Dispense von der Pönitenziarie (Can. 258 § 1); beide Male im inneren Forum ohne Bußsakrament, aber mit Angabe erdichteter Namen. — Hat die Person bei Gelegenheit der heiligen Beichte dem Beichtvater ihr Anliegen vorgebracht und erhält dieser von dem Ordinarius oder der Pönitenziarie die erbetene Vollmacht, oder besitzt er sie selbst Can. 1044, so kann er sie nur ausführen bei Gelegenheit der heiligen Beichte; wir haben hier das *forum internum sacramentale*. — Von einer Irregularität aus einem geheimen Verbrechen kann der Ordinarius bzw. der Beichtvater nur im inneren Forum dispensieren Can. 990. — In gewissen Ehehindernissen kann bei dringender Todesgefahr der Ordinarius (Pfarrer, Priester des Can. 1098) im äußeren Forum dispensieren; sind dieselben geheime, auch im inneren Forum Cann. 1043—44. Außer der Todesgefahr kann der Ordinarius in dringenden Fällen in beiden Foren dispensieren; die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtväter aber nur im inneren Forum Can. 1045, während der Beichtvater in der Todesgefahr nur im inneren sakramentalen Forum zu dispensieren vermag Can. 1044.

III. Einteilung. Die Regierungsgewalt in der Kirche ist entweder eine ordentliche (*potestas ordinaria*) oder eine übertragene (*potestas delegata*); sie ist ordent-

lich, wenn sie rechtlich an ein Amt geknüpft ist; wird sie einer Person anvertraut, so heißt sie übertragen, delegiert (potestas delegata) Can. 197 § 1. Die ordentliche Gewalt kann sein eine eigene (selbständige, potestas propria) oder eine stellvertretende (potestas vicaria) ibi § 2. Wer eine ordentliche Gewalt im äußeren Forum besitzt, heißt Ordinarius; hat er ein eigenes örtliches Gebiet, so nennt das Recht ihn Ordinarius loci seu locorum. Indes hat der Roder diese Begriffe noch genauer umschrieben. Unter Ordinarii (Ordinarien) werden im Rechte verstanden (ausdrückliche Ausnahmen wären möglich): der Papst; ferner für ihre Gebiete der Residenzbischof; der Abt oder Prälat mit eigenem Gebiet (Abbas vel Praelatus nullius), deren Generalvikar, Administrator; der Apostolische Vikar oder Präfekt; ebenso diejenigen, welche in Ermangelung der Genannten einstweilen entweder nach Anordnung des Rechtes oder bestätigter Konstitutionen diesen in der Regierungsgewalt nachfolgen; endlich die höheren Obern in den exempten Klerikalgenossenschaften Can. 198 § 1. — Alle Genannten, die betreffenden Ordensobern ausgenommen, heißen Ortsordinarien („Ordinarii loci seu locorum“) ibi § 2.

Erläuterung: 1) Wenn die Leitungsgewalt rechtlich an ein Amt geknüpft ist, so heißt sie stets eine ordentliche, mag sie eine Jurisdiktion bloß des äußeren oder bloß des inneren Forums oder des doppelten Bereiches sein. Der Residenzbischof, Generalvikar; Kapitelvikar; der Abt, Provinzial, General haben Jurisdiktion kraft ihres Amtes im äußeren und inneren Forum. Der Pfarrer, der Pönitenziar einer Kathedralekirche haben ordentliche Jurisdiktion nur im inneren, und zwar sakramentalen Forum Can. 873 §§ 1 u. 3. Der Offizial dagegen hat Jurisdiktion nur im äußeren Forum Can. 1573 § 1.

2) Soll die Jurisdiktion eine ordentliche sein, so muß sie durch das Recht an ein Amt geknüpft sein Can. 197 § 1, sei es das gemeine Recht, sei es das Partikularrecht einer Diözese, eines Ordens usw., solcher Ämter werden im Can. 198 aufgezählt. Doch ist diese Aufzählung nicht vollständig und ausschließlich, da sie ja nur die Jurisdiktion in beiden Foren berücksichtigt und auch da nicht alle Stufen namhaft macht; so sind die Metropolitane, Primaten, Patriarchen nicht genannt. Zur Beleuchtung des Unterschiedes zwischen ordentlicher und übertragener Gewalt diene das Beichtvateramt. Die Vollmacht beichtzuhören ist kein Amt, A. Weermersch-J. Creusen S. J.: Epitome I n. 225. Dagegen ist die Gewalt des ordentlichen (auch des außerordentlichen) Beichtvaters namentlich der weiblichen Religiösen eine ordentliche. Wird ein Priester zum Klosterfrauenbeichtvater bestellt, so erhält er ein Amt („munus“ Can. 524 § 1), bei dem die Erfordernisse eines Amtes

(„*officium*“) zutreffen Can. 145 § 1. Mit diesem Amte ist die Jurisdiktion im sakramentalen Forum verknüpft Can. 520 § 1. Zwar sind die Beichtväter unter den Inhabern der ordentlichen Beichtjurisdiktion nicht aufgezählt Can. 873 § 1; allein sie sind angedeutet in dem Ausdrucke „*alii qui loco parochi sunt*“, zumal auch die Pfarrer von der ordentlichen Beichtväter-Jurisdiktion als solche ausgeschlossen sind Can. 876.

3) Wir müssen eine selbständige und eine stellvertretende ordentliche Gewalt unterscheiden Can. 197 § 2. Führt ein Geistlicher das Amt in eigenem Namen als eigentlicher Inhaber, so besitzt er „*potestas ordinaria propria*“, so der Bischof, der Pfarrer usw. Hat er kraft seines Amtes nur eine Stellvertretung aus, so besitzt er zwar eine ordentliche, aber nur stellvertretende Gewalt („*potestas ordinaria vicaria*“), so der General- oder Kapitelvikar; die verschiedenen Pfarrvikare: Can. 471 sqq. Sicher haben der Pfarrvikar und der Pfarrverweser (*vicarius oeconomus*) stets ordentliche Beichtjurisdiktion; der Pfarrstellvertreter und Pfarrhelfer nur dann, wenn sie den Pfarrer vollständig vertreten. Die Hilfspriester dürften kaum ordentliche Beichtjurisdiktion haben, da sie dieselbe nicht „*loco parochi*, an Stelle des Pfarrers“, sondern neben dem Pfarrer haben, auch wenn sie Expositi oder Kuratbenefiziaten sind.

4) Es erübrigt noch die Ausdrücke des Can. 198 zu erklären. Der Papst ist nicht nur als Bischof von Rom Ordinarius des römischen Bistums, wo ihn der Kardinalvikar vertritt, sondern er ist Ordinarius für alle Gebiete der katholischen Kirche und für ihre Gläubigen, Geistlichen und Hirten Can. 218 § 2. — In der Diözese hat der Residenzbischof ordentliche Gewalt; dann neben ihm sein Generalvikar oder Administrator (dieser in außerordentlichen Fällen Can. 312); bei Erledigung des Bistums das Domkapitel Can. 431 und der Kapitelvikar Can. 432 sqq. — Es gibt in der Kirche auch Abteien oder Prälaturen mit eigenem Gebiet (gegen 30); die Inhaber Abbates vel Praelati nullius, ebenso ihre Generalvikare, Administratoren und Kapitelvikare Can. 319—29; — die Apostolischen Vikare und Präfekten in den Missionen sind Ordinarien. Ihre Provikare oder Propräfekten sind zu Lebzeiten des Apostolischen Vikars oder Präfekt nicht Ordinarien, wohl aber nach deren Tode, wenn nicht ein „*Adjutor* mit dem Rechte der Nachfolge“ vom Apostolischen Stuhle aufgestellt wurde Can. 309 sqq. — Die höheren Ordensobern, welche zwar „*Ordinarii*“, aber nicht „*Ordinarii loci seu locorum*“ sind, werden aufgezählt in Can. 488 n. 8.

IV. Die Möglichkeit der Bevollmächtigung Can. 199. Eine Jurisdiktion kann in vier Fällen delegiert werden, nämlich vom Inhaber 1) der ordentlichen Jurisdiktion, außer es ist im Rechte ausdrücklich untersagt; 2) einer vom Apostolischen Stuhl delegierten Gewalt; 3) der zu einer Gesamtheit von Geschäften delegierten Gewalt; 4) einer delegierten Gewalt, wenn die Subdelegationsgewalt eigens eingeräumt wurde Can. 199 §§ 1—4. Eine subdelegierte Gewalt kann nur dann

subdelegiert werden, wenn dies ausdrücklich eingeräumt wurde ibi § 5.

1) Die ordentliche Jurisdiktion kann im vollen Umfange oder teilweise delegiert werden, außer das Recht bestimmt ausdrücklich anders Can. 199 § 1. So kann der Pönitentiarius an Dom- oder Kollegiatkirchen seine ordentliche Jurisdiktion nicht delegieren Cann. 873 § 2; 401 § 1. Der Generalvikar kann seine Gewalt nicht vollstän- dig auf einen anderen übertragen, auch nicht im Verhinderungsfalle Can. 366 § 3. — 2) Wurde eine Gewalt vom Apostolischen Stuhle delegiert, so kann der Delegierte diese Jurisdiktion ganz oder teilweise subdelegieren, und zwar entweder für einen Fall („ad actum“) oder für eine begrenzte oder unbegrenzte Mehrheit von Fällen („etiam habitualiter“), außer die Subdelegation wurde verboten oder es wurde die Person wegen ihres Eifers („industria personae“) gewählt. Wenn in einem Indult keine Beschränkung enthalten ist, so kann der Delegierte, z. B. der Ortsordinarius, eine andere taugliche Person subdelegieren. Indes ist zuweilen jede Delegation ausgeschlossen, zuweilen die Delegation auf bestimmte Personen beschränkt; so sind die Vollmachten der Pönitentiarie zur habituellen Delegation auf den Canonicus Poenitentiarius und auf die Vicarii Foranei (Defane), sowie auf einige andere Beichtväter beschränkt. — Der Ausdruck „nisi electa fuerit industria personae“ muß aus den Worten des Rescriptes erkenntlich sein, nämlich daß gerade dieser Delegierte gewählt wurde und kein anderer, daß das Geschäft in seiner Wichtigkeit gerade diesen erfordere, vgl. cc. 3 et 43 De officio Iudicis delegati (I 29); l. 31 D. 46, 3; Santi- Leitner: Praelectiones⁴ ad I 29 nn. 8. 9. — Erhielt der Ordinarius oder ein anderer Bevollmächtigter keine Jurisdiktion zur freien Betätigung, sondern „eine bloße Dienstleistung“ (nudum ministerium), so kann er den eigentlichen Dispensakt keinem anderen übertragen CC. des heiligen Offizium vom 14. Dezember 1898 und vom 1. (2.) Juni 1904 (ME. 16, 243.) — 3) Wenn ein Ordinarius unter dem Papste delegiert, so kann der Delegierte nur dann subdelegieren, wenn dieser a) für eine Gesamtheit von Geschäften („ad universitatem negotiorum“ oder causarum); b) mit ausdrücklicher Vollmacht zu subdelegieren delegiert wurde. Wurde ein Kooperator zur Führung der Gesamtseelsorge vom Pfarrer delegiert (z. B. während seiner Abwesenheit), so kann er subdelegieren; ebenso bei Trauungen, wenn er vom Pfarrer für alle Eheschließungen delegiert wurde Can. 1096 § 1. — 4) Der Delegierte (Subdelegierte) kann für alle Fälle einen Akt, der keine Jurisdiktion bedeutet („articulum non iurisdictionalem“), subdelegieren; so kann der Ordinarius bei Dispensrescripten die Prüfung der Wahrheit (verificatio, die „processetti“) dem Pfarrer überlassen, während er die Dispense in eigener Person ausführen muß.

V. Auslegung der Jurisdiktionsgewalt. Can. 200. Die Kirche kennt eine weite und eine enge Auslegung, z. B. im Can. 19; so auch bei der Jurisdiktion. Ist die Jurisdiktion eine ordentliche oder eine für eine Gesamtheit von Geschäften übertragene, so ist sie weit

auszulegen; je d e a n d e r e e n g e Can. 200 § 1. Auch obliegt dem, der seine Delegation behauptet, die Beweislast ibi § 2. Freilich mag die Jurisdiktion ordentlich sein oder delegiert, stets sind alle Vollmachten als gegeben zu erachten, ohne welche die Jurisdiktion nicht ausgeübt werden kann ibi § 1.

Die h a b i t u e l l e n Vollmachten z. B. der Ordinarien sind weit auszulegen, da sie zu den P r i v i l e g i e n (neben dem Recht) gehören Can. 66, B e r m e e r s c h - C r e u s e n: Epitome Inn. 229, 715—720. — Ein Ordinarius erhält vom Apostolischen Stuhle die Vollmacht, eine Ordensschwester von den einfachen ewigen Gelübden zu dispensieren unter folgenden Klauseln: „*dummodo ipsa libere et sponte petat, et servato Can. 643 § 2*“. Der Ordinarius ist hier *delegatus S. Sedis*, nicht für eine Gesamtheit von Fällen, sondern in einem bestimmten Falle. Die Vollmacht ist darum e n g e auszulegen; die Klauseln müssen eingehalten werden. Es muß also die Schwester nochmals einvernommen werden, ob sie aus einem freien Entschluß um die Dispense bitte. Auch muß das Institut aufmerksam gemacht werden, daß die Liebesgabe („*subsidium caritativum*“) dieser Schwester nach Can. 643 § 2 zu leisten ist. Da der Ordinarius die Dispense nicht gewähren kann, bevor das Institut sich nicht verpflichtet hat, die Liebesgabe zu leisten, so hat der Ordinarius das Recht, diese Erklärung vom Institute zu fordern, auch wenn es nicht seiner Diözese angehört; denn er handelt als „*delegatus Sedis Apostolicae*“. Wenn jedoch später das Institut die „Liebesgabe“ nicht leistet, so muß sich die entlassene Schwester nicht an ihren Ordinarius, sondern an die Vorgesetzten des Institutes wenden.

VI. Umfang der Regierungsgewalt Cann. 201—203. Die kirchliche Jurisdiktion ist begrenzt in Rücksicht 1) auf die Natur der Sache; 2) auf die Person; 3) den Ort; 4) den Rechtsbereich; 5) die Art der Ausübung.

1) Der kirchlichen Jurisdiktion sind alle Gesetze des göttlichen und natürlichen Rechtes entzogen, soweit diese nicht ihren alleinigen Ursprung v o m m e n s c h l i c h e n W i l l e n haben. S. A l f o n s u s: Theol. mor.: De matrimonio n. 1119; vgl. Cann. 1311 (Gelübde); 1320 (Eid); 1119 (nicht vollzogene Ehe). Ebenso sind der Jurisdiktion des niederen kirchlichen Obern die dem höheren vorbehaltenen Vollmachten entzogen Can. 81.

2) Die kirchliche Jurisdiktion kann rücksichtlich der P e r s o n e n nur gegenüber U n t e r g e b e n e n ausgeübt werden Can. 201; 1 Kor 5, 12. 13. Freilich können N i c h t u n t e r g e b e n e durch die Ausübung der Kirchengewalt i n d i r e k t getroffen werden, so in Fällen der Cann. 1070 (Glaubens-

verschiedenheit); 1060 (Bekenntnisverschiedenheit); 1043 (Dispensgewalt über Fremde); 881 § 1 (Beichten der Fremden) usw. Bezüglich der eigenen Person muß man unterscheiden zwischen der eigentlichen Gerichtsbarkeit („*potestas iudicialis*“) und der uneigentlichen oder freiwilligen Gerichtsbarkeit („*iurisdictio voluntaria seu non-iudicialis*“). Die eigentliche Gerichtsbarkeit kann nicht zum eigenen Vorteile ausgeübt werden; denn hier gilt „*nemo iudex in propria causa*“ sowohl im inneren als äußeren Forum. Handelt es sich dagegen um eine Jurisdiktion, welche nicht gerichtlicher, sondern freiwilliger Natur ist, so kann sie auch zum eigenen Vorteil gebraucht werden. So kann die Dispense vom Fasten- und Abstinenzgebote, welche der Ordinarius auf Grund des Can. 1245 § 2 erteilt, er selbst benützen; ebenso kann der Pfarrer, wenn ein rechtmäßiger Grund vorhanden ist, sich selbst oder die Bewohner des Pfarrhofes dispensieren ibi § 1. Der Ordens- oder Tertiarpriester, welcher Ordensschwestern die Generalabsolution erteilt, kann sie auch für seine Person gewinnen S. C. Indulg. d. 18. Iunii 1876 (*Nouvelle revue théologique* 15, 562; 23, 227).

3) Der gleiche Unterschied (wie unter 2) gilt auch für den Ort. Die freiwillige Gerichtsbarkeit kann innerhalb und außerhalb des Gebietes geübt werden, z. B. die Dispense von Gelübden, mögen die Untergebenen auch auswärts sein. Die eigentliche Gerichtsbarkeit kann nur innerhalb des Gebietes betätigt werden außer in folgenden zwei Fällen: a) „Wer ordentliche Absolutionsvollmacht hat, kann seine Untergebenen auf dem ganzen Erdfreife absolvieren“ Can. 881 § 2; z. B. der Canonieus Poenitentiarius Can. 401 § 1; b) „Ein (kirchlicher) Richter kann, wenn er aus seinem Gebiete gewaltsam vertrieben oder an der Betätigung der Jurisdiktion dort gehindert ist, außerhalb des Gebietes seine Gewalt ausüben bis zur Fällung des Urteilspruches; doch muß er zuerst den Ortsordinarius hievon verständigen“ Can. 1637.

4) **Rechtsbereich.** „Ein Akt der ordentlichen oder delegierten Jurisdiktion, betätigt im äußeren Forum, hat Gültigkeit auch im inneren, nicht aber umgekehrt § 1. Die für das innere Forum verliehene Gewalt kann ausgeübt werden auch im inneren außersakramentalen Bereich, wenn

nicht der sakramentale verlangt wird § 2. Wenn der Bereich, für welchen eine Gewalt gegeben wurde, nicht klar bezeichnet wurde, so gilt die Gewalt für die beiden Bereiche, außer die Natur der Sache verlangt offenbar etwas anderes § 3^o Can. 202.

Erläuterung: a) Wurde jemand z. B. im äußeren Forum von Häresie absolviert, so bedarf der erwähnte Beichtvater keiner Vollmacht mehr; die Zensur ist auch im inneren Forum gehoben, nur die Sünde muß getilgt werden Can. 2314 § 2. Wird die Jurisdiktionsgewalt im inneren Forum zur Ausführung gebracht, so hat sie an sich keine Wirkung im äußeren. Doch gibt es Ausnahmen. „Ein im inneren (auch nur sakramentalen) Forum von Zensuren Absolvierter kann sich, wenn Argerniß ausgeschlossen ist, auch im äußeren Bereiche als absolviert betrachten und benehmen;“ indes kann die Zensur von den kirchlichen Obern im äußeren Forum betont werden, wenn nicht die im inneren Forum gewährte Absolution für das äußere Forum bewiesen oder wenigstens rechtmäßig präsumiert wird Can. 2251. Jemand hat zu Lebzeiten seiner von ihm geschiedenen Frau ein akatholisches Mädchen vor dem akatholischen Religionsdiener „geheiratet“. Nach dem Tode seiner rechtmäßigen Frau wird er im inneren Forum, da seine Lage am Aufenthaltsorte unbekannt ist, mit der Kirche ausgesöhnt. Der Mann erfüllt fortan seine Pflichten als Katholik, besonders auch durch katholische Kindererziehung. Wurde die Absolution im inneren außersakramentalen Forum erteilt, so kann der Akt bewiesen werden; wurde sie nur im sakramentalen Forum erteilt, so kann man seine Ausöhnung präsumieren. — Die von der Pönitenziarie für das innere (nicht-sakramentale) Forum gewährten Dispensen wirken auch für den Rechtsbereich Can. 1047.

b) Die Dispensgewalt für geheime Irregularitäten aus einem Verbrechen wird dem Ordinarius verliehen Can. 990 § 1; ebenso die Dispensvollmacht von rein kirchenrechtlichen Hindernissen in dringenden Fällen Can. 1045 § 1. Der Ordinarius kann davon dispensieren in foro interno sacramentali et extra-sacramentali und externo; im letzteren Falle ist Voraussetzung bei Can. 990 § 1, daß ihm der Fall durch Geständnis des Weiskandidaten oder Geweihten bekannt ist, vgl. Can. 2314 § 2. Auch den Beichtvätern wird in diesen Fällen eine gewisse Vollmacht zuerteilt Can. 990 § 2; 1045 § 3. Die Beichtväter können nicht im äußeren Forum die Gewalt ausüben; aber sie können dieselbe gebrauchen nicht nur im sakramentalen, sondern auch im außersakramentalen Forum. Die Vollmacht ist ja nicht auf den Akt der Beicht beschränkt. Aber die Can. 990 § 2; 1045 § 3 u. 1044 reden ausdrücklich von „confessarius“ und „poenitens“. Gewiß, es muß zwischen Dispensierenden und Empfänger der Dispense das Verhältnis sein des Beichtvaters und des Pönitenten, allein das kann auch nach der Beicht noch bestehen, Can. 889—92; 1757 § 3 n. 2; 2027 § 2 n. 1 usw. Daß die Bezeichnung „confessarius“ nicht genügt, beweist Can. 1044, der für die Todesgefahr ausdrücklich vorschreibt: „in actu sacramentalis confessionis tantum“; darum gilt, wenigstens wahrscheinlich, Can. 202 §§ 2 u. 3.

5) Art der Vollmächtsausübung. „Wenn der Delegierte in Rücksicht auf Sachen oder Personen die Grenzen seiner Vollmacht überschreitet, so ist seine Tätigkeit bedeutungslos § 1. Freilich ist die Tätigkeit des Delegierten nicht als ein Übergriff anzusehen, wenn er seine Vollmacht in einer vom Plane des Delegierenden abweichenden Form zur Ausführung bringt, es müßte denn die Form selbst vom Delegierten zur Bedingung gemacht worden sein § 2“ Can. 203.

Wird vom Apostolischen Stuhle eine Vollmacht gegeben, so wird der Delegierte auch die von Rom erteilten Winke beachten. Allein wenn aus den Umständen ein anderes Vorgehen ratsam erscheint, so kann der Delegierte auch diesen Weg einschlagen, außer es wäre die Weise des Vorgehens zur unerläßlichen Bedingung gemacht, was die Päpste nicht zu tun pflegen, wie Alexander III. an den Erzbischof von York schreibt c. 13 De off. Iud. delegati (I 29).

VII. Das Zusammentreffen der Inhaber einer kirchlichen Gewalt kann ein z w e i f a c h e s sein: ein Zusammentreffen u n g l e i c h e r und g l e i c h e r Gewaltinhaber Cann. 204—206.

A. „Wenn jemand einen höheren Vorgesetzten aufsucht mit Übergehung des niederen, so erlischt deswegen die freiwillige Jurisdiktion des niederen nicht, ob sie eine ordentliche oder eine delegierte war § 1. Indes soll sich der niedere in eine zum höheren Vorgesetzten gebrachte Angelegenheit nicht einmischen außer aus einem gewichtigen Dringlichkeitsgrund; und in diesem Falle soll er sofort an den Obern Anzeige erstatten § 2“ Can. 204.

Der Roder selbst unterscheidet von der richterlichen Gewalt („iudicialis potestas“) die nicht-richterliche oder freiwillige Can. 201 §§ 2. 3. Nur von der „voluntaria potestas“ redet Can. 204. Durch die Aufsuchung des höheren Obern erlischt die nicht-gerichtliche Gewalt niemals; darum ist der Akt des niederen Obern stets g ü l t i g; u n e r l a u b t ist er nur dann, wenn der niedere Vorgesetzte weiß, daß der höhere Obere sich der Sache angenommen hat, außer es wäre ein gewichtiger Dringlichkeitsgrund zum Handeln gegeben. E r l a u b t ist dies Vorgehen des niederen Obern auch dann, wenn er fortfährt, eine Sache zu betreiben, welche er v o r den höheren Vorgesetzten in Angriff nahm. Hier gilt, was Can. 1569 § 2 von der G e r i c h t s g e w a l t ausführt.

B. Mehrere gleichgestellte Delegierte können die Delegation entweder zu g l e i c h e r Zeit bekommen haben oder n a c h e i n a n d e r Cann. 205—206. Im ersteren Falle muß wieder unterschieden werden zwischen einer G e s a m t-

bevollmächtigung („solidarische Bevollmächtigung, delegatio in solidum“) und einer Kollegialbevollmächtigung („delegatio collegialiter facta“) Can. 205 § 1. Eine Gesamtbevollmächtigung liegt vor, wenn jeder der Delegierten das Geschäft so vollziehen kann, als ob er der einzige Delegierte wäre; bei der Kollegialbevollmächtigung muß das Kollegium als solches vorgehen. In Gerichtssachen steht die Rechtsannahme für Kollegialbevollmächtigung, sonst für solidarische Can. 205 § 1. Diese Grundlagen vorausgesetzt, ergeben sich folgende Regeln: 1) Bei der Gesamtbevollmächtigung ist das Zutorkommen („praeventio“; vgl. Can. 1568) statthaft. 2) Hat ein Delegierter sich der Sache angenommen, so ist die Gewalt der anderen ausgeschlossen, außer der erste kann oder will nicht mehr Can. 205 § 2. 3) Bei Kollegialbevollmächtigung müssen alle gemeinsam vorgehen; sonst sind die Verhandlungen ungültig, wenn nicht der Auftrag anders bestimmt ibi § 3. 4) Bei nacheinanderfolgender Bevollmächtigung hat der erste die Vollmacht, wenn ihm nicht in dem Reskript des zweiten Abbruch getan wurde Can. 206. — Zuweilen kommt die Gesamt- und Kollegialdelegation gemischt vor. So werden bei den apostolischen Selig- und Heiligsprechungsprozessen wenigstens fünf Richter bestimmt Can. 2088 § 1; indes genügt es, daß entweder der Präsident mit zwei Richtern oder wenigstens andere drei Richter in seiner Abwesenheit den Sitzungen antwohnen Can. 2094.

VIII. Das Erlöschen der Vollmacht Cann. 207; 208. Wir sprechen zunächst von der delegierten, dann von der ordentlichen Vollmacht.

A. Die delegierte Vollmacht erlischt nach Can. 207 in folgenden Fällen: 1) mit der Ausführung des Auftrages; 2) mit Ablauf der Zeit, für die Delegation gegeben wurde; 3) mit Erschöpfung der Zahl von Fällen, welche die Vollmacht nannte; 4) mit Aufhören des Endzweckes der Delegation; 5) mit der direkten Mitteilung des Widerrufs an den Delegierten; 6) mit der Annahme des Verzichtes des Delegierten durch den Vollmachtgeber; 7) mit dem Erlöschen der Gewalt des Delegierenden nur dann, wenn die Klauseln es so bestimmen oder wenn die Vollmacht eine Gnadengewährung für be-

stimmte Personen enthielt, deren Ausführung noch nicht begonnen war Can. 61.

Ist der Auftrag des Delegierten zur Ausführung gebracht, so erlischt die Delegation; doch darf eine fehlerhafte Ausführung durch eine neue gut gemacht werden Can. 59 § 1. — Die Vollmachten (facultates) der Römischen Kongregationen wurden (werden) häufig auf bestimmte Jahre erteilt (2, 3, 5, 10 Jahre), zuweilen auf eine bestimmte Zahl von Fällen, z. B. 100. Ist die Zeit verstrichen und die Zahl erschöpft, so erlischt die Vollmacht, doch ist für das innere Forum durch das Recht (früher durch Klauseln) eine eigene Fürsorge getroffen worden: „Wurde eine Vollmacht für das innere Forum gewährt so ist ein Akt, aus Unachtsamkeit gesetzt nach Ablauf der Frist oder nach Erschöpfung der nach Zahlen benannten Fälle, gültig“ Can. 207 § 2. — Der Endzweck der Bevollmächtigung kann leicht gegenstandslos werden: durch den Tod des delegandus; bei Ehedispenen auch durch Aufgabe der Verheiratung der fraglichen Brautleute; durch Eintritt eines neuen Rechtes, z. B. im Falle des Can. 640 § 1 n. 1.

Wenn von mehreren kollegialiter Delegierten der eine versagt, so erlischt auch die Delegation der übrigen, wenn nicht das Gegenteil sich aus dem Wortlaute der Delegation ergibt Can. 207 § 3. Wenn in den Fällen des Can. 1576 § 1 n. 1 einer von den drei Richtern behindert ist, so können auch die beiden anderen die Verhandlungen nicht fortführen.

B. Die ordentliche Vollmacht erlischt nicht mit Aufhören des Rechtes dessen, welcher das Amt, dem die Vollmacht anhaftet, verliehen hat Cann. 208; 183 § 2. Indes gibt es Ausnahmen: a) wenn das Recht es so bestimmt, z. B. beim Generalvikar Can. 371; b) wenn die Verleihung Klauseln enthält, wie ad beneplacitum nostrum Can. 183 § 2. — Sie erlischt mit dem Verluste des Amtes (Can. 203) durch Verzicht, Entziehung, Entfernung, Versetzung, Ablauf der festgesetzten Zeit Can. 183 § 1; sie schweigt, wenn rechtmäßige Berufung eingelegt ist, außer die Berufung gilt nur für die Übertragung („in devolutivo“). Auch sind die Akte eines Exkommunizierten oder Suspendierten p. s. in der Regel ungültig Cann. 2264; 2284; 1095 § 1 n. 1.

IX. Ergänzung der Jurisdiktion durch die Kirche Can. 209 — „Supplet Ecclesia“. „Bei allgemeinem Irrtum oder im Falle eines sachlichen und begründeten Rechts- oder Tatsachenzweifels ergänzt die Kirche die Jurisdiktion sowohl für das äußere als auch das innere

Forum" Can. 209. Dieser Canon ist ein Rechtsatz größter Tragweite; darum erfordert er auch genaueste Erklärung.

1) „Iurisdictionem supplet Ecclesia, die Kirche ergänzt die Jurisdiktion“, soweit die Kirche eben die Jurisdiktion ergänzen kann. Handelt es sich also um ein göttliches Recht, so kann die Kirche die Jurisdiktion nicht ergänzen. Wird ein Diakon oder sonstiger Nichtpriester ganz allgemein für einen Priester gehalten, so kann die Kirche seine Jurisdiktion für die Absolution von Sünden nicht ergänzen, da kraft göttlichen Rechtes zum Sündennachlaß die Priesterweihe gehört Can. 871. Dagegen wäre die Ehe gültig, welche vor zwei Zeugen und einem Diakon (Kleriker, auch Laien) eingegangen würde, den man ganz allgemein für den Pfarrer hält. Die Assistenzbefugnis des Pfarrers ruht ja auf dem Kirchenrecht.

2) Diese Ergänzung gilt „pro foro tum externo tum interno“. Zum äußeren Forum gehören alle Ämter- und Pfründeverleihungen; die Gesetzgebungs-, Richter- und Strafgewalt zum Besten der Gesellschaft; die Verleihung von öffentlichen Dispensen und Privilegien. — Zum inneren Forum gehören die „Absolutionen, Dispensationen, Umwandlungen, Sanierungen, Erlasse“ (Can. 258 § 1) zum Besten des Gewissens.

3) Die Kirche ergänzt die Jurisdiktion für das äußere und innere Forum zunächst „bei allgemeinem Irrtum, in errore communi“. Diese Maßnahme ist uralte; schon Ulpianus (170—228 n. Chr.) löst die Frage, was es mit den Edikten und Rechtsakten eines Sklaven (Barbarius Philippus) für eine Bewandnis hat, der sich zur Würde eines Prätors emporzuschwindeln mußte, während man ihn allgemein für einen Freien hielt, in vernünftiger Weise dahin, daß seine Erlasse und Entscheide nicht verworfen werden, und zwar wegen des Wohles derer, die bei ihm Recht suchten. In der Macht des römischen Volkes und (später um so mehr) der Kaiser sei es gelegen gewesen, ihm die Freiheit zuzuerkennen l. 3 D. De off. praetorum (1, 14). Diesen Grundsatz finden wir in c. 1 C. 3 q. 7 als dictum Gratiani, und so ging er über in das Kirchenrecht, freilich verlangten viele Canonisten neben dem allgemeinen Irrtum noch wenigstens einen Scheintitel (titulus coloratus) und die Praxis der Kirche schloß

sich diesem Verlangen an; vgl. *Thesaurus: De poenis eccl. ad v. „absolutio“ c. 2 § „Limita“*; *S. C. Concilii in Patavina d. 11. Dec. 1683 (Institutio 84. Benedicti XIV. in fine)*; *Pius VI. in Instructione ad Episcopos Galliae d. 26. Sept. 1791 (Santi-Leitner: Praelectiones⁴ IV 3 n. 90)*. Petrus Gasparri trat schon früher für das Genügen des allgemeinen Irrtums ohne Scheintitel ein (*Traктatus de matrimonio II n. 913*), weshalb es nicht wundernimmt, daß im Rodeg der „error communis“ ohne weiteres als genügend erscheint. Dieser „Error communis“ ist vorhanden, wenn alle entweder schlecht hin oder mit wenigen Ausnahmen (*Santi-Leitner II 1 n. 14; Can. 2197 nn. 4 et 1*) fälschlich annehmen, die Jurisdiktion sei gegeben; die einfache Unkenntnis genügt nicht *Cann. 16 § 2; 104; 2202 § 3*.

4) Die Jurisdiktion wird in der Kirche auch ergänzt „in dubio positivo et probabili sive iuris sive facti“ *Can. 209*, also im Falle eines Zweifels, mag dieser sich auf das Recht oder die Tatsache beziehen, wenn ein vernünftiger Grund für die Jurisdiktion spricht; vgl. *Cann. 15 (zweifelhafte Gesetze); 84 § 2 (zweifelhafter Dispensgrund) Lehmkuhl: Theol. mor.¹² I n. 119*. Wird das göttliche Recht berührt, so ist es Sache der obersten Gewalt in der Kirche, über auftauchende Zweifel zu entscheiden; hieher gehört *Can. 1038 („authentice declarare“)*.

Zuweilen hat der Rodeg tatsächlich Entscheidungen getroffen über die Ausdehnung des göttlichen Rechtes, so im *Can. 1060* (Verbot der Mischehen bei Glaubensgefährdung), im *Can. 1068 § 1* (Impotenz); zuweilen finden sich dort für zweifelhafte Fälle nur praktische Anweisungen, wie im *Can. 1068 § 2* (zweifelhafte Impotenz) oder im *Can. 1076 § 3* (zweifelhafte Blutsverwandtschaft), die indes Fingerzeige geben zur Beurteilung des Rechts; vgl. *Can. 1043—45*. — Handelt es sich um das reine Kirchenrecht, so ergänzt die Kirche die Jurisdiktion in zwei Fällen: bei allgemeinem Irrtum und bei begründetem Zweifel. In der Pfarrei X wird der Priester Nestorius in den Besitz der Pfarrpfünde eingeführt durch den bischöflichen Bevollmächtigten in Gegenwart des Pfarrvolkes *Cann. 1443—44; 461*. Doch ist die Pfarrverleihung ungültig wegen geheimer Simonie *Cann. 729; 1446*. Seine Absolutionen und seine Trauungen sind gültig, da allgemeiner Irrtum vorliegt; sie sind auch erlaubt, wenn er die Nichtigkeit der Verleihung nicht kennt oder wenn ein schwerwiegender Grund ihn zum Handeln drängt. — Kennt ein Beichtkind die Nichtigkeit der Verleihung, so kann es nur dann absolviert werden, wenn sein Seelenzustand gut ist,

wie bei Kenntnis des Can. 209 oder bei Notwendigkeit der Beicht; vgl. Can. 2254. Manche halten die Absolutionen eines die Nichtigkeit kennenden Beichtkinds trotz des sonstigen allgemeinen Irrtums für ungültig, Instr. Eystetten.⁶ n. 240; Ferreres J. B.: Theol. mor. II n. 651, wohl mit Unrecht Can. 209, wenn die Disposition nicht fehlt. Papst Pius X. s. A. hatte durch Ap. Handschreiben v. 19. Dez. 1913 allen Priestern, welche den bayer. Pilgerzug (1914) nach Rom begleiteten, folgende Vollmacht gegeben: „audiendi peregrinorum confessiones . . . ubique locorum a prima die usque ad peregrinantium reditum et absolvendi facultatem facimus.“ In einem Orte Mittelitaliens legt ein Italiener bei einem der Pilgerpriester eine Generalbeicht ab und wird von diesem Priester absolviert. Die aufsteigenden Bedenken werden durch des Papstes Wort „Asquiescas!“ beseitigt. Trotz dieses Ausspruches war die Absolution ungültig. Der Italiener war kein Pilger; der Priester besaß für ihn keine Vollmacht. Ein privater Irrtum war da, vielleicht auch eine Unkenntnis des Volkes, aber ein „allgemeiner Irrtum“ war nicht gegeben. — Bei einem Rechts- oder Tatsachenzweifel, der sich auf einen guten Grund stützt, ergänzt die Kirche die Jurisdiktion. Der Pfarrer besitzt eine gewisse Dispensgewalt in Ehehindernissen (Cann. 1044—45) und in den Kirchengeboten (Can. 1245). Er kann sie delegieren, falls sie ordentliche Gewalt ist Can. 199 § 1, wofür Can. 197 § 1 spricht; vgl. Vermeersch-Creusen: Epitome I n. 407. Sollte sie aber auch nur zweifelhaft sein (Salzburger Kirchenzeitung Nr. 8, Dr. H. Müller OSB), so tritt die Ergänzung auf Grund des Can. 209 ein. — Der o. Beichtvater eines Schwesternhauses führt einen Pilgerzug in eine andere Diözese. Dort bitten ihn zwei der Schwestern, die den Zug begleiten, um die hl. Beicht, welche er ihnen mit Absolution gewährt, obschon der Ortsordinarius ihn nicht bevollmächtigt hatte. Die Beicht ist gültig und bei Vorhandensein eines rechtmäßigen Grundes auch erlaubt auf Grund der Cann. 520—527; 876; 881 § 2; 209.

X. Übertragung der Weihewalt Can. 210. „Die Weihewalt, welche ein rechtmäßiger kirchlicher Oberer entweder mit einem Amte verknüpft oder einer Person anvertraut hat, kann anderen nicht übertragen werden, wenn das nicht im Rechte oder auch im Indult ausdrücklich eingeräumt ist.“

Nach dem Kodex ist eine begrenzte Weihewalt mit gewissen Ämtern in der Kirche verknüpft, so die Firmungsgewalt gemäß Can. 782 § 3; so die Gewalt, die Tonsur und Niederen Weihen zu erteilen gemäß Cann. 957 § 2; 964 n. 1; 294 § 2; 323 § 2. Doch von dieser ist hier nicht die Rede, sondern nur von jener Weihewalt, die ein kirchlicher Oberer erteilt. Die von der S. C. de Pr. F. gewährten Formularien enthalten hieher gehörige Vollmachten, z. B. Formulae II et III nn. 3. 2 (Firmung). Die Apostolischen Nunzien usw. können einem Priester, die „facultas consecrandi calices, patenas, altarium lapides“ n. 44 gewähren. Die Bevollmächtigung eines anderen ohne ausdrückliche Gewährung ist unstatthaft. — Ein Diakon, der vom Ordinarius oder Pfarrer aus einem rechtmäßigen Grunde zur Spendung der feierlichen Taufe delegiert

wurde Can. 741, kann einen anderen Diakon subdelegieren, wenn er diese Vollmacht ausdrücklich bekam Can. 210, aber u. E. auch dann, wenn er *ad universitatem negotiorum*, hier zur Gesamtheit der Tausen, delegiert wurde; denn die Weihegewalt zu taufen erhält der Diakon in der Diafonatsweihe Can. 741, das Ausübungsrecht dieser Weihegewalt erlangt er durch die Erlaubnis des Ortsordinarius oder Pfarrers, also durch einen Jurisdiktionsakt, für welchen Can. 199 gilt.

XI. Strafen. Der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation l. s. verfallen diejenigen, „welche die Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion des inneren oder äußeren Forum direkt oder indirekt verhindern, indem sie zu diesem Zwecke den Refurs an irgend eine Laikalgewalt ergreifen“ Can. 2334 n. 2. Kleriker sind außerdem mit Suspension oder Entziehung von Pfründen, Ämtern, Würden, Zahlungen oder Stellungen; Religiosen mit Beraubung des aktiven und passiven Wahlrechts und mit Strafen nach Maßgabe der Konstitutionen zu belegen Can. 2336 § 1. Nicht jede Verhinderung der kirchlichen Jurisdiktion ist mit diesen Strafen belegt, sondern nur die Verhinderung, welche geschieht durch den Refurs an die Staatsgewalt „*ad hoc recurrentes ad quamlibet laicalem potestatem*“, mag dieser Refurs beim obersten Inhaber der Staatsgewalt, bei den Gerichten oder den Verwaltungsbehörden geschehen; man nennt diesen Refurs „*appellatio tamquam ab abusu, appel comme d'abus, recursus ad principem*“; Eichmann und Eduard: „Das Strafrecht des CIC.“ (1920) S. 153.

In Bayern bestand der „landesherrliche Refurs“ seit der Verfassung 1818 RE. §§ 52 ff.; in Baden und Württemberg seit 1830; in Österreich, Preußen, Hessen und Sachsen seit der Kulturkampfzeit. Nunmehr gilt Art. 137 III der Verfassung des Deutschen Reichs: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“.

Sakramente.

§ 3. Von den Sakramenten im allgemeinen.

Die Sakramente, welche Christus seiner Kirche zur Vollziehung, Bewachung und Verwaltung übertrug, werden vorzüglich in der Dogmatik behandelt. Allein die Sakramente üben als äußere Zeichen auch auf das Gesellschaftsleben der Kirche einen großen Einfluß aus; darum hat sich von jeher auch das Kirchenrecht damit beschäftigt; vgl. Decretum

Gratiani pars III.; von den Dekretalen Gregors IX. seien hervorgehoben I 11—13; 15—21; III 29; 33; 40—44; IV; V 3; 7—9; 27—30; Rituale Romanum, tit. I—VIII; vgl. Braun Joseph S. J.: Sakramente und Sakramentalien (1922). So hat denn auch das neue Gesetzbuch der Kirche dem Sakramentenrechte einen weiten Platz eingeräumt von Can. 731—1143, abgesehen von anderen gelegentlichen Behandlungen. „Größte Achtsamkeit und Ehrfurcht muß bei der zeit- und sachgemäßen Verwaltung und dem Empfange der Sakramente angewendet werden; denn alle Sakramente des neuen Gesetzes, von Christus unserm Herrn eingesetzt, sind ganz vorzügliche Mittel der Heiligung und Rettung“ Can. 731. Diese „Achtsamkeit und Ehrfurcht“ muß sich kundtun bei der Erwägung, wem, wie oft, in welcher Form sie zu spenden sind; sie muß sich erstrecken auf die natürlichen Dinge, welche den Sakramenten zugrunde liegen, endlich auf die Uneigennützigkeit, welche den Spender auszeichnen muß.

I. Empfänger der Sakramente Cann. 731 §2; 948; 682; 87. Bezüglich des Empfanges der Taufe gelten eigene Grundsätze Cann. 745 sqq. Von dem Empfang der übrigen Sakramente können ausschließen: a) trennende Hindernisse, wie von der Letzten Ölung der Stand der Gesundheit; von der Ehe der Ordens- und Weihestand und die übrigen trennenden Hindernisse; b) kirchliche Zensuren; c) der Mangel der Kirchengemeinschaft Can. 87; nur letzterer Punkt ist hier zu würdigen. „Es ist verboten, die Sakramente der Kirche den Häretikern oder Schismatikern zu spenden, auch wenn sie im guten Glauben irren und darum bitten, wenn sie nicht vorher ihre Irrtümer ablegend mit der Kirche ausgesöhnt wurden“ Can. 731 § 2.

Wie die Abschwörung der Irrtümer und die Ausöhnung mit der Kirche vor sich gehen, wurde bereits dargelegt („Handbuch“ I² S. 84 f.). — Hat diese Ausöhnung nicht stattgefunden, so kann man Irrgläubigen und Schismatikern die Sakramente der Kirche nicht spenden, auch wenn sie guten Glaubens sind und selbst um die Sakramente bitten. Der Grund liegt klar zutage: Wer der Gemeinschaft der Kirche nicht angehört, hat auch kein Recht auf die geistlichen Güter dieser Gemeinschaft. Auch wäre ein Argerniß

der Gläubigen nicht zu vermeiden, welche sich sagen müßten: Was nützt die Mitgliedschaft der Kirche, wenn man auch ohne dieselbe der geistlichen Güter teilhaft wird.

Neben der heiligen Taufe müssen wir hier auch das *Ehesakrament* ausscheiden; denn wir wissen, daß das Ehesakrament auch außerhalb der Gemeinschaft der katholischen Kirche gespendet und empfangen werden kann Can. 1012. Unter welchen Umständen Katholiken dieses Sakrament getauften Andersgläubigen spenden und katholische Priester (und Laien) vermitteln können, wird im Eherecht gezeigt Cann. 1060—64. — Von den fünf übrigen Sakramenten kommt hier hauptsächlich Buße und Letzte Ölung in Frage. Handelt es sich um das äußere Forum, so gilt das Verbot des Can. 731 § 2 in vollem Umfang. Kommt jedoch das Gewissensforum allein in Betracht, so kann man gutgläubigen Schismatikern und Häretikern im äußersten Notfalle und mit Ausschluß jeden Argernisses die heilige Absolution spenden, wenn sie ihrerseits das Wesensnotwendige leisten, denn man kann sie im Gewissensforum mit der Kirche als ausgeöhnt betrachten; vgl. *Pius IX.* in der Allokution „*Singulari quadam*“ vom 9. Dezember 1854 (ME. X 1, 254). Darum erlaubte das heilige Offizium am 20. (22.) Juli 1894 ad I die Absolvierung einer schismatischen Person in der Todesnot mit Beseitigung des Argernisses (ME. X 2, pag. 146). Außerlich im Widerspruch, innerlich aber in Übereinstimmung hiemit entschied das heilige Offizium am 17. Mai 1916 ad I: „*Requiri, ut meliori quo fieri potest modo, (schismatici) errores reiciant et professionem fidei faciant*“. Eine gewisse Verwerfung der Irrtümer und ein gewisses Glaubensbekenntnis zur katholischen Kirche ist notwendig. Aber es genügt eine allgemeine Form (*modus implicitus*), wie sie eben in diesen Umständen erreichbar ist, und eine große Klugheit, damit nicht der unwissentlich Irrende in einen formellen Schismatiker oder Häretiker verwandelt werde. Ausgehend von den drei göttlichen Tugenden kann man den Andersgläubigen fragen: Willst du alle deine Sünden herzlich bereuen, namentlich die Sünden gegen Glaube, Hoffnung und Liebe? Willst du alles befolgen, was Gott zu deinem Heile verordnet hat; auch alle Heilmittel empfangen, wie sie der Erlöser eingesetzt hat? Eine aufrichtige Bejahung dieser Fragen dürfte genügen; vgl. *Elbel-Bierbaum O. S. F.*: „*Theol. mor.*“ pars II. conf. I nn. 34—36; pars IX conf. 8 nn. 213—14; *Göpfert: Moraltheologie III* n. 187; *Arnold Aug. S. J.* in *NS* 1916 (69.) S. 836. — Wenn jedoch in der Todesnot Schismatiker der Besinnung entbehren, so kann ihnen die Absolution und die Letzte Ölung bedingungsweise gespendet werden unter der doppelten Voraussetzung, a) daß aus den Umständen die allgemeine Verwerfung der Irrtümer erschließbar ist; b) daß das Argernis wirksam beseitigt wird durch die Erklärung an die Umstehenden, „die Kirche nehme an, sie (die Schismatiker) seien im letzten Augenblick zur Einheit zurückgekehrt“ S. Off. d. 17. Maii 1916 ad II (Pinzer D. Schr. 1916 S. 693). Fassen wir das Ausgeführte kurz zusammen, so ergeben sich folgende Regeln: 1) Ein bewußtloser gutgläubiger Schismatiker kann bedingungsweise absolviert und mit der heiligen Ölung gestärkt werden, und zwar a) ohne weiteres, wenn Priester und Schis-

matiker allein sind; b) mit Aufklärung an die Umstehenden („adstantes“), wenn solche vorhanden sind. — 2) Einem gutgläubigen Schismatiker, welcher seiner bewußt ist, kann gerade so geholfen werden, wenn eine wenigstens allgemeine Ablegung der Irrtümer vorausging („implicito saltem“). — 3) Für Häretiker gelten die gleichen Regeln, jedoch ohne die Letzte Ölung.

„Wenn ein Religionsdiener (minister) es wagt, Sakramente jenen zu spenden, welchen der Empfang nach göttlichem oder kirchlichem Rechte verboten ist, so werde er von der Spendung der Sakramente suspendiert f. s., solange das Ermessen des Ordinarius dies für gut findet, auch werde er entsprechend der Schuld mit noch anderen Strafen bedacht f. s.“, abgesehen von den besonderen Strafen für bestimmte Fälle Can. 2364.

II. Wiederholung Can. 732. „Die Sakramente der Taufe, Firmung und Weihe, welche einen Charakter ausdrücken, können nicht wiederholt werden“ Can. 732 § 1. Wir haben hier die Unwiederholbarkeit *schlecht hin* (absolute); doch gibt es andere Sakramente, die *unter Umständen* (relative) nicht wiederholt werden dürfen, so die Eucharistie Cann. 857; 858 § 1; 2321; die Letzte Ölung Can. 940 § 2 (neue Todesgefahr) und die Ehe Cann. 1118 sqq. (Tod; feierliche Profess; päpstliche Vollmacht). Schon der Wortlaut deutet an, daß über die Gültigkeit des Empfanges dieser Sakramente kein vernünftiger Zweifel obwalten darf. — Von den Strafen des früheren Rechts (z. B. V 9) sind nur Strafen f. s. geblieben im Can. 2321 (öfteres unerlaubtes Messelesen an demselben Tag) und Can. 2364 (Spendung an Unwürdige nach göttlichem Rechte).

„Wenn ein vernünftiger Zweifel besteht, ob Sakramente wirklich oder gültig gespendet wurden, so sind sie bedingungsweise wieder zu spenden.“ Can. 732 § 2. — Dieser Satz gilt zunächst von den drei Charaktersakramenten, allein derselbe kann auch von den übrigen Geltung haben; denn die gleichen Zweifel können auch hier auftauchen, außer bei der Kommunion, bei welcher der Zweifel hauptsächlich die *Wohlschickung* des Sakramentes betrifft. Vor allem kann ein vernünftiger Zweifel auftauchen, ob das Sakrament *überhaupt* empfangen wurde („num revera collata fuerint sacramenta“). Freilich darf man bezüglich der Taufe die Präsumption des Papstes *Innozenz III.* in c. 3 De

presbytero non baptizato (III 43) teilen; daß ein von christlichen (lege: hisce diebus katholischen) Eltern Geborner, welcher zeitlebens unter Christen als guter Christ (fideliter) weilte, als getauft anzusehen ist. Diese *P r ä s u m p t i o n* gilt aber nicht von Kindern getaufter Katholiken, aus Mischehen und herumziehender Eltern.¹⁾ — Doch meistens tauchen Zweifel auf, ob die gespendeten Sakramente gültig empfangen wurden. Der Kodex selbst enthält verschiedene Möglichkeiten des Zweifels, welche meist den Empfänger betreffen; vgl. Cann. 746 §§ 3—5; 747—49; 752 § 3; 941. Ist das zweifelhaft empfangene Sakrament zur Erreichung eines bestimmten Zieles (des ewigen Heiles oder des Sakramentes der Weihe) notwendig, so muß es unter Bedingung wiederholt werden; sonst aber k a n n dies geschehen zum Nutzen des Empfängers; darum sagt Can. 732 § 2 „sub conditione iterum c o n f e r a n t u r“.

„Ubi agitur de baptismo vel de ordinatione, licita, quamvis non praescripta, erit iteratio, si aliqua apparens ratio vel doctorum auctoritas animum sollicitet, quamvis dubium nulla ratione intrinseca aut idonea auctoritate fulciatur. Cf. Lugo, Resp. mor. l. l. d. 33 n. 3“, diese Worte des angesehenen Kanonisten Vermeersch (Epitome II n. 19) stehen in Widerspruch mit dem klaren Texte des Kodex und des Rit. Rom. tit. II n. 9: „Hac conditionali forma non passim aut leviter uti licet, sed prudenter; et ubi, re diligenter pervestigata, probabilis subest dubitatio, infantem non esse baptizatum“. Man beachte die Ausdrücke, gerade bei der Taufe: „prudens und probabilis“ gegenüber dem verhängnisvollen „apparens“!

Man beachte, daß im Kodex mit keinem Worte der Sakramentspendung seitens A n d e r s g l ä u b i g e r Erwähnung geschieht. Das Prinzip von der bedingten Wiederholung der Taufe und der übrigen Sakramente gilt in ganz gleicher Weise wie von den Katholiken, so von den Schismatikern und Häretikern. Diese ruhige Objektivität des neuen Gesetzbuches der Kirche hat auch den protestantischen Gelehrten U. S t u ß ungemein wohlthuend berührt, wie er selbst bezeugt in seinem „Geist des Codex iuris canonici“ (1918) n. III S. 91.

Immerhin ist die prinzipiell gleiche Behandlung der Sakramentspendung bei Katholiken und Katholiken Erbgut der Kirche. „Nihil

¹⁾ Dieser Satz wird durch die Praxis besonders der Großstädte bestätigt; vgl. den Fall, welchen Karl Kraja in der QuSchr. 1903, S. 405 berichtet unter dem Titel „Ein Jude, der gebeicht hat“.

innovetur . . . nisi quod traditum est“, dieser Grundsatz des heiligen Papstes Stephan I. (254—57) klingt harmonisch durch die Jahrhunderte. Als der Herausgeber der „Casus conscientiae“ von J. B. Gury (editio Melitensis 1878 pag. 393) die Lösung eines praktischen Falles mit den Worten endete: „Quia notum est, haereticos errare saepius in baptismo conferendo; ergo prudenter haeretici ad veram fidem conversi communiter rebaptizari debent“, so entschied das heilige Offizium am 20. November 1878 dagegen und befahl die Verbesserung des Buches in dem Sinne, daß jeder Fall einer Häretikertaufe untersucht werden muß, wie die Kirche das immer gelehrt hat (Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 42 n. 6 pag. 440). Doch muß natürlich die katholische Kirche vorsichtig sein gegenüber jenen protestantischen Religionsdienern, welche den Glauben an die Dreifaltigkeit und den sakramentalen Charakter der Taufe über Bord geworfen haben. Wenn schon der Bremer Senat die Taufen, welche Pastor Mauritz mit willkürlich veränderter Form von 1900 bis 1905 gespendet hatte, für ungültig und deren Bescheinigung für unstatthaft und strafbar (RGOB. §§ 271 u. 348) erklärt, so hat die Kirche um so mehr ein Recht, auftauchende Zweifel zu prüfen und Sakramentspendungen zu verwerfen, bei welchen es am Wesen der Sakramente fehlte. Die Unitarier in Dänemark haben ein Taufformular zusammengestellt, nach dessen Anwendung bei einem Ungetauften man sagen muß: Der ist sicher nicht getauft, „Berlingske Tidende“ vom 16. März 1916 (LDS. 1916 S. 909); vgl. auch Gottlob Egelsehof: „Politische Jahresübersicht für 1912“ S. 128; Viktor Cathrein S. J.: „Das Heidentum im evangelischen Deutschland“ (LDS. 1902 S. 13 bis 25); S. Alfonsus: Theol. mor. (Parisiis 1878) vol. III 79.

Die Unwiederholbarkeit der Sakramente und die Anerkennung der Sakramentspendung Andersgläubiger bei den Orientalen. Der „ökumenische Patriarch“ Cyrillus V. von Konstantinopel erließ im Jahre 1755 eine (auch nach orientalischem Rechte richtige) Erklärung, wonach die von Andersgläubigen gespendeten Sakramente als ungültig bezeichnet wurden.

Infolgedessen wurden alle schon nach abendländischem Ritus Getauften bei ihrem Übertritt zur Orthodogie nochmals getauft. Doch nicht alle Einzelkirchen teilten diese Auffassung des Patriarchen und die von ihm vorgeschriebene Übung. Die russische Kirche z. B. sah die römische Taufe als gültig an. War aber einmal eine Taufe in St. Petersburg als gültig erklärt, so galt sie auch beim ökumenischen Patriarchen ohne weiteres als gültig kraft der Lehre von der *oikonomia*; vgl. Konrad Lübeck: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 98. Die bulgarische Kirche hat nach Zankow Stf.: „Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1918) § 22 S. 85 eine folgerichtige Anschauung: „Mitglieder anderer christlicher Konfessionen, deren Taufe die orthodoxe Kirche als gültig anerkennt, werden in der bulgarischen Kirche als Mitglieder aufgenommen entweder durch den Empfang des Sakraments der Konfirmation (z. B. die Protestanten, die das Sakrament der Konfirmation nicht anerkennen, oder die Katholiken, wenn sie noch nicht konfirmiert waren), oder durch bloßes Glaubensbekenntnis (Lossaugung von

den Irrtümern ihrer bisherigen christlichen Konfession und Bekenntnis aller Lehrsätze der orthodoxen Kirche).“

III. Riten und Zeremonien Cann. 733; 98; 106; 1097; 2378. Can. 733: „Bei der Bereitung und Spendung, sowie beim Empfang der Sakramente sollen genau jene Gebräuche und Zeremonien beobachtet werden, welche in den von der Kirche bestätigten Ritualbüchern vorgeschrieben werden (§ 1). — Ein jeder hat seinem eigenen Ritus zu folgen mit Beachtung der Cann. 851 § 2; 866 (§ 2).“

1. Die dogmatische Grundlage dieses Kanon finden wir, abgesehen von der 15. der den Wicleffiten und Hussiten am 22. Februar 1418 vorgelegten Fragen, im Tridentinum sess. 7 cn. 13: Wer behauptet, man dürfe die approbierten Riten der katholischen Kirche verachten oder sie nach Belieben auslassen oder sie verändern, wird mit dem Banne bedroht (D.-B. nn. 665; 856). — Die genaue Beobachtung der Gebräuche und Übungen („ritus et ceremoniae“) verpflichtet genau so, wie die liturgischen Bücher sie vorschreiben („quae . . . praecipiuntur“) demnach als schwere Pflichten, als leichte Pflichten, als bloße Weisungen, vgl. Wernz: *Ius decretalium* III. n. 332 rit. 52. Daß es tatsächlich liturgische Gesetze gibt, das zu bezweifeln, wäre in Anbetracht der Worte der Cann. 2 und 2378 widersinnig. Welche Gesetze wer, welche leicht verpflichtet, muß aus der Natur der Sache, aus dem Texte der liturgischen Bücher, aus den Entscheidungen der Ritenkongregation und aus der Lehre bewährter Fachmänner entnommen werden.

Die Riten, einfacher in der Römischen Kirche, vielgestaltiger in der Morgenländischen Liturgie, gründen sich auf das Beispiel des Herrn (Mt 7, 32—34: Heilung des Taubstummen; Joh 9, 6—7: Heilung des Blindgeborenen usw.) und entstammen zum Teil der apostolischen Zeit; so wurde im Kanon der Messe seit Gregor dem Großen (590—604) fast nichts mehr geändert. Die kirchliche Liturgie ist ein Kunstwerk von solcher Schönheit und Reichhaltigkeit (*Lex orandi convenit legi credendi*), daß Menschen ohne Voreingenommenheit sich mächtig hingezogen fühlen und Andersgläubige uns darum beneiden. „Ist nicht der Opferbegriff bei seiner Reinigung im Protestantismus zu stark zurückgedrängt worden? Ist endlich nicht die Herbeiziehung des ästhetischen Elements, der Kunst, im Gottesdienst in größerem Umfange wünschenswert“, A. Harnack: „Protestantismus und Katholizismus in Deutschland“ (1907) S. 24; Hermann Almerz: „Römische Schlendertage“ S. 449 f.; M. Scharlau (Magda Alberti): „Kämpfe“ 1919 S. 77; 226: „Die ganze Liturgie des heiligen Messopfers ist so erhaben, gewaltig tief und be-

deutungsvoll, daß man sie nicht genug durchdenken kann und jede Wiederholung zu neuer Betrachtung anregt". — Darum ist das gründliche Studium der Liturgie, wie es jetzt namentlich vom Benediktinerorden betrieben wird, sehr zu begrüßen.

Für die Sakramentsspendung kommen folgende liturgische Bücher in Frage: das Missale; das Römische Pontifikale; das Caeremoniale Episcoporum; das Römische Rituale; das Memoriale rituum für Pfarr- und Konventkirchen, welche der Leviten entbehren. — Für den Ambrosianischen und Mozarabischen Ritus, sowie für den Orientalischen Ritus bestehen eigene Bücher.

Der uralte Ambrosianische oder Mailändische Ritus vom heiligen Ambrosius in die jetzige Form (Walafried Strabo † 849: *De exordiis et incrementis eccl. rerum* cp. 22) gebracht, ist dem Wesen nach Römischer Ritus mit untergeordneten an den Orient erinnernden Abweichungen; vgl. Dr. Bartolomeo Catenà, Präsekt der Ambrosianischen Bibliothek, in dem Werke „Milano ed il suo territorio t. I pag. 113—127; *Missale Ambrosianum auctoribus Achille Ratti (a d. 6. Febr. 1922 PP. Pio XI.) et Magistratti (1917).* — Der Ambrosianische Ritus wird beobachtet in 672 Pfarreien der Erzdiözese Mailand, in 40 der Diözese Bergamo, in 19 der Diözese Novara und in 55 des Kantons Tessin. — Der Mozarabische Ritus, von seinem Begründer Isidor von Sevilla ursprünglich der „Isidorianische“ genannt, erhielt nach dem Einfall der Araber ersten Namen. Kardinal Ximenes († 1517) rettete das Offizium und die Messe durch Gründung der Kapelle „ad corpus Christi“ an der Westseite des Domes von Toledo, wo er das Kollegium von dreizehn Kaplänen der „Mozaraber“ stiftete. Täglich wird noch in diesem Ritus die heilige Messe gelesen; außerdem gibt es in Toledo noch zwei mozarabische Personalpfarreien; vgl. Schüch-Polz: *Pastoraltheologie*¹⁷ S. 426; Joh. Mañrifer: *Spanien*² (1917) S. 212; Ferreres J. B.: *Theol. mor.*¹¹ n. II nn. 1091; 1094; Gr. Martinez de Antón a Liturgia (1922) nn. 486; 595.

2. „Jeder hat seinem Ritus zu folgen“
Can. 733. Diese Vorschrift gilt zunächst für die Geistlichen. Ein Priester hat stets in seinem Ritus die heilige Messe zu lesen, auch wenn er in einer Kirche fremden Ritus zelebriert, während er das Meßformular der fremden Kirche anzuwenden verpflichtet ist, so in einer Kirche des Dominikanerordens, der beschuhten Karmeliten usw.¹⁾; Dekret der S. R. C. dd. 9. Jul. et 9. Dec. 1895 n. 3862. Das gleiche gilt von der Spen-

¹⁾ Die Dominikaner haben die römische Liturgie, wie sie im 13. Jahrhundert in der Kirche von Paris üblich war. Die beschuhten Karmeliten (Carmelitae calceati) folgen dem Ritus von Jerusalem.

dung der heiligen Sakramente; nur in einem Notfalle darf der Priester eines morgenländischen des gesäuerten Brotes (fermentatum) sich bedienenden Ritus die heilige Kommunion in ungesäuelter Spezies (azymum) austeilen und ein morgenländischer oder lateinischer Priester mit ungesäuelter Brots- gestalt in gesäuelter Spezies, wobei jeder seinen eigenen Ritus einzuhalten hat Can. 851 § 2. — Steht einem Priester ein Altar des eigenen Ritus nicht zur Verfügung, so darf er auf dem Altare eines anderen Ritus die Geheimnisse feiern, nur nicht auf den Antimensien¹⁾ der Griechen Can. 823 § 2.

Viel zahlreicher sind die Möglichkeiten, daß die Gläubigen erlaubterweise sich einem anderen Ritus anschließen. a) Der Meßpflicht kann genügt werden in einem jeden katholischen Ritus Can. 1249. — b) T a u f e. Wenn die beiden katholischen Eltern verschiedenen Riten angehören, so wird die Nachkommenschaft im Ritus, den ein Sonderrecht bestimmt, sonst im Ritus des Vaters getauft Can. 756 § 2. Ist ein Teil akatholisch, so ist stets der Ritus des katholischen Teiles maßgebend ibi § 3. Die Taufe nach fremdem Ritus ist gestattet im Notfall und mit päpstlicher Dispense Can. 98 § 1. — c) F i r m u n g. Ein mit der Firmungsvollmacht versehener Priester darf Gläubigen eines anderen Ritus die Firmung nur dann erteilen, wenn das I n d u l t so lautet Can. 782 § 4; anders die Bischöfe und jene Priester, denen das R e c h t die Firmungsgewalt einräumt (Kardinäle, Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete, Apostolische Vikare und Präfecten) ibi § 3. Priester eines morgenländischen Ritus, welche die Vollmacht oder das Privileg besitzen, Kindern ihres Ritus die Firmung unmittelbar nach der Taufe zu spenden, dürfen dies niemals gegenüber Kindern des lateinischen Ritus tun ibi § 5. Es ist nicht gesagt, daß die Firmung an Kindern eines anderen o r i e n t a l i s c h e n Ritus Unrecht (nefas) sei, obwohl die Vollmacht oder das Privileg zunächst Kindern des eigenen Ritus gilt. — d) E u c h a r i s t i e. Die An-

¹⁾ Antimensium ist in der griechischen Kirche ein seidenes, vom Bischofe geweihtes Tuch mit eingenähten Heiligenteliquien, womit nichtkonsekrierte Altäre bedeckt werden, um darauf das Meßopfer zu feiern; vgl. Lübeck Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 108.

das **Kommunion** kann nach eigenem oder fremdem Ritus jederzeit empfangen werden Can. 866 § 1. Ein auch lange dauernder Empfang nach fremdem Ritus bewirkt keine Veränderung desselben Can. 98 § 5. Es ist ratsam, die **Ostere-Kommunion** nach eigenem Ritus zu empfangen; bei der heiligen **Wegzehrung** ist es Pflicht, abgesehen von einem Notfalle Cann. 866 §§ 2 u. 3; 859 § 3; 463 n. 3. — e) **Beicht**. Jede Beicht, auch die Osterbeicht, kann bei jedem vom Ortsordinarius bevollmächtigten Priester ohne Unterschied des Ritus abgelegt werden Cann. 881 § 1; 905. — f) **Weihe**. Ein Weihesandidat des orientalischen Ritus kann selbst von seinem eigenen lateinischen Bischofe nur mit Apostolischem Indult zu den Weihen befördert werden Can. 955; handelt es sich um das Subdiaconat oder eine der folgenden Weihen, so müssen die Weihen des Ostiarates, Exorzistates und Acolythates ergänzt werden Can. 1004. — g) **Ehe**. Ist bei der Eheschließung eine katholische Person des lateinischen Ritus beteiligt, so muß die Ehe vor dem Ortspfarrer (Ortsordinarius) eingegangen werden Can. 1099 § 1 n. 3, und zwar erlaubterweise entweder nach dem geltenden Sonderrechte oder nach dem Ritus des Mannes Can. 1097 § 2. Die Ehefrau kann sich — abgesehen von einem Sonderrechte — während der Ehe dem Ritus des Mannes anschließen Can. 98 § 4. — h) **Morgengländische Ordenssandidaten** können nur mit schriftlicher Erlaubnis der Orientalenkongregation in lateinische Genossenschaften aufgenommen werden Can. 542 n. 2.

3. Strafe. „Weriker der höheren Weihen, welche beim heiligen Dienste die von der Kirche vorgeschriebenen Riten und Zeremonien schwer vernachlässigen und die sich trotz Mahnung nicht bessern, sollen nach der Schwere der Schuld **suspendiert f. s.** werden“ Can. 2378. Die Aufsicht über die liturgische Betätigung wird geregelt durch die Cann. 410 und 416 (Kapitel); 415 § 3 n. 2 u. 447 § 1 n. 4 (Pfarrer); 476 § 7 (Hilfspriester); 485 (einer Kirche Abskribierte); 501 (Religiosen); 1357 (Seminarier).

IV. Die für die Sakramente notwendigen heiligen Ole. Cann. 734; 735; 946; 2271 n. 2; 2272 § 3. Der Kodex behandelt in den Cann. 734 und 735 diesen Gegenstand:

„Die heiligen Öle, welche bei Spendung gewisser Sakramente angewendet werden, müssen vom Bischof am letzten Gründonnerstage geweiht sein; nur in dringender Not dürfen die alten noch verwendet werden“ Can. 734 § 1. — „Wenn das geweihte Öl auszugehen droht, so soll ungeweihtes Olivenöl beigemengt werden, auch zu wiederholten Malen, freilich stets in geringerer Menge“ ibi § 2. — „Der Pfarrer muß die heiligen Öle von seinem Ordinarius erbitten und sie innerhalb der Kirche in sicherem und geziemendem Gewahrsam mit Verschuß sorgfältig aufbewahren; zu Hause behalte er sie nur wegen einer dringenden oder sonstigen vernünftigen Ursache mit Erlaubnis des Ordinarius“ Cann. 735; 946.

Erläuterung: 1) Heilige Öle werden benötigt bei den Sakramenten der Taufe, Firmung, Letzten Ölung, Priester- und Bischofsweihe. Das Krankenöl (oleum infirmorum) wird bei der Letzten Ölung gebraucht, und zwar als Materie dieses Sakramentes, Jak 5, 14 („ungentes eum oleo), Dekret für die Armenier vom 22. Nov. 1439 (D.-B. n. 700); Tridentinum sess. 14 cp. 1. — Bei der heiligen Firmung hat der Spender (Bischof oder bevollmächtigter Priester) Chriſam (chrisma aus Olivenöl und Balsam) ebenfalls als Materie des Sakramentes zu verwenden, Brief des Papstes Innozenz I. an Bischof Dezentius von Gubbio 19. März 416 (D.-B. nn. 98 u. 697). — Bei der heiligen Taufe finden wir Katechumenenöl und Chriſam; bei der Priesterweihe Katechumenenöl und bei der Bischofsweihe Chriſam durch die Kirche angeordnet. — Würde bei der Letzten Ölung statt des Krankenöles Katechumenenöl oder Chriſam verwendet, so wäre die Spendung zweifelhaft, S. Alfonsus in Theol. mor. l. 6 n. 709.

2) Diese heiligen Öle müssen vom Bischof geweiht sein. „Das von einem Priester geweihte Öl ist eine für den Vollzug der Letzten Ölung ganz unpassende Materie, materia prorsus inepta“, entschied das heilige Offizium am 15. Mai 1878 im Anschluß an die Päpste Paul V. (13. Jan. 1611) und Gregor XVI. (14. Sept. 1842). Indes könnte ein Priester das Krankenöl gültiger- und erlaubterweise weihen kraft einer ausdrücklichen Bevollmächtigung des Papstes. Alle unierten Priester des griechischen Ritus besitzen eine

solche (stillschweigende) Bevollmächtigung zur Weihe des heiligen Öles unmittelbar vor Spendung des Sakramentes. Was den Chrisam bei der heiligen Firmung betrifft, so besteht die Streitfrage, nämlich ob ein Priester zur Weihe desselben vom Papst bevollmächtigt werden kann; vgl. *P r u e m m e r* Dom. in Theol. mor. III n. 154. Die Instruktion für einen Priester, welcher die apostolische Vollmacht zu firmen erhält, lautet in dem hieher gehörigen Abschnitt: „Der Priester sorge vor allem dafür, daß er Chrisam bei sich habe, das ein katholischer mit dem Apostolischen Stuhle verbundener Bischof geweiht hat; und wisse, daß es ihm niemals erlaubt sei, ohne einen solchen Chrisam die Firmung zu spenden“, wobei St. Thomas 3 q. 72 a. 3 zitiert wird *Rituale Romanum* 1913 in Appendice pag. 3*). Über die Streitfrage vgl. Papst *U r b a n V.* in epist. ad Consolatorem d. 29. Sept. 1351 ad 4 (D.-B. n. 574); Papst *B e n e d i k t XIV.* in Syn. l. 7 c. 8 nn. 1 et 2 („exempla si vera sint“); St. *A l f o n s* in Theol. mor. De confirmatione n. 170 (am Schluß); *J. E. D a n n e r S. J.*: Artikel in der *Vinzer D. S.* 1904 S. 805 f. Aus diesen Stellen dürfte mit Wahrscheinlichkeit hervorgehen, daß der Papst den einfachen Priester auch mit der Weihe des Chrisams betrauen kann.

3) Die heiligen Öle sind am *G r ü n d o n n e r s t a g e* zu weihen, und zwar innerhalb des Hochamtes nach den Vorschriften des Römischen Pontifikale (p. III pag. 41—58); zuerst innerhalb des Kanons (vor *Per quem haec omnia*) die Weihe des Krankenöles, nach der Kommunion jene des Chrisams und des Katechumenenöles. Ist der Bischof verhindert (z. B. durch Krankheit), so muß ein anderer Bischof die Öle weihen; eine private Weihe in der Hauskapelle ist unstatthaft S. R. C. d. 13. Jun. 1693 ad I und wird auch von Rom nicht gewährt S. R. C. d. 21. Jan. 1662 in Torcellen. Nicht einmal v o r dem Pontifikalamt darf die Weihe stattfinden S. R. C. d. 9. Maii 1857 ad 2. Doch gewährt die S. C. de Pr. F. in der Formula maior n. 2 diese Vollmacht: „Conficiendi olea sacra cum sacerdotibus quos potuerit habere (also wenigstens 2); et, si necessitas urgeat, etiam extra diem Coenae Domini“.

Bei der Ölweihe des Gründonnerstags sind 12 Priester, 7 Diakone und 7 Subdiakone beteiligt. Die 7 Subdiakone können nicht ersetzt werden

durch Acolythen S. R. C. d. 7. Febr. 1874 in Limbungen. et d. 7. Jul. 1876 in Ravennaten. ad 7. Sind diese oder die übrigen Majoristen in der vorgeschriebenen Zahl nicht zu erreichen, so gewährt der Apostolische Stuhl eine geringere Zahl nach dem Bedürfnisse. Ein Indult der Ritenkongregation vom 23. Februar 1916 forderte während des Krieges für die kriegsführenden Völker wenigstens 3 Priester, 3 Diakone und 3 Subdiakone, wobei letztere ausnahmsweise durch Acolythen ersetzt werden durften (AAS. 8, 73; *PMG.* 26, 658). — Wurde das Anhauchen der heiligen Öle („super os ampullae halant“) aus irgendeinem Grunde unterlassen, so ist die Gültigkeit der Weihe dadurch nicht gefährdet S. Off. d. 19. Jun. 1889 (*ME.* 7^a, 5—6). — Aus verschiedenen Entscheidungen der Ritenkongregation geht hervor, daß der Bischof mit dem Stab zur Ölweihe schreitet (d. 20. Maii 1890 in Montis Politiani ad 4); daß der Ölweihetisch weder Kreuz noch Leuchter trägt (d. 29. Maii 1891 in Cuneen. ad 2); daß die Ölegefäße vor der Weihe zu entkleiden sind, außer dem Chrysamgefäß, welches erst nach der Eingießung des Balsams entkleidet wird (ibi ad 3); endlich daß die Priester durch Kniebeugung wie den Chrysam so auch das Katechumenenöl zu verehren haben (d. 27. Maii 1911 in Baionen.).

4) Abgesehen von einem Notfalle müssen die neuen Öle zu den Sakramenten und Sakramentalien (z. B. Taufwasserweihe) gebraucht werden Can. 734 § 1. Die heiligen Öle werden in der Bischofsstadt u n e n t g e l t l i c h verteilt; ausnahmsweise duldete die Konzilskongregation die Gewohnheit der Diözese Feltre-Belluno, wonach bei der Verteilung eine Lire gegeben wird (S. C. C. d. 23. Apr. 1888 ad 2; *ME.* V 2, 78). Die Überbringung der heiligen Öle von der Kathedralstadt zu den einzelnen Dekanen, Pfarrern oder Missionären usw. muß durch P e r s o n e n geschehen, womöglich durch Kleriker, sonst durch zuverlässige Laien; eine nicht persönliche Versendung der heiligen Öle durch Post oder Bahn ist unerlaubt S. Off. d. 1. (3.) Maii 1901 in Leavenworthien. (*ME.* 13, 100) et d. 14 (15.) Jan. 1903 in Portalegren. in Brasilia (*ME.* 15, 245). Dieselbe Vorschrift gilt natürlich auch für die Überbringung der heiligen Öle vom Dekan an die selbständigen Seelsorger. Jeder Seelsorger hat die alten Öle solange aufzubewahren, bis die neuen in seinen Händen sind; erst dann kann er sie in die Ewiglichtlampen gießen (Rubrik des Pontifikale am Schluß der Ölweihe) und den Rest, von Baumwolle aufgesaugt, verbrennen. — Sollten aus irgend einem Grunde die heiligen Öle in der Bischofsstadt auszugehen drohen, so darf natürliches Olivenöl in geringerer Menge beigemischt werden Can. 734 § 2. Für die Seelsorgestellten kann von der Bischofsstadt oder den Dekanalämtern geweihtes

Öl bezogen werden; wäre dies nicht möglich oder nicht der Mühe wert, so kann auch hier mit der Ergänzung durch e c c l e s i a Olivenöl (ohne Weihe) abgeholfen werden. In allen Fällen wäre die Spendung der letzten Ölung mit so ergänztem Öl gültig, *Rituale Romanum* tit. 5 c. 1 n. 3. Diese Beimischung von natürlichem Öl ist nur im Notfalle statthast, S. R. C. d. 7. Dec. 1884 ad 3 in Patavina n. 2883 et d. 28. Jan. 1901 in Mantuana.

5) Die heiligen Öle sind in der Kirche aufzubewahren Can. 735; man darf hiezu auch die Sakristei rechnen. Ein Aufbewahren im Pfarrhause wurde durch den Kodex bedeutend gemildert; denn früher war nur die Aufbewahrung des Krankenöles erlaubt bei weiter Entfernung des Pfarrhofes von der Kirche. Nunmehr dürfen alle heiligen Öle schon wegen eines vernünftigen Grundes im Pfarrhofe aufbewahrt werden, freilich nur mit Erlaubnis des Ordinarius Can. 735. Auch für den Pfarrhof gilt natürlich die Aufbewahrung an einem sicheren und würdigen Orte, und zwar unter Verschuß („sub clavi“) ibi. Die größeren, wie die Gebrauchsgefäße müssen, um Verwechslungen zu vermeiden, mit großen Buchstaben am Gefäße selbst und am Deckel gekennzeichnet sein: S. O. (sanctum oleum) oder O. Cat. (oleum catechumenorum) für das Katechumenenöl; S. Chr. für den Chrisam; O. I. für das Krankenöl; vgl. Schüch = Polz: Pastoraltheologie¹⁷ (1914) S. 365.

Der Ordinarius von Ciudad Rodrigo erhielt am 19. September 1893 von der Pönitenziarie Weisungen betreff der Aufbewahrung des heiligen Krankenöles für Unfälle bei den Stiergefechten: 1) Niemals darf ein Priester mit dem heiligen Öl dem Stiergefichte anwohnen. 2) Es kann geduldet werden, daß an naher heiliger Stätte oder wenigstens an einem angesehenen und würdigen Orte das heilige Öl aufbewahrt werde, nie auf Verabredung; dabei muß vermieden werden, daß nicht in der Nähe des heiligen Oles eine Billigung oder Förderung dieser Kampfspiele erblickt werde (ME. 8¹, 247). Dieselben Grundsätze gelten um so mehr für Duellen; vgl. S. Off. d. 28. Maii 1884 ad 3.

Beim Interdikt dürfen die heiligen Öle stets aufbewahrt werden, wenigstens in den Pfarrkirchen Cann. 2271 n. 2; 2272 § 3 n. 2.

V. Uneigennützigkeit des Spenders Cann. 736; 463; 1056; 1097 § 3; 1909: „Für die Verwaltung der Sakramente darf der Spender nichts verlangen oder erbitten aus irgend-

einem Grunde oder bei irgendeiner Gelegenheit weder direkt noch indirekt außer den im Can. 1507 § 1 angegebenen Leistungen“ Cann. 736; 463 § 1; vgl. Rit. Rom. tit. I n. 13; tit. III. c. 1 n. 20. Diese Leistungen bei Gelegenheit der Sakramentspendung, gewöhnlich „Stolgebühren, iura stola, oblationes“ genannt, müssen geregelt werden auf dem Provinzialkonzil bezw. auf der Bischofskonferenz. Solange dies nicht geschehen ist, bleibt es bei der alten Stolgebührenordnung, welche nicht nur nach Bistümern, sondern nach Pfarreien, ja oft nach Kirchen verschieden ist.

In Bayern werden Stolgebühren erhoben bei Gelegenheit der Taufe und der Trauung (mit Verkündigungen). Bei Verheirathungen ist in der Regel keine Gebühr ausgesetzt, zuweilen ist die Erhebung derselben geradezu untersagt. Ein Beichtgeld bei Gelegenheit der Beicht wird nur in einigen Gegenden Südbayerns entrichtet, während bei Gelegenheit des Einsammelns der Osterbeichtzettel öfter Leistungen üblich sind, aber nicht für die Beicht. — Die Beichtzettelsammlung zu Ostern wird wesentlich erschwert durch die damit verbundenen Geld- und Naturalienleistungen. Eine Ablösung dieser Gaben wäre dringend zu wünschen. Aber die Zahlungen am Beichtstuhl bei Gelegenheit der Beicht erheischen geradezu gebieterisch baldigste Abschaffung; Rit. Rom. tit. 3 c. 1 n. 20; Passauer MS. 17, 490; 24, 437; vgl. Dr. Leo Benario: „Die Stolgebühren nach dem Bayerischen Staatskirchenrecht“ (1894) S. 24—38.

Am 22. Januar fragte Abgeordneter Dr. Wohlmut bei der Staatsregierung über die Stolordnung an. Die Staatsregierung erwiderte durch den Ministerialrat Goldenberger: Eine Regelung zugunsten der Kirchen (templa) und des weltlichen Kirchendienstes sei möglich auf Grund der RGD. Art. 14 III unter Aufsicht des Staates. Die Stolgebühren der Pfarrer und sonstigen Geistlichen ordnet die betr. Religionsgesellschaft in eigener Zuständigkeit M. E. 18. Mai 1920 (n. 20138).

Von der Taufe.

§ 4. Rechtliche Bedeutung der Taufe.

I. **Rechtliche Bedeutung.** Die Taufe (baptismus, baptisma) ist der Eingang zu den übrigen Sakramenten und deren Grundlage Can. 737. Darum gelten die den Nichtgetauften gespendeten Sakramente als nicht gespendet; natürlich wenn man die Eucharistie ausnimmt, welche von Ungetauften nicht nur in Wirklichkeit, sondern auch in Gnaden empfangen werden kann, wenn die Disposition nicht fehlt; vgl. Innozenz III. in c. 3 De presbyteris non baptizatis (III 43). Besonders wichtig ist obiger Satz für das Sakrament der Weihe c. 52 C. 1q 1; cc. 1. 3 X (III 43).

II. Notwendigkeit. Die Taufe, in Wirklichkeit empfangen oder wenigstens im Verlangen erstrebt, ist allen zum Heile notwendig Can. 737. Zur Erlangung des Heiles genügt die Wiedergeburt „aus dem Geiste“, also neben dem wirklichen Empfang der Taufe auch noch die *Begierdetaufe* (*baptismus flaminis*) oder die *Bluttaufe* (*baptismus sanguinis*), welche man beide unter dem Begriff „*baptismus in voto*“ zusammenfassen kann. — Zur Erlangung der Kirchenmitgliedschaft genügt nur die „Wiedergeburt aus dem Wasser und dem Heiligen Geist“, also die wirkliche Taufe Joh 3, 5; „Handbuch“ I² S. 82. Obwohl Innozenz III. persönlich der Ansicht war, daß zur Erlangung der Kirchenmitgliedschaft die „*fides sacramenti*“ genüge, so entschied er doch für Notwendigkeit der Wassertaufe („*sacramentum fidei*“) c. 3 X (III 43).

III. Materie. Die schlechthin notwendige Materie der Taufe ist „wahres natürliches Wasser“ (*materia remota*); welches angewendet wird durch „Abwaschung, ablutio“ (*m. proxima*). Form der Taufe sind die vorgeschriebenen Worte („*praescripta verborum forma*“).

Erläuterung: 1) Sicher genügt als *materia remota* wahres natürliches Wasser; keine andere Flüssigkeit kann an Stelle des Wassers angewendet werden Rit. Rom. tit. 2 c. 1 n. 3. Bei Beurteilung der Frage, ob eine Flüssigkeit geeignet ist zur Spendung der Taufe, kommt es nicht auf die chemische Zusammensetzung derselben an, sondern auf die *allgemeine Schätzung* (*communis aestimatio hominum*). Das Wasser des Meeres ist sicher Materie der Taufe, obwohl es unter tausend Teilen 32—41 fremde Bestandteile enthält; ebenso das Wasser von Salzquellen, z. B. der Reichenhaller Edel- und Karl-Theodor-Quelle, bei welchem auf 1000 Teile 250 Salzbestandteile entfallen. Dagegen wäre eine Taufe in Wein, Milch oder Blut, obwohl hier weniger feste Bestandteile auf die Wassermenge treffen (auf 1000 Teile beim Wein 100; bei Milch 100—150; bei Blut 210¹⁾) sicher

¹⁾ Auf die Frage, ob mit Bier oder Milch getauft werden könne, erklärte Luther in seinen Tischreden, daß auch andere Flüssigkeiten, wie Bier, Milch, Brantwein, überhaupt alles, was ein Bad bilden kann, angewendet werden können; vgl. J. Buchmann: „Populärsymbolik“ (1843) § 54, S. 485.

ungültig. Wir haben zwei Dekretalen Innozenz' III., in welchen der Papst entscheidet, daß weder Schleim (phlegma) c. 8 De cel. missarum (III 41) noch Speichel (saliva) c. 5 De baptismo (III 42) geeignet seien zur Spendung der Taufe. Und doch enthält Speichel nur 6—9 feste Bestände auf 1000 Teile, während die übrigen Wasserbestandteile sind. Wird etwas ganz allgemein als Wasser angesehen, so haben wir eine sichere Materie. Kann man aber eine Flüssigkeit als Wasser unmöglich ansehen, so darf sie als ungültige Materie niemals gebraucht werden, während eine zweifelhafte Materie (wie Lauge, dünne Suppe) in Ermangelung einer sicheren für Notfälle zulässig ist; vgl. S. Thomam in S. th. 3 q. 66 a. 4. Aus den Prinzipien folgt, daß auch giftiges oder vergiftetes Wasser gültige Materie der Taufe ist, wenn es nur Wasser ist, S. Off. d. 21. (23.) Aug. 1901 (ME. 13, 385; 21, 84).

Manche Ärzte, so berichtet der Erzbischof von Utrecht an den Apostolischen Stuhl, taufen in Krankenhäusern oder sonstigen Notfällen mit Wasser, dem Quecksilberchlorid (hydrargyrum bichloratum corrosivum; chloride de mercure; bichlorato di mercurio corrosivo) beigemischt ist. Auf 1000 Teile Wasser wird ein Teil Quecksilberchlorid gegeben, welches bewirkt, daß das Wasser beim Trinken giftig ist, während es äußerlich als starkes Antiseptikum zur Wundbehandlung verwendet wird. Bei Tausen des Kindes im Mutterleib bewahrt es die Mutter vor Erkrankungsgefahr („ne matris uterus morbo afficiatur“). Auf die drei Fragen des Utrechter Erzbischofs I.: ist eine solche Taufe sicher oder zweifelhaft gültig; II. ist sie erlaubt zur Abwendung von Krankheitsgefahr; III. ist sie ohne diesen Grund erlaubt, gab das heilige Offizium vom 21. August 1901 folgende drei Antworten: Ad I. Providebitur in 2. Ad II. Licere, ubi verum adest morbi periculum. Ad III. Negative. Aus diesen Antworten erhellt, daß die Anwendung von solchem vergifteten Wasser nur zur Abwendung einer Krankheitsgefahr erlaubt ist. Ist kein Grund vorhanden oder kein entsprechender, so kann solches Wasser nicht angewendet werden. Dieses Wasser darf nicht angewendet werden, entweder weil es bloß *materia dubia* ist oder weil es vergiftet und darum unwürdig und unpassend ist für ein so erhabenes Sakrament. Der Apostolische Stuhl ging der Beantwortung der ersten Anfrage „Estne baptisma cum huiusmodi aqua administratum certo an dubie validum“, direkt aus dem Wege mit den Worten „Providebitur in 2“. Freilich indirekt können wir die Gültigkeit erschließen aus der zweiten Antwort „Licere“. Denn würde diese *materia* nur zweifelhaft gültig sein, so wäre a) ihre Anwendung nur im äußersten Notfalle erlaubt; b) eine bedingte Wiedertaufe nach der etwaigen glücklichen Geburt notwendig; c) ein Grund für den Zweifel nicht einzusehen, da das Wasser auch nach Beimengung des Quecksilberchlorid Wasser bleibt; vgl. St. Thomas S. th. 3 q. 66 a. 4; St. Alfonsus in Th. m. VI n. 103.

2) Entfernte Materie der feierlichen Taufe ist das am Karfreitag bzw. am Pfingstfreitag geweihte Taufwasser, welches in einem reinen Taufbrunnen mit Sorgfalt sauber zu erhalten ist. Das bei der Taufwasserweihe noch vorhandene (alte) Taufwasser soll in das Saktrarium gegossen werden. — Um das Ausgehen des Taufwassers zu verhüten, kann reines ungeweihtes Wasser in geringerer Menge dem Taufwasser beigemischt werden. — Ist das Taufwasser verdorben oder ganz ausgegangen, so muß in das gereinigte Taufwassergefäß neues natürliches Wasser gegossen werden, welches nach der im Römischen Rituale (tit. 2 cp. 7) angegebenen Form zu weihen ist. Wenn das Taufwasser ganz gefroren ist, muß es flüssig gemacht werden; ist es nur teilweise gefroren, so kann durch Begießung von warmem Wasser (in geringerer Menge) für die Erwärmung des Taufwassers gesorgt werden, daß es dem Kinde nicht schade, Rit. Rom. tit. 2 cp. 1 nn. 3. 7.

Die SC. de Pr. F. gewährt für Missionsgebiete jene kürzere Form der Taufwasserweihe, welche Papst Paul III. den Peruanischen Missionären gestattete Rit. Rom. pag. 1^r: die von Papst Pius VIII. gebilligte Form (R.R. pag. 137*) für die Nordamerikanischen Missionäre ist die gleiche, jedoch mit einer Schlußsegnung.

3) Die Anwendung des Taufwassers (*materia proxima*) geschieht durch Abwaschung („per ablutionem“) Can. 737. Hierfür gibt es drei Möglichkeiten: die *Aufgießung* (*infusio*), die *Untertauchung* (*immersio*) und die *Besprengung* (*aspersio*). Alle drei Arten sind praktisch für die *Nottaufe*. Bei der feierlichen Taufe und auch bei der ordentlichen Privattaufe darf die Taufe nur geschehen entweder durch *Aufgießung* oder durch *Untertauchung* oder durch eine gleichzeitige Anwendung beider („*modus mixtus ex utroque*“), je nach der Gewohnheit der einzelnen Kirchen Can. 758; die Besprengung scheidet hier aus (freilich bloß für die Erlaubtheit). Den genaueren Ritus beschreiben die Ritualien: Ein und dieselbe Person gießt und spricht die Form; die Begießung geschieht auf das Haupt, und zwar dreimal in Kreuzesform. Gleiches (mit Ausnahme der Kreuzesform) ist vorgeschrieben für die Untertauchung des ganzen Körpers oder wenigstens des Kopfes Rit. Rom. tit. 2 cp. 1 n. 10; cp. 2 nn. 19. 20; cp. 4 nn. 39. 45. — Das ge-

Veitner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV. 3

brauchte Taufwasser gehört nicht in den Taufbrunnen (wie man auf Gemälden dies oft unrichtig beobachten kann), sondern in das Sacramentarium der Taufkapelle oder der Kirche c. l. ep. 1 n. 11.

1) Bei der außerordentlichen Nottaufe kann neben der Begießung und der Ein- oder Untertauchung (einer lebenden Frühgeburt) auch die Besprengung zur Anwendung kommen; letztere namentlich bei Taufen der Leibesfrucht im Mutterchoße. Immerhin ist bei jeder dieser drei Arten notwendig, a) daß ein F l i e ß e n des Wassers stattfindet; b) daß die H a u t getroffen werde, womöglich des Hauptes. Ein Erlaß des heiligen Offiziums vom 14. (16.) Dezember 1898 verordnet, daß „bedingungsweise, privatim, mit Hinzweglassung aller unwesentlichen Zeremonien wiedergetauft werden“ jene Kinder, welche ein Pfarrer „auf der Stirne mit dem durch das Taufwasser befeuchteten Daumen gesalbt hatte“ (per modum unctionis, ME. X 2 pag. 243). Dieser Erlaß beweist, daß eine bloße Berührung, Besprengung, Salbung mit Taufwasser ohne ein Fließen des Wassers zweifelhaft gültig ist, weshalb auch das heilige Offizium die besondere Aufmerksamkeit des Diözesanbischofs auf die in dieser Art getauften Weihkandidaten hinlenkte. — Bei der Taufe auf das Haupt beachte der Taufende, daß wirklich die Haut genetzt werde, nicht die Haare allein, der Kopfschleim oder Kopfschind, freilich ist auch eine übertriebene Angstlichkeit ungerechtfertigt; man halte sich an das Rituale, welches auch bei Erwachsenen keinerlei Vorkehrung wegen der Haare trifft, Rit. Rom. tit. 2. ep. 4 n. 39. Freilich bei der Taufe der Leibesfrucht ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Haut des Kindes und nicht bloß die drei Häute (Amnion, Chorion und Decidua) getroffen werden. — Die Taufe einer (erwachsenen) Person ist ungültig, wenn der Spender zwar die Wesensform spricht, jedoch die Begießung oder Untertauchung nur durch den Empfänger (oder einer 3. Person) vornehmen läßt SC. Sac. d. 17. Nov. 1916 (ML. 29, 86).

2) In den morgenländischen Kirchen wird der Taufakt in folgender Weise vollzogen: Nach der Salbung „wird der Täufling, das Gesicht nach Osten gerichtet, bis zur halben Brust ins Wasser des Taufbeckens gestellt und durch dreimaliges Untertauchen getauft mit den Worten: „Getauft wird der Knecht Gottes N. auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.“ L ü b e d: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 165; St. B a n k o w: „Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1920) S. 60 gibt folgende Form an: „Es wird getauft (der Knecht Gottes N.) im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

4) **Die Form.** Wir müssen die gewöhnliche Form unterscheiden von außerordentlichen Formen, welche die Not gebietet. Die gewöhnliche Form lautet nach dem Römischen Rituale: N. Ego te baptizo in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti und enthält fünf wesentliche Punkte: a) die Person des Taufenden; b) die Taufhandlung; c) die Person des Täuflings; d) die Einheit der göttlichen Natur; e) die Drei-

heit der göttlichen Personen. — Fehler können gemacht werden durch Veränderung, Entstellung, Umstellung, Beifügung und Weglassung.

Entscheidungen des Apostolischen Stuhles beleuchten diesen wichtigen Gegenstand. a) Das Dekret für die Armenier anerkennt auch die Gültigkeit der morgenländischen Taufe (oben), bei welcher die Person des Tausenden zurücktritt, D.-B. n. 696; Ben. XIV. in Const. „*Et si Pastoralis*“ d. 26. V. 1742 § II n. 2. — b) Wird nicht die Taufhandlung sondern nur der Wille, die Taufe zu vollbringen ausgedrückt, so ist die Taufspendung ungültig S. C. Inq. d. 23. Iunii 1840 („Ich will dir spenden das Sakrament der Sündentaufe im Namen usw.“ — „*baptismum esse invalidum*“). — Ungültig ist die Taufe, gespendet mit den Worten „in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti“, wenn die übrigen Worte fehlen c. 1 De baptismo (III 42) et prop. 27. damnata ab Alexandro VIII. (D.-B. n. 1317). — c) Die drei göttlichen Personen müssen in der Taufformel einzeln zum Ausdruck gebracht werden, so daß eine Taufe „in nomine Ss. Trinitatis“ mindestens sehr zweifelhaft wäre, St. Alfonsus in Theol. mor.: De baptismo n. 111. — Katechisten auf den Gilbertsinseln hatten getauft mit der Formel „I patetitoiko n avan te Tama, ao te Rati, ao te Tamnei-ave-Navirvi oder Tamnei-Tapu“ (Spiritus bonus oder sacratu) statt „Tamnei-ave-Ravirvi“; das heilige Offizium antwortete am 13. (14.) April 1904: Sic „baptizatos non esse inquietandos“ (ME. 16, 245). — „Heutzutage ist sicher, daß die Taufe ‚in nomine Christi‘ ungültig ist, wie alle einmütig lehren S. Thomas p. 3 q. 66 a. 6.“ St. Alfonsus ibidem n. 112. Über die Taufe „im Namen Christi“ vgl. Apg 8, 12; 19, 5 (19, 2. 3); Papst Stephan I. (254—257); Innozenz I. (401—417); Nikolaus I. (858—867) bei D.-B. nn. 47; 94; 335; dagegen Pelagius I. (556—61) ibi n. 229. — d) „Amen“ hat nach dem Rituale und dem Erlaß der Ritenkongregation vom 9. Juni 1853 n. 3014 wegzubleiben. Eine besondere Betonung der Absicht („Si vis baptizari, ego te b.)“ macht zwar die Taufe nicht ungültig, indes ist die Beifügung unerlaubt, S. Off. d. 12. Iun. 1850 (ASS. 25, 245). — e) Berühmt ist die Taufform „baptizo te in nomine Patria et Filia et Spiritu Sancta“, von welcher St. Bonifaz an Papst Zacharias Meldung tut und welche der Papst im Gegensatz zum Heiligen dann für gültig ansieht, wenn der fragliche Priester ohne böse Absicht nur die lateinische Sprache radbrechte. — f) Bei der Privattaufe kann statt der lateinischen die Muttersprache gebraucht werden, was auch Pflicht ist für jene, welchen die genaue Kenntnis der lateinischen Sprache abgeht.

Außer der einfachen Form kennt das Rituale auch eine bedingte Form. Die Bedingung betrifft meistens die Gültigkeit der früheren Taufe „Si non es baptizatus, ego te baptizo“ etc. Alexander III. gibt in c. 2 De baptismo (III 42) eine umfassendere Form an: „Si baptizatus es, non te baptizo, sed, si nondum baptizatus es, ego te baptizo etc.“ Nicht selten berücksichtigt die Bedingung die Fähigkeit des Empfängers. „Si capax es, ego etc.“ ist jedenfalls die

passendste Form. Doch kennt das Rituale noch die genauere „Si homo es“ bei Mißgeburten und der Roder deutet jene an „Si vivis“ Cann. 746 § 4; 747, vgl. Rit. Rom. tit. II. c. 1 n. 9; c. 2 n. 22; c. 4 n. 40; Cann. 746—48: 752 § 3. — Ist sich der Spender des Zweifels bewußt, so muß er die Bedingung nicht nur im Geiste setzen, sondern auch in Worten ausdrücken, S. C. de Pr. F. d. 29. Maii 1838 (Collectanea Pr. F. p. II tit. 1 c. 2 n. 524).

IV. **Einteilung.** „Wird die Taufe gespendet mit Einhaltung aller Gebräuche und Ceremonien, welche in den Ritualbüchern vorgeschrieben sind, so heißt sie feierliche Taufe („baptismus sollemnis“), sonst Privattaufe (b. non-sollemnis seu privatus)“ Can. 737 § 2.

§ 5. Spender der Taufe.

I. **Allgemeines.** Die ordentlichen Spender der feierlichen Taufe sind im allgemeinen der Bischof und der Priester (Pontificale Romanum: De consecratione electi in episcopum pag. 72; de ordinatione presbyteri pag. 45); der außerordentliche Spender ist der Diakon Cann. 738 § 1; 741; 744.

„Die Taufe der Erwachsenen soll womöglich dem Ortsordinarius überlassen werden, damit sie von ihm oder seinem Bevollmächtigten mit größerer Feierlichkeit gespendet werden kann“ Can. 744; R. R. tit. 2 c. 3 n. 3. Dabei kann der Bischof alle Ceremonien von Anfang an in eigener Person vornehmen mit Beachtung des R. R. tit. 2 c. 6 oder er kann durch einen Priester die Riten des „Katechismus“ vornehmen lassen, während er selbst den eigentlichen Taufakt vollzieht, angefangen vom Paramentenwechsel (der Bischof erscheint also nur in weißer Farbe) R. R. tit. 2 c. 6 n. 5.

Der Diakon kann seine Taufgewalt ohne Erlaubnis des Ortsordinarius oder Pfarrers, welche auf einer rechtmäßigen Ursache zu ruhen hat, nicht ausüben; im Notfalle steht die Rechtsannahme für diese Erlaubnis Can. 741. Tut er es ohne Erlaubnis, so wird er deswegen nicht irregulär, wenn er auch schwer sündigt Cann. 741; 1147 § 4; Pontificale „De ord. diaconi“ pag. 35.

II. Rechtsordnung. Die erlaubte Spendung richtet sich nach der kirchlichen Rechtsordnung, wonach die Erteilung der feierlichen Taufe eigentliches *Pfarrrecht* ist Can. 462 n. 1. An Stelle des Pfarrers kann der Ortsordinarius sich die Taufe reservieren Cann. 738 § 1; 744, freilich nicht so, daß die Pfarrgewalt gegenstandslos wird. Mit Erlaubnis des Pfarrers oder des Ortsordinarius kann auch ein anderer Priester taufen; eine Erlaubnis, welche im Notfall präsumiert werden kann Can. 738.

Auch ein *Fremder* („peregrinus“) soll vom eigenen Pfarrer in der eigenen Pfarrkirche getauft werden; kann es nicht leicht sein, so vom Pfarrer des Taufortes Can. 738 § 2. — In einem *fremden* Gebiet ist zur feierlichen Taufe auch der eigenen Untergebenen die Erlaubnis des Ortspfarrers oder Ortsordinarius notwendig Can. 769. — Sind Pfarreien oder Missionspfarreien („quasi-paroeciae“ Can. 216 § 3) noch nicht errichtet, so bestimmen die besonderen Statuten oder rechtmäßigen Gewohnheiten, wer außer dem Ordinarius das Taufrecht hat Can. 740.

Die Vorschrift „für die Taufe der *Fremden*“ (Can. 738 § 2) dürfte praktischer heißen „für die Taufe von *Kindern* der Fremden“. Indes wird die Verbringung der Neugeborenen in die eigene Pfarrei oft mit Schwierigkeiten verbunden sein, weshalb der Aufenthaltspfarrer zuständig ist. Aus Can. 738 § 2 erhellt, daß auch die Ungetauften zu den Pfarrangehörigen zählen, vgl. Can. 1350; 464 § 1; 91 u. 94 § 1.

III. Spender der Nottaufe. „Nottaufe“ ist die Privattaufe in *Todesgefahr* R. R. tit. 2. c. 1 n. 12: „Schwebt ein Kind oder ein Erwachsener in Todesgefahr, so kann ihm die Privattaufe von jedem gespendet werden in jeglicher Sprache, mag der Spender *Kleriker* oder *Laie* sein, auch ein *Exkommunizierter*“ ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses oder des Geschlechtes, doch muß der Spender das *Wesen* genau einhalten und die *Ab sicht* haben, das zu tun, was die Kirche tut. Zur Sicherung des Nachweises sollen womöglich zwei *Zeugen* beigezogen werden oder wenigstens einer Can. 742. — Sind mehrere Personen zugegen, so hat die den Vorzug, welche die Taufspendung am besten *versteht*. Verstehen sie alle gleich gut, so hat eine *Frauensperson* bei Taufen von Nichtgeborenen in Rücksicht auf den *Anstand* („pudoris gratia“) den Vorzug vor *Mannsz*

personen (abgesehen von den Ärzten). Sonst soll die *hierarchische Ordnung* eingehalten werden: Priester, Diakon, Subdiakon, Kleriker, katholischer Laie; Katholiken (getaufte, dann ungetaufte) Can. 742 § 1. — Die leiblichen Eltern sollen die Nottaufe nur dann spenden, wenn keine andere Person vorhanden ist, welche die Taufe zu spenden weiß und tatsächlich spendet ibi § 2. — Das eheliche Recht wird in keinem Falle beschränkt R. R. tit. 2 c. 1. n. 14. Da die Nottaufe meist von Hebammen, Ärzten und Wundärzten zu spenden ist, so soll der Pfarrer dafür sorgen, daß diese die Taufspendung genau verstehen Can. 743. Wir haben hierüber sehr viele partikuläre Vorschriften schon aus alter Zeit; vgl. Georg Schreiber: „Mutter und Kind“ (1918) S. 28, 31, 36.

„Der Evangelische vermag, falls er nur die äußeren Zeichen wahr und die richtige Intention hat . . ., wie jeder die Taufe, nämlich die nicht-feierliche, die Nottaufe, zu erteilen; der Hebamme, überhaupt dem Weibe, von dem es so oft heißt: *Mulier taceat in Ecclesia*, wird dabei sogar, selbst wenn es evangelisch ist, der Vorrang vor dem Manne eingeräumt, falls es über Taufform oder Taufvorschrift besser Bescheid weiß“, *St u § 11*: „Der Geist des CIC“ (1918) S. 94. Diese Aufstellungen sind richtig, doch sind die Sätze über 1400 Jahre älter als die „Evangelischen“; sie sind göttliches Recht, Papst Stephan I. (254—57) und Konzilium I. von Nizäa (D.-B. nn. 46. 47. 55). — „Wer sich die Taufe in irgendeiner Weise von Katholiken erteilen ließ, abgesehen vom Falle äußerster Not, zieht sich dadurch die *Irregularität* zu“ Can. 985 n. 2. „Wer wissentlich seine eigenen Kinder akatholischen Religionsdienern zur Taufe anzubieten sich unterfängt, verfällt der dem Ordinarius vorbehaltenen *Exkommunikation*“ Can. 2319 § 1 n. 3.

§ 6. Empfänger der Taufe.

I. Wesentliche Erfordernisse. „Zum Empfang der Taufe ist fähig jeder lebende Mensch, welcher noch nicht getauft ist, und nur dieser ist fähig“ Can. 745 § 1. Bei erwachsenen Menschen wird ferner der nach außen kundgegebene Wille, getauft zu werden, zur Gültigkeit der Taufe verlangt Can. 745 § 2, n. 2 („*animi motu petat*“).

Die Verpflichtung zur heiligen Taufe besteht seit der Gründung der heiligen Kirche, also vom Pfingstfest an Mt 28, 19; Apg 2, 38. Seit dieser Zeit müssen (Joh 3, 5) und können alle Menschen getauft werden ohne Rücksicht auf Volk oder Geschlecht, ohne Rücksicht auch auf den Gnadenstand. Darum wurden sehr wahrscheinlich auch die hei-

ligen Apostel getauft, ja auch die Gottesmutter Maria. Der äußere Eintritt in die Kirche wurde damit bekundet. Vom Apostel Paulus haben wir das ausdrückliche Zeugnis der Apostelgeschichte 9, 18. — Nur der Mensch kann getauft werden, und zwar der Mensch während seiner irdischen Pilgerfahrt („solus homo viator“) Can. 745 § 1. Zu den lebenden Menschen wird nicht nur der geborene Mensch (homo natus), sondern auch die Leibesfrucht („fetus“) ohne Rücksicht auf ihr Alter gerechnet Can. 746; 747. Der Zeichen eines Menschen, falls der Tod sicher ist, kann nicht mehr als fähiger Empfänger der Taufe angesehen werden. — Die Taufe einmal gültig empfangen, macht den Empfang einer erneuten Taufe unmöglich Cann. 745 § 1; 732 (Eph 4, 5; „confiteor unum baptisma“). — In den Kindern ist eine Selbstbetätigung nicht gefordert. Wie sie die Erbsünde ohne ihr persönliches Zutun erhalten, so werden sie der Gnade des Erlösers eingepflanzt ohne eigene Mitwirkung. Bei den Erwachsenen muß der eigene Wille mitwirken, schon weil es möglich ist, und dann, weil zur Erbsünde persönliche Sünden in der Regel hinzutreten. War bei der Nottaufe eines Erwachsenen der Wille zweifelhaft vorhanden, so muß im Falle der Wiedergenesung die Taufe dem ernstlich darum Bittenden bedingungsweise wiederge spendet werden Can. 752 § 3.

Die Leibesfrucht ist für das Leben bestimmt; darum ist dieselbe mit einer zähen Lebensenergie ausgerüstet. Deswegen muß man für das Leben des Fötus präsumieren, solange nicht sichere Zeichen seines Todes vorhanden sind. Ein sicheres Zeichen ist nicht Mangel an Bewegung, nicht einmal die beginnende Verwesung, sondern nur die klare Verwesung und Zerfetzung, der Übergang in Fäulnis (corruptio et putrefactio); vgl. Instructio pastoralis Eystettensis (1902) n. 85; Ferreres-Geniesse: „Der wirkliche Tod und der Scheintod“ (Pustet 1908) S. 7 ff. Auch bei den Taufen solcher Erwachsener, welche unversehens vom Tode ereilt wurden, darf man nicht zu ängstlich sein. So oft es gestattet ist, die Letzte Ölung zu spenden, ist es auch erlaubt, bei Untergangenen die heilige Taufe zu erteilen. Die Bedingung „Si vivis“ oder noch besser „Si capax es“ ist beizufügen; denn „Si capax es“ nimmt Rücksicht auf das Vorhandensein des Lebens und der im Can. 752 § 3 geforderten Absicht (intentio). Nach den oben zitierten Gewährsmännern Ferreres-Geniesse dauert die Zeit vom scheinbaren Ableben bis zum absoluten Tode mindestens 45 Minuten; vgl. S. 24 f., 93.

II. Kindertaufe. Unter dem Begriff „*Infans, infans, puer, parvulus*“ fällt hier jeder Mensch, welcher niemals

zum Vernunftgebrauch gelangt ist, sei es wegen zarten Alters, sei es wegen Geisteskrankheit Can. 745 § 2 n. 1; 754 § 1. Alle übrigen gelten als „Erwachsene, adulti“ Can. 745 § 2 n. 2. Bis zum vollendeten siebenten Lebensjahre steht die Rechtsannahme für „Kind“, dann für „Erwachsen“ Can. 88 § 3. Besteht ein Zweifel, ob der Vernunftgebrauch da ist oder war, so suche der Spender einen auf die Taufe gerichteten Willensakt zu gewinnen. Verschwindet der Zweifel nicht und muß getauft werden, so geschehe es mit der Bedingung „Si capax es“ Can. 752 § 3. Unter den „Kindern“ sind mehrere Klassen zu würdigen: Kinder im Mutterchoß; Frühgeburten; Mißgeburten; Findlinge; Kinder von Andersgläubigen.

1) Kinder im Mutterchoß. Solange begründete Hoffnung besteht, daß ein Kind nach der Geburt vorschriftsmäßig getauft werden kann, darf es *un geboren* nicht getauft werden Can. 746 § 1. Ist diese Hoffnung nicht mehr gegeben, so darf das Kind auch vor der Geburt getauft werden, nur muß der Körper des Kindes dem Taufwasser zugänglich sein; darum enthält das Rituale (tit. 2 c. 1 n. 16) den weisen Satz: „Nemo in utero matris *clausus* baptizari debet“. Der Leib des Kindes muß also getauft werden, nicht die Eihäute, nicht das Fruchtwasser, nicht der Kopfgrind oder Kopfschleim. — Bei teilweiser Geburt gelten folgende Regeln: a) Ist nur das *Haupt* geboren, so ist in Todesgefahr dieses zu taufen; eine Wiederholung der Taufe nach der Geburt ist aus diesem Grunde weder geboten noch erlaubt Can. 746 § 2. b) Ist nur irgend ein anderes Glied geboren (nicht das Haupt), so muß das Kind in Todesgefahr an diesem Gliede getauft werden, und zwar bedingungsweise („Si capax es“); nach der vollständigen Geburt ist die Taufe bedingungsweise („Si non es baptizatus“) zu wiederholen ibi § 3. c) Als allgemeine Regel gilt also: Eine bedingungsweise Wiederholung der Taufe ist *immer* notwendig, sooft das Kind im Mutterleibe getauft wurde, außer es geschah die Taufe auf dem *bereits* geborenen Kopfe ibi § 5; S. C. C. in *Sutrina* d. 12. Iulii 1794 et in *Mediolanensi* d. 21. Ian. 1897 (ME. 10, 49).

Stirbt die Mutter vor der Geburt, so soll die Leibesfrucht mit Vorsicht dem Mutterchoße entnommen werden

von denen, die hier zuständig sind Can. 746 § 4; R. R. tit. 2 c. 1 n. 17. — Lebte das Kind unzweifelhaft, so werde es bedingungslos getauft; besteht ein Zweifel, so lautet die Bedingung „Si vivis“. —

Der Priester kann die Aushebung des Kindes nicht vornehmen, aber er kann auf die Tätigkeit des Arztes oder Sachverständiger dringen; er kann die Vorurteile und die Lässigkeit der Angehörigen überwinden. Die staatlichen Vorschriften bezüglich der Leichenchau und der Berechtigung des Operierenden sind zu beachten. Ein Menschenkind der Anschauung Gottes teilhaft zu machen, ist ein außerordentlich gutes Werk. Die Leibesfrucht hat ein ungemein zähes Leben; darum muß gehandelt werden, aber ohne Überhastung; Ferreres-Geniesse, S. 7—9; sehr lehrreich ist die E. des heiligen Offiziums v. 15. Febr. 1780 für das Apostolische Vikariat S u t c h u e n (ME. 11, 482—484).

2) F r ü h g e b u r t e n. „Es ist dafür zu sorgen, daß jede vor der Geburtzreise geborene Leibesfrucht („fetus abortivi“) ohne Rücksicht auf das Alter getauft werde, und zwar bedingungslos, wenn sie sicher lebt; im Zweifelsfalle unter Bedingung“ Can. 747. Jede Leibesfrucht, welche ans Tageslicht getreten ist, kann und muß getauft werden ohne Rücksicht auf die frühere Streitfrage, ob sie belebt ist oder unbelebt (fetus animatus und fetus nonanimatus). Ist das Kind schon vorgerückt an Lebenstagen, so kann es leicht als Menschenkind erkannt werden, in einer früheren Zeit können ja berechtigte Zweifel aufsteigen, ob es sich um ein Kind oder um ein anderes (krankhaftes) Gebilde (Molen) handelt. Bestehen Zweifel, so wäre die Taufe zu spenden mit der Bedingung „Si capax es“. Die Sorge geht aus vom Seelsorger, richtet sich jedoch an die Mutter (Brautexamen), an die Hebamme oder den Geburtshelfer.

Tritt eine Leibesfrucht an das Tageslicht, so „sind die Eihäute vorsichtig mit einer Schere zu eröffnen und der Fötus, wenn er noch sehr klein ist, per immersionem zu taufen; bei etwa vierwöchentlichem Fötus wird dies schon per infusionem geschehen können. Lebenszeichen werden für den ungeübten Beobachter bei jungem Fötus stets schwer zu konstatieren sein, deshalb verliere man keine Zeit, sondern taufe sub conditione, wenn das Ei frisch ist und der Fötus weiß aussieht; es ist dann mit ziemlicher Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß er lebt“, Dr. E. W. M. v o n O l f e r s: „Pastoralmedizin“ (1893) S. 25. „Der Embryo stellt in den ersten Wochen ein längliches, nach Art einer Bohne zusammengekrümmtes Körperchen dar“, a. a. O. S. 24.

3) M i ß g e b u r t e n. „Miß- und Sonderbildungen sollen immer getauft werden wenigstens unter Bedingung;

im Zweifel, ob es sich um einen oder mehrere Menschen handelt, soll der eine einfachhin, die übrigen bedingungsweise getauft werden" Can. 748. Mißgeburten („monstra et ostenta“, auch „portenta“) würdigte bereits das römische Recht l. 14 D. De statu hominum (1, 5) und l. 135 D. De VS. (50, 16). Unter „Mißgeburt“ versteht man ein dem menschlichen Mutterchoße entstammendes Lebewesen, welches in irgend einem Punkte von der gewöhnlichen Gestalt der menschlichen Leibesfrucht abweicht. Gibt diese Abweichung Anlaß zum Zweifel, ob ein Mensch vorhanden oder etwas anderes; dann ob ein Mensch vorhanden ist oder mehrere, so beschäftigt sich mit der „Mißgeburt“ das Recht. Zunächst entsteht die Frage: Ist diese Mißgeburt ein tauglicher Empfänger der heiligen Taufe? Zur Beurteilung mögen folgende Regeln dienen: a) Mißgeburten sind nicht die Embryonen, wenn auch die menschliche Gestalt dem ungeübten Auge nicht erkenntlich ist; nicht die Molen (Windeier, Mondkälber, Blut-, Fleisch-, Traubenmolen usw.); denn die Molen sind lediglich Entartungen des menschlichen Eies ohne Inhalt. b) Mißgeburten sind die „tierischen Mißbildungen“ (Hasenscharten, Wolfsrachen, Anenkephalen, Hemikephalen), welche durch Entartungen, Krankheiten, Behaarungen usw. entstehen können; doch gilt hier die Rechtsannahme: Das Lebewesen, welches vom Weibe geboren wird, ist Mensch. c) Doppelbildungen, angefangen von der Verdoppelung eines kleinen Gliedes, z. B. des Daumens einer Hand, bis zur vollständigen Ausbildung zweier Leiber, welche nur durch einen Fleisch- oder Muskelstrang verbunden sind, kommen in den verschiedensten Abstufungen vor. Bekannt ist die Diplosomie der „Siamesischen Zwillinge“, zweier am Bauch verwachsener Zwillinge, geboren 1811 in Siam, gestorben 1874 in Nordamerika, beide kinderreich verheiratet. — Nunmehr wird Can. 748 leicht verständlich: Jede lebende Mißgeburt, welche einer menschlichen Mutter entstammt, ist wenigstens bedingungsweise zu taufen. Jede Doppelbildung, welche entweder ein doppeltes Nervensystem (Gehirn) oder doch einen doppelten Blutkreislauf (Herz), Atmungs- (Lungen) oder Verdauungsapparat (Magen) aufweist, ist doppelt zu taufen: einmal bedingungslos, dann der Nebenteil bedingungsweise.

Selbstverständlich wären Bildungen wie die „Siamesen“ an beiden Körpern, und zwar bedingungslos, zu taufen.

Man hat die Mißgeburten zuweilen als Zwischenstufen zwischen Mensch und Tier betrachtet. „Linné, der Vater der Systematik“, redet von einem homo ferus und einem homo monstrosus. Ferdinand Birner gibt von den behaarten mißgebildeten und beschwänzten Menschen in dem Werke „Der Mensch aller Zeiten“ II („Die Rassen und Völker der Menschheit“) S. 292—300 eine nüchterne Erklärung: kein Gedanke von einer Zwischenstufe; den Erscheinungen liegt außergewöhnliche Wachstumssteigerung, Hemmungsbildung oder krankhafte Entartung zugrunde. — Ja, es gibt Fälle, daß normal geborene Kinder im Laufe der Zeit, besonders um das vierte Lebensjahr, zu außerordentlichen Gebilden (monstra) sich entwickeln; vgl. Magnus Hirschfeld: „Geschlechtliche Entwicklungsstörungen“ (Bonn 1917) S. 74—76. — Cangiamailla, ein Zeitgenosse Benedikts XIV. (1740—58), gibt acht Gründe menschlicher Mißbildungen (Embryologia sacra p. 158), von denen wir hervorheben: Virilis seminis pravitas (Rausch, Syphilis, nahe Blutsverwandtschaft); natura ludens (wie in der Pflanzen- und Tierwelt); mulierum phantasia, tenellum embryonem immutans („Verschauen“); divina miracula. — Bezüglich der Doppelbildung beachte man: a) Sind zwei Köpfe vorhanden, so sind auch zwei selbständige Personen vorhanden, wie der in Sardinien 1829 beobachtete Fall beweist; denn die beiden Köpfe wiesen verschiedene Gemütsstimmungen auf, zuweilen schlief der eine, während der andere wachte (Annales des sciences naturelles. Février 1830). b) Ist ein Kopf vorhanden, jedoch andere Doppelbildungen, so ist der Kopf bedingungslos zu taufen, die beiden gleichgeordneten Körperteile oder wenigstens der untergeordnete Teil bedingungsweise. Die „Philosophical transactions“ stellen Zwillinge dar im Alter von dreizehn Jahren, von denen der eine, ein „Acardiasus“, in der Schambeingegend mit dem vollentwickelten verwachsen war. Die unteren Extremitäten und die Geschlechtssteile sind (bei beiden) vollständig ausgebildet, jedoch erstreckt sich der Will des normal gebildeten Kindes nicht auf die Bewegung seines, wie er ihn selbst nennt, „kleinen Bruders“ (vol. 79 pag. 160 bei Olfers S. 31). c) Keine Rolle bei der Spendung der Taufe, wohl aber bei der Namengebung und bei der Ehe, spielt der hermaphroditismus verus; vgl. Magnus Hirschfeld: „Sexuelle Zwischenstufen“ (1918) S. 85 f. — Das Rituale Romanum gibt für die Taufe der Mißgeburten sowohl wie für jene der Doppelbildungen treffliche Vorschriften tit. 2 c. 1 nn. 18—21, an die man sich am besten hält.

4) Findlinge. „Ausgesetzte Kinder und Findlinge sind bedingungsweise zu taufen; ausgenommen den Fall, daß nach sorgfältiger Prüfung die Taufe feststeht“; R. R. tit. 2 c. 1 n. 17; tit. 10 c. 3. Findelkinder sind nur dann nach katholischem Ritus zu taufen, wenn gerechtfertigte und vernünftige Hoffnung ihrer katholischen Erziehung besteht Cann. 750 und 751. In die Taufmatrikel muß einge-

tragen werden der Tag, der Ort und die Person des Auffinders; das ungefähre Alter, endlich die näheren Umstände der Taufe.

5) **Kinder von Andersgläubigen.** Der Unterschied zwischen ungetauften und getauften akatholischen Eltern äußert sich bei der Taufpflicht darin, daß diese verpflichtet sind, ihre Kinder taufen zu lassen, weshalb die Kirche, objektiv gesprochen, ein Anrecht auf die Taufe der Kinder getaufter Akatholiken hat, während bei den Kindern der Ungetauften keine derartige Pflicht und kein solches Anrecht vorhanden ist. Wenn aber auch nur ein Ehegatte getauft ist, liegt Pflicht und Recht dieser Art vor 1 Kor 7, 14; Cann. 1060; 1113; 1131 § 1; 1132; 2319 § 1 n. 3; S. Off. d. 6. (8.) Jul. 1898 ad IV. — Praktisch jedoch betätigt sich das Anrecht der Kirche nach Maßgabe der Cann. 750 und 751. Kinder akatholischer Eltern (ungetaufter und getaufter Akatholiken, sowie abgefallener Katholiken) dürfen auch gegen den Willen der Eltern katholisch getauft werden: a) wenn eine Todesgefahr für das Kind bis zur Erlangung des Vernunftgebrauches begründeterweise angenommen werden kann; b) außer dieser Todesgefahr, wenn, katholische Erziehung zu erwarten ist in folgenden Fällen: a) bei Zustimmung der Eltern bzw. Vormünder (Erziehungsberechtigten) oder wenigstens eines Teiles derselben; β) falls die Erziehungsberechtigten (Vater, Mutter, Großvater, Großmutter, Vormünder) fehlen, ihr Erziehungsrecht verloren ging oder sie es in keiner Weise ausüben können; vgl. „Handbuch“ I² S. 82; S. Off. d. 6. (7.) Sept. 1899 circa baptizandos Goagiros (in Columbia, ME. 11, 291).

III. Taufe Erwachsener. 1) Gültigerweise kann ein Erwachsener nur dann getauft werden, wenn er will, d. h. wenn er wenigstens habituell die Intention hat, getauft zu werden Cann. 754 § 2 n. 2; 752 § 1. Erlaubterweise darf ein Erwachsener nur dann getauft werden, wenn er der Erkenntnis und dem Herzen nach gut vorbereitet ist, weshalb er auch zu einem Reueakt über seine Sünden anzuhalten ist Can. 752 § 1.

Der Bekehrung (Konversion) Andersgläubiger ist eine Vorbereitungszeit (Katechumenat) vorauszuschicken aus einem dreifachen Grunde: a) daß die heilige Kirche vor Schaden bewahrt werde („ob cautelam Ecclesiae“); b) daß die Person größeren Nutzen erziele

(„ob utilitatem Convertendi“); c) daß das heilige Sakrament möglichst würdig empfangen werde („ob reverentiam Sacramenti“), St. Thomas, in Summa Theol. III q. 68 a. 3. — Die Vorbereitung umfaßt: 1) die Prüfung und Läuterung des Beweggrundes; 2) den Unterricht in den notwendigen Glaubenswahrheiten; 3) die Reinigung und Ausschmückung des Herzens.

1) Mit großer Vorsicht sind jene Katholiken aufzunehmen, denen die Konversion entweder gewisse zeitliche Vorteile verspricht oder die in der Konversion eine gewisse Beruhigung ihrer unruhigen Nerven sehen; vgl. Passauer Monatschrift II 153; M. Scharlau (Magda Alberti): „Kämpfe“ (1919). In diesem lehrreichen Belehrungsbilde wird immer wieder die Notwendigkeit des Suchens und Findens der Wahrheit betont; alle anderen auch edlen Motive treten in den Hintergrund. Würde die Taufe nicht in sich, sondern ausschließlich als Mittel zur Erreichung zeitlicher Vorteile gewollt, so wäre sie ungültig. Der Jude Nehemias Tischmann wurde auf seiner „Fahrt“ von Schlesien nach Trier in den katholischen Pfarrhäusern katholisch, in den protestantischen protestantisch der zeitlichen Vorteile willen.

2) Der Konvertitenunterricht soll möglichst vollständig sein, doch richtet sich derselbe hauptsächlich nach der bisherigen Kenntnis und Annahme und nach den künftigen Anforderungen. Außer den vier Wahrheiten, welche unbedingt (necessitate medii) gekannt sein müssen (Dasein Gottes; Gott der Vergelter; Dreifaltigkeit; Menschwerdung und Erlösung), sind dem Katechumenen beizubringen die Wahrheiten, deren Kenntnis vorgeschrieben ist (Sakramente; Gebote Gottes; Vaterunser, Apostolisches Glaubensbekenntnis und Gebote der Kirche), vgl. Monita ad Missionarios Provinciae Schantung-Meridionalis. 1886. Puoli, pag. 25. Selbstverständlich müssen jene Wahrheiten gründlich behandelt werden, von welchen der Katechumene ein vorurteilsvolles Wissen hatte, z. B. Primat und Unfehlbarkeit; Heiligenverehrung; Beicht und Ablass usw. — Das beste Buch für den Unterricht ist der katholische Katechismus; vgl. M. Regina Moft: „Gehe hin und künde“ (1919) S. 71. Andere empfehlenswerte Werke sind: Robert Bellarmin S. J.: Disputationes de controversiis christianae fidei adversus huius temporis haereticos 1542, ein Buch, dessen Wert uns die Gegner beweisen (Béza: „Wir sind verloren; dieses Buch stürzt die ganze Reformation“; Königin Elisabeth von England, welche es unter Todesstrafe verbot und in Cambridge einen eigenen Lehrstuhl zu dessen Widerlegung errichtete; vgl. Hamon M.: „Vie de s. Francois de Sales“, 1896 I page 150); Joh. Adam Möhler: „Symbolik“ (1832; 9. Aufl. 1884); Ludwig Hammerstein S. J.: „Erinnerungen eines alten Lutheraners“ (5. Aufl. 1904) und seine übrigen Schriften: Schefsmacher F. J., S. J.: „Kontröverskatechismus“ (in vielen Auflagen). — Sehr lehrreich sind die Konvertitenbilder von Räß und Weiß; jene von Rosenthal; Einzelkonvertitenbilder (Selbstbiographien): „Von der protestantischen Theologie zum katholischen Priestertum“ (Erfurt 1896); „Zurück zur heiligen Kirche“¹² von Prof. Dr. A. von Ruville (Berlin, Walther 1910); M. Regina Moft: „Gehe hin und künde“¹² (1919); M. Scharlau: „Kämpfe“² (1919); „Führungen zur Wahrheit“ von Stelzig (Manz 1857) und viele andere. — Eine treffliche Konver-

titenbibliothek gibt J. Maiworm-Schönebeck (Elbe) in der LQS. 1923 S. 319—324.

3) Der Katechumene muß in das katholische Leben eingeführt werden (Besuch der Messe, Fasten; Werke der Buße und Nächstenliebe usw.) Zum Schluß sind geistliche Übungen zur unmittelbaren Vorbereitung sehr empfehlenswert. — Von Konvertiten darf man nicht Vollkommenheit verlangen; anderseits muß der Übereifer gezügelt werden.

Nach der „Verfassung des Deutschen Reiches“ vom 11. August 1919 sind „die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ unabhängig vom Religionswechsel. „Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert“ Art. 136. In Bayern geschieht der Austritt aus einer Religionsgesellschaft bei dem Standesamte; in Preußen bei dem Amtsgericht, „Handbuch“ I² S. 86, 272. Das Entscheidungsalter für den Austritt ist in ganz Deutschland das vollendete 14. Lebensjahr. Reichsg. 15. Juli 1921 § 5 (a. a. O. 270).

2) Taufe der Erwachsenen in außerordentlichen Fällen: a) In Todesgefahr genügt zur Spendung der Taufe, wenn ein genauere Unterricht in den Hauptwahrheiten (*mysteria necessitate medii scienda*) des Glaubens unmöglich ist, eine erkennbare Zustimmung zu denselben und das ernste Versprechen, die Gebote der christlichen Religion (*mandata divinae legis*) zu beobachten. Kann der Ungetaufte nicht einmal die Taufe erbitten, so darf er bedingungsweise getauft werden, wenn er vorher oder augenblicklich wenigstens wahrscheinlich seine Intention kundgegeben hat. In letzterem Falle muß die Taufe bei späteren klaren Verhältnissen bedingt wiederholt werden Can. 752 §§ 2 u. 3. — b) Die gleichen Grundsätze gelten für die Irnsinnigen („*amentes et furiosi*“), sowie für die an Schlassucht oder Gehirnentzündung Leidenden („*qui lethargo vel phrenesi laborant*“), wenn sie erwachsen und dem Tode nahe sind. Sonst sind lichte und gesunde Augenblicke abzuwarten, in welchen sie nach Möglichkeit zu unterweisen und vorzubereiten sind Can. 754 §§ 2—4; vgl. oben II.

§ 7. Äußere Umstände der Tausspendung.

Zu den die Tausspendung begleitenden äußeren Umständen gehören: die Riten und Zeremonien; die Zeit und der Ort der Tausspendung.

I. Riten und Ceremonien Can. 755—761; 753.

1) Die gewöhnliche Form der Taufspendung sowohl bei Kindern als bei Erwachsenen ist die *feierliche*, wie sie im Anschluß an das Römische Rituale (tit. 2 c. 2 = Kindertaufe; tit. 2 cc. 3 u. 4 = Erwachsenentaufe) die Diözesanritualien angeben Can. 755 § 1. Die *Privattaufe* d. h. die Taufe ohne Ceremonien (Can. 757 § 2) darf angewendet werden: 1) in der Todesgefahr; 2) in den Missionen bei Abwesenheit des Priesters oder bei Schwierigkeit, ihn aufzusuchen SC. de Pr. F. dd. 27. Jan. 1788; 16. Jan. 1804 (Coll. 593, 674); 3) bei der bedingten Wiederholung der Taufe *Ungläubiger* Can. 759.

Wird die Privattaufe in der Todesgefahr von einem Laien oder von einem Aleriker gespendet, der nicht wenigstens Diakon ist, so wird nur das Wesen des Sacramentes geleistet Can. 759 § 1, also die Frage nach dem Willen und der Taufakt selbst, wobei ein Pate beigezogen werden kann Can. 762 § 2. Ist der Spender der Privattaufe Diakon oder Priester, so werden dem Taufakte die nachfolgenden Ceremonien angefügt, wenn die Zeit reicht und die notwendigen Gerätschaften (Chrisam, Kleid und Kerze) zu haben sind Can. 759 § 1.

Außer der Todesgefahr ist zur Anwendung der Privattaufe stets die Erlaubnis eines kirchlichen *Obern* notwendig: des *Ordinarius*, wenn getaufte Ungläubige beim Eintritt in die heilige Kirche wegen eines begründeten Zweifels (Can. 732 § 2) bedingungsweise nachzutauften sind Can. 759 § 2; sonst des *Apostolischen Stuhls*. So gewährte Leo XIII. durch die Propagandakongregation der „spanischen Gesellschaft für die Transatlantische Schifffahrt“ am 24. März 1896 unter Nr. 3 die Vollmacht, daß die Kapläne den auf dem Schiffe zu taufenden Kindern nur die Privattaufe spenden könnten, mit der Pflicht, das Taufzeugnis dem Pfarrer der Eltern auszuhändigen (ME. 14, 107).

2) Die *Erwachsenentaufe* ist reich an tief-sinnigen Ceremonien, welche auch Bezug nehmen auf den Unglauben, den der Konvertit verlassen will. In neuerer Zeit mehren sich die Fälle, daß getaufte Katholiken und selbst gleichgültige Katholiken ihre Kinder ungetauft lassen. Diese

Kinder, herangewachsen, bitten um die Zulassung zur heiligen Kirche. Für diese und andere Fälle hat der Kodex gesorgt durch Can. 755 § 2: „Aus gewichtigem und vernünftigem Grunde kann der Ortsordinarius zulassen, daß statt der Zeremonien der Erwachsenentaufe jene der Kindertaufe angewendet werden.“ Hier ist keine Einschränkung gemacht. Mag es sich um ungetaufte Nachkommen von ungetauften Heiden, Mohammedanern oder Juden handeln oder um solche von getauften Irrgläubigen oder Katholiken, stets kann der Ortsordinarius die Zeremonien der Kindertaufe gestatten, wenn nur ein gewichtiger Grund vorliegt.

3) Die G e b r ä u c h e (ritus et caeremoniae) bei der heiligen Taufe sind uralt, manche entstammen den Zeiten der heiligen Apostel (Bellarminus: Controversiae tom. 3 l. I in Bapt. c. 24); abgesehen von den herrlichen Segnungen, Exorzismen und Gebeten haben wir sinnreiche Handlungen, welche auf der Heiligen Schrift fußen: Ausblasung („exsufflat“), Hauchung („halat“ tit. 2 c. 4 nn. 8 u. 9), Genuß des Salzes; Einführung in die Kirche; Bestreichung der Nase und der Ohren mit Speichel; Salbung mit Katechumenenöl; Salbung mit Chrisam; Übergabe des weißen Kleides und der Kerze; vgl. S t. A u g u s t i n: De Symbolo ad Catechumenos l. 4 c. 1 tom. 9. Wegen der tiefen Bedeutung und Erhabenheit und ob des hohen Alters dieser Taufriten verhielt sich der Apostolische Stuhl gegen wiederholte Bitten der Missionäre in Indien, China und Japan durchaus ablehnend, und wenn wirklich Indulte gewährt wurden, so blieb der Widerruf nicht aus. Erst am 19. Jan. 1912 erhielt die Bitte des Bischofs von M a g p u r (Madras, Ostindien) um Gestattung gewisser Auslassungen bei den Taufen von Häretikern und Ungetauften abschlägigen Bescheid (ME. 24, 348, wo die Entwicklung der Frage bis auf die neueste Zeit eingehend behandelt ist).

Wurden die Z e r e m o n i e n bei Spendung der Taufe aus irgend einem Grunde ausgelassen, so sind sie möglichst bald in der Kirche n a c h z u h o l e n, außer der Ortsordinarius gestattet die Auslassung derselben bei der bedingten Taufspendung erwachsener Irrgläubiger Can. 759 § 3. Die Nachholung umfaßt: a) die Zeremonien v o r und n a c h dem Taufakte; b) die Zeremonien v o r der Taufe bis zur Frage

„Willst du getauft werden“ ausschließlich, wenn ein Priester oder Diakon die Riten nach der Taufe schon beim Taufakte angewendet hat. „Wenn die Taufe bedingungsweise wiederholt wird, so sollen die Zeremonien, soweit sie in der ersten Taufe unterlassen wurden, nachgeholt werden, außer bei den bedingt wiederholten Taufen an Häretikern, soweit dies der Ortsordinarius gestattet (Can. 759 §§ 3 u. 2); wurden aber die Zeremonien bei der ersten Taufe bereits beobachtet, so können sie bei der zweiten wiederholt oder weggelassen werden“ Can. 760. — Der Umstand, daß die Taufe bereits gespendet ist, macht kleine Veränderungen in den Worten vor dem Taufakte notwendig, welche im R. R. tit. 2 c. 5 § I (Kindertaufe) und § II (Erwachsenentaufe) im Zusammenhange angegeben sind, während die Diözesanritualien die Veränderungen bei der gewöhnlichen Taufspendung angeben.

1) Die Erteilung der Privattaufe (Can. 737 § 2) und die spätere Nachholung der Zeremonien ist außer den oben behandelten Fällen (Can. 759 §§ 1 u. 2) unstatthaft. Doch scheint in Frankreich eine eingewurzelte gegenteilige Gewohnheit zu bestehen, so daß sich ein eigenes Wort für den Taufakt „ondolement“ eingebürgert hat. Der Bischof von Autun, welcher vergebliche Anstrengungen dagegen gemacht hatte, erhielt von Rom die Weisung „Ad mentem“, S. C. C. d. 14. Apr. 1894, wie es scheint eine Duldung mit der Mahnung, den Mißbrauch allmählich zu beseitigen (ME. 8²; 100). Noch schlimmer ist der Mißbrauch des Aufschubes der ganzen Taufe auf Wochen, Monate und Jahre hinaus, wie ihn der Bischof von Anglona und Turji (Südtalien) bekämpfte und Papst Leo XIII. in dem Schreiben „Gratae vehementer“ vom 13. Aug. 1899 verurteilte (ME. 11, 54 u. 261). — 2) Die rituellen Worte bei der Taufspendung sind in lateinischer Sprache zu sprechen; das gilt bei Priestern (und Alerikern) auch für die Spendung der Nottaufe S. Off. d. 13. (14.) Apr. 1904 ad II (ME. 16, 245). Indes können und sollen die an die Paten gerichteten Fragen und deren Antworten zuerst in der lateinischen und dann in der Muttersprache der Paten gesprochen werden, S. R. C. d. 5. Mart. 1904 ad IV (Utinen.). Zuweilen hat der Apostolische Stuhl gestattet, daß diese Fragen und Antworten in der Muttersprache allein erteilt werden wegen unvorstelllicher Gewohnheit S. R. C. in Parisien. d. 12. Sept. 1891 (ME. 7¹, 246). — 3) Neben den Riten, welche das Rituale vorschreibt, gibt es noch Gebräuche, welche die Spendung eines so großen Sakramentes wie ein erhebender Schmuck umgeben; man denke an die rege Beiwohnung des gläubigen Volkes, an das Glockengeläute oder das Orgelspiel, auch die Würde des Spenders. Der Apostolische Stuhl hat diese Gebräuche ausdrücklich anerkannt, indem er den Diözesangebrauch erlaubte, ja belobte, wonach diese Gebräuche bei Kindern aus bloßen „Zivilehen“ oder aus unerlaubten, ja ehebrecherischen Verhältnissen wegfielen S. C. C. d. 31. Jul. 1867 (ME 2³, Zeitner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV.

119). Dagegen verwarf die Ritenkongregation den Mißbrauch, welcher bei der heiligen Taufe den Kindern der Reichen äußere Ehren zuwies, die den Kindern der Armen versagt blieben, S. R. C. in Clusina d. 12. Mart. 1904 (ME. 16, 109).

4) Bei der **Erwachsenentaufe** sind zwei besondere Vorschriften im Auge zu behalten: a) Es geziemt sich, daß der Priester, welcher die Erwachsenentaufe erteilt, und die Personen, welche sie empfangen, soweit sie gesund sind, die **Nüchternheit** von Mitternacht an (ieiunium naturale) beobachten. b) Soweit nicht gewichtige und dringliche Ursachen entgegenstehen, soll der getaufte Erwachsene gleich dem heiligen **Messopfer** anwohnen und die heilige **Kommunion** empfangen Can. 753. Aus diesem Kanon ergeben sich die weiteren Folgerungen, daß die Erwachsenentaufe nach Möglichkeit am **Vormittage** abgehalten werde, nicht nach Schmausereien und Gastmählern R. R. tit. 2 c. 3 n. 9; vgl. Cann. 744; 772. Das Salz, welches der Katechumne vor der Taufe genießt (R. R. tit. 2 c. 4 n. 15) hindert den Empfang der heiligen Kommunion nicht. Spendet ein Bischof die heilige Taufe, so empfängt der Täufling vor der heiligen Messe die **Firmung** R. R. tit. 2 c. 4 n. 51.

5) **Taufnamen.** „Sorge der Pfarrer soll es sein, daß dem Täufling ein christlicher Name beigelegt werde; können sie das nicht erreichen, so sollen sie dem von den Eltern gegebenen Namen einen Heiligennamen beifügen und beide Namen in die Taufmatrikel eintragen“ Can. 761.

Erläuterung: a) Das Recht, den Taufnamen zu wählen, haben der erwachsene Täufling und für Kinder die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten; auch die außereheliche Mutter hat dieses Recht. Mißbrauchen die Berechtigten diese Vollmacht, so hat der Pfarrer oder sein Vertreter verbessernd einzugreifen. b) Die Sorge des Pfarrers kann sich betätigen in der Katechese und Predigt oder in Vereinsvorträgen, unmittelbar aber vor der heiligen Taufe. Hier hat der Pfarrer zu wachen, daß keine „unsittlichen, märchenhaften oder lächerlichen Namen gegeben werden, nicht Namen von Göttern oder gottlosen Heiden, sondern womöglich Heiligennamen“. Wie bei der Geburt das Kind den Namen der Eltern erhält, so soll es bei der Wiedergeburt als Gotteskind einen himmlischen Namen bekommen, den Namen eines Heiligen, dessen Leben dem Täufling ein Beispiel und dessen Fürbitte ein Schutz ist R. R. tit. 2 c. 1 n. 54. Außer den Namen der Heiligen können auch solche von **Geheimnissen** des christlichen Glaubens gewählt werden, wie das in romanischen Ländern häufig geschieht, wie Natalis, Paschalis; Immaculata; Annuntiata, Assunta, Mercedes, Dolores. — Bezüglich der Götter- und Heidennamen halte man sich an das Römische Martyrologium, in

welchem sich nicht wenige heilige Träger solcher Namen finden, ein heiliger Apollo (21. April); Mercurius (25. Nov. u. 10. Dez.); Hermas (9. Mai); Saturnius (26. Heilige); Minervus (23. Aug.); Heraclius (6. Heilige); die berühmten Heiden haben nicht selten einen Namensvetter, der zur Heiligkeit gelangte, so Aristides (31. Aug.); Sokrates (19. Apr. u. 17. Sept.) und Xanthippa (23. Sept.); Romulus (5. Heilige) und Remus (San Remo). Unter den Kardinälen finden wir solche mit den Vornamen Hannibal, Hector, Hercules usw.; vgl. Kaufmann: „Epigraphik“ (1917) S. 35. Es wird einem findigen Seelsorger nicht schwer fallen, ähnlich klingende Heiligennamen zu finden. Freilich wenn der Name eine Verspottung der katholischen Religion oder eine Gotteslästerung bedeutet, so könnte der Tausende derartige Namen überhaupt nicht zulassen; immerhin dürften solche Eltern ihr Kind auch nicht zur Taufe bringen. c) Auch im späteren Leben soll der Taufname des Kindes hochgehalten werden; dahin kann der Seelsorger wirken durch das *B e i s p i e l*, indem er seinen Taufnamen auch tatsächlich führt, dann indem er in der Schule und im persönlichen Verkehre jede Entstellung oder Verstümmelung der Taufnamen vermeidet. Das Reichsgesetz über die „Beurkundung des Personenstandes“ vom 6. Febr. 1875 verlangt im § 22 die Eintragung auch des *V o r n a m e n s* in das Geburtsregister. „Standen die Vornamen des Kindes zur Zeit der Anzeige noch nicht fest, so sind dieselben nachträglich und längstens binnen zwei Monaten nach der Geburt anzuzeigen“. Das in der Rheinpfalz geltende Gesetz vom 11. Germinal XI forderte, daß nur „solche Vornamen genommen werden dürfen, welche in den Kalendern vorkommen oder aus der alten Geschichte bekannt sind“; vgl. PMS. Bd. 5 S. 124; Bd. 10 S. 192; Bd. 15 S. 430. — Das Rituale setzt voraus, daß der Taufname schon *v o r* der Taufhandlung gegeben ist (R. R. tit. 2 c. 1 n. 55); so auch in der morgenländischen Kirche; vgl. Lübeck: Die christl. Kirchen des Orients S. 165.

II. Zeit der Taufe. 1) Die *K i n d e r* katholischer Eltern und jene akatholischer Eltern, welchen die Taufe gewährt werden kann nach den Cann. 750—51, sollen *m ö g l i c h s t b a l d* zur Taufe gebracht werden. Der heilige Alfonsus hält jene Ansicht für die richtigere, welche eine *s c h w e r e* Sünde nur dann annimmt, wenn die Taufe über elf Tage ohne Grund hinausgeschoben wird, Theol. mor.: De baptismo n. 118 ad II. Da die Lebensfähigkeit gerade unmittelbar nach der Geburt die größte ist, so haben die eifrigen Katholiken recht, wenn sie ihre Kinder aus übernatürlichen und natürlichen Gründen möglichst bald der Taufnade theilhaftig machen R. R. tit. 2 c. 1 n. 15; Leo XIII. Schreiben „Gratae“ d. 22. Jul. 1899, unbeirrt von dem *B e i s p i e l e* Andersgläubiger und glaubensschwacher Katholiken. „Pfarrer und Prediger sollen häufig die Gläubigen an diese schwere Pflicht erinnern“ Can. 770. — Die feierliche Kindertaufe kann zu jeder *T a* =

geßzeit gespendet werden Can. 772; natürlich wäre auch die Nachtzeit, z. B. im Anschluß an die Christmette, nicht gerade verboten.

2) „Die *Privattaufe* kann aus zwingendem Grunde zu jeder Zeit und an jedem Orte erteilt werden“ Can. 771; dies gilt vor allem von der Nottaufe. Zur Zeit des Interdikts darf auch die feierliche Taufe gespendet werden, nur haben die äußerlichen Feierlichkeiten (Glockengeläute, Orgelspiel usw.) zu unterbleiben Can. 2271 n. 2.

3) Die *Erwachsenentaufe* ist am Tage zu spenden, und zwar am *Vormittage*, R. R. tit. 2 c. 3 nn. 8. 9. 51. Freilich geziemt es sich die Erwachsenentaufe nach uraltem Ritus auf die eigentlichen Taustage (Kar- und Pfingstamstag) zu verschieben, namentlich in den Metropolitan- und Bischofskirchen Can. 772.

III. *Ort der Taufe* Cann. 771; 773—76. 1) Zur Zeit der Apostel war ein besonderer Ort für die Taufe nicht vorgeschrieben; wo sich Gelegenheit bot, wurde getauft Apg 8, 36 (Taufe des Beamten der Königin Kandake von Äthiopien durch den Diakon Philippus). Indes mußte man bald an die Einrichtung eines eigenen Taufortes denken. Sobald die Kirche den Katakomben entstieg, wurden auch eigene Taufkirchen, Taufkapellen, Baptisterien errichtet; so wurde in Rom die älteste Taufkirche „S. Giovanni in Fonte“ vom Papst Silvester I. (314—335) erbaut, welche Sixtus III. (432—40) vollendete.¹⁾ In der Taufkirche wurde bis in die neueste Zeit die feierliche Taufe nicht selten für alle Pfarreien einer Stadt erteilt, so in *Tivoli* (S. C. C. d. 28. Jul. 1906). Der Grund war, daß ursprünglich der Bischof allein ordentlicher Spender der Taufe war, *Benedikt XIV.* Inst. 1 n. 4, und zwar auch dann, als bereits eigene Pfarreien errichtet waren, *Martene* Eduard: *De antiquis Ecclesiae ritibus* I. 1 c. 1 art. 3 § 2.

2) Die Nottaufe darf an jedem Orte erteilt werden Can. 771. Doch soll auch hier nach Möglichkeit ein schicklicher Ort ausgewählt werden, besonders wenn ein Priester oder Kleriker dieselbe erteilt.

¹⁾ Berühmte Baptisterien sind noch in Ravenna, Florenz, Pisa, Regensburg, vgl. Graf von Walderdorff: „Regensburg“⁴ (1896) S. 95.

3) Die feierliche Taufe der Kinder und Erwachsenen geschieht in der *Taufkapelle* (baptisterium) einer Kirche oder einer öffentlichen Kapelle Can. 773; fehlt eine Taufkapelle, in der Kirche, wo der Taufbrunnen sich befindet R. R. tit. 2 c. 1 n. 28. Selbstverständlich vollzieht sich die Taufe nicht über dem Taufbrunnen oder Taufbecken, sondern über dem Sakrarium der Taufkapelle oder über einem hiefür bestimmten Gefäß. Auch auf einem Altare kann der Ordinarius die Spendung der Taufe gestatten S. R. C. d. 1. Sept. 1888 in Facen. ad 1.

4) Mit Widerrufung und Verurteilung eines jeden Sakrungs- und Gewohnheitsrechtes und Privilegs (Cann. 5; 6 n. 1; 27 § 2; 71 u. 60 § 2) soll jede Pfarrkirche ihren eigenen Taufbrunnen haben, wobei jedoch ein rechtskräftiges Kumulativrecht einer anderen Kirche aufrechterhalten bleibt Can. 774 § 1.

In *Tivoli* hatten die sieben Pfarreien nur einen einzigen Taufbrunnen, den in der Domkirche. Am 28. Juli 1906 erhielten die sechs anderen Pfarreien das Recht auf einen eigenen Taufbrunnen, wobei es jedoch den Gläubigen der Stadt Tivoli unbenommen blieb, ihre Kinder zum Taufen in die Domkirche zu bringen (ME. 18, 291—93). Diese Entscheidung hat der Roder zum allgemeinen Rechte erhoben: Jede Pfarrkirche hat ein Anrecht auf den Taufbrunnen und auf das Taufrecht (Can. 462 n. 1). Hatte jedoch eine Kirche das wohlervorbene Recht, daß Täuflinge auch aus anderen Pfarreien zu ihr gebracht werden könnten, so bleibt dieses Recht aufrechterhalten. Ein solches Kumulativrecht besitzt seit Jahrhunderten die Domkirche von *Barcelona* für die Stadt und Diözese Barcelona S. C. C. d. 27. Aug. 1904 (ME. 16, 341); noch weiter geht das Recht der Wallfahrtskirche *St. Maria del Pilar* in Saragossa, indem dorthin auch aus anderen Bistümern Kinder zum Taufen gebracht werden können S. C. C. d. 25. Julii 1908 (ME. 20, 292); vgl. *Mahrhoffer* Johannes: „Spanien“ (1918) S. 171 f. Ähnliches gilt für *St. Peter* und für *St. Johannes' Baptisterium* in Rom, *Blat Albert O. P.*: Comment. III. 66.

Die neue Gesetzgebung geht noch weiter. „Der Ortsordinarius kann zu Nutz und Frommen der Gläubigen erlauben oder anordnen, daß innerhalb der Pfarrgrenzen auch in einer anderen Kirche oder öffentlichen Kapelle ein Taufbrunnen errichtet werde“ Can. 774 § 2. „Sollte der Täufling zur Pfarrkirche oder zu einer andern taufberechtigten Kirche wegen der weiten Entfernung oder aus anderen Verhältnissen ohne schweren Nachteil oder Gefahr nicht kommen oder gebracht werden können, so darf und muß die feierliche Taufe

in der nächsten Kirche (öffentlichen Kapelle) innerhalb der Pfarrgrenzen gespendet werden, auch wenn diese des Taufbrunnens entbehren" Can. 775. Der Ortsordinarius kann also namentlich den Expositur-, Rektorats- und Lokalkaplaneikirchen das Taufrecht einräumen durch Gewährung des Taufbrunnens. Wenn Can. 775 die Taufe „in proxima ecclesia aut oratorio publico intra paroecliae fines“ ermöglicht und anordnet, so sind die exempten Kirchen an sich nicht ausgenommen, immerhin darf dadurch keine Störung gemacht werden, weshalb die Erlaubnis des Kirchenvorstandes vorliegen muß. Die Kirchen weiblicher Religiösen sollen, wenn sie nicht zugleich Seelsorgekirchen sind, von der Taufspendung ausgeschlossen sein; vgl. Cann. 712 § 3; 1109 § 2; 1225.

5) „In Privathäusern darf die feierliche Taufe nur unter folgenden Umständen gespendet werden: 1) wenn es sich um Kinder und Enkel von Personen handelt, welche augenblicklich die oberste Gewalt über die Völker innehaben oder zur Thronfolge berechtigt sind, so oft diese ein rechtmäßiges Ansuchen stellen; 2) wenn der Ortsordinarius gemäß seinem weisen und gewissenhaften Ermessen, aus einem rechtmäßigen und vernünftigen Grunde, in einem außerordentlichen Falle es glaubt erlauben zu können“ Can. 776 § 1. „In diesem Falle muß die Taufe mit Taufwasser gespendet werden in der Hauskapelle oder wenigstens an einem anderen geeignenden Orte“ ibi § 2.

Erläuterung: a) Hier handelt es sich nicht um eine Nottaufe, sondern um die feierliche Taufe, weshalb alle Riten genau einzuhalten sind, also vor allem die Benützung des Taufwassers. b) Das gegenwärtige Recht wurde zum ersten Male genau umgrenzt auf dem Konzil von Vienne (1311) Clem. 1 De baptismo (III 15); mit Recht redet Papst Clemens V. von einem „deferri, nachgiebig sein“ gegenüber den Königen und Fürsten. Zu den privilegierten Personen gehören nach „Handbuch“ I² 436 Könige und Fürsten, aber auch die sonstigen Staatsoberhäupter. c) Nicht nur in einem außerordentlichen Einzelfall, sondern in einer außerordentlichen Lage von Fällen kann der Ortsordinarius „Haustaufen“ gewähren, wie es auch die Ordinarien nordischer Gegenden für die Winterzeit getan haben.

d) Der nähere Ort der „Haustaufen“ ist die Hauskapelle oder sonst ein der Heiligkeit der Handlung entsprechender Ort; also das Zimmer der Wöchnerin nur im Notfalle, Regensburger Pastoralerlaß 1869 S. 48 n. 2.

Man führt zugunsten der *Haustaufen* an, daß die Kindlein durch den weiten Weg, durch die kalte Kirche und das eiskalte Taufwasser Schaden nehmen könnten. Wird das Kind gut eingemacht, wird es in der gewärmten Sakristei (oder Taufkapelle) und mit gewärmtem Taufwasser getauft, so entsteht kein Schaden; dagegen ist die Würde des Sakramentes viel besser gewahrt. „Es ist und bleibt denn doch einmal schöner und angemessener, die heilige Taufhandlung in würdigem und geweihtem Raume vorzunehmen als in profaner Stube“, Herm. Almers (Protestant): „Römische Schlendertage“ S. 386. Nicht die kurze Taufhandlung in der nächstgelegenen (Can. 775) Kirche gefährdet das Leben des Kindes, sondern die Mißbräuche, welche sich um die heilige Handlung wie Schlingpflanzen ranken; tolle Fahrten durch Schnee und Eis; Taufschmausereien in der rauch- und qualmerfüllten Wirtsstube, während das Kind oft verwahrloßt liegen muß usw.

§ 8. Die Taufpaten.

I. Gemäß einer uralten Sitte der Kirche soll jedermann bei der feierlichen Taufe seinen eigenen Paten haben, Can. 762 § 1.

Papst Syginus soll die Patenschaft zum Gesetze gemacht haben; Sandini Antonii „Vitae Pontificum Romanorum“ (Padua 1739) S. 22. Ebenfalls kennt Tertullian (160—220) bereits die Taufpaten in seiner Schrift De baptismo. Für die Patenschaft als Ehehindernis zeugen 530 Kaiser Justinian in l. 26 C. De nupt. (5, 4) und Papst Gregor II. in cn. 4 des römischen Konzils von 721. Näheres bei Asestorfer Fr.: „Geschichtliches über die Taufpaten“ in der Vinzer D. S. 1903 S. 215; Leitner M.: Eherecht³ S. 170 f. Die deutschen Ausdrücke „Ged, Göd (männlich); God, Gode (weiblich); — Ded, Död, Död“ sind uralte.

II. Pflicht, Paten beizuziehen. 1) Bei der feierlichen Taufe muß ein Pate beigezogen werden, wo immer es möglich ist, so daß selbst Religiösen genommen werden können (SRC. d. 15. Febr. 1887 D. A. n. 3670) Can. 762 § 1. 2) Bei der Privattaufe, bei der bedingten Spendung der Taufe und bei Nachholung der Ceremonien sollen Paten beigezogen werden, wenn es leicht möglich ist Cann. 762 § 2; 763. a) „Auch bei der Privattaufe soll, wenn es leicht sein kann, ein Pate beigezogen werden“ Can. 762 § 2. Bei der Nottaufe darf die notwendige Zeit nicht vergeudet werden zum Auffuchen eines Paten;

sonst kann der Pate auch als geeigneter Zeuge der Tauffpendung dienen Can. 742. — Bei der Privattaufe an bekehrten Andersgläubigen (Can. 759 § 2) wird der Pate mit großem Nutzen angewendet. — b) Werden die **Zeremonien** nachgeholt, so soll der Pate niemals fehlen. Der Pate der Privattaufe muß bei den Zeremonien wieder beigezogen werden. War bei der Privattaufe ein Pate nicht beteiligt, so soll bei den Zeremonien einer beigezogen werden, doch wird dieser nicht geistlich verwandt Can. 762 § 2. — c) Bei der Taufe, welche **b e d i n g t** zu spenden ist, soll stets ein Pate beigezogen werden, und zwar der gleiche wie bei der ursprünglichen Taufe; nur in diesem Falle überkommt er die geistliche Verwandtschaft, sonst nicht Cann. 763; 762 § 2. Wenn auch Can. 763 § 1 bemerkt: Ein Pate ist nicht notwendig, wenn nicht der gleiche genommen wird bei der ursprünglichen Taufe und bei der bedingten Wiederholung derselben, so leuchtet das Zweckmäßige der Beiziehung doch aus Can. 762 § 2 ein.

III. Die Erfordernisse zur gültigen Übernahme der Patenschaft sind drei: der Wille; das äußere Zeichen; die Rechtsfähigkeit Can. 765.

1) Die Person, welche Pate sein soll, muß die **A b s i c h t** haben, das Patenamnt zu übernehmen *ibi n. 1*. Hat jemand den Vernunftgebrauch nicht erreicht oder hat er nicht den Willen, Pate zu sein, so wird das Patenamnt nicht übernommen. Es genügt die Absicht der Gebatterschaftsübernahme im allgemeinen, also für die Kinder einer Familie, vgl. S. Off. d. 29. Apr. 1894.

2) Zur gültigen Übernahme der Patenschaft gehört die **Setzung des äußeren Zeichens** *ibi n. 5*. „Will jemand Pate werden, so muß er den Täufling beim Taufakte in eigener Person oder durch einen Stellvertreter körperlich halten oder berühren oder aus dem heiligen Quell bzw. aus den Händen des Taufenden unmittelbar heben oder entgegennehmen.“ Was nicht unter die vier Ausdrücke „*in actu baptismi tenere aut tangere vel statim levare seu suscipere de sacro fonte aut de manibus baptizantis*“ fällt, macht die Übernahme der Patenschaft mindestens zweifelhaft, z. B. das unmittelbare **Darbie ten** (offerre), also praktisch ungültig Can. 15.

3) Von der Rechtsfähigkeit zum Patenamte sind ausgeschlossen: a) die Ungetauften Can. 765 n. 1; 12; b) die Häretiker und Schismatiker, auch guten Glaubens Can. 765 n. 2; c) die Exkommunizierten, die rechtlich Ehrlosen und die der kirchlichen Ehrenrechte Beraubten p. s.; d) Kleriker nach ihrer Absetzung oder Degradierung ibi n. 2; e) der Vater, die Mutter, der Gatte des Täuflings ibi n. 3; f) Personen, welche der Bezeichnung entbehren, welche der (erwachsene) Täufling, dessen Eltern bezw. Vormünder oder bei deren Versagen die Sponder vornehmen können ibi n. 4.

Einige Ausdrücke sind durch Verweis auf die Rechtsquellen zu klären. Die „rechtliche Ehrlosigkeit, infamia iuris“ wird genauer dargelegt in den Cann. 2291 n. 4; 2293—95; „Handbuch“ I^o S. 170. Die kirchlichen Ehrenrechte („actus legitimi ecclesiastici“) werden aufgezählt in Can. 2256 n. 2.

Die Absetzung eines Klerikers (depositio) wird im Can. 2303 und die Degradierung (degradatio) in Can. 2305 behandelt. — Das Bezeichnungsgerecht kommt bei Erwachsenen dem Täufling zu, bei Kindern den Eltern oder deren Stellvertretern. Haben diese niemanden bezeichnet oder einen Unfähigen (Can. 765) oder einen Untauglichen (Cann. 764; 766), so hat der Sponder ergänzend und verbessernd einzutreten. Erfüllen die Bezeichneten die wesentlichen Bedingungen (Can. 765), so überkommen alle Bezeichneten das Patenamt; alle Nichtbezeichneten werden nicht Paten, auch wenn sie die Wesensbedingungen (Can. 765 nn. 1 u. 5) setzen. Wären Paten überhaupt nicht bezeichnet worden (was bei Nottaufen vorkommen kann) und erfüllen gewisse Personen die Wesensbedingungen, so überkommen sie das Patenamt wahrscheinlich; denn der Sponder hat sie stillschweigend bezeichnet durch die Zulassung. Da das Patenamt in letzterem Falle zweifelhaft erscheint, ist die geistliche Verwandtschaft und damit das Ehehindernis des Can. 1079 theoretisch zweifelhaft und somit praktisch als nicht vorhanden zu betrachten Can. 15.

IV. Erfordernisse zur erlaubten Übernahme der Patenschaft. Der Roder schließt zu viele, unwürdige und unpassende Paten in der Weise aus, daß die Patenschaftsübernahme durch sie zwar gültig, jedoch unerlaubt ist gemäß den Cann. 764 und 766; R. R. tit. 2 c. 1 n. 22.

1) Bei der heiligen Taufe soll nur ein Pate beigezogen werden, sei es ein Mann oder eine Frau; höchstens zwei Personen verschiedenen Geschlechts Can. 764.

2) Als unwürdig für das Patenamt gilt jeder öffentliche Verbrecher Can. 766 n. 2.

Der Roder zählt die Unwürdigen noch mehr in einzelnen Gruppen auf, allein diese alle sind in den öffentlichen Verbrechen bereits eingeschlossen. Als U n w ü r d i g e gelten „die Exkommunizierten, die rechtlich Ehrlosen und die der kirchlichen Ehrenrechte Beraubten, wenn kein Verurteilungs- oder Erklärungspruch vorliegt, ferner die Interdizierten wegen eines öffentlichen Vergehens; endlich die tatsächlich Ehrlosen“ Can. 766 n. 2. Wie man sieht, setzen alle diese Zustände ein öffentliches Vergehen (*crimen publicum*) voraus. Wer öffentlich eines kirchlichen Vergehens oder Vergehens sich schuldig gemacht hat, gilt als „*publice criminosis*“, also die Gotteslästerer, Meineidigen, Feiertagschänder, Wucherer, Konfubinariier usw.

3) Als u n p a s s e n d sind anzusehen: a) Kinder vor Vollendung des dreizehnten Lebensjahres, außer der Spender findet eine rechtmäßige Ursache der Zulassung Can. 766 n. 1; b) Personen, welche die Grundlehren des Glaubens nicht kennen ibi n. 3 u. Can. 769; c) alle Novizen oder Professoren der religiösen Genossenschaften, außer die Not drängt und wenigstens der Lokalobere erteilt die ausdrückliche Erlaubnis ibi n. 4; d) alle Majoristen ohne ausdrückliche Erlaubnis des eigenen Ordinarius ibi n. 5.

Ist bei Religiosen kein Notfall vorhanden, so erteilt die Erlaubnis die Religiosenkongregation Can. 251, außer es ist in den Konstitutionen anders bestimmt. Ist ein Notfall vorhanden, aber kein Oberer zu erreichen, so kann das Mitglied einer Kongregation ohne weiteres die Patenstelle übernehmen Can. 762 § 1; S. R. C. d. 15. Febr. 1887, wahrscheinlich auch ein Ordensmann (*regularis*) oder eine Ordensfrau (*monialis*). Ist der Religiöse auch Majorist, so hat für exemte Ordensmänner der General- oder Provinzialobere die Erlaubnis zu erteilen Can. 198 § 1, für nicht-exemte Religiosen wird außer der Bewilligung des Ordensoberen auch jene des Ortsordinarius (Bischof) benötigt.

Im Z w e i f e l, ob jemand gültiger- oder erlaubterweise zum Taufpatenamte zugelassen werden kann, soll der Pfarrer das Gutachten des Ordinarius einholen, wenn die Zeit reicht Can. 767.

Die geistliche Verwandtschaft aus der Taufe überkommen mit dem Täufling nur der Taufende und der Taufpate Cann. 768; 742; 762—65; und nur zwischen dem Taufenden und dem Täufling und zwischen dem Taufpaten und dem Täufling entsteht das t r e n n e n d e H i n d e r n i s der geistlichen Verwandtschaft Can. 1079. Freilich bleibt die geistliche Verwandtschaft hinsichtlich der sonstigen Wirkungen nach dem alten Rechte bestehen, E. der Roderkommission vom 2.—3. Juni 1918 n. 8 (AAS. X 346). — Es steht nach dem

allgemeinen Rechte nichts im Wege, daß der Taufende zugleich das Amt eines Taufpaten übernimmt, indes muß letzteres, wenn möglich, durch einen Stellvertreter geschehen; vgl. S. R. C. in P o l i c a s t r e n. d. 14. Jun. 1873, wo die E. lautete „Episcopus confirmans in casu officium patrini gerat per procuratorem“. Nach dem neuen Rechte wird zur Erlaubtheit gefordert, daß der taufende M a j o r i s t die Erlaubnis des Ordinarius habe. Ist kein Stellvertreter, z. B. bei der Nottaufe, zu haben, so muß der Taufende auf das äußere Zeichen des „Haltens“ oder „Berührens“ achten.

Die geistliche Verwandtschaft als trennendes Ehehindernis besteht demnach zwischen einem taufenden Manne und dem getauften Mädchen (der getauften Frauensperson) und umgekehrt, ebenso zwischen dem männlichen Taufpaten und dem weiblichen Patenkind und umgekehrt. Auch die G e v a t t e r s c h a f t d. h. das Verhältnis zwischen dem Taufenden bzw. Taufpaten und den Eltern bleibt bestehen, jedoch nicht als Ehehindernis. Die wesentlichen Erfordernisse des Can. 765 nn. 2—4 gelten für den Paten, nicht aber für den Taufenden. Tauft z. B. ein andersgläubiger (getaufter) Arzt ein Mädchen, so wird er mit diesem geistlich verwandt, wodurch das trennende Ehehindernis entsteht. Tauft jedoch eine israelitische Hebamme einen Knaben, so entsteht keine geistliche Verwandtschaft Can. 12. Tauft ein Ehegatte im Notfalle seine Gattin, so tritt die geistliche Verwandtschaft zwischen ihnen zwar ein, allein ohne Wirkung auf den Gebrauch der Ehe (matrimonium non fit claudicans) Can. 1036; die „nachfolgenden“ Ehehindernisse sind aus dem Kirchenrechte verschwunden.

V. Pflichten der Taufpaten. „Mit der Übernahme des Patenamts ergibt sich die Pflicht für die Paten, das geistliche Kind sich für immer empfohlen sein zu lassen und in allen Fragen der christlichen Lebensführung eifrig dafür zu sorgen, daß es während des ganzen Lebens sich würdig erweise der bei den feierlichen Ceremonien gegebenen Versprechungen“ Can. 769. — Die Pflichten der Paten ergeben sich auch aus den N a m e n. Die Paten sollen a) g e i s t l i c h e V ä t e r sein („susceptores, compadres, patrini; commatres, matrinae“), weshalb ihre persönliche Anwesenheit beim Taufakte zu betonen ist; b) B ü r g e n des christlichen Glaubens und Lebens sein („sponsors, fidei iussores“).

Die bei den feierlichen Taufzeremonien gemachten Versprechen sind die der dreimaligen A b s c h w ö r u n g und des dreimaligen G l a u b e n s b e k e n n t n i s s e s. Wer diese Versprechen feierlich in der Kirche erneuert, z. B. bei der ersten heiligen Kommunion, nach Exerzitien und Missionen, gewinnt einen vollkommenen Ablass unter den gewöhnlichen

Bedingungen (Beicht, Kommunion, Gebet nach Meinung des Papstes), S. C. Indulg. d. 27. Febr. 1907 (ME. 19, 262). — Zuweilen ist die Stellung der Paten auch im Staatsrechte anerkannt; vgl. das bayerische „Religionsedikt“ § 23, wo ihnen ein Aufsichtsrecht über die Kindererziehung aus gemischten Ehen zuerkannt wird.

§ 9. Wirkungen und Folgen der Taufe.

A. Wirkungen der Taufe. Durch die Taufe, die Wiedergeburt im Wasser und im Heiligen Geiste (Joh 3, 3 ff), erlangt der Mensch: 1) die Gnade; 2) den Charakter; 3) die Kirchenmitgliedschaft. Für die volle Wirkung ist notwendig der gültige und würdige Empfang der Taufe Can. 752 § 1.

1) „Gnade“ bedeutet hier: a) Nachlaß aller Sünden, der Erbsünde und der persönlichen Sünden, sowie der ewigen und zeitlichen Sündenstrafen; b) die heiligmachende Gnade und damit die Gotteskindschaft und das Erbrecht auf den Himmel; D.-B. „Effectus b.“ XII c.

2) Die Taufe drückt einen unauslöschlichen Charakter ein Can. 732; weshalb eine Wiederholung der Taufe ein furchtbares Sakrileg wäre, welches das römische Recht mit Todesstrafe l. 2 C. Ne s. baptismata iteretur (1, 6), das kanonische Recht mit Irregularität bestraft tit. De apostatis et reiterantibus baptismata (V 9). Deshalb mahnt das römische Rituale, daß namentlich bei Erwachsenen die Gefahr der Wiederholung fern gehalten werde. „Unkenntnis, Irrtum, aber auch Gewinnsucht“ können eine solche Gefahr herbeiführen tit. 2 c. 3 n. 14.

3) Die Taufe bewirkt die Kirchenmitgliedschaft Joh 3, 5; durch dieselbe wird der Mensch eine eigentliche Kirchenperson (persona), unterworfen allen Kirchengesetzen und teilhaft aller kirchlichen Rechte, wenn nicht ein Hindernis letzteren entgegensteht Can. 87.

Von den Getauften sind den reinen Kirchengesetzen nicht unterworfen: a) die des genügenden Vernunftgebrauches entbehren; b) außerdem die das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich bestimmt ist; c) die ausdrücklich Ausgenommenen, z. B. vom Gesetze der einmaligen Sättigung, Personen vor dem vollendeten 21. und nach dem begonnenen 60. Le-

benzjahre Can. 1254 § 2; die Katholiken bezüglich der Ehe-
einhengungsform Can. 1099 § 2.

Eine Frage, welche verhältnismäßig wenig erörtert ist, betrifft die Verpflichtung der zweifelhaft Getauften. Klar sind folgende Sätze: 1) Die zweifelhaft getauften Katholiken und Katholiken sind den Natur- und göttlich-positiven Gesetzen unterworfen, z. B. den meisten Gesetzen der Zehn Gebote. Darum sind sie auch verpflichtet, Klarheit über ihre Taufe zu erlangen, und wenn dies nicht möglich ist, die Taufe an sich bedingungsweise wiederholen zu lassen. 2) So lange der Zweifel dauert, sind sie den Gesetzen der Kirche nicht unterworfen, welche den Empfang der übrigen Sakramente betreffen, ausgenommen ist die Ehe, deren Empfang für sie durch Can. 1070 geregelt ist; eine gültige Ehe kann aber auch unter Ungetauften bestehen. Ja die zweifelhaft Getauften können die übrigen Sakramente gar nicht empfangen (ME. 12, 540). — Bezüglich der übrigen Gesetze ist zu sagen: Wem ein begründeter Zweifel bezüglich seiner Taufe entgegensteht, ist zur Beobachtung der reinen Kirchengesetze nicht verpflichtet; *lex dubia non obligat* Cann. 12 et 15. Sind zwei Personen tatsächlich zweifelhaft getauft und gehen sie miteinander eine Ehe ein, so ist diese Ehe gültig, auch wenn sie verschwägert oder in dispensierbaren Graden blutsverwandt sind. Tatsächlich zweifelhaft ist die Taufe, wenn die Materie theoretisch zweifelhaft ist, z. B. Wasser, gepreßt aus Blumen, oder eine Taufe, gespendet in Form einer Salbung. War jedoch die Taufe nur der Erkenntnis nach zweifelhaft, z. B. weil kein Eintrag in das Taufregister erfolgte, so gilt die Ehe (wie oben) so lange als gültig, bis nicht klar festgestellt ist: die Eheleute waren in Wirklichkeit getauft, oder die eine war sicher getauft, die andere ungetauft Can. 1070 § 2.

Die Getauften werden der kirchlichen Rechte teilhaftig, wenn ihnen nicht der Mangel der Kirchengemeinschaft oder eine Zensur im Wege steht Cann. 87; 731 § 2. Das gilt besonders von den übrigen Sakramenten Can. 737 § 1.

Wenn die Glaubensneuerer des 16. Jahrhunderts und ihre Anhänger mit unrichtiger Auslegung von 1 Petr 2, 9 jedem Getauften auch zum Priester machen wollten, so verwechseln sie das allgemeine Priestertum, dessen Aufgabe es ist, durch ein Leben nach dem Glauben die Welt zu erleuchten (ibidem u. Mt 5, 16), mit dem besonderen, welches Christus aus den Gläubigen wählte und bevollmächtigte wie uns die Apostel (Apg 6, 3. 6; 13, 3; 1 Tim 4, 14; 5, 22; 2 Tim 1, 6; Tit 1, 5 usw.) und Väter bezeugen, so Clemens von Rom (vor 100); Ignatius von Antiochien (gest. 107), P. Cornelius (251); vgl. D.-B. nn. 42; 45; *Rauschen Patrologie* (1906) S. 25, 29.

B. Folgen. Ist die Taufe in der katholischen Kirche gespendet, so muß dieselbe auch aufgezählt werden.

1) Die Pflicht und das Recht der Aufzeichnung obliegt dem eigenen Pfarrer und dem Pfarrer des Taufortes Cann. 777; 738 § 2. Deshalb haben alle Taufenden (Bischöfe R. R. tit. 2 c. 6, Priester, Diakone, Aleriker und Laien) die Aufzeichnungen sofort zu machen, um sie dem eigenen Pfarrer zur amtlichen Eintragung übergeben zu können Can. 778.

2) Das Taufregister umfaßt den Namen des Täuflings, des Taufenden, der Eltern und Paten des Getauften, den Ort und die Zeit der Taufe; diese Einträge sind sorgfältig und unverweilt zu machen Cann. 777 § 1; 470 §§ 1 bis 3. Aus dem römischen Rituale tit. 10 c. 3 ergibt sich die weitere Pflicht, auch die Geburtszeit und den Geburtsort des Kindes, die näheren Verhältnisse seiner Eltern und Paten; sowie die Umstände einer etwaigen Nottaufe; die Erteilung der bedingten Taufe und die Nachholung der Ceremonien zu registrieren.¹⁾

„Handelt es sich um außereheliche Kinder, so darf der Namen der Mutter nur dann eingetragen werden, wenn ihre Mutterschaft öffentlich bekannt ist, oder wenn die natürliche Mutter schriftlich oder vor zwei Zeugen darum ersucht. Der Name des (natürlichen) Vaters darf nur eingetragen werden, wenn er aus eigenem Antriebe schriftlich oder vor zwei Zeugen darum ersucht oder wenn er aus einem öffentlichen Dokumente als Vater bekannt ist; in den übrigen Fällen werde der Neugeborene eingetragen als der Sohn eines unbekannten Vaters oder unbekannter Eltern“ Can. 777 § 2. — Die E. der CC. d. 14. Jul. 1922 ad 8 (AAS. 14, 528) bestimmt: „Die Namen der Eltern sind so einzutragen, daß jeder Anlaß zum Verluste des guten Rufes vermieden wird; in besonderen Fällen wende man sich an die Konzils-kongregation“.

Die Mutterschaft eines neugeborenen Kindes festzustellen dürfte wohl nicht so schwierig sein wie die Vaterschaft; immerhin fehlen auch hier U n t e r s c h i e b u n g e n nicht 3 Rg 3, 20 ff. Wenn bei der Vaterschaft ein Beweis „ex publico authentico documento“ genügt, so ist zuerst an ein kirchliches Dokument zu denken Can. 1813 § 1; indes sind die s t a t l i c h e n Dokumente (ibi § 2) hier ebenfalls beweis-

¹⁾ Brauchbare Tauf- und sonstige Matrikelbücher liefert die Buchhandlung Gg. Kleiter, Passau.

kräftig, z. B. die gerichtlichen, notariellen und standesamtlichen. Es wird gut sein, wenn im Taufregister auch die ursprüngliche Quelle notiert wird. Macht die Mutter Angaben über die Vaterschaft eines Mannes, so soll diese Angabe notiert werden, zwar nicht in den Spalten, sondern in Form einer Anmerkung, z. B. so: Pater est, ut mater ait: N. N.; vgl. Can. 1076 § 3. — Bei Findelkindern sind die Rubriken: 1. Zeit; 2. Ort; 3. Person der Auffindung; 4. Schätzung der Lebensdauer; dann folgen die Spalten für die (bedingte) Taufe, R. R. tit. X c. 3.

3) **Ergänzung des Taufregisters** Can. 470. Das Hauptregister eines katholischen Christen bildet das Geburts- und Taufregister. Darum sind in dasselbe einzutragen alle wichtigen Ereignisse des Lebens, nämlich a) die Tatsache der heiligen Firmung; b) der Eheabschluß; c) der Empfang der Subdiaconatsweihe; d) die feierliche Ordensprofess Can. 470 § 2. Dazu kommen noch die weiteren einschneidenden Ereignisse, nämlich e) wann die betreffende Ehe gelöst (durch Tod, feierliche Profess, päpstliche Dispense Cann. 1118 sqq.) oder für nichtig erklärt wurde Can. 1988; f) wann die Person die einfachen Gelübde im Jesuitenorden abgelegt hat Can. 1073; g) wann ein Majorist dispensiert wurde vgl. Can. 1043 sqq.; h) wann eine Ordensperson mit feierlichen Gelüben davon dispensiert Can. 669 § 1 oder säkularisiert Can. 640 § 1 n. 2, wann ein Jesuit mit einfachen ewigen Gelüben dispensiert, säkularisiert oder rechtmäßig entlassen wurde Can. 669 § 1.

4) **Nachweis der Taufe** Can. 779. Der Empfang der Taufe wird nachgewiesen: a) durch ein Taufzeugnis auf Grund des Taufregisters Can. 1816; b) durch das Zeugnis des Priesters, welcher getauft hat Can. 1791 § 1; c) durch das Zeugnis zweier einwandfreier Zeugen Can. 1791 § 2; d) durch das Zeugnis auch nur eines Zeugen unter folgenden Bedingungen: α) daß niemanden daraus ein Nachteil (praeiudicium) erwachse; β) daß der Zeuge einwandfrei sei Can. 779 (die Aussage ist unter Eid zu machen Can. 1791 § 2); e) durch das Zeugnis des im erwachsenen Alter Getauften, wenn es mit einem Eide erhärtet wird und niemand einen Eintrag tut Can. 779.

Ein lehrreicher Fall beschäftigte 1909 die Konzilskongregation. Der Ordinarius von Piazza Armerina (Sizilien) berichtete dem Apostolischen Stuhle, daß viele seiner Diözesanen nach Amerika auswandern und nach kürzerer oder längerer Zeit in ihre Heimat zurück-

kehren, wobei sie die pfarrlichen Taufzeugnisse für die in Amerika geborenen Kinder mitbringen. Die Pfarrer seiner Diözese tragen die bezeugten Tatsachen in ein eigenes Taufbuch ein und stellen später auf Grund dieser besonderen Matrikel Zeugnisse aus, wobei sie die gewöhnlichen Taxen ansetzen. Der Diözesanbischof erhielt nun auf verschiedene Anfragen von der Konzilskongregation am 3. Juli 1909 folgende Aufschlüsse: Die Zeugnisse mit Ansetzung der gewöhnlichen Taxen dürfen ausgestellt werden, wenn die Eintragung in die heimatlichen Register nach den Anweisungen des Apostolischen Stuhles erfolgt ist; nämlich a) die Zeugnisse der amerikanischen Pfarrer müssen eingesehen und bestätigt („vidimate“) sein von ihren Ordinarien; b) der (europäische) Pfarrer hat diese Zeugnisse an seinen Ordinarius einzusenden, der ihre Echtheit prüft entweder in eigener Person oder durch einen Bevollmächtigten, stets in Gegenwart des Fiskalanwaltes (seit Inkrafttreten des Roderz heißt er Promotor iustitiae Can. 1586); c) die amerikanischen Originalzeugnisse bleiben im Archiv der bischöflichen Kurie, die Einträge sind in den einzelnen Pfarreien auf Grund bischöflicher Ermächtigung zu vollziehen, S. C. C. in Platin. d. 2. Iul. 1909 (ME. 21, 301—305).

§ 10. Die heilige Firmung.

Quellen: Cann. 780—800; 2365; 544 § 1; 974 § 1 n. 1; 993 n. 1; 1021 § 2; 1335.

Im Anschluß an das Gesetzbuch der Kirche behandeln wir dieses Sakrament in folgenden Kapiteln: Materie und Form; Spender; Empfänger; Zeit und Ort; Paten; Wirkungen und Folgerungen.

I. Wesen der Firmung. „Das Sakrament der Firmung muß gespendet werden durch Handauflegung, verbunden mit chrismatischer Salbung auf der Stirne, und durch die Worte, welche in den von der Kirche bestätigten Pontifikalbüchern vorgeschrieben sind“ Can. 780. „Der Chrisam beim Firmungssakramente muß vom Bischofe geweiht sein auch dann, wenn ein Priester auf Grund des Rechts oder eines apostolischen Indults das Sakrament erteilt § 1. Die Salbung darf nicht mit einem Instrumente geschehen, sondern ist zu vollziehen durch die Hand des Spenders, welche vorschriftsmäßig auf das Haupt des Firmlings gelegt wird“ § 2 des Can. 781.

Erläuterung: 1) Entfernte Materie ist also der aus Olivenöl und Balsam bereitete Chrisam. Ob die Mischung mit Balsam wesensnotwendig ist, darüber herrscht keine Sicherheit. Auch das heilige Offizium hat am 22. (24.) Nov. 1899 hierüber kein klares Recht geschaffen

(ME. 11, 433). Ein Bischof hatte ohne Schuld nicht wenige Kinder mit Katechumenenöl gesalbt. Zu seiner Beruhigung erhielt er die Antwort: Sileat. Das hier aufgelegte Stillschweigen bedeutet nicht die zweifellose Gültigkeit der Firmung, sondern nur: Da das Sakrament der Firmung zum Heile nicht schlecht hin notwendig ist, da die Kinder schwer aufzufinden sind und da Gründe für die Gültigkeit sprechen, so ist es am besten, zu schweigen. Es ist klare kirchliche Vorschrift, daß der Chrisam stets von einem B i s c h o f e g e w e i h t sein muß, auch wenn ein Priester auf Grund des Rechts oder eines apostolischen Indultes firmt Can. 781 § 1. Die Weihe geschieht vorschriftsmäßig am Gründonnerstag (Can. 734 § 1). Wenn auch die Notwendigkeit der Weihe des Chrisam durch den Bischof seit ältester Zeit immer wieder betont wird, so könnte nach begründeter Ansicht der Papst auch einen einfachen Priester mit der Chrisamweihe betrauen (oben § 3 S. 27).

2) Die nächste Materie (materia proxima) ist nach Cann. 780 und 781 § 2 die „H a n d a u f l e g u n g m i t C h r i s a m s a l b u n g a u f d e r S t i r n e“. Das römische Pontifikale erwähnt bei dem Akte der Firmung keine „H a n d a u f l e g u n g“; also besteht die Handauflegung bei diesem Sakramente darin, daß der Bischof den Firmling mit eigener Hand salbt. Wenn auch der Firmende gewöhnlich die Finger auf das Haupt des Firmlings legt, so wäre doch auch die H a n d a n l e g u n g (manus impositio) genügend, welche durch die unmittelbare Berührung der Stirne bei der Chrisamsalbung geschieht; vgl. *Innozenz III.* in c. 4 De consuetudine (I 4): „sacramentum confirmationis quod chrismando renatos soli debent episcopi per manus impositionem conferre“ und in c. 1 De s. unctione (I 15) § 7: „Per frontis chrismationem manus impositio (Act. 8, 17; 19, 6) designatur quae alio nomine dicitur confirmatio“. Auch die *Orientalen* kennen bei der Firmung keine andere „manus impositio“ als die „Salbung mit dem *ἁγίων Μύρον* auf der Stirne, den Augen, der Nase, dem Munde, den Ohren, der Brust, den Händen und Füßen“ *Lübeck*: „Die christlichen Kirchen des Orients“ S. 166; *Banlow*: Verwaltung § 22 S. 64. Die älteste uns erhaltene Inschrift (355) nennt die Firmung „consignatio“: „Picentiae Legitimae neophytæ die V Kal. Sept. (28. Aug.), consig-

Zeitner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV. 5

natae a Liberio Papa, maritus uxori . . . sarcophagum posuit“, Kaufmann C. M.: „Epigraphik“ S. 189.

3) Die Form der heiligen Firmung liegt in den Worten der approbierten Pontificalien Can. 780. Im Römischen Pontifikale wird die Form also angegeben: „N. Signo te signo crucis: (hier macht er mit dem in den Chrisam getauchten Daumen der rechten Hand das Kreuzzeichen auf die Stirne des Firmlings) Et confirmo te Chrismate salutis. In nomine Pa tris, et Fi lii, et Spiritus Sancti. R. Amen“. Für wesentlich hält St. Alfons in seiner Theol. mor.: De confirmatione n. 168 folgende Ausdrücke: a) Signo und confirmo; b) die ausdrückliche Nennung der drei göttlichen Personen; c) te; d) signo crucis und chrismate salutis. — Die griechische Form „Σφραγίς δωρεᾶς Πνεύματος ἁγίου. Αμήν“ wird allgemein für gültig angesehen.

Die Ceremonien der heiligen Firmung sind kurz folgende: 1) Vor der wesentlichen Spendung: Der Bischof betet stehend mit gefalteten Händen, ohne Mitra, den Firmlingen zugewendet, die Antiphon „Spiritus sanctus“ mit den Versikeln, das folgende Gebet um die sieben Gaben verrichtet er, seine Hände ausgestreckt gegen die Firmlinge haltend. 2) Die Spendung selbst kann der Bischof sitzend oder stehend vollziehen, das Haupt mit der Mitra bedeckt, während die Kinder (und Paten) knien. Er fragt um den Namen einzeln, welchen der Firmende sofort nennt. Nach der Sakramentspendung erteilt er dem Firmling einen leichten Schlag auf die Wange, sprechend: Pax tecum. 3) Nach der Firmungsspendung wird, während der Bischof die Hände reinigt, die Antiphon Confirma hoc usw. gesungen oder gelesen, wornach der Firmende zum Altare gewendet mit gefalteten Händen die Versikel und das Gebet mit Ecce verrichtet. Zu den Firmlingen gewendet erteilt er den Schlußsegen, worauf er sitzend den Paten Anweisungen gibt.

Über die Ceremonien der heiligen Firmung haben wir verschiedene Erklärungen des Apostolischen Stuhles, welche das Wesen dieses Sakramentes besser herausheben: a) Die Gebete und Riten (also auch die Handausstreckung) vor dem „Signo te“ gehören nicht zum Wesen der Firmung, S. C. de Pr. F. d. 6. Aug. 1840 (ME. V 1, 202). b) Die Ceremonien vom Badenstreich an einschließlich bis zum Schluß gehören ebenfalls nicht zum Wesen der Firmung, S. Off. d. 22. Jul. 1892 ad I (ME. VII 2, 223). Wenn auch die Riten vor und nach der Salbung nicht zum Wesen gehören, so sollen doch die Firmlinge (und Paten) dem ganzen Akte anwohnen Can. 789. — c) Das erste Kreuzzeichen bei dem Wesen der Firmung muß der Bischof auf die Stirne des Firmlings salben, während die folgenden drei bei Nennung der heiligsten Dreifaltigkeit in der Luft zu machen sind, S. R. C. in Grossetan. d. 7. Maii 1853 (ME. V 1, 204). — d) Bei der Firmung kann neben dem Taufnamen ein neuer (entsprechender) Name angegeben werden S. R. C. in Laurinen. d. 20. Sept. 1749 (ibi). — e) Wo eine Gewohnheit besteht, darf bei der

Firmung eine brennende Kerze überreicht werden S. R. C. in Portugalien: d. 15. Maii 1745. — f) Der Apostolische Stuhl hat bei Gefahren gestattet, daß die heilige Firmung ohne Mitra und Stab vollzogen werde S. R. C. in Scardonien. d. 8. Aug. 1643; in Bosnen. d. 18. Dec. 1647; S. Off. d. 12. Febr. 1851 in Vicariatus Ap. Coreae (ME. V 1, 223). — g) Wo die Gewohnheit vorhanden ist, daß das Credo mit Pater und Ave am Schluß der Firmung gemeinsam von dem Firmenden und den Anwesenden gebetet wird, so ist sie beizubehalten S. R. C. in Conversanen. d. 13. Iul. 1883 (ME. VI 1, 180).

II. **Spende** Cann. 782—785. 1) „**O r d e n t l i c h e r** Spender der Firmung ist nur der Bischof“ Can. 782 § 1. „**A u ß e r o r d e n t l i c h e r** Spender ist jener Priester, dem diese Vollmacht zuteil ward entweder nach dem gemeinen Recht oder durch besonderes Indult des Apostolischen Stuhles“ Can. 782 § 2. Nur der Apostolische Stuhl kann einem Priester diese Vollmacht verleihen, Brief des Papstes Clemen s VI. an Konsolator, Katholikos der Armenier, vom 29. Sept. 1351, D.-B. n. 573; 697 (Decr. pro Arm.); 873 (Trid. sess. 7 cn. 3). — Außer den Kardinälen (Cann. 239 § 1 n. 23; 232 § 1) verleiht das gemeine Recht des Rodes diese Vollmacht noch den Äbten oder Prälaten mit eigenem Gebiet, den Apostolischen Vikaren oder Präsekten unter zwei Gültigkeitsbedingungen: a) innerhalb ihres Gebietes; b) während der Amtsdauer Can. 782 § 3.

2) **F i r m l i n g e** verschiedenen Ritus von dem des Spenders. Ein Bischof spendet gültigerweise allen Getauften die heilige Firmung, mögen sie irgendwelchem Ritus zugehören, ebenso ein Priester mit gesetzlicher Befugnis oder mit einem Indulte, welches ausdrücklich hiefür Fürsorge trifft; sonst ist die Erteilung der Firmung an Firmlinge verschiedenen Ritus unerlaubt und ungültig Can. 782 § 4, R. R. App. 2*—9*. — Priester eines morgenländischen Ritus, welche die Vollmacht oder das Privileg besitzen, Kindern des eigenen Ritus zugleich mit der Taufe die Firmung zu spenden, haben kein Recht, letztere Kindern des lateinischen Ritus zu erteilen ibi § 5. Mit dem Worte „nefas est“ (Can. 782 § 5) ist die Unerlaubtheit (Sündhaftigkeit) klar ausgedrückt, die Ungültigkeit aber nicht; vgl. Can. 782 § 4; Ben. XIV. in Syn. l. 7 c. 9.

3) **D i e F i r m u n g a n A u s w ä r t i g e**. Jeder Spender (der Bischof; der berechtigte und privilegierte Prie-

ster) firmt in seinem Gebiete Getaufte des eigenen Ritus stets gültig, also auch Auswärtige; ebenso erlaubterweise, wenn nicht bei Auswärtigen deren Ordinarius es ausdrücklich verbot Cann. 783 § 1; 784; 782 § 3. Hat ein Priester kein örtliches, sondern ein persönliches Privileg, so muß er die Grenzen desselben genau einhalten Cann. 784; 68; 50.

4) Firmung außer dem Gebiete. Jeder Cardinal kann überall die Firmung erteilen Can. 239 § 1 n. 23. Jeder Bischof kann seine Untergebenen überall privatim firmen, d. h. ohne Stab und Mitra; sonst bedarf er der Erlaubnis des Ortsordinarius, doch genügt die mit Grund vorausgesetzte Can. 783 § 2. Ein Titularbischof bedarf zur Spendung der Firmung stets der Erlaubnis; vgl. Can. 348 § 1. Die priesterliche Firmungsvollmacht ist an ein bestimmtes Gebiet gebunden Can. 782 § 3.

5) Firmungspflicht Can. 785. Der Bischof ist verpflichtet, seinen Diözesanen, welche rechtmäßig und aus vernünftigem Grunde darum bitten, dieses Sacrament zu spenden, besonders zur Zeit der Visitation des Bistums Can. 785 § 1; desgleichen der privilegierte Priester jenen, zu deren Gunsten er seine Vollmacht erhielt ibi § 2. Jeder Ortsordinarius (Can. 198 § 2) muß womöglich wenigstens alle fünf Jahre seinen Untergebenen Gelegenheit verschaffen, die Firmung zu empfangen, sei es von ihm selbst oder, wenn ihm die Vollmacht oder Möglichkeit fehlt, von einem andern ibi § 3. Wenn ein Ortsordinarius diese Pflicht (§ 3) schwer vernachlässigt, so soll ihn der Metropolit beim Apostolischen Stuhle zur Anzeige bringen Cann. 274 n. 4; 785 § 4. Sind die Diözesen außerordentlich groß und ein Weihbischof nicht vorhanden, so kann sich der Bischof die Vollmacht vom Apostolischen Stuhle erbitten, einen oder zwei Priester zu subdelegieren zur Spendung der Firmung, S. Off. d. 4. (5.) Mart. 1903 (ME. 15, 246). Die Gewährung dieser Vollmacht kommt in den Gebieten der ordentlichen Hierarchie der SC. Sacr., in den Missionsgebieten der SC. de Pr. F. zu.

6) Strafen: a) Ein Priester, der es wagt, ohne rechtliche oder päpstliche Bevollmächtigung zu firmen, verfällt der *Suspension* f. s. b) Wenn ein bevollmächtig-

ter Priester die Grenzen seiner Vollmacht zu überschreiten sich herausnimmt, ist ihm die Vollmacht mit der Überschreitung l. s. entzogen Can. 2365.

III. Empfänger. 1) Gültig empfängt die Firmung der nicht gefirmte Getaufte, welcher, wenn erwachsen, den Willen hat, gefirmt zu werden Cann. 786; 732; 745 § 2 n. 2.

2) Zum erlaubten Empfange gehören folgende Bedingungen: a) das Alter; b) der Gnadenstand; c) die Unterweisung.

In der lateinischen Kirche wird die heilige Firmung passenderweise bis ungefähr zum siebenten Lebensjahr verschoben; freilich kann sie schon früher gespendet werden in Todesgefahr oder aus sonstigen gewichtigen Gründen, die der Spender zu beurteilen hat Can. 788, z. B. wenn die Eltern in Gegenden verreisen, wo nur selten gefirmt wird. „Im Orient wird nach altchristlicher Sitte die Firmung in Verbindung mit der Taufe erteilt“, Lückbeck S. 166; Ben. XIV.: De Syn. l. 7 c. 9 n. 1. In unseren Gegenden pflegt die Firmung etwas später erteilt zu werden, indes beachte man, daß Papst Leo XIII. in seinem Schreiben „Abrogata“ vom 22. Juni 1897 verlangt, die Firmung solle dem Empfang der ersten Kommunion vorangehen (Can. 859 § 1); darum darf die Firmung nicht zu viel über das siebente Lebensjahr hinaus verschoben werden; Rit. Rom. app. pag. 3*. — Die „Instruktion für firmende Priester“ schließt von der Firmung aus Exkommunizierte und öffentliche Sünder, besonders jene, welche die Osterpflicht vernachlässigt haben R. R. app. 4*. Im Stande der Gnade soll man dieses Sakrament empfangen Can. 786; darum soll die heilige Beichte vorausgeschickt werden R. R. app. pag. 4*. Freilich ist die Beichte nicht als solche Pflicht, sondern als Mittel, den Gnadenstand zu erlangen.

In Rom sterben wenige Kinder katholischer Eltern ohne Firmung; auch in anderen Gegenden sollte man den schwerkranken Nichtgefirmt die Gnade erleichtern S. C. C. in Segovien. d. 23. Apr. 1774 (R.-Sch. 47). Vermeerck: Epitome II n. 66.

Werden Erwachsene (Cann. 745 § 2 n. 2; 12) zur Firmung zugelassen, so muß eine hinreichende Unter-

weisung („sufficenter instructus“) vorangehen Can. 786. Diese Unterweisung umfaßt nicht nur das Firmungssakrament, sondern auch die Grundlagen des Glaubens; die Gebote Gottes und der Kirche; die drei göttlichen Tugenden; das Gebet des Herrn und Apostolische Glaubensbekenntnis R. R. app. 4*. **Schwerkranke** müssen wenigstens soviel Kenntniss davon besitzen, daß sie sich nach dem Sakramente der Seelenstärkung sehnen S. Off. in Vic. Ap. Tchehy Mer.-Orientali d. 10. Apr. 1861 (ME. V 1, 223).

3) **Pflicht**. „Wenn auch dieses Sakrament keine unerläßliche Pflicht in sich schließt, so darf doch niemand, dem sich Gelegenheit bietet, dasselbe vernachlässigen; im Gegenteil die Pfarrer (Seelsorger) sollen sich bemühen, daß die Gläubigen es rechtzeitig empfangen“ Can. 787. Niemand kann zum **Noviziate** einer religiösen Genossenschaft (Can. 544 § 1), niemand zur ersten **Tonsur** (Can. 974 § 1 n. 1) zugelassen werden ohne Firmungszeugniss; dem **Ehesakramente** soll der Firmungsempfang vorangehen, auch unmittelbar, wenn es ohne schweren Nachtheil geschehen kann Can. 1021 § 2.

„Die Unterlassung der Firmung vor den Weihen wird nicht für schwer sündhaft gehalten. Ja nicht einmal der Bischof scheint schwer zu sündigen, wenn er Weihen erteilt, sei es an einen Nichtgefirnten, sei es daß er selbst nicht gefirmt ist.“ **Vermersch**: Epitome II. 66 n. 3. Diese Ansicht verliert jeden Halt in Anbetracht der E. der S. C. C. d. 15. Maii 1802 in Anglonen. et Tursien. (R.-S.: Trid. 181).

IV. Zeit und Ort der Firmung. 1) „Dieses Sakrament kann zu jeder Zeit erteilt werden; doch ist die **Pfingstwoche** in besonderer Weise hiefür geeignet“ Can. 790.

2) Der Ort für die Ertheilung der Firmung ist die **Kirche**; es genügt ein rechtmäßiger und vernünftiger Grund zur Wahl eines anderen geziemenden Ortes (Oratorien, Privatgemächer) Can. 791. Innerhalb seines Bistums kann der Bischof überall auch die feierliche Firmung spenden, auch an **exempten** Orten Can. 792; für die Spendung **außerhalb** der Diözese gilt Can. 783 § 2 (oben S. 68).

V. Firmpaten Cann. 793—797; 1335. Was von den Taufpaten gesagt wurde, gilt in entsprechender Weise auch von den Firmpaten. Uralt ist die Beiziehung auch der Firmpaten Can. 793. 1) Die Erfordernisse der **Gültigkeit**

stimmen in den meisten Punkten bei beiden fast wörtlich überein; vgl. Cann. 795; 765; außerdem muß der Firmpate selbst gefirmt sein Can. 795 n. 1. Neben dem Spender kann auch der Pfarrer den Firmpaten, wenn der Firmling oder dessen Eltern usw. versagen („desint aut renuant“), bezeichnen ibi n. 4; mit Recht, da ja der Pfarrer die Paten besser zu kennen pflegt und schon vorher sich darum bekümmern kann. — Das äußere Zeichen der Patenschaftsübernahme (tactus physicus) besteht nach Can. 795 n. 5 in der körperlichen Berührung („physice tangat“), sei es in eigener Person oder durch einen Stellvertreter. Das Pontifikale bestimmt, daß kleine Kinder in den Armen ihrer Paten gehalten werden, während die Erwachsenen ihren Fuß auf den rechten Fuß des Paten stellen R. R. app. 6*. — 2) Für die Erlaubtheit der Übernahme des Firmpatenamtes gelten sämtliche Vorschriften, welche das Taufpatenamt betreffen Can. 766; außerdem beachte man: a) Der Firmling hat nur einen Paten Can. 794 des gleichen Geschlechtes wie er, außer der Spender läßt in Einzelfällen aus vernünftigem Grunde eine Person anderen Geschlechtes zu Can. 796 n. 2. b) Der Firmpate biete nur einen Firmling dar, höchstens zwei, doch kann der Spender aus rechtmäßigem Grunde auch hier dispensieren Can. 794 § 1. c) Der Firmpate soll verschieden sein vom Taufpaten, außer die Firmung folgt unmittelbar nach der Taufe; auch sonst kann der Spender aus vernünftigem Grunde den Taufpaten zulassen Can. 796 n. 1. — 3) Wie bei der Taufe, so entsteht auch bei der Firmung aus der Patenschaft die geistliche Verwandtschaft mit allen Rechten und Pflichten des Paten Cann. 797; 768; 769; CC. d. 2.—3. Jun. 1918 n. 8 (AAS. X 346). Doch das trennende Ehehindernis der geistlichen Verwandtschaft entsteht aus der Firmung nicht Can. 1079.

VI. Wirkungen und Folgen. 1) Die Wirkungen der Firmung sind: a) die Vermehrung der Gnade zur Stärke („datur Spiritus Sanctus ad robur“ D.-B. n. 697); b) der Charakter Can. 732; c) die Ausrüstung zum Eintritt in einen der drei Lebensstände: Ehe-, Priester- und Ordensstand i. w. S. (oben III n. 3).

2) Die Tatsache der Firmung ist mit den wichtigsten Umständen in das Firmregister der Pfarrei einzu-

tragen Can. 798; R. R. tit. 10 c. 4. Die wichtigsten Umstände sind: Namen des Sponsors, des Firmlings, der Eltern, des Paten; Zeit und Ort der Firmung. Das Rituale gibt ein ausführliches Formular und wünscht, daß die männlichen Firmlinge auf der einen Seite, die weiblichen auf der anderen getrennt notiert werden. Bezüglich unbekannter Eltern beachte man das beim Taufregister Gesagte. Auch im *Taufbuche* ist ein Vermerk über die Firmung zu machen Can. 470 § 2. Ist der eigene Pfarrer des Firmlings bei der Firmung nicht anwesend, so stelle der Firmende in eigener Person oder durch einen Stellvertreter ein genaues Firmzeugnis aus, welches dem Pfarrer zu übersenden ist Can. 799.

3) Zum *Beweis* der Firmung genügt außer einem Zeugnis auf Grund des Firmregisters, wenn keine Rechtsbeeinträchtigung (*praeiudicium*) zu fürchten ist: a) das Zeugnis auch eines einwandfreien Zeugen; b) das beschworene Zeugnis des Gefirmten, außer er erhielt die Firmung vor dem Vernunftgebrauch Can. 800.

Die heiligste Eucharistie.

„In der heiligsten Eucharistie ist unter den Gestalten von Brot und Wein Christus der Herr selbst enthalten, wird geopfert und genossen“ Can. 801. Die drei Wörter „*continetur*, *offertur*, *sumitur*“ enthalten eine Dreiteilung, welche auch der Rodeg beibehält. Während er aber das Meßopfer („*offertur*“) und die Kommunion („*sumitur*“) bei den Sakramenten behandelt, folgt die Verehrung der Eucharistie („*continetur*“) erst bei Behandlung des kirchlichen Kultes (Can. 1265—75).

§ 11. Das Meßopfer.

Zu vier Artikeln werden die kirchenrechtlichen Grundsätze über das Meßopfer dargelegt: I. De sacerdote Missae sacrificium celebrante. II. De Missae ritibus et caeremoniis. III. De tempore et loco Missae celebrandae. IV. De Missarum eleemosynis seu stipendiis. Wir halten uns im folgenden an diese Einteilung.

A. Der Opferpriester.

I. Die Gewalt das Meßopfer darzubringen haben nur die Priester Cann. 802; 2322 n. 1. Während die Schismatiker

der morgenländischen Kirchen in diesem Punkte vollständig mit der katholischen Kirche übereinstimmen, haben die Glaubenserneuerer des 16. Jahrhunderts das Meßopfer verworfen und ein Laienpriestertum (ohne eigentliches Opfer) erlassen; die Altkatholiken sind ihnen hierin teilweise gefolgt; vgl. „Handbuch“ I² S. 81. Selbst H a r n a c k A. klagt: „Steckt nicht in der katholischen Messe ein Moment und eine Ausgestaltung der Anbetung, wie sie der evangelische Gottesdienst nicht leicht erreicht? Ist nicht der Opferbegriff bei seiner Reinigung im Protestantismus zu stark zurückgedrängt worden? Ist endlich nicht die Herbeiziehung des ästhetischen Elements, der Kunst, im Gottesdienst in größerem Umfange wünschenswert?“ in seiner Schrift „Protestantismus und Katholizismus in Deutschland“ (1907) S. 23 f.

Der Priesterweihe-Ritus betont in erster Linie die Vollmacht zu o p f e r n „Sacerdotem oportet offerre“, eine Vollmacht, welche dem Empfänger mit den Worten übertragen wird: „Nimm hin die Vollmacht, Gott das Opfer darzubringen und Messen zu feiern für Lebende und Verstorbene im Namen des Herrn“, wobei der Bischof jedem Weihkandidaten den Kelch mit Wein und die Patene mit der Hostie zur Berührung darreicht (Pont. Rom. p. I pag. 55). Kein Laie, kein Kleriker unter dem Priester besitzt diese Vollmacht. Maßt er sich dieselbe an, so wird er i r r e g u l ä r Can. 985 n. 7 und verfällt der dem Apostolischen Stuhle besonders reservierten E x k o m m u n i k a t i o n nebst anderen Strafen f. s. Can. 2322 n. 1.

II. Intention. Das Meßopfer kann vom Priester dargebracht werden, wie der Weiheritus schon andeutet, „für alle, sei es Lebende, sei es Verstorbene, soweit letztere im Fegfeuer ihre Vergehen büßen“ Can. 809, doch können „Priester für gewöhnliche Exkommunizierte nur privatim und mit Beseitigung des Argernisses die Messe darbringen; für zu meidende Exkommunizierte (excommunicati vitandi) einzig nur zu ihrer Befehdung“ Can. 2262 § 2 n. 2.

1) Der Priester darf, abgesehen von der Bestimmung des Can. 2262, für alle Lebenden und Verstorbenen die heilige Messe darbringen, freilich ist bei den V e r s t o r b e n e n folgende Einschränkung gemacht: „für die Verstorbenen, welche ihre Verschuldungen im Fegfeuer sühnen“, also nicht für die Seligen im Himmel, nicht für die von der Seligkeit Aus-

geschlossenen. Erlangt ein Diener Gottes vom Heiligen Vater den Titel eines Ehrwürdigen, so hört für ihn die Requiemsmesse auf; es tritt an ihre Stelle die votivmesse zu Ehren der heiligsten Dreifaltigkeit zur glücklichen Vollendung des Seligsprechungsprozesses S. R. C. d. 2. Apr. 1906 (Bischof Rudigier von Linz, ME. 18, 157). Die Gewißheit des Ausschlusses eines Verstorbenen von der Seligkeit wird wohl äußerst selten sein; vgl. lect. V. S. Francisci de Hieronymo, 11. Mai. Außerdem sind bei Verstorbenen die Regeln über die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses zu beachten Cann. 1204; 1239—41. Wird einem Toten das kirchliche Begräbniß verweigert, so fällt damit jede Exequialmesse, auch die Jahrtagsmesse weg. 2) Für Lebende, welche der Gemeinschaft der Kirche nicht angehören, dürfen im allgemeinen Messen nicht gelesen werden Cann. 87; 731 § 2; 1149; 2262; doch kann ein Priester a) für Katechumenen stets die heilige Messe darbringen; b) für zu meidende Exkommunizierte nur für deren Befehrung; c) für die übrigen außerdem nur privatim und ohne Ärgerniß Can. 2262 § 2 n. 2.

III. Die Darbringung des Meßopfers durch mehrere Priester zugleich (concelebratio) Can. 803: „Es ist nicht gestattet, daß mehrere Priester gemeinsam zelebrieren außer in der Priesterweihe messe und in der Bischofskonsekrationsmesse nach dem römischen Pontifikale.“ Da nach Can. 1 die morgenländischen Kirchen durch den Kodex nur dann neu geordnet werden, wenn dies ausdrücklich betont wird, so bleibt die „Konzelebration“ der orientalischen Kirchen unangetastet. Bei derselben treten die Priester in vollem liturgischen Ornate an den Altar. Einer von ihnen, gewöhnlich der Höchststehende, ist Hauptzelebrant, die übrigen sprechen und handeln mit. Die Opferelemente hat nur der Hauptzelebrant vor sich auf dem Altare, welchen die übrigen Priester umstehen. Die Konsekrationsworte werden gemeinsam laut gesprochen. Bei der fractio panis wird die Hostie in so viele Teile gebrochen, als Konzelebranten vorhanden sind. Der Genuß des Kelches ist gemeinsam; vgl. L ü b e c k S. 155. Papst Innozenz III. bezeugt 1205 die Konzelebration bei Gelegenheit der Bischofsweihe, ausgenommen jedoch bei der Bischofskonsekration des Papstes in c. 28 De electione (I 6). Nur bei der Bischofsweihe wird auch das Blut Christi unter der Gestalt des Weines auch vom geweihten Bischofe getrunken, während bei der Priesterweihe die neugeweihten Priester nur unter der Gestalt des Brotes kommunizieren.

IV. Die Seelen- und Leibesvorbereitung des Opfern-
den. Der Priester, welcher sich zum Meßopfer anschickt, soll

würdig sein durch den Gnadenstand, die Nüchternheit, die Gebetsvorbereitung, die Kleidung und die Dienstleistung Cann. 807—813.

1) Der Gnadenstand Can. 807: „Der Priester, welcher sich einer schweren Sünde bewußt ist, wage es nicht ohne vorausgehende sakramentale Beicht die Messe zu feiern, so sehr er auch meint, er besitze die vollkommene Reue; wenn er aber in dringender Notlage, da die Möglichkeit, einen Beichtvater zu haben, fehlt, nach Erweckung eines vollkommenen Reueaktes zelebriert hat, so hat er zu beichten so bald als möglich“; vgl. Can. 856, welcher Gleiches bestimmt zum Empfang der heiligen *R o m m u n i o n*; Trid. sess. 13 c. 7; cn. 11. Das Gesetz der Beicht, welches auf I Kor 11, 28 „Es prüfe der Mensch sich selbst“ ruht, verpflichtet vor der Kommunion nur dann, wenn der Kommunikant einer schweren Sünde sich *b e w u ß t* ist („*sibi conscius peccati mortalis*“ oder „*quem conscientia p. m. gravat*“), darum kann ein wenn auch begründeter *Z w e i f e l*, ob eine schwere Sünde das Gewissen (noch) drückt, die Pflicht nicht auflegen; auch nicht das Bewußtsein, eine schwere Sünde begangen zu haben, wenn dieselbe in einer guten Beicht ohne Schuld übersehen wurde; denn die Sünde ist getilgt; es bleibt die Pflicht, sie bei nächster Gelegenheit der Schlüsselgewalt der Kirche zu unterwerfen Cann. 15; 856. — Besteht „*deficiente copia confessarii*“ keine dringende Notwendigkeit, zu zelebrieren oder zu kommunizieren, so muß das Messesehen oder Kommunizieren unterlassen werden. Besteht aber eine solche Notwendigkeit, so darf der Priester zelebrieren, der Gläubige kommunizieren, doch mit vorgängiger Erweckung eines Aktes vollkommener Reue; für den Priester besteht die weitere Pflicht, baldigst zu beichten, d. h. innerhalb dreier Tage S. *A l f o n s u s* in Theol. mor. VI n. 266. — Eine „dringende Notwendigkeit“ ist vorhanden, wenn ein Gebot zu zelebrieren oder kommunizieren drängt, wenn Verlust des guten Rufes oder Ärgeris zu befürchten ist. — Was heißt nun „*deficiente copia confessarii*“? Offenbar nicht: „Wenn die Auswahl eines Beichtvaters fehlt“, sondern nur „Wenn die Möglichkeit, einen Beichtvater zu haben oder leicht zu erreichen, fehlt“. Man beachte das Wort „*confessarius*“; es muß also ein Priester sein, der entweder vom Rechte (Cann. 239 § 1 n. 1 et 2; 882) oder vom

kirchlichen Obern (Cann. 873—875) die Jurisdiktion zum Beicht hören besitzt. Der Priester des Can. 884 und höchst wahrscheinlich auch ein solcher der Cann. 889 und 890 ist kein geeigneter confessarius, namentlich dann nicht, wenn der Pönitent an sich Erfahrungen solcher Art gemacht hat. Näheres über diese Beichtpflicht bei den Moralisten, z. B. S. Alfonsus in Theol. mor. VI. n. 257; Lehmkuhl: Th. mor. II nn. 204 sqq.

2) Die eucharistische Nüchternheit Cann. 808; 858; 864; 247 § 5; 2321. Die eucharistische Nüchternheit besteht darin, daß der Kommunizierende von Mitternacht an nicht das geringste an Speise oder Trank genossen hat. Diese Nüchternheit verpflichtet zunächst den zelebrierenden Priester Can. 808, dann jeden kommunizierenden Gläubigen Can. 858 § 1. Indes läßt die Verpflichtung des Kommunizierenden viel leichter Ausnahmen zu; die eucharistische Nüchternheit verpflichtet nicht: a) in Todesgefahr (Wegzehrung, auch wenn der Empfang wiederholt wird) Can. 864 § 3; b) in der Nothlage, um das heiligste Sakrament vor Unehrrerbietigkeit zu bewahren Can. 858 § 1; c) in Krankheitsfällen unter gewissen Voraussetzungen Can. 858 § 2: „Kranke, welche schon einen Monat darniederliegen ohne sichere Hoffnung auf baldige Genesung, können mit dem weisen Einverständnis ihres Beichtvaters die heilige Eucharistie ein- oder zweimal in der Woche zu sich nehmen, wenn sie auch eine Arznei oder in Form einer Flüssigkeit Sonstiges genossen haben“. Die eucharistische Nüchternheit unterliegt in letzterem Falle einer Milderung für Kranke („infirmi . . . qui decumbunt sine certa spe cito convalescendi“) zu ein- oder zweimaligem Empfang in der Woche, wobei feste Speisen, von Arzneien abgesehen, ausgeschlossen sind; den Fall beurteilt der Beichtvater. — d) Wir sahen schon früher, daß das bei der Taufe genossene Salz (R. R. tit. 2 c. 4 n. 15 et n. 51) den Empfang der Eucharistie nicht hindert Can. 753; 12. — e) „Infantes non prohibentur lactari ante s. communionem, si necesse fuerit“, Liber sacramentorum Gregorii Magni n. 74 (sabbatum sanctum); vgl. Can. 854 § 1.

Can. 858 § 2 erlaubt den Genuß einer „Arznei“, gleich ob fest oder flüssig, und einer Gabe, „in Form eines Trankes, per modum

potus“. Darunter sind nicht nur eigentliche Getränke zu verstehen, sondern auch Flüssigkeiten, in denen feste Speisen aufgelöst sind, also Fleischbrühe, Kaffee; Suppe mit Gries oder geriebenem Brot („semolino, pangrattato“), wie das heilige Offizium am 4. Juni 1893 und 7. (10.) Sept. 1897 antwortete (ME. IX 2, 4), Schokolade, Kafao, Ei im Kaffee aufgelöst (ME. IX 1, 22), wenn die Natur der Flüssigkeit dabei nicht verloren geht. Über die ganze Frage vgl. Ben. XIV. in Synodo l. 6 c. 8 nn. 4 sqq.

Für den Priester gibt es verschiedene Fälle, in welchen die Rubriken des Missale ihm gestatten, auch ohne die eucharistische Nüchternheit zu zelebrieren, nämlich a) wenn der Priester nach dem Genuß der Gestalt des Brotes oder Weines merkt, es sei die eine von beiden keine taugliche Materie gewesen („hostiam esse corruptam, aut non esse triticeam; vinum non esse positum, sed aquam“), so darf er zelebrieren und kommunizieren; vgl. Missale Romanum: De defectibus III n. 5; IV n. 5; b) wenn ein Priester nach der Konsekration stirbt oder ohnmächtig wird, darf und soll ein anderer Priester die Messe vollenden, auch wenn er bereits natürliche Speise genossen hat ibi X n. 3. c) Es gibt noch andere Fälle, welche von den Gelehrten verschieden ausgelegt werden. So ist es eine gut begründete Ansicht, daß ein Priester ohne die eucharistische Nüchternheit die heilige Messe lesen darf und unter Umständen lesen muß (letzteres wenn die Wegzehrung einziges Mittel zur etwaigen Seelenrettung ist), wenn ein Katholik in Todesgefahr ohne Wegzehrung sterben müßte; — ebenso daß ein Priester, welcher natürliche Speise schon genossen hat, zelebrieren dürfe, wenn an einem gebotenen Feiertage das gläubige Volk nicht nur der heiligen Messe beraubt würde, sondern auch dadurch schweres Argerniß erlitt. Lehmkuhl in Theol. mor.¹² II nn. 222—23. Es kommt bei dem Zusammenreffen zweier Gebote darauf an, welches vorwiegt (quale sit „praeceptum maioris ponderis“ Missale: De defectibus III n. 5). Das göttliche Gebot der Wegzehrung und das Naturgebot der Vermeidung schweren Argernisses überwiegen das kirchliche Gebot der Nüchternheit; vgl. Can. 15.

Das Kirchengebot der eucharistischen Nüchternheit ist durchaus schwerer Natur („non admittit parvitatem materiae“); die Übertretung ist mit Suspension vom Messelesen f. s. bedroht Can. 2321. Doch wurden auch von diesem Ge-

bote Dispensen erteilt, wie Benedikt XIV. bezeugt in Syn. l. 6 c. 8 n. 19: **J u l i u s** III. gewährte sie **K a r l V.**; **P i u s** IV. indischen Missionären; **I n n o z e n z** XIII. dem König **L u d w i g** XV. von Frankreich am 5. Oktober 1722 und der Kaiserin **E l i s a b e t h** am 20. August 1723 für ihre Krönung zur Königin von Böhmen. Laien erhalten nicht selten im Falle einer Krankheit oder Schwäche Dispense vom Apostolischen Stuhle für die heilige Kommunion; zuständig für diese Dispensen sind die Sakramenten- und Religiosenkongregation Cann. 249; 251 § 3. — Für die Darbringung des heiligen **O p f e r s** war die Dispense viel schwieriger zu erlangen, doch fehlen geschichtliche Beispiele nicht, wie das Schreiben **P i u s** IV. an die indischen Missionäre vom 10. Febr. 1563; die Vollmacht, welche **Leo** XIII. in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Bischöfen vertraulich erteilte. Gegenwärtig ist das heilige Offizium ausschließlich zuständig „in bezug auf alles, was die eucharistische Nüchternheit der zelebrierenden Priester betrifft“ Can. 247 § 5. Ein Rundschreiben des hl. Offiziums vom 22. März 1923 (AAS. 15, 151) gewährt folgende Erleichterung der eucharistischen Nüchternheit: Sooft Priester bei Wiederholung (Bination) oder später Darbringung der hl. Messe einen bedeutenden Schaden befürchten entweder wegen ihrer schwachen Gesundheit, wegen vieler seelsorglicher Arbeiten oder aus anderen Gründen (Weite des Weges z. B.), so können die Ortsordinarien (Ordinarii locorum) sich an das hl. Off. wenden. Dieses wird je nach Umständen entweder im einzelnen Falle Dispense oder den Ordinarien auch habituelle Vollmachten gewähren. In dringenden Fällen, wo der Refurs nach Rom untunlich erscheint, können diese Ortsordinarien in eigener Person (onerata eorum conscientia) die Dispense erteilen unter folgenden Bedingungen: a) geistlicher Nutzen der Gläubigen (nicht bloße Bequemlichkeit des Priesters); b) Beseitigung etwaigen Argernisses; c) baldigste Benachrichtigung des Apostolischen Stuhles; d) in Form eines Getränkes (berauschende ausgeschlossen), auch der **A b l u t i o n** der 1. Messe, S. Off. d. 16. Nov. 1923 (AAS. 15, 585).

3) Die Gebetsvorbereitung. „Der Priester unterlasse es nicht, sich auf die Darbringung des eucharistischen Opfers durch fromme Gebetsübungen vorzubereiten und

nachher Gott für eine solche Gunst zu danken“ Can. 810. Die Vorbereitung auf die heilige Messe umfaßt die Abbetung der Matutin und Laudes, eines mündlichen oder betrachtenden Vorbereitungsgebetes („orationi aliquantulum vacet“) und wenn es die Zeit erlaubt, der im Meßbuche ausgesetzten Gebete „Ne reminiscaris“ usw., während die Gebete bei der Handwaschung und der Anlegung der Meßkleider pflichtgemäß zu beten sind; vgl. das Meßbuch: Ritus servandus I n. 1. — Die Danksagung besteht in der Antiphon Trium puerorum mit dem Canticum „Benedicite“, welches am Altare begonnen wird Rit. servandus XII n. 6. Nach den Gebeten des Missale widmet der Priester der privaten Danksagung wenigstens eine Viertelstunde; cfr. S. Alfonsus in „Praxi confess.“ n. 155; Lehmkuhl: Theol. mor.¹² II nn. 210 et 302.

4) Die Kleidung des Opferpriesters. „Der Priester, welcher sich zum Messelesen anschickt, soll das ihm zukommende bis an die Knöchel reichende Kleid und die von den Rubriken des eigenen Ritus vorgeschriebenen heiligen Abzeichen (ornamenta) tragen“ Can. 811 § 1. „Nur ein Cardinal, Bischof oder benedizierter Abt hat das Anrecht auf Kappchen und Ring, oder derjenige Priester, welchem ein apostolisches Indult ihren Gebrauch bei der Messfeier einräumt“ ibi § 2. Jedes Kleid des Priesters, ob Talar oder Habit, ob schwarz, violett oder von anderer Farbe, soll bis an die Knöchel („ad talos“) reichen. Die „sacra ornamenta“ umfassen folgende Ornatstücke: den Amikt; die Albe; das Zingulum; das Rochett und Superpelliceum; die Kasel; die Dalmatik und Tunizella; das Pluviale; die Pontificalhandschuhe; die Pontificalfußbekleidung (sandalia, caligae); die Kopfbedeckung (Birett, Kappchen, Mitra oder Inful); — und folgende Insignien: den Manipel, die Stola, das Pallium; das Rationale. Dazu kommen drei dem Papst vorbehaltene Ornatstücke: der Fanone, das Subcinctorium und die Tiara.

Der Fanone ist ein fast kreisförmiges ovales Schulterkleid, bestehend aus zwei übereinanderliegenden Scheiben aus Seide, auf der Vorderseite geschmückt mit einem goldgestickten Kreuze. — Das Subcinctorium, auf der einen Seite mit einem goldgestickten Lämmlein, auf der andern mit einem goldgestickten Kreuze geschmückt, ganz ähnlich dem Manipel, wird links am Zingulum getragen. — Die Tiara ist

bekannt. Näheres über diese drei Ornatstücke bietet Joseph Braun S. J. in seinem monumentalen Werke „Die liturgische Gewandung“ (1907) S. 52, 117 ff. — Gute Aufschlüsse über die gewöhnliche und liturgische Kleidung bei den Orientalen finden wir bei Lübeck Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 114—119. — Schon früher (I² S. 206, 251, 254) wurde Can. 811 (Talar, Kappchen, Ring) genauer erläutert.

5) Dienstleistung bei der Messe. Der Roder faßt zunächst den „assistierenden Priester, presbyter assistens“, dann den eigentlichen Messediener (minister) ins Auge. „Kein zelebrierender Priester darf bloß der Ehre oder Feierlichkeit halber einen assistierenden Priester beim Messesehen haben“ Can. 812. Die Bischöfe und die Prälaten mit Pontifikaliengebrauch kommen nicht in Betracht ibi. Aber auch Priester können dann einen „presbyter assistens“ haben, wenn ein anderer Grund als bloße Ehrung der Person oder Feierlichkeit des Amtes („sola honoris aut sollemnitatis causa“) mitspricht; so steht nichts im Wege, daß ein Primiziant (S. R. C. d. 1. Dec. 1882) oder ein gebrechlicher Priester von einem anderen Priester unterstützt wird, ja zuweilen ist dies nützlich oder sogar geboten.

Zu den Prälaten mit Pontifikaliengebrauch gehören die Abbates et Praelati nullius Can. 325; die benedizierten Äbte Can. 625 und die Protonotare („de numero Participantium, Supranumerarii, ad instar“), vgl. das Motuproprio „Inter multiplices“ Pius' X. vom 21. Februar 1905 nn. 10; 29; 35. Freilich die überzähligen Protonotare haben das Recht nur außerhalb der Ewigen Stadt und in Abwesenheit des Bischofs oder eines noch höheren Würdenträgers; die Protonot. ad instar unter den gleichen Bedingungen und niemals in der Kathedralkirche. Besteht in einer Diözese eine unvordenkliche oder hundertjährige Gewohnheit, daß auch andere Prälaten oder die Dignitäre der Kapitel einen „Presbyter assistens“ haben, so kann diese Gewohnheit der Ordinarius gemäß Can. 5 dulden; das gleiche gilt für die höchsten Obern exempter Klerikalgenossenschaften Cann 9; 198; vgl. Kunz Christian: „Die liturgischen Berrichtungen der Leviten und Assistenten“ (1901) S. 71 ff. mit Anm. 1; Schober Georgius C. Ss. R.: „Caeremoniae missarum solemnum“ (1908) art. I c. 2 n. 3 pag. 8.

„Der Priester darf die Messe nur mit einem Meßdiener, der ihm dient und die Antworten gibt, feiern“ Can. 813 § 1. Der Meßdiener muß männlichen Geschlechts sein, wie sich das schon aus den Weihen der Acolythen, Subdiacone und Diacone ergibt Can. 968 § 1. Ist eine männliche Person nicht zu haben, so darf eine Frauensperson Ministrantendienste tun, jedoch mit der Einschränkung, daß sie,

ohne dem Altare nahe zu kommen, aus der Ferne die Antworten gibt Can. 813 § 2. In diesem Canon wird auch angedeutet, daß an Stelle der Kleriker männliche Laien Altardienste tun dürfen Can. 683, sowie daß regelmäßig nur ein Meßdiener bei der stillen Messe Dienste zu leisten hat, wie auch viele CC. der S. R. C. dartun, welche jedoch diese Einschränkung nur bei der eigentlichen Privatmesse betonen; sonst sind auch zwei Meßdiener gestattet; vgl. Schöber Georgius: „Liber de ceremoniis missae“ (1882) pag. 20 not. 18.

V. **Pflicht des Messelesers.** „Alle Priester sind verpflichtet mehrere Male im Jahre das Meßopfer darzubringen; doch soll es Sorge des Bischofs oder des religiösen Obern sein, daß sie wenigstens alle Sonn- und gebotenen Feiertage dem Gotteswerke obliegen“ Can. 805; vgl. „Handbuch“ I² S. 220.

VI. **Wiederholung des Meßopfers an einem Tage.** „Mit Ausnahme von Weihnachten und Allerseelen, Tagen, an welchen eine dreimalige Meßopferfeier gestattet ist, darf ein Priester an einem Tage mehrere Messen nur kraft eines apostolischen Indultes oder einer Vollmacht von seiten des Ortsordinarius zelebrieren“ Can. 806 § 1. „Diese Vollmacht vermag jedoch der Ordinarius nur dann zu erteilen, wenn nach seiner weisen Schätzung wegen Priestermangels ein erheblicher Teil der Gläubigen der heiligen Messe beizuwohnen verhindert ist; doch kann er ein und demselben Priester eine mehr als zweimalige Darbringung der Messe nicht gestatten“ ibi § 2.

Erläuterung: 1) Von dem Papste Deusdedit (615—618) berichtet der Liber Pontificalis, daß er „die zweite Messe im Alerus festgesetzt habe“ (Sandini: Vitae Pontificum [1739] pag. 177). Indes kann aus dem Schreiben Leo's I. (440—61) an Dioskorus von Alexandrien (ep. 11, alias 81, cap. 2) entnommen werden, daß bei festlichen Gelegenheiten, wenn die Basilika die Menge auf einmal nicht zu fassen vermochte, eine Wiederholung der Opferhandlung (oblatio oder actio) stattfand. Freilich betrachtet Papst Gregor I. (590—604) die dreifache Meßfeier an Weihnachten („Quia, largiente Domino, Missarum sollemnia ter hodie celebraturi sumus“) als etwas Außerordentliches hom. 8 in Evang. Während die Synode von Seligenstadt 1022 dem Priester verbot, täglich mehr als drei Messen

zu lesen (S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ II 252 mit reicher Literatur), betonte Papst A l e x a n d e r II. im Jahre 1065 die Gefahr der Verdammnis, welche jenem Priester drohe, der aus Gewinn- oder Gefallsucht gegenüber den Weltleuten mehrere Messen an einem Tage lese. Eine Messe soll genügend sein; höchstens im Notfalle darf eine für die Verstorbenen, eine andere „vom Tage“ zelebriert werden c. 53 D. 1 de cons.; die gleichen Gedanken enthalten c. 3 (I n n o z e n z III. 1212) und c. 12 (H o n o r i u s III. 1220) De cel. missarum (III 41). Eine Synode von R e g e n s b u r g (1377) regelt die Disziplin dahin, daß die „Trination“ (außer Weihnachten) unter die Strafe des Anathems falle, ebenso die „Bination“, ausgenommen in folgenden Fällen: a) bei einer Leichenfeier; b) für Wallfahrer; c) zur Gewinnung der Wegzehrung; d) bei feierlichen Hochzeiten; e) bei Verwaltung zweier Pfarreien; vgl. L i p f Joseph: Oberhirtliche Verordnungen des Bistums Regensburg von 1250—1852 (1853) S. 9; J a n n e r Ferd.: „Geschichte der Bischöfe von Regensburg“ (1886) III S. 269. Papst B e n e d i k t XIV. (1740—58) kennt bereits als herrschend die gegenwärtige Übung, daß, abgesehen von Weihnachten, jeder Priester nur e i n e Messe an einem Tage feiert. Indes gab es ein Privileg für A r a g o n i e n, wonach die Ordensgeistlichen drei, die Weltpriester zwei Messen am Allerseelentage darbringen durften, und zwar jede gegen ein Almosen, ein Privileg, welches der gleiche Papst auf drei Messen für alle Priester erweiterte und durch die Konst. Quod expensis dd. 21. et 26. Aug. 1748 auf ganz S p a n i e n und P o r t u g a l ausdehnte, mit der Auflage jedoch, daß in den neuprivilegierten Gebieten nur für eine Messe ein Stipendium durfte genommen werden. Leo XIII. übertrug dieses Privileg auf das ganze L a t e i n i s c h e A m e r i k a in dem apostolischen Schreiben „Trans Oceanum“ d. 18. Apr. 1897 und B e n e d i k t XV. machte es durch die Konst. „Incrumentum altaris“ d. 10. Aug. 1915 (AAS. VII, 401—04; 422) gemeinrechtlich.

2) Jeder Priester kann also am Weihnachtsfeste und an Allerseelen dreimal die heilige Messe lesen, eine Verpflichtung besteht nicht. Der Priester muß sich nach den liturgischen Messformularen richten, doch darf auch ein durch Apostolisches Indult gewährtes Formular wiederholt werden SRC d.

26. Jan. 1920 (AAS 12, 122), z. B. bei Schwachsichtigen. An den übrigen Tagen des Kirchenjahres kann er regelmäßig einmal zelebrieren Can. 820, außer am Karfreitag, wo nur die Feier der missa praesanctificationum stattfindet. Am Gründonnerstag und Karfreitag pflegt nur die feierliche Konventmesse abgehalten zu werden Can. 862. Daß Privatmessen an diesen Tagen zu unterbleiben haben, ist liturgisches Gesetz Can. 2; darum sind sie ohne Privileg verboten; vgl. S. A l f o n s u s: Theol. mor. VI 350; Ben. XIV. Inst. 38 n. 9. Ein solches Privileg haben für den Gründonnerstag die Kardinäle Can. 239 § 1 n. 4, welche auch anderen die Vollmacht gewähren können, vor ihnen (den Kardinälen) zu zelebrieren. Von der Sakramentenkongregation können auch andere dieses Privileg erlangen, F e r r e r e s I. B.: La Curia Romana n. 386 pag. 186; Facultates Nuntiorum c. IV n. 33. Ein ganz besonderes Privileg ist notwendig für eine Privatmesse am K a r f r e i t a g e. Am K a r f r e i t a g e könnte nur eine Messe gelesen werden zur Darreichung der Nahrung, wenn Partikeln vollständig fehlen (missa de passione Domini), L e h m k u h l: Theol. mor. II¹² 288.

Im Mittelalter bestand der Mißbrauch der missae bifaciatæ, trifaciatæ etc., d. h. der verdoppelten, verdreifachten Messformulare, an die sich jedoch nur ein einziger Kanon anschloß. Auch gab es eine missa sicca, eine „trockene Messe“, d. h. eine Messe ohne die Gestalten, wobei also die Opferung, Wandlung und Kommunion ausfielen, eine beliebte Andachtsübung bei Leichenfeiern und Trauungen an Nachmittagen, bei Seefahrten (missa nautica) und Jagden (missa venatoria), als Nachfeier der Konventmesse in den Zellen der Klöster, vgl. Passauer M. S. Bd. 22 S. 412; S c h ü c h - P o l z: Pastoraltheologie¹⁷ § 256 S. 498. Wir haben noch Spuren in der gegenwärtigen Liturgie an Lichtmeß, Aschermittwoch und besonders am Palmsonntag.

Die B i n a t i o n (niemals die „Trination“) kann vom O r t s o r d i n a r i u s gewährt werden unter folgenden Voraussetzungen: a) nur an gebotenen Feiertagen; b) bei Gefahr des Entganges der heiligen Messe für einen erheblichen Teil des Volkes; c) wegen Priestermangels. Sind g e n ü g e n d Priester vorhanden, so kann die Vollmacht nicht gegeben werden. In allen übrigen Fällen wird ein Indult des Apostolischen Stuhles benötigt. Dieser ist es auch, der ganz allein die T r i n a t i o n s v o l l m a c h t unter ganz außerordentlichen Umständen gewährt, S. C. C. d. 28. Mart. 1896 in Mexicana (S a n t i - L e i t n e r: Praelectiones⁴ III

41 n. 6; K o n i n g s - P u t z e r: „Commentarium in facultates apostolicas“⁵ [1898] pag. 268.) — Unterfangen sich Priester, im Gegenſatze zu Can. 806 § 1, an einem Tage wiederholt die heilige Messe zu lesen, so unterliegen sie der *S u s p e n s i o n* vom Messelesen, solange der Ordinarius dies für angemessen erachtet f. s. Can. 2321.

VII. Die Zulassung fremder Priester zum heiligen Opfer Can. 804. „Ersucht in einer Kirche ein nicht zu dieser Kirche gehöriger Priester um die Erlaubnis Messe zu lesen mit Vorlage eines echten und noch gültigen Beglaubigungsschreibens („litterae commendatitiae“), so ist er zuzulassen, es sei denn, daß er inzwischen erwiesenermaßen etwas begangen hätte, weswegen er von der Messfeier ausgeschlossen werden müßte (§ 1). Entbehrt er des amtlichen Empfehlungsschreibens („Calebret“), so kann er dann zugelassen werden, wenn der Kirchenvorstand seine Unbescholtenheit genau kennt. Ist er aber dem Kirchenvorstand unbekannt, so kann er noch einmal oder zweimal zugelassen werden, vorausgesetzt, daß er das geistliche Kleid trägt, aus dem Messelesen keinerlei Vorteil von der Kirche, in welcher er celebriert, davonträgt und seinen Namen, Stand und sein Bistum in ein besonderes Buch einträgt (§ 2). Hat der Ortsordinarius besondere diesem Kanon entsprechende Normen erlassen, so sind sie von allen, auch den exempten Religiösen zu beobachten, außer es handelt sich um die Zulassung von Religiösen in der Kirche ihrer eigenen Genossenschaft“ (§ 3). Aus diesem Kanon ergeben sich folgende Regeln: 1) Über die Zulassung von f r e m d e n Priestern d. h. von Priestern, welche nicht zur Celebrationskirche gehören, entscheidet niemals der *P a i e n m e s s e r*; der Priestersakristan oder ein anderer Priester unter dem Kirchenvorstand nur dann, wenn der fremde Priester ein gültiges Beglaubigungsschreiben vorweist und der Kirchenvorstand sich die Angelegenheit nicht reserviert hat Can. 804 § 1. 2) Hat der *O b e r h i r t e* in Übereinstimmung mit Can. 804 besondere Normen erlassen, so sind diese überall zu befolgen. Nur in einer Ordenskirche gelten diese Normen nicht bezüglich der eigenen Ordensgenossen (*religiosi*); diese haben die Verordnungen ihrer Obern oder die Vorschriften des Can. 804 zu befolgen. Hat z. B. der Kardinalvikar für Rom besondere Normen erlassen, so verpflichten diese sämt-

liche Kirchen der Weltpriester; auch sämtliche Kirchen der exempten und nichtexempten Ordensleute gegenüber den Weltpriestern und Ordenspriestern aus anderen Orden und Kongregationen, dagegen nicht gegenüber den Ordenspriestern des eigenen Ordens oder der eigenen Kongregation. Die Benediktiner von S. Anselmo sind von den Normen nur frei gegenüber Benediktinerpriestern (aller monastischen Benediktinerkongregationen); die Fatelenestratelli von S. Giovanni Calibita nur gegenüber Priestern der Barmherzigen Brüder; die Salvatorianer nur gegenüber den Priestern dieser Kongregation. — 3) Sind keine oberhirtlichen Normen vorhanden, so verpflichtet Can. 804. Darnach ist zuerst das Beglaubigungsschreiben („Celebret“) des fremden Priesters zu prüfen. Die Lit. commendatitiae müssen drei Eigenschaften haben: a) vom zuständigen Obern erlassen; b) echt; c) noch in Kraft sein. Der z u s t ä n d i g e Obere ist für lateinische Weltpriester des Abendlandes der eigene Ordinarius; für alle O r d e n s l e u t e („religiosi“) der zuständige Obere; für alle Priester eines m o r g e n l ä n d i s c h e n Ritus die Orientalenkongregation (Can. 257) Can. 804 § 1. — 4) Der Roder hat im Can. 804 § 2 Strenge und Milde gepaart, indem Priester auch ohne „Celebret“ zugelassen werden können, jedoch ohne jeglichen Gewinn und Vorteil. Darum dürfen unbekannten Priestern Messintentionen nicht überlassen werden Can. 838; im Gegenteil kann für Benützung der Kircheneinrichtung (Paramente, Wachs, Wein) eine mäßige Abgabe verlangt werden Can. 1303 § 2. Zudem beschränkt sich die Zulassung auf höchstens zwei Messen in derselben Kirche. Daß man bekannten Priestern derselben Stadt und auch desselben Bistums gegenüber das Beglaubigungsschreiben nicht immer zu betonen braucht, liegt auf der Hand.

Alle Priester einer religiösen Genossenschaft bekommen das Beglaubigungsschreiben von ihren O b e r n Can. 804 § 1. Daß nur die h ö h e r e n Obern (Can. 488 n. 8) hiezu berechtigt sind, ergibt sich aus den Cann. 993 n. 5; 995; 964 nn. 2. 4. In allen Beglaubigungsschreiben muß Zeugnis abgelegt sein über den Empfang der Priesterweihe, über die Freiheit von Irregularitäten, Hindernissen und Zensuren. Daß die Obern e x e m p t e r Klerikalgenossenschaften zur Bezeugung geeignet sind, ergibt sich aus Can. 503. Bei n i c h t e x e m p t e n Klerikalgenossenschaften bestehen zwar keine sachlichen, wohl aber formelle Schwierigkeiten, da ihnen die Fähigkeit zur amtlichen Bezeugung fehlt Can. 503. — Bei C a i e n o r d e n fehlt in der Regel (Caienobere) die Fähigkeit, die

Sache zu beurteilen. Bei *Laientkongregationen* aber bestehen die sachlichen und formellen Schwierigkeiten. Der Ordenspriester kann sich ja, wenn er will, die Empfehlungsschreiben vom Ortsordinarius bestätigen lassen. — Jeder Priester eines morgenländischen Ritus braucht das „Celebret“ der *Orientalenkongregation* Can. 804. Diese Vorschrift gilt in der ganzen Strenge, wenn ein orientalischer Priester in einer lateinischen Kirche einer fremden Diözese Messe lesen will; sie gilt nicht, wenn ein orientalischer Priester in einer morgenländischen Kirche zelebrieren will Can. 1. Ob ein Priester eines morgenländischen Ritus auch in der eigenen Diözese zur Zelebration in einer lateinischen Kirche das Zeugnis der Orientalenkongregation bedarf, erscheint doch fraglich. — Die Lit. commendatitiae müssen echt und noch in Kraft sein. Sie sind kraftlos, wenn die Zeit verstrichen ist, für die sie gegeben wurden, oder wenn seit der Ausstellung ohne Zeitgrenze ein halbes Jahr verlossen ist; vgl. Can. 994 § 1.

B. Die Messriten.

I. Die *Opfermaterie* Cann. 814—817. „Das hochheilige Messopfer muß dargebracht werden aus Brot und Wein, dem Wasser in sehr geringer Menge beizumischen ist“ Can. 814. „Das Brot muß aus reinem Weizenmehle, und zwar in jüngster Zeit bereitet sein, so daß keine Gefahr des Verderbens besteht § 1. Der Wein muß Naturwein sein aus dem Gewächse des Weinstocks und unverdorben § 2“ Can. 815. „Bei der Messfeier muß der Priester nach seinem eigenen Ritus ungesäuertes oder gesäuertes Brot nehmen, wo immer er die Opferfeier hält“ Can. 816. „Unrecht ist es, auch im Augenblicke der höchsten Not, ein Opferelement ohne das andere, oder auch beide außer der Messfeier zu konsekrieren.“

1) Die eine *Opfermaterie* ist *Weizenbrot* („panis mere triticeus“), also Brot, gebacken aus *Weizenmehl* und *natürlichem Wasser* (nicht Rosenwasser oder einer destillierten Flüssigkeit, Missale: De defectibus III. n. 2). Unter den Begriff *Weizen* fallen *Dinkel* und *Spelt*, auch *Fesen* (Besen), Passauer MS. Bd. 25 S. 551. *Weizenmehl* ist vorhanden, wenn es entweder nur aus Weizen bereitet ist oder wenn die übrigen Körner und Stoffe, z. B. Korn, Gerste, Kartoffel, in geringerer Menge zum Mahlen beigemischt wurden, Missale: De defectibus III. n. 1. — Ist das *Weizenbrot* *verdorben*, so ist die Konsekration ungültig; beginnt es erst schlecht zu werden, so ist die *Konsekration* zwar gültig, aber schwer sündhaft ibi n. 3. Darum schreibt Can. 815 § 1 vor, daß das *Weizenbrot* frisch

zubereitet sei („recenter confectus“). Deshalb betont das Römische Rituale: „Die heiligen Partikeln soll er (der Pfarrer) oft erneuern. Die zu konsekrierenden Hostien oder Partikeln seien neu bereitet; hat er sie konsekriert, so soll er die alten zuerst verteilen oder genießen“ tit. 4 c. 1 n. 7; Cann. 815; 1272; Dekret der Sakramentenkongregation v. 7. Dez. 1918 (AAS. 11, 8). Jedenfalls wäre es nach diesem Dekrete ein großer Mißbrauch, wenn die heiligen Partikeln nur alle zwei oder drei Monate frisch verwendet würden. Am besten ist es, die Diözesanverordnungen genau zu befolgen. Vielsach ist ja Gelegenheit geboten, die Partikeln, vorschriftsmäßig und sauber bereitet, von Geistlichen oder Ordensleuten zu beziehen; vgl. Passauer MS. 25, 550.

Gültig ist die Konsekration, mag das Weizenbrot ungesäuert oder gesäuert sein („panis azymus vel fermentatus“). Indes muß der Priester unter schwerer Sünde sich an seinen Ritus halten Can. 816; Missale: De defectibus III. n. 3. Außer den Lateinern benützen ungesäuertes Brot (Mt 26, 17; Mk 14, 1; Lk 22, 1; Apg 12, 3; 20, 6; 1 Kor 5, 7 f.) noch die Maroniten (Conc. prov. Montis Libani c. 12), Syro-Malabaren und die Armenier, Benedikt XIV. in seiner Enz. „Allatae sunt“ d. 26. Jul. 1755 §§ 22—24; Arndt Augustinus S. J.: „De Rituum relatione“ (1895) pag. 28—29. Die übrigen Griechen gebrauchen gesäuertes Brot und bezichtigen die Praxis der Abendländer des Apollinarismus; „das ungesäuerte Brot sei seelenlos wie der Christus des Apollinaris“ L ü b e c k S. 99; Schreiben des Papstes Leo IX. „In terra pax“ d. 2. Sept. 1053 D.-B. n. 350. Der Rodey geht sogar einen Schritt weiter und gestattet in einem Notfalle die Spendung der heiligen Kommunion durch einen Priester des „azymum“ in gesäuerter Spezies und umgekehrt Can. 851.

2) Die zweite Opfermaterie ist unverdorbener Naturwein vom Gewächse des Weinstockes Can. 815 § 2, dem Wasser in sehr geringer Menge beizumischen ist Can. 814. Dieser Satz schließt aus: a) jede andere Flüssigkeit, wie Wasser, Bier, Branntwein; b) jeden anderen „Wein“, wie Wein aus Äpfeln, Hagebutten usw., auch alkoholfreien Wein (S. Off. d. 1 Jun. 1910 apud Noldin: Theol. mor.⁶: De sacram. n. 107); c) Essig

gewordenen Wein oder sonst verdorbenen Wein Missale: De defectibus IV n. 1. Dagegen ist gültige Opfermaterie: α) Most („mustum de uvis expressum“) Missale: De defectibus IV n. 2; β) Wein, dem Alkohol (vom Weinstock) bis zu einem Gesamtprozentsatz von 17—18 Graden bei Abflauen der „stürmischen Gärung“ beigegeben wurde S. Off. d. 5. Aug. 1896 ad I; γ) „Strohwein“ (vino secco) und Wein aus Rosinen (ex acinis uvae passae) S. Off. d. 22. Jul. 1706; δ) Wein, dessen Most durch Feuer verdamptung (höchstens bis zu 65 Grad Wärme, da mit 78 Grad der Alkohol siedet und sich verflüchtigt) verdichtet wurde S. Off. d. 5. (7.) Aug. 1896 et d. 22. (24.) Maii 1901; ε) gefrorener Wein Missale: De defectibus X n. 11. Näheres über diesen Gegenstand in Passauer M.S. Bd. 26, S. 336—40; 580; Monitore Eccl. IV², 17—21; 26, 269. — Kirchenvorstände können nicht vorsichtig genug sein in der Beschaffung echter Naturweine. Del Vecchio hat recht, wenn er ausruft (Theol. mor. tom. II tract. 9 n. 587): „Wie sehr muß man in dieser Welt des Eigennutzes und Unglaubens fürchten, daß die Opfermaterie ungültig sei!“ Wenn ein Pfarrer oder Ordensmann nicht sich selbst beteiligt an der ganzen Bereitung des Weines, so kann er keinen Eid leisten auf die Echtheit desselben; ähnlich ist es mit dem Weizenmehl, vgl. Schüch-Polz: „Pastoraltheologie“¹⁷ § 223 S. 400; Mon. Eccl. IV², 20. Möge die Praxis des Mittelalters wieder aufleben, wo die Klöster und die Kirchenstiftungen auch in weinarmen Gegenden ihre Weinberge hatten („Winzer, Weinzierl, Weinberg, Weingarten, Weingraben, Weinpreß, Winzerau, Winzerberg, Winzersdorf usw.“ sind Namen in Altbayern). Besser ein herber als ein falscher Wein!

In sehr geringer Menge ist Wasser dem Weine beizumischen Can. 814. Hier gilt das oben § 4 vom Wasser der Taufe Gesagte, weshalb auch Wasser aus Sauerbrunnen usw. („aque acidule, gassose, alcaline“) zulässig ist. S. Off. d. 11. Aug. 1904 (ME. 16, 290.) Es gab in alter Zeit Sekten, welche zum eucharistischen Opfer nur Wasser gebrauchten („Aquarier“, besonders die Enkratiten). Wenn auch die Konsekrierung des ungemischten Weines gültig ist, so wäre die Unterlassung der Beimischung von Wasser schwer sündhaft Missale: De defectibus IV 2, ja ohne Wasser wäre die

Messe auch im Notfalle nicht gestattet, Vermeerſch: Epitome II n. 84. Dieser Gebrauch wird von Cyprian (l. 2 cp. 3; cp. 63, 13) eine „Dominica traditio“ genannt, voll tiefer Bedeutung („exivit sanguis et aqua“ Joh 19, 34; Vereinigung der Menschheit mit der Gottheit, sowie des Volkes mit Christus Apc. 17, 1. 15; Oration „Deus qui humanae substantiae“; Trid. sess. 22 c. 7 et cn. 9). Gleich den Lateinern mischen auch die Armenier den Wein mit Wasser während der Messe (wenigstens vor der Wandlung) Arndt Aug. S. I.: De rituum relatione (1895) pag. 28; bei den meisten morgenländischen Liturgien geschieht die Mischung vor der Messe, unmittelbar aber vor der Kommunion wird heißes Wasser in den Kelch gegossen, ein Ritus, den Papst Ben. XIV. in der Konst. Etsi pastoralis d. 26. Maii 1742 § 6 n. 2 billigte, Pruemmer: Theol. mor. III 173 pag. 131.

Laut Passauer BDBl. v. 28. Jan. 1924 (S. 10) erhielten die bayr. Bischöfe von Papst Pius XI. das Indult, daß bei der hl. Messe die Purifikation des Meßkelches (nicht des Speisekelches) und die Ablution der Finger nur mit Wasser vorgenommen werden dürfen.

3) Die Konsekrierung der Gestalt des Brotes allein, oder des Weines allein, oder beider Gestalten ohne die Meßfeier wäre gültig, aber auch im äußersten Notfalle unrecht Can. 817. Das Missale weist uns an, stets auf die Vollständigkeit des Opfers zu sehen, De defectibus III nn. 5. 6; IV nn. 5. 8; X n. 3. Wenn Raphael Volterra (Geograph. l. 7 c. 4; vgl. Prosper Lambertini: „De S. D. beatificatione“ etc. l. 2 c. 31 n. 2) erzählt, Innocenz VIII. habe den Norwegern Dispense gegeben, daß sie in Ermangelung des Weines mit der bloßen Brotsgestalt die Messe feiern könnten, so ist der Berichterstatter das Opfer eines Irrtums geworden, vgl. Natalis Alexander in Theol. l. 2 De sacr. Euch. n. 44; Hist. eccl. saec. 15. et 16. c. 1 art. 10; Sandini, 496; Thomas ex Charmes O. Cap.: „Theologia universa“ t. 6 (1877) pag. 251.

4) Die Wesensform der eucharistischen Konsekration sind die Worte Christi beim letzten Abendmahl, wie sie das Missale uns bietet und Eugen IV. in der Bulle „Cantate Domino“ vom 4. Febr. 1441 genau angibt (D.-B. n. 715); ebenso Innocenz III. andeutet in seinem Schreiben „Cum Martha circa“ d. 29. Nov. 1202, wobei er das „mysterium fidei“ des Meßkanons auf den Herrn selbst zurückführt

(D.-B. n. 414). Die Orientalen aber glauben, daß die Wesensverwandlung durch die Konsekrationsworte des Herrn und die Epiklese, d. h. durch die Bitte an den Heiligen Geist, Brot und Wein in die heilige Eucharistie zu verwandeln, zustande komme; Lübeck S. 99; Alexios von Malgaw: „Liturgikon“ (Berlin 1902) S. 356, 419—437. Es liegt auf der Hand, daß der Heilige Geist tatsächlich (als causa principalis) die Wesensverwandlung bewirkt, allein das geschieht, sobald die Konsekrationsworte gesprochen sind, nicht erst wenn ein Gebet zum Heiligen Geist gesprochen ist. Die katholische Kirche tut und spricht, was Christus getan hat. Christus aber hat die Wesensverwandlung vollzogen durch die Konsekrationsworte ohne irgend ein weiteres Gebet. Darum sagt Ambrosius in seinem Werke de Sacramentis l. 4 c. 4: „Quomodo potest qui panis est, corpus esse Christi? Consecratione. Consecratio igitur quibus verbis est, et cuius sermonibus? Domini Iesu.“ Die Liturgie will nur durch das nachfolgende Gebet zum Heiligen Geist (epiklesis) den Gedanken der geschehenen Wesensverwandlung durch den Schöpfergeist in Gebetsform zum stärkeren Ausdrucke bringen (tunc pro nunc); vgl. Weidenauer Studien Bd. 4 (1911): „Zur Frage über Materie, Form und Spender der Sakramente“ usw. von Franz Ritt S. 289.

II. Die Meßriten Cann. 818; 819. 1) Der Roderer wiederholt nochmal die im Can. 733 gegebene Vorschrift über die genaue Einhaltung der heiligen Gebräuche und betont hier die Verwerfung einer jeden entgegenstehenden Gewohnheit („reprobata quavis contraria consuetudine“), wodurch jede den Rubriken der Messe gegensätzliche Gewohnheit, auch die unbordenkliche, als Rechtsgefährdung abgeschafft und für alle Zukunft beseitigt wird Can. 5. „Der zelebrierende Priester beobachte genau und andächtig die Rubriken seiner Ritualbücher (s. oben S. 23) und hüte sich, andere Zeremonien oder Gebete nach eigenem Gutdünken anzufügen“ Can. 818.

Man beachte, daß nur die den Rubriken entgegenstehenden Gewohnheiten verworfen sind; verworfen sind darum nicht: a) die Gewohnheiten neben und gemäß den Rubriken (praeter et secundum rubricas); b) die den Entscheidungen der Ritenkongregation oder der allgemeinen Ansicht der Gelehrten entgegenstehenden Gewohnheiten (consuetudines contra decreta S. R. C. vel contra com-

munem auctorum sententiam). Solche Gewohnheiten verschiedener Art berühren die Erklärer der Meßrubriken; wie Gregorio Martinez de Antón a C. M. F.: *Manual de Liturgia Sacrada* (1922) In. 14; Georgii Schober: „S. Alfonsi M. de Liguori liber de caeremoniis“ (1882 Pustet) pag. XIII; Kunz Christian: „Die liturgischen Verrichtungen des Belebanten“ (1904) S. 26 ff.; *Ceremonial for the use of the Catholic Churches in the U. St. A.*; Erker Ios.: *Enchiridion Liturgicum*; Hartmann Ph.: *Repertorium Rituum*; De Herdt I. B.: *S. Liturgiae Praxis*; Kieffer Dr. G.: *Rubrizistik*; Martinucci Pius: *Manuale ss. caeremoniarum*; Müller J. B. S. I.: *Zeremonienbüchlein*; Schmid Dr. Andreas: *Caeremoniale*; Solans D. Ioaquin: *Manual Liturgico*; Van der Stappen, Episcopus tit. Ioppen.: *Sacra Liturgia*; Le Vavasseur, C. S. Sp.: *Cérémonial selon le Rit. romain*; Wapelhorst P. Innocentius O. S. Fr.: *Compendium u. a.* — Die Gewohnheiten, welche nicht gegen die Rubriken verstoßen, sind nach den allgemeinen Prinzipien über Gewohnheiten zu beurteilen Cann. 25—30. Die Gewohnheit mancher Gegenden, mit einem Löffelchen das Wasser dem Weine beizumengen, ist neben, ja gemäß den Rubriken. Da sie in Deutschland schon seit Jahrhunderten besteht, hat sie Berechtigung; vgl. Kunz: „Die lit. Verrichtungen des Belebanten“ S. 28. Manche Priester gehen unbedacht in hiesigen Haupten an den Altar, ohne daß sie im Angesichte des ausgelegten Allerheiligsten sind. Sie können sich hiesfür auf keine Gewohnheit berufen, denn hätte es in der Diözese wirklich eine gegeben, so wäre sie durch Can. 818 abgeschafft. — Kein Priester darf neue Zeremonien oder Gebete dem Meßformular anfügen ibi; dies gilt wie vom mündlichen so auch vom betrachtenden Gebete. Wenn wir von Heiligen zuweilen lesen, daß sie 3, 6, ja 10—12 Stunden zur Feier der heiligen Messe wegen ihrer Ekstasen brauchten, so kann dies, wenigstens mit Bewußtsein, nur auf Bewilligung des Apostolischen Stuhles geschehen; vgl. Norbert Stod O. Cap.: „Lorenz von Brindisi“ (1882) S. 154 ff.

2) Die liturgische Sprache Can. 819: „Das Meßopfer ist zu feiern in der liturgischen Sprache eines jeden von der Kirche gebilligten Ritus“. Ursprünglich dienten der Liturgie auch des Meßopfers die verschiedenen lebenden Sprachen; indes bildete sich im Abendland bald die lateinische Sprache hauptsächlich des 4. Jahrhunderts (mit griechischen und hebräischen Zusätzen) zur liturgischen Sprache, welche mit Zurückdrängung der verschiedenen Liturgien die herrschende (97%) wurde. Wenn das Tridentinum den Wünschen nach Verwendung der Landessprache ein entchiedenes „Non expedire“ entgegensetzte (sess. 22 c. 8, cn. 9; sess. 24 c. 7 d. r.), so geschah das mit gutem Grunde. Der Weltkirche, welche die Völker aller Zungen umfaßt, geziemt auch eine objektive Weltsprache, welche alle eint und keine Nation und keine Zeit bevorzugt. Man müht sich, eine Welt-

sprache (volapuek, esperanto) zu erfinden, hier haben wir sie schon. Darum hat die Kirche die Forderungen der Jansenisten, Josephiner und Aufklärer zurückgewiesen D.-B. nn. 946; 1436; 1566.¹⁾ — Außer dem Kirchenlatein gibt es im Orient noch folgende liturgische Sprachen: a) die griechische (Volksprache des 6.—8. Jahrh.); b) die altchristliche bei den chaldäischen Christen; c) die altarmenische des 5. Jahrh. bei den unierten Armeniern (Mechitaristen); d) die altäthiopische des 5. Jahrhunderts bei den unierten Abessinern; e) die altägyptische des 3. Jahrhunderts bei den Kopten; f) die arabische bei den persischen Katholiken und im Patriarchat Antiochien. — Im Abendland findet sich noch das Kirchenflawisch (die glagolitische Sprache) in den Diözesen Sebenico, Spalato, Triest-Capo d'Istria, Veglia, Zara, Zengg-Modrus (ungefähr 100 000). In einem Teile der Diözese Antivari (Montenegro) besteht das Gradjanka laut Konkordat von 1886; vgl. Lübeck S. 122.

Das Privileg der slawischen Sprache, welches Hadrian II., Innozenz VIII. und die nachfolgenden Päpste in beschränktem Maße gestatteten, wurde von Benedikt XIV. nach manchen Wechselfällen umschrieben in dem Apostolischen Schreiben „Ex pastoralis“ v. 25. Aug. 1754 (vgl. Leo XIII. in der Enz. Grande munus d. 30. Sept. 1880 § „Horum factorum“). Die glagolitische (alt-slawische) Sprache schien in Vergessenheit zu geraten; das letzte Missale in dieser Sprache wurde 1741, das letzte Brevier 1791 gedruckt; 1827 löste sich das glagolitische Seminar in Zara auf, dafür hatte sich ein anderer Gebrauch herausgebildet: für die Gefänge bei den Hochämtern gebrauchte das Volk das Neuslawische (schiavetto), während der Priester seine Partien lateinisch sang. Die Ritenkongregation hat in wiederholten Dekreten vom 13. Febr. 1892; 5. Aug. 1898; 18. Nov. 1898; 14. Aug. 1900; 14. März 1902; 18. Dez. 1906 (ASS. 40, 54 ff.; AAS. 1, 577 ff.; ME. X 2, 170; 14, 149; 19, 13—16) sich hierüber geäußert. Das Privileg der glagolitischen Sprache ist ein örtliches, d. h. es darf nur in jenen Kirchen gebraucht werden, welche seit 1868 ununterbrochen sich erwiesenermaßen (certo) dieser Sprache bedienten. Zu diesem Behufe haben die betreffenden Oberhirten Kataloge anfertigen lassen, welche bis zum Juli 1907 dem Apostolischen Stuhle zu übergeben waren. In den übrigen Kirchen ist ausschließliche Sprache die lateinische, während in den privilegierten Kirchen das Glagolitische bei jeder öffentlichen und feierlichen Versammlung der Messe und des Offiziums ausschließlich im Besitze ist. Sämtliche liturgischen Bücher der altslawischen Sprache müssen vom

¹⁾ Vgl. Johann Zwior: „Einführung in die lateinische Kirchengsprache“³ (1916).

Heiligen Stuhle geprüft und gebilligt sein. Wo die Sitte besteht, darf in allen Kirchen nach dem Gesange der Epistel und des Evangeliums in lateinischer Sprache beides in der Volkssprache (kroatisch) gesungen werden. — Über den Ritus von Braga (Portugall) vgl. S. R. C. d. 6. II 1920 (AAS. 12, 333—34).

C. Zeit und Ort der Meßfeier.

I. Zeit. 1) „Das Meßopfer kann alle Tage gefeiert werden mit Ausnahme jener, an welchen es der Ritus des Priesters verwehrt“ Can. 820. In der lateinischen Kirche sind nur die drei letzten Tage der Karwoche von der privaten Beilebration ausgeschlossen, der Karfreitag von jeder, wie wir oben sahen. Bei den Orientalen wird vielfach in der Fastenzeit nur am Samstag und Sonntag die Messe gefeiert, während an den übrigen Tagen die missa praesanctificationum üblich ist; **V. v o n M a l j e w:** „Liturgikon“ S. 163 gibt die Tage genauer an.

2) „Die Messe darf nicht früher begonnen werden als eine Stunde vor der Morgenröte und nicht später als eine Stunde nach Mittag“ Can. 821 § 1. Die Zeit der **M o r g e n r ö t e** (aurora) wird in manchen kirchlichen Kalendarien genau angegeben. Im Hochsommer könnte also die heilige Messe bereits um 1 Uhr nach Mitternacht begonnen werden. Da in den nordischen Gegenden die Morgenröte sich länger dahinzieht, dürften die Messen in der Winterszeit um fünf Uhr statthaft sein, auch schon wegen der Gewohnheit Can. 5. Es genügt, wenn die heilige Messe kurz vor 1 Uhr mittags begonnen wird.

„In der Christnacht kann nur die Konvent- oder Pfarrmesse um Mitternacht begonnen werden, nicht aber eine andere ohne Apostolisches Indult (§ 2). Doch kann in allen religiösen und geistlichen Häusern, welche in ihren Oratorien das Recht haben, das Allerheiligste ständig aufzubewahren, in der heiligen Weihnacht ein einziger Priester die drei rituellen Messen oder mit Einhaltung der kirchlichen Vorschriften auch nur eine Messe lesen (welche allen Anwesenden zur Erfüllung der Feiertagspflicht genügt) und die heilige Kommunion allen austheilen, welche darum ersuchen“ (§ 3) Can. 821.

1) „Um Mitternacht“ (media nocte) bedeutet die erste Sekunde des 25. Dezember. Freilich gab es Privilegien (seit **A l e x a n d e r s VI.** Indult vom 6. August 1502), welche die Meßfeier vor Mitter-

nacht, also noch am 24. Dezember, gestatteten, Ben. XIV. in Syn. I. 6 c. 8 n. 8, vielleicht jetzt noch gestatten. Ja in der päpstlichen Kapelle pflegte die Christmette (seit 1484) vier Stunden nach Ave Maria, also um 9 Uhr abends zu beginnen (zuweilen früher oder später), woran sich das feierliche Amt anschloß, welches gewöhnlich ein Kardinal sang und vor Mitternacht beendigte. Wenn auch eine stillschweigende Dispense oder, wie Kardinal Lugo fein bemerkt, eine günstige Zeitrechnung (Can. 33 § 1) den Zelebranten vom eucharistischen Fasten entband, so gab es doch Männer, welche die eucharistische Nüchternheit in ihrem vollen Umfange beobachteten, so der Kardinal Beander *Colloredo*, so Papst *Benedikt XIII.*, welcher letzterer vom Schluß des 23. bis zum Mittag des 25. Dezember keine natürliche Speise mehr genoß; vgl. Ben. XIV. in Syn. I. 6 c. 8 n. 15. — 2) Nach dem gemeinen Recht dürfen um Mitternacht nach Ablauf des 24. Dezember gehalten werden: a) eine *Konventmesse* in Kapiteln, Klöstern usw.; b) eine *Pfarrmesse* (nicht gerade die missa pro populo, sondern die missa paroecialis, also eine Messe für die Pfarrei); c) in den religiösen und geistlichen Häusern die drei Weihnachtsmessen oder nur die erste. Es wird im Can. 821 nicht verlangt, daß die Konvent- oder Pfarrmesse mit Gesang ausgeführt werde. Die Christmessen um Mitternacht dürfen auch in den Exposituren und Filialkirchen gehalten werden; denn auch diese Messen sind „missae paroeciales“ Can. 476 §§ 1 u. 6; vgl. auch Can. 5. — „*Domus religiosae*“ sind die Häuser der männlichen und weiblichen Religiösen Can. 488 nn. 1 u. 8, ja auch der frommen Gesellschaften ohne Gelübde Cann. 673—81. Zu den geistlichen Häusern (*domus piae*) gehören alle jene Anstalten, welche den Werken der Frömmigkeit und Nächstenliebe gewidmet sind, wie die Seminarien, Konvikte, Kranken- und Waisenhäuser usw., vorausgesetzt, daß sie eine Kapelle haben mit dem Rechte, das Allerheiligste dort aufzubewahren. Dieses Recht der religiösen und geistlichen Häuser wurde verliehen durch Pius X., in dem Dekret des hl. Off. vom 1. August 1907 und gilt nicht für die öffentlichen Kirchen der Religiösen, außer auf Grund der Quinquennialvollmachten der SCR I. n. 2; auch bleibt das Recht der Konventmesse (Can. 821 § 2) unangetastet. Aber die Oratorien dieser Häuser dürfen den Gläubigen nicht allgemein zugänglich sein („non apertis oratoriorum ianuis“) S. Off. d. 26. Nov. 1908 (ME. 20, 410). — Auch die Kardinal- und die Bischöfe (Residenz- und Titularbischofe) können in der heiligen Nacht die drei heiligen Messen lesen oder in ihrer Gegenwart lesen lassen, die Bischöfe aber nur dann, wenn sie in der Kathedrale zu zelebrieren nicht verpflichtet sind Cann. 239 § 1 n. 4; 349 § 1 n. 1. — 3) In allen aufgezählten Fällen kann durch die Beirwohnung bei einer dieser Messen der *Feiertagspflicht* genügt werden Can. 821 § 3; 1189. — 4) Die heilige Kommunion kann sicher in den geschlossenen Oratorien ausgeteilt werden Can. 821 § 3; immerhin ist auch das frühere Verbot der Ritenkongregation für die Weihnachtsmesse gefallen Can. 867 § 4, Epitome II. n. 97. — 5) Für die Gewährung des in Can. 821 § 2 erwähnten Indultes ist die *Sakramentenkongregation* zuständig, S. C. Const. d. 14. Mart. 1910; vgl. Ferreres I. B.: „*La Curia Romana*“ n. 386 pag. 186 („las tres Misas de la noche de Natividad con la facultad de distribuir la Eucaristia en ellas“).

II. **Ort** Cann. 822—23; 1154 sqq. Obwohl der Roder „die heiligen Orte“ später ausführlich behandelt, glaubte man die wichtigsten Grundsätze für die Messfeier beim Traktat „De ss. Eucharistia“ berühren zu müssen. 1) „Die Messe muß auf einem konsekrierten Altare dargebracht werden“ Can. 822 § 1. Man unterscheidet feste und tragbare Altäre Can. 1197. Das Privileg eines tragbaren Altars (altaris portatilis) wird vom Recht gewährt, außerdem nur durch Indult des Apostolischen Stuhles Can. 822 § 2; dieses schließt in sich die Vollmacht überall (außer auf dem Meere) zu zelebrieren, jedoch an einem anständigen und würdigen Ort, und zwar auf dem heiligen Stein ibi § 3. — Vom Rechte wird „das Privileg des tragbaren Altars“ eingeräumt: a) den Kardinälen Can. 239 § 1 n. 7; b) allen Bischöfen Can. 349 § 1 n. 1; c) den Äbten und Prälaten mit eigenem Gebiete („Nullius“) Can. 323 § 1; d) den wirklichen Protonotaren („Protonotariis Apostolicis de numero Participantium“), Motu proprio „Inter multiplices“ d. 21. Febr. 1905 n. 11 (im Gegensatz zu n. 22; ME. 17, 14—29), damit auch den Apostolischen Vikaren und Präfekten Can. 308. In den übrigen Fällen verleiht der Apostolische Stuhl das „Privileg des Tragaltars“, in welchem jedoch die Vollmacht, auf dem Meere zu zelebrieren, nicht eingeschlossen ist Can. 822 § 2, S. R. C. in Vicen. d. 4. Mart. 1901 ad IV (ME. 13, 64); die Kardinäle aber, die Bischöfe, sowie die Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete besitzen auch letztere Cann. 239 § 1 n. 8; 349 § 1 n. 1; 323 § 1. Vor dem Trienter Konzil besaßen die Bischöfe das Recht, die heilige Messe auch außerhalb den Kirchen und Kapellen zu erlauben cc. 12. 14 D. 1 de cons. Durch dieses Konzil und die darauf gebauten Dekrete der Konzilskongregation wurde dieses Recht ein ausschließliches Privileg des Apostolischen Stuhles. Trotzdem sehr gewichtige Theologen und Kanonisten (Barbosa, Bonacina, Holzmann, Suarez, Elbel, Salmanticensis, Lacroix, St. Alfonsus Theol. mor. VI n. 359) für die Vollmacht der Bischöfe wenigstens „per modum actus“, also in einem bestimmten dringlichen Falle eintraten, blieb die Konzilskongregation unbeugsam (abgesehen von einer kleinen Nachgiebigkeit für Caltagrone am 2. Juni 1855 und 20. Dez. 1856). Mit dem

Decrete der Sakramentenkongregation vom 23. Dezember 1912 kam die Ansicht jener Autoren zur Geltung und Can. 822 bietet sie im § 4: „Der Ortsordinarius kann die Erlaubnis geben, die Messe *a u ß e r h a l b e i n e r K i r c h e* und *R a p e l l e*“ zu lesen unter folgenden Bedingungen: „a) an einem geeigneten Orte (niemals im Schlafgemach) und auf dem heiligen Stein; b) nur aus einer rechtmäßigen und vernünftigen Ursache; c) in einem außerordentlichen Falle und in Form einer *Aktbewilligung*“ (*per modum actus*). Die gleiche enge zu erklärende (CC. 24. Nov. 1918 Archiv 99, 63 n. 39) Vollmacht besitzt „der höhere Obere (Can. 488 n. 8), des Hauses einer exempten Genossenschaft“ *ibi*.

Nicht ein außerordentlicher und gewichtiger Grund ist gerade notwendig zur Ausübung dieser Vollmacht, sondern es genügt eine „*causa iusta et rationabilis*“, z. B. die Erkrankung eines eifrigen Priesters, der Tod eines Wohltäters der Kirche, die Verheiratung eines angesehenen Katholiken (ME. 24, 486). — „In Form einer *Aktbewilligung*“ wird geklärt durch den Gegensatz „*per modum habitus*“. Nur wenn es sich um eine augenblickliche, vorübergehende Lage handelt ist der Ortsordinarius zuständig. Freilich kann die Bewilligung sich auf einige Tage, ja auch einige Wochen erstrecken; allein wenn ein dauernder Zustand, z. B. bei chronischen Erkrankungen, vorauszusehen ist, muß ein päpstliches Indult erbeten werden Can. 822 § 2. — Neu ist im Can. 822 § 4: a) die Ausdehnung der Vollmacht auf die höheren O b e r n (Äbte, Provinzial- und Generalobern) der exempten Genossenschaften für ihre Niederlassungen („*domus*“ Can. 488 n. 5), also wenigstens wahrscheinlich auch (dagegen Can. 501 § 1) auf die Provinzial- und Generalobern der exempten Laienorden Can. 209; b) die Weglassung der Pflicht einer entgeltlichen Bewilligung „*gratis omnino quocunque titulo*“ (S. C. Sacr. d. 23. Dec. 1912 ad I), so daß für die Zukunft eine Tage festgesetzt werden kann Cann. 1507 § 1; 6 n. 6. — Wollen Ordenspriester *a u ß e r h a l b* ihres Hauses das „Privileg des Tragaltars“ benützen, so ist der Ortsordinarius im Falle des Can. 822 § 4 zuständig.

2) „Es ist nicht erlaubt, die Messe zu lesen in einem Tempel der H ä r e t i k e r oder S c h i s m a t i k e r, auch wenn er ehemals vorschriftsmäßig konsekriert oder benediziert wurde,“ Can. 823 § 1. Dies Verbot trifft nicht nur einen einzelnen Fall, sondern auch eine Reihe von Fällen. Der Apostolische Stuhl hat geduldet, daß die katholischen Priester in einer Kapelle, welche für den Militärgottesdienst der britischen Soldaten in Malakka gebaut wurde, auf dem katholischen Altare Gottesdienst feiern, während der protestantische Altar verhüllt ist, freilich nicht ohne die Mahnung, der Apostolische Vikar möge bei der englischen Regierung Schritte

tun, daß eine eigene katholische Kapelle erbaut werde; und wenn erfolglos, so möge er trachten aus Almosen eine zu bauen S. Off. ad Vic. Ap. Malacen. d. 5. Iun. 1889 (ME. X 1, 153). Lieber gewährt der Heilige Stuhl das „Privileg des Tragaltares“ zur Abwendung des „gemeinsamen Gottesdienstes“ (communicatio in sacris) zwischen den Katholiken und den Andersgläubigen.

Seit der Glaubensneuerung im 16. Jahrhundert hat sich in S ü d d e u t s c h l a n d (Bayern, Baden, Hessen, Elsaß, Schweiz) ein gemeinsames Eigentums- und Benützungrecht an Kirchen und Altären herausgebildet. Kirchlich wird dieses „S i m u l t a n e u m“ nur geduldet; immerhin verlangt der Apostolische Stuhl ein päpstliches Indult, für den Verzicht der Katholiken auf das Eigentum an solchen Simultan-Kirchen, -Kapellen oder -Friedhöfen. Katholischerseits geschah seit 1890 viel für die Ablösung des Simultaneum, und man fand ein gutes Verständnis sowohl bei den Protestanten wie bei der Staatsgewalt. In der R e g e n s b u r g e r Diözese wurde durch die hochherzigen Bemühungen und freigebigsten Spenden der Bischöfe F a n a t i u s (Fr. X. B u c h n e r, Eichstätter Diözesanpriester, in der Passauer MS. Bd. 17 S. 265) und A n t o n i u s seit 1899 das Simultaneum aufgelöst im 8 Pfarr-, 3 Expositur-, 2 Filial- und 4 Nebenkirchen, nachdem Pfarrer Max Reger durch die entschlossene Erbauung der Marienkirche in Rothenstadt 1893 das Zeichen hiezu gegeben hatte, so daß nur mehr 3 Pfarrkirchen zur Ablösung bleiben; vgl. Regensburger Diözesanmatrikel 1916 S. 30. — Aus der reichen Literatur seien hervorgehoben: a) für B a y e r n Fr. X. B u c h n e r: „Das Kirchen-simultaneum und seine Auflösung“ (PMs. 17, 257—265); W. K r o i s: „Kirchliche Simultanverhältnisse, insbesondere nach bayer. Rechte“ (1890); G. K e d e r m a n n: „Geschichte des simultaneum religionis exercitium im vorm. Herzogtum Sulzbach“² (1919); W a l b e r: „Simultaneen, bes. in der Stadt Weiden“ (1905) — für B a d e n J. S c h m i t t: „Simultankirchenrecht im Großherzogtum Baden“ (1909); — für H e s s e n R. R ö h l e r: „Die Simultankirchen im Großherzogtum Hessen“ (1889); vgl. S. C. Indulg. d. 30. Ian. 1790 in Wormation. (D. Auth. n. 219); — für E l s a ß A. S c h m i d l i n: Das Simultaneum in Elsaß, Straßburger Diözb. 1913 S. 217 ff.; — für M a r b u r g R. M i r b t: „Der Kampf um die Elisabethenkirche zu Marburg“ (1912); — für die S c h w e i z U. L a m p e r t: „Aufhebung des Simultaneums usw.“ (Archiv f. kath. RR. 1905, 275 ff.); J. S c h ö b i: „Die kirchl. Simultanverhältnisse in der Schweiz“ (1906) — weitere Werke siehe bei S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht II S. 301. — Staatliche Gesetze in B a y e r n Religionsedikt §§ 90—103; Verfassungsurkunde vom 14. August 1919 § 19. — Über die Frage, ob eine „reconciliatio ecclesiae“ notwendig ist, wenn die Kirche aus dem Gebrauche der Andersgläubigen in den der Katholiken übergeht, wird im Kapitel „Von den Kirchen“ zu handeln sein.

3) „Fehlt ein Altar des eigenen Ritus, so darf ein Priester nach dem eigenen Ritus auf einem Altare eines anderen katholischen Ritus zelebrieren, aber nicht auf den A n t i m e n -
 Reitner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV.

sien der Griechen" Can. 823 § 2. Die „Antimensien der Griechen" (oben S. 24) können nur von diesen benützt werden; ein Ersatz dafür ist der Tragaltar (altare portatile).

4) „Auf den päpstlichen Altären darf niemand zelebrieren ohne päpstliches Indult" Can. 823 § 3. Päpstliche Altäre sind die der vier Patriarchalkirchen, und zwar die Konfessionsaltäre in St. Peter bezw. St. Paul (außerhalb der Mauern) und die Hochaltäre in St. Johann im Lateran und St. Maria Maggiore; vgl. P. Peter Paul A u ß e r e r O. Fr. Min.: „Pilgerführer" 1873 S. 46, 67, 85 u. 90. — Albert B l a t O. P. erwähnt noch in Assisi die Portiunkulakirche Com. III pag. 143.

D. Die Meßstipendien.

Quellen: Cann. 824—844; 918 § 2; 1506; 1509 n. 5; 1517 § 2; 1551; 2324. — Über die reiche deutsche, französische, spanische und italienische L i t e r a t u r vgl. S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ II § 160, besonders B e n e d i c t u s XIV. in Syn. l. 5 cc. 8. 9.; P M S. I 502 ff (S e n g e r); Archiv 1892, 265 ff.

I. **Geschichte.** Aus dem Briefe des Papstes J n n o z e n z I. an Bischof Dezentius von Gubbio (416) geht hervor, daß die Gläubigen Opfer spendeten, während die Priester die Namen der Spender während der Messe aus den Diptychen verlasen. Die Naturalleistungen (oblaciones) gingen bald über in Geldspenden zunächst für die Kirche, dann aber (seit dem 8. Jahrhundert) unmittelbar für den zelebrierenden Priester (Regula Chrodegangi c. 32). Auf dem 4. Laterankonzil (1215) wurde jegliche Gewinnsucht verurteilt, dagegen auch die löbliche Gewohnheit der Almosen bei geistlichen Leistungen betont c. 42 De simonia (V 3). In diesem Sinne war die Kirche fortgesetzt in ihrer Gesetzgebung tätig, so P i u s IX. in der Konst. Ap Sedis d. 12. Oct. 1869 „Colligentes" cl. II n. 12; L e o XIII. durch das Defret der Konzilsf. „Vigilanti" d. 25. Maii 1893 und P i u s X. durch das Defret der gleichen R. „Ut debita" d. 11. Maii 1904.

II. **Begriff und Einteilung.** „Nach eingebürgertem und gutgeheißenem Brauch der Kirche, der zur Einrichtung (institutum) wurde, darf jeder Priester für die Darbringung und

Aufopferung der Messe (*celebratio et applicatio*) ein Almosen oder *Stipendium* annehmen“ Can. 824 § 1; c. 42 De *simonia* (V 3); prop. 25. Ioannis Wicleff d. 22 Febr. 1418 *dāmnata* (D.-B. n. 605).

1) Jeder Priester darf für die Aufopferung der heiligen Messe ein *Stipendium* annehmen, sooft das Wesen des Opfers, die Konsekration, stattfindet, also auch bei der *Nonzelebration* Can. 803, niemals aber bei der *missa praesanctificationum* oder der *missa sicca*. — 2) Zelebriert der Priester an einem Tage wiederholt, so darf er nur am Weihnachtsfeste für jede der drei Messen ein eigenes *Stipendium* annehmen, an allen übrigen Tagen darf er nur eine heilige Messe auf einen belastenden Titel hin („*ex titulo iustitiae*“) feiern c. 53 D 1, also gegen ein *Stipendium* oder auf Grund der Konvent- oder Pfarrmesse (Cann. 417; 466 § 1); die Annahme eines Entgeltes auf Grund eines äußeren Titels ist jedoch statthast, so wegen des weiten Weges zur Kirche, der späten Stunde, des Gesanges usw. — 3) Can. 825 verbietet folgende Mißbräuche: a) die Darbringung einer Messe nach Meinung eines künftigen *Stipendiengebers*; b) die Annahme eines *Stipendiums* für eine Messe, welche aus einem anderen Titel geschuldet und dargebracht wird; c) die Annahme von *Doppelstipendien* für eine Messe; d) die Annahme eines *Stipendiums* für die Darbringung (*celebratio*) und eines zweiten für die Aufopferung (*applicatio*) ein und derselben Messe, außer es stünde unzweifelhaft fest, daß ein Almosen nur für die Darbringung ohne Aufopferung gegeben wurde. Letzteres dürfte in der Regel eintreten bei Vorhandensein eines äußeren Grundes, z. B. der späten Stunde.

Die Priester *Uragoniens*, welche schon vor dem 26. Aug. 1748 für drei bzw. zwei Messen am Allerseelentage gewohnheitsgemäß *Stipendien* annehmen durften (Santi-Leitner: *Praelectiones* III 41 n. 4), dürfen das auch jetzt noch gemäß Cann. 4 u. 5.

Es gibt nach dem allgemeinen Rechte zweierlei Messen: *Manualmessen* und *Stiftsmessen*. Erstere teilt man ein in *eigentliche* und *uneigentliche Manualmessen*. — *Eigentliche Manualmessen* sind solche, welche die Gläubigen entweder aus eigenem frommen Antriebe („*veluti ad manum*“) oder auf Grund einer

Verpflichtung geben, so auf Grund einer testamentarischen (auch ständigen) Auflage Can. 826 § 1. — **U n e i g e n t l i c h e** Manualmessen sind Stiftsmessen, welche von der Stiftungspflicht gelöst sind, sei es nach dem Rechte oder durch apostolisches Indult ibi § 2. — Werden Stipendien unmittelbar aus den Einkünften von Stiftungen gewonnen, so nennt man sie **S t i f t u n g s g e l d e r** (fundata) oder Stiftsmessen (missae fundatae) ibi § 3. — Die Änderung des Stiftungswillens ist im allgemeinen dem Apostolischen Stuhl reserviert, insbesondere die Minderung der Messen („reductio Missarum“) Can. 1517. Doch ist der Ordinarius in folgenden Fällen zuständig: a) der Ordinarius kann die Messen auch **m i n d e r n** („reducere“), wenn ihm das die **S t i f t u n g s u r k u n d e n** einräumen Can. 1551 § 1 oder wenn er ein apostolisches **I n d u l t** hierfür besitzt, das möglichst enge auszulegen ist ibi §§ 2 und 3, also keine Ausdehnung auf andere Fälle, keine Anwendungen auf Messstipendien, wenn sonst Hilfe möglich ist; b) der Ordinarius kann die Stiftsmessen (ohne Minderung) **l o s l ö s e n** von den Stiftungsbedingungen in den soeben genannten Fällen und auch dann, wenn die ausbedungene Erfüllung ohne Schuld der Verpflichteten in den Nebenumständen, z. B. bezüglich des Ortes, der Zeit usw., **u n m ö g l i c h** geworden ist Can. 1517 § 2.

Das Sinken des Geldwertes machte bedeutende Minderungen („**R e d u k t i o n e n**“) der Stiftsmessen notwendig, z. B. S. C. Cons. d. 29. Jun. 1919 (AAS. 11, 277), S. C. C. d. 28. S. pt. 1922 (Passauer WBl. 1922, 149). — In neuerer Zeit sind in Deutschland die Stiftsmessen auf **b e s c h r ä n k t e** Zeit aufgekomen, z. B. auf 100, 50 Jahre. Da der Wille der Geber nicht beeinträchtigt wird, läßt sich dagegen nichts einwenden; vielleicht wäre es noch mehr dem Geiste der Kirche entsprechend, wenn die Reduktionsvollmacht in der Stiftsurkunde dem Ordinarius eingeräumt würde Can. 1551 § 1, vgl. Passauer WBl. 1920 S. 16 f.

III. Sicherung der Messstipendien. Das kirchliche Gesetzbuch hat, fußend auf früheren Bestimmungen, folgende Regeln zur Sicherung der Messstipendien angegeben: a) Von den Messstipendien soll jede Art von **G e s c h ä f t** und **H a n d e l** durchaus fern sein Cann. 827; 840 § 1 (Übergabe an andere); 918 § 2 (Altarprivileg); 2324 (Strafen f. s. bis zur Amtsentziehung bei Klerikern; bis zur Exkommunikation bei Laien). — b) „So viele Messen müssen gelesen und auf-

geopfert werden, als Stipendien, auch geringe, gegeben und angenommen wurden“ Can. 828; Strafen wie unter a. Werden später die Taren erhöht, so ist es am besten, die Geber zu fragen. — Diese Verpflichtung hört auch dann nicht auf, wenn die bereits angenommenen Stipendiengelder auch ohne Schuld des belasteten Priesters verloren gehen Can. 829. — c) Wird eine Geldsumme für Meßstipendien gegeben ohne Angabe der Zahl der Messen, so richtet sich die Berechnung nach der Stipendienhöhe des Ortes, wo der Spender zu sein pflegte, wenn nicht ein anderer Willkürlich angenommen werden muß Can. 830. — d) Die Stipendienhöhe bestimmt ein Diözesanstatut, erlassen womöglich auf der Diözesansynode; sonst eine Diözesanversammlung: Auch die exempten Ordensleute müssen sich an diese Normen halten Can. 831. — e) Ein Priester darf ein freiwilliges angebotenes höheres Stipendium annehmen Can. 832, aber nicht fordern Can. 831 § 1; ein Stipendium unter der Tare darf er nur dann nicht annehmen, wenn der Ortsordinarius solches verboten hat Can. 832. — f) Niemals darf der Ordinarius auf Meßstipendien irgendwelcher Art eine Zahlung (Steuer) auslegen Can. 1506. — g) Meßstipendien und Meßverpflichtungen unterliegen keiner kirchlichen Verjährung Can. 1509 n. 5.

IV. Zeit der Meßdarbringung Can. 833 — 35. Wenn der Geber keine ausdrücklichen Bedingungen setzte, so steht die Rechtsannahme dafür, daß er lediglich die Meßdarbringung verlangte. Wurden aber vom Geber ausdrücklich Umstände (Ort, Zeit, Stunde) hervorgehoben, so hat sich der Stipendienannehmer auch auf diese verpflichtet Can. 833. Der wichtigste Umstand ist die Zeit, innerhalb welcher der Darbringungspflicht zu genügen ist. Wir unterscheiden drei Möglichkeiten: a) Wurde eine bestimmte Zeit ausdrücklich vorgeschrieben, so muß diese eingehalten werden. — b) Wurde keine Zeit hervorgehoben, so ist Intentionen mit dringendem Grund möglichst bald, sonstigen bald zu genügen nach der größeren oder geringeren Zahl der Messen. — c) Ist die Zeit ausdrücklich in das Ermessen des Priesters gelegt, so genügt dieser durch gelegentliche Darbringung Can. 834. Freilich muß er hierbei die Hauptregel beobachten: „Niemand darf so viele Meßstipendien für

die eigene Darbringung annehmen, daß er ihnen nicht innerhalb eines Jahres genügen kann" Can. 835. Indes könnte auch hier der ausdrückliche Wille des Gebers entbinden Can. 834 § 1.

V. Die Abgabe und Versendung von Messstipendien.

Auch hier wacht das kirchliche Recht, daß dem Willen der Geber möglichst genau und möglichst bald genügt werde. a) An Orten, wo sehr viele Stipendien zusammenfließen, z. B. an Wallfahrtsorten, sollen die Gläubigen durch leicht zugängliche und sichtbare Anschläge gemahnt werden, daß die dargebotenen Messen entweder nach Möglichkeit an diesem oder auch an einem anderen Orte gelesen werden Can. 836. — b) Wer Messen zur Verteilung hat, soll das m ö g l i c h s t b a l d tun, (Rechenschaft gegen Schluß des Jahres Can. 841); freilich beginnt für den sie annehmenden Priester die Darbringungspflicht erst mit dem Tage der Annahme, abgesehen von ausdrücklichen Ausnahmen Cann. 837; 834. — c) Wichtig ist die Frage, w e l c h e m Priester dürfen Stipendien übergeben werden. Der Roder ist etwas milder geworden. Der Vermittler muß genau wissen, daß es sich um einen Priester handelt, der v o l l s t ä n d i g e i n w a n d f r e i oder durch das B e u g n i s seines O r d i n a r i u s empfohlen ist Can. 838. — d) Wer anvertraute Messen anderen übergibt, ist so lange haftbar, bis er das Zeugnis über die Annahme der Verpflichtung und der Stipendien erhalten hat Can. 839; cfr. Can. 829. — e) Ein A b z u g von Messstipendien ist unerlaubt mit der Pflicht der Rückerstattung; indes gibt es Ausnahmen: a) wenn der Geber einen Abzug ausdrücklich gestattet; β) wenn die Überzahlung der Diözesantaxe augenscheinlich und sicher zugunsten des Empfängers geschah; γ) wenn bei uneigentlichen Manualmessen die bessere Stiftung geschah zugunsten der Pfründe oder des guten Zweckes; in diesem Falle genügt, abgesehen von einer gegenteiligen Meinung des Stifters, die Übergabe der Diözesantaxe des Celebrationsortes Can. 840. — f) Die E i n s e n d u n g. Alle Verwalter von frommen Anstalten, sowie die mit Messstipendien Belasteten, Geistliche oder Laien, sind verpflichtet, gegen Ende eines jeden Jahres ihren Ordinarien nach deren Anordnungen die nichterfüllten Messintentionen einzusenden, und zwar die uneigentlichen Manualmessen gegen Ende des bürgerlichen Jahres, die

Manualmessen am Ende des vom Empfange zu rechnenden Jahres, wenn nicht die Geber anders bestimmten Can. 841.

Der Ordinarius kann festsetzen, daß Stiftsmessen (auch gewesene) oder Manualmessen zugunsten einer guten Sache nur mit Erlaubnis des Ordinarius in andere Diözesen verschickt werden dürfen; sonst genügt die Beobachtung des Can. 838 (AAS. 13, 229).

VI. Notierung der Messintentionen und Aufsicht hierüber Cann. 842 — 844. a) „Alle Welt- und Ordenspriester müssen genau notieren, welche Messintentionen sie empfangen, welchen sie Genüge geleistet haben“ Can. 844 § 2. — b) Die Vorstände von Kirchen und frommen Anstalten, in welchen Messstipendien entgegengenommen werden, mögen sie nun Weltpriestern oder Religiosen unterstehen, müssen ein eigenes Buch führen, in welchem sie genau die Zahl, die Meinung, das Stipendium und die Darbringung der empfangenen Messen aufzeichnen Can. 843 § 1. Auch die Ortsordinarien und Ordensobern i. w. S., welche Untergebenen oder anderen Messen zum Lesen geben, sollen die ihnen zugebrachten oder überschickten sofort der Ordnung gemäß in ein Buch eintragen und nach Kräften besorgt sein, daß sie möglichst bald gelesen werden Can. 844 § 1. Wir haben also dreierlei Messstipendienbücher: solche der einzelnen Priester; dann der Kirchen- und Anstaltsvorstände; endlich Sammelbücher der Ordinarien und Ordensobern. — c) Die Ordinarien sind verpflichtet, wenigstens alle Jahre die Stipendienbücher der Kirchen- und Anstaltsvorsteher in eigener Person oder durch Vertreter einzusehen Can. 843. „Ordinarien“ bedeutet hier die Ortsordinarien und die höheren Obern der exempten Klerikalgenossenschaften (Äbte, Provinzial- und Generalobern) Can. 198 § 1.

§ 12. Die Eucharistie als Kommunion.

Das Gesetzbuch der Kirche behandelt diesen Gegenstand in drei Kapiteln: Spender; Empfänger; Zeit und Ort des Empfanges; wir fassen denselben in zwei Abschnitten zusammen. — Quellen: Cann. 845—869; 462; 595; 931; 1005; 1031; 1956—58.

A. Spender der heiligen Kommunion.

Da „in der heiligsten Eucharistie unter den Gestalten von Brot und Wein Christus der Herr selbst enthalten ist“

(Can. 801), so folgt, daß g ü l t i g e r w e i s e die Kommunion von jedermann dargereicht werden kann. Darum handelt es sich hier nur um die eine Frage: Wer spendet die heilige Kommunion e r l a u b t e r w e i s e ?

I. „Ordentlicher Spender der heiligen Kommunion ist nur der Priester (§ 1). Außerordentlicher Spender ist der Diakon mit Erlaubnis des Ortsordinarius oder Pfarrers, aus gewichtigem Grunde zu gewähren, eine Erlaubnis, welche im Notfall rechtmäßig vorausgesetzt werden kann“ (§ 2) Can. 845.

1) Wohl hatte auch in der Verwaltung der Eucharistie der Bischof einen gewissen Vorzug, Ignatius ad Smyrnaeos c. 8, 1, immerhin sehen wir den Priester neben dem Bischofe als Verwalter dieses Sakramentes c. 14 D. 93 (Nicaenum a. 325 c. 18); darum singt der heilige Thomas: „Cuius officium committi voluit — Solis presbyteris, quibus sic congruit, — Ut sumant et dent ceteris“. — 2) Außerordentlicher Spender ist der D i a k o n. Seine Vollmacht muß gleichsam flüssig gemacht werden durch die Erlaubnis des kirchlichen Obern, welche in einem Notfall (bei S c h w e r k r a n k e n; aber auch bei G e s u n d e n, wenn der ordentliche Spender nicht leicht erreicht werden kann) präsumiert werden darf. Diese ausdrückliche oder vorausgesetzte Erlaubnis setzt einen s c h w e r w i e g e n d e n Grund voraus („causa gravis“),¹⁾ während zur Taufspendung durch den Diakon ein rechtmäßiger Grund genügt Can. 741; vgl. Cann. 1342; 1340; 877 § 1 (Predigtvollmacht); vgl. „Handbuch“ I² S. 185. Die Vollmacht erteilen der Ortsordinarius oder der Pfarrer Can. 845 § 2; in den außerordentlichen Fällen der Cann. 397 n. 3: 514 u. 1368 auch der zuständige Obere (unten n. III). — Die Akolythen, welche in Gefäßen die Eucharistie überbrachten (Tharsizius 15. Aug.), und die Laien, welche sie nach Hause mitnahmen, waren keine eigentlichen Spender.

II. Spender der heiligen Kommunion an Gesunde, d. h. an Personen, welche zur Kirche oder Kapelle oder wenigstens in die nächste Nähe derselben kommen können, ist jeder Priester, welcher nicht durch Zensuren oder Irregularitäten behindert ist. 1) Die Spendung ist möglich und wird vom Trienter Konzil innig empfohlen (sess. 22 c. 6): a) während j e d e r heiligen Messe nach der Kommunion des Priesters; b) unmittelbar v o r u n d n a c h der Privatmesse Can. 846; c) am Karfreitag während des feierlichen Amtes und un-

¹⁾ B a n k o w schreibt in seiner „Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ 1920 S. 65: „M i n i s t e r (= Spender der Euch.) ist der Bischof und der Priester, in keinem Falle der Diakon“ mit Berufung auf Can. 18 Nicaen. I.

mittelbar darnach Can. 867 § 1. Diese Regeln gelten auch (*serva. is servandis*) für die heiligen Messen in Privatoratorien, außer der Ortsordinarius hätte aus gerechtem Grund die Austeilung in besonderen Fällen verboten Can. 869. — Wenn der Priester die Eucharistie den Gläubigen *w ä h r e n d* der heiligen Messe austeilt, darf er niemals den Altar aus dem Angesichte verlieren Can. 868.

2) *A u ß e r h a l b* der heiligen Messe darf die Eucharistie von einem jeden nicht behinderten Priester in der Regel an jedem Tage (Can. 867 § 1) ausgeteilt werden. Gehört der Priester zur Kirche der Kommunionausteilung, so bedarf er keiner weiteren Erlaubnis. Gehört er aber zu einer anderen Kirche („*extraneus*“), so benötigt er die Erlaubnis (wenigstens die vorausgesetzte) des Kirchenvorstandes Can. 846. Freilich dürften bei unbekannten Priestern die Regeln für die Zulassung zum heiligen Opfer gelten Can. 804. — Die heilige Eucharistie darf nicht gespendet werden (abgesehen von den Kranken): a) am Gründonnerstage nach dem Amte, Rubrik für *f. r. V* in Coena Domini vor der Kommunion; b) am Karfreitage Can. 867 § 2; c) am Karstamstage (abgesehen vom Hochamte) *ibi* § 3. — Die Austeilung der heiligen Kommunion folgt der *S t u n d e n z e i t* des Meßopfers; doch darf man aus vernünftigem Grunde darüber hinausgehen *ibi* § 4; Auswanderung, Abmarsch an die Front (auch ohne Todesgefahr), Konfurstage mit Generalbeichten sind solche Gründe; vgl. auch *B e n. XIV.* in Syn. l. 6 c. 8 n. 15 (*B e n e d i k t XIII.*).

Das frühere Verbot der Ritenkongregation, die heilige Kommunion im Zusammenhang mit dem *A m t* der Christmette zu spenden, ist gefallen Cann. 867; 6; Antwort an den Bischof von Tuguegarao in der *Cultura social* (Manila, apr. 1920, 225).

Teilt der Priester die Kommunion im *A n s c h l u ß* an die Meßfeier aus, so trägt er die Meßgewänder, auch dann, wenn er am Kommunionaltare zwar die Eucharistie austeilt, aber nicht Messe liest, was in schwarzen Paramenten nicht geschehen soll; vgl. *R u n z Chr.*: „Funktionen des Zelebranten“ S. 204. — Außerhalb der heiligen Messe spendet der Priester die Kommunion, angetan mit Superpelliz und Stola von der Farbe des Tages *s o f f i z i u m s* oder von *w e i ß e r* Farbe *ibi* S. 199; *K i e f f e r G.*: Rubrizistik § 64. — Wenn im Notfall ein Priester während der Messe eines anderen Priesters die heilige Kommunion am Zelebrationsaltare auszuteilen hat, so spendet der Priester sie mit dem gewöhnlichen Ritus aus, nur während der Wandlung steht er, zum Altare gewendet. Der zelebrierende Priester tritt während des Kanons einen

Schritt auf die Evangelienseite, außer dem Kanon vollendet er sein Gebet (Kollekte, Epistel, Evangelium) und läßt sich dann zum Altare gewendet auf beide Knie nieder, Kunz S. 34⁵; Kieffer S. 174. — Wenn Ordensleute ihre Gelübde ablegen, so hält der Priester während der Gelübdeablegung die heilige Hostie im Angesichte des (der) Gelobenden, dem (der) er sie nach Vollendung der Formel sofort reicht S. R. C. dd. 27. Aug. 1894 et 5. Junii 1896 nn. 3836 et 3912. Bei der Erneuerung der Gelübde dagegen bleibt der Priester nach dem letzten „Domine, non sum dignus“ dem Altar zugewandt, bis die Erneuerungsformel gemeinsam oder, wenn nur wenige sind, vom letzten Mitgliede gesprochen ist S. R. C. n. 3836. Wenn Klosterfrauen mit Klausur einen Kommunionplatz (Gitter, Fenster) besitzen, welcher dem Priester den Anblick des Altares vollständig entzieht (Can. 868), so darf er nur außerhalb der Messe die Kommunion austheilen, und zwar nach dem Ritus, der für die Krankenkommunion gilt; am Kommunionfenster steht ein Tischchen mit Korporale, Ablutionsgefäß und Tüchlein, Kunz S. 206 Anhang 4.

III. Der Spender der heiligen Kommunion an Kranke.

Wir unterscheiden hier die heilige Kommunion als Wegzehrung und als Andachtskommunion.

1) Die heilige Wegzehrung muß empfangen werden, wenn jemand in Todesgefahr sich befindet, ohne dem Gebote der Wegzehrung schon genügt zu haben Can. 864 § 1; die Wegzehrung kann empfangen werden, wenn dem Gebote bereits genügt ist und die Todesgefahr andauert ibi §§ 2. 3; Näheres beim Empfänger. „Die heilige Wegzehrung öffentlich oder privatim zu den Kranken zu bringen, kommt dem Pfarrer nach der Vorschrift des Can. 848 zu, mit Aufrechterhaltung der Kanones 397 n. 3 und 514 §§ 1—3.“ Die Überbringung der heiligen Wegzehrung zu den Kranken ist stets eigentliches Pfarrecht Can. 462 n. 3. Das gleiche gilt aber auch von der Darreichung der heiligen Wegzehrung an Gesunde, welche in Todesgefahr schweben Can. 864 § 1, z. B. Soldaten vor der Schlacht, Frauen vor der Geburt, die sie aus Erfahrung als lebensgefährlich kennen, Sträflinge vor der Vollstreckung des Todesurteils (letzteren nicht unmittelfach vorher); sowie bei der Wiederholung der Wegzehrung (Can. 864 § 3). — Das Recht kennt folgende Ausnahmen. Die Wegzehrung spendet nicht der Pfarrer, sondern: a) das von den Statuten bestimmte Mitglied oder sonst der erste Dignitär des Domkapitels bzw. bei dessen Verhinderung der im Range folgende dem in Todesgefahr schwebenden Bischofe Can. 397 n. 3; b) der Klosteroberer

oder sein Vertreter den Religiösen und Hausgenossen nach Can. 514 § 1; der A p l a n der Klosterfrauen und Schwestern nach Can. 514 §§ 2. 3; vgl. „Handbuch“ I² S. 366; c) die S e m i n a r v o r s t ä n d e oder ihre Bevollmächtigten den Seminarbewohnern (Vorstände, Lehrer, Zöglinge, Hausgenossen) Can. 1368; d) P r i e s t e r, welche das Recht haben, sonstigen E x e m p t e n die Sterbesakramente zu spenden Can. 464 § 2.

2) K r a n k e n k o m m u n i o n. Wir unterscheiden öffentliche und private Krankenkommunion. Erstere ist Regel, letztere Ausnahme Can. 847. Im Pfarrgebiet ist die öffentliche Überbringung der Kommunion (außerhalb der Kirche) zu den kranken Pfarrkindern und Fremden Recht und Pflicht des P f a r r e r s Can. 848 § 1; 462 n. 2, freilich bleiben die Ausnahmen wie bei der Bezehrung. Andere P r i e s t e r haben das Recht der öffentlichen Krankenprovisur nur im N o t f a l l e oder mit E r l a u b n i s des Pfarrers oder Ordinarius, welche jedoch vorausgesetzt werden darf Can. 848 § 2.

„Die private Überbringung der Kommunion an Kranke kann jeder Priester vornehmen“ (Erlaubnis des Ordinarius ist nicht mehr notwendig) unter folgenden Voraussetzungen: a) daß „ein rechtmäßiger und vernünftiger Grund dies ratsam macht“ Can. 847 (wie Redereien, Verlegenheiten, geringe Ehrfurcht auf der Straße ME. 24, 487e); b) daß er die Erlaubnis jenes Priesters besitzt („saltem praesumpta“), welcher die Obhut über das Allerheiligste hat; c) daß er in der Herausnahme, Übertragung und Spendung der Eucharistie jene Vorschriften des Apostolischen Stuhles genau einhält, welche die geziemende Ehrfurcht vor einem so erhabenen Sakramente diktiert Can. 849. Die Herausnahme und Spendung geschieht in der gewöhnlichen liturgischen Form. Bei der Übertragung trägt der Priester den Talar, darüber die weiße S t o l a, sowie die Krankenhursa usw., welche an einer Schnur vom Halse herabhängend in der Brusttasche getragen wird, darüber den Überzieher; in des Priesters B e g l e i t u n g sei stets ein katholischer Laie, wenn ein Kleriker nicht zu haben ist, Enz. „Inter omnigenas“ B e n. XIV. vom 1. Febr. 1744 § 23; Regensburger Pastoralerlaß 1869 S. 51; ME. 24, 488. — Die S. C. de Pr. F. ge-

währt für Verfolgungsgefahren die Vollmacht, die Krankenkommunion zu spenden ohne Licht, Superpelliz und Stola, Form. III n. 16.

Die heilige Bezehrung darf jeden Tag, auch am Karfreitag überbracht werden Can. 867 § 2, auch während der Nachtzeit ibi § 5. Der Ritus ist der gleiche wie sonst; nur fallen aus: a) die Glockenzeichen (ein Zeichen mit dem Holzinstrument ist nicht untersagt); b) die Segnungen des Volkes (nicht des Kranken). — Die sonstige Krankenkommunion fällt während des heiligen Triduum aus Can. 867 §§ 2, 3, 5.

IV. „Die Eucharistie soll nur unter der Gestalt des Brotes gespendet werden“ Can. 852. Die dogmatische Grundlage dieser kirchlichen Praxis findet sich im Trienter Konzil sess. 21 (D.-B. nn. 930—936) nach dem Vorgange des Konstanzer Konzils D.-B. n. 626 gegen die Wicklifiten, Hussiten; — Lutheraner und Calviner. Die Praxis der ältesten Kirche (Apg 2, 52. 46), welche den Kranken, Gefangenen usw. (Tertullian l. 2 Ad uxorem und Cusebius: Hist. l. 6 c. 44) die Kommunion unter der Gestalt des Brotes allein bringen ließ und welche den kleinen Kindern dieselbe zuweilen nur unter der Gestalt des Weines reichte, beweist, daß sie einen solchen Empfang für durchaus genügend hielt. Gegen die praktischen Gründe, welche für die katholische Übung der Römische Katechismus aufzählt (p. 2 c. 4. q. 64) verschließen sich heutzutage auch die Andersgläubigen nicht mehr: a) Gefahr der Verschüttung; b) Gefahr der Entartung bei längerer Aufbewahrung (für die Kranken); c) Rücksicht auf die abstemii d. h. Personen, welche den Wein nicht vertragen; d) Mangel an echtem Wein; e) die Betonung des Saktes, daß Christus ganz und ungeteilt unter jeder Gestalt gegenwärtig ist, gegenüber auch den Andersgläubigen. Außerdem betonen die Protestanten unserer Tage die Unzuträglichkeiten, welche aus der Benützung eines Bechers sich ergeben, so die leichtere Übertragung ansteckender Krankheiten, sowie den Ekel vor der Benützung des gleichen Trinkschirrs mit unreinlichen Personen; vgl. J. S m e n d: „Kelchversagung und Kelchspendung“ 1898; R. G. G ö p p: „Die heutige Abendmahlsfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung“² (1907); Stimmen aus Maria-Laach: „Abendmahls-

kelch und Hygiene“ 65, 241; Pastor bonus 15, 505 ff.; 16, 86 ff., 320 ff. (1903—05) usw. In den morgenländischen Kirchen, ausgenommen bei den Maroniten, Äthiopiern und Armeniern (bei letzteren mußte die Propagandafongregation am 4. Juli 1833 ad 7 etwas nachgeben), erfolgt die Austeilung der heiligen Kommunion unter beiden Gestalten *Lübeck* S. 167, *Arndt* Aug. S. J.: „De Rituum relatione“ (1895) pag. 29.

Stellen wir die drei wichtigsten Sätze, welche den Empfang der Kommunion unter einer oder beiden Gestalten betreffen, kurz zusammen: 1) Es ist göttliches Gebot, daß der *opfernde* Priester die Eucharistie unter *beiden* Gestalten genieße c. 12 D. 2 de consecr.; opfert er nicht, so empfängt er die Kommunion unter der Gestalt des Brotes, wie bei der *missa praesanctificatorum*, bei der Kommunion außerhalb der eivnen Messe. Nur bei der Priesterweihe empfangen die mitzelebrierenden Neupriester den Herrn nur unter Brotsgestalt. — 2) Es besteht kein göttliches Verbot, die Eucharistie unter beiden Gestalten zu empfangen; im Gegenteil war der Empfang unter beiden Gestalten die gewöhnliche Übung bis ins 12. Jahrhundert, die sich hie und da bis in das 13., ja 14. Jahrhundert erstreckte (*S. Thomas III* q. 80 a. 12 c.; *Paludanus* Petrus O. Pr. † 1345); im 15. Jahrhundert bestand noch die Sitte, daß die am Osterfeste beim Papste Kommunizierenden durch den Diakon vom Kelche trinken durften vermittels eines Röhrchens (fistula), Petrus *Ame li us*: *Ordo Romanus* c. 85 (*Sandini A.*: „*Vitae Pontificium*“ 127). Papst *Urban II.* verbot auf dem Konzil von Clermont-Ferrand (1095) die Darreichung des in den Kelch des Herrn getauchten eucharistischen Brotes; beide Gestalten sollten *getrennt* gegeben werden außer im Notfall und aus Vorsicht c. 28; ebenso *Paschalis II.* in *epistola* 32 (*Sandini* 355). — 3) Endgültig hat die Kirche den „*Laientelch*“ aus den oben angegebenen Gründen untersagt D.-B. n. 626, indes mit gewissen Ausnahmen: a) Papst *Clement VI.* (1342—52) gewährte das Privileg beider Gestalten dem Herzog Johann von der Normandie und seiner Gattin, dem Könige Philipp VI. von Frankreich und seiner Gemahlin, sowie dem Herzog Odo von Burgund (*Sandini* 450). Doch benützten die französischen Könige dieses Privileg nur am Tage ihrer Krönung und beim Empfang der Wegzehrung; an Sonn- und Festtagen empfingen beide Gestalten ferner die Leviten von *S. Deni* und die Altardiener von *Clugny*, ein Vorrecht, welches das Tridentinum billigte, *Mabil lon*: *Com. in Ord. Romanum* cc. 9 u. 19.

B. Empfänger der heiligen Kommunion.

Quellen: *Cann.* 853—69; 595; 931; 1005; 1033; 1956; 1958.

I. Recht auf die Kommunion. „Jeder Getaufte, dem das Recht es nicht verwehrt, hat Anspruch auf die heilige Kommunion“ *Can.* 853. Das Recht *verwehrt* es fol-

genden Getauften: 1) den Andersgläubigen, Häretikern und Schismatikern Can. 731 § 2; 2) den Exkommunizierten Can. 2260 § 1 und Interdizierten Can. 2275 n. 2; 3) den offenkundig Ehrlosen (manifesto infames“) sei es durch rechtliche oder tatsächliche Ehrlosigkeit Can. 2293; „Handbuch“ I² S. 170, 193; 4) allen öffentlichen Sündern („publice indigni“), wie den „meretrices, concubinarij, foeneratores, magi, sortilegi, blasphemi“ R. R. tit. 4 c. 1 n. 8; 5) jenen, welche am gleichen Tage die heilige Kommunion bereits empfangen haben Can. 857; 6) den Kindern unter gewissen Umständen Can. 854; 7) Katholiken, denen der kirchliche Obere die Kommunion untersagt Cann. 1956; 1958; 595. Einzelne Klassen erheischen eine genauere Erklärung.

1) Die Exkommunizierten, Interdizierten, Ehrlosen und öffentlichen Sünder werden im Can. 855 § 1 unter dem Ausdruck „publice indigni, öffentlich Unwürdige“ zusammengefaßt und von ihnen gesagt: Die heilige Kommunion dürfe ihnen nur dann gereicht werden, „wenn ihre Buße und Besserung klar feststeht und sie das öffentliche Argerniß wieder gut gemacht haben“; vgl. Can. 2251 (Absolution der Zensurierten). „Geheime Sünder soll der Spender, wenn sie geheim um die Kommunion bitten und er ihre Unbußfertigkeit (nicht aus der Beicht Cann. 889; 890) gewiß kennt, übergehen bezw. zurückweisen; anders aber, wenn sie öffentlich bitten und er sie ohne Argerniß nicht übergehen kann“ Can. 855 § 2; R. R. tit. 4 c. 1 n. 9. — Wie der Empfänger sich auf die schwere Sünde zu prüfen hat Can. 856, wurde oben (S. 75) gezeigt.

2) Wer am gleichen Tage bereits kommuniziert hat, darf nur in zwei Fällen die heilige Kommunion nochmal empfangen: a) wenn er von Todesgefahr überrascht wird; b) wenn es gilt eine Unehrerbietigkeit vom heiligsten Sakramente dadurch fern zu halten Can. 858 § 1; außerdem ein Priester, wenn er die rechtmäßige Vinations- oder Trinationsvollmacht besitzt (freilich hier ohne Verletzung der eucharistischen Nüchternheit).

3) Kinderk o m m u n i o n. a) „Kindern, denen wegen J a r t h e i t des Alters Kenntniß und Geschmaç dieses Sakramentes fehlen, darf die Eucharistie nicht gereicht werden“ Can. 854 § 1, fast wörtlich dem R. R. tit. 4 c. 1 n. 11 ent-

nommen; Trid. sess. 21 c. 4; cn. 4. Mit Recht betont das Trienter Konzil, daß das Altertum nicht zu beurteilen ist, wenn es in manchen Gegenden auch den Unmündigen die Eucharistie reichte, sei es unter der Gestalt des Weines, sei es unter der des Brotes. Meisterhaft hat die Geschichte der Kommunion unmündiger Kinder nach Martene (De antiq. Eccl. ritibus tom. 1 l. 1 c. 1 art. 15 § 11) Papst Benedikt XIV. zusammengefaßt in seinem Werke De Synodo l. 7 c. 12 n. 1. In den orientalischen Kirchen findet sich die Sitte auch heutzutage noch; vgl. Malzew: „Liturgikon“ S. 190; Lübeck S. 166 f. Die „Säuglinge dürfen bei der Liturgie der vorgeweihten Gaben das Abendmahl nicht nehmen, da dieselben nur das heilige Blut Christi erhalten“ (Malzew S. 190), an den Tagen der Praesantificata aber nur das in das Blut des Herrn getauchte eucharistische Brot genossen wird. b) „Für das Recht und die Pflicht der Kommunion in der Todesgefahr genügt es, daß die Kinder den Leib des Herrn von gemeiner Speise zu unterscheiden und ehrerbietig anzubeten verstehen (§ 2). Außer der Todesgefahr wird mit Recht eine vollere Kenntnis der christlichen Heilslehre und eine genauere Vorbereitung verlangt, nämlich daß sie wenigstens die zum Heile schlechthin notwendigen Glaubensgeheimnisse erfassen und mit Anbacht ihrem Alter entsprechend zum Tische des Herrn herantreten (§ 3). Über die genügende Gemütsverfassung der Kinder für den Empfang der ersten heiligen Kommunion soll das Urteil dem Beichtvater und den Eltern oder deren Stellvertretern zustehen (§ 4). Aufgabe aber des Pfarrers ist, darüber zu wachen, wenn nötig auch durch eine Prüfung, daß die Kinder nicht vor dem Vernunftgebrauch oder ohne genügende Vorbereitung kommunizieren; ebenso dafür zu sorgen, daß sie nach Erlangung des Vernunftgebrauches und genügender Vorbereitung sobald als möglich mit dieser Himmelspeise erquickt werden (§ 5)“ Can. 854.

Raum hatte Papst Pius X. durch die Sakramentenkongregation das Dekret „Quam singulari“ vom 8. August 1910 erlassen, so setzte eine eingehende Besprechung ein. Außer der überaus zahlreichen Literatur bei S ä g m ü l l e r J. B.: „Kirchenrecht“³ II. § 116 S. 37 (deutsch italienisch, französisch, spanisch) seien noch erwähnt Friedrich C h e r l: „Das neue Kommuniondekret Quam singulari“ (Pustet 1911); Georg K a b l: „Autorisierte Übersetzung des Kommentars von Kasimir Kar-

binal G e n n a r i" (Freiburg i. Schw. 1917) und „Dr. Buchberger über die Kinderkommunion“ in den „Blättern für den katholischen Alerus“ 1923 Nr. 8 u. 13 usw. — Wie wir oben im Texte sahen, haben dreierlei Personen ein gewisses Bestimmungsrecht: der Beichtvater; die Inhaber der elterlichen Gewalt; der Pfarrer. Der B e i c h t v a t e r hat ein Zulassungs- oder Abweisungsrecht nur innerhalb der Beicht Cann. 889; 890. Der Pfarrer ist der geborene Vertreter des Rechts. Bitten die Kinder und deren Eltern um Zulassung, so kann er die Untauglichen zurückweisen. Sieht er, daß geeignete Kinder nicht kommunizieren, so muß er für die Zulassung Sorge tragen. Die N o r m, welche dem Pfarrer vor Augen schweben muß, ist niedergelegt in den Cann. 859 § 1; 864 § 1 u. 88 § 3. Von der Erlangung des Vernunftgebrauches an ist jeder Getaufte durch g ö t t l i c h e s Gebot verpflichtet, beim Herannahen des Todes und öfters im Leben die Kommunion zu empfangen; durch k i r c h l i c h e s Gebot, wenigstens jedes Jahr die Osterkommunion. Der Vernunftgebrauch wird vorausgesetzt mit Vollendung des siebenten Lebensjahres. Mit Recht sagt darum das Dekret „Quam singulari“: „Es ist ein ganz verabscheuungswürdiger Mißbrauch, Kindern nach erlangtem Vernunftgebrauch die W e g z e h r u n g und Letzte Ölung nicht zu reichen und solche Kinder, wenn gestorben, nach dem Ritus für Kinderbeerdigung zu begraben“. Es liegt auf der Hand, daß auch v o r dem siebenten Lebensjahr Kinder den Vernunftgebrauch erlangt haben können. — Aber auch außer der Todesgefahr hat das Kind nach Vollendung des siebenten Lebensjahres ein Anrecht auf die Kommunion und darum auf die Vorbereitung des Verstandes und des Herzens (Can. 854 § 3), außer es liegt der Beweis vor, daß der Vernunftgebrauch nicht vorhanden ist.

Wenn eine Person, welche unter Bezichtigung schwererer Vergehen steht, nur mit Anstoß des Volkes zum Tische des Herrn hinzutreten könnte, so darf der Ordinarius mit Einhaltung der Rechtsformen (nach dem ersten Verhör oder im Verlauf des Prozesses) ein Dekret erlassen, welches dem Beschuldigten den ö f f e n t l i c h e n E m p f a n g der h e i l i g e n K o m m u n i o n entzieht. Die Rechtsformen sind folgende: a) Anhörung des kirchlichen Rechtswartes (promotor iustitiae); b) Vorladung des Angeeschuldigten, mag er nun erscheinen oder nicht; c) Ausschluß eines weiteren Rechtsweges Cann. 1956 und 1958. Der p r i v a t e Kommunionempfang ist nicht ausgeschlossen. Tritt die Unschuld der Person klar zutage, so kann ein etwaiges Ärgernis auch in anderer Weise beseitigt werden. Das Dekret kann nur ein zeitweiliges sein bis zum Ausgang der Verhandlung. Zuweilen kann auch einem B e i c h t v a t e r eine derartige Maßregel notwendig erscheinen; so wenn eine sonst eifrige Person unter dem allgemeinen Verdacht der Verleumdung, des Diebstahls, der Unsitlichkeit steht. — Die O r d e n s o b e r n i. w. S., also

die Obern der männlichen und weiblichen Regularen und Religiösen, können einem Mitgliede ihrer Genossenschaft die heilige Kommunion untersagen, wenn dasselbe seit der letzten Beicht der religiösen Gemeinschaft zum schweren Uergernisse gereichte oder eine schwere äußere Schuld beging; das Verbot hört auf mit der nächsten Beicht dieser Person Can. 595 § 3; „Handbuch“ I² S. 430. Auch hier kommt nicht die *i n n e r e* Schuld in Frage, sondern nur das Wohl des Ganzen.

II. Pflicht der heiligen Kommunion. 1) Es gibt ein *g ö t t l i c h e s* Gebot, die heilige Kommunion in Todesgefahr und öfters im Leben zu empfangen (Joh 6, 54). Seit dem vierten Laterankonzil (1215) gibt es aber auch ein allgemeines Kirchengebot, durch dessen Erfüllung auch das göttliche Gebot erfüllt wird; vgl. Thomas ex Charms O. Cap.: Theologia universa (1877) II pag. 227. Das Kirchengebot lautet in der Fassung des Kodex also: „Jeder Gläubige beiderlei Geschlechts, welcher zu den Unterscheidungsjahren d. h. zum Gebrauch der Vernunft gelangt ist, muß einmal im Jahre, wenigstens zu Ostern, das Sakrament der Eucharistie empfangen, außer er glaubt vielleicht, auf den Rat seines Eigenpriesters („*proprii sacerdotis*“) wegen eines vernünftigen Grundes auf eine Zeit sich des Genusses enthalten zu müssen“ Can. 859 § 1.

E r l ä u t e r u n g: a) Fast unverändert besteht dieses Kirchengebot schon über 700 Jahre. Der Kodex hat nur „die Unterscheidungsjahre“ amtlich erklärt als die Jahre „des erreichten Vernunftgebrauches“. „*Omnis fidelis . . . debet semel in anno, saltem in Paschate, Eucharistiae sacramentum recipere*“, dieser Satz muß offenbar so ausgelegt werden, daß man wenigstens einmal im Jahre (saltem semel in anno), nämlich zu Ostern, kommuniziere, aber nicht so, daß man wenigstens zu Ostern nur dann kommunizieren müsse, wenn man sonst es nicht getan habe. — b) Der *V e r n u n f t g e b r a u c h* wird vorausgesetzt nach Vollendung des siebenten Lebensjahres Can. 88 § 3. — c) Die *O s t e r z e i t* dauert vom Palmsonntage bis zum Weißen Sonntage; die Ortsordinarien aber haben das Recht, diese Zeit, wenn Personen- und Ortsverhältnisse dies verlangen, auch für alle Gläubigen zu verlängern, aber nicht über den vierten Fasten-

sonntag („Laetare“) und nicht über das Fest der heiligsten Dreifaltigkeit hinaus Can. 859 § 2. Auch der „proprius sacerdos“ d. i. der Pfarrer oder Seelsorger (Can. 6 nn. 2, 3) kann einer Person den Aufschub erlauben Can. 859 § 1. — d) Der Ort der Osterkommunion ist freigestellt; ebenso der Ritus; indes ist den Gläubigen zu empfehlen, daß sie in der eigenen Pfarrei und nach eigenem Ritus kommunizieren Cann. 859 § 3; 866 § 2. Hat jemand in einer fremden Pfarrei kommuniziert, so soll er den eigenen Pfarrer davon benachrichtigen Can. 859 § 3. — e) Die Verpflichtung der Kinder (Knaben bis zum 14., Mädchen bis zum 12. Jahre Can. 88 § 2) bindet auch ihre geistlichen Pfleger, nämlich Eltern, Vormünder, Beichtväter, Lehrer und Pfarrer Can. 860. — f) Die Osterpflicht dauert auch nach der Osterzeit für diejenigen, die sie mit Recht oder Unrecht während dieser entweder gar nicht Can. 859 § 4 oder nur sakrilegisch erfüllten Can. 861; „Handbuch“ I² S. 101.

2) Ein zweites Gebot, welches göttlich und kirchlich zugleich ist, geht dahin, daß die Gläubigen in der Todesgefahr, mag sie aus einer Krankheit oder aus einer sonstigen Ursache entstehen, die heilige Kommunion zu empfangen verpflichtet sind Can. 864, wie wir schon oben sahen. Vor allem darf die heilige Wegzehrung nicht zu lange aufgeschoben werden, weshalb die Seelsorger eifrig auf den baldigen Empfang im Zustand des vollen Bewußtseins hinarbeiten sollen Can. 865. Die heilige Wegzehrung muß, abgesehen von einem dringenden Notfalle, nach dem eigenen Ritus des Schwerkranken empfangen werden Can. 816 § 3; sie kann und soll („valde suadendum“) gespendet und empfangen werden, wenn auch der in Todesgefahr Schwebende am selben Tage bereits die gewöhnliche Kommunion (nicht die Wegzehrung) empfangen Can. 864 § 2. Wie wir sahen, kann die Wegzehrung entsprechend dem weissen Ermessen des Beichtvaters öfters während derselben Todesgefahr (aber nicht am gleichen Tage) genossen werden ibi § 3. Kein Tag des Kirchenjahres, keine Stunde des Tages und der Nacht schließt den Empfang der Wegzehrung aus Cann. 867 §§ 2. 5. — Außer diesen beiden eigentlichen Geboten der Osterkommunion und des Wegzehrungsempfanges gibt es noch verschiedene Ge-

legenheiten, welche den Empfang der Eucharistie nahelegen, zuweilen auch förmlich gebieten.

3) Am G r ü n d o n n e r s t a g ist es Herzenswunsch der Kirche, daß alle Kleriker, auch die Priester, welche an diesem Tage der Opferfeier sich enthalten, den Fronleichnam Christi im Hochamte oder in der Konventmesse genießen Can. 862. Über das Recht der Zelebration an diesem Tage vgl. Cann. 239 § 1 n. 4; 349 § 1 n. 1; 323 § 1; 2 und 6 nn. 1 und 6; Caer. Episc. l. 2 c. 23 n. 6; S. R. C. in Conchen. d. 22. Dec. 1770; ME. 12, 33—35; S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ II § 159 S. 252⁸; R u n z Christian: „Zelebrant“ Art. 42 S. 290; Ferreres I. B.: „La Curia“ n. 386 pag. 186.

4) Im Can. 863 berührt der Kodex eine Kommunionspflicht, welche sich aufbaut auf dem großen Geseze der F r e i h e i t (Zaf 1, 25) und auf dem Gebote der Gottes- und wohlgeordneten Selbstliebe: „Die Gläubigen sollen ermuntert werden, daß sie häufig, ja täglich sich am eucharistischen Brote erquicken gemäß den Normen, welche die Dekrete des Apostolischen Stuhles gaben; und daß die Messebesucher nicht nur in geistlicher Sehnsucht, sondern auch durch den sakramentalen Empfang der Eucharistie mit guter Vorbereitung kommunizieren“ Can. 863; vgl. die reichen Quellen, welche Kardinal G a s p a r r i in seiner Ausgabe dem Kanon beigibt. „Iste panis quotidianus est; accipe quotidie, quod quotidie tibi prosit, ut quotidie merearis accipere“ c. 56 D. 2 de consecr. aus „Ambrosius“, wahrscheinlich Maximus von Turin († 450); Trid. sess. 13 c. 8; sess. 22 c. 6. — Für die häufige, ja die tägliche Kommunion kennt Can. 863 nur eine Vorbedingung: Der Empfänger muß sein „rite dispositus, r i c h t i g d i s p o n i e r t“. Diese Seelenverfassung ist gegeben, wenn der Empfänger im Stande der Gnade und in rechter A b s i c h t zum Tische des Herrn kommt, also nicht aus bloßer Gewohnheit oder Eitelkeit oder menschlichen Rücksichten, sondern um im Einklang mit dem Willen Gottes sich ihm enger zu verbinden und in diesem göttlichen Heilmittel Gesundung von allen Krankheiten und Schwächen zu finden, Dekret „Sacra Tridentina Synodus“ d. 20. Dec. 1905 der Konzilskongregation nn. 1. 2 (ME. 17, 536). In allen Sprachen wurde dieses wichtige Dekret besprochen und ausgelegt; vgl. S ä g m ü l l e r J. B.: Kirchenrecht³ II S. 40; F e r r e-

res I. B.: „La Comuni6n frecuente y diaria“³ (1911). — Die häufige, ja tägliche heilige Kommunion soll namentlich in den religiösen Genossenschaften gefördert werden Can. 595 §§ 2. 4.

5) Eine Pflicht der heiligen Kommunion kann sich aus Neben Umständen (per accidens) ergeben. a) Wer die Ablässe im Laufe des Kirchenjahres (ausgenommen die Jubiläumsablässe) gewinnen will, muß wenigstens zweimal im Monate beichten oder „täglich in richtiger Verfassung kommunizieren, wenn er auch ein- oder zweimal in der Woche vom Tische des Herrn ferne bleibt“ Can. 931 § 3. — b) Wer zu einer höheren Weihe befördert wird, ist verpflichtet, die heilige Kommunion in der Ordinationsmesse zu empfangen Can. 1005. — c) Will ein Katholik die Eucharistie empfangen, so gehört dazu, daß er sich mit dem eucharistischen Brote stärkt Can. 1033. — In der Regel wird auch in den Konstitutionen der Religiösen vorgesehen sein, daß die heilige Kommunion bei der Einkleidung und Profess empfangen werde; vgl. Cann. 541; 571.

III. Die Vorbereitung zur hl. Kommunion findet sich behandelt oben § 11 A. n. IV S. 74 f.

Der Kult der Eucharistie wird später, wenn vom Gottesdienst die Rede ist, behandelt werden Cann. 1265—75. Über die Eucharistie als Opfer und Opferspeise finden wir — abgesehen von den Schrifttexten — die schönsten Zeugnisse bei den heiligen Vätern und Schriftstellern von der ältesten Zeit an, vgl. Rauschen Gerhard: „Patrologie“² S. 22, 29, 40, 54, 64, 78 ff.; Alzog Johannes: Patrologie⁴ S. 46, 84, 112 ff.; — in den Apokryphen vgl. u. a. Wilpert Joseph: „Fractio panis“ (1895); — und in den Inschriften des Aberkioß und Pettkorioß bei Kaufmann C. M.: „Epigraphik“ (1917) S. 169 ff.

§ 13. Das Bußsakrament.

Der Roderer behandelt den Stoff in fünf Kapiteln: Spender; Sündenvorbehalt; Empfänger; äußere Umstände der Spendung; Ablässe. Wir halten uns an diese Anleitung, verweisen aber die Ablässe in einen eigenen Paragraph. An der Spitze steht Can. 870: „Im Bußsakramente werden durch richterliche Losprechung, die der rechtmäßige Spender erteilt, dem in richtiger Verfassung befindlichen Gläubigen die nach der Taufe begangenen Sünden nachgelassen.“

a) Gegenstand der sakramentalen Losprechung sind nur die nach der Taufe begangenen schweren oder läßlichen Sünden; denn die Erbsünde und die vor der Taufe begangenen Sünden werden durch die Taufe getilgt, vgl. oben § 9. Zugleich mit den schweren Sünden wird stets auch die ewige Strafe und teilweise die zeitliche nachgelassen; *Errores Armenorum* a. 1341 *damnati, error* 17. (D.-B. n. 355). Eine praktische Folgerung aus dem Gesagten ist, daß die vor der Taufe begangenen Sünden auch nicht als freiwilliger Gegenstand (*materia voluntaria*) der Losprechung in die Beicht eingeschlossen werden können.

b) Der Empfänger leistet bei diesem Sakramente die *Materie* (*quasimateria*), nämlich Reue, Beicht und Genugtuung (D.-B. n. 699). „Wenn der Beichtvater über die geforderte Verfassung des Beichtkinds (*de poenitentis dispositionibus*) nicht zweifeln kann und dieser die Losprechung erbittet, so darf die Losprechung weder verweigert noch aufgeschoben werden“ Can. 886; denn der Pönitent hat ein Unrecht darauf. Bezüglich der *Genugtuung* genügt selbstverständlich die Bereitwilligkeit, die Buße auf sich zu nehmen. Denn „nach der Beschaffenheit und Zahl der Sünden und nach der Lage des Beichtkinds hat der Beichtvater heilsame und entsprechende Genugtunungen aufzulegen; und diese soll der Pönitent *bereitwillig* (*volenti animo*) entgegennehmen und sie in eigener Person erfüllen“ Can. 887. Die beste Auslegung dieses Kanon findet sich im R. R. tit. 3 c. 1 nn. 18—21.

c) Die sakramentale Form der Losprechung lautet: „Ego te absolvo“ etc. D.-B. nn. 699 (*Decr. pro Armenis*) et 896 (*Trid. sess. 14 c. 3*) oder kurz „Te absolvo“ oder „Absolvo te“; hiedurch ist dem Wesen genügt. Freilich „dürfen die Gebete, welche die Kirche der Absolutionsformel angefügt hat, nur aus rechtmäßigem Grunde weggelassen werden, wenn sie auch zur Erlangung der Losprechung nicht notwendig sind“ Can. 885.

Das Römische Rituale gibt eine dreifache Form an: α) die volle Form R. R. tit. 3 c. 2 nn. 1—3.; β) die abgekürzte Form, enthaltend die Absolution von Excommunicationen und die sakramentale Absolution von Sünden; γ) in äußerster Not lediglich die Absolutionsform *ibi* n. 5. Die volle Form

besteht aus folgenden Gebeten: Misereatur tui; Indulgentiam; Dominus noster I. Chr.; Deinde ego te absolvo; Passio Domini. Während des ersten und letzten Gebetes sind die Hände gefaltet, sonst ist die Rechte gegen den Pönitenten hin erhoben R. R. tit. 3 c. 2 n. 2. Die kürzeste Formel lautet: „Ego te absolvo ab omnibus censuris, et peccatis, in nomine Patris †, et Filii, et Spiritus Sancti. Amen“ ibi n. 5. — Im Oriente besteht die Beichte „aus dem reinigen Bekenntnisse der einzelnen Sünden (*ἡ μετάνοια, ἐξομολόγησις, ἐξαγόρευσις*), aus der Auflegung eines Bußwerkes (*τὸ ἐπιτίμιον*), und der Losprechung (*ἡ λύσις, συγχώρησις*) des Priesters. Nur wird letztere bei den unierten und nicht unierten Griechen nicht wie in der römischen Kirche in richterlicher (Absolvo), sondern in bittender Form „mit der *συγχώρητικὴ εὐχή* erteilt“ (ähnlich unserem Indulgentiam). Die unierten Syrer, die unierten und schismatischen Armenier, sowie die Russen folgen dem lateinischen Brauche seit ungefähr dem 13. Jahrhundert, Lübeck S. 167 f.; v. Malke w: „Die Sakramente der Orthodox-Katholischen Kirche des Morgenlandes“ (Berlin 1898) S. 152; auch in der *abendländischen Kirche* war die deprefative Form vorhanden, wie der Oratorianer Johann Morinus (1591—1659) nachzuweisen sich bemüht im Comm. histor. de disciplina in admin. sacr. poenitentiae 1651. — Die Akte des Pönitenten und die Losprechung des Priesters müssen auch örtlich geeint sein; man fordert eine Nähe bis zu zwanzig Schritten S. Alfonsus in Theol. mor.: De Poenitentia n. 429. Freilich gilt diese Ortsbeschränkung von den Beichten einzelner. Wenn dagegen vor der Schlacht ganze Regimenter, Brigaden, Divisionen, ja Armeekorps gemeinsam absolviert werden („generalis formula seu communi absolute“), so reicht die Absolution so weit, als eben die Formationen sich ausdehnen. Wir haben hierüber ein Dekret der heiligen Pönitenziarie vom 6. Februar 1915 (AAS. 7, 72; PMS. 25, 756): „Licet milites ad proelium vocatos antequam ad s. communionem admittantur, absolvere generali formula seu communi absolute, sine praecedenti confessione, quando tantus est eorum numerus, ut singuli audiri nequeant, doloris actu debite emisso. — Nihil vero obstat, quominus sic absoluti in praefatis adiunctis ad s. Eucharistiam suscipiendam admittantur. Ne omittant vero capellani militum, data opportunitate, eos docere: absolute non esse profuturam, nisi rite dispositi fuerint, iidemque obligationem manere integram confessionem suo tempore peragendi, si periculum evaserint.“ Daraus entnehmen wir, daß eine allgemeine Beicht durch Worte oder Zeichen genügt, wenn sie mit der übernatürlichen Reue verbunden ist. Auch reicht die Losprechung hin, welche gehört oder gesehen wird, auch wenn einzelne Soldaten oder Abteilungen viel weiter als zwanzig Schritte vom absolvierenden Priester entfernt sind. Das gleiche gilt bei Schiffsunfällen, Grubenkatastrophen: aber auch bei Unglücksfällen einzelner, z. B. bei einem Sturz von Türmen und Gebäuden oder ins Wasser. Freilich empfiehlt sich hier die bedingte Formel, wie sie Papst Clemens VIII. gebrauchte „Si es capax, absolvo te a peccatis tuis“, als er einst vom Giebel der Vatikanischen Basilika einen Maurer herabfallen sah, Ben. XIV. in Syn. l. 7 c. 15 n. 10. — Über die Beicht und Absolution durch *Tesephon* vgl. „Handbuch“ I^o S. 445.

A. Der Spender der sakramentalen Lossprechung.

I. **Göttlich rechtliche Voraussetzungen.** „Spender dieses Sakramentes ist nur der Priester“ Can. 871. „Außer der Weihgewalt wird zur gültigen Lossprechung im Spender noch gefordert die Regierungsgewalt, sei es die ordentliche oder die übertragene, gegenüber dem Pönitenten“ Can. 872.

1) Zur gültigen Spendung des Bußsakramentes gehört nach göttlichem Rechte der gültige Empfang der *P r i e s t e r - w e i h e*; darum sind *L a i e n*, darum sind auch *K l e r i k e r* bis zum *D i a k o n* einschließlich ungeeignete und untaugliche Spender der sakramentalen Lossprechung Trid. sess. 14 cn. 10 de poen.; Interrogationes Wicleffitis et Hussitis proponendae, i. 20 D.-B. n. 690; Leo I. in ep. „Sollicitudinis“ d. 11. Jun. 452 D.-B. n. 146.

2) Da wir es aber mit einem richterlichen Akt (Can. 870) zu tun haben, so muß notwendigerweise der Priester Richterergewalt haben über den Büßer, *I n n o z e n z* III. auf dem Laterankonzil c. 21 D.-B. n. 437; vgl. auch nn. 699; 903; 1537; über die Väterlehre vgl. *S p e c h t* Thomas: Dogmatik II § 145 n. 1 S. 314.

Indes finden wir sowohl bei den Vätern als auch noch in den Dekretalen *G r e g o r s* IX. (1234) Stellen, z. B. *C h y p r i a n* (Ep. 12 n. 1 M. 4, 265) u. c. 2 De furtis (V 18), welche von der einem *D i a k o n* abgelegten Beicht (mit dessen Handauflegung) handeln; freilich eine sakramentale Lossprechung wird dabei nicht erwähnt; mit Recht sagt Bischof *D o d* von Paris († 1208) in einer Diözesanverordnung (n. 56; M. 212, 68): „Item prohibetur districte, ne diaconi ullo modo audiant confessiones, nisi in aetissima necessitate; claves enim non habent nec possunt absolvere.“ Doch gab es im Mittelalter auch eine *L a i e n b e i c h t*, wie u. a. sogar *S t. T h o m a s* bezeugt in 4 D. 17 q. 3 a. 3 q. 2: „In necessitate etiam laicus vicem sacerdotis supplet, ut ei confessio fieri possit“. Diese „Laienbeicht“ verdankt ihren Ursprung wahrscheinlich dem Buche „De vera et falsa poenitentia“, welches dem Augustin zugeschrieben wurde. Aus diesem Buche ging die Stelle hervor „Tanta vis confessionis est, ut, si deest sacerdos, confiteatur proximo“ c. 1 D. 6 de poen., wodurch sie die Verbreitung des decretum Gratiani erhielt. Die Praxis der Laienbeicht zeigt ihre Spuren noch am Anfange des 15. Jahrhunderts, *B e n .* XIV. in Syn. l. 7 c. 16 n. 10, ja sogar noch in den Sagen der Jetztzeit. Der Laienbeichte lag folgender Gedanke zugrunde: Kann ein *I n h a b e r d e r S c h l ü s s e l g e w a l t* (Bischof oder Priester) nicht erreicht werden, so darf und soll (nach manchen muß) man einem Diakon, Kleriker oder auch einem Laien beichten. Das aufrichtige Bekenntniß, die Beschämung, die Demütigung usw. erwirkt Verzeihung der Sünden; eine sakramentale

Loßprechung kann nicht gegeben werden. Schon **Benedikt XIV.** hat die „**Diaconenbeicht**“ und die „**Laienbeicht**“ meisterhaft behandelt in seinem Werke *De syn. dioec.* l. 7 c. 16 nn. 4 sqq. In neuester Zeit wurde dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt; vgl. **Santi-Leitner**: *Praelectiones* V. 18 n. 4; **Zeitner M.**: „**Eherecht**“^a § 33 S. 171 ff., wo wir besonders den seligen **Albert den Großen** gegen Mißverständnisse verteidigen; **Königer A. M.**: „Die Beicht nach **Cäsarius von Heisterbach**“ 1906; **Gillmann Franz** im *Katholik* 1909 S. 435; 1910 I. 318 f.; **Gromer Georg**: Die „**Laienbeicht im Mittelalter**“ 1909; **P. P. Schmolli**: „Die Bußlehre der Frühscholastik“ 1909; **H. Soli**: „**Enthusiasmus und Bußgewalt beim griechischen Mönchtum**“ (Leipzig 1898); **J. Hörmann**: „**Untersuchungen zur griechischen Laienbeicht**“ (Donaupörth 1913); **Andreas Wigelmair**: „Die Laienbeicht nach den neueren Forschungen“ in *WMs.* Bd. 26 S. 445. In Rom wurde die „**Laienbeicht**“ prinzipiell in Frage gestellt unter **Papst Urban VIII.** (1623—44) durch einen nach China beordneten Missionär, welcher aus der günstigen Lösung die Möglichkeit erhoffte, den chinesischen Frauen, welche im engsten Gewahrjam gehalten werden, helfen zu können. Doch wurde selbstverständlich die Gültigkeit und Erlaubtheit der Laienbeichte verneint, **Marcus Battaglini** in *Annalibus Sacerdotii et Imperii italice scriptis* ad a. 1637 §§ 10 sq., **Io. Morinus** in *Com. historico de admin. sacram. Poenitentiae* l. 8 c. 24; **Sandini**: „*Vitae Pontificum*“ pag. 556.

II. Ordentliche Beichtjurisdiction besitzen für die Gesamtkirche der **Papst** und die **Kardinäle**; — für das einschlägige Gebiet die **Ortsordinarien** und die **Pfarrer** und **Pfarrstellvertreter** *Can. 873 § 1*; ferner der **Kanonikus Pönitenziarius** in den Dom- und Kollegiatkirchen, endlich nach Maßgabe der Konstitutionen die **exempten Ordensobern** (i. w. S.) für ihre Untergebenen *ibi § 2*.

Erläuterung. 1) Die an die Ämter geknüpfte ordentliche Jurisdiction (*Can. 197 § 1*) wird mit dem rechtlichen Antritte des Amtes erworben und geht verloren durch den Verlust des Amtes (*Can. 183*), sowie durch die Exkommunikation, Amtszuspension und Interdizierung *p. s. Cann. 873 § 3; 2261; 2264; 2275 n. 2; 2284*. Die Träger der ordentlichen Beichtjurisdiction können ihre Untergebenen auf dem ganzen Erdfreife absolvieren *Can. 881 § 2*. Wer eine ordentliche Beichtjurisdiction besitzt, kann sie einem anderen Priester ganz oder teilweise delegieren, außer das Recht verbietet dies ausdrücklich *Can. 199 § 1*. Ausdrücklich ist die Delegation untersagt: a) den **Kardinälen**, welche dieselbe nur im beschränkten Maße, nämlich für sich und ihre

Hausgenossen (familiares) erteilen können Can. 239 nn. 1. 2; b) den Pönitenzialen der Dom- und Kollegiatkirchen Can. 401 § 1; c) den Pfarrern und den Pfarrstellvertretern E. der Roderkommission vom 16. Okt. 1919 ad 3 (AAS. 11, 477).

2) Der Begriff „Ortsordinarius, Ordinarius loci vel locorum“ wird genauer dargelegt in Can. 198. Zu den „Pfarrern und Pfarrstellvertretern“ gehören die eigentlichen Pfarrer, die Missionspfarrer (quasi-parochi); Pfarrvikare, soweit sie die volle Pfarrgewalt innehaben Can. 451 § 2; also die vicarii actuales, vicarii oekonomi; substituti, adiutores, letztere beide, wenn sie den Pfarrer ganz vertreten Cann. 471—74. — Bei den exempten Klosterobern bestimmen die Konstitutionen, welche Obern die ordentliche Jurisdiktion besitzen; zweifellos gehören dazu die höheren Obern (Can. 488 n. 8). Über die Befugnisse der Obern exempter Laienobern wird unten genauer berichtet Can. 875 § 2.

3) Wenn auch die Beichtjurisdiktion der Ortsordinarien Pfarramtzinhaber und Pönitenzialen auf das eigene Gebiet beschränkt ist Can. 873 §§ 1 und 2, so können doch alle Priester des Säkular- und Regularklerus, welche an einem Orte (Gebiete) ordentliche oder delegierte Vollmacht besitzen, auch sämtliche Wohnsitzlose (vagi) und Fremde (peregrini) aus anderen Bistümern oder Pfarreien, sowie alle Katholiken eines jeden orientalischen Ritus, welche zu ihnen kommen, gültiger- und erlaubterweise absolvieren Can. 881 § 1. Über die Absolution von Reservaten ist unten die Rede B. n. VII.

III. Delegierte Beichtjurisdiktion. Die Beichtjurisdiktion kann delegiert werden vom Rechte, Papste, Ortsordinarius, Ordensobern mit oder ohne Beschränkung.

1) Das Recht selbst verleiht die Beichtjurisdiktion für alle in einer Todesgefahr schwebenden Pönitenten Can. 882: „In Todesgefahr sprechen alle Priester, auch wenn sie keine Beichtjurisdiktion (approbatio i. w. S.) besitzen, gültiger- und erlaubterweise jegliche Pönitenten von allen Sünden und Zensuren, auch den reservierten und offenkundigen, los, selbst wenn ein bevollmächtigter Priester anwesend wäre.“ Darnach kann jeder Beichtvater und jeder

Priester jeden Pönitenten in Todesgefahr von jeder Sünde, auch der schwersten, *stet s gültig* absolvieren; ebenso erlaubterweise, *excepto casu in quo sacerdos complicem in peccato turpi in periculo mortis absolvit, licet alius sacerdos a censuris liber sine gravi aliqua exortura infamia vel scandalo advocari potuerit* Can. 884; Ben. XIV. in Const. „Apostolici muneris“ d. 8. Febr. 1745. Absolviert der Priester in der Todesgefahr von *Gensuren*, welche dem Apostolischen Stuhle in ganz besonderer Weise (*specialissimo modo*) vorbehalten sind, oder welche ein kirchlicher Oberer (*censurae ab homine*) verhängt hat, so muß er die Pflicht auflegen, den Befehlen der Kirche zu gehorchen Cann. 2252; 2254 § 1; 882.

Das Recht dehnt die Beichtjurisdiktion aus für *Seereisen*. Alle approbierten Priester, welche eine Seereise unternehmen, besitzen folgende Vollmachten: a) die Vollmacht, während der ganzen Reise die Beichten aller mitfahrenden Katholiken im Schiffe abzunehmen, wenn auch das Schiff während der Fahrt an Orten vorüberfährt oder einige Zeit anhält, welche der Jurisdiktion verschiedener Ordinarien unterworfen sind Can. 883 § 1; b) die Vollmacht, die Beichten jener Katholiken zu hören, welche aus irgendeinem Grunde das Schiff besteigen, oder jener, welche beim Vorübergehenden *Betret en* des festen Landes durch die Priester diese um die heilige Beicht bitten; alle diese können gültiger- und erlaubterweise absolviert werden, auch von den dem Ortsordinarius reservierten Fällen *ibi* § 2. Noch ist der Begriff „*approbierter Priester*“ zu erklären. Derselbe umfaßt hier jeden Priester, der die Jurisdiktion von *seinem* Ordinarius oder vom Ordinarius des *Abgangs* *hafens* oder jeden *Zwischen* *hafens* rechtmäßig erhalten hat *ibi* § 1 und noch besitzt.

Das heilige Offizium gab die erste Vollmacht für Seereisen am 4. April 1900 (ME. 12, 103) und erweiterte sie am 12. Dezember 1906 (ME. 18, 482); die Beschränkung dieses letzteren Dekretes (die bischöflichen Reservate betreffend) ließ der Kodex fallen: a) Der Ausdruck „*maritimum iter, Seereise*“ begreift in sich die Reise auf dem *Meer*, möglicherweise auch die Reise auf Binnenseen; denn die Heilige Schrift des Neuen Testaments nennt den See Genesareth oft „*mare Galilaeae*“, dagegen nicht die Flußreisen, auch wenn sie Tage und Wochen dauern. b) „*Von seinem Ordinarius, a proprio Ordinario*“ ist, wie aus dem Zu-

sammenhänge erhellt, nur von seinem Ortsordinarius „Ordinarius loci“ zu verstehen, nicht von dem „exempten Ordensobern“; vgl. auch Arregui S. J.: *Compendium Th. mor.* 4 p. 286; Ferreres J. B.: *Th. mor.* 11 n. 654; ME. 33, 285; anders urteilen im C^pR. II 373 die PP. Domitius Rinos und Petrus Voltas, beide CMFF., indem sie das „Ordinarius des Can. 883“ zu stark betonen; denn „Ordinarius“ bedeutet, wie auch sonst nicht selten (Cann. 94 § 1; 112; 126—28 usw.), im Selig- und Heiligsprechungsprozeß Cann. 2023 ff.; 2002 und in der Erteilung der Beichtjurisdiktion immer den Ortsordinarius; denn der Gegensatz zu Ordinarius loci ist hier nicht Ordinarius schlechthin, sondern Superior religiosus exemptus; vgl. auch Can. 520 § 2; 521; 524 § 1; 526; 529. Dazu kommt, daß die vom Ordinarius der exempten Religiösen erteilte Vollmacht rein persönlicher Natur ist, das örtliche Gebiet aber in keiner Weise betrifft, während für die Seefahrt die örtliche Jurisdiktion erweitert wird.

2) Es liegt auf der Hand, daß der Papst bzw. der Apostolische Stuhl die Beichtjurisdiktion Welt- und Ordenspriestern unbeschränkt oder in größerer oder geringerer Beschränkung verleihen kann. Diese Verleihung wird notwendig oder wenigstens sehr erspriesslich sein bei Wallfahrtszügen, welche mehrere Diözesen berühren, z. B. nach Palästina, Rom, S. Jakob de Compostella usw.

Die Propagandakongregation hat am 4. Februar 1907 den Priestern, welche für die chinesische Mission bestimmt sind, erlaubt, daß sie auf dem Land- oder Wasserweg zu ihrer Mission, auch bevor sie den Eid gegen die chinesischen Gebräuche (Ben. XIV. in Const. „Ex quo“ d. 5. Iulii 1742) abgelegt hätten, die Beichten ihrer Mitbrüder, ihrer Meriker und Laienbrüder, der etwa mitreisenden Ordensschwestern, auch die der Sänfte- und Paktträger („vehicula aut cymbas vel sarcinas per iter ferentium“), endlich aller sonstigen Mitreisenden gütlicher- und erlaubterweise hören können, vorausgesetzt, daß sie die Approbation von einem Ordinarius (Can. 198 § 1) erhalten haben (ME. 19, 119). Der Eid, welcher sich auf die chinesischen Gebräuche bezieht („iuramentum circa Sinenses ritus praescriptum“), dürfte mit dem Kodex beseitigt sein Can. 6 n. 6; denn dieser Eid entstammt dem reinen Kirchenrecht, dagegen hat der Kodex über die Erlaubtheit oder Unerlaubtheit der chinesischen Gebräuche eine Entscheidung nicht gegeben; hier bleiben die bestehenden Vorschriften, da es sich um die Grenzen des göttlichen Rechtes handelt Can. 6 n. 6; vgl. *Monita ad Missionarios Provinciae Schantung Meridionalis* (Puoli 1886) pag. 75 n. 10.

3) Der Ordinarius („Ordinarius loci“ Can. 198 § 2) des Ortes, in welchem die Beichten abgenommen werden, kann die Beichtjurisdiktion zum Beicht hören der Weltpriester und Weltleute, der Religiösen und Novizen männlichen Can. 874; 875 und weiblichen Ge-

schlechts Can. 876 delegieren den Welt- und Ordenspriestern Can. 874—75.

a) Delegiert der Ortsordinarius die Beichtjurisdiktion Weltpriestern seines oder eines fremden Bistums, so hat er nur die allgemein geltenden Cann. 877 sqq. zu beachten.

b) Handelt es sich dagegen um Ordenspriester i. w. S., so soll der Ortsordinarius dieselben auf die Dauer (habitualiter) nur dann mit Beichtjurisdiktion versehen, wenn sie vom eigenen Obern vorgeschlagen werden. Werden sie aber vom eigenen Obern vorgeschlagen, so soll er ihnen, die Tauglichkeit nach Can. 877 stets vorausgesetzt Can. 874 § 2, die Beichtjurisdiktion nicht verweigern, außer es liegt ein schwerwiegender Grund vor. Haben Ordenspriester i. w. S. die Beichtjurisdiktion tatsächlich erhalten, so bedürfen sie zur Ausübung derselben der ausdrücklichen, stillschweigenden oder wenigstens der vorausgesetzten Erlaubnis des zuständigen Obern Can. 874 § 1, außer es beichtet bei ihnen ein Religiöse zur Beruhigung seines Gewissens Can. 519.

c) Der Ortsordinarius allein ist es, welcher einen Priester zum ordentlichen oder außerordentlichen Beichtvater der weiblichen Religiösen ernennt und ihn mit Beichtjurisdiktion versieht Can. 876.

4) Auch der zuständige Obere eines exempten Alerikalordens oder einer exempten Alerikalkongregation kann Beichtjurisdiktion verleihen Can. 875 § 1. Die delegierte Jurisdiktion erstreckt sich auf das Beicht hören der eigenen Ordensfamilie: der Professoren, Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1) und kann verliehen werden Priestern der eigenen Genossenschaft, Weltpriestern und Priestern einer fremden Genossenschaft Can. 875 § 1. Alle Alerikalorden sind exempt. Von den Alerikalkongregationen sind exempt die Lazaristen, Passionisten, Redemptoristen, Oblaten M. I. Wer der zuständige Obere ist, das bestimmen die Konstitutionen Can. 875 § 1.

In den exempten Laienorden wählt der zuständige Ordensobere die Priester, welche Beichtväter sein sollen aus (designat) und schlägt sie dem Ordinarius der Ordensniederlassung vor (proponit), der ihnen die Approbation (Can. 877 § 1) und Jurisdiktion erteilt Can. 875 § 2.

Vor Inkrafttreten des Kodex (19. Mai 1918) herrschte bezüglich der Frage, wer den Ordenspriestern die Beichtjurisdiction über die Weltleute verleiht, keine geringe Verwirrung, bewirkt durch die unrichtige Auffassung des Wortes „*Approbatio*“. Noch in der 12. Auflage (1914) seiner geschätzten *Theologia moralis* schreibt P. Aug. Lehmkühls I. II n. 494: „*Confessarii regulares, si modo adsit approbatio ex parte episcopi loci accepta, iurisdictionem ad audiendas confessiones saecularium accipiunt a. S. Pontifice, mediis suis superioribus*“; ähnlich Ios. Putzer C. Ss. R.: „*Dissertatio de confessariis religiosorum exemptorum*“ (Ilchestriae 1897) pag. 2; viel bescheidener drückt sich P. Dominicus M. Pruemmer O. Pr. in *Theol. mor.* III (1915) n. 416 aus: „*Ita sententia communior*“; vgl. dagegen Santileitner: *Praelectiones* III 37 nn. 8—12 pag. 364 sqq. Eine weitere Auseinandersetzung hat jetzt nur mehr geschichtlichen Wert.

5) Die Voraussetzung der Jurisdiktionsverleihung ist die *Approbation* im engeren Sinne, d. h. das Urteil des kirchlichen Obern, welches den fraglichen Priester für tauglich zum Beicht hören erklärt. „Die Ortsordinarien dürfen die Beichtjurisdiction Priestern nur dann verleihen, wenn sie dieselben in einer Prüfung für geeignet befunden haben, außer es handelt sich um einen Priester, dessen theologisches Wissen sie anderwärts erprobten“ Can. 877 § 1. Die gleiche Pflicht bindet die Ordensobern, bevor sie die Beichtjurisdiction (Can. 875 § 1) oder die Beichterlaubnis (Can. 847 § 1) erteilen Can. 877 § 1. Entsteht nach der Jurisdiktionsverleihung oder Erlaubniserteilung ein begründeter Zweifel, ob der von ihnen (oder auch von anderen kirchlichen Obern, z. B. Vorgängern) Approbierte noch weiterhin geeignet ist, so können und sollen sie ihn einem neuen Examen unterwerfen, selbst wenn es sich um einen Pfarrer oder einen Penitenzialkanonikus handelt ibi § 2. In nicht wenigen Diözesen ist für die jüngeren Priester ein regelmäßig wiederkehrendes Kuralexamen vorgeschrieben, was dem Rechte entspricht.

6) Art der Jurisdiktionsverleihung. „Sollen die Beichten gültig sein, so muß die Beichtjurisdiction ausdrücklich entweder schriftlich oder mündlich (durch Worte) gegeben sein“ Can. 879 § 1. „Für die Jurisdiktionsverleihung kann nichts verlangt werden“ ibi § 2. Eine stillschweigende Beichtjurisdiction, welche man aus Handlungen oder Zeichen zu erschließen glaubt, genügt nicht; noch weniger eine vorausgesetzte Bevollmächtigung (*iurisdictionis praesumpta*). Wenn

auch die Annahme eines freiwilligen Almosens bei Gelegenheit der Jurisdiktionsverleihung hier nicht ausdrücklich verboten ist, so soll doch stets der Grundsatz der heiligen Pönitenziarie gelten: *Gratis omnino*.

7) **Beschränkung der Beichtjurisdiktion.** Selbst die Bevollmächtigung eines Priesters für die *Todesgefahr* erleidet bezüglich der Erlaubtheit eine kleine Beschränkung *Can. 882; 884*; ebenso sind die *Kardinäle*, so umfangreich ihre Beichtjurisdiktion ist, nicht ohne Schranken in der Absolvierung von den Zensuren, welche in ganz besonderer Weise dem Apostolischen Stuhle reserviert sind oder die das Stillschweigen des heiligen Offiziums betreffen *Can. 239 § 1 n. 1*. Um so mehr kann die gewöhnliche Beichtjurisdiktion und deren Ausübungen mit gewissen Einschränkungen gegeben werden; indes sollen die Ortsordinarien und religiösen Obern ohne vernünftigen Grund die Bevollmächtigung nicht zu stark einschränken *Can. 878*. Die Schranken der Jurisdiktion bzw. der Erlaubnis zum Beicht hören können betreffen: die Zeit; die Person; die Sünden.

a) In manchen Bistümern und Klöstern wird die Jurisdiktion jüngerer Priester auf anfänglich kurze, dann immer wachsende Zeit beschränkt; das geschieht in Übereinstimmung mit dem Geiste der kirchlichen Gesetzgebung *Can. 129; 130*. — Doch auch die verliehene Jurisdiktion (Erlaubnis) kann widerrufen oder aufgehoben werden, freilich nur aus einem schwerwiegenden Grunde *Can. 880 § 1*. Ja aus denselben schwerwiegenden Gründen kann der Ordinarius auch dem Pfarrer oder dem Pönitenziar das Amt eines Beichtvaters untersagen („*interdicere*“), doch steht diesen der Refurs an den Apostolischen Stuhl offen, jedoch nur mit übertragender Wirkung („*in devolutivo*“) *ibi § 2*. Indes kann der Bischof ohne Verständigung des Apostolischen Stuhles nicht allen Beichtvätern einer religiösen Niederlassung zugleich die Jurisdiktion entziehen, wenn es sich um eine ausgeprägte Niederlassung (*domus formata*) handelt *ibi § 3*.

Der Ortsordinarius kann die Beichtjurisdiktion entziehen, so daß die Beichten unerlaubt und ungültig sind: a) in Übereinstimmung mit dem Apostolischen Stuhle ohne Beschränkung; b) ohne Einverständnis mit dem Apostolischen Stuhle jedem Delegierten aus gewichtigem Grunde, mag es sich um Welt- oder Ordenspriester

handeln; indes kann einer ausgeprägten religiösen Niederlassung die Jurisdiktion auch über die Weltleute nicht ganz entzogen werden. c) Der zuständige Ordensobere i. w. S. kann die Beichtjurisdiktion über seine Mitbrüder aus schwerwiegendem Grunde entziehen, so daß die Beichten bei einem so gemäßregelten Priester nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig sein können. d) Entzieht er nur die Erlaubnis („licentia“ Can. 874 § 1), so sind die Beichten unerlaubt, aber gültig. e) Hat der Ortsordinarius einem Pfarrer oder einem Pönitenziar das Beichtvateramt untersagt, so kann der Gemäßregelte nicht Berufung (appellatio) ergreifen, sondern sich nur an den Apostolischen Stuhl wenden (recursus), ohne daß jedoch das Interdict vom Beichtvateramt wirkungslos wird; nur die neue Prüfung kommt nunmehr dem Apostolischen Stuhle zu (devolvitur). f) Ist die Jurisdiktion einem Delegierten entzogen, so sind die Lösprechungen unerlaubt und nichtig, außer im Falle des Can. 209 (error communis). Wurde aber das Beichtvateramt einem Pfarrer oder Pönitenziar entzogen, so sind die Beichten gültig, aber unerlaubt; in einem dringenden Falle aber auch erlaubt Cann. 2275 n. 2; 2261 § 2.

b) Die Beichtjurisdiktion ist beschränkt und kann beschränkt werden hinsichtlich gewisser Personen. Sie ist beschränkt: a) hinsichtlich der männlichen Religiösen durch ihre Konstitutionen Can. 519, sowie durch die Stellung als Oberer Can. 518; β) hinsichtlich der weiblichen Religiösen Cann. 876; 520 (hier „ad valide et licite recipiendas confessiones“); γ) im Novizenmeister und seinem Gehilfen, in den Vorständen der Seminarien und Kollegien hinsichtlich ihrer im nämlichen Hause weilenden Zöglinge Can. 891; in allen, welche Jurisdiktion im äußeren Forum über weibliche Religiösen haben Can. 524 § 1; δ) zuweilen in bezug auf sämtliche Frauenspersonen; vgl. Can. 522; „Handbuch“ I² S. 345; 347; 352—58; ε) hinsichtlich der persona in peccato turpi complex Can. 884. Außerdem kann der zuständige Kirchenobere noch weitere maßvolle Begrenzungen festsetzen Can. 880.

„Absolutio compliceis in peccato turpi invalida est, praeterquam in mortis periculo; et etiam in periculo mortis, extra casum necessitatis, est ex parte confessarii illicita ad normam constitutionum apostolicarum et nominatim constitutionis Benedicti XIV. Sacramentum Poenitentiae, 1. Iunii 1741“ Can. 884; vgl. Can. 2367 (Strafbestimmungen).

Explicatio: 1) Agitur hic de peccato turpi i. e. de peccato contra sextum decalogi praeceptum quocunque sive opere, sive collo-

quo, sive aspectu commissio S. C. Inq. d. 28. Maii 1873. Nihil refert, utrum peccatum turpe sit sacrilegium simpliciter an etiam adulterinum, incestuosum, sodomiticum; verum huc pertinet simpliciter fornicarium quoque, scilicet ante subdiaconatum commissum S. Poen. d. 22. Ian. 1879. — 2) Sermo est de complicitate in peccato turpi, unde peccatum turpe sit necesse est utrimque internum et externum idemque utrimque grave. Complex potest esse et vir et femina. — 3) Absolutio complicitis in periculo mortis constituti semper est valida. — 4) Licita non est absolutio in eodem mortis periculo nisi a) „alius sacerdos, licet non approbatus ad confessiones, sine gravi aliqua exortura infamia et scandalo non possit excipere morientis confessionem“ vel b) „moribundus recuset alii confiteri“ Can. 2367 § 1. c) Licita videtur esse absolutio positis iisdem circumstantiis etiam tunc quando sacerdos quidem absque infamia vel scandalo adesse vel vocari possit, verum solus sacerdos censuris innodatus. Etenim Can. 2367 § 1 in sacerdote non approbato ultimum praecedentiae gradum indicavit; cfr. Can. 2261. — 5) Etiam extra mortis periculum absolutio complicitis potest esse valida, tunc scilicet quando confessarius complex complicem poenitentem bene dispositum quidem absolvit, non tamen a peccato complicitatis; etenim S. Poen. d. 16. Maii 1877 respondit: „Privationem iurisdictionis absolventi complicem in peccato turpi, et adnexam excommunicationem, quatenus confessarius illum absolverit, esse in ordine ad ipsum peccatum turpe, in quo idem confessarius complex fuit.“ Valida igitur est absolutio complicitis alias dispositi: a) quando ex oblivione praetermittit peccatum complicitatis; b) quando de peccato complicitatis se non accusat, a confessario complice ad id sive directe sive indirecte inductus. Verum confessarius in sic absolviendo graviter peccare, atque censuram incurrere potest vi Can. 2367 § 2. Utique non semper delinquit confessarius; si enim interrogandi onerisatisfecerit, si poenitentem complicem ad tacendum induxerit ea tantum ductus ratione, ut eum absolvere possit absque infamia vel scandalo, imposito poenitenti onere confitendi peccatum complicitatis data occasione alteri sacerdoti, peccati erit expers. — c) Valida erit absolutio complicitis qui absolute uti talis non agnoscitur; nam Benedictus XIV. in Const. „Sacramentum Poenitentiae“ d. 1. Iunii 1741 § 3 utitur verbis „absolvere audeat, ausus fuerit“ id quod in nostro casu non verificatur. — d) Valida est absolutio complicitis, si peccatum complicitatis non est materia confessionis necessaria, sed voluntaria, accusata vel cum aliis peccatis vel sola; nam S. C. Inq. d. 29. Maii 1867 declaravit: „Liberum esse confessario absolvere personam complicem quae a peccato complicitatis inhoneste absoluta iam fuit per alium confessarium; dandum tamen semper esse consilium confessario de quo agitur, ut nisi cogat necessitas, se absteineat ab excipiendis personae complicitis, licet iam a peccato complicitatis absolutae, sacris confessionibus“; cfr. Santi-Leitner: Praelectiones⁴ V pag. 222 sq.

Poenam indicat Can. 2367: „§ 1. Absolvens vel fingens absolvere complicem in peccato turpi incurrit ipso facto in excommunicationem specialissimo modo Sedi Apostolicae

reservatam; idque etiam in mortis articulo, si alius sacerdos, licet non approbatus ad confessiones, sine gravi aliqua exoritura infamia et scandalo, possit excipere morientis confessionem, excepto casu quo moribundus recuset alii confiteri. — § 2. Eandem excommunicationem non effugit absolvens vel fingens absolvere complicem qui peccatum quidem complicitatis, a quo nondum est absolutus, non confitetur, sed ideo ita se gerit, quia ad id a complice confessario sive directe sive indirecte inductus est.“

Explicatio: 1) „Absolvere“ indicat pronuntiare verba absolutionis cum intentione absolvendi, sive effectus sit secutus sive non. — 2) „Fingere“ absolutionem complicis significat aut pronuntiare verba absolutionis absque intentione absolvendi aut uti verbis vel signis quibus poenitens sibi persuadet se esse absolutum a peccato complicitatis. — Sin autem confessarius complex fingit absolutionem certiore facta persona complice ipsam non absolvi et teneri peccatum complicitatis alii confessario confiteri, non incurrit poenam excommunicationis. — 3) Haec excommunicatio est non solum speciali, sed specialissimo modo Apostolicae Sedi reservata Cann. 2353 n. 3; 239 § 1 n. 1; 2252—54; 2338 § 1; de qua plura inferius. — 4) Incurrit autem sacerdos graviter peccans hanc excommunicationem: a) extra mortis periculum, si absolvit vel fingit se absolvere peccatum complicitatis; b) extra mortis periculum, si absolvit personam complicem, non quidem a peccato complicitatis, sed ab aliis peccatis, quando persona complex a sacerdote complice ad tacendum complicitatis peccatum inducta fuit aut directe dicendo e. gr. hoc peccatum iam novi, declaratio huius peccati est inutilis, aut indirecte suadendo poenitenti actionem turpem cum ipso commissam non esse peccatum vel saltem non esse tam grave ut inquietari oporteat; c) in mortis articulo vel periculo absolvens personam complicem, si alius confessarius vel sacerdos, licet non approbatus facile excipere possit morientis confessionem; eam facile nequit excipere: a) si adsit periculum gravis infamiae vel scandali b) si moribundus recuset alii confiteri (id quod scandalo adnumerari poterit); d) si sacerdos vocandus sit aliqua censura innodatus (supra pag. 128).

Nunc pauca de absolutione excommunicationis propter absolutionem complicis contractae. 1) Est specialissimo modo Apostolicae Sedi reservata ita ut ne Cardinalis quidem ordinario iure eam absolvere possit Can. 239 § 1 n. 1. 2) Quicumque talem excommunicationem sine debita facultate absolvendo amovere praesumunt, ipsi incurrunt excommunicationem simpliciter Ap. Sedi reservatam Can. 2338 § 1. 3) Nihilominus sacerdotes quibus inhaeret praedicta excommunicatio specialissima, absolvi possunt ab ea et in periculo mortis Can. 2252 et in

casibus urgentioribus Can. 2254, in utroque tamen casu semper cum onere standi mandatis Ecclesiae quod numquam cessat Can. 2254 § 3; nam ipsi absoluti scribere tecto nomine possunt ad S. Poenitentiarium.

e) Die Beichtjurisdiction kann beschränkt sein durch den Vorbehalt, sei es daß die Sünden an sich oder wegen der ihnen anhaftenden Zensuren einem kirchlichen Obern vorbehalten sind. Während die Zensuren beim kirchlichen Strafrecht zu behandeln sind, handelt der nächste Abschnitt von dem Sündenvorbehalt Can. 893—900.

Die Beschränkung der Beichtjurisdiction in der katholischen Kirche ist durchaus vernünftig und gemäßigt; ganz anders in den morgenländischen Kirchen. Gemäß der Praxis der griechischen orthodoxen Kirchen hatte oder bekam bis vor kurzem nicht jeder Pfarrpriester die Berechtigung Beichtvater zu sein. Nur besondere und wenige ältere Priester waren beauftragt, *πνευματικοί πατέρες* zu sein. Dieser Praxis ist hauptsächlich der traurige Zustand zuzuschreiben, daß, so wie im ganzen orthodoxen Orient, auch in Bulgarien die Beichte fast gänzlich vernachlässigt wurde. Um aus diesem Zustande herauszukommen und den Bedürfnissen des religiös-kirchlichen Lebens entgegenzukommen, ist auch in der bulgarischen Kirche in den letzten Jahren die alte griechische Praxis aufgegeben worden und fast jeder Pfarrpriester ist kraft seines Amtes beauftragt, den Beichtstuhl zu versehen. . . . Speziell bevollmächtigte Beichtväter sind nur für die Beichte der in den Klerus eintretenden Personen und für die Kleriker selbst vorhanden. „Jeder orthodoxe Christ (die Kinder vom 7. Jahre an) soll und kann wenigstens ein- bis viermal im Jahre beichten“ St. Banfow: „Die Verwaltung der b.-o. Kirche“ § 24 S. 6.

8) Aufgaben des Beichtvaters. a) Der Beichtvater soll zunächst Richter sein Can. 870; 888 § 1, dessen Aufgabe es ist zu prüfen, ob er selbst die notwendige Vollmacht besitzt und ob das Beichtkind in der richtigen Gemütsverfassung sich befindet; denn der Priester hat das Urteil zu fällen, ob die Sünden nachzulassen oder zu behalten sind, Joh 20, 23; Mt 18, 18. Mit dem Amte des Richters verbindet sich jenes eines Arztes, der gleich dem barmherzigen Samaritan die Wunden verbindet, nachdem er sie mit Wein gereinigt und mit Öl erquickt hat Lk 10, 34. Denn als „Diener der göttlichen Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zugleich“ sorgt er für die Ehre Gottes und das Heil der Seelen“ Can. 888 § 1. — Darum muß er alles vermeiden, was den Seelen schaden könnte. Der Beichtvater „hüte sich durchaus, um den Namen des Mitschuldigen zu fragen; er halte niemand hin mit neugierigen oder unnützen

Fragen, besonders hinsichtlich des sechsten Gebotes; ferner stelle er vorzüglich an Jüngere keine Fragen über Dinge, die sie nicht kennen" Can. 888 § 2; 904.

Es ist schwer sündhaft, nach dem *Namen* des *Mitschuldigen* zu fragen; dasselbe gilt vom Erfragen der Umstände, welche die Person des Mitschuldigen deutlich zu erkennen geben. Indes liegt es auf der Hand, daß der Beichtvater nach den wissensnotwendigen Umständen in der Beicht fragen darf und muß, auch wenn dadurch zufällig (*per accidens*) die Person des Mitschuldigen erkennbar wird. Daß das unnütze Fragen nach dem „Namen des Mitschuldigen“ schwer sündhaft ist, ergibt sich: a) aus dem Wortlaute des Can. 888 § 2; b) aus der Exkommunikation, die nach dem alten Rechte jene traf, welche die Praxis, nach dem Namen des Mitschuldigen zu fragen, lehrten oder als erlaubt verteidigten, Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 cl. II n. 1. Die Exkommunikation ist gefallen, das Verbot aber ist geblieben. — Wenn bezüglich des sechsten Gebotes ein Zweifel besteht, ob die Fragepflicht des Beichtvaters drängt oder nicht, so kann derselbe sich mit einer mehr allgemeinen Auflage begnügen Can. 15. Die Angriffe und Verleumdungen der Kirchenfeinde müssen die Beobachtung des Can. 888 § 2 noch mehr als heilige Pflicht erscheinen lassen; man denke nur an die Schmutzschrift des Robert *Grafmann* „Auszüge aus der Moralthologie des Heiligen Dr. Alphonsus Maria de Liguori“ (5. Aufl. Stettin 1899), deren Druckplatten auf Anordnung des Landgerichtes Nürnberg vernichtet werden mußten.

b) *Wahrung des Beichtsiegels*. „Das Beichtgeheimnis (*sigillum sacramentale*) ist unverletzlich; darum hüte sich der Beichtvater sorgfältig, daß er den Sünder weder durch Wort oder Zeichen oder in sonst einer Weise oder aus irgendeinem Grunde verrate (§ 1). Die Pflicht des Beichtgeheimnisses bindet auch einen etwaigen Dolmetsch und alle anderen, zu deren Kenntniss eine Beichtanklage in irgendeiner Form gelangen sollte (§ 2)“ § 889. „Durchaus verboten ist dem Beichtvater der Gebrauch des aus der Beicht gewonnenen Wissens mit Verheerung des Beichtfindes, auch wenn jede Gefahr der Verletzung des Beichtgeheimnisses ausgeschlossen ist (§ 1). Von der bei Gelegenheit der Beichte erlangten Kenntniss der Sünden dürfen Beichtväter zur äußeren Leitung in keiner Weise Gebrauch machen, sei es, daß sie als Vorgesetzte zur Zeit der Beicht im Amte sind, sei es, daß sie später zu Vorgesetzten ernannt werden (§ 2)“ Can. 890.

Schon vor dem Inkrafttreten des Roder erschien eine *Anweisung* des heiligen Offiziums am 9. Juni 1915 über die Beobachtung des Beichtsiegels, welche allen Ordinarien und Religiosenobern eigens zugesandt werden

sollte. Diese Instruktion bietet eine eingehende Betonung der beiden Cann. 889 und 890. *M i ß b r ä u c h e* waren es, welche das heilige Offizium veranlaßten, die Anweisung zu erteilen: „Non desunt . . . , qui reticitis quamquam omnibus quae paenitentis personam quomocunque prodere queant, de submissis in sacramentali confessione clavium potestati, sive in privatis colloctionibus sive in publicis ad populum concionibus (ad auditorum ut aiunt aedificationem) temere sermonem facere non vereantur.“ — Die Maßnahmen, welche die heilige Kongregation den Adressaten nahelegt, sind folgende: „Die Ortsordinarien und Religionsobern sollen dafür sorgen, daß ihre Untergebenen sorgfältig belehrt werden in den Vorlesungen, in den Kasuskonferenzen, endlich in öffentlichen und privaten Unterredungen und Mahnungen: 1) ne quid unquam, occasione praesertim ss. Missionum et Exercitiorum spiritualium, ad confessionis sacramentalis materiam pertinens, quavis sub forma et quovis sub praetextu, ne obiter quidem et nec directe nec indirecte (excepto casu necessariae consultationis iuxta regulas a probatis auctoribus traditas proponendae) in suis seu publicis seu privatis sermonibus *a t t i n g e r e* audeant; 2) eosque in experimentis pro eorum habilitatione ad confessiones excipiendas hac super re peculiariter *e x a m i n a r i* iubeant“; vgl. Razón y Fe 48, 98 (Ferrerres) ME. 29, 199—204; Nouvelle Revue Théologique 1921, p. 164, 531 ff.; (G. Hoornaert S. J.); Linzer Diözesanblatt 1921 S. 126, LQS. 1922, 198 ff. (Grosam).

E r l ä u t e r u n g: a) Das Beichtgeheimnis wird nicht allein durch das Kirchenrecht geschützt, sondern fußt auf dem bedingten *Naturrechte* und dem *göttlichen Rechte*. Denn wenn die Gläubigen verpflichtet werden, im Priester ihre Sünden Gott zu offenbaren, so kennt der Priester die Sünden „nicht als (menschlicher) Richter, sondern als *G o t t*“ c. 2 De Off. iud. ord. (I 31). Die Tugenden der Gerechtigkeit und Religion verpflichten den Priester zum Schweigen, so daß er auch nicht die geringste Sünde ohne schwere Sünde bloßstellen kann. — b) Das Beichtgeheimnis unterscheidet sich von jedem anderen Geheimnisse in dreifacher Weise: a) es gibt keine *Geringsfügigkeit* der Verletzung (*parvitas materiae*); β) es gibt keine Ausnahme,

a) außer das Beichtkind entbindet selbst freiwillig den Beichtvater; γ) die Pflicht der Wahrung gilt auch gegenüber dem, der es anvertraut hat. — c) Der durch das Beichtsigill Verpflichtete ist in erster Linie der Priester („confessarius“); dann aber auch der Dolmetsch (interpretes), wenn ein solcher beigezogen wurde Can. 903; dann alle übrigen Personen, zu denen eine Beichtkenntnis gelangt ist, also ein Wissen, das sie aus der Beichtanlage gewannen Can. 889 § 2. — d) Der Gegenstand des Beichtsigills ist vielumfassend; nicht nur die Sünden, sondern auch alles, dessen Offenbarung die Beicht gehässig machen könnte; vgl. Can. 896; Lehmkuhl Aug.: Theol. mor.¹² II n. 591. — e) Die Kirche schließt die Zueignung der Beichtväter vollständig aus, auch wenn sie von der Verpflichtung des Sigills gelöst sind; ja das aus der Beicht irgendwie Gehörte kann nicht einmal als Anknüpfungspunkt für Nachforschung benützt werden Can. 1757 § 3 n. 2; dies gilt auch für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse Can. 2027 § 1 n. 1. — Die Kirche verleiht größere Vollmachten, wenn der Refers an den Obern eine Gefährdung des Amtsgeheimnisses Can. 1755 § 2 n. 1, also in erster Linie des Beichtgeheimnisses mit sich brächte, Cann. 900 § 2 (Reservate); 990 § 2 (Irregularitäten); 1045 § 3 (Ehehindernisse); 2254 § 2 (Zensuren). — f) Ungemein schwer sind die Strafen, welche die Verletzung des Beichtgeheimnisses bedrohen: α) die dem Apostolischen Stuhle ganz besonders vorbehaltene Exkommunikation l. s. trifft den Beichtvater, welcher direkt das Beichtgeheimnis zu verletzen sich erdreisten würde; β) geschieht es indirekt, so drohen Suspension von Messelesen und Beicht hören, Unfähigkeit hiezu, Entziehung aller Pfründen, Ämter, Würden, des Stimmrechtes f. s. Cann. 2369 § 1; 2368 § 1; γ) Personen, welche, ohne Beichtvater zu sein, das Beichtsigel verletzen, können nach den Umständen, auch mit dem Kirchenbann f. s. bestraft werden Can. 2369 § 2.

Das Beichtgeheimnis wird auch von staatlicher Gesetzgebung als eine Art „Amtsgeheimnis“ anerkannt: Näheres im „Handbuch“ I S. 206 und Sägmüller J. B.: Kirchenrecht³ II. 52. In den Orientalischen Kirchen ist „das Beichtgeheimnis bekannt und in Übung. Nur in Rußland verlangt die rücksichtslose Brutalität des Staates vom Priester die polizeiliche Anzeige eines Komplottes, welches er in der Beicht erfahren hat“, so schrieb Uibek 1911 S. 168; Schüch-

P o l z: Pastoraltheologie¹⁷ § 320 S. 689, wo berichtet wird, daß „vom russischen Episcopate (1875) dem Klerus die Denuntiationspflicht der in der Beicht erfahrenen Verbrechen, namentlich den Nihilisten gegenüber, ausdrücklich in Erinnerung gebracht wurde (!!)" In **B u l g a r i e n** ist das Beichtgeheimnis vom Staate geschützt und dessen Verletzung mit Strafe bedroht. **Z a n k o w** II S. 67 f. — Die berühmtesten **M a r t y r e r** des Beichtgeheimnisses sind der heilige **J o h a n n R e p o m u t** (gest. 1393, kanonisiert 1729; vgl. **R. B a u e r** S. J. in den „Stimmen aus Maria-Laach“, 18 Bd. 1880 S. 129—139); der selige **J o h a n n e s S a r k a n d e r**, Pfarrer von Hölleschau i. Mähren (gest. 1620, beat. 1860); **G a r n e t t H e n r y** S. J. († 3. Mai 1606); **J a u l h a b e r** Andreas, auf Befehl Friedrichs II. von Preußen am 29. Dezember 1758 gehängt u. a.

9) Die Verpflichtung des Priesters zum Beicht hören. Wir unterscheiden Seelsorger und Priester mit und ohne Beichtjurisdiction. a) „Pfarrer und andere, denen auf Grund ihres Amtes die Seelsorge anvertraut ist, sind (auch) durch die Tugend der Gerechtigkeit schwer verpflichtet, die Beichten der ihnen anvertrauten Gläubigen in eigener Person oder durch einen anderen zu hören, sooft diese in vernünftiger Weise um das Beicht hören bitten“ Can. 892 § 1. Sehr weise hat der Kodex die Pflicht des Beicht hörens geregelt in der Weise, daß der Seelsorger stets in erster Linie bereit sein muß, daß er aber sich zuweilen v e r t r e t e n („per alium“) lassen soll, damit die Gläubigen Gelegenheit zu aufrichtiger Aussprache und Abwechslung haben; vgl. Cann. 518 § 1; 519; 521; 522 sqq. Die Gläubigen bitten „vernünftig, rationabiliter“ um die heilige Beicht immer an allen Sonn- und Feiertagen und an deren Vorabenden, so daß hier der Seelsorger den Gläubigen Gelegenheit auch ohne ausdrückliches Ersuchen zu geben hat; sie bitten aber nicht vernünftig, wenn unedle Beweggründe (1 Joh 2, 16) sie zum Beichten antreiben, zuweilen auch übertriebene Angstlichkeit. — Diese Pflicht des Seelsorgers gilt namentlich auch hinsichtlich der S t e r b e n d e n und der K r a n k e n Cann. 467; 468 und hinsichtlich der K i n d e r Can. 906.

b) Nichtseelsorger haben keine Gerechtigkeitspflicht, wohl aber eine Liebespflicht, die Beichten der Gläubigen zu hören, und zwar die approbierten Priester (confessarii) in jeder dringlichen Not („urgente necessitate“), die nicht approbierten Priester in der T o d e s g e f a h r Can. 892 § 2; vgl. Can. 608.

B. Vom Sündenvorbehalt.

Quellen. Cann. 893—900; 2363; 2245.

I. Unter dem **Sündenvorbehalt** („*reservatio peccatorum*“) versteht man jenes Gesetz eines höheren kirchlichen Obern, durch welches er gewisse Fälle seinem Urtheile ausschließlich vorbehält Can. 893 § 1.

Erläuterung: 1) Daß die höheren kirchlichen Obern (Papst, Bischöfe, Ordensobern) das Recht haben, gewisse Fälle sich vorzubehalten, sei es auf Grund der Sünde, sei es auf Grund der Strafe, ergibt sich aus der Natur der kirchlichen Regierungsgewalt, welche zur Verwaltung des Bußsakramentes notwendig gehört Can. 872; 199. Papst Bonifaz VIII. (1294—1303) bezeugt in c. 2 De poenitentiis in 6^o (V 10) den Sündenvorbehalt durch die Bischöfe nicht als neues Recht, sondern als etwas Bekanntes. Trotzdem das Trienter Konzil in sess. 14 c. 7 et cn. 11 die Reservate klar anerkannt hatte, fehlte es doch im Laufe der Zeit nicht an Gegnern, welche die bischöflichen Reservate zwar nicht theoretisch leugneten, wohl aber praktisch hinfällig zu machen trachteten, was jedoch durch das Dazwischentreten des Apostolischen Stuhles verhindert wurde; vgl. Benedikt XIV. in Syn. l. 5 c. 5 nn. 5—8. — 2) Nur diejenigen kirchlichen Obern können *Reservate* aufstellen, welche kraft ordentlichen Rechts anderen die Vollmacht zum Beicht hören gewähren oder Zensuren erlassen können Can. 893, 874; 875 (Papst, Bischöfe, gewisse Ordensobern); von dieser Vollmacht sind ausdrücklich ausgeschlossen die *Kapitelvikare* und ohne Spezialmandat auch die *Generalvikare* Can. 893 § 1. — 3) Dadurch, daß die berechtigten kirchlichen Obern Fälle sich vorbehalten, wird die Gewalt der Untergebenen beschränkt *ibi*. — 4) Wir scheiden hier den Sündenvorbehalt auf Grund der *Zensuren* vollständig aus; vgl. Can. 2245—47. — 5) Man unterscheidet reservierte Sünden oder Fälle des Apostolischen Stuhles, der Bischöfe und der Ordensleute.

II. **Päpstlicher Sündenvorbehalt.** „Es gibt nur eine einzige Sünde, welche auf Grund der Sünde (nicht der Strafe) dem Heiligen Stuhle reserviert ist“, nämlich „die falsche Anklage, durch welche ein unschuldiger Priester bei

den kirchlichen Richtern des Verbrechens der Anreizung be-
 zichtigt wird" Can. 894. — Schon bisher war dieses Ver-
 brechen dem Apostolischen Stuhle ohne Zensur reserviert.
 Man fügte oft noch als zweites Reservat an die „acceptatio
 munerum a regularibus utriusque sexus“. Wenn dies wirk-
 lich als Reservat bestand, so fiel es im neuen Recht. — Man
 beachte bei dem Reservate des Can. 894, daß die Anklage auf
 Anreizung: a) bei einem kirchlichen Richter ge-
 schehen; b) daß sie falsch, d. h. bewußt unrichtig, sein muß;
 vgl. S a n t i-L e i t n e r: Praelectiones⁴ 31 n. 180. — Sehr
 nahe verwandt mit diesem reservierten Fall ist die Exkom-
 munikation des Can. 2363: „Wenn jemand persönlich oder
 durch andere eine fälschliche Anzeige auf das Verbrechen der
 Anreizung (sollicitatio) gegen einen Beichtvater bei dem Obern
 macht, so verfällt er der dem Apostolischen Stuhl besonders
 vorbehaltenen Exkommunikation, von der er solange nicht ab-
 absolviert werden kann, bis er die falsche Anzeige förmlich zurück-
 genommen und die etwaigen Nachteile daraus nach Kräften
 gutgemacht hat; wird er tatsächlich absolviert, so muß auch
 eine schwere und langdauernde Buße auferlegt werden.“
 Die Unterschiede zwischen dem Reservat und der Exkommuni-
 kation sind folgende: 1) Das Reservat trifft den Anzeigenden,
 welcher Klage stellt Can. 894; 1934—35, die Zensur auch den
 moralischen Urheber Can. 2363; 2209. 2) Für das Reservat
 ist notwendig die Anklage beim kirchlichen Richter, für
 die Zensur genügt die Anzeige bei dem kirchlichen Obern
 Can. 894; 2363. Manche Gewährsmänner stellen die Reate
 für das Reservat und die Zensur gleich, wie Dr. Eduard E i c h-
 m a n n: „Das Strafrecht des Codex Iuris Canonici“ (1920)
 § 72 S. 197; K u r t j e i d, P. Dr. Bertrand, O. F. M.:
 „Das neue Kirchenrecht“, Ergänzung zu H e i n e r⁶ (1919)
 S. 74; wir halten uns an Can. 19.

III. Bischöfliche Reservate. „Die Ortsordinarien sollen
 keine Sünden sich vorbehalten, außer die wirkliche Not-
 wendigkeit oder Nützlichkeit des Vorbehalts hat sich bei der Be-
 sprechung auf der Diözesansynode oder außerhalb derselben
 bei der Beratung mit dem Domkapitel und einigen der klügeren
 und bewährteren Diözesanseelsorgern herausgestellt“ Can. 895.
 Zu den „O r t s o r d i n a r i e n“ gehören hier nur die Resi-
 denzbischöfe, Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete, Apo-

stolische Vikare und Präfecten, nicht aber ihre Generalvikare (außer mit Spezialmandat) und interimistischen Nachfolger (Kapitelvikare) Cann. 198; 893 § 1. Der Bischof hat den Rat der Diözesansynode oder der sonstigen Berater zu erholen, nicht aber die Zustimmung.

IV. Klösterliche Reservate. In exempten Klerikalgenossenschaften haben das Recht des Sündenvorbehaltes nur der Generalobere und in selbständigen Klöstern der Abt, beide mit ihrem Rate Can. 516 § 1. Sind Reservate tatsächlich vorhanden, so gelten Can. 518 § 1 (Mitteilung der Vollmacht für die Reservate) und 519 (rechtliche Verleihung dieser Vollmacht); vgl. „Handbuch“ I² S. 346, 350.

V. Gegenstand des Vorbehaltes. „Als Reservatsfälle sollen durchaus wenige in Betracht kommen, drei oder höchstens vier, und zwar unter den schwereren und gröberen äußeren Verbrechen, welche der Art nach genau bestimmt sein müssen; der Vorbehalt aber soll nicht länger in Kraft bleiben als es nötig ist, um ein öffentliches eingewurzeltes Laster auszurotten oder die etwa in Verfall geratene christliche Sitte zum Aufblühen zu bringen“ Can. 897. — Die Reservate dürfen ja nicht jene Sünden umfassen, welche dem Apostolischen Stuhle entweder an sich oder auf Grund der Zensur schon reserviert sind, aber gewöhnlich auch nicht jene, auf denen bereits eine Zensur liegt, auch eine, welche niemand vorbehalten ist Can. 898.

Die Zahl ist klar; nur höchstens vier Reservatsfälle sollen in einem Bistum, in einem exempten Kloster oder in einer exempten Klerikalgenossenschaft bestehen. Diese umfassen nur äußere Todsünden, und zwar nicht die gewöhnlichen, sondern die durch Schwere und Gefährlichkeit hervorragenden; dabei dürfen nicht mehrere Arten zu einem Reservat zusammengefaßt werden; ist der Zweck erreicht, so sollen sie auch wieder verschwinden. Zur Veranschaulichung der beiden Kanons 897 und 898 seien einige frühere Reservate zur Beurteilung vorgelegt. a) *Violenta in proprios parentes seu clericos iniectio manum*. Dieses Reservat verstößt gegen Can. 897 „ex criminibus specificè determinatis“; denn das Reservat enthält zu jeder Art nach verschiedene Fälle und verstößt gegen Can. 898: denn die *violenta in clericos iniectio manuum* ist mit einer dem Apostolischen Stuhle bzw. dem Ordinarius durch das Recht schon reservierten Zensur belegt Can. 2343. — b) „*Peccatum complicitatis circa peccatum turpe et inhonestum contra sextum Decalogi praeceptum*“. Dieses Reservat ist zu allgemein, in dieser Allgemeinheit zu streng („ex gravioribus tantum et atrocioribus criminibus externis“); wäre aber das *peccatum complicitatis sacerdotis*

gemeint, so wäre die Reservierung geradezu verboten wegen Cann. 884; 2367; 898. — c) *Procuratio abortus, effectu licet non secuto*. Nach dem früheren Rechte konnte man wenig einwenden. Nach dem Roder ist die Möglichkeit eines Reservates nicht gerade ausgeschlossen; doch soll der Fall weder *effectu secuto* noch *effectu non secuto* für gewöhnlich reserviert werden Can. 898.

VI. Lösprechung von Reservaten. Wurden wegen wirklicher Notwendigkeit oder Nützlichkeit Reservate einmal festgesetzt, so haben die Ortsordinarien dafür zu sorgen, daß sie zur Kenntniß der Untergebenen in der geeignetsten Form gelangen; auch sollen sie die Lösprechungsvollmacht nicht jedermann und nicht bei jeder Gelegenheit erteilen Can. 899. Diese Vollmacht kommt zu a) nach Can. 401 § 1 den *Pönitziaren* der Dom- und Kollegiatkirchen ohne weiteres; b) den *Defanen* durch dauernde Verleihung Can. 899 § 2. Auch kann der Ortsordinarius den *Defanen* die weitere Vollmacht verleihen, den Beichtvätern ihres Distriktes in einem dringlichen Falle auf ihre jedesmaligen Bitten hin die Vollmacht zu subdelegieren *ibi*. Freilich haben dabei die Beichtväter das *Beichtgeheimniß* getreu im Auge zu behalten, welches im engeren Kreise mehr gefährdet ist Cann. 889; 890; 900 § 2. — Die Vollmacht kommt ferner zu: c) allen *Pfarrern* und *Pfarramtsinhabern* während der österlichen Zeit, d) allen *Missionären* zur Zeit der heiligen Mission Cann. 899 § 3; 1349. Letzteres dürfte wohl auch für die geistlichen *Exerzitionen* gelten.

VII. Aufhören des Sündenvorbehalts. Jeder Vorbehalt verliert die verpflichtende Kraft: 1) bei Beichten von *Kranken*, welche das Haus nicht verlassen können, sowie bei *Brautbeichten*; 2) sooft der rechtmäßige Obere in einem bestimmten Falle die Lösprechungsvollmacht *verweigert*, oder sooft die Vollmacht nach dem klugen Ermessen des Beichtvaters vom Vorgesetzten ohne schwere *Belästigung* des Pönitenten oder ohne *Verletzung* des Beichtgeheimnisses nicht erbeten werden kann; 3) *außerhalb* des Gebietes des reservierenden Obern, auch wenn das Beichtkind bloß zur Erlangung der Absolution dasselbe verlassen hat Can. 900. Man kann gewiß nicht sagen, daß die Kirche engherzig in der Behandlung der Reservate ist. Eine Belästigung des Pönitenten dürfte auch dann ge-

geben sein, wenn es ihm schwer ist bis zur Erlangung der Vollmacht in der schweren Sünde zu verbleiben Can. 2254 § 1.

a) Der Katholik ist an die Reservate seines eigenen Gebietes nicht gebunden, wenn er außer diesem die Beichte ablegt, und zwar auch „in fraudem legis“, d. h. in der Absicht, der Reservation zu entgehen Can. 900 § 3. Er ist aber *stets* an die Reservate des *Beichtvorters* gebunden; denn trotz der Cann. 897 und 14 § 1 n. 1 entschied die CC. am 24. November 1920 (AAS. 12, 575) im Sinne des Can. 893 § 1 für die Beschränkung. — b) Kennt der *Beichtvater* die Reservation nicht oder übersieht er sie, so ist der gut disponierte Penitent, auch von der reservierten Sünde, absolviert Can. 900 n. 2.

C. Empfänger des Bußsakramentes.

Wir unterscheiden fähige und verpflichtete Empfänger des Bußsakramentes. Die Verpflichtung kann entspringen dem göttlichen oder dem Kirchengebot. Außer der Genugtuung kann dem Beichtkinde zuweilen eine Anzeigepflicht aufgelegt werden.

I. Der fähige Empfänger des Bußsakramentes. *Fähig* ist jener Christ, welcher nach der Taufe schwere oder läßliche Sünden begangen hat, die er auch tatsächlich durch Worte oder Zeichen zu bekennen imstande ist Cann. 901—903.

Erläuterung: 1) Jeder Christ kann beichten, doch muß der getaufte Katholik mit der Kirche ausgesöhnt sein Can. 731 § 2 (vgl. oben S. 17). — 2) Wer nach der Taufe nicht einmal eine einzige läßliche Sünde beging, kann die sakramentale Losprechung nicht empfangen. So konnte die seligste Jungfrau Maria, welche kraft besonderen Privilegs Gottes *nie* als auch nur eine läßliche Sünde beging Trid. sess. 6 cn. 23, auch nicht das Sakrament der Buße empfangen. Ebenso kann ein im Sterben Getaufter losgesprochen werden, wenn er nicht nach der Taufe eine Sünde beging. Wer seit der letzten Beichte keine Sünde begangen hat, kann nur dann gültig und erlaubt absolviert werden, wenn er früher gebeichtete Sünden der Schlüsselgewalt der Kirche noch einmal unterwirft. Denn „die durch die Schlüsselgewalt der Kirche bereits direkt nachgelassenen schweren Sünden oder die läßlichen Sünden (überhaupt) sind keine notwendige, aber eine genügende Materie des Bußsakramentes“ Can. 902. — 3) Will der Christ losgesprochen werden, so muß er *beichten* (confiteri) am besten in Worten; im Notfalle genügen

auch **Zeichen** (Brief **Leo** s. I. „Sollicitudinis“ d. 11. Jun. 452 D.-B. 147); wenigstens muß das Verlangen zu beichten durch **andere** bezeugt sein R. R. tit. 3 c. 1 n. 24. Eine andere Beichtmöglichkeit besteht nicht; denn **Ale** **men** s. VIII. hat 1602 den Satz verworfen: „Licere per litteras seu internuntium, Confessario absenti peccata sacramentaliter confiteri, et ab eodem absente absolutionem obtinere“; vgl. jedoch „**Handbuch**“ I² 445. — Indes ist die Beicht durch einen **Dolmetsch** gültig und, wenn Mißbräuche und Argernisse ferngehalten werden, auch **erlaubt**, doch nicht **geboten**, darum auch nicht die **materielle** Vollständigkeit; der Dolmetsch ist zum Beichtgeheimnis verpflichtet Cann. 903; 889 § 2. — Auch ist es jedem **Pönitenten** unbenommen, dem rechtmäßigen Beichtvater auch eines anderen **Ritus** seine Sünden zu bekennen Can. 905. Wie durch die Communion, so wird auch durch die Beicht nach einem anderen Ritus keine Ritusänderung herbeigeführt Can. 98 § 5.

II. Der verpflichtete Empfänger des Bußsakramentes.

a) **Göttliche** **Gebot**. „Wer nach der Taufe schwere Sünden begangen hat, welche noch nicht durch die Schlüsselgewalt der Kirche direkt nachgelassen sind, muß alle diese Sünden, soweit sie ihm nach sorgfältiger Gewissenserforschung zum Bewußtsein kommen, beichten und jene Umstände, welche die Art der Sünde ändern, in der Beichte darlegen“ Can. 901.

Erläuterung: 1) Unter die göttliche **Pflicht** der Beicht fallen nicht: a) die **läßlichen** Sünden; b) die schweren Sünden, welche durch die Schlüsselgewalt der Kirche bereits **direkt** nachgelassen sind; c) die schweren Sünden, welche trotz sorgfältiger Erforschung der **Kenntnis** **verborgen** bleiben. In letzterem Falle hat zwar der Beichtvater nachzuhelfen, aber mit großer **Flugheit**. Man könnte bei positiven Geboten leicht den guten Glauben zerstören und doch den Pönitenten nicht dahinbringen, daß er die Mahnung des Beichtvaters befolgt, S. **Alfonsus** in Theol. mor.: De Poenitentia n. 610. — 2) Dagegen fallen unter die Beichtpflicht die nach der Taufe begangenen **schweren** Sünden, welche überhaupt nicht oder nicht direkt durch die Schlüsselgewalt der Kirche nachgelassen wurden Can 901. — Die schweren Sünden werden **auf** **er** **h** **a** **l** **b** der Beicht nach-

gelassen durch die vollkommene Neue (Liebe) mit dem Verlangen nach der Beicht Trid. sess. 14 c. 4; error Michaelis du Bay (Bail) 71. damnatus bulla Pii V. d. 1. Oct. 1567 (D.-B. n. 1071); dann indirekt in der Beicht, wenn die materielle Vollständigkeit nicht möglich ist; vgl. S. Poen. d. 6. Febr. 1915 (AAS. 7, 72; ME. 27, 113); Can. 903 (Beicht durch einen Dolmetsch) usw. In allen diesen Fällen müssen die indirekt nachgelassenen schweren Sünden der Schlüsselgewalt der Kirche insgesamt vorgelegt werden Can. 901. Zur Vollständigkeit gehört es, daß bei der Beicht der schweren Sünden auch die *3 a h l* („omnia quorum conscientiam habeat“) und die *U m s t ä n d e*, welche die unterste Art (species infima) ändern, error 24. damnatus ab Alexandro VII. d. 24. Sept. 1665 (D.-B. n. 1124), dargelegt werden.

b) *Kirchengebot*. „Jeder Gläubige beiderlei Geschlechts ist, sobald er zu den Unterscheidungsjahren, d. h. zum Vernunftgebrauch gelangt ist, verpflichtet, alle seine Sünden wenigstens einmal im Jahre gewissenhaft zu beichten“ Can. 906. Zur Erklärung dieses seit 1215 bestehenden Kirchengebotes („Handbuch“ I² S. 100) sei noch beigelegt, daß diese jährliche Beicht nicht notwendig beim Pfarrer abzulegen ist; sie kann bei jedem rechtmäßigen Beichtvater vollzogen werden und in jeder Kirche. Freilich sind die Gelegenheiten, welche von den Pfarrseelsorgern mit Beziehung von anderen Beichtvätern in den Pfarrkirchen geboten werden, nur freudig zu begrüßen. Dem göttlichen und kirchlichen Beichtgebote wird nicht genügt durch eine sakrilegische oder durch eine freiwillig nichtige Beicht Can. 907; vgl. D.-B. n. 1114. Ist dagegen die Beicht nicht freiwillig nichtig und handelt es sich um einen Nichtigkeitsgrund des reinen Kirchenrechts, so tritt nach dem jetzigen Rechte meistens die Kirche ergänzend ein, nämlich bei *a l l g e m e i n e m* *F r r t u m* Can. 209.

Ein katholischer Christ beichtet bei einem Diakon, wissend daß der Beichthörende nicht Priester ist. Die Beicht ist „freiwillig nichtig“; sie genügt in keiner Weise. Beichtet derselbe Katholik bei einem Priester, welcher die Beichtjurisdiktion nur vom Ortspfarrer hat, so ist die Beicht gültig, wenn ein „allgemeiner Irrtum“ wirkliche Jurisdiktion bei diesem Priester annimmt Can. 209, mag nun der beichtende Katholik den Fehler kennen oder nicht. — Wenn aber ein allgemeiner Irrtum nicht

vorhanden ist und auch der Beichtende Katholik den Fehler kennt, so ist die Beicht „freiwillig nichtig“; sie gilt nicht als Ofterbeicht. Wenn dagegen der Beichtende allein glaubt, der Priester sei berechtigt, die Allgemeinheit aber nicht, so ist die Beicht „unfreiwillig nichtig“, das *Rirgengobot* ist erfüllt.

III. Die dem Beichtkinde obliegende Anzeigepflicht. Das kirchliche Gesetzbuch hebt eine doppelte Anzeigepflicht hervor; die erste Anzeigepflicht richtet sich gegen *Kleriker* und *Religiösen*, welche Mitglieder der *Freimaurerei* oder ähnlich gearteter Gesellschaften sind Can. 2336 § 2; die zweite gegen *Priester*, welche sich schuldig machten der *sollicitatio in confessione* Cann. 904; 2368.

„Ad normam constitutionum apostolicarum et nominatim constitutionis Benedicti XIV. *Sacramentum Poenitentiae*, 1. Iun. 1741, debet poenitens sacerdotem, reum delicti sollicitationis in confessione, intra mensem denuntiare loci Ordinario, vel Sacrae Congregationi S. Officii; et confessarius debet, graviter onerata eius conscientia, de hoc onere poenitentem monere“ Can. 904. — „§ 1. Qui sollicitationis crimen, de quo in can. 904, commiserit, suspendatur a celebratione Missae et ab audiendis sacramentalibus confessionibus vel etiam pro delicti gravitate *inhabilis* ad ipsas excipiendas declaretur, privetur omnibus beneficiis, dignitatibus, voce activa et passiva, et *inhabilis* ad ea omnia declaretur, in casibus gravioribus degradationi quoque subiiciatur. — § 2. Fidelis vero, qui scienter omiserit eum, a quo sollicitatus fuerit, intra mensem denuntiare contra praescriptum can. 904, incurrit in excommunicationem latae sententiae nemini reservatam, non absolvendus nisi postquam obligationi satisfecerit aut se satisfacturum serio promiserit“ Can. 2368.

Explicatio. Constitutiones Apostolicae inveniuntur citatae in notis Codicis quem publici iuris fecit Em. Petrus Card. Gasparri ad Can. 904; 2368. *) Ex hisce Constitutionibus accuratorem extraximus hanc explicationem: Sacerdotes omnes sollicitantes ad turpia personas quascunque occasione confessionis denuntiandi sunt Inquisitori fidei.

1^o Sacerdotes, ergo non ceteri clerici, non laici: sacerdotes cuiuscunque status, dignitatis et cum vel absque (S. C. Inq. d. 11. Febr. 1661 n. 5) iurisdictione comprehenduntur.

*) Aloisius Desmet: „De absolutione complices et sollicitatione“², 1921. — Epitome II 186—196; III 565; 571; I 715 n. 18.

2° *Sollicitare ad turpia* significat uti aliquo signo externo sive turpi sive per se indifferenti quod cognoscitur adhibitum ad inducendam directe aliquam personam ut turpia perpetret. Eiusmodi signa esse possunt: tactus, munera, laudes, colloquia sive tractatus, chartae sive epistolae (S. C. Inq. 1661 ad 1 um), imo huc pertinet etiam consensus ad sollicitationem alterius personae externe manifestatus etiam metu extortus, S. C. Inq. 1867 n. 2. et S. C. Inq. 1661 ad 9 um; aliter Eichmann pag. 202, sed cfr. Can. 6 nn. 2. 3. Dicitur qui cognoscitur sive ex ipso signo adhibito, sive ex facti circumstantiis signum praeexistentibus, comitantibus, subsequentibus, e. gr. „si sacerdos dicat mulieri: Memento mei quia te ex corde diligo; . . . hoc melius puto explorandum ex circumstantiis“ (sc. num postea turpia tentata fuerint), S. Alphonsus in Theol. mor. De poenitentia n. 704. ubi invenies exempla rem explicantia. Verum Ben. XIV. huc refert etiam casum quo sacerdos „illicitos et inhonestos sermones vel tractatus temerario ausu habeat“ absque intentione sollicitandi vel provocandi ad turpia. Ceterum mandans sollicitationem non cadit sub voce sollicitans, etsi sacerdos sit, S. C. Inq. 1661 n. 7. *

3° Dicitur personas quascunque; nihil enim interest utrum sint feminae an mares, utrum provectae an iunioris aetatis, dummodo sint rationis capaces. In voce personas quascunque aliquid aliud exprimitur, sc. non requiritur ut sollicitetur persona poenitens ipsa, sed crimen verificari potest etiam in tertia persona; ergo crimen sollicitationis adest, sive prava sacerdotis intentio tendit ad turpia perpetranda inter ipsum et personam poenitentem, sive inter ipsum et personam tertiam, sive inter poenitentem et personam tertiam, et etiam (quando casus accidet) quando sacerdos sollicitet aliquam personam ut turpia perpetret in se.

4° Non quaecunque sollicitatio cuiuslibet personae facta a sacerdote denuncianda est, sed sollicitatio tantum in confessione (Can. 904) vel occasione confessionis i. e. iuxta bullas Gregorii XV. et Ben. XIV. „vel in actu sacramentalis confessionis vel ante vel immediate post confessionem vel occasione aut praetextu confessionis vel etiam extra occasionem confessionis in confessionalisive in alio loco ad confessiones audiendas destinato aut electo cum simulatione audiendi ibidem confessionem“. Imprimis notetur semper hic agi de confessione, non de alio sacramento, velut baptismi, matrimonii etc. S. C. Inq. 1661 n. 10. — Ex terminis bullarum declaranda sunt nonnulla: a) Quid sibi vult occasione confessionis? Certe non est denunciandus sacerdos „qui feminam in confessione (sc. in petitione confessionis) dicentem se velle in crastinum confiteri, sollicitat, et a confessione dissuadet, dummodo sollicitatio fiat extra locum confessionis et absque praetextu confessionis“, S. C. Inq. 1661 n. 4. Idem probabiliter locum habet etiamsi confessionem non dissuadeat. — Quaeritur utrum sacerdos possit dici sollicitans occasione confessionis qui capta ex confessione proclivitatis poenitentis ad turpia notitia eum postea sollicitat? Nonnulli sacerdotem eiusmodi excusant dicentes eum sollicitare non occasione confessionis, sed occasione notitiae captae in confessione. Nobis autem videtur contraria sen-

tentia omnino amplectenda; nam spiritus legis, amovendi sc. a confessione quae est actus maximae confidentiae, omne turpitudinis periculum, a fortiori requirit ut salva sit essentia sacramenti poenitentiae, nimirum peccatorum confessio. Ceterum ipsi rescriptum S. Poenitentiariae vidimus, in quo hic casus revera considerabatur uti cadens sub lege; cfr. Gur y (ed. Ratisbonensis) II n. 589. not. 4. — Et D' Annibale (in Comm. ad Const. Ap. Sed. n. 181. nota 13 fin.) testatur hanc esse praxim Congregationum Romanarum. Attamen morali certitudine poenitenti constare debet sacerdotem capta hac occasione sola sollicitasse; cfr. Ferreres in Th. mor.¹¹ II n. 697 qui tamen poenitentem ab obligatione excusat quoties seipsum diffamare debeat. — b) Praeter relationem ad ipsam confessionem sufficit etiam relatio ad locum confessionis ita ut sollicitatio perpetrata vel in ipso confessionali vel in loco quocunque ubi confessiones excipi solent, etsi desit confessionale (Can. 910 § 2) vel in loco quocunque, quem confessarius ad confessiones audiendas pro suo arbitrio elegit (etiam in agro), conjuncta cum simulatione saltem confessionis. Verum quidem est a nonnullis DD. verba „cum simulatione audiendi ibidem confessiones“ referri tantum ad locum electum, at rectius referuntur ad primum quoque (confessionale) et secundum (ubi solent excipi confessiones) locum. Hoc non obscure insinuat a S. C. Inq. 1661 n. 15. Quaestioni enim „an sit denuntiandus confessarius, qui sedens in confessionario sollicitat mulierem stantem ante confessionarium, non simulando confessionem“, Patres „censuerunt opinionem negativam non carere sua probabilitate“. — Inter loca ubi excipi solent confessiones, merito numerantur confessionalia monialium vel mulierum in communitate viventium quolibet modo constructa et quidem non solum pro ipsis monialibus etc., sed pro omnibus personis, S. C. Inq. d. 25. Nov. 1874 ad Episc. Nolanum in nn. 1—3. — Notandum denique interpretem non comprehendendi sub voce sollicitantis occasione confessionis, S. C. Inq. 1661 n. 6.

5° Sacerdos quilibet qui sollicitavit ad turpia personam quamcunque occasione confessionis,

a) denuntiandus est nulla habita ratione temporis quo perpetratum fuit crimen, loci ubi nunc habitat, divulgationis sc. utrum crimen publicum, an occultissimum sit, tandem, vitae talis sacerdotis sc. utrum poenitentia et optima conversatione quasi deletum sit crimen (S. C. Inq. 1661 n. 13.) an alia perpetraverit et iam denunciatus sit ab aliis. Unus excipitur casus, nimirum mortis.

b) Denuntiare debent solae personae sollicitatae, non ceterae, quamvis certam habeant scientiam, Instr. S. Off. d. 20. Febr. 1867 et Cann. 904 et 2368. „Et confessarius debet, graviter onerata eius conscientia, de hoc onere poenitentem monere“ Can. 904. Si quis fidelis scienter (Can. 2229 § 2, excusat ignorantia etiam crassa) omiserit hanc denuntiationem intra mensem, in excommunicationem l. s. incurrit nemini reservatam, non absolvendus nisi postquam obligationi satisfecerit aut serio promiserit se satisfacturum Can. 2368 § 2. Confessarius personae sollicitatae debet eam monere; hoc onus est grave

et perpetuum; at poenitentem bonae fidei in mortis periculo constitutum de quo probabiliter praevidet, monitionem cadere in irritum, non tenetur confessarius monere. — Obligatur persona sollicitata ad denuntiandum intra mensem a die scientiae obligationis certo cognitae vel si detinetur aliquo impedimento, a die sublato impedimenti. Potest enim poenitens impediri non solum impossibilitate physica (e. gr. amentia), sed etiam morali, sc. periculis in bonis famae, corporis, fortunae probabilibus. Cardinalis Albizi in libro *De inconstancia in fide* scribit: „Fuit resolutum 28. Iun. 1597, et 28. Febr. 1598, et 15. Apr. 1612, quod quando mulier est nobilis et verecunda, nec potest induci ad deponendum, in Urbe (Romae) consulatur S. Congr. — Si vero extra urbem, consulatur Episcopus, vel Inquisitor; qui si habent difficultatem, consulant S. Congregationem; sin minus dent facultatem Confessariis absolvendi poenitentem, quae iustis de causis denuntiare recusat; quae tamen debet absolvi sub conditione, quod cessantibus causis, teneatur hoc facere, ac etiam non adire Confessarium, a quo fuit sollicitata.“

c) De modo implendi denuntiationem, obligationem satis gravem ac difficilem, optime loquitur Instructio S. C. Inq. d. 20. Febr. 1866: „6. Denuntiationes anonymae contra sollicitantes ad turpia nullam vim habent: denuntiationes enim fieri debent in iudicio, nempe coram Episcopo ejusve delegato cum interventu Ecclesiastici viri, qui notarii partes teneat, et cum iuramento et cum expressione et subscriptione sui nominis, nec sufficit si fiat per apochas vel per literas sine nomine et cognomine auctoris. Ceterum prohibetur, ne in recipiendis denuntiationibus praeter iudicem et notarium, virum utrumque ecclesiasticum, speciali et scripto exarata Episcopi deputatione munitum, testes intersint. Cavendum quoque ne ex denuntiantibus quaeratur, num sollicitationi consenserint: et convenientissimum foret, si de huiusmodi consensu quantumvis sponte manifestato nihil notetur in tabulis.“ — Quando agitur de sacerdotibus regularibus sollicitantibus, non est Superior regularis cuiuscunque dignitatis qui excipiat denuntiationem sollicitantis sacerdotis regularis, sed denuntiatio facienda est S. Officio aut locorum Ordinariis; plura de hac re in hoc opere „Handbuch“ I² 297.

„Denuntiationis onus est personale et ab ipsa persona sollicitata adimplendum. Verum si gravissimis difficultatibus impediatur, quominus hoc perficere ipsa possit, tunc vel per se, vel per epistolam, vel per aliam personam sibi benevisam suum adeat Ordinarium, vel Sanctam Sedem per Sacram Poenitentiarium, vel etiam per S. Officium expositis omnibus circumstantiis et deinde se gerat juxta Instructionem quam erit acceptura. Si vero necessitas urgeat, se gerat iuxta consilia et monita sui Confessarii. Ast si nullo impedimento detenta denuntiationem omnino renuat, in hoc casu aliisque supra memoratis laudandus Confessarius, qui operam suam poenitenti non denegaverit, et vel Ordinarium, vel Sanctam Sedem pro opportunis providentiis consuluerit, suppresso tamen poenitentis nomine. Formulas autem hisce in casibus adhibendas tradunt probati auctores, quos inter Pignatelli tit. 1, consult. 104, Carena, Albizius etc.“ S. Off. d. 20. Febr. 1866 n. 7; cfr. alteram Instructionem

eiusdem S. C. d. 6. Aug. 1897 (ME. X 1 p. 124) et Formulam brevem ME. I. 369.

6^o Poenae: a) in sacerdotem sollicitantem, modo ne sit absolvens complicem in peccato turpi, latae sententiae non existunt; ferendae sententiae poenae eum manens suspensio a celebratione Missae et ab audiendis sacramentalibus confessionibus; declaratio inhabilitatis ad confessiones excipiendas; privatio cuiuscunque beneficii, dignitatis, vocis; declaratio inhabilitatis ad ea omnia; degradatio (Can. 2305) Can. 2368 § 1; — b) in confessarium qui personam sollicitatam monere negligit, nullae in Codice expressae; — c) in personam sollicitatam culpabiliter omitterentem denuntiationem excommunicatio latae sententiae nemini reservata.

7^o Procedendi modus stricte ordinatus est Instructionibus S. Officii d. 20. Febr. 1866; d. 20. Iul. 1890; d. 6. Aug. 1897 (ME. 1, 364—68; XI, 124 sq.; Nota Cardinalis Gasparri ad Can. 904). — Si denuntiatio fit Ordinario loci i. e. Episcopo denuntiantis, hic se dirigere debet iuxta Instructionem citatam d. 6. Aug. 1897, de qua excerpimus normas sequentes: a) Episcopus restringitur ad „diligentias circa denuntiatum et denuntiantes peragendas“; quibus peractis totam rem ad S. Officium transmittet. b) Primum ad se advocabit duos viros ecclesiasticos (i. e. sacerdotes), vel saltem viros omni exceptione maiores, qui testari possunt de persona denuntiante et excipiet eorum iudicium super veracitate et nexu ad sacerdotem denuntiatum (fama, veracitas, odium sive inimicitiae denuntiantis in sacerdotem denuntiatum). — Pariter aget cum persona denuntiante secunda, tertia etc. c) Eodem modo testes advocabit, qui testari possint circa eadem relate ad sacerdotem denuntiatum. — Si duo testes omnes et singulas personas bene norint, iidem sufficiunt neque alii advocentur; nam res quam paucissimis patefacienda est. d) Quodsi duo non sufficiant, alii necessarii erunt examinandi, et ipsi obstricti duplici iuramento de veritate dicenda et silentio stricte servando. Si personae denuntiantes vel sacerdotes denuntiatus versentur in alia dioecesi, Episcopus competens alium Ordinarium specialiter potest delegare ad „diligentias peragendas“. — Idem valet pro dioecesi propria. e) Collectas omnes testium depositiones mittet Episcopus competens quam primum et quam tutissime ad S. Officium, nullo adhibito in Urbe „Agente“ vel Expeditore. f) Iuramento duplici adnecti potest etiam comminatio excommunicationis. — Sacerdotes iurant tacto pectore, laici et clerici sacerdotio inferiores tactis SS. Dei Evangeliiis. g) „Cavetur sollertissime, ne denuntiantium nomina reo manifestentur, et ne sacramentale sigillum quoquomodo violetur“, S. Off. d. 20. Febr. 1866. h) Ulteriora a S. Officio providebuntur iuxta Instructionem S. Off. a. 1921 datam. i) Poenas supra nominatas (pag. 142) pro modo culpa Iudex irrogabit.

D. Äußere Umstände der Beicht.

Unter den „äußeren Umständen der Beicht“ versteht man den Ort und die Zeit der Beicht, sowie die liturgische Kleidung.

I. Ort Can. 908—910. „Der eigentliche Ort für die sakramentalen Beichten ist die Kirche oder die öffentliche oder halböffentliche Kapelle“ Can. 908. „Der Beichtstuhl zur Abnahme der Beichten von Frauenspersonen soll stets aufgestellt werden an einem zugänglichen und sichtbaren Orte, regelmäßig in der Kirche, in einer öffentlichen Kapelle oder in einer halböffentlichen für Frauenspersonen bestimmten Kapelle“ Can. 909 § 1. „Der Beichtstuhl soll mit einem festen und enge durchlöcherten Gitter zwischen Beichtvater und Beichtfind versehen sein“ ibi § 2. „Die Frauenspersonen sollen niemals außerhalb des Beichtstuhls beichtgehört werden, außer wegen Krankheit oder einer anderen wirklichen Notwendigkeit mit Anwendung der Vorsichtsmaßregeln, welche der Ordinaris für zweckentsprechend hält (§ 1). Männerbeichten dürfen auch in Privatgemächern abgenommen werden (§ 2)“ Can. 910.

Die Männerbeichten sollen in der Kirche, und zwar im Beichtstuhl, abgenommen werden; doch genügt jeder vernünftige Grund die Männer außerhalb des Beichtstuhles und auch außerhalb der Kirche beichtzuhören, doch möge der Ort würdig und zugänglich sein R.R. tit. 3 c. 1 n. 7. Für die Frauenbeichten dagegen ist Kirche, Beichtstuhl und Beichtgitter, abgesehen von Krankheiten und anderen Notfällen, vorgeschrieben, welche Vorsichtsmaßregeln auch in den Missionsgegenden einzuhalten sind A.-L. n. 549. Über die Beichtstühle in Rom vgl. die Instruktion des Kardinalvikars *Parocchi* vom 9. Febr. 1898 (ME. X 2, 107). Indes ist der Ort niemals eine Bedingung zur gültigen Absolution, „Handbuch“ I² 357. — „In der orientalischen Kirche wird in der Kirche oder (zumeist!) in der Wohnung des Priesters gebeichtet. Beichtstühle sind wenig in Gebrauch; man kniet vor dem auf einem Stuhle sitzenden Priester nieder. Zuweilen legt der Beichtvater dem Beichtenden bei der Busspredig die Hände auf das Haupt“, *Lübke* S. 168.

II. Zeit. Weder im Roder noch im Römischen Rituale ist eine Zeit für die Abnahme der Beichten bestimmt. In der Tat ist kein liturgischer Tag vom Beicht hören ausgenommen, auch nicht der Karfreitag, im Gegenteil wird an diesem Tage von den Pönitenziaren in Rom, an ihrer Spitze vom Großpönitenziar, Gelegenheit zur heiligen Beicht gegeben. — An sich ist keine Nachtstunde für das Beicht hören verboten. Doch beachte der Priester auch hier die Regeln der Ordnung und der Gesundheit. Deshalb soll er das Beichtvateramt, sobald das Tageslicht versagt, nur im gut beleuchteten Beichtstuhle ausüben und womög-

lich in Gegenwart von Zeugen, *Instructio Pastoralis Eystettensis*⁶ (1902) n. 272.

III. Liturgische Kleidung. „Superpelliceo, et stola violacei coloris utatur, prout tempus, vel locorum feret consuetudo.“ Zwar ist die liturgische Kleidung beim Beichtfögen nicht unter *S ü n d e* vorgeschrieben *S. R. C. d. 12. Jul. 1892 n. 3784 ad 1*, allein diese Kleidung ermutigt den Pönitenten und verleiht dem Priester amtliches Ansehen. Darum wird er nicht beichtfören, ohne wenigstens die Stola, das Abzeichen seiner Vollmacht, zu tragen, ähnlich dem weltlichen Richter, der im richterlichen Ornat, das Haupt mit dem Barett bedeckt, den Richterspruch fällt. — Beichttuch und Birett kann mit Nutzen gebraucht werden; vgl. *R u n z* Christian: „Zeilebrant“ Art. 22 S. 194 f.

§ 14. Die Ablässe.

I. Begriff. Ablass ist „eine Nachlassung zeitlicher Sündensstrafen vor Gott für die der Schuld nach bereits getilgten Sünden, welche die Kirchengewalt aus dem Schatze der Kirche gewährt, und zwar für die Lebenden in der Form der Losprechung, für die Verstorbenen in der Form der Fürbitte“. Schon die richtige Erkenntnis muß den gläubigen Christen bestimmen, „sie hoch zu werten“ *Can. 911*; vgl. *St u h* U.: „Geist des C. I. C.“ (1918) S. 145.

1) Das grundlegende Beispiel für die Ablassgewährung finden wir im 2 Kor 2, 5—11; vgl. Joh 5, 14; Mt 2, 5—11. Der blutschänderische Korinther war „dem Satan übergeben worden zum Untergang des Fleisches, auf daß sein Geist gerettet werde am Tage unsers Herrn Jesu Christi“ (1 Kor 5, 5). Nummehr läßt ihm Paulus die noch übrige Buße nach wegen der Fürbitte der Korinther, und zwar abwesend, in der Person Christi (2 Kor 2, 10). Es handelt sich nicht um die Schuld der Sünde, Paulus ist ja abwesend, sondern um die Strafe (Exkommunikation), welche nicht nur äußerlich, sondern vor Gott (in persona Christi) erlassen wird. Von Anfang der Kirche bis ungefähr zur Mitte des vierten Jahrhunderts war die häufigste Ablasserteilung der Nachlaß der Bußzeit für die Büsser auf Grund der Friedensbriefe der Märtyrer und Bekenner, *Tertullian*: *De pudicitia* c. 22; *Cyprian*: *Ep. 13 n. 2*: der Nachlaß galt, so nahm man an, auch „beim Herrn“. — In der zweiten Periode wurde in ähnlicher Weise die Bußzeit abgekürzt oder es erfolgten die Umwandlungen der großen Bußstrafen in leichtere, in Werke der Barmherzigkeit, Wallfahrten, besonders nach Rom. — Vom Beginn der Kreuzzüge an (3. Periode) erteilten die Päpste für diejenigen, welche zur Eroberung des Heiligen Landes oder im Kampfe

gegen die Häretiker (Albigenser usw.) die Waffen ergriffen, einen vollkommenen Ablass. Im Jahre 1300 schrieb Papst Bonifaz VIII. den Jubiläumssablaß aus. Honorius III. hat zuerst einen unvollkommenen Ablass verliehen bei Gelegenheit einer Heiligsprechung, wie berichtet wird. Sandini A.: „Vitae Pontificum“ pag. 400. — 2) Die Begriffsbestimmung des Roder im Can. 911 schafft große Klarheit in manchen strittigen Fragen der Vorzeit: a) Der Ausdruck „a poena et a culpa“, welcher früher von den „Quästoren“, nicht vom Apostolischen Stuhl gebraucht wurde, kann nur bedeuten: Der Ablass, welcher von Beicht und Kommunion begleitet ist, schafft durch die Beicht Nachlaß der Sünden, durch den Ablass Nachlaß der zeitlichen Sündenstrafen „remissio temporalis poenae pro peccatis iam deletis“, Ben. XIV. in Syn. I. 13 c. 18 n. 7. — b) Manche Theologen behaupteten (auch Bannwart gebraucht im Enchiridion¹¹ des Denzinger 1911 den Ausdruck: Effectus: delentur peccata occulta 761 sq.), durch den Ablass werden läßliche Sünden nachgelassen; doch Papst Benedikt XIV. nennt diese Meinung „sehr zweifelhaft, welche in seinem Zusammenhang mit den gesunden Grundsätzen der Theologie stehe“ c. I. — 3) Die Ablässe werden gewährt aus dem „Schatze der Kirche, thesaurus Ecclesiae“, d. h. aus der Sammlung der unendlichen Verdienste des göttlichen Heilandes, dann aus den Verdiensten seines mystischen Leibes, der Kirche, insbesondere der seligsten Gottesgebärerin Maria und der übrigen Heiligen, Papst Clemens VI. in c. 2 Xvq. com. De poenitentis (V 9), ein Schatz, der beruht auf der „Gemeinschaft der Heiligen“ Joh 15, 5. — Während die Lebenden den Ablass in Form der Losprechung erlangen, wird er den Verstorbenen im Fegfeuer durch Fürbitte zugewendet (per modum suffragii). — Von der überreichen Literatur seien hervorgehoben Papst Benedikt XIV. in Syn. I. 13 c. 18; Beringer-Silger-Steinen-S. J.: „Die Ablässe, ihr Wesen und Gebrauch“¹⁴ I⁵ (1921); Nikolaus Paulus: Geschichte des Ablasses im Mittelalter bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (1923) u. a.; Hergenröther-Hollwed: Kirchenrecht² S. 658 ff.; Sägmüller J. B.: Kirchenrecht³ II § 118 mit reichster Literaturangabe. — Quellen: 911—36; 75; 239 § 1 nn. 5. 11. 25; 274 n. 2; 349 § 2 n. 2; 1166 § 3; 1388; 2262 § 1; 2327.

II. Einteilung. Man unterscheidet 1) nach dem Verleiher päpstliche und nicht päpstliche Ablässe Can. 913; 2) nach dem Umfang der Verleihung vollkommene und unvollkommene Can. 926; erstere gewähren vom Standpunkte der Kirche aus die Nachlassung aller zeitlichen Sündenstrafen; ferner in Ablässe, welche den Verstorbenen zuwendbar oder nicht zuwendbar sind Can. 913 n. 2; 3) nach dem unmittelbaren Vermittler des Ablasses in persönliche, örtliche und dingliche (indulgentiae personales, locales, reales). 4) Besondere Ablässe sind: a) der Ablass des Altarprivilegs; b) der Sterbeablaß; c) der Jubiläumssablaß.

III. Träger der Ablassverleihungsgewalt. 1) Der erste und hauptsächlichste Träger dieser Gewalt ist der P a p s t, „dem die Verwaltung des gesamten Kirchenschatzes von Christus dem Herrn anvertraut ist“; andere o r d e n t l i c h e Träger werden im Rechte festgesetzt Can. 912. Zu diesen gehören: a) die K a r d i n ä l e Can. 239 § 1 nn. 5. 24; b) die Erzbischöfe Can. 274 n. 2; c) die B i s c h ö f e 349 § 2 n. 2.

a) Jeder Kardinal, Erzbischof und Bischof, welcher eine Kirche oder einen Altar konsekriert, kann auch außer seinem Jurisdiktionsgebiet einen Ablass von e i n e m Jahre verleihen, jenen, welche am Tage der Konsekration die Kirche oder den Altar besuchen; einen Ablass von 200 Tagen (Kardinal), 100 Tagen (Erzbischof) oder 50 Tagen (Bischof) für den J a h r e s t a g der Konsekration Can. 1166 § 3. — b) Die K a r d i n ä l e haben hinsichtlich der Ablässe drei Vollmachten: α) die Vollmacht einen Ablass von 200 Tagen zu verleihen, der in der ganzen Kirche nur von den Anwesenden, der jedoch „toties quoties“, das ist mit jeder Wiederholung des aufgelegten Werkes, gewonnen werden kann in den Gebieten oder Anstalten ihrer Jurisdiktion oder ihrer Schutzherrlichkeit („protectionis“; vgl. Can. 499 § 2), und zwar von den dieser Jurisdiktion oder Schutzherrlichkeit untergebenen Personen Can. 239 § 1 n. 2. 4; β) die Vollmacht, Devotionsgegenstände zu weihen („solo crucis signo“), diesen die päpstlichen Ablässe dadurch zu erteilen und Skapuliere aufzulegen ohne die Pflicht der Einschreibung ibi n. 5; ebenso mit einer einzigen Segnung Kreuzwege zu errichten und Kreuzfixe mit Kreuzwegablässen zu versehen ibi n. 6; γ) jene Ablässe, welche an den Besuch einer Kirche usw. des gegenwärtigen Aufenthaltsortes geknüpft sind, durch Besuch der eigenen Hauskapelle zu gewinnen (dies gilt auch für die Hausgenossen „familiares“ der Kardinäle) ibi n. 11. — c) Die E r z b i s c h ö f e können in ihrem Diözesan- und Metropolitansprengel einen Ablass von 100 Tagen verleihen Can. 274 n. 2. — d) Die B i s c h ö f e haben das Recht, in ihrem Gebiete einen Ablass von 50 Tagen zu gewähren Can. 349 § 2 n. 2.

Die Gewalt der Ablassverleihungsträger unter dem Papste ist an folgende E i n s c h r ä n k u n g e n geknüpft: a) Sie können die Ablässe nur persönlich gewähren; durch einen Stellvertreter nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Apostolischen Stuhles. b) Ihre Ablässe sind den V e r s t o r b e n e n nicht zuwendbar. c) Wurde eine Sache, eine Andachtsübung oder eine organische Vereinigung („sodalitium“ Can. 707 § 1) vom Apostolischen Stuhle oder von einem anderen kirchlichen Würdenträger mit Ablässen bereichert, so können keine neuen Ablässe angefügt werden ohne neue Bedingungen Can. 913; vgl. Can. 933.

Die eben genannten Ablässe können den Verstorbenen mit b e s o n d e r e r Bewilligung des Apostolischen Stuhles zugewendet werden,

vgl. Vollmachten der Nunzien n. 28, der Missionsvorsteher S. C. de Pr. F. III n. 39. (Epitome I nn. 715 sq.).

2) „Den Päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass können die Bischöfe nach der vorgeschriebenen Form in ihrem Bistum zweimal im Jahre erteilen: am Osterfeste und an einem anderen von ihnen zu bezeichnenden Hochfeste; — die Äbte oder Prälaten mit eigenem Gebiete, die Apostolischen Vikare und Präfecten können dies, auch wenn sie der bischöflichen Würde entbehren, einmal an einem der höchsten Feste im Jahre“ Can. 914. „Die Regularen, welche das Privileg haben, den Päpstlichen Segen zu erteilen, sind nicht nur gehalten, die vorgeschriebene Form genau zu beobachten, sondern können dieses Vorrecht nur in ihren Kirchen und in den Kirchen der Klosterfrauen oder Tertiaren, die ihrem Orden rechtmäßig angeschlossen sind, ausüben; doch nicht am selben Tag und Ort, an dem der Bischof ihn erteilt“ Can. 915.

a) Die Vollmacht, den Päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass zu erteilen, erhielten die Bischöfe und einige andere Prälaten durch das Apostolische Schreiben „Inexhaustum indulgentiarum“ des Papstes Clemens XIII. vom 3. September 1762 (D. Auth. S. C. Indulg. pag. 456—61). Die Gewährung durch den Koder hat zwar nicht die Form geändert, allein einige Umstände, nämlich 1) der Bischof muß nicht notwendig das feierliche Amt selbst halten; es genügt, wenn er bewohnt („etiamsi astiterint tantum“ Can. 914); 2) die Verlesung der päpstlichen Vollmacht fällt weg; 3) in der Schlußverlesung fällt die Berufung auf die päpstliche Bevollmächtigung weg, weshalb der lateinische Text lautet: Rvdmus Dominus, Dominus N., Dei et Apostolicae Sedis gratia, huius Sanctae N. Ecclesiae Antistes, Summi Pontificis nomine, dat et concedit etc. Die Erzbischöfe und jene Bischöfe, welche das Recht des *Pallium* haben, müssen dieses bei der Erteilung des Päpstlichen Segens tragen, wenn sie es im vorausgegangenen Pontificalamte getragen haben S. R. C. d. 23. Febr. 1884 in Neapolitana n. 3605. — b) Aus dem Texte des Can. 914 kann erschlossen werden, daß die übrigen Prälaten, welche nicht Residenzbischöfe sind, nur im Anschlusse an das von ihnen zelebrierte Amt den Päpstlichen Segen erteilen können. — c) Die Regularen können den Päpstlichen Segen mit vollkommenem Ablass erteilen auf Grund der Konst. Exemplis Praedecessorum d. 19. Mart. 1748 Benedikts XIV. nur außerhalb der Messe, mit Superpelliz und Stola bekleidet, nach der Formel des R. R. tit. 8 c. 32. Verboten ist ihnen nur, den Päpstlichen Segen am selben Tag und am selben Orte zu erteilen. Darum können sie ihn erteilen am Ostermontag in der Bischofsstadt oder am Ostersonntag außerhalb der Bischofsstadt.

3) Das Altarprivileg. „Alle Bischöfe, Äbte oder Prälaten mit Eigengebiet, Apostolische Vikare und Prä-

festen und höheren Obern der exempten Alerikalgenossenschaften (Can. 488) können einen Altar als privilegierten zum täglichen ewigen Gebrauch (*altare privilegiatum quotidianum perpetuum*) bezeichnen und erklären, vorausgesetzt, daß nicht schon ein anderer vorhanden ist, in ihren Dom-, Abtei-, Kollegiat-, Konvent-, Pfarr- und Missionspfarrkirchen, nicht aber in den öffentlichen oder halböffentlichen Kapellen, außer diese sind mit den Pfarrkirchen geeint oder diesen dienstbar (*subsidiaria*)“ Can. 916. — Am Allerseelentage erfreuen sich alle Messen des Altarprivilegs Can. 917 § 1. Während des vierzigstündigen Gebetes sind alle Altäre der betreffenden Kirche privilegiert ibi § 2. — Der privilegierte Altar ist kenntlich zu machen durch die Worte *Altare privilegiatum* mit Beifügung der Zeit, ob immer oder auf eine bestimmte Zeit, ob täglich oder nicht, je nach den Verleihungsworten Can. 918 § 1. Für die Darbringung der Messe an einem privilegierten Altare kann wegen des Privilegs kein höheres Stipendium gefordert werden ibi § 2.

Erläuterung. 1) Nur die Bischöfe und die übrigen im Can. 916 genannten Würdenträger, nicht ihre Stellvertreter, können einen Altar als privilegierten bezeichnen, vgl. S. C. Indulg. in Gratianopolitana d. 24. Maii 1843. — 2) Ein Altar kann als privilegierter bezeichnet werden, und zwar soll dieser, womöglich, ein fester Altar (*altare fixum*) sein, wie die Ablasskongregation am 27. Nov. 1764 für Błockaweł (Błozławsk) entschied. Indes kann nach dem Roderrecht der Ablass auch an einen Altar mit einem Tragsstein (*altare portatile*) geknüpft werden Can. 1197 § 2; vgl. Can. 1165 §§ 3, 5; Regensburger B.D. vom 19. Dez. 1919 (B.D.M. 1920 S. 6). — 3) Unter „*ecclesiae paroeciales, quasiparoeciales*“ versteht man zunächst die Hauptkirche der Pfarrei oder der Missionspfarre (Can. 216 § 3). Doch darf man diese Ausdrücke ausdehnen auf jene Kirchen der Pfarrei, welche mit dem Rechte von Pfarrkirchen anderen Pfarrkirchen zugeteilt sind (*aeque principaliter unitae*), dann auf jene Filialkirchen, wo der Pfarrer die gewöhnlichen Pfarrfunktionen in eigener Person oder durch einen Hilfsprieester (Kuratsbenefiziat, Expositus, Kooperator, Kaplan usw.) ausübt S. C. Indulg. d. 30. Ian. 1760 in Wormation. ad 3, ja sogar auf die Notkirchen (Betsäle), wo der Pfarrer jene Pfarrfunktionen ausübt ibi ad 4; dieses gilt auch von den öffentlichen und halböffentlichen Kapellen, welche zur Pfarrseelsorge mit den Pfarrfunktionen benutzt werden („*ecclesiae paroeciali unita seu eiusdem subsidiaria*“ Can. 916); vgl. S. C. Indulg. in Wladislavien. d. 27. Nov. 1764 ad 2. — 4) In einer Dom- oder Abtei- oder Klosterkirche, welche zugleich Pfarrkirche ist, kann nur ein Altar als privilegierter bezeichnet werden, Dekret der Ablasskongregation vom 10. Sept. 1781; dagegen könnte vom Apostolischen Stuhle ein zweiter Altar in einer Pfarrkirche, z. B. für eine Bruderschaft, privilegiert sein

oder werden S. C. Indulg. in Curien. d. 14. Febr. 1761. — 5) Das Altarprivileg kann auch p e r s ö n l i c h sein, so daß ein Priester an bestimmten Tagen oder jeden Tag so zelebrieren kann, als feierte er die Messe an einem privilegierten Altare Can. 917 § 1, dies gilt an Allerseelen. Durch päpstliche Bewilligungen können solche Privilegien erlangt werden. Der Apostolische Stuhl hat jenen Priestern, welche den „heroischen Liebesakt“ erweckt haben, das tägliche Vorrecht des Altarprivilegs gewährt, Beringer: „Die Ablässe“ C. 56. — 6) Durch das Altarprivileg kann, was die kirchliche Verleihung betrifft, eine Seele des vollkommenen Ablasses teilhaft werden, der ihre sofortige Befreiung aus den Peinen des Fegfeuers bewirkt. Indes fragt es sich, ob der Ablass tatsächlich gewonnen wird, der dann der fraglichen Seele nur f ü r b i t t e m e i s e zugewendet werden kann Can. 911. Man beachte folgende Regeln: a) Man kann nur jener Seele den Ablass zuwenden, für die man die heilige Messe liest. b) Man kann nur e i n e r Seele den Ablass zuwenden, wenn auch die Messintention mehrere umfaßt. c) Der Priester mußte in s c h w a r z e n Paramenten zelebrieren, so oft es die Rubriken erlauben; indes wurde hier durch Dekret der Ritenkongregation vom 19. Febr. 1913 (ME. 26, 358) die Milderung geschaffen, daß die Gültigkeit des Altarprivilegs durch die Lesung einer Motiv- oder Tagesmesse, wenn es die Rubriken erlauben, nicht beeinflusst wird.

IV. Umstände der Ablassverleihung. Cann. 919—924. Die Ablässe können unter gewissen Umständen, welche Personen, Zeiten oder Orte betreffen, vom Apostolischen Stuhle verliehen werden. Wir müssen diese drei Gesichtspunkte näher würdigen.

A. P e r s o n e n. 1) „Neue Ablässe, welche den Kirchen auch der eigentlichen Ordensleute verliehen wurden, dürfen nicht veröffentlicht werden ohne Vorwissen des Ortsordinarius, außer sie sind in Rom bereits promulgiert“ Can. 919 § 1.

Alle bis zum 19. Mai 1918 von Kirchen besessenen Ablässe werden durch Can. 919 § 1 nicht berührt; von den n e u e n Ablässen aber diejenigen nicht, welche in Rom promulgiert sind, d. h. welche in den AAS. (Can. 9) veröffentlicht wurden. Eine sonstige Veröffentlichung der Ablässe in Rom genügt nicht; denn a) der Ausdruck lautet für Rom „promulgatae“, nicht „pervulgatae“; b) den Zweifeln wäre sonst Tür und Tor geöffnet. Die Benachrichtigung des Ortsordinarius ist notwendig bei allen Kirchen, welche Ablässe erlangen, Dom-, Kollegiat- oder Klosterkirchen (auch exempten).

2) **Veröffentlichung der Ablässe im Druck** Can. 919 § 2; 1388. **Druckwerke** irgend welcher Personen, in welchen Ablassverleihungen enthalten sind, bedürfen stets der kirchlichen Erlaubnis. Die ausdrückliche Erlaubnis des Apostolischen Stuhles ist bei Drucklegung in jeder Sprache notwendig: a) für amtliche Samm-

lungen (*collectiones authenticae*) von Gebeten und guten Werken, mit denen der Apostolische Stuhl Ablässe verknüpft hat; b) für Verzeichnisse (*elenchi*) der päpstlichen Ablässe; c) für Zusammenstellungen (*summaria*) von Ablässen, welche niemals, obwohl schon gesammelt, die kirchliche Bestätigung erhielten oder die neuerdings aus verschiedenen Bewilligungen gesammelt werden sollen Can. 1388 § 2. — Sonst ist für jede Veröffentlichung von Ablässen im Drucke („*libri omnes, summaria, libelli, folia etc.*“) die Erlaubnis des Ortsordinarius vonnöten Cann. 1388 § 1; 919 § 2. Jene „*summaria, Verzeichnisse*“, welche nur Ablässe zusammenstellen, unterliegen der Pflicht päpstlicher Bestätigung, andere Verzeichnisse, welche Ablassbewilligungen mit Quellenangaben (Breve, Reskript, Verzeichnis des Apostolischen Stuhles) enthalten, der bischöflichen SC. Indulg. d. 22. Jan. 1858 in Petrocoren.; SC. Indicis d. 17. Nov. 1897 (ME. X¹. 195).

3) **Päpstliche Ablassbewilligungen für alle.** „Wer vom Heiligen Vater Ablassbewilligung für alle Gläubigen erlangt hat, ist verpflichtet, unter Strafe der Nichtigkeit für die erlangte Gnade, die amtlichen Urkunden dieser Bewilligungen der heiligen Pönitenziarie zu übergeben“ Can. 920.

So merkwürdig diese Bestimmung erscheint, ist sie doch von großer Weisheit diktiert: es sollen dadurch alle unechten, übertriebenen, apographen Ablässe beseitigt werden. Wie früher das heilige Offizium, so wacht jetzt die heilige Pönitenziarie über das Ablasswesen Can. 258 § 2. Soll nun der Beweis einer allgemeinen Ablassbewilligung möglich sein, so muß dieser Römische Gerichtshof amtlich davon wissen. Bei mündlichen Bewilligungen (*vivae vocis oraculo*) oder bei Bewilligungen für einzelne Personen oder Klassen ist diese Anzeige bei der Pönitenziarie nicht vorgeschrieben. Freilich haben rein mündliche (*oretenus*) Bewilligungen nur Bedeutung für das Gewissensforum Can. 79. Kardinäle könnten im äußeren Forum eine rein mündliche Gnade bezeugen Can. 239 § 1 n. 17. Der Papst kann ja auch diesem Kanon derogieren, aber dieses wird niemals präsumiert.

B. Die Zeit bei Ablassverleihung Cann. 921—923. 1) Unter Festen des Herrn oder der seligsten Jungfrau Maria versteht man bei der Bewilligung von vollkommenen Ablässen nur die im allgemeinen Kalenderium verzeichneten Feste Can. 92 § 1. Dieses Kalenderium findet sich in jedem Bande der neuesten römischen Breviere. — 2) Für die vollkommenen und teilweisen Ablässen

gelten als Aposteltage nur ihre „Geburtstage“ (*festas natalias*) für den Himmel Can. 921 § 2. Diese eigentlichen oder Hauptfeste der Apostel findet man im Brevier zusammengestellt unter den „*Duplicia I et II classis et maiora primaria*“. Wir rechnen zu den Aposteltagen hier auch die Feste der heiligen Evangelisten Markus (25. April) und Lukas (18. Okt.) und des heiligen Apostels Barnabas (11. Juni); anders bei den Tagen für die Bischofsweihe, Handbuch I² 131. — 3) „*Indulgentia plenaria quotidiana*, täglicher vollkommener Ablass“ bedeutet einen vollkommenen Ablass, welcher durch den Besuch einer Kirche oder eines öffentlichen Oratoriums (Can. 1188) einmal im Jahre, jedoch an jedem beliebigen Tage, von den einzelnen Gläubigen gewonnen werden kann; freilich kann im Dekret auch anders bestimmt sein. Eine solche Verleihung wird ständig oder zeitweilig gegeben Can. 921 § 3. — 4) *Verlegung*. Sind Ablässe an bestimmte Feste geknüpft oder an öffentliche Andachten bzw. Novenen, Septenarien oder Triduen, welche vor oder nach einem Feste oder auch während dessen Oktave verrichtet werden, so gelten sie mit der rechtmäßigen Verlegung des Festes unter folgenden Bedingungen auch als verlegt: a) wenn die Verlegung des Festes, welches keine äußere Feier besitzt, nach Brevier und Messe beständig verlegt wird; b) wenn die Feier und äußere Begehung entweder zeitweilig oder für immer verlegt wird Can. 922. — 5) *Berechnung des Ablassages*. „Der Besuch einer Kirche oder Kapelle, welcher für die Gewinnung des an einen Tag geknüpften Ablasses erfordert ist, kann gemacht werden vom Mittag des Vortages bis Mitternacht, welche den Ablass-tag schließt“ Can. 923.

Die Verlegung der äußeren Feier und Begehung dürfte allgemein fast nicht mehr vorkommen, da Mariä Verkündigung aus der Reihe der kirchlichen Feste verschwunden ist Can. 1247 § 1; bei Patrozinien wäre dieses möglich ibi § 2. Für den Allerseelentag, 2. November, hat Papst Pius X. s. A. am 25. Juni 1914 den Toties-quoties-Ablass, welcher nur den armen Seelen zugewendet werden kann, verliehen (ME. 26, 244). Derselbe kann gewonnen werden am 1. November vom Mittag an bis zum Beginn des 9. November. Trifft am 2. November ein Fest erster Klasse, z. B. St. Justus in Triest, oder ein Sonntag, so wird Allerseelen auf den 3. November verlegt bzw. auf den 4., wenn der 3. durch ein Fest erster Klasse bereits besetzt ist, wie in der Diözese Ugent durch das Fest des heiligen Bischofs Hermengaud. Da hier nicht nur Messe und Brevier,

sondern auch die äußere Begehung (*celebratio externa*) verlegt wird, so folgt der Ablass der Verlegung auf den 3. bzw. 4. November S. Off. d. 13. (14.) Dec. 1916 (AAS. 8, 179). Ist mit dem Patronsfeſte des heiligen Rupert (27. März) ein Ablass verbunden, so wird der Ablass 1932 am Oſterfeſt, nicht am 6. April gewonnen, dagegen werden die mit dem Mariä-Verkündigungs-Feſte verknüpften Ablässe am 5. April, nicht am Karfreitag (25. März) gewonnen S. Poen. d. 18. Febr. 1921 (AAS. 13, 165).

C. Ort der Ablassverleihung. Ablässe, die auf einer Kirche ruhen, welche von Grund aus zerstört wird, gehen verloren, wenn seit der Zerstörung bereits fünfzig volle Jahre verstrichen sind. Wurde die Kirche nicht ganz zerstört oder wurde sie, wenn ganz zerstört, unter demselben Titel (Heilige, Geheimnisse) und am gleichen oder fast gleichen Orte innerhalb fünfzig (nicht vierzig wie bei den sonstigen Privilegien Can. 75) wieder aufgebaut, so gehen die Ablässe nicht verloren Can. 924 § 1. — Die mit Rosenkränzen und anderen Dingen verbundenen Ablässe gehen nur dann verloren, wenn die Rosenkränze usw. vollständig zu sein aufhören oder wenn sie verkauft werden Can. 924 § 2. S. Poen. d. 18. Febr. 1921 n. II (AAS. 13, 164).

Dieser Can. 924 bringt ungemein große Erleichterungen. Ist ein Ablass einer Kirche verliehen, so bleibt der Ablass, so lange die Kirche wenigstens in den Grundmauern noch besteht, mögen auch die Wände eingestürzt oder die Kirche zu profanen Zwecken selbst auf Anordnung des Ortsordinarius verwendet (Can. 1170) oder durch Verbrechen verletzt sein (Can. 1172). Die Kirche St. Salvator am Fuße des Oberhauses (Passau) wurde 1803 säkularisiert, 1840 von Bischof Heinrich zurückgekauft und restauriert, 1861 neu konsekriert. Keiner der Ablässe dieser Kirche ist verloren gegangen. Die Kapelle des heiligen Laurentius in B. wurde 1875 abgetragen und ungefähr an der gleichen Stelle die Kirche St. Barbara erbaut, wobei St. Laurentius zweiter Patron wurde. Die etwaigen Ablässe sind der Kirche wahrscheinlich erhalten geblieben, doch ist nicht jeder Zweifel ausgeschlossen wegen Veränderung des titulus. — Die auf Rosenkränze, Kreuze, Kreuzfige, Standbilder, Medaillen usw. verliehenen Ablässe bleiben, außer diese Dinge hören vollständig auf zu sein („cum porsus desinant esse“). Der Verkauf der Ablässe mit den Gegenständen wäre simonistisch Can. 727 § 1. Der Verkauf der mit Ablässen versehenen Gegenstände bewirkt stets den Verlust der Ablässe, wenn auch jeder simonistische Gedanke ferne war Can. 924 § 2.

V. Die Ablassgewinnung Cann. 925—36; 239 § 1 n. 11; 2262 § 1; 2327. Die allgemeinen Erfordernisse zur Gewinnung der Ablässe sind die Taufe; die Freiheit von Exkommunikation, der Stand der Gnade; das Untergebenenverhältnis gegenüber dem Verleiher. Zur tatsächlichen Gewinnung

aber müssen vorhanden sein die richtige Meinung und die Erfüllung der auferlegten Bedingungen Can. 925.

1) Die T a u f e verleiht die Kirchenmitgliedschaft und darum auch die Möglichkeit, Nachlassung der Sündenstrafen durch die Kirchengewalt zu erlangen Can. 911. Freilich dürfte hier, da es sich um Vorteile des G e w i s s e n s handelt, die Begierde- und Bluttaufe genügen, so daß also Katechumenen, welche durch vollkommene Liebe im Stande der Gnade sind, Ablässe gewinnen können, welche den Empfang der Sakramente nicht erheischen. Auch eine fürbittweise Zuwendung der Ablässe an Seelen, welche als Katechumenen starben, dürfte demnach erlaubt sein.

2) Der E r k o m m u n i z i e r t e wird nicht teilhaft der heiligen Ablässe Cann. 2262 § 1; 925 § 1. Darum könnte ein getaufter Katholik, welcher guten Glaubens ist, Ablässe gewinnen.

3) Der Stand der G n a d e ist wenigstens beim l e z t e n guten Werke notwendig Can. 925 § 1. Freilich wenn zu den auferlegten Werken Beicht und Kommunion gehört, so wird der Gnadenstand nach der Absolution und bei der heiligen Kommunion verlangt (Cann. 861; 907), auch wenn diese Werke nicht die letzten sind.

4) Der Ablassgewinner muß U n t e r t a n des Verleihers sein. Dies Erfordernis ist beim Heiligen Vater stets gegeben; beim Bischof wird es näher in Can. 927 erklärt: „Die von einem Bischöfe verliehenen Ablässe können gewinnen seine Untergebenen auch außer seinem Gebiete; innerhalb desselben auch die Fremden, Wohnsitzlosen und alle Exempten, außer die Verleihung würde anders lauten.“ Die Vollmacht der A r d i n ä l e (Can. 239 § 1 n. 24) haben wir schon oben (S. 150) gewürdigt.

5) Die M e i n u n g, welche für die Gewinnung der Ablässe notwendig ist, muß sein entweder die besondere oder w e n i g s t e n s d i e a l l g e m e i n e, sie zu gewinnen Can. 925 § 2. Diese „intentio saltem generalis“ kann sich auf mehrere Ablässe beziehen und kann die Ablässe in ihrem ganzen Umfange umschließen. Sicherlich hat der heilige L e o n a r d u s a Porto Maurizio recht, wenn er empfiehlt, beim täglichen Morgengebete die Intention zu machen, alle möglichen Ablässe dieses Tages zu gewinnen.

6) Die vorgeschriebenen Werke müssen zu gehöriger Zeit und in der rechten Weise verrichtet werden Can. 925 § 2.

a) Beicht und Kommunion. Die etwa vorgeschriebene Beicht kann am Tage des Ablasses abgelegt werden oder acht Tage vorher oder sieben nachher. Die heilige Kommunion kann am Vortage, am Tage selbst und während der folgenden Oktave empfangen werden Can. 931 § 1. Werden Ablässe gewährt für fromme Übungen, die drei Tage, eine Woche usw. dauern, so kann Beicht und Kommunion auch geschehen innerhalb der Oktave, welche, auf die Vollendung dieser Übung folgt ibi § 2. „Christgläubige, welche die Gewohnheit haben (abgesehen von einer rechtmäßigen Verhinderung) entweder wenigstens zweimal im Monat zur heiligen Beicht zu gehen oder die heilige Kommunion im Stande der Gnade und mit richtiger frommer Meinung täglich zu empfangen, wenn sie auch ein- oder zweimal in der Woche davon fern bleiben, können alle Ablässe auch ohne die sonst vorgeschriebene Beicht gewinnen, außer die Jubelablässe des ordentlichen, außerordentlichen oder nachgebildeten Jubiläums (iubilaei ad instar)“ ibi § 3.

Beicht und Kommunion können nach einem Ablassfeste, z. B. Portiunkula, oder nach mehrtägigen frommen Übungen, z. B. Exerzitien, auch innerhalb der ganzen Oktav verrichtet werden, d. h. volle acht Tage hindurch, vom Ablasttage gerechnet mit Einschluß desselben. Da nämlich der Roder keine Bestimmung des Begriffs „octava, Oktave“ gibt, müssen wir uns an die liturgischen Gesetze halten Can. 31. Die heilige Kommunion kann am Vigiltage („pervigilium“) empfangen werden d. h. am natürlichen und liturgischen Vortage, also bei einem Ablasse, der mit dem Allerheiligensfeste verknüpft ist, im Jahre 1926 am 31. und 30. Oktober. — Wer wenigstens zweimal im Monate beichtet, kann alle Ablässe gewinnen, vollkommene und unvollkommene, einfache und wiederholbare, natürlich muß er der geforderten Kommunion genügen, auch wenn die besonders vorgeschriebene Beicht nicht abgelegt wird; desgleichen wer wenigstens fünfmal in der Woche kommuniziert. — Die Gewinnung sämtlicher Jubiläumsablässe macht die besondere Beicht und Kommunion stets notwendig, mag es sich um ein wirkliches Jubiläum handeln, z. B. 1900, oder um ein nachgebildetes („ad instar“), wie es die Enzyklika „Ad diem illum“ d. 2. Febr. 1904 ankündigte (ME. 15, 540).

b) „Durch ein Werk, welches gesetzlich oder vorschriftsmäßig verpflichtet, kann ein Ablass nicht gewonnen werden, außer es wurde bei der Verleihung ausdrücklich anders bestimmt. Wer aber ein mit Ablässen versehenes Bußwerk verrichtet, kann zugleich der Buße genügen und den Ablass

gewinnen“ Can. 932. — „Einer und derselben Sache, einem und demselben Orte können aus mehreren Titeln Ablässe verknüpft werden“, aber durch ein einziges Werk kann nur einer der verknüpften Ablässe (nach Meinung) gewonnen werden, außer es handelt sich um Beicht oder Kommunion, oder es besteht eine gegenteilige ausdrückliche Verfügung Can. 933, z. B. die monita P i i PP. XI. d. 17. Febr. 1922 n. 4 (AAS. 14, 394).

a) Das Ablasswerk muß *f r e i* sein, d. h. es darf nicht schon gebunden sein durch Gesetz oder Borschrift. Ein Majorist kann also durch *B r e v i e r g e b e t* keinen Ablass gewinnen, auch dann nicht, wenn er nebensächliche Bedingungen des Ablasses frei vollzieht. Die verpflichtete *S o n n t a g s m e s s e* oder das pflichtgemäße *F a s t e n* ist kein Werk zur Gewinnung von Ablässen, außer es wäre ausdrücklich das Gegenteil bestimmt. Indes scheint die Osterbeicht und Osterkommunion eine gute Grundlage zu sein auch zur Gewinnung eines einfallenden Ablasses; vgl. Can. 933. — Eine begrüßenswerte Ausnahme von dieser Regel bilden die *B u ß w e r k e*. Ist ein Bußwerk mit einem vollkommenen oder unvollkommenen Ablass verbunden, so genügt die Verrichtung dem Bußwerk und der Ablassgewinnung. „Mein Jesus, Barmherzigkeit!“ kann Bußwerk sein, das so oft man es verrichtet, 100 Tage Ablass vermittelt (Beringer¹⁰ S. 112); vgl. „Anima Christi“ S. 142; „Ego“ (S. 150) usw. — b) Ein Ort, ein Gegenstand kann Träger mehrerer Ablässe sein. Ein Rosenkranz kann z. B. mit den Apostolischen Ablässen versehen sein (S. Off. d. 5. Sept. 1914 ME. 26, 485 sqq.), er kann aber auch die „Kreuzherrn-Ablässe“ (*indulgentiae a PP. Crucigeris vocatae*, AAS. 11, 20) tragen. Ein Kreuzifix kann den Sterbeablass und zugleich die Stationsablässe vermitteln (AAS. 11, 20—21). Es können also mehrere Titel auf einem Gegenstande oder Orte ruhen; doch müssen für den betreffenden Ablass die eigenen Werke (abgesehen von Beicht und Kommunion) eigne verrichtet werden.

G e b e t e als Ablasswerke Can. 934. „Wenn ein Gebet nach Meinung des Papstes vorgeschrieben ist, so genügt ein bloß innerliches Gebet (*oratio tantum mentalis*‘), nicht“, also nicht eine bloße Betrachtung. „Das m ü n d l i c h e Gebet aber wird entweder genau vorgeschrieben oder dem Ermessen der Gläubigen“ überlassen Can. 934 § 1. Wird ein besonderes Gebet bezeichnet, so ist die Gewinnung des Ablasses möglich durch die Verrichtung dieses Gebetes in jeglicher *S p r a c h e*, nur muß die Genauigkeit der Übersetzung durch die Erklärung der heiligen Pönitenziarie oder eines Ortsordinarius des fraglichen Sprachgebietes feststehen. Jede Beifügung, Weglassung oder Einschlebung bewirkt den vollständigen Verlust der Ablässe Can. 934 § 2. „Zur Ablass-

gewinnung reicht es hin, das Gebet abwechselnd mit einem Gefährten zu verrichten oder dem von einem anderen verrichteten Gebete im Geiste zu folgen“ ibi § 3.

Stellen wir uns die Grundsätze über die Ablassgebete kurz vor Augen: 1) Ein rein geistiges Gebet reicht zur Gewinnung der Ablässe nicht. Dieser Grundsatz kennt drei *Ausnahmen*: a) beim mündlichen Gebete eines *Vorbeters* Can. 934 § 3; b) bei der Anrufung des heiligsten Namens Jesus in der Todesstunde zur Gewinnung des *Sterbeablasses*, wenn die mündliche Anrufung unmöglich ist S. C. Indulg. in Dublinen. d. 22. Sept. 1892 (ASS. 25, 315; ME. VIII 1;); c) bei den Gebeten der *Stummen* usw. Can. 936. — 2) Das vorgeschriebene besondere Gebet kann in der lateinischen oder in sonst irgendeiner Sprache verrichtet werden, wenn nur die Übersetzung *getreu* ist. — 3) Jede *Veränderung* des Ablassgebetes gefährdet die Ablassgewinnung; indes können die Geheimnisse des heiligen Rosenkranzes nach „Jesus“ eingeschaltet werden ohne Gefährdung der Ablässe S. Poen. d. 22. Jan. 1921 (AAS. 13, 163). — 4) Das *abwechselnde* und *vorbetende* Gebet genügt zur Erlangung des *Ablasses*. — 5) Ist *kein bestimmtes* mündliches Gebet vorgeschrieben, so genügt jedes mündliche Gebet nach dem Ermessen der Gläubigen („*oratio vocalis poterit arbitrio fidelium deligi*“). Frühere Anfragen bei der Ablasskongregation wollten genau wissen, ob fünf Vaterunser und fünf Ave genügen zur Gewinnung von Ablässen, bei welchen nur ein Gebet nach Meinung des Heiligen Vaters verlangt wird, oder ob gar ein Vaterunser und ein Ave hinreichend seien. Die heilige Kongregation antwortete unverrückt: „*Preces requisitae . . . sunt ad uniuscuiusque fidelis libitum, nisi peculiariter assignentur*“ in Briocen. d. 29. Mart. 1841; d. 13. Sept. 1888 ad II (ME. V 2, 268). Jedes mündliche Gebet, also auch ein Vaterunser genügt zur Gewinnung des Ablasses; vgl. *Bremer H. S. I.*, in der *Vinzer D.-S.* 1919 (72.) S. 586—591. Daraus ergibt sich mit größter Deutlichkeit, daß es bei der Gewinnung der Ablässe nicht auf das „*Wieviel*“, sondern auf das „*Wie*“ ankommt; vgl. Can. 926; vgl. *Epitome* II n. 220.

Die *Umwandlung* der Ablasswerke geschieht durch das *Recht* (a iure) und durch den *Reichtvater* (ab homine). a) *Stumme* können die mit Gebeten verbundenen Ablässe gewinnen, wenn sie bei öffentlichen Gebeten Geist und Herz zu Gott erheben im Anschluß an die andern Gläubigen, welche am gleichen Orte Gebete verrichten, oder bei *Privatgebeten*, wenn sie dieselben im Geiste überdenken oder durch Zeichen kundgeben oder auch nur mit den Augen durchgehen Can. 936. *Taubstumme* sind auf die letztere Gebetsübung angewiesen; ebenso *Taubstumme blinde*, nur daß bei ihnen die Augen durch den Tastsinn ersetzt werden. — b) Sonstigen Verhinderten kann

der Beichtvater die auferlegten Werke in andere umzuwandeln Can. 935.

Stumme stehen noch mit den vier Sinnen in Verbindung mit der Außenwelt. Taubstummen führt das Licht die Gedanken der Außenwelt zu. Die Taubstummenblinden dagegen hielt man früher für ausgeschlossen aus dem Geisterverkehr der Menschheit; darum glaubt ihnen St. Alfons die heilige Kommunion verweigern zu müssen Theol. mor.: De Euch. n. 303 nach den Erfahrungen seiner Zeit. Indes hat das 19. Jahrhundert uns gelehrt, daß auch solche Personen bildungsfähig sind, oft in hohem Grade; vgl. Helene Keller, geb. 27. Juni 1880 in Tuscombina (Alabama), mit neunzehn Monaten taub und blind, 1908 Schriftstellerin in Wrentham (Massachusetts); vgl. Gensel: „Die Wahrheit über S. R.“ 1909. E. W. M. von Diers: Pastoralmedizin² (1893) berichtet einen älteren Fall aus Boston S. 116. — Martha Dbercht, welche mit dreieinhalb Jahren taubstummblind wurde, und Marie Heurtin, welche das dreifache Gebrechen von Geburt aus hatte, wurden beide in der klösterlichen Taubstummenanstalt Barnay (Poitiers) von Ordensschwestern zu reger Geistesätigkeit erzogen, vgl. die ausgezeichnete „Apologie des Christentums“ von Duilhé de Saint-Projet, deutsch von E. Braig S. 465 ff. — Sollte ein Katholik in irgendeiner Weise behindert sein, die vorgeschriebenen Werke zu verrichten, so besitz er an seinem Beichtvater den Vertreter der Kirche, der eine Umwandlung im inneren Forum (nicht nur bei der Beicht Can. 202 § 2) vornehmen kann; eine Dispensgewalt wird ihm nicht eingeräumt, vgl. Can. 1314.

Auch hinsichtlich des Kirchenbesuches hat der Koder eine Erleichterung geschaffen. Wird zur Gewinnung von Ablässen zwar ein Kirchenbesuch im allgemeinen vorgeschrieben, jedoch die Kirche nicht bezeichnet, so können gewisse Gläubige beiderlei Geschlechts an Stelle einer Kirche oder öffentlichen Kapelle die Kapelle ihres eigenen Hauses besuchen, vorausgesetzt, daß sie dort der Sonntagspflicht rechtmäßig genügen können. Natürlich müssen die übrigen Werke vorschriftsmäßig geleistet werden. Zu diesen Gläubigen gehören; a) die Kardinäle und Bischöfe samt ihren Hausgenossen Cann. 239 § 1 n. 11; 349 § 1 n. 1; b) alle Personen, welche in den mit Genehmigung des Ordinarius errichteten Häusern ohne Kirche oder ohne Kapelle zum Zwecke des Strebens nach Vollkommenheit, des Unterrichts oder der Erziehung, endlich auch der Gesundheit ein gemeinsames Leben führen; c) alle Personen, welche zur Bedienung der eben Genannten sich dort aufhalten Can. 929.

Der Ablass am Allerseelentage (S. Off. d. 25. Jan. 1914 ME. 26, 244) kann in den Oratorien dieser Kommunitäten gewonnen

werden, einmal weil die meisten der angeführten Oratorien oratoria semipublica sind, dann weil hier der Kirchenbesuch ganz allgemein vorgeschrieben wird. — Der Portiunkulaablaß dagegen muß von den Ortsordinarien eigens auf diese Kapellen ausgedehnt werden; der Grund liegt darin, daß beim Portiunkulaablaß bestimmte Kirchen vorgeschrieben sind; vgl. S. Off. d. 26. Maii 1911 (ME. 23, 152). Dem Sonntagsgebot kann genügt werden in allen halböffentlichen Kapellen Can. 1793.

7) Umfang der Ablassgewinnung. Drei Kanones geben Aufschluß über die Ausdehnung, in welcher Ablässe gewonnen werden können. a) Bei Gewinnung der Ablässe kommt es neben der genauen Vollziehung der Werke auf die Seelenbeschaffenheit vor allem an. Ist ein vollkommener Ablass zur Gewinnung ausgesetzt und fehlt es an keiner der beiden Voraussetzungen (opera; dispositio), so wird er auch gewonnen. Doch die Kirche geht in ihrer Güte noch weiter. „Der vollkommene Ablass gilt stets in der Weise verliehen, daß, wenn jemand ihn auch nicht vollkommen gewinnen kann, er ihn doch teilweise gewinnt nach dem Grade der Herzenswürdigkeit (dispositio)“ Can. 926. — b) Wird ein vollkommener Ablass für die jedesmalige Verrichtung des Werkes gewährt, so nennt man ihn Toties-quoties-Ablass. Wenn jedoch diese Gewährung nicht ausdrücklich bestimmt ist, so kann der vollkommene Ablass nur einmal am Tage gewonnen werden trotz der Wiederholung der vorgeschriebenen Werke, der unvollkommene dagegen mit jeder Wiederholung des Werkes, also auch öfter am gleichen Tag, abgesehen von einer gegenteiligen ausdrücklichen Verfügung Can. 928. — c) „Wer Ablässe gewinnt, kann sie lebenden Mitmenschen nicht zuwenden; die vom Papste verliehenen Ablässe sind den armen Seelen zuwendbar, wenn nicht das Gegenteil feststeht“ Can. 930. Andere Verleiher können Ablässe für Verstorbene nicht ohne besondere Vollmacht verleihen Can. 913 n. 2. Der Toties-quoties-Ablass von Allerjeelen kann nur den armen Seelen zugewendet werden S. Off. d. 25. Jun. 1914 (ME. 26, 244).

Das Gebet „Anima Christi“ vermittelt folgende Ablässe: a) 300 Tage; b) 7 Jahre nach der heiligen Kommunion; c) Vollkommener Ablass bei täglicher Abbetung einmal im Monate (Beringer¹¹ S. 143). Der unvollkommene Ablass von 300 Tagen kann mit jeder Verrichtung gewonnen werden Can. 928 § 2. Der unvollkommene Ablass von 7 Jahren könnte an sich auch jedesmal gewonnen werden, doch hindert die gegen-

teilige Bestimmung, fußend auf der Bedingung des vorausgehenden Meßopfers (Kommunion). Darum glauben wir, daß bei zweimaliger Kommunion (Andachtskommunion und Wegzehrung Can. 858 § 1; Binnierung) dieser Ablass auch zweimal an einem Tage gewonnen werden kann. — Der monatliche vollkommene Ablass kann nur einmal gewonnen werden Can. 928 § 1. Papst Benedikt XV. s. A. hat durch das Breve „Constat“ d. 16. Apr. 1921 den „Portiunkulaablass“ so erweitert, daß er durch jedesmaligen reumütigen Besuch der Portiunkulakapelle zu Assisi täglich gewonnen werden kann; bei Vorhandensein schwerer Sünden muß die Beicht abgelegt sein (AAS. 13, 298).

8) **Bestrafung von Mißbräuchen** Can. 2327. „Wer aus Ablässen Gewinn zieht, verfällt der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation.“ S. Pii V. Const. „Quam plenum“ d. 2. Ian. 1569; vgl. Can. 918 § 2. Diese Zensur tritt nur dann ein, wenn die Tat vollbracht ist „certa pecunia soluta“, sagt Pius V. Der böse Wille genügt zum Eintritt der Strafe noch nicht (ME. 1, 79; Eichmann Ed.: „Das Strafrecht des CIC.“ § 33 S. 144).

§ 15. Die letzte Ölung.

Quellen: Iac. 5, 14—15; Cann. 937—947; 397 n. 3; 462 n. 3; 514; 735; vgl. Kern Iosephus: De sacramento extremae unctionis tractatus dogmaticus (Fr. Pustet, Ratisbonae 1907).

Der Rodey behandelt dieses Sakrament in drei Kapiteln (denen Can. 937 über Materie und Form vorausgeschickt wird): I. Vom Spender; II. vom Empfänger; III. von den Riten der letzten Ölung; eine Einteilung, welcher wir uns anschließen.

A. Der Spender der letzten Ölung.

I. Gültige Spendung. „Dieses Sakrament spendet gültig jeder Priester und nur der Priester“; vgl. Innozenz I. in seinem Brief an Dezentius von Gubbio vom 19. März 416. Damit ist jeder Nichtpriester (Diafon, Kleriker, Laie, vgl. Kern S. 242—46) ausgeschlossen; Trid. sess. 14 en. 4. Wenn in morgenländischen Kirchen dieses Sakrament gewöhnlich von mehreren Priestern (sieben, drei, zwei) gespendet wird, so beweist diese Handlungsweise nichts gegen die Spendung durch einen Priester; denn auch nach der Praxis des Morgenlandes genügt im Notfalle ein Priester

(C. Ralli: *Περὶ τῶν μυστηρίων τῆς μετανοίας καὶ τοῦ εὐχλαίου. Ἐν Ἀθήναις* 1905 p. 113 s.) und auch in der lateinischen Kirche können mehrere Priester die heilige Ölung zugleich erteilen R. R. t. 5. c. 2 n. 7 („per impositionem manuum nostrarum“).

Wenn Papst Innozenz I. an Dezentius schreibt: „Sancto oleo chrismatis ab episcopo confecto non solum sacerdotibus, sed et omnibus uti Christianis licet in sua aut in suorum necessitate ungendo“ (D.-B. n. 99), so enthält das keine Schwierigkeit, da man ja das Krankenöl in alter Zeit nicht nur als Sakrament, sondern auch als Sakramentale gebrauchte, wie schon aus den Worten „in sua necessitate“ erhellt.

II. Erlaubte Spendung. „Ordentlicher Spender ist der Pfarrer des Ortes, an welchem der Kranke sich befindet“ Cann. 938 § 2; 462 n. 3. Ordentliche Spender sind außerdem jene Priester, welche berechtigt sind, gewissen exempten Personen die heilige Wegzehrung zu spenden (S. 106), und zwar mit Ausschluß des Pfarrers. — „In einem Notfall oder mit Erlaubnis des berechtigten Pfarrers oder Ortsordinarius kann jeder Priester dieses Sakrament spenden“. Diese Erlaubnis soll ausdrücklich sein oder wenigstens auf einer begründeten Voraussetzung beruhen Can. 938 § 2. Wer sich ohne einen solchen vernünftigen Grund in dieses Pfarrrecht (Can. 462 n. 3) eindringt, sündigt schwer; indes ist die Exkommunikation (Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869 cl. II n. 14), welche Regularen traf, aus dem Rechte verschwunden Can. 6 n. 6. Was hier von der Erlaubnis des Pfarrers gesagt ist, gilt in gleicher Weise von den sonstigen ordentlichen Spendern (oben S. 106).

III. Pflicht der Spendung Can. 939. „Den ordentlichen Spender (auch die S. 105 genannten) trifft die Gerechtigkeitspflicht, dieses Sakrament in eigener Person oder durch einen anderen zu spenden; im Notfalle obliegt die Liebespflicht einem jeden Priester“.

B. Empfänger der letzten Ölung.

I. Der gültige Empfang. „Die letzte Ölung kann nur einem Gläubigen gespendet werden, welcher nach Erlangung des Vernunftgebrauches wegen Krankheit oder Altersschwäche in Todesgefahr schwebt“ Can. 940 § 1, falls

er das Sakrament in derselben Todesgefahr noch nicht empfangen hat ibi § 2.

1) Wer nicht g e t a u f t ist, kann die heilige Ölung nicht empfangen. Vom erlaubten Empfang ist ausgeschlossen ein jeder Häretiker oder Schizmatiker, welcher sich nicht mit der heiligen Kirche ausgesöhnt hat (oben S. 18). Auch die Exkommunizierten (Can. 2260 § 1), Interdizierten (Can. 2275 n. 2) und Unbußfertigen, welche in einer offenkundigen Todssünde hartnäckig verharren, können erlaubterweise dieses Sakrament nicht empfangen; besteht hier ein Zweifel, so werde es bedingungsweise gespendet Can. 942.

Die Propagandakongregation hat am 10. Mai 1898 erklärt, daß die notorischen Mitglieder der Geheimgesellschaft „Old Fellows“ die Sakramente nicht empfangen können, insbesondere nicht die letzte Ölung (ME. X 2, 196). Dieselbe Entscheidung dürfte für ähnliche Geheimgesellschaften gelten. — Die Bedingung, welche bei zweifelhaft Unbußfertigen beigefügt werden muß, ist „Si capax es“ d. h. „Wenn du den Anforderungen der Kirche entsprichst“, nicht „Si dispositus es“ = „Wenn du im Gnadenstande bist“; denn die letztere Bedingung würde das „Wiederaufleben, die reviviscentia“ dieses Sakramentes bei eintretender unvollkommener Reue unmöglich machen.

2) Zum gültigen Empfang der letzten Ölung gehört der V e r n u n f t g e b r a u c h Can. 940 § 1. Hat der Kranke n i e m a l s den Vernunftgebrauch erreicht, so wäre der Empfang des Sakramentes ungültig. Im Zweifel über die Erreichung des Vernunftgebrauches, wird die letzte Ölung erteilt mit der Bedingung „Si capax es“. Aus dem Gesagten ergeben sich folgende Regeln: a) V o r dem siebenten Lebensjahre kann einem Getauften die letzte Ölung erst dann erteilt werden, wenn bewiesen ist, daß er den Vernunftgebrauch sicher oder wenigstens wahrscheinlich („Si capax es“) erreicht hat. — b) N a c h dem siebenten Lebensjahre muß die letzte Ölung dem Getauften in Lebensgefahr zuteil werden, außer es tritt klar zutage, daß er den Vernunftgebrauch n i e erreicht hat Can. 88 § 3. Im Zweifel geschieht die Spendung mit der Bedingung „Si capax es“ Can. 941.

3) Das dritte Erfordernis zum gültigen Empfange der letzten Ölung ist „die T o d e s g e f a h r wegen K r a n k h e i t oder A l t e r s s c h w ä c h e“ Can. 940 § 1. Wird die letzte Ölung einem Kranken gespendet ohne Todesgefahr oder einem in Todesgefahr Schwebenden ohne Krankheit (Soldaten vor der Schlacht, Wöchnerinnen vor der Entbindung,

Berurteilten vor der Hinrichtung), so ist der Empfang ungültig. Die „Krankheit“ wird bereits durch den Apostel Jakobus betont Jak 5, 14. 15. Der Krankheit („infirmitas“) wird auch das Greisenalter (senium, Altersschwäche) vom Can. 940 § 1 ausdrücklich zugerechnet, also das Alter wenigstens von 70 Jahren an. Besteht ein Zweifel an der Todesgefahr, so füge man die Bedingung bei „Si capax es“ Can. 941. Für den Spender genügt die begründete Annahme der Todesgefahr (mortis periculum probabile), um erlaubt zu handeln.

Papst Benedikt XIV. berichtet, daß heilige oder heiligmäßige Personen, darunter die heiligen Odilia und Hedwig, denen ihr naheß Ende geoffenbart war, die letzte Ölung erbaten und erhielten, obwohl kein Zeichen einer Krankheit zutage trat (De Syn. l. 8 c. 5 n. 2). Ganz anders verhält es sich mit der Praxis der Morgenländer. Dort wurde und wird die Salbung mit dem Krankenöle auch Gesunden zuteil, namentlich am Gründonnerstag, wo das geweihte Öl sofort ganz an Gesunden aufgebraucht wird, und nach der heiligen Beicht, wobei das teuer erkaufte Öl an Stelle der Genugtuung die Überbleibsel der Sünden und Strafen tilgen soll (ibidem n. 3). Die Salbung am Gründonnerstag bezeugt auch A. von Malgiew: „Die Sakramente der o.-t. Kirche des Morgenlandes“ (1898) S. 549. „Der erste Zweck der letzten Ölung ist die Wiederherstellung der leiblichen Gesundheit. Sie kann jedoch auch Gesunden zur besseren Vorbereitung auf die heilige Kommunion gegeben werden“, Lübeck: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 99; Zankow II S. 68. — Die Beispiele der oben angeführten Praxis des Abendlandes können leicht gerechtfertigt werden. Der Priester, welcher die letzte Ölung spendete, konnte aus der erprobten Wahrhaftigkeit dieser heiligmäßigen Personen auf eine innere Todeskrankheit schließen, welche nach außenhin nicht zutage trat. Bei den Morgenländern kann man die Verwendung des heiligen Oles als Sakramentale mit Fug und Recht annehmen: Ben. XIV. c. 1. n. 4.

4) Die Unwiederholbarkeit Can. 940 § 2. Die letzte Ölung kann öfters im Leben empfangen werden, ja sogar in derselben Krankheit, doch wäre der Empfang der letzten Ölung in derselben Todesgefahr („vitae discrimen“) nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig. Mit Recht schlossen daraus die Theologen, daß die heilige Ölung ihre Wirkung in derselben Todesgefahr bewahre, auch wenn der Kranke bewußtlos oder auch im Stande der Todsünde sie empfing, wenn nur später durch einen Akt wenigstens der unvollkommenen Reue das Sakrament zum Wiederaufleben gebracht wird, Ben. XIV. in Syn. l. 8 c. 7 n. 3. — Außer den im Can. 940 § 1 angedeuteten Wesensbedingungen sind

noch mehrere andere vorhanden, welche nunmehr zu behandeln sind, nämlich das Leben, die Sündhaftigkeit und die Absicht, die letzte Ölung zu empfangen.

5) Was von der Taufe gesagt ist Can. 745 § 1, das gilt in gleicher Weise von der letzten Ölung: Der Empfänger muß noch leben Can. 941. Besteht ein begründeter Zweifel, so gebrauche man die Bedingung „*Si vivis* (oder auch *si capax es*), *per istam sanctam Unctionem etc.*“ R. R. t. 5 c. 1 n. 12. So sehr der Seelsorger sich hüten muß, den toten Leib zu salben, um den Schein des Sakramentsempfanges zu wahren, so darf er doch milde sein in der Beurteilung der Zeit des Ablebens; vgl. oben S. 39 und Ferreres-Weniessé S. 24 f.; Ferreres I. B.: *Institutiones* II 93. (1918) pag. 45 sq.; V-Cr.: *Epitome* II n. 225.

6) Zum gültigen Empfang der letzten Ölung gehört auch die persönliche Sündhaftigkeit; das (frühere) Vorhandensein der Erbsünde allein genügt nicht. Darum dürfen Menschen vor jeglichem Vernunftgebrauch dieses Sakrament nicht empfangen. Darum konnte die seligste Jungfrau Maria dasselbe nicht empfangen (sie war ja auch ohne Erbsünde); vgl. Ben. XIV. in Syn. I. 8 c. 6 n. 3. Dagegen können Erwachsene, welche mit bester Gesinnung in der Todesgefahr die heilige Taufe empfangen, auch die heilige Ölung erhalten; einmal ist ein persönliches Sündigen auch nach der Taufe nicht ausgeschlossen, dann können Wirkungen der persönlichen Sünden, welche durch die Taufe nach Schuld und Strafe getilgt sind, z. B. auf dem Gebiet des Leibes zurückbleiben.

7) Bei diesem Sakramente genügt die mit Grund vermutete Absicht (*intentio saltem praesumpta*). Wenn Kranke beim Bewußtsein die heilige Ölung ausdrücklich oder andeutungsweise („*implicite*“) erbat oder wenn sie wahrscheinlich dieselbe verlangt hätten, so soll ihnen, wenn sie auch hernach den Gebrauch der Sprache oder die Vernunft verloren, die letzte Ölung bedingungslos („*absolute*“) gespendet werden Can. 943; R. R. t. 5 c. 1 n. 6. Freilich muß bei Tobsüchtigen jede Unehreverbietung vom Sakramente ferngehalten werden R. R. t. 5 c. 1 n. 7.

II. Pflicht des Empfanges. „Wenn auch dieses Sakrament an sich kein notwendiges Mittel zum Heile

ist, so darf doch niemand dasselbe vernachlässigen" Can. 944. Dieses Sakrament kann notwendiges Mittel zum Heile sein bei jenen, welche nicht beichten und kommunizieren können; vgl. Ben. XIV. in Syn. l. 8 c. 7 n. 3. Sonst aber besteht weder ein göttliches noch ein kirchliches Gebot; freilich wird jeden Katholiken die Sorge für Seele und Leib antreiben, dieses Sakramentes nicht verlustig zu gehen. Verachtung und schweres Argerniß könnte sogar eine schwere Sünde bewirken.

III. Würdigkeit des Empfanges. „Aller Fleiß und Eifer des Seelsorgers soll dahin zielen, daß die Kranken bei vollem Bewußtsein die letzte Ölung empfangen" Can. 944. Zum würdigen Empfang gehört: a) der *Gnadenstand*, womöglich; darum ist es allgemein Sitte der Kirche vor der letzten Ölung die Sakramente der Buße und Eucharistie den Kranken zu spenden R. R. t. 5 c. 1 n. 2; b) die Erweckung der Gesinnung des *Glaubens* und *Vertrauens* R. R. t. 5 c. 1 n. 1 et c. 2 n. 4. Dazu gehört das volle Bewußtsein („*integra mens*“), welches für die Spendung erstrebt werden soll.

C. Riten und Zeremonien der letzten Ölung.

I. *Materia remota* dieses Sakramentes ist Olivenöl, welches als Krankenöl entweder der Bischof oder der mit Apostolischer Vollmacht ausgerüstete Priester geweiht hat Cann. 937; 945; 734—35 (oben S. 26). Das Krankenöl ist in einem sauberen Gefäß aus Silber oder Zinn aufzubewahren Can. 946.

II. Die *materia proxima* der letzten Ölung bilden die heiligen Salbungen nach Vorschrift der Ritualbücher Cann. 937; 947; im „Notfall genügt eine Salbung an einem Sinneswerkzeuge oder besser an der Stirne mit Anwendung der kürzeren Form, wobei die Pflicht bleibt, mit Aufhören der Nothlage die einzelnen Salbungen zu ergänzen" Can. 947 § 1.

1) Im R. R. sind sieben Salbungen (meist Doppelsalbungen) angegeben an den Augen, Ohren, Nasenflügeln, Mund, Händen, Füßen und Lenden (Nieren). „Die Salbung der *Nieren* (Lenden) soll immer unterlassen werden" Can. 947 § 2. „Die Salbung der *Füße* kann aus jeglicher vernünftigen Ursache weggelassen werden" ibi § 3. Die Sal-

bung der H ä n d e geschieht bei Priestern an der Außenseite R. R. t. 5 c. 1 n. 16; c. 2 n. 10. Die Salbungen sind vorzunehmen mit der Hand des Priesters, nicht mittels eines Instrumentes, abgesehen von dem Falle schwerer Not Can. 947 § 4. — 2) „In einem Notfall genügt e i n e Salbung, am besten an der Stirne, aber auch an einem anderen Sinneswerkzeuge“ Can. 947 § 1. Hört die unmittelbare Todesgefahr auf, so können und müssen die einzelnen Salbungen noch ergänzt werden; indes gehört diese Ergänzung nicht zum W e s e n des Sakramentes, sondern zur Vollständigkeit; darum müssen auch die Salbungen ohne Bedingung ergänzt werden S. Off. d. 31. Jan. 1917. Der Beweis, daß die Ergänzung der einzelnen Salbungen nicht zum Wesen des Sakramentes gehört, ergibt sich aus dem Wortlaute des Can. 947 § 1: „in casu necessitatis“ und „salva obligatione singulas unctiones supplendi“. Also nicht nur dann, wenn der nahe Tod die längere Form nicht mehr gestattet, sondern auch in anderen Notfällen darf die e i n e Salbung (mit der kurzen Form) gebraucht werden, nämlich bei s e h r a n s t e c k e n d e n K r a n k h e i t e n, wie Pest, Schwarze Blattern, Cholera usw. B. n. XIV. in Syn. l. 8 c. 3 nn. 4. 5 et l. 13 c. 19 n. 29; bei t o b s ü c h t i g e n G e i s t e s k r a n k e n wie die Apostolischen Indulte für die Irrenanstalten des Bistums Regensburg vom Jahre 1911 und vom 29. März 1915 dartun (Regensburger BDBl. 1916 S. 69; PMS. 27, 612). Solche Bewilligungen wären unmöglich, wenn die Ritualform zum Wesen des Sakramentes gehörte. Gleiches ergibt sich aus dem Worte „supplendi, ergänzen“. Wäre die kurze Form bei der einen Salbung zweifelhaft gültig, so müßte es heißen: „sub conditione iterandi“. Also ist sie gültig, doch sollen durch die einzelnen Sinnesalbungen die Wirkungen der letzten Ölung klar angedeutet und vervollständigt werden (PMS. 27, 607—614).

III. Die F o r m der letzten Ölung, wie sie die heilige römische Kirche gebraucht, sind die Worte, welche bei den 5 (7) Salbungen nach der Vorschrift des Rituale gebraucht werden R. R. t. 5 c. 1 n. 19. Im Notfalle darf folgende kurze Form gebraucht werden: „Per istam sanctam Uctionem indulgeat tibi Dominus quidquid deliquisti. Amen“ S. Off. d. 25. Apr. 1906. B e n e d i k t XIV. weist nach, daß nicht nur in der morgenländischen, sondern auch in der abendländischen Kirche verschiedene Formeln bestanden, teils bittender teils anzeigender Natur (formulae deprecativae, formulae indicativae), wie auch noch andere Körperteile gesalbt wurden und bei den Morgenländern jetzt noch werden, B. n. XIV. in Syn. l. 8 cc. 2. et 3.

Unter verschiedenen Zeremonien wird in der griechischen Kirche die letzte Ölung gespendet. Unter dem Gesänge von Troparien an Christus, an den „Herrnbruder“ Jakobus, den heiligen Nikolaus, Demetrius, Kosmas und Damianus usw. w e i ß t einer der anwesenden Priester das Öl. Nun folgt siebenmal je eine Epistel und ein Evangelium, worauf

jedesmal einer der Priester den Kranken auf die Stirne, das Kinn, die Wangen, die innere und äußere Handfläche, sowie manchenorts auch auf die Nase und die Brust *salbt* (vgl. Ben. XIV. in Syn. I. 8 c. 3 n. 3). Dabei wird stets das *Gebet* gesprochen: „Heiliger Vater, du Arzt der Seelen und der Leiber, der du deinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn Jesus Christus, gesandt hast, welcher eine jegliche Krankheit heilt und vom Tode erlöst, heile auch deinen Knecht N. von der augenblicklichen leiblichen und seelischen Krankheit und mache ihn lebendig durch die Gnade deines Christus!“ vgl. *U b e r*: Die christlichen Kirchen des Orients (1911) S. 99, 168 f.

§ 16. Die Weihe.

Das Sacrament der Weihe wurde bereits früher ausführlich behandelt, „Handbuch“ I² S. 120 ff. Es erübrigt hier nur, die *Wirkungen* der Weihe zusammenzustellen. Das Sacrament der Weihe wirkt: Gnade, Charakter und geistliche Gewalt.

1) Die besondere *Gnade* (*gratia sacramentalis*) wird gegeben zur richtigen Verwaltung des Amtes und zur Betätigung des klerikalen Wandels Can. 124 (ein Leben, erhaben über das der Laien), insbesondere der priesterlichen Enthaltsamkeit Can. 132 und des kirchlichen Gebetslebens Can. 135.

2) Der *Weihecharakter*, eingeprägt wie bei der Taufe und Firmung Can. 732, geht nie verloren, auch wenn der Kleriker in den Laikalstand versetzt wird Can. 211.

3) Die Erteilung schon der ersten Tonsur bewirkt eine Aussonderung aus der Laienwelt Can. 107, so daß den Ausgesonderten ein eigener Name „*clerici*“ ausschließlich zukommt Can. 108. Diese *Kleriker* allein können die Weihe- oder Leitungsgewalt, kirchliche Pfründen und Pensionen erlangen Can. 118. Leitung der Gläubigen und Besorgung des Gottesdienstes sind die beiden Zwecke, für die Christus die Geweihten aus der Laienwelt ausgesondert hat Can. 948.

Die Ehe.

Es konnte nicht Aufgabe des Kodex sein, die Ehe der Ungetauften ausdrücklich zu behandeln, doch finden sich bei der Behandlung des Ehesacramentes nicht wenige Anhaltspunkte, welche auch über die nicht sakramentale Ehe Licht verbreiten. Im engsten Anschluß an das Gesetzbuch der Kirche

sei zunächst ein kurzer Überblick über die Ehe als Naturinstitut gegeben.

Die Ehe der Ungetauften:

§ 17. Begriff der naturrechtlichen Ehe.

Die Ehe ist eines Mannes und eines Weibes gesetzmäßige Verbindung, deren Hauptzweck die Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft ist.

Erläuterung: 1) Das deutsche Wort „Ehe“ bedeutet einen Bund (Band, Gesetz) zwischen Mann und Weib mit nicht undeutlichem Hinweis auf die Beständigkeit (ê, ëwa, êa, Ewigkeit; flämisch „e ch t“). Von den lateinischen Ausdrücken sinnbilden conjugium und consortium die innige Vereinigung; conubium und nuptiae den Eheschließungsritus (Verschleierung der Braut) und matrimonium die Aufgabe der Frau als Mutter = matris munium. Contubernium (Zeltkammeradschaft) bezeichnete die Sklavenehe; vgl. Can. 2359 § 1.

2) Die Ehe ist eine Verbindung in doppeltem Sinne, einerseits als etwas Bleibendes oder Bestehendes (Band, Stand), anderseits als etwas Werdenendes oder Verursachendes (Vertrag). Die Ehe als Stand ist der Willkür der Menschen entrückt, da sie in der menschlichen Natur begründet ist. Die Ehe als Vertrag ist namentlich in der Personenwahl der Freiheit der Vertragsschließenden überlassen.

3) Die „Verbindung“ ist ein Gattungsbegriff; er wird zum Artsbegriff durch den Zweck: Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft Can. 1013 § 1. Die Fortpflanzung des Menschengeschlechtes muß m e n s c h e n w ü r d i g sein, also die körperliche, geistige und sittliche Erziehung in sich schließen. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 hat in den Artikeln 119—122 meist ganz gute Grundsätze aufgestellt.

4) Schon aus dem Zwecke ergibt sich die Notwendigkeit, daß nur e i n M a n n und e i n W e i b sich zu diesem Bunde gesellen, der, sagt man die Kindererziehung und die beiden Nebenzwecke (gegenseitige Ergänzung und geregelte

Befriedigung des Geschlechtstriebes) ins Auge, dauernd sein muß Can. 1013 § 2. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, wie sich das Herz zum Herzen findet!“ Schiller: Die Glocke.

5) Die eheliche Verbindung ist g e s e h m ä ß i g, wenn sie dem N a t u r g e s e h e entspricht, also von zwei rechtsfähigen Personen durch freien Konsens eingegangen wird.

§ 18. Die Ehe ein Vertrag.

I. Die Ehe ist ein wirklicher zweiseitiger **Vertrag** zwischen Mann und Frau; denn alle Bedingungen eines Vertrages („Duorum pluriumve in idem placitum consensus“ ll. 1 et 2 D. 2, 14) sind in der Ehe gegeben: a) eine Vielheit von rechtsfähigen Personen — hier Mann und Weib; b) ein Vertragsgegenstand — hier der Ehestand; vgl. Can. 1081 § 2; c) die nach außen hin genügend kundgegebene Übereinstimmung oder Willenseinigung (consensus) der Vertragsschließenden. — Daß die Ehe ein wirklicher Vertrag ist, erhellt aus Can. 1012. — Der Ehekonsens ist „ein Willensakt, wodurch jeder Teil das ständige und ausschließliche Recht auf den Leib hinsichtlich der zur Kindererzeugung tauglichen Akte (dem andern) übergibt und (von ihm) annimmt“. Can. 1081 § 2. — Die Vertragsnatur der Ehe macht es notwendig, daß der Konsens „rechtmäßig kundgegeben wird“; ibi § 1. — Der Konsens kann durch Worte oder Zeichen ausgedrückt werden; kirchenrechtlich wäre es unerlaubt bloße Zeichen zu gebrauchen, wenn Worte möglich sind Can. 1088 § 2.

II. **Folgerungen.** 1) Sind äußere unzweideutige Zeichen vorhanden, fehlt jedoch die innere Zustimmung, so kommt keine Ehe zustande (simulatio consensus) Can. 1081 § 1. Immerhin muß diese Verbindung im äußeren Rechtsbereich als Ehe beurteilt werden; näheres beim Hindernis des fehlenden Konsenses.

2) Zum Ehevertrage ist die Zustimmung der **Eltern** erwünscht, aber nicht notwendig. Fehlt bei Minderjährigen die Zustimmung der Eltern, so darf der Pfarrer ohne Beratung mit dem Ordinarius die Trauung nicht vornehmen Can. 1034; vgl. Cann. 89; 1648 § 3.

3) Die Eheschließung kann als wirklicher Vertrag durch einen **Stellvertreter** (procurator), einen **Dol-**

metſch (interpres), ja auch einen Brief (epistola) abgeschlossen werden, Cann. 1088—91.

Die Stellvertretung ist eine Ausnahme und darum im Rechte möglichst eingeschränkt; die Erlaubnis des Ordinarius ist notwendig Can. 1091. Die näheren Einschränkungen finden sich im Can. 1089. Durch Widerruf, Tod, Geisteskrankheit des Auftraggebers erlischt der Auftrag. Eine Vertretung des Beauftragten ist unstatthaft. — Auch der Dienst des Dolmetsch darf nur in Nothfällen beansprucht werden Cann. 1090—91. — Der b r i e f l i c h e Abschluß der Ehe ist naturrechtlich möglich und erlaubt; vgl. S. C. Cone. d. 30. Sept. 1673 et Rota d. 19. Jan. 1910. Der Roder aber verlangt: „Ad matrimonium valide contrahendum necesse est ut contrahentes sint praesentes sive per se ipsi sive per procuratorem“, Can. 1088 § 1. — Bekannt ist der Eheabschluß zwischen Napoleon I. und der Erzherzogin Marie Louise von Oesterreich am 11. März 1810 in der Augustinerkirche in Wien, wobei Erzherzog Karl Napoleons Stelle vertrat.

4) Die Ehe ist ein Zustimmungsvertrag, kein Übergabevertrag Can. 1081. Der Geschlechtsverkehr ist kein unzweideutiges Zeichen des eheschließenden Willens, darum ungeeignet zum Eheabschluß, freilich verleiht der Vollzug der Ehe dieser die Vollendung und darum gewisse Rechtswirkungen Can. 1015 § 1; vgl. L e i t n e r: Cherecht (3. A.) S. 6.

5) Da der Konsens dem freien Willen der Vertragsschließenden entspringt, so folgt, daß keine menschliche Gewalt denselben e r ſ e ſ e n kann, Cann. 1086 § 2; 1081 § 1. Keine staatliche, aber auch keine kirchliche Obrigkeit kann denselben je ersetzen, ergänzen oder von demselben dispensieren.

§ 19. Zweck der Ehe.

Dem Institut der Ehe liegt ein Hauptzweck zugrunde und zwei Nebenzwecke. Außerdem kann jeder Brauttheil für sich ein bestimmtes Ziel erstreben. Mit den Zwecken der Ehe sind unzertrennlich gewisse Eigenschaften verbunden; ebenso gewisse Güter; darum handelt dieser Paragraph von den Zwecken, Beweggründen, Eigenschaften und Gütern der Ehe.

I. Zweck. Der Hauptzweck der Ehe ist „die Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft, procreatio atque educatio prolis“. Dieser Hauptzweck liegt in der menschlichen Natur begründet, außerdem betont ihn der Roder zu wiederholten Malen; vgl. Cann. 1013 § 1; 1081 § 2; 1082 § 1; 1086 § 2; 1092 nn. 1. 2. — Die beiden Nebenzwecke sind: a) „gegenseitige Hilfe, mutuum adiutorium“; b) „Befriedigung und

Einschränkung der Begierlichkeit, *remedium concupiscentiae*“ Can. 1013 § 1. In wunderbarer Harmonie wirken diese drei Zwecke aufeinander zum Heile der Menschheit Gn 2, 18; 1 Kor 7, 2; 1 Tim 5, 11 ff.

II. **Beweggründe.** Der einzelne Mensch kann sich bei der Eheschließung ein beliebiges erlaubtes Ziel stecken, wenn nur der Hauptzweck nicht ausgeschlossen wird. Der Römische Katechismus zählt mehrere Beweggründe auf, z. B. *haeredis relinquendi desiderium, forma, morum similitudo etc.* p. II. c. 8 q. 13 n. 3.

III. **Eigenschaften.** Zwei Wesenseigenschaften besitzt die Ehe: „Einheit und Unauflöslichkeit, *unitas ac indissolubilitas*“. Die Einheit bewirkt, daß ein Mann neben seiner rechtmäßigen Ehefrau keine zweite, dritte usw. besitzen darf und umgekehrt (Verhinderung der Vielweiberei, der Vielmännerei). — Die Unauflöslichkeit schützt das Eheband vor jeder unrechtmäßigen Auflösung, doch gibt es rechtmäßige Lösungen Cann. 1013 § 2; 1118 ff.

IV. **Güter.** Mit den Zwecken und Eigenschaften der Ehe sind drei Güter gegeben und unzertrennbar verbunden: a) das Gut der Nachkommenschaft (*bonum proles*); b) das der Treue (*bonum fidei*); c) das der Unauflöslichkeit (*bonum sacramenti*); vgl. Cann. 1086 § 2; 1092 nn. 1 et 2; Gregor IX. in c. 7. De conditionibus (IV 5). Die Wichtigkeit dieser Einteilung wird später bei einzelnen Hindernissen zutage treten, z. B. beim Hindernis der Bedingung, der Impotenz usw.

§ 19a. Notwendigkeit und Erlaubtheit der Ehe.

Die Ehe ist notwendig für die Erhaltung des M e n s c h e n g e s c h l e c h t e s; denn das Menschengeschlecht wird allein würdig fortgepflanzt in der Ehe. Dagegen besteht für den einzelnen Menschen eine solche Notwendigkeit nicht. Manche sind durch ihre körperliche oder geistige Beschaffenheit vom Eheleben zurückgehalten; manche widmen sich den idealen Gütern der Menschheit und verzichten deswegen freiwillig auf die mit dem Eheleben verbundenen Freuden, mögen sie nun der Wissenschaft, der Tugend oder einem anderen edlen Zwecke sich weihen, z. B. der Seelsorge, der Missionierung der Heidenvölker usw. — Die Einwände gegen die

keusche Ehelosigkeit haben wir ausführlich gewürdigt im „Eherecht“ (3. A.) S. 10—14, sowie Handb. I² S. 228 ff. — Die Kirche steht auf dem Standpunkte, daß die Ehelosigkeit möglich und erlaubt, ja daß sie das „Bessere“ ist I Kor 7, 38. 40. Cann. 132; 487; 1072—73; 1309; 2388.

Damit ist die **Erlaubtheit** der Ehe dargetan. Verwerflich ist der Irrtum oder die Bosheit jener, welche „das Heiraten verbieten“ (1 Tim 4, 3); noch verwerflicher sind die Anschauungen jener, welche die Ehe verbieten, während sie den freien Geschlechtsverkehr üben und empfehlen.

Naturrechtliche Ehehindernisse: I. Hindernisse des fehlenden Konsenses: 1. Mangel des Vernunftgebrauches; 2. Irrtum in der Sache; 3. Irrtum in der Person; 4. absichtliche Entziehung des Ehemillens; 5. Zwang (Furcht — wahrscheinlich); 6. vertragswidrige Bedingung; II. Hindernis des fehlenden Vertragsgegenstandes: 7. Impotenz; III. Hindernisse der Rechtsfähigkeit: 8. Eheband; 9. Blutsverwandtschaft. — Dazu kommen noch: 10. das Verlöbniß; 11. das Gelübde.

§ 20. Das göttlich-positive Recht über die Ehe.

Neben der Offenbarung über die Ehe, welche Gott in die Natur des Menschen legte, besitzen wir noch eine in der Heiligen Schrift niedergelegte, besonders in Gen 2, 18. 21—24; Mt 19, 4—6; 1 Kor 6, 16; 11, 8. 9; Eph 5, 28 ff. Die Leitsätze dieser Offenbarung stellen wir kurz zusammen:

1) Das Weib, aus dem Manne von Gott geschaffen, ist Mensch wie der Mann, hat darum die **Menschenrechte** wie der Mann, jedoch in Unterordnung unter den Mann.

2) Die Ehe ist eine Einsetzung Gottes; darum der menschlichen Willkür entzogen, ein heiliger Stand, c. 1. De voto (III 15) in 6°.

3) Die Ehe ist einzig und unauflöslich, Trid. sess. 24; Leo XIII. in Enc. „Arcanum“: Can. 1013 § 2.

Diese drei Sätze, weil der Offenbarung angehörend, haben Geltung für die Völker aller Orten und aller Zeiten. Die Bestimmungen des mosaischen Gesetzes, sei es Hindernisse, sei es Privilegien, hatten Geltung nur für das jüdische Volk, und zwar nur bis zum Aufhören des Alten Bundes.

Demnach haben alle nichtnaturrechtlichen Hindernisse des Buches Leviticus 18 ihre Gesetzeskraft verloren, auch für die Juden; Trid. sess. 24 c. 3. d. r. m. Ebenso ist das mosaische Privileg des Scheidebriefes und der Leviratshehe vollständig in Wegfall gekommen; Dt 24, 1; Mt 19, 8 ff.; Ben. XIV. in Const. „Ap. Ministerii“ d. 16. Sept. 1747; Deut 25, 5—10. — Von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt die Kirche die Ehen der Ungetauften, wenn sie zur Kirche kommen.

§ 21. Die Heiligkeit der Ehe.

Die Heiligkeit (das religiöse Moment) der Ehe bezeugt Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „Arcanum“ vom 10. Febr. 1880 mit folgenden Worten: „In der Ehe liegt etwas Heiliges und Religiöses, nicht hinzugekommen, sondern angeboren, nicht von den Menschen überkommen, sondern von Natur der Ehe eingepflanzt. . . . Die Ehe ist ihrer Anlage, ihrer Natur, ihrer Richtung nach heilig.“

Gründe: 1) Wäre die Ehe etwas rein Weltliches, so hätte sie Christus nie zur Würde eines Sakramentes erhoben, wie er es tatsächlich getan hat Can 1012.

2) Die bloße juristische Auffassung der Ehe führt in den letzten Konsequenzen zur Eheauflösung, ja zur „freien Liebe“ (Bebels Buch: Die Frau); vgl. Fr. A. von Savigny in seinen Antworten auf die von Turin an ihn gestellten Fragen (Leitner: Eherecht, 3. A., S. 18).

3) Die Ehe galt bei vielen heidnischen Völkern als etwas Heiliges und Religiöses, besonders bei den Römern, deren Recht man als Verkörperung des Naturrechtes ansieht; vgl. Krieg Dr. C.: Grundriß der Römischen Altertümer (3. A.) S. 256; Westermarck Ed.: Geschichte der menschlichen Ehe² S. 423 ff.

4) Die Ehe ist heilig durch das Ziel, die Menschen zu Gott zu führen in der Erziehung der Gottesverehrer und durch Heilung der Begierlichkeit (adumbratio incarnationis).

§ 22. Staat und Kirche hinsichtlich der Ehe.

Die Ehe ist vor dem Staate und vor der Kirche, wie ist göttlicher Einsetzung. Durch das Naturrecht sind die Grundzüge des Eherechtes festgelegt (Freiheit des Willens, Rechts-

fähigkeit der Personen). Die naturrechtliche Ehegesetzgebung wäre auch hinreichend, wenn die Menschen die Ehe ihrem Zweck entsprechend gebrauchten. Da aber die Menschen nach dem Sündenfalle das Eheinstitut mißbrauchten, so mußte die von Gott gesetzte Gesellschaft die Ehe mit einem schützenden Walle von Gesetzen umgeben (trennende und verbietende Ehehindernisse). Welche von den beiden von Gott gesetzten Gewalten dies sei, ergibt sich aus der Natur der Ehe. Zwar hat die Ehe eine rechtliche Seite, allein vorherrschend ist in ihr das religiös-sittliche Moment. Notwendigerweise muß darum jener Gesellschaft der ausschlaggebende Teil der Ehegesetzgebung zufallen, deren Aufgabe es ist, das Religiös-sittliche zu verwalten: der Kirche.

Die Kirche des Alten Bundes war sich dieser Aufgabe vollständig bewußt, vgl. Lv Kap. 18 und 20. — Im Neuen Testament ging die Ehe in den Rechtsbereich der Kirche über und erhielt durch den göttlichen Heiland die höchste Erhebung: die Erhebung zur Würde eines Sakramentes; Trid. sess. 24. c. 3 d. r. m.

Wohl hätte die Kirche auch die Ehen der **Ungetauften** zu überwachen und zu schützen auf Grund der Vollmacht über den Gegenstand (*ratione materiae*), aber die Personen selbst sind der kirchlichen Amtsbefugnis nicht unterworfen, 1 Kor 5, 12 (*ratione personarum*). Deswegen muß der Staat ergänzend eintreten, um die Ehe mit den der Natur entsprechenden Gesetzen zu umgeben. Daraus folgt:

1) Die Kirche kann für die Ehen der Ungetauften Hindernisse nicht aufstellen; nur mittelbar durch die Getauften können die Ungetauften von der kirchlichen Gewalt getroffen werden.

2) Der Staat kann aus eigener Gewalt eherechtliche Gesetze weder für die Getauften noch für die Ungetauften geben.

3) Der Staat kann stellvertretend für die Kirche den Ungetauften Ehegesetze auflegen, jedoch nur in Übereinstimmung mit dem Naturrechte (sehr wahrscheinliche Ansicht). — Die viel umstrittene Frage ist genau behandelt bei **Leitner**: Eherecht, 3. A., S. 20.

Staatliche Auffassung der Ehe.

I. „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter. — Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. — Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates“ Artikel 119 der Verfassung des Deutschen Reiches. — Diese Sätze verdienen, richtig aufgefaßt, Anerkennung und Billigung. Die „Gleichberechtigung“ der beiden Geschlechter bezüglich des dreifachen Gutes der Ehe ist eine volle; im Ehe- und Familienleben fordert die Natur eine Überordnung des Mannes (*aequalitas proportionis, non quantitatis*).

II. „Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht“ Art. 120 (Strafe für Mißbrauch, Fürsorgeerziehung bei Vernachlässigung); Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. Juli 1922. — „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern“ Art. 121. — Dazu bemerkt Konrad Hauffmann in seiner „Verfassung des Deutschen Reiches“ (1919) S. XL: „Dieser Satz, der auf die Allmacht des Staates ein fast zu großes Vertrauen hat, ist wichtig wegen der entschlossenen Humanität, die sich in ihm ausdrückt“.

Für die Geschichte der menschlichen Ehe von der Uroffenbarung bis auf Christus gilt das Wort Deo XIII. in seiner Enzyklika „Arcanum“: Die erhabene Auffassung der Ehe in der Uroffenbarung „begann allmählich zu verblasen und sich zu verlieren bei den heidnischen Völkern, und selbst beim Judentum schien sie in einen dunklen Wolfenschleier gehüllt“. Näheres über die Geschichte der Ehe bei den Juden und bei den Heiden siehe bei Leitzner: Eherecht (3. A.) S. 23–46.

Die Ehe der Getauften.

§ 23. Die Ehe als Sakrament.

Das Tridenter Konzil stellt in seiner 24. Sitzung folgenden Kanon an die Spitze: „Wenn jemand behauptet, die Ehe sei nicht im wahren und eigentlichen Sinne eines von den sieben von Christus eingesetzten Sakramenten des evangelischen Gesetzes, sondern von Menschen in der Kirche erfunden . . ., der sei im Banne“.

I. Begriff: Das Sakrament der Ehe ist eines getauften Mannes und eines getauften Weibes gesetzmäßige Verbindung zur Fortpflanzung des Menschengeschlechtes Can. 1012 § 1.

Feinde und (vom 16.—19. Jahrhundert) auch Freunde der Kirche haben behauptet, das Sakrament der Ehe sei ein zum Ehevertrag hinzukommender *Ritus*; aber dem widerspricht klar das Tridentinum c. 1 und der Rodey im Can. 1012. — Die „orthodoxe“ Dogmatik der morgenländischen *Schismatiker* lehrt, daß die gegenseitige Einwilligung der Brautleute nur eines der Elemente des Ehesakramentes sei; das andere wesentliche Element ist die Segnung des Bischofes oder Priesters im Namen der heiligsten Dreifaltigkeit; vgl. Lübeck Konrad: „Die christlichen Kirchen des Orients“ (1911) S. 99, 17 A. 1; Zankow St.: „Die Verwaltung der bulgarischen orthod. Kirche“ II § 36.

II. **Folgerungen:** 1) Der Segen des Priesters (Cann. 1100 ff.) gehört nicht zum Wesen des Ehesakramentes, sondern ist Sakramentale.

2) *Spenden* des Ehesakramentes sind die Eheschließenden selbst, welche das Ehesakrament auch *empfangen*.

3) Die Ehe zweier Getauften ist Sakrament, ob sie nun katholisch oder akatholisch sind, ob sie das Sakrament wollen oder nicht, wenn sie nur die Ehe wollen Can. 1012 § 2; vgl. Can. 1086.

4) Die gültige Ehe zweier Ungetauften (oder einer getauften mit einer nichtgetauften Person) wird durch die Taufe beider Sakrament Cann. 1012 § 2; 1013 § 2; 1110; 1118; 1124; Eph 5, 25—32.

Beweise: a) Die Päpste Pius IX. und Leo XIII. lehrten: „Jede rechtmäßige Ehe unter Christen ist in sich und durch sich *Sakrament*“, weil sie, wie Leo XIII. sagt, „die mystische Verbindung zwischen Christus und der Kirche sinnbildlich darstellt“, eine Darstellung, welche sich in der christlich gewordenen Ehe gerade so findet wie in der christlich geschlossenen Ehe, Eph 5, 32 (Paulus schrieb den Brief um 62 n. Chr., redete also zu vielen Eheleuten, welche als solche christlich geworden waren).

b) Gleiche Wirkung, gleiche Ursache. Eine christlich gewordene Ehe ist, wenn vollzogen, schlechthin unauflöslich Can. 1118. Diese absolute Unauflöslichkeit aber ist eine Wirkung der Sakramentalität Can. 1013 § 2. Also ist auch die christlich gewordene Ehe ein Sakrament.

c) Wenn der Rodey behauptet: Christus hat den Ehevertrag zur Würde eines Sakramentes erhoben Can. 1012, so ist das richtig zu verstehen nicht nur vom Ehevertrag im Werden, sondern auch vom Ehevertrag im Fortbestande Can. 1012 § 2 („consistere“).

5) Vielumstritten ist die Frage nach der *Materie* und *Form* dieses Sakramentes. Es gibt drei Hauptan-

sichten: a) Catharinus: Der Ehevertrag ist die Materie, die von Christus gesprochenen Worte „Deshalb wird der Mensch Vater und Mutter verlassen“ usw. die Form. — b) Die meisten Gelehrten teilen den Ehevertrag und räumen dem einen Teil den Charakter der Materie, dem anderen den der Form ein. — c) Materie und Form ist der Ehevertrag. — *M a t e r i e* insofern er unter Menschen; *F o r m*, insofern er unter Christen zustande kommt; c. 7 De divortiis (IV 19); vgl. *Leitner*: Eherecht, 3. A., S. 52. — Nach der „orthodoxen“ Dogmatik ist der Ehevertrag die Materie, der Priestersegen Form des Ehesakramentes.

Die Sakramentalität wirkt auch auf das dreifache Gut der Ehe ein: das Gut der Nachkommenschaft getaufter Eheleute gehört *rechtlich* zum Gottesreiche, 1 Kor 7, 14. — Die Güter der *Einheit* und *Unauflöslichkeit* erlangen volle Festigkeit durch die Sakramentalität Can. 1013; 1118.

§ 24. Einteilung der Ehe.

Jede zu Recht bestehende Ehe ist eine *wahre* (*matrimonium verum* c. 7 De div. IV 19) oder eine *gesetzmäßige* Ehe (*m. legitimum*) Can. 1075 n. 1; 232 § 2 n. 2; 331 § 1 n. 1.

Die Ehe im allgemeinen wird eingeteilt: 1) in eine gültige Ehe der *Getauften* und in eine solche der *Ungetauften*; erstere *matrimonium ratum*, letztere *matrimonium legitimum* genannt Can. 1015 §§ 1 und 3; man könnte hier auch eine *sakramentale* und eine *nichtsakramentale* Ehe unterscheiden Can. 1012; zwischen einem *m. legitimum* und *m. ratum* liegt die *Mischehe* (*m. mixtum*), eingegangen von einer getauften und einer ungetauften Person. Can. 1119—20;

2) in eine *geschlechtlich vollzogene* und *nichtvollzogene* Ehe — *matrimonium consummatum*, *matrimonium non consummatum* Can. 1015 § 1. Wurde die Ehe zweier Getauften durch den Geschlechtsverkehr vollzogen, so nennt man eine solche Ehe *matrimonium ratum et consummatum*; blieb sie unvollzogen, so heißt sie *matrimonium ratum tantum*. — *Wohne* die Ehe-

gatten nach dem feierlichen Eheabſchluß *b e i s a m m e n*, ſo ſteht die Rechtsannahme für den Vollzug der Ehe Can. 1015 § 2; *Regulae ep.* 12 n. 79.

3) Die Ehe wird eingeteilt hiñſichtlich der Art des Abſchlusses in eine *ö f f e n t l i c h e* und in eine *g e h e i m e* (*matrimonium publicum; clandestinum*), je nachdem die Form der Cann. 1094 sqq. beobachtet wird oder nicht; vgl. Cann. 1098—99; die öffentliche Ehe heißt *f e i e r l i c h* (*m. solemne*), wenn auch die kirchlichen Riten eingehalten werden Cann. 1100; 1101; 1108; die *G e w i s s e n s e h e* (*matrimonium conscientiae*) wird aus gewichtigen Gründen gleichsam vor dem Ordinarius eingegangen Cann. 1104—07.

4) Bezüglich des wirklichen *B e s t a n d e s* unterscheidet man: wirkliche, vermeintliche und rechtlich angenommene Ehen (*matrimonium verum, putativum, praesumptum*). — Wenn eine eheliche Verbindung nach dem natürlichen und positiven Rechte Geltung hat, so ist es eine wirkliche Ehe (*matrimonium verum*). — Unter einer *v e r m e i n t l i c h e n* oder Scheinehe (*matrimonium putativum*) versteht man eine ungültige Ehe, welche wenigstens von einem der beiden Eheleute für gültig angesehen wird Can. 1015 § 4; besteht der gute Glaube auf keiner Seite, so redet man von einer *a n g e m a s s t e n* Ehe (*m. attentatum*), z. B. Cann. 1072—75. — Der Roder kennt eine *p r ä s u m i e r t e* (als gültig angenommene) Ehe, wenn eine Person, deren Taufe von der katholischen Kirche nicht anerkannt ist, eine ungetaufte oder eine ebenso getaufte Person heiratet Can. 1070 § 2. — Bis zur Konstitution „*Consensus mutuus*“ d. 15. Febr. 1892 war eine präsumierte Ehe dann vorhanden, wenn zwei Brautleute an einem tridentinumfreien Orte den vollständigen Geschlechtsverkehr mitſammen ausübten. Diese Rechtsannahme war eine *praesumptio iuris et de iure*, ließ also einen direkten Beweis dagegen nicht zu.

5) Nach den bürgerlichen Wirkungen unterschied man *v o l l b e r e c h t i g t e* und *n i c h t v o l l b e r e c h t i g t e* Ehen (*matrimonia pleni iuris* und *matrimonia non pleni iuris*). Zu den nicht vollberechtigten Ehen gehörten die „*Mißheiraten*“ (*disparagia*) und die *morganatischen Ehen*. — Die

mediatisierten ebenbürtigen Geschlechter siehe bei **Leitner**: „Eherecht“, 3. A., S. 56.

Die Verfassung des Deutschen Reiches betont im Art. 109 III: „Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Gegenwärtig gibt es präsumierte Ehen nur mehr nach dem staatlichen Rechte Schottlands, **L. Wahrmannd**: „Ehe und Eherecht“, 1906, S. 73, A. 1; **Leske** und **Löwenfeld**: „Das Eherecht der europäischen Staaten“, S. 549.

§ 25. Die bürgerliche oder Zivilehe.

I. Geschichte der Zivilehe. Die Zivilehe entsprang den von den Glaubensneuerern des 16. Jahrhunderts aufgestellten Grundsätzen über die Ehe, die jedoch nur in den Generalstaaten der Niederlande und in England (hier nur auf sieben Jahre) zur Durchführung kamen. Erst die französische Revolution setzte diese Lehrsätze allgemein ins Leben um durch Einführung der Zivilehe für das Gebiet der französischen Republik am 20. September 1792. — Deutschland hat die Zivilehe allgemein seit 1. Januar 1876 auf Grund des Gesetzes vom 6. Februar 1875; das BGB. bestätigte dieses Gesetz mit Ausnahme einiger Punkte.

II. Beurteilung. 1) Es gibt nur eine Ehe, welche ihrem inneren Wesen nach und unter Christen auch der Sacramentalität nach in den Rechtsbereich der Kirche gehört. Doch stehen dem Staate jene Verfügungen zu, welche die Folgen der Ehe auf bürgerlichem Boden betreffen „salva competentia civilis potestatis circa mere civiles eiusdem matrimonii effectus“ Can. 1016. Solche bürgerlichen Folgen sind: die Bestimmungen über Mitgift und eheliches Güterrecht; über Standes- und Erbrecht; Eintragung der geschlossenen Ehe in die öffentlichen Register. — Der Rodey vermeidet geflissentlich den Ausdruck „matrimonium civile“, sondern gebraucht regelmäßig „actus mere civilis, actus tantum civilis“; vgl. Cann. 1075 n. 1; 2388 § 1.

2) Vor dem Staate ist die bürgerliche Ehe die Ehe, also die eine und eigentliche Ehe, aus der die Rechte und Pflichten des Ehestandes sich ergeben, wie Vorbedingungen, Wesen, unmittelbare Folgen; vgl. z. B. das BGB. §§ 1303-62. Auch der „Kaiserparagraph“ § 1588, welcher lautet: „Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden

durch die Vorschriften dieses Abschnittes nicht berührt“, hat weder die Absicht noch die Macht, dem Staate das Wesen der Ehe zu entziehen, welches das BGB. ihm einräumt.

3) Vor der Kirche gibt es keine Zivilehe, sondern nur die Ehe; indes kann manche „Zivilehe“ zufällig (per accidens) eine wirkliche Ehe sein; vgl. Can. 1098 (Nothehe) und Can. 1099 (akatholische Ehen).

III. Einteilung. Man unterscheidet: eine Not-, eine Wahl- und eine Zwangszivilehe.

1) Die **Notzivilehe** tritt ein, wenn der Staat die Ehe überwacht und regelt, weil die Kirche entweder kein Recht (berechtigte Notzivilehe) oder keine Möglichkeit hat (geduldete Notzivilehe), den eheschließenden Personen etwas vorzuschreiben, oder weil der Staat gewisse Katholiken ohne Grund durch die Kirche in Not versetzt glaubt (unberechtigte Notzivilehe). In Österreich z. B. ist diese Notzivilehe vorhanden. Wenn ein Katholik dortselbst eine von ihrem rechtmäßigen Manne geschiedene akatholische Frau heiraten will, so gewährt ihm der Staat die Notzivilehe, wenn er kirchlich getraut werden kann; in Spanien müssen die Katholiken die kirchliche Form beobachten; die Zivilehe steht nur jenen offen, welche sich für akatholisch erklärt haben, Ferreres in Th. mor. II n. 989.

2) Die **Wahlzivilehe** gewährt den eheschließenden Personen die Freiheit, entweder vor dem bürgerlichen Standesbeamten oder vor dem kirchlichen Religionsdiener ehelich zu werden wie in England und in der Tschechoslowakei, Ges. v. 22. Mai 1919. Vgl. NS. 1920 S. 347—57 UPr. Dr. Joh. Schlenz.

3) Die **Zwangszivilehe** (obligatorische Zivilehe) des Staates legt allen eheschließenden Personen die Pflicht auf, vor dem staatlichen Beamten ehelich zu werden. Die Zwangszivilehe besteht in Belgien, Holland, Italien, Portugal (1910), Rumänien, Rußland (1917), Schweiz und Ungarn, ebenso in Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Uruguay, endlich in Deutschland, hier mit der Verschärfung, daß die Abschließung der bürgerlichen Ehe die unabweisable Bedingung für die kirchliche Trauung ist.

IV. Beurteilung. Die Kirche muß der Zwangszivilehe gegenüber, mögen auch zufälligerweise aus der Einführung Vorteile erwachsen, unbedingt ablehnend sich verhalten.

Gründe: a) Schaden für Kirche und Religion: Trennung von Kirche und Staat auf dem Gebiete der Ehe; — Beraubung des bisherigen Besitzstandes der Kirche (z. B. bis 1. Jan. 1876 in Bayern); — Förderung der religiösen Gleichgültigkeit (Indifferentismus). — b) Schädigung der Ehe, des Familienlebens, somit der Gesellschaft. — c) Schädigung des staatlichen Ansehens; vgl. *Hollwed* Joseph: „Das Zivil-eherecht des BGB.“, S. 47 ff.; *Leitner* M.: „Eherecht“, 3. A., S. 61 f.

§ 26. Gewalt der Kirche über die Ehe.

Ganz allgemein stellt der Roder folgendes Leitsatz auf: „Baptizatorum matrimonium regitur iure non solum divino, sed etiam canonico“ Can. 1016.

Der Umfang der Kirchengewalt über die Ehe wird in folgenden Sätzen umschrieben:

1) Das göttliche Recht kann die Kirche in keiner Weise antasten oder ändern Can. 1038; 1060, sondern nur authentisch erklären.

Die Kirche kann nicht verfügen, daß der Konsens zum Wesen der Ehe nicht notwendig sei: daß die Impotenz, die Blutsverwandtschaft in der geraden Linie, das Eheband nicht trennende Ehehindernisse seien usw. — Dagegen hat die Kirche ausdrücklich erklärt, daß die vorangehende, beständige und sichere Impotenz die Ehe nach dem „Naturrechte“ trenne Can. 1068 § 1; ferner daß die Ehe zwischen Blutsverwandten in der geraden Linie und im 1. Grade der Seitenlinie niemals erlaubt wird, Can. 1076 § 3.

2) Die Kirchengewalt kann trennende und verbietende Ehehindernisse aufstellen, sie ganz oder teilweise abschaffen und von ihnen dispensieren Can. 1038 § 2; 1040.

3) Nur die oberste Gewalt in der Kirche besitzt das Recht dieser Erklärung, Aufstellung, Abschaffung und Dispensierung, also nur der Papst und das Allgemeine Konzil Can. 218; 222; 1038; 1040. Die Ortsordinarien haben nur das Recht, in einem bestimmten Falle, auf eine bestimmte Zeit und aus gerechter Ursache die Ehe zu verbieten; eine irritierende Klausel kann nur der Apostolische Stuhl anbringen Can. 1039.

„Verworfen wird eine Gewohnheit, welche entweder ein neues Hindernis einführt oder einem bestehenden Hindernis entgegenge setzt ist“ Can. 1041. Früher konnte durch eine Gewohnheit nicht nur ein partikuläres, sondern auch ein allgemeines Hindernis eingeführt werden; man denke an *cultus disparitas*.

4) Die *Richtergewalt* in Ehesachen besitzt in der Regel der Ortsordinarius Cann. 1964; 1557—61.

5) *Untertan* der Kirchengewalt in Ehesachen ist jeder *Getaufte* Can. 1038 § 2; Can. 12; — der *Ungetaufte* nur indirekt; vgl. Can. 1070. Die getauften *Katholiken* sind der kirchlichen Ehegesetzgebung im allgemeinen unterworfen, außer die Kirche hat ausdrücklich anders verfügt; vgl. Can. 1099.

Die Ehehindernisse.

§ 27. Begriff und Einteilung.

I. Begriff. Ehehindernis ist ein Kirchengesetz, welches die Ehe behindert, d. h. die Eheschließung entweder unerlaubt oder unerlaubt und ungültig macht Cann. 1035 ff.

II. Einteilung. Die Einteilung ist eine *achtfache*:

1) Hinsichtlich des *Ursprungs* in rein kirchenrechtliche, z. B. die geistliche Verwandtschaft, und in kirchenrechtliche Hindernisse, die zugleich göttlich-rechtlich sind, z. B. das Eheband Cann. 1013 § 2; 1016; 1038 usw.

2) Hinsichtlich der *Dispensierbarkeit* in dispensierbare und undispensierbare, z. B. Schwägerschaft ersten Grades der Seitenlinie (dispensierbar); Blutsverwandtschaft ersten Grades der gleichen Seitenlinie (undispensierbar) Can. 1043 ff.

3) Bezüglich der *Wirkung* in hemmende oder unerlaubt machende (i. *impedientia* oder *prohibentia*) und in vernichtende, ungültig machende oder trennende (i. *irritantia*, *dirimentia*), je nachdem sie eine Ehe nur unerlaubt oder auch ungültig machen Cann. 1036; 1058; 1067 (die Überschrift vor diesen Cann.).

4) Der *Ausdehnung* nach in solche, welche jede Ehe hindern, und solche, welche die Ehe nur mit *gewissen*

Personen behindern (i. absoluta; i. relativa). Dazu bemerkt Can. 1036 § 3: Das Hindernis besteht zu Recht, wenn es auch nur auf einer Seite sich findet.

5) Der **Zeit** des Eintretens nach in vorangehende und nachfolgende (i. antecedentia, supervenientia); doch sind die Hindernisse des Roder nur vorangehende Can. 1036; das später abgelegte Gelübde ist mehr eine moralische Behinderung Can. 1058.

Vor dem 19. Mai 1918 konnten gewisse Hindernisse auch nach dem Abschluß der Ehe eintreten und die Ehe zwar nicht ungültig machen, aber in ihren Wirkungen beschränken, so daß das Recht, die eheliche Pflicht zu fordern, verloren ging: die Ehe wurde „hinkend“ (matrimonium claudicans): so namentlich beim außerehelichen Verkehr des einen Ehegatten mit den Blutsverwandten des andern (affinitas illicita superveniens), sowie bei der cognatio spiritualis subsequens. Diese Behinderungen der geschlossenen Ehe haben jetzt vollständig aufgehört Can. 1036 §§ 1 und 2 („prohibitio contrahendi matrimonium“, nicht prohibitio utendi matrimonio).

6) Der **Dauer** nach in zeitweilige und immerwährende (i. temporanea, i. perpetua), wie Alter; Impotenz.

7) Dem **Bekanntsein** nach in öffentliche und geheime (i. publica, occulta). — Öffentlich ist das Hindernis, welches im äußeren Forum bewiesen werden kann; sonst ist es geheim Can. 1037.

Der Begriff „öffentlich, geheim“ nach Can. 1037 gilt jedenfalls für die Gültigmachung einer Ehe. Für die Dispensen aber der Pönitentiarie und überhaupt des inneren Forums dürfte der alte Begriff von „öffentlich und geheim“ noch gelten, welcher im Can. 2197 niedergelegt ist, wonach ein Hindernis öffentlich ist, wenn seine Kunde bereits unter das Volk gedrungen ist oder voraussichtlich leicht unter das Volk dringen wird Can. 2197 n. 1. Näheres hierüber bei *Leitner*: Ehe-recht (3. A.) S. 271.

8) Der **Natur und dem Zwecke** nach in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Hindernisse (i. iuris publici, i. privati) Cann. 1586; 1971 § 1 n. 2, je nachdem das öffentlich oder nur das Privatwohl auf dem Spiele steht.

Die trennenden Ehehindernisse. Wir behandeln nun die einzelnen Ehehindernisse nach dem Gesichtswinkel des Ehevertrags, also insofern entweder der **Konsens** oder das **Vertragsobjekt** oder die **Rechtsfähigkeit** der Personen fehlt.

I. Kapitel. Die Ehehindernisse des fehlenden Konsenses.

Der Konsens kann fehlen entweder weil der richtige Vernunftgebrauch nicht vorhanden ist oder weil die geforderte Willenstätigkeit fehlt. Daraus ergeben sich folgende Hindernisse: Mangel des Vernunftgebrauches; Alter; Irrtum in der Sache; Irrtum in der Person; Irrtum im Sklavenstand; — Entziehung des Konsenses; Bedingung; Zwang und Furcht; Entführung und gewaltsame Einschließung.

§ 28. Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches. Defectus usus rationis (amentia).

I. Quellen: Cann. 1982; 12; 88 § 3; 1081; 1089 § 3. — Rota Romana d. 7. Ian. 1918 in Buscoducen. coram Sebastianelli (AAS. 10, 518).

II. Begriff. Das Hindernis des fehlenden Vernunftgebrauches besteht darin, daß wenigstens eine von den Brautpersonen beim Akte der Eheschließung des Vernunftgebrauches entbehrte. Ob das Fehlen ein dauerndes ist, z. B. infolge Geisteskrankheit, oder ein augenblickliches, wie bei Ohnmacht, Bewußtlosigkeit, Trunkenheit, Hypnose, tut nichts zur Sache. Bei Geisteskranken kommt es darauf an, daß während des Eheschließungsaktes der Vernunftgebrauch wesentlich getrübt war.

III. Natur. Dieses Hindernis gehört dem Naturrechte an, denn fehlt der Vernunftgebrauch, so fehlt der Konsens, der durch keine menschliche Gewalt ersetzt werden kann Can. 1081 § 1. Die Ungetauften unterliegen diesem Hindernis. Dispense ist unmöglich.

IV. Der Nichtigkeitsprozeß wegen Geisteskrankheit (amentia) gehört zu den schwierigen Can. 1990; darum hat Can. 1982 für die Beiziehung von Sachverständigen gesorgt, zu denen jedoch die bisher verwendeten Ärzte nicht genommen werden dürfen; letztere gelten als Zeugen Cann. 1982; 1978.

Sehr lehrreich sind die vom Apostolischen Stuhle behandelten Fälle, so die von der S. C. C. entschiedenen causae Herbipolen. d. 7. Iul. 1883 (AAS. 16, 262 ff.); Treviren. d. 22. Iul. 1899 (ASS. 32. 274); Argentinien.

d. 23. Nov. 1907 (ASS. 40, 736); dann die bei der Römischen Rota verhandelten, von denen die c. Buscoducen. (Herzogenbusch) dd. 15. Maii 1915 et 7. Ian. 1918 (AAS. 10, 517—26) sich durch besonders gründliche Behandlung auszeichnet.

V. Staatliche Bestimmungen. A. Deutschland. BGB. § 1325 stimmt mit dem Kirchenrecht überein, indes ist die „bürgerliche Ehe“ auch nichtig, wenn ein „wegen Geisteskrankheit Entmündigter“ ehelich wird BGB. § 104. — B. Österreich. Außer den naturrechtlich Unfähigen können auch „die für wahn- oder blödsinnig Erklärten“ einen gültigen Ehevertrag nicht errichten ABGB. §§ 48, 21, 273. — C. Das Schweizer Zivilgesetzbuch bestimmt im Artikel 120 n. 2: „Eine Ehe ist nichtig, wenn zurzeit der Eheschließung einer der Ehegatten geisteskrank oder aus einem dauernden Grunde nicht urteilsfähig war.“ War der Grund vorübergehend, so kann die Ehe angefochten werden Art. 123.

§ 29. Hindernis des fehlenden Alters.

Aetas.

I. Quellen: Cann. 1067; 12; 34; 88; 1042—45; 1082.

II. Begriff. Dieses Hindernis besteht darin, daß eine männliche Person vor Vollendung des 16., eine weibliche Person vor Vollendung des 14. Jahrestages der Geburt weder erlaubter- noch gültigerweise eine Ehe eingehen kann Can. 1067 § 1. — „Wenn auch die Ehe, nach dem genannten Alter eingegangen, gültig ist, so ist es doch Aufgabe der Seelsorger, die jungen Leute von Eheschließungen in einem für die betreffenden Gegenden zu frühen Alter“ abzumahnen ibi § 2. Die Geschlechtsreife tritt bekanntlich nicht im gleichen Alter ein: Je höher und kälter das Klima, je naturgemäßer, gesünder und sittenreiner die Lebensweise, desto später; vgl. *Reitner M.: Eherecht³ S. 75 f.*

Das bis zum 19. Mai 1918 geltende Recht. Maßgebend war das Reifealter von 14 bzw. 12 Jahren (Can. 88 § 2). Zu Anlehnung an dasselbe galten folgende Regeln: a) Fehlte die Reife des Geistes, so kam das Hindernis des mangelnden Vernunftgebrauches in Frage (oben § 28). — b) Fehlte die gesetzliche Zeit und die Reife des Körpers bei Vorhandensein der Geistesreife, so hatte man das eigentliche

kirchenrechtliche Hindernis des fehlenden Alters, von dem nur äußerst ungern dispensiert wurde c. 2. De desp. impub. (IV 2). — c) Fehlte nur das gesetzmäßige Alter, so bestand an sich kein Hindernis, indes mußte der Ordinarius entscheiden „utrum malitia sive prudentia suppleret aetatem“ cc. 3. 8. 9 (IV 2). — d) Fehlte nur die körperliche Reife, so mußte geprüft werden, ob nicht vielleicht Impotenz der Grund war.

III. Natur. Das Hindernis des Alters gehört dem reinen Kirchenrecht an. Die Ungetauften sind demselben also nicht unterworfen Can. 12. Dispense ist — die geistige Reife vorausgesetzt — möglich, auch nach den Cann. 1043—45, sonst nur durch Gewährung des Apostolischen Stuhles; das Hindernis gehört zu denen des höheren Grades Can. 1042 § 2. Im unlösbaren Zweifel über das Alter kann der Ordinarius dispensieren Can. 15; läßt sich das Alter nicht feststellen, so genügt die geistige Reife Can. 1082; S. Off. d. 18. Mart. 1903 (ME. 15, 243).

IV. Staatliche Bestimmungen. A. Deutschland. BGB. §§ 1302—06; 1315; 1322; 1331; 2—3; 104—106. Wichtig ist die Ehe einer noch nicht siebenjährigen Person; ansechtbar ist die Ehe einer in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. a) Alle Personen können ohne weiteres nach erlangter Volljährigkeit (21. Lebensjahr) heiraten; b) Mannspersonen außerdem noch vom vollendeten 18. Lebensjahre an; c) Frauenspersonen vom vollendeten 16. Lebensjahre an und mit landesherrlicher Befreiung auch vor dieser Zeit. Professor Dr. iur. U. Lampert berichtet in seiner Arbeit „Zur Beurteilung des persönlichen Eherechtes im Vorentwurf eines schweizerischen Zivilgesetzbuches“ (Basel 1901) S. 27, daß „im Deutschen Reiche innerhalb 15 Jahren mehr als 20 000 Mädchen diese Dispense erhielten“. — B. Österreich. Das Ehemündigkeitsalter für beide Geschlechter ist das vollendete 14. Lebensjahr ABGB. §§ 48, 21. — C. Schweiz „Um eine Ehe einzugehen, muß der Bräutigam das 20., die Braut das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben“ Art. 96.

§ 30. Das Hindernis des Irrtums in der Sache.

Error circa rem.

I. Quellen: Cann. 1082—1085; 16; 104.

II. Begriff. Zur Klärung des Begriffes dienen die Kanones des Roder. „Wenn ein Irrtum sich auf das Wesen

eines Aktes bezieht, so ist dieser Akt ungültig“ Can. 104. Wenn eine Person weiß, daß die „Ehe eine dauernde Verbindung zwischen Mann und Weib zur Kindererzeugung“ ist (Can. 1082 § 1), so genügt das. Ein Irrtum (allein) bezüglich der Einheit oder der Unauflöslichkeit oder der sacramentalen Würde, auch wenn er den Ehevertrag veranlaßte, ist kein wesentlicher Irrtum Can. 1084. Ein Irrtum bezüglich der Ungültigkeit (ja sogar die Kenntnis dieser Ungültigkeit) der Ehe schließt den Eheconsens an sich nicht aus Can. 1085. Auch der Irrtum oder die Unkenntnis der Mittel zur Kindererzeugung (Can. 1081 § 2) ist kein wesentlicher Irrtum S. C. C. d. 15. Mart. 1856 in Bamberg en. et dd. 18. Dec. 1869 et 28. Mart. 1870 (ASS. 5, 652 f.) — Glaubt jedoch eine Brautperson in unüberwindlichem Irrtum, die Ehe sei eine Verbindung von zwei beliebigen Personen zu einem Zwecke, der mit der Kindererzeugung nichts zu tun hat, so haben wir einen wesentlichen Irrtum, der die Ehe nichtig macht. Diese Unkenntnis des wahren Wesens der Ehe wird nach Vollendung der Reifejahre (14 bzw. 12 Can. 88 § 2) nicht präsumiert, sondern muß bewiesen werden Can. 1082 § 2.

In der am 6. August 1881 von der SCC. entschiedenen causa (ME. III¹ 65) war die Kenntnis in der Braut vorhanden, daß die Ehe eine „Verbindung von Mann und Weib zur Erzeugung von Kindern“ sei, allein dieselbe wollte eine solche Verbindung durchaus nicht, sondern nur „eine literarische Ehe zur Erzeugung von Büchern“ (Maria war Schriftstellerin, besonders Dichterin; Stanislaus Buchhändler). Die Konzilskongregation entschied die Frage nicht prinzipiell sondern auf dem Umwege der Dispensation *super rato*, doch wurde der Frau „eine schwere Buße nach Gutdünken des Ordinarius“ aufgelegt. Diese Ehe wäre nicht ungültig auf Grund des Can. 1082, wohl aber nach Can. 1086 § 2 (dabon unten).

III. Natur. Das in der oben dargestellten Begrenzung aufgestellte Hindernis ist naturrechtlich. Doch dürfte naturrechtlich eine Ehe auch dann ungültig sein, wenn Ungetaufte in dem unüberwindlichen Irrtume bezüglich der Einheit oder Unauflöslichkeit der Ehe eine Verbindung eingehen, weil ihnen eben die Kenntnis einer von Christus geheiligten Ehe abgeht, Can. 104; 1092 n. 2; — S. Off. am 18. (19.) Mai 1892 ad I und am 25. (27.) Mai 1898 in Siouxormen. (Sioux Falls); vgl. ME. X² 77; Ben. XIV. in Syn. l. 13 c. 22 n. 7; Can. 1127.

IV. Staatliche Bestimmungen. A. Deutschland. BGB. § 1332: „Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der bei der Eheschließung nicht gewußt hat, daß es sich um eine Eheschließung handle.“ — B. Österreich. Kein besonderes Hindernis ABGB. § 59. — C. Schweiz. ZGB. Art. 124: „Ein Ehegatte kann die Ehe anfechten, wenn er aus Irrtum sich hat trauen lassen, sei es, daß er die Trauhandlung selbst oder daß er die Trauung mit der angetrauten Person nicht gewollt hat.“

§ 31. Das Hindernis des Irrtums in der Person. Error circa personam.

I. Quellen: Cann. 1083; 16; 104.

II. Das Hindernis nach dem Kodex. „Ein Irrtum in der Person macht die Ehe ungültig“ Can. 1083 § 1. „Ein Irrtum in der Eigenschaft einer Person macht, auch wenn sie den Vertrag veranlaßt, die Ehe nicht ungültig, außer der Irrtum in einer Eigenschaft geht über in einen Irrtum in der Person“ ibi § 2 n. 1.

Dieses Hindernis dürfte wenigstens nach den Sitten des Abendlandes äußerst selten vorkommen; denn es müssen hier alle Fälle ausgeschieden werden, in welchen eine Brautperson das Vorhandensein einer Eigenschaft zur unerläßlichen Bedingung macht (Can. 1092 n. 3). Wenn eine solche Bedingung nicht gemacht ist, so gilt der alte Grundsatz: Dummodo constet de corpore, cetera non nocent. Darum tut der Gültigkeit der Ehe keinen Eintrag ein Irrtum (auch durch Täuschung veranlaßt) bezüglich des Vermögens, des Berufes, der Sitten, der geschlechtlichen Unversehrtheit, der Gesundheit, des Namens, wie viele GG. des Apostolischen Stuhles beweisen, z. B. Rota coram Perathoner in Limburchen d. 2. Ian. 1913 (ME. 25, 462), et coram Heiner d. 16. Apr. 1913 in Ce-Li-Meridio-Occidentali (ME. 26, 265).

III. Natur. Das Hindernis des Irrtums, wie Can. 1083 § 1 und § 2 n. 1 es darlegen, ist naturrechtlich; eine Dispense ist darum unmöglich; dagegen kann nach Aufhören des Irrtums die Gültigmachung stattfinden nach den Can. 1136.

IV. Staatliche Bestimmungen. A. Deutschland. Die Ehe ist anfechtbar: 1) im Falle des Irrtums in der Person des Ehegatten BGB. § 1333; 2) im Falle des Irrtums über solche persönliche (körperliche, geistige, sittliche) Eigenschaften des anderen Ehegatten, welche den (irrenden) Ehegatten bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten hätten § 1333; 3) im Falle einer arglistigen Täuschung auch über Umstände, welche den Geträuschten in gleicher Weise abgehalten hätten, BGB. § 1334 I; nur bei Täuschung über Vermögensverhältnisse gibt es keine Anfechtung a. a. O. II. — B. In Österreich gelten die Grundsätze des Naturrechtes; doch geht AbGB. § 58 darüber hinaus bezüglich des Irrtums über die praegnantia ab alio, außer bei Mißachtung der Witwenfrist vgl. § 121. — C. Das Schweizer Recht gleicht dem des Deutschen Reichs, Art. 124—25 des Schweizer Zivilgesetzbuches.

§ 32. Der Irrtum über den Sklavenstand einer Person. **Error circa conditionem servilem.**

I. Quellen: Cann. 1083 § 2 n. 2; 987 n. 4. — De coniug. servorum (IV 9).

II. Begriff. Dieses trennende Hindernis besteht darin, daß „eine freie Person mit einer vermeintlichen freien Person die Ehe schließt, während in Wirklichkeit letztere Person dem eigentlichen Sklavenstande angehört“ Can. 1083 § 2 n. 2.

III. Natur. Wenn auch manche für die Naturrechtlichkeit dieses Hindernisses eintreten, so ergibt sich aus der Natur der Sache und aus dem Wortlaut des Can. 1083 der Charakter eines rein kirchenrechtlichen Hindernisses. Die Ungetauften sind nicht gebunden. Dispense wäre möglich, ist jedoch nicht praktisch. — Über das Verhältnis der Kirche zur Sklaverei vgl. Leitner, Eherecht³ S. 84.

IV. Staatliche Bestimmungen wie oben unter § 31.

Die bisherigen Hindernisse entsprangen dem Mangel der zur Eheschließung notwendigen Kenntnis. Nunmehr nehmen wir diese Kenntnis an, so daß die folgenden lediglich das Fehlen des wesentlichen Willensaktes zur Voraussetzung haben.

§ 33. Der freiwillig entzogener Konsens. Defectus consensus.

I. Quellen: Cann. 1081; 1086; 1092; 104.

II. Begriff. Der Ehekonsens wird dann freiwillig entzogen, wenn bei Vorhandensein der äußeren genau beobachteten Eheschließungsform („*verbis vel signis in celebrando matrimonio adhibitis*“) von einer oder von beiden Brautpersonen der innere Konsens in seinem Wesen nicht gegeben wird Can. 1086. Dies geschieht, wenn entweder „die Ehe selbst oder jedes Recht auf den ehelichen Akt oder eine der Wesenseigenschaften der Ehe (Einheit und Unauflöslichkeit Can. 1013 § 2) durch ausdrücklichen Willensakt ausgeschlossen wird“ Cann. 1086 § 2; 1092 nn. 1. 2. — Diese Entziehung des Ehekonsenses kommt hauptsächlich vor: 1. Abschluß der „bürgerlichen Ehe“; 2. bei Verstellung (*simulatio*); 3. bei Scherz.

Zivilehe. Die Katholiken sind nach den Anweisungen der Kirche gehalten, beim Abschluß der Zivilehe nur in der Meinung zu handeln, daß sie dem bürgerlichen Akte genügen, ohne eine wahre Ehe zu wollen („*mere caeremoniam civilem peragere*“) Ben. XIV. in Brevi „*Redditae sunt nobis*“ d. 17. Sept. 1746; S. Poen. Instr. d. 15. Jan. 1866; Folgen die Katholiken der Mahnung der Kirche, wofür die Vermutung (*praesumptio*) steht, Rota coram Sebastianelli d. 18. Nov. 1918 in Argentinien. (AAS. 11, 358 sqq.), so kommt nie eine Ehe vor Gott und der Kirche zustande, mag die „Zivilehe“ gültig, ungültig oder anfechtbar sein. — Setzen aber Katholiken bei dem Zivilakte den wahren Ehekonsens, so kann seit dem 19. Mai 1918 eine wahre Ehe nur in den Notfällen des Can. 1098 zustande kommen; vom 19. April 1908 bis 19. Mai 1918 in Deutschland und Ungarn auch bei Mischehen, wenn beide Teile in Deutschland (Ungarn) geboren waren und der akatholische Teil niemals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte; vor dem 19. April 1908 auch sonst, wenn an einem Orte das c. Tametsi nicht verpflichtete. — Kann nach den Gesetzen eines Landes der bürgerliche Akt der kirchlichen Eheschließung folgen, so müssen Katholiken beim nachfolgenden Zivilakte die gleiche Absicht haben, wie wenn sie vorher zu schließen gewesen wäre, nämlich nur dem bürgerlichen Gesetze zu genügen S. C. C. d.

7. Jan. 1899 in Olomucen. (Leitner M.: Eherecht³ S. 87). — Bei den Ehen der Katholiken dagegen steht die Vermutung dafür, daß sie bei der „Zivilehe“ die eigentliche Ehe schließen wollten. Bei den Ungetauften besteht kein Zweifel, aber auch die meisten Häretiker wollen mit dem bürgerlichen Akte die wahre Ehe schließen, so die Protestanten; vgl. Sehl ing Emil: Kirchenrecht (1908) S. 104; anders die morgenländischen Schismatiker, wenigstens bisher.

Verstellung (Erheuchelung des Konsenses, *simulatio sive fictio consensus*). Ein erheuchelter Konsens ist kein Konsens; es fehlt die Seele des Vertrages. Freilich der Beweis im äußeren Forum ist sehr schwer zu führen, Innozenz III. in c. 26 De spons. (IV 1). Die Umstände vor, bei und nach der Eheschließung müssen geprüft werden. Namentlich muß die wahre Absicht des Heuchlers zutage gefördert werden, z. B. die Verführung einer unbescholtenen Jungfrau c. 26 cit., die Erlangung der Mitgift, des Vermögens, der Stellung des anderen „Gatten“ S. C. C. in Parisien. dd. 7. Jul. et 1. Sept. 1883; in altera Parisien. d. 7. Mart. 1885 (ASS. 18, 14—31). Die Rechtsanna hme steht bei einer kirchlichen Ehe für den Konsens Cann. 1086 § 1; 1014.

Wie der Eheabschluß mit Verstellung, so ist auch jener aus Scherz strafbar. Doch wenn sich aus der Gemütsanlage der Person und aus den Umständen ergibt, daß es sich lediglich um Scherz handelte, so ist kein wahrer Konsens vorhanden, die Ehe darum nichtig. S. C. C. in Asculana d. 14. Dec. 1889, ASS. 22, 529—46; Gaspari II n. 804.

III. **Natur**. Das Hindernis ist naturrechtlich, trifft also auch die Ungetauften. Dispense ist unmöglich. Die Gültigmachung geschieht nach Can. 1136.

IV. **Staatliche Bestimmungen**. A. Deutschland. BGB. § 1332: „Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der . . . eine Erklärung, die Ehe eingehen zu wollen, nicht hat abgegeben wollen“. — B. In Österreich und der Schweiz fehlen ausdrückliche Normen.

§ 34. Das Hindernis der Bedingung.

I. **Quellen**: Cann. 1092; 104; 1086; 1081 § 2; 1013; 1100; 2319 § 1 n. 2. — De conditionibus (IV 5).

II. Begriff und Einteilung. Bedingung ist ein Vertragszusatz, der die Verpflichtung des Vertrages in der Schwebe läßt bis zum Eintritt eines künftigen Ereignisses.

Man teilt die Bedingungen ein: a) in Bedingungen betreffs der Zukunft (c. de futuro) und solche betreffs der Vergangenheit oder Gegenwart (c. de praeterito vel praesenti) Can. 1092 (Zeit);

b) in mögliche und unmögliche ibi n. 1;

c) in sittlich erlaubte und unerlaubte ibi nn. 1 und 3;

d) in Bedingungen gegen das Wesen und nicht gegen das Wesen der Ehe ibi nn. 1 und 2.

Erlaubte und mögliche Bedingungen dürfen nur aus einem gewichtigen Grunde und mit Erlaubnis des Ordinarius dem Ehevertrag beigelegt werden; vgl. Can. 1100 und Schäfer P. Timotheus: Eherecht⁷ S. 167. — Alle übrigen Bedingungen (unerlaubte, unmögliche) können nicht ohne Sünde beigelegt werden; zielen sie auf die akatholische Kindererziehung ab, so tritt die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation ein Can. 2319 § 1 n. 2.

III. Die beiden Hindernisse. A. „Conditio semel apposita et non revocata, si de futuro licita, valorem matrimonii suspendit“ Can. 1092 n. 3. Eine Ehe, eingegangen unter einer erlaubten und möglichen Bedingung der Zukunft, entbehrt der Gültigkeit, wenn die Bedingung nicht in Erfüllung geht; — sie wird ohne weiteres rechtskräftig mit Eintritt der Bedingung. In der Zwischenzeit können beide Teile auf die Bedingung oder auf die Ehe verzichten cc. 3. 5. 6 De cond. (IV 5). — Eine Ehe, eingegangen unter einer erlaubten und möglichen Bedingung der Gegenwart oder Vergangenheit, ist sofort entweder gültig oder ungültig, je nach der Erfüllung oder Nichterfüllung der Bedingung Can. 1092 n. 4. Doch muß die Kenntnis des Tatbestandes abgewartet werden.

B. Eine Bedingung der Zukunft gegen das Wesen der Ehe macht diese ungültig Can. 1092 n. 2. Diese Bedingung kann unerlaubt oder erlaubt sein; meistens ist sie unerlaubt. Papst Gregor IX. gibt folgende drei Bedingungen als gegen das Wesen der Ehe verstößend an:

1) *Contraho tecum, si generationem prolis evites* (bonum prolis).

2) *Contraho tecum, donec inveniam aliam honore vel facultatibus digniorem* (bonum sacramenti).

3) *Contraho tecum, si pro quaestu adulteranda me tradas* (bonum fidei); vgl. Cann. 1015 § 2; 1081 § 2. — Der Zusatz muß, soll er die Ehe ungültig machen, als unerläßliche Bedingung beigefügt werden im inneren und äußeren Forum. — An der Gültigkeit ändert eine erst nach Eheabschluß aufgestellte Bedingung nichts; denn *matrimonium semel validum, semper validum*.

Josephsehen sind gültig, wenn zwar ein Vorsatz oder ein Gelübde der vollen Enthaltensamkeit vorliegt, nicht aber eine unerläßliche Bedingung. Manche, unterscheidend zwischen *ius* und *usus iuris*, nehmen an: Wird das *ius* ausgeschlossen, so fällt die Ehe, sonst besteht sie zurecht. Daß man Recht und Gebrauch des Rechtes unterscheiden könne, leiten sie a) von Eigentumsrecht an Sachen; b) vom Verzicht auf den Gebrauch nach Abschluß der Ehe ab. Aber Eherecht und Eigentumsrecht an Sachen sind nicht gleich. Dann kann die einmal geschlossene Ehe nicht aufgehoben werden; vgl. *impotentia superveniens*. Den Unterschied zugegeben, kommt doch durch die Verpflichtung zum Nichtgebrauch eine Ehe nicht zustande, da der Hauptzweck unerreichbar ist Can. 1013 und da die ehetrennende Bedingung „*Si generationem prolis evites*“ vorliegt.

IV. Die staatlichen Bestimmungen in D., Ö. und Schw. erlauben die Beifügung von Bedingungen nicht.

§ 35. Das Hindernis der Gewalt und Furcht.

Vis et Metus.

I. **Quellen:** Cann. 1087; 103; 1684—85; 2205; 2218 § 2; vgl. Cann. 542 n. 1; 2352.

II. **Begriff.** Gewalt bedeutet: a) eine Nötigung der äußeren Handlung (Zwang); b) die Beeinflussung der menschlichen Freiheit als Korrelat zur Furcht. Im zweiten Sinne aufgefaßt, fällt die Erörterung der Gewalt mit jener der Furcht zusammen. Zwang im eigentlichen Sinne aber macht das Zustandekommen einer Ehe unmöglich.

Darum sagt Can. 103 § 1: „Actus quos persona sive physica sive moralis ponit ex vi extrinseca cui resisti non possit, pro infectis habentur“, wie das bisherige Recht.

Furcht im allgemeinen ist ein „Schwanken des Geistes um einer gegenwärtigen oder zukünftigen Gefahr willen“; I. 1. D. 4, 2.

Über die Furcht als trennendes Ehehindernis äußert sich Can. 1087 § 1: „Invalidum est matrimonium initum ob vim vel metum gravem ab extrinseco et iniuste incussum, a quo ut quis se liberet, eligere cogatur matrimonium“. Demnach muß die Furcht, soll sie trennendes Ehehindernis sein, vier Erfordernisse aufweisen, sie muß a) schwer; b) von außen her; c) ungerecht und d) zur Erzielung des ehelichen Konsenses eingeflößt sein.

a) Die Furcht muß schwer sein in Anbetracht aller Umstände, also der Größe des Übels; der Nähe der Gefahr; der Beschaffenheit der Person, welche Furcht erleidet.

Schwere Furcht ist auch gegeben, wenn Furcht sich mit Ehrfurcht paart (metus reverentialis). Die S. Rota entschied einen merkwürdigen Fall von metus reverentialis. (Verweigerung der heiligen Sakramente durch den Apostolischen Vikar) Rota coram Sebastianelli d. 10. Maii 1918.

b) Von außen her muß die Furcht kommen, also von einer freitätigen Ursache. Doch ist es im wesentlichen gleich, ob die beteiligte Person den Zwang ausübt oder eine dritte.

c) Ungerechterweise muß die Furcht eingeflößt sein, d. h. das angedrohte Übel muß gegen die Gerechtigkeit verstoßen, was besonders bei Entziehung eines Vorteils (lucrum) von Bedeutung ist.

d) Zum Eintritt des Hindernisses ist notwendig eine Furcht, „zu deren Beseitigung der Furchtleidende sich gezwungen sieht, die Ehe zu wählen“.

Also nicht notwendig der Furchteinflöser, sondern der Furchtleidende gibt die Richtung auf die Ehe.

Sind die vier Erfordernisse gegeben, so liegt auch das Hindernis vor; fehlt dagegen nur eines der Erfordernisse, so ist die Ehe gültig Can. 1087 § 2.

III. Natur. Zwang verungültigt die Ehe nach dem Naturrechte. Furcht dagegen verungültigt die Ehe sicher nach dem Kirchenrechte, nach dem Naturrechte aber nur sehr wahrscheinlich; dagegen *Sanchez*, *Schmalzgrueber*, *Feije*, *Gasparr* u. a., so daß man bei Ungetauften die denselben günstigere Ansicht anwenden darf; S. Rota coram Sebastianelli d. 10. Maii 1918 (AAS. 11, 89—93). — Die Gültigmachung geschieht nach Can. 1136.

IV. Staatliche Bestimmungen. A) Deutschland. BGB. § 1335. Die Ehe ist anfechtbar unter denselben Voraussetzungen wie im Kirchenrecht. — B) Österreich hat das gleiche Recht wie die katholische Kirche. ABGB. § 55. — C) Das Schweizer Recht gleicht dem in Deutschland. A. 126.

§ 36. Das Hindernis des Raubes (der Entführung). Raptus.

I. Quellen: Cann. 1074; 1087; 2353—54; — Tridentinum sess. 24. c. 6. de r. m.

II. Begriff. Raub oder Entführung ist die gewaltsame Entfernung einer Frauensperson von einem Orte an einen nicht sicheren Ort zum Zwecke der Eheeingehung Can. 1074 § 1.

a) Die Gewalt kann sich betätigen durch physische oder moralische Mittel (Überlistung).

b) „Frauensperson, mulier“ bedeutet jede Frauensperson mit Ausschluß der Männer.

c) Zum Raube gehört notwendig eine Veränderung des Ortes; jedoch hat Can. 1074 § 3 das Hindernis ausgedehnt auf die „gewaltsame Zurückhaltung oder Einschließung an einem bisher freien Orte“ (retentio oder detentio violenta).

d) Wie Can. 1074 betont, muß die Entführung oder Einschließung zum Zweck der Eheschließung geschehen; das Hindernis wäre bei anderen Zwecken nicht gegeben.

e) Einteilung. Man teilt das Hindernis der Entführung ein: 1) in ein Hindernis der eigentlichen Entführung und ein Hindernis der Einschließung. — 2) Früher unter-

schied man den *raptus violentiae* und den *raptus seductionis*, endlich die *fuga*.

III. Aufhören. Das Hindernis hört auf: a) von selbst; b) durch kirchliche Dispense. — Wird der bisher unsichere Ort ein sicherer und freier, so hört das Hindernis von selbst auf. — Von dem rein kirchenrechtlichen Hindernis der Entführung usw. gibt es Dispens nach den Cann. 1043 sqq.; sonst dispensiert nur der Apostolische Stuhl; denn *raptus* ist ein Hindernis höheren Grades Can. 1042 §§ 2 et 3.

IV. Die Strafen sind ausgesprochen in den Cann. 2353—54; damit sind die tridentinischen beseitigt; doch ist die Pflicht der Versorgung geblieben; vgl. *Leitner M.: Eherecht* (3. A.) S. 103.

V. Staatliche Bestimmungen. A) *Deutschland*. Das BGB. kennt kein eigenes Hindernis der Entführung; doch gehören hieher BGB. §§ 1304, 1305; 13335; *RSGB.* §§ 236 und 237. — B) *Österreich* wie im alten Kirchenrecht. — C) *Schweiz* wie in Deutschland.

II. Kapitel. Das fehlende Vertragsobjekt. Vertragsgegenstand des Ehevertrages ist nach Can. 1081 § 2: das „*ius in corpus, perpetuum et exclusivum, in ordine ad actus per se aptos ad prolis generationem*“. Ist nun die Körper- oder die Nervenbeschaffenheit einer Person derart, daß sie die für die Kindererzeugung tauglichen Akte nicht setzen kann, so vermag sie unmöglich ein entsprechendes Recht andern zu übertragen; es fehlt also die Möglichkeit, den Vertrag zu erfüllen. Dies ist gegeben bei dem geschlechtlichen Unvermögen.

§ 37. Das Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens. Impotentia.

I. Quellen: Cann. 1068; 1963; 1966 sqq.; 1975—81. — *Sixti V. Const.* „Cum frequenter“ d. 27. Ian. 1587.

II. Der Gesetzestext: „*Impotentia antecedens et perpetua, sive ex parte viri sive ex parte mulieris, sive alteri cognita sive non, sive absoluta sive relativa, matrimonium ipso naturae iure dirimit (§ 1).* — *Si impedimentum impotentiae dubium sit, sive dubio iuris sive dubio facti, matrimonium non est impediendum (§ 2).* — *Sterilitas matrimo-*

nium nec dirimit nec impedit (§ 3)“ Can. 1068. Daraus ergibt sich der Satz: Das sichere vorangehende und ständige Unvermögen ist nach dem Naturrechte ein trennendes Ehehindernis.

Erläuterung: 1) Begriff. Der Roder gibt keine Begriffsbestimmung von „impotentia“. Wir erfahren nur, daß das „Unvermögen“ auf seiten des Mannes oder des Weibes oder auf beiden Seiten sein kann Can. 1068, daß eine körperliche Untersuchung hierüber Aufschluß geben kann, freilich nicht immer Cann. 1976 sq., endlich daß die Unfruchtbarkeit (sterilitas) allein kein Ehehindernis bildet Can. 1068 § 3. Wir müssen also, um den Begriff zu gewinnen, zu den sicheren Resultaten des früheren Rechtes und der allgemein angenommenen Gelehrtenansicht uns wenden. Darnach ist Impotenz „die Unfähigkeit den vollständigen Geschlechtsverkehr zu pflegen“. Zum vollständigen Geschlechtsverkehr gehört nach allgemeiner Ansicht wenigstens die Einführung des männlichen Gliedes in die Scheide des Weibes mit dem hierbei erfolgten Samenerguß, Gasparri P.: Tract. de matr. I² n. 510.

Darum ist Impotenz sicher gegeben, a) wenn dem Manne beide Hoden (testes, testiculi) vollständig fehlen, Sixtus V. im Breve „Cum frequenter“ d. 27. Jun. 1587: Die Ehen von „cunuchi et spadones utroque teste carentes“ sind null und nichtig; ein Samenerguß ist ja unmöglich; das Fehlen kann durch Natur oder Menschen eingriff veranlaßt sein Mt 19, 12; b) wenn es unmöglich ist, in sittlich erlaubter Weise den männlichen Samen wenigstens in die Scheide des Weibes zu bringen. Es ist Grundsatz der Sakramentenkongregation: Non sufficit copula vulvaris, sed requiritur copula vaginalis i. e. copula intra orificium vaginae.

1) Die Gründe der Unmöglichkeit werden in den Dekretalen Gregors IX. angegeben: „De frigidis, et maleficiatis, et de impotentia coeundi“. Die Impotenz kann also begründet sein in Fehlern der Organe („impotentia“) oder der Nerven („frigidi et maleficiati“). Beim Mann kann das Glied fehlen, verkümmert, durch anormale Harnröhrenmündungen unbrauchbar sein; beim Weibe kann der Zugang zur Scheide ganz oder zum Teile verschlossen sein. Auf dem Gebiete der Nerven liegt die frigidity, die vollständige Unempfindlichkeit gegenüber sexuellen

Reizen, oft beschränkt auf gewisse Personen; dann die „caliditas“, von welcher der Aquinate schon sagt: „Haec impotentia rarissima aut vix unquam contingit“ in 4 D. 34 q. 1 a. 2 ad 6; das „maleficium“, die Verhexung wäre gegeben, wenn durch Einfluß der bösen Geister das geordnete Geschlechtsleben behindert würde, Tob 6, 14 ff.; 7, 11 f.; S anti-Leitner IV 15 n. 2. Auf seiten des Weibes tritt der „B a g i n i s m u s“ d. h. „die krankhafte Zusammenschnürung des Schließmuskels des introitus vaginae bei jedem Versuche zur copula, ja bei jeder Berührung“ (C a p e l l m a n n-B e r g m a n n: „Pastoralmedizin“¹⁷ S. 302) dem Geschlechtsvermögen entgegen; vgl. L e i t n e r: Eherecht³ § 66 B. S. 405. — 2) Impotenz ist auch dann gegeben, wenn die Geschlechtsvereinigung nur auf sündhafte Weise möglich ist, z. B. durch iniectionis seminis artificialis, welche L e o XIII. durch das heilige Offizium als sittlich unerlaubt verwarf S. Off. d. 24. (26.) Mart. 1897.

2) Indes gibt es auch Gelehrte, welche zum vollständigen Verkehre die Möglichkeit fordern, daß der Verkehr fruchtbar ist, also die potentia generandi.

Papst S i g t u s V. hat das für die Männer klar und deutlich gefordert, Breve „Cum frequenter“ d. 27. Jun. 1587; denn die Geschlechtsvereinigung ist nicht selten den „castrati utroque teste carentes“ möglich; so sagt Magnus Hirschfeld in seinem Werke „Geschlechtliche Entwicklungsstörungen“ (1917) S. 24: „Sexuelle Bedürfnisse bei Kastraten, verbunden mit potentia coeundi, sind außer Zweifel gestellt“. Die Spermatozoen sind das Zeugungselement des Mannes. Ist dieses zur copula perfecta notwendig, so geht der Schluß dahin, daß auch die Erreichbarkeit des weiblichen Zeugungselementes (ovulum femineum) notwendig sei. Nur dann ist ein wahrer Geschlechtsverkehr denkbar, der den Hauptzweck der Ehe „procreatio atque educatio prolis“ Can. 1013 § 1 ermöglicht und darum menschenwürdig ist; vgl. Can. 1081 § 2. Entbehrt nun ein Weib vollständig der beiden Eierstöcke oder Eileiter oder der Gebärmutter, sei es von Natur, sei es durch Menscheneingriff, oder ist der Zugang zum weiblichen Zeugungselemente von der erreichbaren Scheide aus vollständig verrammelt, so nehmen manche auch in diesem Falle nicht nur Unfruchtbarkeit, sondern Unvermögen an, so A n t o n e l l i Ios.: Medicina pastoralis II 410 sqq.; R n e c h t Aug.; Grundriß des Eherechtes (1918) § 20¹; L e h m k u h l Aug., S. I.: Theol. mor.¹² II n. 975; L e i t n e r M.: Eherecht³ § 26 S. 104 f.; N o l d i n Hier., S. I.: Summa theol. mor. n. 82; R o s s e t M.: De sac. matrimonii nn. 1406sq.; S a n t i: Praelectiones IV 15 n. 1; S c h n i g e r Jos.: Eherecht S. 355¹; W e r n z Fr. X., S. I. IV² n. 345 not. 34. Freilich der Apostolische Stuhl hat in nicht wenigen Entscheidungen des heiligen Offiziums und der Sakramentenkongregation seit 1887 ausgesprochen: Matrimonium non esse impediendum, quando utrumque ovarium cum vel sine oviductibus et utero deest; vgl. L e i t n e r M.: Eherecht³ S. 106.

3) Unfruchtbarkeit (sterilitas) ist der Zustand einer Person, welcher trotz des normalen Geschlechtsverkehrs die Empfängnis ausschließt.

Die Beispiele des Alten Bundes (Sara; Rebekka; Rachel; Anna, Mutter des Samuel; Elisabeth, Mutter des Johannes usw.) bereiten nicht unendlich die Jungfrauengeburt Mariens vor. — Es gibt Mittel zur Beseitigung der Unfruchtbarkeit: natürliche (Entseftung, Nilwasser) und übernatürliche (Gebet Gn 25, 21; 30, 22; 1 Sm 1, 10—20; Ps 1, 13; — Wallfahrten 1 Sm 1, 3 ff.; in Schildthurn, Bistums Passau, berühmte Marianische Gnadenstätte (silberne Wiege mit Kind) vgl. Statistische Beschreibung des Bistums Passau S. 424.

4) Einteilung. Das geschlechtliche Unvermögen kann a) dem Eheabschluß vorangehen oder nachfolgen; — b) zeitweilig oder beständig (perpetua i.); — c) unbeschränkt (i. absoluta) oder beschränkt (relativa) sein hinsichtlich der Personen des anderen Geschlechtes; — d) unzweifelhaft (sicher, i. certa) oder dem Rechte oder der Tatsache nach zweifelhaft sein Can. 1068 § 2. Ob das Unvermögen auf seiten des Mannes oder der Frau oder auf beiden Seiten ist; ob der andere Teil sie kennt oder nicht, hat keine wesentliche Bedeutung.

Zu a) Tritt die Impotenz ein nach dem Eheabschluß, aber vor dem ersten ehelichen Verkehr, so ist die Ehe gültig, doch unvollzogen, darum Dispense nach Can. 1119 möglich.

Zu b) Als beständig gilt die Impotenz, wenn sie nur durch ein Wunder, eine sittlich unerlaubte Handlung (z. B. fecundatio artificialis) oder einen lebensgefährlichen Eingriff beseitigt werden kann. Die Kirche hat in früherer Zeit die Dreijährsprobe (tentamen triennale) auferlegt und diese ist auch heutzutage in manchen Fällen zu empfehlen. Seminitio ad orificium vaginae saepius tentata efficere potest graviditatem, sive semen attrahatur in interiora mulieris organa sive copula tandem vaginalis evadat. — Ein merkwürdiger Fall aus der Kriegszeit gehört hierher. Ein 29jähriger Gefreiter erhielt am 13. Juni 1915 eine Schußverletzung, welche die beiden Hoden und die Urethra schwer beschädigte. Am nächsten Tage wurden wegen hohen Fiebers und drohender Allgemeininfektion beide gangränösen Hoden entfernt, infolgedessen die regelmäßigen Erscheinungen der Kastration eintraten. Am 31. August 1915 wurde im Wiener Lazarett durch die beiden Ärzte Dr. Eugen Steinaeh, bekannt durch die Versuche künstlicher Verjüngung, und Dr. Robert Lichtenstern die kryptorchistische Hode eines im gleichen Lazarett befindlichen 40jährigen Mannes in den Organismus des verstümmelten Gefreiten in erfolgreicher Weise übertragen, so daß alle Merkmale des Unvermögens geschwunden sind und er zu heiraten gedenkt; vgl. Münchener Medizin. Wochenschrift vom 6. Mai 1916 (Bericht des Dr. Rob. Lichtenstern) und Magnus Hirschfeld: Geschlechtl. Entwicklungsstörungen (1917) S. 18—21; sowie Journal Amer. soc. d. assoc. 1913, wo Dr. Lepinasse einen ähnlichen Fall erzählt. Hätte der Gefreite nach der vollständigen Entfernung der Hoden (am 14. Juni 1915) geheiratet, so wäre diese Ehe ungültig gewesen gemäß der Konstitution „Cum frequenter“ Sixtus' V. vom 27. Juni 1587. Wurde nun

durch die Operation am 31. August 1915 das geschlechtliche Vermögen wiederhergestellt, so ward dadurch die „Ehe“ nicht gültig Can. 1133, außer die beiden „Eheleute“ waren ungetauft. — Man kann auch nicht einwenden, daß hier keine i. perpetua vorliege, weil zur Beseitigung des Hindernisses weder eine lebensgefährliche Operation noch ein Wunder noch eine sündhafte Handlung erfordert war. — Denn die Impotenz ist auch dann eine „perpetua“, wenn die Heilung hievon sich als etwas ganz Außerordentliches (Vorsicht angebracht) darstellt; vgl. Papst *Innozenz III.* in c. 6. De frigidis (IV 15). — Wenn der Gefreite erst nach dem 31. August 1915 sich verehelicht hätte, so wäre die Ehe gültig gewesen.

Zu c) Das unbeschränkte Unvermögen schließt den Verkehr mit jeder Person anderen Geschlechts aus, während die i. relativa sich nur auf bestimmte Personen bezieht, wie der interessante Fall von Olinda (Brasilien) beweist. Ein Mann kann potent sein gegenüber einer vidua vel deflorata, während ein regelrechter Verkehr mit einer virgo unmöglich ist (ASS. 19, 499; Eherecht³ S. 112).

Zu d) Ist das Unvermögen dem Rechte oder der Tatsache nach zweifelhaft, so ist praktisch kein Hindernis gegeben Can. 1068 § 2. Daraus werden uns erklärlich die CC. des Apostolischen Stuhles betreffend Frauen ohne uterus, oviductus, ovaria. Deshalb könne auch einem Manne die Ehe nicht verwehrt werden, wenn Zweifel beständen, ob die Hoden vollständig beseitigt sind. Die Ehe betagter Leute ist gültig und erlaubt, solange das Unvermögen nicht klar feststeht.

Das trennende Ehehindernis der Impotenz ist also vorhanden, wenn sie vorangehend, dauernd und gewiß ist.

III. Natur und Dispensmöglichkeit. Das Hindernis ist naturrechtlich, bindet also auch die Ungetauften. Wird es dem Seelsorger vor dem Eheabschluß bekannt, so muß er mit allen Mitteln demselben sich widersetzen. Wenn aber die Impotenz erst nach Eheeingehung zutage tritt, so darf sie nur dann dissimuliert (*vivere uti frater et soror*) werden, wenn sie geheim bleibt und keine Gefahr der Unenthaltsamkeit die Gatten bedrängt, sonst kann und muß der Ehegatte oder der Rechtswart Nichtigkeitsklage stellen Can. 1971 § 1 nn. 1. 2.

IV. Vasektomie (vasectomy) ist die Durchschneidung des vas deferens, des Samenleiters auf beiden Seiten, zum Zwecke der Ableitung des Samens (*sterilisatio seminis virilis*); dabei müssen aber die Nerven, Arterien und Venen, welche mit dem Samenleiter den Samenstrang (*funiculus spermaticus*) bilden, erhalten bleiben. Die vasectomy bewirkt das trennende Hindernis der Impotenz nur dann, wenn sie der Ehe vorangeht und beständig d. h. so

beschaffen ist, daß sich die zerschnittenen Teile nicht mehr vereinigen lassen wegen „Atrophie“. Wird die Operation nach geschlossener Ehe vorgenommen, so kann der Verkehr bis zur endgültigen Entscheidung der Frage durch den Apostolischen Stuhl gestattet werden; vgl. Ferreres I. B., S. I.: *De vasetomia duplici* (Madrid 1913).

V. Staatliche Bestimmungen. A. In Deutschland gibt es kein eigentliches Hindernis des geschlechtlichen Unvermögens; meist werden BGB. § 1333 (Irrtum) oder § 1334 (Täuschung) geltend gemacht. B. In Österreich besteht das gleiche Hindernis wie im Kirchenrecht ABGB. § 60. — C. In der Schweiz fehlt ein eigenes Hindernis der Impotenz; anders in Italien § 107 des Codice civile.

VI. Die Ehen der Zwitter. 1) Zwitter (Hermaphroditen, Androgynen) sind Menschen, in welchen die wesentlichen Organe der beiden Geschlechter, sei es doppelt, sei es einfach, sich vereint finden (wahre Zwitter: doppelseitig, einseitig); Beispiele bei Magnus Hirschfeld: „Sexuelle Zwischenstufen“ (1918) S. 85 ff. — Menschen, deren Geschlechtsorgane so gestaltet sind, daß sie für Organe eines jeden Geschlechtes gehalten werden können, sind falsche oder Scheinzwitter, z. B. Maria Dorothea Derrier (Eherecht³ S. 113); vgl. auch M. Hirschfeld a. a. O. S. 23 ff.

2) Praxis der Kirche. Der Seelsorger befragt stets den Ordinarius oder den Apostolischen Stuhl, wenn ein Fall von Zwittertum an ihn herantritt. Diese werden die Beiziehung eines oder mehrerer Sachverständigen anordnen. Ist ein Geschlecht vorherrschend, so kann nach möglichster Klarstellung der Eheabschluß nach diesem Geschlechte gestattet werden. Wäre Gleichheit des Geschlechtsvermögens vorhanden und würde die Gefahr der Unenthaltbarkeit drängen, so müßte die alte Regel befolgt werden: „Eligat cui (sexui) se dicat . . . et iuret quod de cetero alio non utetur“, Kard. Hostiensis bei Freisen S. 344. — Nach der Eheeingehung kann sich herausstellen, daß der Ehegatte überhaupt oder nach dem von ihm gewählten Geschlechte impotent ist. Hier sind die Regeln über Nichtigkeitserklärung der Ehe wegen Impotenz zu befolgen. — Wichtig ist die Beurteilung der

Zwitter auch bei der Wahl des Ordens und namentlich des Priesterstandes Can. 968 § 1; „Handbuch“ I² S. 141; 395; 129 f.; 372.

Der bekannteste Fall von hermaphroditismus verus ist der von Professor Garré am 24. November 1912 im Verein für wissenschaftliche Heilkunde in Königsberg vorgestellte; vgl. Walter Simon im 172. Bande von „Virchows Archiv“. Andere Fälle bei M. Hirschfeld: „Sexuelle Zwischenstufen“ (1918) S. 85; O. Uffreduzzi: „Ermaphroditismo vero dell'uomo in Archivio per le scienze mediche“ Bd. 34, Nr. 13, 1910 und bei anderen.

III. Kapitel. Mangel der Rechtsfähigkeit der Personen.

Personen entbehren der Rechtsfähigkeit, weil sie entweder einem Lebensstande bereits angehören (Standeshindernisse); oder in allzunaher Verbindung stehen (Verwandtschaftshindernisse; Verbrechen); oder dem Glaubenssakramente nach sich zu ferne stehen; endlich kann eine Rechtsunfähigkeit eintreten durch Nichtbeobachtung der Eheschließungsform.

Standeshindernisse.

§ 38. Das Hindernis des Ehebandes.

Ligamen.

I. Quellen: Cann. 1069; 1013 § 2; 1118—27; 1142; 1960—92; 542 n. 1; 984 n. 4; 2356.

II. Begriff. Das Hindernis des Ehebandes besteht darin, daß eine Person, einmal gültig verehelicht, vor Auflösung dieser Ehe eine weitere Ehe nicht eingehen kann.

A. Erläuterung. 1) „Eine Person“ will sagen, daß dieses Recht für alle Geltung hat: für Getaufte und Ungetaufte; für Mann und Weib. — 2) Ist eine Ehe nicht gültig, so ist das Hindernis des Ehebandes nicht gegeben, auch wenn die Ehe für gültig angesehen wird (Putativehe Can. 1015 § 4). — 3) Das Eheband besteht, ob die Ehe vollzogen wurde oder nicht; Can. 1069 § 1. — 4) Die Auflösung der Ehe ist nur nach göttlichem Rechte möglich, Mt 19, 6; Can. 1013 § 2.

B. Beurteilung der Verehelichung mit mehreren Personen zugleich. 1) Es ist Dogma

der katholischen Kirche, daß es *C h r i s t e n* nicht erlaubt sei, mehrere Frauen zu gleicher Zeit zu haben, und daß dies durch göttliches Recht verboten ist Trid. sess. 24 cn. 2; Can. 1013 § 2. — Der Beweis hiefür ergibt sich: a) aus Mt 5, 28; 1 Kor 7, 1 ff.; b) aus der beständigen Lehre und Praxis der Kirche. Die Geschichte beweist, daß die katholische Kirche unentwegt für die Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe, auch gegen Große und Mächtige aufgetreten ist, während die „Reformatoren“ ungefähr zwanzig Jahre nach Beginn der „Reinigung der Kirche von den Greueln des Papsttums“ dem Landgrafen Philipp von Hessen die Vielweiberei gestatteten (4. März 1540), quia „paupereula et miserabilis ecclesia — sc. Lutherana — erat ind.gens probis dominis regentibus“.

Gegen die katholische Kirche konnte man überhaupt nur mit zwei Angriffsobjekten vorgehen: a) mit dem Roman der Doppelehe des Grafen Ernst von Gleichen, einer Erzählung, welche auch die Katholiken in das Reich der Fabeln schon längst verwiesen haben; — b) mit der ungeklärten Doppelehe Napoleons I. Napoleon war zuerst nur bürgerlich, 9. März 1796, dann am 1. Dezember 1804 nachmittags 4 Uhr durch Kardinal F e s c h mit Josephine Beauharnais verbunden gewesen; im Frühjahr 1810 heiratete er die Erzherzogin Marie Luise von Oesterreich. Das Pariser Diözesan- und Metropolitangericht hatte für die Ungültigkeit der ersten Ehe Napoleons sich entschieden: der Apostolische Stuhl fällt überhaupt kein Urteil in der Sache. S c h n i z e r hält in seinem „Eherecht“ (5. A.) S. 671 die beiden Pariser Urteile für *F e h l u r t e i l e*. Allein die Sache ist bis jetzt nicht geklärt. — Andere Beispiele von Vielweiberei bei den Andersgläubigen finden sich im „Eherecht“ S. 116.

2) Beurteilung der Frage nach dem *Naturrechte*. Vielmannerei wie Vielweiberei widerspricht dem Naturrecht. a) Die *Vielmännerei*, auch unter Nichtchristen, ist naturrechtlich unerlaubt und ungültig. Eine solche Verbindung verstößt, abgesehen von den Gründen, welche gegen die Vielweiberei sprechen, gegen den Hauptzweck der Ehe: die Erzeugung und Erziehung von gesitteten Menschen; sie ist selbst den rohesten Menschenrassen ein Greuel. Anders S c h n i z e r S. 12²: „Die Polyandrie dürfte als die niedrigste und rohste, die unser Gefühl am meisten abstoßende Form der Ehe, aber immerhin als *E h e* zu betrachten sein“. Die Polyandrie soll vorkommen in Ceylon, bei Volksstämmen des Himalaja, Nordamerikas, Australiens, Lapplands, Tibets usw. — b) Die *Vielweiberei* (polygynia) scheint nicht naturrechtlich verboten zu

sein; denn eine solche Verbindung scheint den ersten Ehezweck eher zu fördern als zu schädigen. — Außerdem wurde, so sagt man, eine solche Verbindung von Gott im Alten Bunde erlaubt.

Der hochangesehene Kanonist Franz Xaver Wernz S. I. faßt beide Gründe zusammen in die Worte: „Post diluvium ad celeriores et maiorem propagationem populi electi, saltem inde ab antiquis patriarchis i. e. Abraham etc. polygamia quaedam moderata populo Iudaeorum unice fuit divina concessione permessa“, Ius Decretalium tom. IV. n. 359; S. Thomas in IV D. 33 q., 1 a. 1.

„Von einer den Patriarchen angeblich erteilten Dispens oder inneren Erleuchtung . . . findet sich in der Heiligen Schrift nicht eine Spur“, Schnitzer a. a. O. S. 14. So ist es auch; denn der göttliche Heiland hebt bei Mt 19, 6. 8 unzweideutig hervor, daß das mosaische Gesetz nicht ein Erlauben sondern höchstens ein „Dulden“ Gottes war, schon bei der Eheauflösung, um so mehr dann bei der Vielweiberei. Das trifft um so mehr zu, weil ja der innere Grund geradezu hinfällig ist; denn durch die Vielweiberei (namentlich als System) wird die Kindererzeugung nicht gefördert, sondern gehindert durch Brachlegung der Männer. — In Usambara (Deutsch-Ostafrika) trafen auf 373 monogame Ehefrauen 170 Kinder mehr als auf 373 Ehefrauen in 160 polygamen Verhältnissen; von 840 polygamen Frauen hatten 414 überhaupt keine Kinder, Dr. Froberger bei Böckenhoff: „Reformehe und christliche Ehe“, Köln 1912 S. 96.

Daß auch die Vielweiberei nach dem Naturrecht unerlaubt und ungültig ist, erhellt aus folgenden Gründen:

I. Aus der beständigen Praxis und Lehre der Kirche. Die Kirche anerkennt bei polygamen Verhältnissen stets nur die erste gültige Ehe Cann. 1120 ff. — Die Instruktion des heiligen Offiziums an den Ap. Vikar der Gallasneger vom 20. Juni 1866 (ASS. 26, 187) betont klar und deutlich: „Die Ehe eines ungetauften verheirateten Mannes mit einer ungetauften Frau ist null und nichtig sowohl durch göttliches als durch natürliches Recht“.

II. Die Vielweiberei widerspricht: 1. der moralischen Gleichzahl der Geschlechter; 2. der Gleichberechtigung der Geschlechter (Willkür des Mannes; Vorrecht der Reichen); 3. dem sittlichen Wohle der Ver-

heirateten (Eifersucht; unbegründete Bevorzugung); 4. dem gesellschaftlichen Wohle der Menschheit (Mann entehrt; Weib verachtet).

Die Auflösung der Ehe wird später behandelt.

III. Natur des Hindernisses. Das Hindernis des Ehebandes ist *naturrechtlich*, eine Dispense darum nur dem göttlichen Rechte möglich; jede Ehe wird gelöst durch den Tod; die vollzogene Getauftenehe wird nur durch den Tod gelöst. Die nicht vollzogene Ehe wird auch durch die Vollgewalt des Papstes als des Stellvertreters Gottes gelöst. Die Ehe der Ungetauften wird ferner zugunsten des Glaubens gelöst; vgl. Cann. 1118 ff. Die drei letzteren außerordentlichen Lösungen werden später behandelt werden; indes nimmt die Lösung durch den Tod unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch.

Es ist unbestritten, daß der Tod die Ehe löst, aber nicht selten ist es eine Frage, ob der Tod wirklich eingetreten ist. Darum hat die Kirche durch alle Jahrhunderte ihre Gläubigen und deren Seelsorger angehalten, über den Tod wenigstens *moralische Gewißheit* zu erlangen. Der Roderer hat uns nur spärliche Anweisungen gegeben (Cann. 1053; 1069 § 2; 1097 § 1 n. 1; 1142); deshalb sind wir genötigt, bis die Sakramentenkongregation eine eigene Instruktion erläßt, die alten bewährten Regeln anzuwenden.

Regeln zur Feststellung des Todes eines Menschen bezw. der Freiheit des mit ihm vermählten Gatten (*de statu libertatis*), genommen aus der Instruktion Klemens' X. vom 21. August 1670:

1) Das Ziel der Untersuchung muß sein: wenigstens *moralische Gewißheit* zu erlangen über den Tod eines Menschen Can. 1069 § 2. Diese *moralische Gewißheit* ist nicht gegeben bei langer *Abwesenheit*, *Verschollensein*, *Schweigen* des Gatten.

2) Eine solche *moralische Gewißheit* kann erlangt werden durch ein *echtes Zeugnis* (*documentum authenticum*) einer kirchlichen oder (im Notfall) einer weltlichen Behörde, also eines *Zeugnisses*, ausgestellt auf Grund eines Sterberegisters einer Pfarrei, eines Krankenhauses, einer Zivil- oder Militärbehörde; freilich können auch hier Zweifel obwalten. Diese Gewißheit wird nicht erlangt durch die „*Todeserklärung*“, vgl. BGB §§ 14, 1348 ff.

3) Eine *moralische Gewißheit* wird erzeugt auch durch die *einhängigen Aussagen zweier einwandfreien Augenzeugen* oder im Notfalle auch eines vollständig einwandfreien Augenzeugen; auch zweier einwandfreier Zeugen vom Hören, wenn ihre Aussagen unterstützt sind durch übereinstimmende Umstände.

4) Auch der reine Indizienbeweis aus vorangehenden, begleitenden, nachfolgenden Umständen ist nicht ausgeschlossen, besonders dürfte die Veröffentlichung in den Tagesblättern gute Dienste leisten.

Der Apostolische Stuhl hat zuweilen mehr negative Indizienbeweise zugelassen; so für die Teilnehmer an der Schlacht von Adua, in welcher die Italiener unter General Baratieri eine Niederlage mit 5000 Toten erlitten (1. März 1896 in Abessinien); vgl. S. Off. d. 20. (22.) Juli 1898, ME. X. 2, 145. Diese Entscheidung des heiligen Offiziums dehnte die Sakramentenkongregation aus auf die Teilnehmer am russisch-japanischen Krieg, S. C. Sacr. d. 16. Dec. 1910 (AAS. III 26—29). Dagegen müssen Fälle aus der Erdbebenkatastrophe von Messina-Reggio in den Einzelfällen untersucht werden, S. C. Sacr. d. 12. Mart. 1910. — Für den Weltkrieg 1914—18 erging unseres Wissens keine allgemeine Entscheidung. Muß man bei der Todeserklärung der auf dem westlichen Kriegsschauplatz Vermissten vorsichtig sein, so erheischt ein Fall vom östlichen Kriegsschauplatz doppelte Vorsicht, wie das Wiederaufleben vieler Totgeglaubten beweist.

Zu den betrübendsten Erscheinungen unserer Zeit gehört das Überhandnehmen der „Doppelehen“, indem Ehegatten, welche von dem weltlichen Gerichte geschieden sind, noch bei Lebzeiten ihres rechtmäßigen Ehegatten durch Abschluß einer Zivilehe eine zweite etc. eheliche Verbindung einzugehen versuchen.“ Dadurch veranlaßt, hat die SC.Sacr. am 4. Juli 1921 die Vorschriften des Kodex hierüber neuerdings betont. a) Feststellung des Freiheitsstandes (status libertatis der Eheverber Can. 1069 § 1 n. 1.; b) Taufzeugnis für auswärtige Brautleute Can. 1019; c) genaue Eintragung aller den Freiheitsstand einer Person betr. Ereignisse in die Taufmatrikel (Eheabschluß; Eheauflösung durch den Tod, durch die päpstliche Dispens der feierlichen Profess, durch das Paulinische Privileg; — Höhere Weihe; (ehetrennende Profess) Can. 470 § 2. — Die meisten Ordinarien haben ferner Anweisungen erlassen zur Verhütung von Doppelehen. Im Bistum Passau z. B. wurde am 9. Dez. 1920 (WDBl. S. 156 bis 160) in drei Abschnitten geordnet: 1) die oberhirtliche Mahnung; 2) das pastorelle und rechtliche Vorgehen; 3) das kirchliche Strafurteil; vgl. WDBl. 1921 S. 68; 161.*)

IV. Staatliche Bestimmungen. A. Deutsches Reich.

1) Die Bigamie (Polygamie) ist eherechtlich unmöglich BGB. § 1326 und strafrechtlich verfolgbar RGWB. §§ 171 und 338.

2) Wiederverheiratung. „Niemand darf eine Ehe eingehen, bevor seine frühere Ehe aufgelöst oder für nichtigerklärt worden ist“ BGB. § 1309 I. — Die

*) Vgl. Raaß L.: Kriegsverholltheit und Wiederverheiratung nach staatlichem und kirchlichem Recht (Paderborn, Ferd. Schöningh 1919).
Veltner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV.

Auflösung geschieht: a) durch den *T o d* § 1482; b) durch die *T o d e s e r k l ä r u n g*, wenn darauf tatsächlich eine Wiederverheiratung folgt §§ 1348; 13 ff.; c) durch ein endgültiges rechtskräftig gewordenes *S c h e i d u n g s u r t e i l*, möglich aus fünf Gründen: Ehebruch; Lebensnachstellung; bössliche Verlassung; tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens; Geisteskrankheit §§ 1564 ff. — Das *N i c h t i g k e i t s u r t e i l* kann erfolgen, wenn die „Ehe entweder als nichtig (fünf Gründe) oder als anfechtbar (sechs Gründe) zur Klage kommt BGB. 1323 ff.; 1330 ff.

3) *W i t w e n f r i s t*. Wurde eine Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt, so darf die Frau sich wiederverheiraten: a) wenn sie seither geboren hat; b) wenn 10 Monate verstrichen sind BGB. § 1313.

B. *Österreich*. 1) Eine Verheiratung mit mehreren Personen zugleich (Bigamie, Polygamie) ist eherechtlich unmöglich und strafrechtlich untersagt, AbGB. § 62; nur in Bosnien und der Herzegowina wurde die Polygamie der Mohammedaner geduldet.

2) *W i e d e r v e r h e i r a t u n g*. Für rein akatholische Ehen gab es eine bürgerliche Ehescheidung; für Ehen aber, bei welchen wenigstens eine Person katholisch war, gab es keine Ehescheidung, nicht einmal beim *matrimonium ratum tantum* (Hindernis des „Katholizismus“) AbGB. § 111. Freilich hat die tschecho-slowakische Republik die Ehescheidung auch für die Katholiken leicht gemacht (neun Gründe und Auflösung der „Ehe“ drei Jahre nach der Scheidung von Tisch und Bett); vgl. *DNÖ*. 1920 S. 347—57, Art. des UPr. Dr. *Joh. Schlenz* über Ges. v. 22. Mai 1919.

3) Die *W i t w e n f r i s t* dauert sechs Monate AbGB. §§ 129, 121.

C. *Schweiz*. Das vom 1. Januar 1912 an geltende Eherecht gleicht im allgemeinen dem des Deutschen Reichs, Zivilgesetzbuch Art. 101—04; 150.

§ 39. Das Hindernis des Ordensstandes. Votum dirimens.

I. *Quellen*: Cann. 1073; 103; 104; 488; 572 ff.; 1058; 1308; 2385—88; Trid. sess. 24. ann. 6. 9.; Const. „Ascen-

dente Domino“ d. 25. Maii 1584; Const. Ben. XIV. „Etsi Pastoralis“ d. 26. Maii 1742.

II. Begriff. Das Hindernis des Ordensstandes besteht darin, daß Ordenspersonen, welche nach Auffassung der Kirche diesem Stande endgültig angehören, zur Eingehung einer Ehe unfähig sind.

Erläuterung. 1) Der Eintritt in den Ordensstand geschieht durch die Gelübde (vota) des Gehorsams, der Keuschheit und der Armut Can. 487. Doch nicht alle Gelübde machen eine Ehe unmöglich. — 2) Die unmittelbaren und mittelbaren Keuschheitsgelübde der Jungfräulichkeit, der vollkommenen Keuschheit, der Ehelosigkeit, des Empfanges der heiligen Weihen und des Eintritts in eine religiöse Genossenschaft machen die Eingehung einer Ehe zunächst unerlaubt Can. 1058 § 1. Sollen sie eine Ehe auch ungültig machen, so muß die gesetzliche Bestimmung der Kirche hinzutreten. — 3) Die Kirche hat nun festgesetzt, daß a) die **feierlichen**; b) gewisse **einfache** Gelübde die Ehe trennen, d. i. auch ungültig machen. — 4) **Feierlich** sind die in einem Orden abgelegten gültigen Endgelübde Cann. 488 n. 2; 574 §§ 1. 2; 572—73; vgl. „Handbuch“ I² 274; 415. — 5) Die Ehe machen ungültig auch jene einfachen Gelübde, denen eine besondere Verfügung des Apostolischen Stuhles diese Kraft verliehen hat Can. 1073. Diese ehetrennende Wirkung wurde unseres Wissens einzig und allein den einfachen ewigen Gelübden im Jesuitenorden verliehen Const. „Quanto fructuosius“ d. 1. Febr. 1583 und „Ascendente“ d. 25. Maii 1584.

1) Nicht in allen Orden werden feierliche Gelübde abgelegt Can. 488 n. 7. So werden in den Frauenklöstern **Belgien**, **Frankreich**, **Nordamerika**s (ausgenommen die vier Salesianerinnenklöster Georgetown, Baltimore, Mobile, St. Louis) und **Bahern**s nur einfache Gelübde abgelegt; indes sollen in dem Zisterzienserinnenkloster **Oberschönenfeld** und in dem Dominikanerinnenkloster **Wettenshausen** feierliche Gelübde abgelegt werden; vgl. PMS. 23, 45 f. (P. Dr. Theobald Schiller O. Cist.). — 2) Die Feierlichkeit der Gelübde ist kirchlicher Einsetzung, Bon. VIII. in c. 1. De voto in 6 (III 15). Darum kann eine einzelne Ordensperson, wie wir sehen werden, Dispense erlangen. Niemals aber kann eine Ordensperson den Ordensstand mit dem Ehestand zugleich verbinden, da sich beide nach göttlichem Rechte ausschließen, c. 6 De statu monachorum (III 35). — 3) Auch dem Keuschheitsgelübde, welches die Ehefrau eines Priester gewordenen Mannes in der Welt ablegt, wurde von vielen Kanonisten ehetrennende Kraft zugeschrieben, hauptsächlich in Rücksicht auf die „bigamia super-

veniens“ des Mannes, allein Bon. VIII. kennt eine solche Wirkung dieses Gelübdes nicht a. a. O.; nunmehr gelten die Cann. 987 n. 2; 132 § 3.

III. Natur. Das Hindernis des Ordensstandes ist in bezug auf die Einzelperson ein rein kirchenrechtliches, dagegen hinsichtlich der Verbindung des Ordensstandes und Ehestandes ein göttlich-rechtliches. Wir reden hier nur von den Personen. Da das Hindernis rein kirchenrechtlich ist, so ist Dispense möglich unmittelbar und mittelbar: a) durch Dispense im eigentlichen Sinne; b) durch Säkularisierung; c) durch Übertritt von einem Orden in eine Kongregation mit einfachen Gelübden; d) bei den Jesuiten durch Entlassung eines Professens mit einfachen Gelübden.

Zu a) Dispense kann gegeben werden auf Grund der Cann. 1043 ff.; sonst erteilt sie nur der Apostolische Stuhl; das Hindernis gehört zu denen „höheren Grades“ Can. 1042. Dasselbe gilt auch für die einfachen öffentlichen und privaten reservierten Gelübde Cann. 1313; 1308. — Zu b) „Wer auf Grund eines Säkularisierungsindultes seine Genossenschaft verläßt, ist von den Gelübden frei“ Can. 640 § 1; die etwaigen Pflichten der Majoristen bleiben; vgl. „Handbuch“ I² S. 479 f. — Zu c) Der Übertritt von einem eigentlichen Orden zu einer Kongregation mit einfachen Gelübden ist möglich nach Can. 636; vgl. „Handbuch“ I² S. 476; Linneborn Joh.: „Grundriß des Eherechts“ S. 229 f. — Zu d) Der von dem Ordensgenerale entlassene Jesuiten-Scholastiker oder Roadjutor ist aller seiner Gelübde vollständig entledigt, also auch des Keuschheitsgelübdes; vgl. Can. 669; Epitome I n. 663.

Wegen der Wirkung der im Can. 1073 genannten Gelübde muß der Ordensobere die feierliche Profess eines Ordensmitgliedes dem Pfarrer des Taufortes melden, damit dieser die Einträge in das Taufbuch machen kann nach Vorschrift des Can. 470 § 2. Die gleiche Vorschrift dürfte für die einfachen Gelübde im Jesuitenorden gelten. Dortselbst sind auch alle Arten von Nachlässen solcher Gelübde zu notieren, also Dispensen, Säkularisierungen usw.

IV. Strafen. 1) Exkommunikation. Die dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltene Exkommunikation trifft alle Majoristen und alle Regularen oder Klosterfrauen nach dem feierlichen Keuschheitsgelübde, ebenso alle, welche mit einer der vorgenannten Personen sich anmaßen, eine Ehe, auch nur bürgerlich, zu schließen Can. 2388 § 1. — Die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation trifft alle Professens ewiger und einfacher Gelübde in der

gleichen Ausdehnung und unter den gleichen Voraussetzungen, ebendort § 2.

Der Ausdruck „*praesumentes*, die sich anmaßen“, bedeutet ein Zweifaches: a) Es entschuldigt jede Minderung der Zurechnungsfähigkeit, z. B. schwere Furcht, auch die durch Nachlässigkeit herbeigeführte Unkenntnis des Rechtes oder der Strafe (*ignorantia crassa*) Can. 2229 § 2. — b) Ist bei den Majoristen oder bei den Professoren mit feierlichen Gelübden die Ehe gültig, so tritt die Strafe nicht ein, z. B. nach Dispens Cann. 1043—45. — Bei den ewigen einfachen Gelübden kann manche Ehe gültig sein und trotzdem die Annahmung vorliegen; vgl. Can. 1058; 1073; 669. — c) Ewige einfache Gelübde nehmen Orden gibt es bei den Jesuiten; bei den Benediktinerbrüdern CBB. n. 92.

Wer behauptet, Majoristen oder Ordensleute mit feierlichen Gelübden könnten eine gültige Ehe schließen, verfällt dem Banne des Tridentinum sess. 24 cn. 9 (*exc. Ap. Sedi speciali modo reservata*).

2) Irregularität. Ein Mann ist irregulär aus einem Vergehen, wenn er trotz seiner höheren Weihe oder trotz seiner Ordensgelübde (auch einfacher, ja auch zeitlicher) eine Ehe sich anzumessen wagt, auch durch den rein bürgerlichen Akt, oder wenn die Frauensperson, mit der er solches unterfängt, von gleichen Gelübden gebunden ist Can. 985 n. 3.

3) Entlassung. Alle Ordensleute sind sofort entlassen: a) wenn sie eine Ehe auch nur in bürgerlicher Form attentieren oder schließen oder wenn sie die Flucht mit einer Person andern Geschlechtes ergreifen Can. 646 § 1 n. 3, § 2; vgl. „Handbuch“ I² 488. — Etwaige andere Vergehen der Religiösen gegen die heilige Reinheit werden gehandelt gemäß Cann. 2357, besonders 2359.

V. Die zweite Wirkung der feierlichen Profess besteht darin, daß durch dieselbe eine bestehende, aber nicht vollzogene Ehe dem Bande nach gelöst wird Trid. sess. 24 cn. 6; Can. 1119; vgl. § 69 B.

VI. Staatliche Bestimmungen. In Deutschland und in der Schweiz gibt es kein hieher gehöriges Hindernis. — In Österreich lautete § 63 des AbGB. (vgl. § 94): „Ordenspersonen von beiden Geschlechtern, welche feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, können keine gültigen Eheverträge schließen“. In der tschechoslowakischen Republik ist das Hindernis seit 22. Mai 1919 beseitigt; sonst wird leichter dispensiert.

§ 40. Das Hindernis der Weihe. Ordo sacer.

I. Quellen: Cann. 1072; 132; 133; 188 n. 5; 211—14; 985 n. 3; 987 n. 2; 1043—45; 1058; 1114; 1130; 1993—98; 2176—81; 2388. — Für die Orientalen: die Konstitutionen Ben. XIV. „Etsi pastoralis“ d. 26. Maii 1742; — „Eo quamvis“ d. 4. Maii 1745; — „Anno vertente“ d. 19. Iun. 1750. — Die Konstitution Pius' X. „Ea semper“ d. 14. Ian. 1907 und die folgenden Dekrete der Prop.-Kongr. — „Handbuch“ I² 228 ff.

II. Begriff. Der gültige und freie Empfang einer höheren Weihe bildet in der abendländischen Kirche ein trennendes, in der morgenländischen wenigstens ein verbietendes, meist auch ein trennendes Ehehindernis Can. 1072.

Erklärung: 1) Die Weihe muß wirklich empfangen sein; eine ungültig empfangene Weihe, mochte sie auch freiwillig übernommen sein, bewirkt keine Zölibatsverpflichtung und darum auch kein trennendes Ehehindernis. — 2) Der Empfang einer höheren Weihe ist nicht frei, wenn entgegenstehen: a) Zwang Can. 103 § 1; b) mangelnder Vernunftgebrauch Can. 12 (vor dem 7. Lebensjahre); c) wesentlicher Irrtum Can. 104; d) schwere Furcht Can. 214; doch muß in diesen Fällen ein Prozeß geführt werden nach Maßgabe der Cann. 1993—98; „Handbuch“ I² 237 f. — In der morgenländischen Kirche herrscht nicht überall die gleiche Disziplin. Die vor den höheren Weihen Berehelichten können den rechtmäßigen und die Opferfeier berücksichtigenden Gebrauch der Ehe fortsetzen; gewisse Beschränkungen in Amerika werden nicht mehr betont; vgl. „Handbuch“ I 233; „Ehe-recht“ (3. A.) S. 136.

III. Natur. Das Zölibatsgesetz der Bischöfe und Priester ist „divinae ordinationis“, nicht „divini iuris“; darum ist wenigstens für Priester ein Aufhören der Verpflichtung in einem Einzelfall möglich, doch könnte die Kirche den Zölibat nicht vollständig aufheben. Demnach ist *Dispens* möglich: a) für Subdiakone und Diakone nach Cann. 1043 ff., sonst wird sie nur vom Apostolischen Stuhle erteilt. — b) Zwar stellt St. Alfonsus die Vollmacht des Apostolischen Stuhles, Priester zu dispensieren, in Abrede, allein dem widersprechen

die Tatsachen; denn in ganz außerordentlichen Fällen, wenn es sich um das Wohl eines ganzen Volkes handelt, hat der Apostolische Stuhl tatsächlich dispensiert, so bei der Rückkehr Englands zur katholischen Kirche unter Maria der Katholischen im Jahre 1554; so bei Ausöhnung Frankreichs nach der Revolution 1801. — c) Bischöfe wurden von Rom niemals dispensiert, aber auch der Orient kennt keine Dispense.

IV. Strafen. a) Alle Sünden gegen die Keuschheit sind auch Sakrilegien Can. 132; Inn. II. 1139 in c. 2 D 28; S. Alf.: Theol. mor.: De 6^o n. 455; Cann. 2357—59. — b) Auf den Versuch der Eheeingehung sind gesetzt: 1) Die Exkommunikation l. s., dem Apostolischen Stuhle reserviert, Can. 2388 § 1; s. oben § 39; 2) Die Irregularität gemäß Can. 985 n. 3; 3) Die Degradation f. s. Can. 2388.

V. Weihe der Berehelichten. Die höhere, freiwillig übernommene Weihe seitens eines Berehelichten macht den ferneren geschlechtlichen Umgang unerlaubt. Kinder, welche aus einem solchen Verkehr erzeugt wurden, gelten kirchenrechtlich als unehelich (illegitimi) Can. 1114. — Ein Ehemann kann sich die Weihen nur geben lassen auf Grund eines Apostolischen Dekretes. Entbehrt ein „Coniugatus“ dieser „Dispense“, so ist er von der Ausübung der höheren Weihen suspendiert Can. 132 § 3. Zu den Coniugati gehören aber nicht die Ehemänner, deren Ehe rechtmäßig geschieden ist durch den Tod, die feierliche Profess, durch päpstliche Dispense einer nichtvollzogenen Ehe, durch das paulinische Privileg, endlich auch durch die rechtskräftige Scheidung von Tisch und Bett; vgl. „Handbuch“ I² S. 190 f.

VI. Aufzeichnung. Der Empfang der Subdiaconatsweihe muß dem Pfarrer des Taufortes ungesäumt mitgeteilt werden zur Einzeichnung in das Taufregister Can. 470 § 2. Empfehlenswert ist es, daß auch die folgenden höheren Weihen eingetragen werden; denn die Pflicht des Zölibats wächst mit jeder Weihe. Selbstverständlich muß jede etwaige Dispense oder Ungültigkeitserklärung einer höheren Weihe eingetragen werden; vgl. Cann. 1043 ff.; 1993—98.

VII. Staatliche Bestimmungen wie beim Ordensstand § 39.

Verwandtschaftshindernisse.

Fünf Arten von Verwandtschaft kommen in Frage, welche eine Ehe ungültig machen können: 1. Blutsverwandtschaft; 2. Schwägerschaft; 3. öffentlicher Anstand; 4. geistliche Verwandtschaft; 5. gesetzliche Verwandtschaft.

§ 41. Die Blutsverwandtschaft. Consanguinitas.

I. Quellen: Cann. 1076; 96; 1042 ff.; 1990.

II. Begriff. Blutsverwandtschaft im Eherecht ist das Band des aus der Zeugung entspringenden gemeinsamen Blutes innerhalb bestimmter Grenzen.

Erläuterung: 1) Da alle Menschen „von einem“ (Apg 17, 26) abstammen, so folgt, daß alle Menschen desselben Blutes theilhaft und darum blutsverwandt sind. Diese Blutsverwandtschaft kann natürlich für den Eheabschluß nicht in Frage kommen; also müssen bestimmte Grenzen vorhanden sein, innerhalb welcher die Eheschließung unerlaubt und unmöglich ist. Diese Grenzen sind gezogen schon vom Naturrecht, dann vom Kirchenrecht des Alten und des Neuen Bundes. Auch die Staatsgesetzgebungen haben die Grenzen verschieden gezogen. — 2) Um diese Grenzen genau zu bezeichnen, bedient man sich verschiedener Ausdrücke: Stamm (stipes); Linie (linea) und Grad (gradus) Can. 96. — Die Art, die Grenzen zu bestimmen, nennt man die Zählweise (computatio).

a) Stamm, stipes, heißt jene Person, von welcher zwei oder mehrere in Frage kommende Personen das gemeinsame Blut bezogen haben: gemeinsame Stammeltern, gemeinsamer Stammvater, gemeinsame Stammutter Can. 96 § 2. Jakob und Lia waren für Ruben und Juda der gemeinsame Stamm; Jakob und Rachel für Joseph und Benjamin, Jakob allein für Ruben und Benjamin.

b) Linie (linea) gibt die Richtung oder das Verhältnis unter den fraglichen Personen an; das Verhältnis zwischen Erzeugern und Erzeugten ist gerade Linie; das Verhältnis der Erzeugten unter sich ist Seitenlinie; letztere kann gleich oder ungleich sein. Darum haben wir die linea recta, die linea obliqua sive transversa, und zwar aequalis et inaequalis. — Jakob und Phares sind verwandt in der geraden Linie (2. Grad). — Phares und Ephraim in der gleichen Seitenlinie (2. Grad); — Ephraim und Esron in der ungleichen Seitenlinie (3./2. Grad).

e) Grad (gradus) bedeutet den Maßstab der Entfernung einer Person vom Stamme. Can. 96 selbst gibt die Regeln hierfür an: 1) Die Grade werden gezählt nach den Zeugungen oder Zeugungsabständen. 2) In der geraden Linie sind so viele Grade als Zeugungen (Zeugungsabstände) oder als Personen mit Hineinrechnung des Stammes ibi § 2. — 3) In der Seitenlinie sind so viele Grade als Zeugungsabstände — oder als Zeugungen in einer, und zwar der längeren Linie ibi § 3. — Einige bbl. Beispiele sollen das Gesagte veranschaulichen: Der Patriarch Jakob zeugte den Juda; dieser den Phares; dieser den Esron. Jakob wiederum zeugte den Joseph; dieser den Manasse; dieser den Machir. Jakob und Esron sind zueinander verwandt in der geraden Linie; vier Personen kommen in Frage (Jakob, Juda, Phares, Esron); hancum steht Esron von Jakob im 3. Grade ab. Ebenso steht Machir von Jakob im 3. Grade ab. Esron und Machir selbst sind im 3. Grade der gleichen Seitenlinie blutsverwandt; Juda und Manasse sind im 2./1. Grade; Juda und Machir im 3./1. Grade blutsverwandt, da immer die entferntere Linie in Betracht kommt.

III. Hindernis. „In der geraden Linie der Blutsverwandtschaft ist die Ehe zwischen allen ehelichen und natürlichen Vorfahren und Nachkommen nichtig“ Can. 1076 § 1. — „In der Seitenlinie ist die Ehe nichtig bis zum dritten Grade einschließlic“ ibi § 2. — „Niemals darf die Ehe erlaubt werden, wenn ein Zweifel besteht, ob die beteiligten Personen in irgend einem Grad der geraden oder im ersten Grade der Seitenlinie verwandt sind“ ibi § 3.

Erläuterung: 1) Die Blutsverwandtschaft bildet ein natur- und göttlich-rechtliches trennendes Hindernis (Cann. 96 § 3; 1043; 1076 § 3; c. 8 De divort. IV 19) in der geraden Linie ohne Grenzen und in der Seitenlinie bis zum reinen ersten Grad (ausgeschlossen jede Mischung mit dem ersten Grad). Enkel und Nichte können sich also nach dem Naturrecht ehelichen, freilich empfiehlt sich eine solche Ehe auch vom natürlichen Standpunkt niemals. — 2) In den Graden $3/3$, $3/2$, $3/1$; $2/2$, $2/1$ der Seitenlinie haben wir nur ein rein kirchenrechtliches Hindernis. — 3) Ob der Stamm einfach ist oder doppelt; ob die Zeugung eine eheliche ist oder eine natürliche, tut in der Beurteilung der Blutsverwandtschaft nichts zur Sache. — 4) Die Blutsverwandtschaft kann einfach und mehrfach sein. Mehrfach ist sie nur dann, „wenn der gemeinsame Stamm vermehrt wird“, d. h. wenn zwei in Frage kommende Personen zwei oder mehrere gemeinsame Stämme haben Can. 1076 § 2. — 5) Dispense ist nur möglich in der Seitenlinie, und zwar nur

im 3./3., 3./2., 3./1.; 2./2. und 2./1. einfachen oder mehrfachen Grade Can. 1043. Der 2./2. und 2./1. Grad ist ein höherer Can. 1042 § 3, die übrigen niedere ibi § 2. Ein anderes Aufhören als durch Dispense ist undenkbar. — 6) Die Einschränkung der Blutsverwandtschaft auf weniger als drei Grade empfiehlt sich nicht aus gesundheitlichen, sittlichen und gesellschaftlichen Gründen. — 7) Neubefehrte, die im Zweifel darüber, welche von ihren Frauen die erste war, können von diesen eine beliebige, gleichfalls getaufte wählen, wenn sie auch im 3. Grade blutsverwandt sind Can. 1125; Pauli III Const. „Altitudo“ d. 1. Ian. 1587.

Die gesundheitlichen Gründe faßt das Volkssprichwort zusammen in den Vers: „Heirat ins Blut tut niemals gut; Sterben, verderben, keine Erben!“ — Der vertraute Verkehr unter Blutsverwandten würde bei der Möglichkeit der Verheiratung der Ausschweifung Tür und Tor öffnen (sittlicher Grund). — Für Verwandtenehen gilt der gesellschaftliche Grund: „Im engen Kreis verengert sich der Sinn“, während Heiraten unter Fremden den Gesicht- und Freundeskreis erweitert.

IV. Namen. A) Gerade Linie: 1) Vorfahren (ascendentes); a) 1. Grad Vater (pater); Mutter (mater); Eltern (genitores, parentes). b) 2. Grad Großvater (avus), Großmutter (avia). c) 3. Grad Urgroßvater (proavus), Urgroßmutter (proavia). — 2. Nachkommen (descendentes): a) 1. Grad Sohn (filius); Tochter (filia), Kinder (liberi). b) 2. Grad Enkel (nepos), Enkelin (neptis); 3. Grad Urenkel (pronepos), Urenkelin (proneptis).

B) Seitenlinie: 1) In deutscher Sprache: 1. Grad Geschwister, Bruder, Schwester; 2. Grad Geschwisterkinder, 3. Grad Geschwisterenkel, andere Geschwisterkinder. — 2./1. (aufsteigend) Grad Onkel, Oheim; Tante, Muhme; 3./1. Grad Großonkel, Großtante usw. — 2./1. Grad (absteigend) Nefte, Nichte; 3./1. Grad Großneffe, Großnichte. — 2) In lateinischer Sprache: 1. Grad frater, soror; 2. Grad patruus (Kinder des väterlichen Onkels); amitini bzw. amitinae (Kinder der väterlichen Tante); — consobrini bzw. consobrinae (Kinder des mütterlichen Onkels oder der mütterlichen Tante); — 3. Grad propatruus, proamitini (ae); sobrini (ae). — Patruus ist Vaters Bruder; avunculus ist der Mutter Bruder; amita ist des Vaters Schwester; matertera ist der Mutter Schwester; nepos ist Nefte; neptis ist Nichte. Der 3./1. Grad wird durch Beifügung von „magnus“ gebildet, z. B. avunculus magnus ist mütterlicher Großonkel; neptis magna ist Großnichte.

3) Haben die Geschwister die beiden Eltern gemeinsam, so nennt man sie vollbürtige Geschwister (fratres germani, sorores germanae); haben sie aber nur einen Elternteil gemeinsam, so heißen sie Halbgeschwister oder „Stiefgeschwister“. Haben Geschwister den Vater gemeinsam, so nennt man sie fratres consanguinei, bei gemeinsamer Mutter fratres uterini, bzw. sorores consanguineae oder uterinae.

V. Altes Recht. Vor dem 19. Mai 1918 bestand das gleiche Recht wie jetzt mit folgenden zwei Ausnahmen: a) in der Seitenlinie reichte das trennende Hindernis der Blutsverwandtschaft bis zum vierten Grad; vor dem 4. Laterankonzil (1215) bis zum 7. Grad einschließlich. — b) Die Blutsverwandtschaft vermehrte sich auch dann, wenn man auf verschiedenen Wegen zum gemeinsamen Stamm gelangen konnte. — Adolf will die Berta ehelichen. Beide sind Urenkel des Christian, aber so, daß nur Adolfs Vater ein Enkel des Christian war, während bei Berta sowohl der Vater als auch die Mutter von Christian stammten, da sie mit Dispense im zweiten Grade der gleichen Seitenlinie der Blutsverwandtschaft sich geehlicht hatten. Jetzt haben wir den einfachen dritten Grad; früher dagegen war der doppelte dritte Grad vorhanden.

VI. Staatliche Bestimmungen. A. Deutschland. Wichtig ist die Ehe zwischen Verwandten der geraden Linie und zwischen voll- und halbbürtigen Geschwistern BGB. §§ 1310 I und 1327, auch bei außerehelicher Zeugung § 1310 III. — B. Österreich. Hier gilt das kanonische Recht bis zum zweiten Grad einschließlich ABGB. § 65. — C. Schweiz. Nach Zivilgesetzbuch Art. 100 Z. 1 und Art. 120 Z. 3 gilt das deutsche Recht, jedoch mit Ausdehnung der Richtigkeit auf den 2./1. Grad der Seitenlinie.

§ 42. Die Schwägerschaft.

Quellen: A. Neues Recht: Cann. 97; 1077; 1076 § 3; 1042 § 2 n. 2; 1043—45; 1974; 1990 und 1613; — 1520 § 2; 1540; 1755 § 2 n. 2; 2027 § 1; 2293 § 4. — B. Altes Recht: C. 32 q. 7. — Tit. De eo qui cognovit (IV 13). — Trid. sess. 24 c. 4 d. r. matr.

I. Neues Recht. 1) Begriff. Die Schwägerschaft ist jenes Verwandtschaftsband, welches aus einer gültigen christlichen Ehe entspringt Can. 97 § 1 und jede Ehe trennt zwischen dem Ehemann und den Blutsverwandten der Ehefrau ohne Grenzen in der geraden, bis zum 2. Grade einschließlich in der Seitenlinie und umgekehrt Can. 1077 § 1. Der Grad der Schwägerschaft bemißt sich nach dem Grade der einschlägigen Blutsverwandtschaft Can. 97 § 3.

1) Grundlage der Schwägerschaft ist jede gültige Ehe der Getauften, ob diese vollzogen oder nicht vollzogen, ob sie aufgelöst oder nicht aufgelöst ist. Moosf will nach der bürgerlichen Scheidung seiner Ehe mit Berta deren Vase Lisa heiraten. Er kann es vor Gott und der Kirche nicht, da ihm das Hindernis des Ehebandes und jenes der Schwägerschaft im 2. Grade der gleichen Seitenlinie entgegensteht (Berta und Lisa sind blutsverwandt im 2. Gr. der gl. SL.).

2) Nur der Ehemann wird verschwägert, nicht seine Blutsverwandten oder Verschwägerten; ebenso nur die Ehefrau. Er tritt durch die Ehe in das Gebiet der Blutsverwandten seiner Frau ein (*ad fines consanguinitatis accedit*), und die Ehefrau in den Bereich der Blutsverwandten ihres Mannes. Die beiden Eheleute selbst werden nicht verschwägert.

3) Die Berechnung ist sehr einfach. Der Grad der Blutsverwandtschaft zwischen der Ehefrau und der neuen Außerforenen bestimmt den Grad der Schwägerschaft zwischen dem Ehemann und dieser letzteren (und umgekehrt). Franz will nach dem Tode seiner Frau Apollonia deren außereheliche Tochter Mina ehelichen. Apollonia und Mina sind im 1. Grade der geraden Linie blutsverwandt, also ist Franz im 1. Grade der geraden Linie mit Mina verschwägert.

Namen der Verschwägerten. Heiraten die Vorfahren, so entsteht das Stiefverhältnis; verhehlichen sich aber die Nachkommen, so haben wir das Schwiegerverhältnis. Nehmen wir noch die Seitenlinie hinzu, so ergibt sich eine Dreiteilung. 1) Stiefvater (*vitricus*) heißt der neue Gatte der Mutter. Stiefmutter (*noverca*) ist die neue Ehefrau des Vaters. Stiefkinder (*privigni, privignae*) nennt der neue Gatte die mitgebrachten Kinder des anderen Gatten. Die weiteren Grade werden durch Beifügung von „groß“ oder „*magnus(a)*“ gekennzeichnet oder wörtlich umschrieben. — 2) Schwiegervater (*socer*) = der leibliche Vater des Ehemannes oder der Ehefrau; Schwiegermutter = die leibliche Mutter des Gatten. Schwiegersohn (*gener*) = der Ehemann der Tochter; Schwiebertochter (*nurus*) = die Ehefrau des Sohnes. Die weiteren Grade werden gebildet durch Beifügungen von „groß“, „*magnus(a)*“. — 3) Schwager heißt im Deutschen nicht nur der Mann der Schwester (*sororius*), sondern auch der Bruder der Ehefrau oder des Ehemannes (*levir*). Ebenso bedeutet Schwägerin nicht nur die Ehefrau des Bruders (*fratria*), sondern auch die Schwester des Ehemannes oder der Ehefrau (*glos*).

2) Einteilung. Nach dem neuen Rechte gibt es nur eine Einteilung: Die Schwägerschaft kann sein eine e i n f a c h e oder m e h r f a c h e. Mehrfach ist die Schwägerschaft: a) sooft die fragliche Blutsverwandtschaft eine mehrfache ist; b) sooft die Grundlage, nämlich die Verhehlichung mit einer blutsverwandten Person des n e u e n Brautteils, vermehrt wurde Can. 1077 § 2.

Der Text des Can. 1077 § 2 n. 2 lautet: „*Iterato successive matrimonio cum consanguineo coniugis defuncti*“. Hier muß der

Text offenbar lauten: „I. s. m. cum consanguineo personae ducenda e“; denn bei einer neuen Berehelichung kommt es nicht auf die Blutsverwandten des † Teils an, sondern auf jene der zu ehelichenden Person. Titus und Berta schließen mitsamen eine Ehe. Titus bringt aus 1. Ehe die Margareta, Berta aus ihrer 1. Ehe die Anna mit in die Ehe. Aus der Ehe selbst stammt die Lucia. Friedrich heiratet nun zuerst die Margareta, nach deren Tode mit Dispens die Lucia. Als diese wieder mit Tod abgeht, will er die Anna heimführen. Er braucht nur Dispens vom einfachen S. der Schwägerschaft im 1. Gr. der Seitenlinie, da ja Anna nur mit Lucia blutsverwandt ist, nicht mit Marga. Freilich hätte Fr. zuerst die Marga, dann die Anna geheiratet, so bedürfte er zur Ehe mit Lucia der Dispens vom doppelten S. der Schwägerschaft. — Ein Witwer, der die A, eine Schwester seiner Frau heiratet, bedarf der Dispense von der Schwägerschaft 1. Gr. Seitenlinie; ebenso bedarf diese A der gleichen Dispense, wenn sie mit dem † Bruder ihres jetzigen „Bräutigams“ verheiratet war. Hier treffen zwei Schwägerschaften in einem Falle zusammen.

3) **Natur.** Die Schwägerschaft gehört der ganzen Ausdehnung nach dem reinen Kirchenrecht (nicht dem göttlichen Rechte) an. Darum fallen die Ungetauften nicht unter die Verpflichtung des Hindernisses Can. 12. Dispense kann in allen Graden gegeben werden, pflegt jedoch für die Schwägerschaft der geraden Linie nicht gegeben zu werden, wenn sie aus vollzogener Ehe stammt Can. 1043. Niemals wurde öffentliche Dispense gegeben im 1. Grade der geraden Linie, vgl. S. Poen. d. 2. Dec. 1911 in Hagulstaden. (Zeitner: Eherecht³ S. 160). Noch am 27. Okt. 1913 erklärte die SCSacr.: „S. Sedes super impedimento de quo in precibus, minime dispensat“ (De Smet A³ II p. 128). Die Praxis hat sich milder gestaltet. — Das Hindernis der Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie ist ein Hindernis geringeren Grades Can. 1042 § 2 n. 2.

Friedrich heiratete die Sibylla, welche das außereheliche Kind Nemesia mit in die Ehe brachte. Nach dem Tode der Sibylla schloß er mit Nemesia die bürgerliche Ehe, woraus zwei Kinder entsprossen. Nach zehn Jahren sucht er Ausöhnung mit der Kirche durch die Bitte um Dispense. — Die Ehe zwischen Friedrich und Sibylla war gültig. War sie unvollzogen, so ist Dispense möglich, sowohl vom Apostolischen Stuhl als nach Can. 1043—45. War sie aber vollzogen, so schließt Can. 1043 die Dispense für Schwägerschaft der geraden Linie stets aus. Der Apostolische Stuhl hat aber am 2. Dezember 1911 Dispense erteilt, da die Umstände besonders günstig waren (Schwägerschaft geheim, Zivil-ehe geschlossen, zwei Kinder vorhanden; die Vaterschaft des Friedrich sicher ausgeschlossen).

II. Altes Recht. Die Schwägerschaft entstand aus dem vollständigen Geschlechtsverkehr (copula perfecta carnalis) zwischen einem der Verkehrenden und den Blutsverwandten des andern. War der Verkehr ein erlaubter, so trennte die Schwägerschaft in der geraden Linie ohne Grenzen und in der Seitenlinie bis zum 4. Grade. War der Geschlechtsverkehr ein unerlaubter („ex fornicatione“), so galt das Hindernis in beiden Linien bis zum 2. Grade einschließlicly.

Der Geschlechtsverkehr galt als ein erlaubter, wenn er in einer rechtmäßigen oder in einer Putativehe stattfand, die man allgemein als rechtmäßig ansah. — Der Geschlechtsverkehr galt als ein unerlaubter: a) in einem rein natürlichen Verhältnisse; b) in einer bloßen Zivilehe; c) in einer Scheinehe, welche allgemein als ungültig galt. — Sonst war die Ausdehnung theoretisch zweifelhaft, praktisch nur bis zum 2. Grade reichend.

III. Staatliches Recht. A. Deutschland. 1) Nichtig ist eine Ehe, geschlossen zwischen Verschwägerten (aus der gültigen Ehe) in der geraden Linie. BGB. §§ 1310 I; 1327; 1590. Hier gibt es keine Dispense. — 2) Verboten ist eine Ehe Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern und Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat BGB. § 1310 III. (Der Standesbeamte muß letzterem aufschiebenden Hindernisse nur dann nachforschen, wenn der Geschlechtsverkehr notorisch ist oder dem Standesbeamten angezeigt wurde).

B. Österreich. Das österreichische Recht anerkennt die Schwägerschaft bis zum 2. Grad kanonischer Zählweise einschließlicly als vernichtendes öffentlich rechtliches Ehehindernis; ABGB. §§ 66, 40, 41; das tschechoslowakische Recht bis zum 1. Grad der Seitenlinie. Ges. vom 22. Mai 1919. Grundlage ist die gültige Ehe. Ausgeschlossen ist die Dispense zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, nicht ganz aussichtslos zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern.

C. Schweiz. Nichtig ist eine Ehe, wenn die Eheschließung wegen Schwägerschaft unter den Ehegatten verboten ist Art. 120 B. 3 des Zivilgesetzbuches (1. Jan. 1912). Schwägerschaft besteht zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern, Stiefeltern und Stiefkindern Art. 100 B. 2.

§ 43. Das Hindernis des öffentlichen Anstandes.

Publica honestas.

Quellen: Cann. 1078; 1042 § 2 n. 3; 1076 n. 3; 1990.

I. Neues Recht. 1) Das Hindernis des öffentlichen Anstandes gleicht zwar jenem der Schwägerschaft, weicht aber von demselben ab in der Grundlage und Ausdehnung. Dieses Hindernis entsteht a) aus jeder ungültigen Ehe, ob vollzogen oder nicht; b) aus einem öffentlichen oder notorischen Konkubinate. — Der öffentliche Anstand bildet ein trennendes Ehehindernis nur in der geraden Linie und hier nur im 2. und 1. Grade Can. 1078.

1) Früher nannte man das Hindernis auch „quasi-affinitas“, „nachgebildete Schwägerschaft“ wegen der Ähnlichkeit mit der Schwägerschaft. Der „öffentliche Anstand“ verlangt, daß man jene nicht eheliche, mit deren nächsten Verwandten man nähere Beziehungen gepflogen hatte. — 2) Der Begriff „ungültige Ehe“ (*matrimonium invalidum*) bedeutet jede ungültige Ehe, mag der Konsens, die Form oder Rechtsfähigkeit der Person gefehlt haben. — 3) Der „Konkubinat“, d. h. die dauernde Geschlechtsverbindung ohne Ehemillen, veranlaßt das Hindernis, einmal wenn er notorisch ist, also wenn er durch die Offenkundigkeit der Tatsache, durch Selbstbekenntnis oder Richterspruch jeder Verheimlichung unzugänglich wurde Can. 2197 nn. 2 et 3, oder wenn er „öffentlich“ ist. „*Concubinatus publicus*“ kann keineswegs den öffentlichen Konkubinat im gewöhnlichen Sinne bedeuten; denn bedeutete der lateinische Ausdruck das, so wäre der weitere Ausdruck „notorius“ überflüssig. Darum legen manche das Wort „*concubinatus publicus*“ von der ungültigen Zivilehe aus, so Gölle E.: „Das Eherecht im neuen kirchlichen Gesetzbuche“¹ S. 59, und die kurze „Augsburger Erklärung des Kodex“ (1918) S. 3. Freilich steht dieser Erklärung der Umstand entgegen, daß der Kodex die ungültige Zivilehe nicht als „*concubinatus publicus*“ zu bezeichnen pflegt (Cann. 1075 n. 1; 1139 § 1; 2888 § 1), wie die Päpste Pius IX. („*turpis atque exitialis concubinatus*“) und Leo XIII. („*legalis concubinatus*“) es taten; vgl. Sinner u. Johanneß: „Grundriß des Eherechts nach dem CIC“ (1919) S. 44 ff. Vielleicht läßt sich das Wort „*concubinatus publicus*“ von der Zivilehe zweier Katholiken und seit dem 19. Mai 1918 einer jeden katholischen Person erklären (Can. 1099), da die Kirche hiebei das Fehlen des Ehekonsenses präsümiert, den sie bei akatholischen Ehen annimmt, S. Off. 2. Jul. 1892 in Colonien. (AAS. 11, 361); Rota Romana in Argentinien. d. 18. Nov. 1918 et in aliis (AAS. 11, 358—363, spec. 359). — 4) Daraus ergibt sich die Regel: Aus jeder ungültigen Zivilehe entsteht das Hindernis des öffentlichen Anstandes: war Konsens vorhanden, wegen ungültiger Ehe; fehlte er, wegen *concubinatus publicus*. — 5) Ungültig ist die Ehe zwischen einem Manne und der Mutter oder Großmutter, dann der Tochter oder Enkelin jener Frau, mit welcher der Mann in ungültiger Ehe oder im Konkubinate (wie oben) lebte, und umgekehrt.

2) Aufhören des Hindernisses. Das Hindernis des öffentlichen Anstandes gehört seiner ganzen Ausdehnung nach dem reinen Kirchenrechte an; Ungetaufte sind ihm nicht unterworfen Can. 12; Dispense ist darum immer möglich Cann. 1043—45. Der 2. Grad gehört zu den Hindernissen niederen, der 1. Grad zu jenen höheren Grades Can. 1042 § 2 n. 3 und § 3. — Das Hindernis hört demnach auf: a) durch Dispense; b) durch Abschluß einer gültigen Ehe seitens der ungültig Berehelichten oder im Konkubinate Lebenden.

1) Dispense ist von der publica honesta (Can. 1078) immer möglich, (man beachte aber das betr. Staatsgesetz) jedoch nicht von der *Blutswerverwandtschaft* des Can. 1076 § 3. Wenn ein Mann die Tochter bzw. Enkelin seiner vermeintlichen Ehefrau oder seiner Konkubine heiraten will, muß die Tochter dieser Frauensperson schon vor dem Verkehr geboren gewesen sein. Hätte die Geburt der „Braut“ erst nach dem Verkehr mit deren Mutter stattgefunden, so gäbe der Apostolische Stuhl Dispense nur dann, wenn der „Bräutigam“ unmöglich der Vater der „Braut“ sein konnte. — 2) Schließen vermeintliche Eheleute oder Konkubinarier eine gültige Ehe, so entsteht daraus die Schwägerschaft Can. 97 § 1, welche das Hindernis des „öffentlichen Anstandes“ in sich aufnimmt Ben. XIV. l. 9 c. 13 n. 4. Freilich halten nach dem neuen Rechte manche Kanonisten an dem Fortbestand des Hindernisses der publica honestas fest, wie Linneborn³ S. 251; P. Thimotheus Dr. Schäfer O. Cap.: „Das Eherecht nach dem CIC“⁷ S. 151, ohne ihre Ansicht als gewiß darzustellen; darum gilt Can. 15: das Hindernis des öffentlichen Anstandes gilt praktisch nicht mehr.

II. Altes Recht. Das Hindernis des öffentlichen Anstandes entsprang in alter Zeit aus den sponsalia, d. i. aus dem Konsens, der die Ehe zum Gegenstande hatte, und trennte die Ehe in der Seitenlinie bis zum 4. Grade einschließlich (seit 1215). Das Trienter Konzil schränkte es in sess. 24 c. 3 d. r. matr. auf einen Grad ein, vorausgesetzt, daß die sponsalia gültig waren. Indes Papst Pius V. erklärte am 1. Juli 1568 die Einschränkung als maßgebend nur für die sponsalia de futuro (Verlobung). So gab es nun seit 1568 bis 19. Mai 1918 eine doppelte Quelle des Hindernisses: a) die gültige Verlobung, trennend bis zum 1. Grad beider Linien; b) die Vermählung, trennend bis zum 4. Grad, mochte sie gültig oder ungültig sein, wenn nur der Ehekonsens vorhanden war. Aus der bloßen „Zivilehe“ ging gar kein Hindernis des öffentlichen Anstandes hervor. Dekret der Kongregation 13. (17.) März 1879. — Das Parti-

kularrecht von Spanien und dem lateinischen Amerika sowie vom 19. April 1908 an das Dekret *Ne temere* brachten eine bedeutende Einschränkung der Verlobungsgültigkeit.

III. **Staatsrechtliche Normen** für kirchlich ungültige, bürgerlich gültige Ehen wie beim Hindernis der *Sch w ä g e r s c h a f t*.

§ 44. Geistliche Verwandtschaft.

Cognatio spiritualis.

I. **Quellen:** Cann. 1079; 768; 762—69; 793—97; 1042 § 2 n. 4; 1990; CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 IV n. 8.

II. **Das neue Hindernis der geistlichen Verwandtschaft** entsteht aus der gültig gespendeten *T a u f e* und trennt die Ehe zwischen dem Taufenden und dem Täufling und zwischen dem Taufpaten und dem Taufpatenkind Cann. 1079; 768, näheres oben S. 55.

III. **Natur und Aufhören.** Das Hindernis beruht nur auf dem Kirchenrechte; darum werden *U n g e t a u f t e* davon nicht betroffen. Eine Dispense ist überall möglich und wird gegeben Cann. 1043—45; die geistliche Verwandtschaft gehört ja zu den Hindernissen niederen Grades Can. 1042 § 2 n. 4. Bei Anklagen genügt das summarische Verfahren Can. 1990. Die ü b r i g e n Wirkungen der geistlichen Verwandtschaft bleiben wie bisher CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 IV n. 8 (AAS. 10. 346).

IV. **Altes Recht** (bis 19. Mai 1918). Die geistliche Verwandtschaft trat ein und damit das trennende Ehehindernis der geistlichen Verwandtschaft: 1) zwischen dem Spender des Tauf- oder Firm sakramentes einerseits, dem Empfänger und dessen leiblichen Eltern anderseits; 2) zwischen dem Paten einerseits und dem Patenkinde und dessen leiblichen Eltern anderseits bei einem der genannten heiligen Sakramente. Anschaulich ist das lateinische Merkwort:

Inter baptizantem,	baptizatum	baptizatique	parentes;
„ levantem,	levatum	levatique	„
„ confirmantem,	confirmatum	confirmatique	„
„ tenentem,	tentum	tentique	„

Bei der *S p e n d u n g* der beiden Sakramente war und ist notwendig: a) das wirkliche Zustandekommen des be-

treffenden Sakramentes; b) das Getauftsein des Sponsors und der Eltern des Empfängers. — Bei der **Taufpatenschaft** waren die Erfordernisse folgende: a) das **Getauftsein** des Paten und der Eltern; b) der **Wille** Pate zu sein; c) die **Setzung** des **äußeren Zeichens**; d) das **Bezeichnetsein** (ausdrücklich oder stillschweigend); e) das **wirkliche Zustandekommen** des Sakramentes. Bei **Firmpatenschaft** galten dieselben Voraussetzungen, nur mußte der Firmpate auch noch **gefirmt** sein.

V. Die staatliche Gesetzgebung kennt kein Ehehindernis der geistlichen Verwandtschaft.

§ 45. Die gesetzliche Verwandtschaft. Cognatio legalis.

I. **Quellen:** Cann. 1080; 1059. — Die alten Quellen finden sich in den Belegstellen zum **Kodex** und bei **Leitner: Eherecht**³ S. 174.

II. **Das Hindernis.** „Wer nach dem Staatsgesetze wegen der aus Annahme an Kindes Statt entspringenden gesetzlichen Verwandtschaft zur Eheschließung für **unfähig** gilt, der kann auch kraft des Kirchenrechts eine Ehe nicht gültig abschließen“ Can. 1080. Ist jedoch der bürgerliche Akt nur **unerlaubt**, so ist auch die kirchliche Ehe nur unerlaubt Can. 1059.

1. In **Deutschland** besteht ein **auffhebendes** Hindernis zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen, sowie dessen Abkömmlingen, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht **BGB. § 1311**. Wird eine bürgerliche Ehe trotz des Verbotes des § 1311 geschlossen, so tritt die Aufhebung des Adoptivverhältnisses sofort ein **BGB. § 1771 I**. — Wenn darum in Deutschland der Priester den Standesamtschein „über die bürgerliche Eheschließung“ in Händen hat, so weiß er, daß das aufschiebende Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft **verschwunden** ist. Nur wenn „ein Geistlicher oder Religionsdiener im Falle einer lebensgefährlichen Erkrankung eines der Verlobten zu den religiösen Feierlichkeiten der Eheschließung“ **ohne standesamtliche Beschleunigung** der **Trauung** schreitet (**EG. Art. 46 III**), könnte das staatsrechtliche

und darum auch das kirchenrechtliche (Can. 1059) Hindernis der Adoption vorliegen, welches letzteres der trauende Geistliche durch Dispense beseitigen kann Cann. 1043—44.

2) „Das österreichische bürgerliche Recht legt der Annahme an Kindes Statt keine ehehindernde Wirkung bei“, Rud. v. Scherer: *RR.* § 118 S. 327—28; Seidl Karl: *Matrifenführung*³ S. 175; vgl. *AbWB.* §§ 179—186. Also besteht in Österreich auch kein kirchenrechtliches Hindernis.

3) Das Schweizer Recht gleicht dem des Deutschen Reiches; nur kennt es auch eine gesetzliche Schwägerschaft, also ein zeitweiliges aufschiebendes Hindernis nicht nur zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen und seinen Abkömmlingen, sondern auch zwischen dem Gatten des Annehmenden und dem Angenommenen, „Zivilgesetzbuch“ Art. 100 III; 129.

III. Das alte Recht vor dem 19. Mai 1918 kannte ein trennendes kirchliches Ehehindernis dann, wenn die Adoption in einem Lande der *adrogatio* oder der *adoptio personae cognatae* des Römischen Rechtes gleichkam; es gab dann eine *paternitas*, *fraternitas*, *affinitas legalis*; vgl. z. B. die „Anweisung für geistliche Gerichte“ in Österreich § 28 (Seidl S. 174).

§ 46. Das Hindernis des Verbrechens. Crimen.

I. Quellen: Cann. 1075; 1036 § 3; 1012 § 2 n. 5 et § 3; 1013; 1053. — Dieses Hindernis ist seit Gregor IX. (1227—34) fast das gleiche geblieben.

II. Begriff. Das Hindernis des Verbrechens hat seine Grundlage in einer verbrecherischen Handlung (Ehebruch, Eheversprechen, Gattenmord), deren Spitze sich gegen eine bestehende Ehe richtet. Der Roder drückt das Hindernis im Can. 1075 also aus: „Gültig können die Ehe nicht schließen:

1) Personen, welche zur Zeit einer und derselben rechtmäßigen Ehe einen Ehebruch mitfammen vollbrachten und sich gegenseitig das Versprechen der künftigen Ehe gaben oder die Ehe selbst, wenn auch nur durch den bürgerlichen Akt, einzugehen unternahmen;

2) Personen, welche ebenso zur Zeit einer und derselben rechtmäßigen Ehe, einen Ehebruch mitfammen vollbrachten und von denen die eine den Gatten tötete;

3) Personen, welche mit gegenseitiger physischer oder moralischer Beteiligung, auch ohne Ehebruch, einem Ehegatten den Tod antaten."

Erklärung einiger Ausdrücke des Can. 1075 „*Legitimum matrimonium*“ bedeutet jede rechtmäßige Ehe (oben S. 180). — In den Worten „*coniugicidium patravit* (n. 2), *mortem coniugi intulerunt*“ (n. 3) sind nur Tatsachen ausgedrückt, keineswegs aber Absichten, also nicht die Absicht, sich den Weg zur neuen Ehe zu bereiten. Nach diesen allgemeinen Bemerkungen legen wir der größeren Klarheit wegen die vier einzelnen Fälle vor, wenn auch der Roder die beiden ersten zusammenfaßt.

I. Vollendeter Ehebruch mit gegenseitigem Versprechen einer künftigen Ehe. — *Adulterium consummatum cum fide mutua matrimonii ineundi*. Can. 1075 n. 1.

a) Weder Ehebruch allein noch Eheversprechen allein genügen. — b) Der Ehebruch ist vollendet α) wenn der volle Geschlechtsverkehr (*copula perfecta carnalis*) vorliegt, β) wenn wenigstens der eine Teil in einer gültigen Ehe (*matrimonium legitimum*) lebt; γ) wenn beide Teile den Geschlechtsverkehr als wirklichen Ehebruch ansehen (was z. B. bei geschiedenen Katholiken nicht immer zutrifft). — c) Das Eheversprechen muß ernst und gegenseitig (*sicdem sibi mutuo dederunt*) sein; freilich braucht es nicht schriftlich zu sein, wie die Verlobung. — d) Beide Verbrechen (Ehebruch und Eheversprechen) müssen sich gegen ein und dieselbe Ehe richten. — e) Nur wenn das Eheversprechen vor dem Ehebruch widerrufen wurde, so bewirkt es das Ehehindernis nicht.

II. Vollendeter Ehebruch mit versuchter Eingehung einer neuen Ehe. — *Adulterium consummatum cum matrimonio attentato* Can. 1075 n. 1.

a) „Vollendeter Ehebruch“ wie oben unter I. — b) „Versuchte Eheeingehung“ bedeutet nicht etwa bloß eine geplante Eheschließung, sondern eine wirkliche, der jedoch der Erfolg versagt blieb wegen des entgegenstehenden Hindernisses des Ehebandes und vielleicht anderer, z. B. Blutsverwandtschaft. Fehlte es aber an dem ehelichen Konsens, auch nur auf einer Seite, dann ist das Hindernis nicht gegeben, S. C. de Prop. Fid. d. 14. Jan. 1844 (Leitner, „*Eherecht*“³ S. 178); denn wenn schon beim Versprechen eine „*fides mutua*“ vorhanden sein muß, um so mehr dann bei der Ehe. Der Versuch der Ehe auch durch Ziviltreuung genügt Can. 1075 n. 1. — c) Die Beziehung zwischen Ehebruch und Eheattentat wie unter I.

III. Vollendeter Ehebruch mit Gattenmord, ins Werk gesetzt wenigstens von einem Teile. — *Adulterium cum coniugicidio ab alterutro patrato* Can. 1075 n. 2.

a) „Vollendeter Ehebruch“ wie oben I. — b) „Gattenmord“ setzt den Tod voraus. Wird der Mord beabsichtigt und versucht, aber ohne Erfolg, so tritt das Hindernis nicht ein. — c) „Wenigstens ein Teil“ muß den Gattenmord „ins Werk setzen“ als physische (z. B. Vergiftung) oder moralische (Befehl, Rat, wirksame Bitten) Ursache; ein späteres Gutheißens genügt nicht. — d) Beide Verbrechen müssen sich gegen ein und dieselbe Ehe richten. Der Ehebruch muß natürlich vor den Tod des unschuldigen Gatten stattfinden; doch kann derselbe der Todesveranlassung vorangehen oder folgen. — e) Ein Mitwissen des anderen Ehebrechers am Morde ist nicht gefordert. Auch verlangt der Text des Can. 1075 n. 2 nicht die Absicht beim Gattenmord, sich den Weg zu der neuen Ehe zu bahnen; anders das bisherige Recht („machinari“ und SCC. d. 28. Sept. 1726 in Ulixbonen, in den Anmerkungen des Roder nicht erwähnt); cfr. Blat Albertus O. Pr.: *Commentarium* III p. 596; Eichmann Ed.: *RR* (1923) 338f. — f) Tötet eine Person den Gatten des andern Teils, so begeht er „Gattenmord“ nur hier in der überlieferten Bedeutung Can. 6 n. 3, nicht im Sinne des Strafrechts.

IV. Gattenmord, vollführt auf beiderseitiges Betreiben. — *Coniugicidium mutua utriusque opera* Can. 1075 n. 3.

Der Unterschied von III besteht darin, a) daß beide Teile am Gattenmord beteiligt sein müssen; b) daß der Ehebruch nicht gefordert ist.

Das Hindernis des Verbrechens tritt immer ein, wenn nur die Voraussetzungen gegeben sind; darum entschuldigt Unkenntnis der Tatsachen (*ignorantia facti*), also die Unkenntnis, daß die Person, mit welcher der Geschlechtsverkehr stattfand oder die ermordet wurde, verheiratet ist (*adulterium, coniugicidium*); aber niemals entschuldigt Unkenntnis des Rechtes (*i. iuris*), hier des Hindernisses; „*ignorantia facti, non iuris, excusat*“ reg. 13 in 6^o; Can. 16 § 1; vgl. Leitner M.: *Eherecht*³ S. 179 f.

Eine Vervielfältigung des Hindernisses kann in verschiedener Weise eintreten, so daß oft zwei oder drei Arten des Hindernisses in einem Falle sich vereinigt finden. Ob nun aus dieser Kombination der Arten jedesmal mehrere Hindernisse entstehen oder ob dasselbe Hindernis in einer anderen Gestalt erscheint, das hat der Apostolische Stuhl nicht entschieden. Es ist notwendig und genügt, daß die Tatsachen

genau angegeben werden S. Off. d. 22. (24.) Febr. 1899 ad 1. Wenn eine Ehefrau mit ihrem Knechte nach gegenseitigem Eheversprechen die Ehe bricht, dann den Knecht veranlaßt, den Ehemann aus dem Wege zu räumen, was dieser ausführt, so haben wir Fall I und IV kombiniert.

III. Natur und Dispensmöglichkeit. Obwohl auch dieses Hindernis seine Grundlage im Naturrechte hat c. 1 De conversione inf. (III 33), so gehört es doch in seiner ganzen Ausdehnung dem reinen Kirchenrechte an. Die *Ungetauften* sind demnach von demselben nicht getroffen Can. 12; auch nicht, wenn sie erst als Getaufte zur zweiten Ehe schreiten Cann. 12 und 10, wenn nur das grundlegende Verbrechen vor der Taufe geschah, auch nur zum Teil S. C. de Pr. F. d. 23. Aug. 1852. — Ist dagegen ein Teil christlich, der andere ungetauft, so genügt für das Eintreten des Hindernisses, daß der christliche Teil für seine Person die Erfordernisse setzt. Bei der dritten Art des Verbrechens (*adulterium cum coniugicidio*) muß der christliche Teil den Gattenmord ins Werk gesetzt haben; sonst ist die Beteiligung ja die gleiche; freilich muß auch der ungetaufte Teil die Verbrechen erfüllt haben Can. 1036 § 3; c. 1 De convers. inf. (III 33).

Dispense von allen vier Arten des Verbrechens ist möglich Cann. 1043—45. Doch pflegt der Apostolische Stuhl vom *crimen alterutro vel utroque patrante* im äußeren Forum fast nie zu dispensieren Can. 1042 § 3 und § 2 n. 5. Wird vom Heiligen Stuhle Dispense *super rato* gewährt oder der Freiheitsstand einer verheirateten Person erklärt, so ist mit dieser Dispense bzw. Erklärung auch die Beseitigung des Hindernisses des *crimen neutro patrante* stets gegeben, niemals aber die Dispense vom Can. 1075 nn. 2. 3 (*alterutro, utroque patrante*). Wenn ein unter dem Apostolischen Stuhle stehender Richter den Freiheitsstand (*status libertatis*) einer Person erklärt, so ist die Beseitigung des Hindernisses damit nicht gegeben. Man muß hier stets den Todestag (Auflösungstag der Ehe) des vermiften Gatten beachten. Geschehen die Verbrechen vorher, so liegt das Hindernis vor; wenn nachher, so ist kein Hindernis gegeben.

Als Todestag für den vermiften Soldaten Edmund wird der 23. März 1916 festgesetzt. Seine Frau hat mit Adolf Ehebruch getrieben und das Eheversprechen gegeben und angenommen. Haben Ehebruch

und gegenseitiges Eheversprechen v o r dem 23. März 1916 stattgefunden, so muß, wenn nicht der Apostolische Stuhl die Freiheitserklärung gibt, das Hindernis des Verbrechens I eigens beseitigt werden; wenn n a c h dem 23. März 1916, so fällt das Hindernis des Verbrechens fort. Geht die Sache an den Apostolischen Stuhl, so ist mit der Freiheitserklärung die Dispense schon gegeben.

IV. Vergleich des früheren mit dem neuen Rechte: a) Die (früher vielleicht wahrscheinliche) Ansicht, daß Unkenntnis des H i n d e r n i s s e s entschuldigt, ist a b g e t a n Can. 16 § 1. — b) Kenntnis des Mordanschlages auf b e i d e n Seiten ist im Falle III (crimen alterutro patrans) nicht geboten. — c) Die A b s i c h t, sich durch Tötung des Ehegatten den Weg zur Ehe zu bahnen, wird durch den Gesetzestext von Can. 1075 nn. 2. 3 in keiner Weise gefordert; die Entscheidung der S. C. C. d. 28. IX. 1726 in Ulixbonen. ist aus den Anmerkungen zu Can. 1075 verschwunden.

V. Staatliche Bestimmungen. A. D e u t s c h e s R e i c h. Wenn in einem Scheidungsurteil der Ehebruch als Grund der Scheidung festgestellt ist, so ist die Ehe, welche der ehebrecherische Gatte mit dem andern Ehebrecher ohne Befreiung von der gesetzlichen Vorschrift eingeht, nichtig. Die Befreiung erteilt die einschlägige Landesregierung. BGB. §§ 1312; 1328 und 1322; vgl. RSGB. §§ 211 ff. (Strafen für Mord usw.)

B. Ö s t e r r e i c h. 1) Nur der gerichtlich oder staatsbehördlich bewiesene Ehebruch (auch ohne Eheversprechen) ist trennendes Ehehindernis ABGB. § 57. — 2) Bei „Trennung“ akatholischer Ehen ist dem getrennten Teile eine Ehe unmöglich mit jener Person, deren Schuld oder M i t s c h u l d am Vorhandensein des E h e t r e n n u n g s g r u n d e s im Eheprozeß erwiesen wurde ABGB. § 119 (weiter als BGB. § 1312). — 3) Gegenseitiges Eheversprechen mit Gattenmord, vollbracht oder versucht, auch nur von einer Seite ABGB. § 68. (Herausforderung zum Zweikampf oder Tötung im Zweikampf läßt das Hindernis nicht eintreten!)

C. I n d e r S c h w e i z besteht kein eigenes Hindernis.

§ 47. Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit.

Cultus disparitas.

I. Quellen: Cann. 1070; 1071; 1060—64; 1042 § 3; 1043—45; 1120 § 2; 1990.

II. Begriff. Glaubensverschiedenheit ist jenes trennende Ehehindernis, welches die Ehe zwischen einer sicher getauften und sicher ungetauften Person unerlaubt und ungültig macht Can. 1070.

Erläuterung. 1) Das Hindernis heißt **Glaubensverschiedenheit**, weil die beiden Personen verschieden sind dem Empfang des **Glaubenssakramentes** d. h. der Taufe nach c. 7 De divort. (IV 19). — 2) Als „sicher getauft“ gilt jede Person, deren Taufe in der katholischen Kirche entweder empfangen oder geprüft und gutgeheißen wurde (bei Bekehrungen aus dem Irrglauben oder Schisma) Can. 1070 § 1. — 3) Gilt die Taufe einer Person nicht als sicher im Sinne des Can. 1070 § 1, sondern nur als **sehr wahrscheinlich** oder **zweifelhaft**, so steht dieser Person das Hindernis der Glaubensverschiedenheit erst dann entgegen, wenn unzweifelhaft bewiesen ist, daß der eine Teil sicher getauft, der andere aber sicher nicht getauft ist ibi § 2. — 4) Dieses Hindernis beruhte bisher auf dem allgemeinen Gewohnheitsrechte, seit 19. Mai 1918 auch auf Can. 1070; vgl. Can. 1041.

III. Altes Recht. Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit erfaßt nicht nur eine Person, deren Taufe in der katholischen Kirche empfangen oder gutgeheißen wurde, sondern auch eine **akatholische** Person, deren Taufe einem Zweifel nicht unterlag oder deren Taufe wohl zweifelhaft war, doch so, daß der Zweifel entweder nicht gelöst werden konnte („solvi nequit“) oder sollte („non oportet“). Freilich war auch dieser Behelf nur eine Rechtsannahme (praesumptio), welche der Wahrheit weichen mußte, **Benedikt XIV.** in Const. „Singulari Nobis“ d. 9. Febr. 1749 §§ 11 sqq. (R-S.: Trid. pag. 553).

IV. Natur und Aufhören. 1) Dieses Hindernis hat eine **göttlich-rechtliche** und eine **rein kirchenrechtliche** Seite. Besteht bei einer solchen Ehe Seelengefahr für den katholischen Teil oder die Nachkommenschaft, so ist eine solche Ehe durch **göttliches Gesetz verboten** Cann. 1060—62; eine Dispense ist hier unmöglich. Sind aber die drei Kautelen der Cann. 1061—62 gegeben, so ist nur mehr ein **kirchenrechtliches** Hindernis vor-

handen. Das Hindernis ist höheren Grades und öffentlich-rechtlich; bei Anklagen kann das einfache Verfahren genügen Can. 1990.

2) Das Hindernis der Glaubensverschiedenheit hört auf:
a) durch die T a u f e des ungetauften Teils (v o l l s t ä n d i g durch die katholische Taufe; als t r e n n e n d e s Hindernis durch die Taufe außerhalb der katholischen Kirche), nach Abschluß der Ehe mit Erneuerung des Eheconsenses gemäß Can. 1133; b) durch kirchliche Dispense.

Das Hindernis hört nicht auf durch den A b f a l l des getauften Teils zum Unglauben c. 7 De divortiis (IV 19). — Die Dispense von diesem Hindernis des „höheren Grades“ (Can. 1042 § 3) ist möglich auf Grund der Cann. 1043—45 (Todesgefahr, verwickelter Fall); sonst nur durch das Dazwischentreten des heiligen O f f i z i u m s Can. 247 § 3. Die Missionsbischöfe und Missionäre erhalten in der Regel weitgehende Vollmachten, freilich nur unter den Voraussetzungen des Can. 1061. In den a l t g l ä u b i g e n Gegenden war bis 1885 eine Dispense fast unerhört; von da an wurde sie zur G ü l t i g m a c h u n g solcher Ehen unter günstigen Voraussetzungen gegeben; unter denselben günstigen Voraussetzungen und aus sehr gewichtigen Gründen wird sie in neuester Zeit (seit 1914) auch v o r jeder „ehelichen Verbindung“ erteilt. Wird eine Dispense tatsächlich erteilt und findet die Berehelichung wirklich statt, so kann von dem getauften Teile das „paulinische Privileg“ auch dann nicht geltend gemacht werden, wenn der ungetaufte Teil „weggeht“ Cann. 1120—21.

V. Staatliche Gesetzgebung. A. Im Deutschen R e i c h e und in der S c h w e i z gibt es kein Hindernis der Glaubensverschiedenheit. B. In Ö s t e r r e i c h ist eine „Ehe“ null und nichtig zwischen einer Person c h r i s t l i c h e n und einer n i c h t c h r i s t l i c h e n Bekenntnisses AbGB. § 64.

§ 48. Das Hindernis des geheimen Eheabschlusses. Clandestinitas.

Das kirchliche Gesetzbuch kennt kein eigentliches Hindernis des geheimen Eheabschlusses oder der Clandestinität, sondern spricht nur von dem Mangel der äußeren Form, doch bleiben wir bei der Bestimmung des Trienter Konzils, welches die eheschließenden Personen bei Vernachlässigung der Form „für unfähig erklärt, inhabiles reddit“ sess. 24 c. 1. d. r. m.; vgl. den Index Codicis v. „Impedimenta“.

I. Quellen und Geschichte. 1) Q u e l l e n: De claud. desponsatione (IV 3); Trid. sess. 24. c. 1. („Tametsi“) d. r. m.

— Konst. „Provida“ Pius' X. v. 18. Jan. 1906, in Kraft getreten am 15. April 1906. — S. C. Conc. decr. „Ne temere“ d. 2. Aug. 1907, geltend vom 19. April 1908. — Cann. 1094 1103; 1043; 1990; CC. vom 16. Oktober 1919 ad 17.

2) **Geschichte.** Vom Beginn der Kirche bis zum vierten Laterankonzil (1215) bestand keine allgemeine Gesetzesvorschrift, welche die Form der Eheeingehung geordnet hätte, nichtsdestoweniger wurden von Anfang an die Ehen der Christen vielfach kirchlich geschlossen. Das legte schon das Beispiel der heidnischen Römer nahe; vgl. **R i e g C.:** „Grundriß der römischen Altertümer“ (3. A.) § 136 S. 256 f. Indes die guten Sitten versliegen und Gleichgültigkeit tritt an deren Stelle. Papst Innozenz III. mußte darum auf dem vierten Laterankonzil vorschreiben, daß die Ehen „in facie ecclesiae“ eingegangen werden. Die Eheverkündigungen wurden zur Pflicht gemacht, doch nicht unter der Strafe der Nichtigkeit der Eheschließung. — Da mit der Mehrung der heimlichen Ehen große Mißbräuche einrißen, so stellte das Tridentinum im c. „Tametsi“ am 11. November 1563 eine eigene Eheschließungsform auf, und zwar unter Strafe der Nichtigkeit der ohne die Wesensform geschlossenen Ehen. Um jedoch die Neugläubigen zu schonen, wurde bestimmt, daß das Dekret erst nach Ablauf von dreißig Tagen, gerechnet von der Verkündigung in einer Pfarrei an, Geltung haben sollte. Diese Promulgationsform führte bei der politischen und religiösen Zersplitterung mancher Gegenden, besonders des Deutschen Reiches, zu einer außerordentlichen Rechtsverschiedenheit und darum Rechtsunsicherheit. Papst Pius X. gab durch die Konstitution „Provida“, geltend vom 15. Apr. 1906 an, den deutschen und später auch den ungarischen Gebieten Einheit und Recht Klarheit. — Am Osterfeste 1908 trat das Dekret „Ne temere“ in Kraft und bewirkte fast gleiches Eheschließungs- und Verlobungsrecht auf dem ganzen Erdfreis; nur Deutschland und Ungarn hatten ein eigenes Mischehenrecht. — Vom 19. Mai 1918 an gilt der Roder, welcher die vollständige Rechtsgleichheit herbeigeführt hat.

II. Die Wesensform der Ehe nach dem Roder. Can. 1094: „Ea tantum matrimonia valida sunt quae contrahuntur coram parochio, vel loci Ordinario, vel sacerdote ab alterutro delegato et duobus saltem testibus, secundum

tamen regulas expressas in canonibus qui sequuntur, et salvis exceptionibus de quibus in cann. 1098, 1099.“

E r k l ä r u n g. 1) Zur Wesensform der Ehe gehört der Abschluß vor drei Zeugen: einem Amtszeugen und wenigstens vor zwei gewöhnlichen Zeugen; doch sind hiebei auch die Regeln der Cann. 1095—97 zu beobachten sowie die Ausnahmen der Cann. 1098—99. Unter den Begriff „Amtszeuge“ fallen: der Ortsordinarius, der Pfarrer, endlich der Priester, den entweder der Ortsordinarius oder der Pfarrer (oder beide) delegiert hat. — a) Der Ausdruck „O r t s o r d i n a r i u s“ wurde bereits oben (S. 4) genau dargelegt; vgl. Can. 198 § 2. — b) Das Wort „Pfarrer“ muß im Sinne des Can. 451 aufgefaßt werden, also vom eigentlichen Pfarrer, dem Missionspfarrer (quasiparochus), dem Pfarrvikar mit voller Pfarrgewalt, worunter stets begriffen sind der vicarius actualis, das heißt der Pfarrinhaber an Stelle einer moralischen Person, der vicarius oeconomus = Pfarrverweser, der Pfarrstellvertreter und Pfarrbeistand (vicarius substitutus, vicarius adiutor), vorausgesetzt daß letztere beide die volle Pfarrgewalt innehaben Cann. 471—77. — c) Der von dem Pfarrer oder Ortsordinarius Bevollmächtigte kann nur ein Priester sein. Näheres hierüber unten. — d) Die gewöhnlichen Zeugen bedürfen nur jener Eigenschaften, die von einem Zeugen überhaupt verlangt werden; sie müssen also sehen, hören und bezeugen können Cann. 1017 § 1; 1756; 1757. Es ziemt sich, daß nur großjährige und unbescholtene Personen als Zeugen beigezogen werden. Ungläubige, Irrgläubige und Exkommunizierte p. s. kann der Ordinarius dulden S. Off. d. 19. Aug. 1891.

2) Da die Amtszeugen ohne Rücksicht auf ihre Person durch ihr Amt bestimmt werden, so müssen wir die näheren Grenzen ihrer Amtstätigkeit kennen lernen: Beginn, Ende und Hindernisse der Amtstätigkeit.

a) **B e g i n n** der Amtstätigkeit: „A die adeptae canonicae possessionis beneficii . . . vel initi officii“ Can. 1095 § 1 n. 1. — Der P a p s t ist Amtszeuge von der Annahme seiner Wahl Can. 219 bis zu seinem Tode oder Verzicht Can. 231; vgl. Cann. 241; 249. Die O r d i n a r i e n, welche Pfründebesitzer sind, müssen ihre Präkonisationsbullen dem zuständigen Kapitel vorgelegt haben; die Ordinarien ohne

Pfründe, z. B. der Generalvikar, erlangen die Assistenzbefugnis durch Antritt ihres Amtes. — Die *Pfarrvorstände*, welche Pfründeeinhaber sind, werden trauungsberechtigt durch die Pfründeeinweisung (*installatio*) oder mit der Dispense ihres Ordinarius durch Antritt ihres Amtes nach dessen gesetzmäßiger Übertragung (*investitura* s. *institutio*); die übrigen durch Amtsantritt Cann. 1095 § 1 n. 1; 334 § 3; 1444 § 1.

b) *Aufhören* der Amtsbefugnisse Can. 208. Die Amtsbefugnis hört auf: durch Verzicht (*Abdankung*, *Resignation*, *renuntiatio*); durch Entziehung (*privatio*); durch Versetzung (*translatio*); durch Tod (*obitus* Cann. 430; 183); — bei Pfarrern auch durch Entfernung (*amotio*). Indes dauert die Gewalt des betreffenden Amtsinhabers fort bis zum Eintreffen der sicheren Kunde von diesen Ereignissen (abgesehen vom Tode der Amtsperson selbst) Can. 430 § 2. Bei Versetzung aber erlangt der versetzte Bischof am Tage der sicheren Kunde hievon die Gewalt eines Kapitelsvikars, welche bis zur Besignahme des neuen Bistums dauert ibi § 3. Für den Todesfall eines Pfarrers ist im Cann. 472 n. 2 ausgiebig gesorgt. Trauungsberechtigt ist der erste Seelsorgepriester oder in Ermangelung eines solchen der nächste Nachbarnpfarrer oder bei Ordenspfarreien der Obere des Ordenshauses.

c) *Schranken und Hindernisse* der Assistenzbefugnis Can. 1095 § 1 nn. 1—3. *Ungültig* assistieren die Amtszeugen (Ortsordinarien, Pfarrinhaber): 1) wenn sie mit einer Zensur (Exkommunikation, Interdikt, Amtsuspension) p. s. belastet sind; 2) außerhalb der Grenzen ihres Gebietes (innerhalb desselben sind sie immer zuständig); 3) wenn Zwang oder schwere Furcht sie beeinflusste; 4) wenn sie den Konsens nicht erforschen und entgegennehmen. — Das Dekret „*Ne temere*“ hatte auch verlangt, daß die Amtszeugen „eingeladen und gebeten“ seien; das fällt nach dem Kodex fort.

3) Die *Bevollmächtigung* Cann. 1095 § 2; 1096. Die trauungsberechtigten Amtszeugen können einen *Priester* bevollmächtigen, daß er innerhalb ihres Gebietes den Ehen gültig assistiere Can. 1095 § 2. — Die Bevollmächtigung muß sein: a) *genau begrenzt*; b) *gut vorbereitet*; c) *nach dem Kodex geregelt*.

Zu a). „*Licentia dari expresse debet sacerdoti determinato ad matrimonium determinatum.*“ Die Bevollmächtigung muß „*expresse*“ d. i. schriftlich oder mündlich gegeben werden, eine angedeutete Bevollmächtigung (*delegatio tacita*) genügt nicht. — Die Bevollmächtigung muß ergehen an einen „*determinatus sacerdos*“, einen ganz klar bestimmten Priester“, klar bestimmt durch Namen und Stand oder durch Namen oder Stand allein, aber so, daß eine Verwechslung ausgeschlossen ist. — Der Gegenstand der Bevollmächtigung muß auf das klarste umschrieben sein „*ad determinatum matrimonium*“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Priester für mehrere Ehen zugleich bevollmächtigt wird, freilich darf bei keiner eine Verwechslung möglich sein. — Wenn auch die „allgemeinen Delegationen“ verboten und unmöglich sind, so dürfen solche doch gegenüber den Hilfspriestern für die Anstellungspfarrei („*vicariis cooperatoribus pro parocia cui addicti sunt*“) gewährt werden Can. 1096 § 1. Wenn in manchen Diözesen, z. B. Passau, Regensburg, die selbständigen Hilfsseelsorger vom Ortsordinarius „*ad universitatem matrimoniorum*“ im Expositur- oder Lokalfaplanegebiete bevollmächtigt sind, so kann man dagegen nichts einwenden, doch fällt ihnen auch die Aufgabe zu, den „*status libertatis*“ festzustellen ibi § 2.

Zu b). „Den Freiheitsstand der Brautleute“ muß der Pfarrer bereits festgestellt haben, bevor er die Bevollmächtigung hergibt; ebenso der Ordinarius Can. 1096 § 2. Auch diese Vorschrift dürfte in ihrer ganzen Strenge für die Nicht-Seelsorger gelten, weniger für die Hilfspriester, besonders für die mehr selbständigen (Expositi, Rektoren).

Zu c). Der Roder bestimmt nicht ausdrücklich, daß die Schranken und Hindernisse des Can. 1095 § 1 nn. 1. 3 auch für die Bevollmächtigten gilt. Wohl ist es nur vernünftig, daß diese Beschränkungen auch für die Bevollmächtigten gelten, immerhin ist das nicht ausdrücklich ausgesprochen, wie es im Dekret „*Ne temere*“ geschah; vgl. Can. 6 n. 6. Nur drei Beschränkungen des Can. 1095 können in Frage kommen: Zensur, Zwang und Furcht, Erforschen und Entgegennehmen des Konsenses. Zensurierte Priester können überhaupt nur in Todesgefahr assistieren Cann. 2264; 2261 § 3. Da-

gegen wäre die Ehe zweifelhaft ungültig, wenn ein Bevollmächtigter in schwerer Furcht oder ohne Erforschung des Konjenses assistierte. — Ein bevollmächtigter Priester kann wieder bevollmächtigen (*subdelegieren*), wenn er vom Apostolischen Stuhl oder „*ad universitatem matrimoniorum*“ oder mit der ausdrücklichen Vollmacht, zu subdelegieren, bevollmächtigt wurde Can. 199 §§ 2—4.

4) *Erlaubtheit der Trauung.* a) In allen Fällen muß der Freiheitsstand der Brautleute festgestellt sein Can. 1097 § 1 n. 1. — b) *Zuständigkeitsgrade* bezüglich der Erlaubtheit: Zur erlaubten Trauung ist zunächst zuständig der Pfarrer des Domizils, des Quasidomizils oder des Einmonataufenthaltes der Braut Can. 1097 § 1 n. 2; — dann der Pfarrer des Domizils, Quasidomizils, Einmonataufenthalts des Bräutigams aus rechtmäßigem Grunde (*iusta causa*) — oder ein beliebiger Pfarrer bei rein vagierenden Personen oder aus gewichtigem Grunde oder mit Erlaubnis der Obigen *ibi* § 1 n. 3. Handelt es sich aber um Herumziehende mit einem gewissen Aufenthalt, so ist der Pfarrer dieses Ortes zuständig *ibi* n. 2. — Ein Pfarrer, der ganz ungerechtfertigt assistiert, hat kein Anrecht auf die Stolgebühren, sondern muß sie dem berechtigten Pfarrer abliefern *ibi* § 3. — Damit hier keine Unordnung entsteht, dürfte es sich empfehlen, daß der Gegenstand durch Diözesanvorschriften genauer geregelt würde.

Handelt es sich um Katholiken verschiedenen Ritus, so regelt die erlaubte Zuständigkeit ein etwaiges Sonderrecht, oder Can. 1097 § 2, wonach die Ehe im Ritus des Mannes und vor dessen Pfarrer zu schließen ist.

5) *Besondere Verhältnisse.* a) Die Zuständigkeit der Militär- und Personalpfarrer richtet sich genau nach den Vereinbarungen des Apostolischen Stuhles, vgl. Can. 451 § 3; S. C. Sac. in Goana d. 27. (29.) Maii 1910.

b) Die Ordensleute bedürfen zur gültigen und erlaubten Assistenz geradeso der Pfarrgewalt oder der Bevollmächtigung wie die Weltpriester, auch in ihren eigenen Kirchen, selbst in den *exempten* Ordenskirchen; denn diese gelten als Teil des Pfarr- bzw. Bistumsgebietes hin-

sichtlich der Trauungen S. C. Sacr. d. 12. (13.) Mart. 1910 ad 8^{um} (AAS. 2, 194—95).

c) Bei den **Mischehen** muß die Wesensform in gleicher Weise eingehalten werden wie bei den rein katholischen Ehen; doch bezüglich der übrigen Trauungszeremonien bleibt es bei den Vorschriften und Weisungen des Apostolischen Stuhles Cann. 1102; 1095 § 1 n. 3. Man halte sich hier genau an die Normen der einzelnen Diözesen; jedenfalls soll eine gewisse Einschränkung der nebensächlichen Zeremonien beobachtet werden.

III. Eheschließung in außerordentlichen Fällen Can. 1098. Wortlaut: „Si haberi vel adiri nequeat sine gravi incommodo parochus vel Ordinarius vel sacerdos delegatus qui matrimonio assistant ad normam canonum 1095; 1096: 1) In mortis periculo validum et licitum est matrimonium contractum coram solis testibus; et etiam extra mortis periculum, dummodo prudenter praevideatur eam rerum conditionem esse per mensem duraturam; — 2) In utroque casu, si praesto sit alius sacerdos qui adesse possit, vocari et, una cum testibus, matrimonio assistere debet, salva coniugii validitate coram solis testibus.“

1) **Allgemeine Voraussetzungen:** a) Gültig und erlaubt ist eine Ehe, geschlossen nur vor zwei gewöhnlichen Zeugen, wenn ein **Amtzeuge** unerreichbar ist, also weder ein Pfarrer noch ein Ortsordinarius noch ein bevollmächtigter Priester; oder wenn diese zwar erreichbar sind, jedoch nur solche, die der Erfordernisse der Cann. 1095—96 entbehren, z. B. ein Exkommunizierter p. s., außer wenn in der Todesgefahr wenigstens ein Brautteil um die Trauung durch den Bensusierten bittet Can. 2261 § 3. — b) Die Ausdrücke „haberi vel adiri“ bedeuten die Unmöglichkeit, den Amtzeugen einerseits am Orte der Trauung zu finden, anderseits ihn außerhalb desselben aufzusuchen. — c) Die betonte Unmöglichkeit kann eine **physische** und **moralische** sein; letzteres ist ausgedrückt in dem Worte „sine gravi incommodo“. Dieser schwere Nachteil kann das Leben, die Gesundheit, die Freiheit oder den Besitzstand sowohl der Brautleute als des Priesters bedrohen.

2) Diese drei Erfordernisse vorausgesetzt ist eine Eheschließung gültig und erlaubt „in der Todesgefahr“,

also in j e d e r Todesgefahr ohne Rücksicht auf die Nähe und Schwere, auf die Veranlassung (Krankheit) der Todesgefahr, ohne Rücksicht auf die äußere oder innere Lage der in Todesgefahr schwebenden Person, während das Dekret des heiligen Offiziums vom 20. Februar 1888 und das Dekret „Ne temere“ gewisse Voraussetzungen forderten (Beendigung einer Zivilehe oder eines Konfubinats; Beruhigung des Gewissens; Legitimierung der Nachkommenschaft).

3) A u ß e r h a l b der Todesgefahr gilt ganz das gleiche Recht, aber nur dann, wenn man b e g r ü n d e t e r w e i s e (prudenter) voraussehen kann, die schwierige Lage werde einen Monat lang andauern. Damit ist der Kodex von der Vorsorge des Dekretes „Ne temere“ abgegangen. Dieses blickte in die Vergangenheit („Si ea rerum conditio a mense iam perseveret“), Can. 1098 schaut in die Zukunft („dummodo praevideatur . . . eam rerum conditionem esse per mensem duraturam“). Der gegenwärtige Maßstab ist milder, der frühere war sicherer.

Schreibt ein Missionär (quasi-parochus): Ich komme in vierzehn Tagen, so können die Brautleute der Missionsstation (außer in der Todesgefahr) nicht formlos heiraten. Doch nach vierzehn Tagen kommt statt des Missionärs ein Katechist, welcher die Ankunft des Missionärs nach drei Wochen bestimmt verspricht. Doch auch nach drei Wochen ist der Missionär wieder verhindert. Die Brautleute können jetzt ruhig die Ehe vor zwei gewöhnlichen Zeugen eingehen; denn man kann voraussehen, daß der Missionär auch innerhalb eines Monats nicht kommt.

4) Die Beziehung eines Priesters.
a) Die Eheschließung in den beiden Notfällen ist stets gültig, auch wenn ein Priester (ohne Vollmacht) gerufen werden konnte und nicht gerufen wurde. — b) Erlaubt ist eine Eheschließung o h n e P r i e s t e r nur dann, wenn der Priester (physisch oder moralisch) an der Beibehaltung gehindert ist. Kann er gerufen werden, so muß er wie ein Bevollmächtigter auch assistieren. — c) Dieser Priester hat die großen Dispensvollmachten der Cann. 1043—46, sowie die Verpflichtung der Eheregistrierung gemäß Can. 1103 § 3. — d) Der Priester, welcher in den beiden Notfällen gerufen wird, ist vollständig frei von den Anforderungen der Cann. 1095—96. Freilich sind die Brautleute nicht verpflichtet, einen zensurierten Priester beizuziehen, doch können sie ihn beiziehen sowohl in der Todesgefahr als auch in der anderen Notlage,

selbst einen Zensurierten p. s.; vgl. Cann. 2261; 2275; 2284; 19, da er Zeuge ist.

5) Das frühere Recht. Wir müssen unterscheiden das tridentinische Recht und das Recht des Dekretes „Ne temere“. Nach dem tridentinischen Rechte gab es Eheschließungen, welche vom Apostolischen Stuhle für gültig erklärt wurden, obschon nur zwei gewöhnliche Zeugen assistierten. Der Grund der Gültigkeitserklärung war, daß in den vorliegenden Fällen die Anwesenheit des Pfarrers (Ordinarius, bevollmächtigten Priesters) physisch oder moralisch unmöglich war; vgl. die Eheschließungen für die Gebiete der Missionen und der französischen Republik bei *Leitner: Eherecht*³ S. 207. — Das Dekret „Ne temere“ weicht in zwei Punkten vom gegenwärtigen Rechte ab: a) Die Unmöglichkeit, einen Bevollmächtigten zu finden, mußte in einer „Gegend“ sich verwirklichen; b) dieselbe mußte bereits einen Monat lang andauert haben, wie wir bereits sahen.

6) Können auch keine gewöhnlichen Zeugen erreicht werden, oder nur ein einziger, so fragt es sich, ob nicht wenigstens ein (bevollmächtigter oder nicht bevollmächtigter) Priester zu haben ist. Wenn ja, so hat ein solcher Priester große Dispensvollmachten, also auch die Vollmacht, von der Eheschließungsform zu dispensieren Cann. 1043—44. In der Todesgefahr kann ein anwesender Priester von der Notwendigkeit eines Zeugen, der beiden Zeugen, aber auch aller Zeugen (also auch des Amtszeugen) dispensieren; es ist sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der abwesende Ordinarius oder Pfarrer die Dispense erteile. Gleiches gilt wahrscheinlich im „verwickelten Fall“, vorausgesetzt, daß er geheim ist Cann. 1098; 1045; 209. — Sollten diese Vollmachten nicht hinreichen, so gibt der Apostolische Stuhl noch größere Vollmachten, z. B. für die Missionsgebiete, wie für China S. C. Conc. d. 27. Iulii 1908 ad 7^{um}.

Wenn die Schwierigkeit, den bevollmächtigten Priester zu erreichen, nicht in den Umständen des Falles, sondern in der statlichen Geseggebung liegt, so darf man die Vollmacht des Can. 1098 unbedenklich in der Todesgefahr anwenden, dagegen außer derselben erlaubterweise nur im Einverständnisse mit dem Apostolischen Stuhle S. C. Sac. *Leitner, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV.*

d. 31. Jan. 1916 (AAS. 8, 36), d. 9. Mart. 1916 (V'neborn³ S. 331). Doch werden Eheschließungen, auch ohne diesen Refurs außer der Todesgefahr nach Can. 1098 vorgenommen, gültig sein.

IV. Geltungsbereich der Eheschließungsform Can. 1099; vgl. Cann. 1043—45. Zur Einhaltung der Wesensform der Cann. 1094—98 ist verpflichtet jeder Mann, der mit Bewußtsein je einmal zur katholischen Kirche gehörte, ob er nun ihr angehört oder später von ihr wieder abfiel, wenn er ehelich wird: a) mit einer Katholikin; b) mit einer häretischen oder schismatischen Person, modte diese zur katholischen Kirche je einmal gehört haben oder nicht, auch nach der Dispense vom Hindernisse der Bekenntnisverschiedenheit; c) mit einer ungetauften Person oder einer Person, welche zum Unglauben abfiel, ob nun die Dispense vom Hindernisse der Glaubensverschiedenheit voranging oder nicht; d) mit einer Katholikin des morgenländischen Ritus — und umgekehrt, wenn eine Katholikin ehelich wird mit einem Manne der genannten verschiedenen Bekenntnisse.

Frei von der katholischen Eheeingehungsform sind:

1) die Ehen zweier ungetauften Personen Can. 12;
2) die Ehen zweier getauften Akatholiken unter sich Can 1099 § 2;

3) die Ehen zwischen einer ungetauften und einer getauften akatholischen Person ibi; vgl. jedoch Can. 1070 § 2;

4) die Ehen einer akatholischen Person mit einer katholischen Person des morgenländischen Ritus Can. 1099 § 1 n. 3.

Als getaufter Akatholik gilt auch jener, der von akatholischen Eltern geboren, zwar in der katholischen Kirche getauft, aber von jugendlichem Alter an (Cann. 88 § 3; 12) akatholisch d. h. in der Häresie, im Schisma, im Unglauben oder religionslos erzogen wurde, sooft er mit Akatholiken ehelich werden will Can. 1099 § 2.

Zwei wichtige Fragen erheischen unsere Aufmerksamkeit: 1) Das sind akatholische Eltern, welches nur durch die Kindertaufe der katholischen Kirche einverleibt war, gilt im Leben in Hinsicht auf die Eheschließungsform als akatholische Person. Aber auch die Kinder aus Mischehen, welche nur durch die Taufe vor dem Vernunftgebrauch der katholischen Kirche einverleibt wurden, gelten im Sinne des Can. 1097 § 2 als Akatholiken, vgl. Can. 987 v. „Filii acatholi-

corum“, verbunden mit der Entscheidung der CC. d. 16. Oct. 1919 n. 13 (AAS. 11, 478). — Wenn auch der Buchstabe des Can. 1099 § 2 sich nicht auf die vor dem Vernunftgebrauch in der katholischen Kirche nur getauften, aber in der Häresie usw. erzogenen Kinder *katholischer* Eltern bezieht, so gebietet doch der Geist des Gesetzes die Ausdehnung auch auf diese. Die Personen selbst sind schuldlos, ihre Eltern nicht selten auch, da sie vor dem Vernunftgebrauch der Kinder wegstarben oder sonst das Erziehungsrecht verloren. Aber auch wenn die Eltern schuldbarerweise die Kinder der akatholischen Erziehung preisgaben, so trafe die Strafe die schuldlosen Kinder, nicht die schuldigen Eltern. Darum gilt die 88. regula iuris in 6: „Certum est, quod is committit in legem, qui legis verba compl. etens contra legis nititur voluntatem“. Wir halten die ausgeführte Ansicht für begründet (probabilis), erwarten aber eine Entscheidung des Apostolischen Stuhles.

2) Die Katholiken der morgenländischen Riten („Orientales“) sind nur dann an die Eheschließungsform gebunden, wenn sie mit „Lateinern“ ehelich werden Can. 1099 § 1 n. 3; sonst nicht. Darum dürften auch die partikularrechtlichen Bestimmungen hinfällig geworden sein. Ein Dekret der Propagandakongregation vom 5. Mai 1911 verpflichtete die unierten *Ruthenen* der griechisch-katholischen Diözesen Lemberg (Erzd. mit der Pfarrei St. Barbara in Wien), Przemyśl, Stanislaw zur Form des Dekretes „Ne temere“; ebenso ein Dekret der gleichen Kongregation vom 27. März 1916 n. 17 die unierten *Ruthenen Südamerikas* (AAS. 8, 107); vgl. Can. 6 n. 1.

V. Natur und Aufhören des Hindernisses. Das Hindernis ist rein kirchenrechtlicher Natur; darum eine Dispense in allen Fällen möglich. Dieselbe wurde im Can. 1099 für alle ungemischten Ehen der getauften Akatholiken gegeben und in den Cann. 1043—44 dem klugen Ermessen der Ortsordinarien, Pfarrer usw. anheimgestellt.

VI. Es gibt auch ein verbietendes H. der Mandestinität (EK³. 246): a) bei Vernachlässigung der Verkündigungen Can. 1023 ff.; b) bei Nichtbeiziehung eines Priesters im Fall des Can. 1098 § 2.

VII. Staatliche Bestimmungen. In Deutschland und in der Schweiz besteht die Zivilehe, welche mehr der tridentinischen Erklärungsform entspricht. BGB. §§ 1317 bis 21; BGB. Art. 117. — In Österreich gilt staatlich noch die tridentinische Form ABGB. §§ 69, 75.

Die Eheschließungsform vor dem 19. Mai 1918.

Eine Tabelle über die Zeitabschnitte der Verpflichtung der Eheschließungsform wird den Seelsorgern praktische Dienste leisten.

I. Zeitabschnitt: Vom 1. Pfingstfeste bis zum Inkrafttreten des c. „Tametsi“ am 11. November 1563. *Keine Wesensform.* S. 234.

II. Zeitabschnitt: Herrschaft der tridentinischen *Eheeingehungsform* (c. „Tametsi“) in allen Gebieten, in welchen diese Form Rechtskraft erlangte entweder durch rechtmäßige Verkündigung (in der Pfarrei geltend nach 30 Tagen) bzw. Gewohnheit oder durch päpstliche Ausdehnung und in welchen keine Aufhebung oder Einschränkung stattfand durch Gewohnheit oder päpstliche Verfügung (Declaration, Dispensatio). — Da namentlich in Deutschland eine große Rechtsverschiedenheit und Rechtsunsicherheit in diesem Punkte herrschte, so sah sich Papst Pius X. in der Konstitution „Provida“ vom 18. Januar 1906 veranlaßt, hier Wandel zu schaffen durch folgende Normen:

1) Alle rein katholischen Ehen, welche im Gebiete des Deutschen Reiches vom 15. April 1906 an abgeschlossen werden, sind an die tridentinische Eheeingehungsform gebunden; die früher im Gebiete des Deutschen Reiches abgeschlossenen Ehen bleiben in ihrem bisherigen Geltungsstande unberührt.

2) Alle rein *katholischen* und alle *Mischehen*, welche fernerhin in Deutschland geschlossen werden, sind frei von der kirchlichen Eheeingehungsform. — Die gleichen Ehen wurden, wenn sie am 15. April 1906 nur wegen *Klandestinität* ungültig waren, mit Eintritt des genannten Tages *saniiert*, a) wenn kein anderes trennendes Ehehindernis entgegenstand; b) wenn kein kirchlicher Urteilspruch sie vorher aufgelöst hatte; c) wenn der Ehekonsens noch fortbestand. Die Konstitution „Provida“ wurde später auf Ungarn ausgedehnt. — Charakteristisch für den ganzen Zeitraum war: Die Ehe muß eingegangen werden vor dem *parochus proprius* und zwei Zeugen.

III. Zeitabschnitt: Herrschaft des Dekretes „Ne temere“ vom 2. August 1907, in Kraft getreten am 19. April 1908: Alle *katholischen* Ehen sind frei von der Eheeingehungsform des Dekretes „Ne temere“; alle *katholischen* und alle *Mischehen* gebunden. Notwendig ist Eheabschluß vor dem *parochus loci* und zwei Zeugen. — Ganz allein

ausgenommen waren die Mischehen in Deutschland und Ungarn unter folgenden Bedingungen: a) daß beide Personen in Deutschland geboren waren; b) daß der akatholische Teil niemals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte; c) daß die Ehe in Deutschland geschlossen wurde; Entsprechendes galt für Ungarn.

IV. Zeitabschnitt: Geltung des Kodex in seinen Cann. 1094—99: Das Sonderrecht für Deutschland und Ungarn ist beseitigt.

Zusammenstellung: 1) Eheschließung ohne Weisensform (1563). — 2) 1563 bis 19. April 1908 tridentinische Eheschließungsform: *parochus proprius*. — 3) 1908 bis 19. Mai 1918 *parochus loci*; Mischehenausnahmen für Deutschland und Ungarn. — 4) Vom 19. Mai 1918 an: *parochus loci*; Beseitigung der Ausnahmen. — Über die Geltung des tridentinischen Rechtes gibt es kein amtliches Verzeichnis; wir sind auf Privatarbeiten angewiesen. Durch die Konstitution „*Provida*“ wurde die Zusammenstellung bedeutend erleichtert; denn für Deutschland und Ungarn genügt ein Katalog der Orte, an welchen die Katholiken gebunden oder frei waren. — Wir haben für den ganzen Erdbereich die tridentinischen Orte zusammengestellt, soweit es möglich war; vgl. *Leitner M.: Eherecht*³ S. 218—223. Je weiter wir uns vom 19. April 1908 entfernen, desto entbehrlicher wird der Katalog auch sein.

Die verbotenden Ehehindernisse.

Verbotende Ehehindernisse sind Kirchengesetze, welche eine Ehe nicht ungültig, sondern nur unerlaubt machen. Im Mittelalter gab es deren viele, wie Katechismus, Blutschande, Brautentführung, Gattenmord, hinterlistige Taufpatenschaft beim eigenen Kinde, Priestertötung, attentierte Ehe mit einer Nonne und im allgemeinen Kirchenbuße; vgl. *Leitner: Eherecht*³ S. 226. — Bis zum 19. Mai 1918 bestand auch noch das verbotende Hindernis der *Sponsalien* (Verlobung, Verlöbniß, *sponsalia de futuro*); kirchenrechtlich hat es aufgehört. — Der Kodex behandelt die verbotenden Hindernisse in den Cann. 1058—1066. Eigentliche Hindernisse dieser Art gibt es nur mehr zwei, in manchen Gegenden drei: a) das einfache Keuschheitsgelübde; b) die

gesetzliche Verwandtschaft (nach dem einschlägigen Staatsgesetze); c) die Bekenntnisverschiedenheit (mixta religio). Die uneigentlichen Hindernisse werden in den Cann. 1065 bis 66 angedeutet: Abfall vom Glauben; Stand eines öffentlichen Sünders; Genfur.

§ 49. Das verbotende Hindernis des Keuschheitsgelübdes. Votum simplex.

I) **Quellen:** a) Die beim Hindernisse des Ordensstandes angegebenen Quellen; b) Cann. 1058; 572 ff.; 1307—15; 2388 § 2.

II. **Das Hindernis:** „Matrimonium impedit votum simplex virginitatis, castitatis perfectae, non nubendi, suscipiendi ordines sacros et amplectendi statum religiosum“. Sollen diese genannten Gelübde die Ehe ungültig machen, so muß die vernichtende Kraft eigens vom Apostolischen Stuhle ausgesprochen sein Can. 1058 § 2.

Alle diese Gelübde stehen dem Ehezwecke entweder unmittelbar oder mittelbar entgegen. Wir kommen zur Erklärung der einzelnen.

1) Das „votum simplex virginitatis“, das „einfache Gelübde der Jungfräulichkeit“, besteht in dem Gelübde, die körperliche Unversehrtheit vor jeder sündhaften Zerstörung zu bewahren. Ist aber bedeutet es das nämliche wie jenes der Ehelosigkeit.

2) Das „votum non nubendi“ enthält die Verpflichtung „nicht zu heiraten“ (votum coelibatus).

3) Wer die „castitas perfecta“, „vollständige Keuschheit“, gelobt, verpflichtet sich zur Enthaltensamkeit von jedem erlaubten und unerlaubten Geschlechtsverkehr. Es kann zeitweilig oder für immer abgelegt werden, und zwar in der Welt oder in einer Kongregation oder auch in einem Orden als vorbereitendes Gelübde auf die feierliche Profess.

4) Das „votum suscipiendi ss. ordines“, das „Gelübde, höhere Weihen zu empfangen“, widerstrebt mittelbar dem Ehestand, da die Majoristen verpflichtet sind, „die Keuschheit zu bewahren“ Can. 132.

5) Der „Status religiosus“ schließt in sich die 3 Gelübde des Gehorsams, der Keuschheit und der Armut Cann. 487—88. Wer also das „votum amplectendi statum religiosum“, das Gelübde ablegt, den Religiosenstand zu ergreifen, verpflichtet sich mittelbar zur Beobachtung der Keuschheit. Werden aber in einer „Gesellschaft gemeinsam Lebender“ Gelübde nicht gemacht, so bedeutet das Gelübde, in eine solche Gesellschaft zu treten, kein Keuschheitsgelübde, bildet darum auch kein verbotendes Ehehindernis.

III. Natur und Aufhören. Das verbotende Hinderniß des Keuschheitsgelübdes gehört nicht nur dem Kirchenrecht, sondern auch dem natürlichen und göttlich-positiven Rechte an. Wir haben oben gesehen, daß die Bewahrung der Keuschheit wirklich möglich ist, weshalb ihre Beobachtung durch ein Gelübde zur Pflicht gemacht werden kann Can. 1307 § 1. — Wenn auch eine Ehe, eingegangen gegen das Gelübde der Keuschheit, unerlaubt ist, so entbehrt sie jedoch an sich der Gültigkeit nicht c. 1. De voto (III 15) in 6°. — Da ferner die Gelübde eine Verpflichtung erzeugen, die dem menschlichen Willen entspringt, so muß die Kirchengewalt in schwierig gelagerten Fällen dispensieren können, da sonst die Aufrechterhaltung des Gelübdes zum Schaden der einzelnen oder der Gesellschaft gereichen könnte.

Das **Aufhören** des Gelübdes ist geregelt durch Can. 1311: „Cessat votum lapsu temporis ad finiendam obligationem appositum, — mutatione substantiali materiae promissae; — deficiente conditione a qua votum pendet aut eiusdem causa finali, — irritatione, — dispensatione, — commutatione.“

a) Auch das Keuschheitsgelübde kann auf eine bestimmte Zeit abgelegt werden, ja der Kodex schreibt sogar zeitweilige Gelübde ausdrücklich vor; vgl. Cann. 488 n. 1; 574 § 1.

b) Das aus den genannten Gelübden entstehende **Hinderniß** hört stets auf durch den Eheabschluß Cann. 1036 § 1; 1111, eine moralische Verpflichtung mag bleiben.

c) Bei den Keuschheitsgelübden ist eine doppelte **Wesensveränderung** des Versprochenen möglich entweder dadurch, daß das Gelübde ganz oder teilweise unmöglich wird durch tatsächlichen Abschluß und Vollzug der Ehe; oder dadurch, daß die mittelbaren Keuschheitsgelübde **gegenstandslos** werden. — Wurde eine Ehe geschlossen und vollzogen, so ist die Erfüllung der Gelübde der „virginitas, non nubendi, suscipiendi ss. ordines, amplectendi statum religiosum“ unmöglich. — Gegenstandslos werden beide letzteren Gelübde durch die ernstliche Bemühung des Gelobenden, Aufnahme in den Stand der höheren Weihen oder des Ordenslebens im weiteren Sinne zu erlangen, welche jedoch ohne Schuld des Kandidaten erfolglos blieb. — Hier kann man auch von einem „**Aufhören des Endzwecks**“ reden.

d) **Aufhören** der Gelübdeverpflichtung durch das Dazwischentreten eines rechtmäßigen Obern in der Vernichtung (irritatio), Lösung (dispensatio) und Umwandlung (commutatio).

Irritatio. Wer eine oberherrliche Gewalt über den Willen eines anderen hat, kann dessen Gelübde immer ver-

nichten, so daß die Verpflichtung nicht wieder auflebt. Wer dagegen eine Gewalt nur über den gelobten Gegenstand hat, kann das Gelübde nur so lange aufheben als ihm dasselbe eine Beeinträchtigung verursacht Can. 1312. Eine oberherrliche Gewalt über den Willen der Untergebenen besitzen: 1) die religiösen Obern nach Maßgabe der Konstitutionen Can. 501; 2) die Väter und die Inhaber der väterlichen Gewalt, und zwar nur bis zum 14. Lebensjahre ihrer Kinder Cann. 89; 1648 § 3. — Die Ehegatten haben wahrscheinlich nur eine indirekte Irritationsgewalt; vgl. Eherecht³ S. 232. Zur erlaubten Irritation gehört ein gerechter Grund. Can. 1312 § 1.

IV. Die Dispense vom Gelübde (*dispensatio voti*) kann in allen Fällen vom Apostolischen Stuhle gegeben werden Cann. 1308 § 3; 1309, freilich nicht ohne einen vernünftigen und entsprechenden Grund Cann. 80; 84.

Die Ortsordinarien können dispensieren: a) von allen geheimen und öffentlichen Keuschheitsgelübden in dringender Todesgefahr Can. 1043, ebenso im „verwickelten Falle“ Can. 1045; b) von allen nichtreservierten Gelübden immer. Reserviert sind: a) alle öffentlichen d. h. die vom rechtmäßigen kirchlichen Obern angenommenen Gelübde Can. 1308 § 1; β) die Privatgelübde der vollkommenen und ständigen Keuschheit und des Eintritts in eine Genossenschaft mit feierlichen Gelübden, vorausgesetzt, daß sie bedingungslos (absolute) und nach Vollendung des 18. Lebensjahres abgelegt wurden Can. 1309.

Die Obern einer exempten Klerikalgemeinschaft haben die gleiche Vollmacht wie die Ortsordinarien unter b), aber nur gegenüber ihren Professoren, Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1), freilich pflegt die Vollmacht wegen Can. 1315 hauptsächlich zugunsten der Novizen und Hausgenossen notwendig zu sein und geübt zu werden.

Die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Weihväter besitzen Vollmachten in dringender Todesgefahr und im geheimen „verwickelten Falle“ nach Maßgabe der Cann. 1043—45.

Das Kirchenrecht selbst gewährt Dispense von den Gelübden, also auch vom Keuschheitsgelübde: a) den ent-

lassenen Professoren mit zeitlichen Gelübden Can. 648; β) den entlassenen Professoren mit ewigen Gelübden, falls die Konstitutionen oder apostolischen Indulte so bestimmen Can. 669 § 1; γ) den säkularisierten Professoren Can. 640 § 1 n. 2. — Schließt ein Religiöser gültiger oder ungültigerweise eine Ehe, so gilt er als rechtmäßig entlassen Can. 646 § 1 n. 3, jedoch der dem Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation l. s. verfallen Can. 2388 § 2.

V. Wer die Gewalt hat, Gelübde zu dispensieren, der hat um so mehr jene, dieselben **umzuwandeln** (commutare). Handelt es sich aber um eine Umwandlung des Gelobten in etwas Besseres oder gleich Gutes, so steht dieses auch dem Gelobenden selbst zu Can. 1314, freilich empfiehlt es sich, den Beichtvater dabei um Rat zu fragen; denn abgesehen von der Schwierigkeit, zwischen Gut und Besser klar zu unterscheiden, gilt das Wort: *Nemo iudex in propria causa*.

Kein Ehehindernis liegt vor, wenn das Keuschheitsgelübde nichtig ist, also a) wenn der entsprechende **Bernunftgebrauch** fehlt Can. 1307 § 2; b) wenn ein **wesentlicher Irrtum** den Gelobenden beeinflusste Can. 104; c) wenn Zwang oder „schwere ungerechte Furcht“ ihn bestimmte Can. 1307 § 3.

Die **staatlichen Bestimmungen** wurden beim Hindernisse des Ordensstandes gewürdigt (oben S. 213).

§ 50. Das verbotende Hindernis der gesetzlichen Verwandtschaft.

Cognatio legalis.

Was beim **trennenden Hindernis** der gesetzlichen Verwandtschaft ausgeführt wurde (oben S. 226), gilt hier, falls das **bürgerliche Gesetz** eines Reiches nur ein verbotendes **staatliches Hindernis** kennt, wie das im Deutschen Reiche und in der Schweiz der Fall ist; denn Can. 1059 lautet: „In jenen Gebieten, in welchen nach dem bürgerlichen Gesetze die Annahme an Kindes Statt die Eheschließung (nur, vgl. Can. 1080) unerlaubt macht, ist die Ehe auch nach dem kanonischen Recht (nur) unerlaubt.“

Ein **verbotendes H.** der ges. Bwst. besteht auch in Belgien, Frankreich (hier vielleicht sogar ein trennendes), Italien, Ungarn und

Venezuela; ein trennendes S. in Bolivia, Brasilien, Columbia, Guatemala, Peru und Spanien; kein S. in Argentinien, Chile, Costa Rica, Ecuador, England, Mexiko, Nicaragua, Österreich, Portugal, S. Salvador, Uruguay und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. In Holland besteht überhaupt keine Annahme an Randeßstatt; vgl. V-C: Epitome II n. 304; Ferreres: Th. mor. nn. 1050—53; ME. III² 62; G r i e ß l Anton: Ehevorschriften³ n. 602.

§ 51. Das verbotende Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit.

Mixta religio.

I. Quellen: Cann. 1060—64; 1070—71; 247 § 3; 1026; 1042 § 3; 1043; 1099 § 1 n. 2; 1102; 1109 § 3; 2319 § 1 n. 1; 2375. — Die Literatur siehe bei L e i t n e r M.: Eherecht³, S. 233—34.

II. Begriff. Das Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit (mixta religio) besteht darin, daß die Ehe zweier getaufter Brautpersonen, von denen die eine k a t h o l i s c h ist, während die andere einer h ä r e t i s c h e n oder s c h i s m a t i s c h e n Sekte angehört, zwar nicht ungültig, aber u n e r l a u b t ist.

Erläuterung: 1) K a t h o l i s c h ist eine Person, welche entweder durch Taufe und Erziehung oder durch Bekehrung zur katholischen Kirche gehört. Zu den „katholischen Personen“ gehören nicht nur die römisch-katholischen, sondern auch die m o r g e n l ä n d i s c h = u n i e r t e n Personen. — Wenn ein Katholik seinen katholischen Glauben zwar p r e i s g a b, jedoch einer akatholischen Bekenntnisgemeinschaft sich in keiner Weise angeschlossen, gilt er nicht als Akatholik, sondern noch als Katholik, dessen Verheirathung durch Can. 1065 geregelt wird; vgl. Can. 2314 § 1 n. 3. Zwei Erfordernisse umschreiben hier den Begriff „a k a t h o l i s c h“: a) Taufe; b) Sekte. Die akatholische Person muß g e t a u f t sein entweder mit Sicherheit oder nach allgemeiner Annahme oder wenigstens nach begründetem Zweifel Can. 1070 § 2. Ist die Taufe in solcher Weise gegeben, so kann die Religionsgemeinschaft (s e c t a) häretisch, schismatisch oder auch n i c h t c h r i s t l i c h sein, z. B. israelitisch, islamitisch usw.; denn hier wie im Can. 1070 kommt es hauptsächlich auf die Taufe an.

Darum gehört hieher nicht u. a. eine protestantische Person, die nicht oder ungültig getauft ist; sie gilt im Eherecht als „ungläubig“ (in-

fidelis) und wird nach Can. 1070 behandelt. Darum gehört hieher ein Buddhist, der die Taufe empfangen hat. Für ihn gelten bei einer Verheirathung mit einer Katholikin die Cann. 1060 ff. Stellt sich aber bei einem mutmaßlich Getauften mit Sicherheit heraus, daß er ungetauft ist, während der andere Teil die Taufe sicher besitzt, so ist diese Ehe ungültig Can. 1070 § 2. — Die Begriffe „katholisch, akatholisch“ decken sich hier nicht mit jenen des Can. 1099. Bei der Bekenntnisverschiedenheit gilt der als „akatholisch“, welcher einer akatholischen Sekte förmlich angehört, mag er früher katholisch gewesen sein oder nicht; bei der Eheschließungsform dagegen (Can. 1099) gilt nur der als „akatholisch“, welcher nie mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte.

2) Die katholische Kirche betrachtet dieses Hinderniß nicht als ein trennendes, wie viele morgenländische Schismatiker, aber das Weh der Mutter über das Loß der in Mischehen lebenden Kinder läßt sie überaus ernste Worte gebrauchen: „Severissime Ecclesia ubique prohibet“ (Can. 1060) *matri-monia mixta*. Auf das strengste verbietet die Kirche solche Mischehen, und zwar überall, also auch in Gegenden, wo Katholiken und Akatholiken in täglichem Verkehr stehen („ubi haereses impune grassantur“).

III. Natur und Aufhören. Das Hinderniß hat eine naturrechtliche und eine rein kirchenrechtliche Seite. „Wenn eine Verfehrung des katholischen Gatten und der Nachkommenschaft droht, so ist eine solche Ehe auch durch das göttliche Gesetz verboten“ Can. 1060. Droht diese Gefahr nicht, so besteht desungeachtet das Verbot der Kirche; mit Recht; denn Zwietracht in der Ehe; — Schaden für den Glauben des katholischen Theils und der Kinder; — unerlaubte Gemeinsamkeit (*communicatio*) in religiösen Dingen und schädlicher Indifferentismus sind die Schäden, welche die Kirche bei Mischehen häufig zu beklagen hat. Leo XIII. in der Enzyklika *Arcanum* v. 10. Febr. 1880. — Das göttlich-rechtliche Hinderniß hört auf durch die Beseitigung der Seelengefahren für Gatten und Kinder; das kirchenrechtliche Hinderniß durch die Belehrung des akatholischen Theiles und durch Dispense. Obwohl von den Ehedispenſen im allgemeinen später genauer gehandelt wird, so erheischt doch die Eigentümlichkeit dieses Hindernisses eine eigene Behandlung.

A. Träger der Dispensgewalt. In dringender Todesgefahr und im „verwickelten Fall“, wenn

ein Refurz nach Rom unmöglich ist, können vom Hindernis der Bekenntnisverschiedenheit dispensieren: a) die Ortsordinarien; b) falls auch diese unerreichbar sind, die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtväter; vgl. jedoch unten § 62. — Sonst steht die Dispensgewalt beim Apostolischen Stuhl, der sie ausübt durch das heilige Offizium Can. 247 § 3 oder durch eigens bevollmächtigte Ortsordinarien; das Hindernis gehört zu jenen höheren Grades Can. 1042 § 3.

B. Die Voraussetzungen jeder Dispense von den Hindernissen der Bekenntnis- und Religionsverschiedenheit werden in den Cann. 1061—63; 1043 aufgezählt: 1) schwerwiegende Gründe; 2) die drei Sicherstellungen (cautelae); 3) die Abwendung der Gefahr a katholischer Trauung.

Zu 1). „Urgeant iustae ac graves causae“ Can. 1061 § 1 n. 1. Die Dispensgründe müssen also hier nicht nur gesetzmäßig, sondern auch schwerwiegend sein, wie ein Nutzen für das öffentliche Wohl; Hoffnung auf Bekehrung des akatholischen Teils; Vermeidung schweren Argernisses (Verhütung der akatholischen Trauung, Legitimierung von bereits vorhandenen Kindern); vgl. *Leitner M.*: *Eherecht*³, S. 237.

Zu 2). Die Sicherstellungen lauten nach dem Roder: „Praestare debet Cautionem coniux acatholicus de amovendo a coniuge catholico perversionis periculo, et uterque coniux de universa prole catholice tantum baptizanda et educanda Can. 1061 § 1 n. 2; coniux catholicus obligatione tenetur conversionem coniugis acatholici prudenter curandi“ Can. 1062. Die wichtigste Sicherstellung ist jene, welche die Taufe und Erziehung der gesamten Nachkommenschaft in der katholischen Kirche betrifft. Da der Roder „moralische Gewißheit“ (Can. 1061 § 1 n. 3) verlangt, so müssen auch die einschlägigen Staatsgesetze beobachtet werden. Daran reiht sich das Versprechen des akatholischen Gatten, daß der katholische Gatte in seiner Religion in keiner Weise gestört und von derselben abwendig gemacht werde; auch diese Bürgschaft soll regelmäßig in einem schriftlichen Akt gemacht werden Can. 1061 § 2. — Der katholische Teil hat die Pflicht, sich in kluger Weise um die Bekehrung des Andersgläubigen zu kümmern Can. 1062. Diese

Forderung ist selbstverständlich; jeder Gatte liebt den andern wie sich selbst gemäß Eph 5, 25—33, darum liebt er vor allem dessen Seele, freilich mit Klugheit durch Beispiel, Gebet und sanfte Güte.

Die religiöse Kindererziehung ist in Deutschland durch das Reichsgesetz v. 15. Juli 1921 nunmehr einheitlich geordnet („Handbuch“ I² S. 269—272). Darnach sind „Verträge über die religiöse Erziehung eines Kindes ohne bürgerliche Wirkung“ § 4. Vom vollendeten 14. Lebensjahr an bestimmt das Kind selbständig sein Religionsbekenntnis; vom 12. Jahre an mit seinen Eltern bzw. Erziehungsberechtigten; vom 10. Jahre an wird es zuweilen gehört. Im allgemeinen gilt: Wer das Erziehungsrecht überhaupt hat, hat auch die religiöse Erziehung zu bestimmen. Wichtig ist § 2 II: „Es kann während einer bestehenden Ehe von keinem Elternteil ohne die Zustimmung des andern bestimmt werden, daß das Kind in einem anderen als dem zur Zeit der Eheschließung g e m e i n s a m e n Bekenntnis oder in einem anderen als b i s h e r erzogen oder daß ein Kind vom Religionsunterricht abgemeldet werden soll“. Dieses Gesetz trat in Kraft in Preußen am 1. Okt. 1921; in Bayern am 1. Januar 1922. — Da eine Sicherung durch Verträge in Zukunft nicht mehr möglich ist, so ordneten die bayer. Bischöfe auf der Freisinger Bischofskonferenz am 7. Sept. 1921 einen E i d für beide Brautleute an, welchen dieselben zu leisten und zu unterzeichnen haben (Passauer WDBl. 1921 S. 172). In diesem Eid wird auch der Abschluß der Ehe ausschließlich vor dem kath. Pfarrer versprochen. Diese Eidesvorschrift hat nicht den Charakter eines Provinzial- sondern nur eines Diözesangesetzes Cann. 292 und 291. Insoweit diese Vorschrift über das allgemeine Recht hinausgeht („in scriptis“), darf es zu keinem verbotenden Ehehindernis gemacht werden Can. 1040. Eine Dispense nicht von den göttlichrechtlichen Sicherungen, sondern von der Form der Sicherungen ist möglich S. Off d. 10. Dec. 1902 (ME. 15, 247).

Zu 3). Die Gefahr a k a t h o l i s c h e r T r a u u n g liegt bei Mischehen nahe. N i e m a l s ist es gestattet, den akatholischen Religionsdiener zum Zwecke der religiösen Trauung aufzusuchen, anders wenn es sich nur um einen sonst unvermeidlichen bürgerlichen Akt handelt Can. 1063. „N i e m a l s“ bedeutet: weder vor noch nach der katholischen Trauung; weder in eigener Person oder durch einen Stellvertreter. Weiß der Pfarrer mit Sicherheit, daß die Brautleute diese Vorschrift übertreten werden oder sie bereits übertreten haben, so darf er solchen Eheschließungen nur aus den gewichtigsten Gründen anwohnen nach Befragen des Ordinarius und Entfernung des Argernisses Can. 1063 § 2. Katholiken, welche sich die religiöse Trauung des akatholischen Religionsdieners holen oder geben lassen, sind der Häresie v e r d ä c h t i g Cann. 2316; 1258; — der dem Ordinarius

vorbehaltenen *E r k o m m u n i k a t i o n* verfallen sie nur dann, wenn sie eine gültige Ehe eingehen („matrimonium ineunt“), Can. 2319 § 1 n. 1; 1063; 19; 2228, was wenigstens nach Auffassung der Protestanten nicht geschieht; denn diese sehen in der bürgerlichen Ehe den eigentlichen Eheabschluß, *S e h l i n g* *Emil*: Kirchenrecht S. 104.

C. *D i e t a t s ä c h l i c h e* *E i n g e h u n g* *v o n* *M i s c h e h e n*. Wenn auch alle Erfordernisse dem Wunsche der Kirche entsprechend sichergestellt sind, so reichen die Mischehen der Kirche nicht zur Freude, sondern zu einer berechtigten Sorge; sie duldet auch nur die einwandfreien zur Verhütung größerer Übel. Dementsprechend richtet sie auch die Eheschließungsformen ein.

1) Nach der Dispense von *mixta religio* oder *cultus disparitas* können *S p o n s a l i e n* gültiger- und erlaubterweise geschlossen werden, und zwar nur in der für die Katholiken vorgeschriebenen Form Can. 1017 § 1.

2) Das *B r a u t e g a m e n* kann und muß auch bei Mischehen vorgenommen werden, besonders in jenen Punkten, welche zur Aufdeckung von Hindernissen gehören, dann aber auch bezüglich der Ehestandspflichten Can. 1033. Freilich die Mahnung zum Sakramentsempfang (Buße und Eucharistie) richtet sich nur an den katholischen Teil. Immerhin wird ein würdiges und kluges Brautegamen nicht verfehlen, auch auf den andersgläubigen Teil einen nachhaltigen Eindruck zu machen.

3) Die *E h e v e r k ü n d i g u n g e n* (*publicationes*) unterbleiben auch nach erlangter Dispense, außer der *Ordinarius* hält die Verkündigungen für zweckmäßig, wobei dann immer die Religion der Brautleute unerwähnt bleibt Can. 1026.

Can. 1026 enthält zwei Normen, welche der Aufklärung bedürfen. a) Der *Ordinarius* kann die Verkündigungen erlauben „*remoto scandalo*“. Zuweilen dürfte auch die Nichtverkündigung Aufsehen, ja Argerniß erregen. — b) „*Mentio omittatur religionis partis non catholicae*“. Damit deutet Can. 1026 an, daß die Religion der Brautleute überhaupt fortgelassen wird; denn die Erwähnung der katholischen Religion bei nur einem Teile würde die Aufmerksamkeit des Volkes auf das abweichende Bekenntnis hinlenken.

4) Die *E h e s c h l i e ß u n g* selbst. Das Wesen der Eheschließung nach Can. 1095 § 1 n. 3 („*requirant excipiantque*

contrahentium consensum“), muß eingehalten werden Can. 1102 § 1. „Alle heiligen Riten sind verboten“; indes kann der Ordinarius die eine oder andere der Zeremonien gestatten („aliquam ex consuetis eccl. caeremoniis“), ja zur Vermeidung größerer Übel auch alle, doch nie die Feier der heiligen Messe („exclusa semper Missae celebratione“) Can. 1102 § 2.

In Deutschland werden fast alle Riten gestattet. Man kann nicht viel dagegen einwenden, da die Andersgläubigen in Traureden und Gesang alles aufbieten, um auch auf die Katholiken Eindruck zu machen. — Verboten ist immer die „Messeier“, also die Brautmesse (missa pro sponso et sponsa) mit dem Brautsegnen, aber auch eine gewöhnliche Messe, deren Zusammenhang mit der Trauung in die Augen fällt, S. C. Inq. d. 17. Jan. 1872. Wohnen dagegen die Neuvermählten dem Meßopfer wie andere Leute bei, so steht nichts im Wege Can. 2259 § 2. Die heilige Messe für die Braut- oder Eheleute aufzuopfern (applicare), ist nicht unterjagt sowohl privatim Can. 2262 § 2 n. 2 als auch öffentlich, da ja der katholische Teil als Stipendiengeber aufgefaßt werden kann.

5) Die Einträge in die Ehe- und Taufmatrikeln geschehen nach Vorschrift des Can. 1103 wie bei rein katholischen Ehen, doch unterbleibt natürlich die Übersendung der Nachricht von der geschehenen Trauung an irgend ein katholisches Taufregister.

6) Der Ort der Trauung ist bei Mischehen nicht die Kirche Can. 1109; indes kann der Ordinarius in allen oder in besonderen Fällen Erlaubnis gewähren, wie bezüglich der Zeremonien Cann. 1109 § 3; 1102 § 2. Dieser Erlaubnis bedarf es nicht bei Trauungen in der Sakristei und in allen nichtöffentlichen Oratorien; vgl. Cann. 1161; 1188; 1191; denn es heißt im Can. 1109 § 3: „extra ecclesiam“.

7) Bezüglich der liturgischen Kleidung gelten entsprechende Grundsätze: einerseits „sine vestibis sacris“, anderseits Möglichkeit der bischöflichen Dispense Can. 1102 § 2, welche auch für alle Fälle erteilt werden kann.

Die Vorschriften des Kirchenrechts in ihrer ganzen Strenge galten für die „passive Assistenzen“, d. h. für jene Assistenten, welche zur Vermeidung größerer Übel dann geduldet wurde, wenn die Bürgschaften ganz oder teilweise fehlten; vgl. Cann. 1102—03. Diese „passive Assistenten“ kam durch den Rodez in Wegfall, S. Off. d. 26. Nov. 1919 (Acta Olomucen. 1920, 96; Archiv f. k. RR. 1920, 28).

D. Pastorelles Verhalten. Can. 1064 gibt für „die Ordinarien und sonstigen Seelenhirten“, abgesehen von der liturgischen Beteiligung, drei wichtige Regeln an:

1) „Fideles a mixtis nuptiis, quantum possunt, absterreant“ (in Katechesen, Predigten, persönlichem Verkehr).

2) „Si eas impedire non valeant, omni studio curent ne contra Dei et Ecclesiae leges contrahantur“ (vgl. Cann. 1060—61).

3) „Mixtis nuptiis celebratis sive in proprio sive in alieno territorio, sedulo invigilent ut coniuges promissiones factas fideliter compleant.“ Doch ist mit der Befolgung dieser Regeln nur die „Lichtseite“ der Mischehen getroffen. Weit schwieriger ist die Behandlung der Schattenseite. Katholiken können in Mischehen leben, welche sie ohne Beobachtung der kirchlichen Form, vor dem akatholischen Religionsdiener und ohne die Sicherstellungen schlossen. Wir müssen darum drei weitere Regeln anfügen:

4) Die ungültig geschlossene Mischehe muß gültig gemacht werden Can. 1965.

5) Fand sie vor dem akatholischen Religionsdiener statt, so muß der katholische Teil mit der Kirche ausgesöhnt werden Cann. 2316; 2319.

6) Wurden die Bürgschaften nicht geleistet, so muß gerettet werden, was zu retten ist Can. 1063 § 2.

Zu 4). Die meisten formlos geschlossenen Mischehen sind ungültig. Seit dem 19. Mai 1918 gilt für alle Mischehen die katholische Eheschließungsform Cann. 1094—99; nur Can. 1098 kennt Ausnahmen hievon. Das gleiche Recht galt vom 19. April 1908 an für alle Mischehen der ganzen Welt, ausgenommen die in Deutschland (Ungarn) von zwei in Deutschland (Ungarn) Geborenen mit wirklichem Ehwillen eingegangenen Mischehen, wenn der akatholische Teil niemals mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehört hatte. Aber auch früher waren nicht wenige Mischehen ungültig, teils aus mangelndem Konsens, teils wegen Nichtbeachtung der tridentinischen Form. Wollen solche in ungültiger Ehe lebenden Katholiken bei ihren akatholischen „Gatten“ bleiben, so wirke der Seelsorger auf die Gültigmachung der Ehe hin, sei es durch die einfache convalidatio nach den Cann. 1136

oder 1137 oder die „*sanatio in radice*“ Cann. 1138 sqq. Nur in besonders schwierigen Verhältnissen kann der Seelsorger die „Eheleute“ im guten Glauben (*bona fides*) belassen.

Zu 5). Wer bis zum 19. Mai 1918 den akatholischen Religionsdiener aufsuchte der religiösen Trauung wegen, sei es in eigener Person, sei es durch einen Stellvertreter, verfiel der Exkommunikation *Al. I n. 1* (der Konst. Ap. Sedis d. 12. Oct. 1869), also der dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltenen Exkommunikation als „*credens haereticis*“. Diese Exkommunikation ist mit dem Inkrafttreten des Kodex verschwunden Cann. 2316; 6 n. 5. Doch muß der dieser Zensur Verfallene von ihr eigens absolviert werden Can. 2248 § 1. — Seit dem 19. Mai 1918 gilt folgende Strafe: „Katholiken, welche eine Ehe schließen (*matrimonium ineunt*) vor dem akatholischen Religionsdiener gegen die Vorschrift des Can. 1063, unterliegen der dem Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation l. s. Can. 2319 § 1. Wie wir oben (S. 254) sahen, tritt nach dem neuen Gesetze leichter der Verdacht der Häresie ein als die Exkommunikation. Darum muß sich die Ausöhnung hauptsächlich auf die Beseitigung der Sünde richten; vgl. Can. 2315.

Zu 6). Wurden die drei Bürgschaften (*cautelae*) bei der Eheschließung nicht geleistet, so müssen sie bei der Ausöhnung des katholischen Teiles beachtet und betont werden. Der katholische Teil muß die Bekehrung des andersgläubigen Teils mit allen erlaubten Mitteln anstreben. Der akatholische Teil darf dem katholischen kein Anlaß zur Verkehrung (*perversio*) werden. Wäre er es dennoch, so müßte bei Ungültigkeit der Ehe auf Trennung der beiden Teile gedrungen werden, bei Gültigkeit auf Scheidung von Tisch und Bett Can. 1131 § 1. Eine schriftliche Bürgschaft ist im günstigen Falle nach Möglichkeit zu erstreben, doch vermeide man jede unnötige Aufregung tatsächlich gut geordneter Verhältnisse. — Das Wichtigste ist die *R i n d e r e r z i e h u n g*. Kann der katholische Teil keinen rechtlichen Einfluß mehr ausüben, so muß er seinen *p e r s ö n l i c h e n* Einfluß geltend machen. Räumt ihm aber das Recht noch einen bestimmenden Einfluß ein, so muß er diesen auch benutzen. Tut der katholische Teil, was in seinen Kräften liegt, so kann er mit der Kirche aus-

gesöhnt werden, doch beachte man die *Exkommunikationen*, welche hier leicht eintreten können:

„Catholici, qui matrimonio uniuntur cum pacto explicito vel implicito ut omnis vel aliqua proles educetur extra catholicam Ecclesiam (2); — Qui scienter liberos suos acatholicis ministris baptizandos offerre praesumunt (3); — Parentes vel parentum locum tenentes qui liberos in religione acatholica educandos vel instituendos scienter tradunt (4); subsunt excommunicationi l. s. Ordinario reservatae“ Can. 2319 § 1; „sunt praeterea suspecti de haeresi“ ibi § 2.

Erläuterung: Die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation trifft die katholische Erziehung oder Taufe von Kindern einer katholischen Person unter gewissen Umständen. — Schließen Brautleute einen Vertrag auf akatholische Kindererziehung, ohne sich zu ehelichen, so sind sie nicht exkommuniziert. — Schließen Eheleute erst geraume Zeit nach der Eheschließung, z. B. bei der Geburt des ersten Kindes, einen solchen Vertrag, so sind sie nicht exkommuniziert. — Schließen Brautleute oder Neuvermählte gar keinen Vertrag, bestimmt jedoch das Staatsgesetz die ganze oder teilweise Erziehung im akatholischen Bekenntnisse, so tritt keine Exkommunikation ein; denn die Bestimmung des Staatsgesetzes ist kein „pactum implicitum“. — Übergeben Stiefeltern oder Verwandte ohne elterliche Gewalt Kinder der akatholischen Erziehung oder dem akatholischen Unterricht, so trifft sie die Exkommunikation des Can. 2319 § 1 n. 4 nicht. — Erziehen Eltern (oder deren Stellvertreter) ihre Kinder selbst akatholisch, so treffen die Strafen des Can. 2319 nicht zu, außer sie haben einen diesbezüglichen Vertrag gemacht. — Falls äußere eheliche Eltern einen Vertrag auf akatholische Kindererziehung schließen, ohne sich zu ehelichen, verfallen sie erst dann der Exkommunikation, wenn sie ihre Kinder der akatholischen Erziehung (Unterricht) ausliefern. — Bei der akatholischen Taufe ist zum Eintritt der Exkommunikation gefordert, daß die Eltern ihre Kinder („liberos suos“) den akatholischen Religionsdienern (also nicht Hebammen oder sonstigen Laien), und zwar ohne entzuldigende Gründe, übergeben Can. 2319 § 1 n. 3. Die Handlungsweise wird entschuldigt durch Unkenntnis, auch durch grobe Unkenntnis (*ignorantia crassa sive supina*) der Tatsache, der Sünde und der Strafe, aber nicht durch selbst gesuchte Unkenntnis (*ignorantia affectata*), ferner durch einen Notfall, durch Unüberlegtheit, schwere Furcht usw. gemäß Can. 2229 §§ 2 u. 3. Die gleichen Entschuldigungsgründe gelten wegen des „scienter“ auch für die Auslieferung der Kinder Can. 2319 § 1 n. 4.

Wird ein Katholik gemäß Can. 2319 § 1 nn. 2—4 von der Exkommunikation getroffen, so ist er auch der Häresie verdächtig („suspectus de haeresi“), aber auch dann, wenn die Exkommunikation nicht eintritt, kann er der Häresie verdächtig werden, wenn seine Handlungsweise eine

freiwillige und wissenschaftliche Förderung der Häresie bedeutet oder wenn sie eine „communicatio in divinis“ (Can. 1258) bildet Can. 2316.

Die kirchlichen Strafen, welche bei Mischehen praktisch werden, müssen im äußeren Forum behandelt werden, wenn der *Kurialstil* oder der kirchliche Obere des äußeren Rechtsbereiches solches verlangt Can. 2251. — Wird von Rom aus *Dispense* gewährt in den Hindernissen der Glaubens- oder Bekenntnisverschiedenheit, so pflegt die *absolutio a censuris* bei der Dispenserteilung verlangt zu werden. Diese Vorschrift ist zu beobachten. — Wurde ein Katholik im inneren Rechtsbereich von Zensuren absolviert und *besteht kein Argerniß*, so kann er sich auch im äußeren Forum als absolviert betrachten. Aber der Obere des äußeren Forums hat das Recht, die Zensur in diesem Forum zu betonen, außer es kann die Absolution im inneren Forum *bewiesen* oder wenigstens rechtmäßig *angenommen* werden. — Würde dennoch das *Argerniß* fortbauern, so bedürfte es einer *Ausöhnung* im äußeren Forum. Wenn nicht, so kann die Behandlung des Falles im äußeren Forum nur dann verlangt werden, wenn ein *Verweis* oder wenigstens eine *Rechtsannahme* im äußeren Forum *unmöglich* ist. Die Absolution kann *bewiesen* werden bei einem Vorgehen im inneren *nicht-sakramentalen* Forum Can. 196; 1047: dagegen kann die Absolution von Zensuren in der *Beicht* nur *präsumiert* werden aus dem Verhalten des *Pönitenten* (andächtiger Empfang der heiligen Sakramente, Lebensbesserung usw.). — Die Behandlung solcher Fälle im äußeren Forum, wie sie in manchen Diözesen, z. B. Regensburg, Köln usw., *vorgeschrieben* war, wird, vereint mit den *Erleichterungen* des Can. 2251, auch in Zukunft großen Nutzen stiften.

§ 52. Der Eheabschluß mit moralisch Behinderten.

Die eigentlichen Ehehindernisse, trennende und verbietende, wurden in den vorausgehenden zwei Abschnitten behandelt. Es erübrigt noch jene Eheschließungen zu würdigen, bei denen Brautleute behindert sind durch gewisse moralische Hemmnisse, nämlich durch den Glaubensabfall und die Zugehörigkeit zu verurteilten Gesellschaften, durch Zensuren und Sünden, endlich durch die Nichterfüllung der kirchlichen oder bürgerlichen Ehevorschriften.

I. Der Abfall vom Glauben und die Zugehörigkeit zu verurteilten Gesellschaften Cann. 1065; 2314 § 1 n. 3; 1240 § 1 n. 1. Obwohl die beiden Vergehen sich bedeutend voneinander unterscheiden, so hat doch der *Kodex* sie hier und auch im Can. 1240 § 1 n. 1 verbunden, weshalb wir sie nicht trennen wollen. — Vor allem sollen die Gläubigen gewarnt, ja abgeschreckt werden von der Eheschließung mit solchen Personen. Sind Katholiken zu einer nichtchristlichen oder

christlichen Sekte abgefallen, so bedürfen die sie heiratenden Personen der Dispense von der Bekenntnisverschiedenheit (*mixta religio*). Sind aber Katholiken zwar vom Glauben abgefallen, haben sie sich jedoch keiner eigentlichen Gesellschaft (*persona moralis*) angeschlossen, so gelten für sie, vorausgesetzt daß ihr Verhalten öffentlich bekannt („*notorie*“) ist, die Vorschriften des Can. 1065 § 2: 1) Der Pfarrer bemühe sich, sie zur Aussöhnung mit der Kirche zu bringen. 2) Gelingt es nicht, so wende er sich an seinen Ordinarius mit einer Darlegung, welcher jener bei gemischten Ehen entspricht („*urgeat gravis causa*“; *satis cautum sit educationi prolis catholicae et amotioni periculi perversionis*). 3) Ähnliches gilt für die Ehen mit „*notorischen Anhängern verurteilter Gesellschaften*“. 4) Handelt es sich um dringende Todesgefahr oder den „*verwickelten Fall*“, so gelten für den Pfarrer und Priester des Can. 1098 (in Gewissensfällen für den Beichtvater) die Normen der Cann. 1043—45. — 5) Eine verbotene „*communicatio in divinis*“ kommt hier, wo kein Sektenan Anschluß vorliegt, weniger in Betracht.

II. Zensurierte. Auch die vom Glauben Abgefallenen und die Anhänger verbotener Gesellschaften sind meistens auch zensuriert; doch gelten für diese die obigen (unter I.) strengeren Vorschriften. Für alle notorisch Zensurierten gelten folgende Normen:

1) Der Pfarrer bemühe sich, sie mit der Kirche auszu-söhnen. — 2) Gelingt es nicht, so verweigere er die Trauung, außer aus einem gewichtigen und dringlichen Grunde, worüber er nach Möglichkeit den Rat des Ordinarius einhole Can. 1066. Entsprechendes gilt für die **öffentlichen Sünder** ibidem.

Ist eine Person eine *persona excommunicata vitanda* oder *p. s.*, so wäre die Trauung nur erlaubt in der Todesgefahr Can. 2261 § 3. Drängt der Abschluß und ist eine Aussöhnung nicht zu erreichen, so kann der Ordinarius eine „*passive Eheassistentz*“ gestatten zur Vermeidung größerer Nachteile. — Ein öffentlicher Sünder ist verpflichtet, zur heiligen Beicht zu gehen Can. 1066. Weigert er sich, so wird mit ihm verfahren wie mit Zensurierten. Hat jemand keine schwere Sünde auf sich, so ist er an sich nicht verpflichtet, zu beichten; doch kann ein Diözesanstatut die Beicht jedesmal vorschreiben S. C. C. in Moguntina d. 28. Aug. 1852. Ein geheimer Todsünder kann sich durch vollkommene Reue in den Gnadenstand versetzen. Kann er das nicht oder liegt ein Diözesangesetz vor, so

muß er beichten. Die unvollkommene Reue, verbunden mit dem Ehesakramente, dürfte die Sünde tilgen; vgl. jedoch Can. 1033.

III. Kirchliche Vorschriften. Die Kirche fordert zur **erlaubten** Eingehung der Ehe: 1) Die **Eheverfügungen**, außer in Todesgefahr und bei Mischehen Cann. 1019—26; 2) die Freiheit von einem kirchlichen **Verbote** Cann. 1039 und 24. Die Eheverfügungen werden eigens behandelt. Ein ausdrückliches Eheverbot kann gegeben werden: a) vom **Beichtvater** aus **sakramentalen**; b) vom **Pfarrer** aus **pastorellen**; c) vom **Ortsordinarius** aus **rechtlichen** Gründen („iusta de causa“) gegenüber allen Brautleuten seines Gebietes und gegenüber den Diözesanen auch außerhalb desselben. In allen diesen Fällen muß das Verbot aufhören, wenn kein Grund mehr vorliegt Can. 1039 § 1. Nur der Apostolische Stuhl kann dem Verbote eine **Ungültigkeitsklausel** („clausula irritans“) anfügen ibi § 2.

IV. Staatliche Vorschriften können an sich die Ehe einer **getauften** Person weder ungültig noch unerlaubt machen Can. 1016. Doch sind die Katholiken verpflichtet, jene Vorschriften der Staatsgewalt zu beobachten, welche sich mit ihrem Gewissen vereinigen lassen, mögen sie nun gerechtfertigt sein („salva competentia civilis potestatis circa mere civiles matrimonii effectus“) oder nicht. Denn es ist eine Forderung des Naturrechtes, auch ungerechtfertigte Nachteile von sich und andern nach Möglichkeit abzuwenden. Im **Deutschen Reiche** und in der **Schweiz** muß nicht nur die „bürgerliche Ehe“ bereits geschlossen sein, sondern hierüber auch eine Bescheinigung vorliegen; vgl. **Leitner M.: Eherecht** S. 251.

Die tatsächliche Eheeingehung.

Wenn ein Katholik sich entschließt, eine Ehe einzugehen, so ist es seine Aufgabe, von diesem Schritte **zunächst** seinen Pfarrer zu verständigen. Dieser kann und soll prüfen, ob der Verehelichung **Hindernisse** entgegenstehen und ob diese unübersteigbar oder zu beseitigen sind. Im ersteren Falle kläre der Seelsorger den Ehemwerber klar und liebevoll auf. Folgt der Aufgeklärte seinem Seelsorger nicht, so **enthalte** sich dieser jeden weiteren Schrittes. — Zeigen sich aber

vorderhand gar keine Hindernisse oder sind diese überbrückbar, so hat der Seelsorger folgende Aufgaben: I. Genauere Prüfung und Aufdeckung der Hindernisse; II. Beseitigung etwaiger Hindernisse; III. Abschluß rechtskräftiger Sponsalien; IV. Assistenz bei der Eheeingehung.

§ 53. Tätigkeit des Pfarrers in Aufdeckung von Ehehindernissen.

„Der trauungsberechtigte Pfarrer muß zu gelegener Zeit sorgfältig prüfen, ob der beabsichtigten Ehe irgend ein Hindernis entgegensteht“ Can. 1020 § 1; 1019 § 1.

Erläuterung: 1) „Zuständig“ ist der trauungsberechtigte Pfarrer Can. 1020 § 1, ob er nun später die Trauung wirklich vornimmt oder nicht. — 2) Rechtzeitig („opportuno antea tempore“) muß die Prüfung geschehen. Darum sollen die Gläubigen, besonders in Predigt und Katechese, angeleitet werden, beabsichtigte Eheschließungen sobald als möglich anzumelden. Das wachsame Auge des Seelsorgers wird sich auch den Anschlagstafeln der Standesämter eifrig zuwenden. — „In der Todesgefahr“ ist eine eingehende Nachforschung oft unmöglich; in dieser Lage „genügt die beschworene Aussage der Ehevererber, sie seien getauft und ohne Hindernis, außer begründete Anzeichen deuten auf das Gegenteil“ Can. 1019 § 2. Natürlich muß der Seelsorger wenigstens dem gesunden Teile die wichtigsten Hindernisse (Eheband, Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft, Verbrechen) vor Augen führen. — 3) Als Gegenstand der Prüfung werden in den Can. 1020—21 folgende Punkte bezeichnet: a) Hindernisse; b) Taufe und Firmung; c) Kenntnis der religiösen Wahrheiten. — 4) Die Art der Prüfung wird ebendort angedeutet: Ein Tauf- und Firmzeugnis ist beizubringen von jenen Personen, welche außerhalb des Pfarrgebietes dieses heilige Sacrament empfangen (besonders von Auslandern, Passauer DOB. 1921 (S. 161) Can. 1021 § 1. Sind Katholiken nicht gefirmt, so sollen sie vor der Eheschließung gefirmt werden, wenn es ohne bedeutenden Nachteil geschehen kann ibi § 2. — Öffentlich Hindernisse (z. B. Standes-Verwandtschaftshindernisse) sollen öffentlich (Can. 1031 § 1 n. 1) erforscht werden; geheim

Hindernisse (Gelübde, Verbrechen, Freiheit der Entschliebung besonders auf Seiten der Braut) aber unter vier Augen und mit kluger Zurückhaltung („caute“). — Die Prüfung der notwendigen Religionskenntnisse kann, wenn sie überflüssig erscheint, weggelassen oder durch anregende Erklärung ersetzt werden Can. 1020 § 2. Sind in einer Diözese eigene Vorschriften über den Akt dieser Prüfung („Aufschreiben“, Anmeldung des Eheabschlusses) vorhanden, so muß sich der Seelsorger darnach richten ibi § 3.

Das Taufbuch gibt nach der neuen Gesetzgebung weitgehende Aufschlüsse über die Standeshindernisse, welche auch im Taufzeugnisse zu erwähnen sind, also über die Firmung; Eheschließung (deren Auflösung Can. 1118); Subdiakonat, feierliche Profess und deren Dispense Can. 470 § 2, so daß also ein gutes Taufzeugnis bei der Nachforschung eine bedeutende und zuverlässige Erleichterung bietet. — Can. 1021 § 1 deutet an, daß auch von einem getauften Katholiken ein Taufzeugnis beizubringen ist. Indes genügen hier auch andere Beweise Can. 779, ja es genügt auch schon die Rechtsannahme der Taufe nach Can. 1070 § 2.

§ 54. Die Eheverkündigungen.

**Publicationes, proclamationes, denuntiationes, bann
sive banna.**

I. **Quellen:** Cann. 1022—31; 462 n. 4; vgl. 998 sqq.

II. **Zweck.** Die vom vierten Laterankonzil allgemein vorgeschriebenen und vom Tridentinum schärfer bestimmten Verkündigungen haben einen doppelten Zweck: a) einmal etwaige Hindernisse aufzudecken; b) die beabsichtigte Ehe vor der Kirche („in facie ecclesiae“) amtlich bekanntzugeben. — Im engsten Anschluß an das Trienter Konzil faßt der Roder diesen Gegenstand in den Cann. 1022—31 zusammen.

III. **Gesetz.** Die Eheverkündigungen müssen vom eigenen Pfarrer in der Kirche während des besuchten Gottesdienstes an drei aufeinanderfolgenden Feiertagen verkündet werden, wenn nicht der Ordinarius ein schriftliches Aufgebot gestattet.

1) „Publice a parochia denuntietur inter quosnam matrimonium sit contrahendum“ Can. 1022. Das Römische Rituale gibt den Gegenstand der Verkündigung noch genauer an in folgender Form: „Es sei allen hier Anwesenden kundgetan, daß der M. und die M.

aus der Familie A. und der Pfarrei B. beabsichtigen, die Ehe miteinander einzugehen“ R. R. t. 7 c. 1 n. 13. Die Religion der Brautleute ist nicht zu erwähnen. Jede ehrenrührige Bemerkung ist wegzulassen; doch kann die Hervorhebung des jungfräulichen Standes der Brautleute nach Landessitte durchaus nicht getadelt werden, da ja die Weglassung der Ehrentitel „Jüngling, Jungfrau“ nur auf bekannte Vergehungen sich stützen kann. — In manchen Gegenden werden Sponsalien verkündet; das ist aber nicht notwendig Can. 1031 § 2 n. 2.

2) „Matrimoniorum publicationes fieri debent a parocho proprio“ Can. 1023 § 1. „Parochus proprius, zuständig“ wird ein Pfarrer durch das Domizil oder Quasidomizil in einer Pfarrei Can. 94.

Unter den zuständigen Pfarrern ist jener verkündigungsberechtigt, an den sich die Brautleute wenden. Die Verkündigungen aber müßten an sich vorgenommen werden: a) an jedem Domizils- und Quasidomizilsorte der Brautleute; b) an jedem Orte, wo sich der Bräutigam nach Vollendung des 14. oder die Braut nach der des 12. Lebensjahres wenigstens 6 Monate aufgehalten haben; c) auch an jenen Orten, wo der Aufenthalt nicht ganz 6 Monate währte, wenn ein Hindernis vermutet wird. Doch hat man im Falle b) und c) Cann. 1023 §§ 2 und 3 die Art der Nachforschung dem weisen Ermessen der Ordinarien zu überlassen, deren Anweisungen maßgebend sind.

Die Verkündigungen müssen an sich vorgenommen werden von jedem „zuständigen Pfarrer, parochus proprius“ der Brautleute Can. 1023 § 1, also vom Pfarrer des Domizils, auch des doppelten Domizils und des Quasidomizils der Braut und des Bräutigams Can. 94, so daß möglicherweise sechs Verkündigungen in Frage kommen. Keine Verpflichtung besteht für den Pfarrer des „Einmonataufenthaltes“ (Can. 1097 § 1 n. 2) und des Aufenthaltes der Wohnsitzlosen Cann. 94; 1032. Indes scheint auch sonst die Verpflichtung zu bestehen und darum praktisch gegenstandslos (Can. 15) zu sein, wenn das Domizil oder Quasidomizil erst seit weniger als sechs Monaten erworben ist und eine Verkündigung anderswo tatsächlich stattfindet Can. 1023 § 2; 994. — Handelt es sich um verwitwete Personen, so genügt in der Regel die Nachforschung bis zur nächst vorausgehenden Eheschließung, da man ja die frühere Prüfung als geschehen voraussetzen kann. — Der zuständige Pfarrer, den die Brautleute um die Verkündigung angehen, hat die übrigen verpflichteten Seelsorger um die Vornahme der Verkündigung zu ersuchen, welche dann einen Bericht einzusenden haben Can. 1029

(Anzeige der etwaigen Hindernisse; Bedigſchein; Erlaubniſſſchein; letzteren, wenn der Pfarrer des Trauungsortes nicht trauungsberechtigt nach Can. 1097 iſt).

3) „Publicationes fiant . . . in ecclesia“ Can. 1024. Zwar iſt mit dem Ausdrücke „ecclesia“ zunächſt die Pfarrkirche gemeint Can. 216 § 1, allein nichts hindert, denſelben auch auf die Filial- und andere Kirchen auszudehnen, wenn der Zweck wenigſtens in gleicher Weiſe erreicht würde; ſelbſt außerhalb der Kirche wäre eine Vornahme zuläſſig, wenn Gottesdienſtfeierlichkeiten zahlreiches Volk anziehen; vgl. Gaſparri P.: Tract. de matr. n. 169.

4) „Publicationes fiant . . . inter Miſſarum ſolemnia, aut inter alia divina officia ad quae populus frequens accedat“ Can. 1024.

Feierliche Gottesdienſte, welche die Gläubigen zahlreich zu verſammeln pflegen, ſind zur Vornahme der Verkündigungen gefordert und genügend, wenn auch im einzelnen Falle verhältnißmäßig nur wenige ſich einfinden, z. B. wegen bedeutender Kälte, Schneefälle uſw.

5) „Publicationes fiant tribus continuis diebus dominicis aliisque festis de praecepto“ Can. 1024. Zu den Sonntagen kommen die gebotenen Feſttag, alſo die zehn Feſttag des Can. 1247 § 1, und zwar immer, wenn feierlicher Gottesdienſt an denſelben ſtattfindet, mögen ſie auch irgendwo abgeſchafft ſein. In Bayern und Preußen kommen noch die zweiten Feiertag von Weihnachten, Oſtern und Pfingſten dazu; in Preußen auch der „Buß- und Bettag“ (S. C. C. d. 11. Dec. 1917). An den übrigen abgeſchafften Feiertagen, ſowie überhaupt an allen ſonſtigen Tagen bedarf es einer Diſpenſe des Ortsordinarius, reg. 53 iur. in 6°. — Die Verkündigungen müſſen ein geſchloſſenes Ganzes bilden; darum heißt es „tribus continuis diebus“. Doch ſoll der Verkündigungszeitraum wenigſtens acht Tage umfaſſen und 15 Tage nicht überſchreiten Cann. 1024—25. — In dem Worte „tribus“ des Can. 1024 liegt das „Dreimal, ſor“ des Trienter Konzils. — Can. 1030 § 1 ſchreibt vor, daß von der letzten Verkündigung an biß zum Tage der Hochzeit drei Tage verfloſſen ſein ſollten, ſo daß gewöhnlich ein Donnerſtag Tag der Verheirathung wäre. Da aber „ein vernünftiger Grund“ entſchuldigt, ſo kann die Hochzeitſfeier ganz

gut am Dienstag vorgenommen werden. Einmal ist es so in vielen Gegenden Sitte; dann würden die von der donnerstagigen Hochzeit nach Hause mitgebrachten Speisen (der „Bescheid“) entweder zur Übertretung des Abstinenzgebotes verleiten oder Schaden leiden.

6) „Wenn innerhalb sechs Monaten die Eheschließung nicht stattfindet, so müssen die Verkündigungen wiederholt werden, außer der Ordinarius urteilt anders“ Can. 1030 § 2.

7) Das schriftliche Aufgebot kann nur vom Ortsordinarius an Stelle der Verkündigungen gestattet werden. a) Inhalt: „Nomina contrahentium, Tauf- und Familiennamen der Brautleute“, freilich mit Beifügungen (familia, paroecia), um jede Verwechslung zu verhindern. b) Ort: „Ad valvas ecclesiae, an der Türe jener Kirche“, in welcher die Verkündigungen stattfinden können. c) Zeit: „Per spatium saltem octo dierum,“ quo spatio „duo dies festi de praecepto comprehendantur“, wenigstens acht Tage lang mit Einschluß zweier Festtage“. Can. 1025.

„Der Anschlag kann von den Seelsorgevorständen aus besonderen Umständen kraft bischöflicher Bevollmächtigung gestattet werden. . . . Derselbe muß mit deutlich lesbarer Hand- oder Maschinenschrift an der äußeren Seite der Kirchthüre oder an einem besonderen schwarzen Brett geschehen, möglichst gegen Witterungseinflüsse geschützt“. Passauer BD. vom 24. Mai 1920 (BDBl. S. 85—86).

8) Das Aufgebot der Mischehen hat zu unterbleiben. Wird es vom Ortsordinarius dennoch gestattet, so muß a) jedes Ärgernis beseitigt sein; b) die päpstliche Dispense von cultus disparitas oder mixta religio vorliegen; c) die Erwähnung der Religion (beider) unterbleiben Can. 1026. In Österr. wird die Verkündigung in der Regel notwendig sein wegen des staatlichen Hindernisses (defectus proclamationum).

9) Das Aufgebot von Ehen domizillloser Personen (proclamationes vagorum) ist im Rechte nicht vorgeschrieben Cann. 1032; 1023 § 1. Indes kann sie der Ortsordinarius (oder sein Bevollmächtigter) vorschreiben, an den sich der Trauungspfarrrer stets — den Notfall ausgenommen — zu wenden hat Can. 1032.

10) Gewissensehen (*matrimonia conscientiae*) werden nicht verkündet („*omissis denuntiationibus*“) Can. 1104.

IV. Dispensen vom Aufgebot. Einer Dispense bedarf es nicht für Ehen von Domizillosen, Mischehen, Gewissensehen, Ehen in Todesgefahr Can. 1032; 1026; 1104; 1019 § 2; in diesen Fällen ist der Freiheitseid zu leisten Can. 1019 § 2; 1023 § 2; 994 § 2 gemäß den Diözesanritualien in der Form des Can. 1622 (unten § 68). „Der zuständige Ortsordinarius kann nach seinem weisen Ermessen aus rechtmäßigem Grunde von den auch in einer anderen Diözese vorzunehmenden Verkündigungen dispensieren (§ 1). — Von mehreren zuständigen Ordinarien hat das Dispensrecht der Ordinarius des Trauungsortes; bei Trauungen außerhalb der zuständigen Bistümer ein beliebiger zuständiger Ordinarius (§ 2)“ Can. 1028. Beabsichtigen demnach Brautleute in einer zuständigen Diözese sich trauen zu lassen, so ist der Ordinarius dieser Diözese dispensberechtigt für alle Verkündigungspflichtigen. Wollen sie in einem Bistum getraut werden, wo sie weder Domizil noch Quasidomizil besitzen, so können sie um Dispense sich an jeden berechtigten Ordinarius wenden. — Der dispensierende Ordinarius muß einen rechtmäßigen Grund haben, der dem vollständigen oder teilweisen Erlaß der Verkündigungen entspricht. Über die Gründe vgl. Regensburger WBl 1920 S. 45; Leitner M.: Eherecht³ S. 259. — Beim teilweisen Erlaß der Verkündigungen muß die gewährte Dispense bei Vornahme derselben ausdrücklich erwähnt werden.

V. Wirkungen der Nachforschungen und Verkündigungen. Die Verkündigungen äußern eine Wirkung zunächst auf die Gläubigen, dann auf den Seelsorger.

1) „Alle Gläubigen sind gehalten, die ihnen bekannten Hindernisse vor Abschluß der Ehe dem Pfarrer oder Ortsordinarius zu offenbaren“ Can. 1027. Außer der Liebespflicht, vom Nächsten Schaden ferne zu halten, wird hier noch ein Kirchengesetz ausgesprochen, welches jedoch nicht unter eigenem schweren Nachteil bindet c. 3 De clandest. (IV 3). — Auch nach Abschluß der Ehe können Hindernisse dem kirchlichen Obern bekanntgegeben werden Can. 1971 § 2.

— Nur jene Hindernisse müssen geoffenbart werden, welche die Gläubigen kennen („impedimenta, si qua norint“) und deren Mitteilung ihnen erlaubt ist. Darum kommt nicht in Betracht die Kenntniss des Beichtvaters, aber auch nicht die durch das Berufsgeheimnis geschützte Kenntniss eines Pfarrers, Arztes, Rechtsanwaltes, einer Hebamme usw. Can. 1755 § 2 n. 1.

2) Die Nachforschungen und Verkündigungen können für die weitere Tätigkeit des Pfarrers ein dreifaches Resultat zeitigen: a) Es stellt sich kein Hindernis heraus; der Seelsorger kann die Brautleute ruhig zur Eheschließung zulassen Can. 1031 § 3.

b) Es entsteht ein Zweifel über das Vorhandensein eines Hindernisses. Die Verkündigungen werden vorgenommen oder fortgesetzt wie gewöhnlich. Der Seelsorger bemüht sich die Sache zu klären durch Erkundigung bei den Brautleuten und bei wenigstens zwei Zeugen, die er nach Umständen vereidigt; letztere Erkundigung fällt weg, wenn die Ehre der Brautleute in Gefahr käme, wie bei geheimen aus einer Sünde entspringenden Hindernissen, z. B. „Verbrechen“. Bleibt der Zweifel ungeklärt, so wende er sich an den Ordinarius ibi § 1. Handelt es sich um ein rein kirchentliches Hindernis, so bedarf es keiner Dispense, wenn der Zweifel ein Gesetzeszweifel (dubium iuris) ist; ist es aber ein Tatsachenzweifel (dubium facti), so kann der Ordinarius dispensieren, wenn der Apostolische Stuhl zu dispensieren pflegt; also nicht bei den Hindernissen der Priesterweihe, der Schwägerschaft aus vollzogener Ehe in der geraden Linie. Diese Dispense hat endgültige Bedeutung. — Bezieht sich der Zweifel auf ein göttlich-rechtliches Hindernis, so verfügt der Roder folgendes: a) Bei der Impotenz wird der Zweifel als nicht bestehend betrachtet Can. 1068 § 2; b) beim Hindernis des Ehebandes wird wenigstens moralische Gewißheit über die Nichtigkeit oder Lösung der früheren Ehe verlangt Can. 1069; c) bei der Blutsverwandtschaft (gerade Linie, 1. Grad der Seitenlinie) wird die Ehe nicht gestattet Can. 1076 § 3.

c) Ist das entdeckte Hindernis gewiß und öffentlich, so werden die Verkündigungen nicht angefangen, auch wenn eine geheime Dispense schon vorliegt, aber stets fort-

gesetzt. — Ein sicheres und geheimes Hindernis hindert die Verkündigungen nicht ibi § 2. Ist das öffentliche oder geheime Hindernis dispensierbar und wünschen die Brautleute dispensiert zu werden, so muß der Seelsorger ihnen behilflich sein, die Dispense zu erlangen.

§ 55. Die kirchlichen Ehe dispensen. Grundsätzliches.

Die kirchlichen Ehehindernisse können in verschiedener Weise gehoben werden: a) durch den Verlauf der Zeit, z. B. das Hindernis des Alters, des zeitlichen Gelübdes; b) durch die **T ä t i g k e i t** der Brautleute selbst, z. B. durch Sezung des richtigen Konsenses, durch die Bekehrung zur katholischen Kirche bei Irr- und Ungläubigen; c) durch **ä u ß e r e U m s t ä n d e**, wie durch den Tod beim Hindernisse des Ehebandes, durch **S ä k u l a r i s i e r u n g** bei Ordensleuten, durch Aufhören des **s t a a t l i c h e n** Hindernisses bei der gesetzlichen Verwandtschaft usw. Weitaus am häufigsten geschieht jedoch die Beseitigung des Hindernisses durch die Dispense der kirchlichen Oberen. Wir behandeln nunmehr: Begriff und Einteilung, Gegenstand; Träger der Ehe dispensen.

A. Begriff und Einteilung.

I. Quellen: Cann. 1040—57; 15; 80—86; 247 § 3; 249; 251 § 3; 257 § 2; 1119; 1962—85; S. C. de Prop. Fide d. 9. Maii 1877.

II. Begriff. Unter kirchlicher Ehe dispensen versteht man den **rechtmäßigen Erlaß eines eherechtlichen Gesetzes in einem bestimmten Falle**. Can. 80: „*legis in casu speciali relaxatio*“.

Das „eherechtliche Gesetz“ ist hier hauptsächlich ein verbietendes oder trennendes Ehehindernis Cann. 1058—80. — Das Gesetz verpflichtet auch in dem bestimmten Falle, allein der Obere erläßt die Verpflichtung: würde der Obere einen Fall in das Gesetz gar nicht einschließen, so hätten wir die **E p i k i e**. — **R e c h t m ä ß i g** ist der Erlaß, wenn der Dispensierende zuständig, das Hindernis dispensierbar und der Grund „gerecht und vernünftig“ ist Can. 84.

III. Einteilung. Man teilt die Ehe dispensen ein:

1) **r ü c k s i c h t l i c h** des kirchlichen Obern in **p ä p s t l i c h e** und **b i s c h ö f l i c h e** (Dispensen des Pfarrers, Beichtvaters usw.);

2) hinsichtlich des Geltungsbereiches in Dispensen des äußeren und des inneren Forums;

3) bezüglich des Bestandes der Ehe in Dispensen zum Abschluß und solche zur Gültigmachung einer Ehe;

4) in Rücksicht auf die Ausführung in Dispensen vollständig gewährter (*forma gratiosa*) und zum Vollzuge übertragener Gnade (*forma commissoria*);

5) in Hinsicht auf das Tagewesen in Dispensen, erteilt in Form der Vornehmen, Armen und in gewöhnlicher Form (*forma nobilium, pauperum, communi*). An sich ist die Dispensation von den kirchlichen Hindernissen dem Apostolischen Stuhle reserviert, doch gewähren sowohl der Roder selbst als auch Apostolische Indulte den Ordinarien gewisse Dispensvollmachten. Die Indulte des äußeren Forums haben in letzter Zeit zwar geschwankt, doch will der Apostolische Stuhl neuerdings doch wieder solche den kirchlichen Oberhirten gewähren.

B. Gegenstand der kirchlichen Dispensgewalt. In allen jenen Hindernissen, welche dem bloßen Kirchenrechte angehören, kann die Kirche auch dispensieren. In den Hindernissen des göttlichen Rechtes müssen wir unterscheiden: Hindernisse, deren Verpflichtung dem menschlichen Willen (ohne ein weiteres Band) entspringen, und die sonstigen Hindernisse. Bei ersteren ist eine Dispense möglich, bei letzteren nicht. Dies vorausgeschickt, geben wir einen kurzen Überblick über die Dispensierbarkeit der einzelnen Hindernisse.

I. Hindernisse des göttlichen Rechtes. 1) Alle Hindernisse des fehlenden Konsenses, undispensierbar Can. 1081 § 1; 2) *Impotenz*, undispensierbar Can. 1068 § 1; 3) *Ehebänd*, wenn vollzogen, undispensierbar Can. 1118; wenn nicht vollzogen, dispensierbar durch den Stellvertreter Christi Can. 1119; 4) *Blutsverwandtschaft*, gerade Linie und 1. Grad der Seitenlinie, undispensierbar Can. 1076; 5) *Gelübde* (trennendes und verbietendes Hindernis), dispensierbar Cann. 1311—13.

II. Hindernisse des rein kirchlichen Rechtes. Niemals wurde amtlich erklärt, welche Hindernisse dem göttlichen, welche dem rein kirchlichen Rechte angehören, obwohl eine solche Scheidung nahe läge; vgl. Can. 1043 sqq.

Wir rechnen zu den rein kirchenrechtlichen Hinderniſſen: 1) das des Alters Can. 1067; 2) des Irthums hiñſichtlich des Sklavenſtandes Can. 1083 § 2 n. 2; 3) der Entführung Can. 1074; 4) der höheren Weihe Can. 1072; 5) des feierlichen Ordensgelübdes Can. 1073; 6) der Blutsverwandtſchaft in der Seitenlinie, abgeſehen vom ungemischten 1. Grad; 7) der Schwägerſchaft Can. 1077; 8) des öffentlichen Anſtandes Can. 1078; 9) der geiſtlichen Verwandtſchaft Can. 1079; 10) der geſeglichen Verwandtſchaft Cann. 1059; 1080; 11) des Verbrechens, Can. 1075; 12) der Glaubens- und Bekenntniſsverſchiedenheit Cann. 1070; 1060; 13) der Alandeſtinität Cann. 1094 ſqq.

Sehr wahrſcheinlich gehören zum Gebiete des göttlichen Rechtes die Hinderniſſe der Furcht (Can. 1087 § 1) und der Biſchofsweihe (Cann. 1072; 1043).

III. Trotzdem die Hinderniſſe der Prieſterweihe und der Schwägerſchaft aus vollzogener Ehe in der geraden Linie dem bloßen Kirchenrechte angehören, werden ſie von der Diſpenſsgewalt der Ordinarien uſw. nach Can. 1043 ausdrücklich ausgenommen, wie dies ſchon biſher immer geſchah. Sehr ungern wird diſpenſiert im öffentlichen Hinderniſſe des Gattenmordes (Can. 1075 nn. 2 et 3) und in der Blutsverwandtſchaft, ſooft in der Seitenlinie der 1. Grad berührt wird.

C. Träger der Diſpenſsgewalt in Eheſachen. Im Roder werden fünf Träger der Ehedispenſsgewalt namhaft gemacht: Apoſtoliſcher Stuhl, Ortsordinarius, Pfarrer, Prieſter des Can. 1098 und Beichtvater. Der eigentliche und ordentliche Träger dieſer Gewalt iſt der Apoſtoliſche Stuhl Cann. 81; 1040. Der Papſt übt das Diſpenſrecht aus durch ſeine Behörden in Rom; drei davon ſind ordentliche, drei aber außerordentliche Diſpenſbehörden. Zur beſſeren Marſtellung ſeien hier zuerſt die außerordentlichen Diſpenſbehörden behandelt: Religioſenkongregation, Orientalenkongregation, Staatsſekretarie.

I. Die Religioſenkongregation gewährt den männlichen und weiblichen Religioſen die Möglichkeit, eine Ehe einzu-

gehen durch Säkularisierung Can. 640 § 1 n. 2; durch Entlassung Cann. 648; 669 § 1 oder Dispense Can. 251 § 3; sonst sind die ordentlichen Dispenzbehörden zuständig.

II. Die Orientalenkongregation besitzt für die Mitglieder der unierten morgenländischen Kirchen alle Vollmachten der sonstigen Dispenzbehörden, einzig ausgenommen die beim Paulinischen Privileg etwa notwendigen Dispenzen Cann. 257 § 2; 247; S. C. Cons. d. 12. Nov. 1908.

III. Die Staatssekretarie erledigt alle Dispenzen in Breveform Can. 263 n. 3, während die Bullenform von der Apostolischen Kanzlei besorgt wird Can. 260 § 1. Auch dürften die Dispenzen der Staatsoberhäupter, besonders wenn sie im Zusammenhange stehen mit politischen Ereignissen, im Einvernehmen mit der Kanzlei der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten von der Staatssekretarie behandelt werden Cann. 263 n. 1; 255. — Die ordentlichen Dispenzbehörden sind: das heilige Offizium; die Pönitenziarie, die Sakramentenkongregation.

IV. Das heilige Offizium ist ausschließlich zuständig beim Paulinischen Privileg; ebenso (abgesehen von der Orientalenkongregation) bei den beiden Hindernissen der Glaubens- und Bekenntnisverschiedenheit (cultus disparitas; mixta religio) Can. 247 § 3. Diese Kongregation gibt auch die notwendigen Vollmachten auf eine Reihe von Jahren oder eine Anzahl von Fällen.

V. Die Pönitenziarie (Sacra Poenitentiaria) besitzt seit dem 3. November 1908 nur mehr Vollmachten für den Gewissensbereich; ihre Zuständigkeit umfaßt „gratias, absolutiones, dispensationes, commutationes, sanationes, condonationes pro foro interno“ Can. 258 § 1. Das innere oder Gewissensforum umfaßt alle geheimen Fälle in und außerhalb der heiligen Beicht Cann. 196; 1047. Von größter Bedeutung ist hier, den Begriff „geheim“ klar festzustellen. Der Kodex gibt nämlich eine doppelte Erklärung. „Öffentlich ist ein Hindernis, welches im äußeren Forum bewiesen werden kann; sonst ist es geheim“ Can. 1037. „Öffentlich ist ein Vergehen, dessen Kennntnis verbreitet ist oder leicht verbreitet werden kann; sonst ist es geheim“ Can. 2197 nn. 1; 4.

Manche Erklärer des Roder, wie A n e c h t Aug.: „Grundriß des Eherechts“ 1918 S. 54, 102; B ö s c h l Arnold: „Kath. Kirchenrecht“ § 56 II 313; M o l d i n Hier. S. J.: „De iure matrimoniali“ (1919) n. 60 pag. 65 nehmen für die Vollmachten der Pönitenziarie den Begriff „geheim“ an, wie ihn Can. 1037 bietet: „Geheim ist ein Hindernis, das im äußeren Forum nicht bewiesen werden kann“. Doch scheint die gegenteilige Ansicht, welche auch bisher galt, die richtige zu sein. Bisher (bis 19. Mai 1918) galt: Ein Hindernis ist dann geheim, wenn es seiner Natur nach im verborgenen sich entwickelt und wenn es unbekannt ist. Der Natur nach geheim waren früher: die Hindernisse der illegitimen Schwägerschaft (der Blutsverwandtschaft und geistlichen Verwandtschaft, welche eine außereheliche Geburt zur Voraussetzung hatten), des Verbrechens, des Privatgelübdes und (vor dem 19. April 1908) des öffentlichen Anstandes aus geheimen Sponsalien. Nach dem neuen Rechte bleiben nur die Hindernisse des Verbrechens, der privaten Keuschheitsgelübde und der Blutsverwandtschaft aus außerehelichem Verkehr. Sollen diese Hindernisse unter den Rechtsbereich der Pönitenziarie fallen, so müssen sie auch der Tatsache nach geheim d. h. niemandem oder nur wenigen verschwiegenen Personen bekannt sein. Die Zahl der Personen richtet sich nach der Zahl der Einwohner des Ortes, also höchstens bis drei in Dörfern, bis fünf in mittleren, bis zehn in größeren Orten. — „Ganz geheim“ war und ist ein Hindernis, um welches nur die beteiligten Personen wußten oder außer diesen höchstens eine verschwiegene Person. — „Materiell öffentlich, formell geheim“ war und ist ein Hindernis, dessen Grundlagen zwar bekannt sind, aber so, daß das ausschlaggebende Moment geheim bleibt. Bekannt ist, daß aus der Zivilehe des Tiberius mit Klaudia ein Kind hervorging, aber geheim ist, daß Klaudias Ehemann noch lebt.

Daß die Bedeutung „g e h e i m“ im Sinne des Can. 2197 nn. 1. 4, nicht des Can. 1037 gilt, ergibt sich aus folgenden Erwägungen: 1) Die Pönitentiarie gibt nicht nur dispensationes und sanationes, sondern auch absolutiones und condonationes etc. „pro foro interno“, also in geheimen Fällen. Schon das Wort „Poenitentiaria“ deutet auf das Bußwesen, welches Vergehen zu würdigen, zu sühnen und zu verbessern hat. Darum kommt Can. 2197 zunächst und wegen der Einheitlichkeit der Be-

handlung ausschließlich in Frage; vgl. auch die Can. 990; 1045 § 3; 2314 § 2. — 2) Würde der Begriff „geheim“ nach Can. 1037 angewendet, so wäre es um die Vollmachten der Pönitenziarie beinahe geschehen. Denn beweisbar (probari potest) ist fast jedes Hindernis, da nicht nur Dokumente und Zeugen, sondern auch ein einwandfreies Geständnis genügt Can. 1791; 1751; 2314 § 2. — 3) Man wende nicht ein: Bei dieser Annahme ist ja Can. 1037 gegenstandslos. Denn seine Begriffe „öffentlich, geheim“ gelten für die Gültigmachung einer Ehe gemäß Can. 1135; vgl. Linneborn Joh.; Eherecht³, S. 88 f.; Archiv 102, 1 ff. (Hilling); QdS. 77, 131 (Haring).

VI. Alle sonstigen Ehedispenssachen, stehen der **Sakramentenkongregation** zu. Diese Kongregation, ins Leben getreten am 3. November 1908, behandelt in drei Abteilungen (sectiones) die Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit; die erste Sektion beschäftigt sich ausschließlich mit dem Ehedispenswesen. Leichtere Fälle werden von dem Vorstande dieser Sektion (dem Untersekretär) erledigt, während die wichtigeren und schwierigeren durch den Sekretär oder den Kardinalpräfekten der Kongregation verabschiedet werden. In den Ferien (10. September bis 31. Oktober) werden nur die gewöhnlichen Dispensen behandelt, die übrigen finden ihre Erledigung — abgesehen von besonders dringlichen Fällen — erst vom November an.

Die Dispensbehörden während der Erledigung des Päpstlichen Stuhles behalten die gewöhnlichen Vollmachten bei. Handelt es sich aber um außerordentliche Fälle, so werden sie dem künftigen Papste vorbehalten, außer sie erlitten keinen Aufschub. Dann kann das Kardinalskollegium dem Kardinalsekretär des heiligen Offiziums oder dem Kardinalpräfekten der einschlägigen Kongregation die einstweilige Erledigung übertragen, während der Großpönitentiar ohnedies mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet ist; vgl. Ben. XIV. in Const. „Pastor bonus“ d. 13. Ap. 1744 §§ 51—55; Pius X. in Const. „Vacante“ d. 25. Dec. 1904 nn. 16 sqq.; Leitner M.: Eherecht³, S. 275.

Das Dispensgesuch.

Der Kodex enthält keine besonderen Vorschriften über die Dispensgesuche, wenigstens unmittelbar; vgl. jedoch die Cann. 1048—57; 84. Wir behandeln darum die Dispensgesuche nach der bisherigen bewährten Praxis, mit Hinweg-

lassung dessen, was seit dem 19. Mai 1918 unnütz oder abgeschafft erscheint. Da das Gesuch verschieden ist, je nachdem es eine Gnade des ä u ß e r e n oder des i n n e r e n Forum erbittet, so wollen wir zunächst die Gesuche des äußeren Forum behandeln, um dann die Ausführungen als Grundlage auch für Gesuche des inneren Forum verwenden zu können.

§ 56. Das Dispensgesuch bei öffentlichen Hindernissen.

Wenn irgend ein öffentliches Ehehindernis zutage tritt, so hat der Seelsorger das Dispensgesuch an den eigenen O r d i n a r i u s zu richten. Freilich bleibt es den Bittstellern, sowie deren Seelsorgern unbenommen, sich jederzeit unmittelbar an den Apostolischen Stuhl zu wenden. Für gewöhnlich empfiehlt sich aber dieses Vorgehen nicht; denn a) der Ordinarius kann bereits Vollmachten in der Sache haben, vgl. Cann. 81; 1045 §§ 1 und 2, wodurch Zeit und Geld erspart wird; b) der Ordinarius kennt besser die Vorschriften des Kurialstiles, weshalb er das einlaufende Gesuch zu verbessern oder zu ergänzen vermag; c) der Apostolische Stuhl kennt in der Regel die Bittsteller (die Seelsorger) nicht, weshalb die Rückleitung an den Ordinarius notwendig wird. — Häufig haben die Ordinarien genaue Normen in der Abfassung von Dispensgesuchen erlassen, welche im Interesse der Sache gewissenhaft zu beobachten sind.

Will man das Gesuch genau abfassen, so beachte man folgende fünf Punkte: Person der Bittsteller; Hindernis (Hindernisse); Dispensgrund (Dispensgründe); Taxen; besondere Umstände.

I. Die Bittsteller (oratores) oder Gesuchsteller (exponentes) (nicht Brautleute, sponsi) sind zu kennzeichnen durch N a m e n (nomen et cognomen), A l t e r, G e b u r t s u n d W o h n o r t (an den Ordinarius, nach Rom durch das Bistum des Wohnortes) und R e l i g i o n. Das Wesentliche hierbei besteht darin, daß die Bittsteller von jeder Verwechslung von andern geschützt sind, indes gibt die genaue Angabe der vier Bezeichnungsarten dem Gesuche und dem kirchlichen Obern einen lichtvollen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse. — Das Bittgesuch nennt immer beide Ehewerber, jedoch geschieht die Bitte nicht immer im Namen der beiden, sondern

wenn das Hindernis nur einen bindet, zunächst nur im Namen des gebundenen Teils, z. B. des katholischen Teils bei Mischen, des Professen, des Majoristen usw. Can. 1036 § 3.

II. Das Hindernis muß nach **Art, Grad und Zahl** genau umschrieben sein. Wenn das Hindernis genau beschrieben ist, so verschlägt ein Irrtum in den Kunstausdrücken nichts. Wird in einer Diözese ein **Stammhaus** (schema genealogicum) bei Verwandten vorgeschrieben, so muß er beigebracht werden, wenn auch in Rom eine genaue Beschreibung des Hindernisses genügt, jedenfalls fördert er die Klarheit und Übersichtlichkeit. Übrigens hat die Einschränkung der Hindernisse durch den Roder das Vorgehen bedeutend erleichtert. Treffen **mehrere Hindernisse gleichen Rechtsbereiches** zusammen, so müssen **alle** aufgezählt und genau umschrieben werden. Sind diese Hindernisse **alle** **bischöflicher Dispensgewalt**, so kann der Bischof von allen diesen dispensieren Can. 1049 § 2 (anders bis zum 19. Mai 1918). Sind alle vorkommenden Hindernisse der **päpstlichen Dispensgewalt** vorbehalten oder treffen **päpstliche und bischöfliche Hindernisse** in einem Falle zusammen, so muß das Gesuch nach Rom gerichtet werden. Wird aber ein **Hindernis bischöflicher Dispense** erst entdeckt, nachdem der Apostolische Stuhl bereits dispensiert hatte, so kann der Ordinarius seine Gewalt ausüben. Wird ein **päpstliches Hindernis** erst entdeckt, nachdem der Ordinarius von dem seinen bereits dispensiert hatte, so muß in dem Gesuche nach Rom auch des **bischöflichen Hindernisses** (mit gewährter Dispense) Erwähnung geschehen Can. 1050. — Treffen **mehrere gleiche Hindernisse** zusammen, so gelten die gleichen Regeln. — Treffen **öffentliche und gleiche Hindernisse** in einem Falle zusammen, so werden die Hindernisse eines jeden Forum so behandelt, als ob sie nur allein beständen, da ja nach dem Roder die Dispensation teilbar ist, während früher eine einheitliche Dispensbehandlung im **innern Forum** notwendig war. Jedenfalls tut man gut, in den Dispensgesuchen an die heilige Pönitenziarie auch die öffentlichen Hindernisse zu erwähnen, von denen bereits dispensiert wurde oder für welche Dispense erbeten wird; denn die Dispense der Pönitenziarie gilt unter Umständen auch für das **äußere Forum** Can. 1047.

1) Unrichtig wären folgende Bezeichnungen eines Hindernisses: Die Bittsteller sind verwandt (*species*), blutsverwandt (*species infima*) in der Seitenlinie (*linea*). Richtig muß es heißen: Die Bittsteller sind blutsverwandt im 3./2. Grad der ungleichen Seitenlinie. — 2) Für die Blutsverwandtschaft im reinen 1. Grad der gleichen Seitenlinie gibt es keine Dispense Can. 1076 § 3. Aber auch wenn der 1. Grad nur berührt wird (3./1., 2./1.), muß mit größter Strenge vorgegangen werden. Ein Erlaß der Dataria vom 19. Juni 1895 fordert wirkliche kanonische Gründe, die eigenhändige Ausarbeitung („*litteris manu propria exaratis*“) und begründete Empfehlung des Gesuches durch die *B i s c h ö f e*. — 3) Es empfiehlt sich, in den Gesuchen ausdrücklich festzustellen, daß außer dem erwähnten Hindernisse bzw. den etwaigen Hindernissen trotz sorgfältiger Nachforschung weitere nicht auftauchten.

III. Gründe für das Gesuch. Hören wir Can. 84: „Von einem Kirchengesetze werde nicht dispensiert ohne einen rechtmäßigen und vernünftigen Grund, welcher der Wichtigkeit des Gesetzes, von welchem dispensiert wird, entspricht; ohne einen solchen Grund wäre die von einem untergeordneten Obern erteilte Dispense unerlaubt und ungültig (§ 1). Im Zweifel, ob der Grund hinreichend ist, kann die Bitte erlaubterweise gestellt und die Gnade erlaubter- und gültigerweise gewährt werden (§ 2).“

1) Der P a p s t kann in reinen Kirchengesetzen *s t e t s* g ü l t i g dispensieren; zur Erlaubtheit braucht auch er einen Grund; in g ö t t l i c h e n Gesetzen, welche der Lösungsgewalt des Papstes unterstehen, wäre die Gültigkeit gefährdet, wenn gar kein Grund vorläge; vgl. Cann. 1119 (*dispensatio super rato*); 1121 § 2 (*declaratio de interpellationibus*); 1313 (*vota*). — Die Ordinarien können in ihren eigenen Gesetzen gültigerweise auch ohne Grund dispensieren, sonst bedürfen sie stets „eines rechtmäßigen und vernünftigen Grundes“. Alle Personen, welche Untergebene sind Can. 84 § 1, müssen auch zur Gültigkeit stets einen Grund haben. — Als Grund, welcher angeführt werden kann, gilt sowohl ein offenbar als auch ein zweifelhaft h i n r e i c h e n d e r Grund, dagegen nicht ein Vorwand, von dem man zweifelt, ob er vielleicht ein Grund ist. Im ersten Falle ist sicher ein Grund vorhanden, nur ist zweifelhaft, ob er hinreicht; das genügt. Im zweiten Falle ist es fraglich, ob überhaupt ein Grund vorhanden ist.

2) E i n t e i l u n g der Dispenzgründe: a) E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e (*causae motivae sive finales* Cann. 42 § 2; 1054) und B e f ö r d e r u n g s g r ü n d e (*causae im-*

pulsivae). Welches die *causa motiva* war, weiß der Dispensierende. Wird im *Rescripte* nur ein Dispensgrund angegeben, so ist dieser die *causa motiva*. Bei den Hindernissen *höheren Grades* spielt diese Einteilung eine bedeutende Rolle. — b) *Ehrbare* (*causae honestae*) und *ehrernrührige* Gründe (*causae inhonestae, famosae, turpes*); letztere sind gegeben, wenn der Grund einen sittlichen Mangel des Bittstellers (der Bittsteller) enthält. Seit 3. November 1908 (Neuordnung der Römischen Kurie) hat diese Einteilung an Bedeutung wesentlich verloren. Jedenfalls darf man ehrenrührige Gründe, wie Geschlechtsverkehr, Schwangerschaft, außereheliche Kinder, in öffentlichen Gesuchen nur dann anführen, wenn die Tatsachen öffentlich bekannt sind. Die Kirche will keinen Verlust des guten Rufes. — c) *Kanonische* und *nichtkanonische* Gründe. Kardinal Gasparri läßt als „kanonische Gründe“ gelten die „*iustae et rationabiles causae, habita ratione gravitatis legis a qua dispensatur*“ Can. 84 § 1; vgl. seinen Index zum kirchlichen Gesetzbuch v. „*causae canonicae*“. Daraus folgt, daß es für die Ehedispensen eigene „kanonische Gründe“ d. h. Gründe, welche das Recht als solche bezeichnet, nicht mehr gibt. Doch tun wir gut, auch jetzt noch die Instruktion der Propagandafongregation vom 9. Mai 1877 eifrig zu Rate zu ziehen; vgl. *Leitner M.: Eherecht*³ S. 280 ff.

Die Propagandafongregation gab am 3. Mai 1877 folgende Gründe an:

1) *Angustia loci*. Die Bittstellerin stammt aus einem kleinen Orte (nicht Pfarrei) oder wohnt in einem kleinen Orte, wo es ihr schwer ist, einen Bräutigam gleicher Lage zu finden außer unter ihren Verwandten oder überhaupt unter Behinderten. *Klein* ist der Ort, der nicht über dreihundert Feuerstellen (*foci*) mit ungefähr 1500 Einwohnern zählt. Mehrere Orte werden zu einem gerechnet, wenn sie nicht weiter als eine Viertelstunde entfernt sind. *Angustia locorum* wird gesagt, wenn auch des Bittstellers Heimat oder Wohnort in angeführtem Sinne beschränkt ist. Es empfiehlt sich genau zu betonen: *Angustia loci, ubi habitat vel orta est Oratrix*.

2) *Aetas feminae superadulta*. Dieser Grund gilt für eine ledige Frauensperson, welche das 24. Lebensjahr bereits überschritten hat (Angabe des genauen Alters, z. B. 30 Jahre); auch der Eintritt ins 24. Jahr kann mit Nutzen betont werden (*proxima superadulatae*).

3) *Deficientia aut in competentia dotis* (*feminae*).

4) *Lites super successione bonorum iam exortae, vel earundem grave aut imminens periculum.*

5) *Paupertas viduae.* Diese vermögensrechtlichen Gründe reichen zuweilen für schwierige Dispensen hin. So wurde einmal dispensiert wegen Vermeidung von großen Prozessen im 2./1. Grade der Blutsverwandtschaft.

6) *Bonum pacis* gilt für Völker, Gemeinden und Familien, auch abgesehen von Prozessen über Vermögensfragen.

7) *Nimia, suspecta, periculosa familiaritas necnon cohabitatio sub eodem tecto quae facile impediri non potest.*

8) *Copula — praegnantia — legitimatio prolis.*

9) *Infamia mulieris.* Wichtige Gründe, um so schwerwiegender, je mehr der Ruf der Bittstellerin Schaden gelitten hat und eine Legitimierung des Kindes notwendig ist; vgl. Can. 1043.

10) *Revalidatio matrimonii*, die Gültigmachung einer bereits bestehenden, meist vollzogenen, oft mit Kindern belasteten Ehe. Gesah der Abschluß im guten Glauben, so gilt der Grundsatz *Beati possidentes*, aber auch wenn die nichtige Eheeingehung mit Bewußtsein gesah, bleibt noch das Gewicht der unter 9 angeführten Gründe.

11) *Periculum matrimonii mixti, vel coram acatholico ministro celebrandi.* Wie sehr der Apostolische Stuhl bestrebt ist, Glaubensgefahren von seinen Kindern ferne zu halten, ersehen wir aus seinen früheren Anweisungen, z. B. an die Bischöfe Bayerns, der oberrheinischen Kirchenprovinz und Ungarns, aber auch aus dem Roder Cann. 1102 § 2; 1109 § 3.

12) *Periculum incestuosi concubinatus.*

13) *Periculum matrimonii civilis.*

14) *Remotio gravium scandalorum.*

15) *Cessatio publici concubinatus.* Diese Gründe gelten, wie man sieht, zur Abstellung bereits vorhandener oder ernstlich drohender Argernisse. — Bei Eingehung einer Ehe vor dem akatholischen Religionsdiener seit 19. Mai 1918 fällt auch noch die Ungültigkeit solcher Ehen Can. 1099 ins Gewicht (13).

16) *Excellentia meritorum.* Die Kirche will auch jenen Personen gegenüber etwas nachgiebig sich zeigen, welche sich um das Wohl der Kirche, des Staates, der Gesellschaft Verdienste erworben haben.

Außer diesen von der Anweisung der S. C. de Pr. F. aufgezählten Gründen gibt es noch andere, welche, wenigstens aus mehreren geeint, eine „*causa iusta et rationabilis*“ auch für *impedimenta maioris gradus* (Can. 1042) abgeben können. Diese Gründe liegen auf seiten der Bittstellerin, des Bittstellers, beider oder auf seiten der Eheschließung selbst. Meist sind es geistige oder körperliche Notlagen, dann aber auch eine gewisse Angemessenheit der Eheschließung.

Jedes Dispensgesuch muß wenigstens einen Dispensgrund enthalten, welcher mit einem Schlagwort, z. B. *Aetas superadulta*, anzugeben, und dann genauer zu beschreiben ist, z. B. die Bittstellerin, eine brave Jungfrau,

zählt bereits 32 Jahre; oder *Remotio scandalorum*, die Bittstellerin lebt schon seit vier Jahren mit dem Bruder ihres Mannes in sündhaftem Verhältnis, aus dem zwei Kinder hervorgingen. — Trotz der Notwendigkeit des Grundes im Gesuche findet sich im Rescripte zuweilen ein Grund nicht ausgedrückt, sondern nur angedeutet, so wenn es heißt „*Ex certis rationabilibus causis*“, worunter besondere Verdienste, auch die besondere Freigebigkeit der Bittsteller bei Gelegenheit der Dispense angedeutet werden kann; zuweilen wird durch diese „*Dispensatio sine causa*“ ein ehrenrühriger Grund verdeckt.

IV. Die **Dispenstaxen** sind Abgaben in Geld, welche die Bittsteller bei Gelegenheit der Gewährung einer Dispense nach bestimmten Normen zu leisten haben. Erläuterung: 1) Diese „Abgaben an Geld“ haben einen zweifachen Zweck: sie tragen bei zum Unterhalt der päpstlichen oder bischöflichen Kanzlei und des hiebei beschäftigten Kanzleipersonals; sie werden zu einem guten Zweck (als *Komponente*) geleistet, z. B. zum Unterhalt des Päpstlichen Stuhles, für Unternehmungen des Glaubens und der Nächstenliebe, und zwar dafür, daß die Bittsteller eine Ausnahme auch für sich beanspruchen. Die Berechtigung solcher Forderungen ergibt sich aus Mt 10, 10; Mk 10, 7; 1 Kor 9, 7—14 und aus der Natur der Sache. Auch der Staat verlangt Dispenstaxen für Befreiung von den Hindernissen des BGB. §§ 1303 (Alter); 1312 (Ehebruch) und 1313 (Witwenfrist), und zwar in der Regel höher und ausgedehnter als die Kirche; auch bei Abweisung oder Zurückziehung des Gesuches müssen Gebühren geleistet werden (Taxen von 10—500 Mark). — 2) Die Ehedispenstaxen, welche tatsächlich geleistet werden, fließen in eine vierfache Kasse: a) in die *Taxkassa* in Rom; b) in die Kasse des römischen Agenten (*expeditor, speditionere*) d. h. jenes Beamten in Rom, der die Geschäfte einer Diözese beim Apostolischen Stuhl betreibt; c) in die *Ordinariatskasse* als seltene und mäßige Gebühren für die Ausführung (*executio decreti*); d) in die *Ausgabenkasse* für die Post. — Die Taxen in Rom teilen sich in die eigentlichen Taxen für die Behörden und deren Beamte und in die *Almosen* (*compo-*

nendae), welche zu guten Zwecken verwendet werden. — 3) Die Dispenstaxen haben die Bittsteller zu zahlen, bzw. bei Mischehen der katholische Teil. — 4) Die Dispense wird nicht erkaufte, das wäre simonistisch, sondern bei Gelegenheit der Gnadengewährung leistet der Empfänger ein Almosen zugunsten der Kirche und ihrer Diener. — 5) Die Taxen berechnen sich nach gewissen Abstufungen, für welche wir auf das „Eherecht“³ S. 288 verweisen.

Man unterscheidet eine *forma pauperum, communis, nobilium*. Die wahrhaft Armen zahlen keine Komponenten. Kommen Bittsteller, welche gar nichts leisten können, so muß der Seelsorger dem Gesuche anfügen: *Oratores sunt ita pauperes ac miserabiles, ut ne obolum quidem solvere possint*. Diese leisten höchstens die Postauslagen, sonst nichts. — Die *wahrhaft Armen* (*vere pauperes*) zahlen niedrigere Taxen, keine Komponenten. — Die *beinahe Armen* (*vere pauperes*) zahlen auch keine Komponenten. — Sonst werden höhere Taxen und Komponenten geleistet.

Praktisch gestaltet sich das Vorgehen in unseren Gegenden so, daß der Seelsorger die Bittsteller fragt, ob sie etwas leisten können und wie viel. Nach seinen eigenen Kenntnissen kann der Seelsorger diese Angaben verbessern und sie mit Zustimmung der Bittsteller im Gesuche anbringen. Wenn notwendig kann auch der Ordinarius die Vorschläge prüfen, und wenn er sie billigt, an den Apostolischen Stuhl senden. Auch die römische Behörde hat zuweilen angefragt, ob die Bittsteller gemäß ihrer sozialen Lage nicht mehr zu leisten vermögen. Die „*Normae communes*“ cp. 11 n. 3 heben hervor, daß „die Beteiligten zur Angabe der Wahrheit im Gewissen verpflichtet sind“. Immerhin wird „die Gültigkeit der gewährten Gnade niemals durch einen Irrtum oder auch durch einen Betrug in der Angabe der Finanzlage des Bittstellers gefährdet“.

Man beachte gegenwärtig auch die *Valuta*. Daß man mehr anbietet als vor dem Kriege, liegt bei der jetzigen Geldentwertung auf der Hand. Doch beachte man, daß man in *Mark* anbieten muß, nicht in *Franken* oder *Lire*. — Bieten die Bittsteller z. B. 10 Mark für alle Taxen an, so muß der Seelsorger schreiben: „Die Bittsteller bieten 10 Mark im ganzen an, *Oratores offerunt in totum 10 marcas monetae germanicae*“. Denn wird das „im ganzen, in totum“ nicht angefügt, so berechnet man das Angebotene für die päpstlichen Taxen allein. Papst *Benedit XV.* gestattete im März 1920 die Berechnung der italienischen Lira einfach in deutsche Mark, wenigstens für die

päpstlichen Taxen. Waren ohne vorheriges Angebot z. B. 60 Lire für Taxen angesetzt, so genügte es 60 Mark („Papier“) zu zahlen, während der Agent Anspruch hatte auf den Ansaß in Lire.

5) Die b i s c h ö f l i c h e n D i s p e n s t a r e n. In neuester Zeit (Juni 1920) erhielten die Ortsordinarien gewisse Vollmachten im äußeren Forum, welche nicht im Kodex enthalten sind; wir werden auf sie zu sprechen kommen. Wenn nun ein Ordinarius auf Grund dieser besonderen Vollmachten eine (eigentlich) päpstliche Dispense gewährt, so muß er die finanziellen Rechte der römischen Dispenzbehörde gerade so wahrnehmen, als ob in Rom die Dispense gewährt worden wäre. — Wenn dagegen der Ordinarius seine eigene Dispenzvollmachten zur Ausführung bringt, so kann er für die *Nichtarmen* („pro non pauperibus“) nur mäßige *Kanzleitar*en verlangen, außer der Apostolische Stuhl hätte ihm weitere Rechte eingeräumt. Jede gegenteilige Gewohnheit ist verworfen (Can. 5). Wurde mehr verlangt, so tritt Wiedererstattungspflicht ein („tenetur ad restitutionem“) Can 1056. Diese Vorschrift ist nach dem allgemeinen Rechte praktisch gemäß Cann. 1043—45.

V. Die besonderen Umstände. In jedem Dispensgesuche muß erwähnt werden, ob die Ehe zu schließen oder gültig zu machen ist. Handelt es sich um die Gültigmachung, so müssen die einzelnen Umstände (Form, Vollzug, guter Glaube) angegeben werden. — Sind außerdem eheliche Kinder vorhanden, so muß neben dem Dispensgesuch noch ein Legitimierungsgesuch eingereicht werden Can. 1051. — Handelt es sich um die Hindernisse der Glaubens- oder Bekenntnisverschiedenheit, so muß betont werden, daß die Forderungen des göttlichen Rechtes (*cautelae*) werden erfüllt werden Can. 1060 und daß keine Gefahr eines akatholischen Eheabschlusses besteht. — Am Schluß des Dispensgesuches betont der Seelsorger und gegenüber dem Apostolischen Stuhle der Ordinarius, daß die Ausführungen auf Wahrheit beruhen und die Bittsteller für die Gewährung der Gnade empfohlen werden mit folgenden Worten: „Exponentes ad dispensationis gratiam humillime commendamus“, wozu bei ehrenrührigen Gründen gefügt wird: „Exponentes ad veniam . . . commendamus“. — Nicht darf vergessen werden die deutliche Angabe

der *A d r e s s e* dessen, an den das Dispensreskript bzw. die Antwort des Obern soll befördert werden.

Vor dem 25. Juni 1885 mußte nach einer Forderung des *K u r i a l-
st i l e s*, welche *Leo XIII.* durch das heilige Offizium für die Zukunft
abgeschaffte (ASS. 18, 207), die zwischen verwandten Bittstellern stattge-
habte *copula incestuosa* sowie auch der „*animus per eam facilius im-
petrandi dispensationem*“, unter Strafe der Nichtigkeit einer gewährten
Dispense, angegeben werden.

§ 57. Dispensreskript und dessen Ausführung.

A. Vorbemerkungen. 1) Das Dispensgesuch wird in
Rom entweder ganz *a b s c h l ä g i g* behandelt, z. B. *affinitas
ex matrimonio consummato in linea recta*, oder zur *Be-
besserung* bzw. *Ergänzung* zurückgeschickt, z. B.
quia causae non sufficiunt, oder endlich es erfolgt die *An-
nahme* und Beantwortung durch ein Reskript.

2) Die Reskripte (Cann. 36—62) werden in Ehesachen
meist so gegeben, daß eine Ausführung (*exsecutio*) notwendig
ist, also in *forma commissoria*; ist die Ausführung aber nicht
notwendig, so nennt man dies *forma gratiosa*; vgl. Cann. 38;
41. Die Dispensen mit Ausführungsbefehl stehen in der
Mitte zwischen den vom Apostolischen Stuhle vollständig ge-
währten Gnaden und den vom Ordinarius auf Grund einer
Delegation erteilten. Bei Reskripten mit Ausführungsbefehl
(*r. in forma commissoria*) ist die Tätigkeit des Beauftragten
keine freie, sondern eine „genau vorgezeichnete Dienstleistung,
nudum ministerium“; vgl. Can. 199 § 2, so daß eine Sub-
delegation des Auftrages ausgeschlossen ist.

3) Zur Ausführung der vom Apostolischen Stuhle im
äußeren Forum gewährten Reskripte wird der *Ordina-
rius* der Bittsteller bestimmt, gewöhnlich jener
Ordinarius, welcher das Zeugnis für die Bittsteller ausstellte
oder das Gesuch nach Rom beförderte. Der Begriff *Ordina-
rius* ist aus Can. 198 (oben S. 4) klar. Dazu fügt dann
die Sakramentenkongregation den Namen der Diözese, aus
welcher das Gesuch eingereicht wurde, in folgender Form:
„S. C. de disciplina Sacramentorum vigore facultatum a
Ssmo D. N. Benedicto Papa sibi tributarum . . . *Ordina-
rio Passaviensi committit ut servatis canonicis
praescriptionibus — dispensationem a memorato impedi-*

mento oratoribus benigne largiatur, ut contrahere optatas nuptias valeant, c. q. m. o.“ Mögen nun die Bittsteller teilweise oder beide in eine andere Diözese verzogen sein, auch in der Absicht, nie wieder zurückzukehren, so kann der im Reskript genannte Ordinarius (hier der Ordinarius Passavien.) dasselbe ausführen, freilich mit Benachrichtigung des Ordinarius des Trauungsortes. Can. 1055.

4) Die Ausführung eines Reskriptes ist **n i c h t i g**, wenn der Ordinarius oder der sonstige Beauftragte das Reskript nicht **e m p f a n g e n** und dessen Echtheit und Unversehrtheit **a n e r k a n n t** hat. Doch gilt die Ausführung des Reskriptes, wenn die das Reskript erteilende Behörde die vorgängige Notiz **s e l b s t** gab oder geben ließ Can. 53.

Die Ausführung des Reskriptes ist sicher ungültig, wenn sie geschah auf eine **P r i v a t n a c h r i c h t** hin, sicher gültig, wenn der römische Agent ein Telegramm sandte im **A u f t r a g e** oder mit **E r l a u b n i s** der betreffenden Kongregation oder Behörde. — Wir halten die Ausführung auch dann für gültig, wenn der Beauftragte zwar das Reskript sah, aber ohne dessen Echtheit und Unversehrtheit zu prüfen, vorausgesetzt, daß das Reskript selbst der „*authenticitas et integritas*“ sich erfreut. Denn der Can. 53 will verhindern, daß eine Gnade vollzogen wird, über deren Bestand der Ordinarius usw. nur Privatkenntnis besitzt. Ferner darf der Ordinarius handeln, wenn die römische Behörde selbst eine Nachricht sandte, wobei eine Prüfung der Echtheit usw. ja vollständig ausgeschlossen ist. Also genügt die durch Augenschein (aber ohne Prüfung) gewonnene Einsicht in das Dekret.

B. Prüfung des Reskriptes. Hierüber gelten folgende Regeln: 1) Der **A d r e s s a t**, also der Ordinarius, der erwählte Beichtvater (*pro foro sacramentali*), muß das Reskript genau **l e s e n** und untersuchen, ob eine Ausführung notwendig ist. Nur im bejahenden Falle prüfe er auch die **E c h t h e i t** und **U n v e r s e h r t h e i t** (*authenticitas et integritas*) desselben Cann. 51; 53. Rasuren, Fehler im Latein, unrichtige Datierungen, Anreden oder Unterschriften machen das Reskript **v e r d ä c h t i g**. — 2) Ist an der Echtheit nicht zu zweifeln, so obliegt dem Adressaten die **P f l i c h t**, das Reskript auszuführen, außer in folgenden Fällen: a) wenn es außer allem Zweifel steht, daß das Reskript wegen eines **S u b -** oder **O b r e p t i o n s f e h l e r s** nichtig ist; b) wenn im Reskript **B e d i n g u n g e n** enthalten sind, deren Nichterfüllung der Exekutor auf den ersten Blick sieht; c) wenn der Reskriptempfänger der Gnade **u n w ü r d i g** erscheint,

so daß die Verleihung bei anderen Anstoß erregen würde Can. 54 § 1. — Bezüglich der *Subreption* oder „*reticentia veri*“ d. h. das Verschweigen eines bedeutenden Umstandes hat der Koder eine bedeutende Milderung eintreten lassen; weshalb die Subreption ein Reskript nur dann ungültig macht, wenn ein nach dem Kurialstil wesentlicher Punkt übergangen wurde, z. B. ein wichtigeres Hindernis. Auch die „*expositio falsi seu obreptio*“ d. h. die Einführung eines irrtümlichen, ja sogar erlogenen Umstandes führt die Ungültigkeit nicht herbei, wenn der eigentliche Beweggrund (*causa motiva*) wahr ist und insoferne er wahr ist Can. 42. Bei Ehedispenfen minderen Grades schadet keine Obreption und keine Subreption, selbst „wenn der einzige Beweggrund des Dispensgesuches falsch war“ Can. 1054. Es heißt „des Dispensgesuches“, weil im Dispensreskript nur gesagt wird „*ob rationabiles causas a S. Sede probatas*“, weshalb man diese gar nicht untersuchen kann. Ehehindernisse niederen Grades sind folgende: a) „Blutsverwandtschaft im 3. Grade der Seitenlinie; b) Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie; c) öffentliche Ehrbarkeit im 2. Grade; d) die geistliche Verwandtschaft; e) Verbrechen aus Ehebruch mit Versprechen oder Versuch der Ehe, auch durch den bloßen bürgerlichen Akt“ Can. 1042 § 2. „Alle anderen Hindernisse sind höherer Grades“ ibi § 3.

Unter die Hindernisse höherer Grades sind einzureihen: a) alle verbietenden Ehehindernisse, also alle Gelübde, dann Bekenntnisverschiedenheit und gesetzliche Verwandtschaft; b) von den trennenden Hindernissen alle nicht genannten, also Alter, Irrtum über den Sklavenstand, Entführung, Prozeß, Weihe, gesetzliche Verwandtschaft (als trennendes Hindernis), Verbrechen mit Gattenmord, Glaubensverschiedenheit und Mangel der Form; Blutsverwandtschaft im 2. und 2./1. Grade und Schwägerschaft im 1. Grade der Seitenlinie; öffentlicher Anstand im 1. Grade der geraden Linie. — c) Aus Can. 96 § 3 geht hervor, daß Blutsverwandtschaft im 3./2. und 3./1. Grade zu den Hindernissen niederen Grades gehört; ebenso Schwägerschaft im 2./1. Grade nach Can. 97 § 3.

3) Ein Dispensreskript, von einem *zensurierten* erlangt, ist im allgemeinen gültig, so daß die frühere Absolvierung „*a quibusvis ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis*“ seit 3. November 1908 aus dem Kurialstil verschwunden ist. Doch ist ein päpstliches Reskript nichtig, wenn ein *excommunicatus vitandus* (Can. 2258) solches erhält

oder ein Benjurierter p. s., vorausgesetzt daß der Benjur im Reskripte selbst keine Erwähnung geschieht Can. 2265 § 2; 2275 n. 3; 2283. Ist der Bittsteller frei von jeder Benjur oder wenigstens von jeder verhängten (p. s.) Benjur, so gilt das Reskript; ist die Benjur im Reskript ausdrücklich erwähnt, so kann dasselbe ohne Anstand ausgeführt werden.

4) Prüfung des Reskriptes. Der Exekutor des Reskriptes muß die „*authenticitas et integritas*“ prüfen, wie wir oben sahen. Daran reiht sich die Prüfung des Inhalts, nämlich ob die Angaben des Reskriptes übereinstimmen mit den wirklichen Voraussetzungen des Falles. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Bittsteller, Hindernisse, Gründe und Umstände des Falles.

a) Kein Irrtum in der Angabe der Personen (durch das Reskript) macht das Reskript ungültig, wenn nur kein begründeter Zweifel hinsichtlich der Personen aufkommen kann Can. 47. Der Ordinarius hat das zu beurteilen.

b) Das gleiche gilt hinsichtlich der Sache (res) Can. 47, also vor allem der Hindernisse. Doch ist hier das Geheßbuch noch weiter gegangen. Gültig ist ein Reskript, wenn dasselbe in der Blutsverwandtschaft oder Schwägerschaft einen höheren Grad angibt als den wirklichen, z. B. in der Blutsverwandtschaft den 2. statt des 3., in der Schwägerschaft den 1. statt des 2., ebenso, wenn neben einem richtig oder zu hoch angegebenen Hindernis ein zweites (oder drittes) derselben Art im Gesuche verschwiegen oder im Reskripte nicht erwähnt wurde Can. 1052. Wenn der Apostolische Stuhl durch Dispense eine nicht vollzogene Ehe löste oder wenn er einer verheirateten Person den Freiheitsstand (*status libertatis*) zusprach, so ist mit jedem der beiden Akte die Dispense vom Hindernis des Verbrechens ohne Gattenmord gegeben Can. 1053.

Martha erhält vom Apostolischen Stuhle die Erklärung ihres Freiheitsstandes und die Dispense im 1. Grade der Schwägerschaft zur Verheiratung mit Simon, dem Bruder ihres vermißten zweiten Mannes Jakob. Bei der Sponsalienaufnahme hat sie verschwiegen, daß ihr erster Mann Petrus mit Jakob und Simon im 2. Grade blutsverwandt war, und daß sie schon vor der Nachricht des Vermißtseins ihres Mannes mit dessen Bruder Simon im geschlechtlichen Verkehr stand. Martha ist frei vom Hindernis des Ehebandes durch die ausdrückliche Erklärung des Apostolischen Stuhles und damit auch vom Hindernis des Ver-

brechens (neutro patrans) nach Can. 1053. Die Bittsteller Simon und Martha sind befreit vom Hindernisse der Schwägerschaft 1. Grades, entsprungen aus der gültigen Ehe zwischen Jakob und Martha und zugleich vom Hindernisse der Schwägerschaft 2. Grades, hervorgegangen aus der Ehe zwischen Petrus und Martha Can. 1052 II. War jedoch die Ehe zwischen Jakob und Martha ungültig wegen Verschweigens der Schwägerschaft im 2. Grade der Seitenlinie, so war statt der Dispense vom 1. Grade der 2. Grad der Schwägerschaft dispensiert Can. 1052 I. Man wende nicht ein, „error“ im Can. 1052 II setze guten Glauben voraus und dieser habe hier gefehlt; denn das Wort „error“ findet seine Erklärung aus dem „reticentia fuerit“ des Can. 1052 II und aus Can. 42 § 1; es ist also „error“ im Can. 1052 mit Unrichtigkeit anzulegen.

c) Bei den Dispensgründen ist die Untersuchung nur in seltenen Fällen schwierig; denn a) nur die Gründe im Reskripte brauchen geprüft zu werden; werden also keine ausdrücklichen Gründe angegeben, so fällt diese Nachforschung fort; b) bei den Hindernissen höherer Grades muß wenigstens der eine oder ein Beweggrund wahr sein Can. 42 § 2. Wenn der Dispensgrund (zusammengezogen) im Reskript lautete „Conditio Oratricis filiis illegitimis ab alienis (patribus) gravatae“ und wäre der 2. Grad der Schwägerschaft dispensiert, so könnten alle Begründungsmomente hinfällig sein. Bei Dispense im 1. Grad der Schwägerschaft wäre das Reskript gültig, wenn die Momente zuträfen; ungültig, wenn kein Umstand der Wahrheit entspräche; zweifelhaft, wenn sämtliche außereheliche Kinder bereits gestorben wären, so daß von einer „Belastung“ (gravatae) nicht mehr im vollen Sinne gesprochen werden könnte, immerhin bleibt noch die „conditio Oratricis“, welche an sittlichem Halt und gutem Ruf bedeutend Einbuße erlitten hat; vgl. Can. 84 § 2.

d) **Umstände.** Man unterscheidet genau die Dispensformularien für Eingehung und Gültigmachung der Ehe. — Sehr wichtig ist der Umstand der Legitimierung. Mit der Dispensvollmacht in einem Reskripte wird die Legitimierungsvollmacht nicht gegeben. Eine Legitimierung ist notwendig bei proles incestuosa, adulterina, sacrilega, also bei den Standes- und Verwandtschaftshindernissen, dagegen nicht bei den übrigen Hindernissen, z. B. Alter, Entführung, Verbrechen nach Aufhören des Ehebandes, Glaubensverschiedenheit. Daraus ergeben sich folgende praktische Re-

geln: *a*) Wenn im päpstlichen Dispensreskripte der *legitimitas proles* keine Erwähnung geschieht, so kann die *proles incestuosa*, *adulterina*, *sacrilega* nicht legitimiert werden. — *β*) Damit nun die Vollmacht der *legitimitas proles* in das Reskript komme, muß sie eigens in dem Dispensgesuch erbeten werden; für die *proles adulterina* oder *sacrilega* müssen besondere Gründe obwalten. — *γ*) Hat der Ordinarius (oder ein anderer, z. B. der Pfarrer Can. 1044) eine *ordentliche* oder eine durch *Generalindult* übertragene Vollmacht zu dispensieren, so ist mit der Gewährung der Dispense auch die „*proles iam nata vel concepta*, *excepta tamen adulterina et sacrilega*“ ohne weiteres legitimiert Can. 1051. Der Ordinarius hat eine *ordentliche* Dispensgewalt gemäß Cann. 1043—45; 81. Verschiedene Ordinarien hatten eine „*potestas delegata per indultum generale*“, so die Fünfjährvollmachten der Propagandakongregation, dann die Vollmachten der Sakramentenkongregation, des heiligen Offizium; auch in neuester Zeit werden solche wiederum gegeben. — Sooft nun ein Ordinarius von einem Ehehindernisse selbst dispensiert, legitimiert er dadurch ausdrücklich oder stillschweigend die „*proles iam nata vel concepta*“, freilich nicht die aus Ehebruch oder Sakrileg stammende.

Wir müssen dem Ausdruck „*proles iam nata vel concepta*“ unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn die leiblichen Eltern natürlicher Kinder eine Ehe eingehen, so werden diese Kinder durch die Ehe selbst legitimiert Cann. 1116—17; dies geschieht nicht bei der „*proles incestuosa, adulterina, sacrilega iam nata*“. Hier bedarf es eines eigenen Legitimierungsaktes. Hat der Ordinarius oder ein sonstiger Priester die Dispensvollmacht (*potestas ordinaria* oder *generaliter delegata*), so erfolgt mit der Dispense die Legitimierung der „*proles iam nata vel concepta*“ (ausgenommen die *proles adulterina vel sacrilega*), auch wenn die Ehe nicht folgt: ebenso, wenn der Exekutor ein päpstliches Legitimierungsdekret ausführt. Die „*proles iam concepta*“ (nicht geboren) wird legitimiert durch jede nachfolgende Ehe (auch die Putativehe), wenn kein trennendes Hindernis entgegenstand oder wenn dieses durch Dispense (auch ohne Legitimierung) beseitigt wurde. — Markus erzeugt mit der Tullia zwei Kinder, den Primus und die Sekunda, obwohl er mit Sempronia rechtmäßig verheiratet ist. Sechs Monate nach dem Ableben der Sempronia wird er selbst schwerkrank und bittet seinen Pfarrer um die Trauung auf dem Todtbette. — Der Pfarrer dispensiert wenigstens zur Vorsicht beide vom Hindernisse des Verbrechens (*adulterium cum promissione*) ohne einen Legitimierungsaktes. Die Ehe wird gültig geschlossen, und zwei Monate nach dem Tode des Mannes schenkt Tullia einem

dritten Kinde namens Iba das Leben. Primus und Sekunda sind nicht legitimiert als „proles adulterina iam nata“; nur der Apostolische Stuhl kann sie legitimieren. Iba ist legitimiert durch die Ehe der Eltern nach Can. 1116, nicht durch die Dispense.

Zu den Umständen des Reskriptes gehören auch die **Klauseln** (clausulae) und die **Auflagen** (monita, mandata). Die **Klauseln** sind nach dem neuesten Rechte auf ein Mindestmaß zusammengeschrunpft: Voraussetzungen, die sich eigentlich von selbst verstehen, nämlich „servatis canonicis praescriptionibus“: „si vera sint exposita“ und bei den Hindernissen des Verbrechens „dummodo nullum scandalum intercedat“. Über die Bedeutung der Klauseln handeln Cann. 39; 40. Die **Ausführungen** (exposita) müssen wahr sein bei der forma gratiosa zur Zeit der **Datierung**, bei der forma commissoria zur Zeit der **Ausführung** des Reskriptes Can. 41. Wenn bei den Hindernissen des Verbrechens tatsächlich **Argernis** vorläge, so wäre das Reskript ungültig Can. 39.

Nur **eine** Auflage findet sich mehr in den Reskripten für Dispense vom Hindernisse des Verbrechens „imposita Oratoribus salutari poenitentia“. **Heilsam** ist die Buße, wenn man mit Berücksichtigung der Stellung, des Alters, Gesundheitszustandes, Amtes, Geschlechtes usw. der Bittsteller ihnen einen Abscheu vor der Sünde einflößt, ohne sie jedoch zu entmutigen oder abzuschrecken S. Poen. in Nicoteren. d. 8. Apr. 1890. — Wenn nun der Adressat des Reskriptes alles sorgfältig geprüft hat entweder in eigener Person oder wenigstens im äußeren Forum durch einen Vertreter, so schreitet er zur Ausführung.

C. Die Ausführung. Der Ordinarius oder der vom Reskripte bestellte Exekutor muß das Dispensreskript nach folgenden Gesichtspunkten ausführen (exsequi, fulminare):

1) Die Ausführung ist **persönliche** Sache des bestellten Exekutors Can. 57 § 2; eine Subdelegation wäre nur dann möglich, wenn der Apostolische Stuhl sie **ausdrücklich** gewährt, was gewöhnlich nicht geschieht S. Poen. d. 27. Apr. 1887 ad II. Dies gilt wie von der **Dispensation** so auch von der **Legitimierung**.

2) Die Reskripte, welche das **äußere** Forum betreffen, müssen **schriftlich** ausgeführt werden Can. 56 mit Erwähnung

der Apostolischen Vollmacht Can. 1057. Der Ordinarius kann die Ausführung selbst überall vollziehen, da es sich um einen Gnadenakt handelt, der keinen strepitus iudicialis erfordert.

3) Ist der bestimmte Exekutor moralisch überzeugt, daß der Inhalt des Reskriptes mit der wirklichen Sachlage übereinstimmt, was ein Vergleich zwischen Dispensreskript und Dispensgesuch sofort zutage fördert, so kann er das Dispensausführungsschreiben (rescriptum executionis) sofort ausstellen; das gilt immer bei den Hindernissen niederen Grades. — Treten jedoch Zweifel auf, so ist die vorherige Prüfung der Übereinstimmung, welche auch ein Delegierter vollziehen kann, festzustellen. Man nennt diesen kleinen Informationsprozeß im italienischen Kurialstile „processetti“; vgl. „Eherecht“³ S. 304.

4) Wurde im päpstlichen Reskript Dispense und Legitimierung ausdrücklich gewährt, so können beide Akte in einem oder in zwei getrennten Schreiben erledigt werden. Wurde die Legitimierung nicht gewährt oder aus Übersehen nicht ausgeführt, so kann sie später in einem eigenen Legitimierungsschreiben nachgeholt werden.

D. Mitteilung und Annahme der Dispense. Das Reskript des Apostolischen Stuhles bleibt im Diözesanarchiv oder wird wenigstens hier genau notiert Can. 1047. An das Pfarramt wird das Schreiben der Dispensausführung geschickt zur Mitteilung an die Bittsteller. Diese Mitteilung ist nicht vom Rechte, wohl aber von der Moral geboten; denn die Bittsteller müssen wissen, daß sie wirklich dispensiert sind. Früher war auch eine gewisse Annahme (acceptatio) seitens der Dispensierten notwendig, S. Alfonsus in Theol. mor.: De matr. n. 1145; nunmehr gilt die Dispense, unabhängig von der Annahme, außer diese wird von besonderen Klauseln vorgeschrieben Can. 37.

E. Erlöschen des Reskriptes. Das Dispensreskript erlischt im allgemeinen nicht. Dasselbe muß eigens widerrufen werden Can. 60 § 1. Ehedispensreskripte erlöschen durch die Erledigung des Apostolischen Stuhles nicht; denn wenn auch diese Reskripte die Vollmacht enthalten, anderen eine Gnade zu erweisen, so ist doch diese Vollmacht

keine freie (Can. 61), sondern nur eine schlichte Dienstleistung (*nudum ministerium*), welche der Ordinarius ausführen muß. — Das Reskript erlischt nicht einmal durch eine irrtümliche Ausführung („*si quoquo modo . . . erraverit*“) Can. 59 § 1. Der Exekutor kann das Reskript jederzeit in richtiger Weise ausführen.

F. Dispensen in Religionshindernissen (*cultus disparitas, mixta religio*). Die Gesuche und Reskripte gleichen den sonstigen Gesuchen und Reskripten im äußeren Forum mit folgenden Sonderbestimmungen: 1) Zuständig ist das heilige *O f f i z i u m*. Diese Behörde dispensiert auch andere Hindernisse, welche mit Religionshindernissen zugleich in Vorlage kommen. 2) In dem Gesuche sind auch die *S c h u l t z u n g e n* (*cautelae*) zu bestätigen, sowie die Beseitigung der Gefahr, daß ein akatholischer Religionsdiener aufgesucht wird; die *s t a t l i c h e n* Gesetze sind hiebei zu berücksichtigen. 3) *T a x e n* werden nur für den katholischen Teil in Anschlag gebracht und nach dem mäßigen Tarfystem des heiligen *O f f i z i u m s* berechnet. 4) Haben die Bittsteller den akatholischen Religionsdiener bereits aufgesucht oder sonstige Verstöße gegen den heiligen Glauben gemacht, so müssen sie vor der Ausführung des Reskriptes von den *B e n s u r e n* absolviert werden Can. 2319.

§ 58. Das Dispensgesuch und Dispensreskript für den Gewissensbereich.

I. Im Gewissensbereich (im inneren Forum, *forum internum sive conscientiae*) werden alle Fälle behandelt, welche ihrer Natur und der Tatsache nach *g e h e i m* sind (oben S. 272). Werden Hindernisse in der heiligen *B e i c h t* entdeckt, so gehören sie zum *s a k r a m e n t a l e n*, sonst zum *e i n f a c h e n* (nicht-sakramentalen) Gewissensforum Can. 196. Die Dispensgesuche des *n i c h t - s a k r a m e n t a l e n* Gewissensbereiches können und sollen (Can. 1047) den *g e w ö h n l i c h e n* Weg der Dispensgesuche gehen (Ordinarius, Agent in Rom); ebenso können die Gesuche des sakramentalen Forum diesen Weg gehen, wenn keine Gefahr für das *B e i c h t s g i l l* besteht. In letzterem Falle kann und muß der Beichtvater die Sache direkt an die heilige Pönitenziarie bringen.

II. Abfassung des Gesuches. 1) **Erdichtete Namen.** 2) Die **Hindernisse** des inneren und soweit bekannt auch des äußeren Forum müssen angegeben werden. 3) **Gründe** wie oben (S. 277). 4) **Tage** n kommen nicht in Frage, doch soll man die Auslagen für die Post zu vergüten suchen. 5) **Umstände:** Gültigmachung und Legitimierung wie oben (S. 282). Besonders **genau** soll angegeben werden die **Adresse, an wen und wohin** das Reskript zu senden ist. — Das Gesuch ist in **lateinischer Sprache** abzufassen, auch wenn es durch den Ordinarius befördert wird, wie viele Diözesanvorschriften eigens betonen. Die wichtigsten Hindernisse sind Verbrechen, private Keuschheitsgelübde, Blutsverwandtschaft aus außerehelicher Zeugung. Wir fügen ein Formular bei:

Eminentissime et Reverendissime Domine.

Melania mulier 20 annos nata votum simplex perfectae et perpetuae castitatis emisit; ipsa 26. annum agens manet in periculo incontinentiae, nisi nubat; supplicat, ut sibi votum praedictum commutetur ad effectum contrahendi matrimonium.

Dignetur Eminentia Vestra **rescribere** ad Franciscum Haslbeck, parochum loci Holzbrunn in Bavaria.

Epistola foris dirigatur hisce verbis: Eminentissimo et Reverendissimo Domino Cardinali Maiori Poenitentiario Romam. Palazzo di S. Uffizio. Italien. — Guter Verschuß und sichere Versendung verbürgen die Ankunft. Sollte nach zwei Monaten eine Antwort nicht erfolgt sein, so bitte man mit dem nämlichen Gesuche um Antwort mit der Bemerkung, daß ein erstes (und zweites) Gesuch bereits vor zwei (drei) Monaten abgegangen ist. Muß der Beichtvater (Seelsorger, Ordinarius) rasch handeln, so gebrauche er die Vollmachten der Cann. 1043—45 gemäß Cann. 1048; 204 § 2. — Die heilige Pönitenziarie läßt nunmehr außer der italienischen und französischen auch noch die deutsche, englische, spanische und portugiesische Sprache zu, Aloisius de Smet: *De sponsalibus et matr.* II 272; *Perathoner: Der Geschäftsverkehr* S. 74.

III. 1) Das **Reskript** des **nicht-sakramentalen** Gewissensforum läuft beim Ordinate ein und muß dort genau **notiert** werden, wenn nicht das Originalreskript dortselbst aufgehoben wird. Beides (die Notiz oder das Reskript) wird im **Geheimarchiv** des Ordinariates aufbewahrt. Wird später das dispensierte Hindernis **offenfundig**, so bedarf es keiner eigenen Dispense mehr in äußerem Forum Can. 1047. — Im **sakramentalen** Bereich dagegen wird nichts aufbewahrt, im Gegenteil muß das Reskript der Pönitenziarie „**so gleich nach dem**

Gebrauche vollständig zerrissen werden unter Strafe der Exkommunikation l. s.“ Diese sakramentale Dispense hat für den äußeren Rechtsbereich gar keine Wirkung Can. 1047; darum muß in diesem Bereiche eine eigene Dispense erholt werden, wenn später das Hindernis öffentlich bekannt wird.

Hat im nicht-sakramentalen Gewissensbereich der Ordinarius ein Ausführungsschreiben erlassen, so ist dieses im geheimen Pfarrarchive aufzubewahren; ebenso die vom Pfarrer gewährte Dispense; vgl. Can. 1047. — Der Beichtvater, welcher das Reskript erhält, muß dasselbe aufbewahren, bis der Bittsteller oder die Bittsteller zur heiligen Beicht kommen. Er liest das Reskript auf das genaueste durch und führt dasselbe im Akte der heiligen Beicht aus. Hernach darf er das Reskript den Bittstellern nicht aushändigen (die Aushändigung wäre ja für das äußere Forum ganz zwecklos), sondern er muß es wenigstens in zwei Stücke zerreißen. Noch besser wird er es ganz vernichten. Freilich darf sich der Beichtvater mit Hinnweglassung der Einzelheiten des Falles das Reskript zu seiner Belehrung abschreiben. Daß der Beichtvater das Reskript straflos drei Tage lang aufbewahren kann, ergibt sich aus der Lehre des heiligen Alfons (Theol. mor.: De matr. n. 1143), sowie aus Can. 59 § 1, wonach er die in der Ausführung des Reskriptes gemachten Fehler zu verbessern hat. Freilich wäre eine spätere Ausführung auch nach der Vernichtung des Reskriptes nicht ausgeschlossen, wenn der Beichtvater das Wesentliche des Reskriptes kennt.

2) Die Klauseln des Reskriptes müssen genau befolgt werden: a) Die Bittsteller (latores) müssen das Reskript dem an der Außenseite desselben genannten Exekutor übergeben, also dem „eigenen Pfarrer“ oder häufiger dem vom Ortsordinarius approbierten „Beichtvater“. Der Bittsteller (lator) kann einen beliebigen Priester wählen, wenn dieser nur die Jurisdiktion vom Ortsordinarius hat, außer es wären weitere Eigenschaften gefordert, z. B. das Doktorat im kanonischen Rechte, der Grad eines Magisters der Theologie. Kann oder will der gewählte Beichtvater das Reskript nicht ausführen, so können die Bittsteller einen anderen Diözesanbeichtvater darum ersuchen. — b) Die Exekution des Reskriptes kann nur innerhalb der heiligen Beicht stattfinden („in sacramentali confessione tantum“); doch ist die Ausführung gültig, auch wenn die Absolution nicht gegeben wurde oder die Beicht aus einem sonstigen Grunde ungültig war. — c) Das Hindernis muß im Augenblicke der Ausführung noch geheim sein; sonst wäre die Dispense hinfällig, da die Klausel lautet:

„dummodo impedimentum occultum remaneat“ Can. 39. — d) Bei sündhaften Handlungen, denen das Hindernis entspringt, enthält das Reskript auch die Auflegung einer Buße, z. B. beim „Verbrechen“, „iniuncta eis pro modo culpa gravi poenitentia salutari“, welche neben der sakramentalen Buße den Bittstellern aufzutragen ist. — e) Die Akte des Beichtvaters lassen sich in folgende zusammenfassen: α) Prüfung der Übereinstimmung des Reskripts mit den Tatsachen (Hindernisse, Gründe, Umstände); β) Auflegung einer kanonischen Buße neben der sakramentalen; γ) Absolvierung von dem Vergehen, welches die Wurzel des Hindernisses bildet, und den etwa damit verbundenen Strafen mit den Worten: „Dominus N. I. Chr. te absolvat etc.“; δ) Sakramentale Absolution; ε) Dispense: Insuper auctoritate Apostolica dispenso tecum super impedimento hoc (e. gr. criminis) ceterisque in casu concurrentibus. In nomine Patris etc. Die Dispensation kann auch deutsch gesprochen werden, doch soll sie weitfassend sein und die päpstliche Vollmacht hervorheben. ζ) Legitimierung. Ist solche möglich und nötig, so kann sie mit folgenden Worten gegeben werden: Eadem auctoritate prolem legitimam decerno. Freilich dürfte die Legitimierung nur bei der geheimen Blutsverwandtschaft praktisch sein; vgl. Can. 1051.

§ 59. Gültigmachung der Ehe.

De matrimonii convalidatione.

I. Quellen: Cann. 1133—41; 586. — Wir schließen diesen Gegenstand hier an wegen der nahen Beziehung zum Dispenswesen. Zunächst ist die Rede von der einfachen Gültigmachung; in unmittelbarem Anschluß folgt dann die außerordentliche Gültigmachung der Heilung in der Wurzel.

II. Begriff. Die einfache Gültigmachung besteht in der Leistung des Konsenses durch zwei ungültig Berehelichte nach Beseitigung des trennenden Ehehindernisses.

Erklärung: Die Ungültigkeit einer Ehe kann ihren Ursprung haben: a) in einem trennenden Ehehindernisse (Cann. 1067—80); b) im Mangel des

Ehekonsenses (Cann. 1081—93); c) in Nichteinhaltung der Wesensform (Cann. 1094—99).

Handelt es sich um eine ungültige Ehe von U n g e t a u f t e n , so genügt die F o r t d a u e r des beim Abschlusse der Ehe gegebenen Konsenses und das Aufhören des göttlichrechtlichen Hindernisses. A und B, beide ungetauft, sind gültig verhehlicht. A schließt bei Lebzeiten der B eine Ehe mit C, gleichfalls ungetauft. Sobald das Eheband zwischen A und B gelöst ist durch Tod, päpstliche Bollgewalt oder paulinisches Privileg Cann. 1118 bis 26, wird die Ehe zwischen A und C sofort gültig, vorausgesetzt, daß der Ehekonsens noch fortbauert. War aber die Ehe ungültig wegen Mangels des E h e w i l l e n s auf einer Seite, so genügt zur Gültigmachung der Ehe die Setzung des Ehekonsenses auf der einen und die Fortdauer desselben auf der anderen Seite; vgl. Cann. 1133 § 2; 1093.

1) Wenn bei einer christlichen Ehe die Ungültigkeit durch ein trennendes Ehehindernis verursacht wurde, so werden zur Gültigmachung zwei Stücke gefordert: a) Die Beseitigung des Hindernisses, sei es durch dessen A u f h ö r e n oder durch kirchliche D i s p e n s e ; b) die N e u s e t z u n g des Konsenses.

Zu a) Ehehindernisse können von selbst aufhören aus i n n e r e n (Alter, Entführung) oder ä u ß e r e n Ursachen (Tod beim Eheband, Taufe bei Glaubensverschiedenheit usw.). Namentlich hörten viele Verwandtschaftshindernisse auf durch Inkrafttreten des Kodex: Blutsverwandtschaft (4. Gr.; gewisse Vermehrung); Schwägerschaft (4. und 3. Gr.; Umgestaltung der Grundlage; Beseitigung der Schwägerschaft aus unerlaubtem Verkehr, öffentlicher Ehrbarkeit (vollständige Umgestaltung); geistliche Verwandtschaft; Gesegliche Verwandtschaft. — Kirchliche D i s p e n s e wird für die Gültigmachung auch dann gegeben, wenn sie für Eingehung der Ehe nicht mehr gewährt zu werden pflegt; „*convalidatio matrimonii*“, S. C. Prop. F. d. 3. Mai 1877 n. 10.

Zu b) Wenn auch das Hindernis beseitigt ist und der alte Konsens noch fortbauert, so genügt das nicht zur Gültigmachung der Ehe; es muß eine N e u s e t z u n g des Konsenses erfolgen; das ist kirchliches Gesetz Can. 1133 § 2. Diese Neusetzung unterscheidet sich von der Fortdauer des alten Konsenses dadurch, daß wenigstens der Teil, welcher die Nichtigkeit der Ehe kennt, die Ehe neuerdings einzugehen beabsichtigt Can. 1134. Ohne Neusetzung des Konsenses wenigstens von e i n e r Seite kommt keine Gültigmachung zustande, wenn auch der Wortlaut der Cann. 1133 ff. nichts davon sagt, was es ist, wenn b e i d e Teile im guten Glauben sind.

2) Ist die Ehe nur wegen F e h l e n s des Konsenses ungültig, so muß derjenige Teil, dessen Konsens eben fehlte, denselben neu setzen, wobei der Konsens des anderen fortbauert Can. 1136. Auch hier muß der Teil, welcher den Konsens neu setzt, wissen, daß die Ehe nichtig war Can. 1134.

3) Ist eine Ehe nichtig wegen Mangels der *F o r m*, so muß sie zur Gültigmachung in der gesetzmäßigen Form neuerdings geschlossen werden Can. 1137.

4) *A r t* der Konsenserneuerung: a) Ist das *H i n d e r n i s* öffentlich, so muß der Konsens von beiden Teilen in der vorgeschriebenen Rechtsform erneuert werden Can. 1135 § 1. — Ist das Hindernis *g e h e i m* und beiden Teilen bekannt, so genügt es, wenn *p r i v a t i m* und *g e h e i m* der Konsens von beiden Teilen erneuert wird Can. 1135 § 2. Ist das Hindernis *g e h e i m* und nur einem Teile bekannt, so genügt es, daß der eine des Hindernisses bewußte Teil den Konsens *p r i v a t i m* und *g e h e i m* erneuere, wenn nur der andere in seinem einmal geleisteten Konsens verharret Can. 1135 § 3. — b) Genau dieselben Grundsätze gelten für den Fall, daß nicht ein Hindernis, sondern das *F e h l e n* des *K o n s e n s e s* die Ehe ungültig gemacht hat Can. 1136. — c) Gewöhnlich wird das Fehlen der *R e c h t s f o r m* ein öffentliches Hindernis sein, indes kann es Fälle geben, in denen wesentliche Mängel der Form tatsächlich geheim und nur einem Teile bekannt sind.

1) Vor dem 19. Mai 1918 waren dem *R e c h t e* nach *g e h e i m* folgende Hindernisse: a) die Schwägerschaft aus unerlaubtem Verkehr; b) das Verbrechen; c) das private Keuschheitsgelübde; d) die Blutsverwandtschaft; e) die geistliche Verwandtschaft, so weit letztere beide einem außerehelichen Verhältnis entstammten; f) nach Abschluß der Ehe Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft aus ehelichem Verkehr im 4., 4./3.; 3.; 3./2. Gr. der Seitenlinie; nach 10 Jahren auch im 2. Gr. der Seitenlinie, vorausgesetzt daß die „Gatten“ die Ehe öffentlich eingingen und allgemein als Gatten gegolten haben; g) die geistliche Verwandtschaft; vgl. Leitner M.: Ehe recht (2. Aufl.) S. 398. — Nach dem 19. Mai 1918 gelten folgende Hindernisse als geheim (für die Gültigmachung) a) das Verbrechen; b) die Blutsverwandtschaft, Schwägerschaft und öffentliche Ehrbarkeit bei außerehelichen Verwandten; c) die Blutsverwandtschaft im 3. Gr. der Seitenlinie (3. und 3./2. Gr.), sowie die Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft im 2. Gr. der Seitenlinie nach 10 jährigem Zusammenleben als Eheleute in den Augen des Volkes, Benedikt XIV. in Inst. 87 § „Pontifex agit“. In diesen Fällen insgesamt muß das Hindernis auch der Tatsache nach geheim sein.

2) Zwar lautet Can. 1136 § 1: „*Matrimonium irritum ob defectum consensus convalidatur, si pars quae non consenserat, iam consentiat*“ usw., ohne daß betont wird, daß der Teil, dessen Konsens bisher fehlte, die *N i c h t i g k e i t* seiner Ehe erkennen müsse, allein die bisherige Praxis lehrt, daß Can. 1134 (Kenntnis der Nichtigkeit) auch *h i e r* gilt; vgl. S. Rota in Osnabrugen. d. 11. Ian. 1912 et Vic. Novae Pomeraniae d. 16. Maii 1913

(AAS. 4, 186; 5, 464 ff.). Wenn eine „Chefrau“, deren Ehe wegen schwerer Furcht ungültig ist, nach 5 Jahren ohne Furcht den Konsens gibt, so kann sie nach weiteren 5 Jahren auf Nichtigkeit der Ehe wegen Furcht klagen, wenn ihr erst nach 10 Jahren die Nichtigkeit der Ehe bekannt wird.

3) Wenn die Rechtsform vollständig fehlt, z. B. bei Eingehung einer bloßen „Zivilehe“ oder einer Ehe vor dem akatholischen Religionsdiener, so muß die Rechtsform immer beobachtet werden. Wenn dagegen die katholische Eheschließungsform (Cann. 1094 ff.) beobachtet wurde, freilich mit einem Wesensfehler (so wenn statt des Pfarrers ein nicht bevollmächtigter Priester beigewohnt hätte) so könnte dieser Wesensfehler auch geheim und auch nur einem Teil bekannt sein. In diesem Falle könnte bei auftauchenden Schwierigkeiten der Konsens auch erneuert werden gemäß Can. 1135. Für die Vergangenheit muß besonders die Ausnahmestellung Deutschlands und Ungarns beobachtet werden. Im Jahre 1912 wird in England eine Mischehe zweier Deutscher ohne die Eingehungsform des Dekretes „Ne temere“ geschlossen. Die Ehe ist ungültig. Die beiden „Cheleute“, beide in Deutschland geboren; er katholisch und sie stets protestantisch, leben bald darauf in Deutschland. Zur Gültigmachung dieser Ehe war nur gefordert, daß der wissende Teil den Konsens nach Can. 1135 erneuerte, während der andere in seinem ursprünglichen Konsense verharrete. Seit 19. Mai 1918 aber wäre Erneuerung in der Rechtsform Cann. 1094 ff. notwendig.

§ 60. Heilung der Ehe in der Wurzel.

Sanatio in radice.

I. Quellen: Cann. 1138—41; vgl. Can. 586.

II. Begriff. Die Heilung der Ehe in der Wurzel ist der Nachlaß eines kirchenrechtlichen Hindernisses nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit, soweit es der Kirche möglich ist.

Erläuterung: 1) Es handelt sich um eine bereits geschlossene Ehe. Diese ist jedoch ungültig wegen eines rein kirchenrechtlichen Hindernisses. Die Kirche macht nun von ihrem Dispenzrechte in vollem Maße Gebrauch. a) Sie beseitigt das trennende Hindernis für die Zukunft wie bei gewöhnlichen Dispensen; b) sie dispensiert vom Gesetz der Konsenserneuerung (1133); c) die kirchenrechtlichen Wirkungen der Dispense werden erstreckt bis zum ersten Abschluß (zur Wurzel) der Ehe. — 2) Die Heilung in der Wurzel ist eine Art Gesetzesdispense, kommt also dem Gesetzgeber usw. (Can. 80) zu, hier ausschließlich dem Apostolischen Stuhle (Can. 1040). — 3) Die Kirche kann der nichtigen Ehe von Anfang an die kirchenrechtlichen Wirkungen verleihen, unmöglich aber die göttlichen: a) Die

fragliche Ehe bleibt von Anfang an bis zur Sanierung *n i c h t i g*; b) das *S a k r a m e n t* der Ehe tritt erst mit der Sanierung ein; c) die *S ü n d e n* der im schlimmen Glauben Berehelichten sind und bleiben Sünden. — Dagegen werden die aus der nichtigen Ehe geborenen Kinder als von Anfang rechtmäßige Kinder betrachtet.

III. Voraussetzungen: 1) Das Hindernis, welches die Ehe verungültigte, muß ein *r e i n k i r c h e n r e c h t l i c h e s* sein; auch der Mangel der Form kann so beseitigt werden Can. 1139 § 1. Kommt ein naturrechtliches oder göttlich-positiv-rechtliches Hindernis in Frage, so wird die Sanierung niemals gewährt, auch von dem Zeitpunkte an nicht, in welchem das Hindernis, z. B. Eheband, aufgehört hat. Dauert das göttlich rechtliche Hindernis bis zur Gewährung der *sanatio*, so ist die Sache ohnedies klar. S. Off. d. 17. Jan. 1900 ME. 11, 533 et d. 8. Mart. 1900 (ME. 12, 3). Aber die Kirche will die Sanierung auch dann nicht gewähren, wenn das Hindernis schon früher aufhörte, vgl. jedoch Cann. 1133 § 2; 1140 § 2. — 2) Der naturrechtliche Konsens muß *u n n t e r b r o c h e n* fortdauern vom Abschluß der Ehe bis zu deren Sanierung Can. 1140 § 1. Wurde jedoch der anfangs fehlende Konsens im Laufe der Zeit gesetzt, so kann von diesem Zeitpunkt an die Sanierung erteilt werden Can. 1140 § 2. — 3) Die *sanatio* erheischt einen *z w i n g e n d e n G r u n d* (*causa urgens*); also einen Dispensgrund und einen speziellen Grund, warum gerade *sanatio* erbeten wird. Doch sind Dispensen, die der Apostolische Stuhl erteilt, auch ohne Grund gültig, wenn er sie ohne Grund erteilen will; anders wenn Delegierte die *sanatio o h n e G r u n d* gewähren Can. 84 § 1.

Das Sanierungsgeſuch gleicht den Dispensgeſuchen in allen Stücken: a) Das Geſuch kann *ö f f e n t l i c h* oder *g e h e i m* ſein je nach dem Hinderniſſe, das ihm zugrunde liegt. b) Die römischen Behörden ſind die für Dispensen zuſtändigen, alſo Sacramentenkongregation, Orientalenkongregation, heiliges Offizium und Pönitentiarie. Das Geſuch kann ausgehen von beiden „Eheleuten“, von einem „Eheteil“ oder auch von einer dritten Perſon, z. B. dem Seelſorger. — Das Sanierungsreſkript gleicht in allem den Reſkripten der Gültigmachung einer Ehe, namentlich hiñſichtlich der Taxen. — Die Konſiſtorialkongregation verlieh durch

Defret „*Proxima sacra*“ den *Ordinarien* von Amerika Philippinen, Ostindien, Afrika (außerhalb der Mittelmeerküste) und Rußland Sanationsvollmachten für die Hindernisse niederen Grades auf 5 Jahre (AAS. 10, 191). So können also die Ordinarien allgemein oder in besonderen Fällen auch mit der Sanierungsvollmacht ausgerüstet werden.

Wenn zuweilen eine *sanatio in radice* für Verstorbene gewährt wird, so ist das eine *sanatio* nur im uneigentlichen Sinne; es handelt sich dabei vielmehr um eine *legitimitas proles*; denn für eine *sanatio in radice* fehlt die Hauptsache: der Fortbestand der Ehe. — Für Irresinnige kann die *sanatio in radice* zwar gegeben werden, aber der Apostolische Stuhl pflegt sie nicht zu geben, da nach staatlichem Rechte wegen Geisteskrankheit eine Ehescheidung möglich ist. — Der *Konfubinat* ist keine Grundlage für die *sanatio*; denn es fehlt der Konsens. — Dagegen wird für eine ungültige Zivilehe und für eine ungültige Ehe, eingegangen nach *katholischem Ritus*, *sanatio* gewährt.

IV. **Wirkungen.** Die „Heilung in der Wurzel“ kann erteilt werden entweder in *forma gratiosa* oder in *forma commissoria*. Bei letzterer muß die Ausführung (*executio*) stattfinden. Ist dies geschehen, so sind die Wirkungen bei beiden die gleichen. 1) Mit dem Datum des römischen Reskriptes oder des Ausführungsreskriptes seitens des Ordinarius wird der Ehevertrag gültig ohne weiteres Zutun der „Eheleute“; damit tritt das Sakrament der Ehe sofort in Kraft Can. 1012 § 2. Deshalb soll der Seelsorger sich bemühen, den wissenden Teil für den Empfang des Sakramentes zu disponieren. — 2) Die vorhandenen Kinder werden im gleichen Augenblick legitim, ohne Rücksicht darauf, ob sie *fili naturales*, *incestuosi* oder *sacrilegi* waren; die *adulterini* werden natürlich nicht legitimiert, da ein göttlich-rechtliches Hindernis in Frage kommt, welches nicht saniert werden kann. — 3) Das Sanationsreskript des äußeren oder des nichtsakramentalen inneren Forum muß beim Ordinariate bzw. beim Pfarramte sorgfältig aufbewahrt werden; dagegen ist das Sanationsreskript des sakramentalen Forum zu vernichten wie das gleiche *Dispensreskript* (oben S. 292). 4) Die sanierte Ehe muß im Ehe- und Taufregister mit allen Wirkungen genau eingetragen werden Cann. 1103; 470 § 2; 1117. — Die *fili legitimated per sanationis rescriptum* gelten in den Wirkungen als *legitimated per subsequens matrimonium* Can. 1117.

Die erste *sanatio in radice* wurde von Papst Bonifaz VIII. gewährt; die letzte *sanatio* (nicht „in radice“) für eine Mehrheit von Fällen wurde durch die Konstitution „*Provida*“ am 15. April 1906 erteilt, indem die akatholischen und gemischten Ehen in Deutschland, welche nur wegen *Klandestinität* ungültig waren, mit diesem Tage ohne weiteres gültig wurden.

§ 61. Die Dispensgewalt der Bischöfe und Ordinarien.

Can. 1040 gibt folgende Regel an: „Niemand kann in den kirchenrechtlichen Hindernissen (außer dem Papste) dispensieren, es wurde ihm denn vom allgemeinen Rechte oder durch ein Sonderindult des Apostolischen Stuhles eingeräumt.“ Wir haben demnach zweierlei Vollmachten zu würdigen: a) Vollmachten, vom Rechte gegeben; b) Vollmachten, eingeräumt durch Indulte des Apostolischen Stuhles. Wir beschäftigen uns im folgenden nur mit den Vollmachten der Ordinarien, sollte eine Vollmacht ausschließlich den Bischöfen vorbehalten sein, so wird darauf eigens aufmerksam gemacht.

A. Die Vollmachten der Ortsordinarien in dringender Todesgefahr. Can. 1043: „*Urgente mortis periculo, locorum Ordinarii, ad consulendum conscientiae et, si casus ferat, legitimationi prolis, possunt tum super forma in matrimonii celebratione servanda, tum super omnibus et singulis impedimentis iuris ecclesiastici, sive publicis sive occultis, etiam multiplicibus, exceptis impedimentis provenientibus ex sacro presbyteratus ordine et ex affinitate in linea recta, consummato matrimonio, dispensare proprios subditos ubique commorantes et omnes in proprio territorio actu degentes, remoto scandalo, et, si dispensatio concedatur super cultus disparitate aut mixta religione, praestitis consuetis cautionibus.*“

I. Voraussetzungen: 1) „*Mortis periculum, Todesgefahr*“. Jede Todesgefahr genügt ohne Rücksicht auf die Ursache derselben, z. B. Krankheit. Die Todesgefahr kann auch auf seiten des hindernisfreien Teils sein; wie auf seiten der „*Zivilehefrau*“ eines Majoristen S. Off. d. 1. Jul. 1891. Es genügt die mit *Grund angenommen*

me ne Todesgefahr (probabile periculum) Rit. Rom. tit. 5 c. 1 n. 5; Can. 209. — 2) „Urgens, dringend“ muß die Todesgefahr sein, d. h. so, daß ein römischer Refus nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen erscheint. Telephon oder Telegraph brauchen nicht in Anschlag gebracht zu werden. CC. d. 12. Nov. 1922 n. V (AAS. 14, 662). — 3) Als Dispen sgründe kommen in Frage: „ad consulendum conscientiae et legitimationi prolis, Beruhigung des Gewissens und Legitimierung der Nachkommenschaft“. Dient die Verheiratung der Behinderten zur Beseitigung oder Verhinderung irgendeiner Sünde, z. B. einer Feindschaft, einer nächsten Gelegenheit, eines zugefügten Schadens, einer üblen Nachrede usw., oder sind geborene oder zu erwartende Kinder zu legitimieren, so sind das hinreichende Dispensgründe.

II. Umfang der Dispensgewalt: 1) Personen. „Locorum Ordinarii possunt dispensare proprios subditos ubique commorantes et omnes in proprio territorio actu degentes“, also die Ortsordinarien (Can. 198 § 2) können dispensieren: a) ihre Untergebenen, wo immer sie sich aufhalten; b) alle in ihrem Gebiete Anwesenden; c) in eigener Abwesenheit von der Diözese die Untertanen Can. 201 § 3. — 2) Gegenstand. „Super omnibus et singulis impedimentis iuris ecclesiastici, sive publicis sive occultis, etiam multiplicibus,“ Can. 1043 bedeutet einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Vollmachten von 1888 und 1909, insofern auch alle verbietenden Hindernisse in die Dispensgewalt miteinbegriffen sind. Die rein kirchenrechtlichen Hindernisse sind folgende: Alter, Irrtum im Sklavenstand, Entführung; Höhere Weihe, feierliche Profess; Blutsverwandtschaft in der Seitenlinie, ausgenommen den reinen 1. Grad, Schwägerschaft, öffentlicher Anstand, geistliche Verwandtschaft, gesetliche Verwandtschaft; Verbrechen; Glaubensverschiedenheit; Mangel der Eheschließungsform; Einfache Keuschheitsgelübde; Bekenntnisverschiedenheit.

Ausnahmen: a) Die Hindernisse göttlichen Rechtes; b) die besonders ausgenommenen rein kirchenrechtlichen Hindernisse der Priesterweihe und der Schwägerschaft in der geraden Linie aus vollzogener Ehe. — Aus dem Zusammenhalte der Cann. 1043 und 1076

§ 3 ergibt sich, daß die Blutsverwandtschaft im reinen 1. Grad der gleichen Seitenlinie ein Hindernis göttlichen Rechtes ist. Ob der *ordo episcopatus* dem göttlichen Rechte angehört; ob *metus* unter die Hindernisse des Naturrechtes zu zählen ist, wird nicht gesagt.

Ob die dispensierbaren Hindernisse bekannt sind oder geheim, ob sie einfach sind oder gehäuft, tut nichts zur Sache.

III. Auflagen. 1) Das Ärgernis muß beseitigt werden („*remoto scandalo*“), wenn solches entweder vorhanden ist oder leicht entstehen kann, z. B. beim Hindernisse des Verbrechens, bes. mit Vattenmord, der Profeß, der Weihe, der Blutsverwandtschaft im 2./1. Grad usw. — 2) Bei den beiden Religionshindernissen (*cultus disparitas, mixta religio*) müssen die *Parteien* in Sicherheit sein; vgl. *Cann.* 1061—62.

IV. Legitimatio prolis. Sind aus der behinderten Verbindung Kinder schon geboren, so tritt mit der Dispense des Ordinarius ohne weiteres die Legitimierung der „*proles iam nata*“ ein, außer diese wäre eine *proles adulterina* oder *sacriliga*. Durch die Dispense allein tritt auch bei der *proles iam concepta*, wenn sie *adulterina* oder *sacriliga* ist, die Legitimierung nicht ein, wohl aber durch die Dispense und darauffolgende Verehelichung *Can.* 1116.

B) Vollmachten des Ordinarius im „verwickelsten Falle“. Der Umfang dieser Vollmachten deckt sich mit jenem der Vollmachten in dringender Todesgefahr. — Die Auflagen sind ebenfalls die gleichen. — Dagegen sind die Voraussetzungen verschieden. Der „verwickelte Fall“ liegt vor „*quoties impedimentum detegatur, cum iam omnia sunt parata ad nuptias, nec matrimonium, sine probabili gravis mali periculo, differri possit usque dum a Sancta Sede dispensatio obtineatur . . . Haec facultas valeat quoque pro convalidatione matrimonii iam contracti, si idem periculum sit in mora nec tempus suppetat recurrendi ad Sanctam Sedem.*“

Der „verwickelte“ oder dringliche Fall (außer der Todesgefahr) ist gegeben: 1) wenn ein Refers an den Apostolischen Stuhl nicht möglich ist; 2) wenn zugleich der Eheabschluß

drängt, und zwar entweder weil alles schon zur Hochzeit bereit ist, weshalb ein schwerer Nachteil droht, oder weil nach Abschluß einer „Ehe“ deren Gültigmachung ohne einen schweren Nachteil sich nicht aufschieben läßt. — Unter „schwerem Nachteil, grave malum“ sind zu verstehen: Verlust des guten Rufes, schweres Argernis, Gefahr der Unenthaltbarkeit, großer Schaden am Vermögen usw. — 3) Gefordert wird, daß das Hindernis vom Ordinarius usw. unmittelbar vor dem Eheabschluß entdeckt wird; darum ist es gleichgültig, ob es seit langem oder erst seit einiger Zeit besteht CC. d. 1. Mart. 1921 (AAS. 13, 178).

Wie in der Todesgefahr, so können die Ordinarien dispensieren sowohl für die *Eingehung* als für die *Gültigmachung* der Ehe Can. 1045 § 2. Zwar ist die Dispense von der *Eheschließungsform* im Can. 1045 § 1 nicht betont, indes kann sie mit Grund aus § 3 erschlossen werden, da ja die Form zuweilen gar nicht eingehalten werden kann; vgl. auch S. C. Cons. d. 25. Apr. 1918 (AAS. 10, 190), wo die Vollmachten der Cann. 1043—45 als *dispensationes super impedimentis matrimonialibus* zusammengefaßt werden; Index ad Codicem v. „*Impedimenta*“.

Art der Dispense. Der Ordinarius kann dispensieren im äußeren und im inneren Forum; in diesem wieder sowohl im nichtsakramentalen als im sakramentalen Forum. Alle Grundsätze der Dispensation in diesen Foren müssen auch hier genauestens eingehalten werden: a) Im äußeren Forum muß das Dispensreskript vollständig abgefaßt und sorgfältig aufbewahrt werden; ebenso im inneren nichtsakramentalen Forum, hier jedoch im bischöflichen Geheimarchiv. — b) Das Dispensreskript des sakramentalen Forum muß „*tectis nominibus*“ abgefaßt und nach dem Gebrauche vernichtet werden; vgl. Cann. 1046—47.

Die Vollmachten A und B ruhen auf dem allgemeinen Can. 81: „*A generalibus Ecclesiae legibus Ordinarii dispensare nequeunt, nisi difficilis sit recursus ad Sanctam Sedem et simul in mora sit periculum gravis damni, et de dispensatione agatur quae a Sancta Sede concedi solet.*“ Sollte also ein Ordinarius mit den Vollmachten der Cann.

1043 sqq. nicht ausreichen, so steht immer Can. 81 zur Verfügung.

C) **Die vom Apostolischen Stuhl übertragenen Vollmachten.** Außer den vom Rechte eingeräumten Vollmachten können die Ordinarien solche besitzen, welche der Heilige Stuhl ausdrücklich erteilt hat „speciali indulto“ Can. 1040. Die Vollmachten des Apostolischen Stuhles (facultates, indulta) waren zu verschiedenen Zeiten und für verschiedene Gegenden verschieden. In mannigfachen Formularien hat Rom die Ordinarien des Erdkreises mit delegierten Vollmachten betraut. Den besten Aufschluß über die vor der Neuordnung der Römischen Kurie (1908) geltenden Vollmachten bietet das Buch: „*Commentarium in facultates Apostolicas*“, concinnatum ab Antonio Konings C. Ss. R., editio 5a, curante Ioseph Putzer C. Ss. R. (1898); cfr. „*La curia Romana*“ por el R. P. Iuan B. Ferreres S. I. (1911, 2a edición); et „*De Curia Romana*“ auctore Martino Leitner (1909). — Die Ordinarien unserer Gebiete hatten dreierlei ordentliche Vollmachten: a) *Fünfhährvollmachten* (Facultates quinquennales) der Propagandakongregation; b) *Fünfhährvollmachten* (Facultates quinquennales) der Pönitenziarie; c) *Dreijährvollmachten* (Facultates triennales) des heiligen Offiziums. Die Vollmachten der Propagandakongregation gab seit 1908 für die Gegenden der ordentlichen Hierarchie die Sakramentenkongregation. Während des Weltkrieges erhielten die Ordinarien der kriegsbeteiligten Länder ganz außerordentliche Vollmachten.

Nach Einführung des Roder wurden die Vollmachten des äußeren Forums durch das Dekret der Konsistorialkongregation „*Proxima sacra*“ vom 25. April 1918 aufgehoben (AAS. 10, 191). Immerhin sah man sich veranlaßt, die außerordentlichen Kriegsvollmachten noch weiter zu gewähren. Nunmehr erteilt die Konsistorialkongregation die Vollmachten des ä. F. (die Propaganda- u. Orientalenf. für die betr. Gebiete), *Motuproprio* „*Post datam*“ d. 20. Apr. 1923 (AAS. 15, 193).

I. **Die dem Ordinarius gewährten Vollmachten der Pönitenziarie.** Der Ordinarius besitzt die Vollmacht, im geheimen Hindernis des Verbrechens ohne

Gattenmord zur Gültigmachung und zur Eingehung der Ehe zu dispensieren; in beiden Fällen „*iuncta gravi et diuturna poenitentia salutari*“ (oben S. 293). Diese facultates in et pro foro interno (Can. 196) können subdelegiert werden, freilich nur „in et pro foro sacramentali“, und zwar für einzelne Fälle allen Beichtvätern, für ständig: a) dem Canonicus Poenitentiarius; b) den Vicariis Foraneis, d. i. den Landdekänen; c) anderen Beichtvätern wegen besonderer Gründe, wie Exerzitien, Missionen. Die Eingaben an den Ordinarius um Dispense gleichen den Dispensgesuchen an die heilige Pönitenziarie. — Wurde vom Ordinarius im inneren nicht-sacramentalen Forum dispensiert, so gilt diese Dispense auch, wenn das Hindernis später bekannt wird; vgl. Can. 1047.

II. Die neuen Vollmachten der Sacramentenkongregation. Durch die Konsistorialkongregation erhalten u. a. die deutschen Ordinarien von der Sacramentenkongregation nachstehende Vollmachten auf die Dauer von fünf Jahren („*Facultates Quinquennales*“): 1. *Dispensandi iusta et rationabili ex causa super matrimonialibus impedimentis minoris gradus quae in Can. 1042 recensentur, nec non super impedimentis impredientibus de quibus in Can. 1058 ad effectum tantum matrimonium contrahendi.* — 2. *Dispensandi ex gravi urgentique causa quoties periculum sit in mora et matrimonium nequeat differri usque dum dispensatio a S. Sede obtineatur super impedimentis maioris gradus infra recensitis:* a) *Consanguinitatis in 2^o aut in 3^o cum 1^o mixtis, dummodo nullum exinde scandalum aut admiratio oriatur.* — *Consanguinitatis in 2^o collateralis gradu.* — b) *Affinitatis in 1^o collateralis gradu aequali vel mixto cum 2^o.* — c) *Publicae Honestatis in 1^o gradu, dummodo absit dubium, quod coniux esse possit proles ab altero contrahentium genita.* — 3. *Dispensandi tempore et in actu S. Pastoralis Visitationis aut Ss. Missionum, et non ultra, super omnibus matrimonialibus impedimentis supra memoratis cum iis qui in concubinato vivere reperiuntur.* — 4. *Sanandi in radice matrimonia nulliter contracta ob aliquod ex impedimentis minoris gradus, si magnum sit incommodum requirendi a parte ignara*

impedimenti renovationem consensus, dummodo tamen prior consensus perseveret et absit periculum divortii; monita tamen parte conscia impedimenti de effectu huius sanationis et debita facta adnotatione in libro matrimoniorum. *Adnotationes:* 1) Ordinarius recensitis facultatibus, sive per se sive per alias idoneas ecclesiasticas personas ad hoc deputandas, uti potuerit in matrimoniis contrahendis et nulliter contractis cum suis subditis ubique commorantibus et aliis omnibus in proprio territorio actu degentibus, facta in unoquoque casu expressa mentione huius Ap. delegationis ad normam Can. 1057. — 2) In usu earundem facultatum prae oculis habeantur quae in Cann. 1048—54 statuta reperiuntur. — 3) Ordinarius in fine cuiuslibet anni per tramitem S. Congr. Consistorialis referat ad S. C. Sacr. de numero et specie dispensationum quae vigore praesentis. Indulti Ipse fuerit elargitus.

Bemerkungen: a) Die Vollmachten der Ordinarien erstrecken sich auf die Hh. niederen und auf gewisse Hh. höheren Grades.

b) Die Ordinarien können diese Vollmachten selbst gebrauchen oder anderen geeigneten Geistlichen übertragen gegenüber den eigenen Diözesanen und gegenüber Fremden, welche in ihrem Gebiete verweilen, vgl. Can. 1043. Die Bevollmächtigung kann geschehen entweder in einem bestimmten Falle oder in einer Mehrheit von Fällen Can. 199, oben S. 5. — Stets muß im Einzelfalle der Apostolischen Delegation ausdrücklich Erwähnung geschehen. — Die Bestimmungen der Cann. 1048—54 müssen genau beobachtet werden (oben §§ 56 f.)

c) Am Schlusse jedes Jahres muß der Ordinarius an die Sakramentenkongregation durch die SCons. Bericht erstatten über die Zahl und Art der auf Grund obiger Fünfjahrsvollmachten gewährten Dispensen; z. B. Dispensen in Hindernissen niederen Grades: 20; Heilungen in der Wurzel in den gleichen Hh.: 6; Dispensen in der Blutsverwandtschaft 2. Grad der gleichen Seitenlinie: 3 usw.

d) Bezüglich der Taxen gelten hier die gleichen Grundsätze, wie wir sie ausgeführt haben (oben S. 280 ff.); nur kann der Ordinarius bei Nicht-Armen für gute Zwecke der Diözese 5 Lire als eine Art Diözesantaxe beifügen.

e) Hinsichtlich der Hh. niederen Grades besitzt der Ordinarius dreierlei Vollmachten: zu dispensieren zur Eingehung einer Ehe; zu dispensieren zur Gültigmachung einer Ehe und zu sanieren in der Wurzel. Welches die Hh. niederen Grades sind, wurde bereits dargelegt: Blutsverwandtschaft Seitenlinie 3./3, 3./2, und 3./1. Grad (Can. 96 § 3); Schwägerschaft Seitenlinie 2./2, 2./1 Grad (Can. 97 § 3). Öffentliche Ehrbarkeit 2. Grad; Verbrechen ohne Gattenmord. In all diesen Hh. kann der Ordinarius dispensieren aus einem rechtmäßigen und vernünftigen Grund; sanieren nur dann, wenn der Konsens nicht

ohne schweren Nachteil von dem einen Teil (der das H. nicht kennt) zu erhalten ist; die Voraussetzungen und Vorschriften dieser Sanierung (oben § 60 nn. III und IV) müssen genau beobachtet werden (Fortdauer des Konsenses, Fernsein der Gefahr einer Ehescheidung; Belchrung des wissenden Teils; Eintragung der Sanierung in die Trauungs- und Taufregister). Was hier von der Dispense zur Eingehung einer Ehe bei den H. H. niederen Grades gesagt wurde, gilt in entsprechender Weise von den beiden Gelübden der vollkommenen und ewigen Keuschheit und des Eintrittes in einen Orden mit feierlichen Gelübden, auch dann wenn diese Gelübde bedingungslos und nach der Vollendung des 18. Lebensjahres abgelegt wurden Cann. 1058 § 1; 1313; oben § 49.

f) In den H. H. höheren Grades werden nur bestimmte genau aufgeführt und zwar auch solche, welche gemäß den Cann. 96 und 97 zu den H. H. niederen Grades gehören: Blutsverwandtschaft 3./1. und Schwägerschaft 2./1. Diese Vollmacht ist nahe verwandt mit jener, welche gemäß Can. 1045 oben im § 61 erklärt wurde. Der Ordinarius kann also nach seinem weisen Ermessen von seiner ordentlichen oder von der delegierten Vollmacht Gebrauch machen, doch beachte man sorgfältig die Unterschiede: Unter den Geltungsbereich des Can. 1045 fallen alle rein kirchenrechtlichen H. H., mit Ausnahme der bekannten 2: Priesterweihe und Schwägerschaft in der geraden Linie aus vollzogener Ehe; die delegierten Vollmachten wurden oben genau begrenzt, sind demnach bedeutend weniger. — Bei den Voraussetzungen jedoch fällt das „omnia parata ad nuptias“ des Can. 1045 bei den delegierten Vollmachten fort, so daß diese auch dann gebraucht werden können, wenn überhaupt ein schwerwiegender Dringlichkeitsgrund den Refkurs nach Rom unmöglich macht. — Die Voraussetzung dieser Vollmachten bei der bischöflichen Visitation (Cann. 343—46; 301; 315) oder bei Missionen Can. 1349 (vielleicht auch Exerzitien) wurde vereinfacht, insofern die Beiseitigung eines Konkubinales genügt, um so mehr dann einer bloßen Zivilehe (oben § 43).

Vollmachten der ap. Nuntien, Internuntien und Delegaten: 1) Dispensvollmacht in allen verbietenden Hindernissen (Cann. 1058—66); bei Bekenntnisverschiedenheit Meldung der dispensierten Fälle an das heilige Offizium; 2) in den trennenden Hindernissen des reinen Kirchenrechts; Ausnahmen: wie im Can. 1043, dazu die Hindernisse der Diafonats- und Subdiafonatsweihe und feierlichen Profess. Glaubensverschiedenheit ist mitinbegriffen, allein bei Eheschließungen mit Juden oder Mohammedanern unter folgenden Klauseln: Fernsein der Gefahr der Polygamie oder der Beschneidung und jeder „religiösen“ Betätigung beim Zivilakt der Mohammedaner. — Eine bescheidene Dispensabgabe soll für das heilige Offizium bzw. die SS. Sac. geleistet werden. 3) Sanationsvollmacht in den gleichen Hindernissen wie oben unter den notwendigen Sicherungen, A. Vermeersch — J. Creusen: Epitome IC. tom. I App. I n. 715, 29—31.

Vollmachten der Propagandafongregation 1) Formula I: Vollmacht zu dispensieren und zu sanieren in allen Hindernissen niederen Grades, mit dem Recht der Subdelegation. — 2) For-

m u l a II: (maior) Dispens- und Sanierungsvollmacht in allen Hindernissen niederen und höheren Grades, ausgenommen die im Can. 1043 und das Hindernis des Alters; Klausel hinsichtlich der Ehe mit Juden und Mohammedanern wie oben; Subdelegation möglich, Epitome n. 717, 15—17. — 3) Formula II (minor); die gleichen Vollmachten wie soeben angegeben. — 4) Formula III (maior): a) die gleichen Vollmachten wie unter 2) und 3); b) die Vollmacht, den bekehrten Heiden mit Vielweiberei zu gestatten, daß sie eine beliebige ihrer Frauen als Ehefrau behalten dürfen, vorausgesetzt daß diese sich taufen läßt, die erste aber nicht; die Vollmachten von den Interpellationen beim Paulinischen Privileg zu dispensieren in ordentlichen und außerordentlichen Fällen, auch vor der Taufe. V. Epitome n. 719, nn. 21—27; Subdelegationsgewalt gegeben. — 5) Formula III (minor) gleicht hier der F. III (maior).

III. Die vom heiligen Offizium gewährten Vollmachten.

Das heilige Offizium gewährte in den christlichen Ländern Vollmachten im Hindernisse der B e k e n n t n i s v e r s c h i e d e n h e i t (mixta religio), für die Missionsgebiete auch in jenem der G l a u b e n s v e r s c h i e d e n h e i t (cultus disparitas).

Der Ordinarius Passavien. erhielt bei Gelegenheit seiner Visitatio ss. liminum (Okt. 1923) vom hl. Off. zwei große Vollmachten auf 5 Jahre („Facultates additionales S. C. S. Officii“): „1) Dispensandi . . . super impedimento mixtae religionis et etiam super disparitatis cultus ad cautelam; quoties prudens dubium oriatur de collatione baptismi partis acatholicae, quantenus ante nuptias pars acatholica ad veram religionem adduci, aut catholica ab ipsis nuptiis absterreri nequiverit . . . 2) Sanandi in radice matrimonia attentata coram officiali civili vel ministro acatholico a suis subditis etiam extra territorium aut non-subditis intra limites proprii territorii cum impedimento mixtae religionis aut disparitatis cultus, dummodo consensus in utroque coniuge perseveret, isque legitime renovari non possit, sive quia pars acatholica de invaliditate matrimonii moneri nequeat sine periculo gravis damni aut incommodi a catholico coniuge subeundi; sive quia pars acatholica ad renovandum coram Ecclesia matrimonialem consensum aut ad cautiones praestandas ad praescriptum CJC Can. 1061 § 2 ullo modo induci nequeat; dummodo aliud non obstat impedimentum dirimens, super quo Ipse dispensandi aut sanandi facultate non polleat.“

I) Bemerkungen zu beiden Vollmachten: 1) Stets muß der Ap. Delegation Erwähnung geschehen. 2) Am Ende eines jeden Jahres muß der Ordinarius dem hl. Off. durch die SConsist. über die Zahl und die Art der gewährten Dispensen i. w. S. Bericht erstatten.

II) Bemerkungen zu der Dispensvollmacht: Was von den Gründen, Sicherungen (cautelae) und Maßregeln gegen den Abschluß der Ehe vor dem akatholischen Religionsdiener oben (§ 51) betont wurde, gilt hier in gleicher Weise. — Liegt bereits ein Konkubinat vor (sei es mit oder ohne Zivilehe), so muß das Ärgernis beseitigt werden, damit der katholische Teil zum Empfang der Gnade sich entsprechend vorbereite. Hierbei ist stets die Absolution von der Exkommunikation zu erteilen, wenn eine Trauung vor dem akatholischen Religionsdiener unternommen wurde („attentatum fuerit“); entsprechende heilsame Bußen sind aufzulegen. — Die wichtigste Neuerung in dieser Dispensvollmacht ist die Gewährung der Befugnis, von der Glaubensverschiedenheit (cultus disparitas) zu dispensieren vorsichtshalber (ad cautelam), wenn ein begründeter Zweifel an der Gültigkeit der akatholischen Taufe sich nicht beseitigen läßt. Diese Dispense von der Glaubensverschiedenheit ad cautelam muß in den Registern genau angemerkt werden; denn wenn später die Ungültigkeit der akatholischen Taufe sich klar herausstellt, so tritt die Verfügung des Can. 1070 § 2 nicht mehr ein; die Ehe ist und bleibt gültig, da ja die cultus disparitas behoben wurde.

III) Bemerkungen zu den Sanierungsvollmachten. Hier kommen die Hindernisse der Bekenntnis- (mixta religio) und Glaubensverschiedenheit (cultus disparatis) nicht allein in Betracht, sondern verbunden mit der H. der mangelnden Form. Der eheliche Konsens muß nach der Voraussetzung gegeben sein, allein derselbe konnte eine gültige Ehe nicht bewirken wegen des Mangels der Rechtsform (Cann. 1094 ff.) und wegen der Glaubensverschiedenheit; Bekenntnisverschiedenheit scheidet hier natürlich aus. Alle Erfordernisse der sanatio in radice (oben § 60), sowie jene bei Glaubens- (§ 47) bzw. Bekenntnisverschiedenheit (§ 51) müssen genau beobachtet werden. Die gewährte Sanierung ist in die Trauungs- und Taufregister einzutragen. Sollten aus der Eintragung ins Taufregister Schwierigkeiten entstehen, so kann diese Vorschrift erlassen werden. Mit der Unterzeichnung des Sanierungsreskriptes durch den Ordinarius oder seines Bevollmächtigten ist die Ehe gültig geworden; die etwa geborenen Kinder sind legitim. Die Sanierungsvollmacht kann nur dem Pfarrer und diesem nur von Fall zu Fall subdelegiert werden, während bei der Dispensvollmacht die allgemeinen Grundsätze des Can. 199 gelten. — Kommt außer den oben genannten H. noch ein anderes in Frage, welches über die Dispens- bzw. Sanierungsvollmachten des Ordinarius hinausgeht, z. B. Mangel des Konsenses bei dem früheren Eheabschluß, H. des Ehebandes, das später aufhörte, so kann die Sanierung der Ehe in der Wurzel nicht betätigt werden.

Der Schismatiker Petrus wollte die Katholikin Johanna ehelichen, aber zur Erfüllung der Sicherungen konnte er nicht bewogen werden. Johanna wurde schismatisch und schloß die Zivilehe mit nachfolgender schismatischer Trauung. Eine todesgefährliche Krankheit brachte Johanna zur Besinnung; freilich Petrus wollte von der Konsenserneuerung

durchaus nichts wissen. „Ich lebe in glücklicher Ehe; wozu ein abermaliger Eheabschluß!“ Auch Johanna hatte bei den früheren Akten einen naturrechtlichen Konsens geben wollen und gegeben. Die gewichtigen Gründe für eine Sanierung der Ehe lagen vor. Die Sicherungen wurden vom „Manne“ zugesagt. Die Frau wurde von den Zensuren wegen Abfalls vom Glauben und Abschlusses der „Ehe“ vor dem akatholischen Religionsdiener (dem *stilus curiae* entsprechend) absolviert. In einer zeitweiligen Trennung vom „Manne“ wurde die Seele auf die sakramentale Gnade vorbereitet. Der Akt der *sanatio* wurde in die zuständigen Trauungsregister und auch in das Taufregister eingetragen.

IV. Die Vollmacht der Ordinarien in zweifelhaften Fällen. In zweifelhaften Fällen des göttlichen Rechts ist allein der Heilige Stuhl zuständig; vgl. *Cann.* 1038 § 1; 1076 § 3. — In rein kirchenrechtlichen Fällen gilt *Can.* 15: „*Leges, etiam irritantes et inhabilitantes, in dubio iuris non urgent; in dubio autem facti potest Ordinarius in eis dispensare, dummodo agatur de legibus in quibus Romanus Pontifex dispensare solet.*“ — Taucht ein zweifelhafter Fall auf, so berichte der Seelsorger stets an den Ordinarius; denn dieser vermag am besten zu beurteilen, ob ein begründeter Rechts- oder Tatsachenzweifel vorliegt. Im letzteren Falle spendet der Ordinarius die Dispense, im ersten erklärt er, daß ein Hindernis nicht vorliegt wegen *Can.* 15; durch *Can.* 1125 erhielten die Ortsordinarien, Pfarrer und Priester S. J. die großen Vollmachten der Konst. „*Populis*“ für das Paul. Privileg, unter § 63.

§ 62. Vollmachten der Pfarrer und anderer Priester.

Dispensvollmachten werden im Kodex eingeräumt: dem Pfarrer, dem Priester des *Can.* 1098 und dem Beichtvater. Wir wollen diese Vollmachten im einzelnen kennen lernen.

I. Vollmachten des Pfarrers. Wie der Ordinarius, so hat der Pfarrer Vollmachten in dringender Todesgefahr und im „verwickelten“ Falle. 1) In dringlicher Todesgefahr hat der Pfarrer die ganz gleichen Vollmachten wie der Ordinarius, unter der Voraussetzung jedoch, daß auch der Ordinarius nicht erreichbar ist („*solum pro casibus in quibus ne loci quidem Ordinarius adiri possit*“) *Can.* 1044. — Unter „Pfarrer“ ist hier zu ver-

stehen jener Priester, welcher iure ordinario den Ehen assistieren kann (S. 235), also der parochus loci. Außer dem Pfarrgebiet ist ja der Pfarrer nur sacerdos aut delegatus aut non delegatus.

2) Im „verwickelten“ Fall besitzt der Pfarrer die gleichen Vollmachten wie der Ordinarius in demselben Fall, wieder unter der Voraussetzung, daß der Ordinarius nicht zu erreichen ist. Doch ist hier die Vollmacht des Pfarrers nur auf „Geheimfälle“ („solum pro casibus occultis“) beschränkt Can. 1045 § 3. — a) Der Ordinarius ist unerreichbar nicht nur, wenn das Auffuchen desselben physisch oder moralisch unmöglich ist, sondern auch wenn bei dem Bittgesuch an den Ordinarius das Amtsgeheimnis verletzt würde („cum periculo violationis secreti“). Daß unter dem Worte „secretum“ nicht nur das Beichtgeheimnis, sondern auch das Amtsgeheimnis zu verstehen ist, ergibt sich aus Cann. 889, 1755 § 2 n. 1; 2369. — b) „Geheim“ ist der Fall, wenn das fragliche Hindernis seiner Natur nach geheim ist, z. B. „Verbrechen“, womit sich das Geheimsein der Thatfachen verbinden muß. Nicht das Hindernis muß geheim sein, sondern der Fall.

3) Die Vollmachten des Pfarrers in dringlicher Todesgefahr gelten für das äußere und innere Forum; jene im „verwickelten“ Falle nur für das innere, sowohl für das sakramentale als das nicht-sakramentale Forum Cann. 1045 § 3; 1046; 202. — In beiden Fällen kann dispensiert werden wie für Eingehung so für Gültigmachung der Ehe.

4) Praktische Behandlung der Dispensation. In allen vorkommenden Fällen frage sich der Pfarrer: Kann ich dispensieren? Soll ich dispensieren? Zu diesem Behufe prüfe er die Voraussetzungen, die Hindernisse, die Gründe, die Auflagen. Kann er sich sagen: Die Voraussetzungen sind gegeben, die Hindernisse sind dispensierbar (auch nach dem staatlichen Recht), so mache er die Auflagen und erteile die Dispense in folgender (oder ähnlicher) Formel: „Auctoritate Apostolica dispenseo vobiscum (tecum) super hoc impedimento, e. gr. criminis, ceterisque in casu concurrentibus, in quantum possum, in

nomine Patris et Filii et Spiritus sancti. Amen.“ — Es folgt Mitteilung der erteilten Dispense an die Brautleute und Zeugen; an die Brautleute; an eine Brautperson allein, je nach den Umständen; — die Eheschließung vor dem Pfarrer und zwei Zeugen, wenn nicht auch von der Form dispensiert wurde; — die Eintragung der Trauung in die Trauungsregister (Can. 1103); — endlich die Meldung der im äußeren Forum erteilten Dispense und erfolgten Trauung Can. 1046, ebenso der im nicht-sakramentalen Forum gewährten Dispense; vgl. Can. 1047.

II. Vollmachten des Priesters in der Lage des Can. 1098. Wenn in den Notfällen des Can. 1098 ein Priester beigezogen wird, so besitzt dieser die gleichen Vollmachten wie der Pfarrer in der gleichen Lage. Die Eintragungen in die Trauungs- und Taufregister darf er nicht selbst machen, sondern muß sie besorgen nach Can. 1103 § 3, während er selbst die im äußeren und inneren nicht-sakramentalen Forum erteilten Dispensen an den Ordinarius meldet. — Besitzt er im „verwickelten“ Falle keine Beichtjurisdiction, so kann er die Dispense nur in foro non-sacramentali gewähren.

III. Vollmachten des Beichtvaters. In dringlicher Todesgefahr und im „verwickelten“ Falle besitzt der Beichtvater die gleichen Vollmachten wie der Pfarrer, nur gelten dieselben ausschließlich für das innere Forum, und bei der Todesgefahr kann er sie nur in actu sacramentali confessionis erteilen. Im „verwickelten“ Falle ist kein Unterschied gemacht zwischen ihm und dem Pfarrer oder Priester des Can. 1098; vgl. 1045 § 3; 202 § 2, so daß seine Dispensvollmacht in der Beicht sicher, außer der Beicht begründet (probabilis) ist; vgl. Can. 209.

IV. Vollmachten des delegierten Priesters. Der Priester, welcher, sei es vom Ordinarius, sei es vom Pfarrer, zur Eheassistentz bestellt wurde, hat vom Rechte keine Dispensvollmacht. Soll er nun eine solche erhalten, so muß er entweder vom Ordinarius oder vom Pfarrer mit der ausdrücklichen Vollmacht, zu dispensieren, versehen werden. Daraus folgt, daß der Ordinarius bzw. Pfarrer, welcher einen gewöhnlichen Priester in einem besonderen Fall oder ein Seelsorgehilfspriester (vicarius cooperator) für einen Fall

oder allgemein mit Assistenzbefugnis betraut (Can. 1096), diesem zugleich die Dispensgewalt der Cann. 1043 bis 45 übertragen soll. Beide können diese Gewalt delegieren, weil sie eine ordentliche ist Can. 197 § 1; 199 § 1. Hätte der zur Assistenz delegierte Priester keine Dispensgewalt delegiert erhalten, so könnte er entweder seine (freilich auf das forum internum beschränkte) Beichtvatergewalt benützen oder er könnte sich betrachten als Priester des Can. 1098 n. 2. Sollte letztere Ansicht auch nur Wahrscheinlichkeit besitzen, so darf man sich darnach richten auf Grund des Can. 209.

Positive Vorbereitung des Eheabschlusses.

Sind die etwaigen Hindernisse beseitigt, so gilt es die Ehe positiv vorzubereiten durch die Verlobung, das Brautexamen und die Beibringung der notwendigen Zeugnisse. Die genannten Akte sind zwar erspriesslich, aber nicht wesentlich notwendig.

§ 63. Die Verlobung. Sponsalia.

I. Quellen: Can. 1017. — Trid. sess. 24. c. 3. d. r. m. — Deer. „Ne temere“ d. 3. Aug. 1907.

II. Begriff: Unter Verlobung (Cheverlöbniß, Cheversprechen, sponsalia de futuro) versteht man den Vertrag, welcher eine künftige Ehe zum Gegenstand hat.

Erklärung: 1) Da die Verlobung ein wirklicher Vertrag ist, so muß vorhanden sein: a) ein wahrer Konsens; b) ein möglicher und erlaubter Vertragsgegenstand; hier eine künftige Ehe ohne trennende oder verbietende Hindernisse; c) die Rechtsfähigkeit der Vertragsschließenden; d) die Einhaltung der etwa vorgeschriebenen Rechtsform. — 2) Zur Befestigung des Vertrages kann zwar ein *Angeld* (Ausgeld, arra, arrha), aber keine Strafe beigelegt werden. — 3) Bis zum 19. April 1908 gab es nur in Spanien und von 1900 an auch im Lateinischen Amerika eine eigene Rechtsform für die Verlobung; kraft des Dekretes „Ne temere“ wurde die schriftliche Form in der ganzen katholischen Kirche eingeführt, wie sie noch jetzt besteht. Damit wurde das spanische usw. Partikularrecht aufgehoben.

III. Die Wesensform der Verlobung. Can. 1017: „Das einseitige Cheversprechen und die zweiseitige Verlobung („promissio sponsalitia“) sind nichtig für die beiden

Foren, wenn sie nicht geschahen in schriftlicher Form, unterzeichnet von den Vertragsschließenden und entweder vom Pfarrer oder Ortsordinarius, oder wenigstens von zwei Zeugen (§ 1). Wenn jeder (der Brautteile) oder ein Teil des Schreibens unfundig oder unfähig ist, so muß dieser Umstand in dem schriftlichen Akt unter der Bedingung der Gültigkeit hervorgehoben und ein weiterer Zeuge beigezogen werden, der mit den übrigen die Schrift unterfertigt (§ 2).“

Erläuterung: 1) Das Eheversprechen muß in schriftlicher Form gefertigt sein, also entweder handschriftlich oder auch künstlich vervielfältigt, wie gedruckt, lithographiert, hektographiert usw. Die Angabe von Zeit und Ort des Vertragsabschlusses darf nicht fehlen S. C. C. d. 27. Iul. 1908 ad II. — 2) Beim Verlobungsvertrag müssen anwesend sein und mitunterzeichnen Zeugen, und zwar entweder ein amtlicher oder zwei gewöhnliche Zeugen. Der amtliche Zeuge ist der Pfarrer oder der Ordinarius des Ortes der Verlobung. Der Amtszeuge kann einen anderen Priester nicht delegieren. — 3) Der Verlobungsvertrag, schriftlich abgefaßt, muß handschriftlich unterzeichnet werden, ein Handzeichen statt der Unterschrift, z. B. ein Kreuz, genügt nicht. Die beigezogenen Zeugen müssen unterschreiben und darum müssen sie des Schreibens kundig und fähig sein. Ist ein Brautteil (oder beide) des Schreibens nicht kundig oder vermag er nicht zu schreiben, so muß dieser Umstand im Vertrage hervorgehoben und ein weiterer (2. bzw. 3.) Zeuge beigezogen werden, der mit den übrigen anwesend ist und den Vertrag mitunterzeichnet. — 4) Die Verlobung kann wie die Ehe durch einen Stellvertreter (procurator) und mit Hilfe eines Dolmetschers (interpres) geschlossen werden; vgl. Cann. 1089—90. An die Verlobungsform des Can. 1017 sind nicht gebunden: a) die Ungeretauften Can. 12; b) jene getauften Katholiken, welche der Eheeingehungsform nicht unterworfen sind Can. 1099; c) die unierten Katholiken des Morgenlandes Can. 1.

IV. Wirkungen der Verlobung. Jedem Brautteile obliegt die schwere Verpflichtung, die Ehe rechtzeitig einzugehen und in der Zwischenzeit die bräutliche Treue zu bewahren. Ein Ehehindernis erwächst aus den Sponsalien nicht mehr. Denn Can. 1017 § 3 lautet: „At ex matrimonii promissione, licet valida sit nec ulla iusta causa ab eadem implenda excuset, non datur actio ad petendam matrimonii celebrationem: datur tamen ad reparationem damnorum, si quae debeatur.“ — Vor dem 19. Mai 1918 gab es zwei Ehehindernisse, welche aus der Verlobung erwuchsen: a) das trennende Hindernis des öffentlichen Anstandes aus gültigen Sponsalien, reichend bis zum 1. Grad der geraden und seitlichen Linie; b) das verbietende Hindernis der Spon-

salien, welches die Ehe unerlaubt machte zwischen dem Bräutigam und jeder weiblichen Person außer der Braut, und umgekehrt. Diese beiden Hindernisse sind mit dem Koder für die Zukunft beseitigt worden. — Die „Schadenersatzklage“ (*actio ad reparationem damnorum*) ist „*mixti fori*“, d. h. kann beim geistlichen und weltlichen Richter eingelegt werden, und bewirkt keinen Aufschub der Ehe, CC. dd. 2.—3. Iun. 1918 IV n. 1 (AAS. 10, 345).

V. Auflösung der Verlobung. Die Verlobung kann auf dreifache Weise aufgelöst werden: 1) durch gegenseitige *Übereinstimmung*; 2) durch physische oder moralische *Unmöglichkeit* der versprochenen Ehe; c) durch bedeutende *Änderung* des Standes der Dinge; näheres bei Leitner, M.: Eherecht (3. Aufl.) S. 342 f.

§ 64. Das Brautexamen.

Examen Sponsorum.

Das Brautexamen stammt der Natur der Sache gemäß aus der ältesten Zeit der Kirche; in Deutschland war es bereits zur Zeit Karls des Großen üblich. Seine Wichtigkeit wird ihm stets einen Platz in der Hirrentätigkeit des Pfarrers bewahren. Der Koder handelt über das Brautexamen in den Cann. 1020 und 1033; vgl. CC. dd. 2.—3. Iun. 1918 (AAS. 10, 345).

I. Das Brautexamen, d. i. die Prüfung und Belehrung der Brautleute über die zum Ehestande notwendigen Kenntnisse, ist eine schwere *Standespflicht* des Pfarrers. Es muß rechtzeitig und an einem würdigen Orte, z. B. in der Hauskapelle, abgehalten werden.

II. Gegenstand des Brautexamens: 1) Die Grundwahrheiten des katholischen Glaubens („*doctrina christiana*“); 2) die ehelichen Standespflichten („*sanctitas sacramenti matrimonii; mutae conjugum obligationes; parentum obligationes erga prolem*“); 3) die Vorbereitung des Eheabschlusses („*adhortetur parochus sponso, ut ante matrimonii celebrationem sua peccata diligenter confiteantur et ss. Eucharistiam pie recipiant*“).

III. Art des Brautexamens. Der Brautunterricht ist für alle Brautpaare gleich dem *Inhalte*, nicht der *Form* nach. Vielmehr muß der Pfarrer auf die Fassungskraft, das Alter, die Bedürfnisse und die Stellung derselben gebührend Rücksicht nehmen Can. 1020—33. Sit „*institutio prorsus pia, brevis, casta, cauta, circumspecta et opportuna*“, Rit. Warmien. pag. 220.

§ 65. Die Trauungszeugnisse.

„*Parochus matrimonio ne assistat, antequam omnia documenta necessaria reciperit*“ Can. 1030. Der Pfarrer muß die notwendigen Zeugnisse beibringen, sei es die kirchlichen, sei es die staatlichen, soweit diese gefordert sind.

I. Kirchliche Zeugnisse. 1) Das *Tauf- und Geburtszeugnis* ist dann notwendig, wenn ein Brautteil außerhalb der Trauungspfarrei geboren und getauft wurde Can. 1019 § 2; S. C. Sacr. d. 6. Mart. 1911 n. I. — 2) Ein *Ledigschein* wird erfordert, wenn eine Verkündigung außerhalb der Trauungspfarrei geschah. — Am wichtigsten ist der Ledigschein dann, wenn ein Brautteil (oder beide) bereits verheiratet war (*testimonium de statu libertatis*, oben S. 208). — 3) Die *Dispensurkunde*, wenn eine solche notwendig und gewährt ist, muß im Pfarrarchiv vorliegen oder im Ledigschein bezeugt sein. — 4) Der *Entlassschein* (*licentia*) verleiht dem trauenden Pfarrer die Erlaubnis, fremde Brautleute zu trauen. — 5) Für Priester, welche zur Assistenz keine Zuständigkeit besitzen, muß die *Assistenzbefugnis* (*delegatio*) ausdrücklich entweder mündlich oder schriftlich vorliegen. — 6) Bei *domizillosen* Personen muß die Erlaubnis des *Ordinarius* oder seines Delegaten gegeben sein. — 7) Ein *Beicht- und Kommunionzeugnis* ist notwendig, wenn die Brautleute auswärts diese heiligen Sakramente aus Anlaß der Trauung empfangen haben.

II. Staatliche Zeugnisse. In Deutschland und in der Schweiz ist für die kirchliche Trauung nur mehr „die *Beiseinigung der bürgerlichen Eheschließung*“ gefordert. — Da in *Österreich* der Pfarrer zugleich *Standesbeamter* ist, so benötigt er auch gewisse staatlich geforderte Zeugnisse; vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 352 f.

§ 66. Der Eheabschluß. Matrimonii celebratio.

Wir unterscheiden einen dreifachen Eheabschluß: einen rein naturrechtlichen; einen kirchenrechtlichen, und zwar einen ohne und einen mit den kirchlichen Riten.

I. Der naturrechtliche Eheabschluß geschieht durch die äußere Kundgebung des Ehemillens zweier rechtsfähiger Personen: „*Matrimonium facit partium consensus inter personas iure habiles legitime manifestatus*“ Can. 1081 § 1. Zwei rechtsfähige Personen müssen sich gegenseitig zum Ehestande verpflichten. Im Can. 1081 ist nach „consensus“ das Wort *maritalis* zu ergänzen. — Wenn der Ehemille so ausgedrückt ist, daß der andere Teil denselben richtig verstehen kann, so genügt das naturrechtlich; eine besondere Form ist nicht notwendig. Wenn darum z. B. getaufte Katholiken ohne die bürgerliche oder „religiöse“ Form sich den Konsens geben, so ist das eine wirkliche Ehe, wenn kein trennendes Hindernis derselben entgegensteht.

II. Der kirchenrechtliche Eheabschluß geschieht in gleicher Weise wie der naturrechtliche, nur muß dazu die von der Kirche vorgeschriebene Form eingehalten werden. Diese Eheschließungsform ohne kirchliche Riten wird beschrieben in den Cann. 1094—99, oben S. 234. So oft diese Wesensform eingehalten wird, kommt eine wirkliche Ehe zustande, wenn auch die religiösen Zeremonien fehlen.

III. Der kirchliche Trauungsakt besteht a) aus der Wesensform; b) aus dem Ehesegen des Rituale (Kopulation); c) aus dem Ehesegen des Missale („Brautsegen“). Es erübrigt hier nur die beiden Segen genauer kennenzulernen.

A. Der Ehesegen des Rituale, die Kopulation.

1) Für alle katholischen Braut- und Ehepersonen besteht die **schwere** Verpflichtung, sich den Segen des Rituale geben zu lassen. Haben ihn Katholiken bei der Eheschließung schuldbar oder schuldlos versäumt, so müssen sie denselben nachholen lassen, freilich mit Auslassung der Konsenserklärung und der dazu gehörigen Worte „*Ego conjungo vos etc.*“ — Eheleute, welche sich zur katholischen Kirche bekehrt haben, empfangen ihn mit großem Nutzen.

2) Die Vornahme der Kopulation ist ein Recht und eine Pflicht des zuständigen Pfarrers Cann. 462 n. 4; 1100—01.

3) Die Form der Kopulation nach dem römischen Rituale ist sehr einfach. Jeder trauende Priester muß sich nach dem *Diözesanrituale* richten. — In der lateinischen Kirche bestehen allgemein folgende Vorschriften: a) Liturgische Kleidung: Superpelliz und Stola von weißer Farbe oder im unmittelbaren Anschluß an die heilige Messe die Messgewänder. — b) Anwesenheit und Dienst eines Alerikers (Mesners, Ministranten), angetan mit Superpelliz. — c) Ort: die Pfarrkirche oder mit Erlaubnis des Ordinarius oder Pfarrers eine sonstige Kirche oder Kapelle (*oratorium publicum vel semipublicum*) Can. 1109 § 1; eine Privatkapelle oder ein anderer würdiger Ort in einem außerordentlichen Falle und mit Erlaubnis des Ortsordinarius, der sie nur aus rechtmäßigem Grunde gewähren kann; — die Seminarikirche oder die Kirche weiblicher Religiosen nur im Notfall und mit Anwendung der gebotenen Vorsichtsmaßregeln Can. 1109 § 2. — d) Zeit: Jederzeit kann die Eheschließung stattfinden. Die liturgische Trauung soll am Vormittag gehalten werden schon in Hinsicht auf die Brautmesse R. R. tit. 7 ep. 2 nn. 1 sqq. Der Bischof kann verbieten, daß die Trauung nachmittags stattfinde.

Die Brautleute sollen dieses heilige Sakrament möglichst würdig empfangen, also in geziemender Kleidung (festlich, sittsam) und in guter Geistesverfassung. — Es ziemt sich, daß die Trauung geehrt sei durch zahlreiche Anwesenheit der Eltern und Anverwandten R. R. tit. 7 ep. 2 n. 1. — Der Bräutigam hat den Platz zur Rechten, die Braut zur Linken; so im Anschluß an 1 Kor 11, 3 die meisten Diözesanritualien. — Werden mehrere Brautpaare zu gleicher Zeit getraut, so können die Ansprache zu Beginn und die Schlußgebete gemeinsam verrichtet werden, die übrigen Riten seien bei jedem Paare getrennt. — An die Trauung schließt sich in der Regel der feierliche Brautsegen der Messe an.

B. Der Segen des Missale, der feierliche Brautsegen.

I. Quellen: Cann. 462 n. 4; 1100—02; 1108; 1143; 2271—72. S. Off. d. 31. Aug. 1881 (Conc. Plen. A. L. n. 598).

II. Begriff. Der feierliche Brautsegen ist jener Segen, welcher sich im Missale findet, und zwar in dem Formular

der „missa pro sponso et sponsa“. Er besteht aus dem tiefgründigen Meßformular selbst und drei Gebeten, die während der Messe, zuerst nach dem „Sed libera nos a malo. Amen“, dann vor dem „Placeat“ eingeschaltet werden. — In ein und derselben Messe kann der Brautsegen mehreren Paaren zu gleicher Zeit gespendet werden, ohne daß dabei etwas müßte verändert werden.

Die Brautmesse darf nach Can. 1108 und S. R. C. d. 14. Jun. 1918 außerhalb der geschlossenen Zeit ohne weiteres, in derselben mit Erlaubnis des Ordinarius genommen werden an allen Tagen, ausgenommen a) die Son- und Feiertage (auch die abgewürdigten, AAS. 10, 332 und 530; St. Silvester!); b) die Feste I. und II. Klasse; c) die privilegierten Oktaven von Ostern und Pfingsten (1. O.), von Epiphanie und Fronleichnam (2. O.); d) die privilegierten Ferien (Aschermittwoch; Montag, Dienstag, Mittwoch der Karwoche); e) die privilegierten Vigilien von Weihnachten, Epiphanie und Pfingsten. — Der Brautsegen mit Einlegung der Orationen aus der Brautmesse (sub una conclusione, wenn die Rubriken die 2. Oration ausschließen) ist an allen Tagen des Jahres statthaft (in der verbotenen Zeit mit Erlaubnis des Ordinarius), ausgenommen Karfreitag und Allerheiligen.

III. Empfänger. Das Recht auf den Brautsegen hat jede katholische Ehefrau, welche denselben noch nie empfangen, wenn sie mit einem katholischen Manne vermählt ist, Cann. 1102 § 2; 1143. Der Empfang des Brautsegens ist keine Pflicht, doch gehen die ihn versäumenden Eheleute der Gnaden verlustig, welche damit verknüpft sind. — Der Segen kann nicht unmittelbar vor, sondern erst nach der Eheschließung erteilt und empfangen werden, auch nach Verlauf von vielen Jahren. Auch Eheleute, welche sich nach ihrer Eheschließung zur katholischen Kirche bekehrt haben, können desselben teilhaft werden.

IV. Spender. Die Erteilung des Brautsegens ist Pfarrrecht und Pfarrpflicht Cann. 462 n. 4; 1101 § 2. Die Pflicht tritt ein, wenn die Eheleute rechtmäßig darum bitten und kein schwerwiegender Grund entgegensteht. Der Priester ist nicht verpflichtet, die Brautmesse für die Empfänger des Brautsegens aufzuopfern. — Die Brautmesse und der Brautsegen gehören zusammen. Wenn auch der Apostolische Stuhl Indulte erteilen könnte, so wäre der etwa gespendete Segen zwar ein Sakramentale, aber nicht der feierliche Brautsegen der Messe. Wie groß ist die Auszeichnung der Eheschließung katholischer Brautleute, welche

von dem Opferblute der heiligen Messe unmittelbar besprengt wird.

1) Bei Mischehen fällt der feierliche Brautsegen immer fort, ebenso sollten nach dem allgemeinen Rechte alle heiligen Riten wegfallen, indes können die Ordinarien bei erlaubten Mischehen zur Vermeidung größerer Übel gewisse Riten dulden, wie es auch in unseren Gegenden geschieht Can. 1102.

2) Ist die Braut bzw. Frau von den Hindernissen der Cann. 1065—66 frei, so darf die kirchliche Trauung, der feierliche Brautsegen nicht ausgeschlossen, erlaubt werden, außer es wäre ein *Obfalinterdict* vorhanden bei welchem die „*benedictio nuptialis*“ immer ausgeschlossen ist Cann. 2271—72. Wäre jedoch die Braut (Frau) behindert, so kann sie bei einer Exkommunikation oder bei einem Interdict p. s. den Segen weder des Rituals noch des Missales erhalten Can. 2260 § 1; sonst könnte der Segen des Rituals geduldet werden.

3) Die „*benedictio thalami*“, d. i. die Segnung des Ehebettes oder des Brautgemaches, soll, wo möglich, vor dem Vollzug der Ehe geschehen: sie ist nicht ausschließliches Pfarrecht, RR. tit. 8 c. 8.

C. Trauungsmatrikel, Trauungsregister, liber matrimoniorum.

I. Quellen: Cann. 470 § 1; 1103; 1813 § 1; 2383; 2406.

II. Berechtigt ist der Pfarrer des Trauungsortes oder dessen Stellvertreter; ein sonstiger Priester nur mit Bewilligung des Apostolischen Stuhles. Da die Eintragungen sofort nach der Trauung zu machen sind, so hat der Priester, welcher nicht Seelsorger ist, die Eintragungen aufzuzeichnen und zu beglaubigen, damit sie später in das eigentliche Register aufgenommen werden können.

III. Gegenstand. „*Parochus quam primum describat in libro matrimoniorum nomina conjugum, ac testium, locum et diem celebrati matrimonii, atque alia, secundum modum in libris ritualibus et a proprio Ordinario praescriptum*“ Can. 1103 § 1.

Sehr umfassend sind die Rubriken des Trauungsbuches in Österreich. Zur Beachtung und Beleuchtung seien sie hier angeführt: 1) Reihezahl; 2) der trauende Priester (Copulans); 3) Jahr, Monat, Tag der Eheschließung; 4) Name, Charakter, Geburtsort, Zuständigkeitsgemeinde und Abstammung des Bräutigams; 5) Wohnort des Bräutigams; 6) Religion des Bräutigams; 7) Alter des Bräutigams; 8) und 9) Ledig, Witwer; 10—15) die Angaben 4—9 für die Braut; 16) Beistände; 17) Anmerkungen. In Ländern, wo die *Bangzivilhe* besteht, muß auch der Abschluß dieser angemerkt werden.

Da die Taufmatrikel alle wichtigen Angaben zusammenfassen soll, so muß von der geschehenen Trauung auch im Taufregister eine Notiz gemacht werden Can. 1103 § 2. Darum hat der Pfarrer des Trauungsortes dem Pfarrer, welcher die Taufbücher der Neuvermählten verwahrt, genauen und beglaubigten Bericht zu erstatten über die geschehene Trauung: durch Angabe von Tauf- und Familiennamen, Alter und Religion der Neuvermählten; des Ortes und der Zeit der Trauung; der Nummer des Eheregisters, Instruktion der Sakramentenkongregation vom 6. März 1911 ad II. — Bei Ausstellung von Taufzeugnissen zum Zwecke einer *re-nu-ten* Verheirathung muß im Taufzeugniß der früheren Verheirathung Erwähnung geschehen (latine!) ibi ad I. — Sollte eine bestehende Ehe eines Katholiken erst später *en-t-de-ct* werden, so muß für allseitige Eintragung in die Register gesorgt werden.

IV. Außerordentliche Eintragungen. 1) Wurde eine Ehe in der *Ausnahmeform* des Can. 1098 geschlossen, so müssen die Neuvermählten, die Zeugen, muß der etwa assistierende Priester für die vorgeschriebene Eintragung sorgen Can. 1103 § 3. — 2) Die *Gültigmachung* einer bereits eingetragenen Ehe muß im Ehe- und Taufregister *vermerkt* werden. — Die Gültigmachung einer nicht eingetragenen Ehe muß *neu* eingetragen werden mit dem Vermerk der Gültigmachung (*convalidatio*). — Die gleichen Vorschriften gelten auch für die *Sanierung*. Nur wenn im inneren sakramentalen Forum eine Ehe gültig gemacht oder saniert wurde, so erfolgt natürlich keine Eintragung ME. 26, 328 n. 19. — 3) Hat der Diözesanbischof eine Trauung vorgenommen, so hat der Pfarrer des Trauungsortes die Einträge zu machen und zu besorgen. — 4) Die Einträge, wie sie Can. 1103 § 1 vorschreibt, müssen *immer* gemacht werden, auch in Missionsgebieten; sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so darf eine *Gehheimchrift* gebraucht werden S. C. Sacr. d. 12. (13.) Mart. 1910 ad IX (AAS. 2, 194 sq.; ME. 22, 109).

V. Beweis des Eheabschlusses. Der Eheabschluß wird bewiesen: a) durch ein *Zeugniß* auf Grund des Ehe- oder Taufregisters Can. 1816; b) durch das Zeugniß einer *Am-t-s-* *Zeitner*, Handbuch des katholischen Kirchenrechts IV.

person, also des Priesters, welcher der Ehe assistierte Can. 1791 § 1; c) durch das Zeugnis wenigstens zweier einwandfreier Zeugen ibi § 2. — Diese Beweise genügen immer. Ist es aber unmöglich, solche Beweise zu erlangen, so genügt auch ein „halbvollgültiger“ Beweis (probatio semiplena), vorausgesetzt, daß Rechte Dritter dabei nicht berührt werden. — Für die Wiederverheiratung eines „Ehegatten“ oder für die Weihebeförderung eines Mannes oder Sohnes solcher Verbindungen ist ein vollgültiger Beweis erfordert S. C. Sacr. d. 17. Febr. 1911 in Venetiarum (AAS. 3, 103; ME. 23, 56).

VI. Stolgebühren bei Trauungen. Für die Trauungen gelten die allgemeinen Grundsätze über die Stolgebühren Cann. 463; 1097 § 3. Wer trauungsberechtigt ist, hat auch das Anrecht auf die Stolgebühren, vorausgesetzt, daß er tatsächlich die Trauung vornimmt. Nur wenn ein Pfarrvorstand oder dessen Stellvertreter Zugewanderte (peregrini) traut ohne Erlaubnis eines zuständigen Pfarrers und außer einer schweren Notlage, so hat der Trauende die Stolgebühren an den trauungsberechtigten Pfarrer abzuliefern Can. 1097 § 3. — Man sieht, daß diese Bestimmungen nur eine allgemeine Grundlage darstellen. Die genauere Regelung obliegt den Ordinarien, welche unter den Berechtigten selbst eine bestimmte Reihenfolge vorschreiben können.

§ 67. Wirkungen des gültigen Eheabschlusses.

Aus der gültig geschlossenen Ehe ergeben sich Rechte und Pflichten, welche der Kodex hauptsächlich in den Cann. 1110—1117 zusammenfaßt. Wir unterscheiden Gatten-, Eltern- und Familienrechte; dann Rechte nach außen.

I. Gattenrechte. Der Eheabschluß bewirkt: 1) das unauflösliche Band Can. 1110; 2) unter Christen das Sacrament der Ehe Can. 1110; 3) gleiche Rechte und Pflichten des ehelichen Lebens Can. 1111; 4) gleiche Standesrechte der Frau mit dem Manne Can. 1112.

Zu 1). Das unauflösliche Band enthält zwei große Güter: das Gut der Treue (bonum fidei, „unitas“ Can. 1013 § 2, „vinculum exclusivum“ Can. 1110) und das der Unauflös-

Lösllichkeit (*bonum sacramenti*, „indissolubilitas, vinculum perpetuum“ cc. II.), besonders gefestigt durch das Sakrament und den Vollzug der Ehe Can. 1013; 1118.

Zu 2). Can. 1110 sagt über die Sakramentalität der Ehe: „*Matrimonium praeterea christianum conjugibus non ponentibus obicem gratiam confert*“. Jede christliche Ehe bewirkt Gnade, also auch die erst später christlich gewordene Ehe, freilich darf kein Hemmungsriegel (*obex*) für die Auswirkung vorhanden sein.

Zu 3). „*Utrique coniugi ab ipso matrimonii initio aequum ius et officium est quod attinet ad actus proprios conjugalis vitae*“ Can. 1111. Das „eheliche Leben“ umfaßt: a) den ehelichen Verkehr („eheliches Recht, eheliche Pflicht, *debitum conjugale*“), welcher nicht schrankenlos, sondern durch Vernunft und Glaube geregelt sein muß „*salva prius personae incolumitate*“ S. Thomas in Suppl. III q. 64 a. 1. c.; 1 Cor 7, 1. 5 ss; b) das *gemeinsame Wohnen* (*cohabitatio quoad thorum et mensam*); c) die gegenseitige Hilfe, auf Liebe gegründet Gn 2, 18; Eph 5, 22 ff.

Zu 4). Über die *Standesrechte* spricht sich Can. 1112 also aus: „*Nisi iure speciali aliud cautum sit, uxor, circa canonicos effectus, particeps efficitur status mariti*“. Die Ehefrau nimmt teil an dem Wohnsitz und den kirchlichen Standesehren des Gemahls („*mariti domicilium retinet et honorem*“ c. 3 De sepult. III 12 in 6°). Daß im bürgerlichen Rechte Ausnahmen eintreten und festgelegt werden können, haben wir oben schon gesehen; aber hier wird betont, daß es auch Ausnahmen geben kann für die *kirchlichen Rechte* und Wirkungen. — So könnte bestimmt werden, daß die Frau nicht teilnimmt am Patronatsrechte ihres Mannes.

II. Elternrechte, Elternpflichten. Der Roderer faßt diese zusammen in den folgenden Satz des Can. 1113: „*Parentes gravissima obligatione tenentur prolis educationem tum religiosam et moralem, tum physicam et civilem pro viribus curandi, et etiam temporali eorum bono providendi*.“ Die Eltern schulden der Nachkommenschaft dreierlei: „*Esse, nutrimentum, disciplinam*“ S. Thomas in Sup. III q. 41 a. 1. Die Eltern schulden 1) das *Sein*, d. h. sie dürfen nie unerlaubte Mittel gebrauchen, um das

Dasein der Kinder („Kindersegen“) zu **verhindern** oder die bereits vorhandene Leibesfrucht zu **beseitigen** (z. B. procuratio abortus Can. 2350 § 1). Im Gegenteile müssen von dem zarten Menschengewächse alle Gefahren tunlichst beseitigt werden. Wenn auch der Mutterberuf zuweilen sehr schwere Opfer fordert, zuweilen das des eigenen Lebens, so gilt für sie das Paulinische Wort: „Sie wird ihr Heil erlangen durch **Kindergebären**“ 1 Tim 2, 15. — 2) Die Eltern schulden ferner die **Nahrung**: die von Gott eigens bereitete Nahrung der **Muttermilch** und fortschreitend die festere Nahrung des späteren Lebens (1 Kor 3, 2; Hbr 5, 12). Zur Nahrung gehört eine gewisse **Versorgung** für die Zukunft 2 Kor 12, 14. — 3) Die **Erziehung** besteht in der Umformung des Kindes nicht nur zu einem brauchbaren **Menschen**, sondern ganz besonders zu einem überzeugten und edlen **Christen**, befähigt, sein ewiges Ziel zu erreichen. Darum spricht Can. 1113 von einer natürlichen, bürgerlichen, sittlichen und religiösen Bildung und Erziehung. Diese Ziele dürfen nicht etwa voneinander getrennt, sondern müssen gemeinsam erstrebt werden in Unterordnung unter das **ewige Ziel**; vgl. Cann. 1013; 1113; 1131; 1335; 1372; 2319.

III. Familienrechte, Familienpflichten. Durch die Eheschließung wird die Grundzelle der menschlichen Gesellschaft gegründet, in welcher Über- und Unterordnung sein muß. Im Rodez finden wir nur Andeutungen hievon; so wenn betont wird, daß die Frau Wohnsitz und Stand vom Ehemanne erhält Cann. 93; 1112. Ähnliches gilt für die minderjährigen Kinder cc. 11. Die Rechte und Pflichten der Eltern gegenüber den Kindern gelten entsprechend für die Vorgesetzten gegenüber den Untergebenen; vgl. Can. 1335. — Über die „**Frauenfrage**“ wurde in neuer Zeit viel geschrieben; die grundsätzlichen Leitsätze findet man bei **Zeitner M.**: Eherecht (3. Aufl.) S. 369.

IV. Rechte der Eheleute nach außen. Ist eine Ehe gültig eingegangen, so haben die Vermählten das Recht, daß sie von ihren Mitmenschen, namentlich aber von den gottgesetzten Gesellschaften als rechtmäßige Eheleute angesehen werden. Ebenso haben sie das Recht, daß ihre Kinder als rechtmäßige (gesetzmäßige, legitime) betrachtet werden. Zuweilen können

über die Rechtmäßigkeit der Kinder Zweifel entstehen; darum hat die Kirche Grundsätze aufgestellt, geeignet, die auftauchenden Fragen zu lösen. Wie die bürgerlichen Gesetzgebungen, so begünstigt die Kirche die Legitimität der Kinder. Die hieher gehörigen Cann. lauten: 1) „Rechtmäßig sind jene Kinder, welche aus einer gültigen oder vermeintlichen Ehe durch Empfängnis oder Geburt entstammen, außer es wäre den Eltern wegen der feierlichen Profess oder der Übernahme einer höheren Weihe der Gebrauch der früher eingegangenen Ehe zur Zeit der Empfängnis verboten gewesen“ Can. 1114.

Grundlage der Rechtmäßigkeit ist die Ehe, mag sie nun gültig sein oder nur auf dem guten Glauben wenigstens eines Teiles beruhen, obwohl sie in Wirklichkeit ungültig ist. Die Rechtmäßigkeit ist sicher gegeben, wenn das ganze intrauterine Leben des Kindes sich im Mutterchoß einer Ehefrau oder Putativehefrau vollzog. Jedoch genügt der Bestand der Ehe (*matrimonium validum vel putativum*) schon entweder zur Zeit der Empfängnis allein oder der Geburt allein. — Legitim ist also sowohl das Kind eines Vaters, der 8 Monate vor der Geburt dieses Kindes starb, als auch das Kind, welches einen Tag (eine Stunde) nach der Eheschließung geboren wurde. Nicht neu (c. 14 De fil. presb. I 17) ist die Bestimmung der Kirche, daß Kinder rechtmäßiger Eheleute unter Umständen „ungesetzlich“ seien. Es handelt sich um Eltern, von denen ein Teil (oder beide) die feierliche Profess abgelegt oder von denen der Mann eine heilige Weihe übernommen hat. Wir setzen voraus, daß diese Akte gültig waren (Profess und Weiheempfang); denn wären sie ungültig gewesen oder später durch Dispense in den Pflichten wieder gehoben, so käme Can. 1114 nicht in Frage. Übrigens dürften diese Fälle äußerst selten sein; vgl. Cann. 542 n. 1; 987 n. 2. Wenn auch die Kinder solcher Verbindungen als „sacrilegi“ gelten, so sind sie doch naturrechtlich legitim; denn *matrimonium semel validum, semper validum*.

2) „Vater ist derjenige, welchen eine rechtmäßige Ehe als solchen erweist („Pater is est quem iustae nuptiae demonstrant“ l. 5. D. De in ius vocando 2, 4), außer es wird durch augenscheinliche Gründe das Gegenteil bewiesen (§ 1). — Die Rechtsannahme besteht für jene Kinder, welche geboren wurden 6 Monate nach der Verheiratung oder innerhalb 10 Monaten von der Auflösung des ehelichen Lebens an (§ 2).“

Bringt eine Ehefrau ein Kind zur Welt, so gilt nach Verlauf von 6 Monaten von dem Eheabschluß an stets der Ehemann als Vater; diese Rechtsannahme reicht noch 10 Monate über die Lösung des Ehebandes, sowie über die rechtliche und tatsächliche Trennung des ehelichen Lebens hinaus; vgl. BGB § 1592. — Man beachte, daß das Kirchenrecht dem Worte „nuptiae“ den Ausdruck „iustae“ anfügte. Die Präsumption besteht also nur dann, wenn die Ehe vor der Kirche Rechtskraft besitzt.

Will der Ehemann die Legitimität des im Präsumptionszeitraum geborenen Kindes bestreiten, so kann er es nur mit augenscheinlichen Beweisgründen tun, z. B. Scheidung, Abwesenheit, zeitweiliges Unvermögen, vollständige Enthaltsamkeit u. ä.; vgl. c. 4. X (IV 17).

3) „Durch eine nachfolgende Ehe der Erzeuger, sei es eine wahre oder vermeintliche, sei es eine neu geschlossene oder gültig gemachte, sei es eine vollzogene oder auch nicht-vollzogene, wird die Nachkommenschaft rechtmäßig (legitim), wenn nur die Erzeuger zum Eheabschluß fähig waren entweder zur Zeit der Empfängnis oder der Schwangerschaft oder der Geburt“ Can. 1116.

Friedrich erzeugte während der Ehe mit Mina aus Erna, der Schwester der Mina, ein Kind. Drei Monate vor der Geburt dieses Kindes starb Mina. Zwei Monate nach dem Tode derselben heiratet er mit bischöflicher Dispense (kraft der neuesten Vollmachten) die Erna. Wie steht es mit der Legitimität dieses Kindes? Das Kind ist legitim, vorausgesetzt, daß die 2. Ehe gültig oder wenigstens vermeintlich war Can. 1114. Würde der Ehemann seine Vaterschaft bestreiten, so obläge den sie Behauptenden der Beweis Can. 1115 § 2. — War das Kind schon geboren vor der zweiten Eheschließung, so trat die Legitimation nicht ein, da es sich um eine „proles adulterina“ handelte. Es müßte eine apostolische Legitimation erholt werden Can. 1051.

4) „Die durch nachfolgende Ehe legitimierten Kinder gleichen in den kirchenrechtlichen Wirkungen den ehelichen, außer eine ausdrückliche Norm bestimmt anders“ Can. 1117.

Die Ungesetzlichkeit der Geburt wird rechtlich noch gehoben: a) durch ein Reskript des Papstes; b) durch feierliche Profeß in einem eigentlichen Orden; c) durch Dispense (soweit diese reicht). — Manche Wirkungen der legitimen Geburt können den Legitimierten vorenthalten sein; das gilt besonders von der Erlangung gewisser kirchlicher Ämter und Würden (Kardinal, Bischof, Abt oder Prälat mit Eigengebiet, höhere Obern der exempten Klerikalgenossenschaften); vgl. „Handbuch“ I² 162, 301 f.

5) **Ehrenrechte**, welche den legitimen Eltern und Kindern in der Kirche zukommen: a) das Anrecht auf den Segen der **Wöchnerinnen** (benedictio puerperarum, benedictio mulieris post partum, purificatio post partum); b) das Anrecht auf gewisse **außerordentliche Zeremonien** bei der Taufe und beim kirchlichen Begräbnis, wie Glockengeläute, Orgelspiel, Aussegnung, besondere Begleitung usw.; c) das Anrecht auf den Empfang der heiligen **Weihen** und der Zulassung zu weiblichen **Orden** und **Kongregationen** gemäß den Konstitutionen; vgl.

Leitner M.: Eherecht (3. Aufl.) S. 374. Dagegen besitzen auch die außerehelichen Mütter das Recht, für ihre Kinder die Paten und die Taufnamen zu bestimmen.

Anklage und Trennung der Ehe.

Ist die Ehe in kirchlicher Form abgeschlossen, so nimmt die Kirche an, daß sie richtig eingegangen wurde. Will darum ein Ehe teil die Gültigkeit oder die vollen Wirkungen einer Ehe in Frage stellen, so muß er eine förmliche Klage gegen dieselbe erheben. Dieses geschieht in der Regel beim kirchlichen Richter.

§ 68. Anklage gegen eine Ehe.

I. Quellen: Cann. 1960—92; 1552 sqq.; 1118—32; CC. d. 16. Oct. 1919 (AAS. 11, 479).

II. Begriff: Unter Anklage einer Ehe versteht man das gerichtliche oder außergerichtliche Erscheinen vor dem zuständigen Richter in der Absicht, den Bestand oder die Rechtswirkung einer Ehe in Frage zu stellen. — Wir behandeln in einzelnen Punkten den Gerichtshof, den Kläger, das Verfahren, das Urteil, die Berufung und das außerordentliche Verfahren.

A. Der Gerichtshof. 1) Nach den Grundsätzen der katholischen Kirche ist der **staatliche** Gerichtshof zuständig in allen Fragen, bei welchen es sich handelt um die **bürgerlichen Folgen der Ehe** (oben S. 182). Indes könnte auch die Kirche zuständig sein, wenn nämlich eine solche Frage als **Nebenklage** beim kirchlichen Gerichtshof erscheint Can. 1961. — Nach sehr wahrscheinlicher Ansicht ist das weltliche Gericht auch zuständig, wenn Klagen sich gegen gültige Ehen **Ungetaufter** richten, soweit nämlich die Kirche für die Entscheidung derselben nicht selbst zuständig sein kann. — **Neben dem kirchlichen Richter** ist der weltliche zuständig für Klagen auf **Schadloshaltung** wegen Verlöbnißbruch Can. 1017 § 3; 1553 § 2.

Ehen Ungetaufter. Die Kirche ist kompetent, wenn eine Frage in das kirchliche Gebiet hereinragt, z. B. weil ein Teil sich taufen läßt, oder weil ein Getaufter eine Person ehelichen will, welche bisher

in naturrechtlicher Ehe (Ungetaufter) lebte Can. 1119; 1567. In allen übrigen Fragen ist der weltliche Richter zuständig, und zwar für die bürgerlichen Folgen kraft eigenen Rechtes, sonst kraft des Ergänzungsrechtes.

In allen sonstigen Ehesachen, also auch Eheklagen, ist der **kirchliche Richter** zuständig Can. 1960.

2) **Zuständigkeit der kirchlichen Richter unter sich.** Unter den kirchlichen Richtern kann zuständig sein zunächst der Apostolische Stuhl; dann die übrigen kirchlichen Richter.

I) Der Apostolische Stuhl ist 1) **ausschließlich** zuständig: a) in den Klagesachen der Staatsoberhäupter, ihrer Kinder und Thronfolger Can. 1557 § 1 n. 1; b) in den Dispensen bei nicht vollzogenen Ehen; c) in Fragen des Paulinischen Privilegs Can. 1962.

Zu a). Der Ausdruck „**Staatsoberhäupter**“ wurde im „Handbuch“ I² S. 436 erklärt. — Handelt es sich um derartige Fälle, so bestimmt der Heilige Vater selbst den Gerichtshof zur Untersuchung der Angelegenheit Can. 1962. — Zu b). Der **Nichtvollzug** einer Ehe wird durch die Sakramentenkongregation behandelt; näheres hierüber bei dieser Dispense. — Zu c). Für das **Paulinische Privileg** ist ausschließlich das heilige Offizium zuständig, sogar mit Ausschluß der Orientalenkongregation SCC. d. 12. Nov. 1908 (AAS: 1, 148).

Der Apostolische Stuhl ist zuständig 2) in **allen Klagen neben den ordentlichen Richtern** Can. 1557 § 3; 1569 § 1.

II) **Zuständigkeit der sonstigen Richter.** „In den übrigen Ehesachen ist zuständig der Richter des Ortes, wo die Eheschließungsfeier stattfand oder wo der belangte Teil oder, wenn ein Teil **akatholisch** ist, der **katholische Teil** **Domizil** oder **Quasidomizil** hat“ Can. 1964. Die Zuständigkeit ist also eine **örtliche**; sie kommt dem Ordinarius des Trauungsortes bzw. des Domizilortes des belangten oder des katholischen Teils zu.

Der Ausdruck „**in quo matrimonium celebratum est**“ deutet auf die katholische Eheschließung, allein es können die verschiedensten Fälle vorkommen, namentlich bei Beurteilung von Ehen ungetaufter oder getaufter Akatholiken. Hier kann und muß man auch die Abschließung der Ehe vor dem bürgerlichen Beamten oder dem akatholischen Religionsdiener ins Auge fassen Can. 1565 § 1. — Zuständig ist ferner der Richter der „**pars conventa**“, also des gerichtlich belangten, nicht **beklagten** Teils; beklagt ist eigentlich nur die Ehe, nicht der Ehegatte. Indes so oft ein Teil als Kläger auftritt, erscheint der andere als „gerichtlich

belangt". Ist die Ehefrau die „pars conventa“, so beachte man Can. 93 über das Domizil und Quasidomizil der Ehefrau; CC. d. 14. Iul. 1922 ad 14 (AAS. 14, 529). — Bei Mischehen ist der Ordinarius des katholicischen Teils zuständig. — Kommt eine Ehe zwischen zwei Katholiken in Frage, so gelten die Grundsätze des Can. 1964, wie die Causa Paderbornensis d. 14. Apr. 1899 (AAS. 11, 296) beweist. — Sollten die Zuständigkeitsgründe des Can. 1964 nicht ausreichen, so kann mit Nutzen Can. 1597 herangezogen werden (conexio causarum).

3) Der Gerichtshof der bischöflichen Kurie. Der bischöfliche Ehegerichtshof ist ein verschiedener je nach der Verschiedenheit der Klagen, bei denen es sich handeln kann um Ehenichtigkeit (nullitas), Ehetrennung (separatio), Verlöbnißbruch (dissolutio sponsalium ad reparandum damnum) und Nichtvollzug (non-consummatio).

Im Ehenichtigkeitsprozeß besteht der Gerichtshof aus drei Richtern mit beschließender Stimme. Auch im Ehetrennungsprozeß und im Prozesse wegen Verlöbnißbruches können drei Richter tätig sein, doch hat nur der Vorsitzende beschließende Stimme, die anderen nur beratende. Im Prozeß über den Nichtvollzug der Ehe wird vom Apostolischen Stuhle ein Iudex Instructor, ein „Aufklärungsrichter“ aufgestellt ohne beschließende oder beratende Beisitzer.

Richter ist zunächst der Ortsordinarius mit Eigengewalt (potestas propria) Can. 1572 § 1, also der Residenzbischof, der Prälat mit Eigengebiet, der Apostolische Administrator, Bischof und Präsekt Cann. 198; 197 § 2. Der Ortsordinarius kann die (Ehe-)Gerichtsbarkheit in eigener Person ausüben oder durch einen Stellvertreter Can. 1572 § 2. Der Stellvertreter, welchen der Bischof usw. aufstellen muß, ist der Offizial mit ordentlicher Richtergewalt. In kleinen Diözesen mit wenigen Rechtsgeeschäften kann der Generalvikar auch mit dem Amte eines Offiziäls betraut werden; sonst muß ein eigener Offizial aufgestellt werden Can. 1573 § 1. Der Offizial hat die Gerichtsbarkheit über alle bischöflichen Klagesachen, also auch über die Ehesachen. Doch kann der Bischof sich Vorbehalte machen. — An Stelle des Offiziäls kann auch ein Vize-Offizial den Vorsitz in den Gerichtsverhandlungen führen Can. 1577 § 2. — Der Offizial (Vize-Offizial) muß Priester, unbescholten, Doktor des kanonischen Rechts oder wenigstens rechtskundig und mindestens 30 Jahre alt sein. — Die Beisitzer müssen aus der Zahl der Synodal- oder Prosynodalrichter genommen sein Cann. 1574; 385—88. Im Ehenichtigkeitsprozeß haben sie, wie obengezeigt, beschließende Stimme. Ist einer der Richter beehindert, so ernannt der Ordinarius an seiner Stelle einen anderen Can. 1579 § 3. — Sie können entweder von Fall zu Fall („per turnum“) oder auch dauernd aufgestellt werden

Can. 1576 § 2. Der Offizial (und die Richter) bleibt während der Erledigung des bischöflichen Stuhles, bedarf aber der Bestätigung durch den neuen Bischof. Wird der Generalvikar-Offizial bei der Sedisvakanz zum Kapitelvikar gewählt, so hat er einen neuen Offizial zu ernennen.

Die Gerichtsbeamten sind beim Ehegericht der Gerichtsschreiber, der Bandedverteidiger und der Rechtswart.

A) Das Amt eines **G e r i c h t s s c h r e i b e r s** (Notarius actuarius) muß von einem kirchlichen Notare ausgeübt werden. Dieser Notar kann von Fall zu Fall oder besser dauernd aufgestellt werden. Ist der vom Ordinarius aufgestellte verhindert, so kann der Gerichtsvorsitzende aus der Zahl der kirchlichen Notare (Sekretäre) einen wählen. Werden die Akten vom Ehegerichtsfekretär nicht gefertigt oder wenigstens unterfertigt, so sind sie **n i c h t i g**.

B) Der **B a n d e s v e r t e i d i g e r** (Defensor vinculi) hat die wichtige Stellung, wie er sie im alten Rechte innehatte, im neuen nicht nur beibehalten, sondern auch erweitert. Aus dem „Defensor matrimonii“ ist nämlich ein „Defensor vinculi“ geworden, d. h. ein Banded- oder Standesverteidiger nicht nur der Ehe, sondern auch des **W e i h e s t a n d e s**. In den Ehenichtigkeitsprozessen, sowie im Aufklärungsprozeß über den Nichtvollzug der Ehe muß der „Defensor vinculi“ bei allen Akten beigezogen werden. Doch sind die Gerichtsverhandlungen nicht ungültig, wenn er, obwohl zitiert, nicht erschien, vorausgesetzt, daß er hernach die Akten zur Einsicht bekommt. Ebenso sind die Akten nicht ungültig, wenn er, obschon nicht zitiert, bei den Verhandlungen tatsächlich erscheint. Über seine Bestellung, seine Aufgaben vgl. **Leitner M.**: Ehe-recht (3. Aufl.) S. 381 f.

C) Der **R e c h t s w a r t** (Promotor iustitiae) muß bei allen Gerichtssachen das öffentliche Wohl der Kirche, besonders der betreffenden Diözese wahrnehmen. Früher hieß er „Promotor fiscalis sive fisci“, Fiskalanwalt, bekannt von den Seligsprechungsprozessen. Das Amt eines Rechtswartes kann mit jenem des Bandedanwaltes vereinigt werden Can. 1588. Im Eheprozeße hat der Rechtswart die Befugnis, bei öffentlichen Hindernissen als **K l ä g e r** aufzutreten Can. 1971 § 1 n. 2.

Bereidigung der Gerichtsbeamten. Alle Mitglieder des Ehegerichtshofes müssen vor ihrer einmaligen oder ständigen Amtstätigkeit den *A m t s e i d* leisten, also die Richter, ausgenommen der Bischof, der Bandesanwalt, Rechtswart, Gerichtsschreiber, Gerichtsbote (cursor), Gerichtsvollzieher (apparitor). Die Eidesleistung geschieht vor dem Bischof oder dem Richter, welcher den Beamten ernannt hat, oder einem stellvertretenden Priester Cann. 1621—22.

Eidesformel für Priester: In nomine Dei. Amen. Ego N. N. (stans et tangens pectus) coram Reverendissimo Ordinario (vel coram Iudice vel coram Sacerdote delegato) iuro et promitto: me officium Officialis (vel Iudicis Assessoris vel Defensoris vinculi vel Notarii, Actuarii etc.) rite et fideliter esse impleturum iuxta praescripta Codicis Iuris Canonici. Ita iuro et promitto; si me Deus adiuvet.

N. N. Officialis.

Eidesformel für Nicht-Priester: Im heiligsten Namen Gottes. Amen. Ich N. N. (die rechte Hand auf das Evangelium legend) schwöre und verspreche unter Berührung dieses heiligen Evangeliums in Gegenwart des Offizials dieses Gerichtshofes, daß ich das mir anvertraute Amt eines Kurors (Gerichtsboten) vorschriftsmäßig und gewissenhaft erfüllen werde. So verspreche und schwöre ich; so wahr mir Gott helfe und dieses sein heiliges Evangelium.

N. N., Kursor.

B. Die gerichtliche Klage. 1) „Kein Kollegialgericht darf eine Ehesache untersuchen oder entscheiden ohne vorangehende ordnungsgemäße Klage oder rechtmäßiges Ersuchen“ Can. 1970 Diese Vorschrift gilt von allen Klagen. Für die Untersuchung über den Nichtvollzug der Ehe erfolgt päpstliche Bevollmächtigung.

2) Über das *K l a g e r e c h t* in Ehesachen bestimmt Can. 1971: „Habiles ad accusandum sunt: a) Coniuges, in omnibus causis separationis et nullitatis, nisi ipsi fuerint impediti causa; b) Promotor iustitiae in impedimentis natura sua publicis. — Reliqui omnes, etsi consanguinei, non habent ius matrimonia accusandi, sed tantummodo nullitatem matrimonii Ordinario vel Promotori iustitiae denuntiandi.“ — Man erkennt auf den ersten Blick die bedeutende Einschränkung des Klagerrechts. Früher besaß, wenigstens in öffentlichen Ehehindernissen, jeder Katholik das Klagerrecht; die *accusatio matrimonii* war eine causa „popularis“. Nunmehr besitzen ein Klagerrecht: a) der *R e c h t s w a r t*; aber dieser nur in den ihrer Natur nach öffentlichen Hindernissen, also nicht in den geheimen Hindernissen des Verbrechens,

der Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft, besonders der „illegitimen“, sowie des geheimen Unvermögens; b) die beiden Ehegatten, so lange sie beide leben, und in jenen Hindernissen, die sie selbst nicht veranlaßt haben. Nach dem Tode beider Gatten steht die einen direkten Beweis ausschließende Rechtsvermutung für die Gültigkeit der Ehe Can. 1972. — Nur die beiden Ehegatten haben das *Vittrecht* bei Nichtvollzug der Ehe. Cann. 1971—73. Alle übrigen Personen haben nur mehr ein Anzeigerecht.

Adolf heiratete 1916 die Berta, mit deren Schwester er vollständigen geschlechtlichen Verkehr gepflogen hatte. Niemand wußte davon als die beiden beteiligten Personen. Die Ehe war ungültig. Im Jahre 1920 erzählt A. die ganze Angelegenheit einem befreundeten Priester, der auf Befragen erfährt, daß bei Gelegenheit der Trauung eine Dispense weder erbeten noch gegeben wurde. Wer hat das *Klagerecht*? Nicht der Rechtswart, da es sich um ein geheimes Hindernis handelt, das der Natur und Tatsache nach geheim ist; nicht die beteiligte Schwester der Berta, da sie kein Ehegatte ist; ebensowenig der Priester; auch nicht der Ehemann, da er ja Ursache des Hindernisses war. Nur die schulbloß Ehefrau könnte klagen, aber sie hat kein Wissen von dem Hindernis. Es bleibt nur der Ausweg der *Anzeige*, ausgehend entweder vom Ehemann oder von der Schwester der Ehefrau. Der Priester kann ohne Erlaubnis des Adolf eine Anzeige nicht erstatten, da er durch Amtsgeheimnis gebunden ist; vgl. 1045 § 3. Aber wenn die Anzeige wirklich erstattet ist, so kann weder der Richter noch der Rechtswart vorgehen, da entgegenstehen die Cann. 1970 u. 1971 § 1 n. 2. Die Praxis wird diesen in der Theorie nicht berührten Fall ohne Zweifel lösen, da er gebieterisch eine Lösung erheischt. — Jener Gatte ist von der Klage ausgeschlossen, welcher das Hindernis *verursacht* hat („*causa impedimenti*“), nicht *an sich* hat. Darum dürfte ein Impotenter (*absque culpa propria*) das Klagerecht besitzen, dagegen nicht ein Gatte, der dem anderen Furcht eingeflößt, durch Täuschung wesentlichen Irrtum veranlaßt oder die Frauensperson entführt hat.

C. Das Verfahren. Über das Verfahren gelten neben den allgemeinen Vorschriften des kirchlichen Zivilprozesses die in den Cann. 1960—92 angegebenen Sonderbestimmungen. Das Verfahren gliedert sich in die Aufgaben des Klägers, die Beweisaufnahme, die Tätigkeit der Richter und die Veröffentlichung des Prozesses.

1) **Aufgabe des Klägers.** Der Prozeß wird eingeleitet durch die Klageschrift (*libellus*), welche der klagende Teil dem Richter übergibt. Die Klageschrift enthält: a) den Gerichtshof; b) den Klageantrag („*quid petatur*“); c) den Rechtsgrund („*quo iure innitatur*“); d) das wenigstens all-

gemeine Beweisangebot. Die Klageschrift muß enthalten: die Unterschrift des Klägers; Zeit und Ort der Abfassung; die Adresse. Gewöhnlich wird die Klageschrift durch das zuständige Pfarramt eingereicht; doch kann der Kläger die Schrift selbst verfassen oder die Klage durch den Ehegerichtsnotar zu Protokoll geben lassen. Der Kläger kann einen Stellvertreter (procurator) und einen oder mehrere Anwälte (advocati) für sich bestellen. Diese müssen die vom Rechte geforderten Eigenschaften und die Anwälte außerdem noch die Gutheißung des Ordinarius haben.

Formular: An das Bischöfliche Ehegericht Straßburg stellt die Unterfertigte den Antrag, daß ihre mit Max Leichter am 30. Januar 1902 zu Mühlhausen im Elsaß eingegangene Zivilehe für nichtig erklärt werde auf Grund des Can. 1086 § 2. Mein Wille bei Abschluß der Zivilehe ging nämlich dahin, nur dem bürgerlichen Akte zu genügen, während die katholische Trauung erst folgen sollte. Dieser mein Wille ergibt sich aus den Umständen. Ich, Anna Kern, katholisch, hatte nämlich von dem Lutheraner Max Leichter bereits ein außereheliches Kind und fühlte mich neuerdings in guter Hoffnung. Da mein Bruder mich verließ, sah ich mich gezwungen, den Leichter zu ehelichen. Indes kam es nur zur Zivilehe; dieser folgte die katholische Trauung, wie ich gewollt hatte, nicht nach. Bis zur bürgerlichen Scheidung unserer Zivilehe (1912) war des Unfriedens und Streitens kein Ende. Von Jugend auf war es meine Überzeugung, daß nur bei der katholischen Trauung die Ehe geschlossen werde. Diese Gesinnung beweisen auch einige Briefe aus damaliger Zeit, welche ich dem Gerichtshofe zur Verfügung stellen kann. Um die Einleitung des kanonischen Prozesses bittet (AAS. 11, 359 ff.)

Mühlhausen i. E., 14. September 1920

Anna, bürgerliche Frau des Johann Bulker, geborne Kern,
in Mühlhausen, Baselerstraße 5/1.

Die **Beweismittel** sind: Urkunden, Zeugen, Gutachten, Augenschein, Eid usw. Cann. 1747; 1836.

Die wichtigsten **Urkunden** in Eheprozessen sind die **Pfarrbücher**, welche besonders über die Verwandtschaftshindernisse Aufschluß geben Can. 470.

Zeugen werden im Eheprozeße beigezogen wie in den übrigen kirchlichen Zivilprozessen. Eine besondere Klasse von Zeugen sind die „Zeugen der siebenten Hand“. Nur in den Prozessen betreffend Impotenz oder Nichtvollzug der Ehe werden diese Zeugen beigezogen, wenn nicht ein gültiger Beweis ohnehin schon vorliegt. Unter „Zeugen der siebenten Hand“ versteht der Roderx „Blutsverwandte oder

Berschwägte, dann Nachbarn guten Rufes, endlich sonstige Eingeweihte, welche schwören können über die Rechtschaffenheit, besonders aber über die Wahrhaftigkeit der Parteien im fraglichen Punkte". Diesen von den Eheleuten eingeführten Zeugen kann der Richter andere von Amts wegen beigegeben. Can. 1975 § 1. Das Zeugnis „der siebenten Hand“ ist ein Hilfsbeweis für die Aussagen der Eheleute; erlangt jedoch die Kraft eines vollgültigen Beweises nur dann, wenn noch andere Stützpunkte und Beweise hinzukommen ibi § 2.

Die Einrichtung der „Zeugen der siebenten Hand“ ist aus dem germanischen Rechte herübergenommen; es sind die „Eideshelfer“, welche die Aussagen der Parteien unterstützen. Man soll nach Möglichkeit auf jeder Seite sieben Zeugen beibringen, allein eine absolut strenge Forderung scheint die doppelte Siebenzahl nicht zu sein, wie der Wortlaut des Can. 1975 beweist: „*testes, qui septimae manus a u d i u n t*“. — Tritt die Lügenhaftigkeit oder Unzuverlässigkeit eines der Ehegatten klar zutage, so wäre es widersinnig, wollte man dessen Aussagen durch Eideshelfer retten; vgl. Can. 1757—58. Sind die Ehegatten und Zeugen unverdächtig, so haben sie stets den *Wahrheits Eid* zu leisten, dem der *Schweig Eid* angefügt werden kann nach dem Ermessen des Richters (*iusiurandum de veritate dicenda et de silentio servando*). Jede Zeugenaussage muß auf das genaueste beschrieben werden, so daß die Person und Glaubwürdigkeit des Zeugen einwandfrei feststeht (Leumundzeugnis des Pfarrers). — Die Zeugenaussagen sind in der Muttersprache des Zeugen niederzuschreiben, möglichst wortgetreu. Am Schluß erhält der Zeuge die Aussagen nochmal vorgelesen mit der Vollmacht, zu ändern, verbessern usw. Ist dieser Akt beendet, so folgt die Unterschrift des Zeugen und, wenn der Richter es für gut befindet, eine nochmalige Vereidigung. Bei Zeugen, welche nicht zu schreiben vermögen, genügt ein *Handzeichen* (Kreuz). — Befinden sich Zeugen in auswärtigen Diözesen, so wendet sich der Richter an den Ordinarius dieser Diözese oder ersucht den Zeugen, in die Diözese des Richters zu kommen. — Ist ein benannter Zeuge verstorben oder geisteskrank geworden, so ist der hindernde Umstand durch ein Zeugnis festzulegen, damit kein Verdacht entsteht.

Die *Gutachten* der Sachverständigen, gestützt auf den *Augenschein*, haben die größte Bedeutung bei dem Hindernisse der *Impotenz* und dem *Nichtvollzug* der Ehe, sowie bei dem Hindernisse des mangelnden *Verknüpfungsgebrauchs*. Nutzlos und darum unstatthaft ist die körperliche Untersuchung der Frau, wenn sie ihre Unversehrtheit durch Geschlechtsverkehr oder gar durch Geburt eines Kindes verloren hat. — Ruht die Impotenz auf einem Gestörtsein der *Nerven*, so wird die körperliche Untersuchung Positives kaum zutage fördern. — Zu *Sachver-*

ständigen (periti) können nicht genommen werden ungeeignete, verdächtige und unfähige Personen; aber auch jene Ärzte, Hebammen usw. sind ausgeschlossen, welche die zu untersuchende Person in der vorliegenden Sache bereits privatim untersucht haben Can. 1978; freilich können diese Zeugen sein. — Wie bei der körperlichen Impotenz so müssen auch bei Geisteskrankheiten Sachverständige (periti) beigezogen werden, welche verschieden sind von den bisher beigezogenen Ärzten Can. 1982; S. Rota coram Sebastianelli in Buscoducensi d. 7. Ian. 1918 (AAS. 10, 517 sqq.).

1) Die Untersuchung des Mannes wird von wenigstens zwei sachverständigen Ärzten, welche amtlich bestellt sind, vollzogen Can. 1979 § 1. Die Bestellung der Sachverständigen (gilt auch im folgenden) geschieht durch den Gerichtshof nach Anhörung des Bundesanwalts Can. 1793, und zwar zunächst aus der Zahl derer, welche eine obrigkeitliche Anerkennung aufzuweisen haben („qui competentis magistratus auctoritate idonei fuerint comprobati“). Ausgeschlossen sind demnach alle Pöfcher, aber auch unter den übrigen sind solche zu wählen, deren Stellung eine erprobte Erfahrung voraussetzt. Vor der Ausübung ihrer Tätigkeit haben die Sachverständigen den Eid zu leisten, daß sie ihr Amt gewissenhaft erfüllen wollen Can. 1797 § 1. — 2) Die Untersuchung der Frau geschieht durch zwei Hebammen oder, wenn es die Frau lieber will oder der Ordinarius es für notwendig hält, durch zwei Ärzte (Bestellung, Befähigung, Eid wie oben unter 1) Can. 1979 § 2. Diese Untersuchung der Frau hat zu geschehen mit genauer Beobachtung der Regeln des christlichen Anstandes und in steter Gegenwart einer achtbaren Frau (matrona), welche der Gerichtshof erwählt Can. 1979 §§ 2, 3. Die Hebammen oder Sachverständigen haben einzeln und getrennt (je eine Person) die Untersuchung vorzunehmen; ebenso einzeln und getrennt die Berichte hierüber zu verfassen, um sie innerhalb der gestellten Frist dem Gerichtshof übergeben zu können. Die Gutachten der Hebammen können vom Richter einem sachverständigen Arzte zur Überprüfung ausgehändigt werden Can. 1980. Sind die Berichte abgeliefert, so sollen die Sachverständigen, Hebammen und die Matrone, jede Person einzeln, vom Richter auf Eid hin verhört werden nach den Artikeln, welche der Bundesanwalt vorher abgefaßt hat Can. 1981. Depteress gilt auch gegenüber den Ärzten, welche den Mann untersucht haben.

Die Sachverständigen (Ärzte oder Hebammen) müssen zuerst bei Gericht erscheinen, um den Amtseid zu leisten Can. 1797. Selbstverständlich muß der Richter sie über ihre Aufgabe aufklären. Hierbei gilt es, die zu lösende Aufgabe ohne subjektive Färbung den Sachverständigen vorzulegen, um ja jede Beeinflussung (suggestio) fernzuhalten. Namentlich wenn es sich um nervöse Impotenz handelt, ist der Suggestion bei Sachverständigen Tür und Tor geöffnet. Zwei Größen auf dem Heilgebiete hatten einen Mann für schlechtthin unvermögend (absolute impotens) erklärt. Nach einigen Monaten wollte der Mann wieder heiraten, und es fanden sich Sachverständige, welche seine impotentia als mere

relativa darlegten, ja mehr als *potentia*; der Erfolg gab den letzteren recht. Wenn auch das einmütige Gutachten der Sachverständigen auf vollständige Unversehrtheit der Frau (*hymen inviolatus, claustrum virginale inviolatum*) lautet, so beweist dieser Umstand allein noch nicht, daß ein *commercium carnale* überhaupt nicht stattgefunden hat; denn die sachmännischen Gelehrten behaupten, daß in fünfzehn von hundert Fällen trotz des Verkehrs der Hymen unverletzt bleibt; vgl. *Budin* bei *Jwan Bloch*: „Das Sexualleben unserer Zeit“ (9. Aufl. 1909) S. 14; *E. W. M. von Olfers*: „Pastoralmedizin“ S. 62: „Es kann bei unverletztem Hymen sehr wohl eine fruchtbare *copula* stattgefunden haben; dies sind nicht einmal seltene Fälle, sondern etwas ganz Gewöhnliches; auf der anderen Seite ist die Zerreißung des Hymens und das Verstreichen der Vaginalfalten kein absolut sicherer Beweis für den stattgehabten *usus matrimonii*, denn die Zerreißung des Hymens kann von jeder äußeren Gewalt, das Verstreichen der Vaginalfalten von *Masturbation* herrühren.“ Vgl. *Leitner M.*: *Eherecht* (3. Aufl.) S. 386 f.

Verschieden von dem *Zeugeneid* ist der *Ergänzungseid* (*iusiurandum suppletorium*). Im Eheprozeß findet der Ergänzungseid dann seine Anwendung, wenn sonst ein vollständiger Beweis nicht zu erreichen ist. Der Richter kann ihn auflegen mit oder ohne Betreiben des Bundesanwaltes *Can. 1830 §§ 1, 3*. Bei den geheimen Hindernissen, wie *crimen, affinitas ex copula illicita*, dürfte der Ergänzungseid oft das einzige Mittel sein, um festzustellen, daß z. B. der geschlechtliche Verkehr wirklich stattgefunden hat und eine Dispense bei der Eheschließung nicht gegeben wurde. — Freilich genügt dieser Eid nicht für sich, es muß wenigstens ein Halbbeweis vorhanden sein *Can. 1829*.

2) *Tätigkeit der Richter*. Der Gerichtshof (Richter) hat folgende Aufgaben: a) *Prüfung der Zuständigkeit* des Gerichtshofes, des Klägers und der Klage *Cann. 1646 sqq.; 1709; 1961—64; 1970*; b) *Bemühung*, den Streitfall auf friedlichem Wege zu beseitigen; c) *Beweisaufnahme* vor dem Gerichtshofe, vor einem der Richter oder vor einem eigenen Untersuchungsrichter (*auditor*), wobei der Bundesanwalt und Schriftführer stets zugegen sein müssen; d) *Beratung* des Materials durch den Gerichtshof, wobei einer der Kollegialrichter als Berichterstatter (*Ponens* oder *Relator*) über die Sache schriftlich berichtet und das Urteil abfaßt; ein Stellvertreter des Berichterstatters ist zulässig; e) *Veröffentlichung* der Prozeßakten und Abschluß des Prozesses in Form eines richter-

lichen Dekretes Can. 1858—60. — Nach der Veröffentlichung des Prozesses dürfen ausnahmsweise neue Zeugen zugelassen und die alten nochmals vernommen werden, freilich mit Ausschluß jeglichen trügerischen Einverständnisses (*collusio*), weshalb der Bandesanwalt Einwände machen kann, wie er überhaupt bei allen mündlichen und schriftlichen Akten vorschriftsgemäß das letzte Wort hat Cann. 1983—84. — Handelt es sich um den Nichtvollzug einer Ehe, so darf der Aufklärungsrichter keine Veröffentlichung der Akten vornehmen und kein Urteil fällen, sondern wenn der Defensor sich zufrieden gibt, müssen die erwachsenen Akten (lateinisch überseht) an den Apostolischen Stuhl geschickt werden mit Beifügung der beiden Gutachten des Bischofs und des Bandesanwaltes Can. 1985. Hier sind, da es sich um eine Dispense handelt, auch die *Taxen* zu berücksichtigen; wir verweisen auf unsere früheren Ausführungen (oben S. 280).

D. Das Urteil. Cann. 1868 ff. Wir behandeln die Schlußverhandlungen, den Inhalt und die Form des Urteils.

1) Das Endurteil (*sententia definitiva*) bei einem Trennungs- oder Verlobungsbruchprozeß fällt der *eine* Richter; im Ehenichtigkeitsprozeß das *Richterkollegium*; im Aufklärungsprozeß bei Nichtvollzug der Ehe wird *kein* Urteil gefällt. — Am Gerichtsorte und zur festgesetzten Zeit versammeln sich die Richter des Ehenichtigkeitsprozesses, um ihre Gutachten, mit sachlichen und rechtlichen Gründen belegt, vorzutragen; diese Gutachten bleiben bei den geheimen Prozeßakten. Der Berichterstatter trägt zuerst sein Gutachten vor; dann folgen die andern dem Range nach; eine maßvolle Erörterung (*discussio*) schließt sich an, wobei die Richter von ihren ursprünglichen Gutachten wieder abgehen können. — Das Endurteil kann sofort oder mit Aufschub gefällt werden Can. 1871. Das Urteil gründet sich auf *moralische Gewißheit*. Ist diese nicht zu erreichen, so entscheidet die Rechtsannahme (*praesumptio*), welche zugunsten der Gültigkeit lautet Can. 1014; 1068 § 2 (*impotentia*); 1070 § 2 (*cultus disparitas*); dagegen 1127 (*privilegium fidei*). Die Entscheidung wird gefällt mit *Stimmenmehrheit* Can. 1577 § 1.

2) **I n h a l t.** Das Urteil muß dreierlei enthalten: a) die klare Entscheidung; b) die rechtlichen und sachlichen Belege; c) die Auslagensfestsetzung Can. 1873.

3) **F o r m.** Das Urteil beginnt mit Anrufung des göttlichen Namens (In nomine Dei. Amen), benennt die Richter, den Kläger, den Belangten (die etwaigen Stellvertreter), endlich den Defensor. Geschlossen wird das Urteil mit Angabe des Tages und Ortes der Abfassung, unterschrieben von sämtlichen Richtern und vom Notar Can. 1874. Ein Urteil, unterschrieben nur vom Gerichtsvorsitzenden und vom Notar, ist ungültig CC. d. 14. Iul. 1922 ad 13 (AAS. 14, 529). — Die Veröffentlichung des Urteils ist auf dreifache Weise möglich: a) durch den Richter, der es den vorgeladenen Parteien verkündet; b) durch den Kanzler des Gerichtshofes, bei dem es zugänglich gemacht wird; c) durch Zusendung an die Parteien Can. 1877.

E. Die Berufung. 1) Lautet das Urteil auf Gültigkeit der Ehe, so steht das Recht der Berufung dem K l ä g e r oder dem R e c h t s w a r t zu. Die Berufung kann an den nächst höheren Richter oder an den Apostolischen Stuhl sich richten. Auch gegen ein weiteres gleichlautendes Urteil kann einmal oder auch mehrmal Berufung eingelegt werden; denn Ehefachen werden ihrer Natur nach n i e m a l s r e c h t s f r ä f t i g (nunquam transeunt in rem iudicatam), freilich ist einer leichtfertigen Streitsucht vorgebeugt durch Can. 1903: eine neuerliche Vorlage darf nur vorgenommen werden wegen n e u e r und zwar g e w i c h t i g e r Gründe oder Zeugnisse. — 2) Wird die Nichtigkeit der Ehe ausgesprochen, so kann und muß der Bundesanwalt Berufung zum höheren Gerichtshofe einlegen, wozu er vom Richter angehalten werden kann Can. 1986. — 3) Die Berufung geschieht beim Richter des angefochtenen Urteils (iudex a quo) innerhalb 10 Tagen von der Kenntnisaufnahme des Urteils mündlich protokollarisch oder schriftlich; innerhalb eines Monats muß die Sache beim Berufungsrichter weiter verfolgt werden Cann. 1881—83. — Nach zwei gleichlautenden Urteilen für die Nichtigkeit der Ehe tritt die Rechtskräftigkeit des Urteils ein, vorausgesetzt, daß der Defensor keine weitere Berufung einlegt und 10 Tage verstrichen sind. Die „Ehegatten“ können zu einer neuen

Ehe schreiten Can. 1897, wenn nicht ein eigenes Verbot dem Urteil beigelegt wurde (e. gr. *vetito viro, ne transeat ad novas nuptias inconsulta Ap. Sede*). — Freilich ist die Rechtskräftigkeit der Ehe immer nur eine *relative*.

Vom bischöflichen Gericht geht die Berufung ordentlicherweise an den Metropolit; von diesem an den Apostolischen Stuhl. — Vom Metropolengericht I. Instanz geht die Berufung an jenen Gerichtshof, den der Metropolit unter seinen Suffraganen ein für allemal mit Billigung des Apostolischen Stuhles gewählt hat Can. 1594 § 2. Erzbischöfe ohne Suffragane und Bischöfe, welche dem Apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen sind, müssen sich bezüglich des Instanzenweges an jenen Erzbischof halten, zu dessen Provinzialkonzil sie auch gehören Cann. 1594 § 3; 285. — Durch besondere Privilegien des Apostolischen Stuhles sind in manchen Ländern auch 3. Instanzen eingeräumt; so ist in Bayern für den Metropolitan Sprengel München 3. Instanz Bamberg und umgekehrt; für Köln ist Trier 3. Instanz; für Breslau besteht eine eigene Einrichtung.

F. Abgekürztes Verfahren. Wenn in einem Falle die klaren Hindernisse vorliegen, so räumt der Kodex ein abgekürztes Verfahren ein Can. 1990—92. Drei Punkte sind zu beachten: die Hindernisse, die Voraussetzungen, das Verfahren.

1) Die **Hindernisse** sind: „*cultus disparitas, ordo, votum sollemnis castitatis, ligamen, consanguinitas, affinitas aut cognatio spiritualis*“ Can. 1990.

2) **Voraussetzungen**: Aus einem durchaus sicheren, echten und einwandfreien Zeugnisse muß erhellen: a) daß eines dieser Hindernisse beim Eheabschlusse vorhanden war; b) daß eine *Dispense* hievon nicht gegeben wurde ibi.

3) **Verfahren**: Der Ordinarius hat die Parteien vorzuladen und ihnen in Gegenwart des Bundesanwaltes zu erklären, daß die Ehe nichtig ist. Erscheint dem Defensor die Sache nicht ganz klar, so hat er das Recht und nach Umständen auch die Pflicht der Berufung zur nächsten Instanz. Der Richter der 2. Instanz, an den die Akten zu senden sind mit der Bemerkung, daß es sich um den Ausnahmefall Can. 1990 handle, untersucht die Frage mit dem Defensor der 2. Instanz. Kann er das Urteil bestätigen und legt der Defensor keine Berufung ein, so erlangt dasselbe nach 10 Tagen Rechtskraft. Glaubt er, daß die Notwendigkeit des feierlichen

Verfahrens gegeben sei, so schickt er die Akten an die Vorinstanz wieder zurück zum ordentlichen Verfahren Can. 1992.

Man glaube ja nicht, daß die genannten Hindernisse immer zum abgekürzten Verfahren berechtigen; dieselben können vielmehr in Dunkel gehüllt sein. Hier muß alsdann das ordentliche Verfahren von Anfang an eingehalten werden; so bei Glaubensverschiedenheit von Katholiken, beim Eheband, das ohne kirchliche Form geknüpft wurde, bei Blutsverwandtschaft aus außerehelichem Verkehr, bei geistlicher Verwandtschaft aus der Nottaufe. — Die ursprünglich gewährten Dispensen können verschleiert sein, weil sie in der „Todesgefahr“ oder im „verwickelten“ Falle gewährt worden waren Cann. 1043—45. — Ein Gerichtshof von drei Richtern ist hier nicht notwendig, doch kann der Ordinarius durch den Offizial vertreten sein. Bandesanwalt und Schriftführer sind notwendig.

Von dem „Mangel der Eheschließungsform“ war in den Cann. 1990—92 keine Rede. Das ordentliche Rechtsverfahren war im Falle der Randestinität stets einzuhalten. Da schuf die Rodegkommission (CC.) am 16. Okt. 1919 ad 17 (AAS. 11, 479) fast zu gründliche Abhilfe. — Wir geben einen Auszug aus den drei Regeln, welche die CC. aufstellt. Wenn ein Katholik sicher an die Form des Tridentinum oder des Dekrets „Ne temere“ gebunden war und sie sicher nicht eingehalten hat, so kann das abgekürzte Verfahren der CC. eingehalten werden. Das Verfahren ist folgendes: Der Ordinarius oder der Pfarrer nach Einvernahme des Ordinarius hat den Fall klar zu untersuchen und dann zu erklären, daß das Eheband nicht zu Recht besteht, weshalb die fraglichen Personen zu einer neuen Ehe schreiten können. Ein Bandesanwalt oder Schriftführer muß nicht notwendig beigezogen werden. In Deutschland und Ungarn kommen für das verkürzte Verfahren in Betracht: a) die rein katholischen Ehen vom 15. April 1906 an; b) die Mischehen vom 19. Mai 1918 an. Dagegen dürfen sämtliche in Österreich geschlossene rein katholische Ehen und Mischehen nach dem abgekürzten Verfahren behandelt werden, anders dagegen die auswärts geschlossenen Ehen. (Wiener Diözesanbl. 57, 34.)

G. Pastorelles Verfahren bei ungültigen Ehen. Bisher sind wir den Weg des Rechts gegangen, nunmehr obliegt uns die Aufgabe, auch das Verfahren des guten Hirten zu zeigen, welcher rettet, was zu retten ist. Der Seelsorge er-

öffnen sich bei ungültigen Ehen drei Wege: der Weg der Gültigmachung; der Weg der Auflösung; der Weg der Duldung.

1) Schon der Richter, um so mehr der Seelsorger hat auf die Gültigmachung der Ehe hinzuwirken Cann. 1965; 1133 ff.; 1138 f. Doch gibt es Fälle, wo dies Bestreben undurchführbar ist, nämlich a) wenn das fragliche Hindernis undispensierbar ist, z. B. geschlechtliches Unvermögen; b) wenn ein Teil (oder beide) die Gültigmachung nicht will; c) wenn aus der Gültigmachung größere Übel zu befürchten sind; so wenn ein Teil bereits in bürgerlicher Ehe mit Kindern lebt. In diesen drei Lagen muß der Seelsorger auf die Nichtigkeitserklärung hinarbeiten, wenn nicht eine gewisse Duldung zu bevorzugen ist.

2) Eine „Scheinehe“ kann geduldet werden, wenn sie einerseits nicht gültig gemacht werden kann, anderseits nicht aufgelöst werden soll. Dies ist leichter, wenn guter Glaube vorhanden ist, nicht ganz ausgeschlossen, wenn er fehlt.

Der Apostolische Stuhl hat das Zusammenleben und den Gebrauch der „Ehe“ geduldet, wenn nur kein Argernis zu befürchten war; so zwischen Halbgeschwistern (aus außerehelichen Verhältnissen), so bei Schwägerschaft in der geraden Linie, entsprungen einem illegitimen Verhältnisse. — Darum hüte sich der Seelsorger, den guten Glauben zu zerstören. — Aber auch wenn der gute Glaube auf einer oder beiden Seiten nicht mehr vorhanden ist, kann ein Zusammenleben gestattet werden, vorausgesetzt, daß kein Argernis entsteht und die Gefahr der Unenthaltbarkeit ausgeschlossen ist.

3) Trennung ist notwendig, wenn eine Gültigmachung unmöglich ist und die Trennung als das kleinere Übel erscheint. Die Trennung auch der ungültigen Ehen darf nicht auf eigene Faust stattfinden, außer im Falle von Seelen- oder Leibeszufahren, es muß vielmehr das Nichtigkeitsurteil des kirchlichen Gerichtes abgewartet werden. — Wird die Ungültigkeit der Ehe privatim *genau* erkannt, so muß der geschlechtliche Verkehr sofort abgebrochen werden. Entsteht ein begründeter Zweifel an der Gültigkeit der Ehe auf beiden Seiten, so muß der Geschlechtsverkehr aufhören, bis sich das Hindernis klar herausstellt oder die Unmöglichkeit, den Zweifel zu lösen. Im letzteren Falle steht die Rechtsannahme zugunsten der Ehe, der Geschlechtsverkehr wird

wieder erlaubt. Hat nur ein Teil Zweifel, so darf dieser die eheliche Pflicht leisten, aber nicht fordern, bis nicht der Zweifel wie oben gelöst ist c. 2 De secund. nupt. (IV 21).

Die Trennung gültiger Ehen.

§ 69. Die Trennung des Ehebandes bei gültigen Ehen.

A. Allgemeine Grundsätze.

I. Die katholische Kirche stellt folgenden Satz auf: „Die gültige und vollzogene Ehe zweier Getaufter kann durch keine menschliche Gewalt und aus keiner Ursache, außer durch den Tod, gelöst werden“ Can. 1118; Trid. sess. 24 cn. 7. Die A t h o l i k e n, z. B. Protestanten und Orientalen, nehmen die Möglichkeit der Scheidung des Ehebandes an mit Berufung auf Mt 5, 32; 19, 9. Doch versehen sie ihrer Schriftauslegung schon dadurch einen Schlag ins Gesicht, daß sie nicht nur den einen Grund der „fornicatio“, sondern viele Scheidungsgründe gelten lassen. — Aber auch bezüglich des Ehebruchs berufen sie sich mit Unrecht auf Matthäus; denn sowohl der Zusammenhang als die Parallelstellen beweisen, daß Mt 5, 32 und 19, 9 nur von der Scheidung von Tisch und Bett ausgedeutet werden kann.

II. Es ist katholische Lehre, daß auch die nichtvollzogene Ehe an sich unauflöslich ist; immerhin kann sie gelöst werden durch die feierliche Profess und die Bollgewalt des Papstes als des Stellvertreters Christi. — Vor Papst Alexander III. nahm man in der Theorie eine leichtere Lösung der nichtvollzogenen Ehe an; vgl. c. 3 De sponsa duorum (IV 4); S a n t i- V e i t n e r: Praelectiones (ed. 4. a) IV 4 nn. 11—18.

III. Es ist katholische Lehre, daß die Ehe schlechthin, d. i. auch als naturrechtliches Institut = matrimonium legitimum, unauflöslich ist; daß sie aber gelöst werden kann durch das „P a u l i n i s c h e P r i v i l e g“.

Die naturrechtliche Unauflösbarkeit der Ehe kann bewiesen werden aus dem unfehlbaren Lehramt der Kirche, Trid. sess. 24 prooem.; c. 8 De div. IV 19; Pius IX. in Syll. n. 67; Leo XIII. in Enc. „Arcanum“ § „Constat inter omnes“; Can. 1013 § 2. Aber außerdem läßt sich diese Unauflöslichkeit

auch aus **Vernunftgründen** beweisen. Diese Vernunftgründe werden um so einleuchtender wirken, wenn wir vorausschicken, daß unsere These von dem **sekundären** Naturrechte gilt und daß die Schäden der Auflösungslosigkeit am **System** am klarsten zutage treten. Nach der **Enzyklika** *Deos XIII. „Arcanum“* sprechen folgende Gründe für die Unauflöslichkeit der Ehe: Die Ehescheidung widerstreitet: 1) der vollkommenen **Gleichheit** zwischen Mann und Frau; 2) der gegenseitigen **Unterstützung** der Eheleute Can. 1013 § 3; 3) der vernünftigen **Zügelung** der fleischlichen Begierde; „ein Stand der Selbstverleugnung ist die Ehe“, Minister Ferraris bei Lampert, „Entwurf zu einem Schweizer Zivilgesetzbuch“ S. 38—39; 4) dem **Hauptzweck** der Ehe, also der Kindererzeugung und -erziehung; 5) dem Wohle des **Staates** und der menschlichen **Gesellschaft**. Die nähere Darlegung und Begründung findet sich bei **Veitner M.**: *Eherecht* (3. A.) S. 397—401.

B. Lösung der nichtvollzogenen Ehe.

I. Quellen: Can. 1119; 1962—85; 572; 542 n. 1; 987 n. 2.; Decr. SC Sacr. „*Catholica doctrina*“ d. 7. Maii 1923 (AAS. 15, 389—436) cum „*Regulis*“.

II. Grundsatz. Can. 1119: „Die nichtvollzogene Ehe unter Getauften oder zwischen einem getauften und einem ungetauften Teil wird gelöst einerseits durch die Rechtswirkung der feierlichen Profess, anderseits durch die vom Apostolischen Stuhle aus gerechtem Grunde erteilte Dispense, auf Bitten beider oder nur eines Teils, auch wenn der andere nicht zustimmt.“

Erläuterung: 1) Die Lösung der Ehe ist möglich, wenn sie unvollzogen blieb, sei es, daß es sich um eine **rein christliche** oder um eine **gemischte** Ehe handelt. Wir stehen aber nicht an, zu behaupten, daß der Apostolische Stuhl die Dispense auch dann erteilen kann, wenn **beide** Teile ungetauft sind, vorausgesetzt jedoch, daß der Apostolische Stuhl ein Interesse an der Lösung einer solchen nichtvollzogenen Ehe hat. Dies wäre der Fall, wenn ein Christ aus gewichtigem Grunde einen solchen ungetauften Ehegatten heiraten wollte. — 2) Die unvollzogene Ehe wird gelöst durch die **feier-**

I ch e P r o f e ß in einem eigentlichen Orden. Wie ein Ehe-
 teil in einen Orden eintreten kann, wann eine Profess feier-
 lich und gültig ist, dies alles haben wir bereits im Ordens-
 rechte kennengelernt; vgl. „Handbuch“ I 3. 2^e, „Ordens-
 recht“ §§ 17; 19. — War die Ehe lediglich geschlossen, aber
 nicht vollzogen; ist die feierliche Profess tatsächlich abgelegt,
 so tritt mit der Profess die Lösung der Ehe unverzüglich ein
 („ipso iure“). — 3) Die **p ä p s t l i c h e D i s p e n s e** wird
 nur auf **B i t t e n** erteilt, und zwar nur auf Bitten (wenigstens)
 eines Ehetteils; eine dritte Person bemüht sich um diese Dis-
 pense vergebens Cann. 1119; 1973. Doch hindert die Dis-
 pense der gegenteilige Wille oder das Entgegenarbeiten des
 anderen Teiles nicht. — Zur Dispense sind zwei Voraus-
 setzungen unbedingt gefordert: a) daß der Nichtvollzug der
 Ehe **m o r a l i s c h** sicher sei; b) daß ein **g e r e c h t e r**
G r u n d (causa iusta) vorliege Can. 1119.

Das Verfahren ist in kurzen Zügen folgendes: a) Das Bittgesuch
 wird gewöhnlich an den Ordinarius gerichtet. Da dieser unzuständig ist,
 wird er ein Gesuch an den Apostolischen Stuhl richten, in welchem die
 Umstände klar dargelegt sind (Nichtvollzug, Gründe), freilich ohne daß
 der Ordinarius einen eigentlichen Rechtsakt setzt; „Regulae“ n. 7.

Erst wenn der Apostolische Stuhl den Ordinarius bevollmächtigt
 hat, kann dieser den Prozeß in eigener Person oder durch den Offizial als
 Iudex Instructor führen Cann. 1963; 1966; 1985. Indes gibt es eine
 Ausnahme. Wenn nämlich der zuständige Richter einen Prozeß über
I m p o t e n z eingeleitet und geführt hat und sich bei diesem Prozesse
 nicht die Impotenz, wohl aber der Nichtvollzug der Ehe herausstellt,
 so können die Akten an die S. C. Sacramentorum eingeschickt werden,
 welche diese als Unterlage zur Begutachtung der Dispense gebrauchen
 kann Can. 1963 § 2. Die Natur der Sache und die Bevollmächtigung
 des Ap. Stuhles („delegatio a iure“, Regulae n. 4) gestatten das gleiche
 Verfahren auch bei anderen Hindernissen, z. B. Furcht, Geisteskrankheit,
 Schwägerschaft usw.; vgl. S. C. C. in Wirceburgen. d. 7. Iul. 1883
 (ASS. 16, 262—74). Aus dieser Möglichkeit ergibt sich für den
 Gerichtshof die Pflicht, die Akten auch nach der Richtung des Nichtvoll-
 zuges genau zu führen.

b) Hat der Ordinarius die Vollmacht der S. C. Sacr. in Händen, so
 muß er in eigener Person oder durch einen Iudex Instructor subdelegatus
 den Prozeß führen ohne Iudices Assessores, aber mit Beiziehung des
 Defensors und Schriftführers. Das Ziel ist ein doppeltes: Darlegung
 des Nichtvollzugs und Beibringung von gewichtigen Gründen. Der
N i c h t v o l l z u g läßt sich am leichtesten nachweisen: a) bei „inconsum-
 matio coarctata tempore“; β) weniger leicht bei „inconsummatio co-
 pula non tentata“; γ) am schwierigsten bei „inconsummatio copula ten-
 tata“ vgl. **B e i t n e r M.**, *Eherecht*⁹ S. 404 f. — Die **G r ü n d e** können

entspringen der Art der Ehe eingang, z. B. geschlossen unter Furcht, mit mangelnden Konsens usw.; — einer neu übernommenen Verpflichtung, wie Abschluß einer Zivilehe; — endlich der Veränderung der ganzen Lage, so durch Krankheit, Verbrechen, unüberwindliche Abneigung usw.; vgl. die Göttinger Handschrift bei Freisen: „Geschichte des kan. Eherechts“ S. 178. Wie wir schon oben sahen, kommt es in diesem Prozesse zu keiner Veröffentlichung, zu keinem Urteil, also auch zu keiner Berufung, sondern die Akten werden mit den beiden vota des Bischofs und des Bandesanwalts an die Sakramentenkongregation nach Rom geschickt; Regulae nn. 96—101.

c) Diese heilige Kongregation hat die Aufgabe, die Akten zu prüfen, sie abzuweisen, wenn die Sache aussichtslos ist, sie zu ergänzen durch Rücksendung mit der allgemeinen Anweisung „Corroborentur probationes“ oder mit einer besonderen Instruktion, durch Anerkennung des Nichtvollzuges und der beigebrachten Gründe. Im letzteren Falle lautet die Antwort auf die Frage „An praestandum sit consilium Ssmo pro dispensatione super matrimonio rato et non consummato in casu?“ — — „Affirmative.“ — — — Der Sekretär der Sakramentenkongregation trägt alsbald dem Heiligen Vater die Bitte um die Dispense vor mit Darlegung der Kongregationsverhandlungen, worauf der Papst die Dispense in eigener Person erteilt. — Regulae nn. 102—106. Ein neuestes Beispiel bei Leitner M.: Eherecht (3. A.) S. 407.

d) Durch die päpstliche Dispense wird die Ehe dem Bande nach gelöst, so daß jeder Teil zu einer neuen Ehe schreiten kann, wenn nicht ein besonderes Hindernis oder Verbot entgegensteht. Seit 3. Juni 1912 (AAS. 4, 403) kommt bei manchen Personen noch eine weitere Wirkung hinzu: die Beseitigung des etwaigen Crimen neutro patrante Can. 1053; Regulae n. 104. Diese Regulae schreiben in n. 106 die Ergänzung des Pfarregisters am Trauungs- und Tauforte der beiden vor.

C. Lösung der Ehe durch das Paulinische Privileg.

I. Quellen: a) 1 Kor 7, 12—16. — b) Cann. 1120—27; 247 § 3; 1962.

II. Leitsatz: „Legitimum inter non baptizatos matrimonium, licet consummatum, solvitur in favorem fidei ex privilegio Paulino“ Can. 1120 § 1.

Erläuterung: 1) Es handelt sich um „die Ehe zweier Ungetaufter, auch die vollzogene“. Wenn also die Ehe von Anfang an eine christliche oder eine Mischehe ist, so greift das Paulinische Privileg nicht Platz, wie Can. 1120 § 2 ausdrücklich betont. — Die beiden verheirateten Personen müssen ungetauft gewesen sein; ob sie nun Heiden, Juden, Mohammedaner oder Namenschristen sind, ist ganz gleich. Umgekehrt gilt das Privileg niemals für Heiden, Juden usw., welche getauft sind.

2) Zum Eintritt des Paulinischen Privilegs ist notwendig, daß von den beiden ungetauften Eheleuten der eine sich *b e f e h r e* und *g e t a u f t* werde 1 Kor 7, 12 ff; Can. 1121. — Die Bekehrung allein genügt nicht; darum entschied das heilige Offizium am 13. (15.) März 1901 (ME. 13, 3): „*Verba illa S. Pauli non esse intelligenda de catechumenis, sed de baptizatis tantum*“. — Selbstverständlich ist die Bekehrung und Taufe gegeben beim Eintritt in die katholische Kirche, allein man nimmt begründeterweise an, daß das Paulinische Privileg angewendet werden darf bei Bekehrung zum christlichen Glauben in einer *S e k t e*, wenn die Taufe *g ü l t i g* gespendet wird. Die Taufe ist ja überall die eine katholische Taufe; immerhin hat der Apostolische Stuhl diese Frage noch nicht entschieden. Sprechen aber gegen die von Andersgläubigen gespendete Taufe begründet *B e d e n k e n*, so tritt das Glaubensprivileg nicht ein S. Off. d. 18. Dec. 1872 ad III (C. Pr. II 59).

3) Die Taufe allein bewirkt noch nicht die Auflösbarkeit der Ehe, „*cum per sacramentum baptismi non solvantur conjugia, sed crimina dimittantur*“ (Inn. III. in c. 8. De divort. IV 19); es wird vielmehr gefordert, daß der ungetaufte Teil „*weggehe, sich trenne*“ („*discedat*“). Dieses „*S i c h t r e n n e n, W e g g e h e n, d i s c e d e r e*“ besteht darin, daß der ungetaufte Teil mit dem christlichen Teil entweder gar *n i c h t* oder nicht ohne *B e r u n e h r u n g* des *S c h ö p f e r s* zusammensein will. Die „*Berunehrung des Schöpfers*“ ist nicht nur bei Sünden gegen den heiligen *G l a u b e n* gegeben, zu denen der ungläubige Teil den getauften verführen oder veranlassen will, sondern auch von anderen schweren Sünden, z. B. gegen die eheliche Keuschheit.

Diese Trennung ist jedoch nicht gegeben: a) wenn nicht der ungetaufte Teil, sondern dessen *B e r w a n d t e* den christlichen Teil zu einer schweren Sünde verleiten; b) wenn der christliche Teil dem anderen *g e r e c h t e n* Grund zum Weggehen gab Cann. 1123; 1129; 1131, z. B. durch Ehebruch, begangen nach der Taufe; vgl. Eherecht (3. A.) S. 411.

III. Die *Interpellationen* Cann. 1121—25. 1) Bevor der getaufte Teil eine neue Ehe gültig eingeht, muß er regelmäßig an den ungetauften zwei *A u f f o r d e r u n g e n* oder *F r a g e n* richten, nämlich: a) „*An velit et ipsa (pars) converti ac baptismum suscipere*; — b) *An saltem velit*

secum cohabitare pacifice sine contumelia Creatoris“. Werden die beiden Interpellationen mit „Nein“ beantwortet, auch stillschweigend, „*tacite*“, durch Vernachlässigung der Frist usw., so kann der getaufte Teil zur neuen Ehe schreiten. Wird die erste Frage mit „Nein“ beantwortet, die zweite mit „Ja“, so muß der Bekehrte bei dem Ungetauften bleiben. — Wird die erste Frage mit „Ja“, die zweite mit „Nein“ beantwortet, so können Fälle eintreten, daß trotzdem das Paulinische Privileg gebraucht werden kann, wie die Antwort des heiligen Offiziums vom 26./28. April 1899 beweist (ME. 11, 111). Das Glaubensprivileg kann demnach eintreten trotz des *Wille n s* des ungetauften Teils, sich zu bekehren und taufen zu lassen.

2) Die Interpellationen können *a m t l i c h e* und *p r i v a t e* sein. Die amtlichen geschehen auf Anordnung des *O r d i n a r i u s* des getauften Teils, wenigstens in *s u m m a r i s c h e r* und *a u ß e r g e r i c h t l i c h e r* Form. — Die privaten sind, wenn im äußeren Forum nachweisbar, immer gültig; aber auch erlaubt, wenn die amtlichen ohne physischen oder moralischen Schaden nicht sich vollziehen lassen. Der äußere Nachweis ist vorhanden durch das Zeugnis zweier Zeugen oder sonst in gesetzmäßiger Weise *C a n. 1122*, z. B. durch die tatsächliche Antwort des Interpellierten, durch Bestätigung des Briefempfangs seitens der Post. — Der *O r d i n a r i u s* (nicht die Privatperson) kann auch dem interpellierten Teile eine *S t u n d u n g* oder *F r i s t* gewähren, freilich mit der Mahnung, daß mit dem unnützen Verstreichen der Frist die Antwort „Nein“ rechtlich vermutet wird *i b i § 1*. Die Interpellationen können kraft Apostolischer Vollmacht auch schon *v o r* der Taufe des Neubekehrten geschehen; *V. C. E p i t o m e I n. 719, 27.* (Propagandavollmachten *F 3. a*).

3) Die Interpellationen sind immer *n o t w e n d i g*, außer es hat der Apostolische Stuhl von denselben dispensiert *C a n n. 1121 § 2; 1123; 1125*. Sollten die Interpellationen unmöglich oder sehr schwierig sein, so hört die Verpflichtung derselben doch nicht von selbst auf, es muß eine Erklärung oder Dispense des Apostolischen Stuhles vorliegen *C a n. 1121 § 2*. Diese Dispensen können in zweifacher Weise gegeben werden: einerseits in einer Reihe von Fällen, anderseits in einem *g a n z b e s t i m m t e n* Falle. — Drei dieser *a l l g e m e i*-

n e n Dispensen erwähnt Can. 1125 und d e h n t sie auf den ganzen Erdkreis a u s: a) eine Pauls III. „*Altitudo*“ d. 1. Jun. 1537; b) St. Pius' V. „*Romani Pontificis*“ d. 2. Aug. 1571; c) Gregors XIII. „*Populis*“ d. 25. Jan. 1585. Diese drei Konstitutionen werden im Anhange zum Roder als nn. VI, VII, VIII aufgeführt. Dazu kommen noch andere, z. B. die Vollmachten der Konzilien von Toledo und des Breves Ben. XIV. „*In Suprema*“ d. 16. Jan. 1745. — Wenn in einem besonderen Falle die Interpellationen als u n m ö g l i c h, s c h ä d l i c h oder n u z l o s erscheinen, so hat der Ordinarius, wenn er nicht mit Vollmachten schon ausgerüstet ist, sich an das heilige Offizium zu wenden zur Erlangung einer Vollmacht für diesen Fall (*pro casu*) Can. 247 § 3; vgl. L e i t n e r M.: Eherecht (3. A.) S. 414 ff.

Durch Can. 1125 und die Konst. Gregors XIII. „*Populis*“ v. 25. Jan. 1585 erhalten alle Ordinarien, Pfarrer und die von ihren Obern approbierten Priester S. J., die Vollmacht, daß sie den Neubefehrten, welche im Heidentum vermählt, von ihren gleichfalls heidnischen Gatten getrennt wurden, die Ehe mit Katholiken beider Riten erlauben können, vorausgesetzt daß durch ein summarisches und außergerichtliches Verfahren festgestellt, die abwesenden Gatten hätten entweder nicht gemahnt werden können oder sie hätten ihren Willen innerhalb der angegebenen Frist nicht kundgegeben, wenn sich auch später herausstellt, diese seien damals rechtmäßig verhindert, ja bereits getauft gewesen.

4) R e c h t d e r W i e d e r v e r h e i r a t u n g. „Wenn die Interpellationen auf Grund einer Erklärung des Apostolischen Stuhles unterlassen wurden oder wenn der ungetaufte Teil mit „*Nein*“ geantwortet hat ausdrücklich oder stillschweigend, so hat der getaufte Teil das Recht der Wiederverheiratung mit einer k a t h o l i s c h e n Person, außer er hat dem ungetauften Teil gerechten Grund zum Weggehen gegeben“ Can. 1123. — Dieses Recht wird nicht verkürzt durch ein längeres Zusammenleben des christlichen Eheteils mit dem ungetauften, auch nicht durch den Geschlechtsverkehr; das Recht tritt ungeschmälert ein, wenn die Voraussetzungen des Glaubensprivilegs erst später, ja nach vielen Jahren sich zeigen, wenn also der ungetaufte Teil erst später entweder gar nicht oder nicht ohne Verunehrung des Schöpfers mit dem getauften Teile zusammenleben will Can. 1124.

5) L ö s u n g d e s E h e b a n d e s. „Das Band der früheren im ungetauften Zustande eingegangenen Ehe wird

erst dann gelöst, wenn der getaufte in Wirklichkeit eine neue gültige Ehe eingeht“ Can. 1126. Mit der Anknüpfung des neuen Ehebandes wird das alte zerrissen; darum kann auch der ungetaufte Teil eine neue Ehe eingehen. Die Voraussetzungen der Lösung der früheren Ehe sind folgende drei: a) die Taufe des einen Teils; b) das Weggehen des andern, geklärt durch die Interpellationen oder die apostolische Dispense; c) die gültige Eingehung einer neuen Ehe durch den getauften Teil. — War die nichtchristliche Ehe unvollzogen, so genügt als dritte Voraussetzung auch die feierliche Profess des getauften Teils oder die päpstliche Dispens nach Can. 1119.

Wird ein zweifelhaft Getaufter, der mit einer ungetauften Person verheiratet ist, zur Sicherung seines Heiles in der katholischen Kirche getauft, so kann er mit Benützung des Paulinischen Privilegs sich wieder verheiraten; denn entweder war seine erste Taufe sicher gültig, dann war seine Ehe ungültig Can. 1070 § 2; oder es war seine Taufe sicher ungültig, dann greift das Glaubensprivileg Platz Cann. 1120 ff.

IV. Prinzip in Zweifelsfällen: „In re dubia privilegium fidei gaudet favore iuris“ Can. 1127. Dieses Prinzip wird durch ein anderes, scheinbar entgegengesetztes beleuchtet „Matrimonium gaudet favore iuris; quare in dubio standum est pro valore matrimonii, donec contrarium probetur, salvo praescripto Can. 1127“.

Bei allen Ehen steht die Rechtsannahme für die Gültigkeit der Ehe. Nur bei den Ehen der Ungetauften steht im Zweifelsfalle die Präsumption für das Glaubensprivileg. — Der Häuptling Azor hat eine polygame Ehe eingegangen mit sechs Frauen. Entstehen Zweifel über die Gültigkeit dieser Ehen, so steht die Rechtspräsumption für die Gültigkeit der Ehe Azors mit der ersten Frau. Bestehen die gleichen Zweifel, ist jedoch nicht die erste, sondern die dritte Frau bereit, mit Azor sich taufen zu lassen, so kann Azor diese ohne weiteres ehelichen, wenn beide getauft sind, durch die Erneuerung des Konsenses S. Off. dd. 18. Maii 1892 ad 2; 17. (19.) Aug. 1898 (ME. X², 147). In dieser Lage fallen auch die Interpellationen weg, ebenso die Notwendigkeit der päpstlichen Dispense.

Ricca Esther und Abraham schlossen eine „Ehe unter Ungetauften“; beide waren israelitischen Bekenntnisses. Nach Jahren und nach dem Vollzug dieser Ehe wurde Esther katholisch durch die heilige Taufe. Auf die Interpellation antwortete Abraham mit „Nein“ und sandte der Esther

den jüdischen Scheidebrief. Esther verheiratete sich nicht: Abraham dagegen verheiratete sich mit der Jüdin Blanka. Später wollten beide Personen, Abraham und Blanka, sich taufen lassen. Es entstand die Frage: Muß Abraham zu Esther zurückkehren oder kann er bei Blanka bleiben? Die Frage wurde dem Apostolischen Stuhle vorgelegt und die S. C. C. antwortete am 27. Juli 1726: „*Dilata et scribant theologi et canonistae et perquirantur exempla.*“ Acht Monate später wurde die Frage nochmal vorgelegt am 29. März 1727, aber die Kongregation glaubte, von einer Antwort absehen zu sollen; vgl. *Ben. XIV.* in *Syn. l. 6 c. 4 nn. 3 sqq. l. 13 c. 21*; *Richter-Schulte: Tridentinum n. 153 pag. 287 sq.*; *Santi-Leitner: Praelectiones (4. ed.) IV 19 n. 21.* Der Satz „S. C. Concilii a responsione abstinendum duxit“ bedeutet nach *Benedikt XIV.*, daß die Ehe zwischen Abraham und Esther noch zurecht besteht, so daß Abraham die Blanka nicht beibehalten kann. — Hierüber berichtet uns nun das Moralwerk von *Antonius Ballerini-Dominicus Palmieri*, 3. ed. (Prati 1900) vol. 6 n. 449: „*In Actis Congregationis editis non legitur, quem finem habuerit ista controversia. . . . Sed aliunde didici (P. Tarquini id rescivit ex Cardinali, ni fallor, Caterini), Pontificem reipsa dispensasse, ac prius matrimonium solvisse. Imo inspectis libris in hospitiiis romanis catechumenorum, inventum est: Abrahamum et Blancham conversos permansisse in coniugio, quia Pontifex contra Lambertini secretarii opinionem dispensavit, id est solvit matrimonium prius Abrahami et Esther. Porro ignorare hoc Lambertinius non poterat, utpote Secretarius Congregationis. Et tamen (adeo possunt opiniones praeconceptae!) in opere de Synodo, ubi occasione quaestionis de Pontificia auctoritate circa solvenda infidelium conjugia memorat hanc causam Florentinam, penitus de hac dispensatione concessa silet.*“ — Bereits einen Schritt weiter geht *Aug. Lehmann* S. J. in seiner *Moraltheologie* (12. A. v. II n. 931), indem er sagt: „*ut ex archivis Romanis constat*“, so daß man meinen könnte, die Nachricht bei *Ballerini-Palmieri* stamme aus dem Archiv des Apostolischen Stuhles, mindestens der Konzilskongregation, während diese Autoren ausdrücklich zugeben, daß im Archiv der Konzilskongregation keine Spur sich findet, daß vielmehr die Nachrichten privater Natur seien, welche auch das Gepräge solcher Nachrichten auffällig an sich tragen. Bei *P. Dom. Prümmer* in *Theol. mor. III. 680* ist die Sache bereits gegen *Prosper Lambertini* entschieden. — In neuester Zeit (1917 oder 1918) wurde in Rom von Wien aus (Kraja) eine derartige ganz gleichgelagerte Dispense erbeten mit Berufung auf *Ballerini-Palmieri*; die Dispense wurde verweigert. — Mit Recht sagt *Gasparri* in seinem „*Tractatus de matrimonio*“ II (3. ed.) n. 1357: „*Pro certo habemus, contra nonnullos, Romanum Pontificem nullo modo dispensare posse, quia iam est matrimonium consummatum fidelium, cum baptismus remittat peccata, sed matrimonii consummationem minime aufert.*“ — Wir halten uns an den klaren Bericht des Zeitgenossen *Prosper Lambertini* im Gegensatz zu den nicht ganz geklärten Nachrichten späterer Gewährsmänner, wenn wir auch ihr sonstiges Ansehen nicht unterschätzen.

Am 17. (19.) Januar 1900 wurde vom heiligen Offizium ein sehr lehrreicher Fall entschieden. Titus, ein Jude, wurde durch den Scheide-

brief und das Urteil des weltlichen Richters von seiner rechtmäßigen jüdischen Ehefrau Sara geschieden, worauf er mit der „konfessionslos“ gewordenen Katholikin Berta bürgerlich getraut wurde. Fünf Jahre später, im Jahre 1892, ließ sich Titus auf Betreiben seiner „Zivilehefrau“ Berta taufen und beide schlossen im Angesichte der Kirche die Ehe. Leider hatte der Kurat, welcher die Sache in die Hand genommen, die erste Ehe des Titus ganz außer acht gelassen. Genau nachforschend erfuhr der Kurat, daß Sara weder katholisch werden noch auf irgend eine Aufforderung hin antworten wolle. Deshalb bat er das heilige Offizium um *sanatio in radice* der im Jahre 1892 geschlossenen Ehe. Darauf erhielt er von der gleichen römischen Kongregation folgende Antwort: „*Dummodo constet ex processu saltem summario, mulierem nullum responsum dare voluisse, matrimonium contrahi posse, et ad mentem.* — *Mens est, in hoc casu non dari locum dispensationi in radice; nam adhuc viget prius matrimonium in infidelitate contractum, quod non dissolvitur, nisi quando post conversionem et interpellationem inutiliter factam, novum ac validum contractum fuerit matrimonium*“ (ME. 11, 533). Demnach gibt es in diesem Falle keine *sanatio in radice*; denn diese wird nicht gegeben, wenn der Ehe (Titus und Berta) ein göttlich-rechtliches Hindernis (hier *ligamen*) entgegensteht. — Die privaten Nachforschungen des Kuraten können als Grundlage angesehen werden, auf welcher der summarische Prozeß den Beweis für die verneinenden Antworten der Sara aufbaut. Erst nach dem Prozeß, den der Ordinarius zu machen hat, kann der Ehekonsens gegeben werden, welcher die frühere Ehe zwischen Titus und Sara löst. Sollte der Prozeß den gewünschten Beweis nicht erbringen, so müßten die Interpellationen amtlich oder privat gemacht oder vom Apostolischen Stuhl dispensiert werden.

V. Staatliche Bestimmungen. Für Österreich gilt AbGB. § 136: „Durch den Übertritt eines jüdischen Ehegatten zur christlichen Religion wird die Ehe nicht aufgelöst, sie kann aber aus den oben (§§ 133—135) angeführten Ursachen aufgelöst werden.“ Diese Ursachen sind: Gegenseitiges Uebereinkommen und Ehebruch der Ehegattin; in beiden Fällen muß der Scheidebrief ausgestellt und bestimmte Gesezesnormen beobachtet werden; vgl. Seidl: *Matrifenführung*, S. 154 ff; Haring: *RR.* II, S. 490.

§ 70. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft.

I. Quellen: Mt 5, 32; 19, 9; Mk 10, 11—12; 1 Kor 7, 5. 11 ff. — Trid. sess. 24 en. 8. — Cann. 1128—32; 1110 bis 1112; 542 n. 1; 987 n. 2.

II. Begriff und Einteilung. Unter Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft versteht man die Trennung rechtmäßiger Ehegatten nicht dem Bande, sondern nur gewissen

Wirkungen nach. Diese Wirkungen sind angedeutet in der Überschrift vor Can. 1128: „De separatione tori, mensae et habitationis“.

Die Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann sein: a) eine vollständige und teilweise; b) eine immerdauernde und zeitweilige; c) eine unverschuldete und verschuldete; d) eine amtliche und private. Die unverschuldete Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann eintreten durch den Eintritt eines oder beider Gatten in eine religiöse Genossenschaft oder durch die Übernahme einer Weihe seitens des Ehemannes; freilich ist beides nach dem neuen Rechte nur mehr möglich mit Erlaubnis des Apostolischen Stuhles; vgl. Can. 1130. Teilweise und auf eine Zeit kann die eheliche Gemeinschaft aufgehoben werden durch gegenseitige Übereinstimmung der Eheleute: „ad tempus“ 1 Kor 7, 5.

Früher konnte auch der Eintritt eines trennenden Hindernisses eine Ehe in Wirkungen beschränken, sie hinkend (m. claudicans) machen.

Der Fall trat am häufigsten ein bei den Hindernissen der „illegitimen“ Schwägerschaft und der geistlichen Verwandtschaft und beim Keuschheitsgelübde. Das neue Recht kennt keine überkommene Hindernisse mehr gemäß Can. 1036. Das Keuschheitsgelübde kann zwar auch nach der Eheeingehung noch abgelegt werden, allein kanonische Wirkungen ergeben sich daraus nicht mehr Can. 1036 § 1, sondern nur Wirkungen aus der Tugend der Religion Can. 1307 § 1. Solche Gelübde scheinen dem Apostolischen Stuhle nicht reserviert zu sein Can. 1309; facultates S. Poen. n. 7.

III. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft wegen Ehebruchs Cann. 1129—30. „Wegen des Ehebruchs eines Gatten kann der andere Gatte die eheliche Gemeinschaft bei Wahrung des Ehebandes, auch für immer, aufheben; außer wenn dieser (unschuldige) Gatte zum Ehebruch die Zustimmung oder Veranlassung oder ausdrückliche bzw. stillschweigende Nachsicht gab, oder wenn er selbst das gleiche Verbrechen beging“ Can. 1129 § 1. Wegen eines materiell und formell vollständigen und unzweifelhaften Ehebruchs eines Gatten kann der andere die voll-

ständige und auch immer dauernde Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft herbeiführen. — Was ein materiell und formell vollständiger Ehebruch ist, haben wir oben gesehen (§ 46). — Statt der moralischen Gewißheit genügt hier (bei der Schwierigkeit des Gegenstandes) auch eine sich mit Gewalt aufdrängende Vermutung (*praesumptio gravissima, vehemens, violenta*), wie Papst Alexander III. bezeugt in c. 12 De praesumptionibus IV 29. — Nur der vollständig unbeteiligte Ehegatte kann die Trennung herbeiführen. Unbeteiligt ist nicht a) wer den Ehebruch veranlaßt („*qui causam dederit*“); b) ihm zu stimmt („*in crimen consenserit*“) oder c) ihm Nachsicht gewährt hat („*condonaverit*“), endlich d) wer selbst einen Ehebruch beging („*idem crimen commiserit*“).

Die Nachsicht (*condonatio*) kann eine ausdrückliche oder eine stillschweigende sein. Die stillschweigende Nachsicht ist gegeben, wenn der unschuldige Gatte nach der sicheren Kenntnis des Ehebruchs aus eigenem Antriebe in ehelicher Liebe mit dem schuldigen verkehrt („*maritali affectu conversatus fuerit*“); — sie wird vermutet, wenn „der unschuldige Gatte den anderen nicht innerhalb sechs Monaten des Hauses verwies oder das Haus verließ oder die gesetzmäßige Anklage einreichte“ Can. 1129 § 2. — Die Worte „*si sponte, maritali affectu, conversatus fuerit*“ sind nicht nur vom ehelichen Verkehr auszulegen, sondern auch vom friedlichen Zusammenleben der Ehegatten durch längere Zeit. — Die Wiedervergeltung (*compensatio*) liegt vor, wenn der unschuldige Gatte vor dem gerichtlichen Urteil selbst einen Ehebruch beging. Gesah dieser Ehebruch nach dem richterlichen Urteile, so halten dies manche Kanonisten für eine Wiedervergeltung, weshalb eine Wiederherstellung des ehelichen Lebens am Platze sei, andere dagegen meinen, daß mit dem Urteilspruch die Trennung ein für allemal erledigt sei, c. 5 h. t. IV 19.

Wirkung der Trennung wegen Ehebruchs. „Der unschuldige Gatte, welcher entweder auf einen Richterpruch hin oder in eigener Machtvollkommenheit den Gatten wegen Ehebruchs verlassen hat, ist niemals verpflichtet, diesen zur ehelichen Lebensgemeinschaft zuzulassen: er kann aber denselben zulassen oder zurückrufen, außer dieser hat mit dessen Zustimmung einen dem Ehestand entgegengesetzten Stand ergriffen“ Can. 1130.

Der Kodex ist sehr milde, daß er das Auseinandergehen der Eheleute wegen Ehebruchs auf eigene Faust gestattet. Doch ist den Selbsttäuschungen genügend vorgebeugt, indem der des Ehebruchs beschuldigte Teil auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen kann auf Grund der Cann. 1013; 1014; 1110—12; 93. — Der unschuldige Gatte

hat also das Recht, den anderen Gatten zuzulassen oder zurückzurufen; ausgenommen der schuldige Gatte hat mit Zustimmung des unschuldigen in den ewigen Gelübden den Ordensstand oder in den höheren Weihen den Stand eines Geistlichen auf sich genommen. Daraus folgt, daß der schuldige Gatte der Zustimmung des andern bedarf, um in den Ordens- oder Geistlichenstand sich aufnehmen zu lassen, während der unschuldige ohne weitere Zustimmung eintreten kann. Liegt eine ständige Scheidung von Tisch und Bett vor, namentlich durch Urteilspruch des kirchlichen Richters, so bedarf der geschiedene Ehegatte keiner besonderen Bewilligung des Apostolischen Stuhles mehr, die Zustimmung des unschuldigen Gatten genügt; vgl. Cann. 542 n. 1 „Coniux“; 987 n. 2; 1114; 1130. — Hat der schuldige Gatte nur das Noviziat angetreten oder die zeitweiligen Gelübde gemacht oder hat der Mann nur die niederen Weihen sich erteilen lassen, so kann er vom unschuldigen Teile zurückgerufen werden, da er ja noch keinen Stand angetreten hat („statum suscepit“). Can. 1130.

IV. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft wegen anderer Gründe Can. 1131. Obwohl Christus nur einen Ehescheidungsgrund kennt, so nimmt die Kirche doch deren mehrere an, freilich ohne sich in Gegensatz zu setzen zu ihrem göttlichen Stifter. Christus erwähnte bei Gelegenheit der Ehescheidungsfrage nur den einen Ehescheidungsgrund, nämlich den Ehebruch („fornicatio, porneia“), aber er hebt bei anderen Gelegenheiten auch andere hervor, welche jedoch auch anderen Gemeinschaften eigen sein können, z. B. Mt 10, 34–37; Mk 14, 26 (Seelenschaden). Ferner ist der Ehebruch Lösungsgrund für immer, die übrigen Gründe aber dauern, so lange die Verhältnisse eben so gelagert sind. Die Kirche stimmt demnach mit ihrem Meister vollständig überein. Wir kommen nun zu den einzelnen Ehescheidungsgründen gemäß Can. 1131.

1) Die Gründe: a) Glaubensdelikte; b) Seelengefahr; c) Leibesgefahr; d) Zerrüttung des ehelichen Lebens.

a) „Abfall vom Glauben“ löst nicht das Band der Ehe Trid. sess. 24. cn. 5; wohl aber kann Trennung von Tisch und Bett beantragt werden, indes ist das keine Pflicht, wenn nicht Seelengefahr droht Can. 2267. — Can. 1131 gibt als hierher gehörend noch folgende Bergehen an: „Si alter coniux sectae acatholicae nomen dederit; si prolem acatholice educaverit“, also Anschluß an eine Sekte oder akatholische Kindererziehung; vgl. Cann. 2314 § 1 n. 3; 2319. Man nannte den Abfall vom Glauben eine „fornicatio spiritualis“.

b) „Seelengefahr“. Was beim privilegium Paulinum die „contumelia Creatoris“, das ist hier das „grave periculum animae“. Der

gefährdete Ehegatte muß die nächste Gefahr in eine entferntere zu verwandeln suchen; wenn seine Bemühungen umsonst sind, so kann er nicht nur, er muß die Trennung herbeiführen gemäß den Grundsätzen des Naturrechts (*ordinatus amor incipit a seipso*) und den Lehren des göttlichen Meisters: Mt 10, 36 ff; 18, 8 f; Lk 14, 26 usw.

c) Die „Leibesgefahr“ wird im Can. 1131 so dargestellt: „grave periculum corporis; si saevitiis vitam communem nimis difficilem reddit“. Es kann also das Leben oder die Gesundheit unmittelbar bedroht sein oder das eheliche Leben lästig fallen durch fortgesetzte Schläge, Schimpfereien, Zerwürfnisse und ähnliches. Rein vergangene Drohungen, Mißhandlungen oder Gewalttätigkeiten kommen nicht mehr in Betracht.

d) „Zerrüttung des ehelichen Lebens“ kann in verschiedener Weise eintreten: durch Seelen- und Leibesgefahren, durch Mißhandlungen; außerdem aber noch durch „böswilliges Verlassen, affectata absentia, malitiosa desertio“; durch „lästiges Zusammenwohnen, molesta cohabitatio“ (Trid. sess. 24 en. 5), endlich durch ein „verbrecherisches und schmachvolles Leben“ des einen Ehegatten Can. 1131 § 1.

2) Das Verfahren. Liegt einer dieser Gründe (oder deren mehrere) vor, so hat sich der Ehegatte an den zuständigen Ordinarius zu wenden (Can. 1964). Ist Gefahr auf Verzug, so kann sich der gefährdete Gatte auch auf eigene Faust trennen, doch von Dauer nur dann, wenn der Tatbestand klarliegt („si de eis certo constet“).

3) Die Wirkung der Trennung. Handelt es sich nicht um Ehebruch, sondern um einen der anderen Gründe, so muß mit Aufhören des Grundes auch die Trennung wieder beseitigt werden. Wurde jedoch die Trennung vom Ordinarius für immer ausgesprochen, so ist der unschuldige Gatte nur auf ein neues Dekret des Ordinarius hin verpflichtet, das eheliche Leben herzustellen. Wurde vom Ordinarius eine zeitliche Trennung ausgesprochen, so tritt die Rückkehrverpflichtung auch ein nach Ablauf der Frist.

V. Sorge für die Kindererziehung Can. 1132. 1) Sind beide Teile katholisch, so werden die Kinder dem unschuldigen Gatten zur Erziehung zugesprochen. — 2) Ist ein Teil katholisch, so folgen die Kinder in der Regel dem katholischen Teil. — 3) In beiden Fällen kann der Ordinarius abweichende Bestimmungen treffen, immer aber zugunsten der katholischen Kindererziehung.

Im Can. 1131 § 1 geschieht der *Ranke* eines Ehegatten als eines Trennungsgrundes keine ausdrückliche Erwähnung (wohl ver-
schleierte: „aliaque id genus“). Darum müssen wir uns bei der Beur-

teilung nach den allgemeinen Grundsätzen der Moral halten (Ordnung der Nächstenliebe). Wird demnach das Leben oder die Gesundheit eines Ehegatten durch das Zusammensein mit dem kranken ernstlich bedroht, so ist der gesunde berechtigt, das eheliche Zusammenleben *s o w e i t* aufzuheben, als eben die Gefahr vorhanden ist. Das gilt namentlich, wenn der kranke Teil vor der Berehelichung dem gesunden die damals schon bestehende Gefahr verschwieg; vgl. *V e i t n e r M.*: Eherecht (3. A.) S. 429.

§ 71. Staatliche Gesetzgebung über Anklage und Trennung der „Ehe“.

Für den Seelsorger ist es von Wichtigkeit, daß er auch dieses Kapitel wenigstens in den Grundzügen kennt. Doch beschränken wir uns hier auf das Notwendigste, im übrigen auf unser „Eherecht“³ S. 431 ff. verweisend.

A. Deutschland. Die Anklage einer „Ehe“ ist auf vierfache Weise möglich: 1) durch Nichtigkeitsklage; 2) Anfechtungsklage; 3) Scheidungsklage; 4) Klage auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft; — dazu kommt noch 5) die Klage auf Feststellung des Bestandes einer Ehe; 6) die Klage auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft.

1) Die Nichtigkeitsklage ist möglich aus fünf Gründen: a) wegen wesentlicher Verletzung der Eheeingehungsform; b) wegen Geschäftsunfähigkeit; c) wegen Doppelehe; d) wegen Verwandtschaft und Schwägerschaft; e) wegen Ehebruchs nach §§ 1312 und 1328 des BGB.; vgl. die §§ 1309—28.

2) Die Anfechtungsklage kann eingereicht werden aus folgenden Gründen: a) Beschränkung der Geschäftsfähigkeit; b) Irrtum in der Eheschließung; c) Irrtum in der Person und in gewissen persönlichen Eigenschaften; d) Irrtum auch in Umständen, herbeigeführt durch Täuschung; e) Mangel des Ehevillens nach § 1332; f) widerrechtliche Drohung; g) Verheiratung mit einem bereits Berehelichten auf Grund einer falschen Todeserklärung BGB. §§ 1304—1335; 1350.

3) Gründe der S c h e i d u n g s k l a g e: a) Ehebruch; b) Lebensnachstellung; c) Bössliche Verlassung; d) Selbstverschuldete tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens; e) Geisteskrankheit BGB. §§ 1565—69.

B. In Österreich gab es bisher keine Scheidung der Ehe dem Bande nach für *k a t h o l i s c h e* Ehen, das ist rein katholische und Mischehen mit einer katholischen Person AbGB. § 111. — Die Trennung *a k a t h o l i s c h e r* Ehen dem Bande nach war schon bisher frei gemäß AbGB. §§ 115—119. — Über die Scheidung von *T i s c h* und *B e t t* handeln die §§ 103—110.

Über den „ehelichen Wirrwarr in Österreich“ gibt Dr. J. B. Saring in der NS. 1922 S. 114—16 sehr beachtenswerte Aufschlüsse: Minister Dr. Waber äußert sich Juli 1921 gegenüber einem Vertreter der Presse: „Grundsätzlich ist der Minister ein Gegner der Dispenspraxis. Er hätte lieber ein Gesetz, welches die Trennbarkeit der Ehe ermöglicht. Da aber ein solches Gesetz vielleicht nicht die Majorität des Nationalrates erlangt und anderseits doch . . . eine Stimmung für die Dispenspraxis besteht, so seien feste, unanfechtbare Grundsätze zu schaffen, nach denen Ehedispenzen erteilt werden können . . . Jedenfalls sei die auf Grund der Dispensation vom bestehenden Eheband abgeschlossene zweite Ehe so lange als gültige Ehe anzusehen, bis sie nicht durch das Gericht für ungültig erklärt worden sei. Gleichzeitig erfahren wir auch, daß von der Wiener Landesregierung etwa 9000, vom Magistrate Wien 2000, vom Staatsamt für Inneres 1200 Dispensationen vom bestehenden Eheband erteilt worden sind.“ Mit Recht fragt Dr. Saring: Darf eine WB-Behörde eine ungültige Dispense erteilen? Da die Bigamie ein öffentlich-rechtliches Delikt ist, sind die Behörden nach § 84 StrPB. nicht zur Anzeige solcher bigamischer Verbindungen verpflichtet. Vgl. Dr. Bruno Wehlofer: Ein Riß im Eherecht (1922) und die Überprüfbarkeit der Ehedispenz (1923).

C. Die Schweiz hat seit dem 1. Januar 1912 eine Ehescheidung, welche der deutschen Gesetzgebung fast vollständig entspricht M. 137—142. Art. 139 hebt noch „entehrendes Verbrechen und unehrenhaften Lebenswandel“ hervor. Der „bekannte“ Art. 45 des früheren Gesetzes dagegen ist gefallen: „Wenn beide Ehegatten die Scheidung verlangen, so wird das Gericht dieselbe aussprechen, sofern sich aus den Verhältnissen ergibt, daß ein ferneres Zusammenleben der Ehegatten mit dem Wesen der Ehe unverträglich ist.“ — Wichtig namentlich für Katholiken ist Art. 143: „Die Klage geht entweder auf Scheidung der Ehe oder auf Trennung der Ehegatten.“

Einige Winke für das Verhalten des Seelsorgers gegenüber der Zivilehe.

I. Ehehindernisse und Zivilehe. 1) Die Zivilehe oder deren Mangel ist niemals ein Ehehindernis, aber der Katholik muß die bürgerlichen Vorschriften über Eingehung der bürgerlichen Ehe genau beobachten, um von sich und andern Schaden abzuwenden. — 2) Die Zivilehe ist kein kirchliches Verlöbniß, auch wenn die Form des Can. 1017 vielleicht eingehalten wurde; schon die Absicht ist eine ganz andere. — 3) Bei Gelegenheit der Zivilehe können folgende Hindernisse leicht in

Frage kommen: a) das Hindernis des mangelnden Konjenses; b) der Ordensprofess und höheren Weihe; c) des Verbrechens; d) der Eheheimlichkeit für rein katholische und gemischte Ehen. — 4) Das Ehedispenswesen wird durch die Zivilehe ungünstig beeinflusst, insofern die Kirche sich genötigt sieht, Dispensen zu gewähren, welche sie sonst nicht leicht erteilt hätte.

II. Mitwirkung zur Zivilehescheidung. 1) Der katholische Ehegatte darf die Klage auf Scheidung seiner bürgerlichen Ehe erst dann stellen, wenn er bei seinem Seelsorger sich versichert hat, daß seine Ehe auch kirchlicherseits für ungültig erklärt oder nach den Cann. 1119—20 gelöst werden kann. Ist dagegen eine solche Trennung nicht möglich, so darf der Katholik in Deutschland und in der Schweiz nicht auf Ehescheidung, sondern nur auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Ähnliches dürfte für die Todeserklärung, für die Nichtigkeits- und Anfechtungsklage gelten. — 2) Ein *Stabesbeamter* darf in seinem Amte tätig sein, solange er nicht in einem Falle genau erkannt hat, daß ein Katholik, der eine Zivilehe eingehen will, offenbar eine Ehe vor Gott und der Kirche nicht schließen kann; so wenigstens lauten die Entscheidungen des Apostolischen Stuhles für Italien und Frankreich. Sollte im Gebiete des Deutschen Reichs ein so schwieriger Fall auftauchen, so wäre eine Weisung von Rom zu erhalten; vgl. *Leitner M.*: Eherecht (3. A.) S. 439. — 3) Der katholische Richter darf nach unserem Ermessen auch ein Scheidungs- oder Nichtigkeitsurteil in Ehesachen dann fällen, wenn die betreffenden Eheleute kirchlich in keiner Weise geschieden werden können, vorausgesetzt, daß der Richter in formeller Weise zur Ehescheidung nicht mitwirkt und nicht mitwirken will. Wenn auch der katholische Teil seine „Freiheit“ mißbraucht, so ist das nicht Schuld des Richters, sondern des Mißbrauchenden selbst. Freilich würde sich eine Aufklärung seitens des Apostolischen Stuhles empfehlen, da in anderen Ländern nicht immer die gleichen Antworten ergingen; *Leitner M.*: Eherecht S. 440. — 4) Ein Katholik, welcher in bloßer Zivilehe lebt, ist von Strafen l. s. an sich nicht getroffen, doch wird er von der Kirche den öffentlichen Sündern gleichgehalten, welche außer dem Verluste der kirchlichen Ehrenämter vom Ordinarius mit Strafen l. s. belegt werden können. Natürlich können diese Strafen mit um so

größeren Rechte verhängt werden, wenn die Zivilehe ehebrecherisch, sakrilegisch oder inzestuös ist; Can. 2356.

§ 72. Die zweite Ehe.

De secundis nuptiis.

I. „Wenn auch die keusche Witwenschaft ehrenvoller ist, so ist doch eine zweite und auch weitere Verheirathung gültig und erlaubt, freilich muß Can. 1069 § 2 beobachtet werden“ Can. 1142. — „Eine Frau, welche den Brautjegen (des Missethats) einmal erhalten hat, darf denselben bei den folgenden Berehelichungen nicht mehr empfangen“ Can. 1143.

Erläuterung: 1) Eine zweite Ehe usw. Ehe ist erlaubt, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, nämlich die Beweise, welche eine wenigstens moralische Sicherheit einer Lösung der früheren Ehe gewähren. — Die Lösungsmöglichkeiten werden dargelegt in den Cann. 1118 sqq. (Tod, Päpstliche Bollgewalt, Paulinisches Privileg). Wie über den Tod eines Ehegatten moralische Gewißheit erlangt werden kann, ergibt sich aus den Cann. 1053; 1069 § 2; 1097 § 1 n. 1 und aus den oben im § 18 gemachten Ausführungen. Wir erwarten in Bälde die diesbezügliche Instruktion der heiligen Sakramentenkongregation. — 2) Steht die Lösung des Ehebandes fest, so ist die zweite bzw. die weitere Ehe unter den sonstigen Voraussetzungen gültig und erlaubt, wie aus der Heiligen Schrift und aus Can. 1142 erhellt; vgl. Röm 7, 3; 1 Kor 7, 8. 9. 39. 40, ja eine weitere Ehe kann auch Pflicht sein 1 Kor 7, 9; 1 Tim 5, 11 ff. — 3) Die keusche Witwenschaft ist jedoch ehrenvoller. Diesen Gedanken erfaßte bereits das Judentum, Jdt 16, 26; Lk 2, 36; deutlicher tritt er uns im Neuen Testamente entgegen, 1 Kor 7, 8; 1 Tim 5, 3 ff; 3, 2 ff; Tit 1, 6 ff, und so ist er auch in das kirchliche Recht übergegangen in der Irregularitas ex defectu sacramenti c. 5 De bigamis (I 21); Can. 984. Näheres im „Handbuch“ I² S. 167 f. — Wie wir oben sahen, hat die Frau, welche sich öfter als einmal verheiratet, keinen Anspruch, den Brautjegen zu empfangen; doch liegt der Grund hier mehr in der Fortdauer des Segens als in der Unfähigkeit der Person, ihn zu empfangen; denn eine Witwe kann den Brautjegen erhalten, wenn sie desselben noch nie theilhaft wurde.

II. Unter dem Ausdruck „Zweite Ehe“ wird in manchen Gegenden auch die *Jubelhochzeit* verstanden, d. h. die kirchliche Feier des 50. Jahrestages der Eheschließung. Wenn auch das allgemeine Recht keine Anweisungen hierüber enthält, so darf man die Feier doch nach den Diözesanritualien begehen, wie das Trid. sess. 24 c. 1 d. r. m. dies nahelegt. Diese Feier ist nicht Pflicht, aber Recht braver Eheleute, welche wenigstens zur Zeit der Jubelfeier in katholischer Ehe leben. Eine Konsenserneuerung darf in keiner Weise stattfinden, sondern nur ein dankbares Gedächtnis der Wohltaten Gottes mit dem Vorsatze, bis zum Ende in den ehelichen Tugenden zu verharren.

Literatur zum Eherecht: 1) Vor dem Erscheinen des Rodey: Feije Henricus Ioa: *De impedimentis et dispensationibus matrimonialibus* 4. A.) 1893. — Gasparri Petr.: *Tractatus de matrimonio* (3. A.) 1904. — Heiner Franz.: *Grundriß des katholischen Eherechts* (6. A.) 1910. — Kardinal Rutschke Joh. Rudolf: *Das Eherecht der katholischen Kirche nach seiner Theorie und Praxis* (5 Bände) 1856—59. — Bischof Rosset Michael: *De sacramento matrimonii tractatus dogmaticus, canonicus, moralis, liturgicus, iudiciarius* (vol. 6) 1895 ff. — Bischof Roskoványi Augustus: *De matrimoniis in ecclesia catholica* (2 volumina) 1837. — Sanchez Thomas: *Disputationes de s. matrimonii sacramento*. Genuae 1602. — Schnitzer Joseph: *Katholisches Eherecht* (von Weber, 5. A.) 1898. — Schulte Friedrich: *Eherecht* 1855. — Van de Burgt-Schaepman: *Tractatus de matrimonio* (3. A.) 1908. — Vogt Joseph: *Das kirchliche Eherecht* (3. A.) 1910. — Wernz Fr. X.: *Ius matrimoniale ecclesiae catholicae* (tom. IV. iuris decretalium, 2. A.) 1911. — Zankow Stefan: *Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche* (1920, Halle, bei Harras). — Zimmann J.: *Das Eherecht der orientalischen Kirche*, Wien 1864.

2) Nach dem Inkrafttreten des Rodey erschienen folgende Abhandlungen: Arenhold: *Kurze Darstellung des Eherechts* 1918. — Bevilacqua A.: *Trattato . . . sul matr. cristiano* 1918. — Cerato P.: *Matrimonium a Codice desumptum* 1920². — Chelodig.: *Ius matr.* 1919². — De Smet Aloisius: *De sponsalibus et matr.* 1920³ mit reicher Literaturangabe I. S. XIX ff. — Fahrner J.: *Das Eherecht im neuen kirchl. Gesetzbuch* 1918. — Ferreres Juan B., S. J.: „Compendium theol. moralis“ (11. Aufl. nach dem Rodey 4. A.) 1921. — Fournet P. F.: *Le mariage chretien* 1919. — Gölle Emil: *Das Eherecht im neuen kirchl. Gesetzbuch* 1918². — Haring Johann: *Das Eherecht auf Grund des G.C. 1918 und verschiedene Abhandlungen in der QuSch.* — Knecht Aug.: *Grundriß des kath. Eherechts* 1918. — Leitner Martin: *Lehrbuch des kath. Eherechts*³ 1921. — Linneborn Johannes: *Grundriß des Eherechts*³ 1922. — Noldin Hier. S. J.: *De iure matr.* 1919. — Schaefer Thimotheus O. M. Cap.: *Das Eherecht nach dem Rodey*⁷ 1921 mit Angabe reicher

Literatur in Büchern und Artikeln. — Vermeersch Arthur-Creusen J. S. J.: Epitome IC. tom. Inn. 715—19; tom. II 1922. — Vermersch A.: Theol. mor. tom. III. tract. 8. (1922). — Vlaming Th. W.: Praelectiones iur. matr.³ 1919—1921. — Zetta C.: Il matrimonio 1920. Dazu kommen: Blat Albertus: Commentarium textus IC. Lib. III. De rebus 1920. — Perathoner Anton: Das kirchl. Sachenrecht 1919 § 7. — Pruemmer Dom. M.: Manuale JE³ 1922.

3) Über die Geschichte der Ehe und des Eherechts seien hauptsächlich folgende Werke hervorgehoben: Esmein A.: Le mariage en droit canonique 1891. — Freisen Joseph: Geschichte des kanonischen Eherechtes bis zum Verfall der Glossenliteratur 1888, 2. Ausgabe 1893. — Westermarck Eduard: Geschichte der menschlichen Ehe, aus dem Englischen übersetzt (2. A.) 1902. Die weitere ausgedehnte Literatur über die Ehe selbst, dann über Geschichte der Ehe, über partikularrechtliche Fragen mit Verührung des einschlägigen Staatsrechtes, über die ethnographischen Darstellungen der Ehe findet sich bei Sägmüller J. B.: Lehrbuch des katholischen Kirchenrechtes (3. A.) II § 122 S. 76.

§ 73. Die Sakramentalien.

De sacramentalibus.

Den Sakramenten nachgebildet sollen die Sakramentalien Reinigung von dem Einflusse der Sünde und des Teufels, sowie Heiligung und Segnung bewirken.

I. **Quellen:** Cann. 1144—1153; 239; 276; 294; 323 (außerordentliche Spender); 1155—56; 1163; 1165; 1169 § 2; 1174; 1176; 1199; 1204; 1255 sqq.; 1290 sqq.; 1296; 1304 (Heilige Orte und Sachen); 2241; 2260; 2271; 2275; 2279; 2322 n. 2 (Strafen bez. der Sakramentalien).

II. **Die Begriffsbestimmung** wird uns vom Roder selbst gegeben im Can. 1144: „Sacramentalia sunt res aut actiones quibus Ecclesia, in aliquam Sacramentorum imitationem, uti solet ad obtinendos ex sua impetratione effectus praesertim spirituales.“ Wir haben also ähnlich wie bei den heiligen Sakramenten: a) einen Einsetzer oder Begründer (Stifter); b) Materie und Form; c) den Spender; d) den Empfänger; e) die Wirkungen. Bevor wir die einzelnen Punkte würdigen, obliegt es uns, das Wesen der Sakramentalien durch die Einteilung genauer zu erfassen.

III. **Einteilung.** Die Sakramentalien werden eingeteilt: 1) in Weihen, Segnungen und Exorzismen Cann. 1147; 1151 sqq. — 2) in liturgische und nicht-liturgische Sakramentalien, d. h. in Sakra-

mentalien, welche mit dem Meßopfer (wie Palmweihe) oder mit der Sakramentsspendung (z. B. Zeremonien bei der Taufe, bei der Kommunionsspendung usw., Brautseggen) sich verbinden — und solche, die ganz für sich vollzogen und gespendet werden, wie die Vorsegnung der Wöchnerinnen, die Errichtung des Kreuzweges usw.; vgl. Cann. 733; 1102; 1143. — 3) in reservierte und nicht-reservierte Cann. 1147; 1151, worüber beim Spender die Rede sein wird. — 4) Die Segnungen werden vom Rodez selbst in *constitutivae et invocativae benedictiones* eingeteilt Cann. 1148 § 2; 1150. Die Schaffungssegnungen (*b. constitutivae*) versehen die Person oder Sache in einen bleibenden Stand, wie die Abtweihe, die Benediction einer Kirche oder von Paramenten; die Anrufungssegnungen dagegen ersuchen über eine Person oder Sache einen augenblicklichen Segen, z. B. die Segnung nach der heiligen Kommunion, die Vorsegnung der Wöchnerin, das Begräbniß. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß manche den Schaffungs- und Anrufungscharakter zugleich in sich vereinigen, so die Weihe der Häuser, Schiffe, Andachtsgegenstände. — 5) Der Rodez selbst unterscheidet Sakramentalien der *Sachen* und *Handlungen* („*res aut actiones*“), die sich zuweilen in einem Sakramentale vereinigt finden können, z. B. ein Kreuzifix wird durch das heilige Kreuzzeichen mit Ablässen versehen. Wir haben eine Sache, das Kreuzifix, und eine Handlung, das Kreuzzeichen.

IV. Einsetzung. Die Sakramentalien sind nicht von Christus, sondern von der Kirche eingesetzt Cann. 1144—45. Die Kirche ist es ja, welche die Sakramentalien einsetzt, authentisch erklärt, sie abschafft oder ändert, und zwar ist dieses Recht dem Apostolischen Stuhle allein reserviert Can. 1145. Freilich bringt schon das dogmatische und rechtliche Gebäude, welches der Herr in seiner Kirche errichtet hat, manche der Sakramentalien notwendigerweise in die Erscheinung. Wir erinnern nur an die Zeremonien, welche die Sakramente wie ein natürlicher Schmuck umgeben, an das kirchliche Begräbniß usw.; darum drückt sich auch Can. 1145 so vorsichtig aus.

V. Materie und Form. Die Sakramentalien bestehen aus *Dingen* (Sachen, *res*), aus *Handlungen* (*ac-*

tiones) und aus W o r t e n. Exterea sind gleichsam die Materie, die Worte dagegen die Form. „Bei dem Vollzug und der Spendung der Sakramentalien sind die von der Kirche gebilligten Riten genau einzuhalten.“ Ja, „die Weihungen (consecrationes) und Segnungen (benedictiones), mögen sie nun schaffend (constitutivae) oder anrufend (invocativae) sein, sind sogar ungültig, wenn die von der Kirche vorgeschriebene Formel nicht eingehalten wird“ Can. 1148.

Wird in den liturgischen Büchern ein bestimmter S t o f f vorgeschrieben, so wäre die Weihe eines wesentlich anderen Stoffes ungültig, z. B. Wasser beim Weihwasser, Wachs bei den Kerzen (freilich in der heutzutage gemilderten Ausdehnung), Asche. Dasselbe gilt auch für die Gebets- und Weiheformeln. Die liturgischen Bücher geben hierüber Aufschluß.

Die Sakramentalien werden gewöhnlich in der Kirche vollzogen, doch manche auch außerhalb, immer aber an einem geziemenden Orte. Unpassendes, wie Speisen, darf nicht auf den Altar gestellt werden. Sie werden in Verbindung mit dem Messopfer, mit den heiligen Sakramenten oder außer dieser liturgischen Verbindung gespendet. — Die Kleidung des Spenders ist wenigstens das Superpelliz und die Stola; diese von violetter Farbe bei Exorzismen, sonst von der Farbe des Tagesoffiziums, wenn nicht eine besondere Farbe vorgeschrieben ist. Doch können noch andere liturgische Kleider vorgeschrieben sein, wie Messgewand, Rauchmantel usw. Die Segnungen geschehen stehend, mit unbedecktem Haupte, außer bei Exorzismen, im Beisein eines kirchlichen Dieners, wenn die Spendung nicht rein privater Natur ist, wie bei Segnungen von Rosenkränzen, Kreuzen usw. Man beachte RR. t. 8 c. 1.

VI. Spender. Als Spender der Sakramentalien kommen in Frage: die Bischöfe, Priester, Diakonen, Exorzisten und Lektoren.

Die L e k t o r e n dürfen jene Segnungen vornehmen, welche ihnen im Pontifikale eingeräumt sind, also die Segnung „von Brot und neuen Früchten“ Can. 1147 § 4; Pont. Rom. De ordinatione lectorum; „Handbuch“ I² S. 205.

Die E x o r z i s t e n werden zwar geweiht mit dem Auftrag und der Gewalt, den Besessenen die Hände aufzulegen, allein die Ausübung dieser Gewalt unterliegt manchen Beschränkungen. „Nur wer eine besondere und ausdrückliche Erlaubnis von seiten des Ordinarius besitzt, darf erlaubterweise die Teufelsbeschwörungen vornehmen, außer es handelt sich um die Exorzismen bei Gelegenheit der Taufe, der Weihungen und Segnungen; denn diese werden vollzogen von dem rechtmäßigen Spender des Sakra-

mentes, der Weihe oder Segnung Can. 1153. Die außerordentlichen Exorzismen darf der Ordinarius nur einem Priester anvertrauen von erprobter Frömmigkeit, Klugheit und Sittenreinheit; dieser darf an die Beschwörung nur dann herantreten, wenn er sich nach eifriger und vorsichtiger Prüfung überzeugt hat, der zu Beschwörende sei wirklich vom Teufel besessen Can. 1151. — Wir haben bereits bei anderer Gelegenheit betont, daß der Roder die Erlaubnis des Ordinarius für genügend hält, so daß also in den exempten Räumen ein exempter Religiöse von einem exempten Priester derselben Genossenschaft den Exorzismus erhalten kann, wenn er die Erlaubnis seines höheren Ordensobern besitzt. Will jedoch der Exorzismus an einem Getauften vorgenommen werden, welcher nicht zur gleichen exempten Genossenschaft gehört, so bedarf der Priester (ob Ordens- oder Weltpriester) der ausdrücklichen Erlaubnis des Ortsordinarius. Hat der Ordinarius auf die Übertretung dieser Vorschriften eine kirchliche Zensur, z. B. die Suspension auch l. s., gesetzt, so ist diese Strafe berechtigt; vgl. Regensburger B.-Bl. 1885 S. 79 f.

Auch der Diakon darf jene Segnungen ausüben, welche ihm das Recht ausdrücklich einräumt; so die Weihe der Osterkerze, die Segnung des Kranken und des Volkes bei der Spendung der Wegzehrung, die Segnung des Grabes SRC. d. 14. Aug. 1858 n. 3074, nicht die Weihe des Wassers und Salzes für die Taufe „Handbuch“ I² S. 185.

Alle übrigen Segnungen kommen dem Priester zu, abgesehen von den reservierten. Die Segnungen können dem Papste reserviert sein, so u. a. die Segnungen des Palliums, der „Agnus Dei“, der „goldenen Rose“ usw. — Die den Bischöfen vorbehaltenen Segnungen finden sich genau ausgeschieden in den liturgischen Büchern, so im Pontificale, im Rituale usw. Im neuesten Rituale Romanum sind die nicht reservierten und reservierten Segnungen genau bezeichnet (S. 26—71; — S. 72—93). Doch sind durch Can. 1304 bedeutende Milderungen eingetreten; näheres bei den „heiligen Geräten“. Außerdem sind gewisse Segnungen den Religiösen (RR. S. 95—131) und manche den Pfarrern vorbehalten; letzteren z. B. die beiden Brautsegen

Can. 1097, 1101, die Segnungen der Paramente Can. 1304 n. 3. — Indes enthält der Can. 1147 eine große Beruhigung, indem er sagt: „Wird eine reservierte Segnung von einem nichtbevollmächtigten Priester erteilt, so ist sie zwar unerlaubt, aber nicht ungültig, außer der Apostolische Stuhl hat in der Reservation das Gegenteil bestimmt“ § 3. — In welcher Weise die Exorzismen den Ordinarien bzw. den Priestern vorbehalten sind, haben wir bereits gesehen.

„Die **W e i h e n** (*consecrationes*) werden gültigerweise nur von konsekrierten Bischöfen erteilt, außer das Recht oder ein Apostolisches Indult erlaubt es anders“ Can. 1147 § 1. Das Recht räumt solche Konsekrationen ein: den Kardinälen Can. 239; den Apostolischen Vikaren und Präsetten Can. 294; den Äbten und Prälaten mit Eigengebiet Can. 323. Ein apostolisches Indult kann einfachen Priestern das Recht einräumen, Kirchen, Altäre, Glocken usw. zu konsekrieren. — Wenn jemand einen Exorzismus, eine Segnung oder eine Weihe ohne Vollmacht vollzieht, so kann die Handlung sogar ungültig sein und der kirchliche Obere kann ihn mit Strafen l. s. belegen Can. 2322 n. 2.

Die kirchlichen Spender der Sakramentalien sind wie bei den Sakramenten, so auch bei den Sakramentalien durch die kirchlichen Strafen behindert, Can. 2241; 2260 (*exc.*); 2271 und 2275 (*interdictum*); 2279 (*suspensio*).

VII. Empfänger. Empfänger von **W e i h u n g e n** ist nur der Katholik. Freilich auch der Katholik kann die Sakramentalien nicht empfangen, wenn er durch einen kirchlichen Urteilspruch exkommuniziert oder interdictiert ist Can. 2260; 2275 n. 2.

Empfänger der **S e g n u n g e n** ist nicht nur der Katholik, sondern auch der Katechumene, ja sogar der Akatholik unter gewissen Umständen Can. 1149. Akatholiken können die kirchlichen Segnungen empfangen: a) wenn kein ausdrückliches kirchliches Verbot entgegensteht; und b) wenn es zur Glaubenserleuchtung oder in Begleitung damit zur Gesundung des Körpers dient Can. 1149. — Die **E x o r z i s m e n** können empfangen werden nicht nur von Katholiken und Katechumenen, sondern auch von Akatholiken oder Exkommunizierten Can. 1152.

U. St u ß anerkennt in seinem „Geist des Codex iuris canonici“ (Stuttgart, Ferd. Enke, 1918) S. 93 diese Bestimmungen: „Damit er des Lichtes des Glaubens und eventuell körperlicher Gesundung teilhaftig werde, können auch dem Evangelischen Benediktionen und erst recht Exorzismen zugewandt werden“. Ohne Schranken können die Katholiken, getaufte und ungetaufte, der Exorzismen teilhaft werden; vgl. die *Ordinatio exorcistarum*. Auch bei den Segnungen wird kein Unterschied gemacht zwischen getauften und ungetauften Personen. Doch beachte man hier die Voraussetzungen. Sieht ein ausdrückliches Verbot vor, wie z. B. beim Brautsegen Can. 1102 § 2, so ist die Sache geklärt; ebenso wenn die Gewährung der Segnung auf das „Licht des Glaubens“ abzielt. Doch darf man noch einen Schritt weitergehen. Wenn das Sakramentale die Gesundung des Leibes bezweckt und wenn mit diesem Ziele sich ein Nutzen für die Glaubenserleuchtung erhoffen läßt, so kann man die Segnung dem Katholiken gewähren. So erklärt sich das „una cum illo“, i. e. *cum lumine fidei*, am leichtesten.

„Sind Gegenstände geweiht oder gesegnet mit bleibender Bestimmung (*constitutiva benedictione*), so sollen sie ehrfurchtsvoll behandelt und nicht zu weltlichen oder bestimmungswidrigen Gebrauch verwendet werden, auch wenn sie im Besitze von Privaten sind“ Can. 1150. Entbehren Sakramentalien einer bleibenden heiligen Bestimmung, so können sie zu dem ihnen eigenen Zweck, mag er auch rein weltlich sein, verwendet werden, so die geweihten Speisen zu Östern, so das Salz oder der Haber, für Tiere geweiht. In der Not können auch bleibend geweihte oder gesegnete Gegenstände zu weltlichen Zwecken gebraucht werden, so Weihwasser zur Löschung des Durstes, so geweihtes Licht zur Erleuchtung eines Zimmers, Ferreres, Juan B., *Institutiones canonicae* (Barcelona 1918) II n. 35.

VIII. Wirkungen. 1) Die Sakramentalien wirken nicht wie die Sakramente *ex opere operato*, aber sie wirken auch nicht bloß *ex opere operantis*; ihre Wirkungsart liegt in der Mitte; sie wirken „*ex sua impetratione*“, d. h. aus der Erflehung der Kirche Can. 1144; vgl. Schüch-Polz: *Pastoraltheologie* (17. A. 1914) § 329 S. 721 f. — 2) Die Sakramentalien bewirken: a) Reinigung der Natur durch Hebung des Fluches, der durch die Sünde auf derselben liegt; b) Erhebung, Heiligung und Weihe der Natur, daß sie den Menschen zu Gott emportrage. — Auf die Beseitigung des Einflusses der Sünde und des Teufels zielen ab vor allem die Exorzismen Can. 1152, während die Segnungen und Weihungen hauptsächlich die bleibende

oder vorübergehende Heiligung des Menschen an Seele und Leib befördern Can. 1144 „effectus praesertim spirituales“. Auch in den Wirkungen sind die Sakramentalien ein getreues Abbild der heiligen Sakramente: Taufe, Buße, Letzte Ölung zielen in erster Linie auf Reinigung; die übrigen auf Heiligung. Auch Standessakramentalien gibt es; so die Benediction der Äbte, Äbtissinnen, der gottgeweihten Jungfrauen, der Könige und Königinnen usw.; vgl. Pontif. Romanum I pag. 95—205. Der Erlöser und Hohepriester Jesus Christus, welcher den „Starken“ besiegt und alles in seinem Blute gereinigt und geheiligt hat, wirkt auch in den Sakramentalien wunderbarerweise in seiner Kirche fort bis an das Ende der Zeiten.

Handbuch des katholischen Kirchenrechts

Auf Grund des neuen Kodex
vom 28. Juni 1917

herausgegeben von

PRÄLAT DR. MARTIN LEITNER

Apostolischer Protonotar,
o. Hochschulprofessor für Kirchenrecht und Staats- und
Verwaltungsrecht, Defensor vinculi des Bischöflichen
Ordinariates Passau



Fünfte Lieferung



1 9 2 7

Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet, München

Imprimatur.

Monachii, die 6. Julii 1927

† M. Buchberger
Vic. Gen.

Überblick.

Im Anschluß an die heiligen Sakramente behandelt das kirchliche Gesetzbuch Gegenstände, welche mit den Gnadenmitteln in enger Verbindung stehen: Die heiligen **Orte** und **Zeiten**; den **Gottesdienst** und endlich das kirchliche **Lehramt**. Die heiligen Zeiten wurden bereits früher erklärt, da von den **Kirchengesetzen** die Rede („Handbuch“, I.ief. 2^e S. 91 ff.) war. In drei Kapiteln sollen die übrigen Gegenstände nach dem Roder dargelegt und erläutert werden.

I. Kapitel. Die heiligen Orte.

Das kirchliche Gesetzbuch rechnet zu den heiligen Orten die Kirchen, Kapellen, Altäre und Gottesäcker. Zuerst sind die den heiligen Orten gemeinsamen Normen voranzuschicken Pontificale Rom. p. II. **M a n y** S.: De locis sacris.

§ 1. Die heiligen Orte im allgemeinen.

Quellen: Cann. 1154—60; 2041 § 1; vgl. Ort des Gottesdienstes; der Sakramente und Sakramentalien.

Heilig sind jene Orte, welche für den Gottesdienst oder das Begräbniß der Gläubigen durch Weihe oder Segnung nach Vorschrift der gutgeheißenen liturgischen Bücher bestimmt werden. Can. 1154.

I. Geschichte: a) **B o r c h r i s t l i c h e** **Z e i t**. Kultstätten finden sich bei allen Völkern der Erde, z. B. bei den Assyriern, Babyloniern, Griechen, Römern, Germanen; namentlich finden wir bei dem auserwählten Gottesvolke des Alten Bundes den Tempel und vor dessen Erbauung durch Salomon die Stifths- hütte (Bundeszelt) mit verschiedenen Opferstätten. Aber heilige Stätten und Altäre lassen sich hinaufverfolgen bis zu den Tagen der Stammeltern: Gn 28, 16—18 (Jakob); 22, 9 (Isaaks beabsichtigte Opferung durch Abraham); 8, 20

(Noes Opfer); 4, 3. 4 (Kain und Abel). Indes gab es nicht wenige Juden, welche im Tempel zu Jerusalem das unersetzbare Wesenselement des Gottesdienstes sahen, eine Anschauung, gegen die besonders der Prophet Jeremias 7.—9. Kapitel aufzutreten genötigt war; vgl. Mt 23, 21; 26, 61; 27, 40; Joh 4, 23; Apg 6, 13 ff.; 21, 28. Demgegenüber betont der göttliche Meister: „Gott ist ein Geist; und die ihn anbeten, müssen ihn im Geiste und in der Wahrheit anbeten“ Joh 4, 24.

Den gleichen Gedanken spricht Stephanus aus vor dem Hohen Räte Apg 7, 47—50 und Paulus in seiner Areopagarede Apg 17, 24. 25. Sollen wir nun mit Ernst R e n a n „Das Leben Jesu“ (Volksausgabe, 2. Aufl.) S. 167 sagen: Jesus „gründete den reinen Gottesdienst, der kein Datum, kein Vaterland hat, den alle edlen Seelen bis zum Ende der Zeiten üben werden“? Hat der Herr mit dem Worte bei Joh 4, 23. 24 die Kultstätten abgeschafft? Unmöglich; denn wenn der Herr für seine Kirche, sein sichtbares Reich, zum Nutzen der Menschen Kulthandlungen einsetzt, wie die Taufe, Mt 28, 19; Mk 16, 16; Joh 3, 5 und die Eucharistie Mt 26, 26—29; Mk 14, 22—25; Lk 22, 15—20; Joh 6, 51—72; 1 Kor 11, 20—34 usw., so muß er auch Kultstätten gewähren und einrichten, wie er auch tatsächlich für das letzte Oftermahl und die Einsetzung der Eucharistie einen eigenen S a a l sich auswählte. Die Stelle „Die wahren Anbeter werden den Vater im Geiste und in der Wahrheit anbeten“ (Joh 4, 23) muß demnach anders ausgelegt werden. Gott ist Geist (Joh 4, 24), also unabhängig vom Raume, nicht wie die Juden meinten, anzubeten n u r im Tempel (zu Jerusalem), oder nach Meinung der Samariter, n u r im Tempel zu Garizim (Joh 4, 20); trotzdem erheischt die Menschennatur, daß er i m R a u m e angebetet wird; vgl. Mt 18, 20 (gemeinsames Gebet). — Der Judentum war zwar gesetzmäßig, aber nur vorbereitend, s c h a t t e n h a f t 2 Kor 3, 13 ff.; (velamen); Kol 2, 17; Hbr 10, 1 ff. (umbra). Die W a h r h e i t hat uns Christus gebracht im Kreuzesopfer, welches tagtäglich im eucharistischen Opfer erneuert wird.

b) C h r i s t l i c h e Z e i t. Die Apostel und ersten Gläubigen besuchten zum Zwecke des Gebetes und der Predigt zwar noch den Tempel und die Synagogen, allein die eucharistische Feier hielten sie nicht dortselbst; das geschah in den

Privathäusern („κλῶντες κατ' οἶκον ἄριστον“) Apg 2, 46 (12, 12 im Hause der Maria, der Mutter des Johannes Markus); 20, 7. 11 (Troas in einem Obergemach). Welche Bedeutung das „Brotbrechen“ hatte, ersehen wir — abgesehen von den Einsetzungsworten — aus 1 Kor. 10, 16 ff. Ist das Brot, welches wir brechen, nicht Teilnahme am Leibe Christi? Vgl. Hbr 13, 10.

Im 3. Jahrhundert gab es schon zahlreiche, auch der Staatsregierung bekannte, von ihr als Gemeindeseigentum der Christen angesehene und geschätzte öffentliche Kultgebäude, namentlich in Rom (40). Das beweisen: a) Die Entscheidung des Kaisers Aurelian gegen Paul von Samosata (Nirsich, Die christlichen Kultusgebäude im Altertum 1893; Eus.: Hist. eccl. 7, 30); b) das Toleranzedikt Konstantins von 313 (Eus.: Hist. eccl. 8, c. 1; 10, c. 5); c) wir haben bereits eine Plätzeordnung nach den Didaskalia (erste Hälfte des 3. Jahrh.; Kaufsch: Patrologie² S. 179). Die Gotteshäuser der damaligen Zeit waren teils Privathäuser, in Kultstätten verwandelt, teils Gebäude, welche von Anfang an für den Gottesdienst bestimmt waren; Nirsich S. 11, 15 f. Daneben bestanden die Begräbniskirchen in den Katakomben. Nach dem Beispiel Konstantins I. setzte im 4. Jahrh. eine reiche Bautätigkeit ein, auch auf dem Lande. Nach und nach, besonders vom 6. Jahrh. an geschah die Umwandlung heidnischer Kultstätten in christliche Kirchen; das Parthenon in Athen wurde im 5. Jahrh. in eine Kirche der göttlichen Weisheit (sophia), dann in eine Marienkirche umgewandelt; vgl. auch die Anweisung des Papstes Gregor I. († 604) an den Missionär Augustin für England.

Durch die Märtyrer- und Marienkirchen kam die Sitte, Kirchen bestimmten Heiligen zu weihen und sie darnach zu benennen (memoriae, tituli) immer mehr auf, worüber St. Augustin in seinem Werke De civitate Dei l. 22 c. 10 schreibt: „Nos autem martyribus nostris non templa sicut diis, sed Memorias sicut hominibus mortuis, quorum apud Deum vivunt spiritus, fabricamus.“ Freilich konnte derselbe Augustin die Heiden seiner Zeit herausfordern: „Ostendatur mihi Romae in honore tanto templum Romuli (schon 590 als diaconia S. Theodori aufgezählt), in quanto ibi ostendo Memoriam Petri“ in Ps. 44 n. 23.

Von den fünfundzwanzig ältesten Titelkirchen der Stadt Rom gehen achtzehn in das 3. Jahrh. zurück; sie waren zuerst Privathäuser der Christen und gingen durch Schenkung oder Kauf in den Besitz der christlichen Gemeinden über; vgl. Kirsch Joh. Peter: „Die römischen Titelkirchen im Altertum“ (1918) S. 224. Die älteste Muttergotteskirche ist wohl die erst 1900 wieder aufgefundenen Maria antiqua in Rom, Hergenröther-Kirsch: Kirchengeschichte I⁴ 698; Hergenröther-Hollwed: Kirchenrecht² 631.

Christliche Kultstätten entstanden frühzeitig in den von Romanen besiedelten Teilen Deutschlands und Österreichs. Abgesehen von den Gebieten des linken Rheinufers und Augsburgs befinden sich solche als vorhanden bezeugt: a) in der Vita S. Severini auctore Eugippio, so in Asturis (Klosterneuburg), in Comagenis (Tulln); in Favianis (Mauer bei Dilling); in Cucullis (Ruchel bei Salzburg); in Juvaio (Salzburg); so besonders in Quintanis = Rünzing (außerhalb des Kastells) und in Passau jenseits des Inn (Boiotrum), wo eine basilica und ein baptisterium erwähnt wird, für welche Reliquien des heiligen Johannes gesucht und wunderbar erhalten wurden, dazu eine kleine Zelle des Heiligen für wenige; vgl. Felix Mader: Passau S. 545: 312 ff. — b) In Regensburg wurde beim Bahnbau 1874—76 südwestlich der Stadt ein christlicher Friedhof entdeckt. Schon 1839 fand man einen Grabstein in der Nähe mit christlicher Inschrift, welche auf das 4.—5. Jahrh. deutet; vgl. Hugo Graf von Walderdorff: „Regensburg“⁴ S. 16.

II. Der **Zweck** der heiligen Orte ist ein doppelter: Gottesdienst (Opfer, Sakramente, Sakramentalien, Unterweisung usw.) und Bestattung der Gläubigen Can. 1154, woraus sich ergibt, daß die Kirche die Leiber der in Gemeinschaft mit ihr Verschiedenen als Glieder Christi betrachtet 1 Kor 6, 13—20; 12, 27; 3, 16 f.; 2 Kor 6, 6.

Abgesehen von der Heiligung eines Ortes, welche durch die zweckentsprechenden Handlungen sich vollzog (Abendmahlssaal durch die Feier; Grab des Joseph von Arimathäa durch den Leib des Herrn), geschieht die Auserwählung und Bestimmung eines Ortes zu einem heiligen (deputatur locus in sacrum) durch die **Weihe** (consecratio) oder **Gegnung** (benedictio) nach Vorschrift der liturgischen Bücher (Pontifikale, Rituale); Cann. 1154—58; 1147—50.

III. Die **Weihe** eines Ortes (consecratio loci) kommt ausschließlich (ohne Rücksicht auf ein Privileg Can. 1157; 4) dem **Ortsordinarius** zu Can. 1155.

a) Der Ausdruck **Ortsordinarius** ist hier zu verstehen im Sinne des Can. 198 § 2. Der **Generalvikar** bedarf jedoch ein Spezialmandat.

b) Die **Kardinalpriester** können in ihren Titelfkirchen, auch wenn sie die bischöfliche Weihe nicht besitzen, die Kirch- und Altarweihe vollziehen Can. 1155 § 1; sonst nur mit Zustimmung des Ordinarius Can. 239 § 1 n. 20; 1157; gleiche Rechte kommen den **Kardinaldiakonen** (der Weihe nach Priester) zu, auch in ihren Diafonien Can. 232 § 1; 239 § 1 n. 20.

c) Entbehrt der Ortsordinarius der Bischofsweihe, so kann er jedem Bischofe des gleichen Ritus diese Weihen im eigenen Gebiete übertragen Can. 1155 § 2; er kann es selbst, wenn ihm das Recht (Kardinäle; Can. 323 § 2 Abte oder Prälaten mit Eigengebiet) oder ein Ap. Indult die Vollmacht einräumt Can. 1147 § 1.

d) Die **Weihezuständigkeit** des Ortsordinarius erstreckt sich (abgesehen von den Kardinalstiteln) auf alle Kirchen, also auch auf die Kirche der exemten Ordensmänner Can. 1155.

e) Gültig spenden die Weihe der Kirchen und Altäre: α) alle Bischöfe; β) jene Priester, denen das Recht (Can. 239 § 1 n. 20; 323 § 2) oder ein Ap. Indult diese Vollmacht gewährt Can. 1147 § 1.

Zur Gültigkeit der Weihe oder Segnung gehört auch die Anwendung des vorgeschriebenen Ritus; nur der Papst könnte durch ein seinen Weihe- oder Segnungswillen klar ausdrückendes Zeichen die Kirchen, Kapellen usw. des ganzen Erdkreises weihen oder segnen, Epitome II. 470; gewöhnlich gebraucht der Papst diese Vollmacht nur zur Sicherstellung einer zweifelhaften Weihe, doch wird von Papst Leo IX. berichtet, daß er 1052 die beiden Kirchen von Rager und Brudorf bei Regensburg aus der Ferne weihte, M. Raderus: Bavaria sancta 1615; t. I pag. 119; von Walderdorff: Regensburg⁴ S. 601, 625 f. Der Ritus richtet sich nach der zu weihenden Kirche, so daß ein lateinischer Bischof zur erlaubten Konsekration einer griechischen Kirche ein Apostolisches Indult benötigt, wenn er nicht einen griechischen Bischof bevollmächtigen will.

IV. Für die **Segnung** eines Ortes (benedictio loci) gelten die gleichen Grundsätze, jedoch mit drei Erweiterungen: a) Wenn ein heiliger Ort (Kirche, Kapelle) zu einer **exempten Alerikalgenossenschaft** gehört, so ist zuständig auch jeder höhere Obere (Can. 488 n. 8). b) Sowohl der Ortsordinarius als der Ordinarius einer exemten Alerikalgenossenschaft können einen anderen Priester zur Segnung delegieren Can. 1156; 199. c) Der **Generalvikar** braucht hier kein Spezialmandat a. a. D.

V. **Zur Erlaubtheit** der Weihe ist stets die Zustimmung des Ortsordinarius (Can. 199 § 2) notwendig; zur Erlaubtheit der Segnung jene des Ordinarius (Can. 199 § 1), mag der Spender auch in irgendeiner Form privilegiert, ja selbst Cardinal sein Can. 1157; 239 § 1 n. 20; in letzterem Falle abgesehen von der Titel- oder Diaconiekirche Can. 1155 § 1. —

VI. **Beweis** der geschehenen Weihe oder Segnung Can. 1158, 1159. Über die geschehene Weihe oder Segnung ist eine Urkunde zu errichten, von der eine Abschrift („exemplar“) im Bischöflichen Ordinariat, die andere im Archiv der Kirche aufzubewahren ist Can. 1158.

Sollte eine Urkunde nicht vorhanden oder abhanden gekommen sein, so genügt die Bezeugung der Weihe oder Segnung durch zwei einwandfreie Zeugen Can. 1791 § 2; erwächst daraus niemand ein Schaden, auch durch einen vollständig einwandfreien Zeugen Can. 1159 § 1. Ist die Tatsache rechtmäßig bezeugt, so ist eine Wiederholung unnötig; bleibt ein Zweifel, so kann und soll die Weihe oder Segnung vorsichtshalber wiederholt werden ibi § 2.

VII. **Exemption von der Staatsgewalt.** „Die heiligen Orte (geweihten und gesegneten Can. 1154) sind von dem Bereiche der Staatsgewalt befreit („exempta“) und es kann in ihnen die rechtmäßige Kirchengewalt ihre Befugnisse frei ausüben“ Can. 1160; vgl. Can. 1179 (Mshrecht). Die Exemption der heiligen Orte von der Staatsgewalt ergibt sich aus der Natur einer vollkommenen Gesellschaft, welche der Kirche zukommt, so daß sie über die ihr zukommenden Personen, Güter, Orte usw. frei verfügen kann.

Die staatlichen Gesetzgebungen anerkennen die volle Exemption wohl selten, doch üben sie Rücksicht auf die heiligen Orte. In Deutschland (a und wird a) das Eigentum an Kirchen gewährleistet BfU. Art. 138; Bayr. Vf. § 18 II; innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes b) „ordnet und verwaltet jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten“, also auch die Kirchengebäude. c) Die Kirchen genießen in Bayern Befreiung von der Haussteuer, die Stiftungen eine volle Steuerfreiheit, wenn sonst ihr Zweck gefährdet wäre, Frank: RGZ. II S. 26, 18; — Polnisches Konf. Art. 6; 14; 15.

Die Kirchen.

Quellen: Cann. 1161—1187; 75; 100; 479—86; 924; 1263; 1303; 1469; 1506; 1518—28; 1649; 1653; 2182—85; 2271—75; 2329; 2382.

§ 2. Errichtung und Rechte der Kirchen.

I. Begriff und Namen. 1) Unter „Kirche“ (ecclesia) versteht man ein heiliges, dem Gottesdienste hauptsächlich deswegen gewidmetes Gebäude (aedes), daß es allen Christgläubigen zur öffentlichen Ausübung der Gottesverehrung diene Can. 1161. Ist dieser allgemeine Gebrauch des heiligen Ortes durch das gläubige Volk nicht bezweckt, so haben wir ein *Oratorium* (Kapelle) Can. 1188 § 1.

2) Die Namen für Kirche sind zu verschiedenen Zeiten verschieden.

a) *Oratorium* (εὐκτήριον, προσευκτήριον, οἶκος εὐκτήριος Mt 21, 13, Mt 11, 15—17, Lk 19, 45 οἶκος προσευχῆς).

b) *Dominicum* (domus Dei); κυριακή Migne P. L. 4, 613; 21, 470;

c) *Basilica* (domus regia), S. Isidorus: Etymol. l. 15, c. 4, ursprünglich geräumige 1-, 3-, 5-schiffige Hallen für Handels- und Geldgeschäfte, Gerichtsverhandlungen, Lagerhäuser (Basare = b. vasculariae, vestiliae), Krieg: R.N.³ 18; seit Konstantin namentlich für christliche Gotteshäuser erworben und eingerichtet in Tyrus; über dem Heiligen Grab 325; so auch die Kirche außer den Mauern von Passau, an einem Orte Boiotrum genannt jenseits des Jnnz, Vita S. Severini c. 22.

d) *Templum* (ναός) wird von heidnischen Kultstätten, aber auch zur Bezeichnung des israelitischen Gotteshauses zu Jerusalem gebraucht Mt 23, 16 ff.; 27, 40; Joh 2, 19; vom Herrn zur Bezeichnung seines Leibes; von Paulus zur Bezeichnung des Leibes eines Christen 1 Kor 3, 16 ff.; für christliche Kirchen aber kam es erst im 4. Jahrh. auf l. 40 Th. 9, 45. Migne P. L. vol. 6, 563; P. Gr. 20, 848 ff.

e) *Ecclesia* (Volkskirche), im Lateinischen das gebräuchteste Wort; Ferreres: Institutiones II n. 45 pag. 16 glaubt auch das älteste Wort mit Berufung auf 1 Kor 11, 22; Migne P. L. vol. 2 col. 907, 987. Auch Eugippius gebraucht diesen Ausdruck von der Holzkirche in Rünzing (Quintanis) Vita Severini 15.

f) *Memoria*, besonders die Heiligenkirche, bezeugt vom heiligen Augustinus De Civitate Dei l. 22 c. 10 und in Ps 44 n. 23.

Die Ausdrücke der neuen Sprachen haben verschiedene Quellen: Kirche, church, kerk, cerkov; — chiesa, église, iglesia; — templom.

II. Voraussetzungen des Kirchenbaues sind: Die Zustimmung des Ortsordinarius; die Grundsteinlegung; die Beobachtung des Geistes kirchlicher Kunst.

1) Zustimmung des Ortsordinarius. Keine Kirche darf gebaut werden ohne die ausdrückliche, und zwar schriftliche Zustimmung des Ortsordinarius, zu welcher der Generalvikar ein Spezialmandat benötigt Can. 1162 § 1; 1155 § 1. Wurde eine Kirche ohne diese Zustimmung erbaut, so hat der Ortsordinarius zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur nachträglichen Billigung des Baues gegeben sind, hier außerdem, ob der Bau im guten Glauben geschah. „Auch die Religiösen bedürfen neben der Zustimmung zur Errichtung einer neuen Niederlassung in Stadt oder Diözese stets noch einer eigenen Erlaubnis zum Baue einer Kirche oder ö. Kapelle an einem bestimmten und genau begrenzten Orte“ Cann. 1162 § 4; 497 § 2.

Bevor der Ortsordinarius zu einem Kirchenbau die vorgängige oder nachträgliche Zustimmung gibt, prüfe er a) ob die Zweckbestimmung von Dauer; b) ob die Mitgift gegeben; c) ob der Interessentenkreis gehört sei.

Zu a: „Wenn der Ordinarius vorausieht, daß die Kirche zu weltlichen Zwecken gebraucht werden wird, so darf er die Zustimmung zum Baue nicht geben, jedenfalls darf er sie nicht weihen oder segnen (lassen), wenn vielleicht der Bau schon aufgeführt ist“ Can. 1165 § 2.

Zu b: Zur Mitgift (Ausstattung, dos) einer Kirche gehören die Kosten für den Bau und die Erhaltung, die Auslagen für den Unterhalt der Kirchenangestellten und des Gottesdienstes. Die Deckung dieser Kosten muß entweder sicher oder wenigstens mit guten Gründen zu erwarten sein („prudenter praeviderit“) Can. 1162 § 2.

Zu c: Durch den Neubau einer Kirche darf den bereits bestehenden kein Schaden erwachsen, der nicht durch das geistliche Wohl der Gläubigen wettgemacht wird. Darum muß der Ordinarius vor seiner Zustimmung die beteiligten Vorstände der benachbarten Kirchen hören Can. 1162 § 3 und diese können auch ohne Aufforderung ihre Gegengründe geltend machen Can. 1676. — Wird von seiten des Staates eine Beihilfe nicht beansprucht, so gelten lediglich die allgemeinen Vorschriften über Neubauten, Deutsche BU. Art. 137 III; anders wenn zur Neuerrichtung staatliche Zuschüsse oder Mehraufwendungen benötigt werden, Bayer. Konf. 1924/25 Art. 10 § 2. — Wie bei allen Gebäuden, so müssen auch (nach Art. 137 III) bei Kirchengebäuden die baupolizeilichen Vorschriften beobachtet werden. Baupolizeiliche Genehmigung ist in Deutschland zu erholen zur Herstellung von neuen Haupt- und Nebengebäuden, sowie zur Vornahme einer Hauptausbesserung oder Änderung an denselben; vgl. RStGB. §§ 330; 367; 368; Riermayer Franz: Rechtshandbuch (1906) S. 466 f.

2) „Den Grundstein der Kirche zu segnen und zu legen, ist Sache derjenigen, welchen die Segnung der

Kirche zukommt" Cann. 1163; 1156, also Sache des Ortsordinarius und bei exemten Klosterkirchen des Ordinarius Can. 199 § 1. Die kirchliche Vorbereitung eines Ortes zum Kirchenbau (Errichtung eines Kreuzes, öffentliche Bezeichnung des Vorhofes) kommt seit uralter Zeit dem Bischof zu Nov. 67 c. 1 (538) und Nov. 131 c. 7 (541); c. 9 D. 1 de cons. Die Grundsteinlegung wird dem Ritus nach beschrieben im Römischen Pontifikale tom. II. pag. 1 sqq. und im Römischen Rituale (für bevollmächtigte Priester) tit. 8 c. 26.

Am Tage vor der Grundsteinlegung erfolgt die Aupflanzung eines hölzernen Kreuzes am Orte des künftigen Altares. Tags darauf wird der Grundstein, welcher viereckig (quadratus) und ein Eckstein (angularis) sein muß Ps 117, 22; Mt 21, 42; Mt 12, 10; Lk 20, 17; Apg 4, 11; 1 Petr 2, 6, 7; 3s 28, 16; Eph 2, 20, gesegnet und gelegt. Die Grundmauern können schon vorhanden oder angedeutet sein. In einem ausgehöhlten Raume des Grundsteines können die auf den Alt bezüglichen Urkundenabschriften, kurfierende Münzen u. ä. aufgenommen werden. Die Zeremonien der Grundsteinlegung sind genau beschrieben bei Kunz Christian: „Die liturgischen Verrichtungen des Celebranten“ 1904, S. 248—250.

3) Die Kirchengebäude müssen frei sein von jedem weltlichen Geist und Einfluß Cap. 1164. „Die Ordinarien sollen, wenn nötig nach Einbernehmen von Sachverständigen dafür sorgen, daß bei Erbauung und Ausbesserung von Kirchen die durch christliche Überlieferung geheiligten Formen und die Geseze der kirchlichen Kunst beobachtet werden Can. 1164 § 1; vgl. Cann. 1280 (Bilder) und 1296 § 3 (Kircheneinrichtung). Die Formen oder Stilarten haben sich herausgebildet aus dem Zwecke der katholischen Kirche als Opferstätte des Kreuzesopfers und als Versammlungsort der Gläubigen, geschart um Altar und Kanzel. Die Kirche hat keinen Stil bevorzugt, keinen verworfen, allein sie hat stets verlangt, daß die Stilformen würdig seien des Gotteshauses. „Aller Dinge und aller Künste Erstlingsfrucht, von allem die schönste Blüte gebührt Gott dem Herrn. Es gibt kein Werk, bei welchem ein tüchtiger Architekt mehr Grund hat, alle Mittel seiner Kunst aufzubieten und dieselbe in ihrer Vollendung glänzen zu lassen, als in der Errichtung der Gotteshäuser“, Leibniz: Syst. theolog. (Paris 1845) pag. 47.

Die traditionellen Stilarten sind: der altchristliche oder Basilikaстил in der römischen, byzantinischen und

germanisch-christlichen Erscheinung; der romanische oder Rundbogenstil mit dem „Übergangsstil“ (1000—1250); der gotische oder Spitzbogenstil (1200—1525); der Renaissancestil i. w. S. (1420—1820); genauer der Renaissancestil i. e. S. (1420—1500; 1500—1580); der Barockstil (in Italien von 1580; in Deutschland von 1670 an bis 1720); der Rokoko-Stil von 1720—1775; der klassizistische oder Empirestil (1780 bis 1820). In neuester Zeit ahmte man vielfach die alten Stilarten nach, doch fehlen Kirchenbauten auch im modernsten Stile nicht.

Vorzügliche Dienste für die Kenntnis der Stilarten leistet das Monumentalwerk „Die Kunstdenkmäler von Bayern“, herausgegeben im Auftrage des Bayerischen Kultusministeriums. A. K. Karl: „Die christliche Kunst in Wort und Bild“² (1915); Braun Jos. S. J.: Die Jesuitenkirchen in Belgien (1907); in Deutschland (1908/10), in Spanien (1913); Bretschneider Paul, Pfarrverweser in Wartha (Schlesien): „Der Pfarrer als Pfleger der wissenschaftlichen und künstlerischen Werte seines Amtsbezirks“ (1918); Fähr Adolf, Stiftsbibliothekar von St. Gallen: „Geschichte der bildenden Künste“² (1903); Gerhards Joh., Dekan: „Praktische Ratschläge über kirchliche Gebäude, Kirchenggeräte und Paramente“² (1913); Jakob Georg: „Die Kunst im Dienste der Kirche“⁵ (1902); Kimmich Karl: „Stil und Stilvergleichung“² (1. Aufl. 1899); Kleinschmidt P. Beda O. Min.: „Lehrbuch der christl. Kunstgeschichte“² (1926); Ruhn P. Albert O. S. B.: „Allgemeine Kunstgeschichte (7 Bde.; 1891—1909; 1911); „Moderne Kunst- und Stilfragen“ (1909); Sauer Dr. Jos.: „Symbolik des Kirchengebäudes“² (1924); weitere Literatur bei Schuch-Polz: Pastoraltheologie¹⁷ § 197 S. 322.

4) „In der Kirche soll sich kein Zugang oder Fenster gegen die Wohnungen von Laien hin öffnen; die etwaigen Räume unter dem Fußboden oder über dem Raum der Kirche sollen nicht rein weltlichen Zwecken dienen“ Can. 1164 § 2. Die Einengung des eigentlichen Kirchengebäudes durch Wohnungen war im Renaissancestil i. w. S. nicht selten (vgl. Maria Maggiore in Rom). Daß sich Zugänge und Fenster für die Geistlichen (der Kirche) aufstun, ist nicht gerade verboten. Freilich gingen durch Säkularisationen die Wohnungen in den Besitz der Laien über. Bei Neubauten ist die Anbringung von Fenstern, Nischen (coretti) und Türen für Laien nur statthaft mit Erlaubnis des Ap. Stuhles (Konzilskongregation, Regolamento per le s. Congregazioni ecc., Norme speciali art. 4 n. 4 f). Die Räume unmittelbar unter und über der

Kirche sollen frei sein von rein weltlicher Benützung, wie zu Wohnräumen (auch der Religiosen, Wernz II. n. 431), Kaufläden, Werkstätten.

III. **Weihe** der Kirchen Can. 1165—66. Dieser Abschnitt schließt in sich: Pflicht; Zeit; Wirkungen und Begleiterscheinungen.

1) **Pflicht der Weihe.** In feierlicher Konsekration müssen geweiht werden: a) die Dom- oder Kathedralkirchen; b) wo möglich, die Kollegiat-, Konvent- und Pfarrkirchen Can. 1165 § 3. Mit der Weihe der Kirche muß notwendig verbunden sein die Weihe wenigstens eines Altars, und zwar des Hochaltars. Ist jedoch der Hochaltar schon geweiht, was möglich ist, da auch ein Altar geweiht werden kann ohne die Weihe der Kirche, so muß ein Nebenaltar mitgeweiht werden ibi § 5. „Eine Kirche aus Holz oder Eisen oder aus anderem Metall kann nicht geweiht, sondern nur gesegnet werden“ ibi § 4.

Wenn die Konsekration einer Pfarrkirche usw. „nicht oder nur schwer mit jener würdigen Instandsetzung des Baues, welcher die erhabene Bedeutung des liturgischen Aktes verlangt, vorbereitet werden könnte; oder wenn die Ausbringung des erforderlichen zahlreichen Klerus, der Sänger, der Geldmittel allzu große Schwierigkeiten bereiten würde, so genügt für das Gotteshaus vorläufig die Benediktion“, Regensburger WD. v. 19. Dez. 1919 (WDBl. 1920 S. 6). — Wenn der Konsekrator der Kirche wenigstens den Hochaltar (oder wenn dieser schon konsekriert ist, einen Seitenaltar) konsekriert, so können die übrigen Altäre von anderen Bischöfen zu gleicher Zeit konsekriert werden, wenn der Ortsordinarius hiezu die Erlaubnis erteilt hat Can. 1199; 1165 § 5; 1155. Die Ansicht des sonst angesehenen *De Herdt* (in *Caer. Episcoporum* tom. 3 n. 371), welcher lehrt, daß alle Altäre von dem die Kirche weihenden Bischofe konsekriert werden müssen, wird widerlegt durch die ständige Praxis der Kirche. Papst Alexander II. (1061—73) weihte die Benediktuskirche in Monte Cassino mit zwei Altären (St. Benedikt und St. Johann), während drei andere Bischöfe die drei übrigen Altäre konsekrierten. In neuester Zeit (1902) konsekrierte Kardinal Rampolla die Kirche St. Anselmo auf dem Aventin, wobei viele Bischöfe die Nebenaltäre weiheten (ME. 14, 136); ebenso wurde am 13. Okt. 1912 die Kirche (spätere Basilika) St. Anna in Altötting vom Diözesanbischof Sigismund Feliß von Passau geweiht. Dieser konsekrierte den Hochaltar und einige Seitenaltäre, während die Weihbischöfe von München-Freising (Johannes, Titularbischof von Helenopolis, Neudecker) und Regensburg (Johannes, Titularbischof von Teuchira, Hierl) die übrigen Nebenaltäre konsekrierten; die Abteikirche Schwefelberg konsekrierte Bischof Sigismund Feliß mit neun Äbten am 7. Juni 1925. — Kirchen aus Holz oder Eisen empfehlen sich wegen der Erdbebengefahr, der leichteren Abbruchsmöglichkeit usw. Indes ist bei diesen Kirchen die Weihe (consecratio) ausgeschlossen.

2) **Zeit der Weihe.** Jeder Tag ist an sich geeignet; doch geziemen sich mehr die **Sonn- und Feiertage** Can. 1166 § 1. Freilich werden manche Tage auch durch die Rubriken ausgeschlossen sein, so die Karwoche, der Aller-
 jeelentag. Am Vortage der Weihe obliegt das **Fasten** dem konsekrierenden Bischofe und jenen, die für sich die Kirch-
 weihe erbitten ibi § 2. Dieses Doppelfasten (ieiunium et abstinentia S. Off. d. 14./16. Dec. 1898, ME. X 2; 267) muß **verkündet** werden Pont. Rom.: De eccl. dedicatione; es trifft den konsekrierenden Bischof; den Pfarrer, auch vor
 seiner Einführung in die Pfarrei, oder den Kirchenvorstand, falls sie wenigstens implicite um die Weihe nachsuchen; von den übrigen Geistlichen und Laien nur diejenigen, welche auf Grund eines Rechtes, Amtes oder Titels für sich die
 Weihe erbitten S. R. C. in Mechlinien d. 29. Jul. 1780 ad 1. 2; S. Off. d. 14. (16.) Dec. 1898; S. C. Conc. in Boscoducen. d. 3. Juli 1909 (ME. 21, 301). Auch für dieses Fasten gelten die Cann. 1252 § 4 („nec pervigilia anticipantur“) und 1245 („dispensatio“); Epitome II n. 483.

3) **Begleiterscheinungen und Wirkungen** der Weihe sind 6: Ablässe; Festsetzung des Kirchen-
 patrones; liturgische Feier des Weihetages; Berechtigung zu kirchlichen Funktionen; Asylrecht; Basilika.

a) **Ablässe.** „Bei Kirch- oder Altarweihe verleiht der weihende Bischof, auch der, welcher der Jurisdiktion in dem Gebiete entbehrt, einen Ablass von 1 Jahre für alle, welche am Weihetage die Kirche oder den Altar besuchen; für den Jahrestag der Weihe aber gewährt der Bischof einen Ablass von 50, der Erzbischof von 100, der Kardinal von 200 Tagen“ Can. 1166 § 3. Die Ablässe können den Armen Seelen nicht zugewendet Cann. 913 n. 2, dagegen wiederholt mit jeder Erneuerung des Werkes an den festgesetzten Tagen gewonnen werden Can. 928 § 2, ebenso am Vortage des Jahrestages von Mittag an Can. 923.

b) **Der Titel- oder Kirchenpatron.** Schon bei der Grundsteinlegung wird der Namen des Heiligen genannt, zu dessen Gedächtnis und Ehre die Kirche erbaut werden soll (Pont. Rom. pars II pag. 5). Doch kann der Titel einer Kirche nicht nur ein Heiliger sein, sondern auch die heiligste Dreifaltigkeit, der Gottmensch in seinen Geheimnissen

(Salvator, Ss. Eucharistia, Ss. Cor Jesu usw.), auch der Heilige Geist. „Jede geweihte oder gesegnete Kirche soll einen eigenen Titel haben, welcher nach dem Weihe- oder Segnungsakte nicht mehr geändert werden darf“ Can. 1168 § 1. Wird eine Kirche vollständig zerstört, aber innerhalb 50 Jahren wieder auf dem gleichen oder fast auf dem gleichen Platz neu erbaut, so gehen ihre Ablässe nicht verloren, wenn der gleiche Titel beibehalten wird Can. 924 § 1. „Kirchen dürfen bloßen Seligen nicht geweiht werden ohne Indult des Ap. Stuhles“ Can. 1168 § 3. Das Titularfest ist jährlich zu feiern nach Vorschrift der liturgischen Gesetze ibi § 2, jedoch ist dies im äußeren Bereich keine Pflicht Can. 1247 § 2.

c) Die liturgische Feier des Weihetages. „Das Fest der Kirchweihe soll jährlich nach der Vorschrift der liturgischen Gesetze gefeiert werden“ Can. 1167. Der eigentliche Weihetag wird begangen durch Messe und Brevier. Die Messe wird genommen, wie sie das Missale für den Tag der Kirchweihe vorsieht (Pont. Rom. II 89), außer der Fest- oder Sonntag verhindert die Kirchweihmesse; diese wird dann commemoriert. Für alle der neugeweihten Kirche adskribierten Kleriker beginnt das Kirchweihoffizium mit der *Terz* S. R. C. d. 19. Jul. 1780 ad 4 n. 2519. Ist das Kirchweihoffizium verhindert, so wird es am nächstfreien Tage mit Oktav begangen, welche stets mit dem eigentlichen Oktavtage schließt; fällt jedoch die Verlegung über die eigene Oktave hinaus, so wird es am ersten freien Tag als Fest I. Kl. ohne Oktav gefeiert; Ph. Hartmann: Repertorium¹² § 237. Der Jahrestag der Kirchweihe wird entweder am eigentlichen Weihetage oder an dem Tage begangen, welchen der konsekrierende Bischof *infra actum consecrationis* oder sonst mit Genehmigung der Ap. Stuhles bestimmt hat S. R. C. d. 19. Sept. 1665 ad 3 n. 1321 et d. 6. Sept. 1834 n. 2720. In manchen Gegenden ist ein Tag in der Nähe des 3. Oktobersonntags für die Begehung des Jahrestages aller konsekrierten Kirchen des Bistums (abgesehen von der Domkirche) bestimmt.

Die Kirchweihe und der Titel der Domkirche werden im Brevier als Fest erster Klasse mit Oktav begangen a) von allen der Domkirche adskribierten Klerikern; b) von allen Säkularklerikern; c) ohne Oktav von allen Regularklerikern. Treffen die beiden Feste zusammen, so geht das

Kirchweihfest vor. Die Kirchweihe und der Titel der konsekrierten Kirche werden in der Messe von allen Priestern als Fest erster Klasse mit Oktav gefeiert, im Brevier von den der Kirche adskribierten Klerikern. Die Feste der eigenen Kirche gehen jenen der Domkirche vor; vgl. *Breviarium Romanum* (1916): *Duae tabellae. Duplicia I classis primaria; Octavae communes.* — Der Titel einer gesegneten Kirche wird als Fest erster Klasse mit Oktav gefeiert, wie bei geweihten Kirchen Can. 1168 §§ 1 et 2. In der Oration *A cunctis* der heiligen Messe und im Suffragium „*Beata Dei Genitrix*“, wird der Namen des heiligen Kirchenpatrons erwähnt.

d) **Berechtigung zu den geistlichen Funktionen.** Die gottesdienstlichen Verrichtungen können in einer neuen Kirche (oder öffentlichen Kapelle) vor der feierlichen Weihe oder wenigstens vor der Segnung derselben nicht vollzogen werden Cann. 1165 § 1; 1171 § 1; vgl. jedoch Cann. 1196 § 2 (andere Kapellen); 1249. Aus Can. 1171 erhellt, daß nur jene Verrichtungen nicht jeder geweihten Kirche zukommen, welche zu den Pfarrechten gehören oder durch Privilegien und rechtmäßige Gewohnheit reserviert sind.

a) Die Weihe oder Segnung einer Kirche bewirkt, daß nunmehr darin der eigentliche Ort für Darbringung des heiligen Opfers Can. 822 § 1; für Spendung der heiligen Sakramente Cann. 775 (Taufe); 791 (Firmung); 869 (Eucharistie); 908 (Beichte); 1009 (Weihe); 1109 (Ehe); für Ausübung des Predigtamts Cann. 1342—43; für die Sitzungen in Selig- oder Heiligsprechungsprozessen Can. 2041 § 1 zu erblickt ist.

b) Der Ortsordinarius kann gemäß Can. 1171 die gottesdienstlichen Verrichtungen in den Kirchen einer Stadt oder eines Ortes aus einem rechtmäßigen Grunde durch eine Stundenordnung regeln (Messen, Predigten, Christenlehre; Andachten; Beicht hören, Kommunionaus- teilung usw.). Ist alles schon gut geordnet, so wäre eine Neuordnung überflüssig, ja zuweilen schädlich. Von einer solchen Regelung sind nicht betroffen die Kirchen der exempten Genossenschaften. Nur den katechetischen Unterricht und die Evangeliumauslegung kann er vor jeder Störung auch in diesen Kirchen schützen Can. 609 § 3; 1345; „*Handbuch*“ I² S. 432 f.

c) Nach Can. 1181 muß der Eintritt in die Kirche zu den heiligen Riten durchaus unentgeltlich sein; jede gegenteilige Gewohnheit ist verworfen und kann sich auch nicht mehr einbürgern Cann. 5; 27 § 2. Von diesem Verbot ist das Kirchenstuhlgeld nicht getroffen („*seat or pew rent*“; Bahr. *RGD.* Art. 53 IV; *Sagung* f. d. kirchl. Steuerverbandsvertretungen Art. 17 II B. 3); auch der Eintritt in die Kirche zu weltlichen Zwecken kann durch ein Eintrittsgeld belastet sein, z. B. zu Kirchenkonzerten, freilich sollen derartige Zwecke nur im Notfalle geduldet werden.

e) **Das Asylrecht der Kirchen.** „Die Kirche erfreut sich des Asylrechts, so daß Angeklagte (rei), welche zu ihr sich

flüchten, von dort nicht entfernt werden können außer im Notfalle oder mit Zustimmung des Ordinarius oder wenigstens des Kirchenvorstandes“ Can. 1179; Syll. Pii IX. d. 8. Dec. 1864 n. 30. Die Exkommunikation der Const. Ap. Sedis cl. II n. 5 ist nunmehr aus dem Rechte verschwunden, wie ja auch die Anerkennung des kirchlichen Asyls durch den Staat schon lange außer Übung kam. Freilich bleiben die Wohltaten des kirchlichen Asyls in rechtlosen Zeiten dadurch unberührt.

Nunmehr gilt Can. 1179 für das kirchliche Forum und für die Träger der weltlichen Gewalt, soweit diese es ohne Verletzung ihrer Pflichten beobachten können, vgl. S. Off. d. 22. Dec. 1880 bei S ch n e i d e r Ph.: *Fontes J. Nssi.* pag. 62—63.

f) Basilika. „Keine Kirche hat Anspruch auf den Titel einer Basilika außer kraft einer ap. Verleihung oder einer unbordenflichen Gewohnheit; die Privilegien der Basilika ergeben sich aus dieser doppelten Quelle“ Can. 1180; vgl. Can. 642 n. 1 („*professi ad saeculum regressi*“).

Man unterscheidet *basilicae maiores* (St. Johann im Lateran, St. Peter, St. Paul und Sta. Maria Maggiore) und *basilicae minores*: neun in Rom und nicht wenige auch in den Ländern deutscher Zunge, wie Altötting (St. Anna), Bamberg, Mainz, Marialaach, Mariazell, Ottobern, Seligenstadt, Speyer, Vierzehnheiligen (vgl. AAS. volumina 16 bis 19). Als Zeichen der Basilika tragen diese Kirchen das Wappen des jeweils regierenden Papstes; sie besitzen das Privileg, einen zeltartigen Schirm (*conopaeum*, „*omni tamen auri et argenti ornatu ab eo excluso*“) mit dem Glöcklein (*tintinnabulum*) und dem Wappen der Kirche vorantragen zu lassen; den bepründeten Klerikern ist der „*usus cappae magnae*“ eingeräumt SRC. d. 27. Aug. 1838 n. 2744.

IV. Kirchenglocken. Wir behandeln hier die Quellen und Literatur; Geschichte; das Recht auf Kirchenglocken; Glockenweihe; Gebrauch der geweihten Glocken.

1. Quellen und Literatur: Cann. 1169; 1185; 612; 2271. — Belotti: *Le Campane* 1901. — Il diritto dei comuni di servirsi delle campane 1902. — Ferreres Juan B.: *Las campanas*² 1910. — Otte H.: *Glockenfunde*² 1884. — Samson H.: *Geschichte und Symbolik der Glocken* 1879. — Vacandard E.: *Notes sur l'origine des cloches*. — Le „baptême“ d. cl. (*Revue du clergé* 29, 337; 54, 257 ff.). — Walter Karl: *Glockenfunde* 1913. *Kleine Glockenfunde* 1916. — Gerhardt J.: *Die Kirchenglocken* (Kath. Seels. 17, 33 f.). — Sailer Gg.: *Simultangebrauch der Friedhofsglocken* *PMG.* 12, 204 f. — Vogt J.: *Das kirchl. Vermögensrecht*² 82 ff.; vgl. auch Friedr. von Schiller: *Das Lied von der Glocke*.

2. **Geschichte.** Glöcklein und Schellen waren bereits dem alttestamentlichen Gottesdienste bekannt Ex 28, 33 f., wie ja auch die Ägypter, Griechen und Römer kleine Glocken kannten; vgl. 1 Kor 13, 1. Den kirchlichen Gebrauch der größeren Glocken erwähnt bereits Gregor von Tours († 594) in der *Hist. Francorum* III 15 und *De-virtutibus S. Martini* II 45. Manche schreiben die Erfindung der Glocken dem heiligen Paulinus von Nola († 431) zu, wahrscheinlich in Anlehnung an die Namen *campana* und *nola*, indes wird *nola* bereits von *Quintilian* (um 70 n. Chr.) für *tintinnabulum* gebraucht Inst. or. I. 8 c. 6, während es auch vom keltischen „noll, nell“ (vgl. knoll = läuten) abgeleitet wird. Andere bringen die Erfindung der Glocken mit Papst Sabinian (604—606) in Verbindung; vgl. *Sandini A.: Vitae Pontificum* pag. 173, jedoch ohne Zeugnis der Zeitgenossen. Früher hauptsächlich in den Mönchsklöstern üblich, verbreitete sich der Glockengebrauch um 800 in die Dorfkirchen. Um 865 schenkte der Doge *Drsio I.* dem Kaiser *Michael IV.* zwölf Glocken, der sie in der Sophienkirche aufhängen ließ, *Baronius* zum J. 865 § 101; *Bona: Rer. liturg.* I. 1 c. 22. Doch im Morgenlande wurden die Glocken nicht recht heimisch, man benutzte dafür die *Sémantra*, d. h. ein schmales, sehr langes Brett, das mit einem Holzhammer bearbeitet wird; vgl. unsere Klappertafeln, Klappern (Ratschen). Anfänglich waren die Glocken aus Metallplatten zusammengenietet (gleich Eimern); vgl. die *St. Patrick's Bell* aus dem 5./6. Jahrh., den Kölner „Saufang“ 7. Jahrh. Erst später wurden sie gegossen, zuerst in den irisch-schottischen Klöstern, im 8. Jahrh. in St. Gallen, im 10.—12. Jahrh. in Tegernsee, Salzburg usw. Seit dem 13. Jahrh. befand sich der Glockenguß fast ausschließlich in den Händen der Laien. Im Mittelalter regelte der Apostolische Stuhl den Glockengebrauch der *Ordensleute*: in den Dratorien derselben war der Gebrauch verboten (1195, c. 10 *De privil.* V 33); in den Kirchen dagegen durfte ihnen wenigstens eine Glocke nicht versagt bleiben (1235, c. 16 *De excessibus* V 31); dieses Recht wurde bei den Mendikanten ausdrücklich auf eine Glocke beschränkt (1323, c. 1 *De off. custodis* I 5 in *Xvag. com.*). Doch gestaltete sich die Praxis nach und nach milder. Eine Schreckenszeit für die Kirchenglocken waren die Kriegsjahre 1914—18 nicht nur durch die Zerstörung vieler Glocken, wie sie der Krieg eben mit sich bringt, sondern auch durch die Einziehung derselben zu Kriegszwecken und was noch bedauerlicher ist, zu Spekulationszwecken; vgl. *Linger D. S.* 1918 S. 545—49 (*Peter Sinterhenn S. J.*).

3. **Recht auf Kirchenglocken.** „Jede Kirche habe Glocken, so ziemt es sich; durch dieselben sollen die Gläubigen zum Gottesdienste und zu anderen religiösen Übungen geladen werden“ Can. 1169.

a) Jede Kirche hat ein Recht auf Glocken. Das gleiche gilt von den öffentlichen Kapellen Can. 1191 § 1. Auch die Kirchen der Mendikanten besitzen das Recht auf Glocken, nicht nur auf eine; die frühere Einschränkung des c. 1 *D. off. cust.* (I 5) in *Exvag. com.* ist gefallen Can. 6 nn. 1. und 6. — Es besteht kein Gebot, Glocken anzubringen, doch ist es Ehrensache.

b) Die Namen der Glocken sind nach dem Pontifikale signum, campana, tintinnabulum; außerdem finden sich auch die Ausdrücke nola, clocca.

4) Weihe und Segnung der Glocken. „Die Kirchenglocken müssen geweiht oder gesegnet werden nach dem Ritus der approbierten liturgischen Bücher“ Can. 1169 § 2. Die Zuständigkeit der Glockenweihe oder Glockensegnung bemißt sich nach der Zuständigkeit der Weihe Can. 1155 oder Segnung Can. 1156 einer Kirche Can. 1169 § 5. Die liturgischen Bücher unterscheiden eine dreifache Weihe (i. w. S.) der Glocken: a) Die Weihe (consecratio) der Kirchenglocken in geweihten Kirchen PR. II. 191; b) Die Segnung (benedictio) sonstiger Kirchenglocken, RR. (1925) App. pag. 740 r (Pustet 484 r); c) Die Segnung gewöhnlicher Glocken (campanarum profanarum), RR. App. pag. 750 r (Pustet 490 r). Die erstere steht dem Ortsordinarius zu, der sie, wenn Bischof, selbst vornehmen oder einem anderen Bischofe bzw. mit ap. Vollmacht einem Priester übertragen kann. Die zweite ist Sache des Ordinarius (Can. 199 § 1), der sie in eigener Person oder durch einen Bischof oder Priester vollziehen kann; ebenso die dritte Rit. Rom. App. pag. 750*; Can. 1147 § 2.

Papst J o h a n n XIII. (965—72) soll zuerst eine Glocke der Laterankirche konsekriert haben. Freilich behaupten bedeutende Gewährsmänner, wie B o n a (Rer. liturgic. I. 1 c. 22 § 7); R o c c a (De Campanis c. 6); M a r t e n e Edm. (De antiquis Eccl. ritibus I. 2 c. 21), daß die Glockenweihe schon früher bestand. Weil die Glockenweihe sich ähnlich dem Ritus der feierlichen Taufe vollzieht (Psalmen, Gebete; Waschung der Glocke mit eigens geweihtem Wasser, Salbung mit Krankenöl einmal innen und später an sieben Stellen außen, mit Chrißam an 4 Stellen innen; Namensgebung, „In honorem sancti N.“; schließlich das Martha-Evangelium, Mt 10, 38—42), nannte man sie häufig „Glockentaufe“, ein Ausdruck, den Andersgläubige belächeln, Sandini: Vitae PP. 309. Es gibt auch eine Weihe für die G l o c k e n s p e i s e („Benedictio metalli pro campana dum aere conflatur“) R. R. App. n. 15.

5) G e b r a u c h der geweihten und gesegneten Kirchenglocken. „Der Gebrauch der Kirchenglocken untersteht einzig der Kirchengewalt“ Can. 1169 § 3. „Haben die etwaigen Stifter der Glocken unter Billigung des Ordinarius gewisse Bedingungen gesetzt, so hat es dabei sein Bewenden. Sonst darf die gesegnete Glocke zu rein weltlichen Zwecken nicht benützt werden außer im Falle der Not oder auf Grund einer Erlaubnis des Ordinarius oder einer rechtmäßigen Gewohnheit“ ibi § 4.

A. Der Gebrauch der Kirchenglocken ist ausschließlich Kirchensache.

Indes hat sich die staatliche Gewalt nicht selten eine wenigstens teilweise Gewalt hinsichtlich des Glockengeläutes zugeschrieben; vgl. Schnei-
der Ph.: Partikuläre RR. 495; Geigel: Französisches RR. 39 ff.;
U. Lampert: „Das Glockengeläute der kath. Kirche“ usw. im Archiv
Bd. 79 S. 484 ff.; Sägmüller J. B.: RR.³ II 302; 75. In Bayern
galten bisher folgende Bestimmungen: a) Die Rechtsannahme ist da-
für, daß die Kirchenglocken Eigentum der betr. Kirche, also in der Regel
der Kirchenstiftung sind, selbst dann, wenn die Glocken durch Wohltäter
beschafft wurden (Beweis des Vorbehalts). b) Die Aufsicht und Ver-
waltung steht dem Pfarrer, nicht der politischen Gemeinde zu MC. 13. 9.
1843 (W III 518); BGG. 9, 427; RGD. Art. 112 IV. 3. 1. Die Aufsicht
steht dem Pfarrer auch dann zu, wenn die Glocken Eigentum der politischen
Gemeinde sind MC. 25. III 1881. c) Das bayer. R. G. § 103 verfügt:
„Der Glocken auf den Kirchhöfen kann jede öffentlich aufgenommene
Kirchengemeinde bei ihren Leichenfeierlichkeiten gegen Bezahlung der
Gebühr sich bedienen.“ Unter Friedhofsglocken verstand man:
a) die Glocken des Friedhofes (ohne Kapelle), der Friedhofkirche oder
-kapelle; β) die Glocken der Filial- und Pfarrkirchen, welche auf dem
Friedhofe stehen MC. 8. 8. 1844. — Nur jene Glocken mußten gewährt
werden, welche der Beerdigung der eigenen Bekenntnis-
genossen dienen BGG. 12, 77; Sailer Gg.: PMS. 12, 204 ff.

Der Simultangebrauch der Friedhofsglocken, soweit diese
Eigentum einer bestimmten Religionsgesellschaft sind, scheint durch die
deutsche Verfassung gefallen zu sein. Die Benützung der Glocken bei
Begräbnissen ist nicht eine allgemein menschliche, sondern eine religiöse
Sache. Das ergibt sich: a) aus der Natur der Sache; β) aus dem Nicht-
gebrauch der Glocken bei Nichtchristen (Juden); γ) aus dem Unterschied,
welchen RE. § 103 zwischen öffentlichen und privaten Religionsgesell-
schaften macht. Ist aber die Benützung des Glockengeläutes eine rein
religiöse Sache, so gilt BU. d. DR. Art. 137 III. Nach diesem Gesetze
muß auch die Bayer. BU. § 19 IV ausgelegt werden: „Im übrigen
bemißt sich der Simultangebrauch der Kirchen und Friedhöfe nach bis-
herigem Recht, soweit nicht Abänderungen durch Gesetz getroffen
werden“; vgl. Art. 13 I und Art. 136 IV (Gewissensfreiheit).

B. Der Glockengebrauch kann zweckentsprechend, zweck- widrig und zweckfremd sein.

1) Der Glockengebrauch ist zweckentsprechend, wenn er
den im Can. 1169 § 1 („fideles ad religionis actus invitentur“) und in
den Gebeten des Pontifikale ausgesprochenen Zielen dient („effugentur
ignita iacula inimici, percussio fulminum, impetus lapidum, laesio
tempestatum; fragor grandinum, procella turbinum; hostilis terreatur
exercitus“).

Seit uralter Zeit besteht der Brauch, bei der heiligen Wandlung
ein Glockenzeichen zu geben; vgl. Ivo von Chartres († 1115) in ep.
142; Mabillon: Com. in Ordinem Romanum c. 7 pag. 49; Bon a

1. 2 Rer. liturg. c. 13 § 2; seit dem 14. Jahrh. hat sich das dreimalige Abeläuten eingebürgert *Sandini* *U.*: *Vitae Pontificum* pag. 445. — Die Benützung der Glocken als Warnungszeichen bei plötzlich auftretenden Gefahren seitens der Elemente oder Menschen kann man, wenn sie der Aufsicht der kirchlichen Behörden untersteht, als rechtmäßig, weil der Nächstenliebe dienend, betrachten.

2) *Zweckwidrig* ist das Glockengeläute, wenn es wider den heiligen *Glaube*n geschieht, darum ein Läuten zu kirchlichen Funktionen Andersgläubiger (Beerdigungen, Hochzeiten usw.), oder gegen die guten Sitten, also zu Mord, Plünderung, Aufruhr; vgl. *Schiller*: „Die Glocke“; „Da zerret an der Glocke Strängen — Der Aufruhr, daß sie heulend schallt, — Und, nur geweiht zu Friedensklängen, — Die Losung anstimmt zur Gewalt.“ —

3) Der *zweckfremde* Gebrauch wird im Can. 1169 § 4 in folgender Weise geregelt: Zu rein weltlichem Gebrauche können die Glocken verwendet werden: a) auf Grund einer vom Ordinarius gebilligten Stiftungsbestimmung; b) im Notfalle; c) mit Erlaubnis des Ordinarius; d) aus rechtmäßiger Gewohnheit.

Zweckfremd, aber nicht zweckfeindlich wäre die Verwendung für die Tagesordnung (Mittags-, Feierabendläuten), Einzug von Kriegern, Beginn von Volksfesten usw.

C. Wenn der Ortsordinarius wegen eines die Öffentlichkeit berührenden Grundes das Glockengeläute anordnet, so haben auch alle Ordensleute, die ex^{em}ten nicht ausgenommen, zu gehorchen mit Berücksichtigung der Konstitutionen und Privilegien des betreffenden Ordens Can. 612; „Handbuch“ I² S. 460.

D. Das örtliche Interdikt schließt das Glockenläuten, ebenso Orgelspiel und Gesang aus, Cann. 2271 n. 2; 2272 § 3 n. 2.

E. Zum richtigen Gebrauch der Glocken gehört auch die *Obsorge* für dieselben. Sehr wertvolle Winke finden sich in den Weisungen verschiedener Ordinarien und auch der weltlichen Behörden. Zu ersteren gehört die Verordnung des Erzbischöfl. Generalvikariats *Röln* vom 27. Febr. 1895; vgl. *Bogt Jos.*: „Kirchenvermögensrecht“ § 32 n. 5; *Bretschneider Paul*: „Der Pfarrer als Pfleger usw.“ S. 93—95; zu letzteren die Entschließung des Bayer. Kultusministeriums vom 21. Sept. 1911 (*KrMBl.* 595), betr. die mit den Glockengießern zu vereinbarende *Gewährfrist*, dann das Ausschreiben der Kreisregierung von *Oberbayern* vom 19. Nov. 1916 (*KrMBl.* 163).

Einige Gesichtspunkte, welche die angeführten Quellen enthalten:
 I. Bei Neuanschaffung und Umguß von Kirchenglocken: 1) Kostenvoranschlag; 2) Nachweis der Tragfähigkeit des Glockenturms; 3) Gutachten eines Sachverständigen über den Voranschlag; 4) Kostenbedeckung; 5) Vereinbarung der Gewährfrist, z. B. von zehn Jahren. —
 II. Sorge für die Erhaltung der Glocken: 1) Der abgerundete gute Klöppel muß den haltbaren Schlagring treffen. Fehlt etwas, so muß sofortige Besserung eintreten. 2) Unbefugte Personen sollen vom Läuten ferne gehalten werden. 3) Reinhaltung der Glocken und Glockenkammer von Wasser, Schnee, Schmutz, Vogelmist. 4) Heilung der Glockensprünge nach neuester Erfindung; vgl. Walter: Kl. Glockenkunde 172—176.

V. Kirche. Verlust der Weihe (Exsekration, Entheiligung).

Schon der Name deutet an, daß durch die Exsekration der bisher geweihte oder gesegnete heilige Raum die Heiligung verliert und wieder ein gewöhnlicher Ort (*locus profanus*) wird. „Die Weihe oder Segnung verliert die Kirche nur dann, wenn sie ganz zerstört wird, wenn der größere Teil der Mauern einstürzt oder wenn sie gemäß Can. 1187 durch den Ordinarius dem weltlichen Gebrauche zurückgegeben wird Can. 1170. Alle Wirkungen der Weihe und Segnung gehen durch die Exsekration verloren.

Die Exsekration der Kirche tritt also ein: 1) durch die vollständige Zerstörung; 2) durch den Einsturz oder die Zerstörung des größeren Teiles der Wände; 3) durch die gesetzmäßige Profanierung. — Für die spätere Wiederverwendung einer ehemaligen Kirche gelten die Vorschriften der Cann. 1161 ff.

Nur die beiden letzteren Gründe bedürfen der Erläuterung.
 a) Es genügt nicht der Absturz des Gebälkes oder Daches, auch nicht die vollständige Ablösung oder das gänzliche Herabfallen der Tünnche oder des Bewurfses S. R. C. in Tridentina d. 26. Jun. 1894; d. 8. Jun. 1896 ad II; in Nicoteren. d. 9. Aug. 1897 ad I., nicht die Zerstörung sämtlicher Apostelleuchter und der Salbungsstellen; nicht die Erneuerung der Kirche in der Weise, daß immer nur der kleinere Teil der Mauern niedergelegt und ausgebessert wird. Die Entheiligung tritt nur ein, wenn der größere Teil der Wände einstürzt, zerstört oder niedergelegt wird. —
 b) Die ungesetzliche Profanierung der Kirche bewirkt zwar eine Verletzung der Kirche Can. 1172 § 1 n. 3, aber keine Exsekration; letztere tritt ein, wenn die Kirchengewalt (Ordinarius loci) die Profanierung angeordnet oder gutgeheißen hat. — Wird eine geweihte Kirche nach und nach erweitert, so erstreckt sich die Weihe oder Segnung auch auf den neuen (vielleicht sogar größeren) Teil; hier gilt der Grundsatz: „Pars maior trahit ad se minorem“; vgl. Cann. 734 § 2; 757 § 2; 924 § 2. Wird eine vollständig zerstörte Kirche innerhalb fünfzig Jahren wieder auf dem gleichen oder nahezu gleichen Platze erbaut, mit dem gleichen Titular, so bleiben die Ablässe bestehen Can. 924 § 1; die Weihe aber nicht Can. 75.

VI. Verletzung (Entweiheung, violatio) der Kirche Cann. 1172—1177; 2329.

1. Die Entweiheung (Verletzung) der Kirche bewirkt nicht die Verweltlichung (Profanierung) der Kirche, daß eine Wiederholung der Weihe oder Segnung notwendig wäre, sondern nur das Verbot („nefas est“), dort „Gottesdienst zu halten, Sakramente zu spenden, Tote zu begraben“, bevor die Kirche wieder ausgesöhnt (reconcilietur) ist Can. 1173 § 1. Tritt die Entweiheung während der heiligen Messe ein, so wird sie nach Beginn des Kanon fortgesetzt bis zur Kommunion, d. i. zur Waschung der Finger einschließlich, sonst wird sie abgebrochen; jeder sonstige Gottesdienst wird sofort beendet Can. 1173 § 2. Die Entweiheung der Kirche bewirkt nicht jene des Friedhofes und umgekehrt Can. 1172 § 2.

2. H a n d l u n g e n, welche die Entweiheung der Kirche nach sich ziehen, sind nur folgende: a) das Verbrechen der Mensehentötung; b) die widerrechtliche schwere Blutvergießung; c) die Überweisung der Kirche zu gottlosem oder niedrigem Gebrauch; d) die Bestattung eines Ungetauften oder eines Exkommunizierten nach dem Erklärungs- oder Verhängungs-urteil (p. s.). Die Wirkung tritt jedoch nur dann ein, wenn die Handlungen gewiß und offenkundig sind und in der Kirche selbst gesetzt wurden Can. 1172 § 1. Über das frühere Recht vgl. Santi-Leitner: Prael.⁴ III 40 n. 6.

Erläuterung. 1) Vor dem 19. Mai 1918 trat die Entweiheung (auch „pollutio ecclesiae“ genannt) auch noch ein durch nachweisbare schwer sündhafte effusio seminis humani, c. 10 De consecratione (III 40) c. 1 h. t. (III 21) in 6°; sie ging in allen Fällen auch auf den anstößenden Friedhof über, aber nicht umgekehrt. 2) „Delictum homicidii“ umfaßt sicher das schwer sündhafte Verbrechen des Mordes, Totschlages und Selbstmordes, jedoch nicht die s a h r l ä s s i g e T ö t u n g (homicidium casuale mixtum), wenigstens wahrscheinlich, weshalb diese praktisch in Begfall kommt Can. 15. Der schwer sündhafte Vollzug der Todesstrafe in der Kirche c. 2 De immunitate eccl. (III 23) in 6° fällt nicht unter „delictum homicidii“, sondern nur unter die „impii vel sordidi usus“ Can. 1172 § 1 n. 3. — 3) Die B l u t v e r g i e ß u n g (sanguinis effusio), muß widerrechtlich und bedeutend sein (iniuriosa et gravis), also schwer sündhaft und die Gerechtigkeit verlegend. Wäre das Blutvergießen gering oder ohne Todsünde oder wenn auch bedeutend und schwer sündhaft, so doch im Grunde berechtigt, so wäre die Entweiheung nicht gegeben. Ein Mann wird in der Kirche angegriffen; er gerät in schweren Zorn, und um sich schlagend veranlaßt er schweres Blutvergießen. U. E. fehlt der Begriff „iniuriosa“. — 4) Der dritte Grund der Entweiheung

„*Impiis vel sordidis usibus, quibus ecclesia addicta fuerit*“ war bisher nicht so klar ausgesprochen. Der „*usus impius*“ ist gegeben, wenn sich der Gebrauch gegen die „*pietas in Deum*“ richtet, also die ausgesprochene Verwendung zu unchristlichen Tempeln; für Benützung katholischer Kirchen durch Häretiker oder Schismatiker besteht ein eigenes Verbot Can. 823 § 1. Diese Verletzung der „*pietas*“ ist auch gegeben bei Benützung des Gotteshauses zu sündhaften Zwecken, wie Bordellen, Tanzlokalen u. ä. — Der *usus* kann als „*sordidus*“ gelten, wenn der heilige Ort herabgewürdigt wurde zu Ställen, Scheunen, Schlachthöfen, Kasernen usw. S. R. C. in Polentin. d. 27. Febr. 1847 n. 2938; Nicoteren. d. 9. Aug. 1897 ad II (diuturna opificum mansio). — Man beachte, daß die Verwendung eine ausgesprochene, angewiesene sein muß („*addicta*“), nicht eine nur augenblickliche. — 5) „*Sepultura infidelis*“ Can. 1172 § 1 n. 4 bedeutet das Begräbniß eines bewußten Ungetauften, also nicht eines ungetauften Katenen Can. 1239 § 2, auch nicht eines ungetauften Kindes vor dem Vernunftgebrauch; denn ein solches Kind fällt nicht unter den Begriff „*infidelis*“. — Nur wenn ein Exkommunizierter p. s. ohne Absolution von der Zensur oder von der Sünde oder ohne Zeichen der Reue starb und beerdigt wurde, tritt die Entweiheung ein. Waren wenigstens Zeichen der Reue da, so kann die Losprechung von der Exkommunikation am Leichnam vorgenommen werden Rit. Rom. t. 3 c. 4. — 6) Die vier angeführten Entweihungsgründe müssen in der Kirche selbst gesetzt sein, so daß die Setzung dieser Gründe in der Sakristei, im Dachraum, im Turm, im Unterbau der Kirche nicht genügt, Epitome II 489. In der Kirche ist die Handlung als gesetzt zu betrachten nicht nur, wenn sie in der Kirche veranlaßt wird und sich vollzieht, z. B. wenn ein Mensch von einem anderen sich in der Kirche befindlichen Mitmenschen erdolcht wird, sondern auch dann, wenn sich die Handlung in der Kirche vollzieht, während die verursachende Person außerhalb der Kirche sich befindet; so wenn eine Person in der Kirche viel Blut verliert durch eine schwere Verwundung, die durch Schuß von außen her beigebracht wurde. Tritt aber die Tötung oder der schwere Blutverlust außerhalb der Kirche ein, so ist keine Verletzung (*violatio*) gegeben, selbst wenn die verursachende Person innerhalb der Kirche war. Diese Erklärung stützt sich auf Can. 6 nn. 2 et 3. — Außerdem müssen die Tatsachen unzweifelhaft (*certi*) und offenkundig (*notorii*) sein; über den Begriff „*notorius*“ vgl. Can. 2197 nn. 2 et 3.

3. Die **Wiederversöhnung** der Kirche Cann. 1174—77. „Ist eine Kirche sicher entweiht, so soll sie möglichst bald nach den in den approbierten liturgischen Büchern vorgeschriebenen Riten der Zweckbestimmung wieder gegeben werden (*reconcilietur*)“ Can. 1174 § 1. Ist die Entweihung zweifelhaft, so kann die Wiederversöhnung vorsichtshalber geschehen ibi § 2. Für die Aussöhnung der Kirche gelten folgende Regeln:

a) Ist die Kirche geweiht (*consecrata*), so kommt die Aussöhnung derselben dem *Ordinarius* (Can. 198

§ 1) zu; kann jedoch wegen einer schweren und dringlichen Nothlage der Ordinarius nicht erreicht werden, so kommt die Ausöhnung der geweihten Kirche dem Kirchenvorstande zu mit der Pflicht jedoch, den Ordinarius hievon zu benachrichtigen Can. 1176 §§ 2 et 3. Die nur g e s e g n e t e Kirche söhnt der Kirchenvorstand aus oder mit seiner wenigstens voraussehbaren Zustimmung ein anderer Priester Can. 1176 § 1.

b) V o r a u s s e t z u n g e n der Ausöhnung. Die Spuren des fraglichen Verbrechens müssen entfernt sein. Namentlich soll der L e i c h n a m des Ungläubigen oder Exkommunizierten p. s., wenn es ohne schweren Nachteil geschehen kann, aus der Kirche entfernt sein Can. 1175.

c) Der R i t u s, Can. 1177. Ist die Kirche nur g e s e g n e t, so geschieht die Ausöhnung nach dem Römischen Rituale mit gewöhnlichem Weihwasser R. R. tit. 8 c. 28 n. 1 Can. 1177. War jedoch die Kirche g e w e i h t, so muß das Wasser zur Besprengung des Innern der Kirche die große Weihe empfangen (Pontificale Romanum II 28), welche aber nicht nur ein Bischof, sondern auch der delegierte Priester zu erteilen vermag Can. 1177. Priester, welche kraft ordentlicher oder delegierter Vollmacht die Ausöhnung vornehmen, halten sich bei gesegneten Kirchen an das R. R. tit. 8 c. 28, bei g e w e i h t e n an das Pontifikale (II 151) R. R. tit. 8 c. 28 n. 8.

VII. W ü r d e des Gotteshauses Can. 1178. Im engsten Anschluß an die Entheiligung und Entweiheung der Kirche (exsecratio, violatio ecclesiae) steht die Sorge des kirchlichen Gesetzbuches für die W ü r d e des Gotteshauses. „Alle Beteiligten sollen dafür sorgen, daß die dem Hause Gottes gebührende R e i n l i c h k e i t erhalten werde; ferne sollen von den Kirchen gehalten werden Erwerbsgeschäfte und Jahrmärkte, auch zu guten Zwecken; kurz alles, was mit der Heiligkeit des Ortes in Widerspruch ist“ Can. 1178. In ergreifenden Worten hat diese Gedanken der selige Papst Gregor X. auf dem II. Konzil von Lyon (1274) eingeschärft c. 2 De immunitate eccl. (III 23) in 6^o; Instr. Eystetten⁵. n. 136.

Vortreffliche Winke über die Rein- und Gesunderhaltung der Kirchen und Kapellen bietet R u n z Christian: „Der Dienst des Mesners“ § 6; vgl. Hergenröther-Hollwed: R.R.² n. 803 S. 635.

Ausdrücklich verboten wurde die Vorführung von Lichtbildern (quaelibet projectiones) oder von kinematographischen Darstellungen in den Kirchen, S. C. Consist. d. 10. Dec. 1912 (ME. 24, 483). Zum Unterricht im Katechismus und in der Biblischen Geschichte mögen solche Darstellungen von nicht geringem Nutzen sein (ME. 24, 89). Einem französischen Ordinarius wurde die Vorführung von Lichtbildern zur Probe gestattet.

VIII. Die Auflösung eines Gotteshauses. „Wenn eine Kirche in keiner Weise zum Gottesdienst verwendet werden kann und kein Weg sich findet, sie auszubessern, so kann sie vom Ortsordinarius einem weltlichen, freilich nicht niederen Gebrauch übergeben werden, wobei der Ordinarius die Lasten mit den Einkünften auf eine andere Kirche übertragen muß, ebenso den Pfarrtitel, wenn es sich um eine Pfarrkirche handelt“ Can. 1187.

Bei der Auflösung (Abtragung, Profanierung) eines Gotteshauses muß der Ordinarius zwei Gesichtspunkte ins Auge fassen: die Notwendigkeit der Kirche und Möglichkeit der Herstellung oder Ausbesserung. Die Notwendigkeit der Kirche wird bedingt durch Verwendung zur Seelsorge (auch in der Zukunft), für die Schulkinder, als Begräbniskirche (Permaneder-Riedle: Die kirchl. Baulast S. 108 Note 39). Bei einer notwendigen Kirche müssen alle möglichen Hilfsquellen aufgedeckt werden Trid. sess. 21. c. 7 d. r. — In Bayern durfte bisher keine Kirche oder öffentliche Kapelle ohne den förmlichen Ausspruch der Kreisregierung abgebrochen oder weltlichen Zwecken übergeben werden; Permaneder-Riedle^s (1890) §§ 43 und 44 S. 62. Bei Profanierung muß jeder niedere Gebrauch (usus sordidus) ausgeschlossen sein; bei Abbruch soll vor der Zerstörung eine Exzelektion stattfinden; die Werte den nächstgelegenen beteiligten Kirchen übergeben und das Material womöglich zu kirchlichen Zwecken (ad causas pias) verwendet werden c. 38 D 1 de cons. — Wird die so profanierte Kirche dem kirchlichen Zwecke zurückgegeben, so muß sie neu geweiht oder geeignet werden Can. 1170.

§ 3. Das Kirchenvermögen und dessen Verwaltung.

Quellen: Cann. 1182—1187; 1495—1528 (generalia); 1476—1483 (beneficia); 250 § 2; 262 (Fabrica S. Petri); 531—537 (bona religiosorum); 1489 § 2. 1560 n. 3 (forum); 2345; 2346 (poenae).

Neueste Literatur: Weynen Arthur: Die Rechts- und insbesondere Vermögensfähigkeit des Ap. Stuhles nach internationalem Rechte (1920); vgl. D-B n. 494 (Johann XXII. 1323); n. 575—77 (Urban V. 1368).

A. Allgemeines. Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben das unveräußerliche

Recht, frei und unabhängig von der Staatsgewalt, zeitliche Güter zu den ihnen eigenen Zwecken zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten Can. 1495 § 1. Das gleiche Recht besitzen nach Maßgabe der kirchlichen Gesetzgebung auch die einzelnen Kirchen und die von der Kirche als juristische Personen anerkannten Institute und Gesellschaften ibi § 2. Unter den Erwerbsquellen der Kirche nehmen die Gaben (oblationes) der Gläubigen den ersten Platz ein. Diese können freiwillig sein (z. B. der Peterspfennig) oder pflichtgemäß, auferlegt von der Kirchengewalt zum Zwecke des Gottesdienstes, des Unterhalts der Kleriker und der übrigen Kirchendiener und zu sonstigen kirchlichen Zwecken; vgl. Mt 10, 10; Lk 10, 7; 1 Kor 9, 7—14; 1 Tim 5, 18; Can. 1496; Bayer. Konkordat Art. 10 § 5: „Die Kirche hat das Recht, auf der Grundlage der bürgerlichen Steuerlisten Umlagen zu erheben“. Die zeitlichen Güter der Kirche (bona ecclesiastica) können sein: unkörperliche (Rechte) und körperliche; letztere bewegliche und unbewegliche. Von den Kirchengütern heißen jene heilig (bona sacra), welche durch Weihe oder Segnung dem Gottesdienste gewidmet sind; kostbar (b. pretiosa), welche einen hervorragenden Wert darstellen, sei es wegen der Kunst, des Alters oder des Stoffes, aus dem sie gefertigt wurden (valor artis, historiae, materiae) Can. 1497.

B. Die Verwaltung des Kirchenvermögens im allgemeinen. Oberster Hort und Verwalter des Kirchenvermögens ist der Papst Can. 1518. Der Ortsordinarius hat wenigstens das Aufsichtsrecht (die Aufsichtspflicht) über alle nicht exemten Kirchengüter innerhalb seines Gebietes, zuweilen noch größere Rechte auf Grund gesetzlicher Verjährung; ihm kommt es zu, innerhalb der Schranken des gemeinen Rechtes entsprechende Weisungen zu erlassen Can. 1519. Der Ortsordinarius bedient sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben einer doppelten Kommission: eines Diözesanverwaltungsrates Can. 1520 und eines besonderen Verwaltungsausschusses für jene Kirchen und juristischen kirchlichen Personen, die einer eigenen Verwaltung entbehren Can. 1521. Wenn auch Laien an diesem Ausschusse teilnehmen, so geschieht diese Verwaltung doch

nur im Namen der Kirche ibi § 2. Vor dem Amtsantritte des Verwaltungsausschusses muß jedes Mitglied den Amtseid leisten und das Inventar prüfen, von dem eine Abschrift in der Bibliothek der Verwaltung, eine andere im Ordinariatsarchiv zu verwahren ist; jede Veränderung muß in beiden eingetragen werden Can. 1522. — Die Pflichten der Kirchenvermögensverwalter werden in den Cann. 1523—1528 aufgezählt: a) *Achtfamkeit* gegenüber dem Kirchenvermögen (1523); b) *Gerechtigkeit* gegenüber den angestellten Arbeitern (1524); c) *Rechenschaft*, abzulegen dem Ordinarius oder sonstigen berechtigten Aufsichtspersonen (1525); d) *Streitbewilligung* des Ordinarius (1526); e) *Nichtigkeit* der Akte und *Haftpflicht* bei Überschreiten der Vollmachten (1527); f) *Schadloshaltung* der Kirche bei willkürlicher Amtsniederlegung (1528). — Der Rodey unterscheidet im besonderen eine Verwaltung des Ordensvermögens (Can. 531—537); des Pfründevermögens (Can. 1476—83) und des Vermögens der Kirchen und Kapellen (1182—87).

C. Die rein kirchliche Verwaltung des Kirchenstiftungsvermögens. I. Die Verwaltung des Kirchenstiftungsvermögens kommt zu: 1) denen, welchen ein besonderer Rechtstitel oder eine rechtmäßige Gewohnheit dieselbe zuweist; 2) dem Bischof mit seinem Kapitel bei der Kathedralekirche; 3) dem Kollegiatstiftskapitel bei dieser Kapitelskirche; 4) dem Kirchenvorstande bei jeder anderen Kirche Can. 1182 § 1.

In Bayern wurde das „Ortskirchenvermögen“ entgegen den Bestimmungen des Konkordates v. J. 1817 und der Verfassung staatsrechtlich verwaltet. „Die bayerische Kirchengemeindeordnung“ vom 24. IX. 1912, für die katholische Kirche in Kraft getreten am 1. I. 1913 hat diesen Gegenstand gesetzlich neuregelt. Zum „Ortskirchenvermögen“ gehören nicht das Pfründevermögen, das Vermögen der „Hofkultusstiftungen“ (Art. 5 II); ferner nicht das Vermögen der Dom-, Kollegiat- und Klosterkirchen (F r a n k Jos.: RGD II S. 46). Eine ausdrückliche Billigung der bayerischen RGD. durch den Apostolischen Stuhl liegt nicht vor; immerhin dürfte eine stillschweigende Gewährung nicht ausgeschlossen sein.

Wenn noch andere Personen, seien es Geistliche oder Laien, zur Ergänzung der Kirchenverwaltung beigezogen werden, so bilden diese im Verein mit dem im Can. 1182 bezeichneten kirchlichen Verwalter (oder dessen Stellvertreter)

und unter seinem Vorsitze den Rat der Kirchenverwaltung (*fabrica ecclesiae*) Can. 1183 § 1. Diese Mitglieder werden bestellt nach dem geltenden Sonderrechte, sonst durch den Ordinarius oder seinen Bevollmächtigten *ibi* § 2. Vom Ordinarius allein werden sie wegen eines gewichtigen Grundes entfernt *ibi*.

II. Der Kirchenverwaltungsrat beschäftigt sich zunächst mit dem Vermögen, welches zur Ausbesserung und Ausschmückung des Gotteshauses, sowie für die Bedürfnisse des Gottesdienstes bestimmt ist Can. 1182 § 1; dann aber auch mit den *Spenden* der Gläubigen („*oblationes*“) *ibi* §§ 2 et 3.

Wir müssen hier unterscheiden: a) Die Spenden zugunsten der *Pfarrrei* verwaltet der *Pfarrer* nach Maßgabe des Kirchenrechts; Rechenschaft legt er ab gegenüber dem Ortsordinarius Cann. 1182 §§ 2 und 3; 1525.

b) Die Spenden zugunsten der *Mission* (= des abgegrenzten Missionsbezirks) verwaltet der *Missionär* nach den Grundsätzen wie oben unter a.

c) Die Spenden zugunsten einer innerhalb der *Pfarrrei* oder der *Mission* gelegenen *Kirche* der eigene Verwalter (*Kirchenvorstand*) oder Verwaltungsrat; sonst der *Pfarrer* bzw. *Missionär*, wenn nicht ein Sonderrecht oder eine rechtmäßige Gewohnheit anders bestimmt; auch hier gilt das unter a Gesagte c. 1.

III. Dem Verwaltungsrat des Kirchenvermögens obliegt als Hauptaufgabe die gute Vermögensverwaltung nach den Cann. 1522; 1523.

1) Abgesehen von der Vereidigung und von der Prüfung des Inventars muß er gleich einem guten Familienvater auf folgende Punkte seine Sorge hinrichten:

Er muß a) *wachen*, daß das anvertraute Kirchenvermögen weder Untergang noch Einbuße leide;

b) die *Normen* wie des kirchlichen so des staatlichen Rechtes, dann die etwaigen Auflagen des Stifters, Gebers (*Zustifters*) oder der rechtmäßigen Obrigkeit beachten;

c) die Zinsen und Einkünfte aus dem Vermögen genau und rechtzeitig eintreiben, dieselben sicher bewahren und dem Willen des Stifters, den Gesetzen und Satzungen gemäß verwenden;

d) die anlegbaren Erübrigungen des Kirchengeldes mit Zustimmung des Ordinarius zum Nutzen der Kirche verwenden;

e) die Bücher über Einnahmen und Ausgaben in guter Ordnung halten;

f) die Beweise und Urkunden, auf welchen die Vermögensrechte der Kirche ruhen, wohlgeordnet im Archiv oder in einem passenden Schrank verwahren; wovon je eine beglaubigte Abschrift noch Möglichkeit im Diözesanarchiv aufzubewahren ist Can. 1523.

2) Indes kann es nicht Aufgabe des Verwaltungsrates sein, sich in die geistlichen Obliegenheiten des Pfarrers oder Kirchenvorstandes einzumischen, insbesondere nicht: a) in die gottesdienstlichen Verrichtungen der Kirche; b) in die Art und Zeit des Glockenläutens und in die Aufrechterhaltung der Ordnung in Kirche und Friedhof; c) in die Art der Betätigung von Sammlungen, Verkündigungen und anderer Akte für den Gottesdienst, Schmuck der Kirche usw.; d) in die Anbringung der Altäre, der Kommunionbank (Kommuniontisch), der Kanzel, der Orgel, des Musikchores, der Stühle, Bänke, Sammelbüchsen und aller übrigen zum Gottesdienste gehörigen Dinge; e) in die Zulassung oder Abweisung der Kirchengenstände oder Kircheneinrichtungen in Kirche und Sakristei; f) in die Ausfüllung, Ordnung, Aufbewahrung der Pfarrbücher und Pfarrarchivalien Can. 1184.

Die Ernennung der Kirchendiener, namentlich des Mesners (sacrista), des Chorpersonals (cantores, organorum moderator, pueri chorales), des Glöckners (campanae pulsator), der Totengräber (sepulchrorum fossores), erfolgt durch den Kirchenvorstand allein, wenn nicht rechtmäßige Gewohnheiten oder Vereinbarungen oder Anordnungen des Ordinarius anders bestimmen; Entsprechendes gilt für ihre Entlassung, ja auch für ihr Dienstverhältnis Can. 1185.

In Bayern hatte die weltlichen Kirchendienerstellen (Mesner- und Chorpersonal), wenn nicht irgendein Patronatsrecht Platz griff, für die Katholiken die Kreisregierung zu besetzen; vgl. G r i s c h - S e l l m u t h - P a c h e l b e l: „Handwörterbuch des bayer. Staatskirchenrechts“² (1914) S. 514, für die Protestanten das Konfistorium (S. 518 a. a. D.), außer diese Stellen waren mit dem Schuldienst organisch verbunden. Seit dem 5. Nov. 1913 gilt die E. des Bayer. Kultusministeriums Nr. 25 359, wonach „die katholischen weltlichen Kirchendienste im rechtsrheinischen Bayern“ in gemeinsamer Ausübung (kumulativ) von den Kirchenverwaltungen und Kirchenvorständen übertragen werden (RMBI. 1913 S. 333).

D. Die kirchliche Baupflicht. Für die Baupflicht von Kirchengebäuden gelten zunächst die rechtmäßigen Gewohn-

heiten und Vereinbarungen, sowie die Pflichten, welche jemanden treffen nach Maßgabe auch des bürgerlichen Gesetzes.

Abgesehen davon obliegt 1) die Baupflicht an der Domkirche: a) dem Domkirchenvermögen, wobei jedoch der notwendige Aufwand für den Gottesdienst und die ordentliche Kirchenverwaltung unangetastet bleiben muß; b) dem Bischof und seinen Kanonikern nach Maßgabe der Einkünfte ohne Schmälerung jedoch des notwendigen (standesgemäßen) Unterhalts; c) den Diözesanen, die aber mehr durch gütiges Zureden als Zwang hiezu anzuhalten sind Can. 1186 n. 1.

Unter den gleichen Voraussetzungen wie oben (1) obliegt 2) die Baupflicht an der Pfarrkirche: a) dem Pfarrkirchenvermögen entsprechend wie 1a; b) dem Patron; c) den Beziehern von Einkünften aus der Kirche im Verhältnis ihrer Summe z. B. den „Dezimatoren“; d) den Pfarrkindern, anzuhalten wie oben 1c, Can. 1186 n. 2. — Diese Grundsätze gelten entsprechend für andere Kirchen ibi n. 3.

Auf die Fragen der Verwaltung des Kirchenvermögens und der Kirchenbaulast kann hier nicht näher eingegangen werden, da dieselben partikularrechtlich geregelt sind. Für Bayern gelten u. a. die Kirchengemeindeordnung vom 24. Sept. 1912 (Erläuterungen von Jos. Frank 1912); das Religionsgesellschaftliche Steuergesetz vom 1. Aug. 1923 und die Satzung für die kirchlichen Steuerverbandsvertretungen in den bayerischen Diözesen vom 4. Nov. 1924. — In Preußen ist das Gesetz vom 20. Juli 1924, (vgl. Vogt Jos.: Kirchenvermögensrecht² 1910); in Württemberg vom 3. März 1924 maßgebend. — Für Österreich vgl. Haring J. B. RR.² § 184 S. 676; § 195 S. 735.

§ 4. Die Oratorien.

Quellen: Cann. 1188—96; 239 § 1 n. 18; 522; 774 § 2; 821 § 3; 822; 869; 909; 929; 1109; 1282 § 1; 1382; 2271.

I. Begriff. Oratorium (Kapelle) im kirchenrechtlichen Sinne ist ein mit Zustimmung der kirchlichen Gewalt für den Gottesdienst bestimmter, aber nicht der Allgemeinheit dienender Ort Can. 1188; vgl. Can. 1161 (Kirche).

Erläuterung: 1) Es gibt auch Oratorien (Kapellen, Betställe, Betzimmer) im weitesten Sinne, nämlich Räume, welche sich die Privatandacht zum Beten und zu frommen Übungen anseheben und geschmückt

hat. Jeder Katholik kann und, wenn er die Mittel hierzu hat, soll das tun (Mt 6, 6). Die kirchliche Jurisdiktion hat damit an sich nichts zu tun, Ferreres J. B.: Los Oratorios n. 33 seq.; Institutiones canonicae (1918) II n. 94. — 2) Sobald jedoch in dem Raume regelmäßig das heilige Opfer dargebracht werden soll, bedarf es der Zustimmung der kirchlichen Gewalt, und ist sie gegeben, so haben wir ein Oratorium (Kapelle) im kirchenrechtlichen Sinne. — 3) Von der Kirche (ecclesia) unterscheidet sich der Begriff „Oratorium“ wesentlich dadurch, daß die Kirche der Gesamtheit („universo populo usui sit“) des Volkes zu dienen hat, das Oratorium aber nicht. Freilich kommt das hier nicht auf die Tatsache an, sondern auf die Bestimmung.

II. Einteilung. Die kirchenrechtlichen Oratorien unterscheidet man in öffentliche, halböffentliche und private; dazu kommen noch die Hauskapellen der Kardinäle und Bischöfe, sowie die Grabkapellen; vgl. Can. 1249.

1) Öffentlich ist eine Kapelle, welche zunächst für den gottesdienstlichen Gebrauch einer Kommunität oder auch Privater errichtet wird, bei der jedoch alle Gläubigen das gesetzlich erweisbare Recht haben, dieselbe, wenigstens zur Zeit des Gottesdienstes, zu besuchen Can. 1188 § 2 n. 1. S. R. C. in Nivernen. d. 8. Mart. 1879 rep. 23. Jan. 1899 (ME. 11, 13). Solche öffentlichen Kapellen, z. B. in Anstalten, Schlössern usw., stehen im Rechte den Kirchen gleich, ausgenommen die Rubriken bestimmen das Gegenteil Can. 1191; sie werden errichtet, geweiht, gesegnet, verwaltet, exsekriert, entweiht usw. wie die Kirchen. Manche Pfarrechte (Can. 462) bringen es mit sich, daß sie nicht in öffentlichen Kapellen, sondern nur in Kirchen ausgeübt werden, z. B. die Segnung des Taufwassers, die Beerdigungsfeierlichkeiten.

2) Die halböffentlichen Kapellen sind für den Gottesdienst einer moralischen Person (Can. 99) bestimmt mit dem rechtlichen Ausschluß der Allgemeinheit Can. 1188 § 2 n. 2. Die moralische Person ist entweder eine kirchliche Gemeinschaft (communitas), z. B. ein Seminar, eine Ordensfamilie; oder „ein Zusammenschluß (coetus) von Gläubigen, die dort sich einfinden“, wie Erziehungs- oder Unterrichtsanstalten, Kongregationen, Bruderschaften, Spitäler, Exerzitienhäuser, Gefängnisse, Lazarette, Kasernen, Fremdenherbergen usw. Ferreres: Institutiones II n. 95.

Die Rechtslage der halböffentlichen Kapellen wird hauptsächlich geregelt durch die Cann. 1192—93 in folgender Weise:

a) Die Errichtung kann stattfinden nur mit Erlaubnis

des *Ordinarius* (Can. 198 § 1), der sie nur nach vorgängiger, erfolgreicher Prüfung (si „decenter instructum repererit“) in eigener Person oder durch einen Stellvertreter geben darf Can. 1192 § 2. — b) Die Auflassung einer halböffentlichen Kapelle d. h. deren Verwendung zu weltlichem Gebrauche erheischt die gleiche Zustimmung des *Ordinarius* ibi § 3. — c) In den Häusern moralischer Personen (wie Erziehungs- und Unterrichtsanstalten usw.) dürfen neben der Hauptkapelle kleinere Nebenkapellen nur dann errichtet werden, wenn das Urteil des *Ordinarius* dies für notwendig oder sehr angemessen hält Can. 1192 § 4. — d) In den halböffentlichen Kapellen kann man alle gottesdienstlichen Verrichtungen abhalten, ausgenommen α) die Rubriken bestimmen anders, z. B. hinsichtlich der Gewinnung des Jubiläumsablasses; β) der *Ordinarius* hat gewisse Funktionen eigens ausgenommen.

1) Der „*Ordinarius*“, welcher die Erlaubnis zur Errichtung oder Auflassung einer halböffentlichen Kapelle erteilt, ist der *Ortsordinarius*; für die Niederlassungen exemter Klerikalgenossenschaften aber auch der höhere Obere, also Abt, Provinzial, General usw. (Cann. 198 § 1; 488 n. 8). Zur Errichtung solcher Kapellen in den von exemten Religiösen geleiteten, aber von ihren Niederlassungen getrennten Schulen, Anstalten, Hospizen usw. ist, abgesehen von eigenen Privilegien (z. B. Dominikaner Ben. XIV. d. 22. I. 1755; Brümmer: Man. n. 366) — der *Ortsordinarius* zuständig Can. 497 § 3; S. R. C. in Secovien. d. 10. Nov. 1906 ad II. (ME. 18, 496). Derselbe ist es allein, der das Weiherecht besitzt, während die Segnung auch den höheren Obern der exemten Klerikalgenossenschaften (*Ordinarien*) zukommt Can. n 1155—56. — Der *Ortsordinarius* ist es auch, welcher die Erlaubnis erteilt, das Allerheiligste dortselbst aufzubewahren gemäß Can. 1265 § 1 n. 2. — 2) Aus Can. 1192 § 4 ersieht man, daß die Errichtung von mehreren Kapellen (Oratorien) in einem Hause einer moralischen Person nicht ausgeschlossen ist, wenn sie notwendig oder sehr nützlich sind. Die „*Summa Novi Juris Canonici*“² (Mecheln 1918) von Creusen-Vermeerseck geht weiter mit der Behauptung: „*Quare severitas ista non commendatur in seminariis vel domibus religiosis*“ d. h. für Seminarien oder Ordenshäuser bedarf man der Gründe des Can. 1192 § 4 „*necessitas aut magna utilitas*“ nicht. Diese Ansicht, welche auch Dr. utr. iur. P. Anselm Fellmann O. S. B. in der Linzer Z. S. 1920 S. 255—257¹) gutheißt,

¹) Die von dem gleichen Schriftsteller (Linzer Z. S. 1920 S. 256) verteidigte Fortdauer der vor dem 19. Mai 1918 eingetretenen *communicatio privilegiorum* widerspricht dem Wortlaut des Can. 613 „*Privilegia quae vel hoc in Codice continentur vel a Sede Ap. directe eidem concessa fuerint*.“

dürfte sich kaum halten lassen. Denn die von Kardinal Gasparri bei Can. 1192 § 4 zitierte *causa Nivernen* d. 8. Mart. 1879 ad II (S. R. C.) sagt das gerade Gegenteil. Wenn es sich nicht um das Wohl des Volkes handelt, sondern um die bessere Lage einzelner („sive ob numerum sacerdotum sive in gratiam infirmorum“), so ist Apostolische Vollmacht notwendig (ME. 11, 13); jedenfalls darf keine Zersplitterung eintreten; denn die halböffentlichen Kapellen müssen zum Besten der Kommunität sein Can. 1188 § 2 n. 2. — 3) Ist die halböffentliche Kapelle konsekrirt, so gelten die Normen für die öffentlichen Kapellen. Ist sie nur gesegnet, so kann von der Kommunität das Titularfest dann gefeiert werden, wenn diese Kommunität keine eigene Kirche zur Verfügung hat, sonst wird der Titel der Kirche gefeiert S. R. C. d. 10. Nov. 1906 O. F. M. Germaniae inf. (ME. 18, 49—98). In allen halböffentlichen Kapellen muß ein fremder Priester sich nach dem Kalendarium dieser Kapelle richten S. R. C. b. 16. Maii 1901 in Mexicana (ME. 24, 411).

3) Privat- oder Hauskapellen (*oratoria privata seu domestica*) werden in Privathäusern zugunsten nur einer Familie oder nur einer Privatperson errichtet Can. 1188 § 2 n. 3. a) Solche Hauskapellen oder Privat-oratorien beruhen auf einem Ap. Indult Can. 1195 § 1, in einem außerordentlichen Falle bei Vorhandensein einer rechtmäßigen und vernünftigen Ursache auf einer Aitbewilligung des Ordinarius Can. 1194. In beiden Fällen hat der Ordinarius den Raum in eigener Person oder durch einen Stellvertreter zu prüfen und über die Tauglichkeit sein Urteil abzugeben Cann. 1192 § 2; 1194; 1195 § 1. — b) Gewöhnlich bewilligt der Apostolische Stuhl in solchen Kapellen nur eine heilige Messe (3 an Allerseelen); der Ordinarius kann in seiner Aitbewilligung überhaupt nicht mehr einräumen, aber in beiden Fällen sind regelmäßig die Hochfeste ausgenommen; andere Funktionen dürfen daselbst nicht stattfinden, ausgenommen die Austeilung der heiligen Kommunion Can. 869 und die Abnahme von Männerbeichten Can. 910 § 2. Soll auch an Hochfesten in der Hauskapelle eine heilige Messe (an Weihnachten drei heilige Messen) abgehalten werden können, so muß dieses Recht in dem Apostolischen Indult enthalten sein, oder es ist ein eigenes Indult des Apostolischen Stuhles oder für ein augenblickliches Bedürfnis („per modum actus“) des Ordinarius notwendig, freilich müssen in letzterem Falle besondere Gründe obwalten Can. 1195 § 2. — c) Hauskapellen können die Weihe oder Segnung einer Kirche nicht empfangen, sondern nur die

Weihē eines gewöhnlichen Ortes Can. 1196 § 1; RR. tit. 8 cc. 6, 7; App. n. 16 (eigene Segnung).

a) Die Festtage, an denen ohne besonderes Indult die heilige Messe in den Privatkapellen verboten ist, sind die im Can. 1247 aufgezählten, ausgenommen Neujahr; dazu kommen noch Oster- und Pfingstsonntag und das heilige Triduum der Karwoche. Wenn in einem Lande eines oder einige von diesen Festen nicht begangen werden, so fällt das Verbot weg; denn zur sollempnitas festi gehört auch die äußere Feier; vgl. S. R. C. d. 11. Apr. 1913 in Romana et Aliarum (ME. 25, 100).; vgl. Can. 1195 § 2.

β) Bei Apostolischen Indulten muß der Wortlaut genau geprüft und befolgt werden Cann. 67; 68; 50; 322 § 1; CC. d. 16. Oct. 1919 n. 12; diese und die der Ordinarien sind enge auszulegen. Freilich wenn die Klausel sich findet datur indultum pro diebus, „in quibus domo egredi nequeat absque suae valetudinis incommodo“, so genügt jede Gefahr der Schädigung der Gesundheit, also Kälte, Schnee, starker Regen, Glatteis usw. (ME. 18, 276). Stets ist das Schlafgemach ausgeschlossen Can. 822 § 4, auch soll das Zimmer würdig geschmückt sein. Unmittelbar über der Kapelle darf kein bewohnter Raum sein S. R. C. D. A. n. 756; ein päpstlicher Indult kann erlangt werden DA. nn. 2812 et 3525. — Wird ein Bild als Altarblatt verwendet, so sind hiervon Bilder der Seligen (um so mehr profane Bilder) ausgeschlossen S. R. C. d. 27. Sept. 1659 n. 1130.

γ) Der in einer Privatkapelle zelebrierende Priester folgt seinem eigenen *Kalendarium* außer in der Feier des Orts- oder Landespatrones; Erker Josephus: *Enchiridion liturgicum*² (1920) n. 327 ad 5. In den Privatoratorien (und halböffentlichen Dratorien) sind privilegierte private Sterbemessen gestattet: 1) täglich vom Tode bis zu (nicht nach) dem Begräbnis; 2) nur wenn der Leichnam im Hause des Dratoriums ist; 3) wenn die Messen dem Verstorbenen zugewendet werden (applicantur); 4) wenn nicht ein verhinderter Tag trifft. Die verhinderten Tage sind alle Sonn- und Feiertage (auch die abgewürdigten); die Tage, an welchen Feste I. und II. Klasse begangen werden; alle Tage der privilegierten Oktaven 1., 2. und 3. Ordnung; die drei privilegierten Vigilien von Weihnachten, Epiphanie und Pfingsten; die vier priv. Ferien (Aschermittwoch; Karwoche); die Tage mit Konvent- oder Pfarrmesspflicht; die Tage mit Aussetzung des Allerheiligsten, Additiones et Variationes in rubricis Missalis III 5; Brehm Franz: *Die Neuerungen im Missale* (1920) S. 107.

Es gibt Fälle, in welchen der Ortsordinarius oder für sein Ordenshaus der Ordinarius die heilige Messe außerhalb der Kirche oder Kapelle erlauben kann Can. 822 § 4. Die Fälle sind enge auszulegen CC. d. 16. Oct. 1919. Nach dieser engen Auslegung richtete sich die Sakramentenkongr. am 30. April (3. Mai) 1926 bezüglich der Requiemsmessen in einer Wohnung in Gegenwart des Leichnams („Camera ardente“): Nur beim Tode eines Residenzbischofs oder des Ortsordinarius, oder eines Mitgliedes einer fürstlichen Familie, oder einer Person, ausgezeichnet an Verdiensten für Kirche oder Staat, eines außerordentlichen Wohltäters der Armen oder des Besitzers eines Apostolischen Privilegs können höchstens drei Messen erlaubt werden (AAS. 18, 388).

d) Will ein katholischer Priester oder Laie das Indult einer Hauskapelle, so wendet er sich am besten stets an seinen Ordinarius (Ortsordinarius oder bei eigentlichen Ordenspriestern General, Provinzial, Abt). Ist ein Augenblicksbedürfnis da, so hat der Ordinarius Vollmachten. Die Bittschrift geht durch den Ordinarius an die Sakramenten- (Religiosen-) Kongregation („Beatissime Pater“). Gründe: Krankheit, Alter; Schwierigkeit des Weges zur Kirche; Verdienste um die heilige Kirche; Ferreres: Institutiones II. n. 101.

4) Weihe und Segnung der nicht öffentlichen Kapellen. „Wenn auch die privaten oder halböffentlichen Kapellen nur der Segnung der Orte oder Wohnungen oder gar keiner Segnung teilhaft werden, so müssen sie doch für den Gottesdienst reserviert und von allem gewöhnlichen Gebrauche frei bleiben“ Can. 1196 § 2. Wir sehen, daß die Haus- oder Privatkapellen entweder nur die Ortssegnung oder die des R. R. App. n. 15 erhalten können (oben n. 3). Anders ist es mit den halböffentlichen Kapellen; sie können ohne Weihe bleiben oder der Segnung wie Privatkapellen oder der feierlichen Segnung, ja auch der Weihe teilhaft werden. Decr. S. R. C. d. 5. Jan. 1899 ad V (ME. 12, 163). Mögen diese Kapellen geweiht sein oder nicht, sie dürfen, solange sie zum Zelebrieren benützt werden, durch gewöhnliche Benützung nicht entehrt werden. Ist ihre gottesdienstliche Verwendung überflüssig geworden, so gibt die gesegneten der Ordinarius, die geweihten der Ortsordinarius dem profanen Gebrauch zurück Cann. 1192 § 3; 1187.

5) Die Kapellen der Kardinäle und Bischöfe, auch die der Titularbischöfe, genießen, auch wenn sie Privatkapellen sind, alle Rechte und Privilegien der halböffentlichen Oratorien Can. 1189; die Kapellen der Kardinäle unterliegen nicht der Visitation durch die Ordinarien Can. 239 § 1 n. 18.

Das Privilegium der Privatkapellen der Apostolischen Prætorie wird geregelt durch das Motuproprio „Inter multiplices“ Pius' X. vom 21. Febr. 1905 (ME. 17, 14 f.) n. 11 (P. participantes); nn. 22; 46 (P. supranumerarii et ad instar).

6) Grabkapellen. „Kapellen, welche Familien oder Privatpersonen im Friedhofe bei ihren Gräbern errichten, sind Privatkapellen“ Can. 1190. „In diesen Grabkapellen kann der Ortsordinarius ständig auch die Lesung mehrerer heiligen Messen erlauben“ Can. 1194. In ihnen kann der Sonntagspflicht genügt werden Can. 1249.

§ 5. Der Altar.

I. **Quellen:** Cann. 1197—1202; 239 § 1 nn. 7. 10; 323 § 2; 822 §§ 1—3; 823 §§ 2—3; 916—18; 1165 § 5; 1268. — „Der christliche Altar und sein Schmutz“ von Andreas Schmid (1871). — „Der christliche Altar in seiner geschichtlichen Entwicklung“ von Jos. Braun S. J. (1924).

II. **Begriff.** Der Altar ist ein steinerner Tisch mit Reliquien für die eucharistische Opferfeier Can. 1198 §§ 1 et 4. Jeder Altar soll aus einem einzigen unverkehrten und unzerreißbaren Naturstein bestehen Can. 1198 § 1, von solcher Größe, daß er wenigstens die Hostie und den größeren Teil des Kelches faßt Can. 1198 § 3. Jeder Altar muß nach Maßgabe der liturgischen Gesetze einen Hohlraum für die Reliquien von Heiligen haben (sepulchrum), welcher mit einem Stein verschlossen wird ibi § 4 (sigillum, operculum).

1) a) Die Christen zur Zeit der Apostel besaßen einen Opferaltar (altare, *θυσιαστήριον*) Hbr 13, 10, welchen Paulus „Tisch des Herrn“ (mensa Domini) im Gegensatz zum „Opferaltar“ der Juden und zum „Tische der Dämonen“ nennt 1 Kor 10, 21. 16—20. Daß der ursprüngliche Opfertisch aus Holz oder aus Stein sein konnte, liegt auf der Hand. Man nahm, was man Würdiges zur Hand hatte. — b) Das Reliquiengrab wird im „*liber Pontificalis*“ erwähnt, möglich daß Papst Felix I. (272—73) die Messfeier „über den Gräbern oder Gedächtnissen der Märtyrer“ anordnete; freilich bemerkt hiezu Baronius (1538—1607) in seinen *Annales* ad 275 § 2 mit Recht, daß Felix eine uralte Sitte schriftlich festlegte; ebenso Tillmont (1637—98).

Wohl lehnt F. Wieland in seiner Schrift „Mensa und Confessio, Studien über den Altar der altchristl. Liturgie I. der Altar der vor- konstantinischen Kirche“ 1906 für diese Zeit das Altargrab ab (S. 156), allein dem steht entgegen das *liber Pontificalis* (s. oben), sowie die Tatsache, daß man sehr frühe für Kirchenkonsekrationen Reliquien der Märtyrer für notwendig hielt; vgl. Ambrosius ad Marcellinam ep. 22 n. 1. Der Aufforderung der Mailänder „Weihe sie ein (die Ambrosianische Basilika) wie du die römische Basilika eingeweiht hast“, antwortete A.: „Recht gerne, wenn ich Reliquien heiliger Märtyrer auffinden kann“; „Ambrosius“ von Alois Baudard (1873) S. 264; St. Augustin über die mensa Cypriani (Migne P. L. 38, 107. 1397. 1413); Kaufmann C. M.: „Epigraphik“ S. 218 f.; Banfow: II S. 55. — Eugippius: Vita S. Severini cc. 22—23: „Basilicae extra muros oppidi Batavini, in loco nomine Boiotro trans Haenum (Oenum) fluvium constitutae . . . Martyrum reliquiae quaerebantur“.

c) **Steinaltäre.** Das römische Brevier enthält am 9. November lect. VI. die Bestimmung des Papstes Silvester I., „daß fürderhin die Altäre nur aus Stein erbaut werden sollten“; vgl. das Konzil von

Ep a o n (Burgund 517) in cn. 26: „Altaria, si non fuerint lapidea, chrismatis unctione non consecrentur“; vgl. c. 31 D. 1 de consecr. (H e f e l e: Konziliengeschichte II 684).

2) Der Altarstein muß ein ganzer d a u e r h a f t e r Stein sein („lapis non friabilis“) Can. 1198 § 1. Ausgeschlossen ist ein Kunststein, z. B. aus Gips oder Zement S. R. C. d. 29. Apr. 1887 in Lamacen. ad III. Geduldet wurden für die Diözese Zamago (Portugal) bereits konsekrierte Altäre aus Spaltstein (Schichtenstein, lapis schistus) ibi ad II, womit jedoch die Neukonsekrierung nicht bewilligt erscheint (ME. 25, 137). Ist der Stein schon vor der Konsekration gebrochen gewesen, so kommen die Grundsätze für die Entheiligung des Altares Can. 1200 zur Anwendung, auch wenn die Zusammenfügung die Spuren des Bruches vollständig verwischt hat.

3) Grundgesetz für die G r ö ß e eines jeden Altarsteines ist, daß er die Hostie und den größeren Teil des Kelches fasse Can. 1198 § 3. Darum kann auf einem „Basilikaaltar in orientalischer Form“ das heilige Opfer von 4 Priestern zu gleicher Zeit dargebracht werden, wenn der Stein (mit einem Reliquienbehälter) die Opfergeräte der vier Priester faßt, nämlich je ein Kruzifix mit zwei Leuchtern und die Kanontafeln, die Hostie und den Kelch (ME. 21, 87).

4) Zur Gültigkeit der Altarweihe gehören: a) das Vorhandensein eines Reliquienbehälters im Steine (sepulchrum); b) die tatsächliche Vergung von Reliquien, von denen wenigstens eine von einem Märtyrer sein muß (Apoc. 6, 9; S. R. C. d. 6. Oct. 1837 D. A. n. 2777); c) der Verschluß des Behälters durch eine Steinplatte (oder wenigstens Metallplatte S. R. C. in Lauden. d. 23. Jul. 1892 ad IV, ME. VII², 198) mittels des Mörtels aus Kalk und Sand bzw. geriebenem Zegel), Zementes oder Gips, wobei in der Oratio des Pontifical (II 121) statt „calcis et sabuli“ die Ersatzmittel „caementi vel gypsi“ einzusetzen sind S. R. C. d. 4. Aug. 1905 ad I (ME. 24, 450 n. 18). Das „Sepulchrum“ kann sein oben in der Altarplatte (so immer bei Tragaltären), oder im „Stipes“ entweder vorne oder rückwärts oder unter der Mitte der Altarplatte. Da im letzten Falle das Sepulchrum unsichtbar ist, darf man Altäre, deren Konsekration sonst bezeugt ist, nicht wegen Mangels des Sepulchrum neu konsekrieren S. R. C. in Lauden. d. 23. Jul. 1892 ad VI (ME. VII², 198).

III. Einteilung. Man teilt die Altäre ein: 1) in Rücksicht auf die Verbindung mit dem Boden in *unbewegliche* und *bewegliche* Altäre; — 2) hinsichtlich äußerer Umstände in *Alt. des römischen oder eines morgenländischen Ritus* Can. 823 § 2; in *päpstliche* und sonstige *Alt.* *ibi* § 3; in *Hoch- und Seitenaltäre* (*altaria maiora seu principalia; a. secundaria*) Can. 1165 § 5; 1197 § 2, wovon einer der *Sakramentsaltar* ist Can. 1268; — 3) bezüglich des Ablassprivilegs in *privilegierte* und *nicht privilegierte Alt.* *Cann.* 916—18.

Unbeweglich ist der Altar, wenn seine Altarplatte zugleich mit dem Altarunterbau als ein Ganzes konsekriert wurde. Ein solcher Altar heißt *altare immobile* oder *fixum*, die Altarplatte heißt *mensa*, der Unterbau *stipes* oder *stipites* Can. 1197 § 1 n. 1. Die Altarplatte muß den ganzen Altar einnehmen; der Unterbau, welcher mit der Platte eng verbunden ist, besteht aus einem Stein oder wenigstens aus den vier Trägern (Säulen, *collumellae*), welche die Platte tragen Can. 1198 § 2. Unbrauchbar ist der Unterbau: a) aus *Ziegelsteinen* (*ex lateribus coctis sive coctilibus*) S. R. C. in Lincien. d. 5. Jul. 1901 (ME. 24, 412); b) aus *Metall*, wenn nicht die Bronzekapitelle reine Bekleidung des Natursteins sind S. C. R. in Pampilonen. d. 24. Maii 1901 ad I (ME. 24, 411); c) der Unterbau, welcher nicht den Altarstein, sondern ein *angefügtes Marmorgeßims* stützt, während dieses Geßims keinen Eintrag tut, wenn es der einheitlichen Verbindung zwischen Altarstein und Unterbau nicht schadet. S. R. C. in Aesina d. 25. Nov. 1904 (ME. 24, 450).

Beweglich ist der Altar, wenn entweder nur eine meist kleine Altarplatte (ohne Unterbau) konsekriert wird oder wenn ein Altar zwar einen Unterbau hat, aber dieser der Konsekration aus irgend einem Grunde entbehrt. Beide Arten nennt man *altaria mobilia*; der Altar ohne jeden Unterbau wird *ara portatilis* oder *petra sacra* genannt Can. 1197 § 1 n. 2.

Ist die Kirche geweiht, so muß wenigstens ein Altar, namentlich der Hochaltar, unbeweglich sein; in einer nur gesegneten Kirche können alle Altäre bloß bewegliche Altäre sein Can. 1197 § 2.

IV. Weihe. Soll das Messopfer auf einem Altare gefeiert werden können, so muß er nach den liturgischen Gesetzen geweiht sein, und zwar der unbewegliche ganz, der bewegliche dem Altarsteine nach Cann. 1199 § 1; 822 § 1; Pontificale Rom. II 90, 123. — Die beweglichen Altäre können — abgesehen von besonderen Privilegien — alle Bischöfe weihen; die unbeweglichen jene, welche die Kirchen weihen können Cann. 1199 § 2; 1155. — Die Weihe der unbeweglichen Altäre soll, so ziemt es sich, an den Sonn- und Festtagen vollzogen werden Cann. 1199 § 3; 1166 § 1.

1) Der unbewegliche Altar ist ganz („totum“) zu weihen, also außer der Weihe der Altarplatte auch die Verbindung dieser mit dem Unterbau (Pontif. Rom. II 117). Bischof Franziskus Maria Doppelbauer von Linz erhielt von der Ritenkongregation die Vollmacht, bei Altären, welche trotz eines bloßen Ziegelsteinbaues konsekriert worden waren, die vier Steinsäulen zu ergänzen und die Salbungen an den Verbindungen privatim oder durch einen Stellvertreter zu wiederholen S. R. C. in Lincien. d. 5. Jan. 1901 (ME. 24, 412).

2) Tragaltäre können weihen: a) alle Bischöfe; b) die Kardinäle Can. 239 § 1 nn. 7 und 20; 1157; c) die Äbte und Prälaten mit Eigengebiet Can. 323 § 2; d) die Apostolischen Vikare und Präfecten Can. 284 § 2; e) Priester mit Apostolischem Indult; die Alle müssen in den Fällen b—d von Bischöfen geweiht sein. — Unbewegliche Altäre können gültig weihen die Bischöfe, Kardinäle und Äbte und Prälaten mit Eigengebiet (wie oben); erlaubt erweise die Ortsordinarien und in den eigenen Titelfkirchen die Kardinäle und die von jenen (O.D.) Bevollmächtigten Cann. 1155; 1147.

V. Verlust der Altarweihe. (Entheiligung, exsecratio). Die Altarweihe geht bei jedem Altare verloren: 1) durch einen bedeutenden Bruch der Altarplatte, bedeutend sei es durch die Größe des Bruchstückes, sei es durch den Abbruch eines gesalbten Teiles; 2) durch die Entfernung der Reliquien, durch den Bruch oder die Entfernung des Deckels, welcher den Reliquienbehälter schließt Can. 1200 § 2. Für die Weihewiederholung durch den Bischof oder einen von ihm delegierten Priester hat das neueste R. R. eine kürzere Form vorgesehen in App. pag. 586 n. II; 386 n. II (Pustet).

Die Altarweihe geht nicht verloren: a) wenn der Bischof oder sein Bevollmächtigter (= Priester vgl. b) den Deckel (sigillum) abhebt zu dessen Befestigung, Verbesserung oder Auswechselung, oder zur Prüfung der Reliquien Can. 1200 § 2 n. 2; b) wenn der Deckel nur leicht gebrochen ist, so daß

jeder Priester den Riß mit Zement zusammenfügen kann ibi § 3; c) wenn nur die Kirche entheiligt oder entweiht wurde ibi § 4. Auch umgekehrt bewirkt die Entheiligung des Altars nicht die Entheiligung der Kirche ibi § 4.

3) Der unbewegliche Altar verliert die Weihe, wenn die Tafel der Platte auch nur auf einen Augenblick vom Unterbau getrennt wird; in diesem Falle kann der Ordinarius erlauben, daß ein Priester die Altarkonsekration wieder vollziehe in einer kürzeren Ritualformel Can. 1200 § 1. R. R. App. pag. 584 I oder 385 (P.). Es ist sicher, daß durch die Entfernung der Platte der Altar aufhört ein fester (*altare fixum*) zu sein, doch ist es wahrscheinlich, daß er als beweglicher Altar betrachtet werden kann Can. 1197 § 1 n. 2; S. R. C. in Gnesnen d. 8. Jan. 1894 ad I (ME. 8², 173). Zur Wiedererlangung des Charakters eines *altare fixum* ist notwendig, daß die Teile wieder fest verbunden und durch den Ordinarius oder einen von ihm bevollmächtigten Priester geweiht werden auch in der kürzeren Form.

VI. Der Altarpatron (*titulus*) Can. 1201. „Wie die Kirche, so soll auch jeder Altar, wenigstens jeder unbewegliche Altar, seinen eigenen Patron (*titulus*) haben (§ 1). Der Haupttitel des Hochaltars muß mit der Kirche gleich sein (§ 2). Der Patron des beweglichen Altares kann zwar mit Erlaubnis des Ordinarius geändert werden, nicht aber jener des festen Altares (§ 3). Seligen können Altäre nur auf Grund eines Apostolischen Indults geweiht werden, auch in jenen Kirchen und Kapellen, denen Brevier und Messe bewilligt sind (§ 4)“; vgl. Can. 1168.

VII. Die Heilighaltung aller Altäre (ob unbeweglich oder beweglich) fordert die Fernhaltung 1) jeder zweckfremden Benützung Can. 1202 § 1; 2) der Beisetzung einer Leiche in der Nähe des Altares § 2.

Zweckentsprechend wird der Altar zum Gottesdienste, namentlich zum heiligen Messopfer verwendet; „ausgeschlossen soll durchaus jeder weltliche Gebrauch sein“. Bei den Segnungen des Kirchenjahres beachte man die Rubriken des Missale oder Rituale. Die Kerzen am Lichtmessstage und die Palmen am Palmsonntage sind „vor dem Altare oder bei der Epistelseite“ aufzustellen, während die Asche am Aschermittwoch auf dem Altare (in einem Gefäße) steht. Die Speisen am Osterfeste, die Weingefäße am Johannestage (27. Dez.) oder die Blumen, Kräuter und Früchte an Mariä Himmelfahrt usw. gehören

nicht auf den Altar. — Mißbräuche schleichen sich leicht ein; so in kleineren Kirchen, wo die Seitenaltäre zuweilen zum Aufbewahren von Hüten, Korbchen, Schirmen usw. verwendet werden; nicht selten werden sie als Grundlage des Blumenschmudes benützt. — „Unmittelbar unter dem Altare soll kein Leichnam geborgen sein“ Can. 1202 § 2; dies gilt sowohl vom Altarstein als vom Altaraufbau. Befindet sich der Leichnam nicht unmittelbar unter dem Altar, sondern in einem Raum, den eine Mauer vom Altare trennt, so wäre das nicht unerlaubt, Epitome II n. 509. — Wurden Leichen von Geistlichen oder Laien in der Kirche oder Kapelle begraben, so ist zu prüfen, ob sie wenigstens einen Meter von einem Altare entfernt liegen. Beträgt die Entfernung weniger, so darf man auf dem Altare nicht zelebrieren, bis der Leichnam weiter abgerückt wurde. Nach der früheren CC. der Ritenkongregation (Can. 6 n. 2) darf der Maßstab eines Meters aufgefaßt werden nach dem ungefähren Augenmaß, wobei einige Zentimeter weniger nichts verschlagen; auch darf der Altar zum Zelebrieren benützt werden, wenn an demselben zelebriert werden muß und die Beschaffung des Leibes nicht gut möglich ist. Ep. II n. 509. Die Leiber der Heiligen (oder Teile derselben) dürfen unter dem Altarstein oder zu beiden Seiten des Kreuzes am Altare aufbewahrt werden Cann. 1281—89; die Leiber (Reliquien) der Seligen nur in jenen Kirchen, wo ihr Kult vom Apostolischen Stuhl gestattet ist Can. 1287 § 3.

VIII. Beachtenswertes: 1) Der Kodex regelt den weiteren Aufbau und Schmuck der Altäre nur im allgemeinen Cann. 1164; 1296 § 3; 1302. Der Altarüberbau (Baldachin, ciborium) und Aufbau (Rückwand mit Altarbild, retabulum) müssen demnach dem Stil der Kirche entsprechen.

2) Zur Gewinnung des Altarprivilegs (Can. 918) gilt auch jener Altar als fest, der einen Tragaltar in einem festen Rahmen aus Stein oder Holz enthält, C. der S. C. Indulg. d. 18. Jul. 1902.

§ 6. Das kirchliche Begräbnis.

A. Allgemeines.

Quellen: Cann. 1203—42; 2260 § 2; 2271—72; 2275; 2350.

I. Die Leiber der verstorbenen Gläubigen sind zu begraben (zu beerdigen); die Verbrennung (crematio) derselben ist verurteilt. Can. 1203 § 1, vgl. Can. 5. Wenn jemand in irgend einer Form die Einäschierung oder Verbrennung seines Leibes angeordnet hat, so ist es unerlaubt, diesen Willensauftrag auszuführen; eine solche Anordnung, findet sie sich einem Vertrage, Testamente oder einem sonstigen Akte beigelegt, gilt als nicht beigelegt Can. 1203 § 2.

II. Das kirchliche Begräbnis besteht, wenn nicht ein gewichtiger Grund entschuldigt, in drei Akten, nämlich in der Erhebung und Überführung des Leichnams zur Kirche

(*elevatio et translatio*), der Abhaltung der Leichenfeier in der Kirche (*exsequiae*) und in der Beisetzung an dem für verstorbene Gläubige gesetzlich bestimmten Orte (*sopultura*) *Cann.* 1204, 1215.

Mit diesem Kanon stimmt das Römische Rituale überein, dessen wichtigste Bestimmungen hier kurz angegeben werden, damit die kirchenrechtlichen und liturgischen Bestimmungen, welche das Rit. Rom. voraussetzen, besser verstanden werden.

1) Die Erhebung und Übertragung des Leichnams (*elevatio et translatio*) Rit. Rom. tit. 6 ep. 3 nn. 1—5. Die Leichen sollen ihrem Stande entsprechend gekleidet sein; neben den gewöhnlichen Kleidern tragen die Kleriker Talar und Chorrock (*superpelliceum*) mit Tonsur; vom Subdiaconat aufwärts außer dem Talar die vorgeschriebene liturgische Gewandung; also alle Majoristen Schultertuch, Albe, Zingulum; der Subdiacon Manipel und Tunizella; der Diacon Manipel, Stola von der linken Schulter zur rechten Seite und Dalmatika, der Priester Manipel, Stola und Kasula R. R. tit. 6 c. 1 nn. 12—16. „Der Bischof wird bekleidet, wie er im Leben angetan war, sooft er feierlich zelebrierte, mit einfacher Mitra Ceremoniale *Episcoporum* l. 2 ep. 38. n. 10; jeder Erzbischof und Palliuminhaber wird auch mit diesem Gewandstück geschmückt, ibi; hatte ein Erzbischof zwei Pallien, so wird sein Leib mit dem neueren geschmückt, während das frühere unter seinem Kopf oder ausgebreitet auf seinem Körper zu liegen kommt, S-L: *Praelectiones*² I 8 n. 10 (am Ende). Obschon die liturgischen Bücher des R. R. und Cer. Epp. cc. II. die violette Farbe der Paramente vorschreiben, so gestattete die S. R. C. am 20. Nov. 1908 für *Compositella* (ME. 21, 60) bei Priestern die Benützung schwarzer Messkleider, „besonders in Anbetracht der Gewohnheit und der Rubrik des R. R., welches violette Paramente vorschreibt, aber schwarze nicht ausschließt“.

Von der Pfarr- oder beerdigenden Kirche aus zieht der Klerus zum Sterbehause, wo sich die Prozession ordnet. Vorausgeht das Kreuz der beerdigenden Kirche (oder der Domkirche, wenn sich das Kapitel als solches beteiligt S. R. C. n. 2861), getragen von einem Kleriker, während ein anderer das Weihwasser hält. Ihm folgt der Klerus (Ordens- und Weltgeistlichkeit) mit Lichtern (Kerzen oder Fackeln), auf dem Wege die vorgeschriebenen Psalmen chorweise singend. Dem Klerus schließt sich der Pfarrer (Offiziator) an, angetan mit Chorrock und schwarzer Stola (oder auch mit schwarzem Rauchmantel); es folgt der gefahrene oder getragene Sarg mit der Leiche und der Zug der Teilnehmer, in der Stille betend. Das Bahrtuch ist stets von schwarzer Farbe, außer bei den vor dem Vernunftgebrauch gestorbenen Kindern, *Directorium de Seoul* (1923) n. 345; *R u n z*: Dienst des Mesners S. 25, 94; vgl. S. R. C. d. 31. Aug. 1872 n. 3263. Sind Laienbruderschaften vorhanden, so gehen diese dem Klerus voran Rit. Rom. c. I. nn. 1. 2. Reihenfolge des Ritus: Weihwasserbesprengung; Antiphon *Si iniquitates* und Psalm *De profundis*; Erhebung des Leichnams (*elevatio*); Ant. *Exsultabunt* mit Psalm *Miserere* und wenn nötig anderen Psalmen, Ant. *Exsultabunt*; nach Betreten der Kirche folgt das *Responatorium*

„Subvenite“; Aufstellung des Sarges auf der Tragbahre (*tumba*) in der Mitte der Kirche, und zwar so, daß die Füße der Verstorbenen zum Hochaltare der Kirche bzw. zum Altare der Kapelle gekehrt sind, bei verstorbenen Priestern das Haupt, R. R. tit. 6 c. 1 n. 18 (*translatio*).

2) Die kirchliche Leichenfeier. Zunächst werden die Kerzen bei der Bahre (nicht am Altare) angezündet, worauf der Klerus das Totenoffizium singt oder rezitiert, bestehend aus dem Invitatorium, den drei Nocturnen und den Laudes mit dem Schlußgebete Absolve, R. R. tit. 6 c. 3 nn. 4 und 5. Wegen eines vernünftigen Grundes (Kürze der Zeit) genügt die erste Nocturn mit oder auch ohne Laudes, das Invitatorium soll nicht fehlen; bei zwingendem Grunde könnte auch die eine Nocturn wegleiben, niemals aber die Gebete (*Pater noster* bis zur Oration) c. 1. n. 5. c. 1. nn. 16 und 17. Dann folgt das Requiem oder die Beisetzungsmesse. Nach dem Trauer- oder Leichenamte hält der Priester die Absolution an der Bahre, wo der Subdiakon mit dem Kreuze (Kreuzträger) stets zu Häupten des Verstorbenen steht, während der Klerus die Bahre im Kreise umgibt. Nach der Oration „*Deus, cui proprium*“ sind die Exsequien zu Ende (*exsequiae*). Bei gewöhnlichen Beerdigungen ist es vielfach außer Gebrauch gekommen, den Trauergottesdienst in Gegenwart der Leiche innerhalb der Kirche abzuhalten; vielmehr wird das Traueramt (Trauermesse) in Abwesenheit des Leichnams vor oder nach der Beerdigung gehalten; so in Deutschland und Österreich, Haring: *RR*³. S. 577 f.; zuweilen können ortspolizeiliche oder gesundheitsamtliche Verbote vorliegen, Eichmann *RR*² § 175 S. 420; das Bayer. PolizeiStrGB. enthält im Art. 61 kein klares Verbot. Dagegen können in Spanien die Leiber nicht in die Kirchen gebracht werden, Pellicer y Guin: *Tratado de Derecho civil* vol.² pag. 159; Ferreres: *Inst.* II n. 138. In Korea ist es der Klugheit der Missionäre überlassen, die Leiber in die Kirchen zu lassen oder sie im Grabe beizusetzen, *Directorium de Seoul* nn. 17. 345. — Wird der Leichnam nicht in die Kirche gebracht, so wird besonders bei höheren Klassen in der Kirche (im Presbyterium) ein Trauergestüst (*Katafalk, tumba, castrum mortis*) aufgerichtet, welches die Tragbahre mit dem Sarg und Leichnam darstellen soll. Dasselbe ist bei Leichenbegängnissen der Erwachsenen mit einem schwarzen Bahrtuch bedeckt und mit Leuchtern sowie Blatt- und Trauerpflanzen geschmückt. Auf die Tumba kommen nur die Abzeichen der Würde und Stellung des Verewigten, nicht dessen Bild, noch weniger Kreuz und Leuchter; vgl. Kunz *Christian*: „Der Dienst des Mesners“ § 10 Anhang n. 3., vgl. S. R. C. d. 31. Aug. 1872 n. 3263.

3) Die Beisetzung. Der Leichnam wird zum Grabe getragen, wobei Kleriker den Antiphon singen „*In paradisum*“. Das Grab wird geweiht, wenn es der Weihe entbehrt durch Oration, mit der Besprengung und Veräucherung des Leichnams und Grabes R. R. tit. 6 cp. 3 nn. 12. 13., dann folgt Antiphon *Ego sum* mit *Benedictus*, Kyrie, *Christe* und *Kyrie eleison*; *Pater noster* mit Besprengung, Versikel, *Responsorium*, Oration: drei Schlußversikeln und *Responsorien*. Ohne weiters verläßt der Priester das Grab, den Psalm *De profundis* mit Ant. *Si iniquitates*, Versikeln und Oration betend (*depositio*).

Das ist der Beerdigungsritus der Römischen Kirche, in unseren Gegenden der Ritus für die Exequien, welche sich in der Kirche vollziehen, also der Bischöfe, Äbte oder der sonstigen Privilegierten. Sonst halte man sich an die Diözesan- und Ordensritualien.

4) Wenn ein *Diafon* mit Erlaubnis des Ordinarius oder Pfarrers aus gewichtigem Grunde die beschriebene Beisetzung zu vollziehen hat, so wird nichts geändert R. R. tit. 6 c. 3 n. 19.

B. Die Leichenverbrennung: *Crematio cadaverum*.

I. Die Kirche hält auch im Rode fest an dem *Verbot* der Leichenverbrennung oder Einäschung. Auch einzelne Glieder von Leibern der Katholiken dürfen nicht verbrannt werden, S. Off. d. 3. (6.) Aug. 1897 (ME. X 2, 4). Aus den Cann. 1203; 1240 § 1 n. 5; sowie aus den Dekreten des heiligen Offiziums vom 19. Mai 1886; 15. Dez. 1886 und 27. Juli 1892 (*Santi-Leitner*: „Praelectiones“⁴ III 27 n. 40) ergeben sich folgende Sätze:

1) Wer die Verbrennung des eigenen Körpers anordnet, sündigt schwer Can. 1203; verharret er in diesem Willen bis zum Tode sicher und unzweifelhaft, so ist er des kirchlichen Begräbnisses beraubt Can. 1240 § 1 n. 5. Wer mit vollem Bewußtsein die Bestimmung der Einäschung nicht zurücknimmt, kann nicht absolviert werden. S. Off. d. 27. Jul. 1892 ad I.

2) Wer sich Gesellschaften (Vereinen uñw.) mit dem Zwecke, die Leichenverbrennung zu befördern, anschließt, sündigt schwer; haben diese Gesellschaften freimaurerischen Charakter, so treffen ihn die Strafen gegen solche Vereine: die dem Ap. Stuhle einfach vorbehaltene *Erfommunikation* Can. 2335 (neben Strafen f. s. für Miter und Ordensleute Can. 2336), und die *Berabung* des kirchlichen Begräbnisses Can. 1240 § 1 n. 1, E. des heiligen Offiziums vom 14. Mai 1886.

3) Wer die Einäschungsanordnung eines anderen ausführt, handelt unerlaubt, da ja jede derartige Anordnung vor dem Gewissen der Geltung entbehrt Can. 1203 § 2. Um so mehr verfehlt sich derjenige, welcher aus eigenem Antriebe ohne oder gegen den Willen des Verstorbenen die Einäschung befiehlt oder anordnet, Dekret des heiligen Offiziums vom 19. Mai 1886. Es ist klar, daß im letzteren Falle der Verstorbene der kirchlichen Leichenfeier nicht verlustig

geht, ausgenommen die kirchliche Begleitung bis zum Verbrennungsorte; ein etwaiges Argernis muß durch Darlegung der Tatsache entfernt werden. Dekret des heiligen Offiziums vom 15. Dez. 1886.

4) Die formelle Mitwirkung zur Einäschierung ist niemals erlaubt, (also die Mitwirkung durch Auftrag, Rat oder mit der Absicht, die Einäschierung zu fördern), dagegen kann die rein materielle Mitwirkung aus wichtigem Grunde geduldet werden, so die Mitwirkung der Ärzte, Beamten, Arbeiter.

5) Das heilige Messopfer darf für die Seelen von schuldlos Eingäscherten auch öffentlich dargebracht werden (oben 3); für die Seelen der aus eigener Schuld Eingäscherten nur *privatim* mit Vermeidung des Argernisses Can. 809; 2262 § 2 n. 2; S. Off. d. 27. Jul. 1892 ad II (ME. IX 1; 30); stets sind ausgeschlossen die Weisungsmessen und Jahrtagsmessen Can. 1241.

6) Obige Leitsätze gelten inmer, zunächst wohl von „tendenziösen Leichenverbrennung, dem äußeren Kennzeichen der Religion der Urne gegenüber der christlichen Religion des Grabes“, dann aber auch von der Einäschierung aus gewissen Vorurteilen so aus der Furcht, lebendig begraben zu werden, oder aus dem Wunsche, die Aschenreste einer teuren Person stets um sich zu haben; vgl. LDC. 1926 S. 570—572.

II. Beurteilung der Feuerbestattung im Lichte der **Kirchen- und Weltgeschichte**. Im Alten Bund geschieht einer Leichenverbrennung Erwähnung in 1 Sm 31, 11—13; ebenso bei Am 6, 10; ohne Zweifel geschah die Verbrennung der Weichteile aus Dringlichkeitsgründen: Sauls Leichnam mochte schon in Verwesung übergegangen sein; bei Amos herrschte die Pest. Die Stellen 2 Par 16, 14 (Asa); 21, 19 (Joram) und Jr 34, 5 haben wahrscheinlich eine Leichenehrung durch Verbrennung von Spezereien im Auge zu Ehren des Verstorbenen; doch war auch anderswo eine Verbrennung von Wohlgerüchen bei der Leicheneinäschierung üblich; vgl. R r i e g G.: Römische Altertümer³ § 136 S. 260.— Abgesehen von diesen Fällen geschahen Verbrennungen von Menschen (oder Götzenbildern) aus Abscheu und zum Zwecke der gänzlichen Zerstörung, z. B. Lv 20, 14 (Vielweiberei und

Blutshande); Ex 32, 20 und Dt 9, 21 (Vernichtung des goldenen Kalbes); Jf 30, 33 (Vernichtung Assurs durch Feuer). Im allgemeinen beherrscht das Alte Testament der Gedanke: „Von der Erde bist du, zur Erde wirst du zurückkehren“ Gn 3, 19; Ps 145, 4; Ps 3, 20 und 12, 7; Sir 40, 11 und 41, 13.

2) Die katholische Kirche hält unentwegt an der ehrwürdigen Überlieferung der Erdbestattung fest, nicht als ob es Gott unmöglich wäre, die Verbrannten zum ewigen Leben zu erwecken 1 Kor 15, 36. 44. 50, sondern weil die Kirche das äußere Zeichen des Glaubens an die Auferstehung der Leiber („Wenn das Samenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein“ usw. Joh 12, 24, wie Christus Mt 27, 60; Mt 15, 46; Lk 23, 53; Joh 19, 38—42, Apg 13, 23) gegenüber den Bestrebungen der Freimaurerei („Die Religion der Urne“) gewahrt wissen will und weil die Kirche in dem Leib eines jeden Christen den Tempel des Heiligen Geistes und ein Glied vom Leibe Christi, geheiligt durch den Sakramentsempfang, sieht (1 Kor 3, 16—17; 6, 13—20), der nicht gewaltsam zerstört werden darf, vgl. c. 1 De sepulturis (III 6) in Xvagr. com. (Bonifaz VIII). Darum verlangt die Kirche die Beisetzung auch eines jeden abgetrennten Gliedes eines Getauften in geweihter Erde, C. des hl. Off. vom 3. Aug. 1897.

3) Die Geschichte der Leichenverbrennung in den christlichen Ländern zeigt, daß diese Bewegung zum größten Teil eine *Mache* ist. Erst die französische Umwälzung 1789 ff. brachte die Einäscherung; erst seit fünfzig Jahren gelang es der Freimaurerei, die Bewegung in Fluß zu bringen (1. Leichenverbrennungsöfen in Deutschland zu Gotha 1876, eröffnet 1878). Auf dem Wege der gerichtlichen Entscheidung wurde die Leichenverbrennung in Bayern als erlaubt erklärt, da sie nicht verboten sei BGH. 13. Nov. 1912. — „In Bulgarien gibt es keine Krematorien“, Zankow II § 19 S. 56.

III. Praxis der Andersgläubigen. Die Katholiken sind in der Frage nicht einig; auch das Verhalten ihrer Behörden hat sich geändert. Noch 1896 sprachen sich auch die protestantischen Kirchenbehörden gegen die Zulassung der Feuerbestattung in Bayern aus. Am 28. Januar 1910 hat das protestantische Oberkonsistorium bei der Überführung der Leichen zur Verbrennung eine kirchliche

Feier genehmigt auf Grund eines Beschlusses der bayerischen Generalsynode (Karl H. Fischer: „Die Leichenverbrennung und das bayerische Recht“ 1911 S. 10). — Auch ist sonst in Deutschland gegenwärtig „ziemlich durchgängig die geistliche Beteiligung bei der Feuerbestattung freigegeben. Eine kirchliche Mitwirkung bei Beisetzung von Aschenresten ist überall für unzulässig erklärt worden“, Schwarzlose: „Deutsches evangelisches Kirchenrecht“ (1924) S. 211—12.

Gegen die Einführung der Feuerbestattung bzw. die Beteiligung evangelischer Geistlicher an den Einäscherungsfeiern richtete sich eine mit mehr als 52 000 Unterschriften versehene Bittschrift gläubiger Protestanten an den „Evangelischen Oberkirchenrat Preußens“ folgenden Inhalts (nach der „Kreuzzeitung“ bzw. der „N. P.“ vom 3. März 1906 Nr. 50): „Da die Erdbestattung allein der Heiligen Schrift und den Liedern und Gebeten der evangelischen Kirche entspricht und mit dem christlichen Glauben aufs engste verwachsen ist, da die Einführung der Leichenverbrennung die noch vorhandene Einheit der christlichen Volksfrömmigkeit ohne Grund und Nutzen zerstören würde, da, wenn erst Städte und Gemeinden die Leichenverbrennung eingeführt haben würden, mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie mit der Zeit unter naheliegenden Vorwänden auch dem gläubigen Christen die Erdbestattung erschweren und verhindern würden, da die Beteiligung evangelischer Geistlicher bei der heidnischen Sitte der Leichenverbrennung das Vertrauen aller ernstlichen Christen zu ihnen erschüttern müßte, richten wir an den Evangelischen Oberkirchenrat die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß auch für alle Zukunft jede amtliche Beteiligung der evangelischen Geistlichen bei der Leichenverbrennung unterbleibt, bitten ihn auch, bei der kgl. Staatsregierung und dem Landtag im Namen der evangelischen Kirche mit Nachdruck gegen die Einführung der Leichenverbrennung seine Stimme zu erheben.“

Als die Bischöfe Bayerns am 19. Dezember 1912 einen gemeinsamen Hirtenbrief gegen die Leichenverbrennung erließen, so konnte die „Laubhütte“, ein israelitisches Familienblatt, herausgegeben von Distriktsrabbiner Dr. Seligmann Mayer in Regensburg, in Nr. 6 vom 6. Februar 1913 erklären: „Diesen Vorschriften kann auch jeder Jude zustimmen, dem die Heilige Schrift die Offenbarung Gottes ist, unter deren Autorität er sich beugt“. Tatsächlich wurde auch zweien Juden, welche ihre Leichenverbrennung angeordnet hatten (Magistratsrat Lebrecht in München und Kaufmann Nathan in Regensburg), daß religiöse Zeremonien verweigert.

IV. Die Leichenverbrennung nach dem Urteil der Rechtspflege. Es ist nicht zu leugnen, daß durch die Leichenverbrennung fast jede Spur eines begangenen Verbrechens verwischt wird auch trotz der genauesten Leichenschau, welche zunächst dem allgemeinen

Zwecke dient, den Tod festzustellen, und welche darum nicht geschärft wird durch das besondere Ziel der Aufdeckung eines Verbrechens, namentlich bei Vielbeschäftigung der Leichenschauer.

Seit dem Jahre 1910 seien einige Fälle erwähnt: a) Der Fall *Niederhoser-Hendjchel*, letzterer wurde von dem ersteren getötet und im Zirkus zu München verscharrt; die Untersuchung der Leiche ergab die Todesursache. b) In *Milbertshofen* bei München tötete ein Dienstmädchen 6—7 Kinder ihrer Herrschaft durch Einführen einer Nadelspitze in den Schädel der Kinder. c) Am 23. Jan. 1911 wurde in *Wörishofen* die Leiche eines sechsundzwanzigjährigen Mädchens ausgegraben und seziert, welches an dem Antikonzeptionsmittel einer Züricher Frau trotz ärztlicher Hilfe verstorben war (A. A. 1911 Nr. 25 S. 5). d) Seit Jahren hat keine gerichtliche Untersuchung einer Todesursache solch allgemeines Aufsehen hervorgerufen als diejenige, welche in *Sove bei Brighton* (England) stattfand. Im Jahre 1912 starb dort ein junger Millionär namens *Erich Trivaniön*, welcher sein ganzes Vermögen seinem Freunde *Roc* vermacht hatte. Auf Antrag der Verwandten des Tr. wurde seine Leiche ausgegraben und einer zweiten Sektion unterzogen. Diese ergab, daß Tr. die enorme Menge von fast 150 Grains (1 Grain = 64,799 Milligramm) *Veronal* zu sich genommen hatte, welche genügen, 8—10 Personen zu töten („D. Z.“ vom 31. Januar 1913). Diese Fälle könnten noch ins ungezählte vermehrt werden; indes genügen sie, um zu zeigen, daß die Erdbestattung dem gerichtlichen Beweisverfahren günstig gegenübersteht, während die Spuren des Verbrechens durch Einäscherung fast ganz ausgetilgt werden.

V. Die **Einwände** zugunsten der **Leichenverbrennung** lassen sich hauptsächlich auf drei zurückführen:

1) Die Leichenverbrennung bietet weniger Gefahren für die **Gesundheit**. „Die Feuerbestattung beseitigt alle Krankheitserreger, alle Ansteckungsstoffe in kürzester Zeit und in vollkommenster Weise. Sie vollendet in ein paar Stunden den Auflösungsprozeß, zu welchem das Erdgrab Jahrzehnte braucht, ohne daß daraus irgendwelche Schädigungen und Belästigungen für die lebenden Menschen entstehen“. — A. Wenn auch der Auflösungsprozeß im Erdgrabe (als ein natürlicher Prozeß) längere Zeit beansprucht, so beseitigt doch die Beerdigung alle Krankheitsstoffe **s o f o r t** und zwar mit um so ausgedehnterer Sicherheit, weil ja das Erdgrab fast **ü b e r a l l** zu haben ist, während das System der Leichenverbrennung sich unmöglich allerorts durchführen läßt. Das Trinkwasser in oder bei Friedhöfen ist ebenso gesund wie sonst wo, sind ja doch die Totengräber meist langlebige Leute. In Hamburg waren die Häuser in der Nähe der Friedhöfe von der furchtbar wütenden Cholera (8605 Menschen wurden vom August bis Oktober 1892 hinweggerafft; vgl. *Sch arl a u*: „Kämpfe“, 1919, S. 157—161) verschont geblieben. — Dagegen ist die Leichenverbrennung nicht ohne Gefahr und Belästigung für die Gesundheit; die bayr. Min. Bef. vom 28. Dez. 1912 (GWSl.

1912 S. 1301) ordnet eigens entsprechend hohe Schornsteine an. Die Überführung der Leichen oft aus weiter Ferne zum Leichenverbrennungsofen birgt Gefahren im Wege.

2) Die Feuerbestattung entspricht mehr dem Schönheitsgefühl, ist ästhetischer: „Vermibus erepti puro consumimur igni“. Diesen Grund suchte man vollstümlich zu machen, indem man den Fäulnisprozeß des Leibes nach verschiedenen Zeiträumen (Wochen, Monaten, Jahren) in greulichen Bildern darstellte. — A. In gleicher Weise wie den natürlichen Verwesungsprozeß kann man auch den natürlichen Verdauungsprozeß ekelhaft machen. Indes auch der unnatürliche Prozeß der Leichenverbrennung kann unmöglich ohne gewaltige Erschütterung vor sich gehen. „Der Flammentod der Zellen ist das Unnatürlichste, was es gibt, und wir müssen dazu gelangen, die Feuerbestattung als einen der größten Irrtümer der Zivilisation zu verpönen“, das ist das Urteil des berühmten Berliner Chirurgen Karl Ludwig Schleich in seinem „Schaltwerk der Gedanken“³ (37. A. 1922) S. 275, 279. Zuweilen tragen auch gewinnbringende Mächenschaften dazu bei, die Verbrennung doppelt unästhetisch zu machen, vgl. die Gothaer Verbrennungsgeschichte vom 21. Okt. 1910 („A. A.“ Nr. 298 vom 29. Okt. 1910).

3) Als wirtschaftlicher Grund zugunsten der Feuerbestattung wird hervorgehoben: In unserer Zeit verursacht es unendlich große Schwierigkeiten und Kosten für eine größere Stadt geeignete, entsprechend geräumige und von den menschlichen Wohnungen genügend entfernte Friedhöfe für die Erdbestattung zu schaffen. — A. Sollte das wirklich ein Übel sein, so liegt die Schuld eben in der Massensammlung der Großstädte. Man wird doch den verstorbenen Brüdern und Schwestern einige Spannen Erde gönnen, zumal die Friedhöfe mit ihren Rasen und Bäumen der Gesundheit einer Großstadt nicht wenig förderlich sind. — Übrigens dürfte die Herstellung und Erhaltung des Ofens; die Feuerung; die Errichtung und Erhaltung des Urnenfriedhofs; die vielen Leichenüberführungen mindestens auf die gleiche Summe zu stehen kommen, auch außerhalb der Kriegs- und der Kriegsfolgezeit. So sind in München von Neujahr bis Mitte Mai 1917 für Leichenverbrennung 600 Zentner Koks aufgegangen, während so und so viele minder bemittelte Familien froren („D.-B.“ vom 2. Juni 1917 Nr. 248).

Im großen Weltkriege 1914—18 kam die Feuerbestattung im Felde nicht zur Anwendung ganz in Übereinstimmung mit dem Gefühle der Soldaten und ihrer Angehörigen. — Einen merkwürdigen Einblick in den neuheidnischen Geist, aus welchem die Feuerbestattung hervorgeht, erhalten wir in der Tatsache, daß die Häufigkeit der Feuerbestattung Hand in Hand geht mit der Häufigkeit der Selbstmorde und der Ehescheidungen, sowie mit dem Rückgang der Geburtenziffern.

VI. Staatliche Bestimmungen. In Deutschland stellt das Reich die Grund s ä t z e für das Bestattungswesen auf, W. 11. Aug. 1919 Art. 10 Z. 5: Einstweilen gelten noch die L a n d e s g e s e t z e, z. B. Bahr. Verfassung v. 14. Aug. 1919 § 19, soweit nicht das Reichsgesetz denselben Abbruch tut.

Der bayer. VGH. erklärte am 29. Sept. 1916, „daß die Stadtgemeinde Amberg verpflichtet sei, die Beisetzung der Aschenreste des im Verbrennungsosen zu Nürnberg eingeäscherten Leibes eines gewissen Bankbuchhalters Hans Wein im Grabe Nr. 111 des St. Katharinenfriedhofes dafelbst zuzulassen“. Wenn der Verstorbene also ein Anrecht hat, in einem Friedhofe bestattet zu werden und wenn in der Friedhofordnung des betr. Friedhofes die Beisetzung der Aschenreste nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, so kann eine solche Beisetzung von der Friedhofseigentümerin (pol. Gemeinde oder Kirchenstiftung) verlangt werden. Daraus folgt, daß die Friedhofordnung die Beisetzung von Aschenresten ausschließen kann. Für „Bestattungsanstalten“ hat die bürgerliche Gemeinde, soweit ein Bedürfnis hiefür besteht, Sorge zu tragen, Bayr. BU. § 19 I und II.

C. Gegenstand der Bestattung.

Die Bedeutung der Überschrift wird ersichtlich durch die Worte des Can. 1213: „Kein Leib darf beerdigt werden, besonders wenn der Tod plötzlich eintrat, außer nach Verlauf einer entsprechenden Frist, die genügend ist, jeden Zweifel am wirklichen Hinscheiden vollständig zu heben“, R. R. tit. 6 c. 1 n. 3.

Erläuterung: 1) Unter „corpus, Leib“ ist nur der Menschenleib zu verstehen, freilich auch bezüglich seiner einzelnen Glieder. Die „Tierfriedhöfe“ sind Ausgeburten naturalistischer Anschauung oder hysterischer Überspanntheit.

2) S t e t s ist eine Zeit vom Tode bis zur Beerdigung abzuwarten, mit besonderer Sorgfalt bei plötzlichen Todesfällen. Wohl fordert dieses schon die Pietät gegen den Verstorbenen, allein der Hauptgrund liegt in den Worten „ad omnem de obitu dubitationem tollendam“. Die naturwissenschaftliche Forschung der Neuzeit hat jene Ansicht fast zu einer unzweifelhaften gemacht, welche unterscheidet zwischen dem Scheintod (mors apparens) und dem wirklichen Tode (mors realis). Durch eine Menge verschiedener Untersuchungen und Proben wurde nämlich festgestellt, daß der wirkliche Tod in der Regel nicht mit dem Ableben eintritt sondern erst einige Zeit später.

Sichere Zeichen des Todes sind nicht das Aufhören des Erkennens, der Sprache, der Empfindsamkeit gegenüber äußeren Reizen, der Muskulaturbewegung, der Atmung, der Herzschläge; das einzig sichere Zeichen des wirklichen Todes ist die Verwesung (der Fäulnisbeginn, die putrefactio). Der Scheintod kann einige Minuten, aber auch einige Stunden, ja sogar Tage dauern, je nachdem die Umstände verschieden
Leitner, Handbuch des kathol. Kirchenrechts. V.

gelagert sind (bisherige Gesundheit, Temperament, Schwere der Krankheit, Unglücksfälle). Darum kann man milde sein in der Annahme des Lebens hinsichtlich der Spendung der Taufe, Absolution, letzten Ölung; darum muß man strenge sein in der Verhütung des Lebendigbegrabenwerdens. — Der Scheintod tritt am leichtesten ein: a) durch Hemmung der Atmung (Ertrinken, Ersticken, Erdrosseln); b) durch gewisse Herz- und Gehirngifte; c) Krampfszustände (Epilepsie, Ekklampsie); d) schwere Blutungen; e) außerordentliche Temperaturgrade (Erfrieren). Vgl. Ferreres Juan B. S. J.: „La muerte real y la muerte aparente con relacion a los Santos Sacramentos“⁴ (mit deutsch., franz., engl., ungar. und portug. Übersetzung) 1,50 pesetas, 2,50 tela 1919. Die deutsche Übersetzung ist besorgt nach der französischen von Dr. F. B. G e n i e s s e (Pustet 1908); Ferreres: Institutiones II; 132—36; Theol. mor.¹³ II. 849—856.

3) Die Kirche kann nur aufklären und mahnen, daß Can. 1213 ins Leben übergeführt werde; meist liegt die „Leichenpolizei und das Begräbniswesen“ in den Händen der Staats- und Gemeindeorgane. Die staatliche Leichenpolizei bezweckt: a) Die Beerdigung Scheintoter fernzuhalten; b) widerrechtlich herbeigeführte Todesfälle aufzudecken (Verbrechen, Kuppelschereien); c) die Verbreitung ansteckender Krankheiten nach Möglichkeit zu verhindern.

Keine Leiche darf beerdigt werden, bevor der Geistliche den Leichenschein und den Standesamtschein in den Händen hat; in ao. Fällen muß die sonstige Erlaubnis sicher gegeben sein; vgl. RStGB. § 367 Z. 1 und 2 (150 Mark Strafe oder Haft); Zivilbeg. 6. II. 1875 § 60; Oberpolizeil. Vorschr. v. 20. Nov. 1885 § 10 Z. 2. — Leichen dürfen nicht früher als achtundvierzig und nicht später als zweiundsiebzig Stunden nach Eintritt des Todes beerdigt werden. Frühere (bis 36) und spätere (bis 84 Std.) Beerdigung ist an polizeiliche Genehmigung gebunden. Jüdische Leichen dürfen bereits nach 24 Stunden beerdigt werden bei sonstigem Zusammentreffen der Beerdigung mit Sabbaten oder hohen Festen. Frühere Beerdigung ist vorgeschrieben für Leichen der an ansteckenden Krankheiten Verstorbenen (Cholera, Blattern). In vielen Gemeinden (in den meisten bayer. Städten) sind Leichenhäuser durch ortspolizeiliche Vorschrift vorgeschrieben. Ausnahmen können bewilligt werden.

Die eigentliche Stunde der kirchlichen Beerdigung wird von dem Pfarramte bzw. vom Kirchenvorstande der beerdigenden Kirche mit Berücksichtigung billiger Wünsche der Angehörigen festgesetzt.

Die polizeilichen Anordnungen in Frankreich sind sehr geeignet, das Lebendigbegrabenwerden oder Tötungsversuche Scheintoter fern zu halten; vgl. J e a r d: La mort réelle, page 90; Ferreres:

Institutiones II n. 135. — Verfahren eines englischen Apothekers, gegründet auf die Tatsache, daß das Blut nach dem Tode säurehaltig wird, zur Feststellung des Todes: „Man nimmt einen b l a u e n Faden, führt ihn mit einer Nadel in den Körper des wirklich oder scheinbar Toten und läßt ihn eine halbe Stunde darin. Nach Ablauf dieser Zeit zieht man den Faden heraus. Ist der Tod wirklich eingetreten, so ist der Faden g e l b. Ist aber der Faden nicht gelb gefärbt, so handelt es sich unzweifelhaft um einen Scheintoten,“ M. N. N. 1926 Nr. 173.

D. Das Beerdigungsrecht.

Im R. ist genau verordnet, wer das Recht der Beerdigung besitzt. Es gelten folgende Normen:

1) Für den verewigten P a p s t wird vom Kardinalskollegium eine Trauerfeier von neun Tagen abgehalten. Am letzten Tage hält ein eigens erwählter Geistlicher die Trauerrede „De Pontifice defuncto“, Const. „Vacante S. AP.“ d. 25. Dec. 1904. cap. 5 n. 26; Instr. nn. 9, 24—26. Der Papst wird in der Vatikanischen Basilika beerdigt, wenn er nicht eine andere Kirche sich gewählt, z. B. San Lorenzo außerhalb der Mauern (Pius IX.), St. Johann im Lateran (Leo XIII.).

2) Ein K a r d i n a l, der in Rom starb, wird beerdigt nach Anweisung des Papstes; a u ß e r Rom in der vornehmeren Kirche des Sterbeortes oder in der Kirche seiner Wahl Can. 1219 § 1. Das Beerdigungsrecht hat außerhalb Roms in einer Bischofsstadt das Domkapitel; sonst der Beerdigungsberechtigte, also der Pfarrer, der exemte Klosterobere usw. Cann. 1219 § 2; 1230 § 6; 397 n. 3.

3) Das Beerdigungsrecht für einen R e s i d e n z b i s c h o f besitzt das Domkapitel und zwar der von den Kapitelstatuten Bestimmte bzw. der 1. Dignitär, in dessen Verhinderung der nächste usw. Cann. 397 n. 3; 1230 § 6. Entsprechendes gilt für den A b t oder P r ä l a t mit Eigengebiet Can. 1219 § 2. Freilich, wenn diese Würdenträger (Kardinäle, Residenzbischöfe, Äbte oder Prälaten mit Eigengebiet) außerhalb der Bischofsstadt (Residenzstadt) beigesetzt werden, so steht das Beerdigungsrecht den sonst Berechtigten zu Cann. 1230 § 6; 1219 § 2. — Auch für die A p o s t o l i s c h e n B i k a r e und P r ä f e k t e n dürfte ein dem der Bischöfe entsprechendes Recht gelten Can. 294 § 1. — Für Hilfs- („Episcopi Coadiutores et Auxiliares“, Cann. 350—55) und Titular- oder

Weihbischöfe („E. titulares“ Cann. 348; 349 § 1) ist nur bestimmt, daß in einer Bischofsstadt das Domkapitel das Beerdigungsrecht hat Can. 1230 § 6.!

4) Die Mitglieder des Dom- oder Kollegiatkapitels, auch die Ehrendomherren und Benefiziaten werden vom Kapitel nach den Statuten oder nach der Reihenfolge der Würdenträger bestattet Can. 415 § 2 n. 3. Die sonstigen Pfründenehaber mit Residenzpflicht sind nach dem Rechte der Pfründekirche zu beerdigen; sonst nach dem gewöhnlichen Recht Can. 1220.

5) Für die Hausgenossen der Seminarien (auch der kleinen Can. 1354 § 2) besitzt der Vorstand das Beerdigungsrecht Can. 1368.

6) Die männlichen Religiösen werden beerdigt nach Can. 1221: „Die Religiösen: Professoren und Novizen, werden nach ihrem Tode zum Zwecke der Beisetzung zur Kirche oder Kapelle ihrer Niederlassung oder wenigstens ihrer Genossenschaft übertragen, außer die Novizen haben sich eine andere Kirche für ihre Beerdigung gewählt; indes kommt das Recht, die Leiche zu erheben und sie bis zur beerdigenden Kirche zu begleiten, stets dem Religiösenobern zu (§ 1). Sterben sie entfernt von einer Niederlassung, so daß sie in die Kirche ihrer Niederlassung oder wenigstens ihrer Genossenschaft nicht bequem übertragen werden können, so sind sie beizusetzen in der Pfarrkirche ihres Sterbeortes, außer der Novize hat eine andere Kirche für das Begräbniß erwählt; auch steht es den Obern frei, auf eigene Kosten die Überführung der Leiche (Can. 1218 § 3) zu veranlassen (§ 2). — Das von den Novizen in den §§ 1 und 2 Ausgeführte gilt auch von den Dienern, die tatsächlich Dienste leisten und innerhalb der Klösterräume sich ständig aufhalten: doch sind diese Diener, wenn sie außerhalb der klösterlichen Niederlassung sterben, nach Cann. 1216—18 zu bestatten (§ 3)“. — „Die übrigen Insassen (Can. 514 § 1) der religiösen Niederlassungen, auch der Klöster und der Kollegien, sowie die in Spitälern Verstorbenen werden nach dem gewöhnlichen Pfarrechte beigelegt, außer es besteht ein Sonderrecht oder Privileg“ Can. 1222.

Die Exemption des Beerdigungsrechtes besitzen nicht nur die Regularen, sondern sämtliche Religiösen, beide freilich stufenweise: die Professoren vollständig: die Novizen mit Wahrung des

Wahlrechtes; die *Diener* nur, wenn sie im Religiosenhause sterben; die übrigen *Inassen*, (*hospitii aut educationis aut infirmæ valedudinis causa*) nur auf Grund eines Sonderrechts (*Cann. 5; 464 § 2*) oder Privilegs. Die *Kandidaten* bzw. *Postulanten* unterstehen also dem Pfarrecht.

7) In weiblichen Klöstern und Schwesternhäusern haben nur die Novizen und Dienerinnen das Wahlrecht des Begräbnisses. „Die (weiblichen) Religiösen und Novizen, welche in der klösterlichen Niederlassung gestorben sind, werden zum Klausureingang von anderen Religiösen („*religiosae*“) verbracht, die der Pfarrgewalt nicht unterworfenen Religiösen begleitet der *Kaplan* zu der dem Religiosenhause eigenen Kirche oder Kapelle und vollzieht die Leichenfeier; für die übrigen weiblichen Religiösen ist der Pfarrer zuständig; stirbt eine Klosterfrau oder Schwester außerhalb des Hauses, so gelten die allgemeinen Vorschriften der *Kanones*“ *Can. 1230 § 5*.

Die einschlägigen *Kanones* sind 1218 und 1221; es gilt also entsprechend, was oben bezüglich der männlichen Religiösen ausgeführt wurde; ebenso hat dies Geltung hinsichtlich der Abstufung (*Professen, Novizen, Dienerinnen, sonstige Inassen*) *Can. 490*. Schwestern können von der Pfarrgewalt *exemt* sein durch *bischöfliche Verfügung Can. 464 § 2*; vgl. „*Handbuch*“ 3. Bief.² S. 369—70.

8) Abgesehen von dieser oder einer sonstigen besonderen *Exemption* hat der Pfarrer das Recht und die Pflicht, die Gläubigen zu beerdigen. Stirbt der Pfarrer selbst, so ist beerdigungsberechtigt der Inhaber der Pfarrgewalt *Can. 472*, wenn nicht ein *Sonderrecht* anders verfügt (*Defan* usw.).

II. Das Beisetzungsrecht durch verschiedene Umstände beeinflusst. „Die Kirche, in welche der Leichnam zum Zwecke der Beisetzung übertragen werden muß, ist nach ordentlichem Recht die Kirche der eigenen Pfarrei des Verstorbenen, wenn dieser nicht eine andere Begräbniskirche rechtmäßig erwählt hat“ *Can. 1216 § 1*.

Wir sahen schon oben, daß beerdigungsberechtigt ist der Inhaber der Pfarrgewalt des Verstorbenen; indes gibt es Ausnahmen auf Grund der Würde, der Exemption und der Wahl. Letzterer Rechtstitel bleibt noch zu behandeln; zunächst muß der Begriff „*eigene Pfarrei*“ erläutert werden.

1) **Grundlage.** „Besatz der Verstorbene zu Lebzeiten mehrere eigene Pfarreien“ (*Cann. 94; 91—93*), so ist

die (eigene) Pfarrei des Todes auch die Pfarrei der Beerdigung Can. 1216 § 2. — „Ist das Recht einer anderen Kirche zweifelhaft, so hat notwendig das Recht der eigenen Pfarrei stets das Übergewicht“ Can. 1217. — Beim Tode eines Getauften außerhalb seiner Pfarrei regelt sich die Beisetzung in folgender Weise: „Ist der Tod auch außerhalb der eigenen Pfarrei eingetreten, so ist doch der Leichnam in die Kirche der eigenen Pfarrei der Bestattung wegen zu bringen, wenn er zu dieser bequem auf dem Fußwege übertragen werden kann; sonst wird er von der Kirche des Sterbeortes beigesetzt (§ 1). — Sache des Ordinarius ist es, für sein Gebiet nach Würdigung der besonderen Umstände den Abstand und die anderen Verhältnisse zu bestimmen, welche die Überführung des Leichnams zur Kirche der Leichenfeier oder zum Begräbnisplatz unbequem machen; wenn die Pfarreien zu verschiedenen Bistümern gehören, so ist maßgebend die Regelung des Ordinarius des Sterbebistums (§ 2). Mag auch die Überführung zur Kirche der Leichenfeier oder zum Begräbnisorte unbequem sein, so bleibt es doch der Familie, den Erben oder anderen Beteiligten stets unbenommen, den Leichnam dorthin zu befördern, freilich mit Leistung der Überführungskosten (§ 3)“ Can. 1218.

Maßgebend für die Beerdigung (Leichenfeier) ist der Sterbeort: a) bei Personen ohne Wohnsitz („domicilium vel quasidomicilium“ Cann. 91; 94 § 2); b) bei Personen mit nur Diözesanwohnsitz Can. 94 § 3; c) bei Personen, die so ferne von ihren Wohnsitz („domicilia vel quasidomicilium“) sterben, daß man ihren Leichnam nur unbequem auf dem Fußwege in eine eigene Pfarrei bringen kann; d) bei Personen, für die ein altes Sonderrecht Can. 5 den Sterbeort als Begräbnisort bestimmt, z. B. in den Diözesen München-Freising und Regensburg. Sonst gilt das in den Cann. 1216—18 ausgeführte gewöhnliche Begräbnisrecht.

Der Ortsordinarius bestimmt die Normen für die Schwierigkeit der Leichenüberführung; Maßstab ist der Fußweg („iter pedestre“) also Entfernung; Schwierigkeit durch die Gefahr der Wege (Gebirge, Schluchten, Überschwemmung, Eisstoß) oder für die Gesundheit (ansteckende Krankheit). — Die Hinterbliebenen können nur jene Schwierigkeiten der Überführung auf sich nehmen, welche keine allgemeine Gefahr bedeuten, also namentlich nicht die Ansteckungsgefahr.

2) **Wahl der Beisetzungskirche und des Begräbnisortes.** „Alle können — es sei denn, daß ein ausdrückliches rechtliches Verbot besteht — die Kirche ihrer

Leichenfeier oder den Friedhof ihres Begräbnisses wählen (§ 1). Die Gattin und die Kinder im Reifealter sind in dieser Wahl unabhängig von der eheherrlichen und väterlichen Gewalt (§ 2)“ Can. 1223.

a) Dieses Wahlrecht besitzen nicht nach Can. 1224: α) Die Kinder vor dem Reifealter (*impuberes*), β) die Religiösen (*religiosi professi*).

Für den Knaben vor dem vollendeten 14. und für das Mädchen vor dem vollendeten 12. Lebensjahre (Can. 88 § 2) besitzen die Eltern (Vormund) das Wahlrecht, auch nach dem Ableben jener Can. 1224 n. 1.

Zu den Religiösen gehören hier alle Personen, ob Männer, ob Frauen, welche die Ordensgelübde abgelegt haben (feierliche, einfache, ewige, zeitliche ohne Rücksicht auf ihre Stellung im Orden; in der Kongregation oder Würde, auch außer ihrer Genossenschaft) Can. 1224 n. 2; nur die Bischöfe sind ausdrücklich ausgenommen, also auch die Titularbischöfe. Auch den Kardinälen, die nicht die bischöfliche Weihe besitzen, steht außerhalb Rom das Recht zu, die Bischofskirche zu wählen Cann. 1219 § 1; 239 § 1 n. 19.

b) Die Wahl kann gültigerweise nur auf eine Kirche fallen, die das Bischofsrecht besitzt Can. 1225, also auf eine Pfarrkirche, eine Kirche der Regularen oder auf eine sonstige Kirche, z. B. eine Dom-, Kollegiat- oder Seminarkirche. Zwei Arten von Kirchen besitzen eine beschränktes Bischofsrecht: Die Kirchen der Klosterfrauen („*moniales*“ Can. 488 n. 7) nur für Frauenpersonen, die des Dienstes, der Erziehung, der geschwächten Gesundheit oder der Beherbergung wegen innerhalb der Klosterklauur, und zwar nicht bloß widerruflich, verweilen (vgl. Can. 514 § 1); die Patronatskirche (der nicht sonst das Beerdigungsrecht zukommt) nur für den Patron und dessen Gattin Can. 1229 § 2.

c) Art der Bischofswahl Can. 1226. „Die Kirche der Leichenfeier oder den Friedhof des Begräbnisses kann jemand erwählen in eigener Person oder auf Grund einer gesetzmäßigen Vollmacht durch einen anderen; der Nachweis der Wahl oder Vollmachtserteilung kann in jeder rechtmäßigen Form geschehen“ (§ 1), also durch Zeugnisse bzw. Niederschriften eines kirchlichen oder bürgerlichen Notars Cann. 1813—16; durch ein rechtskräftiges Testament; durch die Aussage eines Amtszeugen oder wenigstens zweier gewöhnlicher Zeugen Can. 1791. — „Der Bevollmächtigte kann

seine Vollmacht gebrauchen auch nach dem Tode des Vollmachtgebers" Can. 1226 § 2. Die Wahl kann jederzeit widerrufen werden, doch muß das beweisbar geschehen.

d) **Beeinflussung der Wahl** Can. 1227. „Den Religiosen und Weltgeistlichen ist es streng verboten, Personen zu Gelübden, Eidschwüren, ehrenwörtlichen und anderen Versprechen zu veranlassen, daß diese die Leichenfeier in ihren Kirchen oder das Begräbnis in ihren Friedhöfen erwählen oder die getroffene Wahl nicht ändern; geschah die Wahl gegen die Freiheit, so soll sie nichtig sein.“ Die Wahl des Begräbnisses in einer fremden Pfarrei ist verhältnismäßig selten. — Die Säkularisierung der Klöster, sowie die Staatsgesetze, welche das Friedhofswesen als bürgerliche Sache betrachten, hatten zur Folge, daß in Deutschland die Regularen entweder keinen eigenen oder einen nur für Mitglieder bestimmten Friedhof besitzen, weshalb die Wahl des Begräbnisses bei den Regularen fast verschwunden ist.

e) **Annahme der getroffenen Wahl** Can. 1228. „Fällt die Wahl auf eine Kirche oder einen Friedhof der Religiosen, so ist erfordert und genügt die Zustimmung des nach den Konstitutionen zuständigen Obern § 2; in allen übrigen Fällen darf nichts im Wege stehen auf seiten jener, von denen der Friedhof abhängig ist § 1.“

Der Unterschied zwischen beiden Fällen besteht nicht darin, daß der Religiosenobere die Aufnahme willkürlich verweigern kann, die übrigen aber nur auf einen besonderen Grund hin (Epitome II 534 in fine), sondern darin, daß bei kirchlichen oder weltlichen Friedhöfen verschiedene Gewaltinhaber vorhanden sein können, z. B. der Pfarrer mit oder ohne die Kirchenverwaltung; die Gemeindebehörde mit dem Pfarrer usw.

3) **Das Ahnen- oder Familiengrab** Cann. 1229, 1209 § 1. Dem gewöhnlichen Beerdigungsrechte tut Eintrag nicht nur die freie Wahl, sondern auch das Ahnengrab. Hierüber enthält Can. 1229 folgende Bestimmungen: „Wenn jemand, der in einem Friedhof ein Ahnengrab besitzt, ohne eine anderweitige Wahl mit Tod abgeht, so ist er im Ahnengrab beizusetzen, vorausgesetzt, daß die Überführung leicht („commode“) möglich ist oder daß die Kosten für sie von der Familie, den Erben oder anderen Beteiligten bestritten werden“ Cann. 1229 § 1; 1218 § 3. — „Für die Ehefrau kommt in Betracht

das Grab des Mannes; wenn sie mehrere Männer hatte, das des letzten" Can. 1229 § 2. „Sind mehrere Gräber sei es der Ahnen oder des Ehemannes vorhanden, so wählen den Ort des Begräbnißes die Familie oder die Erben“, ibi § 3.

Ahnengräber (Familien-Erbegräbniße) werden errichtet auf Grund eines Vertrages zwischen dem Friedhofseigentümer und einer Person (Familie); sie können bestimmt sein entweder nur für die Familienangehörigen oder für die Erben oder für beide. In dem Vertrage wird auch die Zeit genau bestimmt; vgl. Krid L. G.: Pfarramt, Formular 19 Aus der G. des Bayer. G.G. vom 1. Okt. 1926 S. 8 geht hervor, wie wichtig es ist, die einzelnen Bestimmungen des Vertrages genau zu benennen, insbesondere wie viele Plätze das Familiengrab umfasse; wie groß der Personenkreis der Zugelassenen sei; ob außer den Verwandten (= Blutsverwandten B.G.B. § 1589) auch noch andere Angehörige ein Platzrecht haben. Es ist selbstverständlich, daß die des kirchlichen Begräbnißes Beraubten Cann. 1239—40 keinen Anspruch auf das Familiengrab haben. Doch ist es der Sicherheit wegen im Vertrag bzw. in der Friedhofordnung zu betonen.

Kinder nach erlangtem Vernunftgebrauch werden, wenn legitim oder legitimiert, im Ahnengrab des Vaters beigesetzt, wenn sie hierauf ein Anrecht haben; aber auch vorher können Kinder dort beigesetzt werden; denn Can. 1209 § 3 („speciales sepulturas — habeant“) gibt die Norm für die Friedhofeinteilung. Sterben Kardinäle, Bischöfe, Benefiziaten fern von ihrer Beisehungskirche (Cann. 1219—20), so hat das Ahnengrab den Vorzug vor dem Pfarrgrab. Ordensprofessen sind durch die feierlichen Gelübde der Welt abgestorben; darum steht ihnen das von der Kirche vorgesehene Ordens- oder Pfarrbegräbniß zu. — Eine von ihrem Manne für immer geschiedene Gattin (separatione perpetua Cann. 1129 ff; dispensatione pontificia Can. 1119) hat, namentlich wenn sie der schuldige Teil war, kein Anrecht auf das Ahnengrab ihres Mannes.

4) **Inhalt des Beisehungsrechtes** Cann. 1230—32:
a) Wenn der eigene Pfarrer für einen Beisehungsfall zuständig ist, so muß man unterscheiden, ob der Tod in dieser Pfarrei eingetreten ist oder in einer anderen. Trat der Tod in der eigenen Pfarrei des Verstorbenen ein, mag nun der Verewigte nur diese Pfarrei als eigene besessen haben oder deren mehrere (auf Grund weiterer Wohnsitze), so hat der Pfarrer alle Pfarrrechte, welche sich außer im Falle der Not zu Pfarrpflichten gestalten, nämlich das Recht der Erhebung und Begleitung; der Leichenfeier in der Kirche; der Beerdigung im zugehörigen Friedhof Cann. 1230 § 1; 1231. — Trat der Tod des Pfarrkindeß in einer

fremden Pfarrei ein, so gilt das Gesagte, vorausgesetzt, daß der Leichnam bequem in die eigene Pfarrei verbracht werden kann; es kann also der eigene Pfarrer die fremde Pfarrei betreten und nach Anzeige beim Ortspfarrer den Leichnam erheben und bis an die Grenzen der Sterbepfarrei und auch durch andere fremde Pfarreien, selbst fremder Bistümer, begleiten bis in sein eigenes Gebiet und zur Pfarrkirche, wo die Leichenfeier stattfindet; ebenso von dieser Kirche an bis zum Friedhof der Beisetzung mit den gleichen Rechten. Durch die fremden Pfarreien bzw. Diözesen kann der Pfarrer die Begleitung vornehmen, angetan mit der Stola und mit feierlich vorangetragenem Kreuz auch ohne Erlaubnis des Ortspfarrers oder Ordinarius Cann. 1230 § 2; 1231; 1232 § 1. Wird dagegen ein Verstorbener in einem Friedhof beerdigt (durch die Bemühungen seiner Familie, Erben usw. Can. 1218 § 3), zu dem er an sich nicht leicht überführt werden konnte, so hat der Pfarrer oder Kirchenvorstand der Beerdigung nicht das Recht, außerhalb der Stadt- oder Ortsgrenzen den Leichnam zu begleiten Can. 1232 § 2. — Der Pfarrer kann vertreten sein durch einen anderen Priester Cann. 1230 § 1; 1231 § 2.

b) Wenn die Beisetzungskirche eine Ordenskirche („c. regularis“) oder eine andere von der Pfarrgewalt exente Kirche ist (z. B. auf Grund der Cann. 464 § 2; 618), so ist es der eigene Pfarrer, der unter dem Kreuze der beerdigenden Kirche die Leichenerhebung und Begleitung bis zur Türe der exenten Kirche leistet, dagegen der Kirchenvorstand, der die Leichenfeier in der Kirche und das weitere vornimmt bis zum Abschluß der Beerdigung Can. 1230 § 3. Das gleiche gilt, wenn die beerdigende Kirche zwar nicht exent ist, aber ein diesbezügliches Sonderprivileg besitzt, ebendort § 4. In allen anderen Fällen hat der eigene Pfarrer alle Beisetzungsrechte, auch wenn der Trauergottesdienst in einer Kirche mit eigenem Kirchenvorstande abgehalten wird, ibi.

c) Die Beisetzung eines Verstorbenen an einem Orte ohne berechtigten Pfarrer Can. 1230 § 7. Wird ein Leichnam an einen Ort geschickt, wo kein zuständiger Pfarrer sich findet weder durch Pfarrzugehörigkeit noch durch Wahl, noch durch Ahnenbegräbnis, z. B. durch Verfügung der Familie Can. 1218 § 3, so sind zunächst

maßgebend die *Ortsgewohnheit* (Cann. 26; 1511 § 2) oder die *Diözesanstaturen*; in deren Ermangelung hat das volle oder theilweise Beisetzungsrecht die *Domkirche* dieses Ortes; an Orten ohne Domkirche die *Pfarrkirche*, zu welcher der *Friedhof* gehört.

5) Die **Leichenbegleitung** Can. 1233. a) Im Römischen Rituale tit. 6 ep. 3 wird angedeutet, daß neben dem beerdigenden Priester noch *Kleriker* (Welt- und Ordenskleriker) und *Laien* die Leiche zur Kirche und von da zum Grabe geleiten dürfen und sollen. „Vor allen anderen müssen von der Familie oder den Erben die Geistlichen der (beerdigenden) Kirche selbst eingeladen werden.“ Werden von den Verwandten diese und noch andere Geistliche, Religiosen oder kirchliche *Sodalitäten* (Can. 707 § 1) zur Leichenbegleitung herbeigerufen, so kann sie der Pfarrer ohne entsprechenden schwerwiegenden Grund, den der Ordinarius zu billigen hat, nicht ausschließen Can. 1233 § 1. Doch müssen sich alle diese den Anordnungen der Kirche und des Pfarrers in Aufrechthaltung der Ordnung fügen. Maßgebend sind die kirchlichen Vorschriften über den *Vortritt*, welcher sich bemißt nach der Nähe beim amtierenden Priester (*officiator*), *ibi* § 3.

„Vorausgehen die Laienbruderschaften, wenn solche vorhanden sind; dann folgt der Ordens- und Weltklerus nach der Ordnung, je zwei schreiten dem vorangetragenen Kreuze nach, andächtig die Psalmen (nach dem Rituale) singend; vor dem Sarge schreitet der Pfarrer, mit Lichtern; hierauf folgen die übrigen Trauergäste, für den Verstorbenen zu Gott bittend in der Stille R. R. tit. 6 ep. 3 n. 1. Die *Lichter* oder *Fackeln* werden, soweit möglich, von allen getragen. Die *Lichter* beim Begräbniß haben nach *De Herdt: Praxis Ritualis* part. 6 n. 238 de cereis einen dreifachen Zweck: „*Adhibentur in obsequium; in suffragium; in mysterium*“, zur Verehrung der Toten als Leuchten, erleuchtet durch Christus; zur Unterstützung der Verstorbenen, da die *Lichter* Opfer sind für Kirche und Klerus; zur Veranschaulichung des *Glaubens*, daß die in Christo Ruhenden das ewige Licht schauen. Die männlichen Mitglieder der *Bruderschaften* haben ihre Bruderschaftskleidung oder wenigstens ihre Abzeichen zu tragen Can. 709 § 1; diese Kleidung ist in Rom, in den katholischen romanischen Ländern, aber auch in unseren Gegenden zuweilen gebräuchlich. — Die Regeln des *Vortrittes* (*praecedentia*) sind, soweit sie hierher gehören, enthalten in den Cann. 106 (allgemein); 408; 450 § 2; 478; 491 § 2 (Weltgeistliche); 491 § 1 (Religiosen); 701 (fromme Vereine). Was durch das Recht nicht geordnet ist, hat der Pfarrer (der zuständige *Offiziator*) zu regeln Can. 1233 § 3.

b) „Eines Laien Leichnam, wes Geschlechtes oder Standes er auch gewesen sein mag, dürfen Kleriker nicht zu Grab tragen“ Can. 1233 § 4; R. R. t. 6 ep. 1 n. 17. Freilich wird der Geistliche im Notfalle für die Beisetzung sorgen, wenn notwendig, auch in eigener Person.

c) „Niemals dürfen Vereine oder Abzeichen zugelassen werden, welche der katholischen Religion offenbar feindlich sind“ Can. 1233 § 2. Man sieht, daß das Kirchenrecht hier naturgemäß weniger streng ist für die Zulassung der Vereine oder Abzeichen bei *Leichenbegängnissen* gegenüber der Zulassung in *Kirchen*. Verboten ist die Zulassung der *Vereine*, nicht der einzelnen Vereinsmitglieder. Die Vereine und Abzeichen müssen *offenkundig kirchenfeindlich* sein, so daß kirchlich farblose Vereine oder Abzeichen geduldet werden können. Würden *offenbar kirchenfeindliche* Vereine sich beteiligen oder gleiche Abzeichen mitgetragen werden, so müßte die Geistlichkeit sich zurückziehen, wenn nicht die Beseitigung jener möglich wäre; vgl. die Anweisung des hl. Offiziums an den Bischof von Vicenza von 3. Okt. 1887 (ME. V² 213 f.; „Handbuch“ I² S. 106).

III. **Stolgebühren für die kirchliche Beisetzung** Cann. 1234—37; 736; 1507 § 1. 1) Sind die Beisetzungsgebühren in einer Provinz, Diözese, Pfarrei bereits gut geordnet, so bleibt es dabei Can. 1234 § 1.

2) Sind sie nicht festgesetzt oder bedürfen sie einer wesentlichen Neuordnung, so ist der *Ortsordinarius* zuständig. Dieser stellt für sein Gebiet nach Beratung mit dem Domkapitel und (nach weisem Ermessen) mit den Landdekanen seines Bistums und den Pfarrern der Bischofsstadt ein *Verzeichnis* der Tagen oder Almosen her, angepaßt den rechtmäßigen Sondergewohnheiten und den persönlichen und örtlichen Verhältnissen; in diesem Verzeichnis regelt er die Rechte der einzelnen mit Besonnenheit, so daß jeder Anlaß zu Streitereien und Argernis beseitigt ist (§ 1). Sind im Verzeichnis mehrere *Klassen* aufgezählt, so steht es den Beteiligten frei, die *Klasse* zu wählen (§ 2) Can. 1234.

Der *Ortsordinarius* ist in der Aufstellung eines Stolgebührenverzeichnisses an keine Zustimmung (*consensus*) gebunden, doch muß er das Domkapitel hören (*consilium*) Can. 105; die übrigen ge-

nannten Geistlichen kann er zur Beratung beiziehen. Im Verzeichnisse werden die Gebühren der Geistlichen, des Mesner- und Chorpersonals geregelt am besten durch eine Grundtaxe für die gesamte Diözese, die jedoch nach den Gemeinden und Pfarreien Abweichungen gestattet. Klassen können vorhanden sein, die zuweilen empfohlen werden; z. B. im Directorium de Seoul n. 348; vgl. Apg 5, 6. 9. 10; 8, 2. Die Beerdigungsstolgebühren unterliegen nicht der Vorschrift des Can. 1507 § 1. — In Bayern wurde die Beteiligung der Staatsgewalt an der Regelung der Stolgebühren durch MG. vom 18. Mai 1920 (Passauer VDBl. 1920 S. 98) in folgender Weise geordnet: Bei den Gebühren der Geistlichen wird eine staatliche Zuständigkeit nicht mehr in Anspruch genommen. Bayr. Verfassung vom 14. Aug. 1919 §§ 17 ff.; hingegen bedürfen „ortskirchliche Satzungen über Inanspruchnahme, Bemühung und Abnützung, oder über den Verbrauch von Eigentum der Kirchenstiftungen und über Inanspruchnahme der Dienste weltlicher Kirchendiener der staatsaufsichtlichen Genehmigung nach RGD. (Kirchengemeindeordnung vom 24. Sept. 1912) Art. 14 III und Art. 54 III.; vgl. Deutsche BU. Art. 137 VI und VIII; Bayr. BU (Satzung S. 43) § 25 und MG. vom 30. Dez. 1924. Manche Ordinariate haben die Aufstellung von Stolgebührenordnungen den Kirchenverwaltungen überlassen mit der Verpflichtung, die oberhirtliche Genehmigung hiefür nachzusuchen, und dem Wunsche, innerhalb eines Dekanates möglichst einheitliche Stolgebührenordnungen zu beschließen, Passauer BD. vom 7. Apr. 1926 (VDBl. S. 95); Can. 1234 steht nicht im Wege.

3) Überforderungen der Stolgebühren sind in zweifacher Weise möglich: bei Zahlungsfähigen durch Überschreitung des Stolgebührensatzes; bei Armen durch Forderung von Stolgebühren. Can. 1235 setzt unter diesem doppelten Gesichtspunkte Folgendes fest: „Es besteht ein strenges Verbot, aus Anlaß des Begräbnisses, der Leichenfeier oder des Jahrtages Verstorbener Überforderungen gegenüber dem Diözesangebührenverzeichnis zu stellen (§ 1). Die Armen sind, trotzdem sie keine Stolgebühren leisten können, vollständig unentgeltlich und würdig durch kirchliche Leichenfeier und Begräbniß beizusetzen, wie es die liturgischen Gesetze und Diözesanstatuten vorschreiben (§ 2)“.

a) Überschreitungen der Stolgebührenordnung werden nach Can. 2408 geahndet: zuerst durch schwere Geldstrafe (Can. 2291 n. 12); Rückfällige sollen vom Amte suspendiert oder entfernt werden je nach Schwere der Schuld s.; in allen Fällen obliegt ihnen die Pflicht der Rückerstattung des ungerecht Eingenommenen. Diese Bestimmung gilt wie für Geistliche so auch für Laien. Sollten jedoch welt-

liche Kirchendiener sich um die Kirchengewalt nicht kümmern, so steht den Geschädigten der Weg zu den weltlichen Gerichten offen.

In Bayern ist für die Stolgebührenstreitigkeiten weltlicher Kirchendiener in letzter Instanz der Verwaltungsgerichtshof zuständig, BGG. Ges. 8. Aug. 1878 Art. 10 Z. 13 („Verbindlichkeit zur Entrichtung besonderer Vergütungen für die Benützung kirchlicher Anstalten und Einrichtungen“) und Z. 23 („Umfang der den niederen Kirchendiener obliegenden Dienstverrichtungen“).

b) Stolgebührenüberschreitungen können geschehen durch Geistliche oder weltliche Kirchendiener; durch unberechtigte Erhöhung der Taxordnung oder durch Überforderung der in dem Verzeichnis festgesetzten Gebühren („taxas . . . augentes aut ultra eas aliquid exigentes“) Can. 2408.

c) Die Aussegnungen und Begräbnisse der Armen müssen würdig sein; es darf keine Demütigung oder Zurücksetzung in ihrer Art liegen. Die liturgischen Gesetze und Diözesanstatuten bestimmen die Form. Die Erhebung der Leiche und die Beerdigung hat zu geschehen durch den Pfarrer oder dessen Stellvertreter, zwei Ministranten (Kreuz- und Weihwasserträger) und wenigstens eine Person des Chorporsonals zum Singen oder Rezitieren der Psalmen R. R. t. 6 cp. 3 n. 1; eine stille heilige Messe für die verstorbenen Armen („missa pro pauperibus“) ist privilegiert wie die gesungene Trauermesse, auch dann, wenn sie nicht für den Verstorbenen aufgeopfert wird. Das R. R. mahnt, daß die zuständigen Priester die Armenleiche mit Kerzen (auf eigene Kosten) begleiten oder daß dies irgend eine fromme Bruderschaft nach Ortsgewöhnheit tue tit. 6 cp. 1 n. 11.

Eine nachahmenswerte Sitte bestand in einer Pfarrei bei Armenbeisetzungen: Die Trauergäste opferten am Grabe kleine Geldspenden, aus welchen Stipendien zu Messen für die Seelenruhe des Verewigten gewonnen wurden; in der gleichen Pfarrei leisteten zwei bis drei Sänger freiwillig den liturgischen Gesang. — Die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht in Deutschland vom 13. Febr. 1924 hat zwar über die „Bestattung“ der Hilfsbedürftigen keine ausdrückliche Anordnung getroffen; immerhin bestimmen die „Reichsgrundsätze“ hiezu v. 4. Dez. 1924 im § 6 II: „Nötigenfalls ist der Bestattungsaufwand zu bestreiten“, wozu die „Erläuterungen“ vom 13. Dez. 1924 ausführen: „Daß einem Hilfsbedürftigen nach dem Ableben eine geordnete Bestattung zuteil werden soll, entspricht den bisher in allen Ländern geltenden Bestim-

mungen". — In Bayern bestehen eine „vorläufige Ausführungsverordnung" v. 27. März 1924 und eine „Verordnung über die Verwaltung der Fürsorgeverbände" vom 12. Jan. 1925; keine der beiden Verordnungen erwähnt die Bestattungskosten ausdrücklich, indes läßt die erstere B.D. das bair. Armengesetz vom 21. Aug. 1914 entsprechend weiter bestehen Art. 9 II, welches im Art. 3 IV „die Pflicht (nicht das Recht) zur Bezahlung von Stolgebühen durch die Armenpflege" in Abrede stellt. Doch ist der genannte Art. 9 durch die „Reichsgrundsätze" vom 4. Dez. 1924 überholt (Ausgabe der „Fürsorgepflicht" 1925, München, F. Schweitzer Verlag S. 47).

4) Die Pfarrabgabe „portio paroecialis" sive canonica, quarta funeris) Can. 1236—37; vgl. Santi-
Leitner: Praelectiones⁴ III 28 nn. 6—10. Zwei Fragen sind zu beantworten: Wann ist die Pfarrabgabe berechtigt bzw. geboten? In welcher Höhe ist sie zu leisten?

α) Berechtigung der Pfarrabgabe. „So oft ein Christ in seiner zuständigen Pfarrkirche die Beisetzungsfeier nicht erhält, so gebührt dem eigenen Pfarrer des Verstorbenen die Pfarrabgabe, außer der Leichnam kann nicht leicht in die eigene Pfarrkirche gebracht werden; ein Sonderrecht wird aufrecht erhalten" Can. 1236 § 1.

a) Es kommt auf die Pfarrkirche (auch Expositur- oder Filialkirche) an, nicht auf den Friedhof; denn dieser richtet sich, obwohl er nur zu einer Pfarrkirche gehört, nach der Zuständigkeit der beerdigenden Kirche, Santi-
Leitner c. l. n. 10.

b) Die andere Kirche kann sein eine Weltpriester- oder Ordenskirche; ihr Beerdigungsrecht kann ruhen auf einem Erbbegräbniß (Familiengrab) oder auf freier Wahl.

c) Hatte der Verstorbene zwei oder mehrere eigene Pfarrkirchen und wird er von einer derselben beigesetzt, so hat der andere (die anderen) kein Unrecht auf die Pfarrabgabe, außer er konnte bequem zu dieser, nicht leicht zur beerdigenden Kirche gebracht werden. Sind mehrere Pfarrer gleich zuständig und wird eine nicht zuständige Kirche zur Beisetzung gewählt, so muß eine portio canonica geleistet werden, die den berechtigten Kirchen, Pfarrern und Kirchendienern zu gleichen Teilen zufällt Can. 1236 § 2.

d) „Ein Sonderrecht bleibt bestehen,

salvo iure particulari“ Can. 1236, also ein Sonderrecht hinsichtlich des Beerdigungsrechtes, wornach nicht der eigene Pfarrer, sondern stets der Pfarrer des Sterbeortes beisehungsberechtigt ist; ein solches Sonderrecht besteht in den beiden Diözesen München-Freising und Regensburg; dort haben die Kirchen, Pfarrer usw. des Sterbeortes Anspruch auf die portio canonica, wenn der Verstorbene in einer vom Sterbeorte verschiedenen Pfarrei, auch in der eigenen Pfarrei beigesetzt wird. Die Beurteilung des „commode asportari“ bleibt hier erspart. — Ein Sonderrecht kann die Pflicht der Pfarrabgabe beseitigt haben, sei es auf Grund eines Privilegs, sei es auf Grund einer 40, seit 19. Mai 1918 30 jährigen Verjährung Can. 1511 § 2; Santi-Leitner c. I. n. 9.

β) Höhe der Pfarrabgabe. Can. 1237: „Die Pfarrabgabe muß aus allen jenen und nur jenen Einkünften entnommen werden, welche für Leichenfeier und Begräbnis in der Diözesantaxe festgesetzt sind (§ 1). Wenn aus irgendeinem Grunde das erste feierliche Leichenamt zwar nicht sofort, sondern innerhalb eines vollsten Monats vom Beerdigungstag an stattfindet, mögen auch kleinere öffentliche Gottesdienste am Beerdigungstage nicht gefeiert haben, so ist die Pfarrabgabe trotzdem auch aus den Einkünften jenes Traueramts zu leisten (§ 2). Die Höhe der Pfarrabgabe bestimmt sich nach der Diözesantaxe; gehören die Pfarrkirche und die beerdigende Kirche verschiedenen Diözesen an, so kommt für die portio die Taxe der beerdigenden Kirche in Frage“ § 3.

Solange Diözesanstatuten nicht bestehen, muß die Diözesan- oder in deren Ermangelung die Pfarrgewohnheit eintreten. Die vollen Gebühren zu verlangen als portio canonica, d. h. die Gebühren, wie sie am Beisehungsorte erwachsen, ist gegen den Buchstaben und Geist des jetzigen und früheren Gesetzes. Die „Pfarrabgabe“ soll ja nur ein Teil der Beisehungsgebühren sein (portio, quarta) zur Anerkennung der pfarrlichen Rechte, Santi-Leitner c. I. n. 8. Dagegen könnte die Anrechnung der Aussegnung, der Beerdigung und eines Gottesdienstes als portio canonica, soweit eine Neuregelung nicht besteht, geduldet werden; vgl. Passauer Monatschrift Bd. 23 S. 94—99 (Dr. Aug. Hofmann, jetzt Oberregierungsrat in Würzburg).

Das **Mortuarium**. Die in den älteren bayerischen Gebiets teilen unter dem Namen „Mortuarium, remedium animae, Seelrecht, Sterbefall, Seelgeraid, Seelgerät“ hergebrachte und durch die neue Gesetzgebung nicht aufgehobene Abgabe gebührt ohne alle weitere Rück-

sicht der Kirche und dem Pfarrer des Sterbeortes, in welchem eine solche Abgabe herkömmlich ist, C. des B.G. vom 31. Mai 1889. — In Städten mit mehreren Pfarreien gebührt die Abgabe dem *Dominizialpfarrer*. Der Mesner nimmt an der Gebühr teil, soweit das Herkommen solches bestimmt. Die Größe der Abgabe bemißt sich nach der am Sterbeorte üblichen Stolordnung; außerordentliche Gottesdienste am Begräbnißorte kommen hiebei nicht in Betracht, vgl. die angeführte C. vom 31. Mai 1889 (Schmidt Gg.: Kirchenrechtl. G. Bd. III S. 104 ff.).

Wurde während des Krieges 1914—18 oder nachher ein Seelengottesdienst für einen auswärtig gestorbenen Kriegsteilnehmer abgehalten, so durfte und darf das „Seelgerät“ nicht gefordert werden, da ja die Pfarrei, in der das mortuarium verpflichtet, in diesem Falle nicht Sterbeort ist, P.M.S. 25, 53, 120; denn „entrichtet wird es nach der Polizeiordnung von 1616 B. 3 Tit. 9 Art. 2 von jeder in der Pfarrei verstorbenen Person“ (Ried L. G.: Pfründewesen S. 113), auch von *Undersgläubigen*, soweit sie nicht ausgepfarrt waren und sind. Begreiflich ist darum, daß nach *Kreittmahr* „ein englischer Gesandter, der in München starb und in Augsburg begraben wurde, dem mortuarium unterworfen war, wiewohl er nicht einmal kath. Religion war“ (*Venario*: Stolgebühren S. 112); vgl. R. E. §§ 84 ff. — Von diesem kirchlichen mortuarium unterscheidet sich das *gutherrliche mortuarium*, auch „Sterbefall, Sterbehaupt, Besthaupt“, das ist eine Abgabe beim Tode des Hörigen gegenüber dem Gutsherrn; sie bestand nicht selten im besten Stück Vieh („Besthaupt“) oder im besten Gewand; vgl. *Schröder*: Rechtsgeschichte³ 435, 451, 598, 790; *Hergenröther-Hollwed*: R.R.² S. 883. Dieses gutherrliche mortuarium wurde 1848 abgeschafft.

Läßt sich die Leichenüberführung *bequem* („commode“) durchführen, so bleiben der eigenen Pfarrkirche usw. alle Rechte; wenn nicht, so tritt die Pfarrei usw. des Sterbeorts in die Rechte ein. Läßt der berechtigte Pfarrer die Leiche durch einen anderen Priester, z. B. den Pfarrer einer fremden Pfarrei, erheben und begleiten, so haben die in Anspruch Genommenen ein Recht auf Entlohnung ihrer Leistungen, also für Aussegnung, Glockengeläute, Begleitung mit Kreuz, Fahnen, Laternen usw. — Die polizeilichen Vorschriften müssen im Interesse der Ordnung und Gesundheit genau befolgt werden: Leichenpaß; Doppelverschluß der Leiche; baldige Abholung usw.

IV. Eintragung des Falles in das Sterberegister Can. 1238; 462; 470; R. R. tit. 12 cp. 5. Can. 1238: „Ist die Beisetzung vollzogen, so soll der zuständige Geistliche („minister“; also endgültig der zuständige Pfarrer Can. 470) im Sterberegister den Namen und das Alter des Verstorbenen; den Namen der Eltern oder des Vatten; die Zeit des Todes; den Exender der empfangenen Sacramente; den Ort und die Zeit der Beisetzung niederschreiben.“

1) Die Formel der Aufzeichnung lautet nach dem Römischen Rituale t. 12 c. 5: „Anno Domini . . . , die . . . mensis . . . , N., filius *vel* filia N. et N. (*vel* coniux N.) annorum . . . , in via *vel* platea N., in domo N., in communione S. Matris Ecclesiae animam Deo reddidit; cuius corpus die . . . sepultum est in coemeterio Ecclesiae S. N.; mihi N. *vel* N. Confessario probato, confessus die . . . , sanctissimoque Viatico refectus die . . . , et sacri Olei unctione roboratus die . . . per me, *etc.* In quorum fidem testimonium hoc mea manu subscripsi.

(L. S.)

N. N. Parochus.“

a) Wenn auch ein Bischof, ein anderer Priester oder ein Diakon (R. R. 6 cp. 3 n. 19) die Beerdigung vorgenommen hat, so muß doch der Pfarrvorstand die Einträge in das Sterberegister machen; vgl. Can. 1103; R. R. t. 12 cp. 5. — b) Die mit N. bezeichneten Personen sind nicht nur mit dem Tauf-, sondern auch mit dem Familiennamen anzugeben, um Verwechslungen zu vermeiden. — c) Der Empfang der drei heiligen Sakramente ist wahrheitsgemäß zu notieren; so wenn der Empfang nur des einen oder anderen Sakramentes oder keines derselben möglich gewesen ist; auch war vielleicht der Priester ohne *A p p r o b a t i o n* Can. 882; möglicherweise konnte der Verstorbene nur mehr Zeichen der *B u ß g e s i n n u n g* geben Can. 1240 § 1; diese wird angenommen bei *R a t e c h u m e n e n* auch ohne Taufe Can. 1239 § 2. Bei *K i n d e r n* d. h. bei Personen vor dem Vernunftgebrauch (Can. 88 § 3) genügt die Taufe, mag sie sicher oder zweifelhaft gültig sein Can. 1239 § 3. — d) Bei gemeinsamen Friedhöfen ändert sich die Formel folgendermaßen: „cuius corpus . . . ab Ecclesia S. N. sepultum est in coemeterio civitatis N. communi“ oder ähnlich.

2) Wo in einem Lande (Reiche, Staate) die Zivilstandesregister vorgeschrieben sind, muß der Geistliche, welcher die Beerdigung abhält, versichert sein, daß die bürgerliche Eintragung in Ordnung ist. So lautet in Deutschland § 60 des Personenstandsgesetzes vom 6. Febr. 1875: „Ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde darf keine Beerdigung vor der Eintragung des Sterbefalles in das Sterberegister stattfinden“. Darum verordnet die bayerische Wl. Ziff. 44, daß „über die vollzogene Eintragung eine Bescheinigung ausgehändigt werde“. Neben dieser Bescheinigung wird außerdem der Schein über die geschehene Zeichenschau benötigt; vgl. Sauer Karl: „Das deutsche Personenstandsgesetz in seiner neuen Fassung“ (1925) S. 335, 340. Die Urkunden über Sterbefälle umfassen ähnliche Angaben wie das R. R. tit. 12 cp. 5 natürlich ohne Angabe über den Sakramentsempfang und seit 15. Juni 1920 auch über die Religion; darüber hinaus werden „Stand oder Gewerbe, Wohnort und Geburtsort des Verstorbenen“, sowie des Anzeigenden (nach den Namen) verlangt PStG. § 59. — Für den beerdigenden Geistlichen empfiehlt es sich, den Standesamts- und Zeichenschauschein genau zu lesen; aus letzterem kann er auch die Sterbeursache notieren, die er unter der Spalte „Bemerkungen“ in der Pfarrmatrikel aufzeichnen kann bzw. wenn vorgeschrieben, soll und muß, vgl. Sauer S. 335 f; 391. — Ein großer Behelf für die Geistlichen ist § 21 der „Reichsrechtl. Ausführungsvor-

schriften" (AB.) v. 25. März 1899: „Die Einsicht der Register ist Geistlichen und anderen Religionsdienern kostenfrei zu gestatten“, vgl. Sauer S. 421, 67 f.

E. Die Beerdigungsorte.

Vor und neben der christlichen Beerdigungsart gab es und gibt es die verschiedensten Bestattungsarten, wie Erd-, Luft- oder Wasserbestattung (natürliche Verwesung), Feuerbestattung (gewaltsame Auflösung) oder Mumifizierung (künstliche Erhaltung). Diesen Arten der Bestattung entsprechen auch die Orte der Beisetzung: Einzel-, Familien-, Massengräber, gemeinsame Begräbnißplätze gleich den christlichen Friedhöfen, Grabstätten von riesigen Ausdehnungen wie die Nekropolen bei den Etruskern. Meist haben die Armen gemeinsame Grabplätze, während die Vornehmen und Reichen in Einzel- und Familiengräbern, oft von seltener Pracht, ihr Vermögen zur Schau tragen; bei der Einäscherung entstanden die „Columbarien“, Taubenschlag ähnliche Räume zur Aufnahme der Aschenkrüge; vgl. Krieg C.: Römische Altertümer³ § 136 S. 257. — Schon in den frühesten Zeiten des Christentums entstehen gemeinsame Beerdigungsplätze, hervorgerufen und gefestigt durch den Glauben an die Auferstehung und die Gemeinschaft der Heiligen, durch die Verfolgungen und wohl auch durch bescheidene Vermögensverhältnisse (1 Kor 1, 26); man nennt sie nach dem griechischen Worte: *coemeteria*; im Deutschen Gottesäcker, Friedhöfe, Kirchhöfe, Leichenäcker, Ausdrücke voll Hoffnung; wegen des Ahsprechtes hießen sie auch Freithöfe.

I. „Die Leiber der Gläubigen sind in einem geweihten Friedhofe zu beerdigen“ Can. 1205 § 1.

Erläuterung: 1) Was von den Leibern gilt, muß auch auf einzelne Glieder von Katholiken angewendet werden M. des hl. Offiziums 3. (6.) Aug. 1897 (ME. X 2 pag. 4).

2) In den Kirchen dürfen und sollen nach gegenwärtigem Rechte nur bestattet werden die Leiber der Residenzbischöfe, sowie der Äbte und Prälaten mit eigenem Gebiete und zwar in der eigenen Kirche; ferner der Leichnam des Papstes, königlicher Personen und der Kardinäle Can. 1205 § 2.

Außerdem haben das Recht der Kirchenbeerdigung die Leichen jener Personen, welchen in ihren Amtsvorgängern eine hundertjährige Gewohnheit (Can. 5) zur Seite steht, wie manche Weihbischöfe, regierende Regularäbte; in den Kirchengrüften die Leichen nicht weniger Ordensleute, der Kanoniker von St. Johann in Regensburg (Hugo von Walderdorff: Regensburg⁴ S. 196). — Auch die Leichen der Diener

und Dienerinnen Gottes, welche im Rufe der Heiligkeit starben, werden oft schon vor dem bischöflichen Seligsprechungsprozesse in einer Kirche oder Kapelle beigesetzt, so der heilige Klement Maria Hofbauer, dessen irdische Überreste 1862 in die Kirche Maria-Stiegen (Wien) kamen, während der Prozeß 1864 begann; so der D. G. Konrad von Parzham, dessen Leib am 14. Okt. 1912 aus der Kapuzinergruft in die alte St. Annakirche zu Alttötting versetzt wurde, also vor dem ersten Prozesse, welcher am 21. April 1914 begann; vgl. Can. 2096; Santarelli A. M.: Codex pro Postulatoribus pag. 129, 164.

3) Der Friedhof (Gottesacker, Freithof) soll nach Möglichkeit geweiht sein Can. 1205 § 1; 1206 § 2; wenn er nicht geweiht werden kann, so muß das Einzelgrab geweiht werden Can. 1206 § 3. — Der Friedhof darf nach kirchlichen Grundsätzen geweiht werden, wenn derselbe a) den Katholiken ausschließlich zur Verfügung steht, besonders wenn sie Eigentumsrecht an demselben besitzen Can. 1206 §§ 1 und 2; b) wenn er zum größeren Teile von Katholiken benützt wird; c) wenn die Katholiken einen eigenen abgesonderten Teil haben ibi § 2. Kann ein Friedhof oder ein Anteil daran geweiht werden, so geschieht die Segnung (benedictio) nach den liturgischen Büchern, nämlich die feierliche durch den Ortsordinarius Can. 1155 nach dem Pontificale Romanum (editio typica 1888, Pustet) II pag. 136—150; die einfache nach dem Rituale Romanum tit. 8 cp. 29, durch den Ordinarius oder dessen Bevollmächtigten Can. 1156. — Wenn keine der obigen Voraussetzungen zutrifft, so sind die einzelnen Gräber (tumuli) nach den liturgischen Büchern jedesmal zu weihen Can. 1206 § 3. Das Weihegebet im römischen Rituale tit. 6 cp. 3 n. 12 muß stets gebetet werden: α) wenn der Friedhof oder überhaupt die Grabesstätte (im Krieg, bei Seuchen) ungeweiht ist Can. 1206 § 3; β) wenn in einer Kirche oder in einem geweihten Friedhofe ein Grab neu ausgemauert wurde S. R. C. d. 27. Maii 1876 ad V; d. 4. Sept. 1880 ad I (Kunz Chr.: „Die lit. Verr. des Zelebranten“ 1904 S. 264). — Wurde das Grab schon einmal gesegnet, so unterbleibt die Segnung, aber auch die Besprengung und Veräucherung des Leichnams und des Grabes R. R. tit. 6 cp. 3 nn. 12 et 13. Da jedoch in manchen Gebieten ein eigener Beerdigungsritus besteht, so dürfte die Besprengung und Veräucherung wenigstens des Leichnams geduldet werden können; vgl. Passauer Rituale S. 139

4) Ein Friedhof kann in seinem kirchlichen Gebrauche beschränkt werden durch das Interdict und die Entweihung (violatio) desselben.

Ist die Kirche interdictirt, so ist der kirchliche Trauerritus zwar erlaubt, verboten jedoch in der Kirche jede Feierlichkeit, also der Gesang und das Gepränge in den kirchlichen Gebrauchsgegenständen (Paramente, Bartuch, Rauchfaß, Lichter), das Läuten der Glocken und das Spielen der Orgel und anderer Musikinstrumente Can. 2271 n. 2. Ist die Kirche interdictirt, so geht das Interdict über auf die mit der Kirche verbundenen Kapellen („sacella contigua“), nicht aber auf den Friedhof; das Interdict des Friedhofs geht nicht über auf die anstoßende Kirche, wohl aber auf alle im Friedhofe errichteten Oratorien Can. 2273, doch dürften die öffentlichen Oratorien ausgenommen sein Can. 1191 § 1. Während des Interdicts des Friedhofes ist die Beisetzung gestattet, jedoch ohne jeglichen kirchlichen Ritus Can. 2272 § 2.

Die Entweihung (violatio) eines Friedhofes geschieht wie die einer Kirche durch folgende gewisse, allgemein bekannte und im Friedhof verübte Handlungen: a) durch das Verbrechen einer Tötung; b) durch eine widerrechtliche bedeutende Blutvergießung; c) durch gottlose oder entwürdigende Verwendung des Friedhofes; d) durch die Beerdigung eines Ungläubigen oder eines Exkommunizierten p. s. Can. 1172 § 1 (oben S. 389). — Die Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit (reconiliatio) geschehe möglichst bald gemäß den liturgischen Büchern (Pontificale Rom. II 163 und 151; Rituale Rom. tit. 8 cp. 30: Allerheiligenlitanei; Psalm Miserere, während desselben Besprengung; Schlußgebet) durch den Vorstand der Kirche, zu welcher der Friedhof gehört, oder mit dessen Erlaubnis durch einen anderen Priester mit gewöhnlichem Weihwasser Cann. 1207; 1174; 1176 § 1; 1177. Wurde der Friedhof durch eine Beerdigung entweiht, so sollte der Leichnam nach Möglichkeit zuerst beseitigt sein Can. 1175, besonders des ex. vitandus Can. 1242.

II. Das Eigentumsrecht an Friedhöfen. „Die katholische Kirche hat das Recht, eigene Friedhöfe zu besitzen“ Can. 1206 § 1. Dieses Recht der Kirche wurde von Anfang ausgiebig benützt, vgl. Tertullian: Apologeticum c. 39; Philo sophumena IX 12; Mommsen: De collegiis et sodalitiis (Riel 1843); l. 2 D. De religiosis et sumptibus funerum (11, 7). Auch gegenwärtig soll dieses Recht überall da gebraucht werden, wo die staatliche Gesetzgebung

es zuläßt; sonst sind die b ü r g e r l i c h e n Friedhöfe gemäß Can. 1206 § 2 zu verwenden und zu segnen, wie oben angegeben wurde.

1) „Jede Pfarrei soll ihren eigenen Friedhof haben, außer es wurde vom Ortsordinarius einer für mehrere Pfarreien rechtmäßig bestimmt“ Can. 1208 § 1. Es steht nichts im Wege, daß in einer Pfarrei mehrere Friedhöfe bestehen, besonders bei selbständigen Kirchen („Grabschaften“).

2) „Die eremten Religiösen können einen eigenen vom gemeinsamen Friedhofe verschiedenen Gottesacker haben“ ibi § 2.

3) „Auch anderen moralischen Personen oder privaten Familien kann vom Ortsordinarius die Anlage einer eigenen Begräbnisstätte erlaubt werden, welche wie ein Friedhof zu weihen ist“ ibi § 3. Selbstverständlich müssen die einschlägigen Staatsgesetze berücksichtigt werden, doch sind eigene Begräbnisstätten, z. B. in Bayern, nicht ausgeschlossen.

4) E i g e n g r a b s t ä t t e n (Familiengräber „sepulchra particularia“) Can. 1209.

„In den Pfarrfriedhöfen können die Gläubigen mit schriftlicher Erlaubnis des Ortsordinarius oder seines Bevollmächtigten sich und den Ihrigen E i g e n g r a b s t ä t t e n („sepulchra particularia“) errichten; ebenso in dem eigenen Friedhofe einer moralischen Person (z. B. eines Klosters) mit schriftlicher Erlaubnis des Obern; ja sie können dieselben mit der gleichen Erlaubnis auch veräußern (§ 1).

Die Gräber der Priester und Kleriker sollen nach Tunlichkeit von den Grabstätten der Laien gesondert und an einem würdigeren Orte gelegen sein (z. B. in der Nähe der Kirche); außerdem sollen, wo möglich, eigene Gräber für Priester, eigene für die Geistlichen niederen Grades (also unter dem Priester) vorgesehen sein (§ 2).

Auch die Leiber der K i n d e r (Can. 88 § 3; 745 § 2 n. 1) sollen nach Möglichkeit eigene und von den übrigen getrennte Plätze und Grabstätten haben (§ 3)“ Can. 1209; R. R. tit. 6 c. 1 n. 21; c. 6 n. 1.

Dieser Kanon steht in Übereinstimmung mit der bisherigen Übung und wird auch von den Staatsgesetzen anerkannt, bzw. nicht behindert, R r i c h L. H.: Pfarramt Rp. 10, § 3.

5) Der Schutz des Friedhofs ist ein äußerer und ein innerer, jener, welcher verlangt, daß „jeder Friedhof von allen Seiten geschlossen und sorgfältig behütet sei“; Can. 1210, will jede äußere Gefahr durch Menschen oder Tiere fernhalten; dieser wehrt das Ungeziemende in Errichtung und Ausschmückung der Gräber ab. Can. 1211 lautet: „Es sollen die Ortsordinarien, die Pfarrer und die zuständigen Obern darauf achten, daß in den Friedhöfen die Grabdenkmäler mit den Inschriften (epitaphia), die Grabreden, der Gräberschmuck nichts an sich haben, was gegen die katholische Religion und Frömmigkeit verstößt“. Hier ist nur die Schattenseite betont: Was gegen Glauben oder gute Sitte ist, soll ferngehalten werden; indes muß es Bestreben der genannten Kirchenobern und der Kirchenverwaltungen sein, den Geschmack zu läutern und zu veredeln; vgl. Reichensperger Aug.: Fingerzeige S. 96; Pasfauer MS. 21. 301: „Unsere Landfriedhöfe“; Bretschneider Paul: „Der Pfarrer als Pfleger der wissenschaftl. und künstler. Werte“ (1918) S. 95 ff. Directorium de Seoul n. 349; sodalitas „in ai hoi“.

6) Sonderplatz für die des kirchlichen Begräbnißes Unwürdigen. Can. 1212 sieht zwei Beerdigungsplätze vor: einen geweihten Ort (Friedhof, Gottesacker) für alle jene, denen das kirchliche Begräbniß gewährt wird; dann „nach Möglichkeit einen anderen Ort, gleichfalls verschlossen und bewacht, wo die beerdigt werden, denen das kirchliche Begräbniß nicht gewährt wird.“ Demnach will die Kirche eigentlich zwei Beerdigungsstätten; doch ist sie zufrieden, wenn der eine Beerdigungsplatz in zwei Abteilungen zerfällt, die jedoch durch Mauern oder Zäune oder wenigstens durch Wege geschieden sind. Freilich gibt es da von seiten der staatlichen Gesetzgebung manche Schwierigkeiten, selbst dann, wenn der Friedhof Eigentum der Kirche (Kirchenstiftung; Kirchengemeinde) ist; man betrachtet eben die Beisetzung als ein rein weltliches Geschäft.

III. Eigentum an Friedhöfen nach staatlichem Rechte.

1) Das Eigentum an einem Friedhofe steht jener juristischen Person zu, welche denselben anlegt und erhält oder welche es in gesetzmäßiger Weise erworben hat. Aus dem Eigentumsrechte am Friedhofe

fließen folgende Rechte: a) d. R., Gebühren für Grabplätze zu erheben (PMG. 5, 278); b) d. R., Gräberklassen, jedoch ohne Zwang, mit entsprechenden Gebühren einzurichten (vgl. Can. 1209); c) d. R., eine Friedhofssatzung („Statut“) zu erlassen, worin außer den polizeilichen Maßnahmen alles genau geregelt werden kann, wie die Umlaufszeit für Grabbenutzung; der Verfall der Grabdenkmäler; die Anordnung von Gräberklassen z. B. für Kinder, Geistliche usw., die Ernennung und Überwachung der Friedhofbeamten, z. B. der Totengräber usw.

2) In Bayern „obliegen Errichtung und Unterhaltung von Begräbnisplätzen den bürgerlichen Gemeinden“; ebenso von „Bestattungsanstalten“ (Leichenhäuser; Verbrennungsöfen), Bayr. Bl. § 19 I, freilich nur „nach dem öffentlichen Bedürfnis“ § 19 II, d. h. soweit nicht anderweitige Begräbnisplätze (z. B. kirchliche) oder Bestattungsanstalten (z. B. eines Vereins) genügen. — Neben dieser Pflicht der bürgerlichen Gemeinden besteht das Recht der Kirche, eigene Friedhöfe zu erhalten, zu erweitern und zu errichten, ungeschmälert fort, ja es empfiehlt sich das, einerseits wegen der unter 1) angegebenen Rechte, anderseits namentlich in ländlichen Gemeinden wegen der sonst unvermeidlichen Zersplitterung; so gehören zu einer Pfarrei mit einem Friedhofe zuweilen 4—6 kleinere Gemeinden.

3) Eine schwere „Dienstbarkeit“ (Servitut) wird in Bayern den kirchlichen Friedhöfen durch die Verfassung vom 14. Aug. 1919 § 19 III auferlegt: „In Friedhöfen, die nur für einzelne Religionsgemeinschaften bestimmt sind, ist mangels eines gemeinschaftlichen Begräbnisplatzes die Beisetzung Andersgläubiger unter den für sie üblichen Formen und ohne räumliche Absonderung, erforderlichenfalls nach Anordnung der zuständigen Behörde zu gestatten.“ Daß Andersgläubigen in Ermangelung eines eigenen oder eines bürgerlichen Friedhofes ein Platz in dem Friedhofe eines anderen Bekenntnisses eingeräumt wird, kann nicht beanstandet werden. Die beiden anderen Auflagen gehen zu weit.

a) Bis zum 14. Aug. 1919 durften nur „die Kirchen“, also nur die Katholiken und Protestanten (letzte prot.-luther., prot.-reformiert, uniert) „die für sie üblichen Formen gebrauchen“ Religionsedikt (RE.) vom 26. Mai 1818 §§ 28—36; MG. vom 11. und 30. Okt. 1891; nunmehr wird sämtlichen Religionsgesellschaften dieses Recht zugesprochen, auch den nicht-christlichen, ja auch den erbittertsten Gegnern des Religionsbekenntnisses, in dessen Eigentum der Friedhof steht. Diese Befugnis mag der Staat in den gemeindlichen Friedhöfen einräumen; in den religionsgesellschaftlichen Friedhöfen ist die Reichsverfassung vom 11. Aug. 1919 Art. 136—138 zu beachten.

b) In den religionsgesellschaftlichen Friedhöfen ist „die Beisetzung Andersgläubiger . . . ohne räumliche Absonderung zu gestatten“ § 19 III. Diese Bestimmung ist nunmehr so auszulegen, daß eine entwürdigende Absonderung unstatthaft ist, nicht jede; denn das Reichsgericht in Leipzig hat am 11. Nov. 1923 (Archiv f. kath. RR. 1924 S. 140) die Beerdigung in der Reihe nicht

mehr für erforderlich gehalten; es muß nur hier vermieden werden, daß die zugewiesene Grabstätte ihrer Lage und Umgebung nach einen unwürdigen Eindruck mache. Ebenso urteilte der österr. BGH. am 23. Jan. 1915 (§ a r i n g: RR.³ S. 581; G r i e ß l: Repertorium 174 f.).

F. Die Gewährung und Verweigerung des kirchlichen Begräbnißes.

Quellen: Can. 1239—42; 2260; 2271; 2275 n. 4; 2350 § 2. R. R. tit. 6. cp. 2.

I. **Allgemeine Gesichtspunkte.** Die Entziehung des kirchlichen Begräbnißes ist ohne Zweifel eine einschneidende Maßregel der Kirche, um so einschneidender, je bessere und eifrigere Glieder der katholischen Kirche die überlebenden Verwandten des Verstorbenen sind. Indes ist die Verweigerung des kirchlichen Begräbnißes kein Verdammungsurteil. Papst Leo I. der Große faßt in seinem Brief an Rustikuz, Bischof von Narbonne (443), die Frage kurz zusammen: „Solcher Personen Schicksal ist dem Urteil Gottes zu überlassen, in dessen Hand es lag, daß ihr Tod sich nicht bis zur Wiedererlangung der Kirchengemeinschaft verzögerte. Wir aber können mit jenen, mit welchen wir in ihrem Leben keine Gemeinschaft hatten, nach ihrem Tode keine Gemeinschaft pflegen.“ Daher der Grundsatz: „Quibus viventibus non communicavimus, mortuis communicare non possumus“ c. 1 C. 24 9. 2. Die Kirchengemeinschaft fehlt stufenweise drei Klassen von Menschen: den Nichtgetauften; — den Getauften, welche durch Abfall oder Kirchenstrafe; — den Getauften, welche durch offensündige Unbotmäßigkeit der Kirchengemeinschaft verlustig gingen.

II. **Das Begräbniß der Ungetauften.** Can. 1239 bestimmt: „Zum kirchlichen Begräbniß sind nicht zuzulassen, die ohne Taufe sterben (§ 1). Die Katechumenen (Glaubenschüler), die ohne eigene Schuld der Taufe beraubt sterben, sind den Getauften zuzurechnen (§ 2)“.

Der Wortlaut „qui sine baptismo decesserint“ deutet an, daß nicht nur die erwachsenen Ungetauften (Heiden, Moslim, Juden), sondern auch die ungetauften Kinder der Un- und Irrgläubigen, aber auch der Katholiken der kirchlichen Beisetzung entbehren müssen. — Ausgenommen von dieser Regel sind: a) die **Katechumenen**, welche den Mangel

der Taufe nicht selbst verschuldeten; b) die Kinder einer katholischen Mutter, welche gleichzeitig oder fast gleichzeitig mit der Mutter starben und im gleichen Sarge mit ihr (sive intra sive extra matrem) beigesetzt werden. — Als „Glaubensschüler, catechumenus“ gilt derjenige, welcher nachweisbar seine un- oder irrgläubigen Besitztümer (res superstitiosas) weggeräumt und seinen Willen, den katholischen Glauben anzunehmen, kundgegeben hat; noch mehr derjenige, welcher gleichsam in liturgischer Form die Aufnahme ins Katechumenat erhalten hat, vgl. Directorium de Seoul. n. 99.

III. „Allen Getauften ist das kirchliche Begräbniß zu gewähren, wenn dasselbe ihnen vom Rechte nicht ausdrücklich entzogen wird“ Can. 1239 § 3. Bei den Getauften steht die Rechtsvermutung für das kirchliche Begräbniß, so daß nicht einmal ein kirchlicher Oberer es ihnen entziehen kann, wenn die Rechtsgrundlage fehlt.

1) Als ungetauft gelten diejenigen, welche entweder überhaupt nicht oder nicht gültig getauft sind. Wurde aber die Taufe, sei es von Andersgläubigen, sei es in einer Notlage, so gespendet, daß man an der Gültigkeit zweifeln muß, so gelten hier die zweifelhaft Getauften als getauft, altes Rit. Rom. tit. 2 cp. 1 n. 16.

2) Die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses durch das Recht muß eine ausdrückliche sein (nisi „*expresse priventur*“); die hierher gehörigen Fälle werden im Can. 1240 § 1 aufgezählt. Des kirchlichen Begräbnisses gingen früher verlustig die Verächter der Osterkommunion gemäß c. 12 „*omnis utriusque*“ X. De poen. et rem. (V 38). Stirbt ein solch lauer Katholik, so kann ihm das kirchliche Begräbniß nicht ohne weiteres entzogen werden; man muß vielmehr prüfen, ob er zu den „*peccatores publici et manifesti*“ des Can. 1240 § 1 n. 6 gehört.

Mag auch im Rechte die kirchliche Beisetzung ausdrücklich für die bestimmten Fälle (Can. 1240 § 1) entzogen sein, so tritt diese Strafe doch nicht ein, wenn die fraglichen Personen vor dem Tode merklliche Zeichen der Reue (Bußgesinnung) gegeben haben“ Can. 1240 § 1. Rein innere Reuegesinnung ist natürlich nicht hinreichend. Doch wenn diese Gesinnung nach außen hervortritt, z. B. durch ehrerbietiges Küssen des Kreuzes; durch Handlungen, Kreuzmachen, an die Brust klopfen; durch Gebete, durch Verlangen nach dem Priester usw., und wenn diese Äußerungen durch zwei Zeugen und wenigstens durch einen einwandfreien Zeugen bewiesen werden können Cann. 1791; 779; 800, so sind die „merklichen Zeichen der Reue“ („*aliqua poenitentiae signa*“) gegeben. Nach diesen Vorbemerkungen

kommen wir zu den zwei folgenden Klassen der des kirchlichen Begräbnißes Beraubten.

IV. Die zweite Klasse umfaßt jene Getauften, welche der kirchlichen Gemeinschaft überhaupt verlustig gegangen sind; zu diesen gehören:

1) „Notorii apostatae a christiana fide; die offenkundigen Abtrünnigen vom christlichen Glauben“;

„Der Getaufte, welcher vom christlichen Glauben vollständig sich entfernt, ist Apostat“ (Abtrünniger) Can. 1325 § 2, auch wenn er „einer unchristlichen Sekte sich nicht anschließt“ (Can. 2314 § 1); auch wenn der katholisch Getaufte noch vor dem Vernunftgebrauch dem Unglauben zugeführt wurde (Can. 1099 § 2); freilich handelt es sich dann nicht um eine Strafe. Doch muß der Abtrünnige offenkundig ein solcher sein: apostatae notorii notorietate sive iuris sive facti, Can. 2197 nn. 2 et 3, d. h. wenn die Abtrünnigkeit durch rechtskräftigen Urteilspruch oder durch gerichtliches Geständnis (iuris) feststeht oder so bekannt ist, daß kein Wenden und Drehen das Vergehen verdecken kann.

2) „Sectae haereticae vel schismaticae . . . notorie addicti, die offenkundigen Angehörigen einer häretischen oder schismatischen Sekte“;

Was Häretiker, was Schismatiker ist, legt Can. 1325 § 2 dar; indes genügt das nicht, sondern der Getaufte muß Mitglied (Can. 2314 § 1 n. 3), und zwar offenkundiges Mitglied (Can. 2197 nn. 2 et 3) einer häretischen und schismatischen Sekte sein. Freilich kann auch gutgläubigen Häretikern oder Schismatikern das kirchliche Begräbniß nicht gewährt werden, weil sie eben der communio ecclesiae entbehren. Getaufte Kinder katholischer Eltern dürfen dann katholisch beigesetzt werden, wenn sie niemals förmlich der Häresie oder Schisma sich angeschlossen, also z. B. protestantische Kinder vor der Konfirmation, vorausgesetzt, daß die Eltern bzw. die Staatsgesetze zustimmen und kein Argerniß entsteht; über die Bedeutung der „Konfirmation“ s. Schw arzlose: D.-E. RR. (1924) S. 205 f.

„Um größere Übel zu verhüten“, darf im äußersten Notfalle geduldet werden, daß in katholischen Familiengräbern katholisch getaufte Mitglieder der Familie („ratione vinculi consanguinitatis seu matrimonii“) beigesetzt werden, S. Off. d. 30. Mart. 1859; d. 14. Nov. 1888 (ME. VI² pag. 127); die heilige Kongregation fügt die Mahnung bei: „Curent Episcopi (Statum Foederatorum) totis viribus, ut cuncta fiant ad normam ss. Canonum; quatenus vero absque scandalo et periculo id obtineri non possit, tollerari posse“.

3) „Sectae massonicae aliisve eiusdem generis societatibus notorie addicti; die offenkundigen Anhänger der Freimaurerei oder gleichgearteter Gesellschaften“ Can. 1240 § 1 n. 1;

An sich würden solche Personen erst bei den Exkommunizierten einzureihen sein, indes behandelt sie der Roder auch sonst zuweilen als eine besondere Gruppe, z. B. Cann. 1065 (Eheschließung); 693 § 1 (kirchliche Vereine); 1453 (Patronatsrecht). — Die Freimaurerei ist nach dem Freimaurer Ludwig Keller: „Die Freimaurerei“³ S. 7 „die königliche Kunst (der kgl. Weg) der Humanität“, nach Papst Leo XIII. in seiner Enz. „*Humanum genus*“ vom 21. April 1884 „eine weit verbreitete festgefügte Gesellschaft mit Geheimverfassung, aufgebaut auf den Grundsätzen des Naturalismus, und bestrebt, die irdischen Dinge und Einrichtungen des Übernatürlichen vollständig zu entkleiden, die Offenbarung zu leugnen, die Kirche zu bekämpfen: die Ehe und Familie; die Schule und Erziehung und die Staatsgewalt zu verweltlichen“. — Die Freimaurerei ist nach der neuesten Zusammenstellung in der „Allg. Rundschau“ 1926 S. 355 f. ein Geheimbund mit nahezu vier Millionen Mitgliedern in ungefähr 12 000 Logen, mächtig durch zusammenfassende Verbindung (Dr. Fr. Uhlmann in Basel), durch wissenschaftliche (Museen) und Wohlfahrts Einrichtungen, durch ungeheure Geldmittel (z. B. „Ernste Bibelforscher“; vgl. „Fels“ 1926 S. 203 f.) und politischen Einfluß (besonders in England; Dänemark; Schweden; Frankreich; Türkei; Versuche in Jugoslawien; Bulgarien; Tschechoslowakei). Die Logen haben von 1911 bis 1925 um 3979, die Mitglieder um 1 754 153 zugenommen; „Fels“ 21. Jahrgang⁴ S. 159 f.

Wenn es sich nun um den Anhänger einer anderen Gesellschaft handelt, so fragt es sich immer: a) Sucht diese G. die Kirche oder die rechtmäßigen bürgerlichen Gewalten zu unterwühlen (Can. 2335)? b) Ist diese G. der gleichen Art wie die Freimaurerei, also vor allem eine G. mit Geheimverfassung? Wenn beide Fragen mit Ja zu beantworten sind, so ist den offenkundigen Anhängern das Begräbniß zu verweigern, auch a. s. Can. 1240 n. 1.

4) „*Excommunicati vel interdicti post sententiam condemnatoriam vel declaratoriam* = Exkommunizierte oder Interdizierte p. s.“ Can. 1240 § 1 n. 2.

Bei diesen beiden Strafen genügt nicht mehr das Offenkundige, sondern es muß ein Verhängungs- oder Erklärungspruch des kirchlichen Obern oder Richters vorliegen Can. 2217 § 1 n. 3; 2220; 2223 § 4; 2232 § 2; 1576 § 1. Für die Exkommunizierten gilt Can. 2260 § 3; für die Interdizierten Can. 2275 n. 4. Ist ein Exkommunizierter mit Zeichen der Reue, aber ohne Absolution gestorben, so ist der „Ritus, einen bereits Verstorbenen zu absolvieren“ anzuwenden R. R. t. 3 cp. 4; für einen verstorbenen Interdizierten, der Zeichen der Reue gab, ist eine Absolutionsformel im Rituale nicht vorgesehen. — Beim örtlichen allgemeinen Interdikt ist in der Kirche die Beisetzungsfeier („*mortuorum exsequiae*“) gestattet, freilich ohne Gesang und Orgelspiel, ohne Glockengeläute und in einfacheren Paramenten Can. 2271 n. 2; ist der Friedhof auch interdiziert, so geschieht das Begräbniß ohne kirchlichen Ritus Can. 2272 § 2.

V. Die dritte Klasse der Begräbnißverweigerung umfaßt jene Katholiken, welche durch gewisse Vergehen sich der

kirchlichen Beisetzungszehren unwürdig machen; die Vergehen sind: Selbstmord; Duell; Leichenverbrennung; ein offenkundiges Sündenleben.

1) „Qui se ipsi occiderint deliberato consilio = welche Selbstmord mit Überlegung begingen“ Can. 1240 § 1 n. 3.

Der Selbstmord bzw. Selbstmordversuch wird vom Röder bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnt: bei der Irregularität Can. 985 n. 5; bei den kirchlichen Strafen Can. 2350 § 2. Der frühere Text des R. R. tit. 6 cp. 2 n. 3 betonte, das kirchliche Begräbniß ist zu verweigern „denen, die sich das Leben genommen haben wegen Verzweiflung oder Zorn, nicht, wenn Geistesgestörtheit“ (insania) vorlag. Das deutsche Wort „Selbstmord“ stimmt mit der Bestimmung des Röder überein; es muß eine freie und überlegte Tat sein. Dieses kann am besten das doppelte Zeugnis des natürlichen und übernatürlichen Arztes (Arzt und Seelsorger) dartun; vgl. S. C. S. Off. d. 16. Maii 1866; PMS. 25 S. 801 ff. (Dr. J amiller Ignaz); 25 S. 310 („Euthanasie“). — Die Häufigkeit der Selbstmorde geht Hand in Hand mit der Abnahme des Glaubens und der Einfachheit der Sitten, mit der Häufigkeit der Ehescheidungen und der Leichenverbrennung und mit der Abnahme des Kindersegens — ein Zeichen des traurigen Verfalls eines Volkes. „Der Tiefstand des religiösen Lebens besitz in der Selbstmordziffer einen genauen Gradmesser.“ (Wolter).

Über die Wahrheit dieser Ausführungen geben die Statistiken den unwiderleglichen Beweis. „Auf je 100 000 Einwohner in den Jahren 1881—90 und 1891—98 kamen Selbstmorde in: Sachsen 35,3 bzw. 30,9; in Spanien 2,4 bzw. 2; in Dänemark 25,5 bzw. 24,3; in Irland 2,3 bzw. 2,9“, Rost Hans: Beiträge zur Moralstatistik (1913) S. 131. Dort findet sich überzeugend dargetan der günstige Einfluß der katholischen Kirche I. auf den Geburtenrückgang S. 2 ff.; II. auf die Ehescheidungen S. 93 f.; III. auf den Selbstmord S. 109 f. Das Verhältnis bleibt, wenn auch der Weltkrieg mit den nachfolgenden Umwälzungen die Sittlichkeit im allgemeinen bedeutend herabdrückte.

2) „Mortui in duello aut ex vulnere inde relato = Personen, welche im Duell oder an einer dort erhaltenen Wunde starben“ Can. 1240 § 1 n. 4; vgl. Cann. 2351; 984 n. 5; 985 n. 5.

Das alte Recht lautete: „Das kirchliche Begräbniß wird versagt den im Duell Sterbenden, mögen sie auch vor dem Tode Zeichen der Reue gegeben haben“ a. R. R. tit. 6 c. 2 n. 4. Die Kirche trat von jeher mit Entschiedenheit und Strenge dem Duellunwesen entgegen; vgl. die Erlasse der Päpste Gregor XIV., Clemens VIII., Benedikt XIV., (eingehend und streng); Pius IX. und Leo XIII. bei Santi-Leitner: Praelectiones⁴ V 14 nn. 2 sqq.

a) Duell oder Zweikampf ist „ein von beiden Seiten freiwillig und verabredetermaßen unternommener Sonderkampf“ S.-L. c. l. n. 1. Ein Zweikampf auf Anordnung der rechtmäßigen Gewalt

gehört nicht hieher; ebenso nicht ein Kampf zwischen zweien, entfacht im lodernnden Zorne; es fehlt die überlegte Verabredung.

b) Nach der Erklärung der Konzilst. für Breslau vom 9. Aug. 1890 fielen auch die deutschen „Studentenmensuren“ unter den Begriff „duellum“ mit den Wirkungen der Zensur (Can. 2351), der Irregularität (Cann. 984; 985) und der Begräbnisverweigerung. Nach dem Inkrafttreten des Roberg tauchten Zweifel auf an der Fortdauer dieser Erklärung; mit Unrecht gemäß Can. 6 n. 3. Man beruhigte sich nicht einmal mit der Erklärung der gleichen K. für Regensburg vom 10. Febr. 1923 (AAS. 15, 154), indem man unterschied zwischen „Studentenmensuren mit Gefahr schwerer und leichter Verwundung“. Das veranlaßte die Konferenz der deutschen Bischöfe am 20. Aug. 1924, eine diesbezügliche Frage an die SCC. zu stellen. Die Antworten erfolgten am 4. April und 13. Juni 1925, letztere bestätigt vom Heiligen Vater am 20. Juni 1925: „Den kirchlichen Strafbestimmungen gegen das Duell unterliegen auch diejenigen, welche die „Bestimmungen“ austragen, ob nun Gefahr schwerer Verwundung vorliegt oder nicht (AAS. 18, 132—138 in Ratisbonensi). In gleicher Weise haben die Vereinigten Straßsenate des Reichsgerichts zu Leipzig am 15. Mai 1926 die Frage, „ob die studentische Schlägermensur Zweikampf im Sinne des 15. Abschnittes des II. Teiles des Strafgesetzbuches (§§ 201—210) sei,“ bejaht, wie der Oberreichsanwalt beantragt hatte, P f a r r a m t s b l a t t (Eichstätt) 1926 Nr. 20 S. 358 f.

c) Wir haben die Ausdrücke zu erklären: a) „Mortui in duello = die im Duell Gestorbenen“, dieses Wort bedeutet nur die Duellanten und ihre Beistände der Trid. sess. 25 c. 19 d. r., nicht die übrigen mit Zensur Bedrohten, wie die geflüchteten Zuschauer, wenn sie auch im Duell z. B. durch einen „Blindgänger“ getötet wurden. β) Dazu kommen noch die „mortui ex vulnere inde relato“. Wenn der Getroffene auch vom Plaze des Zweikampfes entfernt gestorben ist, so ist ihm das kirchliche Begräbnis zu versagen; außer der Tod erfolgt sicher oder wahrscheinlich aus einer andern Ursache oder der Verwundete gibt erkennbare Zeichen der Reue. Das ist die große Milde rung gegenüber dem Rechte vor dem 19. Mai 1918.

3) „Qui mandaverint suum corpus cremationi tradi = Wer den Auftrag gegeben hat zur Verbrennung des eigenen Leibes“ Can. 1240 § 1 n. 5; vgl. Cann. 1203; 2339; Instr. S. C. S. Off. „Cadaverum cremationis praxi“ d. 19. Jun. 1926 (AAS. 18, 282).

Die Zeichenverbrennung wurde oben (B) eingehend gewürdigt. Persönlich geht des kirchlichen Begräbnisses nicht verlustig: a) wer keinen Auftrag gab; b) wer den Auftrag vor dem Tode widerrief; c) wer zwar den Auftrag gab und ihn nicht ausdrücklich widerrief, aber die heiligen Sakramente empfing oder Zeichen der Reue gab, wenn die Verwandten die Einäscherung nicht zuließen auf Grund des Can. 1203 § 2. Hat jedoch der Verstorbene den Auftrag gegeben und ihn nicht widerrufen und keine Zeichen der Reue gegeben, so ist die kirchliche Beisetzung

auch dann zu verweigern, wenn die Einäschung nicht erfolgte CC. d. 10. Nov. 1925 (AAS. 17, 583). Wird der Leichnam ohne oder gegen die Anordnung des Verstorbenen der Einäschung zugeführt, so ist die kirchliche Leichenfeier nicht zu versagen, ausgenommen die kirchliche Begleitung bis zum Verbrennungsorte; das Argerniß kann durch Darlegung der Tatsachen beseitigt werden, S. Off. d. 15. Dec. 1886. — Wenn der Leichnam eines Katholiken auf Grund eigener Bestimmung eingeäschert wird, so kommt es für die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses nicht darauf an, daß der Verlebte sich religiös betätigt hatte oder daß er in der letzten Stunde vielleicht seine Verfügung zurücknehmen wollte. — Wenn die kirchliche Beisetzung versagt wurde, so darf die Asche weder der kirchlichen Einsegnung noch eines Platzes im geweihten Friedhof theilhaft werden; vgl. Can. 1212. Wenn Vertreter der Staatsgewalt in feindseliger Gesinnung gegen die Kirche das Gegenteil verlangen, so wird es nicht an charakterfesten Priestern fehlen, welche durch Verweigerung der Beteiligung und würdige Gegenerklärung dem Ansinnen sich widersetzen. Natürlich müssen die Gläubigen persönlich und öffentlich über den Vorzug, den Nutzen und die erhabene Bedeutung des kirchlichen Begräbnisses rechtzeitig aufgeklärt werden S. Off. d. 19. Jan. 1926.

4) „*Alii peccatores publici et manifesti*“ = die anderen öffentlichen und offenkundigen Sünder“ Can. 1240 § 1 n. 6; vgl. Cann. 1066; 2197; 462 n. 2; 1037; 1045; 1078; 1754; 1791; 2314 § 2; R. R. t. 4 c. 1 n. 8.

a) Unter die „*publici peccatores*“ rechnete das alte R. R. tit. 4 c. 1 n. 8 die „*meretrices, concubinari, foeneratores, magi, sortilegi, blasphemi*“. Zu den concubinari gehören auch Katholiken, die in bloßer Zivilehe Can. 1078, insbesondere im Ehebruche („*bigami*“) lebten Can. 2356. — b) Wenn ein Mensch im Akte der Todsünde stirbt, aber so, daß die Todsünde offenkundig ist und der Mangel an Reuegesinnung klar zu Tage tritt, wenn z. B. ein Mörder, Ehebrecher usw. bei Ausführung der ruchlosen Tat getötet wird, so gilt er als „*peccator publicus et manifestus*“. — c) Ebenso, wenn ein Todsünder mit klarer Erkenntnis seiner Lage die heiligen Sterbesakramente nachweisbar verschmäht (Provinzialkonzil von Wien S. 133). — In früherer Zeit waren die Verächter der Osterpflicht, sei es, daß über sie das Interdikt vom Eintritt in die Kirche verhängt war, sei es, daß ihr Ungehorsam (daher „*Inobedienten*“) allgemein bekannt war, ausdrücklich mit Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses bestraft c. 12 De poen. (V 38), nunmehr müssen sie beurteilt werden nach Can. 1240 § 1 n. 6.

Es gibt Nothfälle, in welchen zwar die Beisetzung in geweihter Erde untunlich, jedoch die sonstige kirchliche Trauerfeier (*elevatio, translatio, exsequiae*) nicht versagt wird, ja geboten ist. Solche Fälle können eintreten bei lang andauernden Kälte im hohen Norden; bei ausgedehnten Meerfahrten („*Wassergrob*“), insbesondere bei Ablieferung menschlicher Leichen an die Anatomie. In diesen Fällen kann die Aussegnung vorgenommen werden und die Abhaltung des

Trauerergottesdienstes; auch sollen im letzterem Falle die Reste des menschlichen Leibes der geweihten Erde übergeben werden, S. Off. d. 3. (6.) Aug. 1907 (ME. X 2 pag. 4). Die Glieder sollen im Friedhof beigesetzt werden. Ist das nicht gut möglich, so darf in der Nähe der Anatomie oder des Krankenhauses ein passender Raum, z. B. im Garten, ausgesetzt und geweiht werden, in welchem die menschlichen Reste (auch privatim) zu bergen sind. — Daß den Hingerichteten das kirchliche Begräbniß nicht zu versagen ist, ersehen wir aus c. 30 C. 13 q. 2 (Konzil von Mainz 847).

Die Kirche soll „jegliche Vornahme anatomischer Sektionen verboten und dadurch das Studium der Medizin beeinträchtigt haben“. Diese Behauptung ist eine Erdichtung; freilich hat Papst Bonifaz VIII. das Abkochen der Leichen verboten, aber nur zum Zwecke der Versendung der gewonnenen Knochen an die Verwandten, Donat Jos. S. J.: „Die Freiheit der Wissenschaft“ (1910) S. 216. Der heilige Franz von Sales erbat sich in seiner schweren Krankheit 1587 zu Padua die Gnade, daß sein Leib nach dem Tode zur Sektion an die Studenten der Medizin ausgeliefert werde, M. Hamon: Vie de S. François de Sales⁸ I 75.

VI. Begleitumstände und Folgen der Versagung des kirchlichen Begräbnisses.

1) In Zweifelsfällen ist der Ordinarius zu befragen; reicht die Zeit nicht aus, so hat der Pfarrer (Kirchenvorstand) die Frage zu entscheiden. Bleibt trotz genauerer Untersuchung („testimonium utriusque medici“) der Zweifel bestehen, so ist das kirchliche Begräbniß zu gewähren mit Beseitigung des Argernisses Can. 1240 § 2, entweder durch entsprechende Aufklärung oder durch Gewährung eines schlichten Begräbnisses mit Ausschluß der unwesentlichen Feierlichkeiten.

2) Verbot der Trauerergottesdienste. „Ist jemand vom kirchlichen Begräbniß ausgeschlossen, so ist ihm damit auch jegliche Beisetzung, ja sogar die Jahresmesse zu versagen, ebenso die anderen öffentlichen Trauerergottesdienste“ Can. 1241; vgl. Can. 1204. Verboten ist also die Trauermesse, ob feierliches Amt, ob stille Messe, auch Beimeße („missa exsequialis“); ferner der Dritte, Siebente und Dreißigste; endlich auch der Jahrtagsgottesdienst („n. anniversaria“); außerdem alle öffentlichen Trauerergottesdienste („publica officia funebria“), wie Vesper, Matutin, Libera. Erlaubt sind nur die Privatmessen mit Vermeidung des Argernisses Cann. 809; 2262 § 2 n. 2.

3) Die Erhebung beerdigter Leiber Cann. 1242; 1175; 1172; 1207, 1214; 1212. Der Friedhof

wird wie die Kirche verletzt durch die Beerdigung eines Ungläubigen oder eines Exkommunizierten p. s. Can. 1172 § 1 n. 4; 1207. Darum sollte vor der Wiederaussöhnung der Leich eines solchen Verstorbenen entfernt werden, wenn es ohne schweren Nachteil geschehen kann Cann. 1175; 1207. Doch scheint der Roder besonderes Gewicht auf die Entfernung des Leibes eines *excommunicatus vitandus* zu legen Can. 1242. Freilich muß auch in diesem Falle, wie immer, die Erlaubnis des *Ordinarius* vorausgehen Can. 1214 § 1. Dieser darf die Erlaubnis nur dann gewähren, wenn man den betreffenden Leichnam von den anderen Leibern mit Sicherheit unterscheiden kann, *ibi* § 2.

Es liegt nahe, daß auch die Staatsgewalt besondere Vorschriften für Ausgrabungen von Leichen („Leichenerhebungen, Enterdigungen, Exhumierungen“) getroffen hat. Abgesehen von den gerichtlichen Anordnungen der Leichenerhebung SPD, §§ 87 III; 88—91, ist zur Totenausgrabung notwendig die bezirkspolizeiliche Erlaubnis nach vorheriger Begutachtung des Bezirksarztes und unter Einhaltung der notwendigen Vorsichtsmaßregeln (Schließung des Friedhofes; Fernhaltung unbetheiligter Zuschauer); vgl. Regierung von Niederbayern, Bf. vom 31. März 1874. — Wird eine Leiche ausgehoben behufs Überführung, so ist der Pfarrvorstand so rechtzeitig in Kenntniß zu setzen, daß er an die oberhirtliche Stelle noch berichten kann, E. der Reg. von NB. 27. März 1855. Eine solche Ausgrabung und Überführung ist bei Leichen der an ansteckenden Krankheiten Gestorbenen nur nach Verlauf eines Jahres vom Tode an zu gestatten, Bf. 17. Febr. 1888 § 8; vgl. R i c h t. H.: Pfarramt Kap. 10 § 9.

II. Kapitel. Der Gottesdienst. Cultus divinus Cann. 1255—1321.

§ 7. Allgemeine Grundsätze.

Quellen: Cann. 1255 ff.; 1999—2141. Die heiligen Zeiten (Cann. 1243—1254) wurden bereits behandelt.

I. Begriff und Einteilung. 1) Der Gottesdienst (Gottesverehrung, Kultus) ist die äußere Betätigung der Religion in Worten und Handlungen. Der Gottesdienst ist so alt wie die Religion und diese so alt wie die Menschheit. Es ist dem Menschen natürlich, seine innere Gesinnung gegenüber dem Höchsten in äußeren Akten zu betätigen. Wir finden den ältesten Gottesdienst bezeugt in der Genesis 4, 3 ff. (Kain und Abel); 4, 26 (Enos); 8, 20 (Noe); 14, 18 (Melchisedech). Zu der natürlichen Anlage des menschlichen Geistes und Herzens kam die unmittelbare Anweisung und Ermunterung durch Gott selbst (cultus naturalis; c. divino-positivus). Großartig in seiner Art gestaltete sich die Gottesverehrung im mosaischen Gesetze. Diesem folgte wie das Licht dem Schatten, wie die Wahrheit dem Vorbild der christliche Kultus der katholischen Kirche, Joh 4, 23. 24.

2) Die Gottesverehrung wird in ihrem Wesen klarer erkannt durch ihre Einteilung. Wir unterscheiden: a) eine wahre und eine falsche, je nachdem sich die Akte auf den wahren Gott oder auf falsche Scheingötter beziehen; oder je nachdem der wahre Gott in richtiger oder in ungeziemender Weise verehrt wird. Selbst der falsche oder unpassende Kultus beweist das Bedürfnis des Menschenherzens, die innere religiöse Überzeugung nach außen hin zu betätigen.

b) Der Kult hat entweder Gott unmittelbar zum Ziele oder mittelbar in seinen Heiligen; der unmittelbar auf Gott gerichtete Kult heißt „cultus latrae“; der den Heiligen erwiesene Kult dagegen wird „cultus duliae“ genannt. Weil sich die seligste Jungfrau Maria von allen

Heiligen durch ihre Würde, Gnaden, Verdienste und Verherrlichung auszeichnet, heißt der ihr zukommende Kult „cultus hyperduliae“. — Der latreutische Kult oder die Anbetung im eigentlichen Sinne gebührt „der Heiligsten Dreifaltigkeit, den einzelnen göttlichen Personen, Christus dem Herrn, auch unter den sakramentalen Gestalten“; die Verehrung (dulia) den am Reiche Christi im Himmel Teilnehmenden¹⁾; die „höhere Verehrung“ der seligsten Jungfrau Maria Can. 1255 § 1.

Die Ausdrücke „adoratio, proskynesis“ bedeuten nicht nur die Anbetung, sondern auch eine tiefe Verehrung, erzeugt einer geschöpflichen Person, während der deutsche Ausdruck „Anbetung“ mit dem cultus latriae gleichbedeutend ist. In der Heiligen Schrift wird das Wort „adorare“ im weiteren Sinne gebraucht, z. B. Gn 33, 3 (Jacob adoravit Esau . . . septies); aber auch im engeren Sinne der eigentlichen Anbetung, wie Mt 4, 10; Lk 4, 8. Ebenso wurden die genannten Ausdrücke im klassischen und späteren Latein und Griechisch gebraucht; vgl. „adorare purpuram“ = unter Kniebeugung das Purpurkleid des Kaisers küssen I. 25 § 3 C 2, 7. —

c) Mit dem Can. 1255 § 2 unterscheiden wir ferner einen „cultus directus et relativus“. Der erstere bezieht sich unmittelbar auf die Person, der letztere betrifft Gegenstände, welche mit der verehrten Person in enger Beziehung stehen, wie Reliquien, Bilder. Der relative Kult der Anbetung gebührt demnach den Reliquien und Bildern des Herrn, während sonst der relative Kult der Verehrung bzw. der höheren Verehrung am Platze ist. Darum darf uns nicht Wunder nehmen, wenn am Karfreitag der Chor das „Ecce lignum crucis, in quo salus mundi pependit“ mit der Aufforderung beantwortet „Venite, adoremus!“, kurz wenn die Rubriken von einer adoratio crucis reden. Darnach richten sich auch die liturgischen Vorschriften für die Verehrung, Veräucherung und Beleuchtung der verschiedenen Reliquien und Bilder, R u n z Christian: „Die liturgischen Verrichtungen des Zelebranten“ S. 9, 93, 125, 158 ff. — Der relative Kultus erstreckt sich auch auf die Stellvertreter Christi in seiner Kirche; so wird auch der Fußfuß gegenüber dem Papst, seine Bezeichnung als „Sanctissimus Dominus Noster, Sanctitas, Beatitudo“, die Kniebeugung vor dem Diözesanbischof (Caer. Epporum I. I 18 n. 3) u. a. erklärlich.

¹⁾ Vgl. Ludwig von Sybel: „Mosaiken römischer Apsiden“ in Zeitschrift für Kirchengeschichte von Brieger-Beß (1918) S. 273.

d) Wird der Kult im Namen der Kirche von Kultpersonen d. i. von den hiefür eigens bestellten Personen, durch Kulturenhandlungen, welche gemäß Anordnung der Kirche Gott, den Heiligen und Seligen ausschließlich zu erweisen sind, bezeugt, so heißt er öffentlich; sonst privat Can. 1256; vgl. Cann. 2057—60, 2085—86.

II. Die kirchliche Liturgie. „Einzig dem Apostolischen Stuhle kommt es zu, die kirchliche Liturgie zu ordnen und die liturgischen Bücher gutzuhießen“ Can. 1257.

1) Liturgie (griech. leiturgia = Staatsleistung; liturgus = Beamter 1. 6 pr. § 7 C. Th. 11, 24) ist die Summe der Formen des öffentlichen Kultes bei der heiligen Messe (Liturgie im engeren Sinne), bei Spendung der Sakramente und Sakramentalien, bei den kanonischen Tagzeiten (= Brevier), zugleich regelnd Zeit, Ort, Sprache und Geräte des Gottesdienstes. Der Kern der Liturgie beruht auf der Einsetzung Christi, während die Apostel ihn zur Einführung brachten, z. B. Apg 13, 1 ff.; 1 Kor 11, 1—34. Die römische Liturgie wurde verhältnismäßig wenig geändert und fand mit Papst Gregor I. († 604) ihren fast vollständigen Abschluß, was die Messfeier betrifft. Neben der römischen Liturgie gab es viele andere, selbst in einem Lande verschiedene, so daß der Apostel Englands, Augustinus, sich höchlich wunderte über eine solche Mannigfaltigkeit. Allein der heilige Papst Gregor der Große schrieb ihm auf seine Anfrage zurück, er solle von den Liturgien, die er, sei es zu Rom, sei es in Gallien oder anderswo gesehen, alles prüfen und das Beste behalten (Augustin † am Anfang des 7. Jahrh.). Noch um 1024 besorgten die beiden Regensburger Domherren, der Priester Paulus und der spätere Bischof Gebhard III., ein Bruder Konrad des Saliers, das „Sacramentarium, Antiphonarium, die initia et fines evangelicarum, apostolicarum et propheticarum lectionum“ des Ambrosianischen Ritus, um sie neben dem römischen Ritus zu gebrauchen; codex diplomaticus Episcopatus Ratisbonen., operâ Thomae Ried 1816 n. 149 pag. 141 § 1. Später aber bemühte sich Rom aus gewichtigen Gründen, die Liturgie einheitlich zu gestalten und die liturgische Gesetzgebung dem Apostolischen Stuhl zu reservieren. Diese Bewegung tritt uns nun im Can. 1257 in ihrer Vollendung entgegen. Bereits oben (§ 3

II² S. 23) wurde von den Riten und Ceremonien gehandelt. Dort finden sich auch die liturgischen Bücher für die Messfeier und Sakramentspendung angegeben.

Für die kanonischen Tagzeiten dienen das *Breviarium* und das *Martyrologium Romanum*. Das *Martyrologium* oder *Hagiologium*, d. h. das Gedächtnisbuch der Heiligen, entstand im 5. Jahrh. aus dem *Kalendarium*. Seine Verwendung in der Prim des Breviers ist seit Chrodegang von Metz († 6. März 766) nachweisbar. Wir besitzen nicht weniger als sechzehn *Martyrologien*. In dem von Theod. Mommsen veröffentlichten „römischen Chronographen“ vom Jahre 354 (Abhandlungen der sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften 1850 S. 547 ff.) findet sich das älteste Verzeichnis der „*depositiones martyrum*“. Das *M. Syriacum*, um 411 in Edessa (Mesopotamien) beendet, befindet sich seit 1843 im Britischen Museum zu London; es ist arianischer Herkunft, deutsch von Egli: *Altchristliche Studien*, Zürich 1887. — Das berühmteste und umfassendste *M.* ist das „*Martyrologium Hieronymianum*“, welches in seiner jetzigen Gestalt nach Krusch in Lugeuil nach Duchesne in Auxerre um 628 entstand. Die Nachrichten über römische Märtyrer in demselben gehen auf einen römischen Kalender zurück, der wahrscheinlich schon 312 entstand und bis 422 reicht. Die Bearbeitung des *M. Hieronymianum* in den *Acta SS. Nov. II* stammt von De Rossi-Duchesne; vgl. Quentin: *Martyrologes historiques du moyen age* (Paris 1908); Kellner S.: *Heortologie*² (1906) S. 153.

2) Die ausschließliche Zuständigkeit des Apostolischen Stuhles für die Ordnung der Liturgie und die Bestätigung der liturgischen Bücher, bezieht sich zunächst auf den lateinischen Ritus. Indes dürfte Can. 1257 sich auch auf die Liturgie der orientalischen Kirchen beziehen wegen Can. 257 § 1; Ferreres J. B.: *Institutiones II* n. 195.

Diese Ansicht wird gestützt durch die Bestätigung des „*Missale Romano-Slavonicum characteribus latinis impressum studio et cura Josephi Vajs*“ durch Pius XI., SRC. d. 9. Mart. 1927 (AAS. 19, 156).

3) Es gibt liturgische Andachten, welche genau durch die liturgischen Bücher geregelt sind, wie Messe, kanonische Tagzeiten, Sakramentspendung; doch gibt es auch solche, deren Ausführung mehr der Anordnung der Ordinarien überlassen sind, z. B. die verschiedenen Nachmittagsandachten. Hierüber bestimmt Can. 1259 folgendes: „Gebete und Andachtsübungen sollen in Kirchen oder Kapellen nicht erlaubt werden ohne Prüfung und ausdrückliche Erlaubnis des Ortsordinarius, welcher in schwierigeren Fällen die ganze Sache dem Apostolischen Stuhle vorlegen möge (§ 1).“ Doch „kann

der Ortsordinarius neue Litaneien zum öffentlichen Gebrauch nicht gutheissen (§ 2)".

Nach diesem Gesetze werden die Litaneien zum öffentlichen Gebrauch nur vom Apostolischen Stuhle gutgeheissen Can. 1390, während der Ortsordinarius jene für den Privatgebrauch zu billigen hat, falls der Privatgebrauch einigermaßen in die Öffentlichkeit tritt, z. B. durch Druck oder sonstige Vervielfältigung Can. 1385 § 1 n. 2. Für den reinen Privatgebrauch ist natürlich auch die Erlaubnis des Ordinarius nicht erforderlich. — Der Gutheissungsvorbehalt wurde in die Wege geleitet durch das Dekret des hl. Off. v. 6. Sept. 1601. Im Laufe der Zeit wurden die nicht approbierten Litaneien sogar durch die 10. Indexregel berührt, so daß die nicht bestätigten L. weder öffentlich noch privat gesungen, gelesen oder aufbewahrt werden durften (Index libr. proh., Romae 1877, pag. XVII). — Die Ritenkongregation hat uns durch mehrere Dekrete die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Gebrauch der Litaneien gezeigt. Wird die Litanei in Kirchen oder öffentlichen bzw. halböffentlichen Kapellen verrichtet, so ist die Andachtsübung immer eine öffentliche, außer die Verrichtung oder das Absingen der Litanei geschieht von einer einzigen Person, an deren Gebet oder Gesang sich sonst niemand beteiligt. Sobald aber wenigstens zwei Personen die Litanei gemeinsam an heiliger Stätte (wie oben) verrichten, so haben wir einen öffentlichen Gebrauch, ob nun ein Priester oder Kleriker sich beteiligt oder nicht, SRC. dd. 20. Jun. 1896; 11. Febr. 1898, DA. nn. 3917; 3981. — Die eigentliche Litanei war von alters her die *Allerheiligenlitanei* (*Litaniae communes*),¹⁾ von der wir drei amtliche Formen besitzen: die des Karfreitags, die der Bittage und endlich jene des Beistandes der Sterbenden. Schon frühzeitig wurde die Litanei zur seligsten Jungfrau (*lauretaniſche Litanei*) mit Ablässen bereichert, Bulle *Reddituri* d. 11. Jul. 1587 Sixtus' V. Auch die *Marien-Jesu-Litanei* ist namentlich in Deutschland schon seit 400 Jahren in Gebrauch, indes hat Papst Pius IX. durch die SRC. vom 8. Juni 1862 die jetzt bestehende Formel eigens bestimmt und Leo XIII. hat sie durch Dekret der Ablaskongr. v. 16. Jan. 1886 mit Ablässen bereichert (ME. II 151). Die für die Diözesen Marseille und Autun, sowie für den Orden der Heimsuchung am 27. Juni 1898 gutgeheissene *Herz-Jesu-Litanei* wurde am 2. April 1899, mit Ablässen bereichert, auf den ganzen Erdfreis ausgedehnt (ME. 11. 56). — Am 18. März 1909 endlich gewährte Papst Pius X. durch Dekret der SRC. die Litanei vom heiligen Nährvater *Joseph* (ME. 21, 64—66); vgl. unten beim „Imprimatur“.

4) „Die Diener der Kirche dürfen in der Ausübung des Kultus einzig und allein von den kirchlichen Obern abhängig sein“ Can. 1260. Dieser Kanon ergibt sich naturnotwendig aus der Stellung der Kirche als vollkommene Gesellschaft, verschiedenen von der Staatsgewalt und unabhängig von derselben.

¹⁾ Die ältesten Litaneien finden sich in der Epigraphik von C. M. Kaufmann (1917) S. 149 ff.

In neuerer Zeit mußte Papst Pius X. in der Enz. „Iam dudum“ vom 24. Mai 1911 über die schlimme Lage der katholischen Kirche in Portugal sich beklagen (ME. 23, 145 ff.). Aber schon früher gab es manche Staatsgesetze, welche dem Can. 1260 schnurstracks entgegen standen; vgl. die Anordnungen Kaiser Josephs II. (Seb. Brunner: Joseph II., 1874 S. 134, 168, 185, 202, 262); vgl. das Bahr. „Religionsedikt“ (26. Mai 1818) § 76 II: „Zu den Gegenständen gemischter Natur gehören u. a.: a) alle Anordnungen über den äußeren Gottesdienst, dessen Ort, Zeit, Zahl, ufm.; b) Beschränkung oder Aufhebung der nicht zu den wesentlichen Teilen des Kultus gehörigen Feierlichkeiten, Prozessionen, Nebemandachten, Zeremonien, Kreuzgänge und Bruderschaften“.

5) Aufsicht der Ortsordinarien Cann. 1261; 1279; 336 § 2. Das Aufsichtsrecht und die Aufsichtspflicht der Ortsordinarien hat eine doppelte Seite: Betonung der liturgischen Vorschriften und Fernhaltung des Ungehörigen. a) „Die Ortsordinarien sollen darüber wachen, daß die kanonischen Vorschriften über den Gottesdienst eifrig befolgt werden.“ Unter kanonischen Vorschriften sind hier nicht nur die Gesetze des Roderz zu verstehen, sondern auch jene der liturgischen Bücher, welche ja mittelbar durch das kirchliche Gesetzbuch anerkannt sind Can. 2. Dabei dürfen und sollen sie die Privilegien und rechtmäßigen Gewohnheiten berücksichtigen Cann. 4 und 5. Freilich rechtmäßig sind in keiner Weise jene Gewohnheiten, welche bei der Darbringung des Messopfers den Rubriken der Ritualbücher entgegenstehen Cann. 818; 733; auch nicht, wenn sie unvordenklich sind Can. 5. — b) Die Wachsamkeit der Ortsordinarien muß sich besonders darauf erstrecken, daß nicht „in den Gottesdienst, sei es öffentlichen oder privaten, oder in das tägliche Leben der Gläubigen irgend eine abergläubische Praxis eingeführt — oder etwas zugelassen werde, was dem Glauben fremd, der kirchlichen Überlieferung abträglich ist oder auch nur den Schein schnöder Gewinnsucht an sich trägt“ Can. 1261 § 1. Dreierlei Mißbräuche müssen demnach vom Kult fern gehalten werden: Aberglaube; Neuerungs- und Gewinnsucht.

Mit besonderer Sorgfalt wacht der Apostolische Stuhl (S. Off.) über den liturgischen Kultus. Manche Übungen, manche Bilder werden in der Privatandacht der Gläubigen geduldet, während sie vom amtlichen Kult fern bleiben müssen, so z. B. das Bild des Herzens Jesu ohne Darstellung des Leibes Christi; näheres hierüber unten beim „Bücherverbot“ Cann. 1399 n. 5; 1385 § 1 n. 2., wo der Gegenstand durch Beispiele erläutert wird. — Bei verschiedenen Gelegenheiten sucht

das kirchliche Gesetzbuch der *Gewinn*sucht zu steuern, die kirchlichen Gebühren aber aufrecht zu erhalten mit milder Berücksichtigung der Dürftigen, Cann. 463 und 1507 § 1 (Stolgebühren), 736 (Sakraments-spendung); 1261 § 1 (gottesdienstliche Verrichtungen überhaupt); 185; 727—30; 1441—65; 2371; 2392 (Simonie).

„Wenn der Ortsordinarius Gesetze für sein Gebiet in diesem (dreifachen) Betreffe erlassen hat, so sind alle Religiösen, auch die exemten, gehalten, sie zu beobachten; und der Ordinarium ist berechtigt, ihre Kirchen und öffentlichen Kapellen zu diesem Zwecke zu visitieren“ Can. 1261 § 2.

Durch die genannten Diözesengesetze sind natürlich verpflichtet alle Getauften, Kleriker oder Laien, auch die nicht exemten Religiösen, auf Grund des Can. 13 § 2; die *E*xemten unterliegen den diesbezüglichen Gesetzen und Visitationen gemäß Can. 1261, doch wären sie frei, wenn eine ausdrückliche Befreiung auch von dieser Visitation in ihren Privilegien enthalten wäre Can. 5. Die Kapellen der Kardinäle unterstehen der bischöflichen Visitation nicht Can. 239 § 1 n. 18. Vgl. noch Cann. 344; 1382 Trid. sess. 21. d. r. c. 8; sess. 22 decretum de observandis et vitandis in celebratione missae.

6) *K*irchenordnung. a) Es ist Wunsch der Kirche gemäß der alten Kirchenordnung, daß die Frauen in der Kirche getrennt seien von den Männern Can. 1262 § 1. Besonders bei Neubauten oder Erweiterungen der Kirchen läßt sich dieser berechtigte Wunsch der Kirche nicht unschwer durchführen. Die „alte Kirchenordnung“ bietet *M*arcchi *D*razio: pag. 21 Elementi di Archeol. cristiana (1902).

b) „Die *M*änner sollen in der Kirche und während der heiligen Verrichtungen auch außerhalb derselben entblößten Hauptes sein, außer es bringen anerkannte Volks-sitten oder besondere Umstände etwas anderes mit sich; die *F*raens*p*ersonen aber seien bedeckten Hauptes und bescheiden gekleidet, namentlich wenn sie sich dem Tisch des Herrn nahen“ Can. 1262 § 2.

Die Volks-sitte in *C*hina, nach welcher *M*änner beim Gottesdienst das Haupt bedeckt halten, wurde von der Anweisung der S. C. de Pr. F. v. 18. Oct. 1883 coll. n. 1606, XVI. anerkannt. In *K*orea dürfen die *M*änner den koreanischen Reisehut (petasus) in der Kirche tragen oder ablegen, je nach Gewohnheit, den europäischen oder den Schülerhut müssen sie ablegen. Bei den liturgischen Verrichtungen müssen die erwachsenen Männer die „toga et mang ken“ tragen, besonders beim Empfang der heiligen Kommunion. — Die *F*raenen müssen stets verschleiert sein und wie die Männer „Fußbekleidungen, tibialia“ tragen, Directorium- Seoul n. 359. — Es ist klar, daß die ernste Sorge für die

Gesundheit Grund genug sein kann zum Schutze das Haupt zu bedecken, sei es außer-, sei es innerhalb der Kirche; sei es in außerordentlichen Fällen, sei es bei länger dauernden Schwierigkeiten. Für Verfehlungen hat ja die Ritenkongregation auch den Priestern eine geziemende Kopfbedeckung gestattet in derartigen Notfällen S. R. C. d. 13. Nov. 1862. — Daß Kleriker und Laien, welche gemäß Can. 683 liturgische Kleidung bei geistlichen Verrichtungen tragen, auch das Haupt bedecken dürfen, wenn Priester es können, wie beim Chorgebet, bei Verehrigungen usw., liegt auf der Hand.

c) Einen abgesonderten Platz („locus distinctus“) in der Kirche haben: α) Die Behörden nach ihrer Würde und Ordnung gemäß den liturgischen Normen; β) andere Gläubige für sich und ihre Angehörigen mit ausdrücklicher Zustimmung des Ortsordinarius Can. 1263 §§ 1 und 2; γ) der Patron in seiner Patronatskirche nach Maßgabe des Can. 1455 n. 3.

Wir haben schon bei Can. 1181 gesehen, daß der Zutritt zur Kirche für die Gottesdienste unentgeltlich sein muß. — In der Kirche selbst darf ein eigener Platz eingeräumt werden den Obrigkeiten des Staates und des Ortes, wobei die Rangstufen („dignitas et gradus“) maßgebend sind. Dabei müssen die liturgischen Gesetze beobachtet werden, welche bestimmen, daß diese Plätze außerhalb des Chores und Presbyteriums Cer. Epp. I 11, 12; I 14, 13, nicht durch Stufen erhöht und ohne Baldachin sein müssen, Thalhoffer = Eisenhofer: Handbuch der kath. Liturgik I. 460. In den beiden Vereinbarungen zwischen dem Heiligen Stuhl (Muntius Luigi Maglione) und Frankreich (A. Briand) v. 4. Dez. 1926 (AAS. 19, 9—12) wurde u. a. bestimmt, daß „in den Ländern des kirchlichen Schutzrechtes Frankreichs (S. 9) und auch in jenen, wo die Kapitulationen abgeschafft sind oder nicht mehr angewendet werden, der Vertreter Frankreichs am Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeste oder an den sonst in Syrien und am Libanon herkömmlichen Festen zum Hochamt eingeladen werde und daß ihm ein Ehrenplatz außerhalb und im Angesichte des Chores oder Presbyteriums vorbehalten sei, ja sogar innerhalb, wenn der französischen Konsulatsplatz innerhalb des Chores usw. einen festen und unverrückbaren Bestandteil des Gebäudes ausmacht.“ Freilich muß dieser Vertreter katholisch sein und von einer mit den katholischen Grundsätzen nicht unvereinbaren Gesinnung. Die örtliche Regierung darf sich nicht widersetzen und Frankreich muß die Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl aufrecht erhalten.

Anderen Katholiken (mit oder ohne ihre Angehörigen) kommt ein abgesonderter Platz nur zu durch ausdrückliche Zustimmung des Ortsordinarius, der sie nicht geben darf, wenn für die bequeme Unterbringung der übrigen Gläubigen nicht genügend gesorgt ist, und in stets widerruflicher Weise, mag auch noch so viel Zeit verstrichen sein; doch muß der Widerruf ein rechtmäßig begründeter sein Can. 1263 §§ 2 und 3. Der Erwerb eines gesonderten Platzes durch

Ersitzung (praescriptio) ist zwar nicht ausgeschlossen Can. 1511 § 2, indes kann auch hier der Ortsordinarius den begründeten Widerruf jederzeit anwenden Can. 1263 § 3.

Einen Ehrenplatz in der Kirche kann eine rechtmäßige Ortsgewohnheit auch dem Patron der Kirche einräumen, natürlich außer dem Presbyterium und ohne Baldachin Can. 1455 n. 3. Hier dürfte die Widerrufsvollmacht des Ortsordinarius (Can. 1263 § 3) nicht Platz greifen, da die Gewohnheit vom Rechte selbst (Can. 1455 n. 3) anerkannt ist.

Can. 1263 schließt nicht die Vermietung von Stühlen oder Bankplätzen aus zum Nutzen der Kirche. Das ist nicht eine Vermietung des Platzes, auch nicht ein Kauf des Stuhles, sondern eine Vermietung der Stühle. Sind die Stühle beweglich, wie in Rom und anderswo, so liegt die Sache auf der Hand. In unseren Gegenden nähert sich die Bankvermietung bedeutend mehr der Platzvermietung, doch kann hier vorgebeugt werden durch Wechsel oder Verlosung der Plätze. — Die Austeilung und Anweisung der Kirchenstühle ist nicht Sache der Kirchenverwaltung, sondern des Kirchenvorstandes (Pfarrers) Can. 1184 n. 4. Beschwerden wegen Benachteiligung gehen an die kirchlichen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden; so auch in Bayern, RÖD. v. 24. Sept. 1912 Art. 53 IV, Frank Jos.: RÖD. II 221. Vermögensrechtliche Verfügungen und Anordnungen kommen der Kirchenverwaltung zu Cann. 1182—83. Streitigkeiten sind nach Bayerischem Rechte Verwaltungssachen, die im letzten Rechtszug von VGH. entschieden werden RÖD. Art. 53 IV; 106 VII; VGH. Gesetz Art. 10 Z. 13; Sitzung f. d. kirchl. Steuerverbandsvertretungen i. d. bayerischen Diözesen Art. 17 II Z. 4.

7) Kirchenmusik Can. 1264. Das kirchliche Gesetzbuch betont in diesem Kanon dreierlei: a) Ferne sei von der Kirchenmusik alles Unsichliche („lascivum aut impurum“); b) die liturgischen Gesetze hierin sollen beobachtet werden Can. 1264 § 1; c) die Ordensfrauen und Schwestern sollen, wenn sie überhaupt erlaubterweise die Kirchenmusik besorgen, dem Volke unsichtbar bleiben ibi § 2.

a) „Die Musik, bei welcher sich, sei es im Orgel- oder Instrumentenspiel, sei es im Gesang Ausgelassenes oder Unlauteres einschleicht, sollen von den Kirchen durchaus ferngehalten werden“ Can. 1264 § 1. Daraus ergibt sich, daß das würdige Spiel von Instrumenten statthast ist. Unsichlich kann die Musik sein nach Inhalt und Form; also wenn die Komposition selbst oder die Form der Ausführung das Weltlich-Sinnliche der Tanz- oder Operettenmusik an sich hat.

b) Die liturgischen Gesetze finden sich in dem Quellenverzeichnis des Can. 1264 genau angegeben. Sooft der Chor den liturgischen Dienst gegenüber dem Gesange des Priesters (D. A. 3496 ad I) leistet, hat er sich der liturgischen Sprache (Latein) zu bedienen, also bei allen Ämtern (missae sollemnes,

m. cantatae), bei feierlichem Chorgebet (Matutin, Vesper usw.). Wird der liturgische Dienst durch die Altardiener ganz geleistet, z. B. bei stillen Messen, so können Gesänge auch in der Volkssprache aufgeführt werden; auch bei Aussetzung des Allerheiligsten und Prozessionen mit demselben, abgesehen von den rein liturgischen Gesängen. — Die Grundlagen des liturgischen Gesanges sind niedergelegt in den liturgischen Büchern, also im Missale, Rituale, Pontificale, Vesperale usw.; dieser Gesang ist Choralgesang („Gregorianischer Gesang“); es ist darum natürlich, daß der Chor den gleichen Gesang einhält; indes ist der mehrstimmige Gesang (Pierluigi da Palestrina; Orlando Lassus, † in München, beide im 16. Jahrh.) ohne oder mit Instrumentenbegleitung nicht ausgeschlossen, wenn der liturgische Text hiedurch keine Einbuße erleidet. — Der Chor als liturgische Person hat die weitere Verpflichtung, die ihm zufallenden Texte unverändert, unverstümmelt, ohne Abkürzung wiederzugeben, wenn nicht gewisse Auslassungen eigens gestattet sind; Drinkwelder: „Gesetz und Praxis“ S. 125; Schmid E.: S. 19. — Den Chor besorgen zunächst Kleriker (Psaltai, psalmistae); dann Laien männlichen Geschlechtes. Regeln für den Frauengesang gibt Eugen Schmid in dem Bändchen „Die neuen kirchenmusikalischen Vorschriften“ 1919 S. 28 an: „1. Frauengesang allein (ohne Mischung mit Männergesang) ist erlaubt. 2. Die Mischung von Frauen- und Männerstimmen beim Volksgesang ist gestattet. 3. Die Mischung von Frauen- und Männerstimmen im Chorgesang ist gestattet; doch soll dabei eine angemessene Trennung der Personen durchgeführt werden.“ In allen drei Fällen dürfen Frauenpersonen weder den liturgischen Sängerplatz (im Presbyterium, im Chorraum vor dem Altare oder in einem abgegrenzten Raume innerhalb des Kirchenschiffes) einnehmen noch liturgische Kleidung tragen. — Gegen den ersten und zweiten Satz dürfte, abgesehen von dem Kardinal- und Pontificalgottesdienst und dem Chordienst der Kanoniker, keine erhebliche Schwierigkeit bestehen; hat ja doch bereits Ambrosius den abwechselnden Männer- und Frauenchor für den Psalmengesang eingeführt, Augustini Confessiones l. 9 c. 7; Baunard-Bittl: Ambrosius (1873) S. 260. In den Kirchen mit Chorgebet und -Gesang darf der ausschließliche Frauengesang nur aus gewichtigem Grunde unter Anerkennung des Ordinarius stattfinden, wobei jede Unordnung zu vermeiden ist, SRC. d. 17. Jan. 1908 in Angelopolitana (Puebla de los Angeles in Mexiko ME. 20, 18 f.). In den V. St. Nordamerikas sind Chorverhältnisse wie bei uns; darum beleuchtet die A. der S. R. C. d. 18. Dec. 1908 in Neo-Eboracen. auch unsere Lage. Die Anfrage lautete: Ist ein Kirchenchor, weit weg vom Altar auf dem Orgelraum aufgestellt, bestehend aus männlichen und weiblichen Personen erlaubt? worauf die Antwort erfolgte: „Prout exponitur, negative, et ad mentem“. Diese „mens“, Absicht und Anweisung der Ritenkongregation besagt: Es dürfte angängig sein, „wenn die Männer von den Frauen und Mädchen vollständig getrennt sind, jedes Unzuträgliche vermieden wird und wenn die Ordinarien mit ihrem Gewissen es vereinbarlich finden“, ME. 20, 537. Aus den CC. der Ritenkongregation leuchtet als Richtpunkt hervor: Für die Regelung der Kirchenmusik in allen wichtigen Fragen ist nicht

der einzelne Kirchenvorstand maßgebend, sondern der Ortsordinarius. Papst Pius XI. hat in der Sorge für die Kirchenmusik am 22. Nov. 1922 in Rom eine Hochschule errichtet mit dem Rechte, die akademischen Grade zu verleihen (AAS. 14, 623—26). Eine reiche Literatur beschäftigt sich mit diesem Gegenstande; vgl. „Sammlung Kirchenmusik“, herausgegeben von Dr. Karl Weinmann, Direktor der berühmten Regensburger Kirchenmusikschule (Regensburg, Fr. Pustet), z. B. Otto Drinkwelder: Gesetz und Praxis in der KM. (1914); Eugen Schmid: Die neuen kirchenmusikalischen Vorschriften (1919); — auch die Pastoraltheologie¹⁷ von Schöch-Polz bietet reiche Angaben S. 388; ebenso ME., z. B. 29, 181.

c) Wenn weibliche Ordenspersonen (Nonnen und Schwestern) die Kirchenmusik „in ihrer eigenen Kirche oder Kapelle“ besorgen wollen, so müssen vier Bedingungen erfüllt sein: α) Die Konstitutionen dürfen es nicht verbieten; β) ebenso nicht die liturgischen Gesetze; γ) der Ortsordinarius muß die Erlaubnis geben; δ) sie müssen bei Besorgung des Gesanges (der Musik) dem Volke unsichtbar bleiben Can. 1264 § 2.

Dieser Paragraph wurde bereits im „Handbuch“ I² (3. Lief.) § 22 S. 448 eingehend erklärt. Die Passionsgesänge (Stellen S) dürfen nicht von einem Klosterfrauenchor besorgt werden DA. 2169 ad 4.

§ 8. Die Teilnahme der Katholiken an dem Gottesdienste Andersgläubiger.

Quellen: Cann. 1258; 731 § 2; 1149; 1152; 2259 § 2; 2261 §§ 2. 3; 2316; 2338 § 2.

I. Erläuterung. Die Teilnahme am Gottesdienste („communicatio in sacris sive divinis“) bedarf keiner Begriffsbestimmung, sondern nur einer Erklärung. 1) Die Teilnahme am Gottesdienste ist eine durch Taten befundete Teilnahme am Glauben; denn „lex supplicandi respondeat necesse est legi credendi“ (Pius IX. in bulla dogmatica de Imm. Conc. l. 6 diei 10. Dec.). Gibt es aber nach dem christlichen Glauben nur „einen Herrn, einen Glauben“, so gibt es auch nur „eine Taufe“ (Eph 4, 5), also einen Gottesdienst. Teilnehmen am Gottesdienste der Andersgläubigen heißt also den Glauben bezeugen an der Lehre derselben. — Das kann von dem rein bürgerlichen Verkehr mit den Katholiken (communicatio in civilibus sive profanis) nicht

gesagt werden, doch ist der engere Verkehr mit denselben nicht ohne Gefahr für das Seelenheil, wie das die Heilige Schrift (Mt 18, 17; 1 Kor 10, 14 ff.; 2 Kor 6, 14; 2 Joh 10. 11; usw.) und die Erfahrung lehrt.

2) Wir betrachten hier „die Teilnahme am Gottesdienste“ einzig vom Standpunkt der Katholiken aus, nicht der Andersgläubigen; diese können ja ihrem Grundsatz der freien Forschung entsprechend unmöglich so abschließend sein wie die katholische Kirche, die sich im Vollbesitz der Wahrheit weiß. Diesem Grundsatz entspricht auch ihr Verhalten und ihr Verlangen, daß auch die Katholiken grundsatzlos die Teilnahme betätigen und gewähren; vgl. Karl von Buhner: „Luthers Katechismus“⁶⁵ S. 80 nn. 275—76; Bantow St. II S. 105.

3) Vom katholischen Standpunkt aus unterscheidet man die Teilnahme am Kult der Andersgläubigen (*communicatio in sacris activa*) und eine Zulassung der Andersgläubigen zum katholischen Gottesdienste (früher *communicatio in sacris passiva* genannt). Letzteres Verhalten, die „*communicatio passiva*“ wurde bereits behandelt: a) bei Can. 731 § 2 (Sakramente) und Cann. 765 n. 2; 795 n. 2 (Tauf- und Firmpaten); b) bei Can. 809 (Messedarbringung; vgl. auch Cann. 2262 § 2 n. 2; 1241); c) bei Cann. 1149; 1152 (Segnungen und Exorzismen); vgl. „Handbuch“ II² (4. Lief.) S. 17, 73, 365 f.; d) bei Cann. 1239—42 (Begräbnis oben S. 441 f.); ferner sei verwiesen auf die Wirkungen der Exkommunikation Cann. 2259—67, wobei jedoch die gutgläubigen Katholiken nicht als Bestrafte, sondern nur als nicht zur Gemeinschaft Gehörende (*extra communionem existentes*) zu betrachten sind.

4) Die Teilnahme der Katholiken am Kultus Andersgläubiger kann sein eine eigentliche Kultbeteiligung („*c. in s. activa*“) und eine bloße Anwesenheit bei akatholischen Kulthandlungen („*praesentia passiva seu mere materialis*“); beide sind an sich verboten, doch kann letztere geduldet werden.

II. Die eigentliche Kultbeteiligung ist stets verboten; denn „es ist den Gläubigen nicht erlaubt, in

irgend einer Weise tätig („active“) zu sein oder teilzunehmen an den gottesdienstlichen Verrichtungen der „Katholiken“ Can. 1258 § 1.

Solch eine aktive Beteiligung wäre der Empfang der Sakramente bei Häretikern oder Schismatikern, Can. 985 n. 2 (freiwilliger Empfang von Katholiken bildet eine Irregularität), vgl. Can. 2349 § 1 n. 3; Can. 2372 (freiwilliger Empfang der Weihen von einem offenkundigen Abtrünnigen, Häretiker oder Schismatiker); selbstverständlich auch der Empfang des katholischen Abendmahles usw. Der Eheabschluß vor dem katholischen Religionsdiener als solchem ist verboten Can. 1063 und strafbar Can. 2319 § 1 n. 1.

„Die passive oder rein körperliche Anwesenheit kann geduldet werden, einer bürgerlichen Pflicht oder Ehrung willen, wegen eines gewichtigen Grundes, den der Bischof im Zweifelsfalle zu billigen hat, bei Begräbnissen, Hochzeiten und ähnlichen Feiern, soferne die Gefahr der Verfehrung oder des Ärgernisses ferne ist“ Can. 1258 § 2.

Die Beteiligung, welche durch die bloße Anwesenheit ohne jede Betätigung geschieht, kann unter folgenden Voraussetzungen geduldet werden: a) die Anerkennung des gottesdienstlichen Wertes der Feier scheidet aus; die Beteiligung geschieht wegen einer staatlichen oder gesellschaftlichen Pflicht, wie als Beamter des Staates oder der Gemeinde; als Vereinsvorstand oder Mitglied; in Rücksicht auf das Verwandtschafts-, Freundes- oder Abhängigkeitsverhältnis (vgl. Can. 2267). Ein Beispiel bietet uns Naaman der Syrer, 4 Kg 5, 18—19; vgl. 7, 2. 17. — b) Diese Pflicht oder „Ehrung“ muß sich stützen auf einen gewichtigen Grund (gravis ratio).

Wäre es gleich, ob der Katholik sich beteiligt oder nicht; wäre es nur rätllicher, sich zu beteiligen, so ist die Teilnahme nicht erlaubt. Naaman hätte Einbuße seines Amtes beim König zu fürchten gehabt; das war ein gewichtiger Grund. — Bleibt ein Zweifel, so hat der Bischof (als Glaubensbeschützer) zu entscheiden; bei Naaman entschied der Prophet Eliseus. — c) Ist eine Verfehrung (Gefährdung des Glaubens) oder ein Ärgernis (für die Katholiken, die Katholiken, die teilnehmende Person selbst) zu fürchten, so kann auch die nur körperliche Anwesenheit nicht geduldet werden; um so mehr wäre die Absicht zu verurteilen, auch durch die bloß materielle Anwesenheit dem katholischen Gottesdienste Anerkennung zu zollen; vgl. *Instructio Vicarii Urbis mandato Leonis XIII. parochis Romae d. 12. Jul. 1878 data n. 2* (S.-L.⁴ V 7 n. 38. C.).

Die Kongregation des heiligen Offiziums hat auf ungezählte Anfragen über die „communicatio in sacris“ Aufschluß gegeben; wir verweisen auf das *Directorium - Seoul* (1923) c. II. nn. 8—24; Ferreres J. B.: *Theol. mor.*¹³ (1925) I n. 223; ME. IX² pag. 220; 272; X¹ 32; 78; 151; X² 265; Santi-Leitner⁴ V nn. 7 sq. pag. 100.

III. Strafen Cann. 2316; 2319; 2338. „Wer in irgend einer Form am akatholischen Gottesdienste teilnimmt gegen die Vorschrift des Can. 1258, ist „der Häresie verdächtig“ Can. 2316. Welche Folgen der „Verdacht der Häresie“ nach sich zieht, wird im Can. 2315 dargelegt. — „Katholiken, welche die Ehe eingehen vor dem akatholischen Religionsdiener gegen die Vorschrift des Can. 1063 § 1, ziehen sich die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation zu“ l. s. Näheres hierüber vgl. „Handbuch“ II² S. 253—54.

Wäre ein Abtrünniger *excommunicatus vitandus* und gestatteten ihm Kleriker wissentlich und freiwillig die Teilnahme am Gottesdienste, so würden sie der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation l. s. verfallen Can. 2338 § 2.

Vgl. Enz. Pius' X. „Tribus circiter“ d. 5. Apr. 1906 (ME. 18, 68) und Dekret „Mariavitarum“ des heiligen Off. v. 5. Dez. 1906 (ME. 19, 1), in welchem letzterem der Priester Joh. Kowalski und die Maria Franziska Kozłowska („Felska“), welche die Mariawitersekte in Polen gründeten, als *exc. vitandi* erklärt wurden. In gleicher Weise wurden die drei englischen schismatischen Priester Arnold Harris Mathew, Herbert Ignaz Beale und Arthur Wilhelm Howarth durch Motuproprio Pius' X. „Gravi iamdiu scandalo“ v. 2. Febr. 1911 (ME. 23, 3) verurteilt.

Wer exkommunizierte häretische oder schismatische Kleriker p. s. zur Feier des Gottesdienstes wissentlich zuläßt, verfällt l. s. dem Interdikt vom Eintritt in die Kirche Can. 2338 § 3.

§ 9. Die Aufbewahrung und Verehrung der heiligsten Eucharistie.

Quellen: Cann. 1265—1275; 125 n. 2; 462; 514; 592; 801; 1255 § 1; 2271—72; 2320.

I. **Zweck der Aufbewahrung.** Da „in der heiligen Eucharistie unter den Gestalten von Brot und Wein Christus der Herr selbst enthalten ist, geopfert und genossen wird“ (Can. 801), so ergibt sich daraus natürlicherweise die *Aufbewahrung* derselben zum Zwecke der *Kranken- und Gesundenkommunion* außerhalb der heiligen Messe (Can. 1270); sowie der *Anbetung*, die sich betätigt vor dem verschlossenen Tabernakel oder bei Aussetzung des Allerheiligsten (Cann. 1266; 1272—73; 125; 592). Darum sollen

auch die Kirchen mit dem Hochwürdigsten Gute täglich wenigstens einige Stunden für die Gläubigen geöffnet sein, in erster Linie die Pfarrkirchen Can. 1266. Zur würdigen Aufbewahrung und Hut (custodia) dienen die Vorschriften des Kodex in den Cann. 1265 ff.

II. Ort der Aufbewahrung. Unter „Ort“ ist hier ein Dreifaches zu verstehen: Kirche, Tabernakel und Gefäß.

1) Kirchen und Kapellen als Aufbewahrungsorte. Unter den beiden Voraussetzungen, daß jemand die Sorge für die Eucharistie (Ewiges Licht, Gestaltenerneuerung, Schmuck) auf sich nimmt (in der Regel ein Priester) und daß ein Priester wenigstens einmal in der Woche an der heiligen Stätte zelebriert, muß oder kann die Eucharistie aufbewahrt werden. a) Die Eucharistie muß aufbewahrt werden in allen Kathedralkirchen, zu denen die Hauptkirchen der Abteien und Prälaturen mit Eigengebiet, dann der Apostolischen Vikariate und Präfecturen gehören, sowie in allen Pfarr- und Missionspfarrkirchen; endlich in allen Kirchen exempter Männer- und Frauenorden Can. 1265 § 1 n. 1. — b) Die Eucharistie kann mit Erlaubnis des Ortsordinarius aufbewahrt werden in den Collegiatkirchen und in den Hauptkapellen (öffentlichen und halböffentlichen) eines den Werken der Frömmigkeit oder des Ordenslebens i. w. S. gewidmeten Hauses oder eines kirchlichen Collegs, welches von Welt- oder Ordensklerikern (i. w. S.) geleitet wird Can. 1265 § 1 n. 2. — c) Für die übrigen Kirchen bzw. Kapellen ist ein Apostolischer Indult notwendig; indes kann auch der Ortsordinarius eine solche Erlaubnis geben, freilich nur für eine Kirche oder öffentliche Kapelle, nur aus einem rechtmäßigen Grunde und nur in einer Aktverleihung („per modum actus“) Can. 1265 § 2. — d) Niemandem ist es gestattet, die heilige Eucharistie in seiner Privatwohnung aufzubewahren oder auf Reisen mit sich zu führen Can. 1265 § 3.

Sind die zwei Voraussetzungen gegeben (Obhut und wenigstens wöchentliche Zelebration), so kann und muß die Eucharistie aufbewahrt werden in solchen Filialkirchen (Expositur-, Rektorats-, Kuratbenefiziums-, Lokalkaplaneikirchen), bei welchen ein Priester Seelsorge-residenz hat, denn sie sind „Pfarrkirchen“ im Sinne der Cann. 216;

476 § 2; 821 § 2; 1265 § 1 n. 1; dasselbe dürfte von jenen Seelsorgefilialkirchen gelten, welche durch Besuch vom Pfarrsitz (*excurrento*) aus versehen werden; außer es ließen sich die Forderungen des Can. 1265 § 1 nicht durchführen CC. d. 20. Maii 1923 ad VII, *saltem vi consuetudinis immemorialis* (AAS. 16, 115). — Die Hauptkapellen der *Kardinäle*, *Residenz-* und *Titularbischofe* bewahren in der Regel das Allerheiligste auf; es läßt sich diese Praxis auch ohne Apostolischen Indult rechtfertigen, wenn man diese Residenzen als „*domus piaae*“ Can. 1265 § 1 n. 2 betrachtet; aus Can. 1189 allein kann das Recht nicht gefolgert werden. — In den ersten christlichen Jahrhunderten und auch später zur Zeit der Verfolgungen durfte die Eucharistie in Privathäusern nicht nur von Klerikern, sondern auch von Laien aufbewahrt werden. Indes war es schon im 4. Jahrhundert Gewohnheit, daß die Aufbewahrung an einem heiligen Orte (*sacrarium*) geschah Trid. sess. 13 c. 6.

Hohen weltlichen Würdenträgern wurde zuweilen die Mitnahme der Eucharistie auf Reisen gestattet.

Ein den Werken des Ordenslebens oder der Frömmigkeit geweihtes Haus kann mehrere heilige Stätten besitzen: neben der zugehörigen Kirche (*ecclesia adnexa*) oder der Hauptkapelle noch eine oder mehrere Kapellen (*oratoria*), vgl. Can. 1192 § 4. In diesem Falle kann das Allerheiligste nur in der zu den täglichen Übungen der Frömmigkeit benützten Kirche oder (wenn eine solche Benützung fehlt) nur in der Hauptkapelle aufbewahrt werden Can. 1267; „jedes gegenteilige Privileg ist aufgehoben“ Cann. 1267; 4. Sind aber in einem Gebäude mehrere getrennte Familien mit eigenen Kapellen, so gelten diese als getrennte Häuser CC. dd. 2.—3. Jun. 1918 n. V (AAS. 10, 346). Das gleiche Verbot und dieselbe Privilegienaufhebung gelten für die Aufbewahrung des Allerheiligsten „innerhalb des Chores oder der Klausur der *Ordensfrauen*“ Cann. 1267; 4; 602. Die Rücksicht auf die Handhabung des Klausurgegesetzes mag ein Grund für das Verbot sein.

2) Die Eucharistie ist aufzubewahren an einem Altare derselben Kirche oder Kapelle. Das ist die Regel für die ständige oder andauernde Aufbewahrung („*continuo seu habitualiter*“) Can. 1268 § 1. Daraus ergibt sich, daß die Aufbewahrung zeitweilig aus rechtmäßigem Grunde auch an zwei Altären geschehen kann, ja muß; letzteres wenn zur Zeit der Aussetzung die heilige Kommunion an Kranke oder Gesunde auszuteilen ist. — Da die Aufbewahrung am hervorragendsten und schönsten Orte

der Kirche zu betätigen ist, kommt naturgemäß zunächst der *Hochaltar* in Frage, außer a) es erscheint ein anderer Ort für die Verehrung und kultmäßige Behandlung des Altarssakramentes bequemer und geziemender; oder b) es erheischen dies die liturgischen Vorschriften während der letzten drei Tage der Karwoche oder in Dom-, Kollegiat- oder Klosterkirchen, wo ja die Chorverrichtungen am Hochaltare zu vollziehen sind; in diesen Ausnahmefällen wählt man eine Kapelle oder einen Nebenaltar Can. 1268 §§ 2 und 3. — Der Sakramentsaltar soll durch Bemühen des Kirchenvorstandes in seinem besonderen Schmuck die Gläubigen zur Frömmigkeit und Andacht stimmen Can. 1268 § 4.

3) *Tabernakel* Can. 1269. „Die Eucharistie muß aufbewahrt werden in einem unverrückbaren, in der Mitte des Altares gelegenen *Tabernakel*“ (§ 1). Dieser „Tabernakel soll kunstvoll hergestellt, von allen Seiten fest abgeschlossen, würdig gemäß den liturgischen Gesetzen geschmückt und frei von jedem fremden Zubehör sein; eine eifrige Aufsicht soll die Gefahr jeglicher sakrilegischer Entehrung ferne halten“ (§ 2). Die Rücksicht auf eine solche Sicherheit gestattet, daß „das Allerheiligste zur Nachtzeit aus gewichtigem, vom Ortsordinarius gebilligtem Grund außerhalb des Altares an einem sicheren und würdigen Orte aufbewahrt werde, freilich stets auf dem *Korporale*“ (§ 3) und mit Beigabe des Ewigen Lichtes (Cann. 1269 § 3; 1271). „Der *Tabernakelschlüssel* muß auf das sorgfältigste von dem Priester aufbewahrt werden, dem die Obhut der Kirche oder Kapelle obliegt; das ist für diesen schwere Gewissenspflicht“ (§ 4) Can. 1269.

Aus Can. 1269 ergeben sich folgende Weisungen: a) Das Allerheiligste darf nicht in einem *Sakramentshäuschen* aufbewahrt werden, außer es bestände ein Privileg oder eine unbordenkliche Gewohnheit Cann. 4; 5. — b) Durch den Ausdruck „in tabernaculo inamovibili“ sind zwar die „Drehtabernakel“ (*ta versatilia*) der Rokokozeit nicht unmittelbar getroffen, doch ist der Wortlaut der §§ 1 und 2 des Can. 1269 ihnen nicht günstig. — c) Der Bau des Tabernakels muß dem Stil des Altares (der Kirche) entsprechen; der gewählte Stoff wird in der Regel Holz sein; bei Stein oder Metall dürfte eine innere Auskleidung mit Bappelholz sich empfehlen. Über dem Tabernakel soll das Kreuz (mit oder ohne Christusleib) prangen oder höchstens Figuren des Erlösers (Kind, Auferstandener oder Hirte usw.). Auf dem Sakramentsaltare (nicht auf dem Tabernakel hinten an der Wand) darf eine

Figur des heiligsten Herzens Jesu aufgestellt werden; ebenso in einer Nische bei diesem Altare, nach dem weisen Urteil des Ordinarius SRC. d. 23. Apr. 1926 (AAS. 18, 291). Andere Figuren, Bilder, Reliquien, Blumen usw. gehören nicht auf den Tabernakel. Ebenso soll die Tabernakeltüre durch nichts behindert sein. Das Innere muß, wenn es nicht vergoldet oder dauerhaft geschmückt ist, mit weißen Linnen bekleidet sein. Der größte Schmuck ist die Reinlichkeit und das Fernsein alles Ungehörigen, also der leeren Gefäße, der heiligen Öle, Reliquien usw. Der Tabernakel selbst soll bedeckt sein mit einem *Mäntelchen* (*conopeum*, Umhüllung) von weißer Farbe oder nach römischem Gebrauch von der Tagesfarbe (statt schwarz violett) D. A. 3035 ad 10; 3150; 3456; 3520. — d) Der Tabernakelschlüssel, brauchbar und würdig, darf nur von dem Priester benützt und vom Kirchenvorstand aufbewahrt werden; CC. der Ritenkongregation schließen den Mesner und auch Klosterfrauen aus D. A. 579; 813; 3448 ad 6; LQS. 1921 S. 625. Ein Ersatzschlüssel sollte nicht fehlen Conc. prov. Vienn. pag. 87; Schöch-Polz: Pastoraltheologie¹⁷ S. 308. — e) Die Unsicherheit nach dem Krieg 1914—18 ließ die Ordinarien Erlasse veröffentlichen, welche auf eine sichere Aufbewahrung des Allerheiligsten, namentlich bei Nacht, abzielten gemäß Can. 1269 § 3. — Die Verantwortung für den Mißbrauch trägt der Kirchenvorstand Cann. 2320; 2209 § 6.

4) Die Sakramentsgefäße. Der Rodey nennt zwei Sakramentsgefäße: *pyxis*, *ostensorium*. Die „*pyxis*“ (Speisefelch oder *Ziborium*) dient zur Aufbewahrung der heiligen Partikeln in einer Zahl, die dem Bedürfnis der Kranken und Gesunden entspricht. Dieses Gefäß soll sein „von festem, würdigem Stoffe, rein und mit dem Deckel gut verschließbar, bedeckt mit einem weißen seidenen und nach Tünlichkeit verzierten Schleier“ (*velum*) Can. 1270. Über das Aussehungsgefäß (*ostensorium*, Monstranz) enthält der Rodey keine näheren Vorschriften Can. 1274.

a) Die Größe des Speisefelches richtet sich nach der Zahl der Kommunikanten, indes soll das *Ziborium* nicht zu klein sein wegen der Schwierigkeit der Kommunionpendung und nicht zu groß, da ja die oftmalige Erneuerung der Partikeln vorgeschrieben ist. — b) Der Speisefelch muß nicht gerade von Gold oder Silber sein, es genügt eine „*materia solida et decens*“ (Can. 1270), demnach niemals Glas D. A. n. 3511; auch muß wenigstens das Innere des Bechers vergoldet sein Caer. Ep. II. 30 n. 3. — c) Befinden sich im *Ziborium* konsekrierte Hostien, so verhüllt das weiße *Velum* den Deckel und das Gefäß. — d) Die Monstranz (*ostensorium*) enthält in der Mitte einen mit zwei Glaswänden gebildeten Raum für die Aufnahme der in der goldenen oder vergoldeten Lunula gefestigten großen konsekrierten Hostie. Ist diese Hostie nicht zur Anbetung ausgesetzt, so wird sie (samt der Lunula) in einer kleineren Gefäße aufbewahrt, „*Custodia*“ (Reposi-

torium) genannt. Für dieses Gefäß gelten im allgemeinen die Vorschriften des Can. 1270, abgesehen von Deckel und Belum. — e) Außer den genannten Gefäßen gibt es noch Kranzenziborien, sowie auch Krankenpatenen; erstere unterscheiden sich von dem gewöhnlichen Speisefelch nur durch die kleinere Form; letztere sind Patenen mit einer gut verschließbaren Kapsel in der Mitte zur Aufnahme einiger Hostien für den Verzehrgang.

III. Kult der Eucharistie. Das kirchliche Gesetzbuch berührt hier folgende Punkte: Das Ewige Licht; die Erneuerung der Gestalten; die Anregung der Gläubigen; die Aussetzung des Allerheiligsten; das vierzigstündige Gebet.

1) Das Ewige Licht. „Vor dem Tabernakel mit dem Allerheiligsten soll wenigstens eine Lampe Tag und Nacht fortgesetzt brennen, genährt von Olivenöl oder Bienenwachs; wo Olivenöl nicht zu erreichen ist, so kann es nach dem weissen Ermessen des Ortsordinarius ersetzt werden durch andere Öle, womöglich aus Pflanzenstoffen“ Can. 1271. Daß die Erhaltung des Ewigen Lichtes s c h w e r e Verpflichtung für den Priester ist, der die Ob Sorge für das Allerheiligste hat, ergibt sich aus den Cann. 1265 § 1; 1269 § 3; 1271. Der Laienmesner oder andere Kirchendiener sind nur die ausführenden Organe dieses Priesters. Der Weltkrieg 1914—18 hat die Beschaffung der geforderten Materie für Deutschland und Österreich fast unmöglich gemacht, weshalb die Ritenkongregation für den äußersten Notfall auch Erdöl (Petroleum), ja sogar elektrische Beleuchtung zu dulden gezwungen war; vgl. Linzer Diözesanblatt 1920 Nr. 10.

2) Die Erneuerung der Gestalten, sei es für die Kommunion der Gläubigen, sei es für die Aussetzung des Allerheiligsten soll mit frischen Partikeln und häufig geschehen, wobei die bisherigen vorschriftsgemäß zu genießen sind, damit sie ja nicht zuschaden gehen (periculum corruptionis). Die Anweisungen des Ortsordinarius hierüber sind genau zu befolgen Can. 1272. Die Ritenkongregation hat die Gewohnheit, Hostien, welche im Winter vor drei und im Sommer vor sechs Monaten gebacken wurden, zu konsekrieren und den Gläubigen zu verteilen, ausdrücklich verworfen D. A. 2650 ad 1, damit eine äußerste Grenze angehend; die genaueren Anordnungen haben die Ordinarien zu treffen.

3) Anregung zum Eucharistischen Kult. „Wenn der religiöse Unterricht der Gläubigen obliegt (Ra-

techeten Cann. 1329 ff.; Prediger 1337 ff.; Missionäre 1349 ff.; ferner Seminarvorstände 1358; 125; Novizenmeister 592; 559 ff.), darf nichts unterlassen, um in ihren Herzen die Liebe zum eucharistischen Heiland zu entflammen, besonders — abgesehen von der Erfüllung des Festtagsgebotes — zur häufigen Anwohnung beim heiligen Meßopfer und zum Besuche des Allerheiligsten“ Can. 1273.

4) **Aussetzung des Allerheiligsten.** Man unterscheidet eine *private* und *öffentliche* Aussetzung; erstere geschieht mit dem Ciborium, letztere mit der Monstranz. In jenen Kirchen oder Kapellen, denen das Recht der Aufbewahrung zukommt, darf die private Aussetzung aus jedem rechtmäßigen Grunde geschehen, auch ohne Erlaubnis des Ordinarius, die öffentliche aber in allen *Kirch*en (auch öffentlichen Kapellen Can. 1291 § 1) am Fronleichnamsfeste und innerhalb der Fronleichnamsfestoktave, während des Hochamts und der Vesper, sonst nur aus einem rechtmäßigen schwerwiegenden, besonders einem die Öffentlichkeit berührenden Grund und mit Erlaubnis des Ortsordinarius, auch wenn die Kirche einer exemten Genossenschaft zugehört Can. 1274 § 1 („Handbuch“ I, 3. Bief. § 23 IV C.) — Die Aus- und Einsetzung des Allerheiligsten ist Aufgabe des Priesters und Diakons; den Segen mit dem Hochwürdigsten Gute zu erteilen, kommt ausschließlich dem Priester zu; dem Diakon nur dann, wenn er die *Weg*zehrung im Falle einer Notlage oder mit Erlaubnis des Ordinarius oder Pfarrers zu Kranken getragen hat Cann. 1274 § 2; 845 § 2; nach dem Can. 1274 § 2 ist auch RR. t. 4 c. 2 n. 10 zu erklären.

Wenn der Text des Can. 1274 § 1 lautet „fieri potest expositio privata seu cum pyxide ex qualibet iusta causa“, so ist damit stets nur die Zeit außerhalb der heiligen Messe gemeint; denn während der heiligen Messe kann eine Aussetzung nicht einmal der Ortsordinarius gewähren. Mit Recht verbietet Rom bei der missa vera eine Art missa praesantificationum durch Aussetzung des Allerheiligsten. Ferner scheint unwürdig, die Aussetzung des Sanctissimum gleichsam als Schmutz und Anziehungskraft für das unblutige Kreuzesopfer zu verwenden. Auch die „consuetudo longaeva quae difficile abrumpi posset sine populorum offensione et scandalo“ (D. A. vol IV § 12 n. 6; § 30 n. 24) ließe sich beseitigen, wenn die Gebührenfrage vollständig ausschiede. Die sonstigen liturgischen Vorschriften müssen bei jeder Art der Aussetzung genau eingehalten werden Can. 2. — Die Aussetzung des Allerheiligsten im *S*pe*s*e*l*e*l*ch („exp. privata“) geschieht durch die Öffnung des Tabernakels; des öfteren

wurde die Herausstellung des Ciboriums oder dessen Erhebung auf den Aussetzungsthron verboten; SRC. DA. 800; 2725 ad 4; 3394 ad 1; in Wilnen. d. 16. Febr. 1906 ad II (ME. 18, 60); SCEE. et RR. d. 9. Dec. 1602 apud Ben. XIV. in Institutionibus n. 30 § 21.

Wie stets ein schwerwiegender Grund zur öffentlichen Aussetzung notwendig ist, so auch stets die Erlaubnis des Ortsordinarius, auch in den e r e m i t e n Kirchen, selbst wenn das Volk keinen Zutritt hat Can. 1274 § 1; *lex non distinguit*. Da im Can. 1274 § 2 dem Diakon nach Spendung der Wegzehrung die Segnung mit dem Allerheiligsten eingeräumt ist, so darf er, so oft er von einem Kranken mit dem Sanctissimum weggeht, diesem den Segen spenden, sowie dem Volke vor der Einsetzung in den Tabernakel. — Was unser Kanon von einem „*A r a n f e n*“ sagt, dürfte von jedem Gläubigen in Todesgefahr gelten Can. 864 § 1.

5) Das vierzigstündige Gebet. Die „*Supplicatio Quadraginta Horarum*“ soll: a) jährlich an den mit Zustimmung des Ortsordinarius festgesetzten Tagen; b) in allen Pfarr- und sonstigen Kirchen mit dem Sanctissimum; c) mit größtmöglicher Feierlichkeit abgehalten werden. Sollte wegen besonderer Schwierigkeiten ohne bedeutenden Nachteil und ohne Beeinträchtigung der diesem hochheiligen Sakramente gebührenden Ehrfurcht die Andacht in ihrer ganzen Ausdehnung nicht gehalten werden können, so Sorge der Ortsordinarius dafür, daß an bestimmten Tagen wenigstens einige Stunden nacheinander das Hochwürdigste Gut in feierlicher Weise ausgesetzt werde Can. 1275. Das vierzigstündige Gebet ist näher geregelt durch die „*Instructio Clementina*“ (Klemens VIII. in der Bulle „*Graves et diuturnae*“ d. 15. Nov. 1592) und erinnert an die vierzigstündige Grabesruhe Christi, B n. XIV.: Inst. 30 § 19. (40 Tage Fasten).

§ 10. Die Heiligen-Bilder- und Reliquienverehrung.

A. Die Heiligenverehrung. Q u e l l e n: Cann. 1276—78; 1168 § 3; 1191 § 1 (Patrone der Kirchen und öffentlichen Kapellen); 1201 § 4 (Altarpatrone); 761 (Taufnamen); 1999—2141 (Selig- und Heiligsprechungsprozeß).

I. „Es ist gut und heilsam, die mit Christus herrschenden Diener Gottes ehrerbietig anzurufen und ihre Reliquien und Bilder zu verehren; aber vor allem gegen die seligste Jungfrau Maria sollen alle Gläubigen eine kindliche Hingebung zeigen“ Can. 1276. Die Verehrung und Anrufung „der mit Christus

Herrschenden“ ruht auf der Gemeinschaft der Heiligen, wie die Dogmatik beweist. Alle seligen Geister sowie alle abgeschiedenen Menschen können *privatim* verehrt und angerufen werden, wenn die Ansicht begründet ist, daß sie unter den mit Christus Herrschenden sich befinden; eine solche Anrufung ist ohne Zweifel auch dann fruchtbar, wenn die Seele noch im Reinigungsorte zurückgehalten ist; denn eine solche Seele gehört zu den Freunden Gottes (Gn 18, 22—32; 19, 21; 4 Rg 3, 14; Job 42, 8; P. Petrus Fernández y Fernández: *Cursus theologicus* (Madrid, A. Aguado 1892) tom. 5. n. 1464 IV. — Die besondere Verehrung der seligsten Jungfrau Maria („*cultu hyperduliae*“ Can. 1255) beruht auf ihrer besonderen Stellung zum Geheimnis der Menschwerdung, dann auf ihrer Gnaden-, Tugenden- und Verdienstesfülle, wie die Dogmatik lehrt cit. *Cursu theol.* n. 1556.

Kardinal Mercier erbat 1921 vom Heiligen Vater die Dogmatisierung des Satzes: *Maria mediatrix omnium gratiarum* (Fernandez n. 1552), worauf Rom für Belgien dieses Fest bewilligte, welches zum ersten Male am 31. Mai 1921 gefeiert wurde.

II. Öffentliche Verehrung (Can. 1256) darf man nur jenen Dienern Gottes erweisen, welche die Kirche unter die Zahl der Heiligen oder Seligen versetzt hat Can. 1277 § 1. Die Heiligen können überall und durch jeden Akt des Heiligenkultes („*cultus duliae*“ Cann. 1255 § 1; 1277 § 2) verehrt werden, die Seligen aber nur dort, wo und insoweit der Papst es gestattet hat Can. 1277 § 2. Die Taufnamen können von Heiligen und Seligen genommen werden Can. 761; Kirchen, Kapellen oder Altäre können Seligen nur mit päpstlicher Bewilligung geweiht werden Cann. 1168 § 3; 1191 § 1; 1201 § 4. Die Kirche versetzt Diener Gottes unter die Seligen und Heiligen gegenwärtig nach den Normen der Cann. 1999—2141, früher war das Vorgehen einfacher und milder. Zu den Heiligen oder Seligen, denen gegenüber öffentlicher Kult gestattet ist, dürfen wir auch jene Personen zählen, welche die liturgischen Bücher als *sancti* oder *beati* erwähnen, also das Meßbuch, Brevier, Pontifikale, Rituale, sowie das von Rom bestätigte Martyrologium. — Es ist löblich, daß Heilige unter Einhaltung der kirchlichen Vorschriften (namentlich des Dekretes der Ritenkongregation

v. 23. März 1630, D. A. 3033) zu *P a t r o n e n* von Völkern, Bistümern, Provinzen, Bruderschaften, Ordensfamilien (i. w. S.), sowie anderer Orte und moralischer Personen erwählt werden; freilich erfolgt die eigentliche Bestellung durch Bestätigung des Apostolischen Stuhles; handelt es sich um Selige, so bedarf es hiezu eines besonderen päpstlichen Indultes Can. 1278; vgl. Sch ü ch = P o l z: Pastoraltheologie¹⁷ S. 290 f.

B. Die **Bilderverehrung** wird in der kirchlichen Glaubenslehre (z. B. bei P. Petrus Fernández y Fernández: *Cursus theologicus*, tom. 5. nn. 1534 sqq.) und Kirchengeschichte genauer dargelegt; indes muß die Ansicht jener zurückgewiesen werden, welche meinen, die Bilderverehrung gehöre lediglich in das Gebiet der kirchlichen Disziplin, so daß also die Kirche vielleicht einmal ein Verbot gegen die Heiligenbilder erlassen könne; nach der Lehre des zweiten Konzils von Nizäa, des vierten von Konstantinopel und des Tridentinums ist dieses nicht angängig. Der Kodex regelt die Bilderverehrung in den Cann. 1255 § 2; 1279—81; 1385; 1399.

I. *B e r h ü t u n g u n d A b s t e l l u n g v o n M i ß b r ä u c h e n*. 1) „Niemand darf in Kirchen, auch in eremiten, oder an anderen heiligen Orten ein *u n g e w ö h n l i c h e s* Bild aufstellen oder aufstellen lassen ohne Billigung des Ortsordinarius“ Can. 1279 § 1; Trid. sess. 25 de invoc. sanct., Urbani VIII. Const. „Sacrosancta Tridentina“ d. 15. Mart. 1642; D. A. nn. 810; 824. Unter „Bild“ ist hier zu verstehen ein weltliches oder heiliges; ein gemaltes, gemeißeltes, geschnitztes usw. Bild. — Zur öffentlichen Verehrung sind nicht zugelassen z. B. Darstellungen des Herzens Jesu ohne den Leib des Herrn S. Off. d. 26. Aug. 1891; Bilder der seligsten Gottesgebärerin mit dem Jesusknaben zu ihren Füßen stehend; Herz-Jesu-Darstellungen mit dem Bild der heiligen Margarita Alacoque (besondere Erlaubnis des Apostolischen Stuhles notwendig) D. A. 3420; Darstellungen der beiden Herzen Jesu und Mariä zugleich D. A. 3492¹⁾. — „Der Ordinarius billige die öffentliche Aufstellung

¹⁾ Die Ritenkongregation verbot am 20. Okt. 1922 (AAS. 14, 556) neuerdings die Aufstellung von Bildern („*tabulae*“) mit Inschriften und Namen verstorbener Gläubigen in Kirchen oder zum Gottesdienst bestimmten Gräbern, wenn deren Leiber dort nicht begraben sind und nach

heiliger Bilder zur Verehrung der Gläubigen nur dann, wenn sie mit der bewährten Gepflogenheit der Kirche übereinstimmen“ Can. 1279 § 2; das gilt z. B. von der Darstellung der drei göttlichen Personen. — „Niemals gestatte der Ordinarius in Kirchen oder anderen heiligen Orten die Anbringung von Bildern, welche gegen die Glaubenslehre („falsi dogmatis“) oder gegen die gebührende Schicklichkeit und Ehrbarkeit verstoßen oder die weniger Gebildeten Anlaß zu gefährlichen Irrtümern bieten“ Can. 1279 § 3.

Daß die großen Künstler der Vorzeit theologische Berater zur Seite hatten, bedeutete eine Vertiefung und Klärung der Gedanken; es würden manche Verstöße auch sonst gut gesinnter Maler sich auf diese Weise vermeiden lassen. Die im Can. 1279 § 3 gerügten Darstellungen können teils auf bösem Willen, teils auf Unverstand und Ungeschicklichkeit beruhen. Sind die Verstöße klar, so sind derartige Darstellungen nicht zuzulassen oder zu entfernen. Doch kann man Allegorien oder Anthropomorphismen, welche der kirchlichen Überlieferung entsprechen, nicht von der Hand weisen; das Horazische „Pictoribus atque poëtis — Quidquid audendi semper fuit aequa potestas“ darf auch in der kirchlichen Kunst bei Festhaltung des Wesentlichen nicht ausgeschaltet werden. — Die Kunst in der Kirche muß belehren und erbauen; führt sie zum Irdischen und Sinnlichen, so sind das Auswüchse; freilich gähnen auch hier zwei Abgründe: Leichtfertigkeit und Angstlichkeit. Wie verschieden Kunstwerke beurteilt werden, dafür bietet Michelangelo's „Jüngstes Gericht“ ein klassisches Beispiel: Der Künstler selbst erlebte noch, daß Papst Paul IV. (1555—59) Caraffa das 1536—41 geschaffene Werk heruntergeschlagen lassen wollte; der Untergang dieser Schöpfung, „eines der größten Wunderwerke der Welt“ wurde durch Daniel da Volterra dadurch verhindert, daß er die anstößigsten Blößen mit Gewandstücken bekleidete (Fernández: *Cursus* vol. 5 n. 1538).

2) Die Vervielfältigung der Heiligenbilder durch Druck ist geregelt durch die Cann. 1385 § 1 n. 3 und § 2; 1399 n. 12. Heiligenbilder, mit oder ohne Gebetstext, bedürfen der vorgängigen oberhirtlichen Druckgenehmigung, wenn sie in irgend einer Weise durch Druck vervielfältigt und herausgegeben werden. Doch ist der Gebrauch von Heiligenbildern an sich nicht verboten, wenn sie dem Geiste und den Erlässen

Can. 1205 § 2 auch nicht begraben werden können; vgl. DA. n. 733. Damit ist nicht gesagt, daß die bisher im guten Glauben angebrachten (religiösen) Erinnerungstafeln mit den Namen der gefallenen oder sonst verstorbenen Kriegsteilnehmer aus den Kirchen, öffentlichen Kapellen und gottesdienstlichen Grüften entfernt werden müssen, zumal auch Can. 5 Platz greifen kann.

der Kirche nicht entgegen sind; stehen sie aber hiemit in Widerspruch, so ist auch der Gebrauch ohne weiteres (*ipso iure*) verboten. In Frage kommen Bilder des Herrn, der seligsten Jungfrau, der Engel und Heiligen, aber auch anderer Diener Gottes Can. 1399 n. 12.!

Die Kirche sieht strenge darauf, daß vor der Seligsprechung eines Dieners Gottes demselben keine liturgische Verehrung bezeugt werde; deshalb muß auch ein eigener Prozeß „*super non cultu*“ durchgeführt werden Cann. 2057—60; 2085—86; näheres hierüber in den Werken, welche die Selig- und Heiligsprechungsprozesse darstellen, z. B. bei Benedikt XIV.: *De Servorum Dei Beatificatione et Beatorum Canonizatione*; Januarius Trama: *Manuale theorico-practicum* (Neapoli 1876); Antonius Maria Santarelli O. Min.: *Codex pro Postulatoribus* (3. ed.; Romae 1923) iuxta Aloysium Lauri (ed. 1.) et Josephum Fornari (ed. 2.) p. II. tit. 3 pag. 120 sqq.

II. Weihe der Bilder. Für die Weihe sind die liturgischen Bücher maßgebend (*Rituale, Pontifikale* usw.). Dort wird auch angegeben, wer für die Weihe *zuständig* ist. Doch ist die Weihe stets dem *Ordinarius* vorbehalten, wenn „Bilder, zur öffentlichen Verehrung ausgesetzt, *feierlich* geweiht werden sollen“; dieser kann sie jedoch jedem beliebigen Priester übertragen Can. 1279 § 4; RR. t. 7 c. 25. Dieser Grundsatz gilt auch für die Kreuze RR. tit. 7 c. 24. Die *private* Weihe der Kreuze und Bilder benötigt nicht der Vollmacht des Ordinarius RR. cc. II. Die *Krönung* eines berühmten Gnadenbildes ist Sache der höheren kirchlichen Obern (des Papstes, der Kardinäle und Bischöfe, der Kapitel); vgl. das *officium* „*Auxilium Christianorum*“ d. 24. Maii l. 6.

III. Ausbesserung und Veräußerung von heiligen Bildern Cann. 1280; 1164 § 1; 1296 § 3. 1) Wie für die Kirchen und heiligen Gerätschaften überhaupt, so gelten namentlich auch für die heiligen Bildwerke die Regeln der christlichen Kunst. Kostbare Bildwerke einer Kirche oder Kapelle sind wie ein kostbarer Schatz zu hüten und zu bewahren. In zarter Sorge bestimmt darum Can. 1280 folgendes: „Kostbare Bildwerke, nämlich hervorragend durch Alter, Kunst oder Verehrung, welche in Kirchen oder öffentlichen Kapellen zur Verehrung der Gläubigen aufgestellt sind, dürfen im Bedürfnisfalle niemals zur Ausbesserung gegeben werden ohne schriftliche Zustimmung des

Ordinarius, der vor der Erlaubniserteilung angesehene Sachverständige zu Rate ziehen wird". — Sind in einem Gebiete hierüber auch staatsrechtliche Verordnungen vorhanden, welche die Freiheit der Kirche nicht beeinträchtigen, so wird der Kirchenvorstand auch diese sich zu Nutzen machen. — 2) Solche Bildwerke dürfen und können gültigerweise weder veräußert noch in eine andere Kirche für immer übertragen werden ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles Can. 1281 § 1. Über die Veräußerung der Kirchengüter im allgemeinen handeln die Cann. 534; 1530—34; 2347. Wer ein kostbares Bildwerk veräußert ohne päpstliche Bewilligung, verfällt der niemandem vorbehaltenen Excommunication Can. 2347 n. 3.

C. Über die **Reliquienverehrung** handeln die Cann. 1281—89; 1298 § 4; 1200 § 2 n. 2; 1255 § 2; 1276; 2326. Wir behandeln die Verehrung, Aufbewahrung, Echtheit, Veräußerung, Strafen für Mißbrauch.

I. **Verehrung**: „Es ist gut und heilsam, die Überreste der Diener Gottes zu verehren" Can. 1276 in Übereinstimmung mit den Glaubenslehren der Kirche (vgl. *Cursus theol. auctore P. Petro Fernández y Fernández O. S. Aug. tom. 5 nn. 1522 sqq.*). Die Kirche tut es selbst, indem sie für jeden Altar Reliquien von Heiligen als Erfordernis der gültigen Konsekration verlangt Can. 1198 § 4; 1200 § 2 n. 2. — Der Kult der Reliquien ist aber kein für sich bestehender, sondern ein der Person, von der die Überreste stammen, entsprechender (*cultus relativus*) Can. 1255 § 2, also für das Kreuz ein *cultus patriae*, für die Gebeine oder Ketten des heiligen Petrus ein *c. duliae*. — Die Verehrung betätigt sich: a) Durch **Aussetzung** der Reliquien in Kirchen und Kapellen, freilich bei Seligen nur dort, wo deren Offizium und Messe vom Apostolischen Stuhle gestattet ist Can. 1287 § 3; b) durch ehrerbietiges **Rüßsen**; c) durch **Feier der heiligen Messe** in rit. dupl. mit **Aredo** bei Vorhandensein einer hervorragenden Reliquie Rub. gen. Miss. XI; d) durch **Tragen** der Reliquie in feierlicher Prozession, aber nur die Reliquie des Herrn unter einem Traghimmel (bei Seligen ist ein eigenes Indult vonnöten Can. 1287 § 3); e) durch **Erteilung des Segens** mit der

Reliquie; vgl. Schöch-Polz 17 S. 367 f.; f) durch Feier des Reliquienfestes am 5. Nov., wenn und wie es für eine Diözese oder eine Religiosenfamilie gestattet ist. Sowohl bei der Verehrung als auch bei der Veräußerung usw. spielt der Unterschied zwischen hervorragenden und gewöhnlichen Reliquien eine bedeutende Rolle. Als hervorragende Reliquie (*insignes reliquiae*) der Heiligen und Seligen gelten der Leib, das Haupt, ein Arm, ein Vorderarm, ein Bein oder jener Körperteil, an dem der Blutzuge die Pein erduldet, vorausgesetzt, daß er ganz und nicht klein ist“ Can. 1281 § 2.

II. Aufbewahrung. Die hervorragenden Reliquien können nicht in Privatkapellen oder in Wohnungen aufbewahrt werden ohne ausdrückliche Erlaubnis des Ortsordinarius; die übrigen dürfen zu Hause aufbewahrt oder andächtig von den Gläubigen getragen werden, natürlich beides mit geziemender Ehrerbietung Can. 1282. — Wenn die Reliquien ausgesetzt werden, so müssen sie in Behältnissen oder Kapseln („*Reliquiarien*“, Reliquienschrein) verschlossen und versiegelt sein Can. 1287 § 1. Dabei soll der Kreuzpartikel stets ein eigenes Behältnis haben, getrennt von den übrigen Reliquien der Heiligen ibi § 2. — Die Reliquien des heiligen Kreuzes, welche ein Bischof im Brustkreuz vielleicht trägt, werden mit seinem Tode Eigentum der Kathedraalkirche zur Benützung für den Nachfolger-Bischof; stand der verewigte Bischof an der Spitze mehrerer Diözesen, so fallen sie jener Diözese zu, in welcher er starb oder die er zuletzt verließ, wenn er außerhalb seiner Bistümer mit Tod abging Can. 1288; vgl. Can. 1299 § 1.

III. Echtheit. 1) Eine öffentliche Verehrung in Kirchen (auch exemten) kann man nur jenen Reliquien zollen, deren Echtheit durch eine *Authentik* d. h. durch ein unbestreitbares Zeugnis feststeht. Zur Ausstellung eines solchen Zeugnisses sind befugt: die Kardinäle, die Ortsordinarien (die Generalvikare kraft eines Spezialmandats) oder andere Geistliche, welche das Apostolische Indult, *Authentiken* auszustellen („*authenticandi*“) erhalten haben. Can. 1283 §§ 1 und 2.

Die Grundlage für die Erteilung der Erlaubnis, eine Reliquie öffentlich zu verehren, bildet das Tridentinum sess. 25 *De invocatione*

vereratione et reliquiis sanctorum, wo bestimmt wird: „Keine neuen Reliquien sind zuzulassen, außer es hat sie der Bischof geprüft und gebilligt, welcher nach Beratung mit Theologen und anderen frommen Männern die Entscheidung trifft nach den Regeln der Wahrheit und Frömmigkeit;“ nur in Zweifelsfällen soll das Provinzialkonzil entscheiden, eine Neuerung nur nach Befragen des Papstes. — Der „Bischof“ ist hier der Ortsordinarius, auch für die Ordenskirchen, SCC. in Olo-mucen. d. 7. Jun. 1755. Freilich gilt das Urteil nur für das Gebiet des Ausstellenden; ein anderer Residenzbischof kann und wird sie anerkennen, doch ist er nicht verpflichtet. Can. 1283 hat die facultas authenticandi ausgedehnt auf alle Kardinäle und auf die übrigen Ortsordinarien (Can. 198 § 2), auf den Generalvikar nur mit Spezialmandat 1283. Auch ein Titularbischof kann eine Authentik ausstellen, doch nicht für die öffentliche Verehrung. Die Generalpostulatoren („Postulatores“ Cann. 2004 ff.) besitzen gewöhnlich die Erlaubnis authenticandi, doch muß der Inhaber laut des päpstlichen Indultes bezeugen, daß die Vollmacht auch für den öffentlichen Kult gegeben ist.

2) Aufgaben der Ortsordinarien hinsichtlich der bisher verehrten Reliquien Cann. 1284—85: a) Stellt sich heraus, daß die bisher verehrten Reliquien echt sind (Verschluß und Authentik oder sonstige Beweise), so sind sie in ihrer bisherigen Verehrung zu belassen. — b) Handelt es sich um alte Reliquien, so sind dieselben in der bisherigen Verehrung zu belassen, auch wenn sie der Authentik entbehren (auch in den Römischen Basiliken sind solche: die Krippe in S. Maria Maggiore; der Abendmahlstisch in St. Johann im Lateran; das heilige Antlitz in St. Peter; Petri Ketten in S. Pietro in Vincoli, ME. 16, 324); außer in einem besonderen Falle läßt sich durch sichere Beweise feststellen, daß sie falsch oder unterschoben sind Can. 1285 § 2; S. C. Indulg. d. 14. Sept. 1904 in Palentina (ME. 16, 493). — c) „Heilige Reliquien, deren Echtheitszeugnisse durch bürgerliche Umwälzungen oder andere Zwischenfälle verloren gingen, dürfen zur öffentlichen Verehrung nicht ausgesetzt werden ohne das vorausgehende Urteil des Ortsordinarius (mit Spezialmandat auch des Generalvikars)“ Can. 1285 § 1. Im zweiten Falle dauert die öffentliche Verehrung ununterbrochen fort, hier aber tritt durch die Umwälzung eine Unterbrechung ein, die möglicherweise auch eine Zerstreuung oder Vermischung der Reliquien mit gewöhnlichen Überresten bewirkte; vgl. das Schicksal der Reliquien der heiligen Elisabeth von Thüringen;

die sorgfältige Untersuchung der Überreste des heiligen Johannes Nepomuk („Johannes von Nepomuk“ von Dr. J. Weisfopf in LQS. 1926: 72, 264, 481 ff.). — d) „Wissen Ortsordinarien mit Sicherheit, daß eine Reliquie nicht echt ist, so sollen dieselben in kluger Weise sie der Verehrung der Gläubigen entziehen“ Can. 1284. M. Vermeersch S. J. bezeugt, daß mehrere falsche Reliquien in Rom (wo er seit Jahren im Lehramt tätig ist) unterdrückt wurden, Epitome II 612. — e) Die Reliquienfrage soll mit Zartheit („prudenter“) behandelt werden; darum schärft Can. 1286 die Wachsamkeit der kirchlichen Oberhirten: „Die Ortsordinarien sollen es nicht dulden, daß Streitfragen über die Echtheit heiliger Reliquien, besonders in Predigten, Büchern, Zeitungen oder sonstigen Erbauungsschriften auf Grund bloßer Vermutungen, aus nur Wahrscheinlichkeitsgründen oder vorgefaßten Meinungen ausgetragen werden, namentlich in Worten, die Spott und Hohn verraten.“

Auf den ersten Blick sieht man, wie weise und maßhaltend die Anweisungen des Kodex sind. Die Reliquienverehrung ist so alt wie das Menschengeschlecht, entspricht den Grundsätzen der Heiligen Schrift und den Bedürfnissen des menschlichen Herzens. Die Gebeine des Elisäus waren totenerweckend 4 Rg 13, 20—21; Prd 48, 14—15; des Heilands Kleid suchte man zu berühren; denn eine Kraft ging von ihm aus Lk 6, 19; 8, 44—48. Den Schatten des Petrus (Apg 5, 15) und die Schweißtücher des Paulus (Apg 19, 12) suchte man zu erreichen, denn man sah ihre Heilkraft. Dem Menschenherzen ist es eigen, Andenken an liebe und verehrte Verstorbene aufzubewahren. So sehen wir, daß Menschen, welche der katholischen Kirche „Achenanbetung“ vorwerfen, selbst zu den „Luther-Reliquien“ nach Worms oder auf die Wartburg oder zu den „Goethe-Reliquien“ nach Düsseldorf wallfahren; vgl. Killes Peter S. J.: „Schutz- und Trugwaffen“ 3. Teil (1909) n. 99 S. 134—137. Die strenge Vorschrift des 4. Laterankonzils (c. 2 De reliquiis III 45) hat das Tridentiner Konzil (sess. 25) gemildert, insofern neue Reliquien nicht nur nach der Prüfung und Bestätigung des Papstes, sondern auch des Diözesanbischofes öffentlich verehrt werden dürfen. Alte Reliquien mit öffentlicher Verehrung bleiben im Besitzstande bis zum sicheren Beweise des Gegenteils. Das Urteil hierüber fällt der Ortsordinarius. Indes ist es den Gelehrten und Schriftstellern nicht untersagt, Forschungen über Reliquien auch zu veröffentlichen, indes sollen die Beweise sicher, die Form der Behandlung ehrerbietig und bescheiden und Mittel der Veröffentlichung nicht Predigten bzw. Erbauungsbücher oder -Schriften sein, sondern wissenschaftliche Werke oder Zeitschriften.

IV. Unwürdige Behandlung der Reliquien Can. 1289. Die heiligen Reliquien können unwürdig

behandelt werden: 1) Durch Verkauf = Kauf Can. 1289 § 1; 2) durch jegliche sonstige unberechtigte Veräußerung (alienatio) Can. 1281 § 1; 3) durch weltliche Verwendung bzw. Entweißung („profanatio“); durch Vernachlässigung der notwendigen Sorge und geziemenden Hüt Can. 1289 § 2.

Zu 1) Jeder eigentliche Verkauf = Kauf von Reliquien als solchen bildet das Vergehen der Simonie göttlichen Rechtes Cann. 1289 § 1; 727 § 1. Der Vertrag ist nichtig. Es gibt gewisse Gefahren besonders bei Säkularisation der Kirchengüter, bei Erbschaften oder Veräußerungen von Vermögensmassen. Hier sollen die Ortsordinarien, Dekane, Pfarrer und sonstige Seelsorger ein wachsames Auge haben Can. 1289 § 1. Wird einzig nur die Fassung gekauft oder wird Geld gegeben, um wertvolle Reliquien aus den Händen der Feinde des Christentums loszukaufen (vgl. Fest Kreuzerhöhung, Lesungen der 2. Nocturn), so liegt eine Simonie nicht vor. Daß man früher Reliquien nicht nur kaufte, sondern sie auch stahl oder fälschte, darf bei der großen Wertschätzung der Reliquien nicht wundernehmen, vgl. J a n n e r Ferd.: Geschichte der Bischöfe von Regensburg I S. 297 ff.; 533 ff. über die St. Dionysius-Frage. Diesen Mißbräuchen trat die Kirche stets entgegen; vgl. z. B. Konst. „Ap. Sedis“ d. 12. Oct. 1869 cl. II. n. 15.

Zu 2) „Hervorragende Reliquien oder vom Volke hochverehrte Reliquien können gültigerweise weder veräußert noch in eine andere Kirche für alle Zukunft übertragen werden ohne Erlaubnis des Apostolischen Stuhles“ Can. 1281 § 1. Daraus ergibt sich, daß die übrigen Reliquien (= non insignes, non magna veneratione honoratae) auch ohne jene Erlaubnis veräußert (abgesehen von Kauf und kaufähnlichen Verträgen), also verschenkt, vertauscht usw. werden dürfen. — Der Besitz der im Can. 1281 § 1 genannten Reliquien kann nicht durch Verjährung (= praescriptio) erworben werden Can. 1509 n. 2.

Zu 3) Die Kirchenvorstände und sonstige verantwortliche Kirchenbeamte sollen durch ihre Wachsamkeit die Entweißung oder den Untergang der Reliquien verhüten, welche ihm teils von Menschenhand, teils von Elementen (Feuchtigkeit, Brand, Einsturz des Gebäudes) drohen. Die Reliquien sollen geziemend bewahrt werden mit Beachtung der liturgischen Gesetze. a) Werden sie zur Verehrung ausgesetzt, so soll eine Lampe oder zwei Lichter vor ihnen brennen. Bei Aussetzung des Allerheiligsten sollen die Reliquien entfernt oder verhüllt werden; bei theophorischen Prozessionen sollen keine Reliquien mitgetragen werden. b) Mit den Reliquien der Heiligen kann, mit denen des Herrn soll der Segen gegeben werden. c) Bei Reliquienprozessionen dürfen die des Herrn unter einem Baldachin getragen werden; vgl. Sch ü ß - P o l z: Pastoraltheologie § 212.

V. Strafen. „Wer falsche Reliquien fertigt oder wissenschaftlich verkauft, verteilt oder zur öffentlichen Verehrung der Gläubigen aussetzt, zieht sich die dem Ordinarius vorbehaltene Exkommunikation zu l. s.“ Can. 2326.

a) Reliquien können ganz oder zum Teil gefälscht werden, letzteres wenn wahre Reliquien verwendet werden zur Fertigung der Fälschungen. Werden die Überreste z. B. des Gesichtes mit Wachs ausgegossen, so liegt keine Fälschung vor, weil eine Irreführung nicht beabsichtigt ist; freilich kann ein Irrtum des Beschauers vorkommen. — b) Wer falsche Reliquien verkauft, begeht keine Simonie, wenn das Ganze gefälscht ist, doch verfällt er der Strafe des Can. 2326; der Kaufende verfällt der Zensur nicht, wenn nicht später „das Verkaufen, Verteilen, Aussetzen“ dazukommt. — Wer wahre Reliquien verkauft, handelt unerlaubt und ungültig, doch sieht der Kodex keine eigene Strafe vor Cann. 727—29; 2371; 2392. — c) Der „falsche Reliquien Aussetzende“ verfällt nur dann der Exkommunikation des Can. 2326, wenn er durch sein Amt oder seine Weihe den Anschein erwecken kann, daß er diesen liturgischen Akt setzt, Epitome III n. 526. — d) Die frühere Exkommunikation l. s. cl. II n. 15 ist gefallen; sie lautete: „Wer ohne rechtmäßige Erlaubnis Reliquien aus den heiligen Friedhöfen bzw. Katakomben der Stadt Rom und ihres Gebietes wegnimmt und die Begünstigten und Mithelfer, verfallen der dem Apostolischen Stuhle einfach vorbehaltenen Exkommunikation“.

„Bevor der Apostolische Prozeß über die Tugenden (eines Beatificandus) im besonderen abgeschlossen wird, muß der Gerichtshof die gerichtliche Prüfung (recognitio) der Überreste des Dieners Gottes vornehmen gemäß den Vorschriften des Vollmachtsschreibens“ (litterae remissoriales Cann. 2086 sqq.) Can. 2096. Um nun jeden Mißbrauch und womöglich jede Unklarheit zu vermeiden, wird vor der Eröffnung des Grabes auf Befehl der Apostolischen Richter folgende Exkommunikation l. s., der Ritenkongregation vorbehalten (Cann. 2253 n. 2; 2245 § 2; 2236 § 1), veröffentlicht und vorgelesen: „Wer immer . . . es wagt oder sich erkühnt, auch aus Andacht, etwas von dem Grabe, vom Leibe, von den Kleidern oder dem Sarge (Behältnis) des D. G. = Dieners Gottes, wegzunehmen oder zu hinterziehen oder in diese Dinge etwas zu legen oder hineinzubringen, der verfällt der Exkommunikation“ wie oben; vgl. Santarelli A. M. O. Min.: „Codex pro Postulatoribus“³ (Roma 1923) pag. 168; Trama Jan.: Manuale (Neapoli 1876) pag. 276.

§ II. Die Prozessionen (Bittgänge).

Quellen: Cann. 1290—95; 462 n. 7 (Pfarrer); 718 (Bruderschaften); RR. tit. 9 cc. 1—14; S. Rota in Tarentina d. 3. Febr. 1922 (AAS. 14, 397).

1. **Begriff.** Can. 1290 § 1 erklärt: „Unter heiligen Pro-

zessionen versteht man feierliche Wittgänge, welche vom gläubigen Volke unter Führung des Klerus im geordneten Zug von einem heiligen Orte nach einem heiligen Orte veranstaltet werden zur Auffrischung der Frömmigkeit des Volkes, zur Vergewärtigung der Wohlthaten Gottes mit Dankagung, zur Erflung der göttlichen Hilfe“.

Wesentlich sind für den Begriff „Prozession“ folgende vier Punkte: a) einer der drei Zwecke: Anbetung; Buße („*pietas fidelium*“); — Dankagung; — Bitte (Anbetungs-, Buße-, Dankagungs- und Bittprozessionen); b) eine Volksmenge („*a populo fidei*“); c) Führung des Klerus; d) der geordnete Gang von Heiligtum zu Heiligtum (Can. 1154).

Ist nicht wenigstens einer der obigen Zwecke vorhanden, so haben wir keine Prozession, ja Pius IX. hat kirchliche Umzüge zu politischen Zwecken ausdrücklich verboten am 17. März 1862 (Archiv 8, 152 ff.). — Fehlt der Klerus oder ist die Beteiligung eine rein private, so können wir Wallfahrten haben, aber Prozessionen im kirchlichen Sinne sind das nicht. — Die Ausdrücke „*processio*, Wittgang“ deuten die Bewegung an, dabei muß sowohl der Ausgang als das Ziel ein heiliger Ort, ein verschiedener oder der gleiche sein, z. B. bei Prozessionen in der Kirche. Der Beerdigungsgang von der Kirche zum Grabe im Friedhofe ist demnach eine wahre Prozession, ob nun der Rückzug zur Kirche (RR. t. 6 c. 3 n. 15) stattfindet oder nicht.

II. Einteilung. Man teilt die kirchlichen Prozessionen ein:

1) in ordentliche, welche an bestimmten Tagen nach Anweisung der liturgischen Bücher oder auf Grund von Gewohnheiten der Kirchen, und außerordentliche, welche für andere Tage aus Gründen, die das Volkswohl berühren, angesagt werden Can. 1290 § 2;

2) in öffentliche und private (Rota d. 3. Febr. 1922); erstere sind die unter 1) aufgezählten; die übrigen sind private;

3) in liturgische, welche in den liturgischen Büchern entweder vorgeschrieben oder wenigstens vorgelesen, und nicht liturgische, deren Gebete der Auswahl des Ordinarius oder Kirchenvorstandes überlassen sind RR. t. 9 cc. 2 sqq.;

4) in Prozessionen mit dem Allerheiligsten (theophorische) und ohne dasselbe Can. 1291; RR. t. 9 c. 5.

Die im Verlauf des Kirchenjahres vorgeschriebenen Prozessionen sind: a) Die Lichtmeßprozession (Missale 2. Febr.: RR. t. 9 c. 2); b) Die Palmprozession (Missale: Dominica in Palmis; RR. t. 9 c. 3);

c) die theophorische Prozession am Gründonnerstag („calix cum hostia“ M. Fer. V in Coena Di.); d) Die theoph. Prozession am Karfreitag zur missa praesantificatorum (M. Fer. VI in Parasceve); e) die Litaniae maiores am 25. (27.) April (M. nach dem 5. Sonntag n. O.; 25. April; RR. t. 9 c. 4) und die Litaniae minores an den drei Tagen vor Christi Himmelfahrt ibi; f) Die Fronleichnamsprozession RR. t. 9 c. 5. — Weiter sieht das RR. noch folgende PP. vor: zur Erflehung von Regen; von heiterem Wetter; zur Abwendung von Stürmen; zur Zeit der Hungersnot; der Pest und sonstiger großer Sterblichkeit; des Krieges; in jeglicher Bedrängnis; zur Dankagung; zur Übertragung heiliger Reliquien tit. 9 cc. 6—14. Der Ritus dieser Prozessionen wird in den betr. liturgischen Büchern angegeben; vgl. hiezu die liturgischen und rubrizistischen Werke von Hartmann, Kieffer, Kunz, Müller usw.; Die Pastoraltheologie von Schöch-Polz §§ 266—69. — Wenn Prozessionen als vorgeschriebene bezeichnet werden, so ist damit nicht gesagt, daß sie gerade in jeder Kirche vorgeschrieben seien; so werden z. B. die Prozessionen am Gründonnerstag und Karfreitag nur dort gehalten, wo die Verrichtungen dieser Tage überhaupt stattfinden.

Religiöse Umzüge (Prozessionen, Bittgänge, Wallfahrten) sind der menschlichen Natur eigen, darum finden wir sie wie bei den heidnischen Völkern, gebildeten und ungebildeten, so auch beim Gottesvolke Israels; vgl. Jos 6, 1 ff. (Jericho); 2 Sm 6, 12 ff. (Bundeslade). Züge aus dem Leben des Herrn gaben Anlaß zu den kirchlichen Prozessionen; so an Dichtmeß (Lk 2, 22 ff.), am Palmsonntag (Mt 21, 1 ff.; Mk 11, 1 ff.; Lk 19, 29 ff.; Joh 12, 12 ff.). Christus selbst wallfahrtete mit Maria und Joseph nach Jerusalem, Lk 2, 41—51. Die Bittgänge an den drei Tagen vor Christi Himmelfahrt („litaniae minores, rogationes“) wurden zur Abwendung von schweren Drangsalen, besonders Erdbeben, 477 durch Bischof Martin von Bienne in seinem Gebiete eingeführt und allmählich von der Gesamtkirche angenommen, besonders durch Papst Leo III.; vgl. Sandini A.: Vitae Pontificum (1739) pag. 241. Die Litaniae maiores (der Bittgang am Markusfeste) haben höchstwahrscheinlich das in Rom übliche „ambarvale“ des VII. Kal. Maias (25. April) christianisiert, Hergenhöther-Sollweck: RR.² 658. Die „Frates Arvales = Ackerbrüder“, eine Sodalität von zwölf Personen aus den höchsten Ständen hielten den Umzug um die Feldmark im Frühjahr, Rieg C.: Römische Altertümer³ § 124. Daß diese Prozession nicht dem Markusfeste gilt, erhellt aus der Liturgie; die Prozession bleibt am 25. April auch wenn das Fest verlegt wird. Nur wenn der Ostersonntag am 25. April fällt, wird die Prozession am 27. April gehalten.

III. Die Prozessionen am Fronleichnamsfeste und innerhalb seiner Oktave Can. 1291 Trid. sess. 13 cp. 5; cn. 6. 1) Am Fronleichnamsfeste muß und darf nur eine feierliche Prozession auf den öffentlichen Straßen des gleichen Ortes stattfinden, geführt von der ersten Kirche. An derselben müssen sich be-

teiligen alle Mönche, die männlichen Ordensgenossenschaften i. w. S., auch die Exemten und die Laienbruderschaften, ausgenommen sind die Regularen, welche in strengerer Klausur beständig leben oder jene, deren Aufenthaltsort von der Stadt (d. h. von dem Prozessionsorte) 3000 Schritte entfernt ist. Die Einheit der Fronleichnamsprozession muß gewahrt werden, außer es bestünde eine unvordenkliche Gewohnheit oder örtliche Umstände, welche nach dem weissen Ermessen des Bischofs etwas anderes verlangen Can. 1291 § 1.

a) Sollte das Fronleichnamsfest nicht am Donnerstag nach dem Dreifaltigkeitssonntag feierlich begangen werden (Motuproprio „Supremi“ Pius' X. vom 2. Juli 1911; Can. 1247 § 1), sondern am Sonntag nach Dreifaltigkeit, so gelten die Vorschriften des Can. 1291 für diesen Sonntag, SRC. d. 24. Jul. 1911 ad 6 DA. n. 4273. — b) Die Prozession selbst ist nicht auf das Gebiet der ersten Kirche („ecclesia dignior“) beschränkt; das trifft in erster Linie zu, wenn der Bischof sie hält, aber auch sonst, da ja dieser feierliche Umzug nicht nur der Pfarrei gilt, sondern dem Gesamtorde; vgl. auch Can. 1291 § 2. — c) Die Vorschrift „alle Mönche müssen sich beteiligen“ ist von jenen Mönchen zu verstehen, die abkommen können. — Die weiblichen Religiösen haben keine Verpflichtung, doch können Schwestern ohne Klausur sich beteiligen. — d) Nicht nur die Regularen, sondern auch die übrigen Religiösen (Can. 488 n. 7), ja auch die Weltgeistlichen und Laienbruderschaften dürften der Beteiligungspflicht nicht unterliegen, wenn ihr Aufenthalt oder Sitz dreitausend Schritte entfernt ist („passus“ = Doppelschritt = 1,472 Meter, also 4,416 Meter). — e) Neben der unvordenklichen Gewohnheit bilden noch „örtliche Verhältnisse“ einen Grund, aus dem der Bischof eine mehrfache Prozession zulassen kann, z. B. wenn der gleiche Ort zu mehreren Bistümern gehört oder wenn der Zugang zur gemeinsamen Prozession durch Überschwemmungen gefährdet ist.

Auch ein Privileg der Nichtteilnahme könnte vom Apostolischen Stuhle erwirkt worden sein, wie es Epitome II n. 618 „z. B. von den Theatinern, Barnabiten und Vätern der Gesellschaft Jesu“ hervorhebt. Dazu wird der Satz gefügt: „Auch schon die Gewohnheit kann von dieser Last (!) befreien“; freilich muß die Gewohnheit eine unvordenkliche sein Can. 1291 § 1.

2) „Innerhalb der Fronleichnamsoktav können die übrigen Pfarreien und Kirchen, auch die Regularkirchen, ihre eigenen Prozessionen außerhalb des Kirchenbereiches halten; aber für einen Ort, wo mehrere Kirchen sind, kommt es dem Ortsordinarius zu, Tage, Stunden und Wege zu bestimmen, welche für die betreffende Prozession zu gelten haben“ Can. 1291 § 2.

Unter „Kirchen“ sind nur jene zu verstehen, welche das Recht auf das Allerheiligste haben Can. 1265; auch öffentliche Kapellen mit dem gleichen Rechte gehören hieher Cann. 1188 § 2 n. 1; 1191 § 1. — Nur diese Fronleichnamsprozessionen dürfen auf öffentlichen Wegen gehalten werden, auch wenn die betreffende Kirche, z. B. eine Regularkirche, des eigenen Gebietes entbehrt, darum der Ausdruck „außerhalb des Kirchenbereichs“ Can. 1291 § 2. — Gewöhnlich sind diese Fronleichnamsbittgänge durch oberhirtliche Weisung oder Herkommen geordnet.

IV. Außerordentliche Prozessionen Can. 1292: „Der Ortsordinarius kann nach Anhörung des Domkapitels (Can. 105 n. 1) aus einem die Öffentlichkeit berührenden Grunde außerordentliche Prozessionen ansetzen“; die Beteiligungspflicht ist die gleiche wie bei den ordentlichen und herkömmlichen Prozessionen Can. 1291 § 2.

V. Prozessionen der Religiösen Can. 1293. Außerhalb der Fronleichnamsoctav „können die Religiösen, auch die exemten, über das Gebiet ihrer Kirchen und Kreuzgänge (Kloster Räume) hinaus Prozessionen nur mit Erlaubnis des Ortsordinarius führen“.

Daraus erhellt: 1) daß die exemten Religiösen nur sich und die in ihren Kirchen errichteten Bruderschaften der Erlaubnis des Ortsordinarius nicht bedürfen, wenn sie über das Klostergebiet („ecclesiae et claustra“) bzw. in Ermangelung eines Kreuzganges („claustra“) über den „Kirchenbereich“ („ambitus ecclesiae“ Can. 1291 § 2) nicht hinausziehen; 2) daß die Religiösen, wenn sie diese Grenzen überschreiten, wenigstens die Erlaubnis des Ortsordinarius haben müssen, welche stets genügt, aber auch notwendig ist Can. 1293 (R.-Sch.: Trid. pag. 416); 3) daß Privilegien nur dann in Kraft bleiben, wenn sie nach dem Tridentinum erholt sind SRC. in Nepesina d. 24. Jun. 1632. Die Predigerbrüder können öffentliche Prozessionen am 1. Sonntage im Oktober abhalten, wobei sie mit vollem Gepränge die Grenzen jeglicher Pfarrei zu betreten befugt sind, Const. FF. Praed. n. 112; dieses Privileg hat Bestand, wenn es nach dem Tridentinum gewährt wurde.

VI. Die Pfarrprozessionen Cann. 1294; 462 n. 7. Neue Prozessionen können in der Pfarrei eingeführt werden durch den Pfarrer oder sonst jemand nur mit Erlaubnis des Ortsordinarius. Gleiches gilt für die Verlegung oder Abschaffung der üblichen Prozessionen § 1. Die kirchlich vorgeschriebenen könnten nur vom Apostolischen Stuhle verlegt oder erlassen werden. „An den einer Kirche eigenen Prozessionen müssen sich sämtliche dieser Kirche zugetheilten Kleriker beteiligen“

Can. 1294 § 2, natürlich soweit sie *abkömmlich* und dieser Kirche *rechtlich* zugeteilt („*adscripti*“) sind, also vor allem die Pfründebesitzer („*beneficiarii*“) und die übrigen Hilfspriester („*vicarii cooperatores*“) Cann. 1411 n. 3; 114; 476 § 5; DA. 3421 I ad 1; 3457; 3863 II an den Prozessionen ihrer Kirche; die Seminarvorstände und *Kleriker* an jenen der Seminarkirche; die Ordensgeistlichen an denen ihrer Kirche, vorausgesetzt, daß diese eigene Prozessionen haben; denn „eine öffentliche Prozession außerhalb der Kirche zu veranstalten“ gehört zu den eigentlichen Pfarrechten Can. 462 n. 7.

VII. Prozessionsordnung Can. 1295. „Die Ordinarien sollen dafür sorgen, daß die Prozessionen, von etwaigen Mißbräuchen gesäubert, in Ordnung sich vollziehen mit jener Bescheidenheit und Ehrerbietigkeit seitens aller, wie sie solch frommen und religiösen Übungen in besonderem Maße zukommt.“

1) Die verantwortungsvolle Sorge für die Prozessionsordnung obliegt nicht den Pfarrern oder Kirchenvorständen, sondern den *Ordinarien*, also in der Regel den Ortsordinarien (Can. 198) im Sinne der Cann. 125; 595; 1367. Diese müssen die Weisungen geben, welche die Kirchenvorstände auszuführen haben. — 2) *Mißbräuche* können sich einschleichen in der Sache selbst oder durch Nichtbeachtung der kirchlichen Rubriken. „Die heiligen Geheimnisse des Glaubens, besonders des Leidens Christi, werden unter dem Vorwande der Frömmigkeit zu den abgeschmacktesten, ärgerniserregenden, ja gottlosen Aufführungen in Theatern oder auf öffentlichen Wegen verkehrt“, so beklagen sich die „*Constitutiones ecclesiasticae dioec. Ratisbonensis*“ der Jahre 1787, 1817, 1835 unter dem Schlagwort „*De processionibus*“ n. 5. Freilich hat man im 18. Jahrh. und zu Beginn des 19. „*Mißbräuche*“ auch da gewittert, wo keine waren. Zum Mißbrauch können sich manche Gebräuche auswachsen, welche zuweilen berechtigt sind; so brauchen die Wallfahrer weiter Strecken eine gewisse Erholung durch sittsame Unterhaltung, durch Stärkung mit Speise und Trank, während das bei den gewöhnlichen (kürzeren) Prozessionen Mißbräuche sind („*risus mutuumque colloquium, vagus oculorum aspectus; — edendi ac hibendi abusus, secumve esculenta et poculenta deferendi*“), deren Abstellung das RR. verlangt tit. 9 c. 1 nn. 3. 5. — 3) Die *Ordnung* umfaßt: a) den *Ritus*, wie Farbe der Paramente; Ausgang (vom Altar); Mittelpunkt der Prozession; b) den *Vorrang* (*praecedentia*), berechnet nach der Nähe zum Mittelpunkt der Prozession. Voraus wird das Kreuz getragen, das Antlitz des Gekreuzigten vorausschauend, außer wenn der Papst oder ein Erzbischof die Prozession führt; Fahnen und Abzeichen mit heiligen Bildern können mitgetragen werden; doch nicht solche mit militärischer oder dreieckiger Form RR. t. 9 c. 1 n. 5. Gesondert gehen *Kleriker* und *Laien*, Männer

und Frauen ibi n. 4. Gewöhnlich gehen voran die Knaben; es folgen die Mädchen, Jünglinge, Jungfrauen, Bruderschaften, Ordens- und Weltgeistliche, Mittelpunkt z. B. das Allerheiligste; hernach die Beamten, dann sonstige Männer, endlich die Frauen. Der kirchenrechtliche Vorrang wird geregelt durch die Cann. 106 allgemein; für Laien 701 (fromme Vereine); 1455 n. 3 (Patrone); — für Cleriker 491 (Ordens- und Weltgeistliche); 478 (Pfarrseelsorger); 450 § 2 (Defane); 480 (Kapitel); 370 § 1 (Generalvikar); 347, 280; 269 § 2; 233; 236; 237; 239; § 1 n. 21 (Bischöfe und — höhere Würdenträger). 4) Die Ehrerbietigkeit gibt sich auch kund durch die Entblößung des Hauptes, Kopfverneigung und Kniebeugung; Lichter und Glockengeläute; vgl. RR. t. 9 c. 1 n. 3; Schück-Polz: Pastoraltheologie § 266.

§ 12. Die innere Kircheneinrichtung (die hl. Geräte, s. supellex.)

Quellen: Cann. 1296—1306; 239 § 1 n. 20; 294 § 2; 323 § 2; 1147; 1150; 1164; 1184; 1280; 1497; 1539 § 1; RR. index IX.

I. Umschreibung des Begriffes. Wie die Gebäude der Menschen überhaupt, wie die Wohnungen der geistlichen Personen insbesondere (Can. 594 § 3: Religiosen; 1483 § 3: Bischöfe), so hat auch das Gotteshaus seine äußere und innere Einrichtung; letztere wird im 18. Titel des 3. Buches des Roder behandelt. Zur äußeren Kirchenausstattung gehören neben den Gebäuden die Kirchturmuhre, Dachrinnen und Blitzableiter usw.

1) Die innere Kircheneinrichtung umfaßt alle Geräte, welche für die Kirche selbst, das Messopfer, die Spendung der Sakramente und Sakramentalien, Verkündigung des Wortes Gottes usw. benötigt werden. Zwei wichtige Einrichtungen wurden bereits eingehend behandelt: die Glocken Can. 1169 und Altäre Cann. 1197—1202.

Außerdem finden sich im Kircheninnern eine Menge von Einrichtungen und Gegenständen, „welche mit Vorsicht in der Kirchenarkiste oder an einem anderen sicheren und geziemenden Orte aufbewahrt und nicht zu gewöhnlichem Gebrauch verwendet werden sollen, besonders dann, wenn sie nach Vorschrift der liturgischen Bücher gesegnet oder geweiht sind und beim öffentlichen Gottesdienst gebraucht werden (§ 1). — Nach Vorschrift des Can. 1522 §§ 2. 3 soll von der gesamten Inneneinrichtung ein Verzeichnis

(inventarium) aufgenommen und genau auf dem Laufenden gehalten werden (§ 2). — Was Stoff und Form der heiligen Geräte betrifft, so sollen die liturgischen Vorschriften, die kirchliche Überlieferung und in bester Weise auch die Normen der kirchlichen Kunst beobachtet werden (§ 3)“ Can. 1296.

Die Kircheneinrichtung soll demnach vorschriftsmäßig und kunstgerecht hergestellt, genau verzeichnet und sorgfältig gehütet werden.

2) Einteilung. Man unterscheidet: a) geweihte, gesegnete und ungesegnete Gegenstände Can. 1296 § 1; b) bewegliche und unbewegliche ibi, z. B. Kelche, Bilder, Leuchter; — Kommunionbank, Kanzel, Beichtstuhl, Bahr. RÖD. v. 24. Sept. 1912 Art. 21; c) Gegenstände im Kirchen- und im Privateigentum Cann. 1298 ff.

Unter den Kircheneinrichtungsgegenständen stehen obenan 1) die geweihten („*supellex consecrata*“). Abgesehen von den Altären und Glocken müssen geweiht werden die Messkelche und Patenen; dieselben sind von Bischöfen oder von privilegierten Priestern zu weihen Can. 1147, nämlich von Kardinälen Can. 239 § 1 n. 20; von Äbten und Prälaten mit Eigengebiet oder von Apostolischen Vikaren und Präsekten Cann. 323 § 2; 294 § 2, außerdem von Priestern mit Apostolischem Indult Can. 1147.

2) Das RR. sieht folgende Segnungen bei Kircheneinrichtungsgegenständen vor: a) *aqua baptismalis extra Pascha et Pentecosten* (in forma consueta 103; in f. brevior 553 R.); b) *aqua Epiphaniae* 705 r.; c) *candelae* 355; d) *capsae pro reliquiis sanctorum* 737 r.; e) *clericalis habitus* 766 r.; f) *Corporalia et pallae* 379 r.; g) *Via crucis* (imagines) 775 R.; h) *Indumenta sacerdotalia* 375 r.; i) *Organum in ecclesia* 613; k) *Lintheamina sive mappae altaris* 378 r.; l) *Ornamenta sacra in genere* 739 r.; m) *Ostensorium sive tabernaculum pro Ssmo.* 380, 736 r.; n) *Pyxis seu vasculum pro Eucharistia* 380 r. (oder non r.); o) *Vasa ss. in genere* 739 r.; — *pro oleis includendis* 738 r. (R. bedeutet eine dem Papste oder seinen Bevollmächtigten, z. B. einem Orden; r. eine dem Ordinarius vorbehaltene Segnung; sonst kann jeder Priester sie vornehmen, außer es kommt ein Pfarrecht in Frage Can. 462 nn. 4—7).

3) Überblick über die Kircheneinrichtungsgegenstände für Messopfer und Kommunion; — Taufe; Beicht; letzte Ölung; — Verkündigung des Wortes Gottes; — Beerdigung:

a) Neben Altar c vel b, Kelch c und Patene c; neben dem Altarkreuz, Leuchtern mit Kerzen; Altartüchern; Kelchwäsche; Monstranz; Tabernakel; Speisekelch; Kostodien; Reliquienbehälter Priester-, Leviten- und Klerikergewandung (wobon unter 2) verdienen noch Erwähnung

das Antependium, die Verhüllung der schmucklosen Vorderseite des Altartisches; die Apostelkreuze mit Leuchtern in den konsekrierten Kirchen; der Aussetzungsthron für das Allerheiligste; das Chrysmale oder das Tuch aus Wachseleinwand zum Schutze der gesalbten Stellen; das Conopeum d. i. die liturgische Gewandung des Tabernakels (Jdt 10, 19; 13, 10. 79; 16, 23; eigentlich Mückennetz, *κωνωπεϊον*); das „Ewige Licht“, genährt mit Olivenöl, im Notfall nach Ermessen des Ordinarius mit anderem Pflanzen- oder auch Steinöl oder Elektrizität, SRC. d. 23. Febr. 1916 (ME. 28, 134); das Faldistorium oder Faltstuhl mit oder ohne Armlehne, aber ohne Rückenlehne; das Friedensfußinstrument (instrumentum pacis, osculatorium, pacificale); die Kirchenbänke oder Kirchenstühle (ME. 27, 178); die Kommunionbank mit Kommuniontuch; die Kommunionpatene für die Überbringung der Krankenkommunion an eine Person (wenige); der Lichterständler candelabrum triangulare für die Trauermetten Cer. Epp. l. 2 c 22 n. 4; das Löffelchen für die Eingießung des Wassers in den Wein bei der Opferung (in unseren Gegenden); Meßbuch (missale) mit Pult oder Rissen; Meßglöcklein (Schellen; von Gründonnerstag bis Karfreitag: Klappern, Ratschen); Meßkännchen mit Teller und Tuch; Orgel mit Musikpulten; Prozessionskreuz; Rauchfaß (thuribulum) mit Schiffchen (navicula); Sakramentshäuschen zur Aufbewahrung der Eucharistie (jezt nur in Notfällen gestattet); Sakrarium = Versenkungsort für gebrauchte heilige Sachen; Sakristeiglocke; Schultervelum zum Tragen des Allerheiligsten; Sitzbank (sedilia) für den Offiziator und die Leviten; Tücher (violette) für die Altar- und Kreuzverhüllung; Verhüllungsständler für das ausgesetzte Allerheiligste während der Predigt SRC. nn. 2769 ad 2; 3728 ad 2; Wassergefäß mit Tüchlein für die Austeilung der heiligen Kommunion außerhalb der Messe (auch bei Vination usw.); Weihwassergefäß (zur Aufbewahrung und zum Gebrauch) mit Aspergill.

b) Taufkapelle; Taufstein; Tauffchüssel; Ölgefäße mit frischer Baumwolle und Salz (Taufsalz und gewöhnliches, statt letzterem Brotkrumen oder geriebenes Brot); Taufbuch (Taufmatrikel) oder ein Buch (Heft) zur vorläufigen Aufzeichnung (Kapular). — Weichtstuhl (sedes confessionalis) RR. t. 3 c. 1 nn. 7—10. — Ölgefäß mit Krankenöl; frische Baumwolle; ein Kreuz mit Ablässen versehen. — Das Diözesan- oder Römische Rituale.

c) Epistel- Evangelienbuch für die Leviten; Buch für die Episteln und Evangelien des Kirchenjahres (Perikopenbuch); Verkündbuch; Kanzel, Ambon, Pult, Lettner (ambo, cathedra, lectorium, pulpitem, suggestum).

d) Laternen; Fahnen; Tragbahre; Bahrtuch; Trauergerüste (tumba, castrum mortis).

3) Der Roder schreibt ein genaues und ausgeschiedenes Verzeichnis („Inventar, inventarium“) einerseits der unbeweglichen, anderseits der beweglichen, der kostbaren

wie der gewöhnlichen Einrichtungen und Gegenstände vor mit deren Beschreibung und Schätzung. Ist keines vorhanden, so muß es angelegt werden; das vorhandene muß auf Verluste, Veräußerungen und Neuanschaffungen ergänzt werden. Von der d o p p e l t e n Ausfertigung muß ein Verzeichnis im Ordinariatsarchiv, das andere im Kirchenverwaltungsarchiv verwahrt werden Can. 1296 § 2; 1522 nn. 2. 3; RGD. Art. 56 I n. 3.

4) Für Stoff und Ausführung der Kirchengeräte sind wie bei den Kirchen, Kapellen und Bildern (Statuen) drei Normen maßgebend: liturgische Vorschriften; kirchliche Überlieferung und christliche Kunst Cann. 1296 § 3; 1164 § 1; 1280 (oben S. 377, 474).

II. **Pflicht der Beschaffung und Erhaltung.** 1) „Die zum Gottesdienste n o t w e n d i g e n Einrichtungen müssen zunächst von den Baulastträgern an der Kirche besorgt werden“ Cann. 1297; 1186; freilich kann schon in anderer Weise eine Vorsorge getroffen sein Can. 1297. Handelt es sich um bloß nützliche oder ausschmückende Einrichtungen (nicht n o t w e n d i g e), so müssen andere Einnahmequellen gesucht, werden, z. B. freiwillige Gaben der Gläubigen.

In Bayern gelten in „Kirchen mit regelmäßigem (mindestens alle drei Wochen treffendem) Gottesdienste die Umlagen für die mit solchen Kirchen fest verbundene Einrichtung sowie die Kirchenstühle“ als „Bauumlagen“, zu denen auch „juristische Personen und gewisse nicht rechtsfähige Vereine“ beizutragen haben, RGD. Art. 21 I und II und Religionsgesellschaftl. Steuerges. v. 1. Aug. 1923 Art. 8 I und II.

2) „Die Kirchenvorstände und die übrigen, denen die Sorge für die Kircheneinrichtung obliegt, müssen emsig sorgen für deren Erhaltung und Förderung“ Can. 1302; vgl. Can. 1296; §§ 25, 8; 68, 10; Joh 2, 17. Außer den Kirchenvorständen trifft diese Sorge namentlich die S a k r i s t a n e (Mesner, Küster), sei es Priester, sei es Laien, besonders auch die Religiösen beiderlei Geschlechtes Can. 1306 § 1.

III. **Rechtliche Bestimmungen über die im Besitze kirchlicher Würdenträger sich findenden heiligen Gerätschaften** Cann. 1298—1301. Als kirchliche Würdenträger werden hier namhaft gemacht die Kardinäle, Residenzbischöfe und Benefiziaten.

A. Kardinäle. 1) Besitzt ein Kardinal, der in Rom sein Domizil hat, wenn er auch Suburbikarbischof (Cann. 231; 236 §§ 3. 4; 240) oder Abt mit Eigengebiet (Can. 198) ist, heilige Geräte, so kann er dieselben verschenken oder testamentarisch hinterlassen, aber nur einer Kirche oder einer öffentlichen Kapelle oder einer geistlichen Anstalt („locus pius“) oder einer Person des Geistlichen- bzw. Ordensstandes i. w. S. Can. 1298 § 1. — Gebraucht der Kardinal diese Befugnis, so ist es wünschenswert, daß er, wenigstens teilweise, jene Kirchen bevorzugt, welche er als Titelfirche oder zur Verwaltung oder zum Pfründegenuß („in titulum, administrationem seu commendam“) besitzt oder besaß c. l. § 2; vgl. Cann. 248 § 2 (Verwaltung); 1412 n. 5 (Commenda), sowie das Leben des heiligen Karl Borromäus im Brevier am 4. November.

2) Hat der betreffende Kardinal eine Schenkung oder eine testamentarische Verfügung nicht getroffen, so bestimmt Can. 1298 § 1: „Alle heiligen Geräte, sowie alle übrigen für den Gottesdienst dauernd bestimmten Gegenstände verfallen mit dem Tode des betr. Kardinals ohne Rücksicht auf die Eigenschaft und Natur der Einkünfte, mit welchen sie erworben wurden, der päpstlichen Sakristei (Schatzkammer), ausgenommen die Ringe und Brustkreuze auch mit den heiligen Reliquien“. Die Einkünfte sind natürlich nicht solche der Kirche, sondern des Kardinals, sei es nun Einkünfte aus Pfründe (reditus beneficiales) oder aus Eigenbesitz oder eigener Tätigkeit (fructus patrimoniales; fr. industriales). An der Spitze des „Sacrarium pontificium oder apostolicum“ steht der Präfekt der päpstlichen Sakristei und Pfarrer der Apostolischen Paläste, der Titularbischof von Porphyreon, seit Papst Alexander VI. 1497 stets ein Mitglied der Augustiner-Ordensbrüder.

B. Bischöfe. 1) Da die heiligen Gerätschaften der Residenzbischöfe aus kirchlichem oder persönlichem Vermögen erworben sein können, so ist jeder Residenzbischof verpflichtet, ein Verzeichnis („inventarium“) der heiligen Geräte in amtlicher Form zu errichten, in welchem wahrheitsgemäß zum Ausdruck kommt, wann sie erworben wurden, ebenso soll klar niedergeschrieben werden, welche von diesen aus den Einkünften und Vermögensquellen der Kirche, welche aus eigenem Vermögen oder aus ihm gemachter Schenkung erworben wurden; sonst steht die Rechtsvermutung für den Erwerb durch die Kirche Can. 1299 § 3. Liegt ein solches Verzeichnis beim Antritt des Bistums bereits vor (wie es sein soll), so hat der neue Bischof dasselbe weiterzuführen und ein persönliches für sich anzulegen.

2. Dementsprechend fällt beim Tode eines Residenzbischofes, auch wenn er Kardinal war, die Gesamtheit der heiligen Geräte der Domkirche zu; ausgenommen sind: a) die Ringe und Brustkreuze auch mit den heiligen Reliquien (nur fällt die Kreuzpartikel des bischöflichen Brustkreuzes stets der Domkirche für den Nachfolger zu Can. 1288); b) alle heiligen Gerätschaften jeglicher Art, welche nachweisbar vom verstorbenen Bischofe aus Vermögensteilen gekauft wurden, welche nicht zur Kirche gehörten und die auch in ihr Eigentum offenkundig nicht übergingen Can. 1299 § 1. Hier gilt der Grundsatz: Gehören die heiligen Gerätschaften klar nachweisbar dem verstorbenen

Bischof, so tritt die gewöhnliche Erbfolge ein. Was Eigentum der Kirche war, blieb es auch; das gilt auch für die Ringe und Brustkreuze (vgl. Can. 1303). Läßt sich der Eigentümer mit Klarheit nicht feststellen, so steht die Rechtsvermutung zu Gunsten der Kirche Can. 1299 § 3.

3) „Wenn ein Bischof zwei oder mehrere Bistümer n a c h e i n a n d e r regierte oder wenn er zu g l e i c h e r Zeit zweien oder mehreren Bistümern vorstand, die geeint oder zur ständigen Verwaltung verliehen sind, falls sie eine e i g e n e g e s o n d e r t e D o m k i r c h e besitzen, so fallen die heiligen Gerätschaften a) jener Domkirche zu, auf deren Kosten allein dieselben beschafft wurden; b) jenen Domkirchen zu gleichen Teilen, auf deren g e m e i n s a m e Kosten sie erworben wurden, vorausgesetzt, daß die ungeteilten Einkünfte der Bistümer ständig ein gemeinsames bischöfliches Tafelgut bilden; c) den beteiligten Domkirchen nach Maßgabe der E i n k ü n f t e, welche der Bischof in den einzelnen Bistümern bezogen und der Z e i t seiner dortigen Regierung, vorausgesetzt, daß die Einkünfte der einzelnen Bistümer geteilt und abgesondert sind“ Can. 1299 § 2. Der erste Fall dürfte wohl selten praktisch werden, da ein Bischof, der n a c h e i n a n d e r mehrere Bistümer innehat, beim Verlassen des früheren Bistum seine bisherige Diözesanverwaltung zum Abschluß bringen wird. — Bistümer können geeint sein in einer s a c h l i c h e n oder nur p e r s ö n l i c h e n Verbindung. Die sachliche Einigung ist zuweilen nur eine Titeleinigung oder eine ständige Einigung zweier (oder mehrerer) Bistümer mit eigenen D o m k i r c h e n und eigenen K a p i t e l n; erstere haben wir bei der Erzdiözese München und Freising (Bulle „Dei ac Domini N. J. Chr.“ vom 1. April 1818 bei S c h n e i d e r Ph.: Partikuläre KK-Quellen S. 12 und 13); letztere haben wir nicht wenige in Italien, besonders seit 1818. Es gibt Einigungen von zwei, drei und vier Bistümern und zwar ist die Verbindung oft ganz verschieden. Bei der vierfachen Diözese Trani-Nazareth-Barletta-Bisceglie ist von Nazareth nur der Name erhalten; Barletta und Bisceglie sind beide nur je eine Gemeinde, haben aber beide eigene Domkapitel. Bei der Doppeldiözese Marsico Nuovo und Potenza gehört erste zur Kirchenprovinz Salerno, letztere zu jener von Acerenza und Matera; vgl. P. Carolus Streit SVD.: Atlas hierarchicus (1913) S. 11 f. Die Erzdiözese Manfredonia hat die „ständige Verwaltung“ der Diözese Vieste (Apulien). Nach dem Maße der Leistung solcher Bistümer richtet sich auch der Anfall aus der kirchlichen Schatzkammer des verstorbenen Bischofs. Wird § 3 des Can. 1299 („Inventar“) gut befolgt, so verschwinden die Schwierigkeiten von selbst.

C. **Benefiziaten.** Besitzt ein Kleriker in einer Kirche eine Weltgeistlichen- oder Religiosenpfünde („beneficium saeculare vel religiosum“ Can. 1411 n. 2), so gelten die im Can. 1299 für die Bischöfe dargelegten Normen hier entsprechend Can. 1300, besonders hinsichtlich des Inventars, des Nachweises, die heiligen Geräte seien nicht durch die Kirche erworben, endlich bei Häufung von Benefizien.

Die drei genannten Klassen von kirchlichen Amtspersonen (Kardinäle, Residenzbischöfe und Benefiziaten) sind verpflichtet, die kirchlichen Vorschriften der Cann. 1298—1300 durch ein

bürgerlichrechtlich gültiges Testament oder eine gleichwertige Urkunde auch im bürgerlichen Bereiche sicherzustellen Can. 1301 § 1. „In diesem Sinne sollen sie rechtzeitig und in bürgerlich gültiger Form eine Person unbescholtenen Rufes bezeichnen (entsprechend dem Can. 380), welche bei Eintreten ihres Hinscheidens nicht nur die heiligen Geräte, sondern auch die Bücher, Urkunden und sonstiges Kircheneigentum, soweit sie in ihrer Wohnung sich finden, an sich nimmt und der zuständigen Person überweist“ § 2, z. B. dem Summus Rustos der Domkirche; dem Kirchenvorstand usw.¹

IV. Benützung der Kirchengeräte Can. 1303. Das Recht auf kostenlose Benützung der notwendigen Kircheneinrichtung kommt gegenüber der Domkirche zu dem Bischof; gegenüber einer jeden Kirche in der Regel den Priestern.

1. „Die Domkirche muß die heiligen Geräte und alles zum Meßopfer oder zu den anderen Pontifikalfunktionen Notwendige unentgeltlich dem Bischofe zur Verfügung stellen, auch wenn er nur privatim zelebriert, und zwar nicht nur in der Domkirche, sondern auch in den anderen Kirchen der Stadt oder Vorstadt.“

a) Nur die Domkirche (ecclesia cathedralis) hat diese Verpflichtung, also nicht die übrigen Kirchen der Stadt und Diözese. — b) Die heiligen Geräte usw. müssen kostenlos (gratis) dem Bischof zur Verfügung stehen und zwar ihm in seiner Person und in seiner notwendigen Assistenz (Epitome II 630), auch in seiner Stellvertretung, sei es durch einen anderen Bischof, z. B. einen Weihbischof, sei es durch ein Mitglied des Domkapitels. — c) Das heilige Meßopfer kann hierbei in feierlicher oder auch in privater Weise dargebracht werden, während die übrigen Verrichtungen Pontifikalcharakter haben müssen. — d) Nicht nur für die Domkirche, sondern auch für sämtliche Stadt- und Vorstadtkirchen des Kathedralstiftes hat der Diözesanbischof ein Anrecht, mit den heiligen Geräten von der Domkirche aus versehen zu werden. Sind Vorstädte im Zusammenhang mit der Bischofsstadt, so gehören sämtliche Kirchen der Vorstädte hieher; sind diese aber getrennt, so sind von obiger Vorschrift berührt die Kirchen, welche nicht mehr als dreitausend Doppelschritte („passus“) von der Stadt entfernt sind; vgl. Can. 1291 § 1 (oben S. 483).

2. „Wenn eine Kirche an Armut leidet, so kann der Ordinarius erlauben, daß von den dort zu ihrer eigenen Bequemlichkeit zelebrierenden Priestern eine mäßige Abgabe verlangt werde in Ansehung des Gebrauches der heiligen Geräte und des sonst für das Meßopfer Notwendigen (§ 2). — Sache

des Bischofs, nicht aber des Kapitelvikars oder ohne Spezialmandat des Generalvikars ist es, diese Abgabe zu bestimmen; und niemand, auch nicht von den Religiosen, selbst nicht von den Exemten, darf eine höhere Abgabe fordern (§ 3). — Der Bischof soll für die ganze Diözese eine derartige Abgabe auf der Diözesansynode festsetzen; wenn das nicht möglich ist, außerhalb der Synode, aber nach Anhörung des Kapitels (§ 4)“ Can. 1303.

Für den Gebrauch der Paramente, der Kerzen, des Weines usw. kann ohne Anordnung des Ordinarius keine Abgabe („stips“, nicht „stipes“ wie es in Can. 1303 § 2 heißt) verlangt werden.

Eine solche Abgabe kann angeordnet werden: a) in armen Kirchen („si qua ecclesia paupertate laboret“), sei es daß die Armut schon vorhanden, sei es daß sie durch die Finanzschränkung zu befürchten ist; b) für Priester, die dort zur eigenen Bequemlichkeit („in proprium commodum“) Messe lesen, so daß die dort zum Zelebrieren verpflichteten Priester, z. B. die Benefiziaten, Angestellte oder vom Kirchenvorstande Eingeladenen, der Abgabepflicht nicht unterstehen; c) vom Ordinarius d. h. vom Bischof oder einem anderen Ortsordinarius mit „potestas ordinaria propria“ (Can. 197 § 2), wie das die §§ 3 und 4 des Can. 1303 bezeugen.

Bermeersch A. S. J. behauptet (Epitome II 631), daß von den Benefiziaten, Kaplänen, Seelsorgepriester eine „Gerätschaftstaxe“ verlangt werden könne; dies gilt aber nur dann, wenn sie „in proprium commodum“ zelebrieren; über die Zulassung fremder Priester vgl. Can. 804. — Wenn eine Diözesantaxe nicht besteht, so meint der gleiche Gelehrte, daß auch „Ordinarius religiosus“ für eine arme „exemte Religiosenkirche“ eine Taxe festsetzen könne; dem widersprechen die §§ 3 und 4 des Can. 1303; denn Sache des Bischofs ist es, „ebendiese Abgabe zu bestimmen, eandem stipem definire“; vgl. Can. 6 nn. 1. 6. Der Rodez gebraucht nicht selten für den „Ortsordinarius“ den Ausdruck „Ordinarius“, der dann aus dem Zusammenhang genau zu bestimmen ist; vgl. Cann. 476 § 6; 1218 § 2; 1344 § 2; 1346 § 2; 1363 § 1.

V. Segnung der kirchlichen Geräte. Die heiligen Geräte können erst dann in Gebrauch genommen werden, wenn sie je nach den liturgischen Normen entweder geweiht (supellex consecrata), wie Kelch, Patene, oder wenigstens gesegnet (s. benedicta) sind, z. B. Altartücher, Priestergewänder. Manche werden gebraucht ohne Segnung, z. B. das Meßbuch, die Kanontafeln usw. Can. 1304 handelt nur von jener Kircheneinrichtung, die gesegnet werden muß. Diese Segnungen können erteilt werden: „1. von allen Kardinälen und Bischöfen; 2. von den Ortsordinarien ohne Bischofsweihe für die Kirchen und Oratorien ihres Gebietes;

3. vom Pfarrer für die Kirchen und Oratorien innerhalb seines Pfarrgebietes, von den Kirchenvorständen für ihre Kirchen; 4. von den vom Ortsordinarius bevollmächtigten Priestern nach Maßgabe ihrer Vollmacht und der Gewalt des Vollmachtgebers; 5. von den Religiosenobern und den von diesen bevollmächtigten Priestern der gleichen Genossenschaft, für die eigenen Kirchen und Oratorien und für die Kirchen der ihnen untergebenen Klosterfrauen.

Zu 1. Sämtliche Kardinäle können die heiligen Geräte segnen, also auch die Kardinaldiakone (Can. 232 § 1), ebenso weihen Can. 239 § 1 n. 20; desgleichen alle Bischöfe, auch die Titularbischöfe; die Vollmacht gilt für den ganzen Erdbkreis.

Zu 2. Die Ortsordinarien ohne Bischofsweihe werden aufgezählt im Can. 198 § 2; ihre Segnungsgewalt erstreckt sich nur auf ihr Gebiet.

Zu 3. Der Begriff „Pfarrer“ wird erklärt im Can. 451; 476 § 6; CC. d. 20. Maii 1923 (AAS. 16, 114 ad 1); jener des „Kirchenvorstandes“ („Rector ecclesiae“) im Can. 479.

Zu 4. Priester, welche nicht unter den nn. 1—3 des Can. 1304 begriffen sind, erlangen ihre Vollmacht nur vom Ortsordinarius Cann. 1304 n. 4; 210.

Zu 5. „Religiosenobern = Superiores religiosi“ bedeutet dem Wortlaut nach alle Obern der religiösen Genossenschaften, ob höhere oder niedere, ob exemte oder nicht exemte. Die Vollmacht der Religiosenobern für ihre Person entspricht einigermaßen dem Can. 514 § 1 (Versetzung), indes paßt auf diese Auslegung nicht das Schlußwort „für die Kirchen der ihnen unterworfenen Klosterfrauen“, da diese nur den Regularenobern unterworfen sind Can. 500 § 2. Ferner kann man diese Vollmacht unmöglich den Laienobern einräumen Can. 985 n. 7. — Bezüglich der Bevollmächtigung von Priestern durch Religiosenobern scheint mir die Ansicht von Vermeersch A. (Epitome II. 633) die richtige: „Die Priester im Can. 1304, 5 sind vom Ordinarius zu bezeichnen“ d. h. von den höheren Obern der exemten Klerikalgenossenschaften; das entspricht dem Can. 1304 n. 4.

Wenn ein nicht bevollmächtigter Priester eine dem Papste oder den Bischöfen vorbehaltene Segnung spendet, so ist sie unerlaubt; ungültig aber nur dann, wenn solches in dem Vorbehalt vom Apostolischen Stuhle ausgedrückt ist Can. 1147 §§ 2. 3.; während die von einem Nichtberechtigten vollzogene Weihe in der Regel der Gültigkeit entbehrt ibi § 1.

VI. Verlust der Weihe oder Segnung Can. 1305; vgl. Cann. 1170 (Kirchen); 1200 (Altäre); 1247 (Friedhöfe). Die heiligen Geräte, ob gesegnet oder geweiht, verlieren die

Segnung oder Weihe nur in den vom Rechte angegebenen Fällen. Diese werden im Can. 1305 aufgezählt.

Der Verlust tritt ein: „1. wenn der Kircheneinrichtungsgegenstand durch Verletzungen oder Veränderungen die frühere Form verlor, so daß er für seine Zwecke schon nicht mehr geeignet erscheint; — 2. wenn er eine unziemliche Verwendung fand oder dem öffentlichen Verkauf ausgesetzt war“ Can. 1305 § 1.

„Kelch und Patene verlieren die Weihe nicht wegen Abnützung oder Erneuerung der Vergoldung; natürlich bleibt in ersterem Falle die schwere Pflicht der Wiedervergoldung“ Can. 1305 § 2.

Der Verlust tritt selbstverständlich stets ein, wenn das heilige Gerät oder dessen Stoff ganz oder zum größeren Teil zerstört ist, vgl. Can. 1170. — Die Beispiele, welche früher angeführt wurden zur Beleuchtung des Verlustes der Weihe oder Segnung, dürften jetzt nicht mehr zutreffend sein. „Wenn ein Kelch am unteren Teile des Bechers (cuppa) durchlöchert ist“, so nahm man Entweihung (exsecratio) an (Epitome II 634). Sicher darf nicht mehr mit dem Kelch zelebriert werden; ist aber der Schaden gut gemacht, so bedarf es keiner Neuconsekration; denn „die frühere Form war nicht verloren gegangen“ Can. 1305 § 1 n. 1 und die verletzte und ausgebesserte Stelle kann wieder übergoldet werden § 2. — „Wenn ein Ärmel aus einer Albe abgerissen oder abgetrennt wurde“ (Epitome c. 1.), so darf man die Albe nach Wiedergutmachung des Schadens durch den alten oder einen neuen Ärmel ohne neue Segnung gebrauchen.

Die Weihe oder Segnung geht stets verloren durch den öffentlichen Verkauf oder die Ausbietung zum öffentlichen Verkaufe, nicht durch den privaten oder geheimen Verkauf, während jeder Verkauf den Verlust der Ablässe bewirkt Can. 924 § 2. Würden kirchliche Geräte zu weltlichen Zwecken gebraucht, so tritt der Verlust der Weihe oder Segnung nur dann ein, wenn diese Zwecke gegen die Ehrerbietigkeit verstoßen („ad usus indecoros“). Die Verwendung kirchlicher Geräte zu Trink- und Sündgelagen (Dn 5, 1 ff.), zu Schauspielen, besonders religions- und sittenwidrigen Inhalts; zu SpottprozeSSIONen; der Gebrauch z. B. der Kelchmäße zu Kindswindeln; von Kelch und Patene zum Aberglauben usw. gehören hierher.

Can. 1305 § 2 hat eine große Klärung und Erleichterung geschaffen durch die Bestimmung, daß die Abnützung der Vergoldung keine Entweihung bewirke; diese Erleichterung darf die Kirchenvorstände nicht lässiger machen in der Besorgung einer guten Vergoldung. Auch wäre es eine schwere Verletzung der Ehrerbietung, außer im Notfalle mit einem der Vergoldung ganz oder teilweise verlustig gegangenen Kelche oder einer gleichen Patene zu zelebrieren. Ist der Kelch wieder vergoldet, so kann er sofort wieder benützt werden.

VII. Die Behandlung der heiligen Geräte Can. 1306; RR. t. 2 c. 1 nn. 42 sqq. Natürlich müssen alle, ob beteiligt oder nicht, die heiligen Geräte mit Ehrfurcht behandeln; indes gibt der Roder hier Anweisung über die Berührung und die Waschung der heiligen Geräte.

Can. 1306 § 1: „Es ist Sorge zu tragen, daß der Kelch mit der Patene und vor der Waschung die beim Meßopfer verwendeten Purifikatorien, Pallien und Corporalien nur berührt werden von Klerikern oder von solchen, denen die Obhut jener (Geräte) anvertraut ist.“

Für den Kelch mit Patene gilt die Vorschrift sofort nach der Weihe durch den Bischof bis zur Entweihe (exsecratio); für die Kelchwäsche nur nach dem Gebrauche beim heiligen Opfer und vor deren Waschung durch einen Majoristen. Kleriker aber dürfen diese heiligen Geräte stets berühren; das gilt jedoch nicht von den Laienreligiösen beiderlei Geschlechts Can. 614. Von den Laienbrüdern oder Schwestern besitzen dieses Recht die mit der Obhut über die heiligen Geräte betrauten Mitglieder; wie überhaupt die Laien, denen solche Obhut ständig oder auch nur für einen Fall anvertraut ist („custodes, Küster, Meßner usw.). Damit ist jedoch nicht gesagt, daß sie den Kelch für die heilige Messe (außer in einem Notfalle) herrichten dürfen, da dieses Sache des zelebrierenden Priesters ist; vgl. „Ritus servandus in celebratione missae“ I. — Auch sollen die heiligen Gefäße (ohne Bekleidung wenigstens) nicht durch Laien, sondern durch Priester oder wenigstens Kleriker getragen werden RR. t. 2 c. 1 n. 54.

Can. 1306 § 2: „Die Purifikatorien, Pallien und Corporalien (Kelchwäsche) sollen nach dem Gebrauche bei der heiligen Messe nicht den Laien, auch nicht den Laienreligiösen, zum Waschen ausgehändigt werden, wenn sie nicht zuerst von einem Majoristen abgewaschen wurden; das Wasser dieser ersten Waschung soll in das Sacrarium oder in dessen Ermangelung ins Feuer geschüttet werden“.

Die Propagandafongregation gewährt den Missionsbischofen, Apostolischen Vikaren und Präfecten folgende Vollmacht: „Permittendi religiosis sororibus sacrarii servitio addictis ut s. vasa sacrasque suppellectiles tangere, necnon pallas, corporalia et purificatoria abluere valeant“. Hierzu bemerkt das Directorium M. de Seoul n. 458: Die Berührung der heiligen Gefäße „kann jeder Priester seinem Meßdiener (der zugleich Meßner ist) gestatten“, freilich „soll diesem nahegelegt werden, daß er sie nicht mit der bloßen Hand berühre.“ — Dort werden auch die Priester gemahnt, daß sie wenigstens einmal die gebrauchte Kelchwäsche abwaschen und dann erst den Schwestern übergeben; indes haben die „Ordensschwestern, religiosas sorores“ kraft der von der SC. Pr. F. gewährten Vollmacht das Recht, die erste

Waisung vorzunehmen. Sakristaninnen, welche in ihrer Familie ein jungfräuliches Leben führen, aber nicht Ordensschwestern sind, besitzen die Vollmacht nicht, ebendort n. 459.

§ 13. Das Gelübde.

Als Akte der Gottesverehrung fügt das Gesetzbuch der Kirche den Titel XIX an „De voto et iureiurando“. Schon im Ordens- und Eherechte tauchten hieher gehörige Fragen der Gelübde auf; der Eid aber begegnet uns im Beamten- und Prozeßrechte, indes findet sich die grundsätzliche Behandlung in den Cann. 1307—1321.

Quellen: Cann. 1307—15; 487—88; 542 n. 1; 574—86; 593; 627 § 1; 630 § 1; 639—40 § 1; 645; 669 § 1 (Ordensrecht); 1058; 1073; 2388 (Ehe- und Strafrecht).

I. **Begriff.** „Votum, idest promissio deliberata ac libera Deo facta de bono possibili et meliore, ex virtute religionis impleri debet“ Can. 1307. „Die Tugend der Religion legt die Pflicht auf, ein gemachtes Gelübde zu erfüllen d. i. ein überlegtes und freies Gott gemachtes Versprechen, dessen Gegenstand etwas Gutes ist, möglich und besser.“

1) Nicht immer wird der Ausdruck „votum“ im Sinne von Gelübde gebraucht, sondern das weltliche und das kirchliche Recht reden von „vota“ im Sinne von „E t a n d“ eingegangen durch ein Versprechen, namentlich von „E h e s t a n d“ II. 2. 4. C. De spons. (5, 1); I. 24 C. De nuptiis (5, 4); I. 6 C. De secundis nuptiis (5, 9); — Dictum Gratiani ad c. 8 C. 30 q. 5; Praefatio in ordinatione subdiaconi.

2) Das Gelübde ist ein „V e r s p r e c h e n, p r o m i s s i o“, welches eine Verpflichtung auferlegt (vgl. Can. 1017), nicht ein bloßer „Vorfaß, propositum“.

3) Das Versprechen muß „ü b e r l e g t, d e l i b e r a t a“ sein im Sinne der Cann. 1240 § 1 n. 3 (suicidium „deliberato consilio“); 2229 §§ 2. 3 (Hindernisse der Überlegung: U n k e n n t n i s; T r u n k e n h e i t; M a n g e l der notwendigen Sorgfalt; G e i s t e s s c w ä c h e; Ansturm der G e m ü t s b e w e g u n g). — Das allzu jugendliche Alter wäre nur dann ein Hindernis für ein Gelübde, wenn es die Überlegung ausschloße; darum konnte das Jungfräulichkeitsgelübde der fünfjährigen Rosa von Lima (Brev. 30. Aug.) zurechtbestehen, schon in Anbetracht auch des südlichen Klimas. „Alle, welche den entsprechenden Vernunftgebrauch haben, sind eines Gelübdes fähig, wenn das Recht es nicht verbietet“ Can. 1307 § 2. Ein solches Verbot besteht für die Ablegung der Ordensgelübde Cann. 572; 573 (Vollendung des 16. bzw. 21. Lebensjahres).

4) Die F r e i h e i t des Gelübdes („pr. libera“) wird beeinträchtigt durch Mangel des Vernunftgebrauches; durch wesentlichen F r t u m Zeitner, Handbuch des kath. Kirchenrechts.V. 32

hinsichtlich des Gegenstandes oder der Zweckursache; durch eine unerläßliche *Bedingung* („*conditio sine qua non*“), die sich auf einen Irrtum gründete oder nicht in Erfüllung ging Can. 104; 1311. Ein *öffentliche* Gelübde („*Ordensgelübde*“) kann ungültig sein, wenn zwar die äußere Gelübdeablegung vorhanden ist, aber die *innere Zustimmung* fehlt Can. 586 § 2; 1086. — Die Freiheit des Gelübdes wird ferner beeinträchtigt durch *Zwang* und *Furcht* Can. 103; 2352; doch ist das unter dem Einflusse der Furcht abgelegte Gelübde nur dann sofort ungültig, wenn die Furcht „schwer und ungerecht“ war Can. 1307 § 3. Gültig ist darum ein Gelübde, abgelegt unter dem Einflusse a) gerechter; b) ungerechter, aber leichter Furcht; c) einer Furcht, welche mit der Ablegung des Gelübdes in *seinem Zusammenhange* steht, vorausgesetzt, daß die „Überlegung, *deliberatio*“ nicht fehlt. Wurde jedoch eine „schwere und ungerechte Furcht“ *eingesflößt*, um ein Gelübde zu erzwingen, oder wurde die gleiche Furcht wenigstens im Furchtleider in diesem Sinne *aufgefaßt*, so ist das Gelübde sofort („*ipso iure*“) ungültig; vgl. Can. 1087 § 1; ähnlich Epitome II 637: *metus aut causa voti aut occasio* (in letzterem Falle ist das Gelübde gültig; im ersteren bei schwerer und ungerechter Furcht ungültig).

5) Das Gelübde ist ein Schenkungsvertrag zwischen dem Gelobenden und Gott („*Deo facta*“). Würde Gott ganz ausgeschlossen, so wäre ein Versprechen, auch den Heiligen gemacht, kein Gelübde; indes können auch bei Gelegenheit eines Gelübdes die Heiligen geehrt werden, z. B. wenn Leistungen zu Ehren der Heiligen gelobt werden, wie Rosenkranz; Litanei zum heiligen Joseph, oder wenn die Verehrung der Heiligen uns zu einem Gelübde ermuntert.

6) Der Gegenstand des Gelübdes muß sein: etwas *Gutes* („*de bono*“). Eine Gotteslästerung wäre das Gelübde eines Räubers: Gehet es mir beim Raube gut, so soll ein Drittel des Raubes Gott gehören für die Wallfahrtskirche in N. Ist der Gegenstand des Gelübdes *unbestimmt* und wird er durch Verkettung der Umstände etwas „*Unersäßliches*“, so hört die Verpflichtung sofort auf Can. 1311; vgl. das Gelübde *Je ph'te's*, Richt 11, 30—40; auch vom Gelübde gilt das Wort „*in veritate, in iudicio et in iustitia*“ Can. 1316, Jr 4, 2.

7) Das Gute, welches gelobt wird, muß *möglich* sein („*de bono possibili*“); „*ad impossibile nemo tenetur*“. Dieser Satz gilt für das Entstehen und das Aufhören des Gelübdes Can. 1311. Das Gelübde, alle Sünden, auch alle *läßlichen* Sünden zu meiden, ist unzulässig und ungültig; vgl. Trid. sess. 6 cn. 23. Das *erhabene* und *schwierige* Gelübde, „*stets das Vollkommene zu tun*“ (Brev. 21. Aug. lect. 6; Johanna Franziska) besteht zurecht; denn zufällige Schwächen heben das positive Gelübde nicht, da es moralisch zu fassen ist.

8) Ferner muß das gelobte Gute für die *Person* des Gelobenden das *Bessere* („*bonum melius*“) sein d. h. die Tat muß in dem vorliegenden Falle besser sein als die Unterlassung; oder die Unterlassung besser als die Tat. Die Enthaltensamkeit um Gottes willen ist, grundsätzlich gesprochen, besser als die Ehe, I. Kor. 7, 38. 40. 7; trotzdem ist das Gelübde zu heiraten für eine vom Feuer der Leidenschaft „gebrannte

Person", gültig und erlaubt 1 Kor 7, 9. — Das Gelübde, täglich die heilige Messe zu besuchen, ist gut; würde aber eine Frau dadurch genötigt sein (bei weiter Entfernung), die Pflichten gegen Mann und Kinder zu vernachlässigen, so wäre die treue Pflichterfüllung das Bessere. Im Can. 542 haben wir verschiedene Beispiele: n. 1 „N u g ü l t i g werden ins Noviziat aufgenommen: Ehegatten, solange die Ehe dauert; Professoren einer anderen religiösen Genossenschaft; Bischöfe; Geistliche, durch Seelsorgeeid gebunden.“ — n. 2 „u n e r l a u b t werden ins Noviziat aufgenommen: Geistliche wegen Priesterangel; Kinder und Enkel oder Eltern, deren Hilfe ihren Angehörigen notwendig ist“. Oft wird der kirchliche Obere entscheiden, ob das scheinbar Bessere nicht das minder Gute ist; cc. 1 (Alexander III.) et 10 (Inn. III.) De renuntiatione (I 9). Heinrich der Heilige (1002—24) wurde angewiesen, statt des Ordens-eintrittes seine Würden als Kaiser, König und Herzog beizubehalten.

Das Gelübde, ausgestattet mit soeben beschriebenen Eigenschaften, verpflichtet kraft der Tugend der Religion Can. 1307 § 1, an sich nur den Gelobenden Can. 1310 § 1; ist es aber ein S a c h g e l ü b d e, z. B. die Erbauung einer Kirche, auch die E r b e n; ein g e m i s c h t e s Gelübde jedoch verpflichtet die Erben nur, soweit es Sachgelübde ist, ibi § 2, z. B. die Bezahlung des Ewigen Lichtes vor dem Tabernakel mit täglicher persönlicher Anbetung. — Man beachte, nur die E r b e n sind verpflichtet; denn wenn die benannten Erben leer ausgehen, so fällt auch die Verpflichtung Can. 1513.

Wie der Eid so ist auch das Gelübde e n g e a u s z u l e g e n nach Maßgabe des Rechts und der Absicht des Gelobenden Cann. 1321; 15; 19.

II. **Einteilung.** Der Roderz zählt im Can. 1308 vier Einteilungen auf, nämlich: a) „Das Gelübde ist ö f f e n t l i c h = r e c h t l i c h, (v. publicum) wenn es im Namen der Kirche von dem rechtmäßigen kirchlichen Obern entgegen-genommen wird; sonst ist es p r i v a t r e c h t l i c h (v. pri-vatum) § 1“.

J e d e s Gelübde in einem Orden oder in einer religiösen Kongregation ist öffentlich-rechtlich Can. 572 § 1 n. 6; faßt man die Übernahme des Enthaltensgesetzes bei den höheren Weihen als votum auf, so ist auch hier ein votum publicum gegeben c. 1 De voto (III 15) in 6°. Auch andere Gelübde können in die Hände des kirchlichen Obern abgelegt werden und sind damit vota publica; namentlich im M. gab es solche Wallfahrts-, Kreuzzugs- oder Kirchenbaugelübde u. ä.

b) „Das Gelübde ist f e i e r l i c h (sollemne), wenn es als solches von der Kirche anerkannt ist; sonst e i n f a c h“.

Nur in einem eigentlichen Orden werden feierliche Gelübde abgelegt, und zwar nach dem Noviziat und einer weiteren Probezeit von wenigstens drei Jahren in den einfachen Gelübden; aber oft auch nicht von allen Ordensmitgliedern (im Jesuitenorden; von den Benediktinerlaienbrüdern; in weiblichen Orden Bayerns, Belgiens, Frankreichs usw. Cann. 488 nn. 2. 5. 7; 575 ff.; 1058; 1073). — Auch die Übernahme der höheren Weihe gilt als „votum sollemne“, Bonifaz VIII. in c. 1 De voto (III 15) in 6°.

c) Das Gelübde ist „vorbehalten (reservatum), wenn die Dispense nur der Apostolische Stuhl gewähren kann § 3“; „von den privatrechtlichen Gelübden sind dem Apostolischen Stuhle nur mehr zwei vorbehalten: α) das Gelübde der vollkommenen und ständigen Keuschheit; β) das Gelübde des Eintrittes in eine Genossenschaft mit feierlichen Gelübden, vorausgesetzt, daß beide Gelübde rein und schlechthin („absolute“) und nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres abgelegt wurden“ Can. 1309; über den Vorbehalt der öffentlich-rechtlichen Gelübde enthält der Kodex eine ausdrückliche Bestimmung nicht, doch sind unzweifelhaft sämtliche Gelübde in Orden und Kongregationen päpstlichen Rechtes dem Apostolischen Stuhle vorbehalten Can. 488 n. 3.

Das kirchliche Gesetzbuch hat hier eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Früher waren auch noch die Gelübde der Wallfahrten nach Jerusalem, Rom und Kompostella vorbehalten; die jetzt noch reservierten Privatgelübde kannten nicht die klare Umgrenzung des Can. 1309. Von den 5 im Can. 1058 erwähnten Gelübden sind nur zwei reserviert: a) das Gelübde der vollkommenen Keuschheit, aber nur wenn sie für immer gelobt wird; dabei darf es weder bedingt noch als Bußgelübde abgelegt sein („absolute, einfachhin“) und erst wenn das 18. Lebensjahr vollendet ist; b) unter den gleichen zuletzt erwähnten Bedingungen ist das Gelübde des Eintrittes in einen Orden mit feierlichen Gelübden vorbehalten, aber nur wenn die gelobende Person Aussicht hat, feierliche Gelübde abzulegen. Gelobt ein zwanzigjähriger Jüngling, Benediktiner zu werden, so ist das Gelübde dem Apostolischen Stuhl vorbehalten, wenn er Ordensgeistlicher werden will und kann; beabsichtigt er nur Laienbruder zu werden, so ist das Gelübde nicht vorbehalten. Macht eine Jungfrau das Gelübde, in Bayern Dominikanerin, Klarissin oder Bisterzienserin usw. zu werden, so ist dieses Gelübde nicht reserviert.

Die zeitlichen Gelübde in einer Kongregation des Diözesanrechtes werden gelöst durch Entlassung seitens des Ortsordinarius gemäß Cann. 746—48: die ewigen Gelübde ebendort auf Grund der Konstitutionen oder durch Indult des Apostolischen Stuhles Can. 669 § 1; gleiche Wirkung hat in beiden Fällen die Säkularisation auch durch den Ortsordinarius Can. 640 § 1 n. 2; 638.

d) Das Gelübde ist „ein p e r s ö n l i c h e s (v. personale), wenn in demselben eine Handlung des Gelobenden versprochen wird“, z. B. Gebet, Sakramentsempfang; „ein s a c h l i c h e s (v. reale), wenn eine Sache (= dingliche Leistung) versprochen wird“, z. B. Abtretung von Grund und Boden für eine Kirche, ein Krankenhaus; „das g e m i s c h t e Gelübde (v. mixtum) nimmt an der Natur des persönlichen und sachlichen Gelübdes teil“, z. B. ein Bildhauer gelobt die Herstellung eines Kreuzifixes mit Lieferung des Stoffes (Holz, Stein, Metall) Can. 1308 § 4; 1309. — Abgesehen von Can. 1308 ergeben sich aus dem Rodez noch folgende Einteilungen:

e) Das Gelübde kann sein ein b e d i n g u n g s l o s e s (v. absolutum), welches ohne Voraussetzungen und Bedingungen, und b e d i n g t e s, welches nur unter gewissen Bedingungen (v. conditionatum) oder Voraussetzungen (v. poenale = Sühnegelübde), abgelegt wird Can. 1309.

f) Das Gelübde kann sein ein z e i t l i c h e s (v. temporarium) oder s t ä n d i g e s, i m m e r w ä h r e n d e s, e w i g e s (v. perpetuum) je nach der Geltungszeit des Gelübdes Can. 574 ff.

g) Hinsichtlich der k i r c h e n r e c h t l i c h e n Wirkungen ist das (Ordens-) Gelübde ein v o l l w i r k e n d e s und ein Gelübde mit t e i l w e i s e n Wirkungen (v. plenae; partialis efficaciae).

Ein v o l l w i r k e n d e s Gelübde ist das feierliche auf dem Gebiete des Ehe- (Can. 1073; 1119), Weihe- (Can. 982 § 1 Titel.; 585 Verlust der Diözese) und Strafrechts (Can. 2388); t e i l w e i s e Wirkungen haben gewisse ewige einfache Gelübde: a) Can. 1073 einfaches ewiges Gelübde bei den Jesuiten; b) 585 Verlust der Diözese durch jedes einfache, ewige Professgelübde; c) 2388 § 2 Strafrecht. Alle Professgelübde bewirken nach einem Jahre die Erledigung der Pfarrei, nach drei Jahren jene der Benefizien Can. 584; alle Keuschheitsgelübde bilden ein verbotendes Ehehindernis Can. 1058 § 1.

h) Das Gelübde kann sein o f f e n f u n d i g e s, b e k a n n t e s (v. publicum) und ein g e h e i m e s (v. occultum). Die ö f f e n t l i c h = r e c h t l i c h e n Gelübde sind in den meisten Fällen auch offenkundige und bekannte, da ja die Ablegung derselben in einer Urkunde des Klosterarchivs bezeugt wird Can. 576. Die P r i v a t g e l ü b d e können bekannt und geheim sein, was für das Dispenzwesen von

Bedeutung ist; vgl. Cann. 249 § 2 (Saframenten=); 250 § 1 (Konzils=), 251 § 3 (Religiosenkongregation) für öffentliche; — 258 (Pönitenziarie) für geheime Dispensen.

i) Das Gelübde kann für sich bestehen oder auch mit einem Eide bekräftigt werden („votum iuratum“) s. unten.

III. Das **Aufhören** der Gelübde kann eintreten durch innere und äußere Ursachen. Aus inneren Ursachen hört das Gelübde auf: 1) „Durch Ablauf der Zeit, welche zur Abgrenzung der Pflicht beigelegt wurde; 2) durch wesentliche Änderung des versprochenen Gegenstandes; 3) durch Verjagen der Bedingung, von welcher das Gelübde abhängt; oder des Endzweckes desselben“ Can. 1311.

1) Wird dem Gelübde eine Frist beigelegt, so muß man unterscheiden: Will die Frist die Verpflichtung nur fördern und beschleunigen, so tritt ein Aufhören nicht ein; vgl. Can. 859 § 4; wird jedoch durch die Frist die Verpflichtung begrenzt und abgeschlossen, so hört das Gelübde auf, z. B. die dreijährigen und einjährigen Gelübde in religiösen Genossenschaften Cann. 574 ff.

2) Der Gegenstand des Gelübdes kann eine wesentliche Änderung erleiden; ein kostbarer Schmuck, der durch ein Gelübde einer Kirche bestimmt war, geht zugrunde; ein Orden, in den einzutreten jemand gelobt hat, wird aufgehoben, säkularisiert; eine Wallfahrt an einen bestimmten Ort wird vom kirchlichen Oben verboten; wurde jedoch die Wallfahrt im allgemeinen gelobt, der Ort aber nur nebenbei, so bleibt die Verpflichtung.

3) Ein Gelübde wurde mit ausdrücklicher oder stillschweigender Bedingung abgelegt. Tritt das Ausbedungene nicht ein, so fällt das Gelübde fort; vgl. Can. 1092 nn. 3. 4. Häufig waren die bedingten Gelübde im Alten Testament, z. B. Richt 11, 30 ff.; 1Sm 1, 11 ff. — Das Gelübde verliert sofort seine Verpflichtung bei Bedingungen der Vergangenheit und Gegenwart, welche nicht zutreffen. „Wenn meine Eltern gegenwärtig nicht mehr leben, gelobe ich Eintritt ins Kloster“. Leben beide, so bindet das Gelübde nicht; aber auch, wenn nur ein Teil noch lebt. Bei Bedingungen der Zukunft, z. B. wenn mein Sohn aus dem Kriege glücklich heimkehrt, mache ich die Wallfahrt nach Mariahilf, muß der Erfolg abgewartet werden.

Stillschweigende Bedingungen verknüpfen sich stets mit den beiden Gelübden „des Empfangs der höheren Weihen und des Eintritts in den Ordensstand i. w. S.“ (Can. 1058), nämlich die Bedingung, „wenn ich tauglich befunden werde.“ Schicken die kirchlichen Oben einen Bewerber guten Willens fort, so hört das Gelübde auf. — Hier kann man auch von einem Aufhören des „Endzweckes, causa finalis“ reden. Ebenso wäre der „Endzweck“ hinfällig, wenn jemand einen

bestimmten Kapellenbau verspricht, der vom Ordinarius verboten wird als der Seelsorge abträglich.

4) Das Gelübde kann aufhören auch wegen wesentlicher Änderungen in der Person des Gelobenden. Ein Wohlhabender verspricht eine Summe Geldes für die Missionen; er wird arm. Ein Gesunder verspricht eine Wallfahrt; er wird gelähmt. Man kann diese Änderung einreihen unter „wesentliche Änderung des Gelobten“ oder „Wegfall einer stillschweigenden Bedingung“.

Die Gelübde können aufhören durch äußere Ursachen, nämlich durch „irritatio, dispensatio, commutatio, durch Verungültigung, Dispense oder Umwandlung“ Can. 1311. Der Kodex selbst gibt hierüber näheren Aufschluß in den Cann. 1312—15.

1) Irritatio, **Verungültigung** der Gelübde Can. 1312; vgl. Can. 1039 § 2. „Wer eine oberherrliche Gewalt über den Willen des Gelobenden rechtmäßig ausübt, kann dessen Gelübde gütiger- und aus rechtmäßigen Grunde auch erlaubterweise zunichte machen, so daß in keinem Falle die Verpflichtung nachher wiederauflebt § 1. — Wer zwar keine Gewalt hat über den Willen des Gelobenden, jedoch über den Gegenstand des Gelübdes, kann die Verpflichtung des Gelübdes solange aufheben, als die Erfüllung des Gelübdes ihm einen Eintrag tut“ § 2 Can. 1312.

Eine „potestas dominativa, eine hausväterliche oder oberherrliche Gewalt“ besitzen: a) die Religiösenobern nach Maßgabe der Konstitutionen Cann. 501; 1315; b) die **Inhaber der väterlichen Gewalt**, aber nur bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ihrer Kinder Cann. 89; 1648 § 3.

a) Die Religiösenobern haben diese Gewalt nur gegenüber ihren **Untergebenen** d. h. den Professoren kraft des Gehorsamsgelübdes Cann. 501 § 1; 499 § 1. Die Novizen und Postulanten unterstehen zwar der Gewalt des Novizenmeisters und der Obern Can. 561 § 2, aber nur auf Grund des stillschweigenden Vertrages. — Die Gewalt der Religiösenobern erstreckt sich natürlich nicht auf die **Ordensgelübde**; denn diese machen die Professoren erst zu „Untergebenen, subditi“; auch nicht auf das Gelübde, in eine strengere Genossenschaft zu treten Cann. 632 ff.

b) Gegenüber den Kindern vor Vollendung des 14. Lebensjahres besitzen die Irritationsgewalt die „**Inhaber der väterlichen Gewalt**“ Can. 89. Wer „Inhaber der väterlichen Gewalt“ ist, bestimmt das bürgerliche Recht; vgl. z. B. in Deutschland BGB. §§ 1627; 1634; 1676; 1684 ff.; also zunächst Vater und Mutter; der Vater allein; die Mutter allein; der Vormund usw. — Der „Inhaber der väterlichen Gewalt“ kann die Gelübde der Kinder vor ihrem 14. Lebensjahre zu

je d e r Zeit verungültigen, also gleich oder später vor oder n a c h der Vollendung des 14. Lebensjahres. — In der „Epitome“ II 643 heißt es „Olim ad impuberes restringebatur“ potestas irritandi vota; daraus scheint hervorzugehen, daß jetzt der Koder die Vollmacht gewähre, die Gelübde aller „Nichtvolljährigen, minores, also vor vollendetem 21. Lebensjahre“ (Can. 88 § 1) zu irritieren; diese Ansicht ist haltlos Cann. 89; 1648 § 3.

c) Zur gültigen Irritierung ist kein Grund notwendig; zur e r l a u b t e n ein rechtmäßiger. — Die irritierten Gelübde leben nie wieder auf. — Ein E h e g a t t e hat über den andern keine „potestas dominativa“; darum kommt ihm keine Irritierungsgewalt zu, es müßte denn sein, daß eine Gattin vor dem 14. Lebensjahre entweder mit Dispense vom Hindernisse des Alters (Can. 1076 § 1) geheiratet hätte oder nach Eingehung einer nicht-christlichen Ehe getauft worden wäre und zugleich das bestr. Staatsgesetz dem Manne eine oberherrliche Gewalt über eine solch jugendliche Frau einräumen würde; vgl. BGB. §§ 1633; 1354. Dagegen kann Can. 1312 § 2 in Geltung treten.

d) Die Vollmacht des Can. 1312 § 2 nannte man früher „i n d i r e k t e Irritierung der Gelübde“. Indes haben wir hier keine U n g ü l t i g m a c h u n g, sondern nur eine A u s s c h a l t u n g der Wirkungen des Gelübdes (suspensio); das Gelübde selbst bleibt. Ein Ehemann hat in der Ehe das Gelübde der vollkommenen und stetigen Keuschheit abgelegt. Ein r e c h t l i c h e s Ehehindernis entsteht daraus nicht. Die Ehefrau verliert ihre ehelichen Rechte in keiner Weise 1 Kor 7, 4; ersucht sie um die eheliche Pflicht, so kann und muß der Mann sie leisten. Der Mann darf sie kraft seines Gelübdes nicht fordern; jede Sünde gegen das 6. Gebot ist auch Sünde gegen die Tugend der Religion; nach dem Tode seiner Gattin kann er erlaubterweise nicht heiraten. Fühlt sich nun die Ehefrau durch das Gelübde des Ehemannes beeinträchtigt, so kann sie das selbst nicht irritieren, sondern unwirksam machen, i n s o w e i t und s o l a n g e ihre Rechte geschmälert sind („potest suspendere“). So können auch Eltern Wallfahrtsgelübde ihrer Kinder, Fastengelübde ihrer Dienstrboten unwirksam machen, soweit daraus dem Hauswesen ein Eintrag erwächst.

2) **Dispense** von Gelübden Can. 1313. Zur Klarheit unterscheiden wir drei Fragen: a) gibt es eine Dispensgewalt von Gelübden; b) welche kirchliche Obern besitzen sie; c) welche Rechtsdispensen (dispensationes a iure) gibt es.

A. Trotzdem das gültige Gelübde auf göttlichem Rechte ruht („promissio Deo facta“), gibt es in der Kirche eine Dispensgewalt auch für Gelübde; sie ruht auf Mt 16, 19; 18, 18 (Lösengewalt des Primates und des Episkopates). Diese Lösungsgewalt ist hier am Platze, da das göttliche Recht des Gelübdes auf dem m e n s c h l i c h e n W i l l e n ruht. Da aber alle kirchlichen Obern, auch der Papst, hier nicht im eigenen Gesetze dispensieren; so müssen sie einen vernünftigen und rechtmäßigen Grund haben; vgl. Cann. 80, 84, 1313.

B. 1. Von allen Gelübden, vorbehaltenen und nicht vorbehaltenen, völlig freien und durch das wohl erworbene Recht anderer („ius aliis quaesitum“) gebundenen, öffentlich- und privatrechtlichen kann der Apostolische Stuhl im Namen des Heiligen Vaters dispensieren. — Von der Dispensgewalt der anderen kirchlichen Obern sind in der Regel ausgenommen: a) die reservierten Gelübde (oben S. 500); b) die Gelübde, deren Dispense „das wohl erworbene Recht anderer verletzen würde“ Can. 1313.

2. Dieses vorausgesetzt besitzen Dispensgewalt: Die Ordinarien a) in allen übrigen Gelübden Can. 1313; b) in den Keuschheitsgelübden (auch reservierten und sogar feierlichen) bei dringender Todesgefahr und in den verwickelten Fällen Cann. 1043—45 gegenüber ihren Untergebenen und den Fremden ihres Gebietes.

3. Die Obern (nicht nur die Ordinarien) einer exempten Klerikalgenossenschaft (Can. 488 nn. 2. 4) können ihre Professoren, Novizen und Hausgenossen (Can. 514 § 1) von den nicht ausgenommenen (oben 1) Gelübden dispensieren; vgl. oben die Irritierungsgewalt.

4. Die vom Apostolischen Stuhle mit allgemeinen Vollmachten Versesehenen oder in einem Einzelfalle Delegierten nach dem Wortlaute der Vollmacht oder des Rescriptes Can. 1313 n. 3.

Die Vollmachten der kirchlichen Würdenträger lauten „Committendi et dispensandi, consideratis causis, omnia vota simplicia private emissa, etiam Ap. Sedi reservata, exceptis votis in quibus agitur de tertii praeiudicio“, für die Ap. Legaten, Delegaten, Nuntien n. 15; für Missionen nn. 11. 19; Directorium-Seoul n. 491.

5. Die Pfarrer, Priester des Can. 1098 und Beichtväter haben in „dringender Todesgefahr und in geheimen, verwickelten Fällen“ die Dispensvollmacht von den verbotenden und trennenden Keuschheitsgelübden nach Maßgabe der Cann. 1043—45.

C. Dispensen des Rechts. 1) Die Ordensgelübde (Can. 487) hören von selbst auf: a) bei Entlassung eines Professoren mit zeitlichen Gelübden Can. 648; b) bei Entlassung eines Professoren mit ewigen

Gelübden, wenn die Konstitutionen es so bestimmen Can. 669 § 1, z. B. bei Entlassung eines Professen der Gesellschaft Jesu mit ewigen einfachen Gelübden, Wiederlaß-Züchricht: „De religiosis“ n. 178²; c) durch die Säkularisierung eines Professen Can. 640 § 1 n. 2.

2) Alle Gelübde werden unwirksam gemacht durch die Ordensprofess; leben aber wieder auf, wenn die Ordensprofess nicht mehr verpflichtet Can. 1315, außer es tritt einer der im Can. 1311 genannten Aufhörungsgründe ein.

3) Die Ordensgelübde hören auf feierliche zu sein, wenn der Profess feierlicher Gelübde rechtskräftig in eine religiöse Kongregation übertritt Can. 636.

4) Die **Umwandlung** der Gelübde Can. 1314. Es ist zu unterscheiden zwischen reservierten und nicht reservierten Gelübden; und zwischen der Umwandlung in ein besseres, gleiches und minderes Werk.

a) Reservierte Gelübde kann nur der umwandeln, der dispensieren kann Can. 1314; Directorium-Seoul n. 491.

b) Der gleiche Grundsatz gilt für die Umwandlung einer Leistung auch bei nicht reservierten Gelübden in eine mindere („in minus bonum“), da dies eine Art Dispense ist; hier gelten die Bestimmungen des Can. 1313 (oben). — Wird aber das gelobte Werk nicht reservierter Gelübde in ein gleich- oder höherwertiges umgewandelt, so kann das vom Gelobenden selbst geschehen; freilich empfiehlt es sich, den Beichtvater zu fragen; denn *nemo iudex in propria causa* Can. 1314.

Bemerkenswert ist die Vollmacht, welche Papst Pius XI. durch die Konst. „Servatoris Jesu Christi“ v. 25. Dez. 1925 für das Nachjubiläum 1926 in n. VIII gab (AAS. 17, 614 f.): „Confessarius in ipsa tantummodo iubilaei confessione, ex iusta et probabili causa (Cann. 89: 1313), omnia et singula vota privata, etiam Sedi Apostolicae reservata (Cann. 1308 § 3; 1309), iurata quoque (Can. 1318 § 1), in alia pia opera dispensando commutare possit (also ist auch die comm. in minus eingeschlossen). Votum autem castitatis perfectae et perpetuae, etiamsi ab origine publice emissum sit in professione religiosa (Cann. 1058; 487; 574) — ne utique am, contra, si poenitens fuerit in Ordine sacro lege caelibatus adstrictus (Cann. 132; 1072; 648; 670). — subinde tamen, aliis eius professionis votis per dispensationem sublatis, firmum atque integrum manserit, similiter possit, ex iusta et probabili

causa, in alia pia opera dispensando commutare. — Votum vero a tertio acceptatum ne remittat neve commutet, nisi is, cuius interest, libenter expresseque consenserit (Can. 1313). — Votum denique non peccandi aliave poenalia vota ne commutet nisi in opus, quod non minus quam ipsum votum, a peccando refrenet“.

Nur der Beichtvater kann bei der Jubiläumsbeichte aus einem rechtmäßigen und vernünftigen Grunde alle Privatgelübde, auch die beiden reservierten (Can. 1309) dispensierend umwandeln bzw. umwandelnd dispensieren d. h. gegen die Auflegung anderer guter Werke dispensieren. Das Keuschheitsgelübde der Profese ist zwar ein öffentliches (Can. 1308 § 1); wurde aber die Profese nachgelassen bis auf dieses Keuschheitsgelübde, so kann es der Jubiläumsbeichtvater dispensieren, da es ja ein privates geworden ist. — Das Gelübde zu Gunsten eines Dritten kann der J.B.V. dispensieren nur mit Zustimmung dieses Dritten. — Gelübde zur Abwehr der Sünde kann der B.V. nur dispensieren gegen Auflage anderer Werke, welche die Sünde in gleicher Weise abzuhalten geeignet sind. Das „votum non peccandi“ muß nach Can. 1307 ausgelegt werden vom „v. n. p. mortaliter“ (vgl. Can. 906); oder wenigstens vom „v. n. p. considerate venialiter“.

§ 14. Der Eid.

Quellen: Cann. 1316—21; Jr 4, 2; Mt 5, 33—37; 23, 16—22; Jak 5, 12; D-B. nn. 425 (Waldenser); 487 (Fraticellen); 623 (Wiclef); 662 (Wiclef und Hus); 1451 (Quésnel); 1575 (Bistoia). Die Quellen über den Amtseid und Gerichtseid vgl. im Index analytico-alphabeticus des Roder.

I. Begriff. Der Eid ist nach Can. 1316 „die Anrufung des göttlichen Namens zum Zeugen der Wahrheit.“ Wenn diese herkömmliche Begriffsbestimmung zutrifft, so kommt es auf die Nebenumstände nicht an, ob nämlich „Gott, die Gottheit, nomen divinum“ bloß als Zeuge angerufen wird oder auch die göttliche Strafe für den Fall der Unwahrheit hinzugefügt wird; z. B. „Gott ist mein Zeuge“; — „Gott soll mich strafen, wenn ich lüge“.

Beim Gerichtseid sind folgende Punkte für die Erlaubtheit vorgeschrieben: Der Eid wird geleistet „nach vorgängiger Anrufung des göttlichen Namens“, z. B. „In nomine Dei. Amen; — Im heiligen Namen Gottes. Amen“. Die Priester berühren (mit der Rechten) die Brust; alle übrigen das Evangelienbuch Can. 1622 § 1. — Das gilt nicht für den Amtseid; die Kardinäle hören die gemeinsamen Eidesformel vor der Papstwahl an, worauf ein jeder einzelne (nacheinander) spricht:

„Et Ego N. Cardinalis N. spondeo, voveo ac iuro“ und beide Hände auf das Evangelium legend „Sic me Deus adiuvet et haec Sancta Dei Evangelia“; Konst. „Vacante“ d. 25. Dec. 1904 n. 11a)¹. Ähnlich der Eid des Bischofskandidaten vor der Konsekration, Pontificale R. p. I pag. 67.

Zur Gültigkeit des von den Kanones verlangten oder zugelassenen Eides ist gefordert, daß er persönlich, nicht durch einen Stellvertreter, geleistet werde Can. 1316 § 2.

II. Erlaubtheit des Eides. Die vielen Kanones des kirchlichen Gesetzbuches, welche den Eid fordern oder zulassen, legen die Erlaubtheit des Eides nahe. Indes gibt es Stellen der Heiligen Schrift, welche sich gegen die Erlaubtheit auszusprechen scheinen: Mt 5, 33—37; Jak 5, 12; „ihr sollt überhaupt nicht schwören . . .; eure Rede sei: Ja, ja; nein, nein; was darüber hinausgeht, ist aus dem Bösen.“ Die Mahnung des Herrn und seines Apostels richtet sich gegen die damals häufige Unsitte des leichtfertigen Schwörens. Verbieten wurde der Schwur vom Herrn in keiner Weise, was aus den Worten Christi erhellt bei Mt 23, 16—22, sowie aus Röm 1, 9; Hbr 6, 13—20 (Ps 109, 4). Die Notwendigkeit des Eides über die schlichte Wahrhaftigkeit hinaus stammt aus der Sünde; für Gotteskinder (= Christen) soll der Eid ein Notbehelf sein. Wer den Eid unüberlegt gebraucht, läuft Gefahr, „dem Gerichte zu verfallen“ (Jak 5, 12). — Zur Erlaubtheit des Eides gehört, daß er geleistet werde „in Wahrheit, recht und gerecht, in veritate, in iudicio et in iustitia“ Jr 4, 2; Can. 1316 § 1.

„In Wahrheit, in veritate“, wird der Eid geleistet, wenn die äußeren Worte dem Wissen und Willen des Schwörenden entsprechen (Versicherungs- und Versprechungseid). Der Gegensatz „des Eides in Wahrheit“ ist die falsche Aussage, sei es die wissentliche („Meineid“, Deutsches StGB. § 153) oder sei es die fahrlässige („Falscheid“ § 163), beide im Kirchenrecht „periurium“ genannt.

„Recht, mit Besinnung, in iudicio“ wird der Eid geleistet, wenn er erfolgt nur aus einer entsprechend wichtigen Ursache, also nicht leichtfertig, sondern mit Überlegung. Urteilslos hat Herodes der Herodiastochter geschworen, Mt 6, 22. 23; so wuchs sich dieser Eid zu einem Schwur auch gegen die Gerechtigkeit aus. — Als Eidmündigkeitsalter dürfte jenes für Gelübde gelten: „Wer den

entsprechenden Vernunftgebrauch hat, ist gelübdefähig“ Can. 1307 § 2, also hier eidesfähig oder eidmündig. Amtliche Eide können selbständig nur von Personen über vierzehn Jahre geleistet werden Can. 1648 § 3. Personen vor dem Reifealter werden als Zeugen nur im Notfalle vernommen und zwar im allgemeinen unvereidigt Can. 1758.

„Die Gerechtigkeit, *iustitia*“ des Eides verlangt, daß das Beschworene nicht gegen ein natürliches, göttliches, kirchliches Recht verstoße. Der Schwur des Herodes verstieß an sich nicht gegen die Gerechtigkeit, wenn er ihn vernünftigt ausgelegt hätte in dem Sinne: Ich gebe dir, was ich dir geben kann, auch die Hälfte meines Reiches.

Zumeist bezieht sich die Forderung der „Gerechtigkeit“ auf den *Verprechungseid*; immerhin kann auch der *Versicherungseid* dagegen verstoßen, wenn nämlich das Beschworene oder zu Beschwörende nicht ausgesagt werden darf. Beschworene *Verleumdungen* verstoßen gegen die drei Erfordernisse des Schwures (*veritas, iudicium, iustitia*); beschworene *Ehrabschneidungen* gegen die letzten zwei, außer es besteht eine Pflicht, wahre Fehler zu sagen, z. B. in einem Strafprozesse; vgl. Can. 1755. Das aus der heiligen Beicht geschöpfte Wissen ist niemals Gegenstand der Bezeugung, auch wenn das Beichtkind die Erlaubnis gibt Can. 1757 § 3 n. 2.

III. **Einteilung** Cann. 1308; 1317. Man teilt den Eid ein: 1. in einen *obrigkeitlichen* und *privaten* (*iusiurandum publicum, i. privatum*), je nachdem eine Obrigkeit (kirchliche, weltliche) den Eid fordert bzw. zuläßt oder nicht;

2. in einen *Amts-* und *Gerichtseid*, beide gefordert oder zugelassen von den Obern;

3. hinsichtlich der *Form (Ritus)* a) in einen *Wort-* und *Zeicheneid*, letzterer durch Erhebung der Hand, von Fingern, Berührung des Kreuzes, der Evangelien, der Brust geleistet; der obrigkeitliche ist gewöhnlich *gemischt*; hier gilt entsprechend Can. 1088 § 2 (nur im Notfalle durch Zeichen allein); b) in einen *schlichten Anrufungs-* und einen *Strafanwünschungseid* (*i. invocatorium sive contestatorium; i. exsecratorium sive imprecatorium*);

vgl. oben I; c) in einen einfachen und einen feierlichen Eid (i. simplex; i. sollemne); letzterer ausgezeichnet durch die Person, vor welcher der Eid zu leisten ist, wie Ordinarius, Richter, Notar, Kollegium usw. Cann. 364 § 2 n. 1; 1621; durch den Ort, wo die Ableistung stattfindet, in einer Kirche, Kapelle; durch die Ceremonien Can. 1622.

4. In einen Versicherung= und Versprechungseid (i. assertorium, i. promissorium); wobei im ersteren die Übereinstimmung der äußeren Kundgebung mit der Erkenntnis; im letzteren jene mit dem Verpflichtungswillen, das Versprechen auszuführen, gegeben sein muß.

IV. Die **Tragweite** des Eides Cann. 1317—18; 103; 1684—89. Hier gelten folgende Sätze:

1. Ein Eid, durch äußere unwiderrstehliche Gewalt erzwungen, gilt als nicht geleistet Can. 103 § 1.

2. Ein Eid, unter Zwang und schwerer auch ungerechter Furcht geleistet, hat Geltung, kann aber vom kirchlichen Obern oder Richter erlassen werden Cann. 1317 § 2; 103 § 2; 1684 ff. Wird jedoch ein Eid unter den gleichen Umständen einem durch schwere Furcht ungültigen Akte, wie einem Gelübde Can. 1307 § 3, einer Profeß Can. 572 § 1 n. 4, einer Eheschließung Can. 1087, dem Verzicht auf ein kirchliches Amt Can. 185 usw. beigefügt, so ist auch der Versprechungseid sofort ungültig Can. 1318 § 1. — Das Gesagte gilt auch für den durch Täuschung (dolus) zustande gekommenen Eid Can. 103 § 2.

3. „Ein weder durch Zwang noch durch Täuschung beeinflusster Eid, wodurch jemand auf einen ihm gesetzlich gewährten Privatnutzen oder =Vorteil verzichtet, ist zu halten, solange er nicht zum Nachteil des ewigen Heiles gereicht“ Can. 1317 § 3.

Die Ehefrau Tullia hatte gegen ihre Ehe mit Caius den Nichtigkeitsprozeß angestrengt wegen mutmaßlicher Impotenz des Mannes. Durch zwei gleichlautende Urteile „Die Nichtigkeit der Ehe steht nicht fest“ wurde das Urteil rechtskräftig Can. 1902 n. 1. Ausgesöhnt mit ihrem Manne schwört ihm Tullia, daß sie auch „bei auftauchenden, neuen und schwerwiegenden Gründen zugunsten der Ehenichtigkeit“ auf einen neuen Eheprozeß verzichten werde Can. 1903. — Tullia schwört, auf den Privatvorteil („privatus favor“) des Can. 1903 zu verzichten. War weder Zwang noch Täuschung dabei im Spiele, so muß Tullia den Eid einhalten, außer das Zusammenleben mit ihrem Manne bringt

ihr schwere Gefahren der Unenthaltjamkeit. Der Verzicht erlischt in diesem Falle, ebenso wenn er durch Zwang oder List errungen war. —

Benito schwört seinen vier Geschwistern, auf den gesetzlichen Erbteil ($\frac{1}{6}$) zu verzichten. Wenn die drei Hindernisse des Can. 1317 § 3 ferne sind, so muß er den Verzicht halten. Gehört er aber einer sehr armen Ordensfamilie an, so ist der Verzicht mindestens zweifelhaft, da es sich hier nicht lediglich um ein „privatum bonum“ handelt.

4. Tragweite des Versprechungs- und des Cann. 1317—20. a) „Wer frei (also ohne Zwang und Täuschung) schwört, etwas zu tun (oder zu unterlassen), ist durch die besondere Pflicht der Religion gehalten, das eidliche Versprechen zu halten“ Can. 1317 § 1. Der Versprechungs- und Eid ist zunächst ein Versicherungseid (Übereinstimmung des Wortes mit dem inneren Willen), doch ergibt sich aus ihm eine Verpflichtung der Tugend der Religion, das Versprechen auszuführen. War jedoch der Wille zu schwören oder das Versprochene zu erfüllen nicht vorhanden, dann liegt zwar ein Meineid vor, nicht aber eine Bindung für die Zukunft; vgl. Can. 1086. — b) Wird der Versprechungs- und Eid nicht unabhängig abgelegt, sondern in Anknüpfung an einen für sich bestehenden Akt, z. B. ein Gelübde, einen Vertrag usw., so gilt Can. 1318: „Ein Versprechungs- und Eid folgt der Natur und den Bedingungen des Aktes, dem er angefügt wird (§ 1). — Wenn er einem Akte sich anschließt, der zum Schaden anderer oder zum Eintrag des öffentlichen Wohles bzw. des ewigen Heiles gereicht, so erwirbt der Akt daraus keine Festigkeit (§ 2).“ Verstößt der Versprechungs- und Eid gegen Gottes oder der Kirche Gebot entweder unmittelbar oder mittelbar durch den Akt, dem er angefügt wird, so verpflichtet der Eid in keiner Weise, da er gegen die Gerechtigkeit ist Can. 1316 § 1. Wenn er aber einem Akte beigefügt wird, der zwar an sich nicht schlecht ist, aber vom Ge- setze nicht aufrecht erhalten wird, so folgt der beigefügte Eid dem Wesen und Schicksal des Aktes.

Das mündliche Eheverlöbniß zwischen A und B wird von seiten des A mit einem Eide bekräftigt. A schließt aber nach einem Jahre eine kirchliche Verlobung mit C gemäß Can. 1017. Die zweite Verlobung besteht zu Recht, da die erste ungültig ist. Waren beide ungetauft, so gilt das erste Verlöbniß. — In einer religiösen Kongregation wird bei der Profess der drei Gelübde das „iuramentum perseverantiae, der Ausdauer- und Eid“ abgelegt. Wird ein Religiöser dieser Kongregation säkularisiert, so erlischt mit den Gelübden auch das iuramentum Cann. 640 § 1 n. 2; 1318.

V. Die durch den Versprechungs Eid herbeigeführte Verpflichtung **hört auf**: 1. „Durch Erlass von seiten der Person, zu deren Gunsten der Eid abgelegt wurde,“ z. B. das eidliche Versprechen des lebenslänglichen Unterhalts; — 2. „wenn das durch Eid Versprochene sich wesentlich ändert oder durch Veränderung der Lage entweder schlecht wird bzw. den moralischen Wert ganz verliert oder endlich ein höheres Gut verhindert“ (vgl. Can. 1311), z. B. wenn ein guter Verein sich auflöst; eine gute Zeitung schlecht oder ganz farblos wird; wenn die unter Eid Verlobte wahren Beruf zum Ordensstande hat; — 3. bei Aufhören des Endzweckes oder der dem Eide möglicherweise zugrunde liegenden Bedingung; — 4. durch Berungültigung, Dispense oder Umwandlung nach Maßgabe des Can. 1320. — Die Punkte 2—4 wurden bereits oben beim Gelübde (S. 502) dargelegt. Besonders sei betont: „Wenn die Dispense vom Eide anderen Eintrag tut, welche sich weigern die Pflicht zu erlassen, so kann nur der Apostolische Stuhl wegen der Notlage oder dem Nutzen der Kirche dispensieren“ Can. 1320; vgl. Cann. 1311—14, namentlich 1313.

Manche Gelübde sind reserviert Can. 1308 § 3; 1309; 1313. Kein Eid ist an sich reserviert. Ist das reservierte Gelübde rechtmäßig gelöst, so besteht auch keine Eidesverpflichtung mehr; doch kann der dem reservierten Gelübde zugrunde liegende Eid allein nur von dem gelöst werden, der die Verpflichtung des Gelübdes heben kann Can. 1318.

VI. **Auslegung** des Eides Can. 1321: „Der Eid ist enge auszulegen nach dem Recht und der Absicht des Schwörenden, oder wenn dieser hinterlistig handelt, nach der Meinung der Person, zu deren Gunsten der Schwur geleistet wird;“ vgl. Can. 19. Besteht für das Verschworene eine rechtliche Bestimmung („ius“), so ist diese maßgebend, außer es gehen der Wortlaut und die Absicht klar über das Recht erlaubterweise hinaus. Schwört jemand hinterlistigerweise, so ist die berechtigzte Absicht des Eidnehmers maßgebend.

Ein Kirchenvorstand verkauft in der Zeit der Geldentwertung ein altes Bild seiner Kirche an einen Altertumshändler, der schwört, den

Kaufpreis innerhalb eines Monats zu zahlen, freilich mit Hinterlist, da er die Geldentwertung voraussieht, während der Kirchenvorstand eine dem Bilde entsprechende Summe im Auge hat. — Hat der Kirchenvorstand die Erlaubnis seines zuständigen Obern nicht, so ist der Kaufvertrag ungültig Can. 1530 § 1 n. 3. Der Schwur des Käufers ist darum hinfällig Can. 1318. Ist diese Erlaubnis gegeben, so muß der Schwur des Käufers ausgelegt werden nach der Auffassung des Eidnehmers, der eine Bezahlung nur nach Dollarwert gelten lassen wollte.

VII. Die Forderung des Eides. Der Eid kann vom rechtmäßigen Obern wegen eines entsprechenden Grundes gefordert werden. Das gilt zunächst vom **Amtseid**.

Einen Amtseid haben zu leisten: a) Weihesakandidaten Cann. 117 n. 3; 956; 994 § 2; b) Kardinalc 234; 2397; Konst. Vacante nn. 87. 88; c) Bischöfe 332 § 2; d) die Beamten der Ordinariate 364 § 2 n. 1; e) Zähler in den Kapiteln („censores; punctatores“); f) Diözesankonsultoren 425 § 2; g) Zähler in den Ordensgenossenschaften 506 § 1; h) Mitglieder der Diözesan- und Ortskirchenverwaltung 1520 § 4; 1522 n. 1; i) Richter und Gerichtsbeamte 1621 f.; Sachverständige 1797 § 1; k) Postulatoren und Vizepostulatoren 2037 § 4 („i. calumniae“) 2047 § 1 (Schriften des Dieners Gottes); Generaloberinnen 2047 § 2 im Selig- und Heiligsprechungsprozeß. — Auch kann der Ordinarius bei sonstigen wichtigen Ämtern den Amtseid verlangen z. B. vom Dolmetsch „Regulae“ app. XXI.

Der **Gerichtseid** darf in kirchlichen Strafsachen („in causis criminalibus“) als Wahrheitseid dem Angeklagten nicht aufgelegt werden; in sonstigen Streit-sachen muß er gefordert werden, wenn dies das öffentliche Wohl verlangt, sonst kann er verlangt werden nach freiem Ermessen Can. 1744. — „Ungeeignete und verdächtige Zeugen werden gewöhnlich unvereidigt vernommen“ Cann. 1758; 1757 § 1 und § 2 n. 1. In Eheprozessen richtet sich die Klage nicht gegen den anderen Ehegatten, sondern gegen die Ehe; darum gilt nicht Can. 1744, sondern nur Can. 1758. Darum verlangen die „Regulae“ in den Prozessen super impotentia et matrimonio non consummato von den Parteien und Zeugen das „iusiurandum de veritate dicenda; d. v. dictorum; de secreto servando“ nn. 39 ss. app. XVIII; XX.

Der „**Antimodernisteneid**“ wird auferlegt auf Grund des Motuproprio Pius' X. v. 1. Sept. 1910 „Sacerorum antistitum“ (AAS. 2, 655 ff.) folgenden Personen: den angehenden Majoristen; Beichtvätern; Predigern (auch

Faſtenpredigern); Pfründebeſitzern (Pfarrern, Kanonikern); ſämtlichen Beamten und Richtern der biſchöflichen Ordinariate und der römischen Kurie; den Vorſtänden und Lehrern der religiöſen Genoſſenſchaften."

Die Verpflichtung der Hochſchulprofessoren, ſoweit ſie der Kirche unterſtehen, iſt in dem gleichen Motuproprio niedergelegt unter nn. II und VII; indes wurde ſie gemildert durch Schreiben des päpſtlichen Staatsſekretärs R. Merry del Val an den Kardinal-Fürſtbischof G. Ropp von Breslau v. 10. Febr. 1911 (ME. 23, 18); vgl. unten § 21.

VIII. **Strafen.** Für den außergerichtlich en Mein- oder Falſcheid ſind Strafen f. s. nach dem weiſen Ermeſſen des Ordinarius Can. 2323; für den gerichtlichen iſt das perſönliche Interdikt bei Laien; die Suſpenſion bei Klerikern, beide f. s., vorgeſehen Can. 1743 § 3. Alle „periurii“ können als verdächtig (suspecti) von der Zeugenschaft und von dem Amte eines Sachverſtändigen zurückgewieſen werden Cann. 1757 § 2 n. 1; 1795 § 2; ſie ſind bei Verluſt des guten Rufes behindert (impediti) für die Weißen Can. 987 n. 7. In den Selig- und Heiligſprechungsprozeſſen iſt für die Meineidigen und die Verlezer der Schweigepflicht die excommunicatio specialissimo modo Papae reservata l. s. ausgeſprochen; vgl. Trama Jan.; Eppus Lycien: Manuale pro processibus B et C (1876) pag. 60; Santarelli A. M.: „Codex pro Postulatoribus“ (1923) pag. 71.

IX. **Staatliche Beſtimmungen.** A. Deutſchland. Die Reichsverfaſſung v. 11. Auguſt 1919 beſtimmt im Art. 136 IV: „Niemand darf . . . zur Benützung einer religiöſen Eidesform gezwungen werden.“ — Nach Art. 177 iſt ſtatt „der religiöſen Eidesform“ geſtattet, bei der Eidesleiſtung einfach zu ſagen: Ich ſchwöre. Im übrigen bleibt der in den Geſetzen vorgeſehene Inhalt des Eides unberührt. — Die Eidmündigkeit beginnt mit Vollendung des 16. Lebensjahres; näheres hierüber Deutſche ZPD. §§ 393; 473; ZPD. § 56.

Dr. F. Gieſe meint in ſeiner „Verfaſſung des Deutſchen Reiches v. 11. Aug. 1919“ (1925) S. 430: „Ich ſchwöre“ ſei „die ſchlichte (nach Anſicht des Geſetzgebers religionsloſe) Eidesform“. — Ein „religionsloſer Eid“ iſt überhaupt kein Eid; denn der „Eid iſt die feierliche Anrufung Gottes zum Zeugen der Wahrheit“, Hermann Schmitt: „Neubearbeitung der Dr. F. von Staudingers Textausgabe

des Strafgesetzbuches f. d. D. R." (1912) zu § 153 S. 81. — Ein „religionsloser Eid“ ist nichts anderes als eine Versicherung, deren Mißbrauch schwere Strafe nach sich zieht.

B. In Österreich wird „nur der betrügerische gerichtliche Meineid bestraft“ Öst. StGB. § 199a. — Angehörige von Sekten, welche den Eid ablehnen, z. B. die Mennoniten und die Lippowaner, werden durch Handschlag verpflichtet. — Die Eidmündigkeit tritt mit Vollendung des 14. Lebensjahres ein, Ö. ZPD. § 336; vgl. H a r i n g: RR³ § 160 S. 603.

3. Kapitel. Das kirchliche Lehramt.

Quellen: Cann. 1322—1408; 218; 239 § 1 n. 3; 247; 252; 336 § 3; 467; 509 § 2 n. 2; 565 § 2; 2314—18.

Im 4. Teil des 3. Buches behandelt der Kodex das kirchliche Lehramt nach den allgemeinen Grundsätzen (A) in vier Abschnitten: Verkündigung des Wortes Gottes (B); Erziehung des Klerus und Volkes (C); Bücherprüfung und -Verbot (D); Ablegung des Glaubensbekenntnisses (E). Das kirchliche Lehramt gehört zur Weihe- und Regierungsgewalt der Kirche, zu ersterer, weil es in der Regel die Weihe voraussetzt, zu letzterer, weil die geordnete Ausübung des Lehramtes der rechtmäßigen Kirchengewalt zu- und untersteht; freilich wendet sich das Lehramt der Kirche auch an die *Nichtgetauften* (Mt 28, 19; Mk 16, 15; Röm 1, 14; Can. 1350; „Handbuch“ Lief. 4² § 1), die der kirchlichen Jurisdiktion an sich nicht unterstehen 1 Kor 5, 12. 13.

§ 15. Das kirchliche Lehramt im allgemeinen.

I. Aufgaben des Lehramtes. In der Kirche Gottes gibt es Lehrende und Hörende. *Lehrende* sind nach göttlichem Rechte Papst und Bischöfe und die von ihnen Bevollmächtigten; *Hörende* sind alle übrigen, ja auch die Lehrenden als Privatpersonen.

Das kirchliche Lehramt hat hinsichtlich der von Gott offenbarten Wahrheit eine dreifache Aufgabe; gewissenhaften *Schutz*; treue *Auslegung*; lehrhafte *Ausbreitung*; alles das unter dem steten Beistand des Heiligen Geistes, Mt 28, 20; Joh 14, 16 f. 26; 15, 26; 16, 13; 2 Petr 1, 20—21; Can. 1322.

1) „Christus der Herr hat seiner Kirche den *Glaubensschatz* („depositum fidei, doctrinam revelatam“) anvertraut, nicht um ihn zu mehren, d. h. neue Glaubenssätze zu erfinden, sondern um ihn „heilig zu schützen“, Can. 1322 § 1. Diesen Schutz betätigt die Kirche auch in ihrem *Gesetzbuch* ausgiebig, so in den Cann. 1384—1405 (Bücher);

1406—08 (Glaubensbekenntnis); 2314—19 (Glaubensvergehen und deren Strafen).

2) Außer dieser Ob Sorge hat die Kirche das noch höhere Recht der „treuen Auslegung“ Can. 1322 § 1. Obwohl die Wahrheit stets die gleiche ist, so bedarf doch der Schatz der geoffenbarten Wahrheit wegen der menschlichen Erkenntnißschwäche des Heiligen Geistes im kirchlichen Lehramt, der bezeugt, daß die Offenbarung in diesem oder jenem Gewande menschlicher Sprache richtig zum Ausdruck gebracht ist, z. B. „Gleichwesentlich; Gottesgebärerin; Sakrament“ usw.; vgl. 2 Ptr. 1. 20. Auch im Roder finden sich Auslegungen dieser Art in den Cann 219 (Annahme der Papstwahl bewirkt sofort die Papstgewalt); 222; 227 (Allg. Konzil); 1038; 1043; 1060; 1068 § 1; 1118—20 (grundtägliche Ehefragen) usw.

3) „Die Kirche besitzt, unabhängig von jeder Staatsgewalt, das Recht und die Pflicht, allen Völkern die evangelische Wahrheit zu verkünden“ Can. 1322 § 2. In Wort und Tat haben die Apostel dieses Recht sich zugesprochen und unter diese Pflicht sich gebeugt. Mt 16, 20; Apg 4, 19. 20; 5. 29; Röm 1, 14; 1 Kor 9, 16. Die Anordnungen zur Ausführung dieser göttlichen Vollmacht finden sich in den Cann. 1327—51; 252.

4) Die drei Aufgaben „Schutz, Auslegung, Verkündigung der geoffenbarten Wahrheit“ (Can. 1322) hat die lehrende Kirche in ihrer Gesamtheit und in ihrem Haupte Can. 1323 § 2; indes kommt auch den einzelnen Bischöfen ein gewisses Recht zu, dargelegt im Can. 1326. „Auch die Bischöfe sind, obwohl sie einzeln und auch in ihrer Vereinigung auf Partikularkonzilien der Unfehlbarkeit des Lehramtes entbehren, doch für die ihrer Ob Sorge anvertrauten Gläubigen, unter der Oberhoheit des Papstes wahre Lehrer und Meister“; vgl. Can. 334 § 1.

Alle Bischöfe, auch die Titularbischöfe (Can. 223 § 2), nehmen auf dem Allg. Konzile teil an der höchsten Gewalt über die Gesamtkirche Can. 228 § 1 und an der Unfehlbarkeit Can. 1323 § 1; sie sind „wahre Lehrer und Meister“ auf Plenar- und Provinzialkonzilien, in und außer der Diözesan synode, aber mit Jurisdiktionsgewalt nur für das betreffende Gebiet. Für die Verwaltung des Predigtamtes (durch einen Bischof) in einem fremden Gebiete genügt die Zustimmung des Ortsordinarius, selbst die bloß vermutete („consensus praesumptus“) Can. 349 § 1 n. 1; 239 § 1 n. 3. — Sache des Bischofs ist es, „neue Erscheinungen,

Diffenbarungen, Gesichte, Prophezeiungen, Wunder, neue Andachten“ auf ihren wahren Wert zu prüfen und die Entscheidungen hierüber zu veröffentlichen Can. 1399 n. 5; 1385 § 1 n. 2; vgl. Breviarium Rom. d. 11. Febr. lect. V (Sourdes); S. Off. d. 22. Apr. 1914: Dekret gegen den Priester César Bachère, worin die Verfügungen des Bischofs von Poitiers vollauf bestätigt wurden (ME. 26, 108); S. Off. d. 27. Oct. 1887 betr. die Erscheinungen von Mettenbuch, Bisium Regensburg, wodurch die Anordnungen des Bischofs von Regensburg bestätigt wurden (Regensburger BDBl. 1888, Beilage; 1879 Beilage; 1885 S. 79—80). — Theologische Streitfragen sollen nicht leicht auf den Provinzialkonzilien, noch weniger auf den Diözesansynoden oder von den einzelnen Bischöfen entschieden werden, Prosper Fagnanus, gest. 1678, in seinem berühmten Werke „Ius canonicum seu commentaria“ ad c. „Sicut olim“ 25. De accusationibus (V 1); Benedikt XIV. in Syn. l. 7 c. 1 n. 1; vgl. Can. 290, wo gesagt wird, daß man „auf die Beilegung von Streitigkeiten“ hinwirken soll.

II. Die Verkündigungspflicht bringt auf seiten aller Menschen mit sich die göttlich-rechtliche Pflicht, „sich die Wahrheit („evangelica doctrina“) rechtmäßig anzueignen und der wahren Kirche Gottes beizutreten“ Can. 1322 § 2; freilich entspricht die Aneignung der Fassungskraft des einzelnen Can. 752.

III. Wer sich der katholischen Kirche angeschlossen hat, muß einerseits die eigentlichen Lehrsätze (dogmata) im Glauben, die übrigen Glaubensverordnungen der Kirche im Glaubensgehorsam umfassen.

1) „Mit göttlichem und katholischem Glauben muß alles das für wahr gehalten werden, was in Gottes geschriebenem oder überliefertem Worte enthalten und von der Kirche als von Gott geoffenbart zu glauben vorgelegt ist.“ Letzteres geschieht „entweder durch das feierliche Urteil oder durch die ordentliche Lehrbetätigung der Gesamtkirche“ Can. 1323 § 1. „Ein solches feierliches Urteil zu verkünden, eignet einerseits dem Allg. Konzil anderseits dem Papste, wenn er als oberster Lehrer endgültig (ex cathedra) spricht“ § 2. „Nichts kann man als dogmatisch erklärt oder entschieden betrachten, wenn es nicht offenkundig zutage tritt“ § 3.

Der § 1 des Can. 1323 ist wörtlich dem Vatikan. Konzil entnommen, sess. 3 cp. 3 n. 4. Der wichtige Can. 1323 soll in Kürze erklärt werden. a) „Mit göttlichem Glauben“ (fide divina) muß umfaßt werden, was Gott zu glauben geoffenbart hat; „mit katholischem Glauben“ (f. catholica) jenes, was die Kirche zu glauben vorstellt als Glaubenswahrheit für alle. — b) Ein Glaubenssatz (dogma) wird in doppelter Weise

den Gläubigen vorgestellt auf dem außerordentlichen Wege der feierlichen Entscheidung, sei es durch ein Allg. Konzil, sei es durch die endgültige Entscheidung des obersten Lehrers in der Kirche des Papstes oder auf dem ordentlichen Wege der Übereinstimmung des kirchlichen Gesamtlehrkörpers („ordinaria et universali magisterio“); vgl. auch das Schreiben Pius' IX. „Tuas libenter“ an den Erzbischof von München-Freising vom 21. Dez. 1863 (D-B n. 1683). — c) Erhebt sich ein Zweifel, ob ein Satz dogmatisch entschieden (an, „res sit dogmaticae declarata seu definita“ Can. 1323 § 3), so steht die Rechtsvermutung für die Freiheit so lange, bis das Gegenteil unzweifelhaft feststeht („nisi id manifeste constiterit“). Die Ungültigkeit der „Englischen Weihen, ordinationes anglicanae“ wurde dogmatisch entschieden durch das Schreiben Leo's XIII. „Apostolicae curae“ v. 13. Sept. 1896; man hält das für eine „Entscheidung ex cathedra“. Dagegen sind die Sätze des Syllabus Pius' X., sowie auch die grundsätzlichen Aufstellungen des Roderz, z. B. in den Cann. 1068 § 1; 1076 § 3 und 1043; 1118 ff. keine dogmatischen Entscheidungen, soweit sie es nicht schon früher waren. Micheliß hält in seiner „Erklärung zur Modernisten-Enzyklika“ 1908 S. 141, 149 sowohl die GE. des Syllabus Pius' X. als auch die Grundsätze der Eng. „Pascendi“ vom 8. Sept. 1907 für Kathedralentscheidungen, und zwar auf Grund des Motu proprio „Praestantia Scripturae“ v. 18. Nov. 1907; mit Unrecht, wie die Bestrafung der Schuldigen klar ergibt, D-B n. 2114; vgl. 2001—2114.

2) Die dogmatischen Lehrsätze (dogmata) sind, weil durch das unfehlbare Lehramt der Kirche entschieden, unabänderlich; doch gibt es in der katholischen Kirche begreiflicher Weise noch eine Menge anderer Lehrsätze, welche, wenn sie vom kirchlichen Lehramt in Konstitutionen oder Dekreten vorgeschrieben oder verworfen wurden, von allen Gläubigen in Glaubensgehorsam anzunehmen oder zu verwerfen sind. Der Grad der Verwerfung ist ein verschiedener, je nachdem die irrtümlichen Meinungen sich dem ausgesprochenen Gegensatz zu einem Dogma mehr oder minder nähern Can. 1324. Wer einen solchen vom kirchlichen Lehramt aufgestellten Lehrsatz leugnet; ist noch kein Irrgläubiger (haereticus), aber er sündigt schwer gegen den Glaubensgehorsam; ebenso wer eine vom kirchlichen Lehramte verworfene Lehre hartnäckig lehrt oder verteidigt; geschah die Verwerfung vom Apostolischen Stuhle (Can. 7) oder von einem Allg. Konzil, so treten die Strafen des Can. 2317 ein: Verbot der Verkündigung des Wortes Gottes, des Beichthörens, der Lehrtätigkeit; ferner Strafen, die vielleicht das Verbot ausdrücklich vorsieht oder der Ordinarius für notwendig hält; alle diese Strafen sind f. s.

Das kirchliche Lehramt betätigt sich hauptsächlich in der Verwerfung irriger Behrmeinungen; dem entspricht auch die Fassung des Can. 1324. — Die wichtigsten verurteilten Sätze wurden von den Gelehrten mit Angabe der besonderen Note zusammengestellt bei der Erklärung der Konst. Ap. Sedis v. 12. Okt. 1869, Exkommunikationen, Kl. II n. 1 es waren mit dem Kirchenbann bedroht 568 Sätze, dazu kommen die Behrmeinungen, welche Papst Pius X. im Dekrete „Lamentabili“ d. 3./4. Jul. 1907 (65) und in der Enz. „Pascendi“ v. 8. Sept. 1907 im Zusammenhalt mit dem Motuproprio „Praestantia“ vom 18. Nov. 1907 verurteilte. — Es gibt verschiedene Kennzeichnungen des Irrtums; wie propositiones haereticæ, schismaticæ, erroneæ, hæresi proximæ, hæresim sapientes, suspectæ, scandalosæ, blasphemæ, piarum aurium offensivæ, male sonantes, iniuriosæ, temerariæ, christianæ disciplinae relaxativæ, eversivæ, et seditiosæ; vgl. D-B nn. 1288; 1321; 1359; besonders die Irrtümer der Synode von Pistoria verurteilt am 28. Aug. 1794 nn. 1501—1599.

IV. B e k e n n t n i s d e s G l a u b e n s Can. 1325. Der Erwachsene muß die geoffenbarte Wahrheit kennenlernen; diese in der Kirche entweder im Glauben oder wenigstens im Glaubensgehorsam umfassen Cann. 1322—24; endlich dieselbe unter Umständen auch bekennen („profiteri“). Nicht immer ist das Bekennen des Glaubens Pflicht, ja zuweilen ist das Gegenteil geboten zum Nutzen der Kirche oder der eigenen Person Mt 10, 23; A t h a n a s i u s: Apologia de fuga sua (ante medium). Die Pflicht des Bekenntnisses wird im Can. 1325 § 1 grundsätzlich dargelegt, wie folgt: „Die Gläubigen sind gehalten, Christi Glauben offen zu bekennen, so oft ihr Schweigen, ihre Zurückhaltung, ihr Benehmen einer versteckten Glaubensverleugnung, Geringschätzung der Religion, Beleidigung Gottes oder geistliche Gefährdung des Nächsten in sich schließen“; vgl. Can. 2229 § 3 n. 3; 2 Mac 6, 18—31; Apg 4, 19 f. Die Pflicht des offenen Bekenntnisses ist nur dann vorhanden, wenn man die schlimmen Folgen des Schweigens usw. mit Sicherheit voraussehen kann. Falls die O b r i g k e i t nach dem Glauben Fragen stellt, so tritt diese Pflicht nur dann ein, wenn sie b e r e c h t i g t e r w e i s e fragt und wenn die schlimmen Folgen (wie oben) mit Gewißheit zu erwarten sind.

Zu der Verfassung des Deutschen Reichs v. 11. Aug. 1919 lautet Art. 136 III: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse U b e r z e u g u n g zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht nach der Z u g e h ö r i g k e i t zu einer R e l i g i o n s g e s e l l s c h a f t zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine g e s e l l c h a f t l i c h angeordnete statistische Erhebung dies erfordert“. Man beachte i n n e r c

Überzeugung und äußere religionsgesellschaftliche Zugehörigkeit. Nur letztere muß zuweilen bekannt gegeben werden, nämlich a) wenn Recht und Pflichten davon abhängen, z. B. Zuteilung zu Bekenntnisschulen; Vormundsbestellung; Fürsorgeerziehung; Bekenntnispflege in staatlichen Anstalten (Art. 140; 141); b) bei gesetzlich angeordneten Volkszählungen. Bei Beurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen ist die Angabe der Religion beseitigt, Reichspersonenstandesges. v. 6. Febr. 1875/11. Juni 1920, dagegen sind die Standesbeamten angewiesen, statistische Erhebungen auch über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft vorzunehmen, Auskunft aber nur der betr. Rel.-Ges. zu gewähren (§ 82a; AusführungB.D. v. 6. Juli 1920); vgl. Giese F.: „Die Reichsverfassung v. 11. Aug. 1919“⁶ S. 355—57; Sauer Karl: „Das deutsche Personenstandesgesetz in seiner neuen Fassung“ 1925 S. 382 f., 129, 314, 335.

V. A p o s t a s i e, H ä r e s i e, S c h i s m a Can. 1325 § 2. Diese drei Begriffe, welche uns im RR., wie auch in anderen theologischen Fächern des öfteren begegnen, werden hier amtlich erklärt. „A p o s t a t (abtrünnig) ist derjenige, welcher vom christlichen Glauben vollständig sich entfernt; — wer nach dem Empfang der Taufe zwar das Christentum beibehält, aber irgendeine von den mit göttlichem und katholischem Glauben festzuhaltenden Wahrheiten hartnäckig leugnet oder anzweifelt, ist H ä r e t i k e r (Irrgläubiger); — wer endlich sich weigert, dem Papste untertan zu sein oder mit den ihm treuen Mitgliedern der Kirche Gemeinschaft zu pflegen, ist S c h i s m a t i k e r“ Can. 1325 § 2; vgl. Cann. 1240 § 1 n. 1; 2314.

Wegen der Wichtigkeit dieser Begriffe müssen dieselben eingehend erklärt werden. a) „Apostata“ (abtrünnig) wird auch gebraucht im Sinne eines jeden vom kath. Glauben Abgefallenen, mag er das ganze Christentum oder nur ein Dogma oder auch nur die kirchliche Gemeinschaft aufgeben; vgl. Cann. 646 § 1 n. 1 (Ordensleute); 1065 § 1 (Eheschließung). Man redet im Gegensatz zu den Apostatae a f i d e (Glaubensabtrünnige) auch noch von a. a r e l i g i o n e (Ordensabtrünnige i. w. S.) Cann. 644—45; 2385; und von a. a b o r d i n e (Weihabtrünnige) Cann. 211 ff. Nur die apostatae a c h r i s t i a n a f i d e kommen hier in Frage, sei es jene Christen, welche sich dem Judentum, Islam oder Heidentum anschließen, sei es jene, welche die Gottheit Christi oder andere Wahrheiten leugnen, mit denen das Christentum steht und fällt, z. B. die übernatürliche Offenbarung; die Wundermöglichkeit; die Auferstehung des Fleisches 1 Kor 15, 12 ff.; sei es jene, die jede eigentliche Religion preisgeben; vgl. Can. 1099 § 2 („qui sine ulla religione“), wie Freidenker, Monisten, Atheisten, Materialisten, Verf. des Deutschen Reichs Art. 137 VII. — Das Vergehen der Apostasie, der Häresie oder des Schismas ist nur dann gegeben, wenn ein äußere Akt vorliegt Cann. 2228; 2242 § 1, während die S ü n d e auch rein innerlich sein kann.

b) Die Ausdrücke „a. h. sch.“ gelten hier von den eigentlichen Abtrünnigen d. h. jenen, die früher mit Bewußtsein zur kath. Kirche gehört hatten; denn Can. 1325 § 2 betont ausdrücklich „pertinaciter, hartnäckig“, während der Begriff „apostata“ an sich schon das Abfallen in sich schließt. Die gutgläubigen Ungläubigen, Irrgläubigen und Schismatiker bezeichnet der Kodex meist mit „acatholici = Nichtkatholiken“, freilich ohne die Abtrünnigen immer auszuschließen; vgl. „Acatholici“ im Index des kirchl. Gesetzbuches. Doch werden zuweilen die gutgläubigen Katholiken auch „haeretici, schismatici“ genannt im Sinne von „materialiter h., sch.“, z. B. Can. 2027 § 1.

c) Es genügt für die Begriffe „a. h. sch.“, daß ein Getaufter die Voraussetzungen erfüllt, welche Can. 1325 § 2 festlegt; er braucht keiner Sekte sich anzuschließen. Tut er es aber dennoch, so treten die verschärften Strafen des Can. 2314 § 1 n. 3 ein. Das Hindernis der Kettenntnisverschiedenheit tritt nur ein, wenn ein Getaufter einer akatholischen Sekte angehört, ob im guten oder im schlimmen Glauben Can. 1060 ff.; ist er nur abgefallen ohne Anschluß, so gilt Can. 1065; nur die Katholiken, welche nie mit Bewußtsein zur katholischen Kirche gehörten, sind frei von der katholischen Eheschließungsform Can. 1099, vgl. auch Can. 1240 § 1 n. 1.

VI. Religionsgespräche mit Katholiken
Can. 1325 § 3: „Es sollen sich die Katholiken hüten, Religionsgespräche oder Konferenzen, besonders öffentliche, mit Katholiken zu halten, ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhles oder in einem dringlichen Falle der Ortsordinarius.“

Die „Religionsgespräche“ (colloquia, disputationes) sind in der Kirche uralt; schon Augustinus hielt ein solches zu Karthago i. J. 411 mit den Donatisten. Zur Zeit der Glaubensneuerung im 16. Jahrh. fanden viele statt (15 bekanntere), meist ohne Erfolg, ja mit Verschärfung der Gegensätze; nur durch das Religionsgespräch von Leipzig (1519) wurde der Herzog Georg von Sachsen, sowie die Stadt und Universität Leipzig beim katholischen Glauben erhalten. In neuerer Zeit fand ein Religionsgespräch in Rom am 9. und 10. Febr. 1872 statt über Petri Aufenthalt in Rom zwischen den protestantischen Predigern Sciarrelli, Ribetti, Gavazzi und den Katholiken Fabiani, Cipolla und Guidi (Stimmen aus Maria-Vaach, Bd. 2 S. 461—487; Resoconto autentico della disputa . . . intorno alla venuta di S. Pietro in Roma. 1872). Schon die Geschichte lehrt, daß solche Religionsgespräche fast mehr Schatten- als Lichtseiten aufweisen; darum die weise Zurückhaltung des Kodex in Can. 1325 § 3.

a) „Disputationes vel conferentiae“ sind Religionsgespräche oder Erörterungen, die einen in mehr schulmäßiger, die anderen in freierer Form. — b) Verbotten sind ohne die päpstliche bzw. in Dringlichkeitsfällen die bischöfliche Erlaubnis die Religionsgespräche mit Katholiken, also nicht zwischen Katholiken unter sich; ferner können private und gelegentliche Religionsgespräche auch ohne jede Erlaubnis statthaft sein, wenn die naturrechtlichen Voraus-

setzungen für die katholischen Teilnehmer gegeben sind: die Tüchtigkeit und die Gewandtheit der Personen einerseits, die Gewährleistung der Sicherheit für die Darlegung der Wahrheit anderseits. — c) S c h r i f t l i c h e Erörterungen des Glaubens in apologetischer oder polemischer Form sind nicht durch Can. 1325, sondern durch Cann. 1385 § 1 nn. 2 ff. geregelt.

§ 16. Die Verkündigung des Wortes Gottes.

Quellen: Cann. 1327—51; 239 § 1 n. 3; 252 § 1; 335 § 3; 349 § 1 n. 1. 467; 483; 509; 565; 2182—85; 2382. Der Roder behandelt im Tit. 20 „die Verkündigung des Wortes Gottes“ in vier Abschnitten: Grundsätzliches; catechetischer Unterricht; Predigt; Missionen.

A. Grundsätzliches. Cann. 1327—28.

„Das Amt der Verkündigung des katholischen Glaubens ist vorzüglich anvertraut dem P a p s t e für die Gesamtkirche den B i s c h ö f e n für ihre Diözesen“ Can. 1327 § 1. Alle übrigen erhalten von diesen die Bevollmächtigung auf Grund entweder eines besonderen Auftrages oder eines Amtes. „Niemand darf den Predigtdienst ausüben, wenn er nicht vom rechtmäßigen Obern die S e n d u n g (missio) erhalten hat, sei es kraft einer besonderen Vollmacht, sei es kraft eines verliehenen A m t e s, dem nach den Kanones die Aufgabe zu predigen innewohnt“ Can. 1328. Die Verkündigung des Wortes Gottes ist zunächst p e r s ö n l i c h e Pflicht, wie gemäß Trid. sess. 5 c. 2 d. r. et sess. 24 c. 4 d. r. Can. 1327 § 2 erklärt: „Die B i s c h ö f e sind verpflichtet, in eigener Person das Evangelium zu verkünden, außer es besteht ein rechtmäßiges Hindernis; überdies müssen sie — abgesehen von den Pfarrern — noch andere passende Männer zu Hilfe nehmen zur erspriesslichen Besorgung des Predigtamtes.“

Der Auftrag Christi, a l l e V ö l k e r zu lehren Mt 28, 19. 20; Mk 16, 15 Can. 1322 § 2 trifft unbeschränkt die Apostel, sowie den Papst, örtlich beschränkt die Bischöfe. Will ein anderer Geweihter (Bischof, Priester, Diakon) das Lehramt ausüben, so bedarf er hierzu der S e n d u n g (missio canonica, Rom. 10, 12—15), welche unmittelbar oder mittelbar vom Papste oder von den Bischöfen ausgehen muß. — „Munus fidei catholicae praedicandae = das Amt, den katholischen Glauben zu verkünden“ bedeutet die l e b e n d i g e Mitteilung des Wortes Gottes von Mund zu Mund, von Herz zu Herzen, nicht das Verteilen oder Vorlesen von Büchern oder Schriften und umfaßt die Pre-

digti. c. 5., die Katechese und die Lehrtätigkeit der theologischen Wissenschaft. — Die Vorschrift des Trienter Konzils wiedergegeben im Can. 1327 § 2 gilt zunächst für die Bischöfe, dann aber auch für alle Inhaber eines Predigtamtes, wie für die Äbte und Prälaten mit Eigengebiet; für die Apostolischen Vikare und Präfecten, für die Pfarrer und Predigtamtsbenefiziaten. Zwar trifft die rein kirchliche Vorschrift des Can. 1327 § 2 nicht den Papst, aber nicht, wie Arthur Vermeersch in seinem Epitome II n. 663 meint, „damit es nicht den Anschein gewinne, als verlege § 2 des Can. 1327 die allgemeine Regel des Can. 1556: *Prima Sedes a nemine iudicatur*“, da ja der Papst selbst den Kodex erließ, sondern weil eben nur von den Bischöfen die Rede ist. Indes enthält Can. 1327 § 2 eine göttliche Bestimmung, die natürlich auch den obersten Lehrer der Kirche angeht; vgl. Joh 21, 15 ff.; Apg 6, 2; Benedictus XIV. in Syn. dioec. l. 9 c. 17 n. 5. — Schon Papst Innozenz III. zählt in c. 15 De Off. iud. ord. I 31 (Lat. IV.) die Hindernisse auf, welche sich der persönlichen Ausübung des Predigtamtes durch die Bischöfe entgegenstellen: „Vielsältige Beschäftigungen (vgl. aber Apg 6, 2), körperliche Unpäßlichkeiten; feindliche Einfälle und andere Umstände“, zu welchen er zählt den „*defectus scientiae, in eis reprobatus omnino nec de cetero tolerandus*“, in heutiger Zeit nicht mehr zu befürchten Can. 331 § 1 n. 5.

B. Der katechetische Unterricht.

Quellen: Cann. 1329—36; Pius XI. in Motuproprio d. 29. Jun. 1923 (AAS. 15, 327 sq.); Nie. Hilling: CJC. Supplementum (1925) pag. 200; Epistola SC. SU. d. 8. Sept. 1926 (AAS. 18, 453—55).

An die Spitze stellt der Kodex die Pflicht des katechetischen Unterrichts. „Die Sorge für den katechetischen Unterricht des christlichen Volkes eignet als überaus wichtige Pflicht besonders den Seelenhirten“ Can 1329.

Der katechetische Unterricht gehört selbstverständlich zur Verkündigung des Wortes Gottes, indes hat er besondere Merkmale, daß er nämlich weniger Gebildeten (Katechumenen, Kindern, ungebildeten Erwachsenen) in dem Wissensnotwendigen (Glaubenswahrheiten; Pflichten; Gnadenmittel) und auf leicht faßliche Weise geboten wird. Wer verpflichtet ist, den katholischen Glauben zu verkünden, der ist an sich auch verpflichtet, den katechetischen Unterricht zu bieten, wie wir ja vom Beginne des Christentums bis auf unsere Tage hervorragende Bischöfe in diesem Berufe tätig finden 1 Kor 3, 1 f.; Hbr 5, 11—14 (Paulus) Cyrill von Jerusalem in seinen 23 Katechesen (347—48); Augustinus in seinem Büchlein De catechizandis rudibus (400); Franz von Sales; Joh. Mich. Sailer und sein Weihbischof Gg. Mich. Wittmann; Dupanloup u. a. Doch liegt dieses hochwichtige Amt begreiflicherweise auf den Schultern der Pfarrer, der unmittelbaren Seelenhirten des Volkes, und

Missionäre Cann. 1329—30; 216 § 1; 451 § 2 n. 1; 467 § 1. Durch Beantwortung von drei Fragen an der Hand des Kodex wird diese Pflicht besser erfasst: Wem ist der katechetische Unterricht zu bieten? Von wem? Wie?

I. Der katechetische Unterricht muß dargeboten werden bei Gelegenheit des Empfanges der Beicht; der Firmung; der ersten heiligen Kommunion; der Sonn- und Festtage und dann gewissen Klassen von Menschen. „Der Pfarrer muß: 1) zu bestimmten Zeiten in einem zusammenhängenden Unterricht von mehreren Tagen die Kinder zum würdigen Empfang der Sakramente der Buße und Firmung jedes Jahr vorbereiten. — 2) mit ganz besonderem Eifer, besonders zur Fastenzeit, wenn kein Hindernis besteht, die Kinder so unterrichten, daß sie in heiliger Weise das Altarssakrament empfangen“ Can. 1330. Außerdem „unterlasse es der Pfarrer nicht, die Erstkommunikanten ausgiebiger und vollkommener durch Katechismusunterricht auszubilden“ Can. 1331. — 3) „An den Sonn- und anderen gebotenen Feiertagen muß noch dazu der Pfarrer den erwachsenen Gläubigen in einer ihrer Fassungskraft entsprechenden Weise den Katechismus erläutern zu einer Stunde, die ihm für die zahlreiche Beteiligung des Volkes passender erscheint“ Can. 1332. — 4) Katechetischer Unterricht muß noch geboten werden den Laienbrüdern, den Laiennovizen und Hausgenossen der Orden und Kongregationen Cann. 509 § 2 n. 2; 565 § 2; entsprechend auch Ordensfrauen und Schwestern Can. 490; ebenso den Volks- und Mittelschülern Can. 1373, namentlich den Bürglingen des Knabenseminars Can. 1364 n. 1.

a) Zwar bedeutet der Begriff „Puer“ zunächst das Kind vor dem siebenten Lebensjahre, indes ist hier das Wort nach den Vorschriften für die einzelnen Sakramente zu nehmen, also gemäß Cann 854 (Kommunion); 901 und 906 (Beicht); 788 (Firmung), sobald der Verknüpfung erlangt ist. — b) Ein eigener Firmungs- und Kommunionunterricht ist eigentlich nur einmal im Leben verlangt, wahrscheinlich auch der Beichtunterricht (bei der ersten Beicht), indes empfiehlt sich die jährliche Durchnahme des Beicht- und Kommunionunterrichtes („singulis annis“). — c) Da in Deutschland ein strenger Schulzwang besteht und der Religionsunterricht in den meisten Schulen ordentliches Lehrfach ist, Deutsche Verfassung Art. 145 und 148, so ist die Durchführung der kanonischen Vorschriften (wie oben) leicht gemacht, weshalb auch mehr geleistet werden kann und wird; vgl. die Lehrordnung

j. d. bay. Volksschulen, Vt. des U.-u. R.-Min. v. 15. Dezember 1926 (Pfarramtsblatt 1927 S. 28 ff.). — d) Das christliche Volk soll die Möglichkeit haben, an den Christenlehren teilzunehmen um durch katechetische Predigten im übernatürlichen Wissen und Wollen gefördert zu werden.

II. Immer und immer wieder betont der Roder die Pflicht (das Recht) des Pfarrers Cann. 1329—33; 467 § 1; 415 § 2 n. 1, freilich im weiteren Sinne, so daß alle Verweser, Vikare, Hilfspriester („vicarii“ Cann. 471—78) eingeschlossen sind Cann. 451 § 2; 476 § 6. Indes sorgt der Roder noch für weitere Helfer in der Person der Geistlichen, Laien und Ordensleute.

Wenn der Pfarrseelsorgerfluß nicht hinreichen sollte, so kann und muß („potest, imo-legitime impeditus-debet“) der Pfarrer „die Mitarbeit der im Pfarrgebiet wohnenden Geistlichen in Anspruch nehmen“ Can. 1333 § 1. Doch können diese ablehnen, wenn „ein rechtmäßiges Hindernis sie entschuldigt“ (Can. 128), wie Inanspruchnahme durch den eigenen Beruf, Alter, Kränklichkeit usw. Weigern sich Priester oder andere Kleriker ohne Grund, so können sie vom Ordinarius auch bestraft werden f. s. Can. 1333 § 2.

Im Falle der Not muß der Pfarrer „fromme Laien zu gewinnen suchen“, besonders Mitglieder des Vereines „Christenlehre“ oder ähnlicher frommer Vereine der Pfarrei.

Die Bruderschaft der „Doctrina christiana = Christenlehre“, gegründet zu Rom 1560, bestätigt von Papst Pius V. 1571, soll wie jene des Heiligsten Sakramentes in keiner Pfarrei fehlen Can. 711 § 2. In den Missionen, Großstädten, Fabrikorten usw. ist die Mitwirkung der Laienkatecheten beiderlei Geschlechts geradezu unentbehrlich (Laienapostolat, „innere Mission“); in den Missionen entfalten die Katechisten und Katechistinnen (ältere weibliche Personen), tüchtig geschult, eine weit umfassende, segensreiche Wirksamkeit, Directorium-Seoul nn. 109—113. — Eng. Pius' XI. „Rerum Ecclesiae gestarum“ d. 28. Febr. 1926 (AAS. 18, 78). — Unzweifelhaft sind in unseren Gebieten Lehrer und Lehrerinnen katholischer Lebensauffassung die besten Helfer der Seelsorger, und jene hintwiederum haben des öfteren erklärt, daß sie die Einflußnahme auf die Kinder durch Katechismus und Bibelunterricht nicht missen wollten. — Wichtig ist Art. 149 II der Deutschen Reichsverf.: „Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, — die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat“.

Die Hilfe der männlichen und weiblichen *Religiosen* zum katechetischen Unterricht kann schon in den Konstitutionen vorgesehen sein; wenn nicht, so wird sie geregelt durch Can. 1334: „Wenn nach dem Urteil des Ortsordinarius die Hilfe der Religiosen zum katechetischen Unterricht des Volkes notwendig ist, so sind die Religiosenobern, auch die *exemten* wenn sie der Ortsordinarius ersucht, gehalten, in eigener Person oder durch ihre untergebenen Religiosen die Christenlehre dem Volke zu bieten, namentlich in ihren eigenen Kirchen, freilich ohne Schädigung der klösterlichen Ordnung“ Can. 1334.

Eine Verpflichtung zur Katechese des Volkes für die Religiosen tritt nur ein: a) im Notfalle; b) auf Ersuchen des Ortsordinarius; c) ohne Gefährdung des Ordenslebens („*disciplina regularis*“); d) zunächst in den eigenen Kirchen der Religiosen. — Freiwillig kann die Katechese übernommen werden auch auf Ersuchen des Pfarrers. — Haben die Religiosen selbst *Pfarreien*, so gelten für deren Pfarrseelsorge die Vorschriften der Cann. 1330—34; 630, 631 § 2. — Auch kann jeder *Kirchenvorstand* („*rector ecclesiae*“) vom Ortsordinarius zum katechetischen Unterricht angehalten werden Can. 483 n. 1, freilich unter Einhaltung des Can. 1334, wenn es sich um *exempte* Religiosen handelt.

III. Wie der katechetische Unterricht nutzbringend gestaltet werden kann und soll, das deuten an die beiden Cann. 1335 und 1336. Der Pfarrkatechet soll den Unterricht erteilen in Fühlungnahme mit den Erziehungsberechtigten: „mit den Eltern, deren Stellvertretern, auch den Herrschaften und Paten; denn diese sind verpflichtet, für den katechetischen Unterricht ihrer Untergebenen und Pflegebefohlenen zu sorgen“ Can. 1335. Die Eltern sind die geborenen Katecheten ihrer Kinder, und soweit ihre Kräfte nicht reichen, müssen sie Sorge tragen, daß dieser Unterricht möglichst gut durch andere geschieht Can. 1113; die Pflicht der Stellvertreter und Herrschaften betont Can. 1372 § 2; den Paten der Taufe und Firmung wird diese Pflicht auch durch die Cann. 769 und 797 ans Herz gelegt. Ist zwischen den Katecheten und dem Elternhaus der richtige Einklang vorhanden, so erübrigt nur, daß die *Diözesanvorschriften* auf diesem Gebiete, welche auch die *exemten* Religiosen beim Unterricht der Nichtegeten binden, genau befolgt werden. Die Aus- und Fortbildung der Katecheten

(Katechisten); den Katechismus selbst; Zeit und Ort der Christenlehre unterweisung usw., dieses alles („omnia“) bestimmt der Ortsordinarius für sein Gebiet Can. 1336; er ist es auch, welcher in eigener Person oder durch Stellvertreter den katechetischen Unterricht und die Christenlehre überwacht Cann. 336 § 2; 1382.

Beachtenswert ist hier die Bestimmung der deutschen Verfassung vom 11. Aug. 1919 Art. 149 I: „Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt“. In diesem Satze wird ein doppeltes Aufsichtsrecht festgelegt: ein Recht der Religionsgesellschaft, welche die Übereinstimmung des Religionsunterrichtes mit den eigenen Grundsätzen prüft und überwacht nach der inhaltlichen und formellen Seite, und ein Aufsichtsrecht des Staates hinsichtlich der Einordnung des Religionsunterrichtes in den Schulbetrieb. Das Bayer. Konkordat 1924/25 enthält über die Erteilung und Überwachung des Religionsunterrichtes in den Schulen richtige und wichtige Verfügungen in den Art. 5—8. So lautet z. B. Art. 8 § 1: „Die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten werden der Kirche gewährleistet“. In der „Begründung zum Konkordat“ finden sich zu Art. 8 folgende Bemerkungen: „Das staatliche oberste Aufsichtsrecht bleibt unberührt. Auf § 28 des Bayer. Gesetzes über Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht an den Volksschulen v. 1. Aug. 1922 wird verwiesen“, so daß der III. Art. 149 I Rechnung getragen ist.

C. Die Predigt.

Durch alle Jahrhunderte tönt das Wort des Apostelfürsten Petrus Apg. 6, 2. 4: „Es ist nicht recht, daß wir das Wort Gottes verlassen.“ Nein, „wir werden uns dem Gebete und dem Worte Gottes weihen“ (1 Kor 1, 17). Dieses „Hauptamt der Bischöfe“ (Trid. sess. 5 c. 2 d. r.) fand stete Beachtung auf den Konzilien und in den Weisungen der Päpste; aus neuester Zeit sei hingewiesen auf Leo XIII. in der Enz. der SCEE. et RR. v. 31. Jul. 1894 an die Oberhirten Italiens; auf Pius X. in seinem Motuproprio „Sacrorum Antistitum“ v. 1. Sept. 1910; auf Benedikt XV. in seiner Enz. „Humani generis“ v. 15. Juni 1917 (ME. 29, 237—247). Die rechtlichen Vorschriften dieser beiden Päpste finden sich vereint in den Cann. 1337—1348, welche in fünf Abschnitten behandeln: Verleiher; Empfänger der Predigtvollmacht; Pflicht; Gegenstand der Predigt; die Predigthörer.

I. Verleiher der Predigtvollmacht Can. 1337—41. Die hier gegebenen Bestimmungen erinnern sehr lebhaft an jene der Reichsjurisdiction Can. 873, doch besteht, wie wir sehen werden, ein kleiner Unterschied bezüglich der exempten Religiösen. Dies vorausgeschickt stellen wir den Hauptsatz auf: Wie der Ortsordinarius in seinem Gebiete die Lehrgewalt besitzt, so erteilt er allein dieselbe auch allen anderen Can. 1337.

1) Ortsordinarius ist auf dem ganzen Erdfreis der Papst; Ortsordinarien sind in ihrem Gebiete die Residenzbischöfe; die Äbte und Prälaten mit Eigengebiet; ihre Vertreter (Generalvikare und Administratoren, Kapitelvikare); die Apostolischen Vikare oder Präfekten Can. 198.

2) Der Ortsordinarius allein verleiht die Vollmacht zu predigen („concionari“) d. h. zu einer größeren oder geringeren Menge des Volkes das Wort Gottes zu verkünden kraft des göttlichen Auftrages, also im Namen Gottes und der Kirche. Zum Predigen gehört eine gewisse Feierlichkeit gegenüber dem reinen Privatgespräch; doch gehört zum Wesen der Predigt, daß der Redner als Stellvertreter Christi spricht 2 Kor 5, 20. Ein kirchlicher Würdenträger kann in gemüthlicher Rede geistliche Gegenstände, z. B. vor Ordensleuten, besprechen; ein Abgeordneter muß im Reichstag die Verteidigung des kirchlichen Glaubens übernehmen, wie z. B. des Kulturkampfes. Beide predigen nicht, wollen nicht predigen.

3) Wer im Gebiete des Ortsordinarius predigen will, muß die Vollmacht des Ortsordinarius haben; ausgenommen sind: a) die Kardinäle, welche die Vollmacht besitzen, „überall das Wort Gottes zu predigen“ Can. 239 § 1 n. 3; — b) die Bischöfe, welche in einem fremden Gebiete nur der Zustimmung des Ortsordinarius bedürfen, wobei selbst eine auch nur vermutete genügt Can. 349 § 1 n. 1 und die in ihrer Diözese ohne weiteres auch in exempten Kirchen zu predigen das Recht haben Can. 1343; — c) die Ordensobern der exempten Klerikalgenossenschaften nach Anweisung ihrer Konstitutionen, wenn sie predigen einzig vor ihren Mitbrüdern, Novizen oder Hausgenossen (Can. 514 § 1); ebenso

in der gleichen Lage die von ihnen Bevollmächtigten der eigenen oder einer fremden Genossenschaft oder der Weltgeistlichen, vorausgesetzt, daß diese von ihrem Ordinarius und die fremden Religiosen von ihrem Obern für tauglich erklärt wurden Can. 1338 § 1.

4) Die Tauglichkeitserklärung Can. 1340. Einer Tauglichkeitserklärung bedarf es nicht für die Kardinäle und Bischöfe, wo immer sie predigen und an wen immer sie das Wort Gottes richten; die Obern der exemten Alerikalgenossenschaften, soweit sie ihren Untergebenen predigen. In diesen Fällen bürgt die Würde und Stellung für die Tauglichkeit. Sonst aber gilt die Vorschrift des Can. 1340: „Der Ortsordinarius oder Religiosenobere dürfen — hierin ist ihr Gewissen schwer gebunden — niemandem die Vollmacht oder Erlaubnis zu predigen erteilen, wenn nicht schon vorher das Wohlverhalten und das genügende Wissen desselben auf Grund einer Prüfung oder der sicheren Erfahrung klar zutage trat Cann. 1340 § 1; 877 § 1 (Approbation für den Beichtstuhl). „Sollten sie nach erteilter Vollmacht oder Erlaubnis erfahren, daß die notwendigen Eigenschaften in dem Prediger vermißt werden, so müssen sie Vollmacht oder Erlaubnis widerrufen; erscheint das Wissen zweifelhaft, so müssen sie durch sichere Beweismittel den Zweifel verscheuchen, wenn notwendig, auch durch eine neue Prüfung“ Can. 1340 § 2. Der vom Widerruf Betroffene hat das Recht des Rekurses, jedoch ohne Aufschub des Widerrufs § 3, d. h. bis zum neuen Entscheid muß er sich der Predigens enthalten.

5) Überblick über die Erfordernisse der einzelnen Prediger: a) Ein Weltgeistlicher braucht in seiner Diözese die Predigtvollmacht („*facultas, missio*“) auf Grund der Tauglichkeitserklärung, beides von seinem Ortsordinarius Can. 1337; 1340.

b) Ein Weltgeistlicher braucht zum Predigen in einer fremden Diözese die Erlaubnis („*licentia*“ Can. 1341 = *facultas* Can. 1337) vom Ortsordinarius des Predigtortes; die Tauglichkeitserklärung (über „*doctrina, pietas, boni mores*“) von seinem eigenen Ordinarius, dessen Gewissen belastet wird zum Zeugnis der Wahrheit; dieser Er-

klärung bedarf es nicht bei Predigern, deren Tauglichkeit dem Ordinarius des Predigtortes bekannt ist Can. 1341 § 1.

Zur Erlangung der Erlaubnis vom Ordinarius des Predigtortes gibt Can. 1341 treffliche Anweisungen: „Rechtzeitig muß der Pfarrer die Erlaubnis erbitten, wenn es sich um die Pfarrkirche oder eine dem Pfarrer unterworfenen Kirche handelt; der Kirchenvorstand, wenn die Kirche unabhängig ist vom Pfarrer; die erste Dignität mit Zustimmung des Kapitels für eine Kapitelskirche; der Leiter oder Kaplan einer Bruderschaft, wenn eine eigentliche Bruderschaftskirche in Frage kommt“ § 2. — Kommen für eine Kirche mehrere Berechtigte in Frage, z. B. „eine Pfarrkirche, die zugleich Kapitels- oder Bruderschaftskirche ist, so hat der die Wittschrift einzureichen, der die heiligen Verrichtungen berechtigterweise vollzieht“ § 3; vgl. Can. 415 § 2 n. 1. — Handelt es sich um Predigten im Freien (sub divo), so wird wohl in den meisten Fällen der Pfarrer des Gebietes die Erlaubnis erhalten, z. B. bei Missionen, Primizen. — Vor der deutschen Vf. v. 11. Aug. 1919 gab es manche staatliche Schranken für die Ausübung des Predigtamtes, so bei Predigten im Freien, durch Ausländer oder Mitglieder nicht „rezipierter Orden“; nunmehr gilt Hf. Art 123: „Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldspflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.“

c) Ein Weltgeistlicher braucht zum Predigen vor exemten Religiosen (mit Ausschluß der anderen Hörer) die Vollmacht des Obern (facultas, missio pontificia per Superiores) mit der Tauglichkeitserklärung des eigenen Ordinarius Can. 1338.

Hat ein Weltgeistlicher die Vollmacht von seinem Ortsordinarius, so darf er in einem exemten Kloster seiner Diözese ausschließlich vor den exemten Religiosen nur dann predigen, wenn er von diesen Religiosen eingeladen wird; in einer fremden Diözese bedarf er der Vollmacht entweder des Ortsordinarius oder des Ordensobern Cann. 1337; 1338; 1343 § 1; 874 ff.

Predigt ein Weltgeistlicher zugleich vor exemten Religiosen und anderen Personen; predigt er vor nicht exemten Religiosen oder vor Mitgliedern einer exemten Laiengenossenschaft allein, so muß er ausgerüstet sein, wie wenn er vor Weltleuten predigen würde (oben Fälle a und b), doch bedarf er der Zustimmung (assensus) des exemten Laienobern Can. 1338 § 3, bzw. der Einladung des nicht exemten Obern. Predigt ein Weltgeistlicher vor Klosterfrauen oder Ordensschwestern, so gilt das Gleiche, nur bedarf er bei dem

Ordensobern („Superior regularis“) unterworfenen Klosterfrauen auch der Erlaubnis dieses Regularobern Can. 1338 § 2.

d) Der *exemte* Ordensgeistliche (i. w. E. von Alerikalgenossenschaften) bedarf für die Predigten vor seinen Mitbrüdern allein nur der Tauglichkeitserklärung und Vollmacht seines zuständigen *Obern* Cann. 1338 § 1; 1340. Ein Ordensgeistlicher einer andern Genossenschaft bedarf der Tauglichkeitserklärung seines *Obern* (bei Exemten) oder seines Ordinarius (sonst) Cann. 1338 § 1; 1340; 877.

e) In allen übrigen Fällen gelten die oben aufgestellten Sätze entsprechend für die Predigten, welche *exemte* oder nicht-*exemte* Religiösen an Weltleute, Religiösen, Klosterfrauen oder Ordensschwestern halten, nur benötigen sie in allen diesen Fällen der Erlaubnis ihres *Obern* Can. 1339 § 2. Eine besondere Bestimmung, herübergenommen von der Bevollmächtigung für das *Bußsakrament* Can. 874 § 2; 880 § 2, enthält Can. 1339 § 1: „Die Ortsordinarien dürfen den Religiösen, welche vom eigenen *Obern* vorgeschlagen werden, die Predigtvollmacht ohne gewichtigen Grund nicht versagen; auch die erteilte Vollmacht nicht widerrufen, besonders allen Priestern eines Religiösenhauses auf einmal zu gleicher Zeit, freilich bleibt die Vorschrift des Can. 1340 in Kraft“, welche bei den einzelnen genaue Prüfung verlangt, einen Widerruf ermöglicht und eine Nachprüfung gestattet.

Eine gewisse *Beschränkung* der Predigtvollmacht enthält Can. 1343 § 2: „Der *Bischof* kann verbieten (außer in Großstädten), daß in anderen Kirchen des Ortes und der Zeit Reden an die Gläubigen gehalten werden, wo und wann er selbst predigt oder er in seiner Gegenwart aus öffentlichem und außerordentlichem Grunde mit besonderer Einladung der Gläubigen eine Predigt halten läßt.“

a) *Großstädte* („magnae civitates“) sind sicher solche mit mehr als 100 000 Einwohnern, ohne Rücksicht auf deren Glauben. — b) „Reden an die Gläubigen“ schließen nicht in sich Exerzitien, Ansprachen an Geistliche, Ordensleute. — c) Umfassender ist das Verbot, wenn der *Bischof* selbst den Gläubigen predigt. Da gibt es nur eine Ausnahme: Die Predigt in einer *Großstadt*. Läßt dagegen der *Bischof*

in seiner Gegenwart eine Predigt abhalten, so ist eine Predigt in einer andern Kirche desselben Ortes auch dann erlaubt, wenn keine außerordentliche, die Öffentlichkeit berührende Ursache mit Einladung an das gläubige Volk dazu Anlaß bot. Bei den Predigten des Advents oder der Fastenzeit, welchen der Bischof anwohnt, ist in der Regel kein Verbot gegeben, zu gleicher Zeit auch in anderen Kirchen zu predigen; vgl. *Benedikt XIV.* De Synodo l. 9 c. 17 n. 7. — Man beachte überhaupt, daß das Verbot des Can. 1343 § 2 nicht l. s., sondern f. s. ist, d. h. daß es der Bischof eigens auflegen muß. — Was hier dem Bischofe zukommt, gilt nicht in gleicher Weise von seinem Generalvikar, vom Kapitelvikar oder Administrator, auch nicht vom Weihbischof oder Koadjutor, dagegen vom Abt und Prälat mit Eigengebiet in diesem Can. 323 § 1, wohl auch von den Kardinälen, den päpstlichen Gesandten (Nuntien) und dem eigenen Metropoliten Can. 347, wenn der Diözesanbischof die Verordnung trifft.

Durch die Cann. 1337—41 wurde die Vollmacht zu predigen gegenüber dem früheren Rechte eingeschränkt; dabei soll aber die Seelsorge keinen Schaden leiden und die Ortsordinarien nicht überlastet werden. Darum ist die Praxis mancher Diözesen nicht zu mißbilligen, wodurch den Pfarrern, namentlich in Grenzgebieten und in Einzelfällen die Befugnis eingeräumt ist, die Predigtvollmacht im Namen des Ortsordinarius zu erteilen, freilich nur solchen Priestern, die in ihren Diözesen oder in ihren exemten Klöstern die gleiche Vollmacht besitzen.

II. Empfänger der Predigtvollmacht Can. 1342. Den Kardinälen und Bischöfen ist die Predigtvollmacht vom Rechte eingeräumt: ersteren ohne Einschränkung Can. 239 § 1 n. 3; letzteren mit der Auflage, daß sie nur mit Zustimmung des Ortsordinarius („consensus saltem praesumptus“) sie ausüben Can. 349 § 1 n. 1.; ebenso räumt das Recht die Predigtvollmacht allen sonstigen Ortsordinarien ein, aber nur in ihrem Gebiete, ebenso den exemten Ordensobern gegenüber ihren Untergebenen Cann. 1337—38 (wie oben). Abgesehen von dieser Rechtsbestimmung gibt Can. 1342 an, welchen Geistlichen die Predigtvollmacht gewährt werden kann und darf: 1) Den Priestern; 2) den Diakonen; 3) den übrigen Klerikern, aber diesen nur aus einem vernünftigen Grunde, nach dem Urteil des Ordinarius und in eigens gelagerten Fällen „in casibus singularibus“. In diesen drei Fällen muß jedoch die Tauglichkeit des

Geistlichen vorhanden sein gemäß Can. 1340, sowie die *Vollmacht* seitens des Ortsordinarius (Superior exemptus). Nicht der Pfarrer kann die Vollmacht mehr geben, sondern nur der Ordinarius.

„Das Predigen in der Kirche ist allen Laien untersagt, auch den Religiösen“ Can. 1342 § 2; vgl. die Frage 37, welche den Wiclefiten und Hussiten vorzulegen war, D-B 687. Demnach könnte der Ordinarius in besonderen Umständen, aus vernünftigem Grunde z. B. den tauglich befundenen Seminaristen oder Priesterkandidaten des Ordensstandes (Nicht-Kleriker) in einer halböffentlichen Kapelle das Predigen gestatten, — niemals aber in einer Kirche, öffentlich en Kapelle (Can. 1191 § 1) oder im Freien (vgl. Can. 1249). Das Verbot der Laienpredigten (auch der Mönchepredigten) hat schon Papst Leo I. 453 ausgesprochen c. 19 C 16 q. 1.

III. **Predigtspflicht** Cann. 1344—46. Nicht handelt es sich hier um die Predigtverpflichtung im allgemeinen, welche den Gl. Vater, die Residenzbischöfe und die für diese eintretenden Bevollmächtigten trifft; hier handelt es sich hauptsächlich um die Predigtspflicht als Teil der unmittelbaren Seelsorge, und zwar die Pflicht der Pfarrer, der Kirchenvorstände, der Dom- und Pfarrkirchen; der Gläubigen.

1) Jeder Pfarrer hat die ihm eigene Pflicht, „an den Sonn- und den übrigen gebotenen Festtagen das Wort Gottes dem Volke zu verkünden, namentlich in der halb der Messe, bei welcher der größere Volkszulauf zu sein pflegt“ Can. 1344 § 1.

a) Pfarrer ist hier wieder im weiteren Sinne zu verstehen gemäß Can. 451. — b) Die Predigtspflicht obliegt dem Pfarrer persönlich so, daß er zwar hie und da sich vertreten lassen darf, ständig („habitualiter“) aber nur dann, wenn den rechtmäßigen Entschuldigungsgrund der Ordinarius gebilligt hat Cann. 1344 § 2; 1327 § 2. — c) Jeder Sonntag und Festtag ist Predigttag, doch kann der Ordinarius erlauben, daß an einigen Hochfesten, oder auch aus rechtmäßigem Grunde an einigen Sonntagen, die Predigt unterlassen werde Can. 1344 § 3. Solche Festtage sind z. B. jene mit besonderer Liturgie, wie Weihnachten, Ostern, Fronleichnam; die Sonntage der Erntezeit könnten sich zur Dispense empfehlen. Doch kann die Dispense nur der Ordinarius für immer oder im Einzelfalle gewähren. — d) Die passendste Zeit ist

innerhalb jener Messe, welche den größten Besuch des Volkes aufweist; freilich dürfte dieser gerade durch ansprechende Predigten erreicht werden. — e) Can. 1344 § 1 fügt noch bei „*consuetudo homilia*“. Dieser Ausdruck kann bedeuten „in gewöhnlicher Predigtform“, nämlich wie das Tridentinum in sess. 5 c. 2 d. r. betont „*pro sua et earum capacitate . . . cum brevitatem et facilitatem sermonis*“, also in einer kurzen und verständlichen Predigt im Gegensatz zu den getragenen Ausführungen der geistlichen Redner; oder „in der gewöhnlichen Homilie“, d. i. in der einfacheren Evangelienauslegung.

2) Die zweite Predigtspflicht ist nur dann gegeben, wenn und insoweit der Ortsordinarius sie vorschreibt. Zunächst ist es „Wunsch der Kirche, daß in den Messen vor den Gläubigen an den gebotenen Festtagen (also auch den Sonntagen Can. 1247) in allen Kirchen und öffentlichen Kapellen (Can. 1188 § 2 n. 1) eine kurze Auslegung des Evangeliums oder eines Gebietes der Christenlehre statthabe. Hat der Ortsordinarius hierin bindende Weisungen gegeben, so verpflichtet diese Vorschrift nicht nur die Weltpriester, sondern auch die Religiösen, die exenten nicht ausgenommen, in ihren Kirchen“ Can. 1345.

Schon geraume Zeit vor dem Inkrafttreten des Kodex war es in manchen Gegenden Praxis, daß namentlich in den Spätmessen kurze Ansprachen gehalten wurden („Fünfminutenpredigten“). Diese Übung findet den Beifall der Kirche, freilich müssen diese Ansprachen mit größter Sorgfalt vorbereitet und gehalten werden. Immerhin legt die Kirche kein allgemein bindendes Gesetz auf. — Der Ortsordinarius bestimmt genauer den Gegenstand und die Dauer der Ansprachen, die Tage, die Messen und die Kirchen, für welche die Vorschrift bindet. Es muß nicht immer der zelebrierende Priester sein, der die Ansprache hält.

3) Die dritte Predigtspflicht betrifft unmittelbar die Kathedral- und Pfarrkirchen, mittelbar auch den Klerus, aber nur dann, wenn der Ortsordinarius ein eigentliches Gebot gegeben hat, dessen Erlaß ihm der Kodex aus Herz legt. „Die Ortsordinarien sollen sich darum bemühen, daß in der Fastenzeit und wenn entsprechend, auch zur Adventszeit, in den Kathedral- und Pfarrkirchen häufiger Predigten an das gläubige Volk gehalten werden (§ 1). Die Kanoniker und die anderen vom Kapitel müssen dieser Predigt, wenn sie in der eigenen Kirche unmittelbar nach dem Chor gehalten wird, beiwohnen, außer sie sind rechtmäßig verhindert; dieselben kann der Ordinarius auch mit Strafen dazu zwingen (§ 2)“ Can. 1346.

a) Dieser Can. 1346 legt eine Pflicht auf: den Ortsordinarien, den Cathedral- und Pfarrkirchen; den Kapitularen. — b) „Häufiger frequentius“ als in der gewöhnlichen Jahreszeit sollen wenigstens in der Fastenzeit, wenn tunlich auch in der Adventszeit, Predigten abgehalten werden; darum genügt eine mehr in der Woche; freilich hat das Trienter Konzil eine tägliche Predigt gewünscht oder wenigstens dreimal in der Woche (sess. 24 c. 4. d. r.). — c) Zur Beiwohnung bei diesen Fasten- und Adventspredigten sind verpflichtet die „Canonici und die andern vom Kapitel“, aber nur in der eigenen Kirche und unmittelbar nach dem Chorgebet, also nach Matutin und Laudes, bzw. Vesper und Komplet oder den kleinen Horen in der Kathedralkirche (nicht in der Kollegiatkirche) oder in jener Kirche, die als Ersatz dient für die Abhaltung des Chorgebetes SRC. d. 22. Mart. 1643 (DA. n. 944). Wer sind die „Canonici alique de Capitulo“? „Das Kapitel besteht aus den Dignitäten und Kanonikern, außer es ist hinsichtlich der Dignitäten in den Kapitelsstatuten anders bestimmt; nicht aber aus den Benefiziaten oder Mansionaren, welche den Kanonikern helfend zur Seite stehen“ Can. 393 § 2. Besteht demnach keine partikularrechtliche Bestimmung, so sind die Benefiziaten (Domvikare) nicht verpflichtet.

4) Der Pflicht des Klerus zum Predigen entspricht keine Pflicht des Volkes zum Anhören der Predigt, abgesehen von der naturrechtlichen Pflicht, wodurch wir das Heilsnotwendige uns aneignen müssen; „die Gläubigen sind eifrig zu machen und aufzumuntern zur fleißigen Beiwohnung bei den Predigten“ Can. 1348; über die Pflicht der Domkapitulare wurde im Anschluß an Can. 1346 soeben gehandelt. — Ungläubige und Irrgläubige können und sollen dem Worte Gottes anwohnen Can. 1350; ebenso die Exkommunizierten, selbst die „excommunicati vitandi“ Can. 2259 § 1. Auch beim örtlichen Interdikt ist die Predigt des Wortes Gottes ausdrücklich erlaubt Cann. 2271 n. 2; 2272 § 3 n. 2.

IV. Predigtgegenstand Can. 1347. Dieser Kanon zieht nur die Grundlinien über den Gegenstand; über die Weise; über Abhilfe gegen Mißbrauch.

1) „In den Predigten ist in erster Linie darzulegen, was die Gläubigen zur Erlangung des Heiles glauben und tun müssen“ Can. 1347 § 1.

Daraus folgt: Was nicht unter dem Gesichtspunkte des ewigen Heiles („ad salutem“) steht, ist nicht Gegenstand der Predigt, also scheiden aus alle rein menschlich wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, staatsbürgerlichen, künstlerischen Fragen; sobald aber ein rein menschlicher Gegenstand anfängt, in den Bereich des ewigen „Heiles“ zu treten (Can.

1553), kann er auch vom Kanzelredner behandelt werden und nicht selten wird es Pflicht. Wenn „die Anweisung für das Predigtamt“ der SCConsist. v. 28. Juni 1917 (ME. 29 pag. 272—79) n. 20 betont: „Für alle Prediger bleibt das bedingungslose Verbot in den Kirchen von politischen Dingen zu reden“, so bietet dies keine Schwierigkeit; denn wenn eine politische Frage auch eine religiöse Seite hat und nur diese allein auf der Kanzel behandelt wird, so ist das kein Übergriff in das politische Gebiet. Sicher ist die Frage „Ist es erlaubt, dem Kaiser Steuer zu zahlen oder nicht?“ (Mt 22, 17) eine politische Frage. Und doch hat sie der göttliche Meister behandelt und in wunderbarer Feinheit gelöst (v. 21); vgl. Pii IX. Syll. nn. 39—55; Santi-Leitner: Praelectiones⁴ III 50 n. 4; „Handbuch“ 2. Bief.² § 42 S. 266. — „Trauerreden“ („elogia funebria, orationi funebri“) dürfen „nur mit vorangehender und ausdrücklicher Zustimmung des Ordinarius gehalten werden“ SC-Consist. n. 21. Handelt es sich nicht um eigentliche „Trauerreden“, welche nicht selten Anlaß zu politischen Rundgebungen bieten, wie in Italien, sondern um schlichte „Leichenreden“, so darf man mit Vermeerersch in Epitome II 681 annehmen, daß der Ordinarius auch für ständig die Grundsätze anzugeben berechtigt ist, unter welchen solche ohne weiters gestattet werden können. Gewiß gehören die Leichenreden nicht zur liturgischen Beerdigung, auch sind nicht selten hiebei „Ungehörigkeiten“ vorgekommen, trotzdem dürften die Leichenreden, im Geiste der Kirche gehalten und sorgfältig vorbereitet, ein nicht zu unterschätzendes Mittel der Seelsorge bilden, da man hier Personen findet, die sonst der Predigt geflistentlich aus dem Wege gehen, und da die Herzen durch den Trauerfall gar oft gelockert sind zur Aufnahme des göttlichen Samens. — Die kirchlichen Trauerreden (für geistliche und weltliche Würdenträger) sind gemäß Cerem. Eppörum l. 1 c. 22 n. 6; l. 2 c. 11 n. 10 zu halten „nach dem Traueramte vor der Absolution vom Redner, angetan mit Talar ohne Chorrock und Stola“.

2) Über die Predigtweise belehrt Can. 1347 § 2: „Die Verkünder des göttlichen Wortes sollen sich der rein weltlichen oder verworrenen, die Fassungskraft der Hörer übersteigenden Ausführungen enthalten; und den Dienst des Evangeliums sollen sie betätigen nicht in überredenden Worten menschlicher Weisheit, nicht im unheiligen Aufputz und Lohruf eitler und ehrjüchtiger Beredsamkeit, sondern im Erweis des Geistes und der Kraft, nicht sich selbst, sondern Christus den Gefreuzigten verkündend.“

Im Anschluß an 1 Kor 2, 4. 2 werden die Prediger gemahnt, in Form und Inhalt alles rein Weltliche, Irreführende, Selbstjüchtige zu meiden und den Gefreuzigten durch Gebets- und Lebensvorbereitung in sich und andern zu bilden; die Anweisung der Konsistorialkongr. v. 28. Jun. 1917 in nn. 22 ff.

3) Auch das Beste kann mißbraucht werden, so auch die geistliche Beredsamkeit. Can. 1347 § 3 behandelt nur die

schwersten Mißbrauch: „Wenn ein Prediger, was ferne sei, Irrtümer oder Argernisse verbreitet, so soll die Vorschrift des Can. 1317 eingehalten werden; sollten es aber wirkliche Häresien sein, so soll gegen ihn außerdem noch in Form des Rechtes eingeschritten werden.“

Wie man sieht, werden hier nur Verstöße gegen die Wahrheit getroffen, indes können auch Fehler gegen die Standespflichten, Vorgesetzten, Mitmenschen vorkommen; eine schwere Verletzung der Predigtstandespflicht bei Pfarrern wird in Can. 2182 (grobe Nachlässigkeit) getroffen; sonstige Verstöße sind zur Ahndung dem Ermessen der Ordinarien anheimgegeben. Handelt es sich aber „um Ausstreuung von Irrtümern und Argernissen“, die nicht gegen ein Dogma verstoßen, so tritt Can. 2317 in Kraft. Bei Hartnäckigkeit kann der Ordinarius Entziehung der Predigtvollmacht, der Beichtjurisdiktion, ja der Lehrtätigkeit verfügen. Die im Can. 1347 § 3 erwähnten „errores aut scandala“ müssen gegen den Glauben (Glaubensgehorsam) sein, weil nur in diesem Falle Can. 2317 zutrifft. Solche „scandala“ könnten eintreten bei der Verletzung der Anweisung „Naturalem et divinam“ des heiligen Offiziums v. 9. Juni 1915, betr. sigillum sacramentale (ME. 29, 199—204). — Werden von der Kanzel wirkliche Häresien („haereses“) verbreitet, so ist das Vorgehen zunächst das gleiche wie oben, doch kann sofort oder später die Anklage auf Häresie stattfinden; vgl. Cann. 167 § 1 n. 4 (Wahlrechtsverlust); 188 n. 4 (Amtsverlust); 646 § 1 n. 1 (Ordensentlassung); 2314 ff. (Strafen).

Über die liturgischen Gesetze für den Prediger geben Aufschluß das Caeremoniale Episcoporum und die CE. der Ritenkongregation.

a) Die Predigt soll nach dem Evangelium gehalten werden; in außerordentlichen Fällen nach der Messe; ebenso die Trauerrede; eine kurze Ansprache an die Kommunizierenden ist nach dem Genuß des heiligen Blutes nicht verwehrt.

b) Die Kleidung des Predigers ist während der Messe die der heiligen Messe; vor und nach der Messe über dem Talar Chorrock und Stola von der Farbe des Tagesoffiziums; Ordensleute tragen ihre vorgeschriebene Kleidung; bei Trauerreden keine liturgische Gewandung.

c) Als Ort der Predigt kommt in Betracht: Der Altar, nicht die Mitte, sondern die Evangelienseite; die Kanzel; der Ambo, der Platz vor dem Speisegitter. — d) Predigt während des Pontifikalamtes ein Kanonikus oder ein Welt- bzw. Ordenspriester, so erbittet er vor der Predigt den Segen mit vorausgehendem Handfuß (Ringfuß) und den Worten: „Jube domne benedicere“, worauf der Bischof antwortet: „Dominus sit in corde tuo, et in labiis tuis, ut digne et fructuose annunties verba sancta sua. In nomine Patris † et Filii et Spiritus Sancti. Amen“; worauf der Prediger die Bitte um die Ablässe anfügt, sprechend: „Indulgentias, Pater Reverendissime“, die gewährt wird, Cer. Epporum l. 1 c. 22 n. 2; Cann. 239 § 1 n. 24; 274 n. 2; 349 § 2 n. 2. — Der zelebrierende Priester kann den Prediger nur dann segnen, wenn eine unvordenkliche Gewohnheit besteht und der Bischof nicht anwesend ist SRC. dd. 1. Jul. 1874; 30. Dec. 1881; 13. Jul. 1894; 10. Maii 1895

nn. 3334 ad 1; 3535 ad 4; 3831; 3855 ad 6; Can. 5; R u n z Christian: Die liturgischen Verrichtungen des Bekehranten I² n. 11.

V. Der **Staat** und das kirchliche **Predigtamt**. Der Röder betont ausdrücklich, daß „die Kirche in ihrer Aufgabe, allen Völkern die evangelische Wahrheit zu verkünden, u n a b h ä n g i g sei von jeglicher Staatsgewalt“ Can. 1322 § 2. Seit dem ersten Auftreten der Apostel (Apg 4, 18 ff; 5, 28; 2 Tim 2, 9) bis auf unsere Tage fehlte es nicht an Versuchen, die Verkündigung des Evangeliums von staatlichen Schranken abhängig zu machen. Die staatlichen Eingriffe in das kirchliche Predigtamt waren in der „Josephinischen Zeit“ häufig. In der „Kulturkampfzeit“ wurden eigene „K a n z e l p a r a g r a p h e n“ geschaffen, so in D e u t s c h l a n d seit Ende 1871 („Lukischer Kanzelparagraph“ SGB. § 130a); in U n g a r n seit 1899, in der T s c h e c h o s l o w a k e i wird seit 21. März 1919 jede politische Tätigkeit auf der Kanzel, wozu auch Empfehlung oder Ablehnung einer politischen Partei oder Zeitung gehört, mit Gefängnis von sechs bis zwölf Monaten bestraft; in J u g o s l a v i e n wird seit 1921 auf Anzeige von Privatpersonen die Ausübung der geistlichen Gewalt zu Parteizwecken bestraft; in Ö s t e r r e i c h betrachtet man die gewöhnlichen Strafgesetze als genügend, H a r i n g: R³ § 103 (am Ende). Im neuen Entwurf des deutschen Strafgesetzbuches fehlt der § 130a; mit Recht, da die Verfassungsurkunde im Art. 137 III jedes Ausnahmengesetz zurückweist: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für a l l e geltenden Gesetzes“. — Es gibt auch gesetzliche Bestimmungen, welche die Verwaltung des Predigtamtes strafrechtlich schützen, Deutsches SGB. §§ 166 und 167.

§ 17. Die hl. Missionen.

Quellen: Cann. 1349—51; 252; 293—311; 216; D-B. n. 1565; Benedictus XV. in epist. „Maximum illud“ d. 30. Nov. 1919; Pius XI. in Enc. „Rerum Ecclesiae gestarum“ d. 28. Febr. 1926 (AAS. 18, 65—83); Decretum SC. Prop. Fid. d. 4. Apr. 1926 (AAS. 18, 230—236); S. Poen. d. 18. Maii 1926 (AAS. 18, 322).

Man nennt „h e i l i g e M i s s i o n e n“ Veranstaltungen der Kirche einerseits zur Wiederbelebung des christlichen

Glaubens und Lebens unter den Katholiken anderseits zur Verbreitung des heiligen Glaubens und Lebens unter den Irr- und Ungläubigen.

I. Die inneren Missionen. „Die Ordinarien sollen wachen, daß die Pfarrer sich wenigstens alle zehn Jahre um eine sogenannte heilige Mission für ihre Herde bemühen (§ 1). Der Pfarrer, auch aus dem Religiosenstande, hat bei der Abhaltung dieser Missionen nach den Befehlen des Ordinarius sich zu richten (§ 2)“ Can. 1342.

Die inneren Missionen oder Volksmissionen bekamen ihre festgefügte Form durch den heiligen Vinzenz von Paul, der 1617 zu Jolleville die erste eigentliche Volksmission hielt. Wie die von ihm gestifteten Missionspriester oder Lazaristen, so bemühen sich auch die übrigen Orden und Kongregationen und auch Weltpriester um die Erneuerung und Hebung des religiös-sittlichen Lebens in diesen acht- bis zehn- bzw. vierzehntägigen Übungen, denen die ignatianischen Exerzitien zugrunde liegen. Aber schon in früheren Jahrhunderten fehlten Männer nicht, die sich um die geistliche Volkserneuerung annahmen, wie die heiligen Benedikt von Aniane († 821), Robert von Arbrissel († 1117), beide O. S. B., Dominikus und Franz von Assisi; Vinzenz Ferrerius, Bernhardin von Siena und Johannes Capistran; Berthold von Regensburg und David von Augsburg. Die Staatsregierungen erwiesen bisweilen den Volksmissionen ihre Gunst, so Napoleon I. und Ludwig XVIII.; so die deutschen Staaten nach dem Revolutionsjahre 1848 („Handbuch“ 2. Bf. 2 S. 266); anderseits aber zeigten sie sich ihnen gegenüber ablehnend oder wenigstens hemmend. Gegenwärtig sind zu beachten Bl. des Deutschen Reiches Art. 123 (Versammlungsfreiheit) und RSGB. § 366 n. 10 (Polizeiverordnung über das Hausieren, hier Übertretung).

Der Ortsordinarius hat hinsichtlich der Volksmissionen zwei Aufgaben: a) zu wachen, daß sie gehalten werden; b) die genaueren Vorschriften bezüglich der Abhaltung zu erlassen. — Die Pfarrer i. w. S. haben Sorge zu tragen, daß alle zehn Jahre eine Volksmission gehalten werde durch Sammlung von Geldern oder Lebensmitteln zur Bestreitung der Kosten, durch Einladung geeigneter Kräfte, durch Sorge für die Beteiligung der Kinder (Schulpflicht), des Chorporonals, für Ordnung. — Die Missionäre haben an sich schon erweiterte Vollmachten Cann. 899 § 3 (Absolution von Reservaten); 2254 § 3 (Absolution von Zensuren im dringlichen Falle); 1045 § 3 (Ehehindernisse) und können solche von den Ordinarien erhalten und zwar kraft der ordentlichen Vollmacht z. B. Absolution von den dem Ordinarius reservierten Zensuren, oder der delegierten, Anmerkung zu den Vollmachten der Pönitentiarie (N. Hilling: Supplementum pag. 53).

II. Die äußere Mission ist nach den. Can. 1350 eine doppelte: eine Missionstätigkeit in den Gebieten der katholischen Hierarchie und eine solche in den

eigentlichen Missionsgebieten im Sinne des Can. 252 § 3, wornach auch Gebiete mit Hierarchie, wenn sie noch im Entwicklungszustand („inchoatum aliquid praeseferunt“) sich befinden, der Propagandakongregation unterworfen sind.

1) Handelt es sich um Katholiken, getaufte oder ungetaufte, die in den Diözesen und Pfarreien der geordneten Hierarchie sich aufhalten, „so sollen die Ortsordinarien dieser Diözesen und die Pfarrer dieser Pfarreien sich die Katholiken im Herrn empfohlen sein lassen“ Can. 1350 § 1.

Ein verdienstvolles Gebiet der Seelsorge wird hiemit den Oberhirten und Hirten des Bistums ans Herz gelegt. Die getauften Katholiken unterstehen ja der Kirche nicht nur hinsichtlich des Lehramtes, sondern auch des Priester- und Hirtenamtes, freilich muß jede communicatio in sacris ferne bleiben Can. 731 § 2; auch kommen Vergehen oder Übertretungen der Kirchengesetze nicht in Frage wegen des guten Glaubens Can. 2195. Die ungetauften Katholiken stehen uns ferner, aber auch für sie gilt das apostolische Wort: *Alles in „bin ich Schuldner“* Röm 1, 14. — Was für den katholischen Gatten bei Mischehen gilt, das trifft für alle Seelsorger entsprechend zu: Der Seelsorger (Bischof und Pfarrer) ist verpflichtet, „die Bekehrung des katholischen Teils in Klugheit zu besorgen“ Can. 1062; er kann ihnen das „Wort Gottes“ ohne Einschränkung zuwenden Cann. 1322 § 2; 2259 § 1; ebenso die Exorzismen der heiligen Kirche Can. 1152; die Segnungen freilich unter gewissen Einschränkungen Can. 1149, ebenso die Frucht des heiligen Opfers Cann. 809; 1241; 2262 § 2 n. 2. Nicht nur das eigene Gebet und gute Beispiel, sondern auch das der Gläubigen wird die beste Beeinflussung sein.

2) „In den übrigen Gebieten ist die gesamte Missionspflege bei den Katholiken einzig dem Apostolischen Stuhle vorbehalten“ Can. 1350 § 2; vgl. Can. 220 (causa maior).

Wenn auch erst seit Begründung der Propagandakongregation 1622 (Gregor XV.) das katholische Missionswesen mehr vereinheitlicht wurde, so hat doch der Apostolische Stuhl auch in früheren Jahrhunderten eine hervorragende und einigende Tätigkeit entfaltet; man denke an die Sendung des heiligen Augustin durch Gregor I. nach England; an den heiligen Bonifatius und seine steten Beziehungen mit Rom; an die heiligen Cyrillus und Methodius. In die Fußstapfen seines Vorgängers Benedikt XV. eintretend, ist es das Bestreben des Heiligen Vaters Pius XI. „der katholischen Missionstätigkeit und Gestaltung erhöhten Eifer einzufloßen durch Zurückdrängung des Nationalismus, durch Missionsausstellung im Jubeljahr und durch die Schaffung eines einheimischen Klerus mit einheimischen Bischöfen an der Spitze; vgl. die oben angeführten Quellen. — Die meisten Missionäre werden gestellt von den Orden und Kongregationen; dann von den Missionshäusern und Missionskollegien. Erst am heiligen Pfingstfest (23. Mai) 1926 vereinigte Papst Pius XI. das

päpstliche Seminar S. Peter und Paul in Rom (seit 1874) und das Kolleg für die auswärtigen Missionen in Mailand zu einem päpstlichen Missionsinstitut durch das Motuproprio „Cum Missionalium“ (AAS. 18, 297—98). — In Deutschland wird seit 1910 die Missionswissenschaft ausgestaltet; zu Würzburg 1921 wurde „der katholische deutsche Verein für Missionsärztliche Fürsorge gegründet“ und 1922 das „Missionsärztliche Institut“ mit Studienheim am Juliuspital; (in Münster Schmidlin Joseph; in München Aufhäuser J.B.) Der vorletzte Sonntag im Oktober darf nach dem weissen Ermessen der Ordinarien zum „Missionssonntage“ eingerichtet werden SRC. d. 24. Apr. 1926 (AAS. 19, 23).

Die Protestanten entfalten erst seit der französischen Revolution und namentlich seit 1870 eine rege Missionstätigkeit, während das 17. und 18. Jahrh. nur schwache Einzelversuche aufweisen (Puritaner, Pietisten, Herrnhuter). Am Anfange des 20. Jahrh. zählte man „6800 Missionäre; 3250 (unverheiratete) Missionärinnen; 510 Ärzte und 220 Ärztinnen; die Einnahmen bezifferten sich auf 68 Millionen Mark im Jahre“; diese Opferwilligkeit wird von Papst Pius XI. in seiner Enc. „Rerum Ecclesiae“ v. 28. Febr. 1926 anerkannt und den Katholiken als nachahmenswertes Beispiel vorgehalten: „Die Christgläubigen werden es nicht dulden, daß sie von den Akatholiken, die den Verbreitern ihrer Irrtümer so hilfreich zur Seite stehen, an Freigebigkeit übertroffen und in den Schatten gestellt werden“ (AAS. 18, 78). Dazu kommen noch die Rührigkeit und der Eifer, mit welchen namentlich die neueren Sekten auch an die Katholiken herantreten (Advontisten; „Ernste Bibelforscher“; Methodisten; Heilsarmee usw.); bei den Hussiten wirken religiöse und politische Gründe zusammen, z. B. bei Verherrlichung des Hus und der Hussitischen Bewegung durch Bilder in allen Schulen. — Die morgenländischen Schismatiker sind zu starr und neuestens auch zu zerklüftet; aber auch ihre Grundsätze ersticken in ihnen den Eifer für die Ausbreitung ihrer Religion; vgl. Schwarzloje Karl: *Kk. deutsch-evang. und orthodox-morgenländisches* (1924) S. 292; Zankow St.: „Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (1920) S. 38 f.; nur die Russen entfalteten vor dem Kriege 1914—18 mit gewaltigen Mitteln eine eifrige Propaganda, besonders in Palästina, Ostasien und Amerika, freilich war „die russische Kirche hierin mehr willensloses Werkzeug und gehorsame Dienerin des machtgierigen Russenstaates“, Lübeck: *Die christliche Kirche des Orient* S. 191.

III. Freiheit der Glaubensannahme.
„Zur Annahme des katholischen Glaubens darf niemand gegen seinen Willen gezwungen werden“ Can. 1351.

a) „Zur Annahme des katholischen Glaubens darf niemand gezwungen werden“; anders ist es mit der Beibehaltung des katholischen Glaubens, Vaticanum sess. 3 De fide III n. 6; darum hat die Kirche Strafen über die Apostaten, Häretiker und Schismatiker verhängt Cann. 2314 ff.; Innozenz III. in c. 3 De bapt. (III 42). — b) Der Zwang ist ausgeschlossen zur Annahme des katholischen Glaubens, so daß also weder ein Ungetaufter noch ein getaufter Schi-

retiker bzw. Schismatiker mit List oder Gewalt zur katholischen Kirche gebracht werden darf. — c) „Nemo invitus cogatur = Niemand darf gegen seinen Willen gezwungen werden“; damit ist vorausgesetzt, daß der Betreffende bereits seinen Willen hat. Ist also jemand noch „infans“, d. h. ohne Vernunftgebrauch und darum ohne Willensbetätigung (Can. 88 § 3), so treten für ihn ein die Eltern und deren Vertreter Can. 89; er kann auch ohne eigenen Willen getauft werden Can. 745 § 2 n. 1, erlaubterweise gemäß Cann. 750—51; 754. In allen anderen Fällen gilt die Freiheit, auch wenn das vierzehnte Lebensjahr (Can. 1648) noch nicht vollendet ist. — d) Der Zwang kann sein eine Beeinflussung des Körpers (coactio physica) oder der Seele (coactio moralis) durch Überlistung oder Einflößung von schwerer Furcht. Handelt es sich aber um eine gerechte Beeinflussung, sei es durch Mahnungen oder Zureden, sei es durch Entziehung von Wohltaten, die ganz auf freiem Willen beruhen, so ist das nicht Zwang im Sinn des Can. 1351. Auch die Staatsgewalt übt diese Beeinflussung aus, z. B. durch die Schulpflicht, die Versicherungsgeetze usw. Mit Recht sagt darum Innozenz III. in 3 X (III 42) § „Item quaeritur“: „Inter invitum et invitum; coactum et coactum alii non absurde distinguunt.“ — e) Der Zwang könnte ausgehen von der Kirche, von der Staatsgewalt oder von Privaten. Von jeher hat die Kirche den Zwang zur Annahme des Glaubens verurteilt; c. 33 C. 23 q. 5 (Aug.); c. 1 D. 45 (Gregor I.) — Der Staat hat das Recht, Religionsgesellschaften, welche sein Dasein gefährden, von seinem Gebiete fern zu halten, aber der Satz „Cuius regio, illius et religio“ ist gegen die Freiheit. — Der Zwang Privater kann und soll von den beiden Gewalten in die richtigen Schranken gewiesen werden.

§ 18. Von den Seminarien.

Quellen: Cann. 1352—71; 100 § 3; 1649; 1653 §§ 3 und 5 (rechtliche Stellung und Vertretung); 126 (Ort für Exerzitien); 256 (S. C. de Sem.); 305 (Eingeborenenklerus); 358 § 1 n. 3 (Diözesansynode); 400 § 3 (Can. Theol. in Sem.); 421 § 1 n. 1 (Kanoniker, Dozenten im S.); 479; 480 § 3 (Kirchenvorstand); 544 § 3; 587; 642 § 1 n. 2 und § 2 (Religiösen); 972 (Aufenthalt in S.); 993 n. 3; 1001 § 3; 1009 § 2 (Weihen); 1109 § 2 (Trauungen in der Seminarikirche); 1188 § 2 n. 2 (halböffentliche Kapelle); 1304 n. 3 (Weihengewalt); 1368; 891; 1383 (Weichtväter), 1400 (Bücher); 1406 n. 7 (Glaubensbekenntnis); 871; 2352 (Zwang zum geistlichen Stand); FRSem. = Formula servanda in relatione de statu Seminarii d. 2. Febr. 1924 (AAS. 17, 458 f.).

I. Die Geistlichenbildung. „Die Kirche besitzt das ihr eigene ausschließliche Recht, diejenigen auszubilden, welche sich den kirchlichen Diensten zu widmen wünschen“ Can. 1352.

Da die Kirche als sichtbare Gesellschaft mit hierarchischer Verfassung geeignete „Bischöfe, Priester und Diener“ (Trid. sess. 23 en. 6) benötigt, so hat sie das Recht, solche zu erwählen bzw. sie durch Unterricht und Erziehung auszubilden nach dem Grade der verschiedenen Dienstvorrichtungen (ebendort en. 2). Dieses Recht ist ein *ausschließliches*; doch kann die Kirche die Wünsche und Hilfsmittel der *Staatsgewalt* zu diesem Zwecke berücksichtigen und benützen. Wie die Kirche ihre Geistlichen ausbildet, richtet sich nach dem Ziele, sowie nach den Umständen der Zeit und des Ortes.

1. Daß die *Staatsgewalt* zuweilen sich anmaßte, die Ausbildung der Geistlichen zu beeinflussen, ja eigenmächtig zu bestimmen, beweist die Geschichte. Kaiser Joseph II. (1765—90) ordnete die „Bildung der Volkslehrer und Volksführer“ (wie die Priester genannt wurden) in den „Generalseminarien“ in aufklärerischer und kleinlicher Weise; vgl. Seb. Brunner: Joseph II. (1874) S. 190 f.; zum Schaden der staatlichen Gewalt, besonders in den *Niederlanden* (S. 135). Der „Josephinismus“ lebte noch fort im bayerischen Religionsedikt § 76 d, wo die „organischen Bestimmungen über geistliche Bildungs- und Verpflegsanstalten“ als gemischte Sache erklärt werden; und tauchte wieder auf in den preußischen „Kulturkampfgesetzen“ (11. Mai 1873); „das dreijährige theologische Studium muß an den Universitäten durchgemacht werden, das Schlußexamen vor staatlichen Beamten; die Knabenseminare werden abgeschafft“; anders die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. Aug. 1919 Art. 137 Abs. 3. Der Gedanke des Can. 1352 findet sich bereits im *Syllabus* Pius' IX. nn. 45. 46. Bietet der Staat Bildungsmöglichkeiten für den angehenden Klerus, so anerkennt und braucht die Kirche dieselben und sucht sich den notwendigen Einfluß auf die Lehrer und das Unterrichtsziel zu sichern; vgl. Bahr. Konkordat v. 1924/25 Art. 3; 4 § 1.

2. *Geschichte*. In der ältesten Zeit war das Beispiel Christi und der Apostel maßgebend; an den bischöflichen Kirchen wählte man passende junge Männer, welche die niederen Weihen ausübend, in Wissenschaft und Tugend sich weiter bildeten unter den Augen des Bischofes („episcopio“); in einer solchen Schule wurde *Athanasius* gebildet, *Socrates*: Hist. eccl. I. 1 c. 11; eine solche Schule hielt *Ambrosius* in einem abgelegenen Teil Mailands an den Ringmauern, sein „*Presbyterium*“, M. Baurard-Joh. Wittl: „*Ambrosius*“ (1873) S. 43 ff.; wie *Augustinus* Geistliche um sich sammelte und heranzubildete, erzählt sein Schüler *Possidius* in seiner *vita s. Augustini* c. 5. 11. 24 sqq., vgl. c. 5. D. 28; c. 1 C. 12 q. 1 (Conc. Toletana II. et IV.). — Die Einrichtung des Bischofs *Chrodengang* von Metz (760) für das Zusammenleben des Klerus und die Pflanzschulen zur Heranbildung der Geistlichen suchte *Karl der Große* möglichst zu verallgemeinern, *Capitulare* a. 769 c. 1. — Solange das gemeinsame Leben dauerte, war es mit dem Nachwuchs der Kleriker wohl bestellt. An den aufkommenden Universitäten sorgten Kollegien und Bursen für den ehrbaren Wandel

und die aſſeſtiſche Ausbildung der Prieſtertumsſtandſidatēn. Indes übte das ſich einſchleichende ausgelaffene Leben der Univerſitäten nachteiligen Einfluß aus auch auf die Theologiēſtudiērenden; vgl. Georg Schurhammer: „Franz Xaver“ 1925 S. 10 ff. — Darum entſchloffen ſich die Väter des Trienter Konzils (in c. 18 ſeſſ. 23 d. r.) zur Einführung der Seminarien, eine Einrichtung, welche Karl Borromäus mit Begeiſterung erfaßte und Kardinal Pole für Erneuerung des engliſchen Klerus zu verwerten gedachte 1566; Ben. XIV.: Inst. 59. Freilich wurden die Seminarien nur ſehr allmählich eingeführt, indes haben ſie ſich glänzend bewährt, wie die wiſſenſchaftliche Bildung und das prieſterliche Leben des Klerus beweist. Eine Beeinträchtigung der Univerſitäten können und dürfen die Seminarien nicht bilden; vgl. Cann. 256; 1380.

Aus der überaus reichen Literatur ſeien hervorgehoben: Benedict XIV.: Inst. 59; Sailer J. M.: Neue Beiträge zur Bildung der Geiſtlichen² (1819); Theiner Aug.: Geſchichte der geiſtlichen Bildungsanſtalten 1835; Walter Ferd.: RR. §§ 201—204; Sieben-gartner Markus: Schriften und Einrichtungen zur Bildung der Geiſtlichen 1902; Theiſtor Jren.: Bildung und Erziehung der Geiſtlichen³ 1903. Schrörs H.: Gedanken über zeitgemäße Erziehung und Bildung der Geiſtlichen² 1910. Hörle G. H.: Frühmittelalterliche Mönchs- und Klerikerbildung in Italien 1914. Neß H. R.: Die theologischen Schulen der morgenländischen Kirchen während der ſieben erſten chriſtlichen Jahrhunderte 1916; Winkler Friedr. Das Problem der Internatserziehung in Vergangenheit und Gegenwart 1925; Zankow Stephan: Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche (1920) § 10. Weitere Literatur bei Hilling Miſ.: Das Perſonenrecht des CJC. (24) § 14; Sägmüller J. B.: RR.³ I § 51 S. 214 ff. Über die Geſchichte der Seminarien in einzelnen Gebieten erſchienen lehrreiche Unterſuchungen: Über Germanikum (Kard. Steinhuber); Georgianum (Schmid Andr.); Augsбург (Specht); Eichſtätt (Sutner, Hollweck); Würzburg (Braun); Regensburg (Diözeſanmatrikel) uſw.

Förderung der Berufskleime zum geiſtlichen Stande war ſtets und bleibt ſtets die Aufgabe der Prieſter, in erſter Linie der Pfarrer, „deren Bemühen es ſein muß, Knaben mit Anzeichen des geiſtlichen Berufes mit beſonderer Sorgfalt von der Anſteckung der Welt fern zu halten, zur Frömmigkeit zu bilden, mit den Wiſſenſanſängen bekannt zu machen und den Keim des göttlichen Rufes ſo in ihnen zu entfalten“ Can. 1353. Das Lob, welches Leo XIII. in ſeiner Enzyklika „Depuis le jour“ d. 8. Sept. 1899 (ME. 11, 354) dem franzöſiſchen Klerus hierin ſpenden konnte, gilt auch dem deutſchen Prieſterſtand und jenem der ganzen katholiſchen Welt. Treffliche Winke für die Weckung einheimischer Prieſterberufe gibt das „Directorium Missionis de Seoul“ (Hongkong 1923) nn. 105, 249 ſqq.; vgl. AAS. 18, 73 ff.

II. Das Seminar: Begriff und Einteilung. „Jedes Bistum soll an einem vom Bischof erwählten Orte ein Seminar haben“ Can. 1354 § 1. Dieser Wunsch der Kirche läßt sich zuweilen nicht durchführen, sei es aus Mangel an Vermögen zur Erbauung, Einrichtung und Unterhalt, sei es aus Mangel an Lehrkräften besonders in Philosophie und Theologie, ebendort § 3. In der Auswahl des Ortes wird die Rücksicht auf die Gesundheit der Lage, die Förderung des Studiums und die Reinerhaltung der Sitten maßgebend sein nach dem Beispiel des Herrn (Mt 2, 23; Mt 6, 2—6; Lk 2, 51. 52; Joh 1, 46) und aller Großen im Reiche Gottes.

1. Begriff. Das Seminar ist „eine Anstalt (collegium), in welcher die männliche Jugend in bestimmter Anzahl zum geistlichen Stande gebildet wird; die Zahl bemißt sich nach dem Vermögen und der Größe der Diözese“ Can. 1354 § 1, natürlich auch nach der Zahl der Berufe. Anstalten zur Erziehung und Bildung gibt es verschiedene Can. 891; 1372 § 2; 1383. Der Zweck „der Bildung zum geistlichen Stande“ macht die Anstalt zum Seminar, während die wissenschaftliche Ausbildung der Religiosen regelmäßig im „Studienhause“ (Cann. 578—91) geschieht.

Das Wort „Seminarium“, ursprünglich „Pflanzschule“ im eigentlichen Sinne l. 9 § 6 D. 7, 1 und l. 3 D. 25, 1, wurde schon frühzeitig im Sinne einer geistigen Bildungsstätte gebraucht, aber erst das Trienter Konzil begründete nach dem Vorgang des Kardinals Reginald Pole (1556) den Gebrauch des Wortes „Seminarium“ im Sinne der Geistlichenbildungsanstalt; Trid. sess. 23 cp. 18 d. r., aus dem der obige Begriff wörtlich entnommen ist. Erst vom 17. Jahrh. an redete man von Lehrerseminarien: 1684 St. Johann B. de la Salle; 1695 „seminarium praeceptorum“ in Halle (M. J. Franke); oder von Seminarien im Sinne von Konvikten für Studierende: z. B. in Bayern. — An den Hochschulen bezeichnet Seminar die Anstalt zur Ergänzung und praktischen Verwertung der Vorlesungen. — Beherrscht nicht der Zweck „ut ad statum clericalem instituatur“ alle Einrichtungen der Anstalt, so kann man nur im uneigentlichen Sinne von „Seminar“ reden. Das Rundschreiben der SConsist. v. 16. Juli 1912 an die Ordinarien Italiens spricht sich gegen die Aufnahme von weltlichen Zöglingen entschieden aus n. 2 (ME. 24, 247) nach dem Vorbilde Pius' X. in seiner Enz. Pieni l'animo v. 28. Jul. 1906: „I Seminari . . . rimangono esclusivamente destinati a preparare . . . i ministri di Cristo, non a civili carriere“ (ME. 18, 214); doch duldet das Plenarkonzil der A.-L. 1899 n. 613 die Aufnahme einiger weltlicher Studenten in die Knabenseminarien.

2. Einteilung. Man teilt die Seminarien ein:

a) hinsichtlich der kirchlichen Gewalt, welche das Seminar gründete oder der es wenigstens untersteht: in päpstliche und bischöfliche Seminarien;

b) hinsichtlich des Gebietes, für welches Priester herangebildet werden sollen; in Diözesanseminarien (*seminarium dioecesanum*) und Interdiözesanseminar (*s. interdioecesanum*), letzteres entweder für ein bestimmtes Gebiet (*s. regionale*) oder für die Gesamtkirche (*s. centrale*);

c) hinsichtlich des Gegenstandes und Grades der Ausbildung in das große Alerikal- oder Priesterseminar (*s. maius, clericorum*) und in das kleine, Knabenseminar (*s. minus, puerorum*), in welchem die klassische Bildung (*litterae*) vermittelt oder gelernt wird oder von welchem aus die Zöglinge klassische Lehranstalten besuchen, während dort die eigentliche Fachbildung (Philosophie und Theologie) betrieben wird;

d) hinsichtlich des Berufes der Zöglinge in reine und gemischte Seminarien (*s. pura, s. mixta*), je nachdem alle Zöglinge das Priesterziel anstreben oder nur eine Anzahl z. B. die Hälfte; doch sind letztere eigentlich Kollegien.

Zu a). Viele päpstliche Seminarien gibt es in Rom, z. B. das französische Seminar; auch das Collegium Germanico-Hungaricum ist ein päpstliches Seminar. — Gewöhnlich hat jede Diözese ein Alerikalseminar, nicht selten mehrere Knabenseminarien. — Sämtliche Interdiözesanseminarien haben die Natur eines päpstlichen Seminars Cann. 1354 § 3; 1357 § 4. — Das „Georgianum“ in München, gestiftet von Herzog Georg dem Reichen am 14. Dez. 1494 für Ingolstadt als „Herzog Georgigen Collegium“ konnte ursprünglich dem Zwecke nach als Seminar betrachtet werden, wurde jedoch durch Zustiftungen zu einem Kolleg, das auch Juristen und Mediziner in sich barg, ja sogar protestantischen Studierenden gemäß Zustiftung Hilfe leistete; durch kurfürstliche Entschliessung v. 31. Aug. 1785 wurde das Georgianum zu einer Art „Generalseminar“ oder Interdiözesanseminar, das es bis jetzt blieb, freilich mehr dem Zwecke als der Abhängigkeit von den kirchlichen Obern nach; vgl. Schmid Andr.: „Geschichte des Georgianums“ (1894) S. 72, 176, 322.

Zu b). Schon das Tridentinum (sess. 23. c. 18 d. r.) dachte neben dem Diözesanseminar auch an Provinzseminarien. In der Aufklärungszeit bekamen die „Generalseminarien“ einen „josephinischen“ Beigeschmack; doch liegt denselben (abgesehen von dem Übergriff der Staatsgewalt) ein gewisser Kern von Berechtigung zugrunde; so war ja

das vom heiligen Ignatius zu Rom begründete „Collegium Germanicum“, das am 31. August 1552 die päpstliche Bestätigung erhielt, ein Generalseminar, während das „Hieronymus-Kolleg“ in Dillingen a. D., dessen Stifter Bischof Otto Truchseß von Augsburg 1549 war, und das vom heiligen Thomas von Villanova zu Valenza 1550 gegründete „Collegium Praesentationis“ Diözesananstalten bildeten. Papst Pius IX. errichtete im Einklang mit der spanischen Regierung am 21. Mai 1852 vier „Zentralseminarien“ (Toledo, Salamanca, Valenza, Granada), zu welchen 1876 jene von Compostella und den Kanarischen Inseln kamen (Ferrerres J. B.: Inst. Can. II. n. 370). Dabei ist zu beachten, daß durch die Seminaria interdioecesana (regionaria, centralia) die Diözesanseminarien entweder ersetzt oder ergänzt werden. Die Nationalkollegien der Ewigen Stadt ergänzen die heimatischen Seminarien; ebenso das päpstliche Jesuitenseminar in Randh auf der Insel Ceylon, Streit Carolus: Atlas hierarchicus (1913) pag. 38 u. a. — Um die Knabenseminarien von den Priesterseminarien leichter trennen zu können und um die Fachbildung der Kleriker (Philosophie und Theologie) zu fördern, verfügte Papst Pius X. den Zusammenschluß der Seminarien in Italien, Enz. „Pieni l'animo“ v. 28. Jul. 1906 (ME. 18, 213); so entstanden dortselbst in manchen Gebieten die Regionalseminarien an Stelle der Diözesanseminarien. Die Rechte des Bischofs über sein Seminar gehen bei diesen Interdiözesanseminarien auf das Kolleg der beteiligten Bischöfe über, vgl. „Norme per l'ordinamento educativo e disciplinare de' Seminarii d'Italia“, date dalla S. C. EE. et RR. 18. Jan. 1908 (ME. 20, 30 ff.).

Zu c). Den Unterschied zwischen dem kleinen und großen Seminar bestimmen die Studien: dort klassische, hier philosophische und theologische Studien Can. 1354 § 2. Indes gibt es Knabenseminarien, in welchen auch noch die Philosophie studierenden weilen, so in Belgien (Epitome II. 685); im Lateinischen Amerika A-L. n. 609. In Frankreich gibt es eine Dreiteilung: Das kleine Seminar, das Philosophie- und das Theologieseminar, doch hat der Vorstand des letzteren die Oberaufsicht auch über das Philosophieseminar (ME. 21, 306 ff.). — Neben den beiden Seminarien gibt es auch noch Priesterkollegien, in welchen Priester der Förderung und Vertiefung ihrer Studien meist an Universitäten oder Bibliotheken usw. obliegen können; in Rom die deutschen Priesterkollegien Anima und Campo Santo; in Freiburg i. Br. das Collegium Sapientiae.

Zu d). Das Streben nach der Erreichung des Priestertums ist die Seele des tridentinischen Seminars. Zuweilen wird aus sehr wichtigen Gründen die Aufnahme von Zöglingen weltlicher Berufe geduldet A-L. n. 613. Die „gemischten Seminarien“ Belgien § (Epitome II n. 685) sind eigentlich Kollegien.

Wenn ein Diözesanseminar entweder ganz fehlt oder in der philosophischen oder theologischen Fachbildung versagt, so stehen dem Bischofe zwei Wege offen: die Benützung des zuständigen Regional- oder Interdiözesanseminars, natürlich auch des Zentralseminars, (Nationalkollegs) in Rom, oder

die Sendung seiner Kandidaten in ein fremdes Seminar Can. 1354 § 3. Dieses letztere ist gestattet, wenn weder ein eigenes Diözesanseminar noch ein eigenes Regionarseminar besteht (hier tritt auch die Pflicht ein) oder wenn bei Errichtung des Interdiözesanseminars den Bischöfen eine Pflicht zum Bescheiden desselben nicht obliegt, Epitome II 688.

III. **Das Seminarvermögen**, Cann. 100; 1355—59; 1531—34; 2347. Begriff; Quellen; Verwaltung sind die drei Gesichtspunkte der Behandlung.

A. **Begriff**. Das Seminarvermögen besteht in jenen Gütern (Gebäuden, liegenden Gründen, Wertfachen, barem Geld) und Rechten (Holz-, Berg-, Fischereirechte; Zahlungsansprüche an Kirche, Staat, Gemeinde, Private), welche der Gründung und Erhaltung, Verbesserung der Seminarien, sowie dem Unterhalte der Zöglinge dienen Can. 1355. Das Seminar ist kirchenrechtlich eine moralische Person Cann. 100; 1355, gleicht darum den Minderjährigen Cann. 100 § 3; 1649 und zwar können die Seminarien einer Diözese eine moralische Person sein oder nach der Zahl der Seminarien mehrere (ein Priesterseminar, ein oder mehrere Anabenseminare).

Auch in manchen Staaten wurde und wird die juristische „Person“ der Seminarien, namentlich der Priesterseminarien ausdrücklich anerkannt; so in Bayern Verf. v. 14. Aug. 1919 § 18 II; Meurer Christian: Bayr. Kirchenvermögensrecht III (1919) § 17 S. 132; — so in Preußen Archiv f. kath. RR. 67, 272. — Sehr wichtig ist Art. 138 Abs. II. der deutschen Reichsverfassung: „Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet“. Zu den für Unterrichtszwecke bestimmten Anstalten zählen insbesondere die katholischen Priesterseminare und Konvikte; diese genießen also nicht nur den Schutz des Art. 153 (Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung), sondern auch jenen des Art. 138 (Schutz gegen entschädigungslose Einziehung = Säkularisation), vgl. Verf. d. D. R.^o S. 367 f. — Das polnische Konkordat vom 10. Febr. / 2. Jun. 1925 anerkannte die kirchlichen Seminarien als juristische Personen und deren Eigentum in Gründen bis zu 180 Hektar; sonst in Geldleistungen Art. 15, 16, 24.

B. **Quellen**. Das Seminar soll zunächst so ausgestattet sein, daß es sich selbst erhalten und seinen Zwecken genügen kann (durch dos, aedificatio, fundus). Zu dem Vermögen des Seminars gehören, wie wir oben sahen, u. a. die Zahlungs-

ansprüche an den Staat; diese Ansprüche werden von manchen Staaten ausdrücklich anerkannt.

„Der Bayerische Staat wird an die bestehenden, nach den Bestimmungen der CIO. eingerichteten Knaben- und Priesterseminare angemessene Zuschüsse leisten“; so auch die Konkordate mit Polen Art. 24 Z. 3 (Ausstattung mit 180 Hektar Güter), Z. 5 (Auskauf der Güter, die 180 Hektar übersteigen) Art. 15 (Steuerfreiheit); mit Spanien 1851 Art. 35 (von den dort versprochenen 90—100 000 Pesetas wird in Wahrheit nur gar wenig bezahlt, López Peláez, Erzbischof von Tarragona: *El derecho español en sus relaciones con la Iglesia*, ed. 3. pag. 457); mit Costa Rica Art. 5; Guatemala Art. 5; Haiti Art. 14; Honduras Art. 5; Nicaragua Art. 5; San Salvador Art. 5; Venezuela Art. 6; vgl. Ferreres J. B.: *Institutiones Can.* II. n. 327; *Theol. mor.* vol. I. App. 6.

Wenn die eigenen Einkünfte („*proprii redditus*“) des Seminars für dessen Bedarf nicht reichen, so räumt der Kodex dem Bischöfe drei Vermögensquellen ein: die der Sammlungen, der Taxe und der Vereinigung einfacher Pfründen mit dem Seminar.

1) Sammlungen. „Der Bischof kann die Pfarrer und die anderen Kirchenvorstände, auch der exemten Kirchen, beauftragen, daß sie zu bestimmten Zeiten in der Kirche zu diesem Zwecke Almosen erbitten“ Can. 1355 n. 1. Die Verpflichtung trifft alle Vorstände der Kirchen und öffentlichen Kapellen (Can. 1191 § 1), auch der exemten, also der Dom-, Kollegiat- und Klosterkirchen. Eine Sammlung von Haus zu Haus kann nicht auferlegt werden. Staatliche Bewilligung ist nicht mehr notwendig, Reichsverf. Art. 137, Abs. 3 und 6, höchstens könnte die unentgeltliche Beförderung der gesammelten Gelder durch die staatliche Post eine Bewilligung oder Anzeige notwendig machen.

3) Das Seminaristikum oder „die vom Bischöfe in seiner Diözese vorgeschriebene Steuer oder Taxe“ zugunsten des Seminars Can. 1355 n. 2; Trid. sess. 23 c. 18 d. r.

a) Schutz der Seminarabgabe. Gegen die Auflage des Seminaristikums können nicht geltend gemacht werden „jegliche Verurteilung, jede gegenteilige Gewohnheit, die verworfen wird, jedes gegenteilige Vorrecht oder Privileg, das abgeschafft wird“ Can. 1356 § 1. Da jede Verurteilung beseitigt ist, so kann der Rechtsweg weder im aufschiebenden noch im übertragenden

Verfahren (neque in suspensivo neque in devolutivo) beschritten werden Can. 1880 n. 2, auch der gerichtliche Refurs ist ausgeschlossen, da ja die Seminartaxe nicht durch Richterspruch, sondern durch Dekret aufgelegt wird Cann. 1601; 1356 § 1. Natürlich bleibt der Refurs an den Apostolischen Stuhl offen Can. 1569. — Eine gegenteilige Gewohnheit, auch eine unbordenfliche, ist beseitigt und kann nicht mehr entstehen Can. 5; ersteres gilt auch für ein etwaiges Privileg Can. 4.

b) Verpflichtete Personen. Nicht natürliche, sondern nur moralische Personen unterliegen der Pflicht, das Seminaristikum zu leisten, nämlich „das bischöfliche Tafelgut, alle Pfründen, auch Regular- und Patronatspfründen; — Pfarreien und Missionspfarreien, wenn sie auch in ihren Einkünften nur auf die Gaben der Gläubigen angewiesen sind; das durch die kirchliche Gewalt errichtete Hospiz („domus hospitalis“); die kanonisch errichteten Sodaliäten und die Kirchenfabriken, soweit sie eigene Einkünfte haben; jede Religiosenniederlassung, wenn auch exemt, außer sie lebt nur vom Almosen oder es befindet sich augenblicklich in ihr ein Kolleg von Schülern oder Lehrern zur Förderung des Gemeinwohls der Kirche“ Can. 1356 § 1.

a) Für das Seminar steuerpflichtig sind zunächst sämtliche Pfründen (beneficia), wie sie Can. 141 aufzählt, nicht ausgeschlossen die bischöfliche Pfründe (mensa episcopalis); dagegen fallen nicht unter den Begriff „Pfründe“ die in Can. 1412 aufgezählten Stellen, also die Pfarrvikarien ohne ständige Errichtung; die Laikaltaplaneien; die Koadjutorien mit oder ohne Recht der Nachfolge; die persönlichen Zahlungsansprüche; die zeitlichen Kommen den.

b) Pfarreien und Missionspfarreien (Can. 216) mit Stiftungs- oder anderen Einkommen, wenigstens aus den Abgaben der Gläubigen (Can. 1182 § 2) sind verpflichtet, falls sie als solche ein entsprechendes Vermögen besitzen. Von den Bistümern, Abteien und Prälaturen mit Eigengebiet usw. ist hier keine Rede. In unseren Gegenden ist regelmäßiger Träger des Vermögens die Kirchenstiftung. Hauptächlich in Bayern hat sich staatsrechtlich eine Art Mittelglied zwischen Pfarrei- und Kirchenvermögen entwickelt: das Vermögen der Kirchengemeinde, vgl. Bahr. Kirchengemeindeordnung vom 24. Sept. 1912, in Kraft getreten am 1. Jan. 1913, teilweise geändert durch das „Religionsgesellschaftliche Steuergesetz vom 1. Aug. 1923“ mit der dazugehörigen „Satzung“ v. 4. Nov. 1924; Meurer Christian: Bahr. Kirchenvermögensrecht III (1919) § 19 S. 141; § 18 S. 136 ff. — Auch das Kirchenvermögen, im Rodez „Kirchenfabrik, fabrica

ecclesiae“ genannt Can. 1356 § 1; 1183—84, unterliegt dem Seminaristikum, falls Einkünfte vorhanden sind. In den deutschen Gebieten dürfte eher Kirchen- als Pfarreivermögen vorhanden sein.

c) Die beiden lateinischen Ausdrücke im Can. 1356 § 1 „domus hospitalis“ und „sodalitates“ lassen sich genau mit einem deutschen Worte nicht wiedergeben. D. h. bedeutet zunächst ein „Haus zur Aufnahme von Gästen“, doch drückt es hier jedes Haus, das den Werken der Nächstenliebe dient, aus, also ein Haus für Kranke, Sieche, Greise, Pilger, Arme usw., sodaß der Index des Gesetzbuches es mit „einer kirchlichen Anstalt“ gleichbedeutend sein läßt; vgl. „Instituta eccl.“ — Der Kodex gebraucht den Ausdruck „sodalitas“ von der kanonisch errichteten Abteilung eines Drittordens Cann. 702—706. Daneben spricht er von sodalitia im engeren Cann. 707 f. und im weiteren Sinne Can. 697 § 1. Nur die „Sodalitäten“ sind dem Wortlaut des Can. 1356 nach hier gemeint; c. 19.

d) „Jede Religiosenniederlassung“ (Can. 488 n. 5) bedeutet jedes Haus der männlichen und weiblichen Orden oder Kongregationen, jedes Haus mit vollkommenem oder unvollkommenem Gepräge (d. formata, d. non formata). Frei sind nur folgende zwei Klassen: 1) die Niederlassungen der wahren Bettelorden, nämlich Predigerbrder; Franziskaner in den Zweigen der Minoriten; Konventualen; Kapuziner; Augustiner-Eremiten, Reflekten und beschuhte Augustiner; Karmeliten beschuhte und unbeschuhte; Trinitarier; Mercedarier; Serviten; Minimi des heiligen Franz von Paul; Hieronymiten; Barmherzige Brüder; Nazarener von der Buße; 2) Häuser mit Schüler- oder Lehrerkollegien zum allgemeinen Besten der Kirche. Der Zweck, welcher die Freiheit gewährt, muß auf die Ausbildung gerichtet sein entweder ausschließlich oder neben anderen Zwecken. Wird im Kollegium der Nachwuchs des Ordens i. w. S. unterrichtet oder erzogen, so dient das sicher dem allgemeinen Wohle der Kirche SöConcil. dd. 30. Mart. et 9. Sept. 1594; dieses wird aber auch angestrebt, wenn die Ausbildung überhaupt im katholischen Geiste erfolgt. Ausbildung zu rein materiellen Zwecken, z. B. Ader-, Berg-, Maschinenbau usw., würde keine Ausnahme von der Verpflichtung des Can. 1356 bilden; vgl. auch Epitome II. 690.

e) Berechnung. Maßgebend für die Höhe der Seminarabgabe ist das Bedürfnis des Seminars, doch dürfen Fünf vom Hundert (5%) des steuerpflichtigen Einkommens niemals überschritten werden. Sobald die Vermögenslage des Seminars sich bessert, muß der Prozentsatz herabgesetzt werden bzw. aufhören. Dieser ist als Maßstab für alle Pflchtigen gleich, z. B. 2% oder 3% Can. 1356 § 2.

Der Seminartaxe unterliegt das jährliche Reineinkommen der oben genannten moralischen Personen, also das Einkommen mit Abzug der Lasten und notwendigen Ausgaben. Bei den Chorbenefizien kommen nicht in

Berechnung die „täglichen Anwesenheitsgelder“ („distributiones quotidianae“ Cann. 395; 418; 480), außer die Einkünfte der Dignitäre, Kanoniker und Benefiziaten (Chorvikare, Präbendaten) bestehen nur in solchen Verteilungsgeldern; in diesem Falle sind nur $\frac{2}{3}$ der „distributiones“ steuerpflichtig für das Seminar. Auch die Pfarreinkünfte aus den Gaben („oblaciones“) der Gläubigen (vgl. Can. 1182 §§ 2; 3) sind frei, außer alle Pfarreinkünfte bestehen aus diesen „Gaben, oblaciones“; dann sind $\frac{2}{3}$ pflichtig, $\frac{1}{3}$ frei Can. 1356 § 3.

Über die Natur dieser „Oblaciones fidelium“, welche in Gebieten mit Trennung von Kirche und Staat praktisch sind (Amerika, England, Frankreich usw.), gibt guten Aufschluß A-L. n. 829—30. Eine Schwierigkeit ergibt sich aus Can. 1356 § 1 und 3. Wenn die Pfarreinkünfte nur aus den „Gaben“ bestehen, so ist nur ein Drittel frei; falls dagegen noch andere Einkünfte vorhanden sind; wenn auch noch so wenige, so sind sämtliche „Gaben“ frei. Das bedeutet eine gewisse Härte. Von drei Pfarreien, welche je 3000 Mark Reineinkommen haben, muß die eine mit Stiftungsvermögen ohne „Gaben“ 150 Mark, die zweite mit 1000 Mark Reineinkommen aus Stiftungsvermögen und 2000 Mark aus „Gaben“ 50 Mark, die dritte mit nur „Gaben“-Einkommen 100 Mark Seminartaxe zahlen.

Den „Gaben der Gläubigen“ sind zuzurechnen auch die Ertragnisse aus den **Kirchensteuern**, wie sie in den Verfassungen des deutschen Reichs Art. 137 VI und der meisten deutschen Länder (Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen usw.) nach protestantischem Muster ermöglicht sind (Schwarzlose Karl: „Grundzüge des deutsch-evang. RR.“ 1924 S. 227—229) und im Bayer. Konkordat 1924/25 anerkannt sind Art. 10 § 5. Denn wenn die Kirchensteuern auch zumeist der Freiwilligkeit entbehren, so sind und bleiben sie doch „Leistungen der Gläubigen“ ohne Entgelt, während das bei den Stollgebühren nicht zutrifft; ebenso nicht bei den Messstipendien oder bei sonstigen Leistungen, denen Gegenleistungen entsprechen, z. B. bei Zahlungen für Kirchenstühle („pew rent“, Epitome II 690 n. 1.). — Bestehen darum die Pfarreinkünfte nur aus Kirchensteuern, so ist ein Drittel des Reineinkommens frei von der Seminartaxe.

In vielen Diözesen erhielt der Ordinarius die Vollmacht, daß an den abgewürdigten Festen statt der „Pfarrmesse“ (missa pro populo) eine Messe nach Meinung der Geber mit Stipendium dargebracht werde, doch sollte das Stipendium, wenigstens in der Höhe der Diözesantaxe, an die Seminarkasse eingeliefert werden. Als nun am 25. April 1918 die Kriegsvollmachten der Ordinarien aufgehoben wurden, erklärte die SCConsist. am 1. Juli 1918 ausdrücklich, daß obiges Indult bleiben solle (ME. 30, 235).

3) Die Zuteilung von einfachen Pfründen an das Seminar Can. 1355 n. 3. Wenn die

bisher ausgeführten Einnahmenquellen versagen (eigenes Vermögen, Sammlungen, Seminartaxe), so kann der Bischof eine neue Quelle erschließen, er kann „einfache Benefizien dem Seminare zuteilen“. „Einfache Benefizien sind nach Can. 1411 nn. 3 und 5 solche, denen die Residenzpflicht nicht anhaftet; es werden meist Pfründen ohne Seelsorge sein; doch zählen die Kanonikate usw. der Dom- und Kollegiatkirchen, obwohl in der Regel „b. non curata“, nicht zu den „b. simplicia“. Die Zuteilung („applicatio et incorporatio“) an das Seminar erfolgt in der Weise, daß die Einkünfte dem Seminare zufließen, welches aber für die Erfüllung der Pflichten (Darbringung der Messen, Beten des Breviers usw.) in entsprechender Weise zu sorgen hat, Dekret der SCSem-Un. d. 2. Febr. 1904 n. 6 (AAS. 17, 549). Die Vereinigung einiger einfacher Benefizien mit dem Seminar kann der Bischof vollziehen auch ohne Anhörung des Domkapitels, aber nach Anhörung der beiden Bevollmächtigten der Verwaltungsabteilung Can. 1359; vgl. Trid. sess. 25 c. 18 d. r.; Santi-Leitner: Praelectiones¹ III 5 n. 96.

IV. Bischof und Seminar. Was der Völkerapostel Paulus seinem Schüler Timotheus wiederholt ans Herz legte 1 Tim 3, 10; 4, 14; bes. 5, 22 „Die Händeauflegung erteile niemanden vor schnell und mache dich nicht fremder Sünden teilhaft“; was die heiligen Bischöfe und Kirchenlehrer Ambrosius und Augustinus als ihre Hauptaufgabe betrachteten, das spricht der Roder in Can. 1357 ausführlich aus: „§ 1. Sache des Bischofs ist es, alles im einzelnen zu verordnen, was zur rechten Verwaltung, Leitung und Förderung des Diözesanseminars notwendig und nützlich ist, und um die treue Beobachtung sich zu kümmern; unbeschadet der Vorschriften, die der Heilige Stuhl für besondere Fälle erläßt. — § 2. Hauptsächlich soll der Bischof sich bemühen, oft das Seminar in eigener Person zu visitieren, die Ausbildung der Zöglinge, sowohl die klassische und wissenschaftliche als die kirchliche, emsig zu überwachen, und über der Zöglinge Anlage, Frömmigkeit, Beruf und Fortschritt eine genaue Kenntnis sich zu erwerben, am besten bei Gelegenheit der Weiheerteilungen. — § 3. Jedes Seminar soll seine vom Bischof bestätigten Gesetze (Statuten) haben, in welchen sowohl die Zöglinge, die als Hoffnungsschar der Kirche im Seminare ausgebildet werden,

als auch die solcher Ausbildung sich widmenden Lehrer und Erzieher, Belehrung finden, was sie zu tun, was zu beobachten haben. — § 4. Des Interdiözesan- oder Regionarseminars gesamte Leitung und Verwaltung betätigt sich nach den vom Heiligen Stuhle bestimmten Normen."

Abgesehen von den Interdiözesanseminarien, welche durch die Vorschriften des Apostolischen Stuhles geregelt sind, hat der Bischof dem Seminar gegenüber jene Rechte und Pflichten im besonderen, welche ihm gegenüber seinem Bistum im allgemeinen zustehen: der Gesetzgebung; Verwaltung; Überwachung; Rechtsprechung; Ahndung; Cann. 335—36; 340—46; 1357—71.

a) Die Gesetzgebung in Seminarssachen betätigt der Bischof nach Anhörung der beiden Bevollmächtigten der Disziplinabteilung (Can. 1359) durch Bestätigung der Seminarstatuten, sei es für die Zöglinge, sei es für die Vorstände und Lehrer, deren Änderung, Aufhebung und etwaige Dispense Cann. 1357 § 1 und 3; FRSem. n. 22. — b) Die Hauptaufgabe oder wenigstens die ständige Inanspruchnahme bildet die *U b e r w a c h u n g* des ganzen Seminarbetriebes („*curare, visitare, vigilare*" Can. 1357); hier muß sich sein Name *ἐπίσκοπος* besonders bewahren. — c) Die Rechtsprechung und Ahndung kann zuweilen in streng rechtlichem Sinne notwendig sein, z. B. bei Zurückführung eines Klerikers, besonders eines Majoristen, in den Laienstand Can. 211—14; bei Gültigkeit der Weihen Can. 1576 § 1 n. 1 (3 Richter) oder bei Abjektung, Degradierung usw., ebendort § 1 n. 2 (5 Richter); vgl. Cann. 1993—98; meist ist jedoch die Rechtsprechung im weiteren Sinne aufzufassen, insofern jede Maßregel auf der Grundlage der Gerechtigkeit ruhen muß; hierher gehört u. a. die *E n t l a s s u n g* der Zöglinge Can. 1371 (näheres unten); das *V e r b o t* des *A u f s t i e g s* zu den Weihen Can. 970; 2186 ff.; die Erklärung des Vorhandenseins einer *I r r e g u l a r i t ä t* oder eines anderen Weiehindernisses Can. 984—987; der *V e r h ä n g u n g* oder Erklärung einer *B e n s u r* Can. 2265 § 1 n. 3; 2275 n. 3 (bei Exkommunikation wird jedoch ein Kolleg von drei Richtern erfordert Can. 1576 n. 1). — Wie der Bischof bei der Verwaltung des Seminars beteiligt ist, wird eingehend gezeigt werden.

V. Vorstände, Lehrer und Angestellte des Seminars. „Es ist Sorge zu tragen, daß in jedem Seminare vorhanden seien ein Vorstand für das Seminarleben, Lehrer für den Unterricht, ein Vermögensverwalter, verschieden vom Vorstande, wenigstens zwei ordentliche Beichtväter und ein Spiritual" Can. 1358; vgl. Cann. 1360—69; FRSem. Art. III. Aus diesen angeführten Rechtsquellen ergeben sich die einzelnen Ämter.

1) „*R e c t o r*" (V o r s t a n d, R e g e n s, D i r e k t o r) sei einer, „dem alle übrigen in der Ausübung ihrer Ämter zu folgen haben, auch der V e r m ö g e n s v e r w a l t e r

steht unter seiner Aufsicht“. Entsprechend den übrigen Vorständen und Lehrern „werde als Rektor gewählt ein Priester, der ausgezeichnet nicht nur durch Wissenschaft, sondern auch durch Tugenden und Klugheit, durch Wort und Beispiel den Zöglingen zu nützen imstande ist“ Can. 1360 § 1, nicht zu jugendlich FRSem. n. 8, kein in die Welt zurückgekehrter Ordensmann (religiosus) mit ewigen Gelübden oder nach sechs Jahren des Ordenslebens auch mit zeitlichen Gelübden oder mit dem Eidschwur der Ausdauer oder mit sonstigen bindenden Versprechen Can. 642 § 1 n. 2; § 2. Gewählt wird der Seminarvorstand vom Bischof nach Anhörung der beiden Bevollmächtigten des Disziplinausschusses Can. 1359 § 4. — Der Rektor ist, abgesehen von einer besonderen Verfügung des Ordinarius, der geborene Vorstand der Seminarkirche Cann. 479; 480 § 3; die mindestens halböffentliche Kapelle (Can. 1188 § 2 n. 2) ist es, in welcher Trauungen nur im dringlichen Notfalle und nur mit Erlaubnis des Ortsordinarius abgehalten werden dürfen Can. 1109 § 2; für die Zwecke dieser Kirche besitzt er die Segnungsgewalt des Can. 1304 n. 3. Wenigstens bei Beginn seiner Amtstätigkeit hat der Seminarvorstand (so auch die übrigen) das Glaubensbekenntnis Can. 1406 § 1 n. 7. mit dem „Antimodernisteneid“ S. Off. d. 22. Mart. 1918 (Handbuch I² S. 29) abzulegen. Wenigstens der Vorstand des Priesterseminars ist zur Diözesan synode zu berufen Can. 358 § 1 n. 3. Wenn der Rektor zwar zunächst für das Seminar aufgestellt ist Can. 1358, so wird ihm doch die Kanzel der Pastoraltheologie mit Nutzen übertragen Can. 1365 § 3.

Bei größeren Seminarien kommen noch Gehilfen des Rektors in Frage: a) ein Vicerector (Subregens, Subdirektor „Rectoris delegatus“ Can. 1368), für dessen Rechte und Pflichten obige Ausführungen entsprechend gelten; b) Präfecten (Assistenten usw.) für das gesamte Seminar und Abteilungspräfecten („Praefecti conturbarniorum“ Museumspräfecten), „lektüre aus der Zahl der Priester oder der Zöglinge genommen, tugendsam und brauchbar für ihren Beruf“, FRSem. n. 9.

2) Für die asketische Ausbildung der Zöglinge sieht der Kodex vor: a) einen „Director spiritus“ Can.

1358, „Magister pietatis seu D. Spiritualis“ FRSem. n. 10 (Spiritualdirektor, Spiritual), mit Klugheit, Gelehrsamkeit und Frömmigkeit geschmückt, im Seminare wohnend und durch kein anderes Amt seinem Berufe entzogen“, ibi, dessen beide Hauptaufgaben sind: „wöchentlich Unterricht in geistlichen Dingen mit frommer Aufmunterung“ Can. 1367 n. 5; Abnahme der Beichten FRSem. n. 10 und Fühlungnahme in Form von Unterredungen; b) „Confessarii ordinarii et alii“ Cann. 1358; 1360—61; letztere nennt die FRSem. n. 10 „extraordinarii“. — Für jedes Seminar sind wenigstens zwei ordentliche Beichtväter zu bestellen und einige außerordentliche. Ausgeschlossen vom Beichtvateramt sind der Rektor und die übrigen Vorstände für die Disziplin, wenn Zöglinge und Vorstände im gleichen Hause wohnen; doch kann die Beicht gewährt werden, wenn Zöglinge aus dringender Not in Sonderfällen frei darum bitten Cann. 891; 518; Handbuch II² S. 127. Sämtliche Beichtväter, durch Wissenschaft, Tugend und Klugheit ausgezeichnet (Can. 1360 § 1), müssen den Zöglingen zur Verfügung stehen ohne Beeinflussung durch den Vorstand, freilich auch unbeschadet des geordneten Seminarlebens Can. 1361 § 2.

Bei der Zulassung eines Zöglings zu den Weihen, bei seiner Entlassung aus dem Seminar haben die Beichtväter keine Stimme, ja ihr Gutachten darf niemals erhoben werden Can. 1361 § 3; in allen übrigen Fällen gilt Can. 890, wonach die in der Beicht erworbene Kenntnis in keiner Weise zur äußeren Leitung gebraucht werden darf. Neben den ordentlichen und außerordentlichen Beichtvätern können die Zöglinge auch andere mit Jurisdiktion versehene Priester zur Beicht aufsuchen, da ja das Recht hier nicht einmal die Schranken der Cann. 519; 522 setzt.

3) Für die wissenschaftliche Ausbildung sorgen die „Magistri pro instructione“ Cann. 1358; 1360; 1366; 1369 § 3 und der etwaige „Praefectus Studiorum“ FRSem. n. 13. Für die klassischen Studien, soweit sie im kleinen Seminar auch gelehrt werden, betont die FRSem. n. 30 die Aneignung der lateinischen, griechischen und der Muttersprache, sowie der sonstigen Fächer, besonders die lateinische Sprache wird empfohlen Can. 1364 n. 2;

Schreiben Pius' XI. an Kardinal Bisleti „Quinam alumnorum“ d. 1. Aug. 1922. — Für die Theologie sollen wenigstens in der Exegetik, Dogmatik, Moralthologie und Kirchengeschichte ebenso viele Lehrstühle und Professoren vorhanden sein Can. 1366 § 3; das gleiche gilt für Philosophie und Rechtswissenschaft Can. 1366 § 1, FRSem. n. 32. Als Professoren der Fachwissenschaften sollen im Urteile des Bischofes und der Seminarbevollmächtigten (*ceteris paribus*) die Doctoren den Vorzug haben; dies gilt entsprechend für die Religiösen Can. 1366 § 1.

Die sittlichen Eigenschaften der Professoren, Dozenten und Lehrer gelten entsprechend den beim Rektor dargelegten (oben S. 556). Für den Professor der Heiligen Schrift stellt die FRSem. n. 12 besondere Anforderungen, nämlich die richtige Ausbildung in der Exegetik; außerdem soll er hervorragen an tiefgründiger philosophischer und theologischer Kenntnis; (Bibl. d. 26. Febr. 1927 (AAS. 19, 160).

4) Die Vermögensverwaltung. Außer dem eigentlichen Vermögen (des Seminarii) kommt hier in Betracht das Gebäude, welches in seiner Einrichtung dem geordneten Seminarleben (*disciplina*) und den gesundheitlichen Anforderungen („*legibus valetudinis tuendae*“) zu dienen hat; sehr zweckmäßig wäre ein eigener Ferienaufenthalt („*rusticationis domus*“) FRSem. nn. 2; 3. Die Verwaltung ist nicht Sache des Seminarvorstandes, sondern eines eigenen Verwalters („*oeconomus*“ Can. 1358, Administrator), der in Abhängigkeit vom Rektor und unter Oberaufsicht des Bischofes und des Verwaltungsrates die Geschäfte führt FRSem. n. 14; er muß nicht gerade Priester sein Can. 1360. Für ihn gelten die allgemeinen Vorschriften über Erwerb, Erhaltung, Veräußerung und Belastung des Kirchengutes Cann. 1495—1551.

5) Zu den Angestellten des Seminars gehören die Seminardiener, welche mit Sorgfalt erwählt, in Frömmigkeit, Ordnung und Pflichttreue erhalten werden sollen. Besorgen weibliche Religiösen Küche, Reinhaltung usw. des Seminars, so muß ihnen ein vollständig getrennter Abteil angewiesen werden, wo sie auch ihren Ordenspflichten nachkommen können FRSem. n. 20.

6) Die Vorstände und Lehrer des Seminars können auch im Notfalle aus einer religiösen Kongregation genommen werden FRSem. n. 16 (von Orden ist dort keine Rede). Bei Kongregationen des Diözesanrechtes genügt die Erlaubnis des Bischofs (*auditis deputatis*); ebenso bei RR. des päpstlichen Rechtes, wenn die Konstitutionen solche Dienste zulassen, sonst scheint die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles vonnöten. Über die Leitung der Seminarien durch eigentliche Ordensmänner (*regulares can. 488 nn. 2; 7*) entscheiden die Konstitutionen; vgl. CBB. n. 104 (so leiten die Benediktiner seit 1844 das bischöfliche Knabenseminar des Bistums Regensburg in Metten). Die Ordensfamilien haben natürlich ihre eigenen Studienhäuser *Cann. 587—591*, doch werden hier bereits Professoren vorausgesetzt, indes bemühen sich sowohl die Orden als auch die Kongregationen, Knaben für ihre Ordensbedürfnisse heranzubilden, vgl. *Constitutiones C. Ottiliensis O. S. B. (1925) nn. 73—76*.

Staatliche Bestimmungen: a) Geistliche, „welche in der Leitung und Verwaltung der Diözesanbildungsanstalten in Bayern verwendet werden sollen, müssen 1) die bayerische oder eine andere deutsche Staatsangehörigkeit haben; 2) das Reifezeugnis eines vollwertigen humanistischen Gymnasiums besitzen, das auch auf Grund privater Studien oder an einer vom Staate anerkannten Privatanstalt erworben werden kann; 3) die von der Kirche vorgeschriebenen philosophisch-theologischen Studien an einer deutschen staatlichen Hochschule oder an einer den Bestimmungen des *Can. 1365 des CIC.* entsprechenden deutschen bischöflichen Hochschule oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom erfolgreich zurückgelegt haben“, *Bayr. Kf. 1924/25 Art. 13 § 1.* — Das Polnische Konkordat vom 10. Febr./2. Juni 1925 enthält über die Eigenschaften der Seminarvorstände i. w. S. nur Folgendes: „Die katholische Kirche wird in allen Diözesen entsprechend dem kanonischen Rechte Geistlichen-Seminare besitzen, die sie leiten und in denen sie Lehrer ernennen wird“ *Art. 13 n. 2. I.* „Wollen die Seminarien als polnische Rechtspersonen anerkannt werden, so müssen (abgesehen von dem Ziele) die Personen, welche ermächtigt sind, sie zu vertreten und ihre Güter zu verwalten, sich ständig in Polen aufhalten“; sonst genießen sie nur die Rechte von Ausländern. *Art. 16.*

b) In manchen Ländern besuchen die Seminaristen die staatlichen Gymnasien und Hochschulen. Auch die Religionslehrer und Professoren der Theologie sind Beamte des Staates, erhalten aber die *missio canonica* vom zuständigen Bischofe. Ihre Rechtslage wird geregelt durch die *SCC. d. 22. Febr. 1926 (AAS. 19, 22)* oder durch Konkordate. So in Bayern. „Die Ernennung oder Zulassung der Professoren oder Dozenten an den theologischen Fakultäten der Universitäten und an den phil.-theol. Hochschulen, sowie der Religionslehrer an den höheren Lehr-

anstalten wird staatlicherseits erst erfolgen, wenn gegen die in Aussicht genommenen Kandidaten von dem zuständigen Diözesanbischöfe keine *E r i n n e r u n g* erhoben worden ist (§ 1). — Sollte einer der genannten Lehrer von dem Diözesanbischöfe wegen seiner Lehre oder wegen seines *sittlichen* Verhaltens aus triftigen Gründen beanstandet werden, so wird die Staatsregierung unbeschadet seiner staatsdienerlichen Rechte alsbald auf eine andere Weise für einen entsprechenden Ersatz sorgen (§ 2)“ Art. 3. Im Art. 4 ist den Bedürfnissen der Priesterkandidaten wohlwollend Rechnung getragen: „§ 1. Der Unterricht an den theologischen Fakultäten der Universitäten und an den philosophisch-theologischen Hochschulen muß den Bedürfnissen des *p r i e s t e r l i c h e n* Berufes nach Maßgabe der kirchlichen Vorschriften Rechnung tragen. — § 2. An den philosophischen Fakultäten der beiden Universitäten München und Würzburg soll wenigstens je ein Professor der *P h i l o s o p h i e* und *G e s c h i c h t e* angestellt werden, gegen den hinsichtlich seines *k a t h o l i s c h - k i r c h l i c h e n* Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist.“ — Ähnliches wie das Bayerische sieht das *P o l n i s c h e* Konkordat im Art. 13 vor. Die Lehrer für die Geistlichenseminare werden von der Kirche ernannt n. 2. Die Religionslehrer an den Staatsanstalten werden ausschließlich aus der Mitte jener gewählt, die von den Ordinarien zum Religionsunterricht ermächtigt sind, und werden von den Kirchenbehörden in bezug auf Inhalt des Religionsunterrichtes und der Sittlichkeit beaufsichtigt. „Zieht der Ordinarius einem Religionslehrer seine Ermächtigung zurück, verliert letzterer dadurch das Unterrichtsrecht. — Dieselben Grundsätze . . . werden auf Professoren, Dozenten und Assistenten an den theologischen Fakultäten der Staatsuniversitäten angewandt“ n. 1.

VI. Die beiden Seminarausschüsse (Seminarcommissionen „coetus deputatorum“) für das *S e m i n a r l e b e n* („pro disciplina“) und für die *S e m i n a r v e r m ö g e n s v e r w a l t u n g* („pro administratione bonorum temporarium“) Can. 1359.

1. *M i t g l i e d e r*. Jeder Ausschuß wird gebildet auf sechs Jahre aus zwei Priestern, die der Bischof nach Anhörung des Kapitels (Can. 105) erwählt.

a) Nur für die *S e m i n a r i e n* sind die vorgenannten Ausschüsse notwendig, nicht für Kollegien, auch wenn sie unter bischöflicher Verwaltung stehen, z. B. das Dr. Bell'sche Studienseminar in Passau; das bischöfliche Studienseminar in Würzburg.

b) Die beiden Ausschüsse wurden vom Tridentinum ins Leben gerufen in der sess. 23 cp. 12 d. r. und zwar in folgender Weise: Der Ausschuß für das Seminarleben bestand aus zwei Domkapitularen, vom Bischof erwählt; der Vermögensausschuß zählte vier Mitglieder, je zwei vom Domkapitel und vom Stadtklerus; der Bischof bestimmte je ein Mitglied vom Kapitel und vom Stadtklerus; der zweite Kanonikus wurde vom Kapitel; das zweite Mitglied des Stadtklerus von diesem gewählt. Nach dem Roder kann jeder *P r i e s t e r*, ob Domkapitular oder nicht;

ob von der Stadt oder vom Lande; ob aus dem Welt- oder Religiosen-
klerus genommen werden, mit folgenden Ausnahmen: ausgeschlossen
sind der Generalvikar; die zur „Familie“ des Bischofs gehörenden Priester
(familiares); vom Seminar der eigentliche Vorstand; der Vermögens-
verwalter und die ordentlichen Beichtväter. Der Ausdruck „familiares
Episcopi“ ist nach Trid. sess. 23 c. 9 d. r. zu erklären von Priestern, welche
der häuslichen Gewalt des Bischofs unterstehen und auf seine Kosten
leben; vgl. Santi-Leitner: Praelectiones⁴ I 11 n. 32; seine *Bertrauten*
oder seine nächsten *Berwandten* fallen hier nicht unter den Begriff;
andere nach Cann. 367 § 3 (Generalvikar) oder 1520 § 2 (Administrator).

c) „Das Amt der Ausschußmitglieder („deputati“) dauert *sechs*
Jahre; ohne *gewichtigen* Grund sollen sie nicht entfernt werden,
eine Wiederwahl ist möglich“ § 3. Dieses Amt kann auch von selbst *auf-*
hören durch Tod; durch Beförderung oder Versetzung auf ein nach Can.
1359 § 2 unvereinbares Amt; durch Eintritt in einen Orden oder eine
Kongregation; durch Aufenthaltsänderung, namentlich in eine andere
Diözese. — Als *wichtige* Gründe zur *Entfernung* eines Be-
vollmächtigten gelten Krankheit (auch Nachlassen der Geisteskräfte), länger
dauernde Abwesenheit; Überladensein mit sonstigen Berufsarbeiten;
bedeutende Vernachlässigung des Berufes bzw. auch dieses Amtes. —
Der gewählte Priester kann auch freiwillig *ablehnen*, z. B. wegen
hohen Alters, Kränklichkeit usw.; oder im Laufe der Zeit freiwillig *zu-*
rücktreten, freilich nicht ohne Grund Can. 184; Santi-Leitner⁴
V. 5. pag. 60.

2) Die *Rechte* und *Pflichten* der Bevollmächtigten
faßt Can. 1359 § 4 in folgenden Satz zusammen: „Der Bischof
muß den Rat der Bevollmächtigten in wichtigeren Angelegen-
heiten einholen.“ Jeder Ausschuß tagt *für sich*, der eine
in Sachen des Seminarlebens, der andere in jenen der Ver-
mögensverwaltung; wenn auch manchmal eine Ange-
legenheit zu dem Bereiche beider Kommissionen gehört, so
erfolgt doch die Beratung oder wenigstens die Abstimmung
getrennt. Würde z. B. durch die Enge der Räume die Ge-
sundheit oder Disziplin der Zöglinge gefährdet, so könnte
ein Neu- oder Erweiterungsbau notwendig sein. Zuerst ist
die Gefährdung festzustellen, dann die Vermögensfrage des
Neubaus. — Handelt es sich um Vorkommnisse, Pläne, Aus-
führungen kleinerer Tragweite, so ist der Bischof nicht gehalten,
die Bevollmächtigten zu fragen, ja er kann derartiges auch
dem Vorstand bzw. Verwalter übertragen. „In negotiis
maioris momenti“, also in allen „Angelegenheiten von
größerer Bedeutung“ muß er den zuständigen Aus-
schuß befragen. Trägt der Bischof in diesen Sachen die be-
treffenden Bevollmächtigten nicht, so ist das Vergehen des
Leitner, Handbuch des kathol. Kirchenrechts. V.

Bischofs nicht nur unerlaubt, sondern **u n g ü l t i g** (anders Epitome II 693 ohne richtige Begründung); freilich ist der Bischof an die Ansicht der Kommission nicht streng gebunden Can. 105 n. 1. Das Urteil, wann eine Angelegenheit von geringerer, wann von größerer Tragweite ist, steht beim Bischof. Doch müssen bei der Abwägung die Natur der Sache und die Entscheidungen des Apostolischen Stuhles maßgebend sein. Die Bestätigung oder wesentliche Änderung neuer Seminarstatuten (Can. 1357 § 3); die Zugrundelegung einer neuen Studienordnung (Cann. 1364—66); die Aufnahme und Entlassung der Zöglinge (Cann. 1363; 1371; vgl. 543; 647; 650; 655; 1576) gehören zu den wichtigeren Fragen des Seminarlebens; — bei **V e r ä u ß e r u n g e n** oder **B e l a s t u n g e n** des Seminarvermögens ist nach den allgemeinen Grundsätzen der **A p o s t o l i s c h e S t u h l** zuständig, sooft **R o s t b a r k e i t e n** (res pretiosae) oder Dinge in Frage kommen, die den Wert von 30 000 Goldlire (Goldfranken) übersteigen; sonst der Ordinarius und zwar **j e d e s m a l** (abgesehen von Kleinigkeiten) nach Anhörung der Bevollmächtigten des Vermögensausschusses und bei Sachen im Werte von 1001—30 000 Goldlire mit Zustimmung des Domkapitels Cann. 1532; 1538; 1359 § 4. Will der Bischof die beiden außerordentlichen Einnahmequellen der **P f r ü n d e i n i g u n g** und **S e m i n a r t a r e** (Can. 1355 nn. 3 und 2) eröffnen, so muß er (zur Gültigkeit der Verfügung) die Bevollmächtigten hören SCC. d. 13. Jan. 1594; Santi-Leitner⁴ V 5 pag. 61. Den Seminaraußschußmitgliedern kann der Bischof den **A m t s -** und **S c h w e i g e e i d** auflegen ME. 20, 376.

Der Apostolische Stuhl hat im Polnischen Konkordat ausdrücklich eingewilligt (Art. 24 n. 5), daß die polnische Republik u. a. „von den Seminarien, die Landgüter besitzen, soviel Mengen Landes auskaufe, als sie für das Seminar 180 Hektar übersteigen“. Hat in einer Diözese zwar das Bistum Ländereien, aber nicht das Seminar getrennt, so sind 180 Hektar für die allgemeinen Diözesanbedürfnisse und 180 Hektar für die Seminarbedürfnisse vom Auskaufe frei.

Wie wir oben sahen, kann das Seminar einer **Kongregation von Religiosen** zur Erziehung und Ausbildung der Zöglinge anvertraut werden; ebenso wurde dargelegt, wann die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles notwendig ist; wann der Wille des Bischofs genügt. Bei der Übertragung des Seminars können auch gewisse Bedingungen festgesetzt werden FRSem. n. 16. Wurden besondere Bedingungen nicht vereinbart, so gelten die Bestimmungen über **P f a r r e r** aus dem **R e -**

Religionsstände hier entsprechend Cann. 630—31; 454 § 5; 456. Natürlich müssen auch die beiden Ausschüsse aufgestellt werden; denn die Bevollmächtigten sind ja nicht als weise Schranken den Religiosen, sondern dem Bischofe beigegeben (Cann. 1359 § 4; 105). Wenn Religiosen in dieser Hinsicht Privilegien des Apostolischen Stuhles besitzen, so bestätigt das unsere Ansicht. Papst Benedict XV. verlieh durch das Schreiben „Antiquius nihil“ d. 23. Dec. 1921 (AAS. 14, 37) den Sulpizianern (Compagnie de Saint Sulpice) für immer das Privileg, die ihnen von den Ortsordinarien angebotene Leitung des Seminars auch ohne Indult des Apostolischen Stuhles anzunehmen und dasselbe zu leiten ohne Dazwischenkunft der doppelten Seminarcommission, doch sind sie in allen Seminarischen vom Bischofe abhängig, der alljährlich die Rechenschaftsablage in Gegenwart zweier Domherren abnehmen kann. Auch die Lazaristen und Eudisten übernehmen in Frankreich die Seminarleitung. Aus obigem Privileg erhellt, daß die Gewohnheit, welche in Frankreich bestand, nämlich ohne die beiden Seminarcommissionen auszukommen, durch den Kodex beseitigt wurde Can. 5. Selbst wenn sie unvordenklich wäre, könnte sie vom Bischofe nicht geduldet werden; denn hier wäre er Richter in der eigenen Sache. Die Duldung könnte nur vom Apostolischen Stuhle ausgesprochen werden; vgl. ME. 21, 311.

VII. Die Seminarzöglinge (Seminaristen). Nach Anweisung des Kodex sei dieser Gegenstand in einigen Abschnitten behandelt: Aufnahme; wissenschaftliche, dann ästhetische Ausbildung; Erziehung auch zu äußerer Bildung; Aufenthalt; Entlassung.

A. Für die Aufnahme der Zöglinge bestimmt Can. 1363: „§ 1. In das Seminar sollen vom Ordinarius nur eheliche Knaben aufgenommen werden, deren Anlage und Neigung Hoffnung gewähren, daß sie mit Frucht den kirchlichen Diensten beständig sich hingeben werden. — § 2. Bevor sie aufgenommen werden, müssen sie die Zeugnisse über eheliche Geburt, Empfang der Taufe und Firmung und über Leben und Charakter vorweisen. — § 3. Entlassene aus anderen Seminarien oder aus irgendeiner religiösen Genossenschaft sollen nicht aufgenommen werden; wenn nicht der Bischof vorher, auch vertraulich von den Obern oder anderen Erkundigungen eingezogen hat über die Ursache der Entlassung, über Führung, Charakter und Talent der Entlassenen, und mit Sicherheit erkannt hat, nichts sei in ihnen vorhanden, was für den Priesterstand weniger passe; diese Berichte der Wahrheit entsprechend, müssen die Obern kraft schwerer Gewissenspflicht abgeben.“

1) Da nur ein getaufter Mann gültigerweise geweiht werden kann (Can. 968 § 1), so folgt, daß nur ein Knabe bzw. eine männliche

Person, deren Taufe bezeugt ist, in das Seminar Aufnahme finden kann, vgl. „Handbuch“ 2. Dief.² § 14 S. 141 f. Der Eintritt in das Seminar ist Pflicht bei Beginn des theologischen Studiums; er ist Wunsch der Kirche bei Beginn der klassischen Studien („a teneris annis“) Can. 972. Der Zweck des Seminars (Can. 1354 § 1) fordert, daß die Aufzunehmenden körperlich, geistig und sittlich tüchtig („indoles“) später die Würde und Bürde des geistlichen Standes zu tragen vermögen, sowie daß sie eine Neigung („voluntas“) zu diesem Berufe zeigen; denn wie es „ein Unrecht wäre, einen Berufenen vom geistlichen Stande abzuhalten, so ein gleiches Unrecht, jemanden hierin zu zwingen“ Cann. 971; 2352 (Exkommunikation für die Zwingenden). Diese Tauglichkeit und Neigung bemißt sich nach gegenwärtigem Rechte in Hinsicht auf die Priesterweihe Can. 973 § 1, doch beachte man auch § 2.

2) Zur Erlaubtheit der Weihen gehört der Empfang des Firmungs sakramentes Can. 974 § 1 n. 1 und die eheliche Geburt Can. 984 n. 1. Darum fordert die Kirche schon beim Eintritt in das Seminar das Firmzeugnis; doch könnte auch ein Knabe aufgenommen werden, der in Bälde die heilige Firmung empfangen wird. Anders verhält sich die Sache bei den außerehelich Gebornen. Wurden sie nicht in irgend einer Form legitimiert (Cann. 1114—17; 1051; „Handbuch“ 2. Dief.² S. 160; 4. Dief.² S. 325), so können sie ohne päpstliche Dispense in das Seminar nicht aufgenommen werden, Archiv f. kath. RR. 1925 S. 191—94; Gleiches bezeugt eine C. der SCS-U. in causa Lincien.

3) Auch ein Leumundzeugnis („de vita et moribus“) muß beigebracht werden; wohl wird meist der Pfarrer daselbe ausstellen, zuweilen ein Anstaltsvorsteher. Es bestehen in den einzelnen Bistümern hierüber sehr eingehende Bestimmungen.

Sehr wichtig sind diese Zeugnisse bei Entlassenen. Doch sind diese Bestimmungen bedeutend gemildert gegenüber dem früheren Recht, Dekret der SCC. „Vetuit“ d. 22. Dec. 1905. a) Der Bischof, welcher um Aufnahme gebeten wird, muß Erkundigungen über den Entlassenen einziehen, über die Ursache der Entlassung, über die Führung des Entlassenen, sowie seine sittliche und geistige Veranlagung. Die Erkundigung kann gemacht werden amtlich oder geheim; bei zuständigen Obern oder bei anderen, also über entlassene Seminaristen zunächst beim Bischofe des Seminars, über entlassene Religiösen zunächst beim Provinzobern, Dekret „Vetuit“ nn. 1 und 4. — b) Nur dann kann ein Entlassener aufgenommen werden, wenn der Bischof die moralische Gewißheit erlangt hat, es liege nichts Priesterberufswidriges vor. — c) Diese Erkundigungen sind strenge vorgeschrieben: α) bei entlassenen Seminaristen Can. 1371, nicht bei freiwillig ausgetretenen, selbst auf Grund eines Rates seitens der Obern (consilium abeundi); β) bei entlassenen Religiösen, sei es der feierlichen, sei es der einfachen ewigen oder zeitlichen Gelübde Cann. 646—672, aber auch bei entlassenen Novizen Can. 571, nicht bei entlassenen Kandidaten. — d) Das Ersuchen des Bischofs richtet sich teils an die ehemaligen Obern der Entlassenen, teils an andere. Nur die Obern sind im Gewissen streng verpflichtet, wahrheits-

getreuen Bericht zu erstatten, zu diesen Obern gehören der zuständige Bischof oder durch dessen Bevollmächtigung der Vorstand des Seminars; der höhere Obere der religiösen Genossenschaft (Abt; Provinzial; General) Cann. 544 § 3; 488 n. 8. — Sucht ein aus einem Kolleg Entlassener um Aufnahme in das Seminar nach, so ist der Bischof nicht verpflichtet, obige Erkundigungen einzuziehen, wohl aber sich das Reumundzeugnis des Can. 1363 § 2 zu verschaffen; während bei Aufnahme in eine religiöse Genossenschaft auch hier besondere Erkundigungen vorgeschrieben sind Can. 544 § 2.

B. Wissenschaftliche Ausbildung. Die Cann. 1364 ff. geben Anweisung über den Gegenstand der wissenschaftlichen Ausbildung, welche in den kleinen und in den großen Seminarien geboten werden soll. Das ist ein Maßstab für das Wissen, das sich die Seminaristen zu erwerben haben, wenn sie auch außerhalb des Seminars die mittleren und höheren Schulen besuchen.

1) **Klassische Studien** Can. 1364: „In den unteren Schulen des Seminars: 1. Den ersten Platz soll der Religionsunterricht einnehmen, der angepasst der Fassungskraft und dem Alter der einzelnen auf das sorgfältigste dargeboten werde. — 2. Besonders die lateinische und die Muttersprache sollen die Zöglinge genau erlernen. — 3. In den anderen Fächern soll jene Unterweisung ermöglicht werden, welche der allgemeinen Bildung und dem geistlichen Stande entspricht in der Gegend, wo die Zöglinge den heiligen Dienst (später) ausüben müssen“. Die FRSem. geht schon etwas weiter, indem neben den beiden obengenannten Sprachen ausdrücklich auch noch die griechische erwähnt und die Erlernung der lateinischen besonders betont wird n. 30. Die übrigen Fächer (Mathematik, Geschichte, Geographie, Naturkunde, lebende Fremdsprachen) richten sich nach dem Bedürfnis des künftigen Berufes; doch betont Papst Pius XI. in seinem Apostolischen Schreiben „Unigenitus Dei Filius“ an die Generalobern aller männlichen Orden und Kongregationen vom 19. März 1924 (AAS. 16, 133 f.): „Ihr werdet angelegentlich Sorge tragen, daß die jungen Ordenskandidaten jene Fächer besuchen, welche an den Gymnasien gegeben zu werden pflegen“ CpR. V 248.

2) **Scientia** Can. 1365. „§ 1. Auf eigentliche Philosophie (philosophia rationalis) nebst den verwandten

Disziplinen sollen die Zöglinge volle zwei Jahre verwenden. — § 2. Der theologische Kurs soll wenigstens in vollen vier Jahren zusammengefaßt werden und muß außer Dogmatik und Moral besonders erfassen das Studium der Heiligen Schrift, der Kirchengeschichte, des Kirchenrechts, der Liturgie, der geistlichen Beredsamkeit und des Kirchengesangs. — § 3. Es sollen auch Vorlesungen über Pastoraltheologie gehalten werden, in Verbindung mit praktischen Übungen über die Art des Katechismusunterrichtes für Kinder und andere, SCSU. epistola „Ad regnum“ d. 8. Sept. 1926 (AAS. 18, 453—55), über Beichtthören; Besuch der Kranken und Beistand der Sterbenden.“

Die Fachausbildung des Priesters umfaßt also zwei Jahre Philosophie und vier Jahre Theologie, der sich eine Weiterbildung von drei Jahren anreicht Can. 130. Wird diese Zeit gewissenhaft benützt, so kann sich der Priesterstand mit jedem anderen Stande höherer Bildung messen. Das ist auch Pflicht. Wie die Kenntnis der Fachwissenschaft in aufsteigenden Graden gleichsam ebensovielen Stufen bildet für den Empfang der Weihen, sehen wir im Weiherecht Can. 976; 996; „Handbuch“ 2. Lief.² S. 147.

a) Maßgebend für die Forschungen der Professoren und für den Unterricht der Hörer ist in Philosophie und Theologie S t. T h o m a s, der Englische Lehrer, und zwar in seiner Behandlungsweise, seinem Lehrinhalt und in seinen Grundsätzen („ad Angelici Doctoris rationem, doctrinam et principia“) Can. 1366 § 2. Aus dem Worte „doctrina“ ergibt sich nicht, daß gerade jeder Lehrsatz des heiligen Thomas festgehalten werden muß, wie dies auch aus dem Beisatz „principia“ sich erschließen läßt. — Neben der eigentlichen Philosophie („ph. rationalis“) dürfen die Naturwissenschaften nicht gering angeschlagen werden; darum enthält die FRSem. in n. 36 die Frage: „Sind (im Seminar) Säle vorhanden mit den notwendigen Einrichtungen für das Studium der Naturwissenschaft und mit den zeitgemäßen Instrumenten für das Studium der Physik?“

b) In jedem Klerikalseminar, welches den Alumnen auch Unterricht bietet, sollen wenigstens vier Lehrstühle mit eigenen Professoren besetzt sein: der Heiligen Schrift, Dogmatik, Moral und Kirchengeschichte Can. 1366 § 3. Daß auch ein Lehrstuhl der Philosophie und des Kirchenrechts vorhanden sein soll, ergibt sich aus der Natur der Sache, sowie aus FRSem. nn. 31 und 32. Auch dürfte es schwer sein, sämtliche praktische Fächer (Pastoraltheologie, Homiletik, Katechetik, Kirchengesang) als Anhängsel der anderen vier Disziplinen zu behandeln. In den theologischen Abteilungen der staatlichen Hochschulen sind vorgesehen Lehrstühle für Dogmatik und Apologetik, Moral, Kirchenrecht, Kirchengeschichte, Exegese des Alten und Neuen Bundes mit Einleitung und Orientalischen Sprachen, zuweilen noch Patrologie; Archäologie, biblische und christliche; Staatsrecht; Pastoraltheologie, wenn letztere nicht im Seminar selbst gelesen wird.

Die FRSem. betont in n. 37 auch das Vorhandensein je einer Bibliothek für Lehrer und Hörer. — Nicht nur schädliche, sondern auch zeitraubende und zerstreuende Zeitungen und Zeitschriften sollen den Seminaristen untersagt sein FRSem. n. 26. — Entsprechend der Überlieferung im Benediktinerorden betonen die Konstitutionen von St. Ottilien (CCott.) den Unterricht und die Pflege des Kirchengesanges und der Kirchenmusik n. 126.

c) Praktische Übungen sind im Can. 1363 § 3 vorgesehen für Katechese, Beichtstuhl, Kranken- und Sterbendenseelsorge; nicht minder wichtig sind die praktischen Übungen in der Liturgie Can. 1367 n. 3, so im Messlesen (Pontificale Rom., De ordinatione Presbyteri: Mahnung des Bischofs vor der Postkommunion), in der Tauferteilung und Spendung der heiligen Ölung; in der geistlichen Beredsamkeit und im Kirchengesang § 2.

d) Ohne Zweifel wünscht der Apostolische Stuhl für die Disziplinen wenigstens mehr spekulativer Natur die Anwendung der lateinischen Sprache bei den Vorlesungen FRSem. nn. 31; 32 und SCCons. 16. Juli 1912 n. 13. Ausdrücklich verspricht die Polnische Republik in den Vorlesungen der Seminarien (außer bei weltlicher Wissenschaft) keine Änderung in der Sprache (für Gebiete des lateinischen Ritus) vorzunehmen, außer auf Grund einer besonderen Ermächtigung seitens der Konferenz der Bischöfe des lateinischen Ritus, Poln. Kf. Art. 23.

e) Haben die Hochschulen oder Seminarien vom Ap. Stuhle das Recht erlangt, die akademischen Grade zu verleihen, so obliegt ihnen auch die Befolgung der Anweisung seitens der SCSU. v. 7. März 1916 (Summa S. Thomae; normae directivae SCSt.; ME. 28, 218 sq.). — Sonst sollen die Bischöfe taugliche Geistliche an Universitäten schicken, damit sie ihre Ausbildung in Philosophie, Theologie und Kirchenrecht vollendend die akademischen Grade erlangen Can. 1380. „Ohne Philosophie kein Doktorat in Theologie oder Kirchenrecht“, SCSU. d. 29. Apr. 1927 (AAS. 19, 194).

C. Die asketische Ausbildung der Seminaristen wird hauptsächlich geregelt durch die Cann. 1367—71; 973—1001; 124—144. Can. 1367 gibt hierüber folgende Anweisungen: „Es sollen die Bischöfe dafür sorgen, daß die Zöglinge des Seminars: 1. Alle Tage gemeinsam das Morgen- und Abendgebet verrichten, einige Zeit dem betrachtenden Gebete widmen; dem heiligen Messopfer bewohnen; 2. Einmal wenigstens in der Woche zur heiligen Beicht gehen und häufig in geziemender Andacht mit dem eucharistischen Brote sich erquicken; 3. An Sonn- und Feiertagen dem feierlichen Hochamt und der feierlichen Vesper anwohnen, Altardienste leisten und die heiligen Zeremonien üben, besonders in der Domkirche, wenn das nach dem Urteil des Bischofs ohne Beeinträchtigung des Seminarlebens und der Studien geschehen

kann; 4. Jedes Jahr während einiger Tage im Zusammenhang geistliche Übungen halten; 5. Wenigstens einmal in der Woche einer Anweisung in geistlichen Dingen mit frommer Aufmunterung zum Schlusse anwohnen“. — Neben dieser Sorge des Bischofs haben auch der Rektor des Seminars sowie mit und unter ihm die übrigen Seminarvorstände die Sorge, daß die Zöglinge die Seminarstatuten und die Studienordnung genau beobachten und von wahrhaft kirchlichem Geiste erfüllt werden Can. 1369 § 1. — Diese emsige Sorge soll sich sogar auf die gewissenhafte Erfüllung des Berufes durch die Lehrer des Seminars erstrecken ibi § 3.

a) Was als Gegenstand der Sorge des Bischofs in Can. 1367 ausgeführt wird, paßt jedenfalls für das große Seminar; doch können die meisten Übungen bereits im kleinen Seminar zur Durchführung kommen nach dem weissen Ermessen des Bischofs. Zunächst handelt es sich hier um *Pflichten* des Bischofs bzw. der Seminarvorstände; für die Seminaristen besteht die Verpflichtung, das zu beobachten, was sie ihrem Berufe näherbringt; das zu meiden, was sie davon wegführt. Man kann aber nicht sagen, daß die einzelnen Übungen, welche in den Cann. 1367 und 1369 § 1 aufgezählt sind, unter Sünde verpflichten; vgl. die entsprechenden Pflichten der Kleriker Cann. 124 ff.; und der Religiösen Cann. 592 ff.; vgl. *MS.* 1926 S. 122—126 (P. Dr. Heribert Jone O. Cap.).

b) Das Tridentinum hatte festgesetzt in sess. 23 ep. 18 d. r.: „cathedrali et aliis loci ecclesiis . . inserviant“. Diese Vorschrift rief nicht wenige Erklärungen des Apostolischen Stuhles hervor. Der Zweck der Anordnung zielt auf die Übung der Seminaristen in den heiligen Zeremonien ab; indes dürfen dieselben nicht vom eigentlichen Berufe abgezogen werden. Die Domkirche hat natürlich den Vorzug; daran reiht sich die Seminarikirche; wenn die Domkirche nicht am Orte des Seminars ist, tritt an deren Stelle die Seminarikirche bzw. die Hauptkirche des Ortes. — Das Wort „festis diebus“ im Can. 1367 n. 3 ist nach Can. 6 n. 3 enge zu erklären von den eigentlichen Festtagen, Ben. XIV. in Syn. l. 2 c. 2 nn. 6. — Der Ausdruck: „altari inserviant“ weist hier auf die *liturgischen* Dienste, bedeutet nicht etwaige *persönliche* Dienste gegenüber den Priestern der Dom- oder anderer Kirchen *SCEE. et RR.* d. 16. Oct. 1844 (betr. einen Mißbrauch auf der Insel Sardinien); auch ist nicht gesagt, daß gerade alle Seminaristen an allen Feiertagen beizuziehen seien. In der Kirche nehmen die Alumnus des Seminars einen geziemenden Platz nach den Kanonikern und Benefiziaten der Domkirche, bzw. nach den Priestern der betreffenden Kirche ein. — Sooft die Seminaristen in Chorkleidung bei Verrichtungen oder Prozessionen sich beteiligen, gehen sie vor den sich beteiligenden Priestern unter dem Kreuz der Domkirche, außer die nicht zur Kathedrale gehörenden Priester gehen unter einem eigenen Kreuze; vgl. über die soeben behandelten Punkte Santi-Leitner: *Praelectiones*⁴ V 5 pag. 56—58.

D. Die Aneignung äußerer Bildung legt Can. 1369 § 2 den Vorständen und Zöglingen des Seminars ans Herz. „Ofter sollen die Vorstände den Seminaristen die Gesetze der wahren und christlichen S ö f l i c h k e i t ans Herz legen durch Wort und Beispiel; außerdem sollen sie dieselben mahnen, daß sie die Vorschriften der Gesundheitslehre, die Keirlichkeit in Kleidung und Körper, eine gewisse Liebenswürdigkeit im Verkehr, gepaart mit Bescheidenheit und Ernst, stets beobachten.“

Muster auch bezüglich des äußeren Anstandes ist unser Meister, der göttliche Heiland, und unter den Heiligen besonders der heilige Franz von Sales. Wenn der 1. Titel des 3. Buches der Dekretalen lautet „De vita et honestate clericorum“, so bezieht sich das nicht nur auf die i n n e r e Herzensreinheit, wie dies später auch das Trienter Konzil ausführte sess. 23 c. 1 d. r.: „Clerici, habitu, gestu, incessu, sermone aliisque omnibus rebus nil nisi grave, moderatum, ac religione plenum prae se ferant.“ Wie das Recht „die mit körperlichen oder geistigen Fehlern Behafteten“ und die „des guten Rufes Entbehrenden“ (Can. 984 nn. 2, 3, 5; Can. 987 n. 7) von den Weihen zurückweist, so will die Kirche im Can. 1369 § 2, daß auch im B e n e h m e n alles Fehlerhafte vermieden und edler Anstand gepflegt werde. Freilich mußten Konzilien und Oberhirten die Auswüchse und Mängel in nicht wenigen Verordnungen abzustellen suchen.

E. Seminaraufenthalt der Zöglinge. Der Ausdruck „Ad-sint, es sollen da sein“ deutet auf eine gewisse Residenzpflicht der Seminarvorstände; der ordentlichen Beichtväter; des Spirituals Cann. 1365; 1361 § 2. Für die Zöglinge des Seminars ist die Pflicht klar vom Beginne des Theologiestudiums an. Wohnen die Alumnen außerhalb des Seminars in besonderen Fällen aus schwerwiegendem Grunde, so unterstehen sie einem E p h o r Cann. 1370; 972; „Handbuch“ 2. Bief.² S. 144.

F. Die Entlassung der Zöglinge; Cann. 1371; 1363 § 3; 211—14; 637—72; 985; 2314 ff. Außer der Entlassung gibt es noch den freiwilligen Austritt.

I. Die Entlassung wird im Can. 1371 mit folgenden Worten dargelegt: „Aus dem Seminare sollen entlassen werden die mürrischen („dyscoli“ 1 Ptr 2, 18), unverbesserlichen, aufrührerischen, jene, welche wegen ihres Betragens und ihrer Anlage zum geistlichen Stande nicht geeignet erscheinen; ebenso jene, welche in den Studien so wenig Fort-

schritt machen, daß kein Hoffnungsstrahl leuchtet auf Erlangung des hinreichenden Wissens; besonders aber sollen sofort jene entlassen werden, welche sich etwa verfehlen gegen die guten Sitten und den Glauben."

Man sieht, Can. 1371 schließt eine Ermessensentlassung und eine Strafentlassung in sich. Zeigt ein Seminarist sich ungeeignet durch Mangel an Geistesgaben (gefordert wird nur „sufficiens doctrina“) oder durch Charakterfehler („dyscoli, incorrigibiles, seditiosi“), wenn auch diese nicht gerade zu sittlichen Straftaten führen, so ist er als ungeeignet zu entlassen. — Als unwürdig sind diejenigen fortzuschicken, welche sich beweisbarer Vergehen gegen die guten Sitten oder gegen den Glauben schuldig machen. Zur Beurteilung können dienen einmal die Irregularitäten aus einem Verbrechen Can. 985; dann hinsichtlich der sittlichen Führung die Cann. 2330—2388; hinsichtlich des Glaubens und der Gottesverehrung die Cann. 2314—2329. Gewiß gelten die Entlassungsgründe des Can. 646 entsprechend auch für Seminaristen. Papst Pius X. legt in seinem Motu proprio „Praestantia S. S.“ v. 18. Nov. 1907 den Bischöfen besonders ans Herz, „sie sollen jene von den heiligen Weihen ausschließen, die auch nur im geringsten Verdacht erregen, daß sie den verurteilten Lehren und den verderblichen Neuerungen des Modernismus sich zuneigen“, vgl. Anm. zu Can. 2317. — Hierher gehören die kirchenrechtlichen Bestimmungen über die Zurückversetzung der Majoristen und Minoristen, welche ja nach kirchlichen Bestimmungen fast durchwegs Seminaristen sind, in den Laienstand; vgl. Cann. 211—14; „Handbuch“ Zief.² § 43 S. 266 bis 269.

Es ist selbstverständlich, daß die Entlassung aus dem Seminare wie die Ehre des Priesterstandes und das Wohl der Kirche, so auch das Beste der Seminaristen berücksichtigen muß. Sind die Gründe des Can. 1371 nicht klar gegeben, oder ist die Möglichkeit der Besserung nicht ausgeschlossen, so hat der Entlassung eine Mahnung bzw. bei Fehlern und Vergehen eine Strafe milderer Art voranzugehen, darum sieht die FRSem. n. 25 die „correctio“ vor. — Auch soll der Entlassungsanspruch begründet sein, wenigstens für den Bischof, der denselben fällt; denn es steht dem gemäßregelten Seminaristen der Rekurs an den Heiligen Stuhl offen, entsprechend den Cann. 970; 2186. Oben schon wurde betont, daß zur Entlassung die Einberufung der beiden Bevollmächtigten der Disziplinarcommission notwendig ist Can. 1359 § 4.

II. Freiwilliger Austritt. Was vom Rücktritt eines Minoristen in den Laienstand gilt Can. 211 § 2, findet um so mehr Anwendung auf den Austritt des Seminaristen. Dieser Austritt soll sein: a) frei Cann. 211 § 2 („sua ipsius voluntate“); 971 (Zwang zum Austritt verwerflich): b) begründet; c) anständig („praemonito loci Ordinario“). Wie der Austritt auch durch Erwählung eines weltlichen Berufes oder der weltlichen Tracht geschehen kann, wurde im

„Handbuch“ 2. Lief.² S. 268 gezeigt. — Bei der Entlassung oder beim freiwilligen Austritte aus dem Seminare wird zuweilen die Ersatzpflicht zu betonen sein. Wenn der Freiplatz auf einer Stiftung unter Auflage der Ersatzpflicht oder auf gleichlautenden Statuten beruht, so ist die Ersatzpflicht nach dem Wortlaute zu beurteilen. Wird die Pflicht bei jedem Austritt auferlegt, so ist diese Vertragsbestimmung immer zu erfüllen; geschieht dies aber nur bei Zöglingen, welche den Freiplatz trügerischer Weise (mala fide) benützen, so tritt die Ersatzpflicht nur bei diesen ein. Sind weder in den Stiftungen noch in den Statuten eigene Bestimmungen, so ist die Verpflichtung für die Zeit des guten Glaubens zu verneinen SCC. in Ferrarien. d. 16. Dec. 1820. „In Amerika besteht die Ersatzpflicht sogar beim Übertritt von dem Seminar eines Bistums in das eines andern“, Siebengartner M.: Bildung der Geistlichen (1902) S. 95.

Sehr lehrreich ist, was der heilige Karl Borromäus für sein Mailänder Seminar verordnet: „10. Kapitel. Niemand kann in das Seminar aufgenommen werden, ohne erst einen geeigneten Bürgen gestellt zu haben . . . Dieser muß, wenn der Zögling ohne Erlaubnis des Erzbischofs das Seminar verläßt, oder wegen Unbrauchbarkeit oder aus sonst einem entsprechenden Grunde entlassen wird, soviel an Unterhalt zahlen, als der Erzbischof (oder dessen Stellvertreter) beansprucht, und zwar für die ganze Zeit, welche der Entlassene im Seminar zugebracht hat“, Siebengartner S. 390. Ähnlich in den Seminarien zu Bordeaux 1573, Gent, Cambrai, Mecheln 1609, S. 95, 416; vgl. auch die gegenwärtigen Statuten der Passauer Knabenseminarien § 4.

III. Wiedereintritt. Für den Eintritt eines entlassenen Seminaristen in ein anderes Seminar oder in eine religiöse Genossenschaft ist maßgebend § 3 des Can. 1363 (oben S. 564); für die Aufnahme in das gleiche Seminar kann mit Fug Can. 212 angewendet werden. Der Bischof soll ihn nur aufnehmen nach genauer Prüfung seines Lebens und Verhaltens und nach einer angemessenen Probezeit. — Letzteres empfiehlt sich bei Aufnahme von freiwillig Ausgetretenen jedesmal, also im eigenen Seminar oder in einer anderen geistlichen Anstalt. — Sind Seminaristen dem Militärdienst unterworfen, so sind sie während desselben mit Schutzmaßnahmen zu umgeben und nach demselben genau und reiflich zu prüfen FRSem. n. 29. — Ma-

joristen können, wenn sie laiiert wurden, nur mit päpſtlicher Erlaubnis in den Klerikerſtand zugelassen werden Can. 212 § 2.

VIII. **Exemption** des Seminars Cann. 1368; 464. „Exemt von der Pfarrgewalt soll das Seminar sein; und für alle, die im Seminar sind, soll das Pfarramt, mit Ausnahme der Eheſachen und mit Aufrethaltung der Vorſchrift des Can. 891, der Rektor des Seminars oder ſein Bevollmächtigter ausüben, außer es wurde in einigen Seminarien anders vom Apoſtoliſchen Stuhle beſtimmt“ Can. 1368.

Biſ zum 19. Mai 1918 war dieſes Kapitel nicht einheitlich geregelt, Pouan B. Th.: De sem. clericorum (Tornaci 1874) S. 160 N. 5.; Siebengartner S. 95; Santi-Leitner: „Praelectiones“⁴ V 5 pag. 67; nunmehr gilt die einheitliche Regelung des Can. 1358 und in Zweifelsfällen jene des Can. 464. — 1) Unabhängig von der Pfarrgewalt soll das Seminar ſein, eine Exemption von der Gewalt des Ordinarius iſt nicht gegeben Can. 1357, auch dann nicht, wenn mit päpſtlicher Bewilligung Exemte die Leitung des Seminars übernehmen, außer ſoweit der Heilige Stuhl ſolches verfügt. — 2) Der Ausdruck „Seminar“ umfaßt in gleicher Weiſe das Klerikal- und Anabenſeminar Can. 1354; — aber auch die Interdiözeſanſeminarien, ebenſo alle Kollegien, auf die der Begriff „Seminar“ zutrifft. — 3) Örtlich reicht die Exemption, ſoweit die Räume des Seminars ſich erſtrecken, alſo auf die Kapelle (Kirche), Gebäude, Garten, Spielplätze, auch auf das Haus des Vandaufenthaltes („rusticationis domus“ FRSem. n. 3), dagegen nicht auf liegende Gründe außerhalb des Seminars. — 4) Die Pfarrrechte des Can. 462 kommen entſprechend dem Rektor des Seminars (oder ſeinem Bevollmächtigten) zu, ausgenommen alle Eheſachen Can. 462 n. 4; ebenſo die Verkündigungen der Weißen Cann. 998—1000. Die ordentliche Weiſtjurisdiktion für das Seminar mag der Rektor durch die Übertragung ſeines Amtes erhalten, allein die Ausübung dieſer Jurisdiktion iſt beſchränkt durch Can. 891, wornach er „die Weiſten der mit ihm in dem gleichen Hauſe weilenden Zöglinge nur dann abnehmen kann (erlaubterweiſe), wenn dieſe aus einer gewichtigen und dringlichen Urſache freiwillig in beſonderen Fällen darum bitten“; vgl. Cann. 524 § 1; 890 § 2. Die Exemption des Seminars von der Pfarrgewalt bringt eine Verpflchtung mit ſich, die ſonſt auf den Schultern des Pfarrers ruht: die Führung der Pfarrbücher, nämlich des Tauf-, Firmungs- und Verſtorbenenbuches; ebenſo des Buches über den Seelenſtand Can. 470; doch könnte wenigſtens das Taufbuch entbehrlich erſcheinen, wenn genaue Meldung an das zutändige Pfarramt gemacht wird. — Aus der Exemption des Seminars kann man noch nicht ſchließen auf die Pflcht des Seminarrektors, die heilige Meſſe für ſeine Schutzbefohlenen (Can. 466) darzubringen; denn auch den exemten Kloſterobern iſt das nicht zur Pflcht gemacht Can. 610 § 2. — Sind in einem kirchlichen Gebiete Kirchenſteuern oder Abga-

ben zur Befriedigung der Ortskirchenbedürfnisse eingeführt, so sind die Seminarien mit eigenen Kirchen oder Kapellen davon frei; ebenso die Seminarbewohner, welche die Seelsorgeeinrichtungen der Pfarrei nicht benützen Can. 1496; Bayr. Konkordat 1924/25 Art. 10 § 5; Religionsgesellschaftl. Steuergesetz v. 1. Aug. 1923 Art. 7 Abs. I und II. 5) **P e r s ö n l i c h** nehmen an der Exemption des Seminars teil „alle, welche im Seminare sind“ Can. 1368, demnach die Zöglinge, die Vorstände, Lehrer, Angestellte, das männliche und weibliche Dienstpersonal, auch die weiblichen Religiösen, wenn diese den Haushalt besorgen. Das Beichtvateramt ist jedoch geregelt durch die Cann. 876; 520—527; 891. — Zwar ist richtig, daß der Ausdruck des Can. 1368 „für alle, welche im Seminare sind“, verglichen mit Can. 514 § 1 „andere, die sich Tag und Nacht in einer religiösen Niederlassung aufhalten“, weiter ist (Epitome II. 702), immerhin dürfte das Begräbnisrecht auf solche Personen, die außerhalb wohnen, aber im Seminare sterben, nicht dem Seminarvorstand zukommen.

IX. Die Ausbildung der Geistlichen im Morgenlande. „In den orientalischen Kirchen, unierten und nichtunierten, fehlte es“ bis auf die neueste Zeit „fast völlig an religiöser Bildung sowohl beim Volke wie bei dem Klerus“ . . . Der schismatische Klerus, zumeist den untersten Volkschichten entnommen, ist unwissend und ungebildet. Die drei, vier Monate, welche er bei einem Bischofe oder in einem Kloster zubringt, um sich die notwendigen Kenntnisse zu verschaffen, sind vielleicht genügend, ihm das Zeremoniell der kirchlichen Funktionen und die dabei gebrauchten Gebete einzuprägen. Aber von einem Studium der Theologie kann natürlich keine Rede sein. Für die Tätigkeit in **S t ä d t e n** wird zwar etwas mehr Ausbildung geboten, aber noch immer „unbeschreiblich mangelhaft“. Lübeck: Die christlichen Kirchen des Orients S. 175 f. — Bei den **unierten** Kirchen haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten wesentlich gebessert. Europäische Ordensleute haben sich der humanistischen und theologischen Ausbildung des Klerus angenommen; so die Weißen Väter für die Melchiten; die Benediktiner aus Frankreich für die Syrer zu Jerusalem; die Assumptionisten für die unierten Griechen in Kadi-Köi bei Konstantinopel; auch in Eichstätt haben bulgarische Kleriker studiert. In Rom dienen folgende Kollegien hauptsächlich den orientalischen Kirchen: das Griechische (gegründet 1577, neu belebt 1897); das Ruthenische (gegr. 1897); das Armenische (1883); das Maronitische (1584—1891); das Äthiopische (1919). Auch die Zusammenkünfte Sachverständiger zum Studium der orientalischen Verhältnisse werden den obengenannten Fortschritten helfend an die Seite treten. Papst Pius XI. hat ausdrücklich in dem Schreiben „*Libenti sane animo*“ v. 29. Juni 1925 an den Bischof von Laibach M. B. Jeglič (AAS. 18, 7) diese Kongresse empfohlen und die Teilnahme der Doktoren des Orientalischen Institutes in Rom freudig in Aussicht gestellt.

Die Ausbildung der **schismatischen** Theologen ist nicht für alle gleich. Die Ausbildung für den **Landklerus** geschieht in den **Priesterseminarien** (Priesterschulen) in Kursen für Allgemein- und Fachwissen von drei Jahren. Strebt der Priesterkandidat einen Posten unter dem Stadtklerus oder eine Lehrstelle an, so besucht er das **g e i s t-**

liche Seminar mit mehr theoretischer Bildung in sechs Jahreskursen. Außerdem stehen höher Strebenden die theologischen Fakultäten (z. B. in Agram, Belgrad, Bukarest) oder Akademien (so in Sofia oder in Rußland: Kasan, Kiew, Moskau oder im sonstigen Ausland) zur Verfügung: vgl. Stefan B a n k o w: Die Verwaltung der Bulgarischen o. R. (1920). S. 28; S c h w a r z I o s e Karl: RR. (1924) S. 271 f.

§ 19. Die Schule im Lichte des kirchl. Gesetzbuches.

Es gibt kaum eine menschliche Einrichtung von solcher Tragweite, so viel umworben und umstritten wie gerade die Schule; hier gilt das Wort C a p r i v i s (1892): „Nie Christ, nie Antichrist!“ Hier gilt es, die ehernen Grundsätze des Kirchenrechts über die Schule so ruhig und sachlich darzulegen, wie die Kanones des Kodex selbst es in nachahmenswerter Weise tun.

Quellen: Cann. 1372—83; 1329—36 (Katechese); 256 (Kongr.); 467 § 1; 2182—58; 2382 (Pfarrpflicht); 565 § 2 (Laienbrüder); 766 n. 3; 796 n. 3 (Patronat); 854; 860 (Kommunion); 974 § 1 n. 4; 976 (Wissenschaft des Weibekandidaten); 1113 (Elternpflicht). — Syllabus Pius IX. nn. 45—48. — Vgl. Deutsche Verfassung v. 11. Aug. 1919 Art. 142—150; vgl. S c h a r n a g l A.: „Religionsunterricht und Schule nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch“² (1923); Paul S i e b e r h.: „Karl Fürst zu Löwenstein“ 1924 S. 158 f.; 437 f. (kath. Universität).

I. Begriff. Die Schule ist eine Anstalt, welche die Erwerbung von Kenntnissen planmäßig vermittelt.

1) Die Schule ist eine A n s t a l t. Die natürliche, darum älteste und ehrwürdigste Schule ist die F a m i l i e; Mutter und Vater sind die von Gott gesegneten Lehrer und Erzieher, also die Gebenden; ihre Kinder die Nehmenden. In Rom sollten während der Republik bis herein in die Kaiserzeit Knaben und Jünglinge den „Hausbedarf“ an Kenntnissen beim Vater holen; Cicero, Kato Major, selbst Kaiser Augustus betätigten es so, Cicero ad Attic. 8, 4; P l a u t u s: Mostellaria V 96 ff.; R r i e g C.: Römische Altertümer³ § 143 S. 282; L u f a s Jos.: Der Schulmeister von Sadowa, 6. Kap. S. 54. In vermöglicheren Häusern besorgte den Unterricht ein meist griechischer oder syrischer Sklave (servus litteratus), zu dem, wenn er tüchtig war, zuweilen auch andere (befreundete) Familien ihre Kinder schickten. Erst später errichteten gebildete Freigelassene Privatschulen, eine Wohltat für ärmere Familien. Die Anstalt war nicht an ein Haus gebunden, auch in Säulenhallen, in Buden und Lauben, auf Plätzen und Kreuzwegen (trivia) wurde unterrichtet. — Wie die Römer die Schule bewerteten, ergibt sich aus den Ausdrücken

hiefür: ludus (Spiel, Augustini confessiones l. 8 cp. 12) und schola (von *σχολή* Muße); letzteres Wort bezeichnete auch die Gruppe, z. B. der Juristen (Sabinianer und Proculianer, *diversae scholae auctores* l. 138 D. 45, 1); der Beamten, der Waffengattung (s. *peditum, equitum*; *scholares* wann die zu einer Gruppe gehörenden Beamten II. 3; 5 § 2 C. 1, 31); oder den Ort der Vorträge, z. B. Apg 19, 9, wornach Paulus zwei Jahre lang zu Ephesus vortrug in „schola Tyranni cuiusdam, in der Halle eines gewissen Tyrannus“. Erst später wurde schola in der Bedeutung „Schule“ herrschend.

2) Die Anstalt dient zur Darbietung von Kenntnissen durch einen oder mehrere Lehrer; der Hauptnachdruck liegt hier auf der Theorie, während die Praxis auch außerhalb der Schule geübt wird; darum redet man von Landwirtschafts-, Handwerker-, Handels-, Turn-, Fecht-, Reit- und Schwimmschulen, wenn die Fertigkeit auch theoretisch vorgeführt wird, während die Sache durch Übung erlernt wird. Schon von alters her theilte man die eigentlichen Schulen in Elementar-, Mittel- und Hochschulen, Krieg C. S. 284; in diesen wird die Kenntnis des Wissens geboten, freilich nicht ganz ohne Praxis.

3) Der Unterschied zwischen Familie (Privatunterricht) und Schule in der Darbietung der Kenntnisse ist ein mehrfacher: a) hinsichtlich des Gegenstandes, der in mittleren und Hochschulen in der Regel weit über die Kräfte der Eltern hinausragt; b) hinsichtlich der Gemein-samkeit; denn in den Schulen werden die Ecken des einsamen Lebens mehr abgeschliffen, wenn auch das tägliche Zusammensein mit minderen, ja mit schlechten Genossen Gefahren für Seele und Leib genug in sich birgt; c) hinsichtlich der Planmäßigkeit, mit welcher der Schulunterricht geboten werden kann, vorausgesetzt daß der Grundsatz befolgt wird: „Der Lehrer ist der Kinder wegen da, nicht die Kinder des Lehrers wegen!“

II. Einteilung. Der Roder erwähnt oder deutet folgende Arten von Schulen an: 1) „*scholae elementariae; mediae; superiores*“ Can. 1373 = Volks-, Mittel- und Hochschulen; — 2) „*sch. acatholicae; neutrae mixtae*“ Can. 1384, aus denen man auf „*catholicae*“ schließen muß Can. 1379; = akatholische, farblose, gemischte (= Simultan-) und katholische Schulen“; — 3) „*sch. publicae; privatae*“ = öffentliche oder private Schulen“; jene, errichtet von der öffentlichen Gesellschaft der Kirche (Cann. 1375 sqq.) oder des Staates oder wenigstens deren Obhut anvertraut; diese, auf der privaten Grundlage einer natürlichen oder rechtlichen Person (Verein, Stiftung) ruhend; — 4) „*sch. ecclesiasticae; laicae*“ = kirchliche und Laienschulen, je nachdem die Schule entweder vollständig der Kirche untersteht, freilich mit Beobachtung der vom Staate gesteckten Ziele, oder nur hinsichtlich „re-

ligiöser Ausbildung der Jugend" Can. 1381 § 1. Andere Einteilungen s ch u l t e c h n i s c h e r Natur finden sich in der Lehrordnung s. bahr. Volksschulen v. 15. Dez. 1926 (Minister Goldenberger): „Vorbemerkungen“.

III. **Erziehungspflicht.** Can. 1372 deutet an, wer die Träger sind, welches der Gegenstand der allgemeinen Erziehungspflicht ist.

A. **Träger der Erziehungspflicht.** „Nicht nur die Eltern gemäß Can. 1113, sondern auch, die deren Stelle vertreten, haben das Recht und die überaus schwere Pflicht, sich um die christliche Erziehung der Kinder zu sorgen" Can. 1372.

Es ist merkwürdig, wie mit Can. 1372 § 2 die Verfassung des Deutschen Reiches v. 11. Aug. 1919 in Art. 120 übereinstimmt, ein Zeichen, daß hier eine naturrechtliche Bestimmung vorliegt. Art. 120 lautet: „Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.“

1) Verpflichtet sind die Eltern zur christlichen Erziehung ihrer Kinder, also zunächst der christlichen, dann aber auch der ungetauften, aber diese natürlich nur zur guten Erziehung; zur christlichen Erziehung, soweit die Erkenntnis der Wahrheit sich ihnen erschließt. Die Verpflichtung selbst ergibt sich naturrechtlich aus dem Wesen und Hauptzweck der Ehe „Erzeugung und Erziehung der Kinder" Cann. 1013 § 1; 1113. Die Eltern sind durch eine überaus schwere Pflicht gebunden, sich sowohl um die religiöse und sittliche, als auch um die natürliche und bürgerliche Erziehung ihrer Nachkommenschaft nach Kräften zu bemühen und auch für das zeitliche Wohl derselben zu sorgen. Diese Grundsätze des Naturrechts sind auch betont in der Heiligen Schrift 2 Kor 12, 14; Eph 6, 4. Ein Vater, der die Kindererziehungspflicht vernachlässigt hat, kann weder (wenn er verheiratet war) Majorist (Diacon, Priester, Bischof) 1 Tim 3, 4. 5. 12; Tit 1, 6 werden, noch eine Mutter gottgeweihte „Witwe" 1 Tim 5, 10. — Was von den ehelichen Eltern gilt, trifft in entsprechender Weise die außerehelichen.

2) Im Can. 1372 § 2 werden die Stellvertreter der Eltern erwähnt; demnach sind verpflichtet a) die Vormünder und Pfleger Can. 1648; b) die Lehrer („institutores") Cann. 860; 854 § 4 und Vorgesetzten; c) die Seelsorger Cann. 467 § 1 (Pfarrer); 336 § 2 (Bischöfe); 247 § 1 (Papst durch das heilige Offizium). — Auch die Staatsgewalt schreibt sich gewisse Rechte hinsichtlich der Bildung und Erziehung der Kinder zu: Der Staat hat das Recht, die natürliche Ausbildung (Unterricht und Erziehung) zu ü b e r w a c h e n, Deutsche Vf. Art. 120; „die Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen" Art. 122; „für die Bildung der Jugend durch öffentliche Anstalten zu sorgen" Art. 143; „das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates zu stellen" Art. 144; doch kann sich diese Aufsicht nicht auf den Gegenstand und die

Methode des Religionsunterrichtes und die religiöse Erziehung der Jugend erstrecken Art. 149; vgl. Can. 1381 § 1. — Es besteht in **Deutschland** zwar kein „Schulmonopol“ (Art. 147), immerhin besteht „eine allgemeine Schulpflicht“ Art. 145; die im Widerspruch steht mit den Art. 120, 142, 144; die „Unterrichtspflicht“ der Preussischen Verf. u. v. 1850 Art. 21 II entsprach noch mehr dem Naturrecht; vgl. auch das Preuß. Landrecht (T. II Tit. 12 § 43). Der Staat kann seine Untertanen vor Verwahrlosung und Bildungslosigkeit schützen, aber es muß ihm gleich bleiben, woher das Wissen und die Erziehung stammt. Mit Recht erklärt der bekannte Jurist Ferd. Walter in seinem „Naturrecht und Politik“² § 452, der Schulzwang sei naturrechtlich unhaltbar.

B. Gegenstand der allgemeinen Erziehungspflicht ist „die zu erstrebende leibliche, seelische und gesellschaftliche Tüchtigkeit“, Deutsche Bl. Art. 120 oder nach Can. 1113 die „educatio tum religiosa et moralis, tum physica et civilis“. Welches von diesen Erziehungszielen den Vorzug verdient, ist für jeden Menschen, der an Gott und die Unsterblichkeit der Seele glaubt, ohne weiteres klar; Mt 16, 26; Mt 8, 36; Lk 9, 25 („Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber an seiner Seele Schaden leidet“); Mt 6, 33; Lk 12, 31 („Suchet zuerst das Reich Gottes . . ., alles übrige wird Dreingabe sein“). In diesem Sinne bestimmt Can. 1372 § 1: „Alle Gläubigen sind von Kindheit an so zu erziehen, daß ihnen nicht nur nichts geboten wird, was der katholischen Religion und der Ehrbarkeit der Sitten widerstrebt, sondern daß die religiöse und sittliche Bildung den ersten Platz einnimmt“. Entsprechend gilt dieser Grundsatz auch für die Ungetauften. Darum ist der Satz „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule . . . ist das Religionsbekenntnis seiner Eltern nicht maßgebend“ Deutsche Bl. Art 146 I (gemildert in Abs. II) unfaßbar.

IV. Die Schule, ob kirchlich, ob staatlich oder privat, ist **katholisch**, in welcher katholische Kinder von einem katholischen Lehrer im Geiste der katholischen Kirche unterrichtet und erzogen werden Cann. 1372—74; 1381; Bahr. Konkordat 1924/25 Art. 5 ff.; Denkschrift der Bahr. Bischöfe v. 25. Mai 1919. — Hiermit stimmt überein die staatliche Gesetzgebung, z. B. in Deutschland, Bl. Art. 120 (Erziehungsrecht der Eltern); 135 (Glaubens- und Gewissensfreiheit); 144—147; BGB. §§ 1626—1631; RGes. über die religiöse RErz. 15. Juli 1921; „Vertrag zw. dem

Bayr. Staat und der Ev.-Luth. Kirche in Bayern r. d. Rh.“ § 5; „Vertrag zw. d. Bayr. Staat und der Vereinigten protestant.-evangel.-christlichen Kirche der Pfalz“ Art. 8; Bayr. L e h r o r d n u n g: „Erziehungsziel“. — Die Hauptsache ist der G e i s t, in welchem unterrichtet und erzogen wird, verbürgt durch einen gesinnungstreuen katholischen Lehrer. In Nothfällen können auch a k a t h o l i s c h e Schüler zugelassen werden, für deren Religionsunterricht eigens zu sorgen ist.

Can. 1373: „In jeder Elementarschule ist den Kindern ihrem Alter entsprechend religiöser Unterricht zu bieten § 1. — Die Jugend, welche mittlere oder höhere Schulen besucht, soll durch vollkommeneren Religionsunterricht ausgebildet werden; die Ortsordinarien sollen sorgen, daß dies geschieht durch Priester, hervorragend an Eifer und Gelehrsamkeit“ § 2. — Can. 1381: „Die religiöse Unterweisung der Jugend unterliegt in allen Schulen der Vollmacht und Aufsicht der Kirche § 1. — Die Ortsordinarien haben das Recht und die Pflicht zu wachen, daß in jedweden Schulen ihres Gebietes nichts gegen den Glauben und die guten Sitten vorgetragen oder getan wird § 2. — Ihnen kommt in gleicher Weise das Recht zu, die Religionslehrer und Religionsbücher gutzuheißen; ebenso im Interesse der Religion und Sittlichkeit zu verlangen, daß Lehrer oder Bücher entfernt werden“ § 3. — Aus diesem Recht der Kirche ergibt sich das Recht und die Pflicht der kanonischen Visitation durch den Ortsordinarius: „Die Ortsordinarien können in eigener Person oder durch andere alle Schulen, Kapellen, Jugendheime, Horte usw. in allen Fragen der religiösen und sittlichen Erziehung v i s i t i e r e n; von dieser Visitation sind die Schulen sämtlicher Religiosen nicht frei (exemt), außer es handelt sich um i n n e r e Schulen für die Professoren einer e x e m t e n Genossenschaft“ Can. 1382. — Sind die Schüler in einem Kollegium vereinigt, so dürfen die Vorstände des gleichen Hauses nicht die Reichtväter der Schüler sein Can. 1383; 891 (oben S. 572). — Die Ortsordinarien haben das Recht, die Religionslehrer g u t z u h e i ß e n „ius approbandi religionis magistros“ Can. 1381 § 3 d. h. ihre Tauglichkeit anzuerkennen Can. 1340 § 1 und ihnen die kirchliche Sendung zu geben Can. 1328.

Vollzieht der Bischof die Ernennung, so fallen die beiden Akte gewöhnlich in eins zusammen, sonst wählt der Ernennende aus den Tauglichen einen, der dann die *missio canonica* erhält, Poln. KK. Art. 13; Bahr. KK. Art. 5 n. 2.

„Diesen kirchengesetzlichen Bestimmungen ist in Bayern Rechnung getragen“ durch das Konkordat 1924/25 in Art. 3; 4 § 3; 5—8 in Anlehnung an die deutsche BU. Art. 149 I; näheres bei Oberregierungsrat Dr. Aug. Hofmann: „Das kirchliche Gesetzbuch vom 28. Juni 1917 und das Bayerische Staatskirchenrecht“² (1925) n. 39 S. 43 ff.; vgl. Bahr. „Lehrordnung“; a) Erziehungsziel; b) Kath. Religionsunterricht. — In den beiden oben angeführten Kanones ist, abgesehen vom eigentlichen Religionsunterricht, welcher der Kirche untersteht, mehr die negative Seite betont. Soll eine Schule noch eine katholische sein, so darf nichts gegen den Glauben und die guten Sitten gelehrt oder getan werden; geschieht es dennoch, so kann und muß der Ordinarius verlangen, daß glaubens- und sittengefährdende Lehrer oder Bücher entfernt werden. In gleicher Weise sollen auch die Eltern und ihre Stellvertreter wachen und bei Mißbräuchen die Abstellung verlangen. Das gilt insbesondere in den „Zwangsschulen“ (BU. Art. 145); denn die Gewissensfreiheit darf in keiner Weise verletzt werden (BU. Art. 135).

Nichtkatholische Schulen. Katholische Kinder sind in katholische Schulen zu schicken. Doch kann es zuweilen Schwierigkeiten geben. Deswegen verordnet Can. 1374: „Katholische Kinder sollen akatholische, farblose, gemischte Schulen nicht besuchen; gemischt sind sie, wenn sie auch akatholischen offenstehen. Nur der Ortsordinarius kann entscheiden nach Maßgabe der Anweisungen des Apostolischen Stuhles, unter welchen Umständen und Sicherungen zur Abwendung von Gefahren der Abkehr, der Besuch solcher Schulen geduldet werden darf.“

Der Kodex verbietet im Can. 1374 den Besuch von gewissen Schulen durch katholische Kinder; er nennt „*scholas acatholicas, neutras, mixtas quae nempe etiam acatholicis patent.*“ „*Scholae acatholicae* = akatholische Schulen“ sind jene, welche für akatholische Schüler von akatholischen Lehrern im akatholischen Geiste geleitet werden. — „*Sch. neutrae*“ sind nach Leo XIII. (Alofution „*Summi Pontificatus*“ v. 20. Aug. 1880 § „*Nos vero*“) „jeder Religion bare Schulen, die auf die vollständige Nichtanerkennung Gottes eingestellt sind“, also religionslose Schulen. Auch die Deutsche BU. kennt „bekenntnisfreie (weltliche) Schulen“ Art. 149. — Den Ausdruck „*sch. mixtae*“ erklärt Can. 1374 selbst mit „Schulen, die auch den Katholiken offenstehen“; man beachte aber, daß „Mischschulen, Simultanschulen“ nur dann gegeben sind, wenn grundsätzlich diese Mischung stattfindet, nicht wenn in einem Notfalle akatholische Kinder in katholische Schulen gehen. —

Im allgemeinen ist der Besuch der akatholischen, farblosen, gemischten Schulen durch katholische Kinder verboten; doch kann wegen besonderer Umstände dieser Besuch geduldet werden unter folgenden Bedingungen: a) Entscheidung des *Ortsordinarius* nach den Anweisungen des Apostolischen Stuhles, wie sie in der Anmerkung zum Can. 1374 zusammengestellt sind, besonders der Aufklärungen Leos XIII. und der Anweisungen des Heiligen Offiziums an die Bischöfe der Schweiz (1866), der Vereinigten Staaten (1875) und an den Bischof von Jassy (1900); b) Vorhandensein der *Sicherungen* zur Abwehr der Seelengefahr in den Kindern, wie Can. 1381 angibt (kath. Religionsunterricht; Wachsamkeit der kirchlichen Hirten; Beseitigung der schädigenden Lehrer und Bücher). Die „weltliche, bürgerliche, unabhängige und freie Schule, die religions- oder bekenntnislose Schule ist das Lieblingskind der *Freimaurerei*“ Leo XIII. in seiner Enz. *Humanum genus* v. 20. Apr. 1884 § „*His autem dilapsis.*“

V. Kirche und Schule. 1) Die Kirche hat in allen Schulen ausschließliche Rechte, was den religiösen Unterricht und die religiöse und sittliche Erziehung betrifft Can. 1381—82 Syllabus Pii IX. nn. 45—48. — 2) Die „Kirche hat das Recht, Schulen aller Lehrgegenstände und zwar nicht nur *Elementar*-, sondern auch *mittlere* und *höhere* Schulen zu gründen“ Can. 1375, natürlich auch *Hochschulen*, nämlich *Universitäten* oder *Fakultäten* Can. 1376. Daraus geht hervor, daß das Schulmonopol des Staates unhaltbar ist. Wie die Geschichte lehrt, hat die Kirche zu allen Zeiten von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch gemacht; vgl. Jos. Lukas: Der Schulmeister von Sadowa S. 245—66. — 3) Die Kirche hat auch die *Pflicht*, katholische Schulen zu gründen nach Anweisung des Can. 1379: „§ 1. Wenn katholische Schulen nach Vorschrift des Can. 1373, sei es *Elementar*-, sei es *Mittelschulen* fehlen, so muß Sorge getragen werden, besonders von den *Ortsordinarien*, daß solche gegründet werden. — § 2. Ebenso ist zu wünschen, daß, wenn die öffentlichen *Universitäten* von dem Geiste katholischer Lehre nicht durchdrungen sind, in einer *Nation* oder *Gegend* eine katholische *Universität* gegründet werde. — § 3. Die *Gläubigen* sollen es nicht unterlassen, zur Gründung und zum Unterhalt katholischer Schulen nach Kräften *hilfreiche Hand* zu leisten.“

Da in manchen Ländern die Staatsschulen den Anforderungen des Kirchenrechts nicht entsprechen, so mühten sich die Katholiken mit großen Opfern katholische Schulen zu gründen und sie haben hierin oft *Musterhaftes* geleistet. In Belgien wurde 1879 durch das

Ministerium Frere=Orban=Vanhumbeec das Schulgesetz ohne Kircheneinfluß und ohne Religionsunterricht der Anlaß zur Gründung „katholischer Privatschulen“, die eifrig besucht wurden, während die öffentlichen halb leer standen, doch schon 1884 fiel das rein weltliche Unterrichtsgesetz; Leo XIII. III. v. 20. Aug. 1880,

Derselbe Papst kann auch den Bischöfen Englands gleiches Lob spenden wegen ihrer Bemühungen für freie katholische Schulen, Schreiben „Spectata fides“ vom 27. Nov. 1885. Kardinal Manning konnte am 17. Juli 1877 bekanntgeben, daß der Diözesanschulfonds von Westminster für nahezu 20 000 katholische Kinder in London die nötigen Mittel beschafft; er konnte hervorheben, daß man die katholischen Volksschulen als die besten der englischen Hauptstadt bezeichnen kann, Lufas S. 259. — Nach den neuen Lehrplänen in Frankreich vom 23. Febr. 1923 gibt der Lehrer als Vertreter der bekenntnislosen Gesellschaft wie schon bisher einen Moralunterricht auf „allgemeiner deistischer Grundlage; er hat weder den Priester noch die Eltern zu ersetzen“; vgl. Europäische Unterrichtsreformen, bearbeitet im Reichsministerium des Innern (1924, Quelle & Meyer in Leipzig) S. 11 f. — Elsaß=Lothringen ist durch seinen Widerstand gegen die Entchristlichungsbestrebungen der Schule siegreich und zum Vorbild geworden für Deutschland und Frankreich. Die Katholiken Frankreichs haben sich zusammengeschlossen in der „Fédération Nationale Catholique“ und es herrscht gegenwärtig ein reges Leben in Rückeroberung der verlorenen Freiheiten und Rechte (M. R. 1925/26 S. 137). — Von den Lehrern sind 80 000—100 000 religiös Atheisten, politisch Sozialisten und Kommunisten. Trotzdem die katholischen Schulen oft mehr als überfüllt, die Staatsschulen zu 70—100% leer stehen, müssen die bekenntnislosen Lehrer bleiben als Kern- und Sammelpunkte religionsloser Lebensauffassung (S. 3. I S. 49).

Großartig sind die Leistungen der Katholiken in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, das oberste Landesgericht, bestätigte die Entscheidung des Obergerichts vom Staate Oregon, wonach das Schulgesetz dieses Staates vom 7. Sept. 1922 als verfassungswidrig erklärt wurde. Gegen dieses Schulgesetz, welches den Besuch der öffentlichen Schulen durch alle Kinder von acht bis sechzehn Jahren vorschrieb, erhoben die Katholiken und eine andere private Schule Einspruch. Die Begründung des Bundesgerichtes lautete: Den Eltern und Vormündern steht das erste Recht zu, die Kinder in Schulen ihrer Wahl zu senden. Den betroffenen Schulen — also den blühenden katholischen Pfarrschulen — würde ihr von der Verfassung garantiertes Eigentumsrecht geschnitten. Dieses Urteil wurde von der amerikanischen Presse geradezu mit Begeisterung aufgenommen und hatte die Wirkung, daß die katholischen Schulen Nordamerikas von den Elementarschulen bis zu den Universitäten eine mächtige Steigerung erfuhren; vgl. „Schönere Zukunft“ 1925/26 S. 66 (P. Justus Schweizer O. S. B. Einsiedeln); S. 256. Sehr lehrreich ist die Artikelreihe „Erziehungstätigkeit und Schulwesen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas“ von J. Schulze D. D. St. Francis, Wis., USA, in L. Q. S. 1926 S. 60, 250, 457, 684. — Ein Beispiel mag zeigen, wie Can. 1374 in Nordamerika zur Durchführung

gebracht wird. Der Bischof von Pittsburg Hugo C. Boyle gab folgende Anweisungen („The Savior's Call“ Jan. 1926): 1) Befindet sich an einem Orte oder in einer Entfernung von drei Kilometern eine katholische Schule, die den Anforderungen des Diözesan „School Board“ genügt, so muß diese besucht werden. 2) Müssen in Ermangelung katholischer Schulen andere besucht werden, so ist für die religiöse Erziehung der Kinder zu sorgen einerseits durch fleißigen Unterricht zu Hause, anderseits durch eifrigen Besuch des Katechismus am Sonntage oder an einem anderen Tage nach Bestimmung des Pfarrers. 3) Eltern und ihre Vertreter, die obige Bestimmungen vernachlässigen, sündigen schwer; kein Beichtvater kann sie absolvieren. Nur der Bischof (nicht der Pfarrer) kann außerordentliche Fälle prüfen und verbescheiden.

Die Katholiken der Niederlande eroberten sich durch ihre Rührigkeit die Bestimmung der Verfassung vom 11. Dez. 1917, welche die Privatschulen mit den öffentlichen gleichstellt auch in den öffentlichen Zuwendungen, wogegen sie der staatlichen Aufsicht unterstehen; vgl. auch J. Bergmans: „De Lager-Onderwijswet met korte Aanteekeningen en Vragen“ (Utrecht 1920). —

Die freien katholischen Schulen suchen sich auch in den Missionsgebieten geltend zu machen. Ein aner kennenswerter Erfolg wurde den „Kongregationschulen“ d. i. den Schulen der Ordenskongregationen in Bulgarien zuteil. „Der Geist der inneren Persehung in den bulgarischen Staatschulen“ (S. 32 f.), die wachsende Zügellosigkeit der Schuljugend in diesen Schulen bewog viele der bemittelten Bulgaren, ihre Kinder nicht in die Staatschulen, sondern in die privaten kongregationalistischen Schulen zu schicken, die dazu alle mit Internaten versehen sind“, Stefan Zankow: „Die Verwaltung der bulgarischen orthodoxen Kirche“ (Halle 1920) S. 35; begreiflich; denn „die meisten Lehrer der Staatschulen waren in der Schule selbst und in der Gesellschaft die Vorkämpfer für alle freien Ideen: keine Religion, freie Moral, anti-religiöser und anarchistischer Sozialismus . . . und noch heute sind die meisten Volksschullehrer die erbittertsten Vorkämpfer des radikalen Sozialismus“ (S. 32—33). — Auch im äußersten Osten (Korea) bemühen sich die Apostolischen Oberhirten für gute katholische Schulen zu sorgen. Das „Directorium Missionis de Seoul“ (Hongkong 1923) unterscheidet „scholae catechisticae et litterariae“ nn. 102 sqq. In die „katechistischen Schulen“ müssen alle Kinder katholischer Eltern gehen; die „literarischen Schulen“; d. h. die Schulen mit allgemeiner Bildung im katholischen Geiste sollen von den Missionären mit allen Kräften gefördert werden, damit die Kinder nicht gezwungen werden, heidnische oder irrgläubige Schulen zu besuchen ibi n. 103. — In Sowjet-Rußland ist „die gesamte Volksbildung dem Einfluß der Kirche entzogen“, das ist dort Grundsatz. Denn „die Bildungspolitik der Sowjetregierung stützt sich nachdrücklich und eindeutig auf rationale wissenschaftliche Grundlagen. Die Religion stellt ja nur einen phantastischen Reflex in den Köpfen der Menschen über ihre Beziehungen untereinander und zur Natur dar“; vgl. „Die Politik der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Religion“, Russ. Korrespondenz Bd. I Nr. 6 S. 51; Europ. Unterrichtsformen S. 52. — Hier ist also Gelegenheit gegeben, die Grundsätze der Cann. 1374 ff. anzuwenden.

VI. Die **Hochschulen**, insbesondere die **Universitäten** Can. 1376—1380; 256; 587 § 3; 642 § 1 n. 2 § 2 (Ordensleute); 976 § 3 (Klerikerstudien); 1365—66; 1406 § 1 n. 8 (Glaubensbekenntnis); 2332 (Berufung vom Papst an d. Allg. Konzil).

1) **Errichtung**. „Die kanonische Errichtung einer katholischen Universität oder Fakultät ist dem Apostolischen Stuhle vorbehalten § 1. — Die katholische Universität oder Fakultät, auch die den Religiosenfamilien jeder Art anvertraute, muß ihre vom Apostolischen Stuhle bestätigten Statuten haben § 2“ Can. 1376.

Universität bedeutet jetzt die Gesamtheit der Hochschulstudien = „universitas studiorum“ (Can. 1376 § 1), also der Theologie, Rechtskunde, Heilkunde, Weltweisheit (letztere früher „artes liberales“ genannt). Ursprünglich redete man von der Gesamtheit des Lehr- und Hörförpers (universitas magistrorum et scholarium).

Fakultät (Abteilung, facultas, sectio) ist einer der vier Zweige des Gesamtwissens, z. B. philosophische Fakultät. — Im Can. 1376 § 1 ist nicht gesagt, daß jede Errichtung einer Universität oder Fakultät dem Apostolischen Stuhle vorbehalten ist; soll sie vorbehalten sein, so muß es sich um eine **katholische** Universität usw. handeln und auch hier ist nicht die **weltliche** Errichtung solcher Hochschulen dem Apostolischen Stuhle vorbehalten, sondern die **kanonische** Errichtung. Hochschulen zu errichten ist, wie die Geschichte beweist, weder ein ausschließliches Vorrecht der Kirche noch des Staates, sondern ist Sache der menschlichen Gesellschaft; gerade die ältesten Hochschulen: die medizinische von **Salerno** (11. Jahrh.) und die juristische zu **Bologna** (12. Jahrh.) wuchs aus den geistigen und gesellschaftlichen Zeitbedürfnissen heraus. Doch mußten die theologische Fakultät und die des kanonischen Rechts naturgemäß die Billigung und Sendung der Kirche haben. Aber die Kirche ging weiter, sie bemühte sich wie die Staatsgewalt um das Zustandekommen der Universität selbst. Aus den Domschulen gingen ja manche Bildungsstätten hervor, so neben **Prag** und **Öln** die berühmteste Universität des ausgehenden Mittelalters, die von **Paris**. „Das 13. und 14. Jahrhundert bietet ein eigentümliches Schauspiel. Papst und Kaiser, Städte und Landesherren wetteifern in der Errichtung von Kulturstätten, die zu den schönsten und großartigsten Erscheinungen des Mittelalters gehören,“ **Denifle** **Heinrich**: Die Entstehung der Universitäten des M. A. 1885 S. 219. Ein Verzeichnis der bis zum Jahre 1444 entstandenen bedeutenderen Universitäten bietet **Siebungartner** S. 52.

„Die kanonische Errichtung einer katholischen Universität oder Fakultät“ ist durch Can. 1376 § 1 eine „causa maior“ (Can. 220; 1600), eine dem Papste vorbehaltene Sache geworden, „entstanden aus alter Gewohnheit und ehrerbietiger Rücksicht auf den Apostolischen Stuhl“, **Gregor XVI.** Schreiben „**Maiori certo**“ v. 13. Dez. 1833 an den Episkopat **Weligien** s.

In diesem Lande wurde am 16. Dez. 1835 die berühmte katholische Universität Löwen eröffnet. Seit mehr als fünfzig Jahren bestehen die katholischen Universitäten in Frankreich (1875); Angers, Lille, Lyon, Paris, Toulouse; seit 1889 in der Schweiz: Freiburg i. Ü. Folgend den Weisungen Leos XIII. (Schreiben „Quod in novissimo“ vom 10. April 1887) gründete der Episkopat der Vereinigten Staaten die Universität Washington, die in neuester Zeit es auf 2350 Studenten brachte (AAS. 14, 423); dazu kommen nicht wenige besonders von Ordensleuten geleitete Hochschulen, so Notre Dame (Indiana) mit 2400 Studenten; die von den Jesuiten geleitete Fordham-Universität zu New York, welche 1925 ein ganzes Stockwerk im Woolworth-Gebäude (dem höchsten der Welt) zu mieten genötigt war (S. 3. I S. 256), und viele andere. Die neueste katholische Universität ist die „Herz-Jesu-Universität“ in Mailand, gegründet am 25. Dez. 1920 (AAS. 13, 195; 321), für welche die italienischen Katholiken Ende 1925 nahezu zwei Millionen Lire spendeten, vgl. Università Cattolica del S. Cuore, la sua storia, la sua organizzazione 1925. Auch in Polen wurden Hochschulen errichtet bzw. ausgebaut: die eine in Warschau für Theologie, Philosophie und Kirchenrecht am 4. April 1920; die andere in Lublin (Lublin) für Theologie und Rechtswissenschaft am 25. Juli 1920; die Statuten der letzteren Hochschule wurden auf drei Jahre bestätigt (AAS. 13, 319 f.). Die letzte bestätigte katholische Universität ist Nimwegen (Nymegen) in den Niederlanden (AAS. 15, 596). Die katholische Universität in Salzburg, welche Leo XIII. am 4. März 1885 so dringend empfahl, ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen.

Da die „Kirchengesetze die Zukunft regeln, nicht die Vergangenheit“ (Can. 10), so gilt die Vorschrift des Can. 1376 § 2 bezüglich der vom Apostolischen Stuhle gebilligten Statuten unmittelbar nur für die zu gründenden Universitäten und Fakultäten. Gewisse Grundzüge einer Verfassung sind zuweilen in den Konkordaten niedergelegt: so im Bahr. Konkordat 1924/25 Art. 3 und 4. — Ähnlich das Polnische Konkordat vom 10. Febr./2. Juni 1925 Art. 13 § 1 Abs. III (oben § 18 S. 559). — Wichtig ist Can. 642 § 1 n. 2 und § 2, wonach Religiösen, welche in die Welt zurückgekehrt sind, ohne ein besonderes päpstliches Indult zu Lehrstellen und Ämtern in Seminarien und Kollegien mit Priestererziehung, sowie an Universitäten und Anstalten, die das Apostolische Privileg besitzen, die akademischen Grade zu verleihen, nicht zugelassen werden dürfen.

2) Die akademischen Grade und ihre Rechte Cann. 1377—78. „Die akademischen Grade, welche kanonische Wirkungen in der Kirche haben, kann niemand verleihen, außer auf Grund einer vom Apostolischen Stuhle verliehenen Vollmacht“ Can. 1377. — „Den gesetzmäßig beförderten Doktoren kommt das Recht zu, außerhalb der heiligen Funktionen einen Ring auch mit Stein (gemma) und das Doktorbirett zu tragen; zudem bleibt die Vorschrift der heiligen Kanones aufrecht erhalten, die bei der Verleihung

gewisser Kirchenämter und =Pfründen den Vorrang denen einräumen, welche den Doktor- oder Lizentiatengrad erhalten haben, wenn die übrigen Voraussetzungen nach dem Urteil des Ordinarius gleich sind“ Can. 1378.

1) Die „akademischen Grade“ waren und sind zuweilen auch jetzt noch drei: Baccalaureat, Lizentiat, Doktorat. Der Grad des *Baccalaureus* (*baccalaureatus*, *baccaulariatus*, *batallariatus*) wurde erreicht durch Ablegung der ersten Prüfung zum Doktorat hin. Das Baccalaureat bestand in Deutschland bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts und besteht jetzt noch an der Fakultät für protestantische Theologie in Jena; dasselbe findet sich in England (*Bachelor of Arts, of Divinity*), in Frankreich (*Bachelier ès lettres, ès sciences*), in Italien (*Baccelliere* = *bacalare*) und Spanien (*Bachiller*). — Der zweite Grad hieß der des *licentiatus*, d. h. eines Geprüften, der die Vollmacht (*licentia*) hat, nach seinem Ermessen das Doktorat zu erwerben. In beiden Rechten hieß der Hörer nach fünf Jahren erfolgreichen Rechtsstudiums auch *prolyta*. Beide Grade werden an den päpstlichen Hochschulen in Rom verliehen (Can. 367); auch in Deutschland findet sich der Titel an protestantisch-theologischen Fakultäten, um das Vorlesungsrecht zu bezeichnen. — Der dritte und höchste Grad ist der des *Doktors* (*doctoratus*), welcher an manchen Universitäten (Sorbonne, Löwen, Salamanca, auch in Rom in der Theologie) Grad des *Magisters* hieß und jetzt noch bei manchen Ordensfamilien heißt; vgl. *Anacleti Reiffenstuel: Jus canonicum* in V 5 nn. 2—5.

2) Die akademischen Grade, also namentlich das Doktorat, haben kirchenrechtliche und bürgerliche Wirkungen. Sollen sie kirchenrechtliche Wirkungen haben, so muß die Universität oder Fakultät die Vollmacht, akademische Grade zu verleihen, vom Apostolischen Stuhle erlangt haben. So haben in neuerer Zeit die theologischen Fakultäten von Bonn und Straßburg das Promotionsrecht vom Papste erhalten, Archiv f. kath. RR. 85, 380; ASS. 40, 455. Wurde die gesamte Universität vom Papste gegründet oder bestätigt, so haben die akademischen Grade sämtlicher Fakultäten die kirchenrechtlichen Wirkungen; sonst nur die Grade der betreffenden Fakultät.

Soll der Doktorgrad die kirchenrechtlichen Wirkungen erzielen, so müssen seine Inhaber „gesetzmäßig befördert“ („rite creati“) sein Can. 1378; Trid. sess. 22 c. 2 d. r.; sess. 24. c. 12 d. r. Darum galt und gilt der Grundsatz Pius' V. „*Doctoratus non receptus in publica universitate non suffragatur*“; derselbe Papst hat in den Konst. „*Quamvis*“ vom 1. Juni 1568 § 3 die Privilegien (auch die päpstlichen), besonders das der Pfalzgrafen (*Comites Palatini*), akademische Grade zu verleihen, abgeschafft, wenigstens bezüglich der kirchenrechtlichen Wirkungen; vgl. *Reiffenstuel: Jus can. in IV 17 nn. 54 sqq.* — Außer den Universitäten und Fakultäten verleihen auch heute noch andere juristische Personen die akademischen Grade, in erster Linie die SCSem.-Un. Can. 256 § 1; auch das Kollegium der Apostolischen Protonotare besitzt dieses Recht; S. C. Stud. d. 19. Dec. 1903 (ME. 15, 497; 316).

3) Im Can. 1378 werden hauptsächlich zwei Vorrechte der *Doktoren* aufgezählt: eines hinsichtlich der klerikalen Tracht; das andere verleiht einen Vorzug bei Verleihung kirchlicher Ämter. a) Die Doktoren haben das Recht, außerhalb der heiligen Verrichtungen einen Ring zu tragen, auch mit einem Edelstein, sowie das *Doktorbirett* d. h. Birett mit vier Flügeln (*cornua*, *cornicula*); vgl. „Handbuch“ 2. Lief.² S. 255. b) Das Doktorat (das *Lizentiat* wenigstens zuweilen) wird manchmal für kirchliche Würden und Ämter als unerläßliche, manchmal als beste Voraussetzung gefordert. Als unerläßliche Voraussetzung erscheint das Doktorat: α) bei den *Auditoren* der Römischen Rota (wenigstens Doktor der beiden Rechte) Can. 1598 § 2; β) beim *Kanzler* der Ritenkongregation (Doktor des Kirchenrechts) Can. 2017; γ) bei den *Anwälten* und *Vertretern* in den Selig- und Heiligsprechungsprozessen der Ritenkongregation (Doktor des kanonischen Rechts und wenigstens *Lizentiat* der Theologie) Can. 2018.

Als verhältnismäßig beste Voraussetzung wird das Doktorat gefordert: α) bei *Bischöfen* und *Prälaten* (*Äbten*) mit *Eigengebiet* (Doktorat; *Lizentiat*; wahre Kenntnis der Theologie oder des kanonischen Rechts) Cann. 331 § 1 n. 5; 320 § 2; β) bei *Generälvikaren* und *Kapitelvikaren* (wie α) Cann. 367 § 1; 434 § 2; γ) bei der ersten *Dignität* des Domkapitels (Doktor der Theologie oder des kanonischen Rechts, soweit möglich) Can. 396 § 3; δ) bei *Weihe* der *Kanonikate* (Doktor der Theologie oder des kan. Rechts) Can. 404 § 2; bei *Erwählung* des *Canonicus Theologus* (Doktor der Theologie); des Can. *Poenitentarius* (Doktor der Theologie oder des kan. Rechts) Can. 399 § 1; ε) bei den *Professoren* der *Seminarien* Doktoren je nach dem Fache Can. 1366 § 1; ζ) bei den kirchlichen *Gerichtshöfen* für den *Offizial* oder die *Vizeoffiziale* (Doktoren des kanonischen Rechts oder wahre Kennnis) Can. 1573 § 4; bei dem *Promotor iustitiae* oder *Defensor vinculi* (wie ζ) Can. 1589 §§ 1 und 2; beim kirchlichen *Anwalt* (Doktor wenigstens im kanonischen Recht, wahre Kenntnis) Can. 1657 § 2.

4) Die Auszeichnungen der akademischen Grade kommen an sich auch den Religiösen zu, indes können die Konstitutionen eines Ordens oder einer Kongregation die Führung derselben untersagen, z. B. „*Sacerdotes Societatis (Divini Salvatoris), qui sunt laureati, titulo Doctoris sine speciali ratione et venia Superiorum maiorum ne utantur*“, *Constitutiones* 1922 n. 318.

5) Akademische Grade, anerkannt von der Staatsgewalt. In Deutschland ist die Führung der akademischen Grade durch die Verfassung Art. 109 IV ausdrücklich zugestanden; das gilt zunächst von den an deutschen Hochschulen erworbenen Graden. Über die Führung ausländischer akademischer Grade bestimmen die Länder; vgl. Preuß. B.D. v. 30. Sept. 1924. — Auch die Titel „*Spektabilität*“ für den Dekan der philosophischen Fakultät („*Spectabilitas*“ l. 5 C. 9, 27; l. 60 C. 10, 32), sowie „*Magnifizenz*“ können i. w. S. als akademische Grade betrachtet werden vgl. Giese F.: „Die Reichsverfassung“⁶ zu Art. 109 S. 302. Diese beiden Titel deuten an, wie hoch der Doktorgrad vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts gewertet wurde nicht nur staatlich,

sondern auch kirchlich. Dieser verlieh den persönlichen Adel („Ritter“) und den Titel „Praenobilis“ nebst vielen anderen Privilegien, Reiffenstuel: Jus canonicum V 5 nn. 6 ff.; Schmalzgrueber ibi § 1; Aichner Simon: Comp. J. E. § 146¹⁰.

3) Förderung der katholischen Hochschulen durch die Kirche. „Es ist zu wünschen, daß die Ortsordinarien nach ihrem klugen Ermessen Aleriker, hervorragend durch Frömmigkeit und Talent, an die Schulen einer von der Kirche gegründeten oder gebilligten Universität oder Fakultät schicken, damit sie dort die Studien namentlich der Philosophie, Theologie und des kanonischen Rechts vollenden und die akademischen Grade erwerben“, Can. 1380.

Die Sorge der Kirche für die Förderung des Universitätsstudiums, für die Heranbildung tüchtiger Lehrer der Geistlichkeit, tritt uns schon in c. 5 De Magistris (V 5), in der Dekretale Honorius III. entgegen, der deswegen das uneingeschränkte Lob des Protestanten Justus Henninghüs Böhmer findet. Diese Sorge ist durch die Jahrhunderte gleich geblieben. Auch die Religiösen sollen, so will es der Kodex, entsprechend ausgebildet werden, „auch an einer öffentlichen katholischen Hochschule“ Can. 587 § 3.

Papst Benedikt XV. hat durch das Dekret der Konsistorialkongregation „Nemo de s. clero“ vom 30. April 1918 Normen aufgestellt für den Besuch weltlicher Hochschulen durch Geistliche folgenden Inhalts: 1) Nur Priester sollen durch den Bischof zum Besuch der weltlichen Hochschulen ausgewählt werden, Priester, deren Geist und Frömmigkeit Bürgschaft eines für die Kirche ehrenvollen Studiums bieten, denn der Diözese Bedürfnis und Nutzen ist hier maßgebend. — 2) Die kirchliche Fortbildung darf beim Studium weltlicher Fächer nicht versäumt werden Cann. 129; 130; 590; vgl. „Handbuch“ 2. Lief.² S. 226. — 3) Nach Vollendung der Studien haben sich die betreffenden Priester ihrem Bischöfe zur Verfügung zu stellen, gegen dessen Willen sie kein weltliches Lehramt übernehmen können. — 4) Die hier ausgeführten Normen gelten entsprechend für die Religiösen (ME. 30, 170).

4) Reinerhaltung des Glaubens an den Hochschulen. Gene Professoren und Lehrer der Hochschulen, welche teilnehmen am „Dienste der Predigt“, also vor allem die Lehrer der Theologie oder des Kirchenrechts (vgl. Can. 1385 n. 2), bedürfen der Sendung durch den kirchlichen Obern, sei es durch die Übertragung des Amtes oder durch die Erteilung der missio canonica Can. 1328; Röm 10, 15.

Um die Reinheit der Lehre zu verbürgen, haben „der Rektor der Universität bzw. der Dekan der Fakultät vor dem Ordinarius oder seinen Bevollmächtigten das Glaubens-

bekenntnis abzulegen; vor dem Vorstande der Universität oder Fakultät sämtliche Professoren der kirchlich errichteten Hochschulen oder Abteilung, und zwar zu Beginn eines jeden Schuljahres oder wenigstens zu Beginn des Amtes; ebenso die Kandidaten akademischer Grade nach überstandener Prüfung“ Can. 1406 § 1 n. 8. Die Formel steht an der Spitze der Kanones des kirchlichen Gesetzbuches; dazu kommt der *Antimodernisteneid* S. Off. d. 22. Mart. 1918 (AAS. X, 136; „Handbuch“ 1. Zief.² S. 29), außer es würde von letzterem ausdrücklich dispensiert (oben S. 514). Wer die Ablegung des Glaubensbekenntnisses (Can. 1406) vernachlässigt, ist nach Can. 2043 mit Strafen f. s. bedroht bis zum Verlust des Amtes; vgl. Bayr. Konf. 1924/25 Art. 3. — Da die katholischen Universitäten und Fakultäten berufen sind, das Licht des Glaubens zu verbreiten und zu schützen, so ist begreiflich, daß sie eintreten für den Primat des Papstes auch gegenüber dem Allg. Konzil. Darum sind die Universitäten usw. mit dem Interdikt (dem Apostolischen Stuhle in besonderer Weise vorbehalten) bedroht, wenn sie Berufung ergreifen von Verordnungen des Papstes an ein Allgemeines Konzil Can. 2332.

Sollte ein Professor oder sonstiger Lehrer einer Hochschule wegen seiner Lehre oder seines sittlichen Verhaltens sich als ungeeignet erweisen, so kann, soweit die Kirche zuständig ist, vorgegangen werden auf Grund der Cann. 192 § 3 (Entziehung des Amtes); 1340 (E. der kanonischen Mission); vgl. Bayr. Konf. Art. 2. Auch kann über jemanden als Sühnestrafe die Unfähigkeit (inhabilitas) verhängt werden, akademische Grade zu erlangen Can. 2291 n. 9.

§ 20. Das Buch in seiner Beziehung zum Lehramt der Kirche.

Quellen: Cann. 1384—1405; 2318; 1381 § 3; Leo XIII. in seiner Bulle „*Officiorum ac munerum*“ d. 25. Jan. 1897 (ME. IX² 247—54), wo auch ein geschichtlicher Überblick in der Einleitung sich findet; vgl. Jos. Hilgers: Der Index verbotener Bücher (1904); Donat Jos.: Die Freiheit der Wissenschaft (1910) S. 207—235; die ältere Literatur s. bei Hergenröther-Hollwed: *KK.*² S. 621; Sägsmüller J. B.: *KK.*³ II § 110 S. 7 ff.

A. Allgemeines.

„Die Kirche hat das Recht zu verlangen, daß die Gläubigen Bücher, welche sie nicht vorher prüfend anerkannt hat, nicht herausgeben; ebenso das Recht, aus rechtmäßiger Ursache die erschienenen Bücher jeglicher Herausgeber zu verbieten“ Can. 1384 § 1. Dortselbst im § 2 erklärt der Roder, was hier, nämlich im 3. Buche, Tit. 23 (Cann. 1384—1405), unter den Ausdrücke „libri = Bücher“ zu verstehen ist, nämlich nicht nur alle Bücher im eigentlichen Sinne, sondern auch, soweit nicht das Gegenteil feststeht, alle Veröffentlichungen, welche täglich oder regelmäßig erscheinen und alle anderen herausgegebenen Schriftstücke, demnach auch Zeitungen, Zeitschriften; für das Strafrecht des Can. 2318 gilt diese Ausdehnung nicht.

a) Papst Leo XIII. hat in seiner Konst. „Officiorum“ zuerst die Grundsätze für das Bücherverbot und dann die vorausgehende Prüfung der Bücher behandelt, offenbar ist die Anordnung des Roder mehr naturgemäß. — b) Der Roder sagt nicht, daß die Gläubigen (fideles) je des Buch der vorausgehenden Prüfung der Kirche unterwerfen müssen, sondern nur, daß die Kirche das Recht hat, dies zu verlangen. Die Kirche hat demnach zuerst das Recht zu prüfen, ob irgend ein „Buch“ in ihren Rechtsbereich nach Can. 1553 gehört. Danach gehören zum kirchlichen Rechtsbereich alle Bücher, welche Geistliches oder mit Geistlichem Verbundenes behandeln; ferner Bücher, die wegen der „Sünde“ die kirchlichen Interessen berühren, z. B. Anreizung oder Gelegenheit zur Sünde; endlich Bücher der Kleriker i. w. S. nach Cann. 120; 614; 680. In den Cann. 1385—92 wird näher gezeigt, auf welchen Gebieten die Kirche ihr Prüfungsrecht geltend macht. Demnach ist der Satz bei Donat: „Freiheit der Wissenschaft“ S. 203: „Zu unterwerfen sind ihr (= „der Präventivzensur“, der vorausgehenden Prüfung) die Bücher sittlich-religiösen Inhaltes“ ergänzungsbedürftig: indes können auch der positiven Prüfung unmöglich sämtliche Bücher der Gläubigen unterstellt werden; einerseits dürfte die Zuständigkeit (über Can. 1553 hinaus) fehlen, anderseits würden die kirchlichen Obern bei der Prüfung aller Bücher, Zeitschriften und Zeitungen gegenüber dem Berg von Arbeit unterliegen. — c) „Die Gläubigen (fideles) dürfen keine ungeprüften Bücher herausgeben“ Can. 1384 § 1, d. h. die Katholiken; denn es heißt nicht die Getauften (baptizati); darum gilt hier nicht Can. 12, der auch die getauften Irreligiösen umfaßt (wie Epitome II n. 721 meint), sondern Can. 13, der auf Can. 1384 angewendet, sagt: Die Büchervorschrift gilt nur für die Gläubigen, also gemäß Cann. 1325; 1332; 1348 für die Katholiken.

B. Die vorausgehende Prüfung der Bücher.

I. Prüfungsbehörde. Das erste Kapitel im Tit. 23 des III. Buches ist überschrieben „De praevia librorum

censura“. Hier bedeutet „censura“ nicht Zensur im gewöhnlichen Sinne, also eine der drei Besserungsstrafen im Sinne der Cann. 2241; 2255 ff., sondern hier hat „censura“ die ursprüngliche Bedeutung von „Abschätzung“ oder „Einschätzung“ l. 38 C. 10, 31, gerade so wie die Ausdrücke „Censores, censitores“; vgl. Can. 1393; freilich erscheint „censura“ schon bald im Sinne von Strafe l. 3 C 4, 7; c. 20 de V. S. (V 40). Gewisse „Bücher“ sind demnach, bevor sie erscheinen, einer Beurteilung zu unterwerfen. So die Prüfung günstig ausfällt, wird die Erlaubnis (licentia) des Ordinarius schriftlich erteilt, eine Erlaubnis, „welche am Anfange oder Ende des Buches, Blattes oder Bildes mit Angabe des Namens des die Erlaubnis Erteilenden, sowie mit Angabe des Ortes und der Zeit der Gewährung abgedruckt ist“ Can. 1394 § 1. — „Erscheint die Verweigerung der Erlaubnis angebracht, so sollen dem Verfasser (auctor) die Gründe angegeben werden, wenn nicht eine gewichtige Ursache es anders erheischt“, ibi § 2.

Obwohl die Kongregation des heiligen Offiziums nach gegenwärtigem Rechte als höchste Behörde die Bücherfrage behandelt, so wird doch im Can. 247 § 4 die vorausgehende Prüfung der Bücher unter den Zuständigkeiten nicht erwähnt, vielmehr ist dies Sache der bischöflichen Behörden, auch in Rom, wo die Prüfung und Erlaubniserteilung dem Magister S. Palatii (Santi-Leitner: Praelectiones⁴ I 31 n. 75) und dem Kardinalvikariat zukommen. — Für die bischöflichen Kurien der ganzen Welt hat Can. 1393 die notwendigen Vorschriften zusammengefaßt: „In allen bischöflichen Kurien sollen amtliche Zensoren da sein zur Prüfung der Veröffentlichungen (§ 1). — Diese Prüfungsbeamten sollen bei Verwaltung ihres Amtes — mit Beiseitesetzung jeder persönlichen Rücksicht — nur die Dogmen der Kirche vor Augen haben und jene gemeinsame Lehre der Katholiken, wie sie enthalten ist in den Beschlüssen der Allgemeinen Konzilien oder in den vorschristlichen Erlassen des Apostolischen Stuhles und in der übereinstimmenden Ansicht zuverlässiger Gelehrter (§ 2). — Die Zensoren sollen gewählt werden aus dem Welt- und Ordensklerus, Männer erprobt an Jahren, Bildung und Umsicht, die da in der Billigung und Verwerfung von Lehrmeinungen den goldenen

Mittelweg einschlagen (§ 3). — Der Zensor muß sein Urteil schriftlich abgeben. Im günstigen Falle soll der Ordinarius die Veröffentlichungsbollmacht geben, der jedoch das Urteil des Zensors vorauszuschicken ist mit Angabe seines Namens. Nur in außerordentlichen Fällen und sehr selten kann nach dem weisen Ermessen des Ordinarius der Name des Zensors weggelassen werden (§ 4). — Den Verfassern darf der Name des Zensors niemals bekannt gegeben werden, bevor dieser ein billigendes Urteil ausgesprochen hat (§ 5)“.

1) Eine zur Veröffentlichung entweder als Hand- bzw. in Vielfältigungsschrift oder bereits im gedruckten Roh- oder Bürstenabzug eingereichte Arbeit wird vom Ordinarius einem der bischöflichen Bücherzensoren zur Begutachtung übergeben. Dieser prüft sie gewissenhaft ohne Ansehung der Person nach dem dogmatischen Gehalt und stellt schließlich ein schriftliches Gutachten mit Begründung der Zulassung, der Abweisung oder Besserungsbedürftigkeit aus. In ersterem Falle gewährt der Ordinarius die Druckerlaubnis in folgender Form: „Nihil obstat. Msgr. Prof. Dr. Joannes Köck, censor ex officio. — Nr. 4866. Imprimatur. Graecii, die 26. Juni 1924. Leopoldus, princeps-episcopus“. (Beispiel, genommen aus dem Werke „Die Grundzüge des kath. KK.“ von Dr. F. B. Haring, 3. Aufl. 1924.) — Wird zuweilen neben dem „Imprimatur“ des Generalvikars auch das des Bischofs gegeben, so ist das rechtlich weder gefordert noch verboten. — Der Aufdruck „De licentia Ordinarii loci et Superiorum Ordinis“ ohne weiteren Zusatz ist nicht genügend und wird vielfach mißbraucht.

Wird die Druckerlaubnis verweigert, so sind in der Regel die Gründe der Verweigerung anzugeben, aber nur auf Bitten des Verfassers; sie können auch sonst angegeben werden. Wird die Angabe der Gründe verweigert, so muß ein gewichtiger Grund hiezu vorhanden sein. Gegen die Verweigerung kann der Verfasser den (nicht aufschiebenden) Rekurs an das heilige Offizium ergreifen. Endlich kann dem Verfasser die Urschrift zurückgegeben werden mit Angabe der Bedingungen zur Gewährung der Druckerlaubnis. — Es liegt auf der Hand, daß der Zensor die Begutachtung nicht versagen kann wegen stilistischer Unebenheiten und Schwierigkeiten, wegen Unrichtigkeiten auf nicht theologischem Gebiete, anderseits darf man aber von einem approbierten Buche nicht verlangen, daß es von allen Fehlern frei sei, weil es das kirchliche Imprimatur trägt. Zuweilen wird es freilich den kirchlichen Behörden schwer fallen, wenn theologisch Richtiges, aber wissenschaftlich Unreifes zur Billigung vorgelegt wird.

2) Der Ordinarius muß die Arbeit wenigstens einem Zensor übergeben oder selbst sie prüfen; er darf sie auch mehreren übergeben und soll es bei schwierigeren Veröffentlichungen tun. Die Zensoren sollen die Prüfung nicht auf die lange Bank schieben. — Die Religiösen brauchen die Druckerlaubnis einerseits vom Ordinarius entweder des Druckortes, Ausgabeortes oder Aufenthaltes, anderseits vom höheren

Religiosenobern. Hat nun der Zensor der Ordensobern das Buch begutachtet, so darf auch der Ortsordinarius sich nach seinem Gewissen damit zufrieden geben, da er ja auch einen Ordensmann als bischöflichen Zensor aufstellen kann und eine doppelte Begutachtung nicht gefordert wird.

3) Der Name des Zensors darf bei der Angabe der Druckerlaubnis nach Ermessen des Ordinarius weggelassen werden Can. 1393 § 4; die kirchliche Druckerlaubnis selbst nur mit Genehmigung des heiligen Offiziums Can. 247 § 4. In der schriftlichen Erlaubnis des Ordinarius muß das Urteil und der Name des Zensors gewöhnlich vorausgeschickt werden Can. 1393 § 4. Dagegen ist nicht verlangt, daß beides im Buche selbst vermerkt werde Can. 1394 § 1; innerhalb und außerhalb Roms wird diese mildere Praxis gehandhabt, Vermeersch in *Epitome* II 727.

4) Gibt ein *Residenzbischof* oder ein sonstiger Ortsordinarius selbst ein Buch heraus, so sind diese der Verpflichtung des „Imprimatur“ nicht unterworfen Can. 1393, wenn sie es nicht selbst wollen; vgl. *Harling: RR.*³ S. 372; so trägt das Werk „*Variae quaestiones practicae ad matrimonium*“³ ab A. L. Eloy, Episcopo tit. Magydensi, Vic Apost. Tunkini Meridionalis (Hongkong 1924) am Schluß des Imprimatur: G. M. Spada Prov. Apost., Hongkong 11. Dec. 1924; dagegen trägt das „*Directorium Missionis de Seoul*“ (Hongkong 1923) kein Imprimatur; es wurde neu herausgegeben von Gustav Karl Maria MuteI, Titularbischof von Milo (Melos) und Apostolischer Vikar von Seoul. Der Grund dieses Fehlens kann ein anderer sein; nämlich der, daß dieses *Directorium* von 290 Seiten als *Manuskript* gedruckt betrachtet werden kann.

5) Wird ein Buch, eine Zeitschrift usw. als *Manuskript* gedruckt d. h. für den Verfasser allein oder für einen genau begrenzten Kreis von Lesern, z. B. für die Hörer eines Professors, mit Ausschluß der Öffentlichkeit, so dürfen die Kanones, in denen die Rede ist von „*edi, publici iuris fieri*“ = herausgegeben, veröffentlicht werden“, also 1385—94; 2318, für solche Druckfachen nicht in Frage kommen; diese Praxis wurde schon bisher auch von gewissenhaften Ordensleuten eingehalten, so sind die dem Rodeg angepaßten Konstitutionen der Salvatorianer (1922) und Resurrektionisten (1924) mit Imprimatur; jene der Bayer. Benediktiner (1922) und der Ottilianer (1925) als *Manuskript* gedruckt.

Nach Beschreibung der Prüfungsbehörde ist die Pflicht näher zu begrenzen, welche die vorangehende Prüfung der Werke („*praevia librorum censura*“) erheischt. Es gibt eine allgemeine Pflicht und eine besondere; jene umfaßt gewisse Werke, welche unter allen Umständen dem kirchlichen Imprimatur zu unterwerfen sind; eine besondere Verpflichtung trifft die schriftstellerische Tätigkeit der *Reviser* Can. 1386 oder tritt ein bei besonderer Veranlassung Cann. 1387—92.

II. Die allgemeine Pflicht des Imprimatur. 1) Can. 1385: „Ohne vorausgehende kirchliche Billigung dürfen auch nicht von Laien herausgegeben werden:

a) Bücher der Heiligen Schrift oder deren Anmerkungen und Auslegungen § 1 (vgl. Can. 2318 § 2 Strafe: Die niemanden vorbehaltene Exkommunikation);

b) Bücher, welche die göttlichen Schriften, die heilige Theologie, Kirchengeschichte, kanonisches Recht, natürliche Theologie, Ethik und andere gleichgeartete religiöse und sittliche Abhandlungen betreffen; Gebets- und Erbauungsbücher; solche religiösen, sittlichen, asketischen, mystischen und ähnlichen Inhalts, sei es zum Zwecke der Belehrung oder des Unterrichts, so sehr sie auch zur Hebung der Frömmigkeit beizutragen geeignet erscheinen; endlich ganz allgemein alle Abhandlungen, in welchen sich Fragen der Religion und Sittlichkeit eigens (nicht nur oberflächlich und vorübergehend) behandelt finden;

c) Durch Druck irgend welcher Art hergestellte heilige Bilder mit oder ohne Gebetsaufdruck Can. 1385 § 1 (also nicht bloß „Heiligenbilder“; dagegen sind gemalte Bilder nicht prüfungsbedürftig, vgl. aber Can. 1279).

Der Gegenstand des Imprimaturgebotes läßt sich kurz zusammenfassen: Der vorausgehenden Prüfung sind zu unterwerfen: a) Bücher mit religiösem oder sittlichem Inhalt; b) Bilder heiligen Inhaltes, die durch Druck hergestellt oder vervielfacht werden sollen.

2) „Die Erlaubnis zur Ausgabe der im Can. 1385 § 1 angeführten Bücher und Bilder kann erteilen: a) der eigene Ortsordinarius des Verfassers; b) der Ordinarius des Ortes, an dem die Bücher oder Bilder veröffentlicht werden; c) der Ordinarius des Druckortes“ Can. 1385 § 2. Dem Verfasser steht es frei, sich die Erlaubnis von einem dieser drei Ortsordinarien zu erbitten mit der Einschränkung jedoch, daß bei Verweigerung des Imprimatur durch den einen Ordinarius, einer der anderen Ordinarien nur angegangen werden kann, wenn er verständig wird von der vorausgehenden Verweigerung, ibi.

Die Religiösen müssen vorher die Erlaubnis auch ihres höheren Oben erhalten“ Can. 1385 § 3.

a) Nur selten wird ein Verfasser die Wahl unter drei Ortsordinarien haben, da der Druck- und Verlagsort gewöhnlich der gleiche ist und nicht selten der Verfasser selbst an diesem Orte sein Domizil hat.

b) Ist der Verfasser *katholisch*, sei er getauft oder ungetauft, so ist auch der katholische Drucker oder Verleger nicht zur Einholung des Imprimatur verpflichtet, da der Hauptverpflichtete, der Verfasser („auctor“) entweder der Kirchengewalt überhaupt nicht untersteht als Ungetaufter Can. 12 oder hier nicht unterworfen ist Can. 1384 § 1. Auch würde die Unterwerfung der Katholiken eine gewisse Schädigung der katholischen Drucker und Verleger bedeuten, da sich die Katholiken von diesen zurückzögen; freilich gilt diese Erwägung nur für gute oder farblose Werke der Katholiken, denn *glaubens- und sittengefährdende* Werke darf ja der katholische Geschäftsmann überhaupt nicht annehmen und fördern schon nach dem Naturrechte, dann auch nach dem Kirchengesetze Cann. 1399; 2318. „Daß Katholiken Werke im katholischen Sinne veröffentlichen, beweist die Geschichte; man denke nur an die Werke *Hurters* (1787—1863) vor seiner Konversion, z. B. *Innozenz III.*; an den „*Zölibat*“ von *Ludwig Clarus* 1841 (der Verfasser *W. Bolf* wurde erst 1855 katholisch); *Magd. Albertis* (kath. 1913) *Romane*; „*Ges. Blitt*“ (1907) und „*Martin Augustin*“ (1910); *Ulrich Stutz*: „*Der Geist der CIC.*“ (1918) und viele andere; vgl. auch Can. 1399 n. 4.

c) Wird ein Verfasser oder Verleger von einem der zuständigen Ortsordinarien abgewiesen, so kann er sich an einen anderen behufs Erlangung des Imprimatur wenden. Wird von dem neuen Ordinarius das Imprimatur gewährt, so ist dasselbe in der Regel gültig, aber *unerlaubt*, wenn die Abweisung verschwiegen wurde Cann. 1385 § 2; 44 § 1; *ungültig* ist sie in diesem Falle dann, wenn man vom abweisenden Generalvikar sich an dessen Bischof wendet oder umgekehrt Can. 44 § 2. Wenn die Abweisung erwähnt wird, so darf der neue Ordinarius nur vorgehen mit Würdigung der Abweisungsgründe Can. 44 § 1.

d) Sämtliche Religiösen bedürfen der Erlaubnis ihres *höheren Obern* Can. 1385 § 3; demnach die Mitglieder der Orden und Kongregationen, Männer und Frauen Cann. 488 nn. 1. 7; 490; die Novizen und Postulanten sind davon an sich nicht betroffen Can. 488 n. 7; vgl. jedoch Can. 561 § 2. — Die *höheren Obern* Can. 488 n. 8 allein können die Befugnis erteilen, also die Äbte, Provinzial- und Generalobern. — Die *Erlaubnis* („*licentia*“) muß notwendig die *Ordens-erlaubnis* auf Grund des Gehorsamsgelübde sein; dieselbe kann bei besonders wichtigen Veröffentlichungen dem höchsten Obern vorbehalten sein, O. S. B. Ottilien. n. 149; Constitutiones SDS. n. 565; sie kann die *rechtliche Erlaubnis* sein, d. h. eine solche wie sie für die Ortsordinarien gefordert ist Cann. 1393—94, doch besteht hiefür keine Pflicht; darum können die Ordensobern von Zensuren absehen, auch von der Form der Prüfung und Veröffentlichung der klösterlichen Erlaubnis, außer es bestehen eigene Vorschriften in den Konstitutionen; in manchen Laienorden oder in den weiblichen Genossenschaften dürfte die rechtliche Prüfung zuweilen unmöglich sein.

III. Die besondere Pflicht für *Alexiker* und *Religiösen* Can. 1386. *Weltgeistliche*

brauchen zwar nicht das Imprimatur, wohl aber die Zustimmung des Ortsordinarius a) zur Herausgabe von Büchern weltlichen Inhaltes, wie rein wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen Inhaltes; b) zur Leitung von Zeitungen, Blättern oder regelmäßig erscheinenden Zeitschriften oder zur Mitarbeit an denselben.

Religiösen (Can. 488 nn. 1 und 7; 490) bedürfen in den gleichen Fällen der Erlaubnis ihres höheren Obern und der des Ortsordinarius. Handelt es sich um Artikel oder Beiträge für Zeitungen, Blätter oder Zeitschriften, welche die katholische Religion oder die Sittlichkeit anzugreifen pflegen, so können selbst katholische Laien keine Beiträge liefern, außer aus gerechtem und vernünftigem Grunde, welcher die Billigung des Ortsordinarius fand Can. 1386 § 2.

IV. Das kirchliche Imprimatur in besonderen Fällen Cann. 1387—92: 1) Die Herausgabe von Berichten, welche in irgend einer Form zu den Selig- und Heiligsprechungsprozessen der Diener Gottes gehören, darf ohne Erlaubnis der Ritenkongregation nicht bewerkstelligt werden Can. 1387; vgl. Cann. 1999—2141.

Der Hauptnachdruck liegt in den Worten „Quae . . quoquo modo pertinent“; die Veröffentlichungen müssen in irgend einer Form zu einem der beiden Prozesse gehören, also zunächst die Prozessakten selbst; die Artikel des Postulators, die Fragen des Glaubensanwaltes; die Aussagen der Zeugen; ist der Heiligsprechungsprozeß vollendet, so hört die Bindung auf SRC. d. 31. Jul. 1821 n. 2617.

2) Ablässe Can. 1388. Dieser Kanon unterscheidet zwei Klassen von Ablassveröffentlichungen, einerseits die eigentlichen Sammlungen oder Verzeichnisse (§ 2), andererseits Werke mit Angabe von Ablässen (§ 1).

„Alle Ablassbücher, Verzeichnisse, Hefchen, Blätter usw., in welchen Ablassbewilligungen enthalten sind, dürfen nicht herausgegeben werden ohne Erlaubnis des Ortsordinarius § 1.

Dagegen wird die ausdrückliche Erlaubnis des Apostolischen Stuhles zur Druckveröffentlichung in jeder Sprache verlangt: a) bei einer amtlichen Sammlung von Gebeten und guten Werken, mit denen der Apostolische

Stuhl Ablässe verbunden hat; b) bei einer Zusammenstellung (summarium) von apostolischen Ablässen, die entweder früher schon gesammelt, aber nie bestätigt oder die jetzt zum erstenmal aus verschiedenen Bewilligungen gesammelt wurde § 2“.

Der Ausdruck „summarium“ kommt in beiden Paragraphen des Can. 1388 vor; ist das „summarium“ (Auszug, Verzeichnis) eine wirkliche Sammlung“ von Ablässen, so wird Apostolische Erlaubnis gefordert; sind in einem Verzeichnis Ablässe nur gelegentlich enthalten, so genügt die Erlaubnis des Ortsordinarius. — „Ordinarius loci“ ist in unserem Falle zunächst der Ordinarius des Verlagsortes, dann aber auch der des Druckortes, und wenn der Verfasser (Sammler) genannt wird, auch der des Verfassers. — Zu den Blättern, Zetteln usw. mit Ablässen gehören auch die Sterbe- oder Primizbildchen mit Ablassgebeten. Werden die Ablässe gar nicht angegeben, so sind sie frei, sonst sind sie gebunden; das ergibt sich aus dem Wortlaut des Can. 1388 § 1 „in denen Ablassbewilligungen enthalten sind“. Freilich spricht sie Vermeerseck II 726 immer frei. — Eine oberhirtliche Verordnung des Bistums Passau stellt die Ablassgebete zusammen, welche auf den Sterbebildchen abgedruckt werden können; es bedarf also nicht einer jedesmaligen Bewilligung, sondern nur Berufung auf jene Verordnung.

3) Dekrete der Römischen Kongregationen Can. 1389: „Sammlungen von Dekreten der Römischen Kongregationen können neu gar nicht herausgegeben werden ohne vorherige Erlaubnis des Leiters der jeweiligen Kongregation und ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Bedingungen.“ Diese Vorschrift gilt nicht nur von den amtlichen Sammlungen, z. B. Decreta Authentica SRC., sondern auch von den privaten, z. B. von Richter und Schulte; Vingen und Reuß (Konzilskongregation). Ist eine Kongregation verschwunden, z. B. die Ablasskongregation, so tritt die Rechtsnachfolgerin an deren Stelle.

Die Vorschrift des Can. 1389 gilt nicht für die Sammlungen der Entscheidungen Römischer Gerichtshöfe oder Ämter Cann. 242; 246; 258; 260.

4) Liturgische Bücher und amtliche Litaneien Can. 1390: „Bei Herausgabe liturgischer Bücher und ihrer Teile, sowie der vom Heiligen Stuhle bestätigten Litaneien muß die Übereinstimmung der Neuauflage mit den bereits bestätigten Ausgaben feststehen auf Grund der Bezeugung des Ordinarius, sei es des Druck- oder Verlagsortes.“

Die Liturgischen Bücher („libri liturgici“) des Römischen Ritus sind das Missale; Pontificale; Ceremoniale Romanum; Ceremoniale Episcoporum; Rituale Romanum; Memoriale Rituum; — Breviarium; Martyrologium et Kalendarium Romanum. Für den Ambrosianischen und Mozarabischen Ritus, für die verschiedenen Orientalischen Riten bestehen eigene Bücher. —

Die vom Apostolischen Stuhle bestätigten Litaneien sind die Allerheiligenlitanei (im Brevier und Rituale nach den Bußpsalmen mit Einfügung „Ut omnes errantes ad unitatem Ecclesiae revocare et infideles universos ad Evangelii lumen perducere digneris, T. r. a. n.“ vor „Ut nosmetipsos“ AAS. 14, 201; RR. tit. 5 c. 3; bei den Sterbegebeten RR. tit. 5 cp. 7 n. 3; beim „vierzigstündigen Gebet“ RR. App. 570; Pustet 377; für die Wasserweihe an der Epiphanievigil RR. App. 706; Pustet 461; im Missale am Karfreitag vor dem Amte; 2) die Litanei vom Namen Jesu RR. tit. 10 cp. 1; 3) die Litanei vom Herzen Jesu, ebd. cp. 2; 4) die Lauretanische Litanei, ebd. cp. 3; 5) vom heiligen Joseph, ebd. cp. 4; vgl. oben S. 86.

Handelt es sich nun um einen Abdruck der Liturgischen Bücher bzw. von Teilen derselben oder der amtlichen (oben angeführten) Litaneien, so genügt nicht das Imprimatur, sondern es wird erforderlich das Zeugnis für die Übereinstimmung des Neudruckes mit dem bestätigten Urdrucke. Das neueste Rituale Romanum erhielt die päpstliche Bestätigung am 10. Juni 1925; Pustet in Regensburg besorgte einen Nachdruck; für diesen erteilte das „Concordat“ Bischof Antonius von Regensburg am 4. Okt. 1925. — Teile liturgischer Bücher sind z. B. das Psalterium Breviarii Romani; das Vesperale; das Officium hebdomadae sanctae usw.

5) „Die Übersetzungen der Heiligen Schrift in die Volkssprache können nicht gedruckt werden, wenn sie nicht entweder vom Apostolischen Stuhle bestätigt oder unter der Aufsicht der Bischöfe herausgegeben werden mit Anmerkungen, die vorzüglich den heiligen Kirchenvätern und den katholischen Gelehrten entnommen sind“ Can. 1391.

a) Die vom Apostolischen Stuhle bestätigten Übersetzungen bedürfen an sich der Anmerkungen nicht; so gibt es eine solche Übersetzung von *Alfio li*. Freilich muß hier genau die Bestätigung des Heiligen Stuhles angebracht sein, damit sie nachgeprüft werden kann; denn mit dem Ausdruck „bestätigt vom Apostolischen Stuhle“ allein können auch protestantische Übersetzungen verbreitet werden. — b) Die von den Bischöfen bestätigten Ausgaben müssen Anmerkungen haben, deren hauptsächlich Quellen die heiligen Kirchenväter und katholischen Schriftsteller sind. — Gewohnheitsrechtlich können kleinere Auszüge auch ohne Anmerkungen herausgegeben werden, z. B. die Episteln und Evangelien des Kirchenjahres; das Buch Tobias usw., Epitome II 726.

6) **Übersetzungen, Neuauflagen, Sonderabzüge.** Can. 1392 „Die Bestätigung des Urtextes eines Werkes kommt nicht schon auch den Übersetzungen desselben in eine andere Sprache zugute; ebenso nicht anderen Auflagen; darum müssen Übersetzungen und Neuauflagen eines Werkes mit neuer Bestätigung versehen sein § 1. — **Sonderausgaben** aus Zeitschriften (Separatabzüge) gelten nicht als Neuauflagen, bedürfen darum auch nicht einer neuen Bestätigung § 2“.

Werden Neuauflagen vollständig gleich mit dem ursprünglichen Drucke hergestellt, so dürfte die Pflicht des Imprimatur nicht eintreten; denn bei Stereotypdruck (mit gegossenen Platten) ist ja eine Veränderung des Textes ausgeschlossen. Wenn Vermeersch in Epitome II n. 726 meint „Es konnten (in der Zwischenzeit) Gründe eintreten, welche das Wiedererscheinen des Buches als nicht mehr zeitgemäß erscheinen lassen“, so ist das keine Ursache für die Verweigerung des Imprimatur Can. 1393 § 2. — Die **Sonderausgaben** (Separatabzüge) können ein ganzes Heft oder Teile desselben umfassen.

C. Das kirchliche Bücherverbot.

Quellen: Cann. 1395—1405; 246 § 4; 2318.

I. **Geschichte.** Im Jahre 1900 wurden in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlanden, in den drei Skandinavischen Reichen und den Vereinigten Staaten Nordamerikas 67 315 Bücher ausgegeben, davon in Deutschland allein 24 792; schon diese Zahlen künden die Bedeutung der Großmacht Presse. Darum hat die Kirche schon von der ersten Zeit an Stellung zur Presse genommen. Die Apostelgeschichte erzählt uns 19, 19: „Viele aber von denen, die Aberglauben getrieben haben, brachten ihre Bücher zusammen (in Ephesus) und verbrannten sie vor aller Augen. Und als man ihren Wert berechnete, fand man die Summe von 50 000 Denaren (Drachmen).“ Spätere Synoden und die oströmischen Kaiser ordneten die Verbrennung namentlich der häretischen Bücher an. Auch fehlt es nicht an Verzeichnissen (indices) verbotener Bücher, c. 3 D. 15 (decretum Gelasianum a. 495) D-B. nn. 164—66. Mit der Erfindung der Buchdruckerkunst mußte sich die Wachsamkeit der kirchlichen wie staatlichen Gewalt verdoppeln. Papst Paul IV. veröffentlichte 1559 einen Index, wie es schon die weltlichen Fürsten Heinrich VIII. von England 1526, Maria die Katholische von

England 1555; Kaiſer Karl V. 1529 und 1540; ſowie die Univerſitäten Paris (Sorbonne) 1542 und Löwen 1546 getan hatten. In Anlehnung an das Trienter Konzil ſchuf Papſt Pius V. die Indexkongregation 1571 (wie Benedikt XIV. bezeugt), welche dauerte bis zum Motuproprio „Alloquentes“ Benedikts XV. v. 25. März 1917 (ME. 29, 161), deſſen erſte Beſtimmung lautet: „S. C. Indicis iam nunc non erit“; die Aufgabe derſelben fiel dem heiligen Offizium zu Can. 246 § 4.

II. Begriff. Das kirchliche Bücherverbot ruht auf dem Geſetze eines kirchlichen Obern, das den Gläubigen den Gebrauch gefahrbringender Bücher unterſagt oder beſchränkt.

1) Neben dem kirchlichen gibt es auch noch ein naturrechtliches und ſtaatliches Bücherverbot. Das naturrechtliche Bücherverbot umfaßt alle Menſchen und alle jene Bücher, Zeiſchriften, Zei-
tungen, Bilder und ſonſtigen Druckerzeugniſſe, welche für den Gebrauchenden die nächſte Seelengefahr bedeuten Can. 1405 § 1. Hier gilt das Wort des Herrn Mt 8, 9: „Wenn dich dein Auge ärgert, reiße es aus und wirf es von dir.“ Dieſes Verbot bindet nicht nur die Gefährdeten ſelbſt, ſondern auch deren Eltern (Can. 1113) und Elternſtellvertreter; dann alle Erzieher und Vorgeſetzten, die Seelſorger und Beichtväter, endlich die geiſtlichen und weltlichen Obern. Darum betont Can. 1405 § 2: „Die Ortsordinarien und anderen Seelſorger ſollen bei gegebener Gelegenheit vor der Gefahr und dem Schaden der ſchlechten, beſonders der verbotenen Bücher warnen.“ — In letzter Linie fußt alſo das kirchliche Bücherverbot auf dem Naturgeſetze. Doch ſei hier auf einen Unterſchied hingewieſen: Das Naturgeſetz verpflichtet nur den wirklich Gefährdeten („Wenn dich dein Auge ärgert“), das Kirchengesetz aber bindet alle; denn „Geſetze, erlaſſen zur Abwendung einer allgemeinen Gefahr, verpflichten, auch wenn im Einzelfall eine Gefahr nicht vorhanden iſt“ Can. 21.

Die Staatsgewalt hat das Recht und die Pflicht, Bücher, welche das Staatswohl gefährden, zu unterdrücken und zu verbieten. Manche Regierungen haben von dieſer Befugnis ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Der preußiſche Index erſchien z. B. 1844—46. Obwohl in dieſem ſtaatlichen Bücherverzeichnis die Verbote der Zeiſchriften und

Zeitungen nicht aufgenommen sind, enthält er doch 437 Schriften, durch 570 Verbote unterjagt, d. h. zwei- bis dreimal mehr als der römische Index im ganzen 19. Jahrhundert an deutschen Büchern namentlich verboten hat, F. Hilgers S. J.: „Der Index der verbotenen Bücher“ (1904) 347 f.; Donat Jos. S. J.: „Die Freiheit der Wissenschaft“ (1910) S. 210. Letzterer erzählt dort eine ergötzliche Geschichte, wie die bis 1848 dauernde preussische Bücherzensur die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit aus den (16) Katechismen des 18. Jahrhunderts der Erzbischöfe Köln entfernt hat. — Eine strenge staatliche Bücherzensur wurde in Deutschland (wie anderswo) geübt während des Krieges und der Revolution (eine amtliche Zeitung vermittelte die Nachrichten). Mögen auch Mißbräuche und Übergriffe stattgefunden haben, das Recht des Staates zur Beseitigung der Pressegefahren muß unangetastet bleiben; der Art. 118 der deutschen BU. 1919 gewährt zwar einen weiten Spielraum, doch sind auch hier gewisse Grenzen gezogen.

2) Träger dieser Gewalt sind die Inhaber der höchsten Gewalt in der Kirche; die Ortsordinarien, einzeln und vereint; gewisse Ordensobern.

a) „Das Recht und die Pflicht, Bücher aus rechtmäßigem Grunde zu verbieten, kommt zu der höchsten Kirchengewalt“ Can. 1395 § 1, also dem Papste Can. 218 in eigener Person und durch seine Organe, besonders die Congr. des heiligen Offiziums Can. 247 § 4, dann dem Allg. Konzil Can. 228 § 1.

„Sache des heiligen Offiziums ist es, nicht nur die ihm vorgelegten Bücher sorgfältig zu prüfen; sie, wenn nötig, zu verbieten und Dispense zu gewähren, sondern auch von Amts wegen auf die passendste Weise die veröffentlichten Werke jeglicher Art auf ihre Beurteilungswendigkeit zu untersuchen, auch den Ordinarien ins Gedächtnis zu rufen, wie gewissenhaft sie gegenüber verderblichen Veröffentlichungen vorzugehen und dem Heiligen Stuhle anzuzeigen haben nach Maßgabe des Can. 1397.“ Fast die gleichen Worte bestimmten einst die Zuständigkeit der Indexkongregation; vgl. die Bulle „Sapienti consilio“ Pius' X. vom 29. Juni 1908 n. 70; Leitner M.: De Curia Romana pag. 5. Demnach hat das hl. Offizium die Pflicht, sowohl angezeigte als auch selbst untersuchte Bücher, wenn nötig, zu verbieten.

b) Weitere Träger der Gewalt des Bücherverbotes sind die Ortsordinarien, jeder in seinem Gebiete oder auf den Diözesansynoden, den Provinz- und Plenarkonzilien Can. 1395 § 1.

c) Die Gewalt gewisser Ordensobern wird im Can. 1395 § 3 neu eingeführt: „Auch der Abt eines selbständigen Klosters und der oberste Leiter einer eremiten Mönchsgenossenschaft, mit ihrem Kapitel oder Rat, kann Bücher aus

gerechtem Grunde seinen Untergebenen verbieten; ebenso, wenn Gefahr auf Verzug ist, die anderen höheren O b e r n mit ihrem Räte, freilich unter der Voraussetzung, daß sie die Sache möglichst bald an den höchsten Vorsteher bringen."

Kraft der hausherrlichen Gewalt können alle klösterlichen Obern die Besetzung, Haltung usw. der Bücher, Zeitschriften, Zeitungen verbieten; doch hier wird eine Jurisdiktionsgewalt eingeräumt, die bisher und sonst nur den Ortsordinarien zustand und zusteht; vgl. Cann. 501 § 2; 2314 § 2.

„Von dem Verbote der O r t s o r d i n a r i e n gibt es einen Refurs an den Heiligen Stuhl, aber keinen aufschiebenden" Can. 1395 § 2. Das gleiche gilt auch für das Verbot der genannten O r d e n s o b e r n Can. 1569. Von den Provinzobern ist auch ein Refurs an den Generalobern möglich, ebenfalls ohne aufschiebende Wirkung.

3) Das Bücherverbot der kirchlichen Obern ist schwer durchführbar, wenn nicht die Gläubigen sich bemühen, die Seelengefahren, welche den Preßerzeugnissen entspringen, nicht nur von sich, sondern auch von den Nächsten, besonders den Schutzbefohlenen ferne zu halten; dieses geschieht auch durch die A n z e i g e seelengefährlicher Bücher usw. Diese wird durch Can. 1397 geregelt: „§ 1. Sache aller Gläubigen (Can. 1384), besonders aber der Kleriker, der kirchlichen Würdenträger und der wissenschaftlichen Größen ist es, die nach ihrem Urteile verderblichen Bücher den Ortsordinarien oder dem Apostolischen Stuhle zu melden; letzteres kommt in besonderer Weise zu den Legaten des Heiligen Stuhles (Cann. 265 sqq.), den Ortsordinarien und den Rektoren der katholischen Universitäten.

§ 2. Es empfiehlt sich, bei der Anzeige verkehrter Bücher nicht nur die Aufschrift des Buches anzugeben, sondern soweit möglich, auch die G r ü n d e, weswegen das Buch verurteilungswert erscheint.

§ 3. Denen, an welche die Anzeige sich wendet, wird es Gewissenssache sein, des Anzeigenden Namen g e h e i m zu halten.

§ 4. Die Ortsordinarien sollen in eigener Person oder wo nötig durch geeignete Priester über die in ihrem Gebiete neu erscheinenden oder käuflichen Bücher wachen.

§ 5. Bücher, welche eine sorgfältigere Prüfung erheischen oder für welche die Entscheidung der höchsten Gewalt heilsam und notwendig erscheint, sollen die Ordinarien dem Urteile des Apostolischen Stuhles unterbreiten."

Die Bischöfe und die übrigen Ortsordinarien haben zunächst eine Überwachungs-pflicht. Das darf uns nicht Wunder nehmen; denn jede weltliche Regierung hat in der Hauptstadt, oft auch in jeder Provinz eine Presseabteilung („Pressedezernat"), wo jedes Presseerzeugnis genau geprüft wird. Wenn die Beurteilung schwierig ist oder das Werk einen die Grenzen des Bistums weit überragenden Einfluß gewann oder zu gewinnen scheint, so erfolgt der Bericht an den Apostolischen Stuhl. Diese Tätigkeit wird weniger beanstandet; was den Unwillen und die Angriffslust der Gegner am meisten reizt, ist die „geheimen Denunzierung". Ein Artikel in der Beilage der „Frankfurter Zeitung" für Hochschule und Jugend (Nr. 644 vom 30. Aug. 1926), besprechend den Fall „Wittig", sagt, „ehedem sei die Kirche, als sie ihre Ketzer noch verbrannte, humaner gewesen. Jetzt werde derjenige, den ihr seelisches Todesurteil getroffen, von einer nicht greifbaren Meute zu Tode geheßt." — Wo hier die „Heße" ist, müssen die Tatsachen zeigen. Es erscheint ein Buch; der Verfasser hat das Recht, seine Meinung durch Schrift, Druck, Bild frei zu äußern (BII. Art. 118). Dieses Recht hat aber auch jeder Leser. Dieser sieht im Buche eine Gefahr für den Glauben oder die guten Sitten. Deshalb überläßt er das Urteil seinem Seelsorger, seinem Bischof oder dem obersten Hirten der Kirche. Er kann es offen tun oder geheim; oft ist geheim viel besser, wenn er z. B. zu schwarz sieht. Der Apostolische Stuhl läßt das Buch sorgfältig prüfen und verbietet es den Gläubigen, weil es unrichtige und darum irreführende oder verderbliche Ansichten birgt.

Hat das Buch nur hic und da einen Irrtum, so werden dem Verfasser auch die beanstandeten Stellen mitgeteilt. Ist das Buch aber im wesentlichen vom kirchlichen Standpunkt aus verfehlt oder krank, so erfolgt die Indizierung ohne Angabe der Gründe. Unterwirft sich der Verfasser, so ehrt er sich selbst: „Gehorsam ist die erste Pflicht des Ritters, der für Christum fight". Unterwirft er sich nicht, so zieht er sich die Strafen zu, welche in den Cann. 2314 (apostatae, haeretici, schismatici) oder 2317 (Verweigerung des Glaubensgehorsams) angedroht sind, vgl. QDC. 1925 S. 836—46; 1926 S. 837, coll. cum Cann. 2314; 1576 § 1 n. 1. Daß die katholische Presse das Urteil des Apostolischen Stuhles begründen und verteidigen kann und soll, liegt auf der Hand, zumal die gegnerische Presse trotz äußerst spärlichen Einblickes in die verurteilten Sätze sich das Recht zuspricht, die Maßnahmen der Kirche verständnislos zu kritisieren. Beurteilt die Kirche das Presseerzeugnis eines Katholiken als mit ihren Grundsätzen nicht übereinstimmend, so ist sie auch geschützt durch die deutsche Verfassung Art. 137 III.

4) Inhalt des Verbotes Cann. 1396; 1398. „Die vom Apostolischen Stuhle verbotenen Bücher gelten als verboten überall und in jeder Sprache" Can. 1396. Damit ist

gejagt, daß die von den anderen zuständigen Obern verbotenen Bücher nicht überall und nicht in jeder Sprache verboten sind.

Das von einem Residenzbischofe verbotene Buch ist nur innerhalb des Bistums verboten und nur für die Untergebenen, außer das Verbot geschah zu Gunsten der öffentlichen Ordnung Can. 14 n. 2. oder in der Form einer Vorschrift Can. 24. — Verbiethet z. B. ein Abt ein Buch, so trifft das Verbot nur seine Professoren und Novizen Can. 561 § 2; diese aber überall Can. 24. Die Hausgenossen eines Klosters (Can. 514 § 1) sind keine Untertanen („subditi“); darum sind sie durch das Verbot nicht getroffen Can. 19. Dem Bücherverbote der Ortsordinarien unterstehen auch die Religiösen, also alle nicht exenten; alle Laien- und Frauen- bzw. Schwesterngenossenschaften, dann die Hausgenossen, endlich jene Religiösen und Novizen der exenten Klerikalgenossenschaften, welche ungesetzlich sich außerhalb des Hauses befinden Can. 616. Dagegen sind die Professoren und Novizen dieser Genossenschaften wahrscheinlich frei Cann. 1395 § 3; 500; 501 § 2; 2314 § 2; 19; 15.

„Das Bücherverbot bedeutet, daß das Buch ohne die geforderte Erlaubnis nicht herausgegeben, gelesen, behalten, verkauft oder in eine andere Sprache übersetzt noch in irgend einer Form anderen übermittelt werden kann § 1. — Das irgendwie verbotene Buch darf nicht wieder veröffentlicht werden außer nach Anbringung der Verbesserungen und mit Erlaubnis dessen, der das Buch verbot oder von dessen Obern oder Nachfolger § 2“ Can. 1398. Jene Handlungen richten sich nach der Zuständigkeit des Obern, vgl. Can. 1396; dagegen ist die Neuauflage eines verbotenen Buches ohne die obigen zwei Bedingungen nirgends zulässig.

III. Einteilung des Bücherverbotes. Die Bücher können verboten werden von Fall zu Fall oder durch eine gesetzliche Regel; man kann diese Verbote den Strafen *ferendae* und *latae sententiae* angleichen Can. 2217 § 1 n. 2; im ersteren Fall wird das Buch durch den kirchlichen Obern verboten; im zweiten Fall tritt das Verbot mit dem Erscheinen des Buches sofort ein, wenn die Voraussetzungen des Gesetzes, wie des Can. 1399 gegeben sind. Geht das Verbot f. s. vom Apostolischen Stuhle aus, meist vom heiligen Offizium, so sagt man: Das Buch wurde auf den Index gesetzt; zuweilen erklärt das heilige Offizium, daß ein Buch nach den Indexregeln l. s. verboten sei, z. B. AAS. 18, 308.

Beispiel einer Indizierung: Decretum. — Fer. IV d. 27. Nov. 1918. — In generali consessu Supr. h. S. C. S. Officii Em. et Rvdmi Di. Cardinales Inquisitores Generales damnarunt ac proscripserunt et in Indicem librorum prohibitorum inserenda esse decreverunt opuscula: 1. Ernesto Bonaiuti: La genesi della dottrina agostiniana intorno al peccato originale. Roma. Tipografia del Senato di Giovanni Bardi 1916. — 2. Ernesto Bonaiuti: Sant' Agostino. A. F. Formiggini Editore in Roma. 1917. Am Donnerstag darauf, den 28. des gleichen Monats und Jahres hat Papst Benedikt XV. den Beschluß gebilligt, bestätigt und veröffentlichen lassen. — Gegeben zu Rom im Palaste des heiligen Offiziums, den 14. Dez. 1918. Moisius Castellano, S. R. et U. I. Notarius (ME. 30, 362).

Das Bücherverbot kann sein ein *schlichtes* Verbot oder ein Verbot, verbunden mit einer kirchlichen *Zensur* Can. 2318. Die Rechtsvermutung steht für ein *schlichtes* Verbot, welches bedeutet, daß die Ausgabe, die Lesung, das Behalten, der Verkauf, die Übersetzung unter *schwererer* Sünde verboten ist. Soll eine Zensur eintreten, so müssen die Voraussetzungen des Can. 2318 § 1 genau erfüllt oder dem Verbote f. s. eine Zensurbestimmung beigelegt sein.

IV. Die zwölf Indexregeln des Index Can. 1399. „Schon durch das Recht (also l. s. ohne Zutun der kirchlichen Obern Can. 2217 § 1 nn. 2. 3) sind verboten:

1. Die Ausgaben des Urtextes und der alten katholischen Übersetzungen der Heiligen Schrift, auch der Morgenländischen Kirche, veröffentlicht von irgendwelchen Katholiken; ebenso ihre Übersetzungen in jegliche Sprache, von ihnen veranstaltet oder herausgegeben; (vgl. „Off. ac Munerum“ n. 5).

Der Urtext der Heiligen Schriften wurde in hebräischer, chaldäischer und griechischer Sprache geschrieben. Die „alten Übersetzungen“ sind die Itala (lat.); Peshito (syr.); die koptischen; die äthiopische; die gotische des Bischofs Ulfilas (4. Jahrh.); die armenischen (5. Jahrh.), später die arabischen, slawischen und persischen Übersetzungen; endlich die Vulgata, im Neuen Testament auf der Itala, im Alten Testament auf dem hebräischen Text beruhend; die Septuaginta ist keine eigentlich katholische Übersetzung (300 v. Chr.), wenn auch von den Christen eifrig benutzt; Itala, Peshito, Vulgata sind sicher katholische Übersetzungen.

2. Bücher jeglicher Schriftsteller, welche die Häresie oder das Schisma verteidigen, oder selbst die Grundlagen der Religion irgendwie zu untergraben sich bemühen;

Man beachte hier den Unterschied zwischen dem einfachen und dem mit Exkommunikation geschützten Verbot Can. 2381

§ 1: a) Hier werden die Bücher aller Schriftsteller (ob afatholisch oder katholisch) getroffen, dort nur die Bücher der Apostaten, Häretiker oder Schismatiker, wohl im Sinne der Cann. 2314; 1325 § 2. b) Daß im Can. 1399 n. 2 die Bücher, welche Apostasie verteidigen, nicht erwähnt sind, tut nichts zur Sache, reg. 35 in 6°. — c) „Die Grundlagen der Religion“ sind jene Wahrheiten, auf welchen die wahre Religion beruht, also Dasein Gottes, Geistigkeit der Seele, Freiheit des Willens, Möglichkeit und Beweisbarkeit der Wunder.

3. Bücher, welche die Religion oder Sittlichkeit geßißentlich bekämpfen;

4. Bücher aller Afatholiken (also nicht nur der abgefallenen), die planmäßig (ex professo) über Religion handeln, außer es ist klar, daß in ihnen nichts gegen den katholischen Glauben enthalten ist;

Wir haben oben gezeigt (S. 594), daß Afatholiken in ihren Werken oft ganz auf katholischem Standpunkte stehen oder wenigstens nichts gegen den katholischen Glauben lehren, wenn sie auch hie und da Irrtümer enthalten.

5. Bücher, von denen die Rede ist im Can. 1385 § 1 n. 1 (Heilige Schrift; Anmerkungen; Auslegungen; vgl. Can. 2318 § 2) und im Can. 1391 (unerlaubte Übersetzungen der Heiligen Schrift), ebenso von den Büchern, welche Can. 1385 § 1 n. 2 erwähnt, jene Bücher und Zeitschriften (libelli), welche neue Erscheinungen, Offenbarungen, Gesichte, Prophezeiungen, Wunder erzählen, oder welche neue Andachten einführen, auch unter dem Vorwande, sie seien private, wenn sie ohne kanonische Vorschriften herausgegeben wurden;

Zeitung en mit Artikeln oder Abhandlungen des eben erwähnten Inhaltes sind zwar dem Imprimatur unterworfen Cann. 1385 § 1 n. 2; 1384 § 2, aber für die Leser, Besitzer, Verkäufer nicht verboten. — Das Verbot der ohne Imprimatur erschienenen Bücher und Broschüren über Erscheinungen usw. besitzt auch in neuester Zeit praktische Bedeutung. Die Kirche will sich durch ihr Vorgehen bei diesen außerordentlichen Ereignissen schützen vor dem Vorwurfe, daß sie leichtgläubig derartige Erscheinungen, Offenbarungen, Wunder usw. annehme oder gar daß sie solcher Hilfsmittel bedürfe und deshalb durch die Presse sie fördere. Doch ist durch das Verbot kein Urteil über die Sache selbst gefällt. Das heilige Offizium hat am 23. April 1926 erklärt, daß das Büchlein „Padre Pio da Pietrelcina“ mit Vorrede von Giuseppe de Rossi (Verlag Gg. Verlutti) das Imprimatur entbehre und darum verboten sei (AAS. 18, 186); ebenso die mit Bildern versehene Ausgabe „Giuseppe Cavacchi: Padre Pio da Pietrelcina. Il fascino e la fama mondiale di un umile e grande francescano“ (AAS. 18, 308). — Ein funterbuntes Durcheinander von Prophezeiungen, Wundern, Gesichten usw. enthält die Broschüre „La Salette und die nächste Zukunft“ von Prof. Alfonso

Konjurator (erdichteter Name). Bingen (Ems, Hannover) 1921. R. van Alden, ohne Imprimatur gedruckt, darum verboten. Das kleine Werk „L'apparition de la très sainte Vierge de la Salette“ wurde am 9. Mai 1923 verurteilt (AAS. 15, 287). Wie vorsichtig man bei derartigen Erscheinungen usw. vorgehen muß, beweisen die Namen *Marpingen* (3./5. Juli 1876); *Mettenbuch* (seit Herbst 1876, Regensburger BD. v. 23. Jan. 1879); *Schippach* („Sakramentsweltkirche“ seit 1913); *Himmelfstadt* (1926; die medizinische Fakultät Würzburg kam, um die zwei Bauernmädchen (= „Visionärinnen“) zu sehen, mußte aber unberrichteter Sache wieder abziehen; vom Bischof von Würzburg wurde eine Untersuchung durchgeführt, „Fels“ Jahrg. 20 S. 474). *Loigny* (Bisium Chartres): „Seherin“ Mathilde Marchat, verurteilt vom Heiligen Offizium v. 4. Juli 1894; 15. April 1896 (ME. IX 1, 31; 2, 36); *Mariawiten* in Polen (1903 gestiftet von „Schwester“ Jelyza Kozłowska, „Mutter der Barmherzigkeit, der Gottesgebärerin gleich“ mit Beihilfe des Priesters Kowalski, 1909 von den Jansenisten zum Bischof geweiht) u. v. a.

Es ist nicht gerade ein schlimmes Zeichen, daß in der Kirche nicht selten neue *Andachten* entstehen, welche die Glaubenswächter, der Apostolische Stuhl und die Bischöfe, als ungeeignet zurück- oder in die richtigen Schranken weisen müssen. Die Kirche ist eben ein Baum, der nicht saft- und kraftlos ist, der im Gegenteil durch den Einfluß des menschlichen Elementes geneigt ist, überreiche, darunter auch wilde Triebe hervorzubringen. Das heilige Offizium hat gar oft zum Messer des Gärtners greifen müssen. Ein Dekret vom 6. Febr. 1896 verbot eine Sonderandacht zu den heiligen Händen des Erlösers „Culte privé des Mains Divines de Notre Sauveur“ (ME. IX 2, 37); ein anderes vom 13. März 1901 die Andacht zur „Mächtigen Hand, *mano poderosa*“ d. h. Bilder oder Andachtsmünzen, darstellend eine offene verwundete Hand, auf deren vier Fingerspitzen die Darstellungen des Kindes Jesu, u. L. Fr., Joachim und Anna zu sehen sind (ME. 13, 5); am gleichen Tage wurde die Andacht zum „Neuen Kreuz der Unbefleckten“ verboten (ME. 13, 6); die Andacht zur „Seele Christi“ wurde auf das richtige Maß zurückgeführt, Dekret vom 1. Mai 1901 (ME. 13, 99).

6. Bücher, welche irgend eines von den katholischen Dogmen (Cann 1323; 2314 ff.) bekämpfen oder bespötteln, welche die vom Apostolischen Stuhle (Can 7) verworfenen Irrtümer (Can. 2317) schützen; — welche dem Gottesdienste (Cann. 1255 ff.) abträglich sind; — welche die kirchliche Zucht zu untergraben streben (c. 5 De consuet. I 4; Innocentius III.) — und welche geflissentlich die kirchliche Hierarchie oder den Klerikal- bzw. Ordensstand schmähen;

Von den hier genannten Vergehen werden einige auch vom deutschen REGB. geahndet §§ 166; 167.

7. Bücher, welche Aberglauben, Wahrsagerei, Weissagerei, Zauberei, Geisterbeschwörungen u. ä. lehren oder empfehlen (vgl. Can. 2325);

Die neueren Bestrebungen, wie Tischrücken, Suggestion, Hypnotismus, Spiritismus, Magnetismus, sind von diesem Verbote nur dann getroffen, wenn es sich um Presseerzeugnisse handelt, wenn diese Bestrebungen tatsächlich unter die Begriffe „superstitio bis evocatio spirituum aliaque id genus“ fallen und wenn wirklich ein Lehren oder Empfehlen vorhanden ist.

8. Bücher, welche Duell, Selbstmord, Ehescheidung als erlaubt darstellen; — welche bei der Behandlung der Freimaurer- und anderer gleichgearteter Sekten solche für nützlich und der Kirche und bürgerlichen Gesellschaft nicht verderblich betrachten; (vgl. Cann. 2335; 2336; 1240 § 1 n. 1);

9. Bücher, welche Ausschweifendes oder Unzüchtiges ausgesprochenermassen (ex professo) behandeln, erzählen oder lehren (vgl. Can. 1404);

10. Ausgaben der vom Apostolischen Stuhle bestätigten liturgischen Bücher, in welchen irgend etwas verändert wurde, so daß sie mit den vom Heiligen Stuhle bestätigten echten Ausgaben nicht übereinstimmen (Cann. 1257; 1390);

Die liturgischen Bücher sind immer verboten, welche durch eine merklliche Veränderung („quidpiam immutatum“) mit den bestätigten Erstbüchern nicht stimmen, mögen sie das bischöfliche Concordat tragen oder nicht. Ist aber der Nachdruck dem Erstdruck vollständig gleich, so ist diese Ausgabe nicht verboten, wenn auch das Concordat fehlt; freilich war der Druck und die Ausgabe unerlaubt Can. 1390.

11. Bücher, durch welche unechte oder vom Heiligen Stuhle verworfene bzw. widerrufene Ablässe veröffentlicht werden;

12. Jrgendwie durch Druck hergestellte (Can. 1385 § 1 n. 3) Bilder unseres Herrn Jesus Christus, der seligsten Jungfrau Maria, der Engel und Heiligen und anderer Diener Gottes, die vom Geiste und den Dekreten der Kirche abweichen“ (Can. 1279).

Anderer Diener Gottes sind die Seligen und Ehrwürdigen, aber auch jene Personen, die im Rufe der Heiligkeit verstarben, besonders wenn ihr Seligsprechungsprozeß begonnen hat Cann. 1999; 2023; 2038; 2042; 2049. — Bilder können von den Anschauungen und Erlässen der Kirche abweichen einerseits durch die *F o r m*, anderseits durch den *I n h a l t* der Darstellung. Wir haben eine formelle Abweichung, wenn zwar die Darstellung inhaltlich nichts Unrichtiges enthält, jedoch die angebrachten Kultzeichen den betreffenden Dienern Gottes (auch *e h r w ü r d i g e n* D. G. noch) nicht zukommen Cann. 2084 § 2; 2115 § 2.

In der Kirche können Bilder der Diener Gottes angebracht werden: a) außerhalb der Altäre; b) ohne ein Kultzeichen; c) gefertigt im Geiste der Kirche (ME. 18, 227). Bilder von *S e l i g e n* können vom Orts-

ordinarius entfernt werden, wenn kein Apostolisches Indult für die Aufstellung erwirkt ist SRC. d. 24. Jul. 1915 (ME. 27, 402). — Inhaltliche Abweichungen seien durch einige Dekrete des heiligen Offiziums beleuchtet. Eine Antwort auf drei gestellte Fragen lautete am 26. Aug. 1891: „Das Bild des Heiligsten Herzens Jesu allein (ohne Darstellung des Körpers) wird für die Privatandacht erlaubt, wenn es nur nicht auf den Altären zu öffentlicher Verehrung ausgestellt wird“ (ME. IX 1, 32). Ein Dekret vom 3. April 1895 (ME. IX 1, 129) mißbilligt die Darstellung der seligsten „Jungfrau mit dem stehenden Jesukind zu ihren Füßen“ und verbietet die Verwendung zur Verehrung der Gläubigen. Wurde das Bild früher irgendwo geduldet (Issodun), so soll es vorsichtig entfernt werden. — „Imaginem B. Mariae Virginis vestibis sacerdotalibus indutae esse reprobandam“, decr. d. 15. Jan. 1913, publ. d. 29. Mart. 1916 (ME. 28, 212). — Bekannt sind die Schwierigkeiten, welche dem Seligsprechungsprozesse der am 25. Febr. und 8. April 1900 selig gesprochenen Kreszentia Hößin von Kaufbeuren erwuchsen wegen der Darstellung des Heiligen Geistes in Gestalt eines Jünglings, die jedoch für die Dienerin Gottes und dann allgemein gelöst wurden, Benedikt XIV. in dem Schreiben an den Bischof von Augsburg Joseph Landgraf von Hefsen vom 17. Mai 1744 und in dem Breve vom 1. Okt. 1745, Bull. Benedicti XIV tom. I. (Romae) 560; (Luxemburgi) 318; P. Ignatius Feiler O. Min.: „Maria Kreszentia Höß“⁵ (1900) S. 176—183; 376.

V. Befreiungen und Erleichterungen vom Bücherverbot werden zuteil gewissen Studierenden; kirchlichen Würdenträgern; Buchhändlern Can. 1400—04.

1) Die Studierenden der katholischen Theologie oder Bibelwissenschaft irgend welcher Art haben das Recht (ohne besondere Dispens), die von Katholiken veranstalteten Bibeltextausgaben und Bibelübersetzungen in alte und neue Sprachen (Can. 1399 n. 1, nicht 1339, wie es in manchen Roderausgaben heißt), sowie die kirchlich nicht gutgeheißenen Übersetzungen der Heiligen Schrift in der Volkssprache, auch durch Katholiken (Can. 1391), zu gebrauchen unter zwei Voraussetzungen: a) daß die Ausgaben der Bücher treu und vollständig sind; b) daß in den Vorreden oder Anmerkungen keine Dogmen des katholischen Glaubens bekämpft werden Can. 1400.

Es ist selbstverständlich, daß von katholischen Studierenden in erster Linie die gleich guten von Katholiken besorgten Ausgaben benützt werden. — Würden in den Vorreden der Anmerkungen tatsächlich katholische Dogmen bekämpft, so käme bei Besung und Benützung nicht nur das Verbot des Can. 1399 n. 2, sondern auch die Exkommunikation des Can. 2318 § 1 in Frage.

2) Die kirchlichen Würdenträger, welche nur das naturrechtliche Verbot (Can. 1405) bindet, sind: „Die Kardinäle der S.R.R., die Bischöfe, auch die Titularbischöfe und die anderen Ordinarien (Can. 198); freilich müssen diese die notwendigen Vorsichtsmaßregeln anwenden“ Can. 1401, hinsichtlich des Beispiels, der Aufbewahrung, des Ausleihens usw. Das gilt besonders bei ihren Bibliotheken, z. B. in Klöstern.

3) Befreit oder erleichtert sind die *Dispensierten*. Die Dispense erstreckt sich niemals auf das Naturgebot (Can. 1405). Es gibt eine dreifache Dispense: eine vom *Apostolischen Stuhle*; eine vom *Ordinarius* auf Grund *Apostolischer Vollmacht*; eine vom *Ordinarius* auf Grund *eigenen Rechtes*.

a) „Wer eine Apostolische Vollmacht erhalten hat, verbotene Bücher zu lesen und aufzubewahren, der kann deswegen nicht auch schon alle von seinem *Ordinarius* verbotenen Bücher lesen und aufbewahren, außer es wäre ihm die ausdrückliche Vollmacht geworden, die von *allen* (kirchlichen Obern) verurteilten Bücher zu lesen und aufzubewahren § 1. Überdies lastet auf ihnen das schwere Gebot, die verbotenen Bücher so zu verwahren, daß sie nicht in die Hände anderer kommen § 2“ Can. 1403.

Die Behörde für solche Dispensen ist die Kongregation des heiligen Offiziums Can. 247 § 4. Durch diese Kongregation bekommen einzelne oder *Ordinarien* geeignete Vollmachten; so die päpstlichen Gesandten, Nuntzien usw., (Nicolaus Hilling: CIC. „*Supplementum*“ 1925 S. 30), dann gewisse Ortsordinarien z. B. die Deutschlands (ebendort S. 44). Die „*Ordinarii dioeceseon*“ können nicht über drei Jahre die Lesung und gesicherte Aufbewahrung der verbotenen Bücher und Zeitungen jenen ihrer katholischen Bistumsangehörigen erlauben, welche die Lesung wahrhaft benötigen entweder zu deren Bekämpfung oder zur Beförderung ihres heiligen Berufes oder Amtes oder ihrer erlaubten Studien, ausgeschlossen sind die Werke, die ihrer Anlage nach (*ex professo*) Unzüchtiges behandeln. — Nach einer weiteren Vollmacht können die gleichen Ortsordinarien unter den gleichen Voraussetzungen Studierende beiderlei Geschlechtes dispensieren, daß sie jene verbotenen Bücher lesen, welche sie auf Grund staatlicher Vorschrift oder der Studien wegen haben müssen, solange die Notlage dauert; „*obscena ex professo*“ sind immer ausgeschlossen. Nur der Ortsordinarius in eigener Person (Can. 198 § 2) kann die Dispense geben, aber nur dann, wenn die oben dargelegten Umstände zutreffen.

b) „Wenn *Ordinarien* eine solche Vollmacht erhalten haben, so dürfen sie die Erlaubnis nur mit Auswahl

und aus einem gerechten und vernünftigen Grunde geben“ Can. 1402 § 2.

c) Haben *O r d i n a r i e n* keine Apostolischen Vollmachten, so können sie ihren Untergebenen erlauben, daß sie die vom Rechte (Can. 1399) oder durch Dekret des Apostolischen Stuhles verbotenen Bücher lesen und aufbewahren, freilich nur in dringlichen Fällen und für die einzelnen Bücher Can. 1402 § 1. — Natürlich können die Ordinarien von ihrem eigenen Verbote nach ihrem Ermessen Dispensen gewähren.

4) Für die *B ü c h e r v e r k ä u f e r* stellt Can. 1404 zwei Regeln auf: a) Bücher, welche *U n z ü c h t i g e s* *p l a n m ä ß i g* behandeln, sollen sie nicht verkaufen, ausleihen, führen;

b) für die übrigen verbotenen Bücher benötigen sie zum Feilhalten die Erlaubnis des Apostolischen Stuhles; außerdem sollen sie solche Bücher niemandem verkaufen, wenn sie nicht vernünftigerweise voraussetzen können, daß des Käufers Verlangen berechtigt ist Can. 1404. Für die Buchhändler gilt natürlich auch die Vorschrift des sicheren Gewahrsams solcher Bücher Can. 1403 § 2.

D. Die Strafen für Übertretung des Bücherverbotes

Cann. 2318; 1395.

Can. 2318 kennt zwei Strafen, von denen eine die Vernachlässigung des Imprimatur betrifft (§ 2), die andere die Übertretung des Bücherverbotes bei apostatischen, häretischen oder schismatischen Büchern (§ 1). Doch könnte der Apostolische Stuhl, könnten die Ordinarien auch bei anderen Verböten von Büchern Strafen f. oder l. s. anfügen.

I. Strafe bei Vernachlässigung des *I m p r i m a t u r* Can. 2318 § 2: „Die Verfasser und Verleger, welche ohne die nötige Erlaubnis Bücher der Heiligen Schrift oder Anmerkungen und Kommentare in Druck geben, verfallen der niemandem vorbehaltenen Exkommunikation l. s.“; vgl. Cann. 1385 § 1 n. 1; 1399 n. 1.

1) „*Sacrae Scripturae*“ sind die Schriften des Alten und Neuen Bundes, wie sie das Tridentinum sess. 4 aufzählt. — 2) „*A n m e r k u n g e n , a d n o t a t i o n e s*“ sind Erläuterungen mehr zu

den einzelnen Kapiteln, Versen, Wörtern. „Erklärungen, commentarii“ erfassen ganze Bücher oder selbständige Teile derselben; beide müssen den Umfang eines Buches haben. — 3) Die „Buchdrucker, qui imprimunt“ sind von der Zensur nicht mehr getroffen.

II. Strafen für Ausgabe, Verteidigung, Lesung, Aufbewahrung glaubenswidriger Bücher Can. 2318 § 1: „In die dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltene Exkommunikation verfallen mit der Tat: nach Veröffentlichung des Werkes die Verleger von Büchern der Apostaten, Häretiker und Schismatiker, welche Apostasie, Häresie, Schisma verteidigen; ebenso diejenigen, welche die gleichen oder andere durch Apostolische Schreiben namentlich verbotenen Bücher verteidigen oder wissentlich ohne die nötige Erlaubnis lesen oder bei sich behalten.“

Die dem Apostolischen Stuhle besonders vorbehaltene Exkommunikation l. s. betrifft gewisse Bücher, dann vier Handlungen und bestimmte Umstände hinsichtlich dieser Bücher,

1) Bücher. a) Zum Eintritt der Exkommunikation ist notwendig, daß Bücher herausgegeben usw. werden; es genügen hier nicht Zeitschriften, Zeitungen oder Blätter Cann. 2318; 1384 § 2; 19. Haben jedoch Broschüren die Größe eines Buches, so fallen sie unter den Begriff „Buch“; S. Off. d. 13. (14.) Jun. 1892. Die Größe eines Buches ist gegeben, wenn das Schriftwerk umfaßt 60 Seiten in Folio, 120 in Quart, 240 in Oktav; vgl. Arndt Augustinus: Libri prohibiti pag. 246; Epitome III. 317. — Bücher, deren Text nicht gedruckt ist, dürften nicht hierher gehören, also nicht die handschriftlichen, maschinenschriftlichen usw.; einerseits weil der frühere Text der Zensur den Ausdruck „imprimentes“ enthielt, Konst. „Ap. Sedis“ cl. I n. 2, anderseits weil der Kodex das „imprimere“ sonst betont Cann. 2318 § 2; 1385 § 1 n. 3; 1399 n. 12; und weil die Gefahr bei geschriebenen usw. Werken nicht so ausgedehnt ist („periculum generale“ Can. 21).

b) Die Bücher müssen zu Verfassern „Apostaten, Häretiker, Schismatiker“ haben im Sinne der Cann. 2314; 1325 § 2. Sind die Verfasser Katholiken, so kommt die Zensur so lange nicht in Frage, als der Betreffende nicht als Apostat, Häretiker oder Schismatiker sich klar gezeigt hat. Freilich fällt das Buch eines solchen Katholiken unter die Indexregel des Can. 1399 n. 2, wenn es die Häresie oder das Schisma verteidigt oder die Grundlagen der Religion umzustürzen strebt. — Sind die Verfasser gutgläubige Katholiken, so treffen die Voraussetzungen der Cann. 2318 § 1 („apostatae, haeretici, schismatici“) und 1325 § 2 („pertinaciter“), weil im Strafrecht (Can. 19), nicht zu. — War der Verfasser bei Abfassung des Buches „Apostat, Häretiker oder Schismatiker“, starb er aber als Katholik, so kann man der milderen Ansicht huldigen, da in der Strafe auch der Verfasser getroffen werden soll; so dürfte z. B. die Schrift gegen die Unbefleckte Empfängnis Mariens des Dr. Eduard Preuß ohne Gefahr der Zensur ge-

lesen werden; geboren 1834 zu Königsberg i. Pr., schrieb er bald nach 1854 eine heftige Schrift gegen das Dogma, wurde aber 1873 katholisch und starb, hochverdient um die Pflege der deutschen Sprache und die Förderung der katholischen Sache, in St. Louis, Mo.

c) Die Bücher der Apostaten, Häretiker oder Schismaticer müssen die Apostasie, Häresie oder das Schisma nicht nur enthalten (vgl. Can. 1399 n. 4), sondern durch positive oder negative Gründe verteidigen („propugnant“), S. C. Indicis d. 27. Apr. 1880.

d) Außer dieser Klasse von Büchern kommen für die Zensur noch in Betracht „die durch Apostolische Schreiben namentlich verbotenen Bücher“. Fehlt eine der beiden Voraussetzungen „Apostolische Schreiben“ und „namentlich“, so tritt die Zensur nicht ein. — Die Indizierung erfolgte früher meist durch die Indexkongregation, erfolgt seit neuester Zeit durch das heilige Offizium. Verfasser und Buch werden gewöhnlich namentlich angeführt. Die Zensur tritt an sich nicht ein, da solche Indizierungen äußerst selten durch ein Apostolische Schreiben („Handbuch“ I² S. 17) geschehen.

Gewöhnlich werden drei solcher Indizierungen durch Apostolische Schreiben aufgeführt: a) Michael de Molinos: *Guia Espiritual*, verurteilt durch die Konst. „Coelestis Pastor“ d. 20. Nov. 1687 unter Strafe der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation „Fontes“ Petri Card. Gasparri vol. I. 252 (pag. 481); *Epitome* III n. 517. Doch dürfte hier Can. 2318 § 1 nicht zutreffen; denn der ehrwürdige Diener Gottes Papst Innozenz XI. verurteilte verschiedene Sätze Molinos', aber nicht ausdrücklich sein Buch „Geistlicher Wegweiser“. b) „Defensa de la autoridad de los Gobiernos y de los Obispos contra las pretensiones de la Curia Romana“ por Francisco de Paula G. Vigil. Lima 1848, verurteilt mit Strafe der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation von Papst Pius IX. im Apostolischen Schreiben „Multiplices inter“ d. 10. Jun. 1851 (Fontes-Gasparri, vol. II. n. 510 pag. 855—57). c) „Juris Ecclesiastici Institutiones“ Joannis Nepomuceni Nuytz in Regio Taurinensi Athenaeo Professoris; ferner „In ius ecclesiasticum universum Tractationes Auctoris eiusdem“, in gleicher Weise (wie unter b) beide Werke verurteilt von Papst Pius IX. im Apostolischen Schreiben „Ad Ap. Sedis“ vom 22. Aug. 1851 (Fontes-Gasparri vol. II. n. 511 pag. 857—860).

Papst Pius X. sah sich genötigt, durch die Enz. „Ex quo“ vom 26. Dez. 1910 (ME. 22, 482—85) einen Aufsatze zu verurteilen, betitelt „Pensées sur la question de l'union des Eglises“ erschienen in der Zeitschrift „Roma e l'Oriente“. Kommt hier Can. 2318 § 1 in Frage? Nein; denn a) es fehlt der Begriff „liber, Buch“; es war ein Artikel in einer Zeitschrift; β) es fehlt „nominatim, namentlich“; denn der Verfasser ist nicht genannt, wenn auch das Werk; γ) es fehlt die Verurteilung des Werkes, nur Sätze daraus werden verworfen und zwar ohne Zensur. Die Zensur des Can. 2318 § 1 tritt nicht ein, trotzdem die Verurteilung in einem Apostolischen Schreiben (hier Enzyklika) erfolgte.

2) Die Personen bzw. die Handlungen des Can. 2318 § 1 sind: „Editores, defendentes, legentes, retinentes“.

a) „Editores, Herausgeber, Verleger“; dieser Begriff trifft die Verfasser nur dann, wenn sie das Buch im Selbstverlag haben; ebenso die Buchdrucker. Bei den durch Apostolisches Schreiben namentlich verbotenen Büchern kommen die Verleger nicht in Frage.

b) „Defendentes, Verteidiger“ sind Personen, welche entweder mündlich oder schriftlich für die im Can. 2318 § 1 verurteilten Bücher eintreten.

c) „Legentes, Leser, Lesende“ sind solche Personen, welche mit Verständnis der Sache lesen, also nicht jene, die lediglich Leseübungen machen ohne Verständnis des Inhalts, z. B. zur Erlernung fremder Sprachen; freilich kann hier das „retinere“ in Frage kommen. Bücher lesen kann bedeuten, sie ganz oder auch teilweise lesen; Can. 6 nn. 2 und 3 verlangt letztere Auslegung, wonach die Lesung bis zehn Seiten gleichgültigen Textes oder bis zu drei Seiten verteidigenden Textes noch unter läßlicher Sünde geschehen kann; vgl. Epitome III n. 517; viel strenger ist hier Lehmkühl Aug. S. J.: Theol. mor.¹² n. 1185 (eine Seite gleichgültigen Textes kann noch etwas Geringes sein). — Die Lesung eines verbotenen Buches an hören ist nicht „Bücher lesen“, Lehmkühl a. a. O. 1185 II. 1.

d) „Retinentes, aufbewahren, behalten“ fordert nicht gerade das Eigentum am Buche. Zwei Tage kann man das Buch schon behalten, schon der Überlegung wegen; auch länger, wenn man Erlaubnis sich erholt oder einen Erlaubnisbesitzer sucht.

3) Die Umstände des Vergehens sind drei Voraussetzungen: „opere publici iuris facto“; bei legentes und retinentes noch „scienter“ und „sine debita licentia“.

a) „Die Exkommunikation tritt erst ein, wenn das Buch im öffentlichen Handel zugänglich ist,“ so daß das Lesen usw. des Manuskriptes oder des gedruckten Werkes vor der Veröffentlichung ohne Strafe ist.

b) Die Ausdrücke „wissentlich“ und „ohne die notwendige Erlaubnis“ gehen nur auf die beiden letzten Handlungen; eine Erlaubnis für die Herausgabe und Verteidigung eines solchen Buches wird nie gegeben. Zur Beurteilung des „scienter, wissentlich“ dient Can. 2229 §§ 2 und 3. War die Unkenntnis des Gesehenes oder

der Strafe keine schwer verschuldete („ignorantia non crassa vel supina“), so tritt die Strafe bei keiner Klasse der Personen („edentes, defendentes, legentes, retinentes“) ein Can. 2229 § 3 n. 1; war sie aber schwer verschuldet, so entschuldigt sie bei den „editores“ und „defendentes“ nicht, wohl aber bei den „legentes vel retinentes“, ebenso entschuldigt bei letzteren die Schwächung der Erkenntnis oder des Willens gemäß Can. 2229 § 3 n. 2; auch schwere Furcht, außer das Lesen oder Behalten „gereicht zur Verachtung des Glaubens, der Kirchenobrigkeit oder zur allgemeinen Seelengefahr“ ibi n. 3.

c) „Die notwendige Erlaubnis, *debita licentia*“ gibt der Ordinarius für seine Untergebenen Can. 1402 oder der Apostolische Stuhl Can. 1403 unmittelbar oder mittelbar. — Bibliotheken können diese Erlaubnis leichter erhalten, vorausgesetzt, daß die Cann. 1403 § 2 („Gewahrjam“) und 1404—05 (Naturrecht) beobachtet werden.

§ 21. Das Glaubensbekenntnis.

I. **Quellen:** Cann. 1406—08; 332 § 2; 405 § 2; 438; 461; 2403.

II. **Geschichte.** Die göttlich rechtliche Pflicht des Glaubensbekenntnisses ist im Can. 1325 § 1 niedergelegt. Daneben hat aber die Kirche vom Anfange an Glaubensformeln vorgelegt und das Glaubensbekenntnis verlangt; Apg 8, 37 (der Beamte der Königin Kandake von Äthiopien); 19, 1—7 (die zwölf Johannesjünger in Ephesus). Bei Aufnahme in die Kirche, bei Übertragung von kirchlichen Würden und Ämtern; bei Zweifeln über den wahren Glauben einer Person bildete das Glaubensbekenntnis den Prüfstein der Rechtgläubigkeit. Die wichtigsten Glaubensformeln sind: Das Apostolische Glaubensbekenntnis D-B. nn. 1—14; das Nizänisch-Konstantinopolitanische n. 86; die antipriszilianischen darunter das „symbolum Athanasianum“ nn. 15—40; das gegen die Waldenser nn. 420—27; das des Michael Paläologus nn. 461—66; das Tridentinische nn. 994—1000, welches durch Dekret der Konzilskongregation v. 20. Jan. 1877 kleine Zusätze aus dem Ratikanum erhielt.

III. Das im Roder erwähnte (Cann. 1406—08) Glaubensbekenntnis ist eben das zuletzt aufgezählte des *Tridentinum* mit den Beisätzen des *Vaticanum*, abgedruckt in jeder Ausgabe des Roder unmittelbar vor den *Canones* und im *Pontifikale* III 66.

Außer diesem Tridentino-Vatikanischen Glaubensbekenntnis müssen noch abgelegt werden: 1) Das Apostolische Glaubensbekenntnis bei der Taufe der Kinder RR. t. 2 ep. 2 n. 11 und der Erwachsenen RR. t. 2 ep. 4 n. 32; — bei der Priesterweihe nach der Kommunion; — im Breviergebet; 2) Das Athanasianische Glaubensbekenntnis „*Quicumque*“ an gewissen Sonntagen des Jahres bei der Prim; 3) das Nizäno-Konstantinopolitanum, sooft das *Kredo* in der Messe trifft; 4) das Glaubensbekenntnis der neubefehrten Häretiker, S. Off. dd. 20. Jul. 1859 et 20. Nov. 1878, A-L. App. u. 133 pag. 763—66; Rit. Passavien. pag. 547; Manuale Ratisbonense pag. 57. 5) Das Glaubensbekenntnis der neubefehrten Häretiker und Schismaticer des Morgenlandes, S. Off. a. 1890 A-L. App. 134 pag. 766—69; 6) das Glaubensbekenntnis der Volksschullehrer, welche die *missio canonica* haben, A-L. App. 135 pag. 769; 7) Eine Art Glaubensbekenntnis ist der „*Antimodernisteneid*“, vorgeschrieben im *Motuproprio* „*Sacrorum antistitum*“ Pius' X. vom 1. Sept. 1910. Weil dieses Eides im Roder keine Erwähnung geschah, so glaubten manche, der „*Antimodernisteneid*“ sei durch Can. 6 n. 6 beseitigt. Doch das heilige Offizium verfügte unter ausdrücklicher Genehmigung des Papstes vom 22. März 1918, daß bis zu einer weiteren Verfügung des Apostolischen Stuhles die Maßnahmen des erwähnten *Motuproprio* aufrecht erhalten blieben, insbesondere der *Aufsichtsrat* (*Consilium a vigilantia*) und der *Antimodernisteneid*, AAS. 10, 136. Den Wortlaut dieses Eides findet man in AAS. II 655 ff.; D-B. nn. 2145—47; ME. 22, 337—355, bes. 347 f.

IV. Die Verpflichteten Can. 1406 § 1. Zur Ablegung des im Roder abgedruckten Glaubensbekenntnisses sind verpflichtet:

1. Alle mit beratender oder beschließender Stimme beteiligten Mitglieder der Allgemeinen und Partikularkonzilien oder der Diözesansynoden (Cann. 223; 282; 358) vor dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter; der Vorsitzende selbst vor dem Konzil oder der Synode.

Das Glaubensbekenntnis kann von dem Vorsitzenden in eigener Person oder durch einen Stellvertreter vorgelesen werden bis zu „*quantum in me erit curaturum*“. Die weiteren Worte „*Ego idem N. spondeo, voveo ac iuro. Sic me Deus adiuvet, et haec sancta Dei Evangelia*“ werden von jedem Mitglied einzeln gesprochen, wobei jeder, auch jeder Priester und Bischof, vom „*Sic me*“ an das Evangelienbuch mit beiden

Händen berührt, Prof. fidei am Schluß; Eidesleistung der Kardinäle bei der Papstwahl, Konst. „Vacante“ d. 25. Dec. 1904 n. 11 a, nota 1. Die Vorschrift des Can. 1622 § 1, daß Priester (um so mehr Bischöfe) den Eid leisten „tacto pectore“, die übrigen „mit Berührung des Evangelienbuches“ scheint darnach nur für den Gerichtseid zu gelten.

2. Die zur *Kardinalswürde* Beförderten vor dem Dekan des heiligen Kollegs (Cann. 237; 239 § 2); dem ersten Kardinalpriester, dem ersten Kardinaldiakon (Protodiaconus Can. 239 § 3), sowie dem Kardinalskämmerer der Römischen Kirche;

Der Kardinalskämmerer der Römischen Kirche (Cardinal Camerlengo della SRCh.), welcher bei der Erledigung des Apostolischen Stuhles eine so hervorragende Rolle spielt, (vgl. Konst. „Vacante“ nn. 6 sqq.) ist genau zu unterscheiden von dem Kardinalskämmerer des heiligen Kollegs, der das gemeinsame Vermögen (nicht bedeutend) des Kardinalskollegiums zu verwalten hat.

3. Die zu *Bischöfen*, auch Titularbischöfen (Can. 332 § 2); zu Äbten und Prälaten mit Eigengebiet (Cann. 323 § 1; 332 § 2); zu Apostolischen Vikaren und Präsekten (Can. 198) Beförderten vor dem Delegaten des Apostolischen Stuhles;

4. Der Kapitelvikar (Can. 438) vor dem Domkapitel;

5. Die zu einer Würde oder einem Kanonikate (in einem Dom- oder Kollegiatkapitel) Beförderten vor dem Ortsordinarius bzw. seinem Bevollmächtigten und dem Kapitel.

Es genügt die einmalige Ablegung des Glaubensbekenntnisses, wenn im Kapitel der Ortsordinarius oder sein Bevollmächtigter anwesend ist.

6. Die zum Amte von Diözesankonsultoren (Cann. 423 bis 428) Bestellten vor dem Ortsordinarius (seinem Bevollmächtigten) und den anderen Konsultoren;

7. Der Generalvikar, die Pfarrer und alle Seelsorgebenefiziaten, selbst bei Manualbenefizien (Can. 1411 n. 4); der Rektor, die Professoren der heiligen Theologie, des Kirchenrechts und der Philosophie in den Seminarien zu Beginn eines jeden Schuljahres oder wenigstens beim Amtsantritt; alle Kandidaten des Subdiaconates; die Bücherzensoren des Can. 1393; die zum Weichthören bestimmten Priester und die Prediger, bevor sie mit ihrer Vollmacht ausgerüstet werden, vor dem Ortsordinarius oder seinem Bevollmächtigten;

8. Der Rektor einer Universität oder Fakultät vor dem Ordinarius oder seinem Bevollmächtigten; alle Professoren einer kanonisch errichteten Universität bzw. Fakultät vor dem Rektor der Universität oder Fakultät oder seinem Bevollmächtigten zu Beginn eines jeden Schuljahres oder wenigstens beim Amtsantritt; ebenso jene, die nach bestandener Prüfung die akademischen Grade erlangen; (vgl. jedoch oben S. 588);

9. Die Obern in den Klerikalgenossenschaften (Cann. 448 n. 4; 502—05) vor dem Kapitel oder dem Obern, der sie ernannte, oder ihrem Bevollmächtigten. Auch die Obern der Klerikalgenossenschaften ohne Gelübde (Cann. 673—81) sind in gleicher Weise verpflichtet CC. d. 25. Jul. 1926 III. (AAS. 18, 393).

Wird ein neues Amt, eine neue Pfründe oder Würde auch gleicher Art mit Aufgabe der früheren Stellung übernommen, so muß das Glaubensbekenntnis wiederholt werden nach Maßgabe des Can. 1406.

V. Die Ungültigkeit des Glaubensbekenntnisses ergibt sich aus zwei Ursachen: 1) wenn es durch einen Stellvertreter („per procuratorem“); 2) vor einem Laien geschieht Can. 1407. Letzteres bereitet nur dann Schwierigkeit, wenn der Rektor der kanonisch errichteten Universität ein Laie ist. In diesem Falle müßte der Ordinarius in eigener Person oder durch einen geistlichen Stellvertreter das Glaubensbekenntnis auch der Professoren entgegennehmen Can. 1406 n. 8.

VI. Schutz der Maßregel des Glaubensbekenntnisses Cann. 1408; 2403.

1) „Verworfen wird jede Gewohnheit gegen die Kanones dieses Titels“ Can. 1408.

Alle Gewohnheiten gegen lib. III pars IV tit. 24, auch wenn unvordenklich, sind als rechtsverderblich zu beseitigen und können in Zukunft nicht mehr zur Geltung kommen Can. 5; 27.

2) „Wer gegen die Vorschrift des Can. 1406 das Glaubensbekenntnis ohne rechtmäßiges Hindernis abzulegen unterläßt, soll gemahnt werden mit Festsetzung einer entsprechenden Frist; nach deren Verstreichung der hartnäckig sich Weigernde durch Entziehung seines Amtes, seiner Pfründe, Würde,

Stellung bestraft werde (f. s.); auch geht er in der Zwischenzeit der Einkünfte seiner Pfründe, seines Amtes, seiner Würde und Stellung verlustig“ Can. 2403.

Das Vorgehen gegen die das Glaubensbekenntnis Verweigernden oder Vernachlässigenden ist kurz folgendes: Mahnung; nach Verstreichung der Frist strafrechtliches Vorgehen bis zur Entziehung der bepfündeten oder nicht bepfündeten Stellung; bei Entziehung von unverlierbaren Pfründen (in „privazione beneficii inamovibilis“) mit Beachtung des Can. 1576 § 1 n. 1 (Kollegium von drei Richtern); in der Zwischenzeit Entziehung der Früchte, auch f. s. wegen Can. 2217 § 2.

VII. Der Antimodernisteneid ist laut E. des hl. Off. vom 22. März 1918 (AAS. 10, 136) auch nach dem 19. Mai 1918 zu leisten im Anschluß an die „Professio fidei“; das unterschriebene Blatt (Aktenstück, enthaltend die Professio fidei und das Ius-iurandum contra modernistarum errores) ist dem entgegennehmenden Vorgeetzten (antistes) einzuhandigen und in den bischöflichen Ordinariaten bzw. in den Römischen Kongregationen aufzubewahren. Diesen Eid haben abzulegen: 1. Die angehenden Majoristen, wenigstens die Kandidaten der Subdiakonatsweihe, SCConsist. d. 24. Mart. 1911 (AAS. 3, 181 f.), Can. 1406 § 1 n. 7; 2. die angehenden Weichväter und Prediger (auch die Fastenprediger); 3. die Pfarrer, Kanoniker und Benefiziaten (hebt wenigstens die Seelsorgebenefiziaten Can. 1406 § 1 n. 7); 4. alle Verwaltungs- und Gerichtsbeamten der Ordinariate, der Generalvikar und die Richter nicht ausgeschlossen; 5. die Beamten der Römischen Kongregationen und Gerichtshöfe; 6. die Leiter und Lehrer der Ordensgenossenschaften (ME. 22, 347). Endlich alle Hochschullehrer, welche Vorlesungen halten (Can. 1406 § 1 nn. 7 und 8). Die Professoren der Theologie, welche an staatlichen Hochschulen ausschließlich Theologie vortragen, wurden von der nachträglichen Eidesleistung befreit, Schreiben Pius' X. an den Kardinal Fischer von Köln vom 31. Dez. 1910 (AAS. 3, 18 ff.); Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an den Kardinal Ropp = Breslau vom 10. März 1911 (AAS. 3, 87).

Zu beachten ist, a) daß die Verpflichtung des Antimodernisteneides zunächst die Oberen angeht, welche die Verpflichteten anzuhalten haben; b) daß die Eidesverweigerer sofort dem heiligen Offizium anzuzeigen sind; c) daß die Verwerfung der Gewohnheit (Can. 1408) sich nicht auf den Antimodernisteneid bezieht Cann. 5: 27.

Abkürzungen:

AAS. = Acta Apostolicae Sedis

ABGB. = Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch Österreichs

A.-L. = Acta Conc. Plen. Americae Latinae

ASS. = Acta S. Sedis

BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch des Deutschen Reiches

CBB. = Congregatio Benedictino-Bavarica

Cott. = Congregatio Ben.-St. Ottiliae

D-B = Denzinger-Bannwart: Enchiridion

Directorium-Seoul = Directorium Missionis de Seoul
(Honkong 1923)

Epitome = A. Vermeersch S. J. et J. Creusen S. J. E. I—III

FR Sem. = Formula servanda in relatione de statu Seminarii, 2. Febr. 1924

f. s. = ferendae sententiae

„Handbuch“ = Leitner M.: Handbuch 1.—4. Bief. ²

l. s. = latae sententiae

QDZ. = Linzer Quartalschrift

ME. = Monitore Ecclesiastico

MG. = Ministerialentscheidung

PMZ. = Passauer Monatschrift

Regulae = Instructio SCSacr. d. 7. Maii 1923

RR. = Rituale Romanum (ed. typ. 1925)

RR (P) = Rituale Romanum (ed. 1 iuxta typicam,
Pustet 1925)

SL. = Santi-Leitner: Praelectiones ⁴

VBf. = Verordnungsblatt einer Diözese

Einschlägige deutsche Literatur seit 19. Mai 1918:

Eichmann Eduard: Lehrbuch des KR. ² 26.

Hilling Nikolaus: Das Personenrecht des CIC. 24; Supplementum 25

Hofmann August: Das kirchliche Gesetzbuch vom 28. Juni 17 und das Bayer. Staatskirchenrecht 25

Königer Albert: Kath. KR. 26

Königer Albert und **Giese** Friedrich: Grundzüge des kath. KR. und des Staatskirchenrechts 24

Kroße Hermann A. S. J.: Kirchliches Handbuch, 14. Bd. 27, besonders „Die kath. Heidenmission“ (A. Bächt S. J.) und „Konfession und Unterrichtswesen“ (W. Böhrler)

Kaus J. B. C. Ss. R.: Institutiones Canonicae 24 nn. 215—30

Schwarzlose Karl: Grundzüge des deutsch-evangel. KR. und des orthodox-morgenländischen KR. 24

Sleumer Albert (mit Josef Schmid): Kirchenlatein. Wörterbuch 26

Stutz Ulrich: Der Geist des CIC. 18

Zankow Stefan: Die Verfassung der bulgarisch-orthodoxen Kirche 18; die Verwaltung der b. o. K. 20.

GTU Library
2400 Ridge Road
Berkeley, CA 94709
For renewals call (510) 649-2500

All items are subject to recall.

GTU Library



3 2400 00685 5815

LIBRARY USE ONLY

24102

